Digitized by Google

Bor. 201 F (2
in 8°

Digitized by Google

Digitized by Google

Bor. 201 f (2
in 8°

Digitized by Google

Digitized by Google

Der

Wächter

an der

Ostsee.

Monatsschrift

für öffentliches Leben der Deutschen Ostseeländer.

Herausgegeben

von

W. Lüders.

1848.

Zweiten Jahrganges Erstes Heft.

Stettin.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Vagmihl),

große Wollweberstraße Nr 554.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Der Wächter an der Ostsee

will die Interessen der deutschen Ostseeländer überwachen, die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, den Gemeinsinn beleben, über die Zustände dieser Länder berichten und durch geistige Bande sie enger und fester mit dem übrigen Deutschland verknüpfen. Einst stand Arndt als »Wächter am Rhein«, indeß nicht vom Rhein, sondern vom Osten droht der Kultur und Civilisation Europas Gefahr. — Der Wächter will die Freiheit, die Mutter der Civilisation, die Freiheit für Alle. Aber eine censirte Presse ist nicht verantwortlich. Sie muß oft schweigen, wo es Pflicht wäre, zu reden.

Bestellungen und Beiträge, so wie die Zusendung aller die Ostseeländer betreffenden literarischen Neuigkeiten werden durch Herrn F. Volkmar in Leipzig oder durch die löbl. Enslin'sche Buchhandlung (F. Geelhaar) in Berlin an die Verlagshandlung von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin erbeten.

Der Wächter kann in halbjährlichem Abonnement durch jede Buchhandlung und durch die preuß. Postanstalten (auch durch das preuß. Oberpostamt in Hamburg) für 1 Rthl. 10 Sgr. bezogen werden, laut Verfügung hoher großherzoglich. Kammer zu Schwerin v. 17. Sept. 1847 auch durch die meklenburgischen Postanstalten gegen Erlegung des dortigen postmäßigen Debitspreises.

Der gemäßigte Liberalismus.

Das abgelaufene Jahr ist reich an denkwürdigen Ereignissen. In der Schweiz siegt der Liberalismus, Italien ist zu einem neuen und frischen Leben erwacht. Sogar in Meklenburg wird von einem bürgerlichen Ritter von dem ehrenwerthen Pogge, eine Reform der altlandständischen Verfassung beantragt, ein Antrag, der zwar auf dem Landtage selbst, bei den Rittern, und Bürgermeistern keinen Anklang, im ganzen Lande aber die freudigste Zustimmung findet. Selbst in den österreichischen Erblanden regt sich in den alten Ständen ein neuer Geist. In Ungarn wird es der österreichischen Regierung nicht länger möglich sein, die Forderungen der liberalen Fraktion des Adels, die Bestrebungen der Opposition zurückzuhalten. Der Sieg des Liberalismus ist hier unzweifelhaft. Auch in Schweden denkt man an eine Reform der Repräsentation. Mit dem Untergange des freien und selbstständigen Polen ist die Vormauer gegen die Barbaren des Ostens gefallen. Um so wichtiger sind Schweden und Ungarn, unsere natürlichen Bundesgenossen, für uns, und darum Reformen, welche die Kraft dieser Staaten vermehren, den Nationalgeist beleben und kräftigen, für uns von besonderer Wichtigkeit. Die Kurzsichtigkeit der deutschen Nationalen, die, ohngeachtet sie zu Hause ohnmächtig, mit der Feder gern auf Abenteuer in die Fremde ausziehen, mit der Feder in der Fremde erobern mögten, jammert freilich darüber, daß das deutsche Element in Ungarn und Siebenbürgen unterdrückt werde. Indeß ist dies eine ganz untergeordnete Angelegenheit. Die Hauptsache ist, auch für uns, daß Ungarn in sich einig, kräftig und stark sei.

Preußen selbst hat in dem vergangenen Jahre Riesenschritte gethan, ohne doch recht vorwärts gekommen zu sein. Die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen und der Stadtverordnetensitzungen ist gewährt, das Toleranzedikt erlaubt ein „purer Mensch“ zu sein. Aus freiem Entschlusse, aus königlicher Machtvollkommenheit, durch keinerlei Finanznoth und Verlegenheit gedrängt, wurde das Patent v. 3. Febr. gegeben. Die Verhandlungen des ersten Ver. Landtags sind ein Ereigniß von weltgeschichtlicher Bedeutung und doch fast resultatlos. Die Verhandlungen im weißen Saale sind geschlossen und die Bourgeoisie hat sich nach einigen Toasten, Zweckessen und Adressen die Schlafmütze gemüthlich wieder über die Ohren gezogen, der weitern Erweckung und Entwickelung von obenher entgegenharrend. Die große Majorität des Volks aber hat sich wenig oder gar nicht um die Berathungen über des Landes Wohl gekümmert. „Ist seit der Einberufung des ersten preußischen Reichstags, fragt die Trierſche Ztg., ein frisches und resolutes, die Gegensätze scharf sonderndes Ringen und Kämpfen zum Vorschein gekommen? Hat sich aus jenem Chaos von Konzessionen, Forderungen, Verweigerungen und Ansprüchen irgend ein bestimmtes Etwas herausgearbeitet, dessen definitive Erringung in einer annähernd

gewissen Frist entgegen gesehen werden könnte? Mit Nichten, alle Wünsche und Anliegen der besitzenden Klassen sind bunt durch einander laut geworden: die Regierung hat ihre, wie sich nachher zeigte, unmaßgebliche Meinung über die liberalen Wünsche geäußert; in mehren Punkten war die Regiernng liberaler als der Liberalismus selbst, noch neuerdings durfte das Organ der Regierung den Doktrinarismus beim Proletariate denunciren; der Reichstag ging auseinander ohne irgend etwas erzielt zu haben, außer dem königlichen Ehrenworte in vier Jahren wieder zusammenzukommen. — Es ist der Regierung ohne Weiteres möglich, in ihrem Sinne der Allmäligkeit ruhig voranzuschreiten, ohne im geringsten eine Gefahr dabei zu laufen und Jahrzehnte den Liberalismus hinzuhalten, ohne selbst für illiberal, oder gar für reaktionär zu gelten. Der Gegensatz zwischen Regierung und Liberalismus hat aufgehört, die Rollen wechseln und kreuzen sich nicht selten, und bei jeder Gelegenheit, wo eine humane Maßregel zu Gunsten der duldenden Volksklassen möglich wird, kann die Regierung mit Leichtigkeit das gesammte Raisonnement der Verfassungsmänner neutralisiren und unschädlich machen. Der Ver. Landtag hat sich zwar auch zu verschiedenen Malen »liberal« gegen die unteren, arbeitenden Volksklassen zu sein bemüht; aber er hat keinen rechten Glauben gefunden; Unterstützung, moralische Mitwirkung, imposante Zustimmung zu den rechtlichen Verlangen der Verfassungsmänner haben wir von Seiten des arbeitenden Volks nicht erlebt. Noch niemals aber hat eine gesellschaftliche Klasse zu ihren Gunsten eine Totalveränderung hervorzurufen gewußt, ohne daß sie, sei es wirklich, sei es im Glauben der Zeitgenossen, identisch mit der großen Majorität, mit dem wesentlichen Volke gewesen wäre. Der Ver. Landtag nennt sich die Vertretung des Volks; man zeige uns das Volk, welches amphitheatralisch hinter den 600 Sitzen als unverbrüchliche Eideshelfer aufgepflanzt gestanden hat und noch steht. Die Vertreter sind nur stark, wenn die Vertretenen ihre kühnsten Schritte gut heißen, besonders, wenn vor allen Stücken Vertretene da sind, wenn diejenigen Vertretenen, die man feierlich anruft, wirklich sich dazu bekennen, von jenen vertreten zu sein. Es scheint uns, als ob der Ver. Landtag höchstens seine Wähler, nicht aber das Volk vertreten habe. Woher sonst die politische Grabesruhe im eigentlichen Volke, in der Welt der Arbeiter, in jenen interessanten Schichten, die von Tage zu Tage mehr Bewußtsein über sich, ihre Lage und die Welt überhaupt erlangen? — Wir müssen den gemäßigten Liberalismus auffordern, sich die Dinge der Gegenwart noch einmal gründlich zu betrachten, einen prüfenden und ehrlichen Blick auf die Mattherzigkeit seines Thuns und Treibens zu werfen, sich wenigstens von der Schachmattigkeit seiner Erfolge, von der Volksstimmung überzeugen zu lassen, daß er nicht auf dem Vorposten sicht, sondern das Handwerk der Marodeurs treibt. Der gemäßigte Liberalismus glaubt dem Genius der Menschheit im Herzen zu sitzen und er läuft doch nur hinter ihm her und trachtet ihn bei den Fersen zu fassen.«

Die Resultate des Ver. Landtags sind gering, die Majorität des Volks hat sich wenig oder gar nicht um die Verhandlungen der Vertreter der Ritter, der Bürger und der Bauern gekümmert, die Regierung ist in manchen Punkten liberaler gewesen, als der gemäßigte Liberalismus der Vertreter der Besitzenden, der Grundeigenthümer. Von einem so zusammengesetzten Landtage ist nicht zu erwarten, daß er auf der Höhe der Zeit stehe, daß er sich in seiner Gesammtheit die Ideen angeeignet, welche die Zeit bewegen, daß er in sich zur Klarheit über die Forderungen der Zeit gekommen. »Wir haben uns zur Genüge überzeugt,« versichert der Breslauer »Volksspiegel« in einem Referate über den ersten Ver. Landtag, »daß gerade die Ideen, worauf die Geschichte der Gegenwart zunächst reflektirt, von den

Digitized by Google

Allerwenigsten begriffen worden," wie es von Männern, die den geistigen Kämpfen und Bewegungen der Zeit so fern stehen, kaum anders zu erwarten, von Männern, die es auf ihren Rittersitzen, in kleinen Städten und entlegenen Dörfern in ihrer politischen Lektüre zum Theil kaum bis zur Berliner Vossischen, dem großen Organ des aufgeklärten Berliner Philisterbewußtseins oder ähnlicher, miserabler Zeitungen bringen. Der gemäßigte Liberalismus der Vertreter der drei Stände ist sich häufig unklar, verwickelt sich nicht selten in Widersprüche, wie der gedankenlose Liberalismus der Bourgeoisie außerhalb des weißen Saales. Einer der Führer, der Abg. v. Vincke, der gewaltig auf das ständische Recht pocht, sein Mißbehagen gegen den Liberalismus offen ausspricht, der Abg. v. Vincke, der auf Standesehre und Standesrechte hält, der mit seinen Sympathien noch im mittelalterlichen Staate wurzelt, „der eben weil er ein halber Liberaler ist, durch und durch Aristokrat bleibt", wird mit unglaublicher Naivität von der liberalen Bourgeoisie außerhalb des weißen Saales als Heros des Liberalismus deklarirt und angestaunt als „ein Mann des Volks!" Der Abg. v. Vincke, der Mann des historischen Rechts, der wahrhaft Konservative, erscheint der politischen Kurzsichtigkeit als ein „Liberaler", weil er unumwunden und in einer Art seine Meinung sagt, von der die deutsche Bedientenhaftigkeit unserer Philister sich gestehen muß, daß sie Ministern und Räthen der Krone gegenüber dergleichen nie gewagt hätte. Der gemäßigte und unklare Liberalismus außerhalb des weißen Saales bewundert an dem westphälischen Abgeordneten, was ihm selbst fehlt, den „unerschrockenen Muth", der aber gar nicht gefahrbringend, denn die Herren sind nach Berlin befohlen worden, um zu sprechen. Wie fremd dem Abg. v. Vincke das Bewußtsein der Zeit, die Idee des modernen Staats, dessen Grundlage die bürgerliche Gleichheit, ein Recht und eine Ehre für Alle, zeigen unter andern die Verhandlungen über das Bescholtenheitsgesetz, wo des Abg. v. Vincke ständisches Bewußtsein und seine Begriffe von Standesehre unumwunden sich aussprechen. „Sogar Graf Schwerin scheint zu vergessen, daß die verschiedenen Begriffe von Ehre verschwunden, daß die verschiedenen Stände sich in den allgemeinen Stand des Staatsbürgers aufgelöst haben, oder doch in dem modernen Staat auflösen sollen, indem er sich für einen Gesetzentwurf erklärt, der das Urtheil über die Ehrenhaftigkeit eines Mitgliedes dem Gerichte entzieht und von der Überzeugung einzelner Korporationen abhängig macht«.*) Insoweit der Gesetzentwurf eine specielle Ehrenhaftigkeit einzuführen beabsichtigt, ist seine Vertheidigung nur unter der Voraussetzung möglich, daß es noch ständische Unterschiede gebe, die allerdings bestehen, die aber der wahre Liberalismus nicht mehr anerkennt, die er aufzuheben bemüht ist.

Im Allgemeinen dominirt in der Versammlung der „besonnene, gemäßigte Liberalismus", der eigentlich keine ständische Gliederung anerkennt, in seiner Unklarheit aber doch das Urtheil der Standesgenossen als Kriterium der Bescholtenheit aufrecht erhält, während der „Gesetzentwurf, betreffend die Abschätzung bäuerlicher Grundstücke" verworfen wird, weil er auf dem Prinzip der Ungleichheit, der ständischen Gliederung beruht, weil es ein Entwurf zu einem Partikulargesetze, zu einem Gesetze für einen besondern Stand, den „Bauernstand", den es einengen und in seiner freien Disposition beschränken will. Die Verhandlung über diesen Gesetzentwurf, diese Abstimmung von einer solchen Versammlung überrascht, ist geeignet manche Unklarheiten vergessen zu machen, wenn auch der

*) Buhl „der erste Ver. Landtag, seine Stellung, Thätigkeit und Resultate," eine Schrift auf die wir denkende Leser ganz besonders aufmerksam machen.

Digitized by Google

„gemäßigte Liberalismus“ der Versammlung sich unbewußt für ein dem Liberalismus wesentliches Prinzip entschieden haben sollte.

Wie der gemäßigte Liberalismus überall sich nicht klar ist, so auch hinsichts der Gewissensfreiheit. Den durch eine Petition des Abg. v. Saucken hervorgerufenen Antrag, die Ausübung der ständischen Rechte an keinerlei Art religiösen Bekenntnisses zu binden, verwirft die Versammlung mit 319 Stimmen gegen 158, weil der Antrag dem gemäßigten Liberalismus zu radikal erscheint, zu weit geht, weil der gemäßigte Liberalismus seinen Sitz, seine ständischen Rechte mit Heiden und Türken theilen zu müssen fürchtet. Dagegen nahm man gleich darauf den Antrag des Grafen Schwerin an, welcher bloß das Bekenntniß zur christlichen Religion forderte. Nicht minder haltungslos und inkonsequent zeigt sich der gemäßigte Liberalismus in der Judenfrage. Die Versammlung geht zwar auf die vorgeschlagene politische und bürgerliche Absonderung der Juden nicht ein, anerkennt aber die Zwangsverbindlichkeit der Juden zur Religion, indem sie die Juden verpflichtet eine religiöse Gemeinde zu bilden. Die Versammlung will die Juden nicht als eine geduldete Korporation absondern, sie betrachtet sie als Staatsbürger, sie verwirft die Ausscheidung aus dem Gemeindebande, die besondere jüdische Korporation, die Trennung der jüdischen von der übrigen Schuljugend. Die Versammlung verwirft die Ausnahmebestimmungen, indem sie an dem Staatsbürgerthum der Juden festhält und das Resultat scheint kein anderes sein zu können als: die Juden genießen gleiche Rechte mit den übrigen Staatsbürgern. Demgemäß erklärt sich die Versammlung für die Zulassung der Juden zu Staats- und Gemeindeämtern und spricht es aus, daß der Staat kein specifisch christlicher sein solle, während sie selber eine specifisch christliche bleiben will!! Der gemäßigte Liberalismus der Versammlung erschrickt, als er gefragt wird, ob den Juden alle ständischen Rechte gleich den Christen beigelegt werden sollen. Nachdem die Versammlung das Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichheit angenommen, das Prinzip des christlichen Staats aufgegeben, will sie selbst eine „vom christlichen Geiste durchwehte Versammlung“ bleiben! Ein Widerspruch, der die Gedankenlosigkeit des gemäßigten Liberalismus in seiner ganzen Blöße aufdeckt. Man sieht wie die Versammlung und der gemäßigte Liberalismus auch in dieser Beziehung seine „wohlerworbenen Rechte“ zu konserviren bemüht sind.

Seine „wohlerworbenen Rechte“ will der Landtag in keiner Beziehung aufgeben. Die Versammlung, der in ihr dominirende Liberalismus und das historische Recht, das gewaltig pocht, suchen der Krone gegenüber Rechte geltend zu machen, wachen eifersüchtig auf Erhaltung ihrer angeblichen Rechte, sowohl nach oben wie nach unten, und erhalten zuletzt gar nichts, weil man mehr das Recht, als die innere Nothwendigkeit und Nützlichkeit geltend zu machen sucht, und es verschmäht die große Majorität des Volks für sich zu gewinnen. Wichtiger ist eine allgemeine, im gesammten Volke, in allen Klassen vorhandene Überzeugung von der unabweislichen Nothwendigkeit einer repräsentativen Verfassung, als ein unbestimmtes Versprechen. Diese Überzeugung in der Masse des Volks zu wecken, hat der gemäßigte Liberalismus sich nicht gemüßigt gefunden. Er hat sich viel mit seinen wohlerworbenen Rechten, wenig und sehr oberflächlich mit der Noth des Volks beschäftigt; er hat um das Volk selbst sich wenig gekümmert, gerechten und billigen Erwartungen nicht entsprochen *). Der gemäßigte Liberalismus, der in der Verfolgung

*) Die Zeitungen melden: „Die Stadtverordneten-Versammlung in Münster, getäuscht in ihren Erwartungen und Hoffnungen, welche sie von den in Berlin vereinigten Ständen gehegt hatte, faßte in ihrer letzten Sitzung den einstimmigen Beschluß, die Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer in die Klassensteuer zu erwirken.“,

Digitized by Google

seiner eigenen Rechte sich unermüdlich zeigt, hat weder für die Noth des Volks noch für die Rechte der nicht vertretenen Klassen ein Ohr. Indem es die Versammlung unterläßt, die allgemeine Meinung der Majorität des Volkes sich zu gewinnen, dessen Wünsche auszusprechen, dessen Bedürfnisse zu verfechten, verliert sie an Gewicht und Bedeutung. Denn in der Theilnahme des Landes, in der unausgesetzt regen Theilnahme des Landes liegt, wie der Abg. v. Bardeleben sehr richtig bemerkt, die ganze Kraft der Vertreter des Landes. Diese große Wahrheit haben aber die Vertreter der verschiedenen Stände nicht begriffen.

Die Versammlung interessirt sich gewaltig für ihre Rechte, wenig oder gar nicht für die Rechte des gesammten Volks, der Einzelnen. Der Abg. Hansemann tritt für die nicht vertretenen Klassen in die Schranken, indem er den Antrag stellt, daß allen Klassen der Nation gestattet werden möge Petitionen an die Stände zu bringen. Vergeblich führt er die überzeugendsten Gründe für die Gewährung dieses Rechts an, vergeblich schließt sich ihm der Abg. v. Bardeleben an und führt namentlich aus, daß alle staatlichen und politischen Körperschaften eine gewisse Neigung hätten sich zu isoliren und allmählig eigensüchtige Zwecke zu verfolgen, einseitige Richtungen einzuschlagen. „Die Versammlung verwirft das Amendement und markirt hiedurch ihre Stellung nach unten hin, die sich im weitern Verlauf der Verhandlungen noch entschiedener herausstellt.“ *)

Die Versammlung hat es zwar deutlich genug ausgesprochen, daß sie nicht Vertreter und Wahrer der eigenen Rechte, besonderer ständischer Rechte sein wolle, sie hat zwar erklärt, daß sie sich als eine allgemeine Vertretung, als eine Vertretung der Nation betrachte, obgleich sie durch Wahl und Zusammensetzung nur ein Organ der besitzenden Klassen, der Grundbesitzer ist und in Wahrheit nur deren Interessen vertritt. Nachdem die Versammlung, das Organ der Besitzenden, nach dem Ausdrucke des Abg. v. Vincke, sich „redlich bemüht hat, ihre verfassungsmäßigen Rechte zu sichern“, was thut sie, um „demjenigen Theile des Volkes zu helfen, der von politischen Rechten nicht viel weiß, wohl aber von materiellen Interessen?“ was thut sie für die große überwiegende, im Schweiße ihres Angesichts arbeitende Majorität des Volks, als dessen Vertreterin, als deren Vormund sich diese ständische Vertretung betrachtet, der sie das kleine unscheinbare Recht der Bitte nicht gewähren will, was thut sie für Majorität des Volks?

Ein im Schrecken als Beruhigungspulver gegebenes, staatswirthschaftlich nicht zu rechtfertigendes Brennereiverbot ist das einzige Mittel, zu dem sie sich bereit zeigt, was für den Muth wie für die staatswirthschaftliche Intelligenz der Versammlung kein günstiges Vorurtheil erweckt. Die Vorlage Seitens der Regierung ist weit eher zu rechtfertigen als die Annahme durch die Versammlung, durch die Vertretung einer intelligenten Nation. Daß die Räthe der Krone an die „Vertreter der Nation“ appellirten, erkennen wir mit Dank an. Aber die Vertreter mußten den Kopf nicht verlieren, sie mußten da stehen gleich einem Felsen im Sturm bewegten Meere, den Räthen der Krone eine feste Stütze.

Die Aufhebung der Gebühren für Aufenthaltskarten wird von mehr als zwei Drittel befürwortet. Diese Abgabe belästigt die Herren auf ihren Reisen, — diese Belästigung des „Verkehrs“, die ihre Tasche trifft, wollen sie aufgehoben wissen. Dagegen hat die Versammlung für die Aufhebung, resp. Ermäßigung der Stempelsteuer der Gesindebücher keine Ohren. Diese von der Presse angegriffene, von der öffentlichen Meinung verworfene Besteuerung des Gesindes kümmert die Versammlung nicht, die hier wieder beweist, daß sie nicht identisch mit der

*) Buhl der erste Ver. Landtag.

Digitized by Google

öffentlichen Meinung, daß sie nicht im geringsten gewilligt ist, für die nicht vertretenen Klassen ihre Stimme zu erheben.

Die Salzsteuer und das Salzmonopol lassen sich staatswirthschaftlich nicht rechtfertigen. Sie drücken die Gewerbe, Ackerbau und die Viehzucht, so wie die ärmeren Klassen des Volks. Die Industrie, die Gesundheit der Menschen und des Viehs leiden durch die Salzsteuer. Der gemäßigte Liberalismus aber hat keine Ohren für den Salzjammer des Volks, keinen Begriff von der staatswirthschaftlichen Bedeutung der Salzfreiheit. Bei den Verhandlungen über das Salzmonopol zeigt sich in der Versammlung „große Ungeduld", es entsteht „großer Lärmen", weil man von dem Salzjammer des Volks nichts hören will.

Den Kardinalpunkt bildet die Einkommensteuer. Wie der Herr General-Steuerdirektor, so weiset auch Camphausen auf England, auf „ein Beispiel, das eine freie Nation uns gegeben, um den socialen Zustand des Landes gründlich zu verbessern". Die Einkommensteuer sei „ein socialer Fortschritt," sagt er. Aber der gemäßigte Liberalismus der Bourgeoisie kümmert sich nicht um die Verbesserung der socialen Zustände, er fürchtet die Untersuchung des Einkommens und ist taub gegen das Verlangen nach einem „socialen Fortschritt". Der Landtag betrachtet sich als Organ der öffentlichen Meinung. Als eine von dieser öffentlichen Meinung geforderte Maßregel wird die Einkommensteuer dem Landtage empfohlen. Indeß diese einer freien Nation würdige Steuer, „die Steuer der Öffentlichkeit und der Gerechtigkeit", wie Buhl sie nennt, welche die Philanthropie, die Klugheit und die Furcht empfehlen, welche die öffentliche Meinung fordert, wird von dem Landtage verworfen, indem auch der gemäßigte Liberalismus sich scheut seinen Kommittenten, den Besitzenden, eine Einkommensteuer mit nach Hause zu bringen. Die Regierung will die Mahl- und Schlachtsteuer fallen lassen, weil, wie der Herr General-Steuer-Direktor versichert, „in derselben von wohlmeinenden Männern aller Einwohnerklassen eine Ungerechtigkeit oder Unbilligkeit erblickt wird." Die Versammlung, der Liberalismus der Bourgeoisie trägt kein Bedenken diese Unbilligkeit ferner zu sanktioniren, er schrickt vor einer „Ungerechtigkeit" nicht zurück. Die Regierung empfiehlt die Einkommensteuer als eine von der öffentlichen Meinung geforderte, die Versammlung zeigt, daß sie nicht identisch mit der öffentlichen Meinung, daß sie diese nicht repräsentirt. Noch mehr, nach vielen Reden von der politischen Reife bezweifelt der gemäßigte Liberalismus diese gepriesene politische Reife des Volks. „Spricht man die Meinung aus, bemerkt Buhl sehr treffend, daß die Einkommensteuer an dem Mangel der Gewissenhaftigkeit der Einzuschätzenden scheitern werde, so heißt das weiter nichts als allen früheren Reden über die politische Reife des Volks ein glänzendes Dementi geben und die Staatsunfähigkeit proklamiren." Während die Regierung die politische Reife voraussetzt, die Nation für politisch reif erklärt, ertheilen „die Vertreter der Nation" dieser ein testimonium paupertatis!! erklären diese die Nation für politisch unreif!

Die Majorität der Versammlung zeigt sich aber auch unfähig über staatswirthschaftliche Fragen in ihrem eigenen Interesse zu urtheilen, weil es ihr an staatswirthschaftlichen Kenntnissen, an Scharfblick fehlt. Im Interesse der Landwirthschaft ist das Salzmonopol und die Mahl- und Schlachtsteuer aufzuheben. Die Schlachtsteuer wirkt, wie von einzelnen landwirthschaftlichen Autoritäten, wie von landwirthschaftlichen Vereinen ausgesprochen, höchst nachtheilig auf die Viehzucht. Das Alles hat die Mehrzahl der Versammlung, die ja überwiegend aus Landwirthen besteht, nicht begriffen oder fürchtet sie überhaupt jede Veränderung des status quo in der Besteuerung? Liegt diesen Abstimmungen Egoismus oder Mangel an Intelligenz zu Grunde?

Digitized by Google

Die Verſammlung erklärt ſich für die Aufhebung der Gebühren für Aufenthaltskarten, läßt aber eine neue drückende Beſteuerung des Geſindes beſtehen! Sie verſagt den nicht vertretenen Klaſſen ſogar das unſcheinbare Recht der Bitte! Sie hat allerdings mit Rückſicht auf ihre Wahl und Zuſammenſetzung unſere Erwartungen vielfach übertroffen, dennoch aber die Hoffnungen und Erwartungen des Volks vielfach getäuſcht. Sie hat vorzugsweiſe das Intereſſe der vermögenden Klaſſen vertreten, während die Regierung ſich als Vertreterin der allgemeinen Intereſſen zeigt. Weil die Verſammlung für das Volk nichts gethan, ſteht ſie da, ohne Einfluß nach oben und nach unten. Die Reden des gemäßigten Liberalismus von den „verfaſſungsmäßigen Rechten“ verhallen wirkungslos. Dieſer gemäßigte Liberalismus, der überall mit ſich unklar, in der Politik, wie in einem Irrgarten umhertaumelt, deſſen Unterthanenverſtand auf Alles, beſonders auf ſeinen und ſeiner Kommittenten Geldbeutel, gebührend Rückſicht nimmmt, nur nicht auf das Volk und deſſen Noth, der von „ſeinen wohlerworbenen, verfaſſungsmäßigen Rechten“ ſchwatzt, der großen Majorität des Volks aber nicht erlauben will ihn mit Bitten zu beläſtigen, der ſich vom Volke lostrennt, der über den Salzjammer des Volks gar nicht einmal reden hören will, muß es ſich gefallen laſſen, daß die Regierung, in dem Bewußtſein die Vertreterin des Gemeinwohls zu ſein, ihn nicht weiter beachtet.

Der Liberalismus hat jetzt Zeit zu Hauſe über ſeine Reden, über die Erfolgloſigkeit ſeiner Bemühungen weiter nachzudenken. Möge er denn vor Allem ſich bemühen die Aufgabe der Zeit ſich klar zu machen, damit er, wenn er wieder nach Berlin befohlen wird, in Wahrheit die Intereſſen der geſammten Nation zu vertreten befähigt iſt und nicht abermals erfolglos redet, ohne gehört zu werden.

Hat das Militär gleichfalls den Verfaſſungseid abzulegen?

Wir Alle wiſſen ungefähr, was in neueſter Zeit ſich in Kaſſel ereignete. An die Haltung des heſſiſchen Militärs bei dieſem Anlaſſe ſind einerſeits Hoffnungen, andrerſeits Befürchtungen geknüpft worden. Hier hat man ausgerufen: wie wichtig, daß nach der heſſiſchen Verfaſſungsurkunde auch das Militär auf dieſe beeidigt wird! dort hat man bedenklich den Kopf geſchüttelt, und durch ſolche Einrichtung das Schwert dem Mörder in die Hand zu geben gemeint. Wenn man von beiden Seiten nur offen ſein will, ſo ſollte in dieſem Falle eine Verſtändigung ja wohl möglich ſcheinen. Wir wollen zu dem Ende die Gegner des militäriſchen Verfaſſungseides gleich anfänglich in zwei Klaſſen ſondern, die liberale und die konſervative Klaſſe. Denn wirklich, ihr könnt es mir glauben, ſo ſonderbar die Sache auch ſcheint: auch die Liberalen finden jenen Eid hin und wieder bedenklich! »Wenn man, ſagen ſie, in dieſem Falle dem Bürger und den Soldaten gleichſtellt, ſo macht man den Letztern auch zum Richter in Verfaſſungsangelegenheiten; nach eignem Ermeſſen wird er über ſie entſcheiden, und ſeiner Entſcheidung durch die Waffen Nachdruck geben. Iſt aber wohl der Stand des Militärs im Allgemeinen zur unparteiiſchen und ſorgfältigen Prüfung konſtitutioneller Fragen geeignet? wird er nicht eher geneigt ſein, den gordiſchen Knoten zu zerhauen, und wenn ein beliebter Heerführer, ein Fürſt, der als Soldatenvater verehrt wird, dieſe Neigung benutzt, und ſie im Intereſſe der Willkürherrſchaft

Digitized by Google

ausbeutet — wird es ihm nicht leicht werden, die Krieger zu blinden Werkzeugen seines Ehrgeizes zu machen? Wenn also ein auf die Verfassung beeidigtes Militär vielleicht in Einem Falle dieselbe aufrecht erhalten kann, so wird es dagegen 10 Fälle geben, wo ihr von diesem eben die größten Gefahren drohen.

Wir wollen diese Gefahren, welche sich leicht viel weiter ausmalen ließen, keineswegs ableugnen. Aus liberalem Gesichtspunkte haben wir es hier nur damit zu thun, ob dieselben nicht auch ohne den militärischen Verfassungseid gleichfalls die nämlichen bleiben. Dieses, glauben wir, muß unbedingt angenommen werden; vielmehr, sie werden noch um Vieles gesteigert. Wenn es wahr ist, daß der Militär, als solcher, wenig geneigt ist, auf konstitutionelle Subtilitäten einzugehen, so wird er, wenn zu ihm die Verfassung überall in keine Beziehung gesetzt wird, sich auch überall mit ihrem Inhalte nicht beschäftigen, er wird mit militärischem Hochmuthe, der sich nur zu leicht einschleicht, das kleinliche Treiben der übrigen Stände belächeln, welche auf Unwesentliches so großes Gewicht legen; er wird auf den leisesten Wink von oben das werthlose Spielzeug zu zertrümmern bereit sein. Wollen wir indeß aus liberalem Gesichtspunkte mit der aufgeworfenen Frage vollständig aufs Reine kommen, so müssen wir sie nicht aus dem untergeordneten Zwecke des zufälligen Nutzens für diesen oder jenen Fall, sondern nach dem obersten Grundsatze eines Vernünftigen und konsequenten Liberalismus selbst ins Auge fassen. Dieser hat sein Absehen vor Allem auf Gleichheit aller Stände vor dem Gesetze, auf Beseitigung der trennenden Schranken zwischen den verschiedenen Ständen, auf die gleiche Betheiligung Aller an dem Wohl und Wehe des Vaterlandes gerichtet. Es heißt aber in der That, eine neue trennende Schranke zwischen Civil und Militär aufbauen, wenn Letzteres an dem kräftigen konstitutionellen Einigungsbande, welches die übrigen Staatsbürger umflicht, nicht Theil nehmen soll; es heißt, das Militär von der höchsten Würde der Staatsbürgerschaft ausschließen. Eine solche Zurücksetzung muß sich rächen, und sie rächt sich eben dadurch, daß das Militär von nun an den übrigen Ständen als fremd und feindlich gegenüber steht. Bedenken wir, daß der Preis der konstitutionellen Einigkeit sich namentlich auch im Kriege verherrlichen soll! Wie matt muß in unsrer Zeit jeder Krieg geführt werden, den das Nationalgefühl nicht zu seinem eignen erhebt. Dieses Nationalgefühl erstarkt zunächst durch das konstitutionelle Princip, welches die Vorzüge des Vaterlandes zu erkennen und unablässig zu vermehren trachtet. Und von diesem erhebenden Principe will man eben den Kriegerstand ausschließen? den Kriegerstand? Wo beginnt derselbe, und wo hört er auf? Nach gesunden, politischen Grundsätzen ist jeder Staatsbürger wehrpflichtig. Es wird und muß also manchmal der Fall eintreten, daß Mancher, nachdem er schon ganz in konstitutionelle Grundsätze sich hinein gelebt, nachdem er vielleicht selbst, als Beamter, die Verfassung beschworen hat, ins unkonstitutionelle Militär eintritt. Soll er da die konstitutionelle Gesinnung wie ein Kleid in irgend einen Winkel hängen, um sie später, nach dem Austritte, wieder daraus hervor zu holen? Und wie bewährt sich in diesem Falle die Behauptung der Gegner, daß dem Militär, als solchem, die konstitutionellen Fragen ferne lägen? Wir fragen nochmals: wo beginnt derselbe, und wo hört er auf?

Außer der liberalen Klasse haben wir indeß auch die konservative zu berücksichtigen, und wenn diese in dem militärischen Eide auf die Verfassung Bedenklichkeiten findet, so scheint das eher begreiflich. Doch wenn sie die Sache etwas genauer überlegen will, so sieht sie auf den ersten Anblick gefährlicher aus, als sie ist. Wir gehen nämlich davon aus, daß in dem fraglichen Lande doch nun wirklich einmal eine Verfassung existirt, und die bürgerlichen Behörden darauf beeidigt

Digitized by Google

werden; wir nehmen gleichfalls an, daß allgemeine Militärpflicht in dem fraglichen Lande Statt findet. Was wird in diesem Falle damit geschafft, daß das Militär, als solches, den Verfassungseid nicht leistet? wird der konstitutionelle Sinn sich nicht überall hin verflüchtigen, wie ein epidemisches Gift? Wo das Militär die Verfassung beschwört, da weiß es nichts d.sto weniger recht gut, die Pflichten damit zu einigen, welche der Fahneneid bedingt. Hat doch auch der bürgerliche Staatsdiener manche scheinbare Konflikte der Art zu beseitigen. Vor Allem aber können die Konservativen sich damit trösten, daß dieselben Mittel, die wohlbekannten, welche angewandt werden, die bürgerlichen Staatsdiener, trotz ihres Verfassungseides, dem juste milieu zu gewinnen, ihnen nicht minder beim Militär zu Gebote stehen. Was schadet's denn so viel, wenn man auch zum Militär »im Namen der Verfassung spricht«, und wenn dieses »im Namen der Verfassung« die unruhigen Bürger einsteckt? — Ohne etwas Gewandtheit können nun einmal in einem konstitutionellen Staate die Konservativen ihre Zwecke nicht durchführen.

Chr. Feldmann.

Die Schulreform und die neue Pädagogik vom Standpunkte des Humanismus.

Die letzten vier Jahre gehören zu den ereignißreichsten des menschlichen Geschlechtes; in den letzten vier Jahren kam man über Punkte zur Klarheit, mit denen die Menschheit lange vorher gerungen. Der wichtigste Schritt in dieser Entwickelung, der Schritt, der alles Andre bedingte, war das Abweisen einer jeden andern Autorität für die Menschheit, als diejenige, welche sie in ihrem eigenen Wesen findet. Ich glaube mit diesem vorangeschickten Resultate der letzten Kämpfe meinen Lesern den Standpunkt kurz bezeichnet zu haben, von dem aus, nach meiner Meinung, jede Reform beginnen muß, ich glaube, sie damit sogleich in den Gesichtskreis meiner Betrachtungsweise gerückt zu haben. — Denn ist es Wahrheit, was ich hier behauptete, daß unsre Zeit Freiheit von der Autorität geboren hat, — eine Behauptung, die zu beweisen hier nicht zu meiner Aufgabe gehört, und die ich daher dem freien Urtheile eines Jeden anheimstellen muß, — dann ist es eine nothwendige Folgerung, daß auch die Schulreform eben diese Aufgabe entweder mit vollzogen habe, oder, falls dieses nicht geschehen ist, vollziehen müsse.

Ich habe, durch das eben Ausgeführte, nun meine Aufgabe scharf und bestimmt hingestellt, und muß hier auf die Art aufmerksam machen, wie innerhalb der Schule eine Befreiung von der Autorität, ein Zurückführen auf das Reinmenschliche Statt finden soll. Danach wird sich abmessen lassen, ob das bis jetzt schon in den Schulen geschehen sei, oder ob man erst an die Ausführung Hand zu legen habe. — Der Leser wird verzeihen, wenn ich mich hier auf Andeutungen beschränke, und vermittelst skizzenhafter Bemerkungen eine Frage mehr in seinen Gesichtskreis zu rücken suche, die, vollkommen ausgeführt, den mir hier zugemessenen Raum überschreiten würde.

Das jetzige Schulwesen beruht, in seinen wesentlichen Bestandtheilen, auf Heranbildung zu einer Lebensauffassung, die die Neuzeit beseitigt hat. Alle unsre Schuleinrichtungen stammen in ihren Grundanfängen noch aus der Reformationszeit, und tragen daher als letztes Ziel die Zwecke in sich, zu denen jene Zeit den

Digitized by Google

Menſchen überhaupt heranziehen wollte. Unſre Zeit hegt andre Zwecke, und darum wird überhaupt das Schulweſen, das aus dieſer Zeit geboren wird, nothwendig den Menſchen ganz anders ausbilden wollen, als jene Zeit. — Bekannt iſt es, und daher auch meinen Leſern wohl nicht fremd, daß die Reformation des 16ten Jahrhunderts als ihren eigentlichen Lebenspuls den Gedanken aufſtellte: „Der Menſch iſt ſündig von Geburt, er bedürfe daher, um der Gnade theilhaftig zu werden, das Ausreuten des ſündigen Fleiſches;“ unſre Zeit dagegen ſtellt den Gedanken auf: „Der einzelne Menſch iſt nur ein unvollkommener Ausdruck der Vollkommenheiten, die in der menſchlichen Gattung enthalten ſind; will er daher zum Vollgenuß ſeines Daſeins kommen, ſo bedarf er des raſtloſen Strebens, der fortgeſetzten Bethätigung.“ — Dieſer Hauptunterſchied bezeichnet vollkommen auf dieſem Punkte den Bruch der alten mit der neuen Weltanſchauung, und Menſchen der religiöſen, der kirchlichen Zeit können daran erkannt werden, daß ſie das Beugen des menſchlichen Willens, Menſchen der ſittlichen, der ſocialen Zeit, daß ſie das Erheben des menſchlichen Willens verlangen.

Im Felde der Pädagogik iſt dieſer Streit im J. 1845 beim Dieſterwegſchen Amtsjubiläum recht zur Sprache gekommen. Aus der Reihe der pietiſtiſchen Schulmänner ſtellte man damals die Behauptung auf, die Demuth ſei die Eigenſchaft, zu der vorzüglich die Kinder erzogen werden müſſen, Dieſterweg dagegen erwiderte, nicht Demuth, ſondern Muth müſſe in unſerer Zeit den Menſchen eingehaucht werden. Hier ſtehen ſich die beiden Ziele der Charakterbildung ſchroff entgegen. — Ebenſo läßt ſich auch dieſer Unterſchied bei der Erziehung ſelbſt mit ſcharfen Worten bezeichnen. Der Altkirchliche und der alte Schulmann predigt die Zucht, die neue Theorie will die Erziehung; auch in dieſen Worten iſt der Grundzug des Vernichtens der Jnvidualität bei der alten Lehre, des Entwickelns dagegen bei unſern neueren Theoretikern nicht zu verkennen. — Blicken wir alſo mit Zuratheziehung dieſer hier entwickelten Gegenſätze auf die jetzige allgemeine Lage der Schulverhältniſſe, ſo müſſen wir das Urtheil ausſprechen, auch innerhalb dieſer Verhältniſſe geſchieht der Umſchwung von der Autorität zur Freiheit, und zwar, indem man, geſtützt auf die Überzeugung der Trefflichkeit der menſchlichen Natur, anfängt, das Weſen der Kinder ſich ſelbſt zu dem des Mannes entwickeln zulaſſen.

Jn der Religion trat in der letzten Zeit der Umſchwung ſehr deutlich hervor. Mit dem Auftreten von wiſſenſchaftlich freigeſinnten Männern, mit ihren ſchlagenden Streitſchriften, mit dem Bilden freier Gemeinden erwachte auch im Volke die Klarheit, daß hier ein großer Wendepunkt einträte; iſt es in den Schulverhältniſſen ähnlich? Oder begegnen wir dort Verhältniſſen von andrer Natur? — Leider iſt Letzteres mehr der Fall als jenes Erſte. Jn dem Gebiete der Schulfragen iſt es noch nirgends zu einem bewußten Bruche mit der Vergangenheit gekommen, im Gebiete der Schulfrage iſt es wohl dem Denker klar geworden, daß der neuen Theorie jenes veränderte Ziel vorſchwebt; die Volksmaſſe, ja ſogar ein Theil der Schullehrer, — und nicht bloß Finſterlinge — ſchwebt noch immer in dem Jrrthume, es könne noch ſtets mit den alten Mitteln erzogen werden, und ahnet nicht, daß ja ein neuer Zweck ihnen nothwendig neue Mittel zuführen müſſe. — So kommt es, daß in unſerer Pädagogik ein wüſtes, unklares Treiben herrſcht, daß ein Drang zur Reform ſich wohl zeigt, daß man aber keineswegs weiß, wie ihm Raum zu verſchaffen. — Man vergönne mir hier einige Notizen aus der Geſchichte der Pädagogik; vielleicht wird ſich manches bis dahin noch Unklare aus dem oben Mitgetheilten lichtvoller geſtalten.

Die Schulen, aus dem Sinne und Geiſte der Reformation, waren ſchon gegen das Ende des ſechzehnten Jahrhunderts im Weſentlichen auf den Grundlagen

Digitized by Google

aufgebaut, auf denen die meisten unserer jetzigen Schulen noch fußen. Ein für damalige Zeiten geistvoller Lehrer, Sturm, faßt die sämmtlichen damaligen Tendenzen im Schulwesen zusammen. Sie stimmen so ziemlich mit denen überein, auf die auch die Jesuiten ihr Schulsystem stützten. Das darf uns nicht wundern, denn der Zweck der beiden Richtungen hat viel Verwandtes; beide wollten die Eigenthümlichkeit des Menschen brechen, der Jesuit, um ihn zur Maschine für die Hierarchie zu machen, der orthodoxe Protestant, damit, nach Austreiben der Erbsünde, die Gnade bei ihm einziehen könne. — Das System gestaltete sich, den Grundzügen nach, nun folgendermaßen: voran stand überall die Trennung der Schülermasse in zwei Abtheilungen, Volksschule und Gelehrtenschule, also Laien und Priester auch in diesem Gebiete. Bei dem Volksunterrichte galt es vor Allem die Grundlagen der religiösen Anschauung dem Gedächtnisse »einzubläuen«. — Unterscheiden sich hierbei die jesuitische und die protestantische Methode gleich der Form nach, indem der Erstere Legenden mittheilte, der Letztere den Katechismus auswendig lernen ließ, so blieb doch das Ziel und der Erfolg bei Beiden sich gleich. Stets entstand dadurch ein massenhaftes, ungeregeltes Konglomerat von Bildern. — Was sonst noch gelehrt wurde, ließ man sich höchstens von den nothwendigsten Anforderungen des Lebens aufdrängen; Lesen, Schreiben, Rechnen, das war das Wenige, was wenigstens bis gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts das Bedürfniß der Volksschule abzwang. — Anders die Gelehrtenschule; wurde das Volk bloß mechanisch einstudirt, so mußten hier den zukünftigen Treibern der Schafheerde Mittel in die Hände gegeben werden, vortreffliche Hirten zu werden. Wir dürfen hierbei nicht verkennen, ohne ungerecht zu werden, daß die damalige Unterrichtsweise jenen zukünftigen Studenten wohl beabsichtigte, die Mittel zur wissenschaftlichen Bildung in die Hände zu geben. Aber welch eine beschränkte Anschauung von der Wissenschaft schwebte jenen damals vor? Wissenschaft war höchstens Theologie, und darum das Universal-Mittel, sie zu erlernen, hauptsächlich Kenntniß des Latein, als der Sprache, worin die Gelehrten konversirten. Lernte man noch außerdem Griechisch und Hebräisch, die beiden Sprachen, in denen die Bibel geschrieben ist, so war der große Gelehrte fertig. Mathematik, neuere Geschichte, Geographie hat erst das vorige Jahrhundert den Gymnasien aufgedrängt. Das waren etwa die Kenntnisse, die man lehrte. — Die Methode war natürlich dabei nirgends auf das Verhältniß, auf den Geist, auf das Begreifen gerichtet, sondern Gedächtniß und der durch absoluten Gehorsam gebeugte Willen waren die einzigen Kräfte, die man in Anspruch nahm. Ein Interesse am Lernen zu erwecken, war Nebensache. Dafür herrschte ja der Stock und die Eselsbank. Konnte der Knabe nicht Alles begreifen, so war das Trotz und diese Erbsünde mußte ausgetrieben werden. An einem liebevollen Bande zwischen Lehrer und Schüler war daher gar nicht zu denken, und die Schule war nur eine Zwangsanstalt. Paßt dieses Bild nun nicht vollkommen zu der von mir vorangeschickten Behauptung, »Zucht«, »Beugen der Individualität« sei Prinzip des älteren Schulwesens? Treten hier nicht vollkommen die Züge hervor, die den Zusammenhang dieser Schultheorie mit der »Erbsünde« klar werden lassen?

Gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts fing die Menschheit an, sich von diesen Einflüssen zu emanzipiren. Schon um die Zeit des dreißigjährigen Krieges hatten sich laute Stimmen als Vorboten vernehmen lassen. Ratich und Comenius, zwei Deutsche, sind gewissermaßen die Propheten dieser neuen pädagogischen Weltanschauung. Der Erstere durchreiste Deutschland und warf überall die zündenden Blitze neuer Anschauungen hin, der Letztere wußte zuerst das Auge auf die pädagogische Bedeutsamkeit der Naturanschauung zu lenken. In seinen Streit-

Digitized by Google

schriften hebt er diesen Gesichtspunkt ganz entschieden hervor, noch mehr aber suchte er durch den Versuch der Ausführung zu wirken. Er verfaßte eine Schrift, orbis pictus (die gemahlte Welt) die, die Vorläuferin des Basedow'schen Elementarbuches und unserer jetzigen Bilderzeitungen, Jahrhunderte hindurch, ja bis fast im Anfange dieses Jahrhunderts, die Quelle der in Naturwissenschaft und Geschichte, Belehrung suchenden Jugend war. — Noch einige Zeit schien in Deutschland der Geist dieser Männer nachwirken zu wollen, schon fing man an, auf Schulreformen zu denken, da erdrückte die Ungunst der Zeiten dieses Bestreben, und Deutschland schlief für die Pädagogik bis 1780, wo es Basedow abermals erweckte.

Vorher mußten zwei Ausländer die Grundlagen entdecken, auf denen zu bauen war, Locke und Rousseau, beide scheinbar Antipoden, nichts desto weniger aber trotz der verschiedenen Mittel im Zwecke übereinstimmend. — Mit Locke wird die neue Pädagogik geboren, mit Rousseau spricht sie sich mündig. — Was ist aber nun ihr Prinzip? Worin spricht sich ihr Wesen vor Allem aus? — Versuchen wir uns zuvor von ihrem Gegensatze gegen die bisherige Pädagogik zu unterrichten, dann wird es auch Zeit, auf ihr eigenstes Prinzip, auf den neuen, leitenden Gedanken weiter einzugehen.

Wir schilderten eben die Grundgedanken der bisherigen Pädagogik; laßt uns jetzt die Lehren ihrer Gegner betrachteu. Voran steht der Gedanke, keine absolute Trennung zwischen Volks- und Gelehrtenschulen. Die Schulbildung muß bis zum vierzehnten Jahre, wo der Eintritt in das bürgerliche Leben geschieht, eine gemeinsame Volksbildung sein. Eine Gelehrtenschule kann erst für die beginnen, welche diese Grundlage absolvirt haben, und steht dann in demselben Verhältnisse zur Volksschule, wie etwa eine polytechnische oder eine Handelsschule, ist also Ausbildung für besondre, technische Zwecke, nachdem die allgemein menschlichen zu ihrer Berechtigung gekommen sind. — Der vorherrschende Stoff darf nicht Religionslehre sein, sondern die Resultate der Gesammtbildung in Naturwissenschaft und Geschichte bilden das Material, vermittelst dessen zum unparteiischen Prüfen, zum freien Urtheil heranerzogen werden soll. — Die Methode sei stets eine naturgemäße, sich beständig nach den Bedürfnissen des Kindes umblickende und diesen sich anschmiegende Weise. Hauptsächlich muß das Generalisiren und das Schlagen über einen Leisten vermieden werden, im Gegentheile soll jede Individualität selbstständig entwickelt werden. Durch diese Mittel allein kann ein lebendiger Austausch zwischen Lehrer und Schüler befördert, und der Unterricht auf dem Boden der Liebe, — als weitere Ergänzung der Familie — seinen wahrhaften Fortgang haben?

Wir haben hier die Sätze, die nach und nach erst im Kampfe als Gegensätze der bisherigen Pädagogik markirt wurden, gleich Anfangs zusammengestellt, um das Prinzip dieser neuen Pädagogik gleich als das der „Freilassung der Individualität" bezeichnen zu können, und auch hierbei so die oben gewählte Bezeichnung zu rechtfertigen. — Zu diesen Gedankenkreis hin wurde nun die Menschheit auf zwei Wege geleitet. Der Engländer Locke forderte, nach der Weise seines praktischen Volkes, zuerst eine männliche, thatkräftige Erziehung; eine Erziehung, geeignet, Redner, Staatsmänner, Erfinder, überhaupt praktische Köpfe heran zubilden, der Genfer Rousseau dagegen wies zuerst auf den heiligen Schatz des reichen menschlichen Gemüthes hin, und wollte empfindende, mitfühlende und liebende Menschen, aus ihrem eignen natürlichen Wesen hervorführen. — Beide scheinen also Verschiedenes gewollt zu haben; der Eine will das praktische Element im Menschen lösen, der Andre dagegen den geistigen Kern des ganzen Menschen

Digitized by Google

richtig herausstellen. Aber diese Verschiedenheit ist nur Schein; kann man wohl wahrhaft diese beiden Seiten trennen? Kann es tüchtige Praktiker geben, denen das adelnde Moment der Gesinnung fehlt? Oder werden nicht richtig empfindende Menschen auch tüchtig handeln? — Daher haben, meiner Meinung nach, Locke und Rousseau, trotz der großen Verschiedenheit in der Wahl der Mittel, doch denselben Zweck verfolgt. Sie haben dasselbe Ziel nur von einem anderen Gesichtspunkte aus angeschaut, und dieser verschiedene Gesichtspunkt rührt daher, daß zu ihrer Zeit die Theorie der Pädagogik noch nicht zu ihrer Abrundung gelangt war.

Ehe Pestalozzi, der edle Schweizer, dieses vollbrachte, wußte Basedow die Aufmerksamkeit der Deutschen auf die Erziehungsfragen zu lenken. — Es war die Zeit, wo die Aufklärung und die Anfänge des religiösen Rationalismus eben den Bruch mit dem bisherigen Aberglauben einzuleiten suchten; in einer solchen Zeit konnte und mußte eine neue Pädagogik, die den Menschen auf die Bedürfnisse der Gegenwart, nicht auf die der Vergangenheit fußen lehrte, eine große Aufmerksamkeit auf sich ziehen. — Basedow begründete das Philantropin in Dessau, ein wichtiges Institut, und ließ das Elementarwerk, als Grundlage des realistischen Jugendunterrichtes erscheinen. Mit beiden Unternehmungen beabsichtigte er den Sinn für die Natur und die Zustände des Lebens bei den Kindern zu erwecken, so die Grundlage einer neuen Unterrichtsweise festzustellen. Sein Werk scheiterte aber, denn ihm waren weder sämmtliche Grundsätze der neuen Theorie, noch überhaupt die Höhe des Konfliktes klar geworden, in den er mit dem bisherigen Schulsystem gerieth. Er vermischte daher ganz naiv Altes und Neues, ließ sich, durch die verkehrten Ansprüche der Ältern verleiten und Unterrichtsstoffe aufdrängen, die nicht in sein System gehörten, und deshalb nicht durch seine Methode zu bewältigen waren. Er verlor, bei den hieraus entstehenden Verwirrungen den sittlichen Halt, und machte so die Welt an sich und seinem Berufe irre. — In Deutschland blieb das Werk stecken, und nur einzelne Trümmer retteten Salzmann und Campe in die alte Pädagogik herüber.

Was hier als Ruine der Nachwelt nur die kühnen Umrisse zeigt, diesem versuchte Pestalozzi, durch ein Leben voller Ringen und Opfer die wahrhafte Grundlage zu geben. — Keine Geschichte der Pädagogik, kein Aufsatz über diese ist möglich, ohne dem Ringen dieses großartigen Menschenfreundes ein glänzendes Denkmal zu setzen. — Pestalozzi ist der geistvolle Lehrer, welcher zum erstenmale das neue pädagogische Prinzip in vollkommener Klarheit erfaßt, und dasselbe durch das Unterbreiten dreier wichtiger Grundsätze sicher gestellt hat. Wollte Locke den Mann, Rousseau den Menschen heranbilden, so fühlte Pestalozzi, daß eben Beides nur vereinigt bestehen kann, und diese wundervolle Harmonie von Empfindung und Thatkraft, welche sich so schön in den edelsten Charakteren seines Volkes, und der Schweiz zeigt, für welche Harmonie er selbst als eins der schönsten Muster gelten kann, — diese Harmonie war sein Ziel. Griff er in der Benennung fehl, und nannte das wahres Christenthum, was wir Menschenthum nennen würden, so war das ein damaligen Zeiten verzeihlicher historischer Irrthum. Der Hauptpunkt bleibt, daß Pestalozzi keine gedrückte, die Erbsünde scheuende Menschen, sondern tüchtige, thätige und lebensvolle Charaktere heranzubilden suchte. — Damit hatte er das Ideal der Pädagogik festgestellt, sich emanzipirt von dem düsteren Bilde, das die Vorzeit sich als Ziel hingesteckt hatte, war geistvoll und kühn in der Vereinigung des Locke'schen und Rousseau'schen Bildes aufgetreten, und hatte so die Grundlage der Pädagogik festgestellt.

War durch diesen Schritt nun gewissermaßen es besiegelt, daß eine wahrhafte Pädagogik den ganzen Menschen mit der ganzen Fülle seiner Eigenschaften

Digitized by Google

herauszubilden habe, so setzte Pestalozzi seinem Werke die Krone auf, indem er die drei großen Grundsätze jeder vernünftigen Pädagogik sowohl theoretisch darlegte, als praktisch durchführte. Diese drei schon oft besprochenen Grundsätze sind: 1) bei jedem Unterrichte damit zu beginnen, bei dem Schüler das Interesse für den Gegenstand hervorzurufen, und dann erst den Gegenstand folgen zu lassen. 2) Die Anschauung ist der Anfang, der Begriff das Ziel eines jeden Unterrichtes. 3) Alles Erlernte muß Gemüthssache werden, muß sich mit dem Wesen des Menschen innigst verbinden. — Jeder denkende Mensch, der nur irgend einmal in unser Schulwesen einblickte, und dort durchweg das Entgegenhandeln gegen diese einfachen Grundsätze sah, wird mit mir übereinstimmen daß das Aufstellen dieser wahrhaft psychologischen Prinzipien, und das Handeln, nach diesen, eine That von unermeßlichen Folgen war. — Wie nun auch das Urtheil über die weitere Ausführung dieser Grundsätze in seiner „Anschauungsmethode" ausfallen mag, wo er gewiß viele Fehler gegen eine gesunde psychologische Behandlungsweise beging, so muß man doch den Beginn der Arbeit als eine geschichtliche That bezeichnen, wenn gleich der erste Ausbau abermals umgerissen werden muß, um auf sicherm Boden und mit besserm Material das Werk von Neuem zu beginnen.

Pestalozzi hatte die Theorie der Pädagogik vollendet, und mit unendlicher Liebe und Aufopferung zwanzig Jahre lang an der Verkörperung seiner Grundsätze gearbeitet. Aber dennoch blieb dieses nur ein Experiment, indem der Versuch, abgelöst von den gleichzeitigen Reformen in Staat und Leben statt fand. — Der ganzen Pädagogik von Rousseau an bis Pestalozzi klebt ein Gelehrtenwesen an; man geht zwar auf den innersten Kern des menschlichen Wesens zurück, aber man denkt sich dabei ein menschliches Wesen, abgezogen von allen Bezügen der Lokalität, Nationalität und des ganzen geschichtlichen Standpunktes. Locke wollte allenfalls noch einen Mann für sein Vaterland, einen Parlamentsmenschen, erziehen. Rousseau dagegen, der an der Menschheit verzweifelnde Held, der die Natur suchte, weil Sitte und Staat ihn abstießen, weil er die Freiheit nur abgelöst von der Konvenienz fand, Rousseau setzte seinen Emil in eine Klause, abgetrennt von allen übrigen Menschen. Diesem Irrthume folgten alle späteren Pädagogen. Basedow dachte nur daran, Deutsche, also — der Politik und dem Leben entfremdete Charaktere zu erziehen und selbst Pestalozzi, der für den Bauerstand eine politische Bibel schrieb, der in Lienhard und Gertrud, seinem großartigen Volksbuche, den Zusammenhang zwischen Staatsleben und Volksbildung gerade hervor hob, selbst Pestalozzi wußte dieses Element nicht in die Pädagogik mit hineinzuziehen.

Seit hundert Jahren fast ist es Dogma geworden, „mit den Kindern ja nicht über Politik zu sprechen, ihnen nichts über Staatsverhältnisse mitzutheilen". Diese Maxime ist weiter nichts, als baarer Unsinn. Nachdem „fast in alle Lehrbücher der Pädagogik der Grundsatz übergegangen ist", die Gegenstände, die das Leben vom Menschen verlange, gelte es vorzüglich heranzubilden, „kann eine solche Maxime entweder nur bedeuten, Politik wäre kein Lebenselement für unsre Zeit" — also eine Art antediluvianische, unter dem Niveau des Zeitgeistes liegende Behauptung, — oder schämt man sich, dieses einzuräumen, so geräth man in den grellen Widerspruch, eben dieses Wichtige nicht zu lehren. — Diesen Widersinn zu zerstören, darauf ist die Thätigkeit der bedeutenderen Pädagogen gerichtet. — Vier Namen seien mir noch gestattet, hier zu erwähnen: J. G. Fichte, der 1807 in seinen Reden an das deutsche Volk, in einer Zeit der tiefsten Erniederung, auf eine Nazionalerziehung als einziges Rettungsmittel, und in dem Ge-

Digitized by Google

danken des Jugendstaates auf ein Institut hinwies, das eine praktische Bildungsschule für Politik werden sollte. Diesterweg in Berlin überwältigte die Masse des jetzt geltenden pädagogischen Stoffes, um ihn als Grundlage einer Bildung zu benutzen, die im Leben in allen Verhältnissen sich zurecht finden kann. Fr. Froebel in Keilhau stellte dann in den Kindergärten zuerst ein gemeinsames Leben zwischen Lehrer und Schüler her, und schuf dadurch eine Reihe der bedeutungsvollsten pädagogischen Hülfsmittel. — Sein Neffe endlich, Karl Froebel in Zürich baute seine ganze Pädagogik auf die Erziehung zu tüchtigen politischen Charakteren, nahm so den Fichteschen Gedanken eines Jugendstaates wieder auf, verarbeitete ihn mit Pestalozzi'schen, Diesterweg'schen Elementen und den Hülfsmitteln seines Onkels, und schuf so zugleich eine Schule, wie sie unserer Zeit würdig ist. — Dieses Institut hier zu beschreiben würde meine Aufgabe überschreiten; ich darf daher höchstens nur noch auf einen Aufsatz von mir über dieses Institut, „die freie Gemeinde und das neue Prinzip der Pädagogik" überschrieben, in Wislicenus kirchlicher Reform (Oktbr. 1847, S. 1—12) und auf die dort citirte Schrift „erster Bericht über die von Karl Froebel bei Zürich geleitete Erziehungsanstalt" verweisen, dort können sich diejenigen, die sich weiter hiefür interessiren, genauer unterrichten.

Mit der Mittheilung des Froebel'schen Gedankens schließt meine Aufgabe; die Folgerungen treten zu sichtlich hervor, und ich brauche sie daher nur zu erwähnen. Dem Individualitätsprincip der Freiheit haben hundert Jahre das Terrain auch im Schulwesen verschafft, leider ist aber nur an wenigen Punkten der offenkundige Bruch geschehen. Karl Froebel hat sich dieses zur Aufgabe gestellt. Von der Ausführung dieser seiner Aufgabe hängt die Zukunft des Schulwesens ab. — Auf noch einen Punkt möchte ich aber hinweisen. Gewiß wird das Bedürfniß die freien Gemeinden bald zur Anlage neuer Schulen nöthigen, mögen sie dann nicht vergessen, daß ihr Prinzip auf diesem neuen Boden fußt, und daher durchaus nicht versäumen, die Resultate der pädagogischen Entwickelung in Praxis zu verwandeln.

Rudolph Benfey.

Die Philalethen in Holstein, die Vorläufer der freien Gemeinden.

Im J. 1830 oder 31 traten in Kiel 20—30 achtbare und angesehene Männer zusammen, um aus der Kirche auszuscheiden. Sie nannten sich Philalethen, Wahrheitsfreunde, und baten, der Staat möge sie von allen kirchlichen Verpflichtungen befreien. Ihr Gesuch wurde zurückgewiesen. Dabei scheinen sich die Philalethen beruhigt zu haben. Im Jahr 1842 erschien darauf eine »Vorläufige Nachricht über den, im März 1842 gestifteten holsteinischen Philalethen-Verein,« (in Hamburg bei Rüter gedruckt). Die in dieser »vorläufigen Nachricht« angekündigte erste Versammlung in Hamburg scheint — vielleicht in Folge des Hamburger Brandes — nicht abgehalten und der Philalethen-Verein in Feuer und Rauch aufgegangen zu sein. Das jetzige Schweigen der holsteinischen Philalethen, wo sich in verschiedenen Gegenden »freie Gemeinden« gebildet, selbst in Hamburg, hat etwas räthselhaftes, erklärt sich aber aus den politischen Verhältnissen des Landes. Aus der »vorläufigen Nachricht" die wir hier folgen lassen, werden sich unsere Leser überzeugen, daß die holsteinischen Philalethen mit den gegenwärtig in Halle, Hamburg, Marburg und an andern Orten bestehenden »freien Gemeinden« die gänz-

Digitized by Google

liche und völlige Emancipation von der Kirche erstrebten. Was im J. 1842 in Holstein versucht und verhindert wurde, ist gegenwärtig an einigen Orten Deutschlands, auch in Preußen, ausgeführt und gestattet, der Austritt aus der Kirche. Die erste Zusammenkunft der freien Gemeinden, bei der auffallender Weise die holsteinischen Philalethen ganz und gar fehlten, fand in diesem Jahre, wie wir berichteten, in Nordhausen statt.

Als vor etwa zwölf Jahren, beginnt die erwähnte „vorläufige Nachricht", eine Anzahl Philalethen der Stadt Kiel sich mit einem Gesuche an die Regierung wandte, daß dieselbe in Zukunft auch denen volles Staatsbürgerrecht gewähren möchte, die sich in ihrem Gewissen gedrungen fühlten, aus dem kirchlichen Verbande, dem sie bisher angehörten, herauszutreten, ohne sich jedoch einer andern Kirchengemeinschaft anzuschließen, oder eine neue Religionspartei unter sich zu konstituiren: da wurde dieses Gesuch von der Regierung völlig unberücksichtigt gelassen, und die Philalethen sahen sich nach wie vor genöthigt, die gesetzlich vorgeschriebenen kirchlichen Gebräuche mitzumachen, sich also äußerlich zur Kirche zu halten, obgleich sie innerlich nichts mehr von ihr wissen wollten. Der Grund, warum die Regierung diesen barbarischen Zwang nicht sogleich abschaffte, sondern ruhig fortbestehen ließ, lag wohl nicht so sehr darin, daß sie selbst die Ansicht hegte, daß, wer kein Christ sei, auch kein guter Staatsbürger sein könne, als vielmehr darin, daß sie sich dieser, beim Volke herrschenden Ansicht durchaus akkommodirte. Sie glaubte nämlich, nicht weise zu handeln, wenn sie zu Gunsten einiger Weniger die bestehende Ordnung der Dinge auf einmal aufhöbe, um eine neue einzuführen, welche den heftigsten Widerspruch des Volks zur unmittelbaren Folge haben würde. Aus diesem Benehmen der Regierung läßt sich nun aber mit ziemlicher Bestimmtheit schließen, daß, wenn einmal das Volk, welches durch die Ständeversammlung repräsentirt wird, jenen Gewissenszwang, den jetzt nur einzelne zu erdulden haben, als eine schmähliche, dem freien Geiste unwürdige, Fessel erkennt und in Folge dessen die Regierung ersucht, es sobald als möglich davon zu erlösen, diese alsdann auch gewiß auf Maßregeln bedacht sein werde, dem so allgemein gefühlten Bedürfnisse abzuhelfen. Dieses wohl erwägend hat eine nicht geringe Anzahl von Wahrheitsfreunden im Herzogthum Holstein sich vereinigt, um nach Kräften dahin zu wirken, daß ihre Ansichten und Überzeugungen unter den Gebildeten des Volks recht bald die herrschenden werden mögen. Was sie hierbei mit der freudigen Hoffnung erfüllt, daß ihr Unternehmen den erwünschten Erfolg haben werde, ist der Umstand, daß die Philosophie sich neuerdings weit entschiedener als je gegen die Wahrheit der christlichen Glaubenslehre ausgesprochen hat und mit bewundrungswürdiger Energie den Geist von den religiösen Fesseln, die ihm zur Zeit seiner Unmündigkeit angelegt wurden, zu befreien strebt. Sie wissen also, daß sie eine mächtige Bundesgenossin besitzen, die ihnen, wo sie ihrer bedürfen, zu jeder Zeit mit ihrer Hülfe nahe sein wird, und in diesem Bewußtsein fühlen sie sich stark genug, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche sich ihrem Bestreben überall entgegen stellen werden.

Um den Zweck, welchen der holsteinische Philalethen-Verein zunächst verfolgt, mit wenigen Worten genau anzugeben: Der Verein will die Grundüberzeugung der modernen Philosophie, einestheils, daß alle angeblichen Offenbarungen, auf welche sich die positiven Religionen berufen, erdichtet sind, anderntheils, daß der menschliche Geist allein im Stande ist, uns in Beziehung auf übersinnliche Gegenstände die richtige Belehrung zu ertheilen, — diese Überzeugung will er aus der begrenzten Sphäre der Wissenschaft auch in die weitern Kreise des Lebens einführen und daselbst geltend zu machen suchen.

Digitized by Google

Der Verein verwirft also die Bibel als Quelle der Wahrheit und erkennt als solche nur den menschlichen Geist an. Damit will er aber nicht die irrige Meinung verbreiten, daß der Geist auf ähnliche Weise wie die Bibel eine Vorrathskammer sei, worin fertige, für alle Ewigkeit gültige, Wahrheiten aufgestapelt liegen, die man nur so herausnehmen könne, um sie zu seinen Zwecken zu verwenden, sondern er will damit seine unerschütterliche Überzeugung aussprechen, daß der freie, sich selbst überlassene Geist durch eine Reihe schwieriger und mühsamer Forschungen zu immer größerer Annäherung an die Wahrheit leitet und auf diese Weise zwar langsam, aber sicher zur Wahrheit selbst hinführt. Läge es im Interesse des Vereins, den biblischen Glaubenslehren, die er der Hauptsache nach für irrig erkennt, ein anderes, aus seiner Quelle geschöpftes Glaubensbekenntniß gegenüber zu stellen, so würde er dieses dadurch leicht bewerkstelligen können, daß er aus dem, was durch die philosophirende Thätigkeit der letzten Jahrhunderte als Errungenschaft des Geistes vorliegt, die hierher gehörigen wesentlichen Grundbestimmungen ordnend zusammenfaßte. Da der Verein aber keine neue Gemeinde oder Secte bilden will, so braucht er auch keine positive Lehrsätze aufzustellen, an denen sich seine Mitglieder erkennen könnten; sondern indem sein Wahlspruch: »die Autonomie des Geistes« ist, überläßt er einem Jeden die freie Forschung, ohne sich weiter um die Resultate derselben zu bekümmern.

Nach dem bereits Erörterten kann der Verein es nicht läugnen, daß sein Verhältniß zur christlichen Kirche (des Judenthums braucht nicht besonders gedacht zu werden) nichts weniger als freundlich ist, und wie er sich innerlich schon von derselben losgesagt hat, so würde er sich auch äußerlich niemals etwas mit ihr zu schaffen machen, wenn er sich nicht dadurch zugleich mit dem Staate verwickeln würde, welches er wo möglich zu vermeiden sucht. Die Mitglieder des Vereins werden sich daher äußerlich nur so weit von der christlichen Kirche trennen, als es ohne eine offenbare Übertretung der öffentlichen Gesetze geschehen kann. Wie dieses zu verstehen sei, wird durch eine speciellere Erwähnung der wichtigsten Fälle, in welchen man mit der Kirche in Berührung zu kommen pflegt, sogleich erhellen.

Zuerst ist es der, an den Sonn- und Festtagen übliche öffentliche Gottesdienst, der hier in Betracht kommt. Das Gesetz stellt es einem Jeden frei, ob er denselben mitmachen will oder nicht. Da indessen jeder Prediger die Verpflichtung übernommen hat, nur solche Lehren vorzutragen, welche mit den klaren Worten der Bibel übereinstimmen, und der Verein die letztere nicht als Quelle der Wahrheit anerkennt, vielmehr gegen ihren wesentlichen Inhalt einen offenen Widerspruch erhebt, so werden die Mitglieder des Vereins sich nicht bewogen fühlen können, dem öffentlichen Gottesdienste beizuwohnen, besonders da ihnen dort nicht einmal die Moral in ihrer Reinheit, sondern immer mit christlichen Dogmen untermischt geboten, eben dadurch aber ungenießbar gemacht wird.

Was ferner das Abendmahl betrifft, so giebt es zum Glück auch hier kein Gesetz, welches den Genuß desselben ausdrücklich anbeföhle; denn sonst würden auch die Mitglieder des Vereins sich bequemen müssen, diese der wahren Sittlichkeit gefährliche Sitte mitzumachen. Daß sie es aber jetzt unter keiner Bedingung thun werden, versteht sich wohl von selbst und macht daher jede weitere Bemerkung überflüssig.

Da die Ehe vernünftiger Weise nur als ein bürgerliches Verhältniß angesehen werden kann, welches, weil es für das ganze Leben eingegangen wird, allerdings von ungemeiner Wichtigkeit ist: so sollte der Staat die Kopulation aus einem kirchlichen in einen bürgerlichen Act verwandeln. So lange dieses aber

Digitized by Google

noch nicht geschehen ist, sondern das Gesetz die kirchliche Einsegnung der Ehe gradezu befiehlt, werden auch die Philalethen sich dieser Anordnung fügen müssen. Doch werden sie darauf bedacht sein, die Trauung so unbemerkt wie möglich vor sich gehen zu lassen, also nicht in der Kirche, sondern im Hause und unter dem alleinigen Beisein der sogenannten Trauzeugen. Auch werden sie den Prediger vorher ersuchen, die Traurede entweder ganz wegzulassen, oder falls er sich hiezu nicht verstehen sollte, sie doch möglichst abzukürzen, überhaupt die ganze zweckwidrige Handlung so sehr er kann zu beschleunigen.

Auf eine ähnliche Weise verhält es sich auch mit der Taufe, die ebenfalls gesetzlich geboten ist. Der Philaleth wird es daher nicht verhindern, daß sie mit seinem Kinde vorgenommen werde, obgleich ihm die Aufnahme desselben in die christliche Gemeinschaft, von der er sich selbst bereits innerlich losgesagt hat, nichts weniger als angenehm sein kann. Er wird sich indessen hierüber leicht beruhigen durch den Gedanken, daß sein Kind von dieser Aufnahme gar nichts weiß, demselben also auch unmittelbar keine nachtheilige Folgen daraus erwachsen können. Um übrigens doch zu zeigen, daß er die Taufe seines Kindes nur nothgedrungen gestatte, so wird er auch hier dafür sorgen, daß aller Feierlichkeit dabei so viel wie möglich vorgebeugt werde. Er wird also die Handlung jedenfalls in seinem Hause vornehmen lassen und außer den nothwendigen Pathen keine überflüssige Personen zu derselben zuziehen. Auch wird er dem Prediger die Taufrede gern erlassen und ihm überhaupt (grade wie bei der Kopulation) vorher zu verstehen geben, daß er sich bei der Sache so kurz fassen möge, als er nur immer wolle.

Wenn die Mitglieder des Vereins schon mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden, um zu verhüten, daß ihre Kinder in der Schule, welche sie besuchen, neben der Unterweisung in nützlichen und allgemein bildenden Gegenständen nicht zugleich einen verderblichen Religionsunterricht bekommen, so werden diese Schwierigkeiten in der That unüberwindlich, sobald die Zeit ihrer Konfirmation herannaht. Denn dann müssen sie zum Prediger hin, der die Aufgabe hat, ihnen die Haupteltern des Christenthums in ihrem Zusammenhange darzustellen, und zwar so eindringlich und überzeugend, daß sie denselben bei ihrer Konfirmation von Herzen ihre volle Zustimmung geben können. Bis der Tag erschienen ist (und erscheinen wird er gewiß!), wo das bürgerliche Fortkommen nicht mehr von irgend einem Glaubensbekenntniß abhängt, wird jedes Mitglied des Vereins es für seine Pflicht halten, die Konfirmation seines Kindes zuzulassen. Doch wird er es sich angelegen sein lassen, den geistigen Schaden, den sein Kind dadurch nothwendig erleiden muß, so viel in seinen Kräften steht, zu vermindern. Er wird z. B., wenn es ihm nur irgend möglich ist, sein Kind lieber von einem rationalistischen Prediger konfirmiren lassen, als von einem orthodoxen, und lieber ein Jahr früher als ein Jahr später, weil anzunehmen ist, daß geistige Eindrücke jeder Art bei noch unentwickeltem Erkenntnißvermögen leichter wieder verwischt werden, als wenn dieses schon mehr herangereift ist. Jedenfalls wird er sich mit der Hoffnung trösten, daß, wenn seinem Kinde der Kopf auch etwas verrückt werden sollte, er mit der Zeit noch einmal so wieder zurecht gebracht werde, daß an eine abermalige Verrückung nicht leicht zu denken sein wird.

Wenn ein Mitglied des Vereins gestorben ist, so werden seine Freunde und Angehörigen dafür sorgen, daß er grade so begraben werde, wie die Sitte des Orts es mit sich bringt; aber still und einfach, ohne das Geläute der Kirchenglocken und ohne eine Rede von Seiten des Predigers, damit es nicht den Anschein bekomme, als werde ein gläubiger Christ zur Ruhe gebracht. Aus demselben Grunde würde es noch unzweckmäßiger sein, ihm eine förmliche Leichenpredigt

Digitized by Google

halten zu lassen, zumal ein christlicher Prediger gewiß keine Ursache haben würde, ihn zu loben, und nicht leicht ein Grund vorhanden sein könnte, ihn geradezu dem Tadel bloß zu stellen.

Der Verein und die Kirche sind also nach dem bisherigen zwei von Natur gänzlich verschiedene, durch eine große Kluft von einander getrennte, Gebiete. Diese Gebiete sind aber durch eine Brücke, welche über die Kluft hat geschlagen werden müssen, auf eine künstliche Weise verbunden, wodurch der Übergang von einer Seite zur andern, außerordentlich leicht und bequem geworden ist. Die Kirche hofft natürlich, daß alle jenseits befindlichen dieses Verbindungsmittel benutzen werden, um in ihren Schooß zurückzukehren, während der Verein bemüht ist, so Viele er kann aus dem kirchlichen Gebiete zu sich herüberzuziehen, und im Geiste schon die Zeit herannahen sieht, wo er der Kirche auch an äußerer Macht gewachsen sein wird.

Was nun die eigentliche Thätigkeit des Vereins betrifft, durch welche er sein vorgestecktes Ziel zu erreichen gedenkt, so läßt sich dieselbe als eine doppelte, nämlich als eine, auf die äußere Ausdehnung des Vereins gerichtete, und eine, dessen innere Stärke und Festigkeit bezweckende, bezeichnen. In ersterer Hinsicht wird der Verein sich über das ganze Herzogthum Holstein auszubreiten suchen. Sein Bestreben wird dahin gehen, in jedem bedeutenden Orte des Herzogthums sobald als möglich eine wohl organisirte Pflanzschule der Wahrheit einzurichten, deren heilsamer Einfluß sich auch auf die Gebildeteren unter den Landbewohnern erstrecken dürfte. Unter jenen Örtern sind namentlich folgende zu verstehen: Altona, Arensboek, Barmstedt, Blankenese, Bramstedt, Brunsbüttel, Büsum, Elmshorn, Glückstadt, Grömitz, Grube, Heiligenhafen, Itzehoe, Kellinghusen, Kiel, Krempe, Lunden, Lütjenburg, Marne, Meldorf, Neumünster, Neustadt, Oldenburg, Oldeslohe, Pinneberg, Plön, Pleetz, Rendsburg, Segeberg, Uetersen, Wandsbeck, Wedel, Weslingburen, Wilster und Wöhrden. Der Verein wird nicht ermangeln, nach allen diesen Plätzen geeignete Individuen hinzusenden, um die Sache gehörig einzuleiten. Hierbei rechnet er allerdings auf eine kräftige Unterstützung von Seiten aller derjenigen, die sein Bestreben billigen, und er will jeden Einzelnen hiemit dringend aufgefordert haben, sogleich für die gute Sache in Reihe und Glied zu treten, indem einem Jeden durch seine persönlichen Verhältnisse die Stelle angewiesen ist, die er in der Anordnung des Ganzen einzunehmen hat. Hier, wo es gilt, den freigebornen Geist von einem empörenden Sclavenjoche zu befreien und ihn wieder in seine ursprünglichen Rechte einzusetzen, hier ist es Ehrensache eines Jeden, im Kampfe nicht zurückzustehen. Und wer, der bisher vereinzelt dastand mit seinen, dem Kirchen- und Bibelglauben zuwiderlaufenden, Ideen, wer wollte jetzt nicht freudig die Gelegenheit ergreifen, in Gemeinschaft mit andern Geistesverwandten seine Kraft zu fühlen und zur Verbreitung der von ihm für wahr erkannten Überzeugungen so viel an ihm liegt mitzuwirken.

Die andere, mehr auf die Begründung seiner innern Stärke und Festigkeit gerichtete, Art der Thätigkeit des Vereins wird vor allen Dingen angewandt werden, wenn es darauf ankömmt, eine zweckmäßige Organisation jener vorher erwähnten Pflanzschulen der Wahrheit zu Stande zu bringen. Der Verein wird zu dem Ende eine Art von Kränzchen errichten, die zunächst einen wissenschaftlichen Zweck haben sollen. Hier mag die Erklärung genügen, daß durch sie eine genaue Bekanntschaft mit den ausgezeichnetesten Werken der neuesten Zeit, in welchen die Ansichten der Philalethen mit wissenschaftlicher Gründlichkeit bewiesen sind, erreicht werden soll. Die Theilnehmer an den Kränzchen werden sich auf diese Weise,

Digitized by Google

mit Rücksicht auf den oben angeführten Zweck des Vereins, eine möglichst klare Einsicht zu verschaffen suchen in das Gewebe von Vorurtheilen und falschen Voraussetzungen, welche die Grundlage eines jeden Offenbarungsglaubens bildet, und besonders in die merkwürdigen Selbsttäuschungen, aus welchen selbst aufgeklärtere Christen die Meinung ableiten, daß wenigstens doch die christliche Religion auf eine göttliche Offenbarung zurückzuführen sei, wodurch natürlich auch die Gründe, warum es keine andere Quelle der Wahrheit geben kann, als den menschlichen Geist, immer vollständiger ins Bewußtsein erhoben werden. Durch die Kränzchen soll den Mitgliedern des Vereins aber auch Gelegenheit gegeben werden, sich über Alles, was den Verein im Ganzen wie im Einzelnen betrifft, zu besprechen und ihre Gedanken und Ideen unter einander auszutauschen, damit das Interesse an der Sache immer rege und lebendig erhalten werde.

Außer den Kränzchen gehören auch wesentlich die Bemühungen der Philalethen hierher, dem ungünstigen Vorurtheile, welches das unvorbereitete Publikum wenigstens in der ersten Zeit, für ihre Ideen und Pläne haben wird, auf eine geschickte Weise zu begegnen und es so viel als möglich zu berichtigen. Als oberster Grundsatz wird es in dieser Hinsicht bei ihnen feststehen, ihre Ansichten im gesellschaftlichen Leben nicht aus gewissen Rücksichten zu verbergen, sondern dieselben vielmehr bei jeder schicklichen Gelegenheit durch Reden und Handlungen freimüthig und unumwunden an den Tag zu legen. Denn da diese Ansichten eben bis jetzt noch von den Meisten für gottlos und frivol gehalten werden, so giebt es fast kein anderes und sichereres Mittel, ihnen eine bessere Geltung zu verschaffen, als wenn einsichtsvolle und allgemein geachtete Männer sie öffentlich in Schutz nehmen und sie als ihre innersten, mit ihrem ganzen Wesen verschmolzenen Überzeugungen darstellen.

Endlich ist hier noch des besondern Einflusses zu gedenken, den jedes thätige Vereins-Mitglied auf den Einzelnen unter seinen Bekannten auszuüben trachten wird, und zwar zunächst auf den, mit dem er zufällig am meisten in Berührung kommt, oder von dem er Ursache hat, zu glauben, daß er wohl am ersten für die Wahrheit gewonnen werden könne. Da wird es sich zeigen, ob er im Stande sein wird, den Gläubigen von seinem Irrwahn zurückzubringen und ihn eines Bessern zu belehren, den Gleichgültigen so zu fassen, daß er aus dem Zustande der Indifferenz herausgerissen und zu einem eifrigen Verfechter der Wahrheit umgewandelt wird, dem denkenden Christen aber nachzuweisen, daß er um nicht auf halben Wege still zu stehen, nothwendig ein Bundesgenoß der Philalethen werden muß. Wenn der Gläubige ihm am meisten zu schaffen machen wird, weil er gewohnt in dem Widersinnigen die höchste Weisheit zu sehen, für Vernunftgründe fast unzugänglich geworden ist, so gehört der Indifferente, eben weil er sich für die sogenannte geoffenbarte Religion auf keine Weise mehr zu interessiren vermag, in gewissem Sinne schon zu den Philalethen, und was den denkenden Christen betrifft, der, um vernünftig und christlich zugleich zu sein, sich das Christenthum erst nach seiner Vernunft zurecht macht, so ist grade dieser Umstand, daß er denken kann und will, ein sicheres Zeichen, daß er weit eher geneigt sein wird, mit dem befreundeten Philalethen weiter vorwärts zu schreiten, als auf den ängstlichen Ruf der mütterlichen Kirche in ihre Arme zurückzusinken. Der Verein darf sich also, auch wenn er die Sache von dieser Seite betrachtet, gar wohl der Hoffnung hingeben, seine Bestrebungen, sei es früher oder später, mit dem erwünschten Erfolge gekrönt zu sehen, und wird demnach sein begonnenes Werk getrosten Muthes fortsetzen.

Digitized by Google

Es wird jährlich einmal eine Versammlung Statt finden, zu welcher jedes Kränzchen einen Abgeordneten sendet. Diese Versammlung wird einen der Anwesenden zu ihrem Präsidenten und einen andern zum Sekretair wählen und alsdann zu den Verhandlungen schreiten, welche der Sekretair zu Protokoll nimmt. Zuerst wird jeder der Abgeordneten einen kurzen Bericht erstatten über die Wirksamkeit und den Zustand des Vereins in demjenigen Kreise, welchem er selbst angehört, so daß, wenn Alle mit ihrer Relation fertig sind, ein deutlicher Überblick über das Ganze gegeben ist. Dies wird Gelegenheit geben zu mancherlei Betrachtungen und Erörterungen, nach welchen es einem Jeden in der Versammlung verstattet sein wird, zur Sprache zu bringen, was er eben in Beziehung auf den Verein für passend und zweckmäßig hält. Um einen Beschluß zu fassen, werden zwei Drittheile der Stimmen der Anwesenden nöthig sein. Was mit dem Protokoll vorzunehmen sei, darüber wird die Versammlung entscheiden. Jeder der Abgeordneten wird nach seiner Rückkehr seinem Kränzchen mittheilen, was in der Versammlung verhandelt und beschlossen worden ist, damit es sogleich zur Kenntniß aller Mitglieder des Vereins gelange. Die erste Versammlung wird nach der Verabredung in Hamburg gehalten werden.

Da der Verein die bestehenden Gesetze des Staats nicht verletzen will, so hat er wiederum das Vertrauen zum Staate, daß dieser ihm in der Verfolgung seines vorgesteckten Ziels, so lange er sich innerhalb der gesetzlichen Schranken bewegt, keine Hindernisse in den Weg legen wird. Er hält es gar für einen absurden Gedanken, daß in unsrer Zeit im Herzogthum Holstein eine Art von Inquisitionsgericht eingeführt werden könnte, und ist daher über seine äußere Sicherheit nicht im Mindesten besorgt. Sollten aber dennoch die Feinde der Wahrheit es durchzusetzen wissen, daß seine erst eben geknüpften Verbindungen von einer höhern Gewalt wieder aufgelöst würden, so werden die scheinbar getrennten Mitglieder des Vereins, vom unsichtbaren Bande des Geistes desto fester umschlungen, doch immer nur demselben Ziele entgegenstreben, und von diesem Bewußtsein durchdrungen betrachtet sich der Verein als unauflöslich.

Ueber die Reform der Patrimonialgerichte.

Motto: Censeo Carthaginem esse delendam.

Das Allgemeine Landrecht bestimmt in §. 718—23. Th. II. Tit. 17: Die allgemeine und höchste Gerichtsbarkeit im Staate gebührt dem Oberhaupte desselben, die Ausübung der Gerichtsbarkeit über bestimmte Distrikte, Sachen, Personen oder Handlungen kann auch Andern übertragen werden; dergleichen Privatgerichtsbarkeit können Personen, Familien, Korporationen und Gemeinen gleich andern niedern Regalien vom Staate erlangen; dieselbe kann auch mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbunden sein.

Wir finden in diesen Gesetzstellen die Ansicht, daß die Patrimonialgerichtsbarkeit nicht als angestammtes Recht, nicht als ein Privilegium der Urzeit angesehen werden kann, ausgesprochen; wir entnehmen ihnen ferner, daß man dieselbe nicht aus dem Gesichtspunkte des Privatrechts, sondern aus dem des preußischen Staatsrechts adoptirte. — Das A.L.R. hat noch in dem Staatsorganismus als wesentlichen Theil die Stände behalten und anerkannt, desgleichen den Grundbesitz (das Princip der Scholle) begünstigt und für den Grundbesitz zur Unterscheidung der ihn haltenden

Digitized by Google

Stände die Gerichtsbarkeit wie das Patronat gebraucht. — Der Polizei- und Patriarchalstaat mußte die P.G. und Polizeigerichtsbarkeit pflegen; die modernen Staaten aber, Verfassungsstaaten, in deren Reihen Preußen getreten ist und Vorkämpfer werden muß, wie wird, haben, indem sie auf der innerlichen Nothwendigkeit eines politischen Volkslebens basirt sind, indem sie der freien Entwickelung der allgemeinen Staats- und Rechtsformen Luft und Raum biten und bieten müssen, längst den Polizeistaat eingestürzt; man kann jetzt nicht mehr den Patrimonialstaat und dessen Attribute verbessern, sondern nur bei Seite schieben; man muß und wird das Princip der Standschaft, der Schollenrechte, aufgeben. Dies haben die Leiter der Gesetzgebung von 1807 bis 1810 eingesehen, hierauf haben sie hingewirkt. In Betreff der P.Gr. erklärte der Freiherr v. Stein in seinem politischen Testamente, sie müsse und werde aufhören; das Edikt vom 30. Juli 1812 (sogenanntes Gensdarmerieedikt Ges. S. 1812. S. 141) verwirklichte diese Ideen, denn es bestimmte:

> Dieselben geographischen Grenzen, welche die Kreiskommunalverbände haben sollen, werden zugleich die Grenzen für die Amtsbezirke der hier eingreifenden ersten und unmittelbar wirkenden Staatsbehörden sein und es sollen demgemäß in jedem Kreise bestehen 1) ein Land- und Stadtgericht, 2) ein Kreisdirektorium, 3) eine Kreisrendantur, 4) eine Kreis-Kommunal-Verwaltung.

Diese Bestimmung vernichtete mit einem Federzuge alle Privatgerichte, sie gab innerhalb der geographischen Grenzen eines Kreises eine rechtliche Einheit, es konnte und sollte nun jeder sich desselben Weges zum Recht eben so bedienen, wie er es auf der Königlichen Post thut, indem sie ohne Unterschied, Menschen aus adligen wie andern Bezirken auf denselben Wagen zu gleicher Zeit und zusammen zu dem erwünschten Ziele führt. —

Ehe noch das gedachte Edikt allgemein eingeführt wurde, erwachte wieder das frühere Staatsrecht zu neuem Leben, jenes die Justiz so glücklich vereinfachende Edikt wurde bei Seite geschoben, es blieben Patrimonialjurisdiktionen in bunter Menge und bunter Gestaltung; sie zersplitterten die Kreise in unendlich viele Gerichtssprengel.

Wenn auch von oben herab die Patrimonialgerichte geschützt wurden, und die K.O. v. 22. Juli 1830 u. s. w. bestimmte, daß die Anträge der Rittergutsbesitzer auf Abtretung der P.Gr. an den Staat abgelehnt resp. vom Minister des Innern geprüft und genehmigt werden sollten, so führten andrerseits die obern Justizbehörden mit den Patrimonialgerichten einen kleinen Krieg auf eigne Hand. In Westpreußen wurden im Jahre 1832 u. 1834 die Patrimonialgerichtsherrn aufgefordert und angespornt, widerruflich ihre Gerichtsbarkeit an den Staat zu delegiren und ihren Justitiarien zu kündigen; diese Vorschläge scheiterten aber, weil die Gerichtsherren nur unwiderruflich gegen Abnahme aller Lasten und gegen Entschädigung ihrer Justitiare die Gerichtsbarkeit aufgeben wollten. Opfer aber, wenn man es so nennen kann, scheute der Justizminister und der Krieg ging auf ein anderes Feld, er focht weniger gegen das Prinzip als gegen Einzelheiten seiner Formen und gegen die Justitiarien; es kamen namentlich die Kab.-Ordres vom 18. Jan., 9., 29. Mai 1837.

Die Presse trat gegen die Patrimonialgerichtsbarkeit auf; auch auf den Provinziallandtagen, wie auf dem Allgem. Landtage wurden über die Patrimonialgerichtsbarkeit Stimmen laut, die um so wichtiger, weil sie gerade von den Berechtigten ausgegangen sind, da die Landtage auf dem Grundbesitz und durch streng geschiedene Stände mit überwiegender Vertretung der Patrimonialgerichtsherren basirt sind. —

Digitized by Google

Die Stände der Provinz Preußen haben sich über die P.Gr. ausgesprochen am 3., 8. und 9ten Landtage und zwar:

1) in den Denkschriften vom 3. Februar 1829 ad 11 und 14, indem sie baten, daß der Staat bei Übernahme von Patrimonialgerichten, mögen sie große oder kleine sein, alle Kosten der Civil- und Kriminal-Jurisdiktion ohne Ausnahme übernehmen möge; und daß der Staat überhaupt die Kriminalgerichtsbarkeit sämmtlicher Patrimonial-Jurisdiktion mit allen Kosten und Lasten übernehme.

(Der Landtagsabschied vom 9. Januar 1830 erwidert, daß Entschließung vorbehalten würde).

2) in der Denkschrift, betreffend die Befugniß zur Abtretung der P.Gr. und beziehungsweise Beibehaltung der Lokaltermine vom 11. April 1843 wurde gesagt:

> Ob überwiegende Gründe für die gänzliche Aufhebung der P.Gr. vorhanden sind, wolle man nicht beurtheilen, man wünsche aber die jetzigen Nachtheile beseitigt, nämlich: a. daß noch der Justitiar auch in den Sachen, wo der Gutsherr und dessen Angehörige als Partei auftreten, entscheide; b. daß man in der Annahme Königlicher Richter zu Justitiaren sehr beschränkt würde und daher die Bitte sei, daß jedem Gutsherrn die Aufgabe der P.Gr. gestattet sei und die Königlichen Gerichte solche definitiv oder auf Kündigung ihm abnehmen müßten.

Der Landtagsabschied vom 30. Dezbr. 1843 erwidert, daß ein Gesetz, welches den Beklagten zur Perhorrescirung des Privatrichters ermächtige, vorbereitet würde, und daß wegen der Übertragung der P.Gr. an Königliche Gerichte Berathung statt finden solle. —

3) Der 9te Landtag vom Jahre 1845 ist auf einen Antrag, betreffend die gänzliche Aufhebung der P.Gr. nicht eingegangen, weil ihm die wesentlichsten Bedenken gegen dieselbe durch das Gesetz vom 5. Juli 1844 (das ad 2. verheißene Perhorrescenzgesetz) gehoben seien und man deren völlige Beseitigung von der in Aussicht gestellten Umänderung des Gerichtsverfahrens erwarten könne.

Der Allgemeine Landtag hat die Frage über die P.Gr. nur in der Sitzung der Herrenkurie vom 18. Mai 1847 (Allg. Pr. Zeitung Nr. 145) behandelt und in dieser beschlossen, Sr. Majestät vorzutragen, daß das Bedürfniß einer Reform der P.Gr. behufs ihrer Übereinstimmung mit den Reformen einer allgemeinen Rechtspflege und behufs der von Sr. Majestät Allerhöchstselbst fest und nachhaltig gesicherten Stellung und Vervollkommnung derselben anerkannt werde, daß zu dem Ende, soweit nicht die bereits schwebenden Unterhandlungen zum Ziele führen, die Regierung geeignete Vorschläge in dieser Beziehung mit einer Kommission von Betheiligten jeder Provinz berathen möge und die auf die so gewonnenen Resultate zu gründenden gesetzlichen Maßregeln den betreffenden Provinziallandtagen zur Begutachtung vorgelegt werden möchten.

Dieser Beschluß ist wichtig, weil er die Tendenz, die P.Gr. zu erhalten und zu schützen, beweist und weil er nur Auswüchse abgeschnitten, nicht aber die Axt an den hohlen Baum gelegt wissen will. Die Motive dieses Beschlusses kann man leicht finden, wenn man die Reden der einzelnen Mitglieder der Herrenkurie verfolgt. Alle mit Ausnahme der Hrn. v. York und v. Dyhrn wollen keine Aufhebung, sondern nur eine Reform der altangestammten wohlerworbenen Rechte; v. Arnim will nur dann die Aufopferung des Rechts, wenn die Reformversuche nicht gelingen; in den Reformen sucht man die Nachtheile der Einzelrichterschaft fortzuschaffen, deren Vortheile aber, als: die Bekanntschaft des Richters mit Per-

Digitized by Google

sonen und Sachen, den kleinen Umfang der Sprengel, das väterliche Verhältniß, die wohlfeilere Justiz, die Zeitersparniß, zu erhalten; man fürchtet, daß die Polizeigerichtsbarkeit mit dem Aufhören der P.Gr. auch wegfallen könnte, daß das Band zwischen Gutsherren und Insassen noch lockerer werden würde. Die Herren überhören aber den richtigen Einwurf des v. York und Dyhrn, daß die meisten Vortheile eine richtige Verschmelzung der Einzelrichterschaft mit der Kollegialität bei Königlichen Gerichten bereiten könne, daß der Patrimonialstaat nicht mehr existire, daß die P.Gr. kein Band zwischen den Gutsherren und Einsassen bilde, weil die Abhängigkeit des Richters von jenen aufgehoben sei, und nur das Band der Kosten verblieben, daß der neue Anklageprozeß gar nicht bei Privatgerichten möglich sei; daß keine geographische Arrondirung der Gerichtssprengel erreicht werde, daß überhaupt kein Versuch in Einzelheiten, sondern nur ein fester Plan nach einem richtigen Prinzip dem Staate anstehe.

Die Standesherren übersehen außerdem, daß schon ein großer Theil Privatgerichte, namentlich in Westpreußen, durch Abtretung, wenn auch widerruflich, dem Staate einverleibt ist, und die Gutsherren doch nicht in schlechterem Verhältnisse zu ihren Einsassen stehen, daß ein gegenseitiges Vertrauen nicht die Ernennung des Richters, sondern die subjektive Tüchtigkeit des Gutsherrn knüpft; daß man das Mißtrauen durch das Perhorrescenzgesetz nicht hebt, gegentheils den Richter im Vertrauen beim Publikum offenbar verschlechtert hat; daß man zwar ein historisches Recht vertheidigt, jedoch auch viele Feudalrechte historische und angestammte waren, aber doch längst aufgegeben werden mußten. —

Der Justizminister Uhden entwickelte Ansichten, welche den jetzigen Reformvorschlägen zu Grunde liegen. Er sieht die P.Gr. als ein jus singulorum an, das nur gegen Entschädigung, wenn es mit der gemeinschaftlichen Wohlfahrt in Widerspruch stehe, aufgehoben werden könne; unseres Erachtens liegt kein jus singulorum, sondern nur ein historisches Recht vor, das die alte Basis längst verloren, das verbraucht ist und durch jedes Gesetz aufgehoben werden kann. Schädliche Widersprüche findet der Minister nur darin, daß die Mehrzahl der Privatgerichte von einzelnen Richtern verwaltet werden, daß keine genügende Kontrole stattfinden könne und daß das neue Kriminalverfahren sich nicht anpassen lasse.

Die Reformvorschläge gehen daher nur dahin diese Widersprüche zu lösen und sonst die althergestammten, wohlerworbenen Rechte bestehen zu lassen; unseres Dafürhaltens negiren sie aber (unbewußt oder heimlich?) dieses letztere Prinzip, denn sie wünschen im Vorschlage C. die widerrufliche Abtretung der ganzen Gerichtsbarkeit an Königliche Gerichte, es müssen, wenn dieser Weg von den Gutsherren eingeschlagen wird, die P.Gr. von selbst aussterben, da im allgemeinen kein Theil später an den Widerruf denken wird. — Erreicht man also dieses Ziel auf dem Wege C. so ist die Frage natürlich, warum hebt man nicht die P.Gr. unwiderruflich ganz auf. Man scheint die Lasten, die der Staatskasse entstehen können, zu fürchten; muß aber nicht jeder Staat die Opfer, welche eine heilsame Verbesserung kostet, aufbringen? bezieht der Staat nicht die Steuern, aus denen er auch die Königliche Justiz verwaltet, eben so gut von den Einsassen der adligen Güter und von deren Besitzern, wie von jedem andern Staatsangehörigen; können daher nicht jene für ihren Steuerbeitrag dieselbe Königliche Justizpflege, statt der mangelhaften privaten fordern, zumal, wenn die Jurisdiktionarien ihre althergestammten Rechte freiwillig abtreten? —

Die andern Reformwege können wir auch nicht gutheißen, denn die Bildung von Kollegialischen Privatgerichten würde einen unnützen Kostenaufwand für zu

Digitized by Google

geringe Arbeitsleistungen herbeiführen, die Kollegialgerichte werden selten einen arrondirten Bezirk haben und die Gerichtseingesessenen durch weite Reisen zum Sitze des Gerichts belästigt werden. — Der zweite Weg, Aufschluß in bestimmten Sachen an ein Kollegialisches sei es Königliches, sei es Privatgericht, giebt dem Privatrichter eine sehr schiefe Stellung gegen seine Gerichtseingesessenen und gegen das Kollegium, bei dem er bisweilen Gastrollen spielt; seine wohlthätige Wirksamkeit, die er gerade in Vormundschaften als Einzelrichter hat und mit der er die großen Mängel des Vormundschaftswesens beseitigen kann, wird ihm beinahe ganz genommen, seinem Gerichtsherrn werden gerade die Kosten für die Sachen, welche etwas der Sportelkasse zu bringen, entzogen; die Depositalverwaltung, die schon jetzt für kleine Gerichte viel zu unbehülflich ist, noch komplicirter gemacht.

Der dritte Weg würde sonach der einzig richtige sein, wenn nicht die Widerruflichkeit damit verknüpft wäre, wenn nicht der Jurisdiktionskanon im Hintergrunde steckte und wenn nicht Zeiten kommen könnten, wo der Staat kündigte oder höhere Geldanforderungen machte, und wo dem jetzt mit einem Richter versehenen Gutsherrn es schwer werden könnte, dann einen solchen eignen Richter, wenn er vom Königlichen Gerichte fortgeht, wieder zu finden.

Das Resultat aller dieser Betrachtungen kann nur die Überzeugung sein, daß auf dem vom Gouvernement vorgeschlagenen Wege nicht der Knoten gelöst werden kann, sondern, daß der Staat sei es durch Annahme der freiwilligen Entsagung, sei es durch ein Gesetz sämmtliche Patrimonialgerichte, seien sie große oder kleine, seien sie auch kollegialische, seien sie schon widerruflich mit Königlichen Gerichten vereinigt, aufheben muß und daß er seine Königlichen Gerichte gehörig arrondire, wie ihnen eine Organisation, welche die Vortheile der Einzelrichterschaft mit denen der Kollegialität in richtiger Weise vereinigt, gebe.

Es ist nun Sache aller Gerichtsherren den Staat zu diesen Maßregeln hinzuführen, ihn bei ihrer Ergreifung zu unterstützen, die Liebhaberei für die sogenannten wohlerworbenen Rechte aufzugeben und die P.Gr. mit allen Lasten und Pflichten abzugeben. Zu diesen Lasten, die der Staat zu übernehmen hat, rechnen wir natürlich die der Entschädigung der Gerichtshalter, welche den Gutsherren obliegt; der Staat braucht neue Arbeitskräfte, er kann daher die Gerichtshalter übernehmen, er wird in ihnen erfahrne, mit dem Leben vertraute Männer erhalten und aus ihnen seine Kollegien besser rekrutiren, als wenn er die jungen Assessoren aufnimmt.

Es freut uns zum Schlusse berichten zu können, daß mit diesem unsern Vorschlage ein großer Theil der Gutsherren in Westpreußen, d. h. diejenigen, die noch eine Wahl haben, weil sie noch nicht bisher zu Königlichen Gerichten übergingen, übereinstimmt, denn wir hören, daß sie die drei Reformwege des Gouvernements nicht gehen wollen, sondern die unwiderrufliche Abnahme der P.Gr. und ihrer Richter verlangten. Eine Fraktion hat noch die Bedingung aufgestellt, daß ihnen das Recht zustehen müsse, zu Anfang jeden Jahres zu bestimmen, ob und in welchem Monate sie auf ihre Kosten einen Gerichtstag, an dem alle Sachen des Gutsbezirkes, die ein Einzelrichter abmachen könne, verhandelt würden, verlangten. Wir finden diese Bedingung sehr zweckmäßig, da die Erfüllung den Königlichen Gerichten sehr leicht und keine Kosten verursacht, den Gutsleuten durch den Gerichtstag aber die Vortheile, welche die Lokalgerichtspflege hat, erhalten werden und der Gutsherr die Kosten für solche Gerichtstage sehr gern schon im eignen Interesse übernehmen kann.

Wird jetzt nicht die P.Gr. aufgehoben, so wird doch die Zeit ihrer Auflösung immer näher kommen. Die Gutsherren, welche solche Nothwendigkeit jetzt schon einsehen, müssen das Staatsschiff in dieses Fahrwasser leiten; sie müssen einstimmig die von uns vorgeschlagene unwiderrufliche Abtretung aussprechen.

Digitized by Google

Mögen auch einzelne Gutsherrn abweichender Tendenz sein und bleiben, so werden sie doch keine kompakte Masse bilden, denn der eine wird mit A., der zweite mit B. und der dritte mit C. gehen, und noch andre werden noch andre Wege verlangen (wie schon aus Schlesien berichtet wird, All. Pr. Ztg. Beilage 4. 10. Sept.); der Staat wird dann finden, daß er keine dieser Modalitäten als der öffentlichen Meinung vollkommen entsprechende annehmen kann, und daß ihm nur übrig bleibe, den Weg der Aufhebung, als den einzig principiellen und richtigen, einzuschlagen. Möge diese Entscheidung nicht ferne sein!

Westpreußen im November 1847. †

Der Strafgesetzentwurf.

Wir halten uns verpflichtet über diesen hochwichtigen Gegenstand mit einigen kurzen Andeutungen unsere Stimme abzugeben, da es uns für eine tiefer eingehende kritische Würdigung an Raum fehlt.

Ein Gesetzbuch soll kein Rathgeber, kein Lehrbuch der Moral sein und in dieser Beziehung ist der vorliegende Gesetzentwurf gegen das Landrecht und gegen den früher vorgelegten Gesetzentwurf ein Fortschritt. Der vorliegende Gesetzentwurf thut auch einen Schritt zur Gleichheit vor dem Gesetz, indem bei Ehrenkränkungen nicht mehr auf den Stand des Beleidigten Rücksicht genommen, von dem Adelstande, von einem höhern oder niedern Bürgerstande nicht mehr die Rede ist; die Gleichheit vor dem Gesetze wird anerkannt, der Gesetzentwurf nähert sich hier den modernen Ideen der Zeit, während er im allgemeinen den Forderungen der Humanität und der Wissenschaft, so wie dem Bewußtsein der Gegenwart nicht entspricht. Mit diesem geräth der Entwurf gleich in den ersten Paragraphen in Konflikt. Es fragt sich ob die Todesstrafe überhaupt zulässig oder nicht. Die Männer der Wissenschaft, die Denker der Nation sind darüber nicht einig. Beispielsweise erwähnen wir, daß sich bei der Berathung des vorigen Entwurfs auf dem Posenschen Landtage 25 gegen und 22 für Beibehaltung des Todesstrafe erklärten. Der Entwurf aber begnügt sich nicht mit der einfachen Todesstrafe, er verschärft sie »durch öffentliche Ausstellung des Kopfes und der nach der Hinrichtung abzuhauenden rechten Hand.« Wir gestehen, daß uns diese Bestimmung indignirt, daß sie unvereinbar mit dem humanen Bewußtsein der Gegenwart, unvereinbar mit der Bildung und Würde der Nation uns erscheint. Aus einer gehaltreichen Kritik *) des früheren Gesetzentwurfs, aus der Feder eines der geachtetsten rheinischen Juristen, einige Worte anzuführen, mag uns hier gestattet sein: »Nach den einzelnen Strafgattungen, welche die Gesetze verhängen, ist auf größere oder geringere Achtung des Gesetzgebers vor der Würde des Menschen zu schließen. Daher ist es an unserm preußischen Vaterlande durch Abschaffung der thierischen Strafe des Todes und der Prügel den Nationen Europa's einen hohen Maßstab unserer Bildung und unseres sittlichen Zustandes zu bieten; es lasse dadurch die Völker der Erde auf die hohe Achtung schließen, welche der Gesetzgeber Preußens vor der Würde des Menschen im Herzen trägt. Hier ist eine Gelegenheit die heilige Lehre Christi, die reine, milde Gesetzgebung des wahren Christenthums über die blutige Lehre des alten Testaments zu erheben«.

*) Aachener Ztg. 1843 No. 125 v. 5. Mai u. ff., besonders abgedruckt unter dem Titel: »Zur Kritik des preuß. Strafgesetzentwurfs«.

Digitized by Google

Jemehr es die Gegenwart erkennt, daß der Verbrecher nur ein Produkt der Gesellschaft, ein Erzeugniß unserer socialen Zustände, um so mehr verlangt sie, daß die Strafe mild, daß sie menschlich sei, daß jede skandalöse das sittliche Gefühl verletzende Schaustellung vermieden werde. Die Enthauptung ist ein so kolossaler Akt der Gerechtigkeit, daß alle Zugaben und Zuthaten kleinlich und unwürdig erscheinen.

Ganz entgegen dem Bewußtsein der Gegenwart, die das Verbrechen nicht durch harte Strafe sühnen, an dem Verbrecher nicht Rache üben, sondern ihn bessern will, die die Sünden der Väter nicht heimgesucht wissen will an den Kindern, sind die Güterkonfiskationen beibehalten, wodurch unschuldige Angehörige mit bestraft werden, sind in vielen Fällen die Strafbestimmungen bedeutend geschärft, während dem freien Ermessen des Richters ein weiter Spielraum gelassen, während der Richter, wenn er sich bei der Entscheidung einer »vorsätzlichen Ungerechtigkeit« schuldig macht, der Geschworne, wenn er »seiner Überzeugung entgegen« entscheidet, mit Strafe bedroht werden. Wie man ermitteln will, ob ein Geschworner »seiner Überzeugung entgegen« gesprochen, ist uns unbegreiflich. Die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Richterstandes wie des Geschwornengerichts scheinen uns gleich sehr gefährdet, wenn man die Richtigkeit und die Unparteilichkeit der Erkenntnisse durch Zuchthausstrafe überwachen läßt.

Anderes ist aus dem Landrecht fast wörtlich und ohne sonderliche Verbesserungen wieder aufgenommen, wie die Bestimmungen über Wucher, hinsichts der Kaufleute, die unterlassen, »die Balance ihres Vermögens alljährlich zu ziehen". Es befremdet, die in dieser Beziehung antiquirten Vorstellungen und Bestimmungen des Landrechts hier wieder zu finden. Handeltreibende sollen wegen gemeinen Bankerotts mit Gefängniß nicht unter einem Monat oder mit Strafarbeit bis zu fünf Jahren bestraft werden, unter andern: »wenn sie, obgleich das Aktivvermögen nach der letzten Balance nicht die Hälfte der Schulden deckt, neue Schulden machen«. Wir enthalten uns jeder Bemerkung über die Schwierigkeit, eine richtige Balance zu ziehen, die jedem Kaufmann bekannt, dem Verfasser des Entwurfs aber unbekannt gewesen zu sein scheint, wir begnügen uns, um die Unhaltbarkeit dieser Bestimmung darzulegen, an die bekannte Geschichte eines würdigen Mannes zu erinnern. In der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hielt sich ein Magdeburger Haus nur bei unermüdeter Thätigkeit und Umsicht seines Geschäftsführers durch Wechselreiterei und Kredit, den es bei Halberstädter Juden fand, denn in Magdebnrg duldete man damals noch keine Juden, und dieser Kaufmann war kein anderer als Gottlieb Nathusius, der würdige, später so reiche Nathusius. Mit der Balance stand es, als Nathusius ins Geschäft eintrat, sehr schlecht, desto besser mit der Thätigkeit und dem Unternehmungsgeiste des Mannes, der sein Geschäft zu einem der bedeutendsten in Magdeburg erhob. Den Unternehmungsgeist, die Betriebsamkeit und Thätigkeit bei uns durch Strafgesetzbücher noch mehr ersticken wollen, ist wahrlich nicht anzurathen.

Wie der Unternehmungsgeist, so wird auch die politische Entwickelung der Nation durch diesen Entwurf nicht gefördert, sondern gehemmt. Wir werden durch den Entwurf in politischen Rechten weit nachtheiliger gestellt als früher, der auch in dieser Beziehung nichts weniger als ein Ausdruck der öffentlichen Meinung ist. Die Entwickelung der bürgerlichen und religiösen Freiheit wird durch die harten Bestimmungen des Entwurfs ernstlich bedroht. Ungeachtet jener in der preußischen Gesetzgebung unerhörten, mit der Würde und der Ehre des Richterstandes unvereinbaren Zuchthaus-Strafandrohungen für Richter und Geschworne, deren Rechtlichkeit der Gesetzgeber voraussetzen und nicht in Zweifel ziehen darf, ist doch

Digitized by Google

die persönliche Freiheit der Bürger durch Festsetzung bestimmter Formen nicht im mindesten gegen willkürliche Verhaftungen, polizeiliche Belästigungen und gegen etwaige Übergriffe der Verwaltungsbehörden geschützt und dem Ermessen der Polizeibehörden hier ein freier Spielraum gelassen, der der persönlichen Freiheit der Bürger sehr nachtheilig werden kann.

Die Associationsfreiheit, das Urrecht freier Männer, das altgermanische Recht, sich versammeln und sich berathen zu dürfen, das sich in England und in Hamburg unverkümmert erhalten, hat in dem Gesetzentwurf nicht die geringste Beachtung und Anerkennung gefunden, obgleich die öffentliche Meinung Associationsfreiheit verlangt. Wir vermissen in dem Entwurf jede Sicherung solcher das öffentliche Leben fördernden und schützenden Einrichtungen, finden dagegen nur harte Strafandrohungen für Verbindungen und politische Vergehen, für Verletzung des Ansehens der Obrigkeit »durch Entstellung der Wahrheit« und dergleichen; Bestimmungen, die um so mehr befremden, je weniger das »Ansehen der Obrigkeit« bisher gefährdet, und dasselbe durch Strafgesetze aufrecht zu halten nicht der richtige Weg sein dürfte. Dabei soll dem preußischen Staate die Verpflichtung aufgebürdet werden im Inlande begangene feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten als Hochverrath zu ahnden. Diese Rücksichtsnahme gegen das Ausland verletzt die Nationalehre, indem das Gesetz dem einheimischen Bürger geringern Schutz gewährt, als einem Ausländer.

Der vorgelegte Entwurf dürfte als nicht auf der Höhe der Zeit stehend den Forderungen der Gegenwart und dem Bildungsstande des preußischen Volkes keineswegs angemessen sein. Jedenfalls ist es wünschenswerth, daß mit einem neuen Strafgesetz auch gleichzeitig eine neue Strafprozeßordnung eingeführt werde. Jedenfalls ist die Annahme eines so hochwichtigen Gesetzentwurfs durch nichts zu übereilen, damit die Presse und die Männer der Wissenschaft Zeit haben, ein ausführliches gründlich motivirtes Urtheil abzugeben. Die Ehre der Nation verlangt ein dem Bildungsstande der Nation angemessenes Strafgesetzbuch und dies Strafgesetzbuch, nach welchem über die heiligsten Güter, über Leib, Leben und Ehre der Bürger entschieden werden soll, durch einen Ausschuß sanktioniren zu lassen, scheint bedenklich. Ein Entwurf zu einem Strafgesetzbuch verdient reiflich und von allen Seiten erwogen zu werden und damit es wirklich ein Ausdruck der öffentlichen Meinung der Nation sei und werde nicht bloß einem Ausschusse, sondern den Vertretern der Nation selbst, dem Ver. Landtage, vorgelegt zu werden.

Die Emancipation der Juden.

Rede gehalten zu Criwitz vom Präpositus Dr. Schencke.

(Aus der Neuen Mecklenburgischen Volksbibliothek Heft 2).

Der mecklenburgische patriotische Verein beschäftigt sich zwar nicht ausschließlich, doch vorwiegend mit landwirthschaftlichen Angelegenheiten. Er hält Haupt- und Distriktsversammlungen, über welche die »mecklenburgischen Analen der Landwirthschaft« referiren. Schon durch diese Referate waren wir auf einen würdigen Geistlichen, den Präpositus Dr. Schencke in Pinnow aufmerksam geworden, der im Geiste reiner und wahrer Humanität mit Eifer und Wärme in den Distriktsversammlungen zu Criwitz die arbeitenden Klassen vertritt. Dr. Schencke betrachtet es als eine Aufgabe des patriotischen Vereins »Menschenwohl nicht bloß durch

Digitized by Google

Beachtung der materiellen, sondern vornehmlich der höheren und heiligen Interessen zu fördern.“ Von diesem Grundsatz ausgehend, redet er im Geiste reiner Humanität in jenen Versammlungen zu den Pächtern und Gutsbesitzern Meklenburgs von der sozialen Erhebung und Gleichstellung.

»In diesem Sinne, sagte er in der Distriktsversammlung am 31. März 1847 sprach ich früher zu ihnen von der Nothwendigkeit und Pflicht, uns in jeder Beziehung der Brüder anzunehmen, die im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot essen, gegen sie den Hochmuth und Stolz, der uns selbst von Höheren, als wir sind, so drückend erscheint und gegen den wir laute Klagen erheben, fahren zu lassen, und ihnen statt dessen mit Liebe und Freundlichkeit und mit der wahren, echten Humanität entgegenzukommen, damit also den Forderungen der Zeit genüget werde, welche die Menschenwürde geachtet sehen will in jedem Einzelnen ohne Rücksicht auf Stand und Stellung in der Welt, damit endlich einmal die Sehnsucht der Bessern aller Zeiten und Völker sich erfülle, welche Gleichheit vor dem Gesetze und Gleichheit vor der Liebe verlangt, eine Sehnsucht, zu welcher schon Christi heilige Lehre den Keim in unsere Brust gelegt hat.

Lassen Sie uns heute noch weiter gehen, als es damals geschah, lassen Sie unsere Aufmerksamkeit einem Verhältnisse zuwenden, das in Wahrheit ein Schandfleck des sozialen Lebens ist; ich meine das Verhältniß, in welchem die Juden zu uns und zu der bürgerlichen Gesellschaft auch unseres heimathlichen Landes stehen. Wir rufen nach Gerechtigkeit und wollen Freiheit, aber wir versagen grausam beide hohen und herrlichen Güter denen, die mit uns dieselbe Luft athmen, denselben Trieb nach Glück, Ruhe und Frieden haben, die wie wir Kinder des einen, großen Menschenvaters sind, die mit uns auf demselben Altare des theuren Vaterlandes opfern; wir drängen sie zurück in die schmutzigen Tiefen des Lebens, hemmen und stören ihre edelsten Bestrebungen, kränken und verletzen ihre zartesten, heiligsten Gefühle, verschließen unser Ohr mit unbegreiflicher Rohheit ihrem Schmerzesruf, als ob sie nicht Menschen wären wie wir, verspotten und verhöhnen ihre gerechten Forderungen und stoßen mit Willkür und Gewalt manche von ihnen zu unserem eigenen Verderben in die Höhlen des Lasters, auf die Wege des Betrugs, der Wucherei, der Lüge und des Verbrechens. Können wir das je verantworten, ist es menschlich, ist es christlich? Ich will nicht Ihr Mitleid erregen, m. H., denn sie, für die ich rede, wollen nicht Mitleid, sie wollen Gerechtigkeit, worauf das Leiden und die Schmach vieler verflossenen Jahrhunderte ihnen wohlbegründete Ansprüche gibt, sie klagen und flehen nicht mehr, sie schleudern auf unsere Häupter den Fluch zurück, mit dem wir sie verfolgten, sie rufen das heilige Gericht der Geschichte gegen uns an, und das spricht ein schreckliches Urtheil über unser Thun. Dies Volk, dem wir so viel verdanken, dessen Vorzeit reich war an großen Männern, das noch jetzt in Kunst und Wissenschaft Namen von gutem Klange zählt, das in der neuesten Zeit durch freisinnige Institutionen auf dem Gebiete der Religion seine Bildsamkeit und seine Kraft bewährte, dies Volk hat seit den ältesten Zeiten im europäischen Völkerleben namenlos viel gelitten. Und warum dies, was ist seine Schuld? Ein Wahn, ein fanatischer Glaube hat es verdammt und in den Staub getreten, und im Staube und in der Erniedrigung wollen wir Tugenden von ihm und klagen es an, wenn das muthwillig verderbte Herz sich Luft macht in Erbitterung und Haß gegen die grausamen Peiniger und Verfolger. Wenn wir über Schmutz, Kriecherei, Wucher, über Laster und Verbrechen bei ihm klagen, so klagen wir gegen uns selbst, denn sie sind unsere Schuld, wir haben sie hervorgerufen und genährt, unser ist die Verantwortung.

Digitized by Google

Aber Sie werden mir sagen, m. H., man habe sein Unrecht lange erkannt und spreche daher überall von Emancipation. Wohl spricht man lange davon, und manches ist in der That geschehen, aber man wirft ihnen stückweise die Wohlthaten zu wie einem Thiere, von dem man fürchtet, daß es durch gute Nahrung zu kräftig und dadurch gefährlich werden könnte. Und überhaupt, was helfen hier auch Gesetze und Verordnungen, was hilft es den Juden, wenn sie äußerliche Gleichstellung in den Rechten des Staats gewinnen und es fehlt ihnen die Sympathie, es fehlt die Achtung und Liebe, die allein dem Leben Werth verleihen. Soll ihnen geholfen werden, wie es das Recht, wie es die Menschlichkeit, wie es der Geist der Zeit verlangt, dann müssen wir sie aus uns selber emancipiren, müssen unsere Vorurtheile als lächerlich und grausam erkennen und müssen den Grundsatz festhalten, daß es nur eine wahre, echte Würde gibt und daß dies die Menschenwürde sei".

Das Recht der freien Association.

(Aus dem Phönix.)

Neben jenem Gut, das wir als Preßfreiheit zu bezeichnen gewohnt sind, giebt es ein zweites, das, wie jenes, nur einem freien Volke entspringen kann, diesem aber auch mit reichlichen Segnungen vergilt, das Recht der freien Vereinigung zu Genossenschaften, zum gemeinschaftlichen Wirken, die sog. Associationsfreiheit. Beide haben große Ähnlichkeiten mit einander, sie rufen einen umfassenden Austausch der Gedanken hervor, sie bringen die Menschen an einander, sie machen die Idee des Einzelnen zu einem Gesammtgut Aller. Beide haben auch ihre eigenthümlichen Vorzüge: Die Presse ist im Stande, in weithin ausgedehnte Kreise hinaus zu wirken, sie kann Alle erreichen und sich im Palaste des Reichen, wie in der Hütte des Armen zugleich bemerkbar machen, zu gleicher Zeit ihren Einfluß ausüben; aber was sie mittheilt, ist nur ein todtes Wort, das der besondern Empfänglichkeit dessen, der dasselbe lies't, in weit höherm Grade bedarf, als das lebendige Wort, das unmittelbar dem menschlichen Geiste entsprungen eben so unmittelbar Andere berührt. Man kann bei einem Buche sich der erhabenen Gedanken eines Schriftstellers, eines Dichters erfreuen, man kann daran seinen Geist stärken und ausbilden; tief aber in das innerste Gemüth dringen die Worte eines begeisterten Redners, wenn er den Sinn seiner Zuhörer ergreifend sie mit sich fortreißt, und schon manche große That, welche die Geschichte aufgezeichnet, ist solchen Augenblicken entsprossen. Und hierin liegt der Vorzug der Vereinigungen vor der durch das gedruckte Wort hervorgerufenen Gemeinsamkeit, sie heben nicht bloß den einzelnen Menschen, sondern sie erhöhen die Kräfte Aller zu vereinigtem Wirken, ja sie erwecken neue Kräfte, sie rufen das hervor, wovon aller und jeder Fortschritt abhängt, die Thatkraft. Denn nur dann erlangt ein großer Gedanke seine Bedeutung, wenn er aufhört, in der Brust des Einzelnen zu leben, wenn er in die Wirklichkeit übertritt.

Jeder Mensch hat das Bedürfniß, sich mit Gleichgesinnten zu vereinigen, um gemeinschaftlich mit ihnen für eine Idee leben oder wirken zu können. Hier vor Allem tritt der Vorzug des lebendigen Wortes zur Anschauung. Denn hier braucht die Empfänglichkeit für jene Idee nicht erst hervorgerufen zu werden, sie

Digitized by Google

ist durch das Vorhandensein der Vereinigung schon da, und übt hier darum auch doppelte Wirkung aus. Solche Vereinigungen müssen daher, sobald sie sich ihrer Zwecke klar bewußt geworden sind, sobald sie die rechten Mittel zur Erreichung der Zwecke anwenden, sobald diese Zwecke selbst der Zeit angemessen sind, vom entscheidendsten Einfluß werden. Die Kraft des Einzelnen oder vieler Einzelnen, so lange sie sich nicht vereint haben, wird dazu nicht ausreichen, weil aus ihr keine That entspringen kann. Wir sehen darum zu allen Zeiten und in allen Ländern, wo Großes geschehen soll, solche Vereinigungen sich bilden, um Etwas zu erreichen, was Allen gleich wünschenswerth ist. Herrschsucht und Bevormundungsgelüste haben eben deshalb jedesmal die Möglichkeit solcher Vereinigungen zu hemmen oder zu verhindern gesucht, und kein Volk kann frei genannt werden, das neben dem Gute der Preßfreiheit nicht auch das der unbeschränkten Associationsfreiheit besitzt; ja, wir stehen nicht an, letztere bei mangelnder Preßfreiheit höher zu schätzen, als diese bei mangelnder Associationsfreiheit. Das lehren grade die freiesten Völker. In England und Nordamerika, wo die Presse keinerlei Beschränkungen unterworfen ist, sind Vereinigungen dennoch das große Mittel, wenn es gilt, eine große Idee in's Werk zu setzen, und wir selbst haben Gelegenheit gehabt zu sehen, wie namentlich eine derselben im ersteren Lande im Stande gewesen ist, die ungeheuersten Hindernisse zu beseitigen, gegen eingewurzelte Vorurtheile und althergebrachte Zustände anzukämpfen, die Macht der Mächtigen zu brechen, und siegreich ihre Pläne durchzusetzen. In Frankreich ist Preßfreiheit, aber das Gesetz überwacht mit mißtrauischem Auge jede Verbindung der Einzelnen zu gemeinsamen Zwecken und nimmt dadurch das Mittel, in fortschreitender stetiger Entwicklung weiter zu kommen, um bloß den für beide Theile gleich gefährlichen Ausweg der gewaltsamen Umwälzung frei zu lassen. In fast allen Staaten Deutschlands fehlt Beides und gerade da am Meisten, wo die wenigste politische Entwicklung vorhanden ist. Wir können es als keinen geringen Vorzug vor vielen unserer deutschen Mitbrüder schätzen, daß wir hier in Hamburg das Recht der freien Vereinigung besitzen und daß wir daher selbst das Mittel in Händen haben, erfolgreich für die Verbesserung unserer Zustände zu wirken und eine bessere Zukunft anzubahnen; von uns selbst hängt es daher ab, dieses Recht in unserem besten Interesse auszubeuten.

Die Stolper Ritterschaft.

Statistische Notizen haben unbezweifelt einen großen Werth. So wichtig und werthvoll aber eine oft winzige Zahl ist, ebenso gefährlich kann sie werden, wenn sie der Phantasie dienstbar wird und von dieser in's Blaue hinein, in das Reich der Trugschlüsse, sich forttragen läßt. Denn mit dieser Hülfe der Phantasie läßt sich leicht aus Nichts Etwas und aus einer Zahl alles Mögliche machen. Hierfür liefern die Statistiken, welche der Vereinigte Landtag hervorgerufen, einen schlagenden Beweis. In einem neuesten Beitrage zu dieser Landtags-Statistik widerfährt unter Anderem der Ritterschaft Stolper Kreises die unverdiente Ehre, ihrem politischen Glaubensbekenntnisse nach der entschiedenen Linken beigezählt zu werden und zwar lediglich deshalb, weil der wackre Abgeordnete derselben, Herr von Gottberg, auf dem Vereinigten Landtage sowohl in der Juden- als in der Periodicitätsfrage die liberalen Ideen nicht nur vertreten, sondern denselben sogar Wort und Rede geliehen hat. — Diese Schlußfolgerung ist jedoch ebenso irrig,

Digitized by Google

wie, wenn man von Einer Schwalbe auf die Existenz des Sommers schließen wollte. Denn die von Herrn v. Gottberg vertheidigten Ideen sind leider nichts weniger als der Wiederhall der Stimme des Kreises; Abgeordneter und Kommittenten huldigen so sehr verschiedenen Ansichten, daß man alles Ernstes damit umgehen soll, bei der in diesem Jahre bevorstehenden neuen Wahl eines Abgeordneten der Ritterschaft Herrn v. Gottberg nicht wieder zu wählen, ja sogar schon jetzt es nicht daran fehlen lassen soll, zweckdienliche Intriguen deshalb vorzubereiten. Und dies geschieht, wie versichert wird, nicht etwa blos von den adeligen Gutsbesitzern, welche sich durch die von ihrem jetzigen Abgeordneten auf dem Vereinigten Landtage unternommene Vertheidigung der Juden-Emancipation äußert aigrirt fühlen, sondern auch von der im Stolper Kreise sehr bedeutenden Zahl bürgerlicher Gutsbesitzer, welche bei ihren Sympathieen mit ihren adeligen Genossen in Rücksicht der Juden-Emancipation es gänzlich übersehen zu haben scheinen, daß Herr v. Gottberg auch in der Periodicitätsfrage ein gutes Wort an rechter Stelle gesprochen hat. Dies ist allerdings nicht überraschend, wenn man weiß, daß die bürgerlichen Gutsbesitzer von ihrer politischen Stellung in der That keine Ahnung haben, daß sie allen Politicis nicht blos abhold und dagegen indifferent sind, sondern ihr Indifferentismus zuweilen selbst positiv wird. Von solchen positiven Demonstrationen ihres politischen Unvermögens hat neuerlich die Beschlußnahme über die wegen Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit zu machenden Vorschläge ein glänzendes Beispiel gegeben. Während nämlich die Abgeordneten aller Provinzen auf dem Ver. Landtage über die Nothwendigkeit einer Reform völlig einverstanden waren und nur bei der Frage über Sein oder Nichtsein der Patr.-Gerichte eine Divergenz der Meinungen sich offenbarte, haben die Rittergutsbesitzer Stolper Kreises, — aus Furcht, eine Wiedergeburt der Patr.-Gerichtsbarkeit könnte zugleich der Tod derselben werden und aus angeborner Vorliebe für das Bestehende — den Beschluß gefaßt, daß Alles beim Alten bleiben solle.

Und wer hat diese Überzeugung der Versammlung beigebracht? Ein Arzt, der zugleich Rittergutsbesitzer ist. Dieser hielt nämlich einen wohl ausgearbeiteten Vortrag am Krankenbette der Privatjustiz, worin er die Krankheit derselben für eine Art Scrophel-Übel erklärte, welches ohne Gefahr für das Leben der Patientin nicht vertrieben werden dürfe, und verordnete — gar nichts, vermuthlich um die Kosten der von den Staatsbehörden vorgeschlagenen remedia (Pensionszahlungen an invalide Justitiarien ꝛc.) der Patientin zu ersparen. Wunderbarer Weise ward diese Diagnose von zwei sonst diametral gegenüberstehenden Parteien (den bürgerlichen und adeligen Gutsbesitzern) gleich gutgeheißen und bestens acceptirt: ein gewiß seltener Fall, welcher nur dadurch erklärlich wird, daß der Wortführer die Standesansichten wohlweislich aus dem Spiele ließ. Die für das unveränderte Fortbestehen der Patrimonialgerichte geltend gemachten Gründe sollen vorzugsweise die so wünschenswerthe Koncentration des Rechtes in Einem Richter gegenüber den vielen Köpfen und vielen Sinnen der Richterkollegien, die für die Gerichts-Eingesessenen so bequemen Gerichtstage, die Wohlfeilheit der Privatrechtspflege und andere Externa betroffen haben, von der den Kern der Sache bildenden Principienfrage dagegen keine Rede gewesen sein — und dies eben ist der Punkt, wo die bürgerlichen Gutsbesitzer ihren Indifferentismus so glänzend bestätigt haben, da sie allein ein unbefangenes Urtheil in dieser so delikaten Sache haben konnten und dieses geltend machen mußten. Den adeligen Gutsbesitzern konnte die Initiative weniger aufgebürdet werden, da ihnen die Mahnungen aus der Vergangenheit den klaren Blick benehmen. Sie sehen in der von ihren Vorfahren ererbten Würde eines Gerichtsherrn immer noch ein Ehrenrecht (freilich, ohne die

Digitized by Google

Pflichten zu gedenken) sie glauben, durch Aufgabe der Gerichtsbarkeit bei ihren ehemaligen Unterthanen an Ansehen oder Geltung zu verlieren und ein patriarchalisches Verhältniß aufzulösen, dessen Ausflüsse für die Gerichts-Eingesessenen allerdings oft sehr fichtbar sein sollen. Wie wichtig ist ferner nicht das Schlüsselamt eines Depositalkurators! wie ehrwürdig schaut nicht das Familienwappen aus dem Gerichtssiegel unter der verordneten Unterschrift: »Adelig von N. N'sches Gericht«! — In der That, man kann sich in die Anschauungsweise eines alterthümlichen Erb- und Gerichtsherrn sehr wohl hinein versetzen, wenn man nur diejenige Pietät in sich trägt, welche zur Heiligthaltung einer alten Hauspostille drängt.

Anders ist es bei den bürgerlichen Gutsbesitzern. Sie werden nicht durch den schönen Traum einer noch schöneren Vergangenheit (Feudalwesen, Turniere, Faustrecht!) in dem Nachdenken über die Anforderungen der Gegenwart gestört. Leider kennen sie nur diese Anforderungen nicht und hören vor dem Geräusch des Dreschflegels nicht, wenn der Zeitgeist anklopft; das Nachdenken über andere Principien als die Tagprincipien halten sie aber erst recht für entbehrlich, weil die Spiritusausbeute aus den Kartoffeln dadurch doch nicht gesteigert wird. Sie besitzen zwar Spekulation, aber leider nur eine kaufmännische.

In allen diesen Punkten harmoniren sie mit ihren adeligen Genossen auf das Vollständigste. Davon daß sie als Grundbesitzer auch eine politische Stellung haben, welche ihnen Berufspflichten auferlegt, die höher stehen als alle irdischen Güter, haben sie, gleich jenen, keine Ahnung.

Darum, wie irrig, wenn die Landtagsstatistik das dem Abgeordneten von Gottberg mit Recht gebührende Lob zu einem Nimbus für seine Wähler mißbraucht, welche von einem solchen Vertreter viel lernen könnten und gut thun würden, als wahrhaft Konservative sich diesen Lehrmeister zu konserviren, welcher allerdings bei der im Stolper Kreise obwaltenden Mißstimmung zwischen adeligen und bürgerlichen Gutsbesitzern in den Augen der letzteren das gegen sich hat, daß seine Wiege nicht beim Webstuhl seines Vaters gestanden hat. Allein, wer Augen hat, zu sehen, wird den weißen Raben leicht herauserkennen und wünschen wir ein solches Auge den Rittern Stolper Kreises von ganzem Herzen. Möchten dieselben doch den kommenden Winter dazu benützen, neben Liebig's Patentdünger und der Wulffen'schen Methodik der Feldsysteme auch die jüngst durch die Amtsblätter empfohlenen Landtagsverhandlungen zu lesen, damit sie ihren Abgeordneten kennen lernen und namentlich den Dünger und das Feldsystem, deren er sich bedient, um den »Boden des Rechts« fruchtbar zu machen!

Schicksale der freien Gemeinde in Hamburg.

(Vom 9. December 1847).

Die Versammlungen der freien Gemeinde sind am letzten Freitage mit polizeilichem Verbot belegt worden, in Veranlassung eines unruhigen Auftrittes, der in der letzten Sonntagsversammlung Statt hatte. Dieser Auftritt verdient eine nähere Beleuchtung, weil er den Beweis giebt, daß nicht die allerdings große Erbitterung der Gegner von jenem Verbot die unmittelbare Ursache ist, und weil er zeigt, wie man auf die bequemste und am wenigsten unpopuläre Weise Versammlungen und Reden ein Ende machen kann, die zu den bestehenden Zuständen irgend welcher Gattung sich in scharfen Widerspruch setzen.

Digitized by Google

Die freie Gemeinde war bis zu jener letzten Versammlung von den Behörden fast ganz ignorirt worden. Sie selbst fragte bei keinem ihrer Schritte um Erlaubniß an, und so führte sie seit ihrer Begründung (am 28. Juli d. J.) ein Leben, das dem öffentlichen Geiste Hamburgs und dem der Regierung den Anschein großer Freisinnigkeit gab *). Sie brachte sogar zweimal nacheinander in dem Hamburger Tageblatte, den „Nachrichten", die Anzeige: „Versammlung der freien Gemeinde" durch die Censur, während die Deutschkatholiken nur „Versammlung in der Tonhalle" drucken durften und noch dürfen. Dies erregte Aufsehen, und die Versammlungen vergrößerten sich in Folge dessen sehr stark. Doch der Censor erhielt von der Polizei Anweisung, die Anzeige in jener Form, d. h. mit Nennung der freien Gemeinde, zu streichen. Demungeachtet vergrößerten sich immer mehr die Versammlungen, und auch die Zahl der aufgeschriebenen Mitglieder wuchs an jedem Sonntage. Diese bestanden allerdings fast nur aus Handwerkern, theils Bürgern, theils bloßen Einwohnern, auch mehreren Fremden; aber die übrigen Besucher, von denen viele ganz regelmäßig kamen, waren größtentheils aus dem höherstehenden Publikum; namentlich zeigten viele der gebildeten Juden große Theilnahme. Dies Letztere hatte noch seinen besonderen Grund darin, daß der Hauptredner der Versammlungen, der Handlungscommis Fischel aus Danzig, welcher immer großen Beifalls sich zu erfreuen hatte, selbst ein Jude ist, die Juden sich in ihm geehrt sahen. Man hatte alsbald, nachdem die Gemeinde zu Bestand gekommen war, den kleinen Saal der Tonhalle, eines prachtvollen Gebäudes auf dem Neuenwall, das, ursprünglich blos für musikalische Aufführungen erbaut, jetzt den verschiedenartigsten öffentlichen Zwecken dient, zu den Sonntags Nachmittags Statt findenden Versammlungen benutzt. In der vorletzten Versammlung war es dort so voll geworden, daß der Vorstand für die nächste und ins Künftige immer den großen Saal zu nehmen beschloß. Es war daher bloßer Zufall, daß an eben Sonntage, wo man zum ersten Mal in diesem Saale zusammenkam (am 28. Nov., die Deutschkatholiken Vormittags darin mit großer Feierlichkeit ihr Stiftungsfest feierten, bei welchem der dazu eingeladene Ronge dreimal das Wort nahm. Keine Verhöhnung der Deutschkatholiken sollte darin liegen, wie es von Vielen unter denjenigen mag angesehen worden sein, welche wissen, daß die freie Gemeinde in meiner Opposition gegen die deutschkatholische Halbheit ihren Ursprung hat.

Die Gegner der freien Gemeinde hatten sich mittlerweile sehr bemüht, dieselbe sowohl in der Meinung des Publikums als vor den Behörden zu verdächtigen. Die Lokalblätter, der „Beobachter", der „Freischütz" und die „Bergedorfer Eisenbahnzeitung", haben den gemeinsten Denunciationen ihre Spalten geöffnet. Es mußte die Gegner gewaltig ärgern, daß ihre Schmähungen und übeln Nachreden nur dazu dienten, die Versammlungen immer zahlreicher zu machen und manche angesehene Männer in dieselbe zu ziehen, bei denen sie früher unbeachtet geblieben waren. Der Vorwurf des bloßen Atheismus und Unglaubens konnte zu wenig Haß erregen; er ist zu sehr verbraucht, als daß man mit ihm den Rednern der

*) Anm. der Red. In Hamburg hat sich unter altem Gerümpel mancher Brocken deutschen Rechtes, altgermanischer Volksfreiheit erhalten, denn Hamburg ist nie ein Polizeistaat gewesen. Der Grundsatz: my house is my castle ist auch in Hamburg in voller Kraft wie in England, ist auch in Hamburg des Bürgers Haus seine Burg, ein unverletzliches Heiligthum. Das Recht, sich zu versammeln, sich zu vereinen, ist erst durch neuere Polizei- und Partikulargesetze, aber nicht nach gemeinem deutschen Rechte und auch in Hamburg (durch die gesetzgebende Gewalt, durch Rath und Bürgerschluß) nicht verboten.

Digitized by Google

Gemeinde besonderen Schaden zufügen konnte; so wurden denn völlig erdichtete Beschuldigungen, wie Abschaffung der Ehe, Krieg der Armen gegen die Reichen, Verwerfung des Gehorsams gegen die Obrigkeit, hervorgesucht, um Unterdrückung der Versammlungen Seitens der Polizei zu bewirken. Wir verachteten zu tief die schmutzige Gesinnung und die Unbildung, die sich bei den Denuncianten kund gab, als daß wir ihnen irgend etwas erwidern mochten. Bei den Behörden würde uns dies wenig genützt haben; im Gegentheil hätte es vielleicht ein zeitiaeres Einschreiten derselben herbeigeführt, und das Publikum, das sich um uns bekümmerte, lernte uns ja in den Versammlungen hinreichend kennen, als daß ihm nicht die Verläumdungen in ihrer Unwahrheit sich darstellen mußten; auch hätte das Hinabsteigen auf die Arena der Blätter uns in einen Streit verwickelt, der unsere Geduld ohne erheblichen Nutzen auf eine harte Probe gestellt haben würde. Wir begnügten uns also damit, in einer der Versammlungen die ärgsten Vorwürfe, welche in der vergangenen Woche gegen uns vorgebracht worden, mit Nennung der einzelnen Blätter in ihrer lügnerischen und boshaften Natur an den Pranger zu stellen und öffentlich zu erklären, daß wir es unter unserer Würde halten, uns auf schriftliche Widerlegung derselben einzulassen.

Der große Saal der Tonhalle war am 28. Nov. Nachm. 2 Uhr durch die Anwesenheit von etwa 600 Zuhörern aus dem anständigsten Publikum Hamburgs und Altonas, welche, wenn sie auch nicht alle Freunde der Sache, doch alle weit entfernt waren, durch Lärmen und Prügeln ihre Mißbilligung einzelner Aeußerungen an den Tag zu legen, bis tief in den Hintergrund gefüllt. Die größte Stille herrschte sowohl während meines Vortrags, welcher darüber handelte, wie bereits in der Reformation eine Rückkehr vom Christenthum zur Natur und zum positivmenschlichen zu erkennen sei, als während der Rede des Herrn Fischel über die Nothwendigkeit der völligen und nicht bloß halben Erfassung des Prinzips der Diesseitigkeit. Nachdem Letzterer geendigt hatte, wollte, wie dies seit etwa acht Wochen gewöhnlich geworden war, Madame Stark, die Gattin eines der Gemeinde beigetretenen Tapeziers, eine für ihren Stand außerordentlich gebildete Frau, welche die Prinzipien der Gemeinde tief erfaßt hat, in ihrem Denken folgerichtig durchführt, übrigens durchaus nicht unweiblich, sondern mit großer Bescheidenheit auftritt, noch eine kurze Rede vortragen. Da ward im hintern Theile des Saales eine Stimme laut, augenscheinlich in der Absicht, das Anhören der Rede unmöglich zu machen. Schnell begaben sich aus den vordersten Reihen Einige zu dem Störer, deuteten ihm an, daß er, wenn er etwas zu der Versammlung sprechen wolle, sich hinauf begeben möge, sonst aber sich ruhig verhalten solle, und schoben ihn, da er weder das Eine noch das Andere that und dem allgemeinen Ruf „Ruhe!“ nicht Folge leistete, zur Thür hinaus. Dieser Mensch heißt Ernst Hübner; er bewirbt sich seit längerer Zeit um eine Polizeistelle, hat keine ordentliche Beschäftigung, wird aber, wie Kundige versichern, öfters zu allerlei Ausführungen benutzt. Jetzt begab sich derselbe auf das Stadthaus; von hier, wo Sonntags Nachmittags gewöhnlich höchstens vier Polizeiofficianten anzutreffen sind, und nur einer derselben, falls Jemand Schutz für seine Person verlangt, dem Rufe folgt, kam er mit ungefähr zwölf theils Officianten, theils höheren Beamten der Polizei zurück, ließ diese in den Saal gehen, kehrte aber selbst auf der Treppe um. Die Polizei findet im Saale Alles ruhig und begiebt sich wieder hinaus. Fischel hatte hier, nachdem Mad. Stark geendigt, das Verfahren der Fanatiker an der versuchten Ruhestörung gezeigt (er glaubte nemlich, es sei wirklich Unwille eines Rationalisten oder Orthodoxen über die gehaltenen Vorträge Ursache des lauten Redens gewesen; aber Ernst H. ist ohne alle religiöse Ueberzeugung und führt nur den Ge-

Digitized by Google

horsam gegen die Obrigkeit im Munde). Fischel hatte hierauf das Programm der Gemeinde, wie es immer am Schluß der Versammlungen geschehen war, vorgelesen und einige Erklärungen beigefügt und dann die Versammelten entlassen. Unterdessen war aber ein großer und starker Ewerführer (dessen Namen und Aufenthalt jetzt gleichfalls ermittelt ist) mit seinem kleinern Bruder in den Saal getreten; diese beide fingen jetzt, als geschlossen worden, auf dem Finger zu pfeifen an, man ergreift sie und bedroht sie stark, aber der große Ewerführer schlägt um sich, und dies Ausschlagen ist Veranlassung, daß ihn Einige so tüchtig mit Faust und Stock zurichten, daß er wehrlos wird und Blut fließt; auf Andere hat sich die Prügelei nicht ausgedehnt, und am wenigsten auf die ganze Versammlung, wie die Alles entstellende Eisenbahnzeitung berichtet. Die Polizeiofficianten waren, bevor diese Schlägerei entstand, in den Saal zurückgekehrt, befanden sich also ganz in der Nähe des Pfeifers. Sie wurden von mehreren Bürgern aufgefordert, denselben zu arretiren, wiesen dies aber mit dem Bemerken zurück, daß man ihnen erst diejenigen zeigen solle, die ihn geschlagen hätten, und räumten zuletzt mit ziemlicher Derbheit den Saal, indem sie sich während dessen noch von Fischel, den sie oben noch mit mehreren antrafen, die Namen der Sprecher angeben ließen und diese aufschrieben.

Nach diesem Vorfalle waren uns viele hochstehende Personen, mit denen wir früher in wenig oder gar keine Berührung gekommen waren, in der Art gefällig, daß sie uns theils genaue Data über den Hergang der Sache und über die Personen, welche die nächsten Urheber waren, angaben, theils dasjenige Verfahren zeigten, durch welches wir den unruhigen Auftritt am meisten unschädlich sowohl für uns selbst als für den Bestand der Gemeinde machen könnten. Wir beschlossen, bei der zu erwartenden Untersuchung des Geschehenen, die Polizeibehörde nicht die Initiative ergreifen zu lassen, sondern uns an den Polizeiherrn, Senator Dr. Goßler, mit der Bitte zu wenden, daß er die künftigen Versammlungen der freien Gemeinde unter polizeilichen Schutz stelle. Am Dienstag früh begaben sich Fischel, der Unterzeichnete und zwei der Gemeinde zugehörige Bürger zu einer sogenannten Privataudienz zu Hrn. Senator Goßler. Derselbe, der augenscheinlich nur entstellte Berichte, wie sie hiesige Blätter gebracht, über die freie Gemeinde erhalten hatte, wich der Bitte um Schutz vorerst aus, äußerte dann, wir müßten doch selbst einsehen, daß wir Unvernünftiges wollten, indem wir das Volk für unsere Ansichten zu gewinnen suchten; zwar könne hier jeder glauben, was er wolle, aber unser Treiben, da wir gegen das Christenthum sprächen, sei doch unzweifelhaft unvernünftig. Fischel erwiderte ihm, daß wir nur dann unvernünftig handeln würden, wenn das hiesige Publikum wirklich gläubig wäre; so sei es aber indifferent; daher könne man es wohl zu bestimmten neuen Ansichten und zu ethischen Grundsätzen fortzubilden suchen; übrigens genieße die freie Gemeinde zu Halle, welche dieselben Grundlagen wie die unsrige habe, völlige Duldung. Der Hr. Senator wollte sich auf Kritisiren nicht einlassen, kam wieder darauf zurück, daß unsere Bestrebungen unvernünftig seien, und wollte uns weder polizeilichen Schutz gewähren, noch die Versammlungen in der Form, daß Karten dazu ausgetheilt würden, gestatten. Die Audienz wäre beendigt gewesen, wenn nicht Hr. Stark, einer der Bürger, jetzt bemerkt hätte, daß wir recht wohl den ersten Unruhestifter vom vorigen Sonntage wüßten; Hr. Dr. Goßler ließ sich jetzt Alles erzählen, was uns von dem Sonntagsvorfalle bekannt war, und schrieb es sich auf, entließ uns dann mit dem Bescheid, daß wir Näheres erfahren würden. Die Untersuchung war somit von uns eingeleitet. Tags darauf hatte Hr. Fischel vor dem, den Hrn. Senator vertretenden Secretair, Hrn. Dr. Grisson, ein 2½stündiges Verhör über Ursprung, Grund.

Digitized by Google

sätze, Zwecke und Geschichte der freien Gemeinde, wobei er mancherlei Vorwürfe, die ihm, wahrscheinlich zum Zweck genauerer Ermittelung des Sachbestandes, von Seiten des Verhörenden, obwohl in durchaus objectiver Weise, gemacht wurden, zu widerlegen und auf das Maß der Wahrheit zurückzuführen hatte. Zuletzt mußte er Alles, was er von den Sonntagsvorfällen wußte, genau erzählen. An demselben Tage soll auch Ernst Hübener ein langes Verhör gehabt haben. Danach wurde Ref. auf Freitag früh „zu Hrn. Senator Dr. Goßler auf das Stadthaus vorzukommen" ersucht. Man führte mich nicht sogleich zu diesem, sondern vorerst zu Hrn. Dr. Griffon, wo ich über dieselben Gegenstände, über die Fischel befragt worden war, Bericht zu erstatten, auch die Hamburger Bürger und Einwohner, von denen ich wußte, daß sie zur Gemeinde gehören, zu nennen hatte. Ich gab zu genauerer Kenntniß unserer Gemeinde, und damit man sähe, wie wir auf gleichem Boden mit den preußischen freien Gemeinden und insbesondere mit der Hallischen ständen, drei Stücke zu den Acten: 1) meine kurz vorher in Schleswig (unter Censur) gedruckte Schrift: „Die freie Gemeinde nach ihrem Sinn und ihren Zwecken", die in Hamburg in zwei Instanzen und auch in Altona nicht durch die Censur gegangen war; 2) das Juliheft von Wislicenus „kirchlicher Reform", worin die Eingabe der freien Gemeinde zu Halle befindlich, welche von dieser an die Regierung auf Grund des Patents vom 30. März gemacht worden ist; 3) den Tags vorher erhaltenen Prospektus der neuen Zeitschrift: »Die freie Gemeinde, Zeitung für Fortbildung des menschlichen Glaubens und Lebens«, welche von Neujahr 1848 an, zu Sondershausen erscheinen wird. Auch über das, was ich am Sonntag selbst gesehen und gehört, mußte ich aussagen, und ließ ich in's Protekoll aufnehmen, daß wir Alles, was über jene Vorfälle, sowie überhaupt über Vorfälle und Äußerungen, die in der freien Gemeinde geschehen, die hiesigen Lokalblätter und die Bergedorfer Eisenbahnzeitung enthalten hätten, im Allgemeinen völlig desavouiren. Hr. Dr. Griffon führte mich nach dem Verhör selbst zu dem Polizeiherrn, und dieser erklärte mir, daß die Versammlungen der freien Gemeinde bis auf Weiteres verboten seinen, ohne mir indeß den Auftrag zu geben, dieses Verbot bekannt zu machen, ohne es auch durch etwas Anderes als dadurch zu begründen, daß wir selbst in unserm Programm unsre Opposition gegen das Christenthum erklären, *weshalb* ich doch einsehen müsse, daß dieß nicht ferner so fortgehn könne. Wiederum fragte ich, ob uns nicht die Versammlungen in der Form der Austheilung von Karten gestattet seien; — unbedingtes Nein; — ob sie nicht den Mitgliedern der Gemeinde für sich freistehen; — ebenfalls Nein; wenn indeß Zwei oder Drei auf einem Zimmer zusammenkommen und sich unterhalten wollten, so habe er nichts dagegen; übrigens könne ja Jeder hier denken, was er wolle. Der Gemeindemitglieder, erwiederte ich, seien nicht zwei oder drei, sondern über hundert. Hr. Dr. Goßler: Dieß könne wohl nicht sein; das wäre denn traurig; aber er könne keine Versammlung von 100 Menschen gestatten. Ich entfernte mich, weil ich einsah, daß gegen einen unbedingt feststehenden Willen durch Gründe meinerseits nichts zu erreichen war, und theilte die Nachricht von dem Verbot der Versammlungen mehreren Freunden der Sache mit. Da diese alle das Verbot wegen der Form, in der es ergangen, für die übrigen Mitglieder der Gemeinde nicht bindend fanden, mithin weder ich noch Fischel für etwa ferner stattfindende Versammlungen und etwaige daran sich knüpfende Unglücksfälle verantwortlich sein konnten: so gingen wir beide am folgenden Morgen noch einmal zu Hrn. Senator Goßler und stellten ihm dieses vor, beriefen uns auch auf das Recht der freien Vereinigung, das hier in Hamburg in Geltung sei und sprachen den Wunsch aus, daß der Hr. Senator ein Dekret bekannt machen oder uns persönlich ein schrift-

Digitized by Google

liches Verbot zur Bekanntmachung übergebe. Derselbe verweigerte beides,*) berief sich darauf, daß das Verbot der Versammlungen nur ein einstweiliges sei, und die Untersuchung noch fortgehe, versicherte nochmals, daß die Gedankenfreiheit von ihm nicht angegriffen werde, und daß zwei oder drei auf Privatzimmern zusammenkommen dürfen. Etwas Weiteres konnten wir nicht erlangen.

Eine Besprechung, die zwischen 20—25 Gemeindegliedern (auch zwei weibliche waren gegenwärtig) am Sonntage stattfand, führte zu dem Beschlusse, die Vereinigung unter keiner Bedingung fallen zu lassen, die Versammlungen, da kein allgemeines Verbot derselben ergangen, in Kurzem, sobald man annehmen könne, daß die polizeiliche Untersuchung beendigt sei, wieder zu halten, wenn auch ohne die gewöhnlichen Sprecher; mit Kartenaustheilung an so Viele, als das Lokal fass, und so, daß man sich gegen etwaige Angriffe selbst vertheidige. Die Stimmung war sehr lebendig und heiter; man hatte sich in der Hoffnung auf Entschiedenheit der Genossen nicht getäuscht; auch sagten Andere, die nicht Mitglieder waren, ihre Unterstützung zu, namentlich mehrere Männer aus dem Grundeigenthümerverein.

Ueberhaupt zeigten diese Tage erst recht, wie viel Freunde die freie Gemeinde in Hamburg hat. Manchen, die sich jetzt derselben annehmen, ist es allerdings bloß um das gefährdete freie Versammlungsrecht zu thun, dessen einmal gelungene Verletzung auch zum Nachtheil anderer mißliebiger Vereine ausschlagen könnte; Vielen aber ist auch der Inhalt der freien Gemeinde eine Geistesrichtung, deren weitere Verbreitung sie lebhaft wünschen.

Vom Sonnabend bis heute haben noch mit mehrern andern hervorragenden Mitgliedern der Gemeinde (mit Seeger, Bertram, Stark und seiner Gattin) Verhöre stattgefunden. Die veröffentlichen Protokolle derselben würden außerordentlich interessant sein; denn die Vorgeladenen haben über das, was sie von Gott und Religion, von Ehe, Taufe und Verhalten gegen den Staat denken, genaue Rechenschaft geben müssen. Vorzüglich entschieden haben die beiden Letztgenannten (die indeß nach einander verhört worden sind) sich ausgesprochen; sie haben bekannt, daß sie Atheisten sind, wenn unter Gott ein über der Natur schwebendes Wesen verstanden wird; Hr. Stark hat erklärt, daß er das Wort Gott überhaupt gar nicht, auch im Sinne von Feuerbach nicht, gebrauche; denn dieser Letztere verstehe ja auch nichts Anderes darunter als das Wesen des Menschen; Mad. Stark: daß sie ihrem Kinde keine religiöse Erziehung gebe, auch etwaige künftige Kinder nur gezwungen werde taufen lassen, da die Religion, wenn man eine haben wolle, erst im spätern Alter gewählt werden könne; daß sie in ihrer atheistischen Ansicht ganz fest stehe und unter den Atheisten gerade die besten Menschen, die sie überhaupt kenne, gefunden habe; daß sie nicht gegen Ehe, wohl aber gegen kirchliche Trauung bei Ungläubigen sei; daß Niemand an ihrer Rede vom Sonntag vor acht Tagen Anstoß genommen habe, sondern nur die Pause, die zwischen ihrer und der vorherigen Rede entstanden, dazu benutzt worden sei, um die schon vorher beabsichtigte Störung zu beginnen u. s. w.

---

*) Anm. der Red. Diese Weigerung des Polizeiherrn, Senator Dr. Gloßler, erscheint unbegreiflich und unerklärlich, ist aber ganz natürlich, wenn, wie wir im Eingange bemerkten, sich zu versammeln durch Raths- und Bürgerschluß in Hamburg nicht verboten ist. Der Polizeiherr kann etwas verhindern, aber er kann nicht durch ein Dekret verbieten, was nicht das Gesetz in Form eines Raths- und Bürgerschlusses verbietet, denn die Polizei ist in Hamburg nicht allmächtig, nicht souverän. Die Polizei ist in Hamburg gleichsam nur ein geduldetes, durch Raths- und Bürgerschluß von sechs zu sechs Jahren bestätigtes Institut.

Digitized by Google

Heute und in den nächsten Tagen werden noch mehrere Mitglieder und Zeugen der Sonntagsunfälle vorgeladen. Wer die letzteren genau kennt, wünscht sehnlich eine ganz unparteiische Untersuchung derselben, die Bekanntmachung des Resultats und die Bestrafung der wenigen Unruhstifter.

Ob es aber Sache der Polizei sein kann, die Mitglieder der Gemeinde über ihre Glaubensansichten zu verhören (bei mir und Fischel ist danach nur in Bezug auf die Gemeinde, nicht auf unsre Personen gefragt worden), namentlich da keine Anklage in Bezug hierauf vorliegt, wir vielmehr, eigentlich die Klagenden und die um Schutz Nachsuchenden waren, darüber muß Zweifel obwalten. Jedenfalls gehen die Akten dieser Untersuchung an den Senat und erfreulich ist's immer, daß durch die Verhöre den höchstgestellten Personen des Staats bekannt wird, wie tief der Glaube auch in den niederen Schichten des Volks gesunken ist, und wie sehr sich der Staat der Beförderung der Heuchelei schuldig macht, wenn er von solchen Personen, wie die Mitglieder der freien Gemeinde sind, die Begehung religiöser Akte noch fordert.

Das Programm der hiesigen freien Gemeinde lautet so:

»Die freie Gemeinde ist ein Verein geistig-befreiter Menschen, die von allem Autoritätsglauben sich losgesagt und über Wahrheit und Unwahrheit, über Erlaubtes und Unerlaubtes einzig und allein ihre freie Erkenntniß zur Richterin haben. Zur freien Gemeinde schließen sich dieselben zusammen, theils um den alten Kirchen als ein Ganzes gegenüberzustehen und ihre von der gemeinsamen Opposition gebotenen Zwecke durch Zusammenwirken zu fördern, theils um durch gegenseitigen Gedankenaustausch über die allgemeinen Interessen des Menschen sich geistig fortzubilden*). Vermöge jenes Princips und vermöge dieser Zwecke kann die freie Gemeinde weder ein Glaubensbekenntniß noch Liturgie und Sakramente haben; auch keine Priester, sondern nur Vortragende, welche durchaus nicht in allen Versammlungen dieselben Personen zu sein brauchen. Alle Formen der Zusammenkünfte werden durch das Bedürfniß bestimmt. Dem Staate gegenüber macht die freie Gemeinde durchaus keine religiöse und kirchliche Ansprüche, fordert aber auch, daß ihr der Staat für Schule und bürgerliches Leben nichts aufdringe, was aus der Religion stammt.«

Dr. Kleinpaul.

Nachschrift der Redaktion. Die Mannheimer Abendzeitung berichtet über das Fortbestehen der freien Gemeinde aus Hamburg v. 23 Decbr.

Gestern hat wieder die erste Versammlung der freien Gemeinde im Schlosseramthause stattgefunden. Kleinpaul und Fischel haben derselben nicht beigewohnt. Der Tapezierer Stark als Präsident vertheidigte zuerst das Recht der Gemeinde: ihre Versammlungen wieder zu halten, in einer kurzen schlagenden Rede. »Öffentliche Blätter, sagte er unter Anderem, haben berichtet, daß die Versammlungen der fr. Gem. verboten seien; dieses Verbot ist nur einem unserer Mitglieder, dem Dr. Kleinpaul mitgetheilt worden, und dieser hat sich vergeblich bemüht, ein Dekret oder eine schriftliche Bekanntmachung des Verbots zu erlangen. Als Hamburger haben wir Associationsfreiheit, die uns nur durch ein Dekret der **gesetzgebenden** Gewalt beschränkt werden kann. Ein Polizeiverbot ist, nachdem die Versammlungen einer öffentlich aufgetretenen Gesellschaft Monate lang öffentlich gehalten worden sind, durch nichts begründet; wenn ein Paar verführe Individuen unsere Versammlungen störten, so war das kein Grund unsere Versammlungen zu verbieten. Es

*) Dieser doppelte Zweck läßt sich auch in folgender Formel ausdrücken: „Das rein Menschliche und Natürliche im Gegensatz gegen das Christenthum und die Prätensionen des christlichen Staats in das Volksbewußtsein einzuführen und äußerlich in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen."

Digitized by Google

wäre im Gegentheil Pflicht der Polizei gewesen, in dem beregten Falle die Versammlungsfreiheit der Bürger gegen rohe Gewalt zu schützen; denn nicht dazu ist das kostbare Institut der Polizei geschaffen, um die Freiheit der Bürger zu verkümmern, sondern um dieselbe aufrecht zu erhalten.« Hr. Rödding, Defilateur, hat hernach die von Herrn Stark aufgeworfene Frage, ob unbeschränkte Toleranz möglich sei, in einem längeren Vortrage beantwortet. Mad. Stark hat zuletzt eine Ausstellung von Handarbeiten angekündigt, welche zu dem Zweck eines zu errichtenden Arbeitsbureaus für weibliche Personen in dieser Woche statt findet. Nach langer noch fortgesetzter freier Diskussion ist man auseinandergegangen mit dem Vornehmen, über 8 Tage die Versammlung in größerm Maßstabe zu halten; denn dies Mal war das Lokal erst zu spät in der Woche erlangt worden, und daher zu wenig Zeit zum Austheilen einer größern Zahl von Karten übrig gewesen.

Berichte.

Königsberg, den 5. Januar.

Wichtige Anlässe, obwohl privater Natur, haben bisher Ihrem Königsberger Berichterstatter ein unerfreuliches Stillschweigen auferlegt; sie wirken in dem Grade fort, daß sie ihm auch heute nur ein aphoristisches Wort gestatten. — Wie wichtige Veränderungen hat das hoffnungsreiche Vaterland erfahren, seit der Mai des vorigen Jahres Ihnen meinen letzten Bericht brachte. Muthlos und erschüttert mußte ich damals die Adreßdebatte des Vereinigten Landtags, welche unseren öffentlichen Rechtszustand in eine ungewisse Dämmerung hüllte, verurtheilen. Einen Monat später wandelte mich etwas, wie Scham, über dies Urtheil an, als die Opposition, wie ein Meteor, feurig an unserem politischen Horizonte aufging. Am Ende des Landtags bei den Ausschußwahlen hätte ich mein erstes Urtheil wiederholen müssen; diese fluktuirende Beurtheilung war ein getreues Bild der Fluktuation des Landtags. Und nun wird der Ausschuß zusammentreten; wird er unseren Rechtszustand sichern können, nachdem die schöne Stunde unwiederbringlich verloren ging? Hier zweifelt man, und kann doch nicht — so zähe ist das Herz einer Nation — aufhören, zu hoffen. Zwar die gute Presse sieht nirgends eine Unklarheit unserer Rechtszustände; aber sie ist auch blind oder will es sein. Groß wird unsere Zukunft sein, aber das steht fest: die rechten Häupter, die sie groß machen, sind noch nicht hervorgetreten; die des Großen entwöhnte Gegenwart bewundert noch Duodezstalente, deren ephemere Bedeutung der bourgeois nicht ahnt. — Das Toleranzedikt hat die tiefsten Konflikte herbeigeführt. Nicht vielmehr die störrischen Dissidenten, die sich ihm nicht fügen wollen? Sie wissen, wir begrüßten dieses Edikt freudig; ihm gegenüber sind die Dissidenten in einem buchstäblichen Unrechte; dem Weltgeiste gegenüber noch mehr, da sie außer Wissenus mit reformatorischen Halbheiten, Mentalreservationen, Konvenienz und Akkommodation niemals die Frische einer neuen geistigen Entwickelung, die allein das vernünftige Menschenthum begründet, simuliren werden. Und dennoch? hat der Staat sie zu zwingen, vom Toleranzedikte Gebrauch zu machen? hat er ihre Familienverhältnisse zu turbiren, weil er Civilehe und Civilstandsregister nicht allgemein einführen will, was ihn und sie aller Schwierigkeit überhebe? hat er die Idee des kirchlichen Staatsbürgerthums aus den Gräbern des Mittelalters zu beschwören, um die Dissidenten nur für den Preis ihrer politischen Rechte an den Wohlthaten des Toleranzedikts Theil nehmen zu lassen? Nein und dreimal nein! dies erweckt ihnen Sympathien, ob sie auch die Gesetze gegen sich haben, dem Staate Antipathie, ob er auch den Finger auf das Gesetzbuch weist, mit dem er ihnen aber den Austritt aus dem politischen Leben d. h. dem Staate zuwinkte. Groß ist auch hier die Zukunft: Trennung von Kirche und Staat ist ihre Loosung. — Darf ich endlich die socialen Zustände gesondert besprechen, da sie doch mit Politik und Religion die große Dreieinigkeit der Zukunft bilden. Noch immer seufzt die Noth auf den Straßen; noch immer klirrt der geforne Schnee unter ihren Schritten; noch immer ist der Stein der Weisen nicht gefunden. Aber ein Ruf tönt mahnend durchs Vaterland: Landtag, warum thatest du nicht ein Kleines für die Armuth? Warum hast du die Einkommensteuer abgeschlagen? Hättet ihr mit politischen Siegen diesen socialen Triumph verbunden: dann ständet ihr auf der Höhe des Jahrhunderts; denn dies ist ja das Geheimniß der Zukunft: Verbindung des Socialismus mit der politischen Freiheit, so daß Utopien verschwindet, und die Wirklichkeit sich

Digitized by Google

der utopischen Wünsche auf einem Wege bemächtigt, der, wie der politische, in Deutschland noch nicht genug befahren ist, um schon verlassen werden zu können. Jetzt steht das Proletariat viel unworden in der Mitte zwischen Reaktion und Liberalismus. Die Reaktion will es bestechen, um es sich zu verpflichten und bei Gelegenheit gegen die liberale Bourgeoisie benutzen zu können. Der Liberalismus besteche es nicht, aber er erhebe es zu sich, er nehme es in sich auf; es gehört als starkes Bindemittel in sein Gebäude; fehlt das Proleteriat darin: so ist der Liberalismus gerichtet; er hetze es nicht auf die Reaktion, aber er mache mit seiner Hülfe den Begriff der Reaktion verschwinden.

Schon schließst Du? fragen Sie, und noch kein Wort aus Königsberg? Aber was ist Königsberg, wenn nicht die Töne von hier wiederklingen sollen, welche die Welt durchziehen! Bald auch einmal biete ich Ihnen lokale Bilder; aber zürnen Sie meiner Laune nicht, daß sie heute kosmopolitisch gefärbt war. † † †

Danzig.

Die hiesige Zeitung sagt über des Herrn von Bardeleben Schrift: Die Verfassungsentwickelung in Preußen und ihre neueste Phase: Der Verfasser, der Sohn des bekannten Landtags-Abgeordneten von Bardeleben, hatte Gelegenheit, manches Nähere über Haltung und Motive der sogenannten Opposition auf dem Vereinigten Landtage zu erfahren. Seine Kritik des Landtages, wenn sie auch eigentlich nicht viel Neues bringt führt uns doch die verschiedenen Phasen desselben mit Deutlichkeit vor, und zeigt, welche Motive den einzelnen Schritten der Opposition zu Grunde lagen. Der Standpunkt, von dem aus dies geschieht, ist der des Konstitutionalismus, was deutlich aus dem ersten Theile der Schrift hervorgeht. Indem Herr v. B. die einzelnen Thaten des Landtages kritisirt, und namentlich bei der Deklaration der Rechte länger verweilt, nimmt er bei Erwähnung der unter der Opposition selbst ausgebrochenen Spaltungen Gelegenheit zu bemerken, daß derjenige, „welcher nicht so viel Selbstverleugnung hat, seine Kapricen den großen Zwecken seiner Partei zum Opfer zu bringen, sich dem aussetzt, von derselben desavouirt zu werden, und daß es zu wünschen wäre, daß sich in Zukunft die Opposition widerstrebender und daher Spaltung erzeugender Elemente in dieser Weise entledigte. Die sogenannte konservative Partei hatte den Vortheil voraus, in der Autorität des Ministeriums einen Einigungspunkt zu finden und da die Summe ihrer Grundsätze, mindestens in den rein politischen Fragen, darin bestand, den ihr zukommenden Winken zu folgen, so litt sie viel weniger an Spaltungen als die Opposition.“ — Obwohl die Deklaration der Rechte an und für sich ein offener Schritt der Opposition war, so sei doch in Folge derselben das System des versteckten Kampfes, das man von beiden Seiten angenommen, in seiner vollständigen Anwendung hervorgetreten. Der Deklaration wird übrigens von dem Verfasser der bleibende Werth zugeschrieben, gleichsam ein Programm aufgestellt zu haben, von dem die Opposition, ohne sich zu kompromittiren, nichts aufgeben könne. Nicht ohne Interesse liest sich die Besprechung der Ostbahnfrage. Der Verfasser selbst ist Ostpreuße; aber auch bei ihm siegt die Anhänglichkeit an sein politisches System über die Interessen seiner Provinz. Eben so bezeichnend ist das, was über die Ausschußwahlen gesagt wird. Der Verfasser schließt diesen zweiten Theil seiner Abhandlung damit, daß er bemerkt, das Ende der Session habe jedenfalls die Regierung für viele Widrigkeiten entschädigt, die sie im Laufe derselben erfahren. „Die Opposition verlor viel von dem in der öffentlichen Meinung eroberten Ansehen, ihr kühnes Auftreten erhielt fast den Anschein einer Bravade, da sie jetzt, als es zur Entscheidung kam, plötzlich zurückwich, — ein Vorwurf freilich, den die meisten ihrer Mitglieder nicht verdienten, außerdem wurde sie vor Allem durch die Spaltung in ihrem Schooße geschwächt.“

Aus Hinterpommern.

Rheinische Blätter melden kürzlich, der Abg. der Stolpschen Ritterschaft sei nicht wiedergewählt. Indeß hat die Wahl noch gar nicht statt gefunden; man fürchtet aber, daß Herr v Gottberg nicht wiedergewählt werde, was jedenfalls zu beklagen wäre. Pommern ist als ein deutsches Bootien verrufen, Herr v. Gottberg gehört zu den Männern, die durch Wort und That diesem Vorurtheil entgegengewirkt haben. Die Ehre der Provinz fordert, daß er unter ihren Vertretern nicht fehle. — Allerdings scheint ein finsterer Geist durch Hinterpommern zu ziehen. Der Protest der Stolpschen Ritter gegen die Reform der Patrimonialgerichte, so viel wir wissen der einzige, der erhoben worden, ein trauriges Zeichen der Zeit, ein Beweis von Mangel an Kultur, Bildung und Gemeinsinn, läßt uns fürchten, daß die Andeutungen in dem Sendschreiben des Abgeordneten der pommerschen Landgemeinden nicht ganz grundlos seien. Die Hamburger Börsenhalle sagt über diesen Protest, der verdffentlicht wurde „um den in der Versammlung geherrschten Geist

Digitized by Google

auch den entfernten Bewohnern des gemeinsamen Vaterlandes zu verkünden:"

Das Vaterland aber wird von diesem in der Versammlung der Stolpschen Ritterschaft „geherrschten Geist" nicht sonderlich erbaut sein. Das Vaterland wird sich ebenso über das schlechte Deutsch wundern, das diese Patrimonial-Gerichtsherren schreiben, wie über die Art und Weise, mit der sie den im Interesse des Gesammtwohls gebotenen Reformvorschlägen der Regierung in ihrem Proteste entgegentreten, der öffentlichen Meinung zum Hohn, wie denn nach Simon's preuß. Staatsrecht über die Werthlosigkeit der Patrimonial-Gerichtsbarkeit unter Sachverständigen nur eine Stimme herrscht. — Das Finale dieses Protestes ist: „Man hüte sich das noch fast einzige Vorrecht des eximirten Standes aufzugeben, da mit dieser Schranke auch die Polizeijurisdiktion nothwendig fallen muß." Allerdings, wie die Prügelbefugniß, so muß auch die Patrimonial- und die Polizei-Gerichtsbarkeit der Gutsherren fallen, das ist eine unabweisbare Nothwendigkeit. Der Verfasser dieses Protestes ist ein bürgerlicher Gutsbesitzer, die überhaupt unter den Conservativen sich als die Allerconservativsten zeigen.

Der freisinnige Abgeordnete der Stolpschen Ritterschaft, der Hr. v. Gottberg, der auf dem Vereinigten Landtage die ganze und völlige Emancipation der Juden beantragte, dürfte nicht wieder gewählt werden, weil Hr. v. Gottberg für die Emancipation der Juden in die Schranken getreten ist. Die sonstigen Vergehen, die sich dieser edle Sproß des jungen Pommern durch freisinnige Rede und Abstimmung auf dem Vereinigten Landtage zu Schulden kommen lassen, hätte man noch mit der Jugend des Hrn. v. Gottberg entschuldigt, aber die Juden als gleichberechtigte Menschen anerkennen wollen, deshalb einen Antrag auf dem Vereinigten Landtage zu stellen, diese gleiche Berechtigung der Juden öffentlich vor den Augen der Nation, der ganzen gebildeten Welt zu vertheidigen, das ist unverzeihlich, das ist unverantwortlich von einem Abgeordneten der Stolpschen Ritterschaft. Durch diese eine That hat Hr. v. Gottberg seinen Gegnern, den Männern des alten Pommerns, eine gefährliche und scharfe Waffe in die Hände gegeben, die namentlich derjenige Theil seiner Standesgenossen, der des Hrn. v. Gottberg Anschauungsweise und freisinnige Grundsätze nicht theilt, sondern beklagt, geschickt zu benutzen weiß, um das Vertrauen der Wähler auf Hrn. v. Gottberg zu untergraben, um ihn bei der nächsten Wahl zu verdrängen, indem man an die Engherzigkeit und den christlichen Hochmuth der bürgerlichen Rittergutsbesitzer appellirt. Im Allgemeinen steht Pommern und ganz besonders Hinterpommern in religiöser und politischer Beziehung noch auf einer sehr niedrigen Culturstufe, namentlich auch die große Zahl der bürgerlichen Rittergutsbesitzer. Mit einzelnen ehrenwerthen Ausnahmen ist die übrigens sehr zahlreiche große Masse der bürgerlichen Rittergutsbesitzer wenig gebildet, in der Politik indifferent und indolent. Der Adel besitzt weit mehr Bildung, denkt und handelt daher auch weit humaner, wie die bürgerlichen Gutsbesitzer. Diese erheben sich durch Bildung, Denk- und Handlungsweise wenig über die Bauern, ja sie stehen hinsichts einer freien und humanen Weltanschauung niedriger, als die Bauern in den höher kultivirten Provinzen. Wie der weniger gebildete Mensch überall voll religiöser Vorurtheile steckt, so auch in Pommern, und die Mehrzahl der bürgerlichen Ritter denkt über die Juden-Emanzipation wie die Bauern. Wie die Abgeordneten der pommerschen Bauern gegen die Emanzipation der Juden gestimmt haben, so stimmen auch die bürgerlichen Ritter, als Geistesverwandte der Bauern, größtentheils gegen die Emanzipation und sie werden deswegen, in so fern sie überhaupt auf dem Wahltage erscheinen, dem Vertreter der Juden-Emanzipation ihre Stimme nicht geben. Dabei sind viele dieser bürgerlichen Rittergutsbesitzer Hinterpommerns so indolent, so gleichgültig gegen den Besitz politischer Rechte, so nachlässig und pflichtvergessen in deren Ausübung, daß sie es häufig gar nicht der Mühe werth halten, auf Wahl- und Kreistagen zu erscheinen. So kommt es, daß bei Wahlen und sonst in der Ritterschaft sich der Einfluß einzelner, weit ausgedehnter Familien geltend machen kann. Dieser Einfluß weniger Familien würde bei der großen Zahl bürgerlicher Rittergutsbesitzer leicht gebrochen sein, wenn diese mehr politische Bildung besäßen, wenn diese sich ihrer Stellung, ihrer politischen Rechte bewußt wären, wenn sie, wie es ihre Pflicht und Schuldigkeit, die Kreis- und Wahltage zahlreicher besuchen und sich dadurch ihrer Rechte und der Achtung ihrer Mitbürger würdig machen wollten. Dann würde auch des Hrn. v. Gottberg Wiederwahl zur Ehre des Kreises nicht zweifelhaft sein; leider aber fehlt es den Bürgerlichen noch an Bildung, Einsicht, an einem freier Männer würdigen Selbstbewußtsein.

Digitized by Google

Halle, a. d. Saale 30. Dec. 1847.

(Freie Gemeinde; freie christliche Gemeinde; Bürgerversammlung; Handwerkerverein.) Was die freie Gemeinde betrifft, so hat dieselbe in der letzten Zeit einen herben Verlust durch die Ausweisung von Benfey und Horarik aus Preußen erlitten, beide in der literarischen Welt schon gekannt. Diese beiden Männer leisteten der Gemeinde wesentliche Dienste: der erste durch seine Notizen, die er, aus vielen Fächern der Wissenschaft gesammelt, bei betreffenden Gelegenheiten zur Erläuterung oder Ergänzung bei der Hand hatte; der andere durch die Schärfe und Bestimmtheit seiner Rede. Vorträge hat daher die Gemeinde für jetzt nur von Wislicen zu erwarten: jedoch würde das Bestehen derselben nicht gefährdet sein, und die Versammlungen würden nach wie vor gehalten werden, selbst wenn Wislicen die Gemeinde auf kürzere oder längere Zeit verlassen müßte; indem die ruhige Klarheit dieses Mannes Eigenthum der ganzen Gemeinde geworden ist. — Die erwähnte Ausweisung kann nur zur Folge haben, daß jeder Einzelne angespornt wird, mit allen seinen Kräften für die Gemeinde zu wirken, und wenn eine Zeitlang in den Sonntagsversammlungen kein Vortrag gehalten werden könnte, nun! so würden ausgewählte Stücke vorgelesen und darüber gesprochen.

Anders ist es mit der »Vereinigten, freien, christlichen Gemeinde,« die aus der Vereinigung mehrerer protestantischer Nichtfreunde mit den Deutschkatholiken hervorgegangen ist. Da sich dieselbe innerhalb gottesdienstlicher Formen bewegt, Taufe und Abendmahl begeht, und Niemand in ihrem Gottesdienste außer dem Prediger zu reden berechtigt ist (wie dies auch bei einem Gottesdienste nicht anders zu erwarten), überhaupt ihre gottesdienstlichen Versammlungen einen durchaus kirchlichen Anstrich tragen, so wächst sie auch schneller, wie ihre ältere Schwester, welche durchaus mit dem Alten gebrochen, und die Brücke hinter sich abgehauen hat.

Außer ihrem Gottesdienste an Sonn- und Festtagen hat die vereinigte Gemeinde am Donnerstage Zusammenkünfte, wie sie die »freie« des Freitags hat; nur mit dem Unterschiede, daß bei ersterer nur in den sogenannten Aeltesenversammlungen, welche monatlich Ein Mal gehalten werden, und an denen auch die Gemeinde Theil nimmt, Berathungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt werden; während die übrigen rein gesellig sind. Noch ein andrer Unterschied findet Statt in Bezug auf Nichtmitglieder. Während es bei der »freien« Gemeinde erlaubt ist, und auch vorkommt, daß Fremde in die Debatte eingreifen, Fragen stellen u. s. w., so ist dies in der »vereinigten« außer den rein geselligen Zusammenkünften nicht der Fall. Bei den verschiedenen Standpunkten, die beide Gemeinden einnehmen, kann es natürlich nicht befremden, wenn in ihnen von einzelnen Gliedern eine gegenseitige Polemik laut wird, was vorzüglich in der vereinigten der Fall ist, deren Prediger, der bisherige deutschkatholische Pfarrer Giese, nach Herzenslust auf die freie Gemeinde losstehe, was bei letzterer natürlich nur Lachen erwecken muß. Trotzdem hat sich die Vereinigte dem Vereine der freien Gemeinden, deren Vorort zur Zeit Nordhausen ist, angeschlossen: es wird ja wohl, um mit Bayerhoffer zu reden, der Schwanz des Vereinigten und Christlichen nachgerade abfallen, und die freie Gemeinde übrig bleiben.

Die Bürgerversammlung, die monatlich zweimal stattfindet, hat sich einer ziemlichen Theilnahme zu erfreuen. Mit dem neuen Jahre erscheint ein Organ dieser Versammlung: das »Bürgerblatt«, welches von den Herren Diakonus Haßemann und Oberlehrer Körner redigirt wird unter Mitwirkung einer Kommission von zwölf Bürgern, zu der der jedesmalige Ordner der Bürgerversammlung hinzugezogen werden muß. Es soll dies ein Blatt sein für und von Bürgern, städtischen und bäuerlichen; es erscheint, weil demselben als Wochenschrift der Konzession wegen Schwierigkeiten im Wege standen, (indem es sonst mit dem berüchtigten v Tippelskirch'schen Volksblatt für Stadt und Land in Konkurrenz getreten wäre,) als Monatsschrift; und hat die Tendenz, den Bürger mit seinen Angelegenheiten bekannt zu machen, ihm nützliche Kenntnisse zuzuführen, neue Entdeckungen und Erfindungen mitzutheilen, und vor allen Dingen ihn mit den Bürger- und Stadtverordneten-Versammlungen, — welche letztere öffentlich sind — im Zusammenhange zu erhalten, und der Kritik darüber ein Feld zu eröffnen. Das Blatt soll auch zur Unterhaltung dienen: es wird Erzählungen, Anekdoten u. dergl. bringen, damit es auch von Frauen und Kindern gern gelesen wird, ihnen gleichsam zum Nachtisch diene. Daß es seine Spalten keinen faden Novellenkram öffnen wird, wie es so viele andere Lokalblätter thun, dafür bürgt die tüchtige Gesinnung der Redaktion. Religiöse und politische Streitfragen sollen einstweilen ausgeschlossen bleiben, — analog der Bürgerversammlung, wo es verboten ist, von Religion und Politik zu sprechen!!

Der Handwerkerverein, der nun schon längere Zeit auf die Bestätigung seiner eingereichten Statuten wartet, wird sich, wenn diese noch lange ausbleiben sollte, dem schon

Digitized by Google

bestehenden Gesellenvereine anschließen. Die Regierung scheint das System zu haben, solche neu auftauchende Erscheinungen nicht geradezu verhindern, aber doch aufhalten zu wollen; so darf z. B. die vereinigte Gemeinde, die sich bereits seit beinahe einem Vierteljahre konstituirt hat, ihre Versammlungen noch nicht unter ihrem Namen bekannt machen.

Bunzlau.

Die vielfachen Einladungen zur Betheiligung an den zahlreichen Verlosungen von Abtheilungen gewisser Staatsanleihen, die besonders von Frankfurter und Mainzer Bankiers ausgehen und die Blätter hiesiger Gegend füllen, veranlassen das »Bunzlauer Sonntagsblatt« da »jetzt die Thätigkeit dieser Spekulanten mit Vorliebe sich nach unserer Gegend zu wenden scheint« und vieles Geld an solche Hoffnungen verschwendet wird, gegen »derartige vielverbreitete Anerbietungen« zu warnen, indem es nachweiset, daß das Geschäft gänzlich unzuverlässig, unsicher, zu vielen Unterschleifen Gelegenheit und Veranlassung gebend und daß das darauf verwendete Geld mit größter Wahrscheinlichkeit verloren geht. »In welchem Lichte endlich, schließt das Bunzlauer Sonntagsblatt, muß das ganze Geschäft erscheinen, wenn man von solch einem Bank- und Wechselhause mit der betreffenden öffentlichen Ankündigung 50 sogenannter Serien, Loose oder Nummern zum Verkaufe zugeschickt erhält und zwar das Stück, welches das Bank- und Wechselhaus zu 1 Rtl. ausbietet, nur zu 18 Sgr. »Als Verkäufer haben Sie uns bloß 18 Sgr. für jede Nummer zu zahlen,« so lautet wörtlich das an mich, den Redakteur, ergangene Anerbieten. Also an jeder Nummer eine Provision von 12 Sgr! Erwägt man welche Kosten durch Druck der Anzeigen in fast allen Zeitungen und Wochenschriften, für Porto, Druck des Spielplans, der Erläuterungen, der angeblichen Gewinnlisten erwachsen, so kann man sich wohl leicht selbst ein Urtheil über die »Reellität« dieses Geschäfts bilden. Die Redaktion des Bunzlauer Sonntagsblatts hielt es daher für Pflicht das lockende Anerbieten abzulehnen, die Ankündigung dieser angeblichen »Eisenbahnslotterie« nicht abzudrucken »und das Publikum öffentlich vor jeder Betheiligung an dieser Art von Geschäften angelegentlich zu warnen.« Mit dieser Warnung sich vor handgreiflicher Übervortheilung durch diese Spekulanten zu hüten, verbinden wir die Bemerkung, daß das Landrecht den Einsatz in eine auswärtige Lotterie mit einer Strafe von 100 Rtl. ahndet.

Aus Schleswig-Holstein.

Δ Es geht die Rede, die hiesige Ritterschaft habe ihrerseits einen Sonderfrieden mit der Staatsgewalt geschlossen oder werde doch nächstens einen solchen schließen, und dieses Gerücht hat selbst in einigen deutschen Zeitungen, wie z. B. in der Bremer, nicht allein einen Wiederhall, sondern selbst eine halbe Bekräftigung gefunden. Ich weiß nun freilich nicht, ob es wahr ist, zweifle aber doch sehr daran, so wenig man auch anderweitig an einer schlechten und unzureichenden vaterländischen Gesinnung vieler Mitglieder der gedachten Körperschaft im Ernste zu zweifeln kann. Während diesem Gerüchte nun von einer Seite eifrig widersprochen wird und man dasselbe als eine Erfindung der Dänen bezeichnet, welche dadurch Mißtrauen und Zwietracht im hiesigen Lager anzufachen gedächten, wird es von der andern Seite wiederum geglaubt, denn es giebt hier gar viele Leute, welche dem Adel, wie man zu sagen pflegt, nicht über den Weg trauen und ihn zu Gunsten seiner Standesinteressen zu Allem, mithin auch zur Schließung eines solchen Sonderfriedens, für fähig erachten. Aber wie gesagt, ich glaube vor der Hand noch nicht an die Wahrheit dieses Gerüchtes und eben so wenig an seine dänische Erfindung, sondern man kann sich die Entstehung und Verbreitung desselben, wie es scheinen möchte, ganz gut auf andere Weise erklären. Die jüngste so wandelnde und kriechende, nach Gunst und Gnade haschende Eingabe der Ritterschaft an Se. Majestät, das so anßßige, fast zweideutige Benehmen des Grafen von Reventlow-Farve bei der diesjährigen Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe zu Kiel, die dadurch ihm auch glücklich gewordene Belobung von oben, die Besuche des im Herbste hier verweilenden Kanzleipräsidenten Grafen v. Molike-Rüstchau bei einigen ritterschaftlichen Personen, — genügen nämlich wohl vollkommen, um bei mißtrauischen Gemüthern Verdacht zu erwecken und das in Rede stehende Gerücht zu zeitigen. Was aber den dänischen Vorsprung betrifft, so darf dies wohl um so weniger angenommen werden, als die Dänen dadurch nur mit ihren anderweitigen Behauptungen in Widerspruch kommen würden, wonach die ganze hiesige Bewegung bekanntlich ja nur ein ritterschaftliches Erzeugniß sein soll. Daß übrigens die Staatsgewalt nichts sehnlicher wünscht, als eben ein Verständniß mit der hiesigen Ritterschaft, dürfte gewiß sein. Der König von Dänemark ist bekanntlich ein gewaltiger Adelsfreund, weshalb denn dieser Alleinherrscher auch in der fortwährenden Schaffung von Grafen, Freiherren und Edel-

Digitized by Google

leuten im Königreiche sich gefällt, weil dort der Adel etwas auf die Reige geht, und dieser Monarch soll nichts unangenehmer empfunden haben, als das Ausbleiben der hiesigen Ritterschaft bei seinen verschiedenen in den Herzogthümern abgehaltenen Hoflagern. Gelänge es übrigens, den Adel zu gewinnen und von der Landessache abzuziehen, so würde dadurch bei auswärtigen Höfen viel gewonnen sein und man könnte alsdann mit gutem Erfolg die hiesige Bewegung als eine hochverrätherische und revolutionäre der Diplomatie bezeichnen, was jetzt allerdings nicht gut angeht, obgleich man es versucht hat. Wer aber der hiesigen Landessache am meisten schadet, und zwar ohne es zu wollen, ist ohne Zweifel gerade der Herzog v. Augustenburg. Nach sehr glaubwürdigen Nachrichten haben nämlich jene dänischen Umtriebe im nördlichen Schleswig nur deshalb unter einem großen Theile der dortigen Bevölkerung Anklang und Unterstützung gefunden, weil der Herzog von Augustenburg sich bei der gedachten Bevölkerung sehr verhaßt gemacht hat, und zwar namentlich und ganz besonders durch seine ganz ausschweifenden Jagdgelüste und Jagdleidenschaften, die er auf ziemlich mittelalterliche Weise betreiben soll. Es ist in der That sehr zu bedauern, daß dieser anderweitig so gebildete und unterrichtete Herr, die Schädlichkeit einer solchen Jagdbetreibung nicht einsieht und einer Leidenschaft fröhnt, die nicht allein der Sache des Landes, sondern auch der seines eignen Hauses, so unendlich zum Nachtheile gereicht. Seht, sagen die Dänen, schließt Ihr Euch an Deutschland und die schleswigholsteinische Bewegung an, so werdet Ihr unter ein Adelsregiment und eine Junkerherrschaft gerathen, die Ihres gleichen sich im Mittelalter suchen wird. Mit der gewünschten Bauernfreiheit wird es dann aus und vorbei sein, und an den Jagdfrenden des Herzogs könnt Ihr abnehmen, wie man dann mit Euch umspringen wird.

Rostock.

Durchdrungen von der unbestreitbaren Nothwendigkeit einer schleunigen Steuerreform für den Handel der Seestädte, hatten Bürgermeister und Rath von Rostock bei dem Landesherrn eine Supplik eingereicht, in der sie für Beibehaltung indirekter fiskalischer Steuern, mit Verlegung derselben an die Landesgrenzen wiederholt sich aussprachen, ganz im Interesse einiger Rostocker Fabrikanten, die durch Grenzzölle gegen auswärtige Konkurrenz geschützt zu werden hoffen. Ein hochweiser Rath, überzeugt von der „Unzuträglichkeit und Unausführbarkeit einer alleinigen directen Besteuerung" hofft, daß sich durch eine Reform der Steuern, durch Grenzzölle in den meklenburgischen Seestädten ein „regerer Verkehr mit solchen Artikeln" entwickeln werde, „worauf diese Städte ihrer geographischen Lage nach hauptsächlich angewiesen sind — also namentlich mit nordischen Produkten." Bürgermeister und Rath scheinen, durch unsere Fabrikanten irregeleitet, eigenthümliche Begriffe und wunderliche Ansichten von den Wirkungen der Grenzzölle auf den Handel und dessen Entwickelung zu haben. Es ist uns wenigstens nicht möglich gewesen zu ergründen, wie durch Grenzzölle der Verkehr der meklenb. Seestädte, und namentlich das nordische Geschäft belebt und vergrößert werden könne, da wir, wie die tägliche Erfahrung lehrt, gegen Hamburg und Lübek, die durch keine Zollplackereien in ihrem Verkehr belästigt werden, nicht aufkommen können, nicht aufkommen werden, wenn wir uns durch Grenzzölle die Hände binden, die Handelsunkosten vermehren, durch den mit der Verzollung verbundenen Aufenthalt und durch die damit verknüpfte Störung im Geschäftsbetriebe die freie Disposition über die Waaren verlieren *).

Deutschland.

Wenn wir die traurigen Zustände unseres Vaterlandes in's Auge fassen, sagt der „deutsche Zuschauer" und fragen, wer dieselben verschulde, so können wir nicht gradezu antworten: nicht die Tyrannei unserer Machthaber, nicht der Eigennutz unseres Adels, nicht die Anmaßung unserer Schreibstubenleute trägt deren Schuld, sondern die starre Habsucht unserer Geldleute, die Heuchelei unserer Scheinliberalen und die Niederträchtigkeit unserer, blos auf die Familien und Gemeinden bedachten Spießbürger. Der Habsucht unserer Geldleute mit und ohne Adel, mit und ohne Titel ist die immer steigende Verarmung des Volkes zuzuschreiben. Die Heuchelei unserer Scheinliberalen verdirbt unsere Wahlen, und die Niederträchtigkeit unserer Spießbürger unsere ständischen Verhandlungen. Dieselben Leute, welche unter dem Ausbängeschilde der Freiheit gewählt wurden, richten alle Bestrebungen der Fortschrittspartei auf unsern Landtagen zu Grunde.

Pommern. Merkwürdige Begebenheiten. In Köslin hat sich „auf Anregung angesehener Einwohner" ein Verein gegen das Hutabnehmen gebildet, von dem man hofft, daß er „unbeschränkte Theilnahme" finden möge, da „das Abnehmen der

*) Ueber die Resultate des letzten meklenb. Landtags werden wir im nächsten Hefte referiren.

Digitized by Google

Kopfbedeckung in der rauhen Jahreszeit unangenehm und für Manchen schädlich.“ Der Verein bestrebt sich, die gegenseitige Begrüßung mit einer Handbewegung „allgemeiner zu verbreiten.“ — Außerdem hat sich in Köslin ein aus Land- und Stadtbewohnern bestehender geselliger Verein gebildet, „um die Städter mit den Landleuten inniger untereinander zu verbinden.“ Das Pommersche Volksbl. berichtet, daß bei einem Diner der Gesellschaft „allgemeine Heiterkeit“ geherrscht und ein Toast auf die „ganze Gesellschaft“ ausgebracht sei. Beachtenswerthe Ereignisse! Mit Ausschluß von politischen Gegenständen wird sich die Gesellschaft, auf Antrag des Kaufmann Herrn Behrend, auch mit materiellen und socialen Fragen beschäftigen — In Belgard hat sich die Stadtverordnetenversammlung für Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen entschieden. Möge denn die Sonne der Öffentlichkeit die Köpfe der Belgarder erleuchten, ihre Herzen erwärmen, damit sie brutalen, mittelalterlichen Judenhaß endlich verbannen Ein dort zur Errichtung einer Ressourcengesellschaft niedergesetztes Committee — an dessen Spitze ein Landtagsabgeordneter stehen soll — hat die Aufgabe unserer Zeit so wenig begriffen, daß es von der Einladung zu diesem gesellschaftlicher Erholung gewidmeten Vereine Juden ausgeschlossen hat. „Das Committee, äußert das Pomm Volksbl, möge wenigstens in so weit die Stimme der Zeit beachten und öffentlich die Gründe angeben, welche es zu dieser Ausschließung bewogen.“ — In Tempelburg haben sich Stadtverordneten gegen die Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen erklärt Im Anfange des Herbstes habe es den Anschein gehabt, meldet das Pomm. Volksbl. aus Tempelburg, als sei „ein anderer Geist ins Städtchen gekommen.“ Es bildeten sich zwei Ressourcen, es däuften sich Bälle auf Bälle, die mit Abendessen und Concerten wechselten. Die Ressourcen bestehen zwar noch, aber die übrigen Herrlichkeiten haben aufgehört. Somit scheint der „andre Geist,“ der sich durch Bälle und Abendessen offenbarte, aus dem unglücklichen Tempelburg wieder entwichen zu sein. — In Treptow a. R. hat ein öffentliches Preisblasen unter den Trompetern stattgefunden. Das allg. Pomm. Volksbl. kann es nicht unerwähnt lassen, daß der Oberst v. Plehwe jenes Preisblasen — und somit einen rühmlichen Wetteifer unter den Trompetern — ins Leben gerufen hat.

Stettiner Bürgerstube.

Bürgerversammlung vom 9 Decbr Vorsitzender: Herr Consul Gutike. Die erste Frage, die zur Discussion gelangte, von dem Herrn Schkning gestellt, lautete: Wäre es nicht zweckmäßig, in der Neustadt eine Aktienbierbrauerei zu errichten, um so dem übermäßigen Genuß von Branntwein zu steuern? Der Herr Fragesteller, der das Wort nahm, machte darauf aufmerksam, wie das Bier hier verhältnißmäßig sehr geringer Qualität und sehr theuer sei, weshalb die arbeitende Klasse mehr auf den Genuß von Spirituosen angewiesen bliebe. Es sei dies jedenfalls für das Gemeinwohl der Stadt sehr schädlich, da durch den Trunk viele Familien in ihren finanziellen Verhältnissen gestört würden und das Krankenhaus dadurch bedeutenden Zuwachs erhielte. Die Kommune sei demnach wohl verpflichtet (?), ein solches (?) Project nicht allein zu unterstützen, sondern es auch in Ausführung zu bringen, und erlaube er sich das sogenannte Döeflingsche Grundstück in der Neustadt in Vorschlag zu bringen, welches insofern wohl vortheilhaft erscheine, als, so viel er wisse, der Quadratfuß 3 Sgr. kosten solle. Er glaube, daß durch solche Konkurrenz die hiesigen Brauer genöthigt würden, ein besseres Bier zu brauen, denn daß die Herren bei dem jetzigen Betriebe einen sehr großen Nutzen hätten, wäre unzweifelhaft. Herr Oberlehrer Eichsen: Er verkenne den guten Zweck keineswegs, sei aber der Meinung, daß es der Wissenschaft, besonders der Chemie, vorbehalten bliebe, wie in andern Branchen z B. der Seifen- und Lichtfabrikation, einen rationelleren Betrieb dieses Gewerbes herbeizuführen. Herr Schuhmachermeister Schulz ließ sich in einer längeren Rede ungefähr dahin aus, daß es nur zu beklagen, wie in Folge des schlechten Bieres, noch so viel Branntwein konsumirt und dadurch namenloses Elend herbeigeführt würde. Herr Hesse: In Berlin sei die Erfindung gemacht worden, aus Kartoffeln Bier zu brauen, vielleicht kann eine solche Brauerei angelegt werden. Herr Justiz-Commissarius Trieft bemerkte, daß er nicht Sachverständiger sei, um der Brauerei in dieser Beziehung einen Vorwurf machen zu können, er sei aber der Meinung, daß auch die Schenker selbst viel Schuld hätten, da dieselben nicht für passende Loka-

Digitized by Google

lichten zum Aufbewahren des Bieres sorgten. Dagegen, daß ein solches Unternehmen von Seiten der Stadt ausgehen sollte, müsse er sich entschieden erklären, denn wenn die Kommune Bierbrauereien anlegen sollte, sehe er auch gar nicht ein, weshalb sie nicht auch Schuhmacherwerkstätten u. s. w errichten solle, dies führe indeß zum Kommunismus. Es stände ferner fest, daß die Unterhaltung derartiger Unternehmungen von Behörden geleitet, viel zu theuer gegen die von Privaten käme. Der Herr Fragesteller befände sich auch mit sich selbst im Widerspruch, wenn er einerseits wünsche, ein solches Unternehmen solle auf Aktien gegründet werden, andernseits solle es die Kommune thun. Herr Konsul Gutike: Wenn dieser Erwerbszweig hier noch nicht auf der Kulturstufe stände, als an andern Orten, so ließe sich daraus wohl schließen, daß ein Bedürfniß nach gutem Biere nicht vorherrschend sei, um eine größere Betriebsamkeit hervorzurufen. — Von dem Herrn Justiz-Commissarius Trieft wurde die zweite Frage gestellt, ist es nicht möglich, für Stettin ein gutes Steinpflaster zu beschaffen? Herr Oberlehrer Eickfen ließ sich dahin aus, daß die Hauptursachen wohl darin zu suchen seien, daß unser Ort bergig, auch theilweise sehr schlechten Untergrund habe, welche Uebel aber wohl zu beseitigen sein würden, wenn man die Pflasterung Arbeitern überließe, die wirklich etwas Tüchtiges leisten könnten, auch wäre eine Konkurrenz in diesem Zweige hier am Orte sehr wünschenswerth. 3te Frage. Es wäre für viele wünschenswerth, etwas Specielles über die hiesige Gasanstalt im Allgemeinen, und über die technische Einrichtung ins Besondere zu erfahren. Herr Oberlehrer Eickfen erklärte sich bereit, in der nächsten Versammlung darüber zu referiren. Die 4te Frage ungefähr dahin lautend: Der Gesinde-Prämienfond zur Gründung einer Stiftung armer Bürgertöchter und Dienstboten zu verwenden, schien im Allgemeinen keine Sympathie hervorzurufen und führte zu mehrseitigen Bemerkungen und Abweichungen von der gestellten Frage. Durch die Bemerkung, daß es eine Ungerechtigkeit sei, von den Dienstboten eine solche Steuer (die Abgabe beträgt beim jedesmaligen Wechsel des Dienstes 7½ Sgr.) zu erheben, schien sich Herr Schlächtermeister Schulz als Stadtverordneter gravirt zu fühlen; er suchte hierin (hört!) sonderbarer Weise eine Kränkung der Stadtverordneten, indem er unter anderem bemerkte, daß es sehr unrecht sei, durch derartige mißliebige Aeußerungen Personen zu nahe zu treten, die vertrauungsvoll von ihren Mitbürgern gewählt worden wären. Herr Stadtrath Heffenland. Es sei von Seiten der Stadtverordneten alles mögliche geschehen, es dahin zu bringen, daß die Prämien ferner gerechter vertheilt werden, das ganze Institut aber aufzulösen ginge nicht so leicht, da hierüber ein Gesetz existire (?), welches aufzuheben, seine Schwierigkeiten hätte (??). 5te Frage. Ob es nicht zweckmäßig sei, daß die Krambuden am Bollwerk während des Jahrmarkts nach einen anderen Platze verlegt würden? Herr Kaufmann Weichert. Es sei jedenfalls zu wünschen, daß diesem Uebelstande abgeholfen würde, besonders da in diesen Buden hochstämmigte Gegenstände feil gehalten würden, was an einem andern Orte, der für den Handel nicht so unbedingt nöthig sei, geschehen könne. Die hiesigen Jahrmärkte fielen jedesmal zu einer Zeit, wo der Handel sehr lebhaft sei und durch Störungen oft nie zu ersetzende Verluste herbeigeführt würden. Herr Schlächtermeister Schulz. Er gebbre zu der, zur Beseitigung dieser Unbequemlichkeit, ernannten Kommission, und glaube demnach versichern zu können, daß diesem Uebel vielleicht schon zum nächsten Markte abgeholfen werden werde. 6te Frage. Hier in Stettin kosten 4 ℔. Semmel 8 Sgr., während in Broden 4 ℔. Semmel 5 Sgr. kosten, es wäre wohl zweckmäßig, daß Brod und Semmel nach dem Gewicht verkauft würden. Herr Justiz-Commissarius Trieft: Das Gewicht sei immer das richtigste Maaß, er glaube aber darin eine Schwierigkeit zu finden, die Differenz, die sich durch Steigen und Fallen der Brodpreise herausstelle, durch unsere Scheidemünzen ausgleichen zu können, da dieselbe einestheils nicht klein genug, andern theils auch, nach den statistischen Angaben zu urtheilen, nicht in Masse genug vorhanden sei. Ein Herr Bäckermeister suchte nachzuweisen, daß der Nutzen, den sie dabei hätten, nicht so groß wäre, als allgemein geglaubt werde. 7te Frage. Auf welche Weise kann das Haff während des Winters vom Eise frei gehalten werden? Herr Klein, der die Frage gestellt hatte, wollte hierzu seine Vorschläge machen, dieselben schienen aber der Versammlung so vage, daß die hierdurch hervorgerufene Heiterkeit den Herrn Fragesteller behinderte, seine Idee bis zu Ende hören zu lassen. 8te Frage. Wäre nicht eine Revision der Fruchtmaaße nöthig? Der Fragesteller, Herr Schuhmachermeister Schulz, hielt die Frage für so wichtig, um nochmals eine Discussion hierüber zu veranlassen. Er wollte wissen, daß sehr häufig hierbei Unrichtigkeiten sich bemerkbar machten und eine strengere Kontrolle von Seiten der Polizei nöthig schiene. Er hätte hierauf

Digitized by Google

schon früher aufmerksam gemacht, die Sache schiene aber nicht beachtet zu sein. Er hielte den Bürgerverein für geeignet, sich dieser Angelegenheit anzunehmen, was aber nicht geschehe. Ein bloßes Hierherreden in denselben, wenn es kein Resultat liefere, sei unnütz. Herr Konsul Gutike erbfnete dem Redner hierauf: daß die Bürgerversammlung keine exekutive Behörde sei, auch in dergleichen Angelegenheiten keinen Beschluß fassen könne. Wenn irgend Jemand derartige Rügen hätte, so müsse er sich an die administrative Behörde wenden, und hätte er dennoch die Überzeugung, daß das Gesuch nicht Berücksichtigung fände, so seien die Stadtverordneten da, um das Nöthige zu veranlassen. Herr Oberlehrer Eicksen: Wenn der Fragesteller bemerkte, daß mit falschem Maaße gemessen würde, so bliebe es ihm ja unbenommen zu denunciiren. Herr Schuhmachermeister Schulz: Das Denunciiren hätte immer etwas gehässiges und verstieße gegen seine Grundsätze. Die 9te Frage: An wen hat man sich zu wenden, damit es in die Stettiner Chronik aufgenommen wird, daß man im 19ten Jahrhundert hier noch im Schmutze stecken bleibt, wurde zurückgelegt *).

(Arbeitsnachweise-Anstalt. Beseler-Subscription. Handlungsarmeninstitut.) Bei der hiesigen Arbeitsnachweisungsanstalt haben vom 3.—25. Decbr. Arbeit gesucht: 1382 männliche, 229 weibliche, in Summa 1611 Personen; Arbeit erhalten 42 männliche, 26 weibliche, in Summa 68 Personen. In Seeplätzen fehlt es im Winter, wo nicht bloß Handel und Schifffahrt, sondern so manche andere Geschäfte und Erwerbszweige stocken, immer sehr an Arbeit. Hier erscheint indeß das Mißverhältniß zwischen Angebot und Nachfrage ganz ungemein groß. Das Übel verdient gewiß ernste Beachtung. — Die hiesige Beselersubscription soll selbst an der Börse keinen Anklang und hier im Orte überall wenig Theilnehmer finden, was um so mehr befremdet, da Schleswig-Holstein und Stettin gemeinschaftlich über Dänemark klagen. Indeß will man eine politische Demonstration vermeiden, so unschuldig sie in vorliegenden Fall auch sein mag. —

Die vor ohngefähr sechs Monaten von dem Verein für Pommersche Statistik herausgegebenen »Beiträge zur Kunde Pommerns« enthalten »Nachrichten über die Armenpflege in Stettin« von Herrn Pastor Jonas. Die darin mitgetheilten Angaben wurden in den sechs Monaten, seitdem das Heft ausgegeben, nicht im mindesten bestritten und wir hatten durchaus keine Veranlassung, deren Richtigkeit zu bezweifeln. Es wird dort gesagt, ein im J. 1824 gegründetes Handlungsarmeninstitut solle erweitert werden zur Aufnahme von 40 Wittwen und verarmten Familien, vorzugsweise aus dem Kaufmannsstande, »wenn dieselben nicht vollzählig sind, aus dem Beamtenstande.« Die Thatsache wurde nicht bestritten. Jetzt, nachdem der Wächter einige Bemerkungen darüber gemacht, erglüht ein Herr H.d. plötzlich von Berichtigungseifer; er fällt in der Stettiner Zeitung über den Wächter her, auf den nun, als auf den Sündenbock losgeschlagen wird. Allerdings gewinnt die Sache durch diese Berichtigung eine ganz andere Gestalt und wir freuen uns, daß es so ist. Wenn Bewerber aus dem Handelsstande fehlen, »wird sich das Institut wegen Aufnahme anderer geeigneter Familien mit den Vorständen anderer hiesigen milden Stiftungen, insbesondere der Johannis-Kloster-Deputation, über die Vergebung der Stellen verständigen.« Das, was der Wächter rügte, ist also in der Weise gar nicht beabsichtigt und die Rüge fällt somit in Nichts zusammen. Warum wartet man aber mit der Berichtigung, bis sich eine freudig benutzte Gelegenheit findet, damit zugleich über den Wächter herzufallen, um dessen Bestreben zu verdächtigen? Doch »wer hat Zeit genug, um alles zu berichtigen, was heutzutage Unwahres geschrieben und gedruckt wird,« seufzt Herr H.d., indem er mit dieser Klage der Philister über die schlechte Zeit und die schlechte Presse schließt, nachdem er den Wächter väterlich ermahnt hat, »die Wahrheit zu erforschen,« was ihm in Betreff der hiesigen Kommunalverwaltung nicht schwer werden könne. — Gewiß wird sich auch Herr Pastor Jonas um Wahrheit bemüht haben; sie zu erforschen muß wohl nicht so leicht sein, und sie ist es nicht, so lange nicht die Öffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen, die lange auf sich warten läßt, eingeführt ist. Herr H.d. würde uns zu aufrichtigem Danke verpflichten, wenn er uns Mittel und Wege angeben wollte, wo ohne Schwierigkeiten Mittheilungen über die hiesige Kommunalverwaltung zu erhalten, ohne die Verpflichtung unsere Berichte vor dem Druck jemandem zur Kritik vorlegen zu müssen.

*) Wir unterlassen nicht, auch diese Frage hier aufzunehmen, um damit zu zeigen, welche Begriffe über Bürgerversammlungen noch im 19ten Jahrhundert hier existiren.

Digitized by Google

I. Die Noth der Zeit.

Die zunehmenden Eingriffe in das Eigenthum sind ein System des zunehmenden Nothstandes. Der »deutsche Zuschauer« spricht sich über die Ursachen der zunehmenden Unsicherheit der Person und des Eigenthums und über die Beseitigung dieser Ursachen dahin aus: »Soll die Sicherheit der Person und des Eigenthums fest begründet werden, so muß einerseits die Achtung des Volkes vor den bestehenden Verhältnissen gehoben und gute Noth gemindert werden. Die Behörden müssen mit dem guten Beispiele der Achtung der Gesetze dem Volke vorangehen. Die bestehenden Verhältnisse müssen in Gemäßheit der bestehenden Ansichten verändert werden. Die Last des Staates, welche jetzt fast ausschließlich auf dem Mittelstande und auf den arbeitenden Klassen ruht, muß zu einem ansehnlichen Theil von den bevorzugten Klassen übernommen werden.« Wie aber kann die Achtung des Volks vor den bestehenden Verhältnissen gehoben werden? »Entweder,« antwortet die Trierische Ztg., »indem man dem Volke in Schulen und Kirchen und in der Presse diese Achtung vorpredigt, oder indem man die bestehenden Verhältnisse so gestaltet, daß sie im Bewußtsein und in der Zufriedenheit des Volkes ihre Grundlage haben.« Das letztere Mittel ist für die heutige Zeit das einzige anwendbare; das bloße Predigen nützt nichts, wie die Erfahrung lehrt, nachdem Jahrhunderte hindurch in das Volk hineingeredet. Der Bauer, der Arbeiter führen diesen guten Lehren und ihren Lehrmeistern gegenüber das Sprichwort im Munde: »richtet euch nach meinen Worten und nicht nach meinen Thaten« und wirkungslos verhallen die guten Lehren. Eine den Bedürfnissen des Volks entsprechende Gestaltung der Verhältnisse ist erforderlich, dann findet sich die Achtung vor den Verhältnissen von selbst. Diese Achtung durch Ermahnen und Vorpredigen in Schule, Kirche und Presse erzeugen, sie besonders für sich erzeugen und heben zu wollen, ist ein vergebliches und nutzloses Bemühen. Die Verhältnisse müssen dem Volke nicht als etwas von oben her durch eine höhere, außer und über ihm stehende Macht gegeben, sondern als ein Erzeugniß seiner selbst erscheinen; sie müssen aus ihm selbst hervorgehen und durch das Volk selbst geordnet werden. Was der Mensch selbst geschaffen und erzeugt, gehegt und gepflegt, woran er sich selbst betheiligt hat, sei es ein Blumengarten, seien es staatliche oder Gemeindeverhältnisse, das achtet und liebet er. Daher die hohe Achtung vor dem Gesetz, vor den öffentlichen Behörden in England.

Also eine den Bedürfnissen des Volks entsprechende Gestaltung der Verhältnisse, die den »besteh nden Ansichten« gemäß verändert werden müssen. Aber wie erkennt man die Bedürfnisse des Volks? Wie erfährt man die »bestehenden Ansichten?« — In England, wo das Gesammtdenken der Nation durch nichts behindert und eingeschränkt ist, kommt durch die freie Presse, durch das ungetrübte Recht des Volks sich zu versammeln, sich zu vereinigen, an die Oberfläche, was im Volke gährt. Wer an dem Gange der öffentlichen Angelegenheiten nichts zu ändern vermag, hat in England doch wenigstens das Recht, seine Meinung laut

Digitized by Google

zu sagen, seine Ueberzeugung auszusprechen und sie zu vertheidigen, ein Recht, von dem man bis in die untersten Klassen den ausgedehntesten Gebrauch macht, indem bei der umfassenden Publicität nichts der allgemeinen Beachtung aller Klassen entgeht, was mit den öffentlichen Zuständen irgend zusammenhängt. Das Recht sich zu versammeln, das Recht der freien Vereinigung zu gemeinschaftlichem Wirken und das damit verbundene allgemeine Petitionsrecht bildet nächst der Preßfreiheit und den Schwurgerichten eins der Hauptbollwerke der englischen Freiheit. Die Tagesfragen werden in großen Volksversammlungen berathen; Körperschaften und Innungen, die Grand-Jurys, die Magistrate, die Friedensrichter verhandeln in öffentlichen Versammlungen über öffentliche allgemeine Angelegenheiten, sprechen ihre Meinung, ihre Ansicht durch förmliche Beschlüsse aus, die sie als Adressen, Petitionen den Ministern, dem Parlamente, oder dem Könige übergeben. Diese Leichtigkeit, mit welcher alle Klassen des Volks ihre Ansichten der Regierung mittheilen können, wird als der größte Vorzug der englischen Verfassung gepriesen. Das Bewußtsein nur von selbstgegebenen Gesetzen abzuhängen, nur dem für Alle gleichen Gesetz unterworfen zu sein, ist die Hauptquelle des englischen Nationalstolzes und jenes Gemeingeistes, der es den reichen und wohlhabenden Klassen zur Pflicht macht, mit edler und uneigennütziger Hingebung dem Gemeinwesen durch unentgeltliche Uebernahme öffentlicher Aemter zu dienen.

Wie soll nun bei uns das »Bedürfniß« erkannt werden, wie sollen die »Ansichten« sich kund geben und sich gegenseitig berichtigen und aufklären, wie soll das Richtige aus dem Gewirr der Meinungen und Ansichten herausgefunden werden, da eine censirte Presse nur censirte Ansichten mittheilt, da das Recht sich zu versammeln, um über öffentliche Angelegenheiten zu berathen, nicht besteht, und, — da selbst das Petitionsrecht sehr verkümmert ist, der öffentlichen Meinung nicht möglich wird sich auszusprechen, hie und da auch der »beschränkte Unterthanenverstand« immer noch als unfähig betrachtet wird in öffentlichen Angelegenheiten ein Urtheil abzugeben, eine Ueberzeugung auszusprechen. So ist jüngst den Stadtverordneten in Hirschberg verboten über den Strafgesetzentwurf Behufs einer Adresse zu berathen.

Die Noth soll vermindert werden, meint der Zuschauer, die Staatslasten müssen, fährt er fort, zu einem ansehnlichen Theil von den bevorzugten Klassen übernommen werden. Dazu zeigen aber die »bevorzugten Klassen« beim Mangel an wahrer politischer Bildung und an Gemeinsinn bis jetzt wenig Neigung. Allerdings ist es nothwendig, daß die Staatslasten anders als bisher und nach den Steuerkräften vertheilt, vorzugsweise von denen getragen werden, die dazu am meisten befähigt sind. Die den untern Klassen unentbehrlichen Lebensbedürfnisse dürfen nicht ferner und vorzugsweise mit hohen Steuern und Zöllen belegt werden. Zugleich und besonders aber müssen die Staatslasten *vermindert*, die Produktion muß vermehrt werden durch Verminderung der Beamten und des Kriegsheers, die Verwaltung muß vereinfacht werden.

Vereine aller Art so wie die Behörden sind darauf bedacht die Noth durch zahllose Almosen, durch Suppenanstalten und dergleichen zu vermindern, Ausfuhr und Brennereiverbote werden versucht oder beantragt, Alles ohne sonderlichen Erfolg. Ungeachtet zahlloser gutgemeinter Bemühungen die Noth zu vermindern, wachsen die Armenbudgets aller Orten und in Gegenden, auf Dörfern, wo sie früher ganz unbekannt waren. Wir wollen hier nicht mit Zahlen nachweisen, wie sich die Armenbudgets hie und da seit 20 Jahren verdoppelt haben. Die Bemühungen durch Almosen die Noth zu vermindern sind vergebens. Es muß darauf hingearbeitet werden die Noth zu beseitigen; man muß sie ganz zu vertilgen suchen, in-

Digitized by Google

dem man die wirthschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter verbessert, die dem freien Verkehr, der Entwickelung der Thatkraft, des Unternehmungsgeistes entgegenstehenden, die Arbeit niederdrückende Hindernisse hinwegräumt, und vor Allem die Bildung und sittliche Erhebung der niedern Klassen fördern, durch eine allen Pöbel absorbirende Volkserziehung, damit das Volk, wie früher im Dorf- und Gaugericht, im Landding, sich selbst zu regieren und die Justiz im öffentlichen Leben und im öffentlichen Gericht zu handhaben befähigt sei.

Nicht blos Linderung der Noth, sondern gründliche Heilung derselben muß versucht werden; eine schwierige Aufgabe, die nur allmählig, nicht im Sturmschritt erreicht werden kann. Die Verbesserung der wirthschaftlichen Verhältnisse muß mit der sittlichen und geistigen Hebung Hand in Hand gehen; eine gründliche wirthschaftliche Verbesserung ist ohne geistige Erhebung der untern Klassen aus der gegenwärtigen Verdumpfung unmöglich. So lange die Kinder der niedern Klassen in Rohheit und Unwissenheit aufwachsen, wird der Pauperismus sich nicht ausrotten lassen. Unterricht, Bildung und Erziehung dürfen mit dem Austritt aus der Schule nicht abgeschlossen sein, auch für die Folge und durch das öffentliche Leben muß Jedermann Gelegenheit gegeben werden, sich weiter zu bilden, über sich selbst, über sein Verhältniß zu Staat, Gemeinde, zur Gesellschaft zum klaren Bewußtsein zu kommen. Geistige Kräftigung und Erhebung wird auf die wirthschaftlichen Verhältnisse der niedern Klassen günstig einwirken.

Endlich darf die freie Vereinigung zu gemeinschaftlichem Wirken nicht gehemmt, sie muß vielmehr durchaus freigegeben sein. Seine Arbeitskraft ist des besitzlosen Arbeiters einziges Kapital; wie hoch er dies verwerthen, für welchen Preis er dies weggeben will, darüber sich mit seinen Genossen zu berathen, zu verständigen, muß ihm gestattet sein. Die Vereinigung giebt dem Schwachen Kraft, und was dem Einzelnen unmöglich, das kann durch gemeinsames Wirken erreicht werden. Darauf müssen die arbeitenden Klassen und damit auf sich selbst, auf ihre eigene Thätigkeit verwiesen werden. „Ein Hauptaugenmerk — sagt Jul. Berends in seiner Schrift über die Noth der arbeitenden Klassen — müssen solche Einrichtungen sein, durch welche die Allmacht des Geldes gebrochen werde. Das Geld beherrscht die niedern Klassen, die keinen Besitz haben und allein von ihrer Arbeit leben, gänzlich. Der Besitzlose ist stets bei jeder Bewegung vom Gelde abhängig, nicht er ist Herr, sondern das Geld ist sein Herr. Jede Veränderung der Verhältnisse, jeder Zufall raubt ihm mit dem Gelde alle Möglichkeit der Existenz. Darauf muß gesonnen werden, diese Uebermacht des Geldes zu neutralisiren und das Geld auch für die niedern Klassen wieder zu dem zu machen, was es sein soll; sie aus völliger Abhängigkeit vom Gelde zu befreien, daß der Einzelne nicht erdrückt und in jeder Bewegung durch die Macht des Geldes gehemmt werde."

Es giebt mancherlei Einrichtungen der Art, die indeß mehr für die höheren Klassen oder für bestimmte Kreise berechnet oder unvollkommen eingerichtet sind, wie Wittwenkassen, Sterbe-, Kranken- und Sparkassen, Alterversorgungsanstalten. Die in neuerer Zeit gegründeten Sparvereine für den gemeinschaftlichen Einkauf der Winterbedürfnisse sind ein deutlicher Fingerzeig, was durch die Vereinigung vereinzelter Kräfte und durch gemeinschaftlichen Einkauf erreicht werden kann. Sie sind besonders zu empfehlen, vorausgesetzt, daß der Arbeiter so viel im Sommer verdient, daß er für den Winter sparen kann, was nicht immer der Fall. Ganz besonderer Beachtung aber sind die mit unserm Knappschaftswesen verbundenen Einrichtungen, die Invaliden- und Pensionskassen für Bergleute zu empfehlen, wo der arbeitsunfähige Bergmann sogar Erziehungsgelder für seine Kinder erhält. —

Digitized by Google

Sobald des besitzlosen Arbeiter Kräfte aufgerieben, verfällt er auf seinen alten Tagen in Armuth, es bleibt ihm nichts als der Bettelstab, eine Aussicht, die im kräftigsten Alter seinen Muth bricht; die Gewißheit, daß er es doch zu nichts bringt, veranlaßt ihn in der Branntweinflasche Trost zu suchen. Bekannt ist dagegen wie höchst wohlthätig die Knappschaftseinrichtung auf die sittliche Haltung der Bergleute einwirkt, weil sie nie der Noth und der Entbehrung ganz Preis gegeben sind. Die aus Lohnabzügen gebildete Knappschaftskasse schützt den Bergmann und die Seinigen gegen Mangel und Elend, wenn er arbeitsunfähig geworden. »Indem die Gesellschaft in freier Gegenseitigkeit für die Existenz der Einzelnen garantirt, zieht sie auch von der frischen und freudigen Lebenskraft der Einzelnen ganz andere Früchte, als jetzt, wo so unendlich viele in Armuth und Dürftigkeit sich hinopfern und als Verbrecher sich gegen die Gesellschaft wenden. Die Aufhebung der Armuth ist das letzte Ziel; das einzige Mittel die Allmacht des Geldes zu neutralisiren ist eben die Vereinigung zur gegenseitigen Gewährleistung für die Bedürfnisse des Lebens.«

Gehört die Zukunft dem Socialismus, wie behauptet wird, so ist es doch eine arge Verkehrtheit und Einseitigkeit vieler Socialisten mit Geringschätzung auf politische Reformen herabzusehen, da diese politische Reformen nothwendig der socialen vorangehen müssen und sociale Fortschritte ohne vorhergegangene politische Reformen häufig unmöglich, wie denn die ängstliche polizeiliche Ueberwachung jeder frischen Lebensäußerung nur zu Erstarrung und Tod führt.

Die Provinzialstände und die Provinzial-Verwaltung.

Bei der Organisation der Staats- und Verwaltungsbehörden nach dem Tilsiter Frieden, war es Absicht, „Männer aus dem praktischen Leben und der Nation selbst" an der Verwaltung Theil nehmen zu lassen, „um alles Einseitige, den todten Buchstaben des formalen Geschäftsganges zu entfernen," wie es im Eingange des Gesetzes wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden vom 26. Decbr. 1808 heißt. Nach demselben sollten „landständische Repräsentanten" an den Geschäften der Regierung Theil nehmen, um die öffentliche Administration mit der Nation in nähere Verbindung zu setzen, den Geschäftsbetrieb zu beleben, die Mängel, welche sie in der öffentlichen Administration bemerken, zur Sprache zu bringen und nach ihren aus dem praktischen Leben geschöpften Erfahrungen und Ansichten Vorschläge zu der Verbesserung zu machen, und sich selbst von der öffentlichen Staatsverwaltung näher überzeugen, und diese Überzeugung in der Nation gleichfalls erwecken und beseitigen. Für jede Regierung wurden neun „ständische Repräsentanten" bestimmt, die im Regierungskollegium eine volle Stimme haben sollten. Außerdem wurde für jeden Regierungsbezirk Errichtung einer technischen Handelskommission, ebenfalls aus Praktikern bestehend, verheißen. Die Nothwendigkeit der Theilnahme „ständischer Repräsentanten" an der Verwaltung, der Einwirkung des Volks auf die Verwaltung war somit in der Zeit der glorreichen Erhebung des preußischen Staats anerkannt und ausgesprochen, wiewohl diese Bestimmungen nicht ausgeführt sind und den Ständen nicht die geringste Einwirkung auf die Provinzialverwaltung zugestanden ist. In dieser ängstlichen Ausschließung alles ständischen Einflusses auf den Gang und die Gegenstände der Provinzialverwaltung findet das Danziger

Digitized by Google

Bürgerblatt mit Recht eine der Ursachen der Nothstände, an welchen mehr oder weniger alle Landestheile zu leiden haben. „Wenn man, fährt das Danziger Bürgerblatt fort, der Stände bei der Verwaltung entbehren zu können glaubte, wozu sie denn überhaupt noch schaffen. Ihre gegenwärtigen Befugnisse der Begutachtung, der Bitten und Beschwerden bei Sr. Majestät wiegen ja nicht entfernt die Nachtheile auf, welche den Provinzen daraus erwachsen, daß ihre Verwaltung der ständischen Kontrole enthoben ist."

Obgleich früher offen und unumwunden der Grundsatz aufgestellt wurde und praktisch ausgeführt werden sollte, „Männer aus dem praktischen Leben und der Nation selbst" an der Verwaltung Theil nehmen zu lassen, so kam es im Drange jener Zeit nicht zur Ausführung, weil überhaupt keine Stände, wie man sie sich dachte, in Aktivität waren. Denn laut Kabinetsordre vom 10. Juli 1809 war es bei dieser Maßregel Absicht, „nicht Repräsentanten der einzelnen Stände, sondern Repräsentanten des Landes zu haben, die sich über das einzelne Interesse des Standes, dem ihr Individuum angehört, hinwegzusetzen wissen, wenn von dem Wohle des Ganzen die Rede ist." Aufgehoben wurden diese Bestimmungen durch die Verordnung vom 30. April 1815 wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden. Als damals die Provinzialverwaltung im bureaukratischen Geiste neu geordnet wurde, gab es noch keine Provinzialstände, wie gegenwärtig, die bei einem regelmäßigen Zusammentreten des Ver. Landtags ziemlich überflüssig erscheinen dürften, wenn ihnen nicht eine Einwirkung auf die Provinzialverwaltung gestattet wird.

Zur Belebung des Geschäftsganges in den Provinzen wurden die Oberpräsidenten im J. 1808 geschaffen, die nach einer mehrmals erneuerten und verbesserten Geschäftsinstruktion eine ausführende, kontrolirende und berathende Behörde bilden, die „obere Leitung, Aufsicht und Kontrole" der gesammten Provinzialverwaltung zu führen haben, deren Wirkungskreis theils die eigene Verwaltung aller derjenigen Angelegenheiten, welche die ganze Provinz betreffen, theils die Oberaufsicht auf die Verwaltung der Regierungen ꝛc., theils auch die Stellvertretung der obersten Staatsbehörden umfaßt. Ein in der That sehr ausgedehnter Wirkungskreis. Dabei sollen die Oberpräsidenten sich in steter Bekanntschaft mit den Bedürfnissen der ihnen anvertrauten Provinz zu erhalten suchen. Die Thätigkeit der Oberpräsidenten soll sich, nach früheren Instruktionen, mehr auf eigene Anschauung und örtliche Untersuchung als auf todte Berichterstattung gründen und wird es ihnen zur besondern Pflicht gemacht, „alle Jahre wenigstens einmal die ganze Provinz zu bereisen." Die Unausführbarkeit dieser letzten Vorschrift liegt auf der Hand, weshalb sie auch in die neueste Geschäftsinstruktion nicht mit übergegangen. Es ist unmöglich, daß der Oberpräsident überall durch „eigene Anschauung und örtliche Untersuchung" von den Zuständen der ihm anvertrauten Provinz sich unterrichte und überzeuge; darüber eben müssen, wie das Gesetz vom 26. Decbr. 1808 ganz zweckmäßig bestimmt, „Männer aus dem praktischen Leben und der Nation selbst" zu Rathe gezogen werden. Die Mitglieder der Provinzialstände, soviel sich auch gegen deren jetzige Zusammensetzung sagen läßt, haben durch ihre Lebensverhältnisse, durch ihre bürgerliche Stellung, aus täglicher eigener Anschauung Gelegenheit, die Bedürfnisse der Provinzen kennen zu lernen, weshalb sie auch hinsichts der Provinzialbedürfnisse, der Festsetzung des Provinzialbudgets mit ihren „aus dem praktischen Leben geschöpften Erfahrungen und Ansichten," wie das Gesetz vom 26. Decbr. 1808 bestimmte, gehört werden sollten. Provinzialstände haben überhaupt nur dann Sinn und Bedeutung, wenn sie über Provinzialinteressen mitzureden haben.

Digitized by Google

Indeß wird über das Provinzialbudget nichts bekannt und den Provinzialständen über die Provinzialverwaltung nichts mitgetheilt, indem die Verwaltungsberichte nur den Ministerien zugehen. Nach §. 13 der Dienstinstruktion für die Oberpräsidenten vom 31. Decbr. 1825 erstattet jeder Oberpräsident jährlich einen allgemeinen Bericht über den Zustand der ihm anvertrauten Provinz an das Staatsministerium, und übersendet die Jahresberichte der ihm untergeordneten Behörden an die einzelnen betreffenden Ministerien über die Resultate der zu ihrem Ressort gehörenden Verwaltung. Die Provinzialstände aber erfahren nichts über den Zustand der Provinz, über die Resultate der Verwaltung. »Wenn die Provinzialstände, bemerkt das Danziger Bürgerblatt, eine ihrem Zwecke entsprechende Stellung in dem Gemeinwesen der Provinz einnehmen sollen, so dürfen sie künftig bei den Entwürfen der Verwaltungspläne und der Jahresetats nicht übergangen werden. So lange diese Verwaltungsetats und Verwaltungsentwürfe ohne ständische Prüfung und Begutachtung durch die Oberpräsidenten an die Ministerien befördert werden, bleibt es unentschieden, ob durch jene Vorlagen die Landesbedürfnisse hinreichend befriedigt werden, und ob nicht andrerseits Gegenstände in den Administrationsplan aufgenommen werden, welche, weil sie minder wichtig sind, dringenderen und nützlicheren Unternehmungen Abbruch thun. Ferner: seit Herstellung der Provinzialstände scheint es angemessen, die Verwaltungsberichte zunächst der Provinzialständeversammlung vorzulegen, weil eben sie vor Allen kompetent ist zu entscheiden, wie weit die Verwaltung den Erfordernissen der Landeswohlfahrt nachgekommen ist. Wenn die Verwaltungsberichte nicht mehr ohne ständische Gutachten an die Ministerien gelangen, so wird eine planmäßigere und nachhaltigere Fürsorge dem Besten der Bewohner gewidmet werden können.«

Der Grundgedanke der Vertretung ist das Prinzip der Mitwirkung des Volks bei Leitung seiner Angelegenheiten in allen durch Gemeinschaft der Interessen gebildeten Kreisen in der Gemeinde, im Kreise, in der Provinz und im Staatsganzen durch Gemeindevertretung, Kreisstände, Provinzial- und Reichsstände. Wie die allgemeinen Angelegenheiten des gesammten Staats auf dem Ver. Landtage berathen werden, so die Provinzialangelegenheiten auf den Provinziallandtagen, deren Zwittergestalt: allgemeine Gesetze zu berathen und das specielle Interesse der Provinz wahrzunehmen, aufhört. Die preußischen Provinzialstände werden sich für die Folge nur mit Provinzialangelegenheiten zu befassen haben. Ihre Wirksamkeit war in dieser Beziehung bisher ganz unbedeutend, weil sie ohne Einfluß auf die Provinzialverwaltung. Die bayerischen Landräthe, so sehr sie auch der Vervollkommnung bedürftig, haben viel erfolgreicher und wohlthätiger für Provinzialinteressen gewirkt als die preußischen Provinzialstände in ihrer durch das Gesetz beschränkten von der Einwirkung auf die Provinzialverwaltung ausgeschlossenen Sphäre. »Sollen die Provinzialstände eine ihrem Kostenaufwande angemessene Wirksamkeit äußern, so müssen sie, meint das Danziger Bürgerbl., sich vornämlich die Kontrolle der Provinzialverwaltung angelegen sein lassen. Zu dem Ende müssen sie die Vorlage eines Provinzialbudgets beantragen, enthaltend eine Uebersicht dessen, was jährlich an Abgaben aus der Provinz entrichtet, und hiervon wieder für provinzielle Zwecke verwendet wird. Demnächst müssen sie das Recht beanspruchen, die Verwaltungspläne und Etatsentwürfe, bevor sie der ministeriellen Genehmigung unterliegen, einer Prüfung und Begutachtung zu unterziehen, imgleichen, die Resultate der vorjährigen Verwaltung nebst der Revision der Rechnungen zum Gegenstande ihrer Verhandlungen zu machen. Sie müssen als Vertreter der Provinz zu deren Verwaltung in ein ein ähnliches Verhältniß, wie die Stadtverordneten zu ihrer Kommunalverwaltung treten. Erst nachdem die Stände eine solche Einwirkung auf die

Digitized by Google

Provinzialverwaltung verfassungsmäßig erlangt haben, können sie für die fernere Ausbildung unserer öffentlichen Zustände von wichtigen Folgen sein. Ohne diese Machtvollkommenheit werden sie sich nie zu einem Bestandtheile unsers Staatslebens erheben, sondern immer nur als eine — kostspielige — Zugabe zu demselben in Betracht kommen.

Schleswig-Holstein.

Der so schnell und unerwartet erfolgte tödtliche Hintritt des Königs von Dänemark, Christian des Achten, kann freilich immerhin als ein folgenreiches Ereigniß für das Land betrachtet werden, ohne daß sich deshalb gewisse gehegte Befürchtungen rechtfertigen ließen. Die Politik des verstorbenen Fürsten hat uns offenbar nicht verwöhnt, und wir haben an den neuen Herrscher nichts mehr zu verlieren. Bleibt es hierin, wie anzunehmen, beim Alten, so haben wir wenigstens keine neuen Verluste zu beklagen, und sollte sich, wider Erwarten, die neue Macht dem Lande freundlicher erweisen, so wäre das ein Gut, worauf wir gar nicht gerechnet hätten. Unbehaglich fühlt sich aber bei diesem Herrscherwechsel zunächst die Beamtenwelt, weil sie nicht weiß, ob sie nicht unter dem neuen Regiment in einen Zwiespalt zwischen ihren Beamten- und Menschenpflichten gerathen könne, und ob nicht der berüchtigte Beamten- und Homagialeid eine allseitige Wahrheit für sie werden möchte; unbehaglich fühlen sich diejenigen, die sich der Regierung aus Berechnung angeschlossen und ihr Schicksal mit dem derselben verbunden haben; unbehaglich fühlt sich die Ritterschaft, weil der neue König als Prinz angeblich keine besondere Anhänglichkeit für den Adel bethätigt haben soll, und unbehaglich fühlt sich endlich die altgläubige Geistlichkeit, die bisher nur von Regierungsmitteln lebte und herrschte, weil der neue König als Prinz angeblich auch für sie und ihre Herrlichkeit nicht besonders gestimmt gewesen sein soll. Allein alle diese Unbehaglichkeiten und Befürchtungen können sich leicht als ungegründete ausweisen, weil nichts mißlicher ist, als vom Prinzen auf den König zu schließen. Dieser Schluß hat sich in der That von jeher so richtig erwiesen, daß man ihn füglich gar nicht mehr machen sollte. Aber, sagen einige, wird der neue König nicht vielleicht seine Hand an unser Ständewesen legen und daran zum Ritter werden wollen? Diese Annahme ist aus mehr als einem Grunde nicht glaublich, schon allein deshalb nicht glaublich, weil ein hiesiges Ständewesen einem Könige nicht den geringsten Zwang anlegt, will er sich nicht daran kehren. Sollte es aber nichtsdestoweniger wider alles vernünftige Erwarten geschehen, so wäre auch das kein wahrer Verlust für das Land. Als Friedrich der Sechste einst die Ständeinstitution schuf, da begrüßte man die berathenden Provinzialstände freudig, weil man sie für eine Einleitung und für einen Uebergang zu wahren Ständen und einer konstitutionellen Verfassung ansah. Sie sind bis jetzt aber das geblieben, was sie anfänglich waren, berathende Provinzialstände, deren Rath zudem so wenig beachtet wurde, daß von 10 Anträgen 9 fast regelmäßig sich verworfen sahen. Würde demnach das bestehende Ständewesen

Digitized by Google

angetaſtet, ſo wäre das nur ein eingebildeter Verluſt, wohl aber würde ein ſolches ſich ſelbſt überſtürzendes Herrſcherthum ſich ſelbſt eine Wunde in der öffentlichen Meinung zufügen, woran es über kurz oder lang verbluten könnte. Urtheilen wir aber nicht zu früh über ein kaum noch in den Beſitz der Macht gekommenes Regiment, erwarten wir vielmehr erſt die Handlungen des neuen Herrſchers, und tröſten wir uns derweil mit der Ueberzeugung, daß wir keine wahren politiſchen Güter zu verlieren haben. Dieſer Troſt, der den armen unbegüterten Wanderer inmitten der größten öffentlichen Unſicherheit ruhig und unbeſorgt ſeinen Weg gehen läßt, iſt in der angegebenen Beziehung auch der unſrige, und mit ihm verſehen gehen wir unbeſorgt in die unumſchränkte Alleinherrſchaft des neuen Königs über. Δ

Polen und Preußen in ihren kommerziellen Beziehungen.

Wir haben im erſten Jahrgange mehrmals an das durch die völkerrechtlichen Wiener Verträge von 1815 feſtgeſtellte ſtaatsrechtliche Verhältniß Preußens zu Polen erinnert; wie durch jene Verträge den Polen „Erhaltung ihrer Nationalität geſichert“ womit alſo jeder Ruſſificirung oder Germaniſirung wiederſprochen wird; wie ferner durch jene Verträge „um in allen Theilen des ehemaligen Polens den Ackerbau und die Betriebſamkeit zu beleben“ alle dem, was der Boden und die Betriebſamkeit dieſer Provinzen erzeugen, für immer in allen ehemals polniſchen Provinzen (wozu auch Weſtpreußen gehört) der unbeſchränkteſte Umlauf feierlich garantirt wurde, indem von allen Erzeugniſſen des Grund und Bodens und der Manufakturen jener Provinzen der Ein- und Ausgangszoll 10 pCt. des Werthes der Waare am Abſendungsort nicht überſteigen ſoll. Wir haben in andern Artikeln, wo wir über den Nothſtand der Provinz Preußen handelten, die ruſſiſche Grenzſperre als eine der Urſachen dieſes Nothſtandes, als Urſache des Verfalls der Handelsblüthe und der Induſtrie der öſtlichen Provinzen des preußiſchen Staates genannt. Denn Handel und Verkehr, wie Gewerbe aller Art müſſen ſtocken und in Verfall gerathen, wenn der freie Aus- und Umtauſch zwiſchen Provinzen, die durch ihre natürliche Lage auf einander hingewieſen ſind, gehemmt wird, wenn die Welt auf der einen Seite plötzlich, ſo zu ſagen, mit Brettern vernagelt wird. Wir wollen nun gelegentlich durch einzelne Beiſpiele zeigen, wie nachtheilig die ruſſiſche Grenzſperre, die ſoweit ſie ehemals polniſche Landestheile berührt, völkerrechtlichen Traktaten widerſpricht, auf Verkehr und Induſtrie der öſtlichen Provinzen des preußiſchen Staats eingewirkt, wobei wir noch darauf aufmerkſam machen wollen, daß eine Stockung der Säfte und Kräfte in einem Theile des Körpers natürlich auf die Geſundheit des ganzen Körpers nachtheilig einwirken muß und daß thatſächlich die deutſche Induſtrie im Allgemeinen durch die von Rußland beliebte Grenzſperre gedrückt wird.

Die Tuchmacherei war noch in den erſten Jahrzehnten dieſes Jahrhunderts in den kleinern Städten in Schleſien, der Mark, in Hinterpommern, Weſtpreußen, ſelbſt in mehren Städten Oſtpreußens und Poſens der bedeutendſte Erwerbszweig. Dieterici berechnet, daß im Jahre 1805 im preußiſchen Staate für 13½ Mil-

Digitized by Google

lionen Thlr. Wollenwaaren fabrizirt seien, wovon für 6 Million, also beinahe die Hälfte, ins Ausland gegangen sei. Die Hauptausfuhr, aus groben Tüchern bestehend, (von den Tuchmachern der kleinen Städte in den östlichen Provinzen angefertigt) ging nach Rußland und Polen, bis nach China. In Meseritz z. B. war früher ein so bedeutender Tuchabsatz nach China, daß eine Gattung Tücher von dieser Stadt den Namen bekommen hat. Dieser bedeutende Tuchabsatz hat durch die russische Sperre ganz aufgehört und die Tuchmanufaktur vieler kleinen Städte der östlichen Provinzen erhielt durch diese russische Grenzsperre einen Stoß, von dem sie sich an vielen Orten bis heute noch nicht erholt hat; sie erhielt an vielen Orten den Todtesstoß, da gleichzeitig mit der Erwerbung sächsischer und rheinischer Landestheile den Fabrikaten dieser höher kultivirten Gegenden der Eintritt in die östlichen Provinzen eröffnet war. Wenn auch unleugbar Mangel an Intelligenz und Kapital der Entwickelung der Manufaktur in vielen kleinen Städten des fernen Ostens hinderlich waren, so würden doch Betriebsamkeit und Unternehmungsgeist, wenn man diese zu wecken verstanden hätte, jene Hindernisse überwunden haben,*) wenn nicht durch die russische Grenzsperre der altgewohnte große und weite Markt vor der nächsten Thür in Rußland und Polen plötzlich gesperrt worden wäre. Das war ein Schlag, von dem sich Tuchmacher an vielen Orten nicht wieder erholen konnten.

Daß keineswegs der in den kleinen Städten häufig herrschende Mangel an Intelligenz und Betriebsamkeit die einzige und wirkliche Ursache des Verfalls der Tuchmacherei in den Ostseeprovinzen beweist der Verfall der früher außerordentlich blühenden Wollmanufakturen in Danzig. »Viele Menschen fanden dabei lebhafte Beschäftigung und reichlichen Nahrungsunterhalt, versichert das Danziger Bürgerblatt; und wurden diese Waaren deshalb in so großen Massen verfertigt, weil wir fortwährenden Absatz davon nach Polen hatten und dort gute Preise bekamen. Man kann annehmen, daß 1807 noch 200 Meister und Fabrikanten, 600 Gesellen und Lehrlinge, aber auch ebensoviele Pfuscher (nicht zunftfähige Arbeiter) in diesen Nahrungszweigen ihren guten Unterhalt fanden. Außer Meister und Gesellen fanden dabei, besonders während des Winters, viele Menschen Arbeit, unter andern selbst Maurer. In der Belagerung 1807 wurde das Geschäft unterdrückt, das sich später wieder erhob; es gab wieder viele Arbeit und großen Lohn, bis Neujahr 1821 die Stunde des Unglücks schlug. Rußland verbot die Einführung dieser Waare oder belegte sie mit einem Zoll, der zum Theil höher, als der Werth derselben, was die bittere Folge hatte, daß Alles, was sich nicht zu einer andern Beschäftigung bequemen wollte, dem Bettelstabe entgegen ging.« Das Danziger Bürgerblatt nennt mehre Gewerke, die nach und nach eingegangen, so wie andere, deren Untergang allem Anschein nach bevorsteht, und fährt dann fort: „das Sinken dieser vielen Geschäftszweige rührt ausschließlich von dem russischen Einfuhrverbote her; da es den Manufakturisten nicht schwer geworden wäre, durch Benutzung neuerer Erfindungen und durch ein stets vervollkommnetes Betriebsverfahren die fremde Konkurrenz zu bestehen, wenn ihnen der frühere, natürliche Markt nicht versperrt wäre. Es beklagt den gänzlichen Verfall der Wollenindustrie in Danzig um so schmerzlicher, als dieser „nur der durch Ruß-

*) Die Tuchmacher in Rheinbaiern blieben lange bei der alten Handspinnerei und kamen dadurch zurück. Da traten 1824 in St. Lambrecht 22 Tuchmacher zusammen und gründeten gemeinschaftlich eine Tuchfabrik. In andern kleinen Orten folgte man diesem Beispiele, die Tüchtigkeit der Tuche nahm zu, die unbemittelten Tuchmacher wurden vermögende Fabrikanten von anerkanntem Rufe, deren Waare bis nach Ungarn geht.

Digitized by Google

land verübten Verletzung feierlicher Verträge, insbesondere des Wiener Vertrages vom 3. Mai 1815 beizumessen sei" und erklärt die unerläßlichste Bedingung einer erfolgreichen Wiederbelebung jenes Erwerbszweiges sei die Sicherstellung eines ausgedehnten Marktes, wie ihn der erwähnte Vertrag bis zur Düna, dem Dniper und Dniester hin in Aussicht gestellt hat.

Wie in Danzig, das nach der Versicherung des Danziger Bürgerblatts „wie ein zweites Hamburg dastehen würde, wenn die feindselige Politik des Petersburger Kabinets nicht schon seit Jahren bestrebt wäre, das produktenreiche Polen aus dem Umkreise seines natürlichen von der Ostsee bis an die Karpathen reichenden Handelsgebietes herauszuziehen," so wird die Entwickelung des Verkehrs und der Industrie der Ostseeprovinzen im Allgemeinen und an andern Orten durch die russische Grenzsperre gehemmt. Um die Fesseln, welche dem Verkehr mit Polen und der Industrie dieser Landestheile, völkerrechtlichen Verträgen zuwider angelegt sind, zu lösen, ist es nothwendig nicht nur die Regierung, sondern auch die öffentliche Meinung mittelst genauer Nachweisungen über den ganzen Umfang der in Folge des russischen Sperrsystems entstandenen Nothstände durch die Presse mit Hülfe der Betheiligten, der Bewohner der betreffenden Provinzen, aufzuklären.

Wir bezeichneten das Verfahren der russischen Regierung als völkerrechtlichen Verträgen zuwiderlaufend. Wir beziehen uns dabei auf die Allg. Preuß. Staatszeitung, die 1842 (in Nr. 242) in einem halboffiziellen Artikel versichert: „Der letzte Schiffahrts- und Handelsvertrag zwischen Preußen und Rußland vom 11. März 1825 ist schon im Jahre 1834 abgelaufen. Seitdem bestehen für beide Länder keine anderen vertragsmäßigen Bestimmungen über den Grenz- und Handelsverkehr als die, welche in dem Vertrage vom 3. Mai 1815 enthalten sind. Dieselben beziehen sich nur auf die zum alten Polen gehörig gewesenen Provinzen." Ganz richtig. „Im Falle der Nichtverlängerung, heißt es am Schlusse des Vertrages vom 11. März 1825, wird man sich an die Grundsätze halten, welche bei den auf die Schifffahrt und den Handel sich beziehenden Bestimmungen des zu Wien am 3. Mai 1815 unterzeichneten Vertrags zum Leitfaden gedient haben." Diese Verheißung ist bis heute nicht in Erfüllung gegangen, noch sind die polnischen Landestheile dem durch jene Verträge verheißenen Grenzverkehr verschlossen. — Die Vertreter der betreffenden Provinzen sind verpflichtet auf traktatenmäßige Herstellung des freien Verkehrs unter den ehemals polnischen Landestheilen zu dringen. Jemehr es sich unsere Vertreter angelegen sein lassen für Belebung des freien Verkehrs zu wirken, desto weniger werden sie Landarmen-, Strafarbeits- und Zuchthausangelegenheiten zu berathen haben.

Papst Pius IX und die Reform in Italien.

Zu jedem rechten Werk gehört ein rechter Mann; ist Pius IX der rechte? Ich habe es bisher geglaubt; ich fange jetzt an, es zu bezweifeln.

So viel ist freilich gewiß, wenn von einem einzelnen italienischen Fürsten die dortige Reform ausgehen soll, so scheint eben ein Papst, und grade ein Papst, wie Pius IX, dazu berufen, und befindet sich denn Italien nicht wirklich noch auf derjenigen Bildungs- und Gesinnungsstufe, wo nur von oben herab eine durchgreifende Reform möglich ist? Es hat dort in keiner Zeitperiode an einzelnen großen Männern gefehlt; weil aber ihr Standpunkt demjenigen der übrigen

Digitized by Google

Bevölkerung zu unvermittelt gegenüber stand, so blieben es nur einzelne helle Sterne in finsterer Nacht. Zum Theil war das die Schuld der großen Männer selbst. Einsicht und Kenntnisse, unter den schwierigsten Verhältnissen dem Zeitalter abgerungen, betrachteten sie als einen Raub, den sie mit den Zeitgenossen nicht wiederum zu theilen Lust hatten. Sie waren einsichtsvoll für sich, kenntnißreich für sich, oder, wenn das unaustilgbare Vaterlandsgefühl sie durchzuckte, und es in den glühenden Farben der südlichen Phantasie vor ihre Seele trat, was Italien, unter andern Verhältnissen und bei größerer Selbstkraft seiner Bewohner, sein könnte, so nahmen sie zum Maßstabe dieser Kraft ihr eignes Selbstbewußtsein, und hielten für möglich, was der geistige Zustand der Mehrzahl unmöglich machte. So gewährte jenes schöne Land bis auf die neueste Zeit das Schauspiel mannigfaltiger Emeuten, auch mancher erfolgloser Revolutionen; aber an eine wirkliche durchgreifende Reform war nicht zu denken. Die letztere wird überall immer erst dann eintreten, wenn die gesammte Bevölkerung eines Landes mehr oder weniger darauf vorbereitet ist. Daß nun zu einer solchen Vorbereitung einzelne einsichtsvolle Regierungen viel beitragen können, wird Niemand leugnen wollen. Aber diejenigen italienischen Regierungen, welche vielleicht den Willen zur Reform hätten, haben nicht die Kraft, und die die Kraft hätten, denen fehlt der Wille. Kaiser Joseph kam zu früh, und als die Zeit ihm später nachhinkte, war er schon wieder verschwunden. — Wenn ein Papst in dem kleinen Kreise seiner weltlichen Herrschaft das Reformgeschäft beginnt, so einigt sich vieles, um eine solche Maßregel für ganz Italien wichtig zu machen. Ein wichtiger Umstand ist schon die Anspruchslosigkeit, womit sie auftritt. Was will es denn sagen, wenn „der Knecht der Knechte Gottes" in einem so kleinen Bezirke einige Verbesserungen vornimmt? Welchen Nachbar könnte das beunruhigen? Wer wagte zu sagen, oder auch nur zu denken, daß Seine Heiligkeit dahinter demagogische Absichten verberge? Indessen bleibt der kleine weltliche Fürst, der diese Verbesserungen anordnet, doch immer der „Statthalter Christi auf Erden." Wer will den Gläubigen wehren, zu denken, der Herr Christus selbst, wenn er persönlich in Rom im Vatikan residirte, würde gleiche Reformen vornehmen? Wenigstens müssen diese Reformen dem heiligen katholischen Glauben wohl nicht zu nahe treten; denn wie würde der in geistlichen Sachen unfehlbare Papst sonst dafür stimmen? Also folgt ihm hierin nur unbedenklich nach, du, katholische Welt, und ihr, katholische Beherrscher derselben! — Hier liegt die Stärke eines wohlgesinnten und aufgeklärten Papstes, und Pius IX ist aufgeklärt und wohlgesinnt. Sein Vorgang ermuntert die Gemüther, und beruhigt die allzu aufgeregten wieder. Der Papst als Reformator ist zugleich Garant des gesetzlichen Verlaufs der Reform für Alle, die ihm nachfolgen; und die ihm nicht nachfolgen, werden sich wenigstens nicht wider ihn zu erklären wagen, weil die gläubige katholische Welt seiner Stimme horcht. Aber hier liegt auch zugleich die Schwäche eben dieses Papstes und seines Reformsystems; denn ein Papst kann, als solcher, nie völlig wohlgesinnt und aufgeklärt sein, ohne Grund und Boden des Papstthums unter seinen Füßen zu verlieren. Ein Papst als Reformer muß sehr bald zu dem Punkte gelangen, wo gesunde politische Grundsätze und die geistlichen Interessen mit einander kollidiren. Auf welche Seite soll er in solchen Fällen sich wenden? Soll er den verheißenen heiligen Geist im Geiste des Zeitalters erblicken? Aber dann verliert er den geistlichen Einfluß auf die Gemüther der gläubigen Katholiken, der ihm doch einerseits das Reformwerk erleichtert, indem er hingegen auf der andern Seite vor allen Dingen diesen Einfluß bewahren will, tritt er der entschiedensten Richtung des Zeitgeistes entgegen. Das Beifallgeschrei der italienischen Radikalen

Digitized by Google

vermag ihn nicht bei Ehren und Einfluß zu erhalten; denn der Radikalismus ist dort noch zu vereinzelt. Dagegen muß eine radikale Gegendemonstration gegen die Maßregeln des geistlichen Hirten dessen Einfluß bei der Heerde großen Abbruch thun, weil sie die naive Selbsttäuschung, in welcher diese in Betreff des letzten Zweckes, der Bedeutung und des Umfanges der päpstlichen Reformen noch schwebt, zerstört. Pius IX hat einen fruchtbaren Saamen ausgestreut; aber nicht er wird ihre Aehren in die Scheune sammeln, und den Ruhm der ersten Aussaat wird die Leidenschaftlichkeit der Zeitgenossen ihm ganz verweigern, und die Unbefangenheit der Nachwelt nur unter gewissen Beschränkungen zugestehn. Sie wird fragen, ob ein so viel erfahrner Mann, wie Pius IX, das große Werk der Reform nicht vor seinem Beginne allseitig überdachte, und ob er hiernach Planmäßigkeit und Konsequenz in das ganze Verfahren zu bringen wußte, denn ein Reformator auf seinem Platze hat, der öffentlichen Meinung gegenüber, eine große Verantwortlichkeit. Kann er die Sache nicht zum guten Ende führen, so wird die Reaktion nur desto gewaltsamer, nur desto schmählicher werden. Prüfen wir das Verhalten des Papstes aus diesem Gesichtspunkte, so müssen unsre Zweifel über die Wahl seiner Mittel sich nothwendig mehren. Das Segensreichste, was Pius IX bis jetzt angeregt hat, ist unstreitig der italienische Zollverein. Mögen die politischen Konjunkturen diesem gestatten, zu wachsen und zu gedeihen; denn in und mit ihm wird auch die italienische Volksthümlichkeit sich kräftigen! Wir können aber nur dann mit gutem Grunde auf ein solches Gedeihen hoffen, wenn es gelingt, das militärische Einschreiten Österreichs in Italien zu verhindern. Unstreitig ist in diesem Punkte Seine Heiligkeit mit uns der nämlichen Ansicht; ob sie aber zur Abwendung dieses Einschreitens die passendsten Mittel angewandt habe, das wollen wir in Folgendem erörtern.

So wenig wir sonst dem sogenannten juste milieu angehören, so sind wir doch der Meinung, daß Pius IX desselben in seiner Lage nicht wohl entrathen konnte. Wenn er, um zu reformiren, Papst, um Papst zu sein, römisch-katholisch sein mußte, so durfte er allerdings in den geistlichen Reformen nicht zu weit gehen, er durfte sie vielmehr einstweilen linker Hand liegen lassen, damit von Seiten der Rechtgläubigkeit wider ihn kein gegründeter Zweifel, weder von oben, noch von unten, erhoben werden konnte. Indeß ward doch dadurch in geistlichen Dingen kein absoluter Stillstand geboten. Pius IX brauchte dem Aberglauben und den religiösen Vorurtheilen eben nicht den Krieg zu erklären; aber er brauchte sich doch auch eben so wenig als ihr Verbündeter zu zeigen. In mancher Hinsicht hat doch auch in Italien der Geist der Zeit ihm mächtig vorgearbeitet. Auch in Italien lebt man im 19ten Jahrhundert. So weit dieses Jahrhundert auch dort seinen siegreichen Einfluß in religiöser Hinsicht geltend machte, so weit durfte auch Pius IX immerhin gehen, ja er mußte es, da seine Stärke in der Uebereinstimmung seiner Bestrebungen mit den Volkswünschen lag. War es nun wohl in dieser Beziehung nöthig, die hermesianische Ketzerei neuerdings zu verdammen, war es nöthig, die Rückberufnng der Jesuiten aus der Schweiz in der Eigenschaft als Papst zu verweigern? Der letztere Schritt läßt eine zwiefache Deutung zu: er könnte geschehen sein, um die Priesterschaft nicht zu reizen; vielleicht möchten Einige es auch als eine Österreich gemachte Konzession betrachten, welches den Jesuiten freundlich gesinnt ist. Was aber die erstere Deutung betrifft, sollte wohl die bloße Abberufung eines Ordens, den ein Verweser des Papstes seiner Tendenz und des Widerwillens der gesammten europäischen Regierungen wegen schon einmal gänzlich aufhob, die römisch-katholische Geistlichkeit mehr aufreizen, als die anderweitige Reform, der Pius IX eben diese Geistlichkeit sofort nach seinem Re-

Digitized by Google

gierungsantritte unterwarf? In Ansehung der Vorliebe Österreichs für die Jesuiten aber ist es noch sehr die Frage, ob nicht eben in dieser Beziehung ein Einschreiten des Papstes ihm sogar willkommen gewesen wäre. Es blieb ja immer nur ein augenblickliches Zugeständniß, das der päpstliche Stuhl später, wie so manche andre Zugeständnisse, wieder zurück nehmen konnte. Durch ein solches Zurückberufen der Väter von der Gesellschaft Jesu hätte der Ausbruch des Bürgerkrieges in der Schweiz vielleicht verhindert werden können, und die physische und moralische Schwäche der Sonderbundstendenzen läge jetzt nicht vor aller Welt so klar zu Tage. Wir wollen aber auch die entfernteren Folgen der unterlassenen Abberufung der Jesuiten nicht übersehen: für die Schweiz sind es diese, daß den verbündeten Mächten, denen nach der Niederlage und Unterwerfung des Sonderbundes nichts mehr zu vermitteln blieb, und die dennoch dem Prinzip der Tagsatzung nicht den Sieg lassen wollten, zu Erreichung ihrer Absichten fast nur der offenbare Krieg übrig gelassen ist; und für Italien?

Italien und die Schweiz sind durch ihre politische Lage und Bestrebungen vielfach mit einander verbunden; dort, wie hier, die Tendenz nach einem engeren nationellen Bande, und zwar dort gewissermaßen noch mehr durch die Natur selbst dazu aufgefordert; denn in der nationellen Abstammung liegt in Italien noch mehr Gemeinsames. Es ist kaum denkbar, daß das Schwert, welches den Schweizerknoten zu lösen unternähme, den italienischen unberührt lassen sollte. Das ist es, was man in ganz Italien lebendig zu fühlen beginnt, und daher die begonnenen Demonstrationen zu Gunsten der Schweiz und gegen die Jesuiten. Wir sagen nicht, daß wir diese Schritte der Radikalen unbedingt billigen. Sie kompromittiren dadurch den Papst, nachdem er einmal, den Jesuiten gegenüber, so leise auftrat, in hohem Grade. Aber das beste Mittel, solchen Demonstrationen vorzubeugen, wäre eben ein päpstliches Einschreiten in obiger Weise gewesen; denn jetzt, nachdem einmal die Radikalen ihre Demonstration und der Papst seine Gegendemonstration gemacht, welche jene dann durch Schritte noch entschiedenerer Bedeutung erwiederten — sollte der Ruf: Viva Pio nono! künftig wohl so oft und laut, als früher ertönen? Sollte bei seltenerm Ertönen die Achtung, welche die Einigkeit zwischen dem Papste und dem italienischen Volke bisher dem Auslande einflößte, sich nicht nach und nach mindern? Sollte es nicht zuletzt dahin kommen können, daß dem rathlosen Papste auswärtige Hülfe angeboten, und er sie endlich mit erzwungenem Dank anzunehmen genöthigt würde? Man wird nicht aufhören, ihm zuzurufen: „Du bist der Bewegung nicht mehr mächtig!“ und was will, was kann er auf die Länge darauf erwidern? —

Die Ideen der neuern Zeit werden so wenig in Italien, als im übrigen Europa, erlöschen; aber wahrscheinlich gelangen sie hier, wie dort, erst zu gleicher Zeit zur völligen Herrschaft. Einstweilen ist das übrige Europa etwas voraus; es ist im Besitze von Mitteln, welche Italien zur Zeit noch fehlen; aber südliches Feuer und südliche Entschiedenheit werden dies späterhin nachzuholen wissen. — Die Geschichte der Bildung des menschlichen Geschlechtes weist uns im Alterthume auf einzelne Völker hin, welche nacheinander die große Aufgabe zu lösen suchten. Auf die Griechen folgten die Römer; auf den Untergang der griechisch-römischen Bildung folgte die lange Nacht des Mittelalters, ausgezeichnet durch ihre Länge, wie durch ihre allgemeine Verbreitung. Endlich erschien die Morgenröthe wieder; aber diese Morgenröthe, welche den baldigen Aufgang der Sonne verkündete, hatte das vor ihrer Vorgängerin im Alterthume voraus, daß sie am Horizont des gesammten Europa's erglühte. Wie die Finsterniß allgemein gewesen, wie die Hindernisse der Aufklärung die nämlichen, die Mittel zu

Digitized by Google

ihrer allmähligen Beseitigung dieselben wären, so erglänzte jetzt der Wiederschein der Morgenröthe vom Morgen bis zum Abend. Europa hat seine lange Nacht gehabt — es wird hoffentlich einen eben so langen, glänzenden Tag haben!

Chr. Feldmann.

Die königlich-baiersche Regierung und die glorreiche Aufhebung der Censur.

Die königlich-baiersche Regierung hat sich bekanntlich der nationalen Sache Schleswig-Holsteins gegen Dänemark sehr entschieden angenommen. Dadurch ist jenseits der Königsau viel Animosität gegen Baiern rege geworden, und man hat die allerneuesten baierschen Zustände einer sehr scharfen Kritik unterworfen. Es schien wichtig für Baiern, in dieser Hinsicht seinem Gegner künftig keine Blößen zu geben, und vielleicht verdanken wir zum Theil diesem Umstande das königlich-baiersche Edikt, wodurch die Censur für die innern Angelegenheiten aufgehoben, und Baiern, was diese betrifft, den Herzogthümern Schleswig und Holstein völlig gleich gestellt wird, so daß man künftig in Baiern hinsichtlich der innern Verhältnisse Alles wird schreiben dürfen, was auch in Schleswig-Holstein die Censur in Betreff der dortigen Verhältnisse würde passiren lassen. Aber in einer Hinsicht ist Baiern Schleswig-Holstein jetzt unstreitig voraus: es steht nämlich dort auf dem Papiere, was in Schleswig-Holstein nur die Praxis allmälig begründete.

Also die innere Presse unterliegt künftig keiner Censur mehr, ausgenommen, — merkt wohl auf! — wo damit gegen ein Strafgesetz verstoßen, oder eine Injurie gegen eine Privatperson Statt finden würde. Nun begreift wohl Jeder, welch ein großer Wirkungskreis damit der freien Presse in Baiern, wie in Schleswig-Holstein, noch übrig gelassen wird! „Man muß nur kombiniren, Grumbkow!“ — Doch das Kombiniren versteht nicht Jeder, und deswegen ist es Pflicht der Schleswig-Holsteiner, den verbrüderten Baiern, denen diese Zustände noch neu sind, mit ihrer Erfahrung zu Hülfe zu kommen. Fürs Erste also wird es in Baiern künftig erlaubt sein, alle Regierungshandlungen zu loben, so viel man nur immer will, und keine Censur wird sich in dieser Hinsicht eine Chikane, etwa „als sei das Lob zu übertrieben und deshalb nicht aufrichtig gemeint,“ erlauben dürfen. Was den Tadel betrifft, so wird die Hauptsache diese sein, daß er sich „innerhalb bescheidener Grenzen“ hält, wovon wir, der Kürze wegen, nur zwei Beispiele, ein gebilligtes und ein verwerfliches, geben wollen; denn Beispiele erläutern die Sache. Also erlaubt wird es sein, über das neue Censur-Edikt zu sagen: „es sei ein offenbares Zugeständniß an den fortgeschrittenen Geist der Zeit, und daher um so Anerkennungswürdiger, als Baiern hiermit allen übrigen süddeutschen Bundesstaaten voraus eile. Zwar sei es möglich, daß letztere der freien Presse noch größern Spielraum vergönnen, daß sie die Excentricitäten derselben der Beurtheilung der Censur ganz entziehen, und der Erkenntniß eines eignen Preßgesetzes unterwerfen würden. Abgesehen aber von dem Schaden, den ein leichtsinnig aufs Papier geworfener Satz für die öffentlichen Verhältnisse herbei führen könne, werde der kindliche Sinn des getreuen Unterthans auch den landesväterlichen Sinn der Regierung erkennen, die lieber die Sünde verhüten, als sie hinterher bestrafen wolle.“ Dagegen sind wir un-

Digitized by Google

gewiß, ob Folgendes die baierſche Cenſur paſſiren würde: „Die Privatverhältniſſe der höchſten und hohen Staatsbeamten unterliegen offenbar der öffentlichen Beurtheilung und dann, wenn ſie hemmend und ſtörend in die Entwickelung des öffentlichen Lebens einwirken. Freilich aber ſetzt dieſer Grundſatz voraus, daß eine wirklich freie Verfaſſung beſteht, und alle Beamte, mittelbar oder unmittelbar, für ihre Amtsführung den Ständen verantwortlich ſind.“ — Wir ſagen, wir ſind über die Zuläſſigkeit des letztern Satzes ungewiß; denn es könnte ja ſein, daß Jemand meinte, eine ſolche freie Verfaſſung ſei in Baiern nicht vorhanden. —

Guter König Ludwig! Alle Welt wird anerkennen, daß du viel Kunſtgeſchmack beſitzeſt; und daß du es dir zum Ruhme rechneſt, ein deutſcher König zu ſein, iſt eben ſo gewiß. In dieſer doppelten Hinſicht iſt dir das Lob der Nachwelt geſichert. Was aber die ſonſtigen Staatsreformen betrifft, ſo ſind wir Beide wohl alt genug, um zu wiſſen, welchen oft unüberſteiglichen Hinderniſſen ſie unterliegen. Du biſt nicht der einzige König, der dies fühlt — es fühlen's Alle, die mit dir in gleicher Lage ſind. Ein Reformgedanke, vielleicht zuerſt in deinem Kopfe entſtanden, muß, eh' er ins Leben tritt, erſt durch ſo viele Köpfe wandern, daß er nicht mehr derſelbe bleibt. — Ihr übrigen Fürſten! eilt nicht allzuſehr, was das neue Preßgeſetz betrifft! Regiert lieber noch eine Weile ſo fort mit der Cenſur, damit eure ſämmtlichen Miniſter und hohen Staatsbeamten mehr und mehr erkennen, daß ein ſolches Regieren auf die Länge eine Unmöglichkeit wird. Dann erſt iſt es Zeit zur Ausarbeitung eines wirklichen Preßgeſetzes.

Chr. Feldmann.

Was hat der Stettiner Gewerbeſtand für eine Zukunft zu hoffen? Und was wird derſelbe thun müſſen, um dieſe zu ſeinem Beſten geſtalten zu können *).

Bei einer früheren Debatte im Bürgerverein, die Frage betreffend: was die Eiſenbahn, Stettin genutzt oder geſchadet; wurde, bei Erwähnung deſſen, daß es mit dem Gewerbeſtand hier nicht recht vorwärts wolle, indem derſelbe durch die Konkurrenz der Berliner Gewerbetreibenden ſehr bedrückt werde, unter andern geäußert: Es möchten die Handwerker, für deren Erwerb hier keine ſonderlichen Ausſichten vorhanden, nach Berlin ziehen, Stettin ſei überdieß keine Gewerbe- ſondern eine Handelsſtadt, und darum nicht genöthigt, die Sonderintereſſen des Gewerbeſtandes zu berückſichtigen. —

Die Anſicht, welche ſich in dieſer Äußerung ausſprach, ſchien mir nicht allein wahr, ſondern auch bedeutungsvoll. Denn wenn es wahr iſt, daß die Förderung

*) Indem wir in Nachfolgendem die Anſichten eines Gewerbtreibenden, des Tiſchlermeiſter Herrn Lincke wörtlich mittheilen, erklären wir uns ausdrücklich gegen die ſcheelen Seitenblicke auf die Gewerbefreiheit und auf »das Geſchrei nach Freihandel.« Dagegen ſind wir mit dem Grundgedanken des Herrn Lincke ganz einverſtanden: Aſſociation der Gewerbetreibenden, aber dabei unbeſchränkte Gewerbefreiheit. Ein Verſuch dieſe Aſſociation ins Leben einzuführen iſt in Hamburg gemacht, worüber ein Artikel im folgenden Hefte berichtet. D. Red.

Digitized by Google

städtischer Interessen, für die des Gewerbestandes eher einen Abweis als Aufhülfe gestattet, so ist die Hinweisung auf Stettin als Handelsstadt insofern bedeutungsvoll, als damit dem Gewerbestande gesagt wird: Wenn derselbe von Einfluß für die Interessen der Stadt bleiben wolle, er diejenigen des Handels zu seinen eignen machen müsse, denn Stettin sei eine Handelsstadt! Wie dieß möglich, ohne daß der Gewerbestand eine untergeordnete, wo nicht gar abhängige Stellung von dem Handelsstande einzunehmen habe, muß das Folgende ergeben: vorzugsweise wurde durch jene Äußerung die Aufmerksamkeit auf die Zukunft des Stettiner Gewerbestandes rege gemacht.

Der Stettiner Gewerbestand hat eine Zukunft, und wenn man die sich uns aufdrängenden Zeichen der Gegenwart beachtet, so ließe sich daraus wohl abnehmen, was diese Zukunft bringen werde.

Die Verdrängung unserer Arbeiten von den heimischen Markt, durch die von außen auf uns wirkende übermächtige Konkurrenz; das Geschrei nach Freihandel, welcher mit seinem Eintritt jene nur noch vermehren, vergrößern wird, so lange der Gewerbestand diesen nicht für eigene Produktion zu benutzen weiß; die neue Gewerbeordnung für Gewerbefreiheit, welche Jedem dem fabrikmäßigen Betrieb eines Gewerbes gestattet; und endlich, die eigene Unthätigkeit des Gewerbestandes, seine Lage zu bessern, einer solchen ungezügelten Konkurrenz entgegen zu treten — führen uns einer Zukunft entgegen, welche den Gewerbestand in zwei Klassen theilen wird, in die der Fabrikanten oder Besitzer größerer gewerblicher Etablissements, und in die der Arbeiter; der vermögende Meister wird, so er klug ist, in den Fabrikanten aufgehen; und die Masse der Meister, die Mittellosen, welche dieß nicht können, werden in den Arbeiter aufgehen müssen. Diese Zukunft kann unter zweierlei Verhältnissen stattfinden: entweder der Stettiner Gewerbestand erliegt der Konkurrenz von Außen; welche hier für ihre Produktion einen Markt- und Ausführungsort geschaffen; oder aber, er rappelt sich aus seinem Schlaf auf, bietet jener die Spitze, und eignet sich seinen Platz für seine Fabrikation zu. —

Diese Aussicht kann den meisten Meistern gewiß nicht behagen, doch bei rechten Licht besehen, giebe es, wenigstens dem Publikum gegenüber, keine Meisterschaft mehr; diese wurde schon mit der Gewerbefreiheit zu Grabe getragen, wenn sich daß auch heute erst recht fühlbar macht, nach dem der Begriff Meister, seiner äußeren allgemeinen Natur, wie seinem innern Wesen nach, ein Anderer geworden ist. Vor der Gewerbefreiheit ward durch die Aufnahme des geprüften Arbeiters in das Amt, Gewerk, Zunft oder Innung, wie man diese Korporationen nennen mag, die Meisterschaft dem Publikum gegenüber festgestellt. Mit der Gewerbefreiheit hörte bei den sogenannten Gewerbeschein oder Patentmeistern die Prüfung auf; und wurde theilweise in den verschiedenen Gewerken erleichtert, um nur überhaupt Gewerksmeister zu erhalten, so daß, die meisterliche Tüchtigkeit immerhin eine fragliche blieb, und erst von dem Publikum erkannt werden mußte. Das Renomee, welches sich durch gute Arbeit sowohl als billige Preise erlangen ließ, sonst auch wohl von Glück und Gönnerschaft abhängig, schuf somit die meisterliche Tüchtigkeit, und seitdem legt das Publikum, den Maaßstab derselben nicht mehr an die subjektive Meisterschaft des Einzelnen, sondern nur an das Geschäft selber, daß eben von dem Renomee abhängig. Ein Geschäft, das jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten vermag, oder in seinen Produktionen eine so künstliche Fähigkeit entwickelt, daß keine Konkurrenz ihm etwas anhaben kann, ein solches gilt, und in Wahrheit als ein Tüchtiges, Meisterhaftes; alle die sich da zwischen oder darunter bewegen, sind Stümper, und werden trotz subjektiver Tüchtigkeit des Einzelnen (einige Glückspilze ausgenommen), ewig Stümper bleiben, denn es ist unmöglich,

Digitized by Google

daß die persönliche gewerbliche Kraft, mit derjenigen des Kapitals, der Maschine, des großen Betriebes, Schritt halten kann.

Nur noch dem Arbeiter, dem Gesellen gegenüber giebt es eine Meisterschaft, welche in dem Innungswesen der neuen Gewerbeordnung, aber auch nur da, und in der eigenen Werkstätte Bedeutung hat. Sonst erscheint das gesammte Innungswesen als ein Bild, an welches sich die eingefleischten Meister ergötzen mögen, denn so wenig dasselbe Garantien für Vorrechte bietet, die da vorhanden sein sollen, so wenig sind wirkliche bevorzugende Rechte in demselben aufzufinden. Der Geselle indeß weiß den Unterschied zwischen einem wirklichen Meister, d. h. dem wirklich besseren Menschen, und besseren Arbeiter, und zwischen dem Namensmeister herauszufinden. Wenn der Geselle jenen achten muß, diesem wird er die Achtung jedenfalls versagen, denn er weiß recht gut, daß er das, was der Namensmeister ist, alle Tage nach seiner Dispositionsfähigkeit werden kann. Das Feld, dem Arbeiter gegenüber, ist das einzige auf welches der wirkliche Meister nach obiger Difinition Geltung hat.

Die Antwort des zweiten Theils obiger Frage liegt somit in dem vorhergegangenen. Der Gewerbestand selber muß fabriziren lernen, er muß sich zu einem großartigen Gewerbebetriebe associiren, er selber muß für den Handel produziren, und also associirt oder korporirt selber Handelsmann werden, und zu diesem Ende, wenn mittellos, Kapitalisten als Theilnehmer sich verschaffen, was bei einem von Sach- und Fachverständigen Männern angelegten Plan keine großen Schwierigkeiten haben kann, denn das Kapital darf die Arbeit nicht brodlos lassen, die Arbeit würde hungern müssen, man sagt aber: der Hunger treibe zu Wahnsinn! und vor einem aus Arbeitshunger erzeugten Wahnsinn hat sich das Kapital am Meisten zu hüten.

Auf der andern Seite werden sich die Meister, welche weder Geld noch Arbeitskraft dem größeren Gewerbetrieb herzugeben haben, den Arbeitern nähern müssen, die Kluft ausfüllen, welche den Meister von den Gesellen trennt, den Gesellen zu sich heranziehen, statt ihn von Tisch und Bett auszuscheiden, zu einem Familienmitglied machen; statt ihm seine Herberge zu nehmen, auf welcher der Geselle sich und seines Gleichen wieder findet *), wo er seine Rechte wahrgenommen sieht (und auch der Geselle hat Rechte), statt dessen ihn Theil nehmen lassen an seinen Vergnügungen, und auf solche Weise ihn von dem unmoralischen Herbergsverkehr abziehen. Auf solche Weise werden diese Meister die Zustände der Arbeiterklasse heben, mithin die eigenen bessern, die Arbeiter werden vertraut werden mit den Verhältnissen und Interessen der Meister und dadurch fähig gemacht für diese in Zukunft wirken zu können; der Arbeiter wird in der Werkstelle nicht bloß sein Arbeiterinteresse, sondern das der Meister mit verfolgen; und die Meister werden gewohnt werden, in dem Gesellen nicht bloß den Arbeiter, sondern auch den künftigen Mitbürger zu sehen. Denn nur noch dem Arbeiter gegenüber hat die Meisterschaft Geltung! und was wir heute nicht wollen, werden wir Morgen müssen; und dieß Morgen wird hereinbrechen, wenn wir selber, Arbeiter geworden, gezwungen sind, mit den Arbeitern gemeinschaftliche Sache machen zu müssen.

W. Lincke.

*) Der Geselle soll aber nicht bloß „sich und Seinesgleichen“ finden, er soll als „purer Mensch“ mit andern Menschen zusammentreffen, sich gesellig berühren und als Mensch ohne Gesellenbocksbeutel in der Gesellschaft aufgehen. Der Herr Verf. kommt mit sich selbst in Widerspruch, wenn er dem Gesellen „seine Herberge“ nicht genommen wissen und ihn doch vom „unmoralischen Herbergsverkehr abziehen“ will.

Digitized by Google

Der Handwerkerverein in Prenzlau.

Der Zweck des Vereins ist nach §. 1 der Statuten: „Fortbildung des Verstandes und Herzens, sowie sittliche Geselligkeit unter den Handwerksgesellen zu erstreben.“ Es werden Vorträge aus dem Gebiete der Geschichte, der Naturlehre, Mathematik, Chemie und Geographie gehalten, es wird Nachhülfe-Unterricht ertheilt in der deutschen Sprache, im Rechnen, im Briefschreiben, im Zeichnen und zur Abfassung schriftlicher Vorstellungen Anleitung gegeben. Gesang soll allwöchentlich ein Mal gelehrt werden; durch Gesang soll die gesellige Unterhaltung belebt werden. Zum Briefschreiben werden die erforderlichen Materialien, zum Lesen Bücher, Zeit- und Flugschriften im Lokale ausgelegt. In den Stunden der freien geselligen Unterhaltung ist Biertrinken und Tabakrauchen gestattet. Nach §. 4 ist jede „einseitige Richtung“ ausgeschlossen, womit etwaigen Schulfuchsereien in den Vorträgen, so wie jeder möglichen Einseitigkeit in der Form des Zusammenlebens und Wirkens begegnet werden soll, wie denn alles Politische und Kirchliche, alles Religiöse dem Vereine fremd ist, da überhaupt religiöse Meinungen und Ansichten den Menschen nicht von den Menschen trennen sollen.

Als Mitglied wird jeder Geselle zugelassen, der sich zu einem sittlichen Wandel und zur Beobachtung der Hausordnung verpflichtet und monatlich 2½ Sgr. im Voraus beiträgt. Die Mitglieder des Vereins wählen aus sich drei Ordner. Als Beförderer des Vereins ist Jeder willkommen, der ihn mit belehrenden Vorträgen oder mit baarem Gelde unterstützt. Die obere Leitung dieses Vereins führt ein aus diesen Beförderern gewählter Vorstand, dessen Vorsitzender vom Magistrat ernannt wird. (!) Vorsteher und Ordner halten monatlich eine gemeinschaftliche Konferenz. Der Verein zählt gegenwärtig ohngefähr 120 Mitglieder aus dem Gesellenstande.

Der Verein nimmt freilich nur Handwerksgesellen auf; tolerant wird aber auf Beschluß der Mitglieder jeder junge Mann angenommen, der nicht zum Stande der Mitglieder gehört, wenn er das Verlangen zur Gemeinschaft äußert und einen guten Ruf hat. — Aus den Beförderern, welche durch Geldbeiträge und belehrende oder unterhaltende Vorträge den Verein unterstützen, werden die Vorstandsmitglieder ergänzt; besonders wird hierbei auf tüchtige Meister Rücksicht genommen, wie denn überhaupt die befördernden Meister und alle übrigen Beschützer des Vereins als der Mittelpunkt angesehen werden, um welchen sich die eigentlichen Mitglieder wie um ihre väterlichen Freunde zutraulich bewegen. Es wird überdies nicht ängstlich darnach gefragt, ob Jemand, der den Verein besucht, Mitglied sei; das Treiben desselben ist der Oeffentlichkeit anheim gegeben. — Gesang, als Mittel zur Veredelung, wird vorzugsweise kultivirt; Herr Kantor Schulz verdient wegen seiner Umsicht, Thätigkeit und liebevollen Lebendigkeit in seinen Belehrungen besondere Anerkennung; nicht minder sind die übrigen Lehrer, der emeritirte Gymnasial-Direktor Hr. Paaljow (Mathematik, Physik ꝛc.), die Hrn. Töchterlehrer Praeker und Herrmann (Geschichte), Gymnasial-Vorschullehrer Plischkowsky (Schreiben), Lehrer Johr II. (Geographie), Sergeant Kayser (Rechnen) lobend zu erwähnen. Die Vorträge des Vorstandsmitgliedes, des Stadtverordneten-Vorstehers Meitzer (Naturlehre, besonders in technischer Beziehung), sind dem Vereine von großem Nutzen und werden gern gehört, weil Hr. Meitzer höchst populär spricht. Ganz besondere Verdienste aber hat sich der Vorsitzende, Herr Senator Reiter, um den Verein erworben.

Digitized by Google

Rede, in dem Handwerkerverein zu Prenzlau

bei der Feier des Stiftungsfestes am 9. Jan. 1848 gehalten von dem Vorsteher desselben, Herrn Senator Reiter.

Hochgeehrte Anwesende,
Herzlich geliebte Vereinsgenossen,

Seien Sie alle herzlich begrüßt in diesen Räumen, welche uns heute mit so großer Bereitwilligkeit von dem achtbaren Bürgerverein geliehen sind; — seien von uns besonders willkommen geheißen die lieben Deputirten der Brüdervereine aus Stettin und Neustadt-Eberswalde; und Du, liebes Fest selbst, welchem schon lange unsere Herzen mit schönen Erwartungen entgegengeschlagen haben, sei von allen gegrüßt und werde uns zum Segen! Mache uns für diesen Tag den Unterschied der Stände vergessen!

Das dachten wir wohl Alle heute vor einem Jahre nicht, daß der Handwerkerverein, wie wir ihn jetzt in seinen Mitgliedern hier vor uns sehen, eine solche Stärke erreichen würde; denn jede neue Sache, wenn sie auch eine noch so gute Absicht bekundet, findet ihre Hemmung in den Vorurtheilen, die der Mensch gar zu gern bereit hat, weil er, wie das auch vernunftgemäß ist, erst den Verstand sprechen lassen will, ehe er das Herz befragt. Solche Vorurtheile sind die besten, denn sie können mit Gründen der Vernunft bekämpft und besiegt werden; wenn aber die Vorurtheile, deren Zahl Legion ist, sich geltend machen, welche ohne Verstand und Herz und aus bösem Willen Alles verwerfen, was in ihren selbstsüchtigen Kram nicht paßt, dann freilich bildet sich gegen jedes gute Unternehmen ein Widerstand, der oft gar nicht, oder nur äußerst langsam und schwer zu beseitigen ist. — Gott sei Dank, wir haben, als wir unsern Verein stifteten, meistens nur mit dem besseren Vorurtheil zu streiten bekommen; — dasjenige, was uns den größten Widerstand leistete, und noch leistet, ist der Unverstand derer, für welche der Verein ins Leben getreten ist, die ungeheure Verfinsterung des Gemüths der Handwerksgesellen, welche in den niedrigsten Kreisen des Volks aufgewachsen und erzogen, in der Lehre fast weiter nichts gewesen sind, als Küchenknechte und Kinderwärter, als Sündenbüßer der Gesellen; — das ist die Wolke, die den edlen Gesellenstand so verdüstert und vor den Augen der gebildeten Welt so ungerechterweise verächtlich macht, das ist der Hause, der den ordentlichen Meistern Unordnung und Faulheit, Augendienerei und heimlichen Schaden für sein Arbeitslohn gewährt, was er nie zu hoch erhalten kann, weil er nie genug zu seiner Schlemmerei hat; das ist der Schwamm, der auf den Herbergen und Heerstraßen sich vollsaugt voll Trunk, Spiel und Unzucht und diese Laster wieder ausdrückt zum Verderben der Mitgenossen, der an dem Mark derselben zehrt, und die Ehrenhaftigkeit des Gesellenstandes zerfrißt.

Aus dieser gefährlichen Gemeinschaft die jungen Handwerker herauszuziehen, ihnen die Erholungsstunden angenehm, belehrend und Geist und Herz kräftigend zu machen, das ist die Absicht des Vereins seit seiner Entstehung gewesen. Wie diese Absicht erreicht ist, wird Seitens unsers Lehrer-Kollegiums noch näher erörtert werden; ich muß aber hier bemerken, daß der Zweck nicht erzielt würde, wenn die Belehrung schulmäßig wäre, wenn die Unterhaltung der Munterkeit, des Scherzes und der Abwechselung entbehrte. Um so schwieriger ist daher auch die Aufgabe, welche sich der Verein gestellt hat; — er soll bilden, erziehen und dies fast unmerklich, er soll dies thun in den Erholungsstunden, die der Mensch so

Digitized by Google

gern zur Behaglichkeit und Freude verwendet; daher muß auch die Wirksamkeit des Vereins eine behagliche und freudeschaffende sein; in seinen Versammlungsörtern muß ein Familienleben walten, was an das Vaterhaus erinnert; so nur und durch das sittliche Vorbild, welches Lehrer und Vorsteher des Vereins und die denselben fördernden Meister geben, ist es möglich, zu einem guten Ergebniß zu gelangen. Daher mag es kommen, daß viele Freunde des Guten den Verein mit mißtrauischen Augen betrachten, weil sie ihn für einen bloßen Vergnügungsverein ansehen; sie glauben vielleicht, die Mitglieder würden zu Ausgaben verleitet, welche ihre Kräfte übersteigen; aber wie kann ein monatlicher Beitrag von 2½ Sgr., wie können Ausgaben, die bei außerordentlichen festlichen Gelegenheiten meistens nur 5 Sgr. betragen, erschöpfende genannt werden, wenn man bedenkt, wie viel mehr auf den Herbergen und auf den Tanzböden darauf geht. Von mehreren Seiten haben sich Meister geäußert, wie sie beobachtet haben, daß Gesellen, seit sie dem Verein angehören, gespart haben, während sie früher keines Groschens Herr geworden sind; — ein gutes Zeugniß für den Verein! — Und was sind die Vergnügungen desselben anders gewesen, als Mittel zur Bildung, Belehrung, Geselligkeit, als Fingerzeige, wie man nützliche Freuden haben könne ohne dem Leibe und der Seele zu schaden; billigere Freuden, als diejenigen, welche der Geselle sich aufsuchen muß, außerhalb der übrigen bürgerlichen Gesellschaften, in die er nicht kommen darf. —

Doch ich bin von dem Anfang dieser Rede abgekommen und gehe also noch einmal wieder zurück darauf, daß wir vor einem Jahre nicht gedacht haben, das Fest der Stiftung unsers Vereins in einem so großen Kreise feiern zu können. Unsere Erwartungen sind übertroffen, Dank sei es den redlichen Bemühungen unserer Herren Lehrer, und der andern lieben Mitvorsteher; mit Freuden und im Gefühl, einer guten Sache die Hand geboten zu haben, sind sie an das Geschäft der Erhebung ihrer Mitbrüder gegangen und ihre Arbeit ist nicht unbelohnt geblieben, denn die Jünglinge, welche den Kern unsers Vereins ausmachen, weil sie die Axe sind, um die er sich bewegt, sie haben es begriffen, was man mit ihnen will, sie haben ein liebendes, vertrauungsvolles Herz den Lehrern und Vorstehern entgegengebracht, sie haben sich die Liebe und das Vertrauen der Letzteren erworben und so ist eine Eintracht entstanden, welche mich oft in den Versammlungsstunden innig gerührt und erfreuet hat, wenn ich meine Freude auch nicht immer habe laut werden lassen. — Heute ist mir dazu die beste Gelegenheit gegeben und mit der tiefsten Rührung spreche ich es aus, daß ich es mir zur großen Ehre schätze, an die Spitze eines Vereins gestellt zu sein, dessen Mitglieder, ich möchte sagen ohne Ausnahme, durchdrungen sind von dem Streben nach dem Guten, Schönen und Ehrenhaften. — Wenn dies Streben, einmal höchst selten, hin und wieder vergessen worden ist, so haben leise Winke genügt, zur Wiederherstellung des richtigen Bewußtseins. — Namens des Vorstandes spreche ich daher den tiefgefühltesten Dank aus gegen die lieben Mitglieder aus dem Gesellenstande für den Fleiß, die Aufmerksamkeit, die gute Haltung, das Vertrauen und die Liebe, welche sie bewiesen haben. Diese Tugenden werden ihnen gute Frucht bringen; — die Frucht wird in Zukunft sein, daß sie aus diesem und den andern Brüdervereinen, zu denen sie auf ihrer Wanderschaft gehören, Umsicht und Lebensklugheit genug in den Meisterstand hinüber nehmen werden, so daß die Ungeheuer, deren neugebildete Namen Pauperismus und Proletariat heißen, ihnen so fremd bleiben werden, als ihre barbarischen Namen der deutschen Sprache fremd sind. —

So gern möchte ich hier die Namen einiger Jünglinge nennen, (denn ich kenne fast alle Vereinsmitglieder mit Ausnahme der neu hinzugetretenen) so gern

Digitized by Google

möchte ich einige nennen, die sich besonders durch ihre Anstelligkeit und ihr sittliches Betragen ausgezeichnet haben, wenn ihre Bescheidenheit es mir nicht verböte; — o, meine lieben, theuren Freunde, meinem Herzen so werth wie Brüder, in diesem Augenblick durchdringe Euch der Geist des Herrn als ein Segen, es durchglühe Eure Herzen der heilige Vorsatz, nach unserer Losung vorwärts zu schreiten auf der eingeschlagenen Bahn zum Muster für Eure andern Brüder, welche ich alle bitte, nicht zurückzubleiben hinter diesen Braven, sondern muthig zu bekämpfen unter dem Beistande Gottes alle die bösen Anfechtungen, welche sie abziehen können von dem Pfade der Tugend und Rechtschaffenheit. — Möget Ihr heute durch eine sittliche Freude, durch Anstand und Ordnung beweisen, daß Ihr der Ehre werth seid, zum Handwerkerverein zu gehören und der Aufmerksamkeit würdig, die Euch heute durch die Anwesenheit so ehrenwerther Gäste zu Theil wird.

Der gesellige Verein in Stralsund.

Die Geselligkeit im Umgange zum freudigen Genuß des Lebens ist allemal die Blüthe der gesellschaftlichen Verhältnisse. In dem geselligen Umgange zeigt sich der Standpunkt der sittlich freien Bildung überhaupt. Unsere Geselligkeit schreibt sich noch immer aus den alten Zeiten her; wenn irgendwo, so treten hier vorzüglich die Unterschiede des Standes und Besitzes hervor, und diese Schranken, welche die einzelnen Kreise um sich schließen, in die sie sich einengen, sind um so schwieriger zu entfernen, als sie gerade an den Frauen ihre wärmsten Vertheidiger haben. Der Mann tritt durch sein öffentliches Leben überhaupt mehr in Verkehr mit allen Klassen und Ständen. Die Frau aber, die meist in dem engen Raume des Hauses sich bewegt, hält streng und genau auf eine gewählte Gesellschaft. Wenn der Mann es nicht übel nimmt, mit seinen Untergebenen, seinen Dienstboten in einer Gesellschaft zu sein, überhaupt mit Leuten niederen Standes umzugehen, so ennuyirt sich die Frau lieber in ihren Kaffee's und erträgt die größte Langeweile, ehe sie den Muth hat, aus ihren Schranken herauszutreten. Sie glaubt aber, daß mit den Schranken des Standes und Besitzes zugleich die Schranken des Anstandes fallen. Sie weiß sich jetzt in den besonderen Kreisen durch das Verhältniß der Galanterie gegen etwaige Rohheit geschützt, und allerdings ist die Grenze, die die Galanterie um sie zieht, nur innerhalb der verschiedenen Stände gesichert. Indeß ist es nothwendig, daß der gesellige und gesellschaftliche Verkehr sich öffne, und ist einmal erst die Bahn gebrochen, so wird auch die Frau ein Interesse dafür finden, um so mehr, als sie dann auch berufen ist, einen Bau des gesellschaftlichen Verhältnisses durch eigene Thätigkeit fördern zu helfen. — — In allen Kreisen des geselligen Verkehrs herrscht mehr oder weniger eine Förmlichkeit, eine Etikette, die ihren Anhaltepunkt gerade an der Sonderung der Stände findet. Diese Etikette ist ein kalter Zwang, der den freien Umgang bindet und dadurch allen Genuß stört, daß er jede Regung, jedes Gefühl, jede Empfindung nur nach dem herkömmlichen Gesetze verstattet, d. h. ertödtet. Die verschiedenen Kreise des geselligen Verkehrs bauen sich auf nach der Rangordnung; jeder hat sein Gesetz und dabei nur das Streben, es im Ceremoniell dem andern zuvorzuthun. Bis in die untersten Schichten der Gesellschaft hinein reicht die Sonderung der Stände und lähmt alles frische und freudige Leben. So Julius Berends, der Gründer des Berliner Handwerkervereins, indem er darthut, wie aus einem näheren Ver-

Digitized by Google

kehr der verschiedenen Klassen der Gesellschaft sich von selbst eine Umgestaltung unserer Geselligkeit entwickeln wird und muß; wie es sich gegenwärtig darum handele, öffentlich davon ein Zeichen zu geben, daß es auf Unterschiede des Standes und dergleichen nicht ankomme, sondern daß der Mensch sich an den Menschen anschließe, weß Standes er sei. Man scheue sich nicht, in öffentlichen Lokalen zu erscheinen, fährt er fort. Die guten alten Deutschen, deren Beispiel uns so oft vorgehalten wird, pflegten ihre Berathungen auch nicht trockenen Mundes zu halten; bei einem Glase Bier spricht man ganz besonnen und vernünftig. In solchen allgemeinen Gesellschaften, wo Männer aller Stände, jedes Bildungsgrades zugegen, werden die Gebildeteren so viel Einfluß haben, um die minder Gebildeten in den Schranken der Sitte und Bildung zu halten und sie mehr und mehr zu sich hinaufzuziehen.

An dieser Aufgabe der Zeit mitzuwirken, ist Zweck des „geselligen Vereins" in Stralsund, wo der gesellige Zopf noch faustdick, wo es gesetzlich noch Bürger ersten, zweiten und dritten Grades giebt, wo nur Kaufleute, Beamte ꝛc., nicht aber „Gewerksbürger" ressourcefähig sind. Den Anbetern des Stralsunder Zopfs, den Götzendienern des Herkommens, den jüngern und ältern Patriziern und ihrem Schwanze, dem Stralsunder Philisterthum ist der „gesellige Verein" ein Stein des Anstoßes und Aergernisses, gegen den einige junge Männer der Stralsunder baut volée dann und wann einen kümmerlichen Witz loszulassen, eine kleine Verleumdung auszustreuen sich nicht schämen. Kurzsichtige Bornirtheit wittert sogar in dem „geselligen Verein" Kommunismus, heut ein so beliebter Popanz, um Kinder in Furcht zu jagen, wie früher die nun antiquirte und außer Mode gekommene Demagogie. Den Stralsunder „geselligen Verein" einer Hinneigung zum Kommunismus beschuldigen wollen, ist in der That die größte Absurdität, die nur in einem beschränktem Kopfe auftauchen kann. Die Philister der Mittelklasse dagegen, die überall die Majorität bilden, rühmen, eingedenk der brutalen Herbergsrohheiten, die ruhige, sittliche Haltung der „jungen Leute". Sie wundern sich, daß Hunderte von jungen Männern aus allen Klassen der Gesellschaft sich gemeinschaftlich vergnügen, ohne sich zu besaufen, sich zu prügeln. Dieser wohlthätige Einfluß auf die Sittlichkeit ist so handgreiflich, daß der Verein nur von einigen Spöttern bekrittelt wird.

Trotz einiger jüngern und ältern Spötter aus den sogenannten höhern und gebildeten Ständen — die aber mit ihrer Bildung noch ein Jahrhundert zurück, wächst der seit einigen Jahren bestehende „gesellige Verein" von Woche zu Woche und zählt Theilnehmer aus allen Klassen und Ständen zu seinen Mitgliedern, wie schon der Umstand beweist, daß bei der Wahl in den Ausschuß am 6. Oct. 1847 ein Botenmeister, ein Zimmergeselle, ein Lehrer und ein Kaufmann, und als deren Stellvertreter ein Kaufmann, ein Sattlermeister, ein Wachsbleicher und ein Schmiedegeselle gewählt wurden, während ein Oberlehrer als Vorsitzender und ein Schlächtermeister als Ordner, ein Rathsdiener und ein Regierungs-Conducteur als Kassirer fungiren. Hier im Stralsunder „geselligen Verein" trägt der Meister, der Kauf- und Handelsherr keine Scheu, mit einem Gesellen, mit einem Commis in geselligen Verkehr zu treten*), wiewohl es, wie gesagt, eine bedeutende Zahl alter und junger Zöpfe giebt, die zum Theil erst von der Universität glücklich in's theure Vaterland Neuvorpommern, in die „geliebte Vaterstadt" Stralsund zurückgekehrt sind,

*) Offenbar können unsere Stettiner Pfahlbürger, wie aus der Geschichte des Stettiner Bürgervereins einleuchtet, noch sehr viel von den Stralsundern lernen, wenn sie dazu Geschick besitzen.

Digitized by Google

denen eine solche Geringschätzung altväterlichen vaterstädtischen Standesunterschiedes ein wahrer Gräuel ist.

Bei der Feier des Stiftungsfestes am 28. Novbr. 1847, wo Herr Regierungs- und Schulrath Furchau die Festrede hielt, war der Preis des Couverts auf 10 Sgr. festgestellt und außerdem, um jeder kostspieligen Schweigerei vorzubeugen, verboten — Champagner zu trinken. Champagner verboten? Durch wen? Durch den geselligen Verein selbst in der Sonntagsversammlung am 15. Novbr. Der Verein, der sich zwei Mal wöchentlich Abends versammelt, beschließt in diesen Versammlungen über seine Angelegenheiten. Der Vorstand, als dessen Mitglied auch der Gesanglehrer des Vereins betrachtet wird, ist nur bevollmächtigt, die vom Verein ihm aufgetragenen Geschäfte zu versehen, die Zusammenkünfte zu leiten. Ohne Genehmigung des Vereins kann der Vorstand nur provisorisch verfahren und muß in Allem nachträglich die Bestätigung des Vereins einholen, wie er denn aus eigener Machtvollkommenheit in keinem Falle eine Ausgabe anzuordnen befugt ist.

Das Eintrittsgeld beträgt 5 Sgr., der monatliche Beitrag 2½ Sgr. Der Verein hält mehrere Zeitschriften, besitzt eine Bibliothek und versammelt sich in einem geräumigen Lokale, in einem imposanten Saale, der eine reizende Fernsicht darbietet; er veranstaltet gemeinschaftliche Ausflüge zu Fuß, die freilich nicht nach dem Geschmack der Stralsunder Stutzer, die aber den Körper kräftigen, den Geist erfrischen und durch allgemeine oder, wie die Berliner sagen, durch „ungeheure" Heiterkeit gewürzt werden.

In jeder Zusammenkunft, die mit geselliger Unterhaltung bei einem Glase Bier beginnt und schließt, wird gesungen, ein Vortrag gehalten und werden die im Zettelkasten befindlichen Fragen zur Diskussion gebracht. Die Betheiligung an dieser Diskussion ist leider äußerst gering; man läßt in der Regel dem Vorsitzenden das Wort und die Versammlung — schweigt. Es ist wünschenswerth, daß sich die Mitglieder mehr als durch bloßes Zustimmen an der Debatte betheiligen, damit sie nicht für bloße Jaherren, ein in unserm deutschen Vaterlande sehr verbreitetes Geschlecht mit mancherlei Spielarten, gehalten werden. Die Mitglieder müssen sich mehr an den Verhandlungen betheiligen. Die Vorträge sind zum Theil höchst zweckmäßig, zum Theil aber auch so unzweckmäßig wie möglich. Alte Geschichten könnte man wohl ruhen lassen, und im „geselligen Verein" vorzutragen, was sich gerade findet, mögte unpassend, für den Verein beleidigend und den Zwecken desselben nicht entsprechend sein. Wenn man die Reihe der Vorträge durchgeht, wird man über das Kunterbunte, über das Planlose sich etwas wundern*). Namentlich sollten hochstudirte Herren, Doktoren der Philosophie, doch mehr ihr eigenes Licht leuchten lassen, statt aus dem illustrirten Kinderfreunde, der sich „illustrirte Zeitung" nennt, etwas abzulesen, was jeder bequem für sich lesen kann. — Außerdem sind noch „Vergnügungsabende" beantragt, worüber der Verein gegenwärtig beschließen wird. — Sonntags 3. Octbr. hielt Herr Dr. Scheibner einen Vortrag über eine zweite Gewerbeausstellung, in Folge dessen der Verein durch Abstimmung diese für den Johannismarkt 1848 vorzubereiten beschlossen hat.

In der Versammlung vom 22. Decbr. wurde beantragt: die Wahlparagraphen einer besonderen Revision zu unterwerfen und einen Wahlausschuß von 20—24 Mitgliedern zu bilden, der zu jeder Beamtenstelle zwei Kandidaten vorzuschlagen, wovon die Versammlung einen zu wählen habe. Damit würde der Verein sein Prinzip, sein freies Wahlrecht aufgeben und sich, conform unserer

*) Wir liefern vielleicht gelegentlich einmal ein Verzeichniß dieser Vorträge.
(Anm. d. Red.)

Digitized by Google

alterthümlichen Stadtverfassung, bei anscheinend freisinnigen Formen einem besonderen Pupillenkollegium unterordnen. Die Sache ist sehr fein ausgesponnen, indeß wie zu Allem hat man auch hier Ja gesagt und eine Kommission zu Wahlvorschlägen erwählt, die nun den plötzlich unmündig gewordenen Vereinsmitgliedern sagen wird, wen sie zu wählen haben. Waren die Mitglieder des Vereins dies zu beurtheilen zu schwach, so daß dies neuerfundene Pupillenkollegium nothwendig geworden ist? Es lebe das Bevormundungssystem, das nun glücklich in den geselligen Verein hineingeschmuggelt ist.

Die Einrichtung des Stralsunder „geselligen Vereins" ist ganz besonders geeignet, dem durch bisherige alte spießbürgerliche Sitte ungleich berechtigten Stadtbürgerthum den Todesstoß zu geben. Anders ist es in dem benachbarten Greifswald, der berühmten Universitätsstadt, wo in einem ähnlichen Vereine noch dreierlei Arten von Ständen, der Abstimmung willen, beibehalten werden, wo also der alte Zopf des Ständewesens oder der ungleichen Berechtigung noch nicht abgethan ist.

Kein Verein, keine Körperschaft, keine Vergesellschaftung, welcher Art sie auch sein mögen, wird auf die Umgestaltung der socialen und politischen Verhältnisse einen so mächtigen Einfluß üben, als die geselligen Vereine, vorausgesetzt, daß diese geselligen Vereine anderwärts auf dieselbe oder auf ähnliche Weise eingerichtet sind, wie der Stralsunder. Denn von dem wesentlichsten Einflusse ist:

1) daß, wie gesetzliche und polizeiliche Vorschriften bestimmen, alles Kirchliche, jedes religiöse Moment, so viel nur irgend möglich, gänzlich und durchaus fern gehalten wird. Dadurch wird dem theologischen Deutschen, dem religiös Befangenen auf praktische Weise zur Anschauung gebracht, wie das religiöse Moment nur eine untergeordnete Bedeutung hat, nur Nebensache und entbehrlich ist, wie religiöse Differenzen die Menschen nicht beschäftigen, nicht trennen sollen.

2) Dadurch, daß *jedes* Mitglied des Vereins seine Meinung abgeben, Anträge stellen darf, dadurch, daß fast gar nichts von irgend einer Bedeutsamkeit vorgenommen wird, ohne den ganzen Verein vorher davon in Kenntniß zu setzen und um seine Meinung zu befragen, sowie dadurch, daß jedes Mitglied zu jedem Vereinsamte *wahlfähig* und *wählbar* ist, lernt Jeder seinen eigenen Werth kennen, wird das Vertrauen in die eigenen Kräfte geweckt und eine Selbstbetheiligung Aller hervorgerufen *).

3) Dadurch, daß die geselligen Vereine auch das weibliche Geschlecht in ihr Bereich mit hineinzuziehen suchen **), oder wenigstens von der Theilnahme nicht ausgeschlossen wissen wollen, werden sie erst den wahren Grundstein zur wahren, ächten Befreiung des Menschengeschlechts legen. Das weibliche Geschlecht ist die wahre Vertreterin alles Sittlichen und Schönen, und so lange dasselbe, in Folge christlicher Lehrsätze, noch als etwas dem Manne „untergeordnetes", als dem Manne „unterthan", als ein ihm an Rechten nicht gleichstehendes Wesen betrachtet wird

---

*) Aber aus Mangel an Vertrauen auf die eigenen Kräfte, auf das eigene Urtheil hat ja der Verein einem vormundschaftlichen Büreau übertragen, zu bestimmen, wer wählbar. Also ist nicht mehr Jeder wählbar, sondern zu jedem Amte nur der, den die Herrn Vormünder des Wahlausschusses für wählbar erklären. So schickt es sich auch für Stralsund und seine althergebrachte Verfassung. (Anm. d. Red.)

**) Ob und wie der Stralsunder gesellige Verein die nicht nur wünschenswerthe und zweckmäßige, sondern nothwendige Theilnahme des weiblichen Geschlechts an der Geselligkeit der Männer anzubahnen und zu erstreben sucht, darüber erfahren wir nichts. (Anm. d. Red.)

Digitized by Google

und von allen Berathungen der Männer ausgeschlossen bleibt, so lange ist an die wahre und ganze, die innere Befreiung der Menschheit, an die gründliche Beseitigung des Zopfes und des Zopfthums nicht zu denken.

Der Strafgesetzentwurf und die öffentliche Meinung.

„Wer die Ueberzeugung hat, daß das bevorstehende Gesetz den bestehenden Rechtszustand verschlimmern, statt verbessern wird, sagt der Appellationsgerichtsrath Leue in seinen „Bemerkungen über den Entwurf des Strafgesetzbuchs", der erfüllt nur eine Pflicht gegen sein Vaterland, wenn er die Gründe seiner Ueberzeugung offen darlegt, damit seine Mitbürger, da es noch Zeit ist, vor dem Unglück bewahrt werden, unter verderbliche Gesetze zu fallen." Dieser Pflicht ist in Broschüren und zahlreichen Zeitungsartikeln entsprochen worden, obgleich wenig Zeit dazu übrig blieb. „Der Entwurf des Strafgesetzbuchs ist bis zum Dezember als Staatsgeheimniß behandelt worden, sagt Leue; wegen Kürze der Zeit blieben mir nur wenige Tage zu dieser Arbeit übrig, daher Niemand etwas vollständiges erwarten kann." Wenn ein Mann wie Leue über Kürze der Zeit klagt und deswegen nichts Vollständiges liefern kann, wem soll es denn möglich sein. Daher klagen auch die Mitglieder des Ausschusses über zu späte Mittheilung des Entwurfs und darüber, daß die Zeitungen und die Männer der Wissenschaft sie bei ihren Arbeiten gar nicht recht zeitgemäß unterstützen.*) Es ist zu bedauern und durchaus nicht zu billigen, daß die Nation mit dem Strafgesetzentwurf gleichsam überfallen wird und dessen Berathung in raschem Sturmschritt beginnt, ehe die Nation sich gehörig Orientirung verschafft und von der Bestürzung, die der Entwurf verbreitet, wieder erholt hat und zur Besinnung gekommen ist. Indeß trotz der Kürze der Zeit hat sich die öffentliche Meinung vielfach in Broschüren und Zeitungsartikeln Luft gemacht. Die öffentliche Meinung hat zu Gericht gesessen, ihr Urtheil gesprochen. „Der Entwurf, sagt der Oberlandesgerichts-Assessor Plathner, der ebenfalls über „Kürze der Zeit" klagt, überläßt die wesentlichsten Bestimmungen richterlicher Entscheidung oder mit andern Worten richterlicher Willkür; es entsteht Rechtsunsicherheit und Rechtsungleichheit." Indeß man fürchtet nicht allein Rechtsunsicherheit und Rechtsungleichheit, es ist das ganze dem Entwurf zu Grunde liegende Prinzip, der durch dasselbe wehende Geist, was die überwiegende Majorität der Denk- und Urtheilsfähigen fürchtet. Wie allgemein, wie weitverbreitet, wie jedermann ergreifend die Befürchtungen, die Verstimmung gegen den Strafgesetzentwurf, das erleben wir an der Stettiner Zeitung. Sie, die Alles ruhig an sich vorübergehen läßt, ohne ihr Schweigen zu brechen, ohne eine eigene Meinung abzugeben, die nie eine eigene Meinung bekundet, — sie hat aus Bestürzung, Schreck oder Furcht vor dem Strafgesetzentwurf plötzlich Sprache bekommen, sie spricht ihre Meinung selbstständig mit eigenen Worten aus, sie fängt an zu reden; dies Wunderwerk hat der Strafgesetzentwurf bewirkt. Sie, die stets Schweigende, fühlt sich durch den Entwurf gezwungen und gedrungen ihre Leser auf die Bedeutung, auf die Wichtigkeit des Strafgesetzes aufmerksam zu machen. Sie sogar sieht die bürgerliche Freiheit, die Redefreiheit bedroht, sie fühlt sich gedrungen „im Namen des Volks" ihre Meinung auszusprechen und „den versammelten Ausschüssen ans Herz zu legen." Die Stettiner Zeitnng fängt an zu reden, das

*) Hamburger Börsenhalle.

Digitized by Google

beweist mehr als alles Andere, daß es den Bürgern hier an Kopf und Kragen geht, daß man allgemein gegen die dem Entwurf zu Grunde liegenden Prinzipien eingenommen ist. Der Strafgesetzentwurf bringt die Stettiner Ztg. dahin es auszusprechen, daß bei Einführung desselben „kein anderes Heil als Geschworne." Sie kann die Einführung des neuen Gesetzes nur dann empfehlen, „wenn uns zugleich Geschworne gewährt werden." Das übertrifft Alles, was man von der Stettiner Ztg. je erwarten konnte und das hat der Strafgesetzentwurf bewirkt; er macht Stumme redend.

Wenn sich die öffentliche Meinung nicht viel allgemeiner, viel energischer und kräftiger über den Strafgesetzentwurf ausgesprochen, wenn man häufig, statt öffentlich Zeugniß abzulegen und seine Meinung auszusprechen nur bei einer Tasse Kaffee dicke Faust in der Tasche gemacht, so liegt das an unsern öffentlichen Zuständen. „Wo es sich um die heiligsten Interessen handelt, bemerkt der Oberlandesgerichts-Assessor Plathner, muß der, welcher überhaupt dabei mitsprechen will, vor allem den Muth haben, mit Hintansetzung jeder andern Rücksicht das zu sagen, was er für wahr hält." Leue meint: „in so hochwichtigen Dingen, welche das Volk und jeden einzelnen Bürger interessiren, muß man den bürgerlichen Muth haben, seine Schuldigkeit zu thun und das, was man als die Wahrheit erkannt hat, ohne Rückhalt aussprechen, wenn auch die Vertheidigung des Rechts und der bürgerlichen Freiheit für Majestätsbeleidigung ausgegeben werden sollte, wie ich schon einmal die Erfahrung gemacht habe."

Die Wahrheit ohne Rückhalt auszusprechen, mit Hintansetzung jeder andern Rücksicht die Wahrheit zu sagen, haben die Staatsbürger z. B. die städtischen Behörden in ihrer Liebe zur Ruhe und Bequemlichkeit fast allein, mit ein Paar Ausnahmen den Staatsbeamten und der Presse überlassen und damit den niederschagenden Beweis geliefert, daß bei uns trotz aller liberalen Reden auf der Kegelbahn und bei der Flasche die bürgerliche Freiheit einen kräftigern Schutz mehr im Beamtenstande als bei den Bürgern selbst findet. Warum haben so wenige von denen, die da durch ihre bürgerliche Stellung berufen und verpflichtet zu reden, ihre „Pflicht" gegen das Vaterland nicht erfüllt, warum haben so wenige ihre „Ueberzeugung" offen dargelegt; dazu war Zeit genug. Dies Schweigen erklärt sich aus dem bei uns noch herrschenden Mangel an bürgerlichem Muth, aus dem Mangel an Courage, aus übergroßem Respekt vor der hohen Obrigkeit, weil unsere Staatsbürger gern möglichst „Rücksichten" nehmen, statt wie Plathner, ein Staatsbeamter, verlangt, mit Hintansetzung der Rücksichten die Wahrheit zu sagen. Dann erklärt sich diese betrübende Erscheinung aus unsern öffentlichen Zuständen, aus dem bisherigen Bevormundungssystem, das die freie Regung, das Selbstbewußtsein der Bürger niederdrückt. Es erklärt sich daraus, daß die Polizei es verhindert, wenn die Bürger, wenn städtische Behörden sich darüber berathen, ihre Meinung aussprechen wollen, wiewohl die Regierung gerade deswegen den Gesetzentwurf der Oeffentlichkeit übergeben, damit er allseitiger Prüfung unterzogen werde und die öffentliche Meinung unumwunden sich darüber ausspreche, denn nur so kann das Wahre und Richtige gefunden werden.

Als die verbündeten Mächte v. 13. Mai 1815 eine Achtserklärung gegen Napoleon erließen, sprachen Lordmajor, die Aldermann und die Vorsteher der Gilden der City von London in einer öffentlichen Versammlung auf Guildhall ihre Mißbilligung aus über diese Erklärungen und Traktate der verbündeten Mächte, die von britischen Ministern unterschrieben seien, über die monströsen und unerhörten Grundsätze, die hier aufgestellt seien. Die städtischen Behörden mißbilligen offen und unumwunden die auswärtige Politik der Minister, ohne deshalb von den

Digitized by Google

Miniſtern einen Verweis zu erhalten. Bei uns wird ein Strafgeſetzentwurf der Oeffentlichkeit zur Prüfung und Kritik übergeben. Die Stadtverordneten in Hirſchberg ernennen eine Kommiſſion, die über den Geſetzentwurf berathen ſoll. Die Berathungen dieſer Kommiſſion werden durch die Regierung zu Liegnitz inhibirt, weil die Regierung dergleichen Berathungen für ungeſetzlich und für den beſchränkten Unterthanenverſtand nicht geeignet betrachtet. Dagegen tadelt die loyale und konſervative Zeitung für Preußen, daß die Stadtverordneten in Königsberg auf eine derartige Berathung nicht eingegangen ſeien, weil es nach den Verhandlungen des Vereinigten Landtags als wünſchenswerth von den Ständen und als geſetzlich zuläſſig von dem Gouvernement anerkannt, daß zwiſchen Abgeordneten und Wählern eine Kommunikation über vorliegende Berathungsgegenſtände ſtatt finde, daß das Gouvernement mit der Veröffentlichung des Entwurfs die möglichſt allſeitige Erörterung habe befördern wollen und daß Königsberg nicht hätte zurückbleiben dürfen, durch ſeine geſetzlichen Vertreter, auf geſetzlichen Wege ſeine Anſichten und Wünſche zur Diskuſſion zu bringen.

Sogar die hyperloyale, konſervative Zeitung für Preußen tadelt und mißbilligt das Schweigen der ſtädtiſchen Behörden über den Strafgeſetzentwurf. Obgleich ſogar dieſe hyperloyale Ztg. der Meinung iſt, es ſei Pflicht der ſtädtiſchen Behörden geweſen, ihre Meinung auszuſprechen — obgleich die ſogenannte „Oppoſition" von der konſervativen, von der guten Preſſe an ihre Pflicht und Schuldigkeit erinnert iſt, haben doch alle ſtädtiſchen Behörden es den Staatsbeamten und der von Spießbürgern aller Art verketzerten und verachteten Preſſe ruhig und ſorglos überlaſſen die öffentliche Meinung zu repräſentiren, ihre eigene Meinung dagegen für ſich behalten, was allerdings am bequemſten und niemanden in den höhern Regionen in Mißkredit bringen kann. Magiſtrat und Stadtverordnete in Elbing dagegen haben, von der Ueberzeugung ausgehend, daß „der Entwurf gerade darum veröffentlicht worden, damit auch die Kommunen ihre Meinung über denſelben ausſprechen ſollen", gehandelt, wie ihre Ueberzeugung, wie Ehre und Pflicht geboten. Dank und Ehre, eine Bürgerkrone dem Magiſtrat und den Stadtverordneten in Elbing! Dank und Anerkennung aber auch Hirſchbergs Stadtverordneten für den guten Willen zu thun, was ihnen ihre Ueberzeugung gebot.

Die Meliorationen in der Tucheler Heide.

Im J. 1842 wurden in der Tucheler Heide, in Weſtpreußen an der Berlin-Königsberger Chauſſee auf Staatskoſten großartige Wieſenbauten begonnen, die in vielfachen Zeitungsartikeln geprieſen, in andern als zu koſtſpielig getadelt wurden. Selbſt auf dem Ver.-Landtage wurde auf die Koſtſpieligkeit dieſer Meliorationen hingewieſen; ein vielgenanntes Mitglied der weſtphäliſchen Ritterſchaft äußerte ſarkaſtiſch, das hier gewonnene Heu komme ſo theuer, wie Thee. — Der Zweck der Anlagen in ſeiner großartigen Einwirkung auf den Unterhalt und Wohlſtand vieler Perſonen; die Unkoſten derſelben, entnommen aus Staatsfonds; der gegenwärtige Zeitpunkt, wo ein großer Theil der Schwarzwaſſer-Wieſenbauten vollendet und in ſeinen Früchten verwerthet iſt, mahnen jeden Staatsbürger, ſie ins Auge zu faſſen, ſich von ihnen ein Bild und eine Meinung zu machen, heißt es in einer Schilderung der „königlichen Wieſenbauten am Schwarzwaſſer- und Braheflusſe in Weſtpreußen" abgedruckt in den Verhandlungen des Königsberger Vereins zur

Digitized by Google

Beförderung der Landwirthschaft, eine gründliche Abhandlung, die wir als unbefangene und vorurtheilsfreie Darstellung denen empfehlen, die sich über diese Unternehmung ein Urtheil bilden wollen.

Am Schwarzwasser sind für Kanal- und Wiesenbau incl. Unterhaltung des Administrationspersonals 230,000 Thlr. ausgegeben und dafür 4200 Morgen sterilen Landes in fruchtbare Wiesen umgeschaffen. Die bisherigen Erfahrungen lassen annehmen, daß der Morgen in wenigen Jahren durchschnittlich 5 Thlr. bringen kann, daß also die Einnahme von 4200 Morgen 21000 Thlr. betragen dürfte. Von dieser gehen 5000 Thlr. für Verwaltung und Unterhaltung ab, bleiben also 16,000 Thlr. Reinertrag, die 7 pC. von 230,000 Thlr. Anlagekapital repräsentiren. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß der Staat Behufs dieser Wiesenbauten für 360,000 Thlr. Güter und Wassermühlen angekauft. „Daß diese Mühlen und Güter," heißt es in der genannten Abhandlung, „dem Domainenfiskus nicht die Zinsen von 360,000 Thlr. bringen, liegt auf der Hand, wenn man diese Grundstücke kennt; die genaueste Zusammenstellung ihrer Revenuen dürfte kein günstiges Resultat ergeben; wir glauben, daß sie sich jetzt und in einer Reihe von Jahren kaum zu 1 pCt. verzinsen werden und der Nutzen sich nur heben kann, wenn man noch bedeutende Mittel für sie verwendet. Vom Domainenfiskus sind circa 3 □M. mit circa 5000 Seelen erworben *), die Königl. Forsten dabei um 30,000 Morgen schwachbestandener Heide vermehrt und keine dankbaren Domainenvorwerke, vielmehr nur solche acquirirt, welche die projektirten Pachtgelder nicht tragen können, sondern noch fortwährend große Verbesserungssummen verlangen. Eine gute Seite werden diese Güterankäufe von Seiten des Staats erhalten, wenn man nicht unterläßt die geeigneten Flächen mit kleinen Eigenthümern zu besetzen, die vielen Brücher und Wiesen durch Wasser-Ab- und Zuleitungen zu verbessern, Ackerbaumusterwirthschaften, eine Acker- wie Wiesenbaulehranstalt einzurichten."

Das Bedenken, daß Rieselwiesen nur eine geringe Zahl von Jahren einen guten Ertrag liefern, theilt der Verf. jener Abhandlung nicht; wäre diese Befürchtung richtig, so müßte man diese Anlage als eine sehr kostbare Ephemere beklagen. Kostbar scheint sie uns jedenfalls zu sein, wenn man berücksichtigt, daß für 360,000 Thlr. Grundstücke angekauft sind, die sich kaum mit 1 pCt. verzinsen. Es fragt sich welche Vortheile dem Gemeinwesen überhaupt und anderweitig durch diese Anlagen erwachsen. Einige Andeutungen in den folgenden Zeilen.

Man hat Forstflächen, welche so dürftig bestanden waren, daß sie nichts brachten, sondern durch die Aufsicht noch Unkosten machten, in fruchtbare Wiesen umgeschaffen. In einer Gegend, die beinah stets an Futternoth leidet, wo also jede Vermehrung des Futtermaterials werthvoll und folgenreich für die Landwirthschaft sein muß, sind 4200 Morgen sterilen Landes in Wiesen umgeschaffen, die ein vorzügliches Heu liefern, wodurch der Landwirthschaft in dieser bisher armen Gegend eine ganz andere Richtung gegeben wird. Auch die Besitzer großer, entfernt liegender Güter, die noch an Futtermangel leiden, können bei der durch die Chaussee erleichterten Abfuhr, von dieser außerordentlich vermehrten Graserzeugung Nutzen ziehen, wenn sie „nicht zu ängstlich und zu bequem sind."

Um den regelmäßigen Heuabsatz zu sichern, ist darauf hinzuwirken, daß in der Nähe der Wiesenanlagen Meiereien entstehen, deren Besitzer als regelmäßige

---

*) Darunter ein Gütercomplex für 97000 Thlr., von dem in jener Abhandlung gesagt wird: „zu welchem Zweck ist unerfindlich!!" Ziemlich allgemein ist man auch der Ansicht, daß die Mühlen, die 160000 Thlr. kosten, billiger zu kaufen gewesen wären, wenn man statt eines Agenten, mehrere damit beauftragt hätte.

Digitized by Google

Gras- und Heunutzer auftreten. Ein Vorbild zu solchen Meiereien müßte in einer Gegend, der diese Vorbilder fehlen und trotz der Anstelligkeit der polnischen Bewohner geboten werden müssen, gegeben werden, indem man die dem Staate gehörigen Vorwerke Hutta und Uroze, (die bisher nichts eingebracht, nur etwas gekostet haben) parcelliren und mit Erbpächtern besetzen könnte, mit Leuten, die in der Vieh- und Milchwirthschaft bei einigem Vermögen Erfahrung, Geschick und Ausdauer besitzen. Die Größe der angrenzenden Bodenflächen bietet bei einem Parcellenverkauf Raum für eine fünfmal stärkere Einwohnerzahl.

Erfolgreich und erfreulich sind die Einwirkungen dieser Anlagen auf die Bewohner dieser Gegend in materieller und geistiger Beziehung. In einem Landstriche, wo kaum 700 Menschen auf der Quadratmeile wohnen, wo der größere Theil der Bodenfläche sterile Forst oder Steppe, wo der wenige Acker mager ist, wo dürftige Weiden kleines unansehnliches Vieh kaum ernähren, wo ein rauhes Klima dürftige Ernten unsicher macht, wo die sittliche und geistige Kultur auf sehr niederer Stufe steht, wo der Staat in der so drückenden Klassen- und Salzsteuer bisher nur Geld fortnahm, selten etwas hinfließen ließ, wo seit einigen Jahren Mißwachs eine allgemeine Noth herbeiführte, mußten 23000 Thlr. für öffentliche Arbeiten verausgabt auf Handarbeiter und Gespannhalter höchst wohlthätig einwirken. Absatz und Leben ist in eine ganz verkehrstodte Gegend gekommen, der Werth der Grundstücke, deren Besitzer Betriebskapitalien in die Hände bekommen haben, ist gestiegen. Wie die Ernährungsfähigkeit vieler Leute gesichert ist, so hat auch die geistige Kultur Fortschritte gemacht. Die Arbeitsfähigkeit der polnischen Bewohner ist gestiegen, ja eine Arbeitslust ist erwacht und der polnische Tagelöhner ist ein ganz anderer geworden durch — Akkordarbeit. Das Bild, das uns der Verfasser des genannten Artikels, ein Deutscher, von der frühern Faulheit und der gegenwärtigen Arbeitslust der polnischen Tagelöhner entwirft, ist höchst charakteristisch und sehr belehrend. Der polnische Tagelöhner, der früher sein Glück darin fand zu faullenzen, Holz zu stehlen, in dem Krug zu zechen und nur arbeitete, wenn ihn der Hunger quälte, setzt jetzt eine Ehre darin bei den Wiesenbauten beschäftigt zu werden. Er ist in Folge der ihm angeborenen Höflichkeit und Willigkeit ein freundlicher ordentlicher Arbeiter, er sieht nicht verdrossen aus wie der Deutsche und versteht sich zu jeder Akkordarbeit. Während der polnische Tagelöhner früher dem lieben Gott den Tag abzustehlen suchte, ist er jetzt von früh bis spät fleißig, spannt er seine Körper und Geisteskräfte an, in die todte Fleischmasse ist eine Seele gekommen; er hat neue Anschauungen, neue Ideen in sich aufgenommen, er weiß sich Arbeit und Arbeitskameraden zu suchen und zu erhalten, während er früher einzeln hin und herschlenderte. Mit dem Mangel haben auch die Verbrechen abgenommen; große Haufen dieser polnischen Arbeiter haben sich ruhiger und gesetzmäßiger verhalten, als sich schwerlich gleich große Arbeiterhaufen aus deutschen Gegenden benehmen würden. Ein so ehrenvolles von einem unbefangenen und vorurtheilsfreien Deutschen den polnischen Arbeitern ertheiltes Zeugniß dürfte Vorurtheile berichtigen und beweisen, daß die vielbeklagte Arbeitsscheu und Faulheit der polnischen Arbeiter sehr wohl in Arbeitslust und Fleiß zu verwandeln, daß der polnische Arbeiter keineswegs unverbesserlich ist. So sagt der Geh. Regierungsrath v. Haxthausen in seiner Darstellung der ländlichen Verfassung der Provinz Preußen: Der Masure, wenn er gut behandelt wird, ist außerordentlich anhängig, bei allen landwirthschaftlichen Arbeiten sehr anstellig und willig. Herr v. Haxthausen hält es nicht für unmöglich, daß sich dereinst in Masuren, wo das von so vielen Gewässern durchschnittene Terrein nicht ungünstig ist und der polnische Volksschlag gewiß sich als höchst anstellig und brauchbar zeigen würde,

Digitized by Google

eine größere industrielle Thätigkeit entwickeln könnte. — Es kommt also allem Anschein nach nur darauf an statt des Stocks andere geeignete Mittel zu ergreifen um die Arbeitslust bei dem polnischen Tagelöhner zu wecken.

Wir enthalten uns jedes Urtheil darüber, wie die aus Staatsfonds auf diese Anlagen und den damit in Verbindung stehenden Ankauf von Grundstücken verwandten Mittel mit dem dadurch erzielten Nutzen in Verhältniß stehen und bedauern nur, daß es nicht möglich gewesen zu sein scheint mit diesen Anlagen eine schiffbare Wasserstraße zu verbinden.

Im J. 1846 wurden auch an der Brahe Arbeiten zu Rieselanlagen begonnen, um die Brahe 37 — 40 Fuß hoch anzustauen, sie in einen 13 Meilen langen Kanal zu leiten und aus diesem Kanal 40,000 Morgen im Konitzer und Bromberger Kreise zu überrieseln. Durch den schiffbaren Kanal soll zugleich eine jetzt fehlende Wasserstraße nach Bromberg hergestellt werden. Die Anforderungen an das Resultat dieses neuen Baues, heißt es in dem Artikel, dem wir gefolgt sind, müssen aber größer sein als bei dem ersten schon vollendeten; letzterer war dem Zwecke „zu beweisen, daß man auch im Großen aus nichts Gras wachsen machen könne" angemessen; diesen Zweck kann man nicht mehr vor Augen haben, das Exempel ist gelöst und ein gleiches Thema wäre ein zu kleinliches in Berücksichtigung der großen Kosten und der unendlichen Hindernisse, welche allein schon in Bezug auf die Erwerbung der Kanalfläche und Abfindung der von der Inundation betroffenen Grundbesitzer überwunden werden müssen; in Erwägung, daß die Unterhaltung der Bauten eine sehr kostbare sein muß und dieselben manchen Unfällen ausgesetzt sind, so wie in Betracht, daß circa 1½ Mill. Thlr. wohl zweckmäßiger zu verwenden wären.

Der Abgeordnete von Gottberg.

Pommern sitzt in der Politik auf der faulen Bank, sagt die Breslauer Ressourcenzeitung, ein Vorwurf, dessen Wahrheit sich nicht ganz wegleugnen läßt, wiewohl man sich im deutschen Binnenlande zu sehr bemüht, auf Kosten Pommerns wohlfeile Witze zu machen. Schon im ersten Jahrgange haben wir darauf hingewiesen, daß Pommern weder ultrakonservativ, noch reaktionär, daß man auch in Pommern, freilich etwas langsam und bedächtig, vorwärts will. Wir haben uns zum Beweise dessen, daß Pommern nicht rückwärts, sondern vorwärts will, unter andern auf die Abstimmung über den Gesetzentwurf in Betreff der Fideicommisse auf dem Provinziallandtage bezogen. Auf dem Ver. Landtage haben Männer, wie die Abg. v. Gottberg, v. Hagenow, v. Heiden, v. Puttkammer-Stettin, Graf Schwerin, die Provinz würdig vertreten, die Spötter zum Schweigen gebracht und der Welt den Beweis geliefert, daß Pommern sich keineswegs den die Geister bewegenden Ideen der Zeit und dem Fortschritt verschlossen. Es wäre zu beklagen, wenn der Abg. v. Gottberg, den zu ihren Abgeordneten zu zählen, für die Provinz nur wünschenswerth und ehrenvoll sein kann, nicht wieder gewählt werden sollte. Seht, würde man sagen, so sind die Pommern, der Fortschritt macht ihnen Bauchgrimmen, als Götzendiener des status quo und der Privilegien wollen sie nichts von dergleichen Berechtigung Aller hören; für humane Ideen sind sie unzugänglich.

Digitized by Google

Es iſt ſchon in dieſen Blättern auf die zwiſchen adlichen und bürgerlichen Gutsbeſitzern des Kr. Stolp beſtehenden Antipathieen hingedeutet worden. Wir wollen nicht unterſuchen, auf weſſen Seite die Schuld liegt; wahrſcheinlich tragen ſie beide Theile. Wo ein ſo kleinlicher Zwieſpalt ſich zeigt, da ſteht die politiſche Bildung noch auf einer ſehr niedrigen Stufe. Politiſch gebildete Männer werden auf die Geburt, auf den Adel, als etwas Zufälliges, das ſich der Menſch nicht ſelbſt gegeben, kein Gewicht legen. Der Adel wird, wenn er nicht hartnäckig und ſtarrſinnig an antiquirten Vorurtheilen klebt, ſeinen bürgerlichen Genoſſen ſich nicht gegenüberſtellen, wenn dieſe durch Bildung, Geſinnung, durch ihre Theilnahme am öffentlichen Leben ſich Achtung zu erzwingen wiſſen. Wo es nicht zwiſchen adlichen und bürgerlichen Gutsbeſitzern zu offenem Parteiſtreit gekommen (wie in Meklenburg, wo ſich adliche und bürgerliche Ritter untereinander um Vorrechte zanken), da iſt es nicht zu billigen, bei einer Wahl auf die Geburt Rückſicht nehmen zu wollen. Allemal iſt der Tüchtigſte zu wählen, ob er adlich oder bürgerlich iſt ganz gleichgültig; ob jemand adlich oder bürgerlich, darauf können nur Männer ein Gewicht legen, die noch in den politiſchen Kinderſchuhen umherlaufen, das A B C der Staatsweisheit nicht begriffen haben.

Andrerſeits äußern ſich Bedenken, ob Herr v. Gottberg bei der offenkundigen Mißſtimmung einzelner Kommittenten geneigt ſein dürfte, ſich um die Wiederwahl zu bewerben. Das wäre eine mit unſerm beginnenden öffentlichen Leben ganz unvereinbare Empfindlichkeit. Der Mann, der ins öffentliche Leben hinaustritt, muß Lob und Tadel, Beifall und Mißbilligung mit Gleichmuth ertragen lernen. Herr v. Gottberg iſt es ſich, der Provinz und der Nation ſchuldig, die Wahl anzunehmen, ſich darum zu bewerben. Wie jeder mit Vernunft Begabte verpflichtet und berufen iſt, auf ſeine Weiſe und in ſeinem Kreiſe an der Entwickelung, an dem ſich Geſtalten der allgemeinen Vernunft des Volkes, an der Geſetzgebung und Verwaltung Theil zu nehmen, und wie über den Grad dieſer Theilnahme nur die größere oder geringere Bildung entſcheiden kann, ſo iſt Herr v. Gottberg verpflichtet, er iſt es der Nation ſchuldig, die Wahl anzunehmen. Nur vor der reiferen politiſchen Bildung, vor einem größeren Talent darf er zurücktreten.

Der Pr. Lieutenant von Willich wird Zimmermann.

(Aus der »Trier'ſchen Zeitung.«)

Wir haben in dieſen Tagen Gelegenheit gehabt, den ehemaligen Artillerie-Lieutenant Willich, der nunmehr ſeine geforderte Entlaſſung aus dem preußiſchen Militärdienſt erhalten hat und eben aus Kolberg an den Rhein zurückgekehrt iſt, hier perſönlich kennen zu lernen. Bekanntlich gehörte Herr Willich zu jenen Offizieren, gegen welche in weiterer Folge des Anneke'ſchen Prozeſſes höheren Orts der Verdacht erhoben wurde, daß ihre „Geſinnung" nicht mit denjenigen „Anſichten" harmonire, welche die „Standesverhältniſſe" des Militärweſens unbedingt von jedem Officier verlangen. Die ehrengerichtliche Unterſuchung gegen Herrn Willich war nicht von dem erwarteten Erfolge gekrönt; Herr Willich wurde

Digitized by Google

jedoch von Wesel nach Kolberg versetzt. In seiner Brigade zu Wesel war er der Nächste im Avancement zum Hauptmann gewesen und hatte auch bereits eine Kompagnie geführt; in Kolberg sollte er als der jüngste Premierlieutenant einrücken; er forderte seine Entlassung aus dem Militärdienst, die ihm aber verweigert wurde. Gezwungen nach Kolberg abzugehen, richtete er nach andern vergeblichen Schritten zuletzt ein nochmaliges Entlassungsgesuch direkt an den König, und motivirte dasselbe mit der Erklärung, daß es für ihn „aus Gründen der Gewissenhaftigkeit zur moralischen Unmöglichkeit geworden, länger in Diensten zu bleiben." Auf dies Gesuch wurde er denn allerhöchsten Orts beschieden, daß seiner Entlassung ferner nichts mehr in den Weg gelegt werden solle; daß er aber, da er in seiner Immediateingabe den Ausdruck gebraucht: „er wolle sich gegen das wider ihn beobachtete Verfahren vorläufig nicht rechtfertigen," zuförderst eine Rechtfertigung seines persönlichen Lebens einreichen möge. Herr Willich glaubte auf diese letztere Aufforderung nicht eingehen zu können; in einer weiteren Eingabe bemerkte er, daß ihm zu einer Rechtfertigung seines innern geistigen Lebens oder seiner Gewissensüberzeugung keine Veranlassung vorzuliegen scheine, daß er nichts als seine Entlassung aus dem königlichen Militärdienste und blos seine Entlassung verlange, daß er aber über sein speckelles äußeres Leben und seinen Charakter lediglich das Urtheil seiner Vorgesetzten und Kameraden entscheiden lassen wolle. Hiernach ist denn endlich Herrn Willich die nachgesuchte Entlassung aus dem königlichen Militärdienst ertheilt worden, und er nach dem Niederrhein zurückgekehrt. Wir unserntheils haben in Willich einen Charakter im ächten Sinne dieses Wortes kennen gelernt. Durch seine theoretischen Studien mit der jüngsten Bewegung der Geister innig vertraut und die Entwicklung der Gegenwart in gleichem Schritte selbstthätig in sich zurückkämpfend, lebt und denkt er nur in dem Pulsschlag der zur Veredlung fortschreitenden Menschheit und strebt einzig, die Resultate der freien philosophischen Weltanschauung ins praktische wirkliche Leben zu übertragen. Da er aus dem Militärdienst ohne Pension und Civilversorgung entlassen ist, so hat er sich entschlossen, ins Volk zurückzutreten; er wird sich in wenigen Tagen nach Düsseldorf begeben und dort das Zimmermannshandwerk erlernen, um sich so durch eigene Kraft seine Existenz zu begründen. Wir können diesen Entschluß nur mit voller Anerkennung begrüßen. Nicht nur, daß wir die Gewißheit hegen, wie Willich in seinem neuen Beruf eine vielseitige Thätigkeit finden und in dem Kreis seiner „Mitgesellen" das Bewußtsein des menschheitlichen Lebenszieles erwecken und zur praktischen Reife bringen wird; auch abgesehen von dieser neuen persönlichen Wirksamkeit Willichs, der durch die klare Festigkeit und warme Hingebung für seine Überzeugung wie durch Männlichkeit und sittlichen Ernst des Charakters entschieden zum Volksmanne berufen ist, begrüßen wir in seiner Angelegenheit vielmehr ein Stück Zeitgeschichte, einen öffentlichen Ausdruck des Zeitbewußtseins, welches ja eben den Menschen aus dem „Standesthum" zur freien menschlichen Thätigkeit herauszuführen beginnt. Nicht der „Stand" ist es, der dem Menschen seinen wahren, seinen menschlichen Werth verleiht, sondern es ist der einheitliche Lebenszweck der Menschheit, die „Arbeit." Dieser Zweck bleibt ewig unverändert derselbe, und wie im Ganzen die Geschichte der Menschheit nur die Geschichte ihrer „Arbeit" ist, so hat auch nur der in der Menschheit gelebt, wer in der großen Lebensentwickelung, der „menschlichen" Arbeit seine Stelle suchte. Eine freie Lebensthat ist darum in der Zeitbewegung von größerem Werth, als tausend „ruhige" Philisterexistenzen, die in dem Schlendrian des Konventions- und Kastenwesens mit aller Regelmäßigkeit, ohne irgend Abschweife, von der Wiege zum Grab fahren, wie eine Lokomotive von einer Station zur andern; denn ein

Digitized by Google

wahrer Lebenskampf geht nicht wirkungslos in dem Strom des Lebens vorüber, sondern vibrirt nach in nahen und weitern Kreisen, während die zerfahrene Fäulniß des Philisterschlendrians von der Entwickelung des Menschengeistes absorbirt wird und als Schlamm in dem Ufergestrüpp der Vergessenheit hängen bleibt. Und darum bewillkommnen wir Willich, dessen Persönlichkeit der Theilnahme, welche sein Schicksal in weiten Kreisen gefunden, würdig ist, mit Freudigkeit in seiner neuen, freien Stellung. Mag auch immer die philisterhafte Hohlheit sich darüber scandalisiren, daß derselbe nicht lieber in „standesgemäßer" Beschäftigung seine Existenz begründet: wir brauchen es ihm nicht zu versichern, daß noch Leute genug sind, welche mit Freude und Stolz die schwielige Hand eines Ehrenmannes drücken, der auch mit dem Beil seine freie menschliche Existenz zu zimmern weiß, und unter dessen Blouse ein Herz schlägt, welches in warmer Überzeugung für die Zukunft der Menschheit die Sicherheit seiner eigenen Gegenwart hinopferte!

Kompromiß für das kaufmännische Schiedsgericht zu Stettin (v. 1. Mai 1847).

Das Statut der hiesigen kaufmännischen Korporation ist zu einer Zeit entstanden, wo die Lehre vom „beschränkten Unterthanenverstande" herrschend war. So ist es gekommen, daß die Herren Vorsteher Alles, die Mitglieder Nichts sind. Die Vorsteher sind die Vormünder der Korporation. Als solche erscheinen sie auch in jenem Kompromiß. Durch die Vorsteher erfolgt zunächst der Vorschlag zu den Schiedsrichterwahlen, doch hat jedes Mitglied der Korporation das Recht andere Personen vorzuschlagen; natürlich, denn sonst würden die Vorsteher die zu wählenden Schiedsrichter nicht bloß vorschlagen, sondern auch ernennen. Wenn den Vorstehern ein Präsentationsrecht zustehen soll, so ist es ein Mangel, daß nirgends gesagt ist, wieviel Personen sie z. B. zu den 18 kaufmännischen Schiedsrichterstellen zu präsentiren haben, ob nur 18 oder etwa 48. Die Konceſſion, die jedem Mitglied nur Vorschlagsrecht zugesteht, will unter den gegebenen Verhältnissen wenig bedeuten.

Die Vorsteher der Kaufmannschaft „haben das Recht" wenn im Laufe des Jahres durch Austritt, Tod ꝛc. „durch Nichtannahme der Wahl" die Zahl der 24 gewählten Schiedsrichter, vermindert wird, interimistisch bis zur nächsten Generalversammlung Ergänzungswählen *selbst vorzunehmen*. Warum werden nicht sofort in der Generalversammlung „Ergänzungsrichter", wie bei den rheinischen Handelsgerichten, von der Versammlung gewählt? Bei den gegenwärtigen Bestimmungen kann es kommen, daß durch Austritt, Tod, durch Nichtannahme der Wahl die Mehrzahl der Schiedsrichter nicht von den Mitgliedern, sondern von den Vorstehern gewählt ist.

Das ist um so auffallender, da die Vorsteher für jeden einzelnen Streitfall die Mitglieder des Schiedsgerichts „*ernennen*" und jede Partei nur *einen* der von den Vorstehern *ernannten* Schiedsrichter refusiren kann, worauf die Vorsteher wiederum einen Stellvertreter aus der Rolle der 24 Schiedsrichter *ernennen*. Diese Ernennung Seitens der Vorsteher und die Beschränkung des Rekusationsrechts ist mit der Natur eines Schiedsgerichts ganz unvereinbar. Die erste, unerläßliche Bedingung eines solches Gerichts ist, daß die Parteien *Vertrauen* zu ihren

Digitized by Google

Schiedsrichtern haben, was nicht damit gegeben ist, daß die Vorsteher die Schiedsrichter ernennen und daß jede Partei von diesen durch die Vorsteher ernannten hinterher einen einzigen Schiedsrichter rekusiren darf. Wenn man den Parteien nicht überlassen will aus der Zahl der Schiedsrichter diejenigen sich selbst zu Richtern zu wählen, zu denen sie Vertrauen haben, dann muß ihnen wenigstens gestattet sein, mehrere der ihnen von den Vorstehern gegebenen Schiedsrichter zu verwerfen. Die Schiedsrichter entscheiden auf ihr Ehrenwort; sie sind gleichsam Geschworne, wiewohl sie nicht mit Geschwornen verwechselt werden dürfen. In England, wo Geschworne im Civil- und Kriminalprozeß fungiren, kann jede Partei eine Verwerfung der ganzen Geschwornenliste geltend zu machen suchen und in größern Kriminalprozessen kann der Angeklagte 20, ja 35 Geschworne ohne Anführung irgend eines Grundes verwerfen. Durch dies ausgedehnte Rekusationsrecht ist dem Angeklagten verstattet, sich diejenigen, die das Schuldig oder Unschuldig über ihn aussprechen, gleichsam zu wählen. Bei uns darf der Kaufmann nur einen einzigen Schiedsrichter verwerfen, mit den übrigen, die ihm von den Herrn Vorstehern gesetzt sind, muß er zufrieden sein.

Den Verhandlungen kann jedes Mitglied der kaufmännischen Korporation beiwohnen und kann das Schiedsgericht „auf ausgesprochenen Wunsch" auch andern Personen den Zutritt gestatten. Wir können uns nicht denken, daß irgend ein Nachtheil daraus entstehen würde, wenn jedermann ohne besonders „ausgesprochenen Wunsch", als Zuhörer zugelassen würde, weshalb J. V. ohne irgend eine Gefahr kurz und bündig bei der nächsten Revision so zu fassen sein dürfte: Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht sind öffentlich.

Befremdend erscheint es noch, daß man für ein kaufmännisches Schiedsgericht eine so große Beigabe zünftiger Rechtsgelehrten, die wohlzumerken das dritte Examen gemacht haben müssen, für nothwendig hält. Die Griechen, das gebildete Volk der alten Welt, wußten ohne einen Richterstand fertig zu werden; die Römer hatten schon die Welt erobert, ehe sie sich einen Richterstand anschafften; England und Nordamerika haben der eigentlichen Richter so wenig, daß es nicht der Rede werth und in Stettin werden in einem kaufmännischen Schiedsgericht neben 18 kaufmännischen — acht Richterstellen für Juristen, die das dritte Examen gemacht haben für nöthig gefunden; eine Erscheinung, die mit der dem Schiedsgericht zu Grunde liegende Idee schwer vereinbar. Ueberall zeigt sich ein Verlangen nach Schieds- und Billigkeitsgerichten, in England sind sie an der Tagesordnung. Es ist keineswegs bloß Furcht vor einem langen Prozeßverfahren, sondern die Ueberzeugung, daß es mit der Jurisprudenz und den Rechtsklaubereien nicht weit her sei, daß der Prozeß ein unsicheres Spiel, („wie hebben verspeelt," sagt der Bauer, wenn er den Prozeß verloren), — die an den gesunden Sinn und das Billigkeitsgefühl der Mitbürger im Schiedsgericht appellirt, weil, wie Herr v. Kirchmann versichert, „die Nation der wissenschaftlichen Juristen überdrüssig ist." Liegt dem Schiedsgerichte die Idee zum Grunde, daß das Recht ohne juristischen Firlefanz im Volke lebe, so sollte man meinen, daß vorzugsweise im kaufmännischen Schiedsgerichte Juristen ein überflüssiger Luxusartikel seien. In den Kaufleuten lebt das Handelsrecht, sie, nicht aber die Juristen, bilden es weiter. „Jene Leidenschaft für Schiedsmänner, bemerkt Herr v. Kirchmann, das Drängen nach Verstärkung und Ausdehnung deren Wirkungskreises, was ist es anders, als das dunkle Ahnen jenes Uebelstandes und das Streben, das Rechtsprechen den Händen der gelehrten Richter zu entziehen und der Nation zurückzugeben; mit einem Worte: das Recht wieder in sein Recht einzusetzen."

Digitized by Google

Der Stettiner Freihandelsverein.

Der großen Zahl der Stettiner Vereine hat sich ein Freihandelsverein angereiht, der in diesen Tagen erst ins Leben gerufen, schon gegen 120 Mitglieder zählt. Die erste, konstituirende, von circa 70 Personen besuchte Versammlung fand unter Vorsitz des Herrn Konsul Gutike am Dienstag den 2. Februar im Hotel de Prusse statt. Die Statuten wurden berathen und hier bewies die Versammlung, daß sie die Zeit und das dem Vereine zu Grunde liegende Prinzip begriffen. Der Freihandelsverein wird in der Geschichte Stettins Epoche machend sein. In den zur Berathung vorgelegten Statuten wird gesagt: Jeder, der sich zu den Grundsätzen des Freihandels bekennt, kann, wenn er sich verpflichtet jährlich 2 Rthlr. zu zahlen, Mitglied des Vereins werden. Dabei machte das Stettiner Bewußtsein der alten Zeit sich geltend, dem es wünschenswerth und nothwendig schien, daß der Vorstand durch die Statuten bevollmächtigt werde, „ungeeignete" Persönlichkeiten zurückzuweisen: es ist das eine Gewalt, die, zur großen Verwunderung Fremder, die den Stettiner starken Zopf aus eigner Anschauung noch nicht kennen, in den meisten Vereinen dem Vorstande, als einer obervormundschaftlichen Behörde gegeben ist. Mit diesem Vorschlage, den Stettiner Zopf dem Vereine anzuheften, und den Verein, der seiner Idee nach weltbürgerlich ist, stettinisch zu machen, war das dem Verein zu Grunde liegende Prinzip in Frage gestellt. Der Verein wäre durch Annahme desselben sich selbst untreu geworden. Er hätte dadurch einen Schutz gegen „ungeeignete Persönlichkeiten" ins Leben gerufen; es war eine Appellation an Censur und Polizei, deren wir im Leben schon genug haben, es wäre dem Vorstande dadurch eine Macht eingeräumt, die jeder Verein sich selbst bewahren sollte. Die Versammlung fand sich nicht veranlaßt, dem Vorstande eine derartige polizeiliche Funktion, eine Censur der Eintretenden zu übertragen. Die Angst mit „ungeeigneten" oder mit "bescholtenen" Personen in den Versammlungen in Berührung zu kommen fand in der Versammlung nicht den geringsten Anklang; die preußische Bescholtenheit und Nationalkokarde, das gerichtliche Urtheil könne für den Verein kein maßgebendes Kriterium der Bescholtenheit sein, da es sehr wohl denkbar, da es Thatsache, daß sehr ehrenwerthe Männer durch gerichtliches Urtheil mit aller Form Rechtens die Nationalkokarde verloren. Mit überwiegender Majorität, fast einstimmig beschlossen die Kaufherrn Stettins, jedermann, ob nach preuß. Gesetz und durch richterliches Urtheil bescholten oder nicht bescholten, den Zutritt in den Verein zu gestatten, jedermann, er sei, wer er sei, der zur Belehrung beitragen oder sich selbst belehren wolle, aufzunehmen.

Das Prinzip des Vereins war durch diesen Vorschlag gefährdet; die Kaufherren Stettins haben es sich erhalten; sie haben durch diesen denkwürdigen, in den Annalen Stettins unerhörten Beschluß, sich selbst geehrt und der Welt gezeigt, daß sie wahrhaft freie Männer, über jedes Vorurtheil erhaben, und keine Stettiner Spießbürger. Der Verein hat den Plunder socialer Vorurtheile abgestreift. Mitglied eines solchen zu sein, kann sich jeder freie Mann zur Ehre rechnen. Der Beschluß ist zugleich ein Fingerzeig für die Gesetzgebung. Wie kontrastirt mit diesem Grundsatz des Stettiner Freihandelsvereins jener kümmerliche, klägliche, philisterhafte Beschluß des Bürgervereins nur Bürger aufzunehmen, und die Furcht der Stettiner Bürger, daß durch Zulassung von „Schutzverwandten" gefährliche Elemente in den Bürgerverein eindringen könnten. Der Freihandels-

Digitized by Google

verein fürchtet derartige gefährliche Elemente nicht; er wird sie durch seine Intelligenz, durch die Macht des Geistes zu überwinden wissen.

Wir sprechen von den Kaufherrn, weil die Versammlung auffallender Weise fast nur aus Kaufleuten bestand. So viel Ref. bemerkt, waren nur zwei Justizkommissarien und zwei — Literaten, zugegen, — denn Literaten sind bekanntlich überall bei der Hand, mengen sich überall und in Sachen ein, um die sich der ruhige Spießbürger in der Schlafmütze nicht kümmert. So viel wir bemerkt, waren weder gelehrte Mitglieder eines hochedlen und hochweisen Raths, noch Gelehrte, Lehrer oder Mitglieder des Richterstandes überhaupt zugegen. Auch das Militär war druch Niemanden vertreten. Sollte das Prinzip des Freihandels nur unter der Kaufmannschaft und nicht in der übrigen Gesellschaft Stettins Anhänger und Bekenner finden? Das fürchten wir nicht. Warum aber halten sich diese Freunde des Freihandels sämmtlich von dem Verein fern, warum überlassen sie es der Kaufmannschaft allein für die weltbürgerliche Idee des freien Verkehrs zu wirken. Jeder, der für die Zwecke des Vereins zu wirken geneigt und sich befähigt hält, ist dem Verein willkommen, warum überläßt man nun den Kaufleuten allein für diese Idee zu wirken.

Die Freievangelischen, die Deutschkatholiken und das preußische Religionspatent.

Das Gesetz vom 30. März 1847, das Patent, die Bildung neuer Religionsgesellschaften betreffend, ist der erste Schritt zur völligen Emancipation des Staates von der Kirche, um die Gewissensfreiheit anzubahnen und zur Wahrheit zu machen. Es hebt den Kirchen- und Religionszwang auf und gestattet, ein „purer Mensch" zu sein. Es führt für die aus der Kirche ausgeschiedenen Dissidenten die in Frankreich, Belgien, Holland und der Rheinprovinz bestehenden Civilakte ein. Es läßt sich dagegen nur einwenden, daß diese Civilakte nicht allgemein geboten und dem freien Willen überlassen ist, Taufe, kirchliche Trauung zu verlangen, daß nur ausnahmsweise für die aus der Kirche Ausgeschiedenen die Civilakte vorgeschrieben ist. Man konnte erwarten, daß man die gewährte Freiheit vorläufig als Abschlagszahlung annehmen würde. Statt dessen weigern sich Deutschkatholische wie Freievangelische fast allgemein, von dem Patent und von den gesetzlich vorgeschriebenen Civilakten Gebrauch zu machen. Wir erinnern dabei an ein Urtheil Kleinpauls in den Hamb. Literarischen Blättern:

„Eine Heldenthat aber, sagt Kleinpaul über die Verhandlungen des deutschkatholischen Conciliums in Berlin, eine Heldenthat habt ihr zuletzt noch vollbracht; ihr habt dem Westphälischen Frieden, der deutschen Bundesakte und den preußischen Landesgesetzen die Stirn geboten, und darüber, berichtet die Zeitung, habt ihr euch umarmt und die Hände gedrückt. Ein preußisches Religionspatent war erschienen, welches Denjenigen, die mit dem Glaubensinhalt der Staatskirchen nicht in Uebereinstimmung sind, freien Austritt aus diesen Kirchen gewährt, nur sehr geringe Beschränkungen der politischen Rechte für die Abgefallenen in Aussicht stellt und — unerwarteter Weise — mit dem heilsamen Institut der Civilehe die Dissidenten belohnt. Unschwer ist's einzusehen, daß, je mehr Menschen ihren Beitritt aus den

Digitized by Google

Staatskirchen erklären, desto mehr alle Beschränkung der Ausgetretenen in den politischen Rechten zur Unmöglichkeit werden wird, weil ihre Zurücksetzung eine Menge Konflikte und immer wiederholte Petitionen um völlige Gleichstellung erzeugen muß; daß also die Austretenden für die geringen Opfer, die sie jetzt vielleicht an politischen Rechten bringen, dafür ein desto größeres Verdienst um Herbeiführung der Religionsfreiheit haben. Anstatt aber das Religionspatent als vorläufige Abschlagszahlung auf die volle Religionsfreiheit oder die völlige Trennung der Kirche vom Staate dankbar zu benutzen, anstatt sich über die Entlassung aus den Kirchen zu freuen, stellen sich die preußischen Stimmführer der Deutschkatholiken, die sonst so „gute Unterthanen" zu sein sich rühmen, trotzig an gegen die Regierung und wollen nun nicht hinausgehen aus der Kirche, Kindern gleich, die, wenn man ihnen endlich giebt, was sie haben wollten, auch darüber sich ärgern und sprechen: Nein, nun will ich gerade nicht! Die Abgeordneten der preußischen Deutschkatholiken haben, mit Zustimmung der übrigen, eine Erklärung unterzeichnet, worin sie bekannt machen, daß es ihnen nicht einfalle, das Religionspatent auf sich zu beziehen, weil es nie in ihrer Absicht gelegen habe, aus der allgemeinen Kirche Christi zu treten, sie sich vielmehr nur vom Papste und von der Hierarchie, d. h. von dem bestehenden Kirchenregiment losgesagt haben. Sie berufen sich nun darauf, daß der Westphälische Friedenstraktat nur allgemein den Ausdruck Catholici gebrauche, und daher die damals schon vorhandenen verschiedenen katholischen Kirchen umfasse, auch derselbe den Lehrinhalt keiner dieser katholischen Kirchen garantire. Zuvörderst wollen wir hier den Widerspruch beachten, welchen die Unterzeichner der Erklärung sich zu Schulden kommen lassen. Indem sie nämlich erklären, daß der Westphälische Friede keiner der katholischen Kirchen den Lehrinhalt garantire, geben sie selbst heimlich zu — denn sonst wäre die Anführung zwecklos — daß sie von dem Lehrinhalt der damals anerkannten katholischen Kirchen abweichen; zu Anfange haben sie aber behauptet, daß sie sich nur von dem bestehenden Kirchenregiment losgesagt haben. Abgesehen davon, daß das Kirchenregiment der römisch-katholischen Kirche eben ein dogmatischer Bestandtheil derselben ist, gestehen also jene deutschkatholischen Abgeordneten selbst indirekt zu, daß sie sich nicht nur vom römisch-katholischen Kirchenregiment, sondern auch von dem Lehrinhalt der zur Zeit des Westphälischen Friedens vorhanden gewesenen katholischen Kirchen losgesagt haben; und das Leipziger Glaubensbekenntniß, welches „der Ausdruck ihrer gemeinsamen religiösen Ueberzeugung" ist, giebt uns dafür den Beweis, wenn sie es selbst sophistisch leugnen wollten. Wem wollen eigentlich die Deutschkatholiken durch das Spiel, das sie sich mit dem Namen „Katholiken" erlauben, imponiren? Der gewöhnlichste Verstand muß einsehen, daß sie Sophisten sind, wenn sie auf solches Spiel irgendwelche politische Rechtsansprüche gründen wollen. Dr. Schuselka sprach einmal im Altonaer Bürgerverein von den „großen Staats- und Kirchenlügen"; wohlan, die Unterzeichner jener Erklärung geben uns ein eklatantes Beispiel für die Staats- und Kirchenlügen der Zeit. — O beklagt euch doch nicht über Regierungen! Noch hat's derselben keine in der Lüge so weit gebracht. Und fechtet ihr mit sophistischen Waffen, so zürnet nicht, wenn eure Beschränkung ebenfalls mit sophistischen Gründen vertheidigt wird. Habt ihr denn noch nicht erkannt, daß mit dem historischen Recht gar nichts für euch zu gewinnen ist, daß ihr „Träger der neuen Weltidee" nicht auf Schleichwegen in dem alten Gebäude Positur gewinnen könnt, sondern daß die neue Weltidee, will sie Stand erringen und einen Neubau aufführen, in offenen Kampf treten muß gegen die alte Welt? Wenn ihr dies nicht einseht, so liegt uns eben darin der sichere Beweis, daß ihr nicht Träger einer neuen Weltidee seid, sondern daß dies nur

Digitized by Google

eine der vielen widerlichen Bezeichnungen ist, mit denen ihr eine Sache aufbläht, von der ihr selbst dunkel fühlt, daß ihr der tiefere Gehalt und der wahre Werth mangelt."

Ueber Volksbibliotheken.

Der Buchhändler Herr Gerhard hat die unfreiwillige Muße auf der Festung Weichselmünde, zu der er in Folge eines Preßprozesses verurtheilt ist, dazu benutzt, einen „Aufruf zur Begründung von Volksbibliotheken in kleinern Städten und auf dem Lande, nebst Anleitung, wie dieselben selbst in den kleinsten Orten mit Leichtigkeit einzurichten sind", zu verfassen, ein Schriftchen, das wir der Beachtung aller Volksfreunde, auch in größeren Städten, dringend empfehlen. Herr Gerhard weist darin die Grundlosigkeit der gegen Volksbibliotheken erhobenen Einreden nach, die darin bestehen: Wenn das Volk gebildet wird, so will es nicht mehr arbeiten und gehorchen; für den gewöhnlichen Mann ist Bibel und Gesangbuch genug und alle weitere Lektüre für ihn vom Uebel. Die Gehaltlosigkeit dieser Einreden der Philister liegt auf der Hand, — Schlimmer steht es mit dem Einwurf: die Leute haben weder Zeit noch Lust zum Lesen, und wer soll das Geld zur Anschaffung der Bücher hergeben? Ohne die „tüchtige Gesinnung" im Bürger- und Bauernstande, die Herr Gerhard voraussetzt, im Mindesten in Abrede stellen zu wollen, so zweifeln wir doch, daß hier im Osten eine Leselust in jenen Kreisen vorhanden, und wenn Herr Gerhard sich dabei auf die Erfahrung vieler Orte Mitteldeutschlands beruft, so leben wir nicht in Mitteldeutschland, sondern — an der Grenze der Kultur und Civilisation. Die Mittelklassen, ja die höhern Stände lesen bei uns weit weniger; die Bauern in Holstein selbst lesen mehr und Besseres, als die Herren Gutsbesitzer in manchen andern Gegenden, wie aus der großen Zahl gutgeschriebener, mit Geschick und Takt redigirten holsteinischen Wochenblätter zu ersehen, die erst neuerdings in Folge dänischer Postbeschränkungen matt und kraftlos geworden. Das ist zugleich ein Fingerzeig, wie die Leselust im Volke zu wecken, was bei den Konzessionsbeschränkungen der Lokal- und Provinzialpresse bei uns nicht möglich ist.

Herr Gerhard weist nach, wie die Begründung und Fortführung der Volksbibliotheken keineswegs erhebliche Opfer fordere, woran nicht zu zweifeln, wenn nur die Lust zum Lesen im Volke vorhanden und die gebildeten Klassen Lust und Neigung haben, die weniger gebildeten Klassen aus ihrer geistigen Versumpfung zu erheben. „Wenn, sagt Herr Gerhard, von manchen Leuten Summen für große Feste ausgegeben werden, bei denen der Magen überfüllt wird, das Herz aber leer bleibt; wenn die Pietisten Hunderte und Tausende aufbringen können, um ihre Traktätchen, diese fromm klingenden Gotteslästerungen, zu verbreiten, warum sollten nicht aufgeklärte und freisinnige Männer ein kleines Scherflein dazu beitragen, daß das wichtigste und große Werk der Volksbildung, dieses Grundsteins der Volksfreiheit, gefördert werde?" Wir zweifeln, daß viel geschehen wird, das Volk aufzuklären, zu bilden. Die Anerkennung können wir unsern Gegnern, den Dunkelmännern, nicht versagen, daß sie mit Eifer und Nachdruck auch nach dieser Seite zu wirken suchen, um das Volk im Dusel zu erhalten und zu — verdummen, weil es ihnen Ernst mit der Sache. Dagegen scheint den Liberalen und Rationalisten ihr Liberalismus und Rationalismus nur auf der Zunge zu sitzen, nicht aus

Digitized by Google

dem Herzen zu kommen. Sie haben wenigstens kein Geld für's arme Volk und für Volksschriften, während die Gegner Tausende darauf verwenden. Diese Lau- und Flauheit, die nicht Lust hat für des Volkes Bildung, für dessen geistige Entwickelung zu wirken, ist nicht genug zu beklagen. Werden wir besser, so wird's besser sein, so wird's auch besser werden mit der allgemeinen Volksbildung.

Wie Volksbibliotheken in Stadt und Land mit Leichtigkeit und ohne großen Kostenaufwand durch kleine monatliche Beiträge einzurichten, hat Herr Gerhard nachgewiesen, dessen „Aufruf" auch einen Entwurf zu einem Statut für eine solche Volksbibliothek enthält *). Wird der „Aufruf" ungehört verhallen?

Berichte.

Berlin.

Der socialistischen Presse macht man oft den Vorwurf, daß sie die politischen Fragen zu wenig berücksichtige oder zu sehr obenhin behandle. Doch wird es wenig socialistische Schriftsteller geben, die nicht anerkannten, daß die Politik noch die Welt beherrscht, und deshalb auch eine wohl beachtenswerthe Macht sei. Aber wie wird die Politik, wenn sich einmal so eine sociale Feder über sie hermacht, zerzaust! Das kann ja keine rechtschaffene Censur mitansehen! Der eigentliche Grund für die politische Zähflüssigkeit der socialen Dinte liegt eben darin, daß diese nicht genug gezuckert ist. Der Socialist ist für die Politik zu offen, zu rückhaltlos und verschmäht die diplomatische Gewandtheit, mit welcher die Politik behandelt sein will. Sollte es nun auch wol in den socialistischen Gesinnungen und Eigenschaften der Berliner liegen, daß sie so wenig politisches Interesse zeigen? — Das letztere ist gewiß. Für den Beseler-Fond wird zwar gesammelt; aber ich erwarte nur ein klägliches Resultat. Die schweizerischen Angelegenheiten, so bedeutungsvoll sie auch für den ganzen Erdtheil sind, haben kaum eine Beachtung gefunden. Man war überzeugt, daß es nicht zur Intervention kommen werde, weil das einen Prinzipien-Krieg geben könne; und einen Prinzipien-Krieg dürfe es nicht geben, weil das die europäischen Börsen erschüttern müsse. Mit dem Raisonnement that man die Sache kurz ab und wandte sich den socialen Fragen zu, natürlich vom Berliner Standpunkte. Da können denn auch freisinnige Beamte, menschenfreundliche Banquiers, hochherzige Bürgersleute ein Wort mitsprechen. Wenn ich also eine Correspondenz vom Berliner Fleisch und Blut bringen soll, so werden Sie von der Gewerbeausstellung des Handwerkervereins, von der gemeinnützigen Baugesellschaft u. dgl. hören. — Die Gewerbeausstellung hat viel zu reden gemacht, und sie verdiente in der That die vollste Anerkennung. Mehr als vierzig verschiedene Handwerke, waren durch ihre Arbeiter vertreten und legten die glänzendsten Zeugnisse von dem Zustand derselben ab. Das thörichte Gerede von den nachtheiligen Wirkungen der Gewerbefreiheit für den Fortschritt des Handwerks fand hier durch hunderte von Arbeiten eine thatsächliche Widerlegung. Eben so sehr auch zeugte die Ausstellung gegen die Behauptung, daß die Handwerkervereine durch ihre allgemeinen Bildungstendenzen von einer eifrigen und ernsten Handwerksthätigkeit abzögen. Hier wurde der Beweis geführt, daß die tüchtigsten Arbeiter zu den eifrigsten Vereinsmitgliedern gehörten. Mir würde es aber auch keineswegs so sehr beklagenswerth scheinen, wenn das Handwerk etwas auf Kosten des Menschen verlöre. Denn der Mensch ist eben so wenig für das Handwerk, als für irgend einen außer ihm liegenden Zweck da;

*) Die Gerhard'sche Buchhandlung in Danzig erbietet sich, jedem Orte, der eine Volksbibliothek gründen will, einen Stamm dazu geeigneter Bücher unentgeltlich zu liefern. Auch ist sie, wenn monatliche Beiträge gezeichnet sind, damit die Volksbibliothek sogleich in's Leben treten kann, bereit, so viel Bücher, als die für ein Jahr gezeichneten Beiträge erlauben, sofort zu liefern, wenn dieser Beitrag auch erst allmählig abgezahlt wird. Dazu dürfte auch jede andere solide Buchhandlung gern bereit sein.

Digitized by Google

sondern alle Zwecke sind nur in so weit des Erstrebens würdig, als sie den geistigen, sittlichen und physischen Menschen veredeln. Im Handwerkerstande scheint die Überzeugung auch immer mehr Platz zu greifen, wenn man aus dem Zudrang zu den Vereinen schließen darf. So hat der Verein in der Johannisstraße No. 4. ein zweites Lokal eröffnen müssen, und zwar in dem Saal des Liebhabertheaters Thalia, in der Blumenstraße. Auch der vom Stadtrath Risch gegründete Handwerkerverein hat in diesem Winter an Zahl der Mitglieder bedeutend zugenommen. Daß dieser Verein, der älteste seiner Art in Berlin, nicht rascher emporgekommen, liegt an seiner Organisation, welche die bei Weitem größte Mehrzahl der Mitglieder, die Gesellen, sich nur passiv verhalten läßt. Der Vorstand, welcher zwar in der letzten Jahresversammlung von 5 auf 10 Personen vermehrt ist, besteht nur aus Lehrern und Meistern. Diese geben die Gesetze und üben die Verwaltung; während in jenem andern Handwerkerverein auch die Gesellen sowohl im Vorstande sitzen, der die Verwaltung leitet, als auch in der gesetzgebenden General-Versammlung mitstimmen. Wie der Bürger, welcher zur Betheiligung an den Staat herangezogen wurde, eine lebendigere, reichere Theilnahme für denselben stets bewährt hat, so zeigt auch der Geselle für den Verein, in welchem er sich als mitwirkend weiß, eine festere Anhänglichkeit, als dort, wo er nur zu empfangen hat, was ihm geboten wird. Deshalb ist auch die Anzahl Derer, welche seit der Begründung des Vereins dessen Mitglieder geblieben sind, nicht gering. — Die gemeinnützige Baugesellschaft würde sich, wenn sie zur Wirksamkeit gelangte, auch besonders den kleineren Handwerkern ersprießlich zeigen. Die kleinen Wohnungen, wie der Handwerker, welcher allein oder höchstens mit einem Gehülfen arbeitet, sie braucht, sind nicht nur selten, also unverhältnißmäßig theuer, sondern meistens auch elende, ungesunde Löcher auf engen, dunklen Höfen, nicht selten über dem Apartement, andere unmittelbar unter dem Dach oder im dumpfigen Keller. Welchen verderblichen Einfluß solche Wohnungen auf die sittlichen Stimmungen und auf das körperliche Befinden üben, ist zu bekannt. Die gemeinnützige Baugesellschaft will nun solchen Einflüssen entgegenwirken durch Erbauung von Häusern, welche nur aus kleinen, gesunden und zweckmäßigen Wohnungen bestehen. Solche Häuser sollen auf den verschiedensten Punkten der Stadt angelegt werden, damit nicht etwa eine Art Proletarier-Ghetto entstehe, wie wir schon an den Familienhäusern vor dem Hamburger Thore haben. Die Baugelder sollen theils durch wohlthätige Beiträge, vor allem aber durch Aktien à 100 Thlr. aufgebracht werden. Indem die Gesellschaft rechnet, daß das Anlagekapital sich, nach Abzug der Verwaltungskosten auf 6 pCt. verzinst, sollen 2 pCt. zur Amortisation der Aktien verwendet, der Rest als Dividende unter den Aktionärs vertheilt werden. Da nach 30 Jahren das ganze zur Erwerbung des Hauses erforderliche Kapital amortisirt sein muß, so fällt der Besitz desselben den bisherigen Miethern zu, welche 5 Jahr und darüber in dem Hause gewohnt haben. Sind Miether inzwischen verstorben, gehen ihre Rechte auf die Erben über. Nach der den Statuten einverleibten Tabelle, würde Jemand der in einem Gesellschaftshause 5 Jahr gewohnt, bei einem Miethszins von 40 Thlr., eine eben so hohe und nach 30 Jahren eine Abfindungssumme von 500 Thlr. erhalten. Auf diese Ersparungen lege ich nun gerade kein großes Gewicht, das Wichtigste bei dem Plane sind mir die gesunden Wohnungen und daneben das Prinzip der Assoziation, welches sich so eine Bahn brechen kann. Denn die Leute von gleichem Stande, mit gleichen Bedürfnissen und Anforderungen müßten ihren Vortheil sehr schlecht verstehen, wenn sie nicht bald dahinter kämen, wie sie ihre Association weiter auszudehnen haben. Aber wiewohl sich Männer an die Spitze des Unternehmens gestellt haben, denen es an keiner Art von Mitteln zur Erreichung ihres Zweckes fehlt, so fürchte ich doch ein Mißlingen. Wenn auch das Aktienkapital die Summe von 1,000,000 Thlr. nicht übersteigen soll, so wird doch unsern reichen Hausbesitzern die Furcht befallen, daß sie ihre elenden Spelunken nicht mehr vortheilhaft vermiethen dürften; und sie werden Befürchtungen genug gegen das ganze Unternehmen zu erregen wissen. Zudem ist unsere Bourgeoisie noch nicht sehr glücklich gewesen mit ihren Versuchen, das Proletariat zu bekämpfen.

Stralsund.

Gedächtnißfeier des Stralsunder Bürgers Joh. Mart. Gemeinhardt. Soweit Stralsunds Ereignisse in dem Gedächtnisse einer Journalleserwelt nach Jahresfrist noch eine bleibende Stätte finden (siehe Wächter a d. Ostsee 1847. Heft 3. 7.; Vossische Zeitung No. 109.) wird man sich erinnern, daß im Monat Februar v. J. im Kreise des lit. geselligen Vereins hieselbst von einem Rathsmitgliede eine Vorlesung über einen Mann gehalten wurde, der zu Anfang dieses Jahrhunderts gelebt und durch sein Gesammtwirken im Interesse seiner Vaterstadt, der Liebling seiner Mitbürger

Digitized by Google

geworden, solches Loos aber durch die härteste Verfolgung und Nachstellung hatte büßen müssen. Deshalb aber war das Schicksal ihm Sühnung schuldig, und bediente sich dazu, um das Intresse für diesen Mann aufs neue zu beleben und zu entflammen, jenes Vortrags, der ursprünglich den Vereinsstatuten zufolge den Zweck zu bilden und zu belehren umfassen sollte, wie es denn auch schon von dem Mitgliede einer also benannten Gesellschaft und von dem Syndikus der Stadt überall nicht anders zu erwarten stand, der aber nichts destoweniger nur die Absicht in sich schloß, nach 50 Jahren noch einen bereits zu Boden gestreckten Gegner des hiesigen Rathsstandes, ohne Rücksicht auf die noch lebenden Kinder und Enkel dieses Mannes, durch unwahre und bereits widerlegte Aufstellungen im Grabe zu kränken und zu schmähen, um auf solche Weise in dem tragischen Ende dieses Bürgers eine moralische Beziehung zu dessen Streben und Wirken im Leben aufzufinden, und das erstere als ein nothwendiges und unbedingtes Folgeglied zu dem letzteren hinzustellen. Doch man hatte sich von Seiten derjenigen, zu deren Frommen die Benutzung und zweckdienliche Bearbeitung solcher historischen Materialien gehandhabt werden sollte, nur um eins verrechnet — in der Zeit nämlich, die man allmählig auch in Stralsund nicht allein nach der Uhr zu messen anfängt. Es erhoben sich außerhalb dieses sog. literarisch geselligen Vereins, der in dieser ganzen Affaire eine sehr zweideutige Rolle übernommen hatte (s. Voss. Zeitung 109), Stimmen, gegen welche vergeblich mit bloßer Verlegenheitsfarbe angekämpft wurde, die vielmehr entschiedenen Anhalt in der durch solches schreiende Verfahren selbst betheiligten und empörten Bürgerschaft fanden. Es bildete sich in derselben ein Comitee, das es übernahm, Behufs einer Ehrenrettung der geschmähten Manen Gemeinhardts, den Bürgern Vorschläge zu machen, die sich denn auch endlich darin realisirten, daß man nach einem zu Grunde gelegten, noch vorhandenen Portrait dieses Mannes, das Brustbild desselben in historischer Auffassung anfertigen zu lassen, solches durch Lithographie zu vervielfältigen und unter die Bürgerschaft zu vertheilen beschloß. Die lebhafte Betheiligung von allen Seiten sicherte in wenigen Tagen die Deckung der auf 150 Thlr. ungefähr veranschlagten Kosten, denn Jeder betheiligte sich gerne bei einer Sache, die ihn nicht allein als Bürger berührte, sondern die auch sein menschliches Intresse angeregt hatte.

Freitag der 10. Decbr. v. J. war zur Enthüllung dieses von der Künstlerhand des Herrn Grell, in der Größe von ungefähr 3 Quadratfuß, trefflich ausgeführten Gemäldes bestimmt, und im neuerbauten Alexander-Saale sollte solche stattfinden.

In einer flachen, aber bis zur Saalesböhe reichenden Nische befand sich auf dunklem, drapirtem Grunde ein durch einen Bronce-Adler gehaltener Wappenmantel und auf demselben in einem mit Emblemen reich verzierten vergoldeten Rahmen das Brustbild des früheren Königl Schwedisch Commissions-Raths und Stralsunder Bürgers Gemeinhardt in Lebensgröße. Zu beiden Seiten des Gemäldes erhoben sich mit Beleuchtung versehene Tabourets, die mit den seitwärts angebrachten Gasflammen correspondirten. Unter dem Gemälde war ein mit Blumen reich gestickter Teppich auf den Boden hingebreitet. Die Nische selbst bildete den mittleren Theil des Hintergrundes einer errichteten Tribüne, von der herab ein dem Gelehrtenstande angehörender Bürger zu seinen, zu hunderten versammelten Mitbürgern bezügliche Worte sprach. Diese Vorlesung begann mit dem Motto: „Es ringt des Menschen Geist sich los von der Gewohnheit mächtiger Gewalt, wenn er gefordert vor die Schranken der Vernunft; und wenn der Wahrheit heilige Fackel das Thun und Treiben der Finsterniß beleuchtet.“ und suchte zunächst ein moralisches Princip aufzustellen, das nicht allein nach bestimmten, unwandelbaren Grundsätzen das leitende Ideal des einzelnen Menschen in seinen drei verschiedenen Lebensrichtungen als allg. Weltbürger, Staatsbürger und Bekenner einer kirchlichen Form werden müsse, sondern das auch bereits in der Entwickelung des Staatenlebens zur lebendigen Idee geworden sei und das darin eben die Wahrheit seiner Offenbarung verbürge. Wie die Entwickelung der Staaten solcher Gestalt erst beginne, so sei die der Städte dadurch bereits als der Vollendung nahe zu betrachten, daß in ihnen die aus dem Mittelalter herstammenden Barbareien, welche Kastengeist und Privilegien im Bürgerthum erschaffen, meistentheils verschwunden, daß die Erwählung der städt. Behörden nicht ferner diesen selbst mehr durch Selbstergänzung überlassen, sondern durch die freie Wahl einer einzigen Bürgerklasse, die alle Bürger der Stadt umfasse, bedingt sei und durch das Zeitweilige der Wahl in entsprechenden Fällen wieder rückgängig gemacht werden könne, daß überhaupt der Bürger gegenwärtig einen direkteren Einfluß auf die Verwaltung seiner Stadt ausübe. Nur in Stralsund sei diese Phase der Entfaltung der Kommunalverfassung noch nicht eingetreten und die letztere hier bei dem Jahre 1616 stehen und wegen

Digitized by Google

der so langen Trennung Neuvorpommerns von Deutschland in der Entwickelung des deutschen Städtelebens zurückgeblieben. Deshalb sei man auch zu verschiedenen Zeiten mit der überdieß etwas wüsten Handhabung der alterthümlichen Verfassung, die Niemand kenne und von der man überhaupt nicht wisse, was in ihr verfassungsmäßig oder was nur durch sog. Observanz gültig sei, aufs höchste unzufrieden gewesen, und namentlich habe zu Anfang dieses Jahrhunderts schon zu Schwedischen Zeiten Johann Martin Gemeinhardt diesen Zustand der Dinge brechen und Reformen einführen wollen, die man unbedingt als Vorläufer der Steinschen Städteordnung von 1808 betrachten könne und die schon 1804 der Schwedischen Revisions-Kommission übergeben worden. — Nachdem nun Gemeinhardts Wirken auch in anderen Richtungen hin gewürdigt: seine Eingabe wegen Aufhebung der damals hier noch grassirenden Leibeigenschaft auf dem platten Lande, sein Verlangen nach Vorberathungen zwischen den Landtagsdeputirten und der Bürgerschaft ꝛc., schloß der Redner mit Hinweisung auf die Gerechtigkeit des Schicksals, die noch nach 50 Jahren einem Manne zu Theil werde, dessen Handeln ausschließlich auf jenem oben ausgeführten moralischen Prineipe gefußt gewesen, und der in solcher Hingabe seiner Persönlichkeit zum Wohle und Besten des Ganzen zunächst seinen bürgerlichen Untergang und dann in der kürzesten Zeit darauf in dem blühendsten Mannesalter von 47 Jahren auch sein leibliches Ende gefunden habe.

Nach Beendigung dieses Vortrags erhob sich der Kaufmann Fabricius*) und wies in wenigen kräftig gesprochenen Worten auf das thatenreiche Leben Gemeinhardts hin, indem er die Anwesenden gleichzeitig ermahnte, gleich diesem ein Muster bürgerlicher Tugenden zu werden.

Während dessen war die Hülle des Bildnisses gefallen, und eine angemessene Musikweise eines vollen Orchesters begrüßte den aus dem Grabe bürgerlicher Vernichtung zum frohen Wiedererwachen gerufenen Märtyrer. Hunderte von Stimmen wurden nun, trotz der ernsten Haltung der Versammlung, laut, um aus treuer Bürgerbrust den gesühnten Manen dieses Mannes ihren Liebesgruß zu senden.

Ein frohes Mahl, bei dem des Gefeierten still gedacht, und mancher Toast auf bessere Zeiten ausgebracht wurde, schloß die ebenso erhebende, wie bedeutungsvolle Feier dieses Tages.

*) Nicht zu verwechseln mit dem Bürgermeister gleichen Namens, sondern dessen Bruder, der Brauereialtermann.

Danzig, Ende Januar.

Lange haben wir Ihrem Wächter, dessen Thätigkeit auch in unserer Stadt immer lebendigere Theilnahme erregt, keinen Beitrag senden können. Von jetzt ab werden indeß unsere Beiträge regelmäßig erfolgen, und wir werden keine irgend bemerkenswerthe Erscheinung im hiesigen öffentlichen Leben, so weit es das Interesse des Wächters berührt, unbesprochen lassen. Beginnen wir heute mit zwei bemerkenswerthen Tagen, den 18. und 19. Januar. Am 18. feierte eine zahlreiche Versammlung das Stiftungsfest des Danz. Allg. Gewerbevereins, in dem diesem Verein eigenthümlich gehörenden Hause. Wir erwähnen dieses Fest nicht allein, weil der hiesige Gewerbeverein, dessen Versammlungen hier zugleich die Bürgergesellschaften, Stadt-Ressourcen u. s. w. andrer Orten vertreten, unzweifelhaft an dem seit einigen Jahren bemerkbaren Umschwung des öffentlichen Lebens einen bedeutenden Antheil hat, sondern weil das Fest selbst ein Zeugniß des Geistes war, der einen großen Theil der hiesigen Einwohnerschaft belebt und dessen Einfluß sich in immer weiteren Kreisen verbreitet. Man würde sich sehr irren, wollte man ihn etwa als einen radikalen oder auch nur als einen aus Princip oppositionellen bezeichnen. Weder religiöser noch politischer Radikalismus findet hier einen Boden und von Opposition aus Oppositionslust kann hier nicht die Rede sein. Aber andrerseits ist man in religiöser Beziehung durchaus den freien Richtungen zugethan, den Religions-Quälereien des Tages entschieden abgeneigt, und man würde auf einen ganz entschiedenen Widerstand zu rechnen haben, wollte man etwa hier, wie anderswo, gegen die Geistlichen agiren, welche die Errungenschaften der Reformation aufzuopfern nicht geneigt sind. So würde es auch hier eine gewaltige Aufregung verursachen, wenn sich etwa das jetzt verbreitete Gerücht, die deutsch-katholische Gemeinde sollte, wenn sie nicht sofort unter das Patent träte, aufgelöst und ihrem Prediger die Ausübung seines Amtes bei Gefängniß untersagt werden, bestätigen würde. Auch das Interesse an den politischen Fragen hat sich lebhaft gesteigert, und wenn der praktische Sinn unserer Mitbürger auch mehr nach Reformen verlangt, welche Handel und Verkehr naturgemäßer Entwickelung überlassen und der zunehmenden Massenverarmung, wie der Nahrungslosigkeit unter dem Handwerkerstande einen wirksamen Damm entgegen setzen, so läßt sich doch nicht in Abrede stel-

Digitized by Google

len, daß unsere Vertreter auf dem Landtag in ihrer Handlungsweise durchaus den politischen Standpunkt vertreten haben, auf welchen sich die Mehrzahl der hiesigen, intelligenten und unabhängigen Einwohner befindet. — An dem zweiten Tage, dessen wir zunächst Erwähnung thun wollten, nämlich am 19. Januar, fand die erste öffentliche Stadtverordnetensitzung unter großem Andrange des Publikums statt. Wir sind weit entfernt, hier etwa über den Nutzen, den auch diese Öffentlichkeit mit sich führen wird, oft Gesagtes zu wiederholen, aber wir dürfen nach den ersten Sitzungen wohl unsere Meinung dahin aussprechen, daß gerade in Danzig die Oeffentlichkeit in der segensreichsten Weise benutzt werden wird, und daß die Vertreter der hiesigen Bürgerschaft sich den Interessen der letzteren von jetzt ab mit noch entschiedenerem Eifer annehmen werden, wie bisher, ohne dabei die Schranken des Gesetzes oder die Regeln der Klugheit zu verletzen. Aus der ersten Sitzung theilen wir als besonders bemerkenswerth mit, daß eine Kommission zur Untersuchung der Quellen und Ursachen der auch hier immer mehr zunehmenden Nahrungslosigkeit und Verarmung niedergesetzt wurde. Dieser Kommission wurden sehr tüchtige Mitglieder zugeordnet, von denen wir die gewiß nicht ungegründete Erwartung aussprechen, daß sie mit Freimuth und Wahrheitsliebe ihre Aufgabe zu lösen und selbst vor einem sehr unangenehmen Resultat nicht zurückbeben werden. Denn, wer wollte an die Heilung einer Krankheit mit Ernst denken und sich doch über ihren eigentlichen Grund und Sitz zu täuschen suchen?! Wir werden Ihnen über die Thätigkeit der Kommission seiner Zeit ausführlichen Bericht nicht vorenthalten. Viel Redens machte in manchen Kreisen auch ein mit größter Majorität gefaßter Beschluß aus der ersten Sitzung, durch welchen das Gesuch des Redakteurs eines hiesigen Lokalblattes, dessen Konzessionirung einen bedenklichen Beitrag zum Konzessionswesen liefert, um Anweisung eines festen Platzes verweigert wurde, obwohl vorher die Versammlung ein gleiches Gesuch des Redakteurs unserer politischen Ztg und des Dampfbootes, Dr. Quehl, einstimmig genehmigt hatte. Wir beschließen unsere heutige Mittheilung, indem wir an die letztere Thatsache noch die Bemerkung knüpfen, daß ein anderes unserer Blätter, das Bürgerblatt, nicht länger erscheinen wird. Was den Herausgeber Dr. Grübnau zunächst bewogen, sein Blatt nicht mehr fortzusetzen, darüber haben wir keine volle Gewißheit, und die hie und da gehörte Vermuthung, daß die vorgesetzten Behörden dem Herausgeber des freisinnigen Blattes in seiner amtlichen Stellung mancherlei Schwierigkeiten bereitet haben, möchten wir nicht gern als wohlbegründet bezeichnen. Im nächsten Heft werden wir wohl auch hierüber Ihnen Aufschluß geben können. †

Marienwerder.

Seminar für Lehrerinnen und Erzieherinnen. Unsere Provinz erfreut sich eines Institutes, dessen Wichtigkeit von allen denen erkannt werden wird, die auch in der Förderung der Bildung der weiblichen Jugend eine wesentliche Abhilfe für viele Mißstände unserer Zeit erblicken. Das Seminar für Lehrerinnen und Erzieherinnen in Marienwerder besteht seit dem Jahre 1840 unter der Leitung des Archidiakonus Alberti und zwar bis jetzt ohne Unterstützung aus Staats-Fonds. Es bildet junge Mädchen, welche mindestens 16 Jahr alt und konfirmirt sein müssen, zu Lehrerinnen und Erzieherinnen in einem zweijährigen Kursus aus. Dieselben erhalten nach wohlbestandener Prüfung ein Zeugniß der Tüchtigkeit zur Lehrerin und Erzieherin, welches sie zur Übernahme von Lehrerinnen- oder Gouvernantenstellen im ganzen preußischen Staate berechtigt. Der Eintritt steht zu Ostern und Michaelis jedes Jahres offen. Auf portofreie Anmeldungen, welche der Direktor sich zeitig erbittet, antwortet derselbe, die nähere Auskunft ertheilend, umgehend. Die Unterrichtsgegenstände sind: Französische, Englische, Italienische und Deutsche Sprache, Deutscher Styl, Literatur, Aesthetik, allgemeine Kunstgeschichte, Religion, Geschichte, Geographie, Naturwissenschaften, Rechnen und Pädagogik. Der Musikunterricht, welcher im Seminar ertheilt wird, umfaßt jetzt nicht blos wie früher den Gesang und die Theorie der Musik, sondern auch das praktische Pianofortespiel und die Methodik des Unterrichts. Das Honorar beträgt für den gesammten Seminar-Unterricht, außer welchem es keines Privatunterrichtes mehr bedarf, 5 Thaler monatlich, doch ist der Direktor gerne bereit, dasselbe Unbemittelten theilweise oder ganz zu erlassen — Gegenwärtig zählt das Seminar 29 junge Lehrerinnen, von welchen zu Ostern nach wohlbestandener Prüfung sechs entlassen werden. Für diese ist der Direktor bereit, auf portofreie Anerbietungen Engagements als Gouvernanten in gebildeten Familien oder als Lehrerinnen an Töchterschulen abzuschließen, indem derselbe für die Tüchtigkeit der Zöglinge bürgt. Diejenigen, welche eine derselben zu engagiren wünschen, werden gebeten, sich des ehesten dieserhalb zu melden. — Aus dem Seminar sind bis jetzt zwanzig junge

Digitized by Google

Lehrerinnen entlassen, welche sehr erfolgreich wirken. Eine derselben ist bereits Vorsteherin einer höheren Töchterschule in Bromberg.

(Danziger Dampfboot.)

Aus Litthauen.

Die bereits 26 Jahre bestehende landwirthschaftliche Gesellschaft Litthauens wirkt segensreich. Die durch die Gesellschaft hervorgerufenen Musterwirthschaften haben erwünschten Erfolg, besonders eine derselben im Insterburger Kreise. Ebenso erfreulich sind die Resultate der zu Insterburg bestehenden belgischen Flachsbauschule, so daß man es für zweckmäßig erkannte eine zweite in Masuren zu errichten. An selbstständig fortschreitende eine bessere Wirthschaftseinrichtung bewirkende Wirthe werden von Zeit zu Zeit Prämien ausgetheilt, die sich auf 50 — 60 Thlr. belaufen. Thierschaufeste haben in diesem Jahre in Tilsit, Gumbinnen, Löbsen und Margrabowa statt gefunden. Interessant waren die Erörterungen über die Zustände der ärmeren ländlichen Bevölkerung in der Versammlung des Insterburger Kreisvereins. Hier waren verschiedene, der kleinen Grundbesitzer, namentlich solche, die in der Mitte des Volks, also in diesem und unter ihm leben, erschienen und diese gaben zwei Mittel an, durch welche dem weitern Verderb der Landarmen gesteuert werden könne. Unterbringung der Verwahrloseten und Arbeitsscheuen in besondern Arbeitshäusern und Sorge für die bessere Ausbildung der künftigen Generation durch zweckmäßige Schulbildung der Jugend beiderlei Geschlechts. Die Frage, ob unsere kleinen bäuerlichen Wirthe geistig und moralisch ausreichend befähigt, die von vielen Seiten angeregten Real-Creditinstitute dauernd vortheilhaft zum Besten ihrer Wirthschaft zu benutzen, entschied die Mehrzahl der Anwesenden bejahend.

(Danziger Dampfboot.)

Miscellen.

Dänemark. Der Tod des Königs von Dänemark ist ein Ereigniß, welches für Deutschland von derselben Bedeutsamkeit ist, wie für Dänemark. Die Lösung der dänischen Erbfolgefrage, die Trennung der deutschen Herzogthümer von der dänischen Krone ist um einen Schritt näher gerückt und damit alle die Verwickelungen, die uns so nahe berühren und für den Norden Europas eine Umgestaltung herbeiführen können. Das am 20. Jan. erlassene Reskript »wegen Einführung einer Verfassung«, um die »Ordnung der öffentlichen Verhältnisse des Staats« zu Ende zu bringen, um dadurch die »gegenseitigen Rechte der Bürger zu beschützen« und »im geliebten Vaterlande Einigkeit zu fördern,« geht, wiewohl der Ausdruck »Gesammtstaat« vermieden ist, von der Idee der »Staatseinheit« aus. Diese Vereinigung zu einem Gesammtstaat dürfte in den deutschen Herzogthümern Widerstand finden und in Deutschland selbst mancherlei Bedenken anregen. —

Die Dreifabrikenfrage. In anderer Beziehung ist die Dreifabrikenfrage in Baden und ihre Entscheidung, indem man das Schicksal der drei Fabriken zu einer Staatsangelegenheit gemacht, ein Ereigniß, daß gewiß zu ernstem Nachdenken auffordert. Man mußte das Bankhaus von Haber von den drei Fabriken trennen, wie sie denn nicht untrennbar mit jenem verbunden sind. Das Bankhaus v. Haber konnte fallen, die drei Fabriken, die gute Geschäfte machen, würden sich erhalten haben, wenn die Aktiengesellschaften und sonstigen Besitzer derselben sich mit ihren Gläubigern verständigt hätten. Die Fabriken würden jedenfalls fortgeführt sein, selbst wenn sie den Gläubigern abgetreten wären. Aber man will Bankhaus und Fabriken zusammen erhalten, man will dem Bankhause v. Haber unter die Arme greifen. »Wir haben alle Achtung vor dem Bankhause v Haber«, sagt der in Mannheim erscheinende »Deutsche Zuschauer«. Wir können demselben unsere Theilnahme nicht versagen. Allein der Staat ist durch den Fall dieses Bankhauses nicht gefährdet. Dem Staate können daher mit Recht keine Opfer angesonnen werden, um den Fall dieses Bankhauses zu verhüten. Allerdings sind bei demselben viele einflußreiche Personen betheiligt. Allein dies darf uns nicht abhalten, unsere Ansicht rückhaltlos auszusprechen. Bei dem Falle des Bankhauses v. Haber mögen wohl einige 100 Familien in Karlsruhe betheiligt sein. Es handelt sich nicht um Geld oder

Digitized by Google

Geldeswerth, sondern um Festhaltung der ewigen Grundsätze, auf welchen der Staat beruht. Soll der Staat die Geschäfte des Volkes oder diejenigen der Geldleute machen?— — Der Schlüssel zu dem Verfahren liegt in der Betheiligung so Vieler an dem Geschick des Bankhauses v. Haber, was nicht der Fall sein würde, wenn wir in Deutschland Bankfreiheit hätten, Banken, die jährlich öffentlich Rechenschaft ablegen. Was soll man nun dazu sagen, wenn der Kammerliberalismus der Bourgeoisie, aus Patriotismus, wie er sagt, um die deutsche Industrie zu unterstützen, die Sache einiger Geldleute zur Sache des Volks macht. Was soll man zu einer »Volkskammer« sagen, die die Interessen des Volks dem Interesse einiger Geldleute opfert? — Wohin soll es führen, wenn zuerst eine Treibhausindustrie künstlich gepflegt wird, wenn dann in Folge mangelhafter Bank- und Kreditinstitute, durch Unglücksfälle ꝛc. Zahlungseinstellungen erfolgen und nun der Staat, die Gesammtheit der Nation zutreten soll?

Meklenburg. Das von dem wackern Buchner in Darmstadt neu begründete »Rheinische Volksblatt« erzählt: »In Meklenburg sind alle Wünsche und Hoffnungen zur Besserung der politischen Verhältnisse an dem fest auf seinen Vorrechten bestehenden Adel gescheitert, und fügt hinzu, daß sich die bürgerlichen Gutsbesitzer dem Adel anschließen, da auch ihre Vorrechte bei jeder Reform zum großen Theil verloren gehen. Nur die wenigen Städte sind für die Reform; doch ist ihre Vertretung zu gering, da nur 44 Städte und 500 Gutsbesitzer die Ständekammer bilden«. Diese Darstellung ist nicht ganz richtig. Der Antrag auf Reform ist von einem bürgerlichen Rittergutsbesitzer, von dem ehrwürdigen Pogge gestellt, er hat in den Städten wie im ganzen Lande Anklang gefunden, wie vielfache Adressen bekunden, nicht aber auf dem Landtage, nicht bei den Vertretern der Städte. Die meklenburgischen Stände, auch die Vertreter der Städte, sind mit wenigen Ausnahmen gegen jede Reform einer Verfassung, weil sie ihre Macht vernichten würde, die Macht dieser Stände, die ein bekannter meklenburgischer Publicist, Raabe, »Landstände von Gottes Gnaden« nannte. Der Reformantrag bezweckt eine Vertretung durch gewählte Repräsentanten, während die gegenwärtige Ständeversammlung theils aus Grundbesitzern besteht, die vermöge eigenen Rechtes, vermöge ihres Grundbesitzes auf dem Landtage erscheinen um ihre Rechte wahrzunehmen, theils aus vom Staate lebenslänglich ernannten Beamten, die vermöge ihres Amtes erscheinen, aus den Bürgermeistern der Städte — insofern diese landtagsfähig. Die Städte werden, wie der meklenburgische Staatskalender besagt, durch ihre »Obrigkeiten« vertreten, die eben so wenig, wie die zum persönlichen Erscheinen auf dem Landtage berechtigten Mitglieder der Ritterschaft, einige ehrenwerthe Ausnahmen abgerechnet, von einer Vertretung durch gewählte Repräsentanten etwas hören wollen, denn niemand giebt gern sich selbst den Tod.

Stettin. (Freihandelsverein.) Die erste Versammlung des Freihandelsvereins schloß mit einem gemeinschaftlichen Abendessen, bei dem für die Nothleidenden Oberschlesiens eine Sammlung Statt fand, die 46 Rtlr. 7½ Sgr. eintrug. — Vom Staate verlangen wir, daß er Gesetzentwürfe zeitig publicire und zur Prüfung vorlege, damit man sich vor der Berathung und gesetzlichen Feststellung ein Urtheil bilde. Wie wäre es, wenn wir in unsern Privatverhältnissen, mit Statuten und dergleichen, diesen Grundsatz ebenfalls befolgten? Ref. ist wenigstens, woran sein schwaches Begriffs- und Fassungsvermögen Schuld sein mag, bei dem ersten Vorlesen Manches nicht recht klar geworden. Er gesteht ferner offen, daß er über die Art, wie der Verein eine lebensfrische Thätigkeit entwickeln will, noch nicht klar sieht. Der Verein will wirken durch die Presse, und zwar wie der Herr Vorsitzende bemerkte, durch die Börsen-Nachrichten, die indeß schon eine so rühmliche und anerkennenswerthe Thätigkeit nach dieser Seite hin entwickelten und mit Ausdauer und Energie das Prinzip des freien Handels vertreten, daß wenig, oder richtiger gar nichts zu wünschen bleibt. Die Wirksamkeit des Vereins wird sich also in anderer Weise bethätigen müssen, durch Vorträge und freie Diskussionen. Dazu scheinen vierteljährliche Generalversammlungen nicht ausreichend, und es genügt nach des Ref. Ueberzeugung nicht, daß der Vorstand öfter eine Generalversammlung berufen kann. Einmal könnte das »General« wohl ganz und gar wegbleiben; wozu ein so langes Wort, das hier keinen rechten Sinn zu haben scheint. Der Vorstand versammelt sich und der Verein versammelt sich, etwa wöchentlich einmal, wobei das Wort »General« ganz überflüssig, wenn man nicht etwa die Versammlungen, die mit einem solennen Mahle schließen, »Generalversammlungen« zu nennen belieben sollte, aus dem triftigen Grunde, daß Versammlungen ohne Abendessen nie allgemeine, sondern immer nur sehr spärlich besuchte werden würden. (Ref. will damit nicht gegen die gemein-

Digitized by Google

schaftlichen Abendessen zu Felde ziehen, die, wenn sie nicht zu kostspielig, eine sehr zweckmäßige Beigabe bilden, denn beim Mahle, bei der Flasche öffnet sich das Herz, löst sich die Zunge. (An Stoff könnte es wohl, wenn der Verein sich allwöchentlich ein Paar Abendstunden versammelte, nicht fehlen. Will der Verein geistig anregen, den Gedankenverkehr beleben, dann darf sich die Thätigkeit des Vereins nicht in dem Vorstande concentriren, dann muß er häufig zusammenkommen. Bei den von dem Vereine angenommenen Grundsätzen, die ohne irgend eine Einschränkung Jedermann den Zutritt gestatten, bei dem in dem Vereine herrschenden Geist reiner Humanität kann er, wenn er sich nicht auf den Handelsstand beschränkt, wenn es ihm gelingt, die andern Klassen der Gesellschaft zu sich heranzuziehen, wenn er die sprödden widerstrebenden Elemente zu besiegen weiß, für die ziemlich kümmerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und für den durch die Fesseln des Vorurtheils beschränkten geselligen Verkehr Stettins epochemachend werden. »Noch viel Verdienst ist übrig; auf, hab es nur!«

(Geh. Staatsrath Jauy). Dem ehrwürdigen auch durch seine schriftstellerische Thätigkeit rühmlichst bekannten, freisinnigen Geh Staatsrath Jauy in Darmstadt, ist von der großh. hessischen Regierung der Urlaub zum Eintritt in die Ständeversammlung ganz gegen Erwarten verweigert worden. Der Gewählte, durch volksthümliche Gesinnung und als eifriger Vertreter bürgerlicher Freiheit allgemein geachtet, befindet sich schon seit einer langen Reihe von Jahren nicht mehr in aktivem Dienste, in dem er früher eine hohe Stellung einnahm. Das in Darmstadt erscheinende »Rheinische Volksblatt« führt den Beweis, daß die Regierung bei der Verweigerung des Urlaubs durchaus im Unrechte ist.

(Die Noth in Oberschlesien.) Die Noth und die dadurch herbeigeführte Entkräftung hat in einigen Kreisen Oberschlesiens einen Hungertyphus erzeugt, in Folge dessen im Kr. Rybnik nach der Schles. Ztg. schon gegen 8 pCt. der Bevölkerung des Kreises hinweggerafft sind. Im Kr. Pleß sind in einigen Parochien 20—25 pCt. der Bewohner gestorben. Inwiefern die mehrjährigen Mißernten eine Folge schlechter Bodenkultur, indem die ländliche Bevölkerung, statt sich dem Ackerbau mit Eifer zuzuwenden, es vorzieht, mit Holz und Kohlenfuhren auf der Landstraße sich herumzutreiben, verdient ernstlich und gründlich untersucht zu werden. Es wäre das eine sehr traurige Folge des erhöhten Eisenschutzzolles und eine sehr ernste Lehre über den Einfluß der Schutzzölle auf den Nationalwohlstand. Die Anordnung größerer Arbeiten kann nichts nützen, denn die verhungerten und entkräfteten Menschen können nicht mehr arbeiten. Eine verzweifelte Abstumpfung ist da, bei der Alles bettelt oder stiehlt, bis der Hungertod ein Ende macht. Es geht noch leidlich, versichert die Schles. Ztg., wo der Rittergutsbesitzer in der Nähe seiner darbenden Einsassen wohnt; wo aber der Gutsherr nicht am Orte wohnt, wo die Polizeibehörde zwei, drei und mehr Meilen entfernt ist, wer sorgt dort in dieser Bedrängniß für die Kranken und die hülflosen Kinder? — Es zeigt das wieder recht deutlich die Nachtheile der gutsherrlichen Polizeiverwaltung, dieses Ueberbleibsels der aufgehobenen Gutsunterthänigkeit. Jetzt freilich können sich die Gemeinden nicht selbst helfen, die Noth ist zu groß. Würde aber das Elend so groß geworden sein, wenn man die Gemeinden gewöhnt hätte, auf eigenen Füßen zu stehen, statt sie gutsherrlicher Bevormundung unterzuordnen und sie damit auf oft weit entfernte gutsherrliche Unterstützung hinzuweisen?

Demmin. (Stadtverordnete.) Nach dem in Anklam erscheinenden »Pomm. Volks- und Anzeigeblatt« haben die Stadtverordneten in Demmin beschlossen, »daß Schutzverwandte, wenn sie eine Eintrittskarte (zu den Stadtverordnetensitzungen) zu haben wünschen, eine solche beantragen mögen.« Der Demminer Berichterstatter des Anklamer Volksbl. sagt über diesen Beschluß: »Es wäre besser gewesen, diesen Beschluß der Oeffentlichkeit vorzuenthalten; man hätte dann wenigstens unsern Stadtverordneten nicht so engherzige Begriffe zugetraut. Also jeder Schutzverwandte, — sogar Lehrer an der hiesigen Stadtschule ꝛc. — soll, um als Zuhörer an dem Genusse der Oeffentlichkeit der Stadtv.-Versammlung Theil zu nehmen, erst als Bittsteller einkommen, um demnächst durch geheime Abstimmung vielleicht zurückgewiesen zu werden?« — Der Beschluß der Demminer Stadtv. erinnert an die Bestimmung des Kompromiß der Stettiner Kaufmannschaft in Betreff des Schiedsgerichts, zu dessen Sitzungen Korporationsmitglieder Zutritt haben, andere nur, wenn sie darum bitten, um vielleicht als »ungeeignete« Personen abgewiesen zu werden. — Sich für die ganze Welt volle Oeffentlichkeit zu entscheiden wird doch Vielen recht schwer; indeß mit der Zeit werden alle Korporationen, die sich jetzt noch sträuben, in den sauern Apfel beißen. — Die Demminer Stadtv. werden also eine Aus-

Digitized by Google

wahl aus den Schutzverwandten treffen, damit nicht ungeeignete Personen sich in ihre Sitzungen eindrängen. Sie scheuen sich nicht, wie der Stadtv.-Vorsteher Hr. Thiede versichert »in Gegenwart ihrer Wähler frei und offen zu handeln und bemitleiden denjenigen, der es vorzieht im Geheimen zu agiren!« Warum wollen sie aber nur in Gegenwart ihrer Wähler frei und offen handeln, warum scheuen sie sich vor jedermanns Augen frei und offen zu handeln; warum scheuen sie sich durch unbeschränkte Oeffentlichkeit die Theilnahme am Gemeinwesen, am öffentlichen Leben zu wecken, warum scheuen sie sich durch unbedingte Oeffentlichkeit ihre Verhandlungen zu einer Schule des Gemeinsinns für jedermann zu erheben???

Anklam. Der Bericht »aus Anklam« im 12. H. hat das Anklamer Volksbl. zu einigen berichtigenden Bemerkungen veranlaßt. Zur Rechtfertigung unsers Berichterstatters bemerken wir, daß jener Bericht, der Ausgang Dezembers erst ins Publikum kam, schon in der ersten Hälfte des Novembers in unsern Händen war, daß wir durch unüberwindliche in unsern Preßverhältnissen liegende Schwierigkeiten verhindert waren jenen Bericht früher zu liefern und daß sich in den sechs Wochen, die nach Abfassung des Berichts verflossen, die Sache anders und zum Bessern gestaltet haben mag. —

Übrigens danken wir für die anerkennende und wohlwollende Beurtheilung, die dem Wächter von dem Anklamer Volksblatt bei dieser Veranlassung zu Theil geworden, um so mehr, je weniger wir uns in Pommern dergleichen zu erfreuen haben. Das Anklamer Volksbl. hat durch diese wohlwollende Anerkennung unsers Strebens sich erhaben gezeigt über kleinliche, reizbare Empfindlichkeit und dadurch sich selbst am meisten geehrt. Wir unsern Theils verkennen, wenn wir Einzelnes getadelt, keineswegs das Streben des Volksbl. und wissen die Hindernisse, die der freien und kräftigen Entwickelung der Presse auf so vielen Seiten und leider selbst im Geschmack eines an kräftige und gesunde Kost nicht gewöhnten Spießbürgerthums entgegen stehen, sehr wohl zu würdigen. — Jener Bericht »aus Anklam« gedachte auch der Abstimmungen des Abgeordneten Anklams auf dem Ver. Landtage. Höchst naiv äußern »einige Bürger Anklams« in dem Anklamer Volksbl. das Verlangen, zu erfahren »worin diese Abstimmungen bestanden haben, da sie ihres Wissens nicht offiziell bekannt geworden sind.« Daß sie einigen Bürgern nicht bekannt geworden, bedauern wir aufrichtig als einen traurigen Beweis geringer Theilnahme »einiger Bürger Anklams« an der Entwickelung unseres öffentlichen Lebens. Haben sie nichts davon erfahren, so ist das lediglich ihre eigene Schuld, da sie sich über die Abstimmung ihres Abgeordneten aus der Allg. Preuß. Zeitung so leicht hätten unterrichten können. Über die Abstimmung der pommerschen Abgeordneten hat der Wächter in H. 7 eine Zusammenstellung versucht. Wollen »einige Bürger Anklams« davon Notiz nehmen, ist es ihnen überhaupt ein Ernst sich zu unterrichten, so stehen Exemplare jenes Heftes zu Dienste und sind einige zur unentgeltlichen Vertheilung bei Herrn Dietze daselbst niedergelegt.

(Köslin er Halle.) Zweck der im Dezember v. J. gegründeten »Kösliner Halle der vereinigten Land- und Stadtbewohner« ist: Den Verkehr der Landbewohner und Gewerbtreibenden mehr zu concentriren und gegenseitigen Austausch, sowohl in materieller als in intellektueller Hinsicht unmittelbarer und schneller als bisher geschehen, zu bewirken und anzuregen, dabei soll aber auch die Unterhaltung und die gesellige Seite nicht außer Acht gelassen werden. Um dem Zutritt keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, ist bei der Aufnahme nur die Unbescholtenheit zu berücksichtigen, worüber der Vorstand zu entscheiden hat. An jedem Sonnabend Nachmittag ist Versammlung; die Zeit von 3—7 ist die zum Handel und zur Besprechung bestimmte Börsenzeit, die Zeit nach 7 Uhr ist dem Vergnügen gewidmet. Zur Erleichterung des Austausches werden Bücher aufgelegt werden, in welche angemerkt werden kann, wenn jemand etwas zu kaufen oder zu verkaufen hat oder eine Frage von allgemeinem Interesse öffentlich besprochen zu sehen wünscht. Auch öffentliche Vorträge sind gestattet. In zwei Versammlungen fand eine sehr lebendige Verhandlung darüber statt: wie das Pferdefleisch, nach dem durch ein Mahl, woran einige 50 Personen Theil genommen, ein öffentlicher Anlauf gegen das Vorurtheil genommen, in die gewöhnliche Konsumtion eingeführt werden könne und wurde darauf einer Kommission die Einrichtung einer bereits eröffneten Pferdeschlächterei überwiesen. Gegenwärtig ist ein Vortrag »über zweckmäßige Beschäftigung der Arbeiter« angekündigt, ein Gegenstand, der nicht oft und vielseitig genug erwogen werden kann, weshalb es wünschenswerth wäre, wenn dieser Vortrag der Öffentlichkeit übergeben würde. An jedem vierten Sonnabend soll ein Tanzvergnügen und zweimal jährlich ein Ball statt finden. Der monatliche Beitrag ist auf 10 Sgr. festgesetzt. — Herzlich

Digitized by Google

und freudig begrüßen wir die Köslliner Halle, deren Wirken von dem größten Erfolge werden kann. Sie bezweckt Annäherung, Gedankenaustausch, geselligen Verkehr zwischen den verschiedenen staatsbürgerlichen Klassen anzubahnen, indem sie jedem Unbescholtenen Zutritt gestattet, also Aufhebung des Kasten- und Ständewesens. Sie hat, indem sie den socialen Zopf abgeschnitten, sich mitten in die Zeit gestellt und durch die That bewiesen, daß sie die Forderungen der Zeit begriffen und richtig erkannt; nur hat sie unserer Meinung nach dem Vorstande zu viel Gewalt gegeben, denn, wie wir schon andeuteten, als wir über den Stettiner Freihandelsverein referirten, ein ehrenwerther Mann kann bei uns das Unglück haben gesetzlich, durch richterliches Erkenntniß, ein bescholtener zu werden.

Elbing. (Gesellenverein). Sonntags am 23. Jan. geleitete unser Gesellenverein Einen aus seiner Mitte, den Schuhmachermeister Becker zu seiner letzten Ruhestätte auf den Friedhof der israelitischen Gemeinde, welcher der Verst. angehörte. Das zahlreiche Gefolge und die unter der großen Zahl der Zuschauer sich kundgebende Theilnahme bewiesen hinlänglich, in welcher Liebe und Achtung der Verst im Leben gestanden. An seinem Grabe ertönten abwechselnd die Gebete des israelitischen Ritus und die von den Mitgliedern des Gesellenvereins ausgeführten Gesänge. Diese rührende und erhebende Feier ließ den Mangel der sonst wohl hergebrachten und meist bezahlten Grabreden nicht im entferntesten empfinden. (Elb. Anz.)

Danzig. (Gesellenverein). Am 22. Jan. fand im großen Saale des Gewerbehauses ein Ball Statt, welchen die Mitglieder des hiesigen Gesellenvereins veranstaltet hatten und an welchem auch mehrere Mitglieder des Gewerbevereins, der an sie ergangenen Einladung folgend, Theil nahmen. Obgleich über 90 Mitglieder des Gesellenvereins anwesend waren, so fanden doch nicht die geringsten Störungen oder Mißhelligkeiten statt, sondern es belebte eine anständige Heiterkeit die Gesellschaft, und jeder Einzelne schien von einem regen Eifer beseelt, um die Erwartungen derjenigen zu rechtfertigen, denen das Wohl des Vereins am Herzen liegt. Wir können die Versicherung geben, daß ein sogenannter Herbergsball ebenso auf die materiellen und geistigen Fähigkeiten der Theilnehmer nachtheilig gewirkt haben würde, wie der in Rede stehende vortheilhaft und wir können nicht umhin, unsere Freude darüber auszusprechen, daß die Besorgnisse einiger weniger Mitglieder des Gewerbevereins, welche die Benutzung des Saales von Seiten des Gesellenvereins sogar für eine Art Profanation ansahen, durch den Erfolg so ganz in sich selbst zerfallen sind. (Danz. Dampfb.)

Toleranzedikt. Von Pommern her ertönt dieselbe Klage wie aus Schlesien und aus der Provinz Sachsen, daß die durch das Toleranzedikt vom Jahr 1847 den Dissidenten und den Juden auferlegten Geburts-, Trauungs- und Leichengebühren für Viele drückend, für Manchen sogar unerschwinglich seien. Daß gleichsam eine Geldbuße auf diejenigen gewälzt werden solle, die einer der beiden vom Staate bevorzugten Kirchen entweder nicht angehören oder nicht mehr angehören wollen, ist eine Vermuthung, die wir im Interesse des Rufes der preußischen Regierung nicht durch die That bestätigt sehen möchten. Gewiß läßt sich eine derartige Geldauflage eben so wenig rechtfertigen, als die in der Vorenthaltung oder Entziehung einiger oder vieler bürgerlichen und politischen Rechte bestehende Beeinträchtigung derer, die nicht im Schoße einer von jenen beiden Landeskirchen geboren sind oder dieselbe aus freiem Antriebe verlassen haben. Es liegt eine Herabsetzung für den Staat selbst darin, wenn es auch nur den Anschein gewinnt, als wolle er den Armen um seiner Armuth willen von einem Schritte zurückhalten, den der Reiche durch seinen Reichthum zu thun leicht in den Stand gesetzt ist. Das ist nun freilich eine Klage, zu welcher die Deutschkatholiken und die freien Gemeinden (gegen die Altlutheraner scheint die mildere Praxis vorzuwalten) noch viel gerechtere Ursache haben als die Juden; denn diese sind wenigstens von den Kosten des Austritts aus einer der beiden anerkannten Kirchen und von jeder nach demselben fortdauernden Abgabe an dieselben der Natur der Sache nach befreit; aber auch die den Juden auferlegte Abgabe ist eine drückende und die bei Geburts- und Todesfällen eingeführte Ordnung für die zur Anmeldung derselben Verpflichteten, namentlich für die Landbewohner unter denselben, kostspielig, zeitraubend und mit mancherlei Unannehmlichkeiten verknüpft. Die Börsennachrichten der Ostsee hatten daher ganz Recht, wenn sie die in dieser Beziehung im vorigen Jahre festgestellten Bestimmungen neulich rügten und hinzufügten, die den Juden jetzt auferlegten Abgaben seien einer nur in anderer Form wieder eingeführten Judensteuer gleich zu achten. (Phönix.)

Digitized by Google

Die Noth in Oberschlesien.

Gar leicht werden bei einem Unglück Anklagen erhoben und häufig werden in einem Staate, wo man die Regierung sich als Alles überwachende fürsorgende Obervormünderin denkt, die Behörden vom Publikum verantwortlich gemacht, wie bei der gegenwärtigen Noth in Oberschlesien. Eine so extreme Noth, sagt man, entsteht nicht im Handumdrehen, tritt nicht sogleich und von vorn herein in dieser extremen Weise auf. Sie ist kein urplötzliches Ereigniß, sondern ein nothwendiges Ergebniß einer Menge von Voraussetzungen, die zu Vorkehrungsmaßregeln auffordern mußten. War es nicht Pflicht der Presse, fragt man, diese Nothstände aufzudecken? Allerdings; die Presse aber kann ihre Pflicht nicht erfüllen, wenn sie nicht vom Publikum unterstützt wird. Die Presse ist indeß keineswegs stumm geblieben; der Breslauer »Volksspiegel« z. B. schilderte schon im vorigen Sommer die große Noth in den Kreisen Pleß und Rybnik. — Giebt es, fragt ein Breslauer Berichterstatter der Börsen-Nachrichten (No. 11 v. 8. Febr.) für die einzelnen Kreise, Departements und Provinzen nicht etwa Beamte und Behörden, welche verpflichtet sind, die Zustände der ihnen anvertrauten Kreise zu überwachen? Haben etwa die Kreise Pleß und Rybnik keine Landräthe, denen es doch wohl kein Geheimniß sein durfte, welche traurigen und beklagenswerthen Verhältnisse in ihren unmittelbaren Umgebungen sich vorbereiteten? Gab und giebt es etwa nicht zu Oppeln ein Regierungskollegium, welches von den Berichten der ihm untergebenen Landräthe doch wohl nicht durchaus abhängig, sondern dieselben zugleich zu kontroliren beauftragt ist? Und endlich haben wir nicht hier in Breslau ein Oberpräsidium, welchem die Angelegenheiten der gesammten Provinz ans Herz gelegt sind? — Allerdings haben wir Beamte und Behörden, ja die Kreise Pleß und Rybnik haben, was der Breslauer Berichterstatter nicht erwähnt, wie andere Kreise, besondere Kreistage und Kreisstände und allen diesen, den Behörden wie den Kreisständen war die furchtbare Noth kein Geheimniß geblieben. Ist die Noth, die durchaus kein Geheimniß war, dennoch zu dieser schaudererregenden Höhe gestiegen, so tragen nicht die Behörden, sondern der Verwaltungsorganismus, der Instanzenzug — die Kreisstände und die socialen Verhältnisse jener Kreise, die Schuld.

Aus dem Bericht des Herrn Oberpräsidenten v. Wedell erfahren wir: daß die Noth der Behörde keineswegs unerwartet entstanden ist, daß die Behörden nicht unthätig geblieben Maßregeln vorzubereiten, welche nur an dem Widerstreben der Kreisstände gescheitert sind, welche sich nicht dazu verstehen wollten, neue Lasten zu übernehmen. Die Regierung zu Oppeln war durch besondere Kommissarien mit den Kreisständen zu Rybnik und Pleß in Verhandlung getreten, jedoch ohne Erfolg. In Rybnik haben die Vertreter des Kreises eine Mitwirkung abgelehnt und in Pleß sind sie auf dem anberaumten Kreistage gar nicht erschienen. Die Kreisstände also, die doch zunächst dabei betheiligt und dazu

Digitized by Google

verpflichtet, lehnen jede Mitwirkung ab. Dagegen war schon unterm dritten August und abermals unterm 3. Oktober von dem Landrath v. Durant dem Herrn Minister des Innern über die Besorgniß erregenden Verhältnisse Bericht erstattet; unterm 16. und unterm 30. Oktober wurde dem Herrn Minister von dem Herrn Oberpräsidenten berichtet, worauf mittelst Reskripts v. 15. Novbr. die Eröffnung erfolgt, daß dem Herrn Oberpräsidenten Roggen und Mehl zur Disposition gestellt und der Transport zu Wasser durch die Königl. Seehandlung von Potsdam und Berlin eingeleitet werden würde. Indeß war nach einer Verfügung vom 23. Novbr. der Wassertransport nicht mehr ausführbar und mittelst Reskripts v. 2. Decbr., das am 10. Decbr. in Breslau eingeht, wird der Herr Oberpräsident aufgefordert, sich zu äußern, in welchen Beträgen Roggen in einzelnen Militärmagazinen in Schlesien bereit zu halten. Der Herr Oberpräsident erledigt diese Verfügung unterm 17. Decbr., worauf er am 26. Jan. eine Ministerialverfügung v. 20. Jan. erhält, nach welcher ihm Getreide in den gedachten Magazinen zur Verfügung gestellt wird. Ob ein so langsamer Instanzenzug nöthig, ob eine raschere Hülfe nicht möglich gewesen, wollen wir hier nicht erörtern.

So sehen wir also die höchsten Behörden thätig und einige Monate hin- und herkorrespondiren, während die Herren Kreisstände, deren Pflicht es gewesen energisch aufzutreten und thätig einzugreifen, ihre Mitwirkung verweigern, unthätig zu Hause sitzen und Menschen unterdeß — verhungern. In Folge des langjährigen Bevormundungssystems fällt es Niemandem ein, selbst Hand anzulegen, sich und andern selbst zu helfen.

Die furchtbare Noth in Oberschlesien, die den Behörden keineswegs unbekannt, die spät folgende Hülfe bestätigen die im vorigen Hefte in dem Artikel: die Provinzialstände und die Provinzialverwaltung ausgesprochene Ansicht, daß in der ängstlichen Ausschließung alles ständischen Einflusses auf den Gang und die Verwaltung der Provinzialverwaltung eine der Ursachen der überall hervortretenden Nothstände zu suchen.

Aus dem Bericht des Herrn Oberpräsidenten erfahren wir ferner, daß in den Gemeinden nur wenig nachbarlicher Sinn herrscht, daß Schulzen und Ortsgerichte fast überall sehr unzuverlässig, daß von keiner Gemeinde ein Unterstützungsantrag eingegangen. Wie in den Kreisständen, so zeigt sich auch in den Gemeinden überall derselbe Mangel an Gemeinsinn und Thatkraft, weil die Staatsbürger bei dem bisher in der Kommunal-, Kreis-Kommunal- und Provinzialverwaltung befolgten Prinzipien nicht im entferntesten daran denken, daß es ihre Pflicht bei einer allgemeinen Kalamität energisch einzugreifen.

Wenn aber die »Schulzen und Ortsgerichte fast überall sehr unzuverlässig« wie der Herr Oberpräsident versichert, wessen Schuld ist es, daß die Kommunalverwaltung anerkannt »unzuverlässigen« Personen anvertraut ist? Durch das Vertrauen ihrer Mitbürger sind diese Männer nicht berufen, sie sind von den Guts- und Gerichtsobrigkeiten ernannt, diese »unzuverlässigen« Beamten sind Geschöpfe der gepriesenen patriarchalischen Gutsherrlichkeit. Das Zeugniß, so wie der Bericht des Herrn Oberpräsidenten kontrastirt gewaltig mit den Lobpsalmen, die neuerdings wieder von den Gutsherren auf die gutsherrliche Polizeiverwaltung abgesungen werden. Auch die Zusammensetzung der Kreisstände, die ihre Mitwirkung verweigern, um den Kreisen, d. h. sich selbst nicht neue Lasten aufzubürden, verdient in Betracht gezogen zu werden. Es zeigt sich hier, wohin es führt, wenn die Landgemeinden nur durch ein Paar Abgeordnete auf den Kreistagen vertreten werden, während eine große Zahl von Rittergutsbesitzer zum Erscheinen berechtigt ist und die Entscheidung jedesmal in Händen hat.

Digitized by Google

Die erste Veranlassung der gegenwärtigen Noth, der Grund des Übels mögte in der Stumpfheit, in der geistigen Verdumpfung des Volks zu suchen sein. Der katholischen Geistlichkeit trifft der Vorwurf, daß sie ihren großen Einfluß auf die untern Klassen nicht dazu benutzt hat, diese geistig zu erheben. Die von der Geistlichkeit gepredigte Enthaltsamkeit, die von ihr eingeführten Mäßigkeitsvereine dürften zur Verbreitung des gegenwärtigen Typhus, der eine Folge ungesunder Nahrungsmittel, ungesunder Wohnungen, eine Folge einer schmutzigen Lebensweise, beigetragen haben. Nach dem Bericht des Herrn Oberpräsidenten genießen die niedern Klassen in jener Gegend nur selten Brod. »Wir wissen«, wird der Trier'schen Ztg. aus Breslau geschrieben, »daß schon seit drei Jahren in Oberschlesien die Kartoffeln, das vorzüglichste Nahrungsmittel der Bevölkerung, mißrathen, daß der Branntwein, das für die oberschlesischen Arbeiter vortrefflichste Stimulans und das einzige Surrogat in Ermangelung nahrhafter Speisen, durch die Branntweinentsagungs-Vereine dem arbeitsamen (?) oberschlesischen Proletarier genommen worden ist, daß somit zwei der unentbehrlichsten Nahrungsmittel fehlen, die bis jetzt durch keine anderen ersetzt worden sind.«

Die Geistlichkeit hat dem Volke den Branntwein genommen, aber sie hat ihm keinen Ersatz dafür geboten. Ebenso dunkel wie in den Wohnungen, ist es in den Köpfen der Bewohner jener Gegenden. Die Klagen über Stumpfsinn, Trägheit und Arbeitsscheu dürfen bei dem traurigen Zustande des Volksschulwesens, bei den geringen Lohnsätzen, bei dem Mangel alles öffentlichen, die Geister kräftigenden Gemeinlebens nicht befremden. Welche Mittel bisher etwa angewandt sind um eine stumpfe in Schmutz und Trägheit versunkene, mit dem Wohlleben unbekannte Bevölkerung aus ihrer tiefen Versumpfung zu erheben, wissen wir nicht. Jedenfalls sind die etwa versuchten Mittel, wie die Mäßigkeitsvereine, unzureichend und unzweckmäßig, wie der Erfolg lehrt. Die Meliorationsarbeiten in der Tucheler Heide haben den Beweis geliefert, daß des polnischen Arbeiter vielbeklagte Faulheit, Arbeitsscheu und Trunkliebe sehr wohl und mit dem besten Erfolge durch lohnende Arbeit ohne Mäßigkeitsvereine in Arbeitslust und Fleiß zu verwandeln ist. Hier ist der Beweis geliefert, daß der polnische Arbeiter, wenn er lohnende Arbeit findet, nicht unverbesserlich ist*). Die Lohnverhältnisse scheinen in Oberschlesien, namentlich in jenen Kreisen wenig geeignet zur Arbeit anzuspornen, die Arbeitslust zu wecken. Wenn über Arbeiter-Mangel geklagt wird, so rührt dieser Mangel daher, daß die Arbeit schlecht belohnt wurde, denn der Herr Oberpräsident erklärt ausdrücklich, daß ein Chausseebau auf Staatskosten, eine »nothwendige Maßregel, um jederzeit lohnende Arbeit und Beschäftigung gewähren zu können.« Durch Chausseen wird der Verkehr gesteigert und damit die Betriebsamkeit der Bevölkerung vermehrt werden, wenn man gleichzeitig durch die Schule und durch freisinnige Kommunalinstitutionen das Volk zu bilden, die Volkskraft zu wecken, Mobilmachung des Geistes zu erstreben bemüht ist, damit auch die untern Klassen sich ihrer menschlichen, ihrer sittlichen Würde bewußt werden.

*) Wir bitten H. II. S. 77. nachzulesen, wie vortheilhaft die Meliorationsarbeiten in der Tucheler Heide auf die polnischen Arbeiter eingewirkt und eine früher nicht vorhandene Arbeitslust unter ihnen geweckt.

Digitized by Google

Religionsfreiheit in Preußen.

»Bei der Promotion als Doctor medicinae, die nach den gesetzlichen Bestimmungen der medicinischen Staatsprüfung vorausgehen muß, ist ein Eid abzulegen, der mit der Formel schließt: „sicut deus me adjuvet et sacrosanctum ejus evangelium.“ Diese Formel ist für mich bedeutungslos und ich würde mich derselben nicht bedienen können, ohne nicht nur ein ernstes Versprechen zu einer widerlichen Komödie zu entwürdigen, sondern auch, — nachdem ich durch meinen Beitritt zur freien Halleschen Gemeinde öffentlich meine religiösen Ansichten bekundet —, von Seite derer, denen der Eid in seiner alten Weise als ein heiliger Act gilt, durch diese Komödie den verdienten Vorwurf der Verspottung ihrer Religion auf mich zu laden.

Demnach erlaube ich mir anzufragen:

ob für mich bei der medicinischen Doctorpromotion statt der üblichen Eidesformel ein einfaches Versprechen genügen könne, wie es z. B. in Berlin bei der philosophischen Doctorpromotion gegeben wird.

»Möge Ein Hohes Ministerium mit der Wichtigkeit, die eine volle Gewißheit hierüber für meinen ganzen Lebensplan haben muß, diese Anfrage entschuldigen und den darin liegenden Zweifel verzeihen, ob nicht trotz des im Patent vom 30. März d. J. gegebenen Königlichen Versprechens der Glaubensfreiheit der Weg auch zum ärztlichen Berufe in Preußen allen denen verschlossen sei, die den Glauben an ein bestimmtes privilegirtes oder concessionirtes Dogmensystem weder haben noch erheucheln mögen.« —

So schloß eine am 7. September 1847 an das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten zu Berlin gerichtete Anfrage des Dr. phil. F. Müller, Studirenden der Medicin in Greifswald. — Schon nach etwa fünf Monaten, am 25. Januar 1848, ließ, als Antwort hierauf, der Regierungsbevollmächtigte der Universität Greifswald, v. Bohlen, im Auftrage des Ministeriums die Aufforderung an denselben ergehen, sich schriftlich darüber zu erklären:

1) ob er seinen Austritt aus der evangelischen Landeskirche in der durch die Verordnung vom 30. März v. J. §. 17 vorgeschriebenen Weise bereits angemeldet habe;

2) aus welchen Gründen er sich weigere, den fraglichen Eid, der mit der Formel schließt: „sicut Deus me adjuvet et sacrosanctum ejus evangelium“ abzulegen und welchen Eid er in seinem Gewissen leisten zu können glaube.

»Wobei ich Ihnen,« schließt mit einer unerbetenen Belehrung Herr von Bohlen, »auch noch bemerklich machen muß, daß Sie jedenfalls vor Zulassung zu der ärztlichen Praxis auch noch den in dieser Beziehung erforderlichen Eid abzuleisten haben werden.« —

Müller genügte am folgenden Tage dieser Aufforderung; er sagt in seinem dem Herrn von Bohlen eingereichten Schreiben:

»ad 1) erkläre ich, daß ich mich bis jetzt nicht veranlaßt gefunden habe, vor Gericht den Austritt aus einer Kirche anzumelden, als deren Mitglied ich mich niemals in rechtsverbindlicher Weise bekannt habe. Denn weder dem bei der Taufe von Anderen, noch dem bei der Konfirmation von mir selbst, als 14jährigem Kinde abgelegten Glaubensbekenntniß kann ich

Digitized by Google

eine derartige rechtlich bindende Kraft beimeſſen. Will indeß trotzdem, trotz meines öffentlichen Beitritts zur freien Gemeinde in Halle, und trotz meiner Anſichten, die ihren Lehrſätzen durchweg widerſtreiten, will trotz alledem die »evangeliſche Landeskirche« mich als den ihrigen reclamiren, und wird, damit ich des Gebrauchs kirchlicher Formeln überhoben ſei, noch eine beſondere gerichtliche Unkirchlichkeitsdeklaration verlangt, nun ſo erkläre ich mich denn hiermit bereit, auch dieſe in der durch die Verordnung vom 30. März v. J. §. 17 vorgeſchriebenen Weiſe abzugeben.

»ad 2) bemerke ich, daß dieſe Frage auf einem vielleicht von mir verſchuldeten Mißverſtändniß meiner Anfrage vom 7. Septbr. v. J. zu beruhen ſcheint. Ich nehme nämlich keinen Anſtoß an dem Inhalt des fraglichen Eides ſondern nur an der üblichen Schlußformel: „sicut deus me adjuvet et sacrosanctum ejus evangelium.“ und zwar aus den in der betreffenden Anfrage bereits erörterten Gründen.

Dagegen würde ich ohne Bedenken die in dem Doktor-Eide enthaltenen Verpflichtungen mit einem einfachen Verſprechen oder einem Handſchlage an Eidesſtatt übernehmen. Das ſchlichte Ja eines freien Mannes, meine ich, wiegt ſchwerer als eine chriſtliche Eidesformel im Munde eines Ungläubigen.«

Hierauf denn am 16. Februar folgender Beſcheid, unterzeichnet von Herrn v. Bohlen:

»Im Auftrage des Hohen Miniſterii der Geiſtlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten habe ich Ihnen auf Ihr Geſuch um Dispenſation von Ableiſtung des in den Statuten der hieſigen Fakultät für die Promovirenden vorgeſchriebenen eidlichen Gelöbniſſes zu eröffnen, daß, da ſie bis jetzt keiner Religionsgeſellſchaft beigetreten, deren Mitglieder in Betreff der Form bei Eidesleiſtungen von den hierüber beſtehenden geſetzlichen Beſtimmungen entbunden ſind, und da es ſich in vorliegendem Falle um Erfüllung ſtatutariſcher Leiſtungen handelt, Sie Behufs Erlangung der mediciniſchen Doktor-Würde von Ableiſtung des erwähnten eidlichen Gelöbniſſes nicht entbunden werden können.«

Die extreme Anſicht vom chriſtlichen Staat.

Unter der Überſchrift: »Die extreme Anſicht vom chriſtlichen Staat« bringt die Berliner »literariſche Zeitung« einen Artikel, in dem ſie der von Stahl aufgeſtellten auch von uns beleuchteten Theorie vom chriſtlichen Staat entſchieden entgegentritt; ein bemerkenswerthes Ereigniß, wenn man ſich der Stellung erinnert, die dieſes Blatt einnimmt, wenn man weiß, daß die »literariſche Ztg.« bisher als Kämpe für das hiſtoriſche Prinzip und den chriſtlichen Staat auftrat, mit der »Allg. Preuß. Ztg.« als Berichtigungsorgan fungirte und die ſchlechte Preſſe zurechtzuweiſen ſich bemühte. Jetzt berichtigt die »lit. Ztg.« des Profeſſor Stahl, des eifrigen Mitarbeiter an der evang. Kirchenztg. »extreme Anſichten vom chriſtlichen Staat« und macht jener Theorie gegenüber die Lehren des praktiſchen Humanismus geltend.

Digitized by Google

Stahl sagt: „Das Mittelalter hätte den Gedanken des Standes in seiner ganzen bis dahin unerkannten Innerlichkeit zu Bewußtsein und Leben gebracht. Über dem Stande steht aber noch ein Höheres, der Mensch und der Bürger. In dieser Zeit ist Gefahr vorhanden, daß der Mensch außerhalb der natürlichen Berufsgliederung gesetzt werde, daß Jeder Alles sein, das Allgemeine versorgen und an Einfluß auf das Allgemeine Jedem gleich stehen will. Diese beiden Pole der Gesellschaft nun, der Mensch und der Stand, wie anders sollen sie geeinigt werden als durch das Christenthum?“ — Darauf entgegnet die Literarische treffend: „Es wäre freilich recht hübsch, wenn man sich den Lauf der Dinge nach dem Canon vorstellen dürfte: aus dem Mittelalter heben wir den Gedanken des Standes, aus der neueren Zeit den des Menschen hervor, es fehlt nur noch an der Einigung beider Pole durch das Christenthum. Aber so gehen die Dinge in der Welt nun einmal nicht; weder ist im Mittelalter der Stand, noch in neuerer Zeit der Mensch fertig geworden, sondern dort, wie hier finden sich beide zugleich vor, nur freilich in verschiedenem Verhältnisse zu einander, weil dort der Stand, hier der Mensch, oder genauer gesagt das Individuum vorherrscht. Nun wollen wir gerne gestehen, daß auch wir eine Einigung beider für die Aufgabe unserer Zeit und das Christenthum für diejenige Macht halten, welche allein im Stande ist, dem natürlichen Triebe nach Einigung des Gleichartigen einen Halt zu geben und ebenso alle Glieder zu Einem Körper zu verbinden. Allein es ist irrig zu meinen, das müßte oder könnte so ohne Weiteres durch den sich bescheidenden religiösen Geist geschehen. Was hilft alle Religion, wenn das Individuum mit Gewalt aus seiner natürlichen Stellung verdrängt wird? Und diese Unnatur herrscht doch im höchsten Grade. Im Mittelalter hatte das Individuum an dem Stande, zu dem es gehörte, einen Schutz gegen den allgemeinen Druck; der Druck, den die verschiedenen Stände wider einander übten, hatte gewisse Grenzen und war für das Individuum weniger empfindlich, weil er gleichsam auf Viele sich vertheilte; ebenso war der Zwang, dem der Stand selbst seine Individuen unterwarf, für diese nicht so lästig, weil er doch wieder seine Schranken hatte und mit schützenden Rechten verbunden war. Jetzt aber haben wir nur Einen Stand, den Staat, und jeder Einzelne muß den Druck der ganzen Masse aushalten. Dieser Zustand könnte für natürlich gelten, wenn Alle einander gleich wären; da aber die natürlichen Unterschiede der Stellung, der Geisteskräfte, des Besitzes mit Nothwendigkeit fortbestehen und ihre Wirkung ganz unmittelbar und in unbeschränktem Maße auf das Ganze äußern können, so ist das Individuum fast für vogelfrei erklärt; es herrscht der Zustand des Krieges Aller wider Alle und es gilt einzig der Ruf: rette sich wer kann. Ist es da ein Wunder, wenn der Einzelne über seinen natürlichen Stand hinaus in das Unbegrenzte getrieben wird; kann er dann widerstehen? Einige besonders kräftige Individuen arbeiten sich aus diesem Zustande heraus, wenn sie vom Glücke begünstigt werden; andere, vielleicht nicht minder kräftige, gehen unter, weil ihnen das Glück nicht will; denn das ist noch die schlimmste Folge jener Unterwerfung Aller unter Einen Stand, daß dadurch das Glück, d. h. der Zufall, zu einer unbefugten Herrschaft gelangt. Auch jene Glücklichen aber können ihre Erhebung nur auf Kosten Vieler bewerkstelligen, und je höher sie sich heben, um so Mehrere müssen in der Niedrigkeit verharren. So bildet sich auf natürliche Weise jener Bodensatz der Gesellschaft, jene sich selbst gleiche untheilbare Masse, die man mit dem Namen des Proletariats bezeichnet. Nun möchten wir wissen, wie das Individuum dazu kommen soll, sich selbst zu bescheiden; dies ist doch erst dann möglich, wenn es wirklich eine Stellung gefunden hat, wenn es aus dem Wirbel der chaotischen Elemente herausgenommen und auf festen Grund und Boden

Digitized by Google

verſetzt iſt. Soll aber dies geſchehen, ſo muß die Selbſtbeſcheidung vom Staate ausgehen; dieſer muß aufhören Ein Stand zu ſein, was er ja nur ſein kann durch Ertödtung aller Stände, und, da alles Leben auf dem Unterſchiede beruht, durch Ertödtung alles Lebens; er muß aufhören, das allgemeine Individuum zu ſein, welches alle übrigen verſchlingt, mit Einem Worte, er muß ſeine rein maſchinenartige Exiſtenz aufgeben. Hat er dies gethan, hat er den Bann gelöſ't, den das Prinzip einer unterſchiedloſen, durch rein äußerliche Mittel zuſammengehaltenen Einheit ausübt, ſo werden ſeine ſchlafenden Glieder ſich wieder regen, an die Stelle des Todes wird das Leben treten und Alle, ſie ſeien hoch oder niedrig, reich oder arm, fromm oder gottlos, werden ſich vertheilen und an ihrem natürlichen Orte wirken. So wird endlich, ſtatt des bisherigen, blos elementariſchen, ein menſchenähnlicher Körper entſtehen, den man mit Recht ein lebendiges Weſen nennen darf. Erſt dann kann auch die Herrſchaft der materiellen Intereſſen oder, deutlicher geſagt, des Hungers, aufhören, und die religiöſe Selbſtbeſcheidung ihren Anfang nehmen; denn da der Hunger ſich nur mit dem Tode beſcheidet, ſo iſt im Leben unter ſeiner Herrſchaft Beſcheidenheit nicht möglich.« —

So die Berliner Literariſche, die bisher den status quo und den chriſtlichen Staat ſo hartnäckig vertheidigte.

Schleswig-Holſtein.

Ich würde mit den bekannten Worten: »Wir ſtehen am Vorabend wichtiger Ereigniſſe« vorliegenden Bericht beginnen, wären ſie nicht, nach der Anſicht ruhiger Leute, eine leidige revolutionäre Phraſe, und hätte man nicht ſo häufig die Erfahrung gemacht, daß man zehnmal am Vorabend wichtiger Ereigniſſe zu ſtehen vermeinen kann, ohne daß die wichtigen Ereigniſſe ſelbſt jemals eintreten. Alle menſchliche Berechnung ſcheitert nur zu leicht an gewiſſen Stimmungen und Zuſtänden, und der bekannte deutſche Volkscharakter betrügt die Zeit nur zu oft um ihre Hoffnungen und Erwartungen. Strenge genommen, ſtehen wir freilich hier ſchon mitten in wichtigen Ereigniſſen, inſofern der ſo plötzlich und unerwartet vor ſich gegangene Thronwechſel und jene Proklamation vom 28. Januar an und für ſich ſchon gewiſſermaßen wichtige Ereigniſſe genannt werden können. Sollten Sie mich fragen, was ich von der Herrſcherperſönlichkeit des jetzigen Königs hielte, ſo würde ich Ihnen antworten, daß dieſer Monarch nach meiner Anſicht viele ſehr ſchätzbare desfällige Eigenſchaften beſitze und namentlich gewiſſen freiheitlichen Entwickelungen keineswegs entſchieden abhold ſein dürfte, daß aber übrigens jeder Zoll an ihm ein Däne ſei, weshalb denn ſeinen deutſchen Landen aus ſolcher Sinnesweiſe eben nicht allzu große Hoffnungen erwachſen möchten. Was aber jene merkwürdige Bekanntmachung vom 28. Januar und die in Ausſicht geſtellte Reichsverfaſſung betrifft, ſo muß ſie nach ihren verſchiedenen Seiten eine verſchiedene Beurtheilung erfahren. Für Dänemark iſt dieſe beabſichtigte Reichsverfaſſung ſchon deshalb ſehr wichtig und erfreulich, weil ſie mittelbar das berüchtigte däniſche Königsgeſetz zerſchlägt, an deſſen Aufrechterhaltung ſich bis dahin alle gründlichen Reformen im Staate brechen mußten. Die Aufhebung des Königsgeſetzes iſt freilich in dieſer Bekanntmachung nirgend ausgeſprochen, aber ſie iſt eine natürliche und thatſächliche Folge der Einführung der betreffenden Reichsverfaſſung, da das Weſen des Königsgeſetzes zu ſtarr und übergreifend iſt, um auch nur die geringſte Beſchränkung der königlichen Allrichherrſchaft und die unbedeutendſte Betheiligung des

Digitized by Google

Volks an der Gesetzgebung zu dulden. Eine andere Frage freilich ist es, ob der König befugt und ermächtigt sei, einseitig und ohne Einwilligung des Landes das Königsgesetz wieder aufzuheben, ob bei einer derartigen Beseitigung des dänischen Staatsgrundgesetzes seine Nachfolger im Regiment zur Nachlebung seiner Anordnung verpflichtet sein würden. Diejenigen politischen Narren möchten indeß nicht zu hören sein, die sich bis zu der Behauptung versteigen, das dänische Königsgesetz könne überhaupt nie wieder aufgehoben werden, da es ja ausdrücklich für ewige Zeiten gegeben sei. Als ob nicht dieselben Gewalten, die es gaben, es wieder aufheben könnten, als ob ein dänischer König und ein dänisches Volk im Jahre 1660 eine größere Macht besessen hätten, als beide im Jahre 1848 besitzen, als ob die Staatsgewalt zu einer gewissen Zeit die Befugnisse jeder künftigen Staatsgewalt vernichten könnte. Vom hiesigen deutschen Standpunkt aus erscheint aber leider die beabsichtigte Reichsverfassung weder so wichtig noch vollends so erfreulich, wie vom dänischen; denn während die freiheitlichen Güter dieser Verfassung weder klar noch groß sein möchten, würde auf der andern Seite ihre Ein- und Durchführung die ganze politische und nationale Selbstständigkeit der Herzogthümer, nicht allein thatsächlich, sondern auch staatsrechtlich vernichten und die Herzogthümer um alle ihre deutschen Hoffnungen und Bestrebungen betrügen. So unklar die freiheitlichen Güter dieser Verfassung sein mögen, so klar ist die durch sie nothwendig herbeigeführte politische Verschmelzung der Herzogthümer mit Dänemark und die Gefährdung aller unserer nationalen und öffentlichen Interessen, weil die Dänen in dieser Versammlung aus nahe liegenden Gründen stets die Stimmenmehrheit haben würden, und zwar nicht allein, weil 8 Abgeordnete von der Regierung ernannt werden sollen, sondern auch weil die nordschleswigschen Abgeordneten mit den Dänen stimmen würden. Ja, man kann mit Recht behaupten, daß diese Reichsverfassung, die der verstorbene König bekanntlich ausgearbeitet und dem jetzigen als Vermächtniß hinterlassen hat, nur allein deshalb entworfen ist, um die Verschmelzung der Herzogthümer mit Dänemark, um den in Anspruch genommenen und aufgestellten dänischen Gesammtstaat, zu einer allseitigen und unbestreitbaren Wahrheit zu machen. Es kann daher bei hiesigen patriotischen und auch nur halbwegs zum politischen Bewußtsein gekommenen Gemüthern unmöglich die Frage so heißen: Annehmen oder Ablehnen? wie eine gewisse Flugschrift die Sache aufhebt, sondern nur: Wählen oder Nichtwählen? Hingehen oder nicht Hingehen? und hierüber sind allerdings noch die Meinungen sehr getheilt, wenn man sich auch jedenfalls nach dem Vorgange der schleswigholsteinischen Ritterschaft für das Wählen und für das Hingehen entscheiden möchte. Dieser Entschluß dürfte auch keineswegs zu tadeln, sondern vielmehr der bessere sein, falls man nur sicher wäre, daß dieses Wählen und Hingehen keinen andern Zweck habe solle, als in Kopenhagen einstimmig und feierlich gegen den ganzen Verfassungsentwurf zu protestiren und eine Verwahrung gegen alle und jede Verletzung der hiesigen Landesrechte einzulegen; denn während ein Nichtwählen und ein Nichthingehen nur ein leidender Widerstand sein und vielleicht Schwäche und Unmännlichkeit bekunden dürfte, würde ein derartiges Auftreten in Kopenhagen ein thätiger Widerstand sein und Stärke und Entschlossenheit bekunden. Allein wenn man einerseits menschliche und ständische Schwächheiten erwägt, andererseits aber alle die dänischen und Regierungseinflüsse berechnet, welche die hiesigen Abgeordneten in Kopenhagen umgeben werden, so geräth man unwillkürlich in B. sorgniß über diesen Schritt, der nur dann ersprießlich sein kann, wenn er mit gehöriger Entschiedenheit und Unerschrockenheit unternommen wird. Wie, sagt mancher, wenn die Kopenhagener unsere Abgeordneten eben so behandeln sollten, wie sie im Jahre 1660 ihre eignen ritterschaftlichen

Digitized by Google

Abgeordneten behandelten? Und wenn auch eine solche Befürchtung eine überspannte ist, so darf man doch auf keinen Augenblick die so schwierige Stellung hiesiger Abgeordnete inmitten einer fanatischen dänischen Volksmasse und einer dänisch gesonnenen Regierung gegenüber verkennen. Für die Deutschheit und die Selbstständigkeit der Herzogthümer ist es übrigens ein großes Glück, daß der verstorbene König ein noch größerer Feind der Volksfreiheit, als ein Freund des Dänenthums war, und daß daher die von ihm vermachte Verfassung eine zu schlechte ist, als daß dadurch irgend jemand hier in den Herzogthümern dem Dänenthum und einem dänischen Gesammtstaate zugewandt werden könnte. Hätte der veröffentlichte Verfassungsentwurf wahre und zureichende freiheitliche Güter verhießen, mancher hiesige ehrliche Mann wäre in Verlegenheit gekommen und hätte nicht gewußt, wie er sich bei solchen vorgehaltenen, lockenden, öffentlichen Gütern zu benehmen habe. Diese Verlegenheit und dieser Kampf ist uns aber jetzt nicht geworden, wir können vielmehr mit leichtem Herzen und mit der größten Entschiedenheit den Verfassungsentwurf verwerfen und unserm Lande und Volke treu verbleiben. Δ.

Die Reform der Privat-Polizeigerichtsbarkeit.

Bei der neuerdings so vielfach ventilirten Frage über Seyn oder Nichtseyn der Patrimonialgerichte ist auch der Reform der ländlichen Polizeiverfassung häufig Erwähnung geschehen und hierbei mit der Ansicht, daß Privatrechtspflege und Privatpolizeigerichtsbarkeit nach gleichen Grundsetzen reformirt werden würden, auch die Besorgniß ausgesprochen worden, daß, wenn diese Reformbestrebungen die gänzliche Aufhebung der Patrimonialgerichte zur Folge hätten, nothwendiger Weise auch die gutsherrliche Polizeigerichtsbarkeit, wo dieselbe noch gegenwärtig besteht, auf den Staat übergehen werde.

Beide, jene Voraussetzung und diese Besorgniß, erscheint indessen nicht begründet. Denn die Voraussetzung einer gleichen Behandlung der Privatrechtspflege und Privatpolizeigerichtsbarkeit wird dadurch, daß beide eine gemeinschaftliche historische Grundlage haben und in einer Person zusammentreffen (§. 61 Th. II. Tit. 17 A. L. R.) — bei der inneren Verschiedenheit derselben und bei den in Hinsicht ihrer Reform obwaltenden verschiedenen Rücksichten — noch nicht gerechtfertigt und scheint ohnehin dadurch widerlegt zu werden, daß der Staat auf dem kürzlich betretenen Wege der Unterhandlung mit den Gerichtsherren die gutsherrliche Polizeigerichtsbarkeit völlig unberücksichtigt gelassen hat.

Noch weniger stichhaltig sind aber die Argumente für eine angeblich beabsichtigte Aufhebung der Privat-Polizeigerichtsbarkeit. Denn, was die aus der Vergessenheit heraufbeschworene Cabinets-Ordre an den Großkanzler Beyme vom 25. November 1808 *) anbelangt, so ist nicht zu übersehen, daß die das öffentliche Recht betreffende Gesetzgebungspolitik von 1808 sich in mehr denn Einer Beziehung als eine todtgeborene erwiesen hat. Will man aber ferner eine Bestätigung für die entgegen gesetzte Meinung darin finden, daß das Gesetz vom 17. Juli 1846

*) Der die Polizeireform betreffende Passus derselben lautet: Ich bin Willens, die Polizeigewalt nicht ferner von dem Besitze eines Grundstückes abhängen zu lassen. Die Polizei soll, wie es in den anderen Staaten geschieht, nicht von den Grundbesitzern, sondern von Orts- und Kreis-Polizeibehörden verwaltet werden.

Digitized by Google

„über das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Kriminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen" im Titel II das Institut von Polizei-Richtern in das Leben gerufen habe, so möge man wohl bedenken, daß dies für die Stadt Berlin erlassene Special-Gesetz auf ländliche Verhältnisse unübertragbar ist. Denn eine gute Polizei-Verwaltung macht vor allen Dingen ein schleuniges Eingreifen erforderlich; dies kann aber nur durch die möglichste Nähe der Polizei-Obrigkeit erreicht werden. Diesem zu entsprechen, würde der Staat mithin eine Cohors von Polizeibeamten anstellen müssen, deren Besoldung nicht nur seine Kräfte übersteigen, sondern auch im Mißverhältnisse zu den dadurch zu erreichenden Staatszwecken stehen würde.

Auf der anderen Seite kann aber auch nicht in Abrede gestellt werden, daß seit der Lösung der privatrechtlichen Bande zwischen den Gutsherren und den Bauergemeinen und, seitdem häufige Veränderungen in dem Besitze der Rittergüter Mode und letztere fast Handelsartikel geworden — daß gegenwärtig die Ausübung der gutsherrlichen Polizei-Gerichtsbarkeit nicht diejenigen Garantien mehr gewährt, welche man mit Recht von einer delegirten Regierungsgewalt fordert, deren Bedeutung für den sittlichen Zustand des Landes und das Gemeinwohl so groß ist. Denn denkt man sich einen Gutsherrn, der heute ein Rittergut kauft, um es morgen zu verkaufen, der vielleicht beim Abschlusse des Kaufvertrages das Dorf zum ersten und letzten Male sieht und einen Verwalter zurückläßt, welchem nunmehr die Ausübung der Polizei anheimfällt, so kann man wahrlich nicht begreifen, wo hier die Berechtigung zur Inhaberschaft eines so wichtigen Amtes liegt.

Bei dem vorstehend gewonnenen Resultate:

daß einerseits eine Übernahme der gutsherrlichen Polizei von Seiten des Staates — deren Erzwingbarkeit überdies zweifelhaft ist — nicht durchführbar erscheint,

andrerseits aber die obrigkeitliche Gewalt, wenn sie in die Hände indifferenter, zu öffentlichen Functionen ungeeigneter oder gar unwürdiger Personen gegeben, leicht an dem zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung nothwendigen Ansehen Einbuße erleidet,

bei diesem zwiefachen Resultate würde als ein drittes nur übrig bleiben:

die obrigkeitliche Gewalt ausschließlich würdigen, durch Bildung und Gemeinsinn sich auszeichnenden, des allgemeinen Vertrauens sich erfreuenden Grundbesitzern anzuvertrauen.

Von dem vorgedachten Prinzipe ausgehend, hat der geistvolle Präsident Lette Behufs der Reform der ländlichen Polizei-Verfassung in einer Privatarbeit einen Plan entworfen, welcher durch den im zweiten Hefte der Zeitschrift für Landes-Culturgesetzgebung pro 1847 enthaltenen Artikel: „Über die Reform der ländlichen Polizei-Verfassung" u. s. w. (S. 259 ff.) veröffentlicht worden ist *). Da die vorerwähnte Zeitschrift indessen wegen ihres technischen Inhaltes nicht leicht Jedermann zugänglich sein dürfte; so mögen die Grundzüge des gedachten Entwurfes hier eine Stelle finden.

Den Ausgangs- und Mittelpunkt der von ihm vorgeschlagenen Reform findet der Verfasser in der Bestellung von Kreisbezirks-Beamten aus den Kreis-Eingesessenen, vorzugsweise Rittergut- und anderen bedeutenden Grundbesitzern,

*) So eben ist von dem Präsidenten Lette eine besondere Schrift unter dem Titel: „die ländliche Gemeinde- und Polizeiverfassung in Preußens östlichen und mittleren Provinzen nebst einem Entwurfe zu derselben" erschienen.

Digitized by Google

oder doch solchen (besonders Domainen-) Pächtern des Kreises, welche auf lange Zeit gepachtet haben.

Zu diesem Ende wäre jeder Kreis — unter möglichster Berücksichtigung einer in irgend welcher administrativen Beziehung etwa schon bestehenden Eintheilung — in verschiedene aus mehreren Ortschaften und Gemeinden zu bildende Bezirke einzutheilen. Die Wahl des Kreisbezirksbeamten erfolgt durch die Kreisstände auf Lebenszeit oder doch auf mindestens sechs bis zwölf Jahre; die Königl. Regierung hat das Bestätigungsrecht.

Die Geschäfte des Kreisbezirksbeamten umfassen nicht allein Polizeiverwaltung und Polizeigerichtsbarkeit (§. 10. 11 Th. II. Tit. 17. A. L. R.) — wozu auch Feldpolizeisachen und gewisse Streitigkeiten zwischen den Herrschaften und ihren Dienstboten oder Tagelöhnern gehören — sondern auch die Gemeindeverwaltung und Armenpflege.

Das Verfahren in Polizeikontraventionen würde nach Tit. II. des Gesetzes vom 17. Juli 1846 zu ordnen sein; die Stelle des Polizeianwalts nimmt je nach dem überwiegend öffentlichen oder privatrechtlichen Charakter der Kontravention entweder der anklagende resp. auf Entscheidung provozirende Gutsherr oder dessen Mandatar, ein Schulze, Gemeindevorsteher oder aber die denunzirende Privatperson selbst ein.

In zweiter Instanz tritt, unter Ausschließung des Rechtsweges, ein Kreispolizeigericht ein, bestehend aus vier Kreisbezirksbeamten und dem Kreis-Justizrath oder Direktor des Gerichtes der Kreisstadt als Vorsitzendem. Die Ersteren werden von den Kreisständen jedesmal auf ein Jahr berufen. Das Gericht hätte seine Sitzungen vierteljährlich oder monatlich an ein für alle Mal bestimmten Tagen abzuhalten, welche durch das Amts- und resp. Kreisblatt bekannt gemacht werden. Die Geschäfte des Staatsanwalts bei dem mündlichen und öffentlichen Verfahren würden entweder von dem Staatsanwalte des Hauptgerichtes im Kreise oder dessen Substituten oder einem andern im Kreise wohnenden Verwaltungsbeamten oder endlich von einem Mitgliede des Magistrates und Gemeindevorstandes des Hauptortes wahrzunehmen, die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses überhaupt jedoch darauf zu beschränken seyn, daß das Kreispolizeigericht nicht seine Kompetenz auf die vor die ordentlichen Kriminalgerichte gehörigen Gesetzesübertretungen ausdehnt und bei seinen Entscheidungen nicht Grundsätze des öffentlichen Rechts und der Verfassung verletzt.

Dies die Grundzüge der vorgeschlagenen Reform. In Bezug auf die den Gutsherren etwa zu belassenden polizeilichen Befugnisse unterscheidet der Verfasser die Polizei-Verwaltung (die Veranstaltungen zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung einer dem Publiko oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr) von der eigentlichen Polizei-Gerichtsbarkeit (der Untersuchung und Bestrafung der Polizeivergehen). Der Verfasser stellt anheim, erstere den Gutsherren „auf den ihnen eigenthümlichen Höfen und Grundstücken" zu belassen und ebenso den Dorfgerichten und Gemeindevorständen in Vertretung der persönlich und dinglich frei gewordenen Landgemeinen die Polizeiverwaltung im Umkreise der Höfe und Grundstücke den Gemeinegenossen zu übertragen.

Die Polizeigerichtbarkeit der Gutsherren als solcher müsse dagegen auf den Erlaß eines Strafmandats im Sinne des §. 122 des Gesetzes vom 17. Juli 1846 beschränkt werden und auch diese obrigkeitliche Befugniß von mindestens fünfjährigem Grundbesitz abhängig seyn, falls nicht der Gutsherr seine Qualifikation anderweitig darthue.

Digitized by Google

Der Raum dieser Zeitschrift gestattete nur, die rohsten Umrisse des Präsident Letteschen Entwurfes zu geben. Der auch unsere gegenwärtige ländliche Polizeiverfassung mit allen ihren Schwächen darstellende Artikel kann dem denkenden Leser nicht genug zur näheren Bekanntschaft empfohlen werden. M.

Die Folgen der Erschwerung der Niederlassung und der Ehe in Baiern und in Meklenburg.

Kurzsichtigkeit und Selbstsucht halten die Erschwerung der Niederlassung und der Ehe für wohlgeeignete Mittel der Verarmung entgegenzuarbeiten. Häufig kommt man in Stadtverordneten- und Bürgerversammlungen auf diesen Punkt zurück und in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ist kürzlich sogar von dem Geschichtschreiber der Hohenstaufen beantragt die Mittel in Erwägung zu ziehen, welche es möglich machen dürften, das leichtsinnige Eingehen der Ehen zu verhindern, ohne gerade der Freiheit des Menschen entgegenzutreten und dieser Antrag einer speciellen Vorprüfung unterworfen. Dabei dürfte zuerst festzustellen sein was unter »leichtsinniges Eingehen« einer Ehe zu verstehen. Der reiche Philister wird es immer leichtsinnig, ja unverantwortlich finden, daß ein Arbeiter, der »sein gutes Auskommen«, wie man sagt, nicht hat, überhaupt heirathet, denn er betrachtet das Recht eine Ehe eingehen zu dürfen für ein Privilegium der Reichen und Wohlhabenden. Er tadelt es sehr, wenn ein Arbeiter, der sich noch nichts »gespart«, seiner gesunden Kraft und den in seinen Armen liegenden Kapital vertrauend, heirathet. Gewiß werden viele Ehen ganz mit Unrecht als leichtsinnig abgeschlossene betrachtet, da man doch nicht annehmen kann, daß ein großer Theil der Arbeiter von Gott und Rechtswegen zum Cölibat verdammt sei.

Mohren weiß zu waschen ist unmöglich. Wir wollen daher die aus dem freien Verkehr und der damit verbundenen unbehinderten Niederlassung entspringenden Vortheile, von dem Recht des Menschen darauf, wie auf die Ehe nicht weiter reden. Nur darauf wollen wir aufmerksam machen, wohin diese unmenschliche Weisheit, diese Ungerechtigkeit, die Niederlassung und die Verehelichung zu erschweren endlich führt.

In Baiern und in Meklenburg hat man, wie viele unserer Stadtbürger wünschen, die Niederlassung wie die Ehe erschweren zu müssen geglaubt. Der nachtheilige Einfluß dieser Beschränkung auf Wohlstand, Industrie und Sittlichkeit sind nicht ausgeblieben. Baiern und Meklenburg sind zunächst diejenigen deutschen Länder, die sich durch einen Reichthum unehelicher Geburten auszeichnen, wo sich verhältnißmäßig die meisten unehelichen Kinder finden. »Die unehelichen Kinder und die Heimathsnoth bringen uns, versichert Dr. Schnelle in den »Meklenb. Blättern«, wenn auch langsam, doch unaufhörlich an den Rand des Verderbens.« Wenn in Preußen und in Frankreich auf 14 Geburten eine uneheliche Geburt kommt, so stellt sich das Verhältniß der ehelichen Geburten zu den unehelichen in Baiern und in Meklenburg wie vier und fünf zu eins und das volksarme Meklenburg, wo große Städte und Industrie fehlen, wetteifert in diesem Punkte mit Baiern. Ueber die Ursachen dieser Erscheinung in Meklenburg wollen wir einen Eingebornen, den Rittergutsbesitzer Dr. Schnelle reden lassen, der in Raabes Jahrbuch für Meklenburg (1847) die Heimathsverhältnisse in Meklenburg ausführlich schildert, indem er ein keineswegs erfreuliches Bild von den traurigen Folgen der Beschränkung der Niederlassung und der Ehe aufrollt.

Digitized by Google

In keinem deutschen Lande, versichert Schnelle, ist wohl die Gewinnung einer selbstständigen Heimath so sehr erschwert, als gerade in Meklenburg, welches noch so viele Menschen ernähren könnte und noch so viele Menschen gebraucht, weil die Ortsbehörden nichts so sehr fürchten als die Vermehrung der Armen und in dieser Furcht befangen in jedem Ankömmling einen künftigen Armen sehen, den sie von ihrem Orte fern zu halten suchen. Unsere Massenarmuth und Heimathsnoth ist größtentheils künstlich hervorgerufen durch die Furcht der Ortsbehörden vor der Armuth, da die Fürsorge für die Armen eine Gemeindelast. Die einzelnen Ortschaften, Rittergüter und Städte sperren sich in Meklenburg so gegen einander ab, daß wir die Freizügigkeit, namentlich der arbeitenden Klassen, in der Ritterschaft und bei den Städten nur den Namen nach kennen und es also bei uns zu Lande theilweise leichter wird, sich in andere Welttheile, als von einem ritterschaftlichen Gute in das benachbarte, oder von einer Stadt in eine andere überzusiedeln, ganz wie in Baiern. Eben darum ist, wie wir weiter unten sehen werden, die Auswanderung aus Baiern nach Amerika so groß, weil es leichter ist sich von Baiern nach Amerika über, als im gesegneten Baierlande selbst anzusiedeln. Die Auswanderung ist in Meklenburg noch nicht so groß wie in Baiern, weil es der Bevölkerung, den untern Klassen an der zur Auswanderung nöthigen Energie und an den Mitteln fehlt. Es sind in der Regel starke, kräftige, entschlossene Seelen, die zur Auswanderung schreiten, während der Stumpfsinnige zu Hause bleibt und — hungert.

Die Ritterschaft gewährt in Meklenburg auf ihren Güterkolossen so wenigen Arbeitern wie möglich die Niederlassung, die auch durch besondere Verordnungen in den Städten sehr erschwert ist, indem der die Aufnahme Nachsuchende nicht bloß ein vollständiges Betriebskapital, angemessenes Hausgeräth (!!) sondern auch so viel Vermögen nachweisen muß, daß er ein Jahr davon leben kann. „Solche ängstliche Vorsicht dient, wie Schnelle ganz richtig versichert, in Wahrheit nur dazu, theils aus den Zurückgewiesenen verzweifelnde Heimathlose zu machen, theils die durch diese Vorsicht vermeintlich geschützten Gewerbtreibenden eines Ortes in Armuth versinken zu lassen. Denn statt, daß bei einer freien Konkurrenz die Gewerke sich hätten heben müssen, ist jene Energie in der Entfaltung der Gewerbsindustrie zurückgehalten worden, welche entstanden sein würde, wenn man nicht immer mit Strenge auf Nachweisung der Geldmittel bestanden hätte«. Durch die Bestimmung, daß das Gewerbe des Aufzunehmenden nicht schon »übersetzt« sein darf, ist der Willkür und der Bevormundungssucht der Stadtobrigkeiten freier Spielraum gelassen, denn die Stadtobrigkeiten finden nun gar häufig, daß ein Gewerbe schon übersetzt, weil ein guter Freund, Nachbar oder Gevatter es so versichert. Mißgriffe sind bei dem besten Willen unvermeidlich, wenn der Herr Bürgermeister darüber entscheiden soll, ob sich noch ein Schuster oder wieviel Schuster überhaupt sich im Orte ernähren können.

Um die Heimathsnoth, fährt Schnelle fort, dieses künstlich geschaffene eigenthümliche Heimweh, an welchem so Viele kranken in dem gesegneten und doch volksarmen Meklenburg, in ihrer ganzen Grausamkeit und Schädlichkeit so recht in die Augen springen zu lassen, dürfte man nur eine Sammlung derjenigen Fälle veranstalten, in welchen junge, rechtschaffene und tüchtige Gewerbtreibende, namentlich die auf dem platten Lande Geborenen, erst nach jahrelangem, kostspieligen und erbitternden Suppliciren und Prozessiren eine selbstständige Heimath finden oder auch bei geringerm Vermögen und geringerer Energie der Liederlichkeit, dem Verbrechen oder dem Selbstmorde in die Arme sanken. —

In Folge dieser Erschwerung der Niederlassung fehlt es dem Ackerbau und

Digitized by Google

den Gewerben in Meklenburg an Menschenhänden, aus Mangel an Menschen unterbleiben landwirthschaftliche Verbesserungen. Weit größer aber sind die nachtheiligen Einflüsse auf die Sittlichkeit, indem ohne selbstständige Heimath die Ehe nicht erlaubt ist, die in Meklenburg fast als ein Vorrecht der Wohlhabenderen erscheint. Daher denn eine entsetzliche Zunahme der unehelichen Kinder; im Jahre 1798 kam auf 17⅔ Geburten eine uneheliche, im Jahre 1845 schon auf 5⅔ eine. Diese Vermehrung der unehelichen Kinder steht aber mit der Verminderung der Ehen in genauester Wechselwirkung. Sie ist eine Folge der Erschwerung der Niederlassung und der dadurch verhinderten Ehen. Je weniger Ehen, desto mehr uneheliche Kinder. Im Jahre 1800 lebten in Meklenburg auf der □M. 1166 Menschen. Damals kam eine Trauung auf 88 Seelen und auf 17 Geburten eine uneheliche. Im Jahre 1819 lebten auf der □M. 1702 Menschen, aber erst auf 126 Seelen kommt eine Trauung. Diese Verminderung der Ehen bei Vermehrung der Bevölkerung hat sogleich eine Vermehrung der unehelichen Kinder zur Folge, denn schon kommt auf 10 1/3 Geburten eine uneheliche. Im Jahre 1846 ist die Bevölkerung auf 2290 für die □M. gestiegen, während sich die Zahl der Ehen vermindert, denn erst auf 142 Seelen kommt eine Trauung, wogegen sich aber eine unerfreuliche, Schrecken erregende Zunahme der unehelichen Geburten zeigt, denn nun ist unter 5½ Geburten schon eine uneheliche. Wie in Meklenburg hinsichts der Menge der unehelichen Geburten fast dasselbe Verhältniß stattfindet wie in Baiern, so auch Hinsichts der eingegangenen Ehen, denn in Baiern kam im Jahre 1834 auf 154 Seelen erst eine Trauung, in Preußen dagegen 1837 schon eine auf 110 Seelen, in Oldenburg 1838 gar eine Trauung auf 80 Seelen, wofür aber in Oldenburg erst auf 24 Geburten eine uneheliche kommt. Baiern und Meklenburg sind diejenigen deutschen Länder, wo die wenigsten Ehen geschlossen, wo dagegen die meisten unehelichen Kinder erzeugt werden. Denn der Fortpflanzungstrieb ist so gewaltig, daß er jede künstliche Schranke durchbricht. Die Natur macht ihr Recht geltend ohne auf priesterlichen Segen zu warten.

Ueberall besteht ein wesentlicher Zusammenhang zwischen den jährlich geschlossenen Ehen und den außerehelichen Geburten und zwar in der Art, daß die außerehelichen Geburten abnehmen, wenn die Ehen zunehmen, während durch Erschwerung der Ansässigmachung und Verehelichung die außerehelichen Geburten vermehrt werden, wie dies der bairische Regierungsrath Rivet in einer schätzenswerthen, sehr gründlichen, besonders beachtenswerthen Abhandlung »über die außerehelichen Geburten, insbesondere in Baiern«, *) nachweist. Aus der in Preußen bestehenden »weisen Gesetzgebung« über Niederlassung und Verehelichung erklärt Rivet die größere Zahl der Ehen, die geringeren der unehelichen Kinder in Preußen. Ebenso sei es in Frankreich und in den Ländern, welche von der Zeit der französischen Herrschaft her noch der unbedingten Theilbarkeit des Bodens, der Freiheit der Ansässigmachung, der Gewerbe und Verehelichung sich erfreuen, wie die Lombardei, Rheinbaiern.

Nach den von Rivet beigebrachten Tabellen kommt in Baiern im Durchschnitt auf noch nicht vier eheliche Geburten eine uneheliche, in einigen Kreisen schon auf 2½ eheliche eine uneheliche Geburt, in Rheinbaiern fällt dagegen erst auf 9,10 eheliche Geburten eine uneheliche, wo schon auf 118 Einwohner eine Trauung kommt, während in andern Kreisen auf 150, ja 170 Einwohnern eine Trauung fällt. Dies erklärt sich daraus, daß in Rheinbaiern unbeschränkte Theilbarkeit des Bodens, unbeschränkte Gewerbefreiheit aus der Zeit der französischen Herrschaft

*) Abgedruckt im Archiv der politischen Oekonomie. Neue Folge 1. Bdes. 1. Heft.

Digitized by Google

ſich erhalten, und ſeitdem die Niederlaſſuug und die Verehelichung nicht im mindeſten erſchwert ſind, während in den übrigen Kreiſen Baierns die Gemeindebehörden über die Niederlaſſung und Verehelichung zu entſcheiden haben, die von den Bewerbern eine Bürgſchaft gegen Verarmung verlangen und dieſe nur in dem Beſitze eines gewiſſen Vermögens finden. So kam es, ruft Rivet aus, daß in Baiern, deſſen König ſeinen Unterthanen politiſche Rechte bewilligt hatte, das natürliche Recht, ſich durch ſeiner Hände Arbeit zu ernähren, niederzulaſſen und eine Familie zu gründen, Vielen vorenthalten, zum Privilegium einzelner Glücklicher herabgewürdigt ward. Da indeß die Verhinderung der Ehen den Fortgang der Zeugung nicht hindert, ſo ſind die Gemeinden, die ſich durch Verweigerung der Anſäſſigmachung und der Verehelichung gegen eine blos mögliche Laſt durch eine vielleicht mögliche Vermehrung der Armen zu wahren ſuchten, nun mit einer wirklichen, drückenden Laſt, mit der Verſorgung einer Unzahl außer der Ehe gebornen Kinder überbürdet. (Hört!!!)

Zu den unglücklichen Folgen der erſchwerten Anſäſſigmachung und Verehelichung in Baiern gehört die außerordentliche Vermehrung der unehelichen Geburten wie Rivet ausführlich mit Zahlen belegt. Die Erſchwerung der Niederlaſſung und Verehelichung iſt zugleich eine weſentliche Urſache der zahlreichen Auswanderungen aus Baiern. Daß es im Vaterlande, in Baiern, nur wenigen Beglückteren geſtattet iſt, dem Rufe der Natur zu folgen, einen eigenen Heerd zu gründen und eine Familie zu bilden, treibt viele Menſchen aus der Heimath. Das Geſetz aber, das in Baiern dem Staatsbürger die Niederlaſſung erſchwert, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen verhindert und bairiſche Staatsbürger aus dem Lande verſcheucht, wirkt auch höchſt nachtheilig auf die Induſtrie. Weil ſich Nürnberg abſperrte, weil es ſich nicht durch friſche Kräfte von außerhalb ſtärkte, iſt die einſt ſo hochberühmte Induſtrie Nürnbergs geſunken. —

In Baiern wie in Mecklenburg iſt aus Leuten, welche, wäre ihnen die Anſäſſigmachung und Verehelichung nicht verſagt, als ordentliche, fleißige Familienväter ſich und die Ihrigen ernähren würden, ein Heer von Proletariern gebildet und dabei die Zahl der unehelichen Geburten zu einer bedeutenden Höhe geſtiegen. Die Aufhebung der Beſchränkung des natürlichen Rechts jedes Menſchen ſich niederzulaſſen und zu verehelichen erſcheint Unbefangenen und Vorurtheilsfreien als eine Nothwendigkeit. Die Macht der Verhältniſſe iſt ſtärker als alle Polizei. Die Unzucht zu derſelben Zeit mit Strafen verfolgen, wo man der Ehe eine große Menge von künſtlichen Hinderniſſen in den Weg geworfen hat, zeigt ſich unwirkſam. Es giebt nur ein wirkſames Mittel ſagt Dr. Schnelle: Alle künſtlich gemachten Erſchwerungen der Ehe müſſen fallen. —

Sonderbund und Schweizerbund.

Einen Brief hat Herr Guizot wohlweislich zu publiziren vergeſſen, und ich will ihn Herrn Guizot zu Liebe dem Publikum nicht vorenthalten. Ein Jeſuit ſchreibt an einen andern:

„..... Furcht! kann ſie in unſern Gemüthern Raum haben? Nein, Alles geht aufs Beſte; nie hätten wir ſolchen Schutz vom Himmel hoffen dürfen. Freiburg hält ſich bis zur Ankunft unſerer Walliſer Freunde, wie mir ein Brief des P. V. von Briges verſichert. Der Sonderbund iſt eine Macht, welche die

Digitized by Google

ehrwürdige Gesellschaft schuf, ordnete, richtete; ein gewaltiger Mittelpunkt, dessen Ausgänge nach allen Seiten, ja überallhin gehen....

Was mich am meisten bekümmert, ist Frankreich, nicht Guizot, der hält zu uns, Briefe, die ..... ich Euch mittheilen will, geben mir die Überzeugung davon; aber das Volk ... das ist unverbesserlich; es hängt an Satan, d. h. an der Majorität der Zwölf. Wäre es nicht klug, das Ende des Reichs der Gleichheit zu beschleunigen. Ich habe mit P. M. darüber gesprochen, der diese Idee gutheißt. Er meint wie ich, je länger man warte, desto mehr drohe das Riesengerüst der Republik. Wenn Ihr diesen Ahnungen einiges Gewicht beilegt, so müßte .... was schadets! es ist ein heiliges Werk und das Ziel der ehrwürdigen Gesellschaft kann von einem Tage abhängen.

Denket über die Möglichkeit eines Erfolgs nach; von den Mitteln dazu brauche ich nicht zu reden; ..... andererseits schreibt man mir von Lyon, daß die Befestigung von Paris, die wir mit so vieler Mühe durchsetzten, nicht so schnell vor sich geht als es wünschenswerth ist; wir müssen sehen. Wenn wir unsere Pläne ausgeführt haben, die unter der Gestalt des Sonderbunds verborgen, müssen wir auf das zurückkommen, worüber ich zu B. mit Euch gesprochen, dieses konstitutionelle Regiment, so segensreich es auch ist, kann unsern Absichten ferner ebenso wenig entsprechen als der Mensch, der es leitet; ich kann mir ihn nicht anders denken als mit dem Blute Ludwigs XVI befleckt, und so oft er mir einfällt ..... mit Guizot, wie ich Euch sagte, sind wir sicher, erinnert Euch an die Genter Geschichte ....."

(Überall, wo Punkte stehen, war radirt.)

Ein passendes Gegenstück zu diesem interessanten Briefe liefert die Adresse Quinets und Michelets an die Tagsatzung:

Meine Herren, empfangen Sie die Glückwünsche zweier Männer, welche zuerst in ihrem Lande den Feind bekämpften, den Sie aus dem Ihrigen vertrieben haben. Niemand freut sich mehr dieses durch Mäßigung ruhmvollen Siegs als wir.

Sie haben Frankreich getröstet. Als Väter, Ahnen und Herren der republikanischen Freiheit, dieser Regierung der Zukunft, fahren Sie fort, der Welt ein treues Bild davon zu liefern.

Während Calabrien, Polen, die ganze Erde von dem Blute unserer Märtyrer, der Märtyrer der Freiheit, raucht, — wo diese herrscht und siegt, da ist kein Blut, keine Gewalt, nur Friede in der Kraft — mögen Alle an diesem Schauspiel sehen und erkennen, wo Gottes Sache ist!

Mögen unsere Feinde im Bewußtsein ihrer thatsächlichen Schwäche, ihres bevorstehenden Untergangs, mit Wuth und Barbarei verfahren, das ist begreiflich. — Aber uns ist die Welt, die Zukunft ein sicheres Erbe. Zwist, selbst Krieg, Sie haben es bewiesen, konnte Sie nicht in Verwirrung bringen.

Harren Sie fest aus! Bleiben Sie über dem Kampfe, über dem Siege! Gründen Sie mit diesem großen Beispiel ein neues Recht für Europa, datiren Sie von Ihrem Triumph über sich selbst ein edelherziges Zeitalter.

Ihr Zorn ist gerecht, und Sie werden ihn ersticken. Diejenigen unter Ihnen, welche am meisten gelitten, werden ein rühmliches Vorrecht behaupten, das Recht zu vergessen.

Wenn es uns gestattet wäre, uns, Ihren Bewunderern, die im Herzen mit Ihnen kämpften, Ihnen ein Wort von uns selbst zu sagen, so würden wir erklären, daß wir beide, mit der Geschichtsschreibung der Revolutionen Frankreichs und Italiens beschäftigt, aus diesem Studium eine gemeinsame Lehre gezogen

Digitized by Google

haben. Die Schreckensregierung erscheint uns wie eine jähe Treppe, wo man mit einer Stufe alle übrigen hinunterſteigt und die letzte der Abgrund iſt. Im Namen der Brüderlichkeit ſteigen Sie nicht die erſte hinunter!

Wenn irgend eine Reaktion eintreten ſollte, würde ſicher die oberſte Behörde, die ſo weiſe die Gewalt handhabt, dieſelbe Klugheit in der Unterdrückung jener Reaktion bewähren. Die Nationaleinheit, die Sie ſuchen und wünſchen, würde gefährdet, ſo wie die Menſchlichkeit, durch jede einzelne Gewaltthat. Begründen Sie, Männer der Schweiz, Ihre Einheit durch Milde!

Wir ſind achtungsvoll

Ihre ergebenen Brüder:
E. Quinet, Profeſſor am Collège de France.
J. Michelet, Profeſſor am Collège de France.

Ueber Auswanderung und über Einwanderungsvereine.

Deutſchland verliert durch die alljährlich ſteigende Auswanderung Menſchen, Kapital und Arbeitskraft, drei Dinge, die es nicht in Ueberfluß beſitzt. Das Auswanderungsfieber greift immer mehr um ſich, der Strom deutſcher Auswanderer wird immer größer. Der Hauptſtrom geht über Bremen in die Fremde. Im Jahre 1843 waren es 9844 Perſonen, die ſich dort einſchifften, 1844 bereits 19,863, 1845 plötzlich 31,358, 1846: 32,372 und im Jahre 1847: 33,682. In Antwerpen, dem zweiten Hauptſammelplatz deutſcher Auswanderer hatten ſich 1845 nur 5225, 1846 ſchon 13,178 und 1847 ſogar 14,613 Deutſche eingeſchifft. Dieſe beiden Häfen führten alſo im Jahre 1847 allein mehr als 48,000 Menſchen aus dem Vaterlande.

Und wer ſind die Auswanderer? Es ſind energiſche, thatkräftige, unternehmende Menſchen, denen es im Vaterlande, im alternden Europa unter den Ruinen des Mittelalters, unter den Trümmern des Feudalweſens unheimlich und zu eng wird. Sind es Abenteurer oder Schwindler, Arme oder Schwache, Leute zu deren Abreiſe wir uns Glück wünſchen können? Nein, denn den Armen fehlen die Mittel zur Auswanderung, ſie bleiben hier. Es ſind größtentheils geſunde, kräftige, arbeitſame und nüchterne Menſchen aus dem Mittelſtande, Handwerker und Landbauer, die mit Frau und Kindern, nicht ſelten mit bedeutenden Geldmitteln, mit tüchtigen Kenntniſſen ausgerüſtet, dem Vaterlande den Rücken kehren. Es ſind Menſchen, deren Auswanderung ein Verluſt für das Vaterland, wie denn das Auswandern der Bemittelten, während die Armen daheim bleiben müſſen, zum Verſchwinden des Mittelſtandes, zur Vermehrung der Kluft zwiſchen arm und reich beiträgt. Es iſt nicht ein Drang nach Abenteuern, der dieſe Leute aus dem Lande treibt, ſondern der Druck der Staats-, Kirchen- und Gemeindeſteuern und der Feudallaſten, die Ueberzeugung, die Gewißheit für ihre Kinder kein Aus- oder Unterkommen, keinen Beſitz zu finden, die Ausſicht, die Arbeitskräfte hier nicht verwerthen zu können und mehr und mehr zu verarmen. Es ſind Menſchen, die der ſtaatlichen und kirchlichen Bevormundung im alternden Europa überdrüſſig. Bürgerliche und religiöſe Freiheit, die Gleichheit vor dem Geſetz, die Leichtigkeit einen eigenen Heerd zu gründen, Grundbeſitz zu erwerben, ziehen den größten Theil nach Nordamerika, denn, ſo ſchreiben die Ausgewanderten den daheimgebliebenen Verwandten und Bekannten — das iſt faktiſch — »hier in Nordamerika

Digitized by Google

ist keine Polizei« d. h. keine Alles regelnde und bevormundende Beamtenwirthschaft. Diese Worte »hier ist keine Polizei« wirken wie eine Zauberformel auf die Daheimgebliebenen, die aufbrechen und dem Lande zu ziehen, wo »keine Polizei.«

Bekannt ist die Antwort jenes Würtembergers auf die Frage, warum er auswandere: weil zu viel Pensionirte im Lande. Einen tiefen Blick in die Ursachen der Auswanderung gewähren auch die poetischen Produktionen, die am Rhein und in Süddeutschland in den untern Regionen aufschießen, die Auswanderung besingen, Amerika als das Land der Verheißung darstellen und roh und ungehobelt, wenn auch bisweilen nicht ohne dichterischen Werth, stets die innere Lebensbewegung, die Stimmung dieser sozialen Schichten klar enthüllen. Von mehreren Gedichten dieser Art, bemerkt der »Philanthrop« ist eines vor etwa zwei Jahren aus dem Proletariate einer Nassauischen Stadt hervorgegangen und bezieht sich auf die Auswanderung nach Texas, auf welche man damals große Hoffnungen setzte. Es werden zuerst die Ursachen der Auswanderung hervorgehoben und darunter besonders »der starke Pacht« und »das theure Holz.«

»Das sagen wir ganz frei heraus,
Das Holz treibt uns zum Land hinaus!
Soviel ist klar und offenbar,
Der Holzpreis steigt mit jedem Jahr.
Das Einzige sind noch die Kohlen;
Daran will man sich jetzt erholen.
Ich bitt' euch, seid darauf nicht stolz;
Der Kohlenpreis steigt mit dem Holz.

Dann werden die »Ziegelhütten«, »Hämmer« u. s. w. als die Ursache dieser Noth zum »Teufel« gewünscht und darauf fortgefahren:

»Gar wohl ist uns das Wort bekannt:
»»Der Hüttenbau bringt Geld in's Land«:««
Doch leider so (daß Gott erbarm'!):
's wird Einer reich und tausend arm.«

Es folgt eine weitläufige Beschreibung der Noth des noch nicht ganz verarmten Familienvaters mit fortlaufenden Seitenblicken auf die »Staatsmänner.«

»Will Jemand sich denn Geld entlehnen,
Darf nur zum Staatsmann sich bequemen;
Hier findet er zu jeder Zeit
Zu fünf Procent sein Geld bereit.«
— — — — —
»Ganz Arme leiden keine Noth.
Es wird gesorgt für Holz und Brod,
Noch für den Hauszins obendrein,
Und Armensupp' — und Frau'nverein« — ꝛc.

Zuletzt werden die Auswanderer glücklich gepriesen:

»Denn dort auf Texas stiller Flur
Weiß man von Simpeln keine Spur
— — — — — —
Dort pflanzet Zuckerrohr und Mais!
Dort wird belohnet euer Fleiß.
Pflanzt Tabak, Baumwoll', süßen Wein!
Das muß 'ne Lust und Freude sein.«

Dann der Schluß:

»Es folgen Viele ganz gewiß
Euch nach in Texas' Paradies.«

Das war nun freilich eine arge Täuschung; es »folgten nicht Viele nach«, und für viele der zuerst dorthin Ausgewanderten verwandelte sich das vermeintliche »Paradies«, welches der »Adelsverein« so einladend dargestellt hatte, in eine wahre Hölle. Man ersieht aber aus unserm Proletariergedichte, mag man es auch nur für

Digitized by Google

gereimte Prosa halten, eben die traurige Prosa des Lebens, man ersieht, was, nach der herrschenden Ansicht, die Leute „fertig macht." Es ist vor Allem die Steuerlast; es werden namentlich angeführt „die papiernen Stempel" und die „Simpel von Kirchen und — Ochsen", (Schlachtsteuer); ferner der hohe Preis des Feuerungsmaterials, die „jährlich wachsenden Schulden" und die damit zugleich wachsende Last der „fünf Procente"; — „das ist es, was uns fertig macht."

Hören wir nun das Ackerbauproletariat. In einem „Reiselied für Auswanderer" heißt es:

„Im armen Deutschland können nicht
Gut alle Menschen leben;
Darum auch Gott uns selbst verspricht,
Ein neues Land zu geben" ꝛc.

— — — —

„Es spricht wohl Mancher: bleib' im Land,
Und führ' ein redlich Leben;
Der Spruch ist jetzo umgewandt,
Man kann nicht danach streben.
Der Bürgerstand ist hart gespannt
Mit vielen Steuern in dem Land:
Man kann nicht mehr bestehen."

— — — —

„Von Jahr zu Jahr setzt Mancher zu
Von seinem eignen Gute,
Hat Tag und Nacht noch keine Ruh,
Quält sich im Fleisch und Blute,
Und denkt: was soll das werden noch?
Und plagt sich, wie das Vieh im Joch,
Verkürzet sich sein Leben."

— — — —

„Die Obrigkeit im deutschen Land
Die macht uns viel Beschwerden,
Der Arme und der Mittelstand
Kann hier nicht reich mehr werden.
Die Meng' der Tagdieb' ist hier groß: —
Drum wollen wir aus Deutschland los,
Woll'n für uns selbst arbeiten."

— — — —

Es folgt eine starke Diatribe gegen die „Hoffahrtsherren" und ihre „Mätressen" u. s. w. und der Schluß: „Das ist ein unrecht Wesen."

„Dem Gerechten ist es sein' Natur,
Das Unrecht nicht zu leiden;
Drum sucht er sich 'ne andre Spur,
Von ihnen sich zu scheiden.
Und demnach der Gerechte spricht:
Adje, ihr Herrn, wir wollen nicht
Mehr eure Knechte bleiben!"

Aus dem Mitgetheilten geht klar hervor, mit welchen Augen der geringe Bauer seine Lage ansieht. Es wird außerdem noch insbesondere die „Robotbeschwerde" namhaft gemacht und als das Hauptübel hervorgehoben, daß die „Hoffahrtsherren" „unser täglich Brod verderben." Zuletzt werden wir ermahnt, uns „durch unsern eignen Muth und Sinn" zu helfen, und „in freiem Sinn" ein neues Vaterland zu suchen.

Auch in Prosa abgefaßte Flugblättchen dieser Art findet man verbreitet. Einem solchen, welches ebenfalls unter dem ländlichen Proletariat entstanden, aber wegen seiner Beziehungen auf lokale Verhältnisse und Vorgänge an vielen Stellen unverständlich ist, entnehmen wir nur folgende Sätze: „In Amerika sind viele

Digitized by Google

Freiheiten, wie uns gemeldet wird. Darum habe ich mir das Land erkoren, um in Frieden da zu leben. Denn hier sind Steuern und andere Beschwerden doch nicht mehr abzuhalten, so schreit jeder Bauer; es ist nicht mehr gut zu machen, so heißt es alle Tage, und die Lippe bleibt bewegt Tag für Tag von Amerika! Gott, der Herr, führe uns hin! Denn, du elendes Europa, wir sehen dich mit traurigen Blicken an; denn dein Untergang ist nahe, wir glauben es!" ꝛc. Solche Erzeugnisse des allgemein verbreiteten Geistes der Unzufriedenheit werden als Flugblätter in zahlreichen Abschriften zugleich mit den Briefen der Ausgewanderten von den Städten auf das Land oder auf dem Lande von Dorf zu Dorf verbreitet, überall gelesen und verstanden.*) Das ist die Presse derjenigen Schichten der Gesellschaft, welcher die Journalistik eben so unzugänglich, als unverständlich ist.

Es giebt freilich Leute, welche Augen haben zu sehen, und doch nicht sehen! Was würden aber diese Lobredner unserer Zustände davon halten, wenn wir ihnen sagten — und es ist nicht Dichtung, sondern Wahrheit! — daß bei dieser in den Tiefen der Gesellschaft beginnenden Gährung sogar ein eigenthümliches religiöses Element nicht fehlt, wenn wir ihnen sagten, daß an den langen Winterabenden in diesen Kreisen Zusammenkünfte gehalten werden, in welchen ein Redner förmliche Vorträge über die neue Welt mit einem eigenthümlichen burlesk-religiösen Anstriche hält, in welchen man Loblieder auf Amerika nach Choralmelodien singt (das zweite der von uns angeführten Gedichte hat die Ueberschrift: nach der Melodie: „Es ist gewißlich an der der Zeit!"), in welchen man mit jener merkwürdigen Selbstverspottung, die aus den Zeiten des „Bundschuh's" bekannt ist, die eigne Noth komödirt. (Mancher Leser erinnert sich vielleicht hierbei an das in Brunnow's „Ulrich von Hutten" sich findende Karnevalslied:

„Wir sind genannt die armen Leut'! Juchhei!
Unser Leben ist Noth und Herzeleid! Juchhei! ꝛc.)

Selbst die alten religiösen Vorstellungen von dem „jüngsten Tage" und dem „Untergang der Welt", worunter denn sonderbarer Weise doch wohl nur die Europäische Welt gemeint sein kann, spielen wieder herein. Doch scheinen dieselben nur sehr schwachen Anklang zu finden. Die jetzige Welt ist dazu zu nüchtern und verständig. Eines unserer Dorf-Pamphlete weist solche Vorstellungen ausdrücklich ab und macht dem oben erwähnten etwas mysteriösen Treiben den Vorwurf, es sei dabei, wie oft bei den „Wallfahrten", nur auf „Fornikation" abgesehen. In diesen „heiligen Gesellschaften" spräche man, „Gott der Herr stehe am Ufer in Amerika und rufe alle seine guten und gerechten Kinder hinüber"; aber das seien „Altweibergespräche"; in Amerika gäbe es Gute und Böse, wie in Europa u. s. w. Bemerkenswerth bleibt es aber immerhin, daß sich auch hier pietistische Elemente, die schon so Viele über den Ocean getrieben haben, mit den Auswanderungsideen auf eigenthümliche Weise verbinden.

Das Auswandern ist ein Verzweifeln an der Zukunft des Vaterlandes und diese ungeheure Vermehrung der Auswanderung, ein unleugbares Symptom unserer krankhaften Zustände. Wo in steigender Progression so viel Tausende dem Vaterlande den Rücken kehren, am Vaterlande verzweifeln, da muß etwas krank sein im Staate. Man hat davon gesprochen, die Auswanderung zu regeln, zu ordnen, sie durch Vereine zu fördern, wozu indeß nur Menschen rathen können, die die ungeheuren Nachtheile der Auswanderung für Deutschland nicht begreifen, die selbst am Besserwerden im Vaterlande verzweifeln. Ein Befördern der Auswanderung,

*) Briefe der Ausgewanderten wandern auch in Pommern und in der Ukermark von Hand zu Hand.

Digitized by Google

namentlich nach Nordamerika, wodurch uns die tüchtigsten Kräfte entführt und unserm dereinstigen, gefährlichsten, industriellen Gegner zugeführt werden, scheint uns ein Hochverrath des nationalökonomischen und politischen Unverstandes am Vaterlande, ganz abgesehen davon, daß es eine disparate Maßregel, die trotz aller Regelung, Tausende ins Unglück führen und dem Elende Preis geben wird.

Die Auswanderung muß nicht befördert, sie muß möglichst gehemmt aber nicht durch polizeiliche Verbote beschränkt oder verhindert werden. Dahin ist zu wirken, daß Lust und Neigung zur Auswanderung verschwindet, daß es dem Menschen daheim, im Lande gefällt. Das Geheimniß, der Auswanderung einen kräftigen Damm entgegenzusetzen, sie zu verringern, ist aus den Briefen der Auswanderer, aus jenen Poesien herauszulesen. Es liegt in den Worten, „hier ist keine Polizei."

Die Zunahme der Auswanderung ist um so mehr zu beklagen, als in Deutschland selbst noch große Strecken der Kultur durch Menschenhände harren. Es fehlt vielen Gegenden in Hinterpommern, Posen und Preußen an Arbeitern und Menschen für das erste und natürlichste aller Gewerbe, für die Landwirthschaft. Ungeheure Summen gehen dem Nationaleinkommen verloren, weil Grund und Boden beim Mangel an Kapital und Arbeitern nicht gehörig kultivirt wird. Viele der größern Gutsbesitzer, denen es unmöglich ist, ihre großen Flächen zweckmäßig zu kultiviren, rationell zu bewirthschaften, sind bereit von ihrem Ueberfluß abzutreten. Allgemein ist die Klage, daß die kleinern Wirthe, die Bauern, Halbbauern ꝛc. in diesen Provinzen noch sehr in der Kultur zurück, daß es ihnen an Betriebsamkeit und Nachdenken fehle. Häufig hört man Klage über die Dummheit, Faulheit, Trägheit der landwirthschaftlichen Arbeiter, der Tagelöhner, über den Schlendrian der Bauerwirthschaften. Vielfach ist von Landwirthen in diesen Provinzen der Wunsch ausgesprochen, durch Parzellirungen betriebsame kleinere Landwirthe und intelligente gewandte Arbeiter aus landwirthschaftlich höher kultivirten Gegenden heranzuziehen, um so den Ueberfluß von Boden zu verwerthen, in Kultur zu setzen und zugleich in jenen Einwanderern den einheimischen Bauern und Arbeitern Muster und Vorbilder aufzustellen. Diese Einwanderung in weniger bevölkerte, schlecht bebauete Gegenden aus höher kultivirten Provinzen, ist von landwirthschaftlichen Autoritäten und auch in den vom Landesökonomie-Kollegium herausgegebenen Annalen der Landwirthschaft als eins der zweckmäßigsten Mittel erkannt, die Landeskultur zu heben und den einheimischen Arbeiterstamm zu veredeln. In Ostpreußen hat die Allensteiner Kreiskorporation diese Uebersiedelung aus dem Darmstädtschen begonnen und die wohlgelungene Kolonie Rothfließ gegründet.

Die Allensteiner Kreiskorporation hat ein Beispiel gegeben, das Nachfolge und von denen beachtet zu werden verdient, die eine Uebersiedelung und Einwanderung aus jenen besser kultivirten Gegenden wünschen, ja zur Hebung der Landwirthschaft, der Kultur im allgemeinen für durchaus nothwendig halten.

Auch in andern Gegenden spricht sich das Verlangen nach Einwanderern aus. Zwölf Landleute des Bütower Kreises haben den Wunsch geäußert, das Danziger Dampfboot möge dahin wirken, daß ein Theil der deutschen Landsleute, statt einem unsichern Schicksale in Amerika entgegen zu gehen, lieber nach Hinterpommern, Ost- oder Westpreußen komme, wo es noch unbebauete Strecken und Arbeit genug gäbe. Dies Vertrauen auf die Wirksamkeit und den Einfluß der Presse kann dieser nur schmeichelhaft sein. Indeß ist über den Nutzen und den Vortheil, über die Zweckmäßigkeit und die Nothwendigkeit der Einwanderung, über die Möglichkeit einen Theil des Stroms deutscher Auswanderer in die Ostseeprovinzen zu leiten, seit einigen Jahren an der Ostsee selbst schon viel geschrieben worden, ohne sonderlichen Erfolg, weil, was an der Ostsee geschrieben am Rhein und in Süddeutsch-

Digitized by Google

land wenig, von den Auswanderern aber gar nicht gelesen wird, weil die Auswanderungsagenten und die Briefe der Ausgewanderten für Amerika werben. —

Was die Presse hier an der Ostsee für die Einwanderung sagt, wird, wie bisher, ziemlich spurlos vorübergehen, wenn nicht diejenigen Grund- und Gutsbesitzer, welche die Einwanderung wünschen und für nothwendig halten mit denjenigen die ihren Ueberfluß an Grund und Boden parzelliren wollen, selbst Hand anlegen, zusammentreten und Einwanderungsvereine bilden. Die Gründung solcher Vereine für einen oder für einige Kreise, würde sehr einfach und leicht ausführbar sein, wenn es nicht ganz und gar an Unternehmungsgeist fehlen sollte. Einwanderungsvereine dürften nothwendig sein, wenn nach vielen Reden endlich Ernst aus der Sache werden soll. Durch Einwanderungsvereine würde den Auswanderern, die jetzt schwerlich davon etwas erfahren, daß und wo man in Osten eine Einwanderung wünscht, eine größere Parzellirung beabsichtigt, eine größere und mannigfaltigere Auswahl an Grund und Boden, so wie eine gewisse Garantie gegen Uebervortheilung geboten werden. Auswanderer, die Neigung haben, in die Ostseeprovinzen überzusiedeln, würden wissen, an wen sie sich zu wenden und was sie zu erwarten haben. Diese Vereine müßten durch die Presse und durch Einwanderungsagenten für die Einwanderung zu gewinnen suchen, diese möglichst erleichtern. Denn jetzt ist es leichter und bequemer nach Amerika, als nach Hinter-Pommern oder Ostpreußen auszuwandern und der zum Auswandern Entschlossene findet durch Auswanderungsagenten Gelegenheit nach Amerika oder Australien, nicht aber in die Ostseeprovinzen. Diese Einwanderungsvereine würden durch ihre Agenten dahin zu wirken haben, daß die Einwanderer in Gesellschaften, Gemeinden zusammentreten, die sich gemeinschaftlich ankaufen und niederlassen und so gleich eine ganze für sich bestehende Gemeinde bilden. — Der in einigen Staaten bestehende Gewerbezwang, die Untheilbarkeit des Grundbesitzes, die Erschwerung der Ehe, treibt Viele aus dem Lande, nach Amerika. Die Einwanderungsagenten müßten diejenigen, die entschlossen sind, die Heimath zu verlassen, darauf aufmerksam machen, daß in Preußen Gewerbefreiheit besteht, die Theilbarkeit des Grundbesitzes nicht beschränkt ist, die Niederlassung und die Verehelichung nicht erschwert wird, daß man also in dieser Beziehung und theilweise in Preußen findet, was man in Amerika sucht.

Für die Einwanderung würden besonders Organe zu gewinnen sein, die in Gegenden erscheinen, wo ein großer Auswanderungsdrang sich zeigt. Ueberhaupt wenn hier im Osten nur ernstliche Anstalten für die Einwanderung getroffen würden, wäre es Pflicht der gesammten Presse diese Uebersiedelung der Auswanderung gegenüber zu unterstützen, da Deutschland durch die Auswanderung nur verliert, während durch die Einwanderung in die Ostseeprovinzen diese zum Besten des Ganzen gekräftigt und gestärkt würden. Wer über's Meer zieht, ist nicht nur für Deutschland verloren, er wird häufig sogar ein Gegner, ein Konkurrent deutscher Industrie. Jemehr dagegen in den menschenleeren Ostseeprovinzen die Kultur, die Produktion, Bevölkerung und Wohlstand steigen, desto mehr wird auch zum Vortheil der gesammten deutschen Industrie die Konsumtion sich steigern.

So wünschenswerth und heilsam eine Einwanderung in die Ostseeprovinzen aus höher kultivirten Gegenden, so dürften aus diesen Gegenden nur wenige ausnahmsweise und unter besonders vortheilhaften Bedingungen Neigung und Sehnsucht empfinden, unter Patrimonialgerichtsbarkeit, gutsherrlicher Polizeiverwaltung und dergl. zu stehen. Entfernen wir also diese Herrlichkeiten, diese ehrwürdigen Trümmer der Vergangenheit, die mit dem modernen Staate unvereinbar. Neben der Leichtigkeit einen Grundbesitz in Amerika zu finden sind es besonders die frei-

Digitized by Google

sinnigen Institutionen, die Tausende jährlich dahin ziehen. Machen wir, daß die Auswanderer bei uns, in Preußen, an der Ostsee finden, was sie in Amerika suchen.

Der christliche Staat und der neue Strafgesetzentwurf.

— — „Es ist ferner das Gebot des Christenthums „liebet eure Feinde" und: „wenn dir Jemand einen Backenstreich giebt, so halte ihm die andere Backe hin"; wie wollen wir aber mit diesem Grundsatze die Gesetzgebung über Injurien in Einklang bringen. Viele Paragraphen des Landrechts müßten ausgetilgt werden, wenn sie in Einklang mit jenem Grundsatze gebracht werden sollen."

Freiherr v. Vinke in der Ständecurie.

Um das aufgestellte Princip des „christlichen Staats" zu vertheidigen, und um zu beweisen, daß die christliche Moral ganz verschieden von der Moral des alten Bundesvolkes ist, sagte der Staatsminister von Thiele bei der Debatte über den Entwurf einer Verordnung über die Verhältnisse der Juden:

„In dem neuen Testamente ist uns vorgeschrieben: Du sollst Deinen Feind lieben. Aber unmittelbar bei dieser Vorschrift wird auf den alten Gegensatz hingewiesen: Aug' um Auge, Zahn um Zahn."

Wenn wir nun aber mit einiger Aufmerksamkeit den Verhandlungen des gegenwärtig versammelten landständischen Ausschusses über den neuen Strafgesetzentwurf folgen, so sehen wir zwar, daß nicht minder um Principien wie um Worte ꝛc. ꝛc. gekämpft und mit allen möglichen Geisteswaffen allseitig gestritten wird, daß aber keiner der Kämpfer seine Waffen aus der Rüstkammer des „christlichen Staats" oder aus den Schriften der Apostel holt; und der Strafgesetzentwurf selbst sympathisirt mit nichts weniger als mit der Idee vom „christlichen Staate", da er noch weiter als der oben angeführte Gegensatz „Aug' um Auge" geht.

Wir sehen demnach, wie stichhaltig und treffend wahr die Worte des muthigen mit Geistesschärfe ausgerüsteten Volksvertreters von Vinke sich bewähren. — Wahrlich viele §§. der Gesetzgebung müßten vor der verwirklichten Idee des „christlichen Staats" flüchten. — In dieser Beziehung brachte einst die ehemalige Rheinische Zeitung einen treffenden Artikel, der es — seiner unbestreitbaren Wahrheit halber — wohl verdient, der Vergessenheit entzogen und weit verbreitet zu werden. Sie sagt:

„Wenn man den Werth des Menschen nach ihrem Glaubensbekenntnisse und ihren gottesdienstlichen Formen abmißt, so verfällt man nothwendig in die größten Irrthümer und die schreiendsten Ungerechtigkeiten.

Die alltägliche Erfahrung lehrt uns in allgemein verständlicher Sprache, daß die religiösen und kirchlichen Grenzen bei weitem nicht mit der sittlichen zusammenfallen. Gute und Schlechte, Verbrecher und ehrliche Leute sind ohne Unterschied ihrer religiösen Konfession überall durcheinander zerstreut. Wie kann also derselbe Staat, welcher christliche Sünder als Staatsbürger beherbergt, andersgläubige Ehrenmänner blos wegen Verschiedenheit der Religion nicht für voll anerkennen? Und welchen Vorzug hätte etwa der christliche Biedermann vor dem jüdischen, oder der christliche Taugenichts vor dem jüdischen? Werfe man doch nicht das Verschiedenste durcheinander! Das Glaubensbekenntniß, die Taufe oder die Beschneidung sind ohne allen Werth; diesen empfängt der Mensch erst durch sittliche Haltung. Will

Digitized by Google

also ein Staat mit Verläugnung seiner juristischen Natur einen Theil seiner Bewohner vor dem Andern bevorzugen, so muß er konsequenter Weise zu einer Inquisitionsanstalt werden.

Er würde verpflichtet sein, mit jedem einzelnen Menschen ein Sittlichkeits-Examen vorzunehmen, ehe er ihm bürgerliche Rechte ertheilt; denn, das kann er unmöglich verkennen, eine Anzahl bestimmter kirchlicher Ceremonieen giebt ihm keinen Maßstab, und nicht die geringste Bürgschaft für die Tüchtigkeit seiner Angehörigen.

Deshalb darf der Staat, welcher ohnehin nicht gemeinschaftliche Interessen mit der Kirche hat, nicht einseitig eine Religion privilegiren, sondern ist gegen Alle zu gleicher Gerechtigkeit verpflichtet. Der Staat ist nicht neben einer Kirche, sondern er steht über allen Religionsgesellschaften. Eine grundverkehrte Ansicht ist die vom „christlichen Staate." Ein solcher müßte nothwendig zur Kirche werden; wirklich sehen wir auch unzweideutige Proben hiervon in manchen Ländern. Die Mitglieder einer Kirche haben besondere Eigenschaften außer dem reinen Menschenthum; die Mitglieder eines Staats sind Bürger oder Staatsmenschen. Die Unpartheilichkeit gegen Alle bietet nicht der christliche Staat, sondern der **menschliche, der gerechte Staat**."

In allerneuester Zeit ist das Phantom vom „christlichen Staate" wieder im Unterhause des englischen Parlaments bei den Debatten über die „Jews Emancipation Bill" heraufbeschworen, hier aber kräftig und mit Erfolg von der Regierung bekämpft worden. Es sagt Lord J. Russell in der Sitzung vom 16. December 1847:

— — „Sie sagen, daß die Gesetzgebung eine christliche sein soll und das Parlament ein christliches; aber sagen Sie nicht auch, daß die Nation eine christliche Nation, das brittische Volk ein christliches Volk ist?

Nun, in demselben Sinne, in dem Sie die Nation eine christliche nennen, obgleich an 30,000 Juden in ihrer Mitte leben, kann ja auch das Parlament ein christliches heißen, wenn auch unter den 656 Mitgliedern des Hauses der Gemeinen sechs Personen wären, die die jüdische Religion bekennen. Ein solches Argument also wünschte ich nicht von denjenigen wieder aufgenommen zu sehen, die sich dem Eintritte der Juden in's Parlament widersetzen."

So spricht der erste Minister der Krone, um ein Vorurtheil zu bannen, um die Gerechtigkeit zu fördern, er stützt sich auf den festen Satz: „daß jeder Engländer zu den Würden und Vortheilen berechtigt ist, welche die brittische Konstitution giebt" und will des Juden Vaterland nicht in Zion finden! —

L. Lewy.

Das Verhältniß der religiösen und politischen Parteien Englands zur Judenfrage.

(Aus dem Phönix.)

Schon wieder liegt dem englischen Parlamente die Frage wegen Befreiung des jüdischen Theils der Bevölkerung aus dem letzten Überreste einer im Sinne einer früheren Zeit gegebenen Gesetzgebung vor, und erwartungsvoll blicken wir

Digitized by Google

hinüber nach jener Versammlung, die von keiner andern an Macht und Einfluß überragt wird. Ein Theil der dort geführten Verhandlungen liegt uns bereits vor; bekannt sind uns ferner die Ansichten der bedeutendsten Männer und Parteien Englands über diese Frage, und wir können aus ihnen, wie aus dem Geiste, in welchem dieselbe dort besprochen wird, auf die Aussichten, welche diese Angelegenheit vor sich hat, schließen. Beschämend in der That für uns Deutsche ist die Art und Weise, in welcher das englische Parlament dieselbe behandelt, wenn wir uns der noch in frischen Andenken lebenden Zeit erinnern, wo sie einer ähnlichen Versammlung im Vaterlande zur Berathung vorgelegt war, beschämend, wenn wir sehen, mit welchen Waffen dort — für und gegen — gekämpft wird, und welcher man sich hier namentlich von Seiten der Gegner bediente. Da kam der Moder vergangener Jahrhunderte wieder hervor, da fehlte es nicht an den krassesten Vorurtheilen, und selbst Männer, die sonst zu den Ersten des preußischen Reichstags zählten, konnten sich von solchen nicht frei erhalten; da fühlte man sich berufen, Lektionen der Moral und des Anstandes zu geben, wo es ganz allein auf eine Frage des Rechtes ankam, da scheute man sich nicht, Mängel und vermeintliche Fehler der Einzelnen der Gesammtheit unterzuschieben und dieser versagen zu wollen, wo ein Verweigern aus diesem Grunde nicht einmal dem Einzelnen gegenüber gerechtfertigt war. Allerdings war der Landtag im Ganzen viel humaner als die Regierung und ein Fortschritt aus dem bisherigen Zustande ist allerdings gemacht worden. In England dagegen besitzen die Juden bereits viel mehr, als ihnen in Preußen gewährt wurde und hier hat auch der entschiedenste Gegner der Juden dergleichen Argumente verschmäht; nicht die Juden als solche waren es, denen man die politischen Rechte verweigern wollte, denen man Unvollkommenheiten vorwarf und gegen die man die Abneigung offen zur Schau trug; umgekehrt hat Niemand ihnen in politischer und bürgerlicher Beziehung die vollste Anerkennung versagt. Es sind vielmehr ganz andere Motive aus dem Gebiete des staatlichen und religiösen Lebens, es sind Überzeugungen, nicht Vorurtheile, denen man die Waffen gegen die Judenemancipation entnimmt. Vor Allem tritt dort gegen die Juden der orthodoxe Anglikanismus, jenes verknöcherte Kirchensystem, das bisher nur in und vom Staate lebte, in die Schranken. Er machte es ebenso zu jener Zeit, als die englischen und irischen Katholiken ihre politischen Rechte zurückforderten, nur daß er damals das Panier des „protestantischen Staats" erhob, während jetzt, wo er dem etwas gewaltthätigen Andrängen der Katholiken bereits vor zwei Jahrzehnden hat nachgeben müssen, „der christliche Staat" es angeblich ist, der die politische Berechtigung der Bekenner des jüdischen Glaubens nicht zulassen soll. Aber nicht von dem abstrakt christlichen Staate, von dem die deutschen Hoftheologen und die theologischen Hofleute so viel zu erzählen wissen, sondern von dem historisch gegebenen, an bestimmte Institutionen sich knüpfenden christlichen Staate England, dem Separat-Papstthum der englischen Krone und englischen Verfassung, ist hierbei die Rede. Man hat indessen diesem, namentlich von einigen Vertretern der englischen Universitäten vorgeführten Grunde die Gestaltung der jetzigen öffentlichen Verhältnisse in England entgegengehalten, man hat ihnen bewiesen, daß ein solcher christlicher Staat, wie sie ihn konstruiren, nur in ihrer Einbildung existire, da demselben jede bestimmte äußere Form fehle und der Natur der Sache nach fehlen müsse.

Eng verbrüdert mit diesen Orthodoxen und zum Theil in sie übergehend sind die, welche aus allgemeinen politischen Rücksichten gegen die Judenemancipation auftreten. Nach ihrer Ansicht muß der Staat in irgend einer Weise an ein religiöses Bekenntniß sich anlehnen, und wenn auch die verschiedenen christlichen

Digitized by Google

Konfessionen von einander abweichen, so bleibe ihnen doch ein Gemeinsames — sie sehen in der Zulassung der Juden ein Princip aufgestellt, das diesen Zusammenhang des Staates mit der Kirche gänzlich aus den Angeln hebt und gegen dieses Princip kämpfen sie aus allen Kräften an. Es sind meistentheils Überbleibsel der Partei, die sich einst Tories nannte, und die jetzt sich als Konservative bezeichnet, die sich um diese Ansicht geschaart haben.

Ihnen entgegen stellt sich aber nun die große und an Einfluß im jetzigen Unterhause bedeutende Partei derer, welchen eine solche Trennung von Kirche und Staat ganz recht ist, welche dieselbe auf alle Weise herbeizuführen trachtet und in der Zulassung von Juden in's Parlament einen großen Schritt vorwärts nach diesem Ziele hin sieht. Zu ihnen gehören die Katholiken, welche noch eingedenk der früher auf ihnen selbst lastenden Bedrückungen sich als die eifrigsten Vertheidiger der Judenemancipation zeigen und diejenigen kirchlichen Secten, welche man in England unter der allgemeinen Benennung „Dissenters" umfaßt. Diese letztern haben seit Entstehung der anglikanischen Kirche einen fortwährenden heimlichen und offenen Krieg gegen dieselbe geführt, sie haben mit der Zeit einen Vorposten nach dem andern hinwegzuräumen gewußt und denken sehr ernstlich daran, die feindliche Festung selbst zu nehmen.

Es giebt aber auch Männer im englischen Parlament, welche aus dem reinen Gefühl für die gleiche Berechtigung Aller derer, welche dem Staate gegenüber gleiche Pflichten erfüllen, den Juden den Eintritt in's Parlament eröffnen wollen. Diese sind von allen sonstigen Rücksichten so weit entfernt, daß weder die Warnungen der Gegner noch die Hoffnungen der Freunde der Emancipation sie von dem Wege abhalten können, den einzuschlagen ihr Rechtsgefühl ihnen gebietet. Lord John Russell ist ein aufrichtiger Freund der anglikanischen Kirche, nicht minder Sir Robert Peel, der selbst einmal Vertreter der Universität Oxford gewesen, ebenso nicht minder Gladstone, der freilich denen sich anzuschließen scheint, welche aus kirchlichen Rücksichten Trennung des Staats und der Kirche fordern, und Sir G. Bentinck, so eben noch Führer der Konservativen und viele Andere.

So gliedern sich die verschiedenen Ansichten im Parlamente und nach den bisherigen Verhandlungen im Unterhause kann es keinem Zweifel unterliegen, daß hier die Emancipationsfrage im Sinne der Freiheit und des Fortschritts beantwortet werden wird. In Betreff des Oberhauses sind freilich Zweifel an der Erreichung desselben Resultats laut geworden, allein obgleich schon mehrfach dieselbe Frage hier gescheitert ist, so scheint es doch, als ob diesmal einerseits die Ansichten des liberaleren Theils dieser Versammlung, andererseits der ausgesprochene Wille der Regierung und die dafür schon kundgewordene große Majorität im Unterhause auch dort einen eben solchen Sieg davon tragen werde, wie bereits vor zwei Jahren, als die diesen letzten Akt der Emancipation vorbereitende Bill an dieselbe gelangte. G.

Die Vereinigung zur Hebung des Gewerbstandes in Hamburg.

Längst schon war die Nothwendigkeit einer Umwandlung der hiesigen Gewerbsverhältnisse von einsichtsvollen hiesigen Gewerbtreibenden erkannt worden, ohne daß einer derselben einen Weg sah, wie den auch politisch mächtigen „Ämtern" (Zünften) und Brüderschaften auf friedlichem Wege solche Umwandlung abgerun-

Digitized by Google

gen werden könne: da kam von dem Präses der Gesellschaft für sociale und politische Interessen der Juden, Dr. Rée, der Anstoß zu einer Vereinigung, welche, wenn sie mit der bisherigen Energie und Consequenz fortschreitet, eines der allerwichtigsten socialen Institute für Hamburg und für ganz Deutschland werden wird, und unter welchen endlich die schon jetzt vielfach durchlöcherten Zünfte wie morsche Buden unter einem steinernem Überbau zusammen sinken müssen. Es war dem Dr. Rée darum zu thun, den Juden den sichern und freien Betrieb aller Handwerke zu verschaffen, und er schlug dazu, ausgehend von dem Grundsatze, daß nichts für die Juden Seitens der genannten Gesellschaft zu unternehmen sei, was nicht der gesammten Einwohnerschaft zu Gute komme, also verwerfend alle einseitige Petitionen bei Zünften, Senat und Bürgerschaft, als das sowohl am Besten zum Ziele Führende als zugleich Gemeinnützliche die Bildung freier Innungen vor, zu denen sich die Handwerker aus allen zünftigen und unzünftigen Gewerben, ohne die bestehenden Ämter direct anzugreifen und mit dem Umsturz zu bedrohen, aber auch ohne irgend auf sie Rücksicht zu nehmen, vereinigen sollten. Er war bereits zu diesem Zweck mit einem Tischlergesellen Martens (Verfasser der Schrift: „Die Zunft im Konflikt mit der Gesellschaft") einem Schneidermeister Mager, dem Handlungskommis Fischel und dem Literat Dr. Cohen in Verbindung getreten; die Fünf arbeiteten, unter Hinzuziehung noch mehrerer Gewerbtreibenden, eine bei Campe erschienene Broschüre aus: „Die Zünfte in Hamburg und ihre nothwendige Umgestaltung", welche die Zwecke der zu begründenden neuen Innungen darstellt; Subscriptionsbogen zum Beitritt wurden unterdessen in Umlauf gesetzt; und nachdem über 20 Handwerker sich vereinigt hatten, die Broschüre in den Lokalblättern vielfach besprochen war, hielt man im Schneideramthause eine große Versammlung, zu welcher alle Gewerbtreibende der Stadt eingeladen wurden. Hier entwickelte man in mehreren Reden die Grundsätze, die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der jetzt sogenannten „Vereinigung zur Hebung des Gewerbstandes", widerlegte Einreden und forderte zu allseitiger Anschließung und Unterstützung auf. Seit dieser im October vorigen Jahres gehaltenen Versammlung wuchs die Zahl der Beitretenden mit großer Schnelligkeit; sie ist jetzt auf nahe an 600 gestiegen, von denen bei Weitem die Meisten Schneider, Tischler, Tapezierer und Cigarrenarbeiter, Schuhmacher, Einige auch Nicht-Handwerker (Kaufleute, Gelehrte u. a.) sind.

Was die Vereinigung Neues will, besagt das unten im Auszuge abgedruckte Statut. Hier soll noch kurz angegeben werden, was bis jetzt durch die eifrige Bemühung des provisorischen Vorstands, in welchem die Herren Fischel, Röding und Unger die thätigsten sind, erreicht worden ist. Da die Eintheilung der Gewerbe nach den Rohstoffen vorerst, wo in der Vereinigung bei Weitem noch nicht alle Gewerbe vertreten sind, sondern nur einzelne Branchen gewisser unter einer von einem Rohstoffe hergenommenen Gesammtnamen fallenden Arbeiten (z. B. das Schuhmacherhandwerk, dessen Betreiber unter die allgemeine Klasse der Lederarbeiter gehören): so hat man vorerst für mehrere Gewerbe die alten Namen noch beibehalten und solchen bis jetzt einzeln stehenden Branchen den Namen Gilde ertheilt, während jede Innung von einem Rohstoff benannt wird; also z. B. Innung der Holzarbeiter, der Tabacksarbeiter; aber: Schneidergilde. Bis jetzt sind nun folgende 6 Vereinigungen entstanden: die Schneidergilde (nächst der Tapezierergilde die stärkste, zu beiden gehören über 100 Mitglieder), die Innungen der Metallarbeiter (meist Schlosser), der Holzarbeiter (meist Tischler), der Tabaksarbeiter (Cigarrenmacher), und die Gilden der Tapezierer und der Schuhmacher. Von diesen haben bereits die Tischler ein gemeinsames Magazin errichtet,

Digitized by Google

und die Tapezierer gehen damit um, sich ihnen anzuschließen. In dieses Magazin werden von den einzelnen Mitgliedern Arbeiten zum Verkauf eingeliefert, und der Erlös von jedem verkauften Stück wird unter alle bei dem Magazin Betheiligte vertheilt, nicht gleichmäßig, sondern nach dem Gesammtwerthe dessen, was jeder einzelne in dasselbe geliefert hat, so daß, je größer der Antheil des Einzelnen an dem Magazin, desto größer auch sein Gewinn bei jedem verkauften Stück. — Der beabsichtigte gemeinsame Ankauf von Rohstoffen, der den einzelnen Arbeitern die kleinen Quantitäten des für sie nöthigen Stoffes weit billiger liefern soll, als sie bisher für sie zu erlangen waren, stößt auf große Schwierigkeiten. Noch ist nichts in dieser Beziehung erreicht. Die Cigarrenmacher gehen damit um, ein Tabakslager zu errichten und jeden Sonntag einige Stunden aus dessen Stoff zu arbeiten, während sie in der Woche bei ihren bisherigen Arbeitgebern beschäftigt bleiben. — Das jetzige Unternehmen der gesammten Vereinigung ist eine zu kontrahirende Anleihe von 20,000 Mark Cour. (8000 Rtlr. pr.), für welche Summe hauptsächlich die Errichtung gemeinsamer Werkstätten und das Export-Geschäft betrieben werden soll. Sie ist in 4 Serien von je 5000 Mark zerlegt, und bereits sind 1200 Mark, also fast ¼ der ersten Serie, hauptsächlich durch die erfolgreiche Bemühung eines Detailliſten, welcher Mitglied der Vereinigung ist, gezeichnet worden. Der bis jetzt noch immer provisorische, aus 12 Mitgliedern bestehende Vorstand ist vor Kurzem auf unbestimmte Zeit prolongirt worden. Er ist sehr thätig und hält jede Woche Zusammenkünfte. Zwei Parteien treten immer deutlicher in demselben hervor: eine praktische oder kluge, immer moderiren und nachgeben wollende, und eine streng an Princip festhaltende, mehr zum Wagen und, wo es nöthig, auch zu dictatorischem Auftreten geneigte. Im Vorstand selbst dominirt die letztere; denn sie ist, obwohl die geringere an Mitgliederzahl, doch an Intelligenz und Rednergabe die stärkere; unter den Mitgliedern der Vereinigung aber sind die meisten auf Seite der ersteren; denn die Mittelmäßigkeit hat immer die Mehrzahl für sich. Dr. Kleinpaul.

(Nachschrift der Red.) In der Zeit der Rath- und Thatlosigkeit ist ein Versuch, wie der hier besprochene, immer anerkennenswerth. Indeß scheint die „freie Innung" über die Freiheit noch nicht im Klaren zu sein, wenn sie, wie von den Zunftprivilegien, so „von der anderswo herrschenden schrankenlosen Gewerbefreiheit" nichts wissen will. Die Triersche Ztg. fürchtet daher, diese „freie Innung" sei ein todtgebornes Kind. Freigeinnt möge man sein, aber freigesinnt sei man nicht, wenn man vor der Zunft und vor den Kapitalisten zu Kreuze krieche. In einer spätern Nummer sagt die Triersche Ztg.: Man hat es uns sehr verdacht, als wir der freien Innung so unbedingt das Wort nicht reden wollten, sondern an dem Streben derselben nach ihrem ersten öffentlichen Auftreten gelinden Zweifel zeigten, weil sie der Zunft gar zu viel Honig um den Bart strich und den alten Zopf nicht abzuschneiden, sondern nur neu zu bewickeln und zurecht zu frisiren versprach. Nun wächst das neu gewickelte Zöpflein schon ganz keck hervor, die in der freien Innung verhandelte Actienfrage hat gezeigt, daß diese Geldklippe auch diesem jungen Schifflein Todesgefahr droht, daß die Freund- und Bruderschaft nur bis zum Kirschenessen geht; die Gesellenfrage aber hat zu Erörterungen Anlaß gegeben, die uns berechtigen, unsere Behauptung zu wiederholen, daß die freie Innung nicht mit der freien Gesinnung Hand in Hand geht. Es giebt zwei Bollwerke der Volkswohlfahrt: freier Handel und freie Arbeit; die wahre Freiheit wird nur da sein, wo beide sich aufeinander stützen. Aber der Apostel für die Arbeitsfreiheit soll unter uns erst noch geboren werden;

Digitized by Google

iſt die freie Innung ſeine Wiege, ſo wird er ein Herkules ſein müſſen, um das Kapital, die Schlange, welche ihn in der Geburt bedroht, zu erdrücken.

Haupt-Statut der Vereinigung zur Hebung des Gewerbſtandes.

Zweck der Vereinigung ſoll ſein: der Hebung der hieſigen Gewerke durch Berathung und durch praktiſche Verſuche vorzuarbeiten.

Zu dieſem Zwecke wird die Vereinigung verſuchen:

1. auf jedem geſetzmäßigen Wege eine Umgeſtaltung der hieſigen Ämter und eine Vereinigung mit den bisher freien Gewerken mittelſt einer allgemeinen und verbeſſerten Gewerbeordnung herbeizuführen, und
2. die Betreibung der Gewerke durch vereinte Kräfte zu erleichtern und zu vervollkommnen.

Den letzteren Zweck hofft die Vereinigung zu erreichen:

1. durch Errichtung gemeinſamer Werkſtätten, vorzugsweiſe für Holz- und Metall-Arbeiter;
2. durch Vermittelung bei dem Ankauf von Roh-Materialien;
3. durch Gründung von Sonntags-Verſammlungen, der Verſtändigung, Beſprechung und Belehrung beſtimmt;
4. durch Schaffen eines Lokals für unbeſchäftigte Arbeiter, zur Auswahl für arbeitgebende Meiſter;
5. durch Gründung von Sonntagsſchulen für Lehrlinge;
6. durch Gründung von Kranken-, Unterſtützungs- und Wittwen-Kaſſen;
7. durch Anlegung von Magazinen, vorzugsweiſe für die Ausfuhr berechnet;
8. durch Einführung jährlicher Gewerbe-Ausſtellungen.

Um die beabſichtigten Reformen anbahnen und praktiſche Reſultate erzielen zu können, wird die Vereinigung ſich ſofort nach Innungen ſondern, und hierbei der Eintheilung nach den Rohmaterialien (z. B. Holz, Stein, Metall, Leder, Wolle u. ſ. w.) folgen. Die einzelnen Gewerke bilden entweder innerhalb der Innungen Genoſſenſchaften, oder auch neben den erſtern ſelbſtſtändige freie Gilden.

Jeder unbeſcholtene Gewerbtreibende, er ſei Meiſter oder nicht, der ſein Gewerbe verſteht und nachweiſt, daß er ſich dem hieſigen Staate verwandt gemacht hat, kann in dieſe Vereinigung aufgenommen werden; jedoch iſt ſeine Aufnahme in die Innung oder Gilde von dem Gutachten abhängig, welches der Prüfungs-Ausſchuß über die Befähigung der ſich Meldenden auszuſtellen hat.

Der Beitritt von Nicht-Gewerbetreibenden wird der Vereinigung willkommen ſein; gleich den übrigen beſitzen derartige Mitglieder in allen Geſammt-Angelegenheiten eine entſcheidende Stimme, und ſind für den Geſammt-Vorſtand wählbar; den Innungen und Gilden können ſie indeß nur durch Wahl als berathende Mitglieder angehören.

Wer der Vereinigung beizutreten wünſcht, verpflichtet ſich, einen monatlichen Beitrag von mindeſtens 4 β (= 3 Sgr.) zu entrichten.

Kranke Mitglieder ſind auf geſchehene Anzeige von den Beiträgen zu entbinden.

Die Vereinigung wird durch einen aus zwölf Mitgliedern beſtehenden Vorſtand repräſentirt.

Die Befugniſſe des Geſammt-Vorſtandes erſtrecken ſich zunächſt auf die allgemeine Leitung der Angelegenheiten (ſoweit dieſelbe nicht dem einzelnen Innungs- oder Gilden-Vorſtand überlaſſen bleibt), ferner auf die Kaſſen-Verwaltung und auf die Einberufung und Leitung der Haupt-Verſammlungen.

Die Vereinigung ſcheidet ſich in Innungen und Gilden. Die Innung bil-

Digitized by Google

der sich durch den Zusammentritt mehrerer, meist kleinerer Genossenschaften; die Gilde umfaßt stets nur eine, der Zahl nach größere Genossenschaft: es ist jedoch den letztern überlassen, im Innungs-Verhältnisse mit andern Genossenschaften zu verbleiben oder selbstständig als Gilde aufzutreten. Zur Bildung einer Innung oder Gilde sind mindestens zwanzig Mitglieder erforderlich.

Jede Innung und Gilde wird durch einen besondern, aus ihrer Mitte durch Wahl hervorgehenden Vorstand vertreten. Das Ergebniß einer derartiges Vorstands-Wahl muß dem Gesammt-Vorstande angezeigt werden.

Jeder Innungs- und Gilden-Vorstand hat einen Abgeordneten aus seiner Mitte zu erwählen, der allen Versammlungen des Gesammt-Vorstandes als berathendes Mitglied beizuwohnen hat.

Jede Innung und Gilde ist verpflichtet, vierteljährlich über die sie betreffenden Verhältnisse durch ihren Vorstand Bericht an den Gesammt-Vorstand abzustatten.

Die der Haupt-Versammlung zur Berathung gestellten Anträge müssen dem Vorstande mindestens acht Tage vorher angezeigt, und dann auf angegebene Weise zur Kenntniß der Mitglieder gebracht werden.

Zur Fassung gültiger Beschlüsse ist die Anwesenheit eines Drittheils sämmtlicher Mitglieder erforderlich.

Bei den Entscheidungen der Haupt-Versammlung gilt einfaches Stimmenmehr; die Abwesenden haben sich den Beschlüssen derselben zu unterwerfen. Bei Stimmengleichheit ist die betreffende Sache als verworfen anzusehen.

Der Vorsitzende hat bei dem Beginn der Verhandlungen die Mitglieder, welche in der vorliegenden Sache das Wort zu nehmen wünschen, aufzufordern, sich namhaft zu machen; erst nachdem dieselben geendigt, steht es auch andern Mitgliedern zu, das Wort zu verlangen.

Der Kassenmeister befindet sich im Besitz der Kasse, und durch ihn werden alle vorkommenden Ausgaben zu bestreiten sein; der Kassenführer sorgt für die Einziehung der gezeichneten monatlichen Beiträge, so wie überdies alle eingehenden Gelder nur durch ihn in Empfang genommen werden, bevor sie in die Hände des Kassenmeisters niedergelegt werden können.

Halbjährlich findet eine Kassen-Revision statt, zu welchem Behufe durch jede Innung oder Gilde ein Kassen-Revisor zu ernennen ist; diese Revisoren haben über den Richtigbefund der Kasse an die Haupt-Versammlung Bericht zu erstatten und die Belege zur Einsicht niederzulegen.

Alle flüssigen, in den Händen des Kassenmeisters sich befindenden Gelder werden, auf Beschluß des Gesammt-Vorstandes hin, belegt, um zur gelegenen Zeit zum Gesammtwohl der Vereinigung verwandt zu werden.

Was die Verausgabung von Geldern betrifft, die nachweislich das Gesammt-Interesse der Vereinigung berühren, so hat der Vorstand das Recht, dieselben zu verwilligen; derselbe ist jedoch nicht befugt, Verbindlichkeiten einzugehen, die den Kassenbestand der Vereinskasse überschreiten. In Betreff der einzelnen Innungs- und Gilden-Angelegenheiten verbleibt diese Bewilligung in den Händen des Innung- oder Gilden-Vorstandes.

Alle, eine Abänderung dieses Haupt-Statuts bezweckenden Anträge müssen zunächst an den Vorstand gerichtet werden, von welchem in der nächsten Haupt-Versammlung darüber Bericht zu erstatten ist. Beschließt hierauf die Versammlung, die Sache weiter zu verfolgen, so wird ein aus mindestens sechs Mitgliedern bestehender Ausschuß erwählt, dem sich als siebentes, den Vorsitz führendes Mitglied der jedesmalige Präsident anzuschließen hat. Auf sein, des Ausschusses, Gutachten hin, der dasselbe mindestens acht Tage vor der Haupt-Versammlung

Digitized by Google

zur Kenntniß der Mitglieder zu bringen hat, wird die Versammlung berathen; jedoch nur, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder sich durch Abstimmung für Änderung des Statuts erklärt haben, ist dieselbe als angenommen zu betrachten.

Der provisorische Vorstand.

Der Bildungsverein für Arbeiter in Hamburg.

Dem Jahresbericht des Bildungsvereins für Arbeiter in Hamburg, der bei dem Stiftungsfest am 14. Februar 1847 verlesen ward, entnehmen wir folgende Thatsachen, wobei wir darauf aufmerksam machen, daß in Hamburg, der Stadt der Zünfte, die Gesellen um sich zu bilden, nicht durch einen Gesellenverein von der übrigen Welt sich abgesperrt haben, daß es in Hamburg Gesellen nicht unter ihrer Gesellenwürde halten, mit andern Arbeitern einen Verein zu besuchen, ein erfreulicher Beweis von Bildung.

„Die Zahl der Mitglieder des Vereines blieb, trotz mancher ungünstigen Zeitverhältnisse, im steten Zunehmen und zählt jetzt noch einmal so viel Mitglieder als ein Jahr früher; die Zahl der Lehrgegenstände, mit ihnen die der Unterrichtsstunden haben sich gleichfalls bedeutend vermehrt, und man wird den Umfang der Thätigkeit und des Wirkens im Verein ermessen können, wenn man erwägt, daß gegen 900 Personen im Laufe eines Jahres sich die Vortheile der ihm zu Gebote stehenden Bildungsmittel anzueignen bemüht gewesen waren.

Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Jahres 1845: 230, Neueingetretene im Jahre 1846: 595, zusammen 828 Mitglieder. Weggereist und ausgeschieden 236, verblieben Mitglieder beim Beginne 1847: 392 Mitglieder. Ihrer Beschäftigung nach ordnen sich obgedachte 598 im Jahre 1846 dem Vereine beigetretenen Mitglieder folgendermaßen: Arbeitsmann 1, Apotheker 1, Bäcker 2, Bildhauer 2, Buchbinder 3, Buchdrucker 2, Buchhändler 1, Büchsenmacher 1, Drechsler 39, Ewerführer 2, Fabrikarbeiter 6, Färber 1, Feldwebel 1, Friseur 2, Gastwirth 1, Gelehrte 3, Gipser 1, Goldarbeiter 5, Handelsleute 3, Handlungsdiener 4, Handschuhmacher 3, Hausknechte 9, Hutmacher 3, Instrumentenmacher 6, Knopfmacher 1, Klempner 2, Küper 3, Kürschner 1, Kupferschmidt 1, Lackirer 2, Lehrer 3, Liniirer 1, Lohgerber 1, Marqueur 1, Maler 7, Maurer 28, Mechaniker 4, Optikus 1, Riemer 2, Sattler 4, Schiffbauer 3, Schlosser 22, Schmidt 1, Schneider 55, Schreiber 4, Schriftgießer 3, Schuhmacher 12, Steindrucker 3, Steinhauer 3, Stellmacher 5, Stuckateur 1, Tapezier 6, Töpfer 9, Tischler 281, Uhrmacher 1, Zigarrenmacher 11, Zimmerleute 10, Zuckerbäcker 7.

Am Schlusse des Jahres 1846 zählte der Verein unter seinen Mitgliedern: Apotheker 2, Buchbinder 1, Barbier 1, Buchdrucker 5, Buchhändler 2, Bildhauer 1, Büchsenmacher 1, Drechsler 22, Ewerführer 2, Fabrikarbeiter 4, Feldwebel 1, Friseur 1, Gastwirth 1, Goldarbeiter 6, Handlungsdiener 3, Handschuhmacher 1, Hausknecht 5, Hutmacher 1, Instrumentenmacher 3, Klempner 1, Kupferschmidt 1, Lackirer 1, Liniirer 1, Litterat 1, Lehrer 4, Maler 3, Maurer 14, Mechaniker 2, Optikus 1, Papparbeiter 1, Sattler 3, Schiffbauer 3, Schlosser 17, Schneider 32, Schreiber 3, Schriftgießer 2, Schmidt 1, Schuhmacher 4, Steindrucker 2, Steinhauer 2, Stellmacher 4, Stuhlmacher 1, Stuckateur 1, Tapezier 3 ,Töpfer 4, Tischler 197, Uhrmacher 1, Weinküper 2, Zigarrenmacher 4, Zimmerleute 9, Zuckerbäcker 4.

Digitized by Google

Seit Neujahr d. J. sind dem Vereine bereits 101 Mitglieder beigetreten, wodurch die wirkliche Anzahl derselben im gegenwärtigen Augenblick (Febr. 1847) sich bis auf 452 gesteigert hat.

Dieses stete Zunehmen der Mitgliederzahl führte für den Verein die Nothwendigkeit einer Lokal-Veränderung herbei; eine solche wurde zu Himmelfahrt 1846 unternommen und das Haus A-B-C-Straße 47 auf 3½ Jahr für den Verein, für den jährlichen Preis von 2100 Mark Crt. gemiethet; welches Haus wohl die Räumlichkeiten für 500 Mitglieder in sich schließt. Dasselbe enthält 1 Saal, 4 große, 5 mittlere und 5 kleinere Zimmer, auch etwas Garten-Raum; die genannten Räumlichkeiten sind folgendermaßen vertheilt: Parterre der große Saal, das Conversationszimmer, die Wohnung des Hauswarts; der Saal dient zum Gesang-Unterricht, zu wissenschaftlichen Vorträgen, zu den Hauptversammlungen u. dgl., das Conversationszimmer zum gewöhnlichen Versammlungszimmer; die Bel-Etage enthält drei große und ein kleines Zimmer für den Zeichenunterricht, 2 Zimmer für die Bibliothek und das Lese-Zimmer; im dritten Stock befinden sich 4 mittlere, 2 kleinere Zimmer für die verschiedenen Unterrichtsgegenstände. — Ein Hauswart, mit welchem der Verein in kontraktlichen Verhältnissen steht und der freie Wohnung, Feuerung und Erleuchtung erhält, sorgt für die Ordnung des Hauswesens, für Instandsetzung der Lehrzimmer und liefert den Mitgliedern Speise und Getränke.

Das Lehr- und Unterrichtswesen des Bildungs-Vereins schließt für gewöhnlich 10 Lehr-Gegenstände ein: 1) Architektonisches Zeichnen: 9 Stunden; 2) Freihandzeichnen: 5 Stunden; 3) Perspectivisches Zeichnen: 2 Stunden; 4) Geometrisches Zeichnen: 2 Stunden; 5) Rechnen: 2 Stunden; 6) Schreiben: 1 Stunde; 7) Deutsche Sprache: 2 Stunden; 8) Französische Sprache: 2 Stunden; 9) Englische Sprache: 2 Stunden; 10) Gesang: 3 Stunden; zusammen 30 Stunden wöchentlich; rechnen Sie zu diesem die vorerwähnten Vorlesungen belehrenden Inhalts, so ergiebt sich schon aus dieser einfachen Zusammenstellung, wie rastlos thätig im Sinne wahrer Bildung für den Arbeiter gedacht und gehandelt worden. Seit der Entwerfung des neuen Stundenplans, der Ostern 1846 ins Leben trat, bestehen in allen Lehrfächern regelmäßige, theils viertel- theils halbjährliche Unterrichts-Curse, wie denn auch seit jener Zeit die Lehrer der vorherbemerkten Unterrichtsgegenstände sämmtlich honorirt werden; die hierdurch für den Verein erwachsene Ausgabe hat im verflossenen Jahre über 1500 ℳ Cour. betragen.

Von hoher geistiger Bildung für das Wirken des Vereins halten wir ferner die des Sonntags Abends stattfindenden sogenannten Rede-Uebungen; sie sind veranstaltet worden, um den Vereins-Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich mündlich richtig ausdrücken und die Scheu vor öffentlichem Reden überwinden zu lernen. Zu diesem Zweck dient die Erörterung von Fragen, die dem jedesmaligen Vorsitzenden von einzelnen Mitgliedern überreicht der Versammlung zur Berathung mitgetheilt werden.

Es wird vielleicht von Interesse sein, einige der erörterten Fragen, um danach den belebenden Einfluß der Rede-Uebungen richtiger würdigen zu können, hier wiederzugeben; wir heben sonach folgende heraus: Was ist vom Wandern zu halten? Wie ist es dem Unbemittelten möglich, sich Kenntniß von den Gesetzen zu verschaffen? Worin besteht der Unterschied zwischen Gesetz und Pflicht? Wem nützt die Presse am meisten? Was ist radikal? Was ist das ewige Leben? Was ist von der Freimaurerei zu halten? Ist und wie ist dem Pauperismus abzuhelfen? Wie nutzt man und wie benutzt man den Verein am besten? Ist das

Digitized by Google

ſtehende Heer nothwendig? Worin beſteht die bürgerliche Freiheit? Iſt Politik verboten?

Die Ueberſicht mag bezeugen, daß es ſich bei vorgedachten Rede-Uebungen nicht um leere Unterhaltungen, ſondern um die Prüfung und Beleuchtung ernſter, für jeden denkenden Menſchen höchſt wichtiger Lebensfragen handelt; und wer je Zeuge einer ſolchen Verſammlung geweſen und die dabei vorherrſchende Geiſtesthätigkeit der Mitglieder beobachtet hat, der wird die Bedeutung, die wir den Rede-Uebungen für das intellektuelle Leben der Arbeiter beimaßen, nicht verkennen können.

Auch für Unterhaltungen, die mehr einen geſelligen Charakter an ſich tragen, iſt dadurch geſorgt worden, daß allmonatlich Ein Mal des Sonntags Abends ſich die Sänger vereinigen, um ihre Lieder erſchallen zu laſſen, und daß dann nach jedem Geſange von Vereins-Mitgliedern meiſt Gedichte unſerer Klaſſiker vorgetragen werden.

Einen andern wichtigen Moment für die Bildung der Vereins-Mitglieder finden wir auch in ihrem Umgange mit dem Vereine entweder als Lehrer, oder als Mitglieder angehörenden wiſſenſchaftlich gebildeten und intelligenten Männer. Die durch ſolchen Umgang erzeugten Einwirkungen äußern ſich oft am augenfälligſten durch die Anregungen, die Einzelnen ſowohl als Mehreren gegeben wird, und da iſt es denn nichts Seltenes, im Konverſationszimmer die lebhafteſten Erörterungen über Anſchauungen führen zu hören, die nur auf dem vorgedachten Wege ihnen zugekommen waren.

Die Handhabung der Klaſſenſteuer.

Dem im vorigen Jahre vereinigten Landtage legte die Staatsregierung den Entwurf zu einem Geſetze wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtſteuer, Beſchränkung der Klaſſenſteuer und Einführung einer Einkommenſteuer vor, indem ſie von dem Grundſatze ausging, es ſei nothwendig die Uebelſtände der Mahl- und Schlachtſteuer zu beſeitigen, die ärmſte Klaſſe vor einer Ueberbürdung zu ſchützen und für die wohlhabenden wie reichen Einwohner eine ihrer Leiſtungsfähigkeit entſprechende Belaſtung eintreten zu laſſen. Dieſer freiſinnige und im Prinzipe wie in den meiſten Einzelheiten einer richtigen innern Staatspolitik ganz entſprechende Geſetzentwurf wurde jedoch von den verſammelten Ständen nicht acceptirt, auf die Schlußfrage: Beſchließt die Verſammlung die Aufhebung der Mahl- und Schlachtſteuer unter der Vorausſetzung zu befürworten, daß an Stelle derſelben eine Einkommenſteuer trete, antworteten 204 Stimmen ja und 311 Nein; zu jenen 204 Stimmen gehörten 80 Stimmen der Landgemeinen (⅔ der 124), 70 Stimmen der Städte (⅞ der 182), 50 Stimmen der Ritterſchaft (⅕ der 237) und liegt es zu Tage, wie gerade die ſtändiſche Zuſammenſetzung dem Egoismus der wohlhabenden Grundbeſitzer die Möglichkeit gegeben hat, der wohlmeinenden Abſicht der Staatsregierung hindernd entgegen zu treten; es verhallten die Reden eines Camphauſen und Renard ſpurlos und der Landtag bejahte das nichtsnutzende Amendement des Grafen v. Arnim, worin ein andrer Geſetzentwurf, der die ärmſten Klaſſen erleichtere und den Ausfall der Steuern auf die wohlhabenderen lege, erbeten wurde; das Amendement erhielt indeß von 480 Stimmen nur 248 für ſich.

Digitized by Google

Der Landtagsabschied konnte natürlich nur erklären, daß die Mahl-, Schlacht- und Klassensteuer verbleiben müßten und keine Mittel, die Wohlhabenden und Reichen in einem ihrem Vermögen entsprechenden Verhältniß zu den Staatslasten heranzuziehen und dadurch für die weniger Bemittelten eine Erleichteruug herbeizuführen, aufzufinden wären. —

Diese letztere Ansicht die Wohlhabenden stärker zu besteuern und überhaupt das obige Prinzip, welches den Gesetzgeber in Betreff der Einkommensteuer leitete, hat inzwischen im Laufe der Monate offenbar eine praktische Anwendung erhalten. Das Königliche Finanz-Ministerium hat in der 2ten Hälfte des Jahres 1847 sämmtlichen Regierungen aufgegeben, daß auf die Beseitigung des Vorwurfes, wie mittelst der Klassensteuer die höhere Wohlhabenheit und der Reichthum nicht verhältnißmäßig zu den Beiträgen, welche die Minderwohlhabenden leisten müssen, herangezogen würden, fortan und schon bei der Einschätzung für das Jahr 1848 innerhalb der Grenzen der bestehenden Verordnung hingearbeitet werden solle. Das Ministerium macht darauf aufmerksam, wie die bisherigen Veranlagungsergebnisse fortwährend der Vermuthung Raum geben, daß bei den Einschätzungen in die höhern Steuerstufen (1sten und 2ten Hauptklasse) manche Haushaltungen, welche ihrer Leistungsfähigkeit nach einen höhern Steuersatz füglich tragen könnten und sollten, nur deshalb zu einer geringern Steuerstufe eingeschätzt seien, weil es einem vermeintlichen Billigkeitsgefühle der Einschätzungs- und Revisionsbehörde widerstrebe, auch den reichen und besonders wohlhabenden Mann zu einer Steuerleistung heranzuziehen, welche nach dem im Gesetze einmal angegebenen Steuermaximum auch von dem noch Reicheren nur in gleichem Betrage gefordert werde. Es wird deshalb verlangt, daß der Irrthümlichkeit solcher Ansichten und der Folgewidrigkeit einer danach bemessenen Einschätzung mit Ernst und Nachdruck entgegen gewirkt und solche nöthigenfalls bei der Revision der Veranlagungslisten von den Regierungen beseitigt werden. Demgemäß hat das Ministerium den Regierungen aufgegeben, nach Eingang aller Klassensteuerlisten von den sämmtlichen Steuerpflichtigen der oberen 4 Stufen bis zu dem Satze von 2 Thlr. monatlich einschließlich eine Nachweisung zusammenzustellen, und in pleno collegii zu prüfen, ob dieselben nach ihren Besitz- und Vermögensverhältnissen absolut und relativ richtig eingeschätzt seien; bei sich erhebenden Zweifeln nicht ohne Weiteres mit der Steuer-Erhebung vorzugehen, sondern der Kreisbehörde unter Bezeichnung der hiebei leitenden Gesichtspunkte das Verzeichniß derjenigen Steuerpflichtigen, hinsichtlich deren eine Erhöhung der Steuer für zulässig und erforderlich zu erachten sei, mitzutheilen, damit die Kreisbehörde sich im Einvernehmen mit der kreisständischen Kommission gutachtlich äußere und erst hienach die Steuersätze definitiv festzusetzen, auch von dem Ergebniß dem Ministerio spezielle Anzeige zu machen.

Welche Maßnahmen diese generelle Anordnung des Finanz-Ministerii in allen Theilen des Staats von Seiten der einzelnen Regierungen herbeigeführt hat, ist uns unbekannt; die Anordnung des Ministerii ist eine den bestehenden Verordnungen entsprechende und eine jenes richtige Prinzip zur theilweisen Anwendung bringende, sie bahnt an eine richtigere Besteuerung. Es dürfte nur bei ihr vermißt werden, die Anbahnung einer richtigen Steuervertheilung in Bezug auf die ärmere Klasse, d. h. eine Erleichterung der ärmern Klassen durch Zuschüsse der wohlhabenderen; auch scheint das Jahr 1848 sich weniger zu strengen Steuermaßregeln zu eignen, als andre Jahre, da es Nothjahren folgt, die auch die wohlhabenden Klassen beschädigten und da diese Beschädigungen sich nicht so rasch gutmachen lassen, als die optimistischen Lobredner der 1847er Ernten selbst glauben und den Behörden glauben machen.

Digitized by Google

In Westpreußen und zwar im Regierungsbezirk Marienwerder hat der Ministerialbefehl folgendes Verfahren, das uns zu diesem Aufsatze Veranlassung giebt, veranlaßt.

1. Die Regierung zu Marienwerder hat unterm 22. Septbr. 1847 von den Landräthen sämmtlicher Kreise eine Nachweisung eingefordert, welche in Betreff sämmtlicher Steuerpflichtigen der obern 4 Stufen bis 2 Thlr. monatlich (einschließlich) angiebt

a. ihren städtischen oder ländlichen Grundbesitz und die Größe dieses Besitzes in Acker, Gartenland, Wiesen, Wald, Baustellen und Wegen,
b. den Betrag der an die Staatskasse jährlich zu entrichtenden landesherrlichen Grundsteuer, den Betrag grundherrlicher Rente, Zinses, einschließlich der Dienstgelder und Naturalien,
c. den Betrag der Rente oder Pacht, welche Einsassen in den Dörfern oder Abbauten, die zu den städtischen oder ländlichen Besitzungen gehören, an den Grundherrn jährlich entrichten,
d. ob und welche Vorwerke von dem Grundherrn durch Selbstbewirthschaftung oder Zeitverpachtung benutzt werden, und der Betrag der Jahrespächte,
e. die Gewerbesteuer, die der Kaufmann, Fabrikant ꝛc. monatlich entrichtet,
f. ob das Grundeigenthum des Steuerpflichtigen so verschuldet ist, daß der Schuldenzustand den Wirthschaftsbetrieb wesentlich beeinträchtigt,
g. ein Gutachten darüber, welche Gründe überwiegend sind, um die in der Veranlagungsliste angenommene Steuerrate als diejenige beizubehalten, welche den Vermögens- und Erwerbsverhältnissen des Steuerpflichtigen angemessen ist.

2. Die Regierung zu Marienwerder macht gleichzeitig die Landräthe darauf aufmerksam, daß in den untern Steuerklassen für die Jahre 1846 — 47 nicht überall eine den Grundsätzen der Klassifikationsinstruktion strenge entsprechende Steuerveranlagung stattgefunden habe, weil Ermäßigungen eingetreten und Steuerbefreiungen über das gesetzliche Maaß ausgedehnt seien; sie habe diese Abweichungen lediglich nur deshalb mit Stillschweigen übergangen, weil in den letzten Jahren die schlechten Ernten und die sonst ungünstig gewesenen Zeitverhältnisse Nachsicht erforderlich machten; daß nun aber durch die günstige Ernte alle diese Mängel gehoben seien und es um so mehr erforderlich sei, jene nur zeitweisen Milderungen der Steuersätze nicht in das Jahr 1848 zu übertragen.

3. Nach Empfang der Klassensteuer-Veranlagungslisten pro 1848 und der gedachten Nachweisung hat die Regierung im Dezember 1847 diese Listen bestätigt und den Kreisvorständen wie Steuerämtern zugesandt.

4. Anfang Februar 1848 hat die Regierung den Landräthen mitgetheilt, daß sie auf Grund der Nachweisung und nach den für den Regierungsbezirk bestehenden Grundsätzen und Merkmalen der Einschätzung zur Klassensteuer auf Vortrag und Beschluß in pleno collegii vom 1. Januar 1848 ab, folgende Personen (es folgen die Namen) von resp. 2 Thlr. auf 4 Thlr.; von 4 Thlr. auf resp. 8 Thlr. u. s. w. monatlicher Klassensteuer erhöhe und diese anzuweisen seien, diese höhern Sätze vom 1. Januar 1848 ab zu zahlen.

Es liegt auf der Hand, wie diese Maßnahme nicht mit den bestehenden Verordnungen und dem gedachten Ministerialerlaß übereinstimmen; es fragt sich, was die betheiligten Steuerpflichtigen thun können.

Der Ministerialerlaß sagt im Einklange mit den bestehenden Verordnungen (Gesetz vom 30. Mai 1820 17. Januar 1830) daß bei Zweifeln über die Richtigkeit der Steuersätze der Kreisvorstand und die kreisständische Kommission gut-

Digitized by Google

achtlich zu hören sei; wenn die Regierung viele Personen zu niedrig eingeschätzt fand, so mußte sie ihre leitenden Gesichtspunkte aufstellen und das Gutachten einfordern. Wir fragen mit Recht, warum hat sie dies nicht gethan, warum glaubt sie durch die Eröffnung „auf Vortrag und Beschluß in pleno collegii" die Gesetzmäßigkeit ihres Verfahrens und die Untrüglichkeit ihrer Einschätzung zu begründen; dem Steuerpflichtigen, dem die Veranlagungsliste und das nicht auf Erhöhung dringende Gutachten des Landraths zur Seite steht, liegt es gewiß nicht ob, den Gegenbeweis gegen die ohne Gründe ertheilte Steuererhöhung der Regierung dahin zu führen, daß er weniger Einnahme ꝛc. habe, als die Regierung anzunehmen scheine; daß er gerade nur die Einnahmen und nicht mehr habe, welche die Veranlagung für ihn arbitrire. Wollte der Steuerpflichtige diesen Beweis antreten, wollte er das Gutachten seiner Kreisgenossen und resp. der Kreisvertreter einholen, wie kann er es gegen eine Verfügung, die ihn ohne Angabe von Gründen erhöht.

Den Steuerpflichtigen hören wir anführen: die Veranlagungsliste des Jahres 1848 ist im Dezember 1847 bestätigt, ich habe danach im Januar und Februar 1848 resp. 2 und 4 Thlr. monatlich bezahlt, wie ist es gerechtfertigt, daß ich nach 2 Monaten ums Doppelte erhöht werde und noch für jeden Monat resp. 2 und 4 Thlr. nachzahlen soll. Wir können ihn nicht widerlegen, wir müssen ihm zugeben, daß, nachdem einmal die Veranlagungsliste des Jahres 1848 von der Regierung bestätigt war, dieselbe nachträglich für das Jahr 1848 nicht mehr Erhöhungen vornehmen durfte, daß sie, wenn sie solche in Ausführung des Ministerialerlasses beabsichtigte, vor Bestätigung der Listen hätte berathen und den Gesetzen gemäß hätte verfahren müssen; also im vorliegenden Fall ihre in der Verfügung vom Februar 1848 ausgesprochene Ansicht und ihren Willen zurückhalten mußte.

Wie eine sorgsame Beachtung des Rechtsbodens jene Verfügung gegen die Wohlhabenderen unmöglich machen mußte, so würde auch die Erwägung der Schädlichkeit dieselbe wie die zu 2 gedachte beseitigt haben. Wir bemerkten schon oben, daß das Jahr 1848 gewiß noch nicht den Zeitpunkt zu strengeren Steuererhebungen darbietet, wir wiederholen, daß die Nothjahre von 1845 und 1846 und ⅔ von 1847 den Regierungsbezirk Marienwerder bei Reichen wie Armen nicht bloß vorübergehend sondern dauernd für viele Jahre bedeutend beschädigt haben, daß selbst die größern Grundbesitzer bedeutende Verluste gelitten, bedeutende Störungen in ihren Wirthschaften erfahren haben; wir erinnern bei den letztern unter Anderm nur daran, daß die hohen Preise auch nur den Wenigen zu gute kamen, die große Vorräthe besaßen, daß die Wirthschaftsunterhaltung viel kostbarer war, daß das Brennereiverbot viel Schaden für die Zukunft herbeigeführt hat. Wir können uns nicht in den Gedanken finden, daß jedem Frischaufathmen hinter einer Drangsal, jedem Fortschritte im Gewerbe, mag er auch klein aber äußerlich bemerkbar sein, gleich die Steuererhöhung wie ein Alpdruck folgen kann und muß. Wir können nicht die Befürchtung verhehlen, daß, wenn die Steuer stets auf der Ferse sitzt, gerade in und nach Nothjahren die Steuerunfähigkeit, ja die Ernährungsunfähigkeit mit herbeigeführt wird, welche in einzelnen Theilen des Staats schon früher und noch jetzt so furchtbar sich zeigt und mit als eine Ursache der Krankheiten und Todesfälle von Tausenden erscheinen kann. — Es ist diese Behauptung nicht unrichtig, wenn man berechnet, wie gerade die Klassensteuer, abgesehen von dem Betrage, der von ihr unmittelbar in die Staatskasse kommt, dem Armen wie dem Reichen der rothe Faden ist, der sich durch die meisten seiner Abgabenverhältnisse zieht. Nach dem Klassensteuermaßstabe werden die Landarmenbeiträge der Provinz wie die Kreiskommunalbeiträge berechnet und eingezogen, die erstern sind überdies im laufenden Jahre ums Doppelte erhöht

Digitized by Google

und gerade die Abgaben, welche nicht zur Staatskasse fließen, sind oft höher als die unmittelbare Klassensteuer, sie drücken daher abermals und schwerer den Familienvater, sie müssen es umsomehr als er eben Nothjahre überstanden hat, als der Landmann allein im lebenden Inventar an 13 pCt. verloren hat.

Eine Regierung die vermöge ihrer Organisation und ihrer Mitglieder dem Volke nahe steht, die wirklich alle seine Interessen kennt und nicht auf Scheinkenntnisse ihre Maßregeln basirt, wird gewiß für jeden Zeitpunkt das Richtige eher auffinden und anordnen, als eine Bureaukratie, die selbst den besten Willen nur zur Beseitigung von Hindernissen verwenden kann oder sich im Irrgarten der Fiskalität und der oberflächlichen Anschauung ergeht. Wäre die Einrichtung bei den Regierungen beibehalten, welche das Gesetz vom 26. Dezember 1808 durch Zuordnung von ständischen Rathgebern traf, so dürften wir Mißgriffe wie die obigen nicht begehen sehen und gewiß die Ueberzeugung von der Trefflichkeit der Verwaltung fester begründet finden, als es jetzt der Fall ist. —

Februar 1848. +.

Die Klassensteuer-Erhöhung.

Die Regierung beruhigt sich nicht bei der Verwerfung des den Ständen vorgelegten Projekts einer Einkommensteuer, sagt Graf Reichenbach im „Staatsbürger", sie hat neuerdings eine Hinaufschiebung einer Menge Einzelner in die oberen Klassen der Klassensteuer anbefohlen. Bisher wurde angenommen, daß Gutsbesitzer mit einem Jahreseinkommen von 1000 bis 2000 Thlr. 24 Thlr. Steuer zahlten, von 2000 bis 6000 Thlr. 48 Thlr. Steuer, 6000 bis 15000 Thlr. 96 Thlr. Steuer, mit einem höheren Einkommen 144 Thlr. Steuer. Jetzt ist bestimmt, daß ganz ohne Rücksicht auf Verschuldung einer, der ein Gut im Werth von 20 bis 30,000 Thlr. hat, 24 Thlr. Steuer zahlt, von 30 bis 75,000 Thlr. 48 Thlr. Steuer, von 75 bis 125,000 Thlr. 96 Thlr. Steuer, darüber 144 Thlr. Steuer. Dies würde, da die Güter bestimmt im Durchschnitt zur Hälfte verschuldet anzunehmen sind, für einen Gutsbesitzer mit 800 bis 1000 Thlr. Rente eine Steuer von 24 Thlr. oder 2,6 pCt. geben, mit bis 2000 Thlr. Rente eine Steuer von 48 Thlr. oder 3,2 pCt. mit 2000 bis 3000 Thlr. Rente eine Steuer von 96 Thlr. oder 3,8 pCt., mit höherer Rente eine Steuer von 144 Thlr. Vergleicht man damit, daß eine Tagelöhner-Familie mit einem Jahresverdienst von 70 Thlr. 1 Thlr. oder 1,4 pCt. Steuer zahlt, und ein Gärtner mit einem Besitz von blos 10 Morgen Land und einem Jahreseinkommen von 100 Thlr. 4 Thlr. oder 4 pCt., so läßt sich nicht in Abrede stellen, daß durch die Maßregel der kleinere Gutsbesitzer, was Klassensteuer anlangt, den weniger besitzenden Klassen der Landbevölkerung entschieden näher gebracht ist, als früher, und bis zu einer Jahresrente von 3000 Thlr. hinauf eine Einkommensteuer eingeführt ist, wenn auch die Klassen noch nicht ganz ensprechend geordnet sind. Der Maßregel der Regierung wäre also nur Beifall zu zollen, erhöben sich für ihre Ausführung nicht wichtige Bedenken. Die Neuerung wird, da sie von keiner Steuerermäßigung in den unteren Steuerstufen begleitet ist, der Regierung nach ungefährer Schätzung gewiß jährlich eine Million Thaler mehr an Steuer eintragen, sie ist also für das Staatsganze eine wirkliche sehr erhebliche Steuererhöhung, und, da sie nur bis zu einer Rente von 3000 Thlr. von

Digitized by Google

unten her Abſtufungen feſtſetzt, dort aber, alſo gerade in den reichſten Klaſſen, mit jeder Abſtufung abbricht, eine tief in unſer ganzes Staatsleben eingreifende Veränderung. Denn ſie ſchafft wieder Steuerfreiheit und alſo höchſtens Bevorrechtung des höheren Standes; oder ſollte man es anders als Steuerfreiheit nennen können, wenn, wo ein Gärtner mit 100 Thlr. Rente: 4 Thlr. und ein Gutsbeſitzer mit 3000 Thlr. Rente: 144 Thlr. Steuer zahlt, die großen Grundherren mit 30 bis 100,000 Thlr., wie in Schleſien die Grafen Hochberg, Henkel, Renard, Schaafgotſch, Oppersdorf und viele andere auch nur 144 Thlr. zahlen.

Hiſtoriſche Rückblicke.

Bei dem Ausbruch der erſten franzöſiſchen Revolution leitete Graf Herzberg, der unter Friedrich Preußens Sache ſo ſiegreich mit der Feder geführt, wie ſein König mit dem Schwerte, im großen Sinn und voll Eifer für des Staates Größe und Ehre die auswärtigen Angelegenheiten. Nicht gegen den Weſten, ſondern gegen den Oſten richtete ſich Herzbergs Blick und Thätigkeit. Nicht im Weſten, nicht durch die franzöſiſche Republik, ſondern im Oſten, durch Polens Untergang, durch Rußlands Ländergier ſah der greiſe Staatsmann aus des großen Friedrich Schule die Intereſſen Preußens bedroht. Die Unabhängigkeit der Türkei ſchien durch Oeſterreich und Rußland gefährdet, während Rußland nach einer Verbindung mit Polen ſtrebte. Durch Herzberg ſchloß Preußen 1790 einen Vertrag mit der Pforte, ein Schutz- und Trutzbündniß mit Polen. Dänemark wurde durch Preußen verhindert Schweden, das mit Rußland in Finnland kriegte, anzugreifen. Mit der eben erſtehenden Belgiſchen Republik waren von Preußen Unterhandlungen angeknüpft. Damals, als noch des großen Friedrich Politik in den obern Regionen Preußens dominirte, als Männer aus ſeiner Schule die Angelegenheiten des Staats lenkten, ſah man in Frankreich, in dem revolutionären Frankreich keinen Gegner Preußens, wohl aber in Rußland, während Polen, die Pforte und Schweden als Preußens Bundesgenoſſen betrachtet wurden. Herzbergs Abſicht war: Polen, als Vormauer gegen Rußland zu vergrößern. Um die Pforte vom Untergange zu retten und Preußens Vorſchlägen Nachdruck zu geben, rückten zahlreiche Heerhaufen gegen Oeſterreich und 80000 Mann gegen die ruſſiſche Grenze. Indeß der Traktat von Reichenbach vernichtete Herzbergs Pläne. Herzberg, dem man „übertriebenen Enthuſiasmus und Ungehorſam gegen den Thron" vorwarf, wurde in Ungnade entlaſſen. In ſeiner Abhandlung über Revolutionen, vorgeleſen in der Berliner Akademie der Wiſſenſchaften am 6. Okt. 1791 ſagte Herzberg von der damaligen franzöſiſchen Revolution, was auch auf die gegenwärtige anwendbar, „daß ſie dazu beitragen kann, die Mißbräuche der vorigen Monarchie zu verbeſſern, die Laſt der Nation zu vermindern, daß ſie endlich die nun mehr republikaniſch gewordene Regierung gemäßigter in Abſicht auf das Ausland und weniger länderſüchtig gemacht, auch in ein beſſeres Einverſtändniß mit England und Preußen geſetzt hat, wodurch und durch die größere innere Macht, welche Frankreich beſitzt, das Gleichgewicht der Macht und der allgemeine Ruheſtand Europa's geſichert werden kann." Indeß dies „beſſere Einverſtändniß" lag nicht im Sinn und Intereſſe der damaligen Machthaber. Preußen und Oeſterreich ſchloſſen 1791 die unheilvolle Convention von Pillniz „zur Wiederherſtellung einer billigen und gerechten Verfaſſung in Frankreich"; was doch nicht Sache des Auslandes, ſondern

Digitized by Google

Sache der Franzosen. Vergebens warnten deutsche Publicisten, wie Schlözer, Truppen und Kanonen gegen Frankreich aufzubieten, die Revolution sei für Frankreich, wo die Regierung keine Ohren für Menschenrechte hatte, nothwendig gewesen. Ideen sind immer mächtiger als Bajonette und Kanonenkugeln. Man nannte die Sache des Königs von Frankreich die Sache aller Könige. Die Könige und Fürsten zogen aus gegen Frankreich, gegen die Kinder der Freiheit und mehr als 20 Jahre durchtobte Europa die Kriegsfurie. Nach dem unglücklichen Rückzuge aus der Champagne 1792, „nachdem die große Unternehmung", wie er immer vorhergesagt, „fehlgeschlagen", äußerte der greise Herzberg: „Ich sehe vorher, daß Frankreich nunmehr die mächtigste Republik der Welt werden wird." Preußische Truppen dringen 1793 in Polen ein; die Verbreitung französischer Grundsätze hieß es und der Geist der Meuterei machen dies nothwendig. Preußen und Rußland beschließen Polen in engere Grenzen einzuschließen. Die zweite Theilung Polens begann, mit beispielloser Gewaltthätigkeit durchgeführt. Aufstand der Polen um das Vaterland vom Untergang zu retten. Noch einmal erhob Herzberg unberufen seine Stimme in drei Schreiben an König Friedrich Wilhelm II. Die gänzliche Theilung Polens nennt Herzberg den größten politischen Fehler, den Preußen begehen könne. Das Interesse Preußens fordere, das Polen ein freies und unabhängiges Reich bleibe. Er dringt auf einen allgemeinen Kongreß, um die Unabhängigkeit Polens zu bestimmen, auf Anerkennung der französischen Republik, die zu vernichten unbedingt unmöglich; die Frage, mit wem man in Frankreich unterhandeln solle, beantwortete Herzberg dahin: allemal mit dem, der die Macht in Händen habe. Herzbergs Mahnung wurde nicht beachtet, die dritte Theilung Polens wurde vollzogen. Frankreich aber wurde, wie Herzberg mit ächt staatsmännischem Blick vorausgesehen, als Seher der Zukunft verkündet hatte, das mächtigste Reich der Welt; die französische Republik durch des Auslandes Waffen zu vernichten, war unmöglich, wie Herzberg vorhergesagt. Was damals unmöglich, heute zu versuchen, würde vermessene Thorheit sein, denn die Kinder der Freiheit sind herangewachsen zu Männern. — Wie werthlos in einem Kriege mit Frankreich für vorliegende Staaten die Alliance mit Rußland, hat einer der größten militairischen Schriftsteller, der geniale Heinrich v. Bülow in seiner Darstellung des Feldzuges von 1805 nachgewiesen. Bülow endete sein Leben im Kerker, aber der Feldzug von 1805, das Unglück von 1806 haben Bülows Ansichten, seine prophetischen Worte: eine Schlacht werde das Schicksal der Monarchie entscheiden, wenn Preußen es wage, Frankreich anzugreifen, bestätigt und, wie die Feldzüge von 1813 — 15 bewiesen, daß Rußland gegen Frankreich immer nur eine schwache Hülfe gewährt.

Berichte.

Stettin.

Auf das Gerücht, daß des Herrn Direktor Hasselbach Amtsentsetzung verfügt sei, wurde folgende Vorstellung, in wenigen Stunden von 240 Bürgern und Familienvätern unterzeichnet, der Stadtverordneten-Versammlung überreicht:

Die Nachricht, daß Herr Direktor Hasselbach seinem Wirkungskreise plötzlich und Allen unerwartet entrissen werden soll, einem Wirkungskreise, in dem er zum Segen der Stadt, zum Heil unserer Jugend, zur Zufriedenheit der Bürger so lange und noch heute jugendlich frisch so erfolgreich wirkt und die allge-

Digitized by Google

meine Achtung der Bürgerschaft in so hohem Grade sich erworben, hat nicht allein bei den Bewohnern unserer Stadt, sondern auch bei Vielen, welche ihre Angehörigen dem hiesigen Gymnasium zur Ausbildung übergaben und noch übergeben haben, eine wirkliche Bestürzung, als sei ein großes öffentliches Unglück geschehen, herbeigeführt. Es ist ein Ereigniß, das uns schmerzlich berührt und vielen unserer Mitbürger noch so unmöglich erscheint, daß sie die Wahrheit bezweifeln und die betrübende Thatsache für unglaublich halten, da ja bekannt, wie hoch und geachtet Herr Direktor Hasselbach und sein Wirken in der öffentlichen Meinung der Stadt dastehe.

Wir hegen das Vertrauen und sprechen den Wunsch aus — ihn auszusprechen halten wir uns als Bürger und Familienväter berechtigt — daß Eine Wohllöbl. Stadtv.-Versammlung im Verein mit Einem Wohllöbl. Magistrat energisch gegen diese Maßregel protestiren und Alles aufbieten werde um Herrn Direktor Hasselbach in seinem Amte der Stadt und der Jugend zu erhalten. Wir sind der Meinung, daß ein die Bürgerschaft, alle denkenden Einwohner der Stadt so schmerzlich und unangenehm berührendes Ereigniß, die städtischen Behörden als Kompatrone des Gymnasiums wie als Vertreter der Bürgerschaft berechtigt und verpflichtet

eine Beschwerde über dies mit der öffentlichen Meinung in Disharmonie stehende Verfahren an den Stufen des Thrones niederzulegen, ehrfurchtsvoll aber offen die Mißstimmung der Bürger und Familienväter zu schildern.

Berlin.

☽ Nicht allein bei Ihnen in Stettin, sondern auch hier hat die Entlassung des Gymnasialdirektors Dr. Hasselbach großes Aufsehen erregt, da man durchaus eine solche Entscheidung der Streitigkeiten bei dem dortigen Gymnasium nicht erwartete. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß in der Person des Dr. Wiese, Professor am hiesigen Joachimsthalschen Gymnasium die erledigte Stelle wieder besetzt wird. Ob dieser Mann seinen neuen Mitbürgern gefallen wird, ist die Frage, wir wünschen ihm dies von Herzen; nur ist es immer eine üble Sache, einen allgemein beliebten Mann, dem von allen Seiten die lauteste Anerkennung zu Theil geworden (wir erinnern nur an die Addresse seiner Mitbürger im vorigen Herbst) ersetzen zu sollen. Daß ein ganz anderer Geist durch den Hrn. Dr. Wiese in das Gymnasium gebracht werden wird, davon sind wir fest überzeugt, auch erwartet dies gewiß die ihn einsetzende Regierung. — Charakteristisch ist der Entschluß des Dr. Wiese, die Stelle nur unter der Bedingung annehmen zu wollen, wenn einer der Herrn Lehrer des dortigen Gymnasiums, der mittelbare Ursache der Entlassung des Hrn. Dr. Hasselbach war, entfernt werde. Welche Motive den Dr. Wiese dazu bewegen, ist nicht recht klar, entweder will derselbe sich vor einem ähnlichen Schicksal hüten, oder sich dadurch bei seinen neuen Mitbürgern insinuiren. — Wir wünschen ihm viel Glück! —

Aus inniger Dankbarkeit und treuer Zuneigung zu ihrem früheren Direktor haben die hiesigen Studirenden, die auf dem Gymnasium zu Stettin ihre Vorbildung erhielten, beschlossen, an den Hrn. Dr. Hasselbach eine Addresse zu richten, die von einem früheren Schüler desselben reichhaltig ausgestattet, in den nächsten Tagen an ihre Bestimmung abgehen wird. — Wir behalten uns vor, dieselbe Ihnen sobald als möglich zu übersenden. —

Königsberg.

♀ Wir beginnen journalistisch aufzuleben. Wir haben seit Neujahr einen: »Politischen Monatskalender«, ferner eine ästhetisch-kritische Zeitschrift: »Baltische Blätter« und eine Monatsschrift für Belletristik und Tagesgeschichte: »Die Ostpreußische Eisenbahn« in unserm auf journalistischem Terrain bis dahin so schwach vertreten gewesenen Königsberg. Der »Politische Monatskalender« hat eine treffliche, sehr dankenswerthe Intention. Er will sich befleißigen, für alle leiblichen und geistigen Interessen, welche die Gegenwart bewegen, auch die untersten Schichten, auch den sog. »gemeinen Mann« heranzubilden, indem er sie in einer allgemeinen verständlichen Sprache behandeln will. Gerade denjenigen in der Gesellschaft, welche unter der sauern Last der Arbeit und der Sorge nicht Zeit haben, zu sich selber zu kommen, will es der Kalender leicht machen, sich an die Würde ihrer Menschennatur zu erinnern; sich aufzuklären über das Menschenthümliche der Arbeit und des Genusses; verständig fühlen zu lernen die Heiligkeit des Rechts, die Schönheit, das Lebendige und Lebenweckende der Natur, wie die Heiterkeit der Kunst. Neben der Verdeutlichung der Rechtsbegriffe, worauf er zumeist bestrebt ist, geht der Kalender an die Wirklichkeit, um die bestehenden und entstehenden Einrichtungen zu bemessen. So ist denn der erste Theil und der größere Raum des Kalenders dafür bestimmt Original-Aufsätze zu bringen, welche sich auf die Fragen der Zeit beziehen. Dieser Theil ist von einem Feuilleton begleitet, worin Sentenzen, Anekdoten, Auszüge aus gemeinnützigen Schriften

Digitized by Google

u. dgl. enthalten sein sollen. Dann folgt eine Rubrik »Welthändel« die die wichtigsten Zeitungsnachrichten kurzgefaßt mittheilt, und den Schluß macht eine Rubrik unter der Überschrift »denkt an's Volk«, welche alle das Wohl der ärmeren Klassen beabsichtigende Anstalten erwähnen wird. Das Januarheft des Kalenders, welches zuerst eine Rundschau hält über Italien, die Schweiz, Ungarn, Preußen, England, Frankreich, Spanien, bringt dann einen im edelsten Sinn des Wortes populären Aufsatz über »die Popularität des Papstes«; sodann »Einfluß der Noth auf's Familienleben«, wo eine erschütternde Berliner Gerichtsscene dargestellt wird, wie ein Vater wegen Mißhandlung seines Kindes vor die Schranken des Gerichts geladen ist, dessen jammernde Defension damit beginnt: »Ich habe Kinder. Ich habe aber Nichts zu essen. Das ist mein Verbrechen ꝛc.« Zuletzt »Ein Heirathsverbot« mit dem sicherlich beherzigenswerthen Motto von Göthe:

»Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage;
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist leider! nie die Frage.«

In diesem Artikel wird mit ruhiger Haltung und in recht lieblicher parabolischer Diktion das im »Lande der Verbote« Großherzogthum Hessen vom Juli 1847 erlassene Gesetz kritisirt, welches dem »für jede Gemeinde bestehenden Gemeinderath« die Berechtigung vindizirt, »bei der vorgesetzten Regierungsbehörde gegen die Verehelichung eines Angehörigen männlichen Geschlechts seiner Gemeinde Widerspruch einzulegen, wenn dieser Angehörige menschlichem Ansehen nach sich außer Stand befindet, eine Familie redlich zu ernähren ꝛc.« Das Feuilleton bringt »Auszüge aus den geheimen Verhaltungsbefehlen der Gesellschaft Jesu« und eine pikante »Heirathsbedingung«. Die Rubriken »Welthändel« und »denkt an's Volk« befriedigen alle billigen Ansprüche. Nicht minder wacker löst auch das Februarheft des Kalenders seine Aufgabe. Er beginnt mit einem Aufsatze »über das Wissenswertheste vom Staate«, dem ein andrer folgt über den »Entwurf des Strafgesetzbuches für die preußischen Staaten von 1847«, darauf einer »über Toleranz« und ein vierter »über Mischehen zwischen Juden und Christen« u. s. w. Sollte der Kalender in dem Geiste fortfahren, wie er begonnen, so muß er Unabsehbares leisten gegen die Unwissenheit und Selbstlosigkeit der Masse, und die Kräfte, die sich dabei betheiligen, haben gewißlich ein verdienstlicheres Werk, als wenn sie eine neue Auflage der Bibel veranstalteten. *) —

*) Der »Polische Monatskalender« erscheint in der Verlagshandlung Adolph Samter & Rathke, und kostet das Monatsheft nicht mehr, als Einen Silbergroschen.

Die »Baltischen Blätter«, die in höheren Regionen ihre Mission haben, müssen sich auf Aesthetisches beschränken; weil die Staatsweisheit unerbittlich jeden andern Boden heilig gesprochen. Also, ästhetisch-kritisch einzig und allein dürfen die Baltischen Blätter sich verhalten. Aber heut zu Tage, wo den Dichtern ihre politische Unschuld abhanden gekommen ist, wie ist es da möglich, über dichterische Produktionen eine Kritik zu üben auf gestrenges Konzessions-Kommando, daß der kritische Blick keinen Ueberschweif mache und sich in die unnahbaren Sphären hinein vergallopire.

Unsere öffentlichen Stadtverordneten-Versammlungen beseelt eine recht kräftige Regsamkeit, und hat sich bereits die Bedeutsamkeit der Oeffentlichkeit an deren Früchten erkennen lassen. — In unsrer städtischen Ressource, werden, obwol Religion und Politik ihr abgemaßregelt sind, dennoch öfters gescheite Themata gescheit entwickelt. — Die Fama hatte vor Kurzem geschwatzt von der Aufhebung der Ressource staatlicherseits. Bis gegenwärtig verlautet noch nichts Authentisches darüber. — Ein Arbeitsnachweis-Büreau, wie eins jüngstens in Insterburg, gebildet wurde, konnte Dr. Kosch, trotz seiner angestrengten Bemühungen, hier nicht zu Stande bringen. — Auch haben wir's hier vergebens versucht, einen Handwerker- und Arbeiterverein zu konstituiren; ungeachtet der erste Anfang dazu gemacht war, wollte es doch nicht weiter damit. Zum Theil hatte die voraussichtliche Nichtbestätigung oder doch Hinhaltung desselben von Seiten der Polizei beim Unternehmen entmuthigt. — (Freilich, müßte sich der hiesige Gewerbeverein, wie es der Danziger gethan, für diese Angelegenheit interessiren oder die städtische Ressource. Warum sollen wir in diesem Stücke, worauf doch unzweifelhaft ein Accent zu legen ist, behufs der Verallgemeinerung der Kultur, hinter so vielen Städten Deutschlands zurück bleiben?)

Halle, den 20. Febr.

⊙ Die Versammlungen der freien Gemeinde werden zwar immer zahlreicher besucht, jedoch nimmt die Zahl der eigentlichen Mitglieder nur wenig zu, sie beträgt kaum über hundert. Diese Erfahrung könnte wohl ein Wort von Dr. Strauß bestätigen, welcher

Digitized by Google

in einem Briefe an Wislicenus unter andern schrieb, daß das Volk zu allen Zeiten von dicken Schichten religiösen Wahnes umgeben worden sei, und daß die Geschichte bis jetzt noch kein Beispiel aufweise, daß ein Volk in seiner Mehrheit aufgeklärt gewesen, dies habe darin seinen Grund, daß die Erforschung der Wahrheit das ganze Leben in Anspruch nähme, der gewöhnliche Mann also gar nicht zur Erkenntniß gelangen könnte. Wislicenus hat darauf geantwortet, nicht die Erkenntniß der Wahrheit sei das Schwere, — denn die Wahrheit ist ja einfach, natürlich also auch leicht zu erkennen, — sondern die Befreiung vom Wahne. Gebt dem Menschen eine Erziehung, die sich auf die Resultate der jetzigen Wissenschaft stützt, und haltet ihn fern von jeder Autorität, so wird er von selbst zur Erkenntniß der Wahrheit geführt werden. Dieser Ansicht pflichtet Strauß in seinem letzten Briefe bei. — Die Freitag Abende, an welchen gewöhnlich Verhandlungen gepflogen wurden, sind in der letzten Zeit zu naturwissenschaftlichen Vorträgen benutzt, welche sich ebenfalls einer zahlreichen Theilnahme erfreun. Die Gemeinde kommt immer mehr von dem bloßen Negiren des Kirchlichen und Religösen ab, und wendet sich dem praktischen Leben zu, indem einestheils Wislicenus seit einiger Zeit eine Reihe von Vorträgen über das Verhältniß des Menschen in Bezug auf Familie und Staat eröffnet hat, anderntheils die Gemeinde mit einem Plane zur gegenseitigen Unterstützung beschäftigt ist. Nur gelegentlich, z. B. am Schlusse eines Vortrags, bespricht Wislicenus Stellen aus der Bibel, und unterwirft sie einer scharfen Kritik, was wohl hauptsächlich nur deswegen geschieht, um den zahlreichen Nichtmitgliedern nach und nach die Augen zu öffnen. — Charakteristisch ist es für die Gemeinde, daß sie bis heute noch kein Statut ausgestellt hat, also lediglich durch den ihr innewohnenden Geist zusammengehalten worden ist. Erst jetzt hat man es als Bedürfniß erkannt, ein solches auszustellen, und soll die oben erwähnte Unterstützungsfrage mit aufgenommen werden. Von der „vereinigten Gemeinde", welche um staatliche Anerkennung eingekommen ist, hat die Regierung die Statuten verlangt. Da die freie Gemeinde die religiösen, politischen und sozialen Fragen in ihr Bereich zieht, den Bürgerversammlungen aber in dem freien (?!) Preußen von Religion und Politik zu sprechen verboten ist, so bricht sie diesen gewissermaßen die Bahn zur vollen Freiheit. In einem Staate, dessen Angehörigen es nicht erlaubt ist, in Gemeinschaft Politik und Religion zu erörtern, da beides zu des Menschen eigensten Wesen gehört, sollte man gar nicht von Staatsbürgern, sondern nur von Unterthanen sprechen.

Leipzig.

Sachsens Journalistik ist zwar seit Jahren sehr gesunken, verdient aber wenigstens noch eine kurze Besprechung. Die politische Presse des besoldeten Theiles ist zu unbedeutend, wenn auch der Kinderfreund 6000 Abonnenten hat *). Eines der besseren Organe ist das neue „Dresdner Morgenblatt", das wol radikale Farbe trägt, doch mit zu viel Schattirungen. Den materiellen und gewerblichen Verhältnissen schenkt das „Dresdner Tageblatt" seine Aufmerksamkeit, endlich die „Abendzeitung" hat unter J. Lasker ein klein wenig gewonnen. Unter den belletristischen sind die „Grenzboten" trotz ihrer einseitig österreichischen und konstitutionellen Richtung noch das best redigirte Blatt. Die „Europa" und der „Komet" kriechen dürftig durchs Leben hin; nur die Feuilletons haben sich bei beiden verbessert. Der „Charivari" bleibt bei seinen sterotypen Witzen, die immer unschuldig und auf Literatenpersönlichkeiten gemünzt sind. Ende vorigen Jahres führte Amthor eine „Hiobspost" herbei, die wohl nicht lange kutschiren wird. Von den Grimmaischen Produkten hat der „Wandelstern" durch den fabrikmäßigen Betrieb des Besitzers des Verlags-Komptoirs, Dr. Philippi, sehr gelitten. Er ist radikal, doch in gesunderer Art als weiland unter Keils Redaktion. Der „Fallstaff" humoristisch, von H. Walden (Fischer) allein geschrieben, entbehrt eben deshalb aller Mannigfaltigkeit. Der „Dorfbarbier" liebäugelt ziemlich bäurisch, d h. grob mit den bestehenden Gebßen. Die „konstitutionelle Staatsbürger-Zeitung" wärmt ihren alten juristischen Kohl, den das Volk nicht genießen kann, zum tausendsten Male wieder auf, während die „Ameise" liberal mastirt mit dem Handwerkerstande kokettirt. Ernst ist es Keinem um's Volk, und vor der Demokratie beben diese Liberalen wie Schulbuben vor der Ruthe zurück. Der „General-Anzeiger" bekommt seit Neujahr durch H Semmig einen humanistischen Anstrich, der sich aber nicht über die gröberen Artikel ausdehnt. Etwas entschiedener ist das von demselben redigirte „Muldejournal" in Dbbeln. Semmig ist ohne Studien vom Kommunismus, wie im Spaziergange zurückgekommen, und es fehlt ihm leider noch sehr an einer festen männlichen Charakterbildung. Die Vierteljahrschriften zählen auch zu unserm Gegenstand: die Biedermann'sche

*) Die Leipziger Zeitung wird in Sachsen kurzweg Kinderfreund genannt.

Digitized by Google

mit ihrer matten lispelnden Opposition, die man keines Verbots zu würdigen brauchte, und die ebenso ungefährliche in ihren philosophischen Phrasen-Wust und Dünkel versunkene Wigand'sche die höchstens in den Artikeln aus Feuerbachs Feder genießbar ist.

Was Sie in einem früheren Hefte an dem »gemäßigten« Liberalismus so kräftig geißelten, trifft den Liberalismus als Prinzip, denn aller Liberalismus ist gemäßigt. Wir haben mehr und Größeres zu erringen, wenn wir wirklich das Wohl des Volkes fest im Auge behalten. Der Bürgerstand hängt nur geschichtlich mit dem Arbeiterstande zusammen und hat ein anderes Interesse, welches eben durch jene liberalen Institutionen gesichert werden soll. Aber kann es auf die Dauer gesichert werden?

Leipzig.

(Gesellen- und Redeübungsverein.) Mit Recht dürfte die Vereinigung Mehrerer zu einem Zweck, das Gesammtwirken, alle Beachtung unserer Zeit verdienen. Es ist am Ende das einzige Mittel freiere Ideen unter das Volk zu bringen und dieses so lange schon vernachlässigte Volk allmählig zum Bewußtsein zu heben Sollte nicht die Noth mehr wirken als alle Vereine? Leider müssen wir dies als Erfahrungssatz, wenn auch wider Willen, annehmen; allein er wirft ein trübes Bild der heutigen Lebensverhältnisse in alle denkenden Gemüther. Die Macht der Noth selbst hat ja die so mannichfaltigen Vereine geschaffen, welche dem alten Schlendrian, der alten Sitte, dem alten Wahn ein immer keckeres Halt zurufen. Aufhalten läßt sich der Strom nicht, und ohne Aufbieten aller Kräfte läßt er sich nicht einmal ableiten. Aber das müssen wir endlich einsehen, wie sich das feudale Element in das industrielle aufgelöst und nur wenig Spuren, in Preußen und Mecklenburg noch die meisten, zurückgelassen hat. Daher die von der Bourgeoisie (Bürgerthum) gegründeten Gewerbevereine. Daher die von dem Kapital errichteten Banken als Aushülfe für Kredit und Konkurrenz. Daher auch in dem Sinken des Lebenserwerbes die Vereine zur Abhülfe der Noth, die Sparkassen, Kleinkinderbewahranstalten ꝛc. Alle diese können den Strom der ökonomischen Bewegung nicht ableiten, geschweige aufhalten. Es handelt sich darum ihn weiter zu leiten und die dazu nöthige Einsicht zu vermehren. So kommen wir zu einem Resultat, und das möchte doch wohl anders ausfallen, als manche gelehrte und bedienstete Herren sich vorstellen.

Die arbeitende Klasse arbeitet sich aus ihrem Schlamm empor; sie will ihren Brüdern in England, Frankreich, der Schweiz, die sie theilweis kennen gelernt, nicht nachstehen. Diese Nacheiferung kann mit allen Verboten des Wanderns der Handwerker nicht mehr getilgt werden; man muß nur nicht glauben, daß die größere Einsicht durch die fremden Ideen, wie man's nennt, ins Land geschleppt worden sei. Wo der Boden fehlt, da gedeiht keine Frucht. — Das haben unsere deutschen Arbeiter erkannt, daß sie sich gegenseitig über ihr Interesse, das mit dem Interesse der andern Stände so wenig stimmt und das man gern übereinstimmend, überall nach anderer Art, machen möchte, berathen müssen, wenn sie vorwärts kommen wollen. Das Mittel dazu brauchten sie nicht von fern herzuholen; es lag auf der Hand, denn die Bourgeoisie hatte es lange vorher angewendet und wendet es noch an: die Vereine.

Mit Anfang Januar hat sich in Leipzig ein Gesellenverein gebildet, der in der Zeit von sechs Wochen gegen 400 Mitglieder gewonnen und nicht unbedeutende Lehrkräfte zählt. Er verwendet die letzteren fast jeden Abend und kommt einmal wöchentlich zum Anhören von Vorträgen, zu Diskussionen, zusammen, und zeigt dem Arbeiter einen günstigen Weg, wie er sich bilden, wie er neue Ideen sammeln, wie er sein Interesse in dem allgemeinen Strudel fassen soll. Die Schranken sind zwar eng gezogen, aber etwas Heilsames läßt sich doch erzielen.

Bald darauf regte sich auch das Bedürfniß nach geistiger Bildung unter den jungen Kaufleuten. Eine Verabredung fand statt, und das Bestehen des Vereines scheint gesichert. In der Folge erst wird sich darüber Gewisses herausstellen.

Der ältere Redeübungsverein, an dem alle Stände Antheil nehmen, feierte im Dezember sein zweites Stiftungsfest. Er war mehrmals Gefahren ausgesetzt. Einige Liberale, welche die soziale Kritik des ausgewiesenen Dr. Jellinek allzu schmerzlich empfanden, hatten durch ihr Denunziantenbenehmen den ersten Anlaß dazu gegeben. Doch mit Ausweisung Jellineks war die soziale Kritik nicht ausgewiesen. Sie hat sich vielmehr mit Erfolg in den Vorträgen Bahn gebrochen, so daß selbst Liberale nicht mehr von dem Arbeiter-Interesse Umgang nehmen können. Dabei schadet nur der Mangel an ökonomischen Studien, der die Leute noch in der Irre und in einer Masse Palliativen herumtreibt, in welcher selbst gütete Denker wie Proudhon sich nicht zurecht finden können (vergl. Westfälisches Dampfboot, Novbr. 1847). Auch der Redeübungsverein zählt mehrere hundert Mitglieder in seiner Mitte; mehrere Sprecher haben sich unter ihm herangebildet, und nur die sterotypen Phrasen des Libera-

Digitized by Google

lismus geben den Diskussionen eine unerquickliche Einförmigkeit.

Alle diese Vereine bilden gleichsam Vorbereitungen zu dem großen Kampfe, der im Schooße der Zukunft gährt; eine wirksame Opposition gegen die herrschende Geldmacht sind sie noch nicht, da das liberale Element der Bourgeoisie darin vorherrscht. Die Betheiligung der Arbeiter an dem Redeübungsverein z. B. ist sehr gering und von einem öffentlichen Auftreten derselben fast keine Rede. Ich erinnere mich eines Klempnergesellen, der dem altväterischen Monopolwesen eine Lobrede hielt. Dagegen äußern die Arbeiter sich leichter in ihrem eigenen Verein, wo sie unter ihres Gleichen sich befinden. Es muß noch viel Licht in diese Köpfe kommen, die jetzt nicht über ihren engen Kreis hinausblicken. Zu einem massenhaften Auftreten, wie in Belgien und England sind sie bei uns nicht fähig. Daß sie in freierer Luft zu Athem kommen, nachdem sie lange genug abgehetzt wurden, zeigen die deutschen Arbeitervereine in Paris, Brüssel, London, in der Schweiz, wo sie sich bereits als vierter Stand, politischen Einfluß zu erwerben wußten, ohne solchen immer sich zu bewahren.

Der Boden ist hier in Leipzig übler wie irgendwo. Der kaufmännische Dünkel drückt Alles was nicht Geld hat und seine Farbe trägt, unter seine Füße: die Aristokratie des Geldes herrscht hier wie in Frankfurt a. M. Der Verdienst hat sich ferner noch nicht so verringert, wie in Schlesien und den Fabrikdistrikten; daher findet man eine größere Behaglichkeit und gemüthlichere Philisterhaftigkeit unter den niedern Volksklassen. Der Handwerker jagt mehr seinem Vergnügen nach, weil er es leichter befriedigen kann, und denkt nur an's Meisterwerden, um sich ebenso elend durchs Leben zu schleppen, wie zuvor, wenn ihm ausnahmsweise nicht ein besonderer Glücksstern winkt. Die Zahl der Bettler und Tagediebe unten nimmt in entsprechendem Maaße zu den Bettlern und Tagedieben in den höheren Regionen zu. Es scheint noch weit schlechter werden zu müssen, ehe es besser wird.

Greifswald.

Y Es scheint, daß, wenn ich nicht Ihrem Blatte einige Mittheilungen mache, unsere Stadt das Bedürfniß gar nicht fühlt, der Welt von ihrem Dasein Kunde zu geben. Eine vortreffliche Sache ist's um das ruhige, in sich gesenkte und beschauliche Leben einer pommerschen Akademiestadt. Wenn die viel bewegte Welt es doch wüßte, welches friedliche Glück in einer leidenschaftslosen, ungetrübten Ruhe waltet, sie würde ganz gewiß das Schreien nach Konstitütchen und Reformbanketts unterlassen und Vergnügen finden in der seligen Feier unseres tausendjährigen Reiches. Ruhe ist der Ausdruck unserer Politik und unserer genußvollen socialen Thätigkeit, wodurch wir sicher denen eine Wonne sind, welche sich vor der großen Unruhe in der übrigen Welt die Ohren zuhalten. Auch würden wir, wenn wir allerlei Bedürfnisse hätten, gerade durch Ruhe die sicherste Befriedigung erlangen. Das wird sich mit der Zeit noch beweisen. Ich habe nämlich in den letzten Tagen die Gesichter einiger Bürger noch ruhiger gesehen als sie gewöhnlich sind, und da dachte ich, das giebt etwas. Als es mir nun endlich gelang, durch Vergleichung recht vieler von diesen unbeweglichen Physiognomieen einen Haltpunkt zu einer Konjektur zu finden, fragte ich einige, ob sie an den sizilianischen Aufstand dächten; sie aber winkten nein, und auf dieses unaussprechliche, behaglich wohlgefällige Neinwinken wagte ich eine andere Vermuthung zu basiren, aus Gründen, die eben so unaussprechlich sind, weil sie in der bewunderungswürdigen drastischen Bewegung der ruhigen Häupter lag; das sei nun, wie ihm wolle, ich vermuthe sehr stark, daß die Stadt Greifswald ernstlich damit umgeht, den Wunsch zu äußern, die preußische Städteordnung zu bekommen.

Stargard.

Y Unter den Städten Pommerns hatten Stettin und Stargard allein um Oeffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen petitionirt, und obwohl der pommersche Provinziallandtag im Jahre 1843 sich nicht veranlaßt fand, die Stargarder Petition zu befürworten, weil deren Motivirung unterlassen war, so gaben die Väter unserer Stadt durch den Wunsch um Oeffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen ein Lebenszeichen von sich, dessen Würdigung uns noch nachträglich als nothwendig erscheint, weil Stargard sonst der Vertrauungspolitik huldigend die Förderung der öffentlichen Angelegenheiten willenlos den Lenkern des Staates überließ. Während nun in Stettin wegen Mangel eines geeigneten Lokales die im vorigen Jahre gewährte Oeffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen noch nicht ins Leben getreten ist, fand am 10ten Januar im hiesigen Rathhause die erste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten Statt. Wir erlauben uns zur Charakterisirung unserer Kommunalzustände einige Bemerkungen hinzuzufügen. Bekanntlich sind zwar durch die Städteordnung alle Bürger ohne Unterschied des Standes und des Glaubens zur Theilnahme an den Gemeindeangelegenheiten berufen, aber es giebt auch hier noch eine

Digitized by Google

größere Anzahl von Bürgern, die die Theilnahme an diesen Angelegenheiten weder für eine Pflicht noch eine Ehre halten, und die Uebernahme eines städtischen Amtes als Bezirksvorsteher, Stadtverordneter ꝛc. aus nichtigen Gründen zu meiden suchen. Bequemlichkeit, angeblicher Mangel an Zeit. Befürchtungen sich durch die Uebernahme eines Amtes im Dienst der Kommune Feinde zu machen und so seinen Privatinteressen zu schaden, Scheu in einem Kollegium mit Männern zu verkehren, die öfter durch Derbheit und unpolirte Manieren die Linie des Schicklichen übertreten, haben das Ihrige dazu beigetragen, daß namentlich jene Männer nur selten bei den Stadtverordnetenwahlen erschienen, die durch ein größeres Maß von Bildung befähigt wären, auf ihre Umgebung heilsam einzuwirken. Durch diesen unerquicklichen Separatismus ist viel Gutes verhindert und manches Unersprießliche möglich geworden, und obwohl wir Niemanden anklagen wollen, so behaupten wir doch, daß ein ganz anderes Interesse an den allgemeinen Angelegenheiten des Vaterlandes hervortreten müßte, wenn die vorhandenen geistigen Kräfte sich bemüht hätten, zuerst ihre Mitbürger zu einer größeren Theilnahme an dem Wohl und Wehe ihrer Stadt zu führen. Leider vermissen wir außerdem seit Jahren ein einmüthiges Zusammenwirken des Magistrates und der Stadtverordneten, und obwohl durch die Entfernung des Oberbürgermeisters Weier, welcher von seinem Amte auf gerichtlichem Wege removirt wurde, eine endliche Einheit der genannten städtischen Behörden in Aussicht stand, so entwickelte sich bereits aus der Wahl des neuen Bürgermeisters Dr Teske ein Streit, der seine nachtheiligen Folgen durch widrige Anfeindungen im Magistrats- und Stadtverordnetenkollegium gegen den Dr. Teske bereits zu Wege gebracht hat. Widrig nennen wir diese Anfeindungen, weil sie mehr aus verletzten Privatrücksichten als aus Interesse für das Wohl der Stadt hervorgegangen sind, und die Opposition nicht aus der ehrenwerthen Gesinnung entstanden ist, das Wohl der Stadt auf besserem Wege und mit besseren Mitteln zu erreichen, wie sie bis jetzt der genannte Herr für angemessen gehalten, sondern um persönlichen Mißstimmungen im Dienst und scheinbar im Interesse der Stadt Nachdruck zu geben. Wir vermeiden es, auf hier bekannte Wahlagitationen hinzudeuten, erinnern aber an Vorfälle, die bereits das Einschreiten der Regierung veranlaßt haben. Die jetzt ins Leben getretene Oeffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen wird hoffentlich dazu beitragen, in den Reihen der Stadtverordneten selber unter Kontrole der Oeffentlichkeit eine Versöhnung der dissentirenden Parteien herbeizuführen. Was nun die Haltung der Stadtverordneten und die zur Diskussion und Entscheidung gekommenen städtischen Angelegenheiten betrifft, so boten die letztern kein allgemeineres Interesse für Nicht-Stargarder. Die Scheu, mit welcher bisher einzelne Stadtverordnete sich an den Debatten betheiligten, so wie die Zurückhaltung, die andere Mitglieder der Versammlung beobachteten, finden zum Theil ihre Erklärung in der Oeffentlichkeit der Sitzungen, deren Fortgang schüchternen Männern ihre sonstige Haltung wiedergeben wird. Auffallend war jedoch die Unbeholfenheit, die die meisten Sprecher im Gebrauche der Muttersprache zeigten, so daß nur sehr wenige Personen in einigermaßen logisch gebildeten Sätzen sich auszudrücken verstanden. Sehr richtig wurde daher von Jemand bemerkt es befänden sich zwar gute Bürger aber schlechte Redner in der Versammlung. Der Vorsteher der Stadtverordneten, Herr Bäcker Pieper, ein ehemaliger Literat, verstand es bisher gleichfalls noch nicht, auf parlamentarische Weise sich durch die Rede an der Debatte zu betheiligen Sein Vortrag ist abgerissen und nicht einmal immer grammatisch. Zugleich schien derselbe mit den vorliegenden Tagesfragen sich nicht vorher ordentlich vertraut gemacht zu haben, so daß seiner Leitung Manches zu wünschen übrig blieb. Lobend ist hervorzuheben, daß Herr Piper die Rechte der Stadtverordneten vor den etwanigen Uebergriffen des Magistrats zu wahren versteht und auch der Meinung Anderer Geltung zu verschaffen weiß. Manchen hat es mißfallen, daß der Vorsteher, nach dem Vortrage eines vorliegenden Gegenstandes, zuerst immer sein Urtheil abgiebt, jedoch hat dies bisher das Gute gehabt, daß manche Mitglieder erst hierdurch befähigt und inden Stand gesetzt wurden, die Sache geistig anzufassen. Unter den sonstigen Mitgliedern der Versammlung, die sich bemerkbar machten, nennen wir die Herren Kleophas, Reisemann, Rohrbach und Körner. Ersterer erhält durch sein festes und offenes Auftreten eine hervorragende Bedeutung in der Versammlung, jedoch hat derselbe durch seine unverhohlen ausgesprochenen Antipathien gegen den Dirigenten des Magistrats sich zugleich als Parteimann mißfällig bemerkbar gemacht. Herr Reisemann sucht die Versammlung mit philanthropischen gutgemeinten Vorschlägen zu befruchten, jedoch ist derselbe in seinen Projekten nicht besonnen und praktisch zu nennen. Der Protokollführer Herr Rohrbach weiß sich ziemlich gut auszudrücken; genügend spricht Herr Apotheker Körner, der

Digitized by Google

in einer Sitzung die zu väterliche und bisweilen hochfahrende Ausdrucksweise rügte, deren sich der Magistrat in amtlichen Mittheilungen an die Stadtverordneten öfter schuldig mache. Einige Stadtverordnete drücken sich in einem wahrhaft barbarischen Deutsch aus, wie der Bäcker Hoffmann und der Gerber Starck. Was die Vertretung des Magistrats in der Versammlung betrifft, so ist dieselbe vorzugsweise bisher durch den Bürgermeister Teske geschehen. Letzterer zeigte sich als sehr tüchtigen Redner, aber derselbe mischte sich öfter ohne Noth in die Debatten, und vergaß sich einmal so sehr, daß er mit dem Seiler Hrn. Kleopbas sich in eine heftige ungehörige Debatte einließ, weshalb der Vorsteher beide mit Recht zur Ordnung wies. In den von uns besuchten 4 Sitzungen trat überhaupt der Bürgermeister nicht rücksichtsvoll genug gegen die Stadtverordneten auf, was diesen Veranlassung giebt, mit gleichen Waffen zu kämpfen. Die Versammlung hat es für angemessen gehalten, das Bildniß Steins, des Schöpfers der Städteordnung, in ihrem Sitzungssaale aufzuhängen. Mögen die Züge dieses deutschen Biedermannes die Väter unserer Stadt daran erinnern, daß er

Alles Böhsen Eckstein,
Alles Guten Grundstein,
Deutscher Ehre Schlußstein

war, mögen seine Bürgertugenden Allen vor Augen bleiben, damit Jeder wisse, wie er handeln und leiden solle, wenn das Interesse der Stadt, das Wohl des Vaterlandes es verlangt.

Von der Brahe,

October 1847 bis März 1848.

Die Kanal- und Staubauten an dem Brahe-Flusse sind im November 1847 soweit gediehen, daß die Binsenschleuse bei Mühlhof im Konitzer Kreise vollendet und durch sie der Brahefluß geleitet ist, gleichzeitig auch der Kanal auf 3 Meilen mit Wasser gespeist wird. Der Winter und das beginnende Frühjahr haben bis jetzt diesen Bauten nicht Schaden gethan und wie verlautet, wird in der diesjährigen Kampagne an dem Wiesenbau auf der ersten Tafel und an Weiterführung des Kanals gearbeitet werden. Näheres über die Bauten in einem besondern Artikel —

Die zwischen Brahe und Schwarzwasser liegenden, vom Fiskus angekauften Güter erhalten aus Baden und Hessen 40 Kolonisten, die zu Johanni 1848 eintreffen; sie kaufen für 38000 Thlr ein Domänenvorwerk, zahlen jeder vor dem Hergange 600 Thlr. ein, erhalten eine selbstständige Gemeindeordnung und sind 10 Jahre kanonfrei; wie man vorläufig übersieht, kaufen sie theurer als die hiesigen Kolonisten, wir müssen aber jedes Urtheils über die Sache uns enthalten, bis wir den vollständigen Plan kennen und einen Zeitraum verstießen sehen. —

Die Theilnahme am Staate, am öffentlichen Leben, ist im Zunehmen und wohl weniger Trägheit als in manchen reichern und bevölkerten Gegenden vorhanden, dagegen noch viel Mangel an Bildung, Ruhe und Takt; die kreisständischen Versammlungen sollen sich insbesondre durch den Mangel an politischen und parlamentarischen Takt, namentlich durch Hin- und Herschreien und unnütze Zeitverschwendung auszeichnen; hoffentlich wird auch die Oeffentlichkeit auf diese Versammlungen, wenn sie den kreisständischen Versammlungen nicht gewährt werden sollte, doch in den Beispielen anderer z. B. der Stadtverordneten-Versammlungen, wie sie schon stattfinden, wohlthätig einwirken. —

Die Getreidepreise weichen fortwährend, dürften jedoch zum Sommer bei dem dann sich herausstellenden Mangel an Kartoffeln wieder steigen; die Wintersaaten stehen vorläufig gut, sie haben von dem Frost wenig gelitten, doch ist der jetzige Augenblick nicht geeignet, um einen sichern Schluß auf die Ernte zu ziehen.

Digitized by Google

Umschau.

Italien eilt mit Riesenschritten vorwärts. Bald werden 18 Millionen Italiener durch freisinnige Verfassungen, durch Zollverein und durch den festen Willen als Nation auftreten und zu einem Ganzen verbunden sein. — In Sardinien haben alle Klassen der Bevölkerung, die kleinsten Kinder wie die ärmsten Bettler die Verfassung freudig begrüßt, denn, wird hinzugesetzt, daß mit der Konstitution die Ermäßigung des hohen Salzpreises eintrat, macht sie gleichsam der großen Menge, dem Armen besonders, der durch den bisherigen hohen Preis sehr litt, erst greifbar, und die Zufriedenheit ist allgemein.

Wir würden eine Unwahrheit berichten, wenn wir sagen wollten, auch bei uns sei die Zufriedenheit allgemein, weil uns die Veranlassung fehlt, die dort allgemeine Zufriedenheit hervorgerufen.

Und die Ausschußverhandlungen? Wir enthalten uns jedes Urtheil über dieselben. Denn eine censirte Presse ist nicht verantwortlich, sie muß nur zu oft schweigen, wo zu reden Pflicht wäre. Aber die unbestechliche Muse der Geschichte wird zu Gericht sitzen und ihr Urtheil sprechen. Bei dem ungemein lebendigen Interesse, das die Verhandlungen des Ver. Landtags in vielen Kreisen der Gesellschaft erregten, ist die allgemeine und vollständige Gleichgültigkeit gegen die Ausschußverhandlungen eine Kritik, die deutlicher spricht als censirte Zeitungsartikel. Woher diese Gleichgültigkeit gegen die Diskussion eines Gesetzes, wonach über der Bürger heiligste Güter, über Leib, Leben, Freiheit und Ehre geurtheilt werden soll?

In Hamburg und in Paris Streit über eine Frage des öffentlichen Rechts, über das Recht sich zu versammeln. In Hamburg erklärt der Senat, daß die Verbffentlichung der Verhandlungen erbgesessener Bürgerschaft verfassungs- also gesetzwidrig sei, und droht, den Verein der Grundeigenthümer aufzuheben, wenn er in der Opposition verharre; der Hamburger Juristenverein, zu dessen Mitgliedern die ersten Rechtsgelehrten der Stadt gehören, erklärt, daß der Senat die Verbffentlichung der Verhandlungen der Bürgerschaft nicht verbieten könne, und den Grundeigenthümerverein nicht aufheben dürfe, da es in Hamburg durch ein Gesetz, durch Rath und Bürgerschluß den Bürgern nicht verboten, sich zu versammeln, sich zu vereinen. Die Folgen dieser Verfahrungsweise des Senats zeigen sich nun in den dort ausgebrochenen Unruhen. — In Paris bestreitet das Ministerium das von der Opposition in Anspruch genommene Recht sich zu versammeln, die Opposition dagegen behauptet, daß das von ihr beschlossene Reformbankett gesetzlich erlaubt sei, die Minister also Unrecht hätten, es zu verbieten. Auf Veranlassung des Kanzler Pasquier versammeln sich die bedeutendsten Legisten Frankreichs, Professoren des Rechts, Räthe des Kassationshofes, Advokaten ꝛc. Nachdem in dieser Versammlung in einer mehr als vierstündigen Berathung die Frage des Rechts sich zu versammeln aufs Gründlichste erörtert, wird einstimmig das Gutachten gefaßt, daß die vom Justizminister aufgestellten Grundsätze sich nicht legal begründen ließen und der Kassationshof gegen die Ansichten und Grundsätze des Ministeriums entscheiden würde. Die Opposition erklärt, daß es nothwendiger als je sei, durch einen großen Akt des Widerstandes auf gesetzlichem Wege gegen eine den Grundsätzen der Konstitution wie dem Wortlaute des Gesetzes zuwiderlaufende Maßregel zu protestiren. Wie einst die Frage ob das englische Parlament ein Recht habe, die amerikanischen Kolonien zu besteuern, Veranlassung zur Unabhängigkeitserklärung dieser Kolonieen wird, so wird der Umstand, daß das Ministerium Guizot das Recht des französischen Volkes sich zu versammeln, bestreitet und angreift, Veranlassung zum Sturz des Ministeriums, zum Umsturz des Thrones. Der Julithron stürzt, die Republik wird proklamirt. Die Posaune der Freiheit erschallt abermals durch Europa.

Die Donner der Freiheit in Frankreich rütteln Europa und namentlich Deutschland abermals aus dem Schlafe. Weil in Frankreich die Freiheit triumphirt, darf auch Deutschland frei aufathmen. Wunderbar rasch wird die Nothwendigkeit der Reform nicht nur in den höhern Regionen anerkannt, sondern die Reform auch wirklich begonnen und einzelnen Stämmen im deutschen Süden zurückgegeben, was sie besessen. Noch sind kaum 14 Tage verflossen, sagt der in Mannheim erscheinende »deutsche Zuschauer« am 3. März, als unser Blatt von dem Censor fast gänzlich ge-

Digitized by Google

ſtrichen wurde und heute ſchreiben wir daſſelbe ohne Cenſur. Denn das franzöſiſche Volk hat ſich erhoben, hat den Thron ſeines Königs zerriſſen und zerſchlagen und auf öffentlichem Platze verbrannt. Weil dieſes in Frankreich geſchehen, haben wir in Baden Preßfreiheit.

Deutſchland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europa's gebührt, erklärt ſogar die Bundesverſammlung, die plötzlich dem Ermeſſen der einzelnen Staaten überläßt, die Preßfreiheit einzuführen. Allein damit begnügt ſich nun das Volk nicht, es werden Wünſche laut, die ſich zum Theil als »Forderungen des Volks« geltend zu machen ſuchen. Man verlangt Preßfreiheit, als unveräußerliches Recht des menſchlichen Geiſtes, ſeine Gedanken unverſtümmelt mitzutheilen; Aſſociationsfreiheit, als ein Unrecht freier Männer, ſich zu verſammeln, ſich über ihre Angelegenheiten berathen, ſich vereinigen zu dürfen; Gleichheit aller Staatsangehörigen ohne Rückſicht auf ein Glaubensbekenntniß; allgemeine Volksbewaffnung; Schwurgerichte nach engliſchem Vorbilde mit einer Anklagejury; eine gerechte Beſteuerung; Vertretung des deutſchen Volkes beim deutſchen Bunde; ein deutſches Parlament. — Das deutſche Volk, heißt es in einer der badiſchen Kammer eingereichten Petition, hat das Recht zu verlangen: Wohlſtand, Bildung und Freiheit für alle Klaſſen der Geſellſchaft, ohne Unterſchied der Geburt und des Standes.

Nicht hochtönende Reden, ſondern freiſinnige Inſtitutionen, wie ſie das Volk ſeit langer Zeit vergebens wünſcht, ſind der kräftigſte Schutz gegen das Ausland, gegen einen etwa heranbrauſenden Sturm. Und die öffentliche Meinung, die große Majorität des Volkes in Deutſchland, ſie will weder Revolution noch Krieg, ſie will die Evolution, die friedliche Entwickelung der Dinge. Die öffentliche Meinung denkt in Deutſchland nicht vom Volke, wie Falſtaff von ſeinem Geſindel: »Gut genug zum Aufſpießen; Futter für Pulver, Futter für Pulver!« »Deutſchland hat die Folgen eines zwanzigjährigen Krieges, angefangen unter dem Vorgeben, Thron und Altar zu ſchützen, noch nicht überwunden — in vielen Gegenden herrſcht Noth und Elend. Nicht Krieg ſei die Loſung, ſondern Friede und Fortſchritt, wie er nur unter den Segnungen des Friedens möglich, der uns aber in einem dreißigjährigen Frieden in ſehr geringem Grade geſtattet geweſen. Das Heil der Völker, das Glück der Menſchheit, Kultur und Civiliſation werden nicht durch den Krieg gefördert, gedeihen nur im Frieden. Der Krieg fördert die innere Entwickelung nicht, er hemmt das ſtolze, freie, ſelbſtbewußte öffentliche Leben, nach dem die deutſche Nation verlangt, auf das ſie ſo gut wie andere Nationen ein Recht hat.

Miſcellen.

Königsberg. Höchſt pikant iſt es, daß innerhalb der Mauern Königsbergs gegen das Zeitungsleſen und gegen Betheiligung bei öffentlichen Verſammlungen ein Zelotismus in den Fabriken ſpuckt. So hat kürzlich ein hieſiger Fabrikherr ein recht tüchtiges und fleißiges Subjekt aus der Fabrik darum entlaſſen; weil dieſes Zeitungen lieſt, einmal in der Verſammlung der Stadtverordneten und der ſtädtiſchen Bürgerreſſource geweſen iſt und endlich auch den freigemeindlichen Verſammlungen beizuwohnen pflegt. — Noch pikanter aber war die verdrüßliche Anmerkung, welche der Fabrikherr ſeinem Entlaſſungsgrunde hinzufügte: »Er — der Entlaſſene — geht in Verſammlungen, wovon er Nichts verſteht; da ich doch nicht einmal Was davon verſtehe.«

Neuſtadt-Eberswalde. Der hieſige Handwerkerverein zählt gegenwärtig 215 Mitglieder, darunter 79 Meiſter, 86 Geſellen, die übrigen Mitglieder gehören andern Klaſſen der Geſellſchaft an. Der Verein hat in den 2½ Jahren ſeines Beſtehens bedeutend und und erfolgreich auf die ſittliche Hebung des Gewerbſtandes eingewirkt. Die kürzlich von dem Vorſteher des Vereins, Buchdruckereibeſitzer Herrn Müller neu entworfenen und einſtimmig genehmigten Statuten liegen gegenwärtig der Regierung zur Beſtätigung vor. Die Handwerkervereine in Angermünde Neu-Ruppin und Oderberg, die ſich nach dem hieſigen gebildet und dieſelben Statuten und Grundſätze befolgen, haben in der kurzen Zeit ihres Beſtehens ſchon erfreuliche Fortſchritte gemacht; der Verein in Angermünde zählt 130 Mitglieder, der in Neu-Ruppin 180 und Oderberg 90 Mitglieder. In Wriezen iſt die Gründung eines Handwerkervereins mißlungen, weil man es verkehrt angefangen; in Freienwalde, wo das Terrain, die Bevölkerung und der Dünkel Einzelner einem ſolchen Verein nicht günſtig, hat man gar keinen ernſtlichen Verſuch zur Gründung eines Handwerkervereins gemacht

Digitized by Google

Das einige Deutschland.

Frei hat Deutschlands Volk sich jetzt erhoben
Und zerbrochen seiner Fesseln Zwang. —
Treulich wollen wir nun auch geloben:
Zu bewahren, was es sich errang.

Haß und Zwietracht schwinde aus den Herzen,
Harmonie beseele diesen Bund;
Fried' und Ruhe lasse jetzt verschmerzen,
Was der Seele schlug so tiefe Wund'.

Jubel schalle froh aus jedem Munde,
Dem der Deutschen Worte Klang entflieht,
Freude herrsche in der ganzen Runde,
Herrsche in Teutoniens Gebiet.

Soll doch Einheit jetzt das Land verbinden,
Das zerstückelt kaum sich selber gleicht;
Soll es nun doch auch einmal empfinden,
Was das Ziel gewährt: — wird es erreicht.

Deutscher Name wird auf allen Zungen,
Wird gefeiert in Europa sein,
Wird getragen werden und besungen
Ueber Land und Meer durch alles Sein.

Großes kann, und wird und muß gelingen,
Wenn nur Einigkeit die Herzen lenkt,
Wenn nur Deutschland erst sich selbst bezwingen
Und verbannen kann: Was tief gesenkt.

In dem Busen lang verschlossen wohnte,
Und getrennt, was die Natur verband.
Was ja Deutsch von Deutsch so ganz entwöhnte
Und die Grenze zog von Land zu Land.

Ob ich Preuße nun, ob Oesterreicher,
Ob Hannover mir den Namen gab,
Ob ich Baier oder Würtemberger
Oder ob am Rhein der Eltern Grab.

Digitized by Google

Eine Zunge hat uns ja getragen,
Und Erinnerung hat das Band gewebt:
Sollten wir denn Deutschland nun entsagen,
Wo im Osten Rußland sich erhebt.

Mag er kommen dieser stolze Riese,
Finden wird er deutscher Männer Schaar,
Mag er kommen, daß er sich erkiese
Auf der Wahlstatt Ruh für immerdar.

Nimmer trägt der Deutsche Sklavenfesseln
Aufgelegt von des Tyrannen Hand,
Züchtigen wird er den Feind mit Nesseln
Bis enteilt er flüchtig und verbrannt.

Freiheit ist das Losungswort der Zeiten,
Freiheit schallts von Mund zu Munde fort:
Millionen werden sich bereiten
Hier in Deutschland ihren Freiheitshort.

Greifswald. Essing.

Vermächtniß der sterbenden Polen an die Deutschen

von Graf Platen.*)

Wir gehn zu Grab erschöpft und laß
Nach manchem kühnen Straus,
Und athmen unsern Russenhaß,
In eure Seelen aus.

Es zwang uns Uebermacht in's Joch,
So treu wir uns verschanzt;
Doch weht die weiße Fahne noch,
Auf unser Grab gepflanzt!

Ergreift sie einst, und liebevoll
Gedenkt an unsre Pein:
Der ungeheure Frevel soll
Mit Blut gerochen sein!

Wir neiden unsern Sieger nicht,
Ihn trifft der Zeiten Fluch,
Von ihm und seinem Alba spricht
Das allerspätste Buch.

*) Ist in den bei Cotta herausgekommenen Gedichten des Grafen von Platen nicht abgedruckt.

Digitized by Google

Stets waltet glücklich ein Tyrann,
Das iſt der Menſchheit Loos:
Was bleibt dem unterdrückten Mann?
Ein Grab im Erdenſchooß.

Doch ihr, gewarnt durch unſre Qual:
Sei's morgen oder heut,
O, ſeid nur noch ein einzig Mal
Das alte Volk des Teut!

Nach Oſten!

Nicht zum Weſten, nicht zum Weſten — nach der Wiege des Geſchicks,
Nach dem Oſten, deutſche Völker! oſtwärts unverwandten Blicks!
Wenn im Weſt ſich Wolken thürmen, wenn die Sonne ſich verhüllt,
Als ein Regen quillt es nieder, der die Flur mit Segen füllt.

Nach dem Oſten, deutſche Völker! Scharf und tödtend iſt ſein Weh'n,
Nach dem Oſten, deutſche Völker! unverwandten Blicks geſeh'n!
Vor dem Oſten gilt's zu rüſten! Feſt gewappnet Herz und Hand,
O nach Oſten, deutſche Völker, o nach Oſten unverwandt!

Wo ſich Oſt dem Nord vereinet, auf gewalt'gem Eiskoloß,
Thronet Klotho mit den Schweſtern Lacheſis und Atropos.
Was die grauſe Dreizahl ſpinnet? Ihr Geſpinnſte duftet Blut —
Oſtwärts, oſtwärts, deutſche Völker! Vor dem Oſten auf der Hut!

Was die drei Gewalt'gen ſpinnen? Allen Völkern ſpinnt es Tod,
Weit ſchon greifen ihre Fäden, ſchärfſte Wache thut uns Noth!
Oſtwärts, oſtwärts, deutſche Völker! Ganz Europa, hin zum Strand,
Denn ſie ſpinnen für euch Alle, doch zuerſt für's deutſche Land!

Jeder Kämpfer ſei willkommen, ob ihn ein Dictator führt,
Ob er einen Heldenkönig zu des Volkes Herzog kürt,
Jeder Kämpfer ſei willkommen, wenn der blut'ge Morgen bebt,
Da für Wahrheit, Recht und Sitte ſich Europa zürnend hebt.

Alle Zungen müſſen klingen, naht des Schlachttags Gloria
Dort die Töne von Meſſilien, hier das Rule Britannia,
Dort Riego's ſtolze Hymne, hier das deutſche Vaterland —
O nach Oſten, o nach Oſten, ſcharfen Blickes unverwandt!

Alle Zungen müſſen klingen, alle Schwerter ſeien bloß,
Denn der Tag des Weltenſchickſals, lang gefürchtet, bricht nun los,
's iſt ein Kampf vor Katalaunum, 's iſt der Kampf Martells vor Tours —
Einig, einig, tapfre Streiter, und im Oſten ſucht die Flur.

Digitized by Google

Sucht im Oſt ein weit Gefilde, das der Männer Schaaren faßt,
Und die drei Gewalt'gen zittern im bewegten Eispallaſt.
's iſt die Schlacht, von der die Alten ſchon geſungen — dann erſteht
Lächelnd jener Völkerfrühling, den die Welt ſo heiß erfleht.

Aus dem Blute der Gefall'nen ſteigt ein Eichenbaum empor,
Ruhig ſchläft in ſeinem Schatten unſ'rer Todten heil'ger Chor,
Ueppig ſproßt das Laubwerk, endlich deckt es weit der Erde Rund,
Und die Menſchen wohnen d'runter, ein beglückter Völkerbund.

Durch die Sage nur erklingen Laute noch wie Kampf und Krieg,
In des Friedens gold'nen Künſten folgen Siege ſich auf Sieg,
Mit dem glücklichen Geſchlechte blüht die Erde ſchöner auf —
O nach Oſten, o nach Oſten, deutſche Schwerter! geht der Lauf!

An das Volk von Berlin.

Drückend laſtete ſchwüle Gewitterluft auf Europas Völkern. In dunkler Nacht zuckt in Frankreich ein Blitz durch die Luft; die Donner der Freiheit rollen durch die Welt. Deutſchland erwacht aus tiefem Schlummer. Die Poſaune der Freiheit rüttelt die deutſchen Völker auf. Lange in der Bruſt zurückgehaltene Wünſche und Forderungen werden laut. Am Rhein und am Neckar, in Wien und in Hamburg, in München und in Kaſſel, überall in Deutſchland verlangt das Volk, der Bevormundung und der Unfreiheit überdrüſſig, ſein altes gutes deutſches Recht, Theilnahme am Gemeinweſen, eingedenk des alten deutſchen Spruchs: Wo wir nicht mitrathen, da wir nicht mitthaten. So laut und ſo nachdrucksvoll waren überall des Volkes Forderungen, daß ihm ſein von der Bureaukratie ſo lange vorenthaltenes gutes Recht gewährt wurde. Selbſt Wien hatte ſich und Öſterreich ſchon die Freiheit errungen; Preußen nur ſchien ein großer Sarg der Freiheit. Kaum wurden, die Rheinlande ausgenommen, einige beſcheidene rückſichtsvolle Wünſche laut. Das preußiſche Volk harrte, wenn auch nicht mit Vertrauen, erwartungsvoll der Dinge. Das freie Männer zierende Selbſtgefühl, alles Selbſtbewußtſein ſchien durch das lange ſyſtematiſch geübte Bevormundungsſyſtem im Volke erſtickt. —

Des Volkes Wünſche, überall in Deutſchland erhört, ſollten in Preußen abermals vertagt, des Volkes Recht und Freiheit in ſeinen Angelegenheiten mitzurathen und mitzuthaten, durch Fürſten- und Miniſterkongreſſe abermals verrathen werden. Des Volkes Wünſche und uralte, rechtliche Forderungen ſollten abermals vertagt werden. Das Unmögliche wurde von uns gefordert. Da wurdeſt du, Volk von Berlin, deines Berufs, deiner Würde dich bewußt, Vorkämpfer unſerer Freiheit. In den Straßen der Hauptſtadt entbrennt ein Kampf des Bürgerthums; ein Kampf um Freiheit und Selbſtſtändigkeit, in dem du die verpfändete Volksehre für uns Alle eingelöſet. Die Soldaten- und die Volksehre kämpfen gegeneinander, Bürgerkrieg tobt in den Straßen Berlins. Das witzelnde Berlin iſt verſchwunden, ein Heldengeſchlecht wächſt plötzlich aus dem Boden, um in einem 14ſtündigen Straßenkampf der erſtaunten Welt zu verkünden, daß wir für die Freiheit, für die wir das Leben, für die wir Alles einzuſetzen wiſſen — reif, daß Preußen ebenbürtig in die Reihe der freien Nationen eintritt.

Digitized by Google

Mit Ausdauer und Heldenmuth habt ihr den Kampf gekämpft um unsere Ehre und Freiheit, gegen zahlreiche Schaaren, die ihres Eides, ihrer Pflicht getreu, gegen euch zum Bürger- und Bruderkrieg aufgeboten wurden. Ihr habt der bewaffneten Macht, die gegen euch ausgesandt wurde, die euch niedertreten sollte, die gegen euch kämpfen mußte, denn dem Soldaten „ziemt kein fürwitzig der Ordre Widersprechen," furchtlos als Männer widerstanden. Im Kartätschenfeuer hast du, Volk von Berlin, des deutschen Volkes Freiheit geschmiedet, Europas und der ganzen civilisirten Welt Achtung und Bewunderung dir erkämpft.

Volk von Berlin! Garde und Linie haben auf dich geschossen. Sie haben nur gethan, was ihnen geboten; gehorsam dem Gebot der Pflicht waren sie gezwungen, Bürgerblut zu vergießen. Sie haben, so gut wie du, gethan, was Ehre und Pflicht geboten, mit dem Unterschied, daß kein äußerer Zwang, kein Befehl, daß freier Wille, die innere Stimme in der Brust dir geboten, den Kampf anzunehmen und wie es Männern geziemt, durchzufechten.

Kein Mißton entweihe fortan die Söhne eines Volks und Landes, die im Kugelregen sich kennen und achten lernten. Ein Bruderband umschlinge alle Söhne des Landes und wenn es sein muß, auf zum gemeinschaftlichen Kampf gegen die Barbaren des Ostens, gegen die Feinde der Kultur und Civilisation, gegen die Horden Asiens! Muß es sein, dann auf zur letzten entscheidenden Weltenschlacht!

Was du, Volk von Berlin, erkämpft, Achtung und Bewunderung, was du für uns Alle errungen, die Freiheit, das wirst du dir und uns zu wahren und zu erhalten wissen, der gesetzlichen Entwickelung der Dinge, Beachtung deiner Wünsche und Forderungen gewiß. Die Früchte des Sieges, den du mit deinem Blute erkauft, sie sollen und müssen dir werden. Tausende werden über des Volkes Freiheit und Recht wachen und du wirst ernten, was du gesäet hast, du wirst erhalten, was die Gerechtigkeit verlangt.

Eins aber ist vor Allem Noth: Einigkeit!! Noch ist der böse Feind nicht überwunden, noch schnaubt die Reaktion nach Rache. Zwiespalt sucht man hervorzurufen, den Fanatismus der Dummheit gegen die junge Freiheit aufzuhetzen, der Obskurantismus scheut sich nicht an die rohe Gewalt zu appelliren. Darum vor Allem ruhige, gesetzliche Entwickelung der Dinge, damit den Feinden der Volksfreiheit nicht Anlaß und Gelegenheit gegeben werde, das eben Errungene, die junge Freiheit zu gefährden. Zwietracht, ein Schein von Anarchie, würde der Volksfreiheit gefährlich werden; durch Zwietracht würde die Reaktion gegen die eben errungene Freiheit Macht und Einfluß gewinnen. Sie wird machtlos zerschellen, wenn die Freunde der Freiheit zusammenhalten. Darum noch einmal: seid einig, einig.

Das Wahlgesetz.

Die Verfassung soll auf den breitesten Grundlagen aufgeführt, alle Interessen des Volks ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses sollen vertreten werden. Ein auf Urwahlen gegründetes freisinniges Wahlgesetz ist in Aussicht gestellt. Bülow-Cummerow aber, der anfängt alt und schwach zu werden, sieht durch Urwahlen den alten gediegenen Charakter der Deutschen gefährdet, fürchtet, Preußen werde den unheilvollen Pfad aufnehmen den Frankreich jetzt zum zweitenmale

Digitized by Google

betreten, Indeß nicht durch Urwahlen, sondern weil es keine Urwahlen hatte, hat Frankreich diesen Pfad zum zweitenmale betreten müssen. Nicht die Urwahlen führen auf den Weg der französischen Revolution, sondern die reactionären Bestrebungen des Junkerthums, die Wühlereien und Aufhetzereien gegen die junge Freiheit, die Aufwiegelungen gegen die neue Ordnung der Dinge. Urwahlen führen nothwendig zur Republik, sagt Bülow-Cummerow. Die Republik ist der Popanz, mit dem er die Kinder und die Philister in Furcht jagen und von Urwahlen abschrecken will. So viel sollte Bülow-Cummerow doch aus der Geschichte gelernt haben, daß Urwahlen nicht nothwendig zur Republik führen. Indeß hat er, seiner übrigen Verdienste unbeschadet, schon früher häufig genug bewiesen, wie unklar, vom Nebeln und Vorurtheilen umflort, sein Blick, wie er namentlich in historischen Dingen durch eine getrübte Brille sieht.

Ein demokratisches Wahlgesetz, Urwahlen, sind eine unabweisbare Nothwendigkeit geworden. Die Urwahlen nicht wollen, heißt denjenigen die Frucht der Freiheit entreißen, die sie mit erkämpft, ist unpolitisch und ungerecht. Dessenungeachtet wird von einer einflußreichen Partei die durch königliches Wort verheißene, aus Urwahlen hervorgehende Vertretung in Frage gestellt, weil die Privilegirten, blind gegen die Zeichen der Zeit, nicht zu begreifen vermögen, daß die Privilegien in den Straßen Berlins in der Nacht vom 18. zum 19. März für immer begraben sind.

Darüber sind alle wahren Freunde der Freiheit einig, daß jeder großjährige, selbstständige, ehrenhafte Einwohner ein Stimmrecht erhalte, daß jede Bevormundung der Wähler auszuschließen, daß jeder Wähler wählbar, damit derjenige gewählt werde, der das Vertrauen der Wähler besitzt. Nicht so einig ist man darüber, wer selbstständig sei, indem man von der einen Seite die Tagelöhner, resp. die Gutstagelöhner als von dem Gutsherrn abhängig, nicht für selbstständig erklärt. Auch viele Fabrikarbeiter würden dann nicht selbstständig sein und ein großer Theil des Volks würde von dem Wahlrecht ausgeschlossen sein. Dergleichen Beschränkungen und Ausschließungen sind um so weniger zu rechtfertigen, da jeder, der eine Familie, einen eigenen Hausstand gegründet, im gewissen Sinne selbstständig ist und durch Ausschließen der arbeitenden Klassen vom Wahlrecht eine mit wahrer Freiheit und menschlicher Würde unvereinbare, von Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ausgestoßene Helotenkaste hervorgerufen würde.

Einige halten indeß eine unbeschränkte Wählerschaft für thöricht. Sogar die Börsen-Nachrichten der Ostsee, die eine Wählerschaft ohne Unterschied des Standes, Vermögens und der Beschäftigung für die vorzüglichste erklären, verlangen, „daß eine mindestens zweijährige Seßhaftigkeit am Wahlorte Garantieen dafür bietet, daß z. B. in Swinemünde nicht die Badegäste einen Abgeordneten wählen.“ Bei dem wohlverdienten Einfluß der Börsen-Nachrichten wird es doppelt Pflicht, gegen diese Einseitigkeit zu protestiren. Einmal sind die Badegäste hier ganz unpassend angebracht, denn ein Gast ist kein Einwohner, nur ein Gast, der in dem Orte, wo er zufällig als Gast lebt, staatsbürgerliche Rechte nicht ausüben darf. Der Staat zerfällt in kleinere Körperschaften, in Kreise, Gemeinden. Jedes Mitglied des Staatsverbandes, der staatsbürgerliche Rechte in Anspruch nimmt, muß als Einwohner einer Gemeinde, einem Kreise angehören, er muß irgendwo das Gemeinde-, oder Ortsbürger-, oder Einwohnerrecht besitzen, wo er also nicht Gast ist; er kann nicht als Nomade umherschweifen, er muß irgendwo einen Wohnsitz haben, und zwar da, wo er in die Steuerregister, in die Liste der Einwohner von der Gemeindebehörde eingetragen ist. Die Swinemünder Badeliste verleiht kein politisches Recht.

Digitized by Google

Und nun „eine mindestens zweijährige Seßhaftigkeit am Wahlorte!“ Warum gerade eine „mindestens zweijährige?“ Man kann sich dabei nichts Vernünftiges denken. Warum nicht mindestens drei oder lieber zehn Jahre. Offenbar liegt diesem Vorschlage die verkehrte Ansicht zu Grunde, der Wähler müsse sich erst in Sitte und Denkweise des Orts eingebürgert, sich verphilistert haben; er müsse erst ächt stettinisch, ächt stargardisch, ächt pumpernickelicht oder ächt spickgänsicht geworden sein. Dazu dürfte ein zweijähriger Aufenthalt nur in seltenen Fällen genügen und sind diese Requisite bei Ausübung des Wahlrechts ganz überflüssige und unnütze Beigaben. Durch Beschränkung der Wählerschaft auf eine zweijährige Seßhaftigkeit würden die achtbarsten, tüchtigsten und einflußreichsten Personen von der Ausübung des Wahlrechts ganz ohne Grund ausgeschlossen werden. Der Beamte, der mit oder wider seinen Willen an einen andern Ort versetzt ist, soll dafür extraordinär mit zweijährigen Verlust des Wahlrechts bestraft werden; ebenso der Kaufmann, der es seinem Besten angemessen findet, sein Geschäft, seinen Wohnsitz nach einem andern Ort zu verlegen, der Gutsbesitzer, der ein anderes Gut gekauft! Nein, jeder sei von dem Augenblick an, wo er Einwohner des Orts geworden, wo er einen Wohnsitz genommen, zur Ausübung politischer Rechte wie des Wahlrechts befähigt, Niemand werde Jahre lang, weil er seinen Wohnsitz verändert, für politisch todt erklärt.

Zur Orientirung.

Aus Hinterpommern.

Seitdem sich in Frankreich die souveraine Freiheit des Volkes wiederum, und diesmal hoffentlich auf die Dauer aus gleisnerischen Redensarten in die That übersetzt hat, ist auch in den Genossenschaften des deutschen Volkes uralter, schier erstorbener Muth wiedererwacht; sie, die so lange von gekränkten Rechten kaum hinter verschlossenen Thüren in verbotenen Schriften lasen, fanden offen jene Anerkennung von ihren Regierungen, und deutsche Regierungen, welche so lange den Unterthan nur allein und ohne sein Zuthun beglücken zu dürfen glaubten, fangen an seinen Wünschen Gehör zu schenken.

Das ist das erste Lebenszeichen der Majestät des deutschen Volkes, der Unwiderstehlichkeit seines Willens im eigenen Hause, welches wir jubelnd als die Grundlage neuen Heils begrüßen. Deutschland ist damit in den Lebensabschnitt bewußter Selbstständigkeit getreten, aus welchem es natürlich nicht zurückschreiten kann.

Die deutschen Zustände sollen sich neu gestalten — durch ganz Deutschland sind Landstände berufen als Vertreter des Volkes, auch in Preußen — die Mitglieder des Landtages von 1847 um Außerordentliches zu begründen für Gegenwart und alle Zukunft ihrer sechzehn Millionen Kommittenten (?).

Werden sie dem großen Berufe entsprechen — im Anblicke großer Ereignisse und unzweifelhafter Begehren des preußischen, des deutschen Volkes? — werden sie es — des Entgegenkommens einer erkräftigten Regierung mehr als gewiß? —

Sie können es, wenn ihre Mehrzahl im Verständnisse der Zeit sich über schwache Schüchternheit, Antiquitätenliebhaberei, Egoismus und alle die kleinen Rücksichten, welche verächtliche Halbheit gebären, zur Unbefangenheit, Unelgennützig-

Digitized by Google

keit, Weisheit, Festigkeit und Freimüthigkeit erheben wird, von denen heute aller Erfolg abhängt und die allein unzweifelhafte Ehre bringen.

Wir fürchten nicht, daß sie die unwiederbringliche Zeit und unersetzbares Vertrauen vergeuden werden im spitzfindigen Auslegen Allerhöchster Versprechungen, in abgöttischer Verehrung hinfälliger Staatsverträge und in unfruchtbaren Devotionsversicherungen, wo es gilt Schäden des Alters und der Fehlbarkeit am Staatskörper mit dem Messer der Vernunft bloß zu legen und zu entfernen.

Wir dürfen erwarten, daß sie nicht verschmähen werden mit vorurtheilfreiem Ohre der wiederholt mit Blutströmen erkauften Lehren Frankreichs zu lauschen um uns auf friedlichem Wege dem Ziele wieder entgegenzuführen; politischer und socialer Freiheit. —

Frankreich, dynastienmüde, hat, es zu erreichen, sich in die Arme der Republik geworfen; der Deutsche hält seine Wohlfahrt noch von dem Glanze des Thrones untrennbar; als Garantien seiner Wohlfahrt hören wir ihn aber beifallswürdig begehren:

1) Herstellung einer wahrhaften Einheit Deutschlands durch Reform der deutschen Bundesverfassnng und namentlich Vertretung des deutschen Volkes beim deutschen Reichstage; d. h. ausreichende Vertretung mit entscheidender Stimme nach Verhältniß der Kopfzahl. Die entschiedene Unpopularität des bisherigen Bundestages ließ ihn als Repräsentanten des deutschen Volkes nicht betrachten.

2) Konstitutionelle Verfassung in den Ländern dentschen Volkes. — Das Wesen derselben besteht in der verbrieften Mitwirkung des Volkes bei seiner Regierung. Das Volk ist die Gesammtheit der im Staate lebenden und zu ihm gehörigen Menschen, es besteht nicht blos aus einigen Gliedern bevorzugter Stände von beträchtlichem Besitze; der Mensch, nicht der Besitz, ist im Staate das Wichtigste Element, und Jeder muß sein Interesse bei der Regierung gewahrt wissen. Dies geschieht am sichersten, wenn das Volk nach der Kopfzahl vertreten wird und jeder Erwachsene aus ihm und von ihm, ohne Rücksicht auf Besitz, zum Vertreter wählen und gewählt werden kann. Die Besitzlosen sind der Vertretung am bedürftigsten, sie dürfen nicht länger von der Gnade der Besitzenden leben um in Zeiten der Gefahr Wächter zu werden fremden Mammons.

Beschließende Gewalt der Volksvertretung gebührt ihrer Würde, desgleichen daß sie die Gegenstände ihrer Berathung bestimmt. Das Recht der Steuerbewilligung und Verweigerung, wie Verantwortlichkeit der Minister sind der kräftigste Schutz der Verfassung.

3) Unbedingte Freiheit der Volksversammlungen. Sie sind das sicherste und das leichteste Mittel das Volk über seine allgemeinen und besonderen Interessen aus sich heraus zu verständigen; sie arbeiten also volksthümlicher Regierung in die Hände.

4) Volksbewaffnung. Sie ist der beste Ersatz großer stehender Heere. Das Volk ist sich selbst und seine Liebe des konstitutionellen Königs Hort.

5) Freie Presse. Durch sie redet das Volk Wahrheit; unzeitgemäße Ahndung der Preßvergehen freilich machen die freie Presse zur Lüge.

6) Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Geschwornen. Ohne sie kein ungetrübtes Vertrauen des Volks in die Freiheit des Richters.

7) Unentgeldlichen Unterricht für Jeden der ihn will. Die Intelligenz ruht auf den Schultern der Arbeit. Dem Arbeiter darf nicht die Kost

Digitized by Google

darfte Frucht seiner Mühen versagt werden. Das besitzlose Genie soll nicht dem Volke verloren gehen.

8) Freiheit des Glaubens und der Kulte, d. h. ohne bürgerliche und politische Nachtheile. Zu allen Zeiten, wo sie aufgetreten hat die Anmaßung der Theologen von außer- und überweltlichen Dingen die allein richtige Umsicht die wahre Erkenntniß zu besitzen, Unwillen und Widerspruch erregt. Blut und alle Gräuel des öffentlichen- und Privatlebens bezeichnen die Bahn dieser Anmaßung. Gerechtigkeit! — d. h. gleiche Berechtigung allen religiösen Meinungen unter einander und mit dem Atheismus! —

9) Abschaffung der Privilegien. Sie berauben die Massen, nähren Dünkel und Anmaßung einerseits, Neid und Haß andrerseits, und untergraben so die menschliche Gleichheit und Eintracht.

10) Schutz der Arbeit gegen die Tyrannei des Besitzes. Über dem Werthe des Besitzes steht der des Menschen und schöpferischer Arbeit.

11) Anerkennung des Armen als Menschen durch Gewährung menschenwürdigen Unterhalts. Öffentliche (allgemeine Staats-) Armenpflege.

12) und dergl. m.

Was wir hiervon erreichen werden? — Hoffen wir — Alles! —

Antwort aus Hinterpommern an v. Bülow-Cummerow auf seine Anrede: „an meine deutschen Mitbürger zunächst in Preußen."

Sie haben, Herr v. Bülow-Cummerow, in diesen Tngen der Volkserhebung ein Wort an Ihre deutschen Mitbürger gerichtet, in welchem Sie, wenn ich Sie anders recht verstanden habe, auch den Einzelnen auffordern, seine Ansicht über das, was Noth thut, auszusprechen; denn jeder Einzelne ist ein Glied des Volkes. — Ihr Flugblatt vor den Augen ist es aber fast nicht möglich den Wünschen des Volkes Worte zu geben, ohne zugleich Ihren Worten, den Dolmetschern Ihrer Ansicht, eine geharnischte Antwort zu ertheilen. — Ich will daher vorläufig das Letzte thun. Ob Sie mich nun als ebenbürtigen Kämpfer annehmen werden, muß ich dahin gestellt sein lassen, denn, mit offenem Visir, ich gehöre zu dem Volk, und zwar weder zu den großen Grundbesitzern, noch zu der Bürgerklasse, im engeren Sinne; ich möchte mich eher zu der untersten Volksklasse rechnen, denn ich bin ein Arbeiter, d. h. ein Staatsbürger, der sich durch seine Arbeit so zu sagen von Tagelohn, wenn auch nicht durch rein mechanische Handarbeit, für die rein materiellen Bedürfnisse des Publikums, sein tägliches Brot verdient, ein Arbeiter, den man ebenfalls ablohnt, wenn er faul ist, oder wenn seine Arbeit nichts taugt, und der denn wie der ärmste Tagelöhner mit den Seinigen darben muß; denn für ihn arbeiten keine Eisenhämmer ꝛc., und ihm giebt annoch der Buchhändler für eine Geistesarbeit höchstens ein Paar Freiexemplare, da er noch keinen europäischen Ruf hat. —

Doch zur Sache! — Sie nennen die Erschütterung, die jetzt Deutschland durchbebt, eine Erschütterung der Wohlfahrt Europas, wie hitziges Fieber mit Irrereden und ohne Gedanken; eine Fieberphantasie, die uns in den Abgrund stürzt, und der Anarchie in die Arme führt, und Sie meinen: die große Masse des Volkes sehe im Starrsinn versunken ruhig zu. — Haben Sie bedacht, Herr v. Bülow-Cummerow, was Sie

Digitized by Google

sprechen; daß Sie die Tausende die in Berlin auf den Barrikaden kämpften, als Fieberkranke verdächtigen, daß Sie die Braven, die diesen Kampf mit ihrem Blute, ihrem Leben besiegelten, Tollhäusler schimpfen? Oder meinen Sie, daß der blutige Kampf nur einigen mißliebigen, oder wie Sie sie nennen, „unfähigen und unwürdigen" Ministern gegolten habe? — Ist es Fieberwahnsinn, wenn Millionen eine bessere Volksvertretung fordern, weil sie sich nicht einreden lassen können, daß die Fürsten und Grafen der Herrenkurie, die Rittergutsbesitzer, Bürger und reichen Grundeigenthümer mit 10jährigem Besitz allein das ganze Volk repräsentiren, die alleinigen Träger der Intelligenz seien; weil sie überzeugt sind, daß im Volke noch eine kompakte nicht weniger gesinnungstüchtige und intelligente Masse existirt, die in dem bisherigen Organe der Volksstimme nicht ihre Vertreter hat? — Ist es Tollhäuslerei, wenn Millionen die Ueberzeugung haben, daß die bisherige Ständeversammlung nicht im Stande sei, die Wünsche des ganzen Volks, zu dem ja doch auch die unterste Volksklasse gehört, dem Regenten klar dazulegen? Ist es Anarchie, wenn das Volk, das ganze Volk, eine friedlichere Garantie für das Nichtvergessen und Nichtverkennen seiner Interessen haben will, als ihm die Barrikaden darbieten? — Wer das meint, der hat sein Volk, seine Zeit so wenig begriffen als Metternich, Eichhorn, Guizot und andere, und habe er auch einen europäischen Ruf, wie jene. Sie meinen Urwahlen führten zur Republik. — Führen Kastengeist, die Herrschsucht des Aristokratismus, die ausschließliche Prävalanz des Grund- und Geldbesitzes nicht zur Republik? Hat uns Frankreich nicht erst jetzt den Beweis geliefert? —

Als der Theil des Volkes, den Sie die unterste Volksklasse nennen, auf den Barrikaden stand und blutete, als er schwur zu sterben oder zu siegen, hat er da den König auch nur mit einem Laut angetastet, hat er da auch nur mit einer Silbe Anarchie gepredigt, hat er, verhöhnend Einsicht und Intelligenz, im sinnlosen Taumel Zerstörung, Mord, Plünderung gepredigt und geübt? Sie Herr von Bülow waren Augenzeuge der Großthaten, die dort geschehen sind, ich fordere Sie auf, öffentlich zu erklären: ob Sie solche Scenen von denen, die Sie zur untersten Volksklasse rechnen, von den Schneider-, Tischler- u. andern Gesellen, Künstlern, Tagearbeitern ꝛc. erlebt haben? Antworten Sie ja oder nein! Bietet Frankreich, das wie Sie bemerken seine Geschichte vernichtet (?), jetzt solche Anarchie dar? Hat die deutsche Volksmasse die Fürsten, die Jahrhunderte hindurch in Freud und Leid mit ihren Völkern gewesen, wegen des herbeigeführten Mißverständnisses, schon verstoßen wollen? — Wer den Charakter des deutschen Volkes und seine Geschichte kennt, dem wird dieser Argwohn völlig fremd bleiben, und wer ihn nicht kennt, der sollte ihn nicht zu verdächtigen suchen; der sollte nicht mit unbesonnener Hand Worte ausstreuen, die aufreizen statt zu beruhigen, die verdächtigen statt den Argwohn zu zerstreuen. — Das Volk kennen Sie nicht, Sie kennen nicht seine Krankheit, sie können daher auch sein Arzt nicht sein. Eine Konstitution ohne Urwahlen, d. h. ohne Wahlen des ganzen Volkes über seine Vertreter, ist ein Stück- und Flickwerk, was jeder Wind umwirft wie ein Kartenhaus, das weder den Fürsten noch den Völkern eine Garantie für ein gegenseitiges richtiges Verständniß, für gegenseitige Treue und Anhänglichkeit, für Ordnung und Gesetzlichkeit darbietet. —

Die alten deutschen Völker hatten Urwahlen und noch nie ist in Deutschland eine Republik auf Kosten der Fürsten errichtet worden, noch immer hat der Deutsche freudig selbst sein Blut für den Fürsten, der sein Volk verstand, hingegeben. — Lesen Sie die Geschichte und Sie werden dies auf jeder Seite bestätigt finden, Sie werden finden, daß eine Konstitution, d. h. ein freier auf Recht und Billigkeit,

Digitized by Google

Treu und Glauben, gegenseitiges Vertrauen und Liebe gegründeter Vertrag zwischen Fürst und Volk ohne Urwahlen, bloß mit einseitiger Kastenvertretung, ein staatskünstlerisches Monstrum ist, was weder dem einen noch dem andern Theile genügen kann. Was machte Friedrich den Großen bis jetzt noch unerreichbar? Nicht seine Siege gegen mächtig heranstürmende Feinde, nicht sein Feldherrntalent, sondern daß er sein Volk verstand, daß er seine Zeit begriff und als königlicher Philosoph sich an die Spitze der Zeitrichtung stellte. — Was freilich damals genügend war, ist es heute nicht mehr, oder meinen Sie, daß an dem Volke die Geschichte eben so eindrucklos vorüber gegangen sei, wie an manchem Einzelnen? daß unsere Philosophen, unsere Denker so ganz umsonst gelebt und gewirkt haben? Sie sagen, die Minister überstürzen sich in Zugeständnissen. Wo denn, in was denn? Nennen Sie doch ein Zugeständniß, was überstürzt wäre und am Ende gar zurückgenommen werden müßte! — Herr v. Bülow-Cummerow, wissen Sie denn, was Sie da in die Welt hineingeschrieben haben? Wissen Sie denn, daß wenn Ihre Worte einen Eindruck auf das Volk machen könnten, dieser wenigstens ein widerlicher sein muß, weil jene einen einseitigen, reaktionären Aristokratismus zu deutlich an der Stirn tragen? Das Ministerium kann sich nach Ihrer Meinung nicht auf die große Mehrzahl des Volks stützen. — Was? Sind die Tausende und aber Tausende, die von allen Seiten ihre Deputationen und Petitionen nach Berlin an ihren König senden, etwa eine kleine Minorität, oder sind diese Tausende etwa alle Narren, und Sie und ein Paar pietistische Pfaffen und etliche Landjunker die einzigen Vernünftigen? — Verzweifeln Sie immerhin an dem guten Geiste Schlesiens; meine schöne Heimathprovinz kann und muß ihre Verzweiflung wenig kümmern, sieht sie, wie nach einem 33jährigen Frieden, bei vollem Staatsschutze, bei jahrelanger Vertretung auf Provinziallandtagen ꝛc. durch ihren Adel und ihre großen Grundbesitzer, doch im Jahre 1848 ein Hungertyphus, der ganze Kreise entvölkert, möglich sein kann. — Sie mögen das freilich nicht begreifen können, aber das Volk begreift es, darauf verlassen Sie Sich, und eben weil es das Volk begreift, weil das Volk vielleicht intelligenter ist, als Sie Sich in ihren Worten eben hinstellen, eben deshalb will jetzt das Volk gehört werden, will auch ein Wort mitzusprechen haben an dem Orte, wo seine theuersten Interessen berathen werden; es muß fürchten, daß es sonst, wie bei der Berathung über das neue Strafgesetz, geschehe, nämlich daß das Gefühl und der Wille des Volkes unbeachtet bleibt. Urwahlen bleibt daher das Losungswort, nur durch Urwahlen ist eine rechte Volksvertretung möglich. Durch sie verleugnet sich der deutsche Volkscharakter von den Urvätern auf die Kinder übergetragen keineswegs, er spiegelt sich uns wieder treu und wahr, wie er dastand bevor Lehnsystem und fremde Gesetzgebung ihm mit ihren Schnörkeleien das offene Gesicht entstellten. Bei unseren Urvätern, noch ehe es Erbadel und Lehnsvettern gab, war jeder Freie stimmfähiges und stimmberechtigtes Mitglied der Gemeinde, und in dieser hatte der Aermste gleiche Rechte mit dem Reichsten; und dies uralte deutsche Recht wollen wir wieder haben, fallen soll und muß in dieser Beziehung, überall, wo es das Wohl und Wehe des ganzen Volkes gilt, jeglicher Standesunterschied, gründe er sich nun auf ein verrostetes Wappenschild oder auf den Geldsack. Dies ist der Wunsch, dies ist die Forderung der Völker, und bei Gott eine gerechte Forderung, vor der nur kleinmüthige Feiglingsseelen zurückschrecken können; die nur solche verdammen können, die da meinen, der liebe Gott habe sie mit Sporen an den Füßen und andere mit Sätteln auf dem Rücken geboren werden lassen; vor der nur die Zaghaften die Republik als Vogelscheuche hinstellend warnen können, die da glauben, daß, wenn die gesunde Gegenwart den mittelalterlichen Plunder des

Digitized by Google

einst ganz ehrenwerthen und nützlichen Ritterthums mit all seinen Anhängseln verwirft, denn auch schon die Geschichte der Deutschen „vernichtet“ werde.

Nein, mein Herr v. Bülow-Cummerow, Ihr Jubel über den Fall des „Absolutismus und der büreaukratischen Willkür“ besticht uns nicht. Ihnen ist es nicht um eine verbesserte Regeneration der deutschen Volksthümlichkeit, um einen kräftigen Schritt vorwärts auf der Bahn der freien Staatsentwickelung zu thun; Ihnen liegt nur eine noch ärgere Tyrannei, die der Aristokratie am Herzen, und die Farben, Schwarz-Roth-Gold üben auf Sie denselben furchterregenden Eindruck als auf die Demagogenriecher der zwanziger und dreißiger Jahre. — Mit einer aristokratischen Elite möchten Sie den Thron umstellen, damit nach wie vor das Volk in dumpfen Stumpfsinne den Rücken zum beliebigen Spazierritte des Adels und der Geldjunker darböte. — Behüte uns der Himmel vor solcher Einrichtung, lieber doch den absolutesten Absolutismus als das Joch der Aristokratie. Man sieht wie es z. B: Hamburg geschmeckt hat, wie es der Schweiz bekommen ist.

Nein Urwahlen, Urwahlen! Fürchten Sie nicht, daß in dem Nationalconvente der von Ihnen so liberal „die unterste Volksklasse“ genannte Volkstheil keine Intelligenz hinstellen wird, und vor allem verdächtigen Sie den gesunden, kräftigen, praktischen Sinn der „untersten Volksklasse“ künftig nicht so. Glauben Sie, mancher von Ihnen gewiß nur über die Achsel angesehene Schneidergesell weiß besser, was uns Noth thut, und hat daher mehr Intelligenz, als Sie in Ihrem Flugblatte entwickeln. — Die unterste Volksklasse wird schon Vertreter finden, die sich würdig den Vertretern der höheren Klassen anschließen werden. —

Noch kokettiren Sie mit scheinbar liberalen Ideen, und wollen den eximirten Gerichtsstand, die Patrimonialgerichtsbarkeit und die Dominialpolizei opfern. Mühen Sie Sich deshalb nicht ab, die beiden ersten fallen doch, müssen fallen, denn sie werden durch die Konstitution Unsinn, und die letzte kann ruhig bleiben, da es im Ganzen gleichgültig*) ist, denn vor Mißbräuchen der Polizeigewalt schützt uns die freie Presse ganz vorzüglich.

Aber der Vereidigung des Militärs auf die Verfassung widersprechen Sie entschieden, Sie wollen es auf die Reichsverfassung vereidigt haben. — Aufrichtig, das scheint mir und Vielen etwas Unsinn zu sein, und ich bin neugierig auf Ihre „politische Gestalt Deutschland und die künftige Reichsverfassung“, vielleicht löst diese das Räthsel. Bis dahin aber: Vereidigung des Militärs auf die Verfassung.

Aber einer Aufforderung von Ihnen wollen wir Alle folgen. Wir Alle alt und jung, arm und reich, vornehm und gering, Alle wollen uns schaaren um den Thron, und dem Könige auf demselben ehrlich, deutsch und bieder sagen, was ihm und uns vor Allem Noth thut, nämlich:

Konstitution, wahre Volksvertretung durch Urwahlen, Gleichheit vor dem Gesetze, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Aufhebung aller Standesrechte (nur der König und das Gesetz über uns), volle wahre Freiheit der Presse, volle wahre Freiheit des Glaubens und des religiösen Kultus, volle wahre Freiheit der Person, Verantwortlichkeit der Minister, Vereidigung des Militärs und der Staatsdiener auf die Verfassung, ein ordentliches Polizeigesetzbuch, und endlich ein einiges und kräftiges Deutschland begründet durch ein deutsches Parlament. Alles andere findet sich denn auf dem Wege ruhiger stufenweiser Entwickelung. Dr. Kretschmer.

*) Anm. d. Red. Nein, das ist durchaus nicht gleichgültig und die gutsherrliche Polizei muß fallen.

Digitized by Google

Die konstitutionelle Monarchie und die Freiheit *).

Von Dr. Kleinpaul.

Die konstitutionelle Monarchie stellt auf dem Gebiete des Staatslebens dasselbe dar, was der Rationalismus oder der Vernunft-Glaube auf dem Gebiete der Religion. Sie ist ein Product der Vermittlungssucht und der Halbheit an Gesinnung und Einsicht. Wundre man sich nicht, daß das Volk sich nie für die Konstitution im Ganzen, höchstens dann und wann für einzelne Aufgaben begeistert hat, welche im Verfassungsleben, vom Geist der Freiheit erzeugt, hervortraten; das Volk und die Frauen entzünden ihr Gemüth nie an Halbheiten; nur Radikales wird von ihnen erfaßt und ein Element ihrer Gesinnung; und umgekehrt: man kann daran prüfen, ob in einer Sache ein Princip zum vollen Ausdruck gekommen ist, daß man zusieht, ob Leute aus dem Volke mit geradem Verstande und offnem Blick und ob das weibliche Geschlecht für diese Sache in ihrer Ganzheit (nicht blos für einzelne Partien derselben) empfänglich sind. Das Volk hat sich für die konstitutionelle Monarchie nie begeistert; finge es an sich zu begeistern, so wäre dies das sicherste Zeichen ihres Sturzes; denn das Volk würde bald reine Wirthschaft machen; es würde bald von den Redensarten zur Sache fortschreiten; es würde das Reale, das Greifbare fordern, statt der Scheinexistenzen, mit denen sich die Konstitutionellen theils aus Furcht, theils aus Mangel an Einsicht zufrieden geben.

Die konstitutionelle Monarchie ist ein Produkt der Vermittelungssucht. Die Freiheit sollte vermittelt werden mit der Monarchie, die Vertretung der mittelalterlichen Stände mit der Vertretung der verschiednen Interessen oder Beschäftigungen.

Freiheit und Monarchie widersprechen sich im Begriff. Monarchie heißt Alleinherrschaft; wo ein Herrscher aber oder ein Herr ist, da müssen Diener sein oder Knechte, die seine Befehle ausrichten; die Diener aber sind nicht frei, in so fern und so lange sie Diener sind. Ein Herrscher setzt Unterthanen voraus; und die Unterthanen können nicht frei sein wollen gegenüber dem Fürsten, machten sie Anspruch auf die Freiheit, so begingen sie ein Majestätsverbrechen. Das Geschwätz von Freiheit, wenigstens von der Freiheit oder der wahren Freiheit, muß also da aufhören, wo man eine Monarchie einsetzt. Der Monarch bekommt Herrscherrechte, wenn man anders ihn nicht als bloßen Schatten will figuriren lassen; aber dann ist er eben nicht ein Monarch, sondern heißt bloß so. Die Konstitutionellen wollen dieß indeß nicht begreifen; ihr Ruhm ist der: die Freiheit mit der Monarchie durch ihr Staatsgebäude verſöhnt zu haben; und sie merken nicht, wie dieß nur möglich war dadurch, daß sie die Freiheit verriethen an die Monarchie und die Monarchie an die Freiheit; daß sie die Herrschergewalt schmächten und die Freiheit zum Nutzen der Herrschergewalt unverwirklicht ließen. Die verschiednen Konstitutionen weichen hauptsächlich darin von einander ab, daß die Stärke der Herrschergewalt in der einen auf ein Geringeres eingeschränkt ist als in der andern. Hier ist dem Herrscher mehr aus den Händen gewunden, dort weniger; hier hat er nur ein dreimaliges Verweigerungsrecht gegen die Volksver-

*) Dieser Artikel, ursprünglich für ein Volkstaschenbuch bestimmt, liegt seit drei Vierteljahren in der Druckerei; der Verf. hat also beim Niederschreiben die neuesten Ereignisse nicht im Auge gehabt. Wir halten den Artikel dessenungeachtet für zeitgemäß, nicht aber die augenblickliche Anwendung der daraus zu ziehenden Konsequenzen, wie wir in dem folgenden Artikel auseinander setzen werden.

Digitized by Google

treter (Norwegen), dort ein rechtlich-unbeschränktes (England); hier kann er seine Partei durch eignes von ihm dazu ernannte Mitglieder der Kammer (Paris) verstärken (Frankreich), dort fehlt ihm jede auf diese Art zu erzeugende Stütze, (Belgien, Norwegen); hier ist ihm mehr Einfluß auf die Wahlen gestattet, dort weniger (je nachdem mehr oder weniger Beamte in dem Kammern sind und dieselben größerer oder geringerer Abhängigkeit von der Regierung stehen); hier ist ihm mehr Militair zur Verfügung gestellt, dort weniger; hier eine größere Civilliſt bewilligt, dort eine kleinere. Aber in keiner von allen Konſtitutionen iſt weder der Freiheit noch der Monarchie irgend Genüge geſchehen; beide ſind eingezwängt und verkümmert. Je mehr dieß nun der Fall, deſto mehr rühmen ſich die Konſtitutionellen ihrer klugen Taktik, prahlen mit dem Gleichgewicht, das ſicher geſtellt, als wenn von vorn herein einander entgegenſtrebende Kräfte hätten eingeſetzt werden müſſen, prahlen mit den „Garantien der Freiheit und Volkswohlfahrt," die ſie erlangt, ſo gut, wie mit der „ſtarken Regierung", die ſie eingerichtet oder befeſtigt haben. Wo wirkliche Freiheit iſt, da braucht ſie nicht garantir zu werden; da giebt es eben keine ſtarke Regierung, die ihr entgegenwirkt und von der die Garantien ertrotzt werden. Wer aber eine ſtarke Regierung will, der muß ſich auch die thatkräftigen Beweiſe von ihrer Stärke gefallen laſſen; der muß nicht ſcheel ſehen, wenn die ſtarke Regierung ihre Häſcher ausſendet, die ihn ergreifen, ihre Bomben losläßt, die ihn verſchmettern. Was wäre das auch für eine ſtarke Regierung, die ſich nicht zu ſchützen wüßte, wenn man ſie ergreift, und die, wenn Gefahr da iſt, ängſtlich fragte, ob ihre Kugeln den rechten Mann oder den unrechten, einen mehr oder weniger treffen werden? Der Herrſcher müßte ein Tropf ſein, der ſich des ihm von Euch geſtellten Militairs nicht bedienen wollte, zu ſeinem Schutze, wenn ihr ſo treulos ſeid, ſeiner Majeſtät, ſeinen Rechten, ſeiner freien Thätigkeit zu nahe zu treten. Aber warum thut Ihr dieß doch eigentlich? Warum ſeid Ihr ſo treulos, Ihr konſtitutionellen Politiker? Darum, weil Ihr es nicht aushalten könnt hinter dem Zaume, den Ihr um Eure Freiheit gezogen habt. Ihr fühlt Euch beengt; ganz natürlich; Ihr ſeht die Rechte gefährdet, die ihr Euch vorbehalten habt; ganz natürlich; wer da hat, der will mehr haben; ſo auch die ſtarke Regierung. Wie dürft Ihr Euch wundern, wenn der Herrſcher gern über die Grenzen hinweg möchte, die ihm geſteckt ſind, ihm Bedenken an alt, Macht und Größe, im Hinblick auf die unumſchränkten Gebieter, die ſeiner ſpötteln? Begreift doch, daß er eben darin ſeine Lebenskraft bewährt, daß er ſich auszudehnen ſucht und die kleinlichen Geſetze niedertritt, die ihn umgarnen. Geſteht wenigſtens dem Herſcher daſſelbe zu, was Ihr auch thut; denn auch Ihr maßt Euch in Eurem Thätigkeitsdrange häufig mehr an, als die Geſetze Eurer geprieſnen Verfaſſung Euch zugeſtehn. Aber Ihr bedeckt dieſes Euer Verfahren mit Sophiſtik; den Herrſcher verſchmäht Ihr und ſeid ſehr geneigt, ihn der Ueberſchreitung der beſchwornen Verfaſſungsgeſetze anzuklagen; Ihr ſelbſt aber wollt ſtets im Recht ſein und wißt immer Beweiſe herauszukünſteln für die Erlaubtheit ungeſetzlichen Strebens und Verfahrens. Ganz eben ſo machen es auch die Rationaliſten, Eure Brüder; ſie ſtellen die Bibel als ihre Glaubensnorm auf, bedienen ſich aber der erbärmlichſten Auslegerkünſtler, wenn es darauf ankommt, ſich dieſer Glaubensnorm in der That zu entziehen, doch mit dem Scheine fortdauernder Unterworfenheit und ſie ſind noch ſo unverſchämt, über die Sophiſterei der Orthodoxen zu klagen, welche eine Bibelſtellemit der andern in Harmonie bringen, ein mit Nothwendigkeit hervorgewachſenes Dogme aus der Bibel begründen wollen. Wie hier, eure Brüder, die freie Vernunft mit dem Auctoritätsglauben nicht verſöhnt, ſondern beide nur in fortdauernden Kampf geſetzt haben, der, wie jeder Kampf zwiſchen diametral

Digitized by Google

entgegengesetzten Prinzipien, durch keine Art von Vermittelung zu beseitigen ist, so habt ihr nichts vermocht als der Welt ein widriges Schauspiel von Zwietracht zwischen Monarchie und Freiheit, wo eine fortdauernd die andere zu schmälern und zu verdrücken sucht, aufzuführen; Ihr habt praktisch bewiesen, daß die Vermittler nichts Anders als verwirren und höchstens die Einsicht in die Nothwendigkeit radikalen Kampfes durch Eindringen in specielle Fragen verstärken können.

Die konstitutionellen Monarchien sind so verschiedenartig, daß sich außer der versuchten Vermittlung zwischen Freiheit und Herrscherthum nur etwa noch das Prinzip der Vertretung als allgemein-charakteristisches Merkmal derselben anführen läßt. Hinsichtlich dieser Vertretung nun gilt für die allermeisten, daß sie eine Vermittlung gesucht haben zwischen Vertretung der mittelalterlichen Stände, welche das Prinzip der früheren landständischen Verfassungen war, und Vertretung der in neuerer Zeit immer mehr gesondert empor gewachsenen Beschäftigungen. Weder aber ist diese Vermittelung gelungen, da sie von vorn herein Unsinn ist und nur Verwirrung hervorbringen kann, noch sind die Beschäftigungen vollständig vertreten worden. Was ist für eine Logik darin, neben Standesherren, Kirchenfürsten, Rittern, Bürgern und Bauern vertreten zu lassen Industrie, Handel nnd Wissenschaft! Als wenn nicht diese Beschäftigungen mit den ihnen angehörigen Bevölkerungstheilen aufs Mannigfaltigste jene ständischen Elemente durchkreuzten! Nehme man einmal z. B. die sächsische Verfassungsurkunde und betrachte das Jammerbild der Vertretung. Da gehören zur ersten Kammer: Prinzen, ein Hochstiftsdeputirter, Besitzer von Herrschaften, ein Universitätsdeputirter, Standesherren (die schöne Ordnung ist nicht die meinige, sondern die der Urkunde), der Oberhofprediger, ein katholischer Domstiftsdekan, ein Superintendent, ein Kollegiat-Stiftsdeputirter, Besitzer von Lehnsherrschaften, selbst erwählte Deputirte der Rittergutsbesitzer, vom Könige ernannte Rittergutsbesitzer und acht Bürgermeister; zur zweiten Kammer: wiederum Abgeordnete der Rittergutsbesitzer, Abgeordnete der Städte, der Bauern und fünf Vertreter des Handels und Fabrikwesens. Da zeigt sich freilich, wie wahr einmal in einer Badischen Kammer bemerkt wurde, daß man die konstitutionelle Verfassung darum nicht lehren könne in den Volksschulen, weil sie zu viel historische Kenntnisse voraussetze. Sehr wahr: Darin liegt aber eben ihre Verdammung, daß sie sich mit der Geschichte, mit den überlebten Stücken des Mittelalters, diesem Gebäude des Unrechts und der Unwissenheit, hat abfinden wollen. So ist eine Schöpfung an's Licht getreten, die auch der beste Verstand des gemeinen Mannes nie wird fassen, für die er sich nie im Geringsten wird interessiren können, weil ihre Voraussetzungen ganz außerhalb des Gesichtskreises der Gegenwart und seines Gesichtskreises liegen. Wir wollen hier gar nicht darauf eingehen, wie unangemessen es war, die Bevorrechtungen der Stände stehen zu lassen — es ist dieß Sache der dritten Abtheilung dieses Aufsatzes — aber die Vertretung der Interessen oder Beschäftigungen so mitten hinein zu werfen in die Stände des Mittelalters, das ist vor allen Dingen eine Sünde wider den gesunden Menschenverstand. Kann nicht ein Standesherr Fabrikbesitzer sein oder Handelsherr und soll er nun doppelt und dreifach vertreten sein, einmal weil er viel Grund und Boden besitzt und dieß mit standesherrlichen Vorrechten, dann aber weil er noch auf diesem Boden Fabriken errichtet hat oder mit den Erzeugnissen dieses Bodens Handel treibt! Kann der Bürger einer Stadt nicht Ackerbau treiben lassen und wird er dann nicht ebenfalls doppelt vertreten, einmal als Bürger, dann als Bauer? Und wenn er in der Stadt auch noch Kaufmann ist, wird er dann nicht gar eine dreifache Vertretung haben? Wie kommt nun ihm gegenüber der Bürger, welcher bloß Handwerker oder Arbeiter ist, dazu, bloß einmal, nämlich

Digitized by Google

als das erforderliche Steuerquantum zahlender Bürger, oder, wenn er dieses Quantum nicht zahlt, welches, um Mitwähler eines Deputirten zu sein gefordert wird, gar nicht vertreten zu werden? Ein Ritter der viel Güter besitzt, Fabriken angelegt hat, Handel treibt und in einer Stadt Bürger ist, wird sechsfach vertreten: 1) als Ritter in der ersten Kammer, 2) als Ritter in der zweiten Kammer, 3) als Fabrikbesitzer, 4) als Handelstreibender, 5) als Bürger, 6) als Ackerbautreibender in der zweiten Kammer. So summirt sich also bei den durch das Ständeprinzip Bevorzugten die Vertretung durch das Hinzukommen der Repräsentation der Interessen. Nun ist aber auch nicht einmal das ständische Prinzip rein und vollständig durchgeführt, geschweige denn die Vertretung der Interessen oder Beschäftigungen. Die Vertreter des Standes der Bürger vertreten die Bürger nicht als solche, sondern zunächst nur insoweit dieselben Wähler sind; die kleineren Bürger, die das festgesetzte Steuerquantum nicht zahlen, die also nicht mit wählen dürften, sind nicht vertreten; wenigstens hängt es ganz und gar von dem guten Willen der Deputirten ab, ob sie das Interesse dieser nicht-wählenden Kleinbürger wahrnehmen wollen; die Deputirten dürfen sich aber des Vertrauens ihrer Wähler nicht unwürdig zeigen, dürfen also nicht diese reicheren Herrn benachtheiligen zu Gunsten der ärmern, von denen sie gar nicht gesandt sind; auch werden sie nicht gegen ihr eigenes Interesse handeln, da sie ja selbst zu den reichsten gehören. So fallen also nur Brosamen für die Kleinbürger ab. Gerade so ist's mit dem Bauernstande, nur die reicheren Mitglieder desselben werden wirklich vertreten, weil nur die reichern zur Wahl der Deputirten berechtigt sind. Viel schlimmer noch steht's mit den Beschäftigungen; Ackerbau, Gewerbe und Handel kommen da nothdürftig zur Vertretung; alles Uebrige ist auf's Stiefmütterliche behandelt oder ganz vernachlässigt. Der zahlreiche Lehrerstand, der höhere wie der niedere, ist nicht vertreten, oder er ist es zu einem kleinen Theilchen durch einen Universitätsdeputirten; denn durch die Kirchenobersten, den natürlichen Feind seiner Freiheit, ihn vertreten zu nennen, wäre Hohn. Im Interesse derjenigen, die aus der Schriftstellerei oder der schönen Kunst (Musik, Theater, Malerei, Bildhauerei) ein Gewerbe machen, wird Niemand in die Kammern gesendet; wenn zufällig ein Buchhändler hinein kommt, so wäre es wiederum Hohn, dieß eine Vertretung der Schriftsteller zu nennen. Eben so wenig ist das Interesse der Aerzte und Advokaten gewährt, sie existiren als solche nicht für die Kammern. Nun aber vollends die sogenannten Arbeiter, Tagelöhner, Dienstboten männlichen und weiblichen Geschlechts! Wenn ihre Herrn und Arbeitgeber oder vielmehr deren Deputirte sich um sie kümmern wollen, so steht ihnen das frei; wie sie es gethan haben, das mag die immer steigende Elendigkeit des Zustandes lehren, in welchen die zahlreiche Klasse der Nichtbesitzenden in den konstitutionellen Staaten geworfen ist.

Wie ehrlich war doch das Alterthum gegen unsre Zeit der Scheinheiligkeit, der gleißnerischen Humanität! Das Alterthum hatte eine Sclavenmasse, die ausdrücklich vom Staatsbürgerthum ausgeschlossen war, über welcher, als der unterdrückten Bevölkerungsschicht, die Freien als Mitglieder des Staats standen; jetzt sollen zwar alle Menschen, die den Boden des Staats bewohnen, dem Staate angehören; per euphemismum, d. h. um des guten Scheins willen werden sie alle Bürger genannt; aber wer nicht zu den Wohlhabenden gehört, wer nicht Wähler ist, der hat nichts im Staate zu sagen; der Staat der Wähler ist factisch sein Herr; von ihm muß er sich die Gesetze dictiren, die Lasten auflegen lassen; so ist er nicht frei, sondern in der That Sclave; nur nicht eines Einzelnen, sondern Sclave des Wählerstaats, der durch gemeinschaftliches Interesse verbundenen Wohlhabenden. Hiermit ist die Masse der Nichtbesitzenden zur natür-

Digitized by Google

lichen Feindin des konstitutionellen Staates gemacht; in der Halbheit seiner Vertretung liegt sein Verhängniß. Es wird aber nicht bloß die Halbheit der Vertretung, sondern das Princip der Vertretung überhaupt von der freien Gesellschaft negirt werden. Wenn besondre Rechte und individuelles Besitzthum nicht mehr zu wahren sind, wenn die großen Beschäftigungszweige frei und ungestört sich entwickeln und harmonisch, wie es der Zweck des Gemeinwohls verlangt, sich uns einander verbinden können, dann sind keine individuellen Interessen, Rechte und Besitzthum mehr zu vertreten; dann wird die Verwaltung der Gesammtinteressen der Gesellschaft (die Staatsverwaltung) die Herstellung und fortdauernde Festhaltung des richtigen Verhältnisses zwischen den einzelnen großen Beschäftigungszweigen, die sich für sich ganz selbstständig zu entwickeln haben; dann werden, wenn man das Wort Vertretung behalten will, die Personen nicht mehr vertreten, sondern die großen Interessen, und diese Vertretung ist eine Verwaltung oder Oberleitnng, ausgehend von Denjenigen, welche sich der Gesellschaft, oder einzelnen Bestandtheilen derselben in Betreff eines einzelnen Beschäftigungszweiges, als die tüchtigsten zur Verwaltung bewährt haben.

Wir wollen indeß hier nicht weiter die positiven Verhältnisse der freien Gesellschaft dem konstitutionellen Staat gegenüberhalten, die Kritik desselben ist noch auf einen Punkt zu führen, der bei Gelegenheit der unvollständigen Vertretung der Interessen schon berührt worden ist. Der konstitutionelle Staat will nämlich eine Reaktion gegen die Privilegien sein; wie Alles, was in ihm lebendig ist, von England abgesehen, aus der französischen Revolution datirt, so ist es hier die Gleichheit, welche er jener großen Bewegung entnommen und in gewisser Beziehung hat verwirklichen wollen; aber er ist kaum bis zu der Gleichheit vor dem Gesetz vorgerückt, zu der wahren gesellschaftlichen Gleichheit hat er sich nie erhoben. Gleichheit vor dem Gesetz! das ist ein Wort der Begeisterung für unsre Konstitutionellen, die nicht wissen, daß sie damit in der wirklichen Welt, auch da, wo sie nach ihrer Meinung hergestellt ist, nicht viel mehr erreichen, als das Christenthum mit der Gleichheit vor Gott. Vor Gott sind wir alle gleich; aber im Leben erdulden wir Ungerechtigkeiten; so sind wir auch alle gleich vor dem Gesetz; aber die vielen Bevorrechtungen, namentlich die Bevorrechtung im Besitz, machen diese Gleichheit zu einer Chimäre. Bei aller Gleichheit vor dem Gesetz wird der Arme übervortheilt und der Reiche gewinnt. Blieb auch nicht der, so lange es individuellen Besitz giebt, ganz unvermeidliche Einfluß des Reichthums auf die Verwaltung des Gerichtswesens *), so würde doch durch die Gleichheit vor dem Gesetz weiter nichts erreicht, als daß der Arme völlig nach denselben Rechtsnormen behandelt würde wie der Wohlhabende und mit völliger Unpartheilichkeit sein Urtheil empfinge, so wie daß er zu allen Funktionen im Staate und der Gesellschaft überhaupt, die nicht Privatrechte sind, ganz so wie der Wohlhabende Zutritt hätte. Allein Jedermann sieht, daß es nicht genug ist, zu sagen: Du kannst Bürger und Wähler sein, wie jeder Andere, wenn du die und die Summe Geldes erlegst, so oder so viel Steuern zahlst, du kannst Offizier, Bürgermeister, Minister werden wie jeder Andere, wenn du nur die und die Kenntnisse und Fertigkeiten mitbringst, du kannst Kaufmann werden, du kannst jedes Geschäft anfangen, das ein freies Gewerbe ist; es kommt bloß

*) Es ist gar nicht nöthig, daß dieser Einfluß sich als Bestechung zeigt, nein, er tritt in ganz ehrlicher Weise auf; ein Reicher kann z. B. einen viel besseren Advokaten sich werben, kann viel länger einen kostspieligen Prozeß führen als der Arme.

Digitized by Google

darauf an, daß du Geld haſt, um dich zu etabliren und Kenntniſſe und Geſchicklichkeit, um die Konkurrenz auszuhalten. Dieſe ſogenannte Gleichheit vor dem Geſetz klingt wie Hohn auf die wahre Gleichheit; denn wenn eben der Beſitz von Geld die Bedingung iſt zur Erlangung von Rechten, zur Möglichkeit eines Geſchäftsbetriebes, zur Anſchaffung von Kenntniſſen und Fertigkeiten: ſo iſt der Arme bei aller Gleichheit vor dem Geſetz auf immer ausgeſchloſſen von dieſem Allen, weil er das nöthige Geld nicht herbeiſchaffen kann. In dem Beſitz alſo ſteckt das wahre Privilegium, das wahre Vorrecht, vor welchem alle Gleichheit der Konſtitutionellen zu Schanden wird; mögen ſie deshalb von allen denkbaren Freiheiten und Gleichheiten deklamiren ſo viel ſie wollen, wir wiſſen, daß ſie damit nur in die Luft ſchlagen und lauter Halbheiten zum Vorſchein bringen, ſo lange ſie nicht auf das wahre allbeſtimmende Hemmniß der geſellſchaftlichen Gleichheit und damit der Freiheit zurückgehn. Was hat alle Aufhebung von Adels- und Zunftgerechtſamen, von Monopolen und Exemtionen geholfen? Nach wie vor kann nur ein kleiner Theil der Geſellſchaft wahrhaft menſchlich leben und ſeine menſchliche Beſtimmung, ſoweit das überhaupt die beſtehenden Zuſtände geſchehen laſſen, erfüllen; und auch dieſer kleine Theil mindert ſich von Tage zu Tage; das iſt bei allen konſtitutionellen Bemühungen herausgekommen. Weit entfernt, das einzelne Gute, das ſie gewirkt, und namentlich die politiſche Einſicht, die ſie gefördert haben, verkennen zu wollen, müſſen wir doch, auf das Ganze der Zuſtände blickend, urtheilen, daß der Erfolg über ſie gerichtet hat. Niemand wird die Stirn haben, zu behaupten, daß z. B. in Frankreich die konſtitutionelle Monarchie ſich nicht vollſtändig habe entwickeln können. Sie hat ſich entwickelt ohne alle Hemmung, und was iſt herausgekommen? Verderben und Fäulniß oben und unten, Verzweiflung überall. Klärt uns doch auf, ihr Konſtitutionellen, warum Eure Verfaſſung hier, wo ſie rein durchgeführt wurde, ſich nicht beſſer bewährt hat; warum die Verwaltung ein Deficit zeigt von mehr als 20 Millionen, und bei allen Declamationen von Volkswohlfahrt, von Friede und Ordnung und Freiheit, das Volk hungert und auf Emeuten ſinnt? Klärt uns das auf! wir bitten euch.

Republik oder konſtitutionelle Monarchie.

Die Republik iſt die vernünftigſte, die vollkommenſte Staatsform. Dennoch, ſo hoch wir die republikaniſche Form auch ſtellen, erklären wir uns im Augenblick für die konſtitutionelle Monarchie, weil der Sprung vom Abſolutismus zur Republik ein zu großer, zu gewaltiger, den ohne Hals- und Beinbruch zu machen einem bisher bevormundeten, aus den Feſſeln des Polizeiſtaates ſo eben entlaſſenen Volk unmöglich. Die Proklamirung der Republik in Deutſchland wäre ein Unglück, weil der Bürgerkrieg die Folge ſein würde, weil die Mehrheit des Volks, deſſen politiſche Erziehung jetzt erſt beginnt, ſich für die Republik nicht reif und nicht befähigt hält, die Republik nicht will. Dem ſo lange von Ariſtokratie und Bureaukratie gefeſſelten, am Gängelbande geleiteten, bevormundeten Volk, dem man vorpredigte, Ruhe iſt die erſte Bürgerpflicht, dem Vertrauen und wieder Vertrauen, Gehorſam und Glauben von Staats- und Kirchenlakaien als erſte Bürgertugend empfohlen wurden, fehlt es durchaus an politiſcher Bildung, hochherziger Bürgertugend, Gemeinſinn — die Grundpfeiler der Republik — die ſich anzuſchaffen den

Digitized by Google

Unterthanen des Polizeistaates unmöglich war. Das Volk hegt keine Sympathieen für die Republik. Die Republikaner, die Minderzahl, sind nicht berechtigt, der überwiegenden Majorität des Volks eine bessere, eine vollkommnere Staatsform aufzudringen. Einst wird die Zeit kommen, wo das Volk, nachdem es durch die konstitutionelle Form sich gekräftigt und erstarkt, nachdem es sich politisch ausgebildet, die Republik will, wo die konstitutionelle Monarchie unzureichend erscheint, wo die Republik unabweislich ist. So weit sind wir, die wir noch in den politischen Kinderschuhen umherlaufen, noch lange nicht. Es muß, was nicht Sache des Augenblicks, was nicht in wenigen Jahren zu erreichen ist, das Volk durch mündliche und öffentliche Rechtspflege, durch Geschwornengerichte, durch Oeffentlichkeit unsers Staats- und Gemeindelebens, durch Ausübung des Rechts sich zu versammeln, um sich über öffentliche Angelegenheiten zu verständigen, endlich durch die freie Presse, zu einem sich seiner Rechte wie seiner Pflichten gegen das Gemeinwesen bewußten, politisch und sozial gebildeten Volk erzogen und erhoben werden.

Dem bisher von einem absoluten Könige regierten Volke genügt die konstitutionelle Monarchie, welche die Massen des Volks, die sich jetzt ihrer Rechte und Pflichten erst bewußt werden, zu politischen Menschen heranbilden und erziehen wird. Je demokratischer, je republikanischer die Formen der konstitutionellen Monarchie, desto dauerhafter werden sie sein, desto weniger werden sie ein allgemeines Bedürfniß nach einer andern Staatsform aufkommen lassen.

Wo die konstitutionelle Monarchie in Deutschland bisher bestand, war sie mangelhaft, war sie keine Wahrheit, nur ein Schein, ein Schattenspiel. »Deutschland ist weit davon entfernt ein freies Land zu sein,« bemerkt ein Engländer. Es wird von größeren oder kleineren Souveränen eigenmächtig beherrscht — despotically ruled — und hat nur hie und da den Schein einer konstitutionellen Regierung — the mokery of representative government — wobei das Volk im Ganzen aller Macht entbehrt, seinen Zustand zu verbessern.« Wie die sehr mangelhafte Charte in Frankreich nie eine Wahrheit geworden, so die konstitutionell-monarchische Staatsform in Deutschland, wo die Kabinetspolitik und die Reaktion fortwährend einen heimlichen und öffentlichen Krieg gegen die Volksfreiheit, gegen die Konstitutionen führten. Die Konstitutionen selbst waren mit allerlei mittelalterlichen Lappen und Fetzen aufgeputzte Schein- und Schattenkonstitutionen, die diese oder jene Klasse der Gesellschaft berechtigten, das Recht des Volks nicht anerkannten, dessen Freiheit nicht schützten, eine freie Entwickelung nicht gestatteten. So mangelhafte Verfassungsurkunden, mittelalterliche Ruinen, etwas modern angestrichen, mußten sich als ziemlich werth- und bedeutungslos herausstellen. Eine konstitutionelle Verfassung, die dem Volke nicht einmal durch die freie Presse einen freien und unverkümmerten Gedankenaustausch sichert, die dem Volk nicht das Recht gewährt, sich zu versammeln, sich über seine Angelegenheiten zu berathen, sich zu vereinen, ohne Steuerbewilligungsrecht, die Volk und Gemeinden in der Bevormundung der Bureaukratie, der Guts- und Grundherren erhält, ist ein halbes Wesen, ein Mittelding.

Die konstitutionelle Staatsform hat dessenungeachtet die Sympathien des Volks für sich, weil sie unsern Zuständen und der Bildung des Volks am meisten zusagt. Eben aus den Banden des Absolutismus, aus den Fesseln der Büreaukratie erlöst, verlangt das Volk die konstitutionelle Monarchie, um unter dieser sich politisch weiter auszubilden.

Aber nur eine mit wahrhaft demokratischen Formen umgebene Monarchie wird dem einmal erwachten Volksgeiste genügen. Diese zu erlangen sei unser aller Ziel, das zu erreichen nur durch festes Zusammenhalten aller Freunde der Freiheit

Digitized by Google

möglich, da die Selbstsucht der Privilegirten, der Wahnsinn der Reaktion, — auf einen Theil der Aristokratie, auf das Junkerthum, und auf einen Theil der Bureaukratie sich stützend, versuchen werden, die königlichen Verheißungen und Entschließungen zu schmälern, die Freiheit zu untergraben, dem Volk wie bisher, sein gutes Recht zu rauben.

Als Musterbild einer konstitutionellen Monarchie empfiehlt sich Norwegen, wo alle Privilegien und Vorrechte aufgehoben, wo es keinen Adel und keine Adelskammer giebt, wo keine Grafschaften, Baronien oder Fideikommisse errichtet werden dürfen, wo das Volk vermittelst des Storthings, der aus zwei Abtheilungen, einem Lagthinge und einem Odelsthinge besteht, die gesetzgebende Gewalt ausübt. Das Storthing wählt aus seinen Mitgliedern ein Viertel in das Lagthing (in die erste Kammer); die übrigen drei Viertel bilden das Odelsthing.

Eine „Verfassung auf den breitesten Grundlagen", ein „volksthümliches Wahlgesetz — auf Urwahlen gegründet — alle Interessen des Volks ohne Unterschied des religiösen Glaubensbekenntnisses umfassend" ist uns verheißen. Wachen wir darüber, daß das Volk nicht wieder durch Junkerthum und Bureaukratie um königliche Verheißungen betrogen werde, daß die Verfassung auf breitester Grundlage eine Wahrheit werde, was freilich ohne eine Radikalreform unserer gesammten Gesetzgebung und Verwaltung nicht möglich. Eine Verfassung auf breitester Grundlage wird es sich vor Allem zur Aufgabe machen, das Prinzip der Selbstverwaltung in Stadt und Land, im Kreise und in der Provinz gleichmäßig und allgemeiner, ohne Bevorzugung des großen Grundbesitzes, in Anwendung zu bringen, die durch die Bureaukratie bisher geübte Bevormundung vernichten.

•

Der Ostseehandel, Schleswig-Holstein und das freie Polen.

Der Handel im Allgemeinen ist gedrückt, ganz besonders leidet der Ostseehandel bei den gegenwärtigen Verhältnissen. Wohl fühlen wir das Drückende seiner Lage, aber nicht geziemt es zu klagen und zu jammern, gegen eine entschiedene und energische Politik zu reklamiren. Ertragen wir das Unvermeidliche. Es kann der Beste nicht im Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Der Krieg ist ein roh gewaltsam Handwerk, nur als ein Akt der Nothwehr zu rechtfertigen. Er ist unvermeidlich und gerechtfertigt. In der Zeit des tiefsten Friedens, während die heilige Alliance der Kabinette die Völker knechtete, befehdeten Dänemark und Rußland den deutschen Ostseehandel. Vernunft, Recht und Billigkeit fanden weder in Kopenhagen noch in Petersburg Gehör. Unsere vieljährigen, gerechten Klagen abzuhelfen, zeigten weder Dänemark noch Rußland irgend Neigung. Schon im J. 1845 verkündete die Preuß. Allg. Ztg. (Nr. 39) in Bezug auf den Sundzoll, „daß Dänemark in dieser Sache nicht den Forderungen einer aufgeklärten, vorausschtigen Politik, sondern nur der **zwingenden Kraft äußerer Zustände** und thatsächlicher Schwierigkeiten nachzugeben geneigt sei". Es bleibt nichts übrig als an die Gewalt zu appelliren, durch Kanonen und Bajonette dem Auslande unser gutes Recht und den ernstlichen Willen es geltend zu machen, zu beweisen. Wohl lastet der Druck der Zeit schwer auf dem Ostseehandel. Dafür aber wird er, muß er frei werden von einem drückenden Barbarenskentribut, frei werden von den Fesseln und Beschränkungen, die ihm die feindselige, unsern Langmuth schmählich mißbrauchende Handelspolitik des Peters-

Digitized by Google

burger Kabinets anlegte. Der Sundzoll und die tractatenwidrige russisch-polnische Grenzsperre müssen fallen. Lange genug ist uns der Handschuh ins Gesicht geworfen, ermannen wir uns endlich, nehmen wir ihn auf, um unser gutes Recht mit dem Schwerte zu erkaufen, um die Barbaren [nach Asien zurückzuweisen. Dänemark hat sich der Ablösung des ebenfalls völkerechtswidrigen Sundzolls nicht geneigt gezeigt, jetzt wird es ihn ohne Entschädigung verlieren.

Wir haben wiederholt in den Tagen der Ruhe und des Friedes darauf hingewiesen, wie die preußischen Ostseeplätze die großen Handelsemporien, die natürlichen Vermittler des Aus- und Einfuhrhandels des hinterliegenden Binnenlandes bis zu den Karpathen, wie die feindselige russische Politik durch die russisch-polnische Grenzsperre die natürlichen Handelsstraßen den preußischen Ostseeplätzen versperrte, wie diese russisch-polnische Grenzsperre den Flor des Handels unserer Seestädte vernichtet, unserer Industrie den weiten und großen Markt des Binnenlandes verschlossen, wie die feindselige russische Politik Handel, Industrie und Wohlstand der preuß. Ostseeprovinzen ruinirt hat. Wir haben nachgewiesen, daß diese feindselige Politik eine traktaten- und völkerrechtswidrige, denn durch die völkerrechtlichen Wiener Traktate ist den ehemals polnischen Provinzen „im Namen der allerheiligsten Dreieinigkeit" nicht nur Erhaltung ihrer Nationalität, eine eigenthümliche und selbstständige Verfassung, sondern auch freier Verkehr unter einander gegen höchstens 10 % Eingangszoll zugesichert. Die „im Namen der allerheiligsten Dreieinigkeit" geschlossenen Traktate sind von Rußland verletzt, darum, im Namen der Freiheit, im Namen des Rechts: Krieg den wortbrüchigen Barbaren!

Unser Handel, unsere Industrie verlangen Wiederherstellung eines freien und selbstständigen Polens. Durch seine geographische Lage ist Polen auf Preußen, auf Deutschland hingewiesen, ist Polen unser Freund, unser natürlicher Bundesgenoß. Wenn Polen als ein freies und selbstständiges Reich in die Reihe der Völker wieder eingetreten ist, dann und nur dann, wann Polen frei und selbstständig geworden, wird der Handel unserer Seestädte zu neuer nie geahnter Blüthe sich entfalten, dann wird unsere und des gesammten Deutschlands Industrie auf Polens weitem großen Markt neue Absatzwege finden; sie wird durch freien Austausch, durch freien Handel mit Polen mächtiger und dauernder erblühen als durch Schutzzollkünsteleien.

Nicht nur unser Vortheil, nicht nur eine kluge und umsichtige Politik erfordern Polens Befreiung vom russischen Joche, Polens Wiederherstellung als Damm gegen den vom Osten herandringenden Asiatismus, — auch die Gerechtigkeit fordert, daß die Schmach, welche die Kabinetspolitik durch die unglückliche, durch nichts gerechtfertigte Theilung Polens den Völkern aufgeladen, endlich gesühnt werde. Wenn Deutschland für die Befreiung Polens vom asiatischen Druck sich erhebt, so zahlt es den Polen, die einst unter ihrem heldenmüthigen Könige Johann Sobiesky Wien und Deutschland von türkischen Horden befreiten, nur eine alte, längst verfallene Schuld. Diese endlich abzutragen hat Deutschland, hat namentlich Preußen, eine besondere Verpflichtung, damit das himmelschreiende Unrecht, das bei der Theilung Polens begangen, gesühnt werde. Noch ist unvergessen, daß Polen untergegangen durch die wetterwendische, hinterlistige, wortbrüchige Politik des damaligen reaktionären preußischen Ministeriums. Preußen und Polen schlossen ein Schutz- und Trutzbündniß, mit herzlicher Zustimmung begrüßte Preußen als Polens Verbündeter die polnische Konstitution von 1791. Treulos ändert es plötzlich seine Politik; preußische Truppen dringen 1793 unerwartet in Polen ein, die Verbreitung französischer Grundsätze (!) hieß es, mache es nöthig, Polen in engere Grenzen einzuschließen. Allem Völkerrecht zum Hohn, ohne einen Schein

Digitized by Google

des Rechts begann die zweite Theilung Polens, mit beispielloser Gewalt durchgeführt. Sühnen wir die alte Schuld durch unsere Erhebung für Polens Befreiung.

Männer und Waffen gen Osten! Hier der Allen gemeinsame Feind der Kultur und Civilisation. Nicht an der Eider droht der Freiheit und der deutschen Grenze große Gefahr. Dort, in Schleswig-Holstein werden der Holsten kühner Stamm, werden der alten freiheitsstolzen Sachsen kräftige Nachkommen, die Söhne der freiheitsstolzen Friesen, der ruhmreichen Dithmarschen, die nie einen Adel unter sich aufkommen ließen, die deutsche Grenze zu schützen wissen. Im Osten droht Gefahr; dort, auf Polens Gefilden wird Schleswig-Holsteins, wird Europas Geschick, wird die Frage, ob Deutschland frei bleiben, ob es kosackisch werden soll, in letzter Instanz entschieden werden.

Der Krieg ist unvermeidlich, ein heiliger Krieg, der Kreuzzug freier Völker gegen die Barbaren des Ostens, gegen das Bollwerk, gegen den Hauptsitz des Europa inficirenden Despotismus. Wie Hunnen und Mongolen, so müssen heute wieder Asiens Horden in ihre Heimath, nach Asien zurückgewiesen werden, damit Europa frei, Kultur und Civilisation erhalten bleibe, damit, nachdem die Kabinetspolitik gestürzt, der Völkerfriede wiederkehre, damit der die Völker ausmergelnde bewaffnete Friede einer allgemeinen Entwaffnung weiche, damit Europas Völker, nachdem das letzte Bollwerk des Despotismus gestürzt ist, der Segnungen der Freiheit und des Friedens sich erfreuen, sie genießen können. — Auf! zum entscheidenden Weltkampf, zum heiligen Kriege, zum Kreuzzuge für die Freiheit! Auf, gegen die Kosaken!

Der Vereinigte Landtag und das Wahlgesetz.

Unsere Erwartungen sind sehr gering. Was läßt sich von einer so komponirten Ständeversammlung, von den zehnjährigen Grundbesitzern, von den Abgeordneten der Ritter, der Bürger und der Bauern erwarten? Wir versuchten im Januarheft eine Schilderung des auf dem vereinigten Landtage dominirenden gemäßigten Liberalismus. Wir sagten am Schluß: „Der Liberalismus hat jetzt zu Hause Zeit über die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen nachzudenken. Möge er sich vor Allem die Aufgabe der Zeit klar machen, damit er, wenn er wieder nach Berlin befohlen wird, die Interessen der gesammten Nation zu vertreten befähigt ist.“ Wird das in so kurzer Zeit geschehen sein?“ Werden die Donner der Freiheit nicht den gemäßigten, besonnenen Liberalismus, die Mehrzahl der Ritter, Bürger und Bauern so erschreckt haben, daß sie Beschränkungen und Fesselung der jungen Freiheit so viel als möglich für nothwendig halten? Der Vereinigte Landtag hat unter seinen Mitgliedern eine große Zahl von guten, braven, wohlmeinenden Leuten, die aber von den Aufgaben und Forderungen der Zeit keinen Begriff, die, um der befürchteten Anarchie vorzubeugen, die junge Freiheit zu fesseln, einzudämmen sich bemühen werden. Eine schauderhafte Krankheit grassirt unter der Bourgeoisie, unter den besitzenden Philistern, eine jämmerliche Freiheitsangst.

Wir haben kein Vertrauen zu einem so mittelalterlich komponirten Landtag, in dem die Vertreter des priviligirten Grundbesitzes, das Uebergewicht und die Entscheidung in Händen haben. Darf man von Privilegirten, von den Vertretern einzelner Stände, von Ritter, Bürgern und Bauern so viel Hochherzigkeit, so viel Selbstüberwindung verlangen, daß sie sich selbst, ihren Privilegien den Tod geben

Digitized by Google

sollten? Werden sie das Prinzip, daß sie ins Leben rief, dem sie ihr Dasein verdanken, mit Stumpf und Stiel ausrotten wollen? Was soll denn da ein bekanntes Mitglied aus Westphalen, Herr von Vincke, den der politische Unverstand deutscher Philister zu den Liberalen zählt, was sollen andere Verehrer des Ständestaats mit ihrer Standesehre anfangen? Werden sie nicht wenigstens im Wahlgesetz den Grundbesitz in seinem Vorrecht zu erhalten suchen? Wird nicht das Junkerthum, das in der Versammlung so zahlreich vertreten ist, seine Privilegien zu konserviren sich bemühen, der gleichen Berechtigung sich wie bisher, entschieden entgegenstämmen? Wird nicht das, was eine so sonderbar, so mangelhaft zusammengesetzte, die öffentliche Meinung und die Intelligenz der Nation durchaus nicht repräsentirende Versammlung beschließt, dem Könige als Ausdruck der öffentlichen Meinung der Nation vorgelegt und als solcher von diesem angenommen und wenn der Zusammentritt des Ver. Landtags der allgemeine Wunsch auch so angesehen werden müssen. Die Privilegirten, die zehnjährigen Grundbesitzer können eine Reaktion gegen die königlichen Verheißungen, weil diese zu weit gehend, als Ausdruck der öffentlichen Meinung beantragen!!

Man sagt, der Zusammentritt des Verein. Landtags sei nothwendig, das Wahlgesetz formell zu legalisiren, wozu nur er formell berechtigt. Im Gegentheil: die Mitglieder der Ver. Landtags sind nicht formell berechtigt, denn sie sind der Mehrzahl nach nur gewählt als Abgeordnete für „Provinzialstände im Geiste der älteren deutschen Verfassung" die das „Organ der verschiedenen Stände in jeder Provinz" also nicht Organ des Volks. Sie sind nicht für einen Ver. Landtag gewählt und von ihren Wählern für diesen nicht mit einem Mandat versehen; nur durch einen königlichen Befehl sind sie geworden, was sie sind, der königliche Befehl ist ihre einzige Vollmacht zu diesem Akt. Die Abgeordneten der Stände des absoluten Königsthums sind nicht kompetent über ein auf breitester Grundlage ruhendes Wahlgesetz für das konstitutionelle Königthum im Namen des Volks zu beschließen, weshalb eine Imkompetenzerklärung gerechtfertigt, damit eine wahre Volksvertretung zur Berathung des Wahlgesetzes berufen werde.

Aristokratisch-bureaukratische Umtriebe.

Ein Theil der Aristokratie, das Junkerthum, eigentlich nur ein Schwanz der wahren Aristokratie, ein Theil der Beamten und der Geistlichkeit, so wie des Heeres sind der neuen Ordnung der Dinge entschieden abgeneigt, durchaus reaktionär gesinnt. Einzelne zeigen sich sogar bereit, Faktionen hervorzurufen, Unzufriedenheit zu verbreiten, das Volk aufzuwiegeln. Auffallend ist die Mißstimmung, der Widerwille der Soldaten gegen die dreifarbige Kokarde, deren Bedeutung sie nicht begreifen, von der ihnen eingeredet, daß sie revolutionär, republikanisch, oder wohl gar französisch, deren Bedeutung den Soldaten zu erklären niemand Muße zu finden scheint, wiewohl es sonst nicht an Instruktionen fehlt. — Einige verkümmerte Landjunker suchen Faktionen zu bilden, sogar Staatsbeamte mißbrauchen ihren Einfluß, um Demonstrationen für den absoluten König hervorzurufen, Demonstrationen, die in der konstitutionellen Monarchie nicht nur illoyal sondern im allgemeinen gefährlich und durchaus verwerflich. Einige Landräthe, Kreissekretäre sind durch dergleichen Umtriebe stark kompromittirt. Es führt uns das auf die Nothwendigkeit einer sofortigen Radikalreform des Instituts der Landräthe, die bisher aus privilegirten Grundbesitzern durch privilegirte Grundbesitzer gewählt, häufig nur Vertreter und Wahrer der Rechte ihrer Standesgenossen, durchaus nicht dem Gemeinwesen, den Gesammtinteressen des Kreises dienten.

Digitized by Google

Wir hoffen, daß die verantwortlichen Minister eines konstitutionellen Königs dergleichen Umtriebe gegen das konstitutionelle Königthum für den absoluten Herrscher nicht dulden werden. Wir finden es unmöglich, daß Minister mit Staatsbeamten, welche offene Feinde der neuen Ordnung, entschiedene Gegner der konstitutionellen Monarchie, die dessen kein Hehl haben und ihren Widerwillen gegen die gegenwärtige Staatsform in Konditoreien offen aussprechen, daß Minister mit solchen Beamten wahrhaft konstitutionell regieren können. Wir verlangen von den Dienern und Anhängern des bisherigen Systems keinen Prinzipienwechsel, wir verlangen von den Verehrern des Absolutismus, des Polizei- und Ständestaats nicht, daß sie ihre Gesinnung wie ein Kleidungsstück wechseln sollen, aber wir erwarten von ihnen, daß sie aus dem Staatsdienste ausscheiden, daß diejenigen, die in ihrem Innern dem Absolutismus huldigen, sich nicht als konstitutionelle Staatsbeamte vom Volke besolden lassen werden, daß sie aus dem Dienst der konstitutionellen Monarchie, der sie nicht mit Überzeugung, treu und eifrig dienen können, freiwillig ausscheiden. Wir erwarten, daß viele, namentlich höhere Beamte, die mit besonderer Vorliebe dem gestürzten System huldigten, diesen Ausweg wählen, freiwillig ausscheiden werden, damit sie nicht um Lohn, um der Besoldung willen Prinzipien dienen und zur Anerkennung im Leben bringen, die nicht die ihrigen, die sie bisher bekämpft: Wir halten dafür, daß Staatsbeamte, sollen sie sich in der Achtung des Volks erhalten, nicht zu Dienern einer jeden Verwaltung, die sie bezahlt, sich herabwürdigen dürfen. Wir sind der Meinung, daß viele, viele höhere Staatsbeamte, in den Ministerien, in den Provinzialbehörden, als entschiedene Anhänger des gestürzten Systems bei den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich geworden.

Sollen wir der Verwaltung und den Beamten vertrauen, so müssen wir voraussetzen können, daß die Beamten wahrhaft konstitutionell gesinnt, was wir gegenwärtig durchaus nicht und so lange nicht annehmen können, bis die zahlreichen Verehrer des ancien regime und die Invaliden aus der Verwaltung ausgetreten.

Endlich wäre eine schleunige und gründliche Belehrung des Militärs über Aufgabe und Bestimmung desselben sehr wünschenswerth, denn, wie so viele wähnen, kann die Beschützung des Königs gegen die Berliner nicht Bestimmung und Zweck des Militärs sein, da es dazu einer so großen und kostspieligen Maschinerie denn doch wahrlich nicht bedarf.

Der politische Standpunkt Hinterpommerns.

Die neusten Ereignisse haben nicht nur das Gute, daß sie Tausende von Bewohnern des preuß. Staats aus ihrer politischen Indifferenz herausrütteln und uns schon darum einen tüchtigen Schritt auf der Bahn der Völkerentwickelung vorwärts bringen; sondern sie haben auch den Vortheil, daß durch sie der Standpunkt, den einzelne Theile Preußens in dem politischen Bewußtsein der Völker einnehmen, in ein gehöriges Licht gesetzt wird. — Hinterpommern leidet nur an zwei Hauptübeln, die alles politische Bewußtsein niederdrücken, nämlich an einer ächt feudalistischen Adelsaristokratie und an einer jesuitisch-pietistischen Richtung eines sehr großen Theiles seiner Geistlichkeit; und wir haben hier daher eigentlich vier Hauptelemente der Bevölkerung, den Adel und zwar vorzugsweise

Digitized by Google

den Landadel, die Geistlichkeit, die Bürger der Städte, und die Bauern und geringeren Landleute.

Der Adel ist in Hinterpommern so höchst einseitig in seiner Bildung, so tief noch versunken in seinen Standesvorurtheilen und so unfähig sich zu einer höheren Anschauung der Lebensverhältnisse zu erheben, daß er darin selbst von dem westphälischen Adel kaum übertroffen werden dürfte. Einen Thadden konnte nur der Hinterpommersche Adel zu seinem Vertreter auf dem Landtage wählen, und Aufforderungen, wie die des Herrn v. Wolden aus dem Belgardschen, Addressen, wie die der Stolper Landadligen und der adligen Herren des Regenwalder Kreises können nur unter Leuten solcher Art zu Stande kommen. — Selbst der Heros des Hinterpommerschen Adels, der Mann, der europäische Berühmtheit sehr dictatorisch für sich in Anspruch nimmt, der Herr v. Bülow-Cummerow, zeigt in Flugzetteln, die er geschäftig über sein liebes Hinterpommern ausstreut, eine politische Unreife und Geschichtsunkenntniß, die uns wirklich an v. Bülow-Cummerow irre machen könnte, müßte man nicht annehmen, daß die ungeheure Angst über den hereinbrechenden Todestag der so unantastbar gehaltenen Adelsprärogative und des bevorstehenden Aderlasses des Geldbeutels ihm etwas den Kopf verwirrt habe, so daß er sich sogar nicht entblödet, öffentlich mit seiner Wahrheitsliebe und seinen Ermahnungen gegen den König und die Exminister zu kokettiren. Man sollte es in unserem Jahrhunderte nicht glauben, aber es ist wahr, daß deutscher Adel so von der Furcht vor der erlangten Mündigkeit des Volkes durchschauert ist, daß er jetzt in Rußland den politischen Messias sieht; ist dies doch in Hinterpommern ausgesprochen worden. Ja in der Welt ist nichts unmöglich. — Nun am hinterpommerschen Adel liegt es wahrhaftig nicht, wenn wir keinen blutigen Bürgerkrieg bekommen, der am Ende selbst den Königsthron in die Luft sprengte; seine Addressen und Aufforderungen an Gleichgesinnte tragen nicht wenig dazu bei den Samen des Mißtrauens und der Zwietracht in das Volk zu streuen.

Die Geistlichkeit steht mit ehrenwerthen Ausnahmen, die dem Frömmlerorden des ancien régime nicht angehörten, wie angedonnert vor den Begebnissen der Märztage da. Das haben die klugen Väter der evangelischen Gesellschaft Jesu nicht erwartet, daß das Volk dennoch die Spinnengewebe zerreißen würde, die sie so emsig um den Geist zu weben sich mühten. Sie schlagen ein großes Kreuz und möchten gewiß gern bei einem adlichen Kreuzzuge gegen das Volk das Kreuz vorantragen, Vernichtung aller liberalen Ideen predigen. Gott sei Dank, schließt ihnen jetzt die Furcht den Mund, und sie sind einstweilen froh, wenn das Volk ihrem Wunsche nachgebend, sie in ihrer Dunkelheit verharren läßt. — In Regenwalde hat die Illumination zur Feier der deutschen Volkserhebung ein treffendes Beispiel dazu geliefert. Die Städte Hinterpommerns allein sind die Träger der Intelligenz, und selbst die kleineren begreifen wenigstens einigermaßen das, was die Zeit will; selbst die Beamten treten aus ihrer büreaukratischen Abgeschlossenheit heraus, und denen die Flügel, wie der jahrelang im Bauer verschlossen gewesene und urplötzlich in Freiheit gesetzte Canarienvogel, nur können es die Meisten noch nicht viel weiter als zum Flattern bringen. Aber mehr als irgendwo findet man in Hinterpommern noch solche guten Spießbürger, die, wie ehemals der Oestreicher, alles halters gerne beim Alten lassen möchten, weil sie fürchten, sie möchten in ihren fast angeborenen Schlafmützen und Schlafpantoffeln nicht Schritt mit dem Fortschritte der Zeit halten können. Wenn wir hörten, daß in Belgard den Hunden schwarz-roth-goldene Bänder umgebunden sein sollen, weil einige Reisende mit solchen Kokarden die Stadt betreten hatten, so zuckt der Vernünftige natürlich nur mitleidig die Achsel; wenn wir aber die wirklich geistlose Indifferenz

Digitized by Google

erblicken, mit der so viele tüchtig sein wollende Bürger die Lebensfrage der Völker vor ihren Augen zur Entwickelung kommen sehen, und die wir nirgend wo anders als in Hinterpommern so großartig wieder auffinden, so kann man sich einer recht innigen Trauer nicht erwehren.

Der Bauernstand, der ärmere Landmann ist durch den Adelsdespotismus und das Pfaffenregiment in einer geistigen Verdummtheit erhalten, in welcher er selbst seinen Klassengenossen in Westpreußen und dem Posenschen bei weitem nachsteht. Eine Art geistiger Trägheit kann man dem Pommer so schon nicht wegleugnen, aber hier vorzugsweise ist diese Moosart so recht aus Vorliebe von den Höherstehenden cultivirt worden. — Der Kern des Volkes ist recht gut und es bedarf nur eines rechten Anstoßes, tüchtiger Leitung zur politischen Weiterbildung um ein recht kräftiges politisches Bewußtsein zu einem üppigen Leben zu erwecken. — Woher aber soll der Anstoß kommen? Die Presse Hinterpommerns, besonders was die wohlfeilen auch in den Bauerstuben gelesenen Volksblätter betrifft, ist in der kläglichsten Verfassung. Außer dem Cösliner Volksblatte, welches indeß wenig Verbreitung hat, und bis jetzt auch nur selten ein ärmliches Scherflein zur Volksbildung beitrug, sind uns fast gar keine Volksblätter bekannt, denn die Kreisblätter mit ihren Polizeiverfügungen und Heringsannoncen wird man doch nicht so nennen wollen; der meist adlige Gutsbesitzer würde durch eine Aufklärung seiner Gutsangesessenen sich selbst ins Gesicht schlagen und die Geistlichkeit geht zum Theil Hand in Hand mit jenem. Und doch ist hier die politische Fortbildung durchaus nothwendig, denn sonst bricht hier grade über kurz oder lang ein Feuer aus, welches alles Bestehende mit rasender Gefräßigkeit verzehren wird. Es dürfte denn hier leicht das Wort: Jedoch das Schrecklichste der Schrecken, das ist der Mensch in seinem Wahn" zur schauderhaften Erfüllung werden. — Ich las heute erst einen Brief eines Landwirthes aus der Stargarder Gegend, in welchem mit Bangen dieser schon gährenden Stimmung der unteren Volksklassen gedacht wird, und wer das Verfahren der hiesigen größeren Grundbesitzer, besonders derer vom Adel *) mit ruhigem vorurtheilsfreiem Auge betrachtet, der muß solchen Ausbruch der Wuth des bisher so geknechteten Volkes als unvermeidlich betrachten, wenn dies Verfahren noch lange fortdauert.

Drum Ihr Herren vom Adel, begreift endlich einmal das Leben und die Geschichte, verlaßt endlich einmal Eure eingebildete Abgeschlossenheit freiwillig, ehe man Euch dazu zwingt; denn dies geschieht gewiß, es muß geschehen! Seid ferner nicht blos Edelleute, jetzt das wenigste was ein Mensch sein kann, sondern seid Bürger, vernünftige Staatsbürger und schließt Euch an Eure Mitbürger an. Führer des Volks könnt Ihr nicht mehr sein, denn diesen Ehrenposten habt Ihr durch Eure unselige Verblendung schon verwirkt. — Ihr Geistlichen, werdet wieder, wozu Euch Christus ernannt, Lehrer und Bildner des Volks, und nicht despotische Oberhirten, denn die Zeit der Schaafheerden ist vorüber! — Ihr Bürger haltet zusammen, weicht und wankt nicht auf dem Wege des fortschreitenden Volksbewußtsein. Ihr Bauern und Besitzlosen aber, Ihr die Ihr

*) Anm. d. Red. Nach anderen Mittheilungen nach Versicherungen bürgerlicher Gutsbesitzer steht die Mehrzahl der bürgerlichen Rittergutsbesitzer Hinterpommerns nicht höher als der größte Theil der adlichen, ja nach den Andeutungen in früheren Heften sind die bürgerlichen Gutsbesitzer noch indifferenter, noch indolenter als die adligen und zum Theil ganz ungebildete Menschen, dennoch aber Patrimonial- und Polizeigerichtsherrn. Daß es unter adligen und bürgerlichen Gutsbesitzern auch human gesinnte, freidenkende Männer giebt, die ihre Zeit erkennen, versteht sich von selbst. Die freisinnigsten unter Pommerns Abgeordneten gehören ja dem Adel an.

Digitized by Google

mit den Bürgern die Grundsäulen des Staatsgebäudes bildet, schließt Euch fest an die muthigen Bürgerherzen der Städte an, suchet Belehrung bei den Besseren des deutschen Volkes, haltet fest an der Ordnung und verwerft alle Aufreizungen, die Euren gesunden Sinn zu phantastischen Träumereien verführen, Euch aufstacheln wollen zu übertriebenen Wünschen und Forderungen, oder Mistrauen säen wollen zwischen Euch und Euren Mitbrüdern. Schaart Euch dicht um den konstitutionellen Thron unsers Königs, sprecht laut und kräftig aber ruhig und in den Schranken der Ordnung Eure Bedürfnisse aus, und glaubt, Eure Worte werden und müssen gehört werden, Ihr müsset und werdet eine Stimme bei der Berathung Eurer Angelegenheiten erhalten und eine bessere Zukunft wird dann den augenblicklichen Wirren der Gegenwart entsteigen, denn Recht muß doch Recht bleiben.

Dr. Kretschmer.

Berücksichtigung der Familienväter und selbstständigen Gewerbtreibenden bei Einberufung der Landwehr.

Der Krieg ist ein Übel, dem bisweilen nicht auszuweichen, das mitunter unvermeidlich ist. So im gegenwärtigen Augenblick und wenn er eine Nothwendigkeit und unvermeidlich ist, dann nicht lange besonnen, dann rasch und entschlossen zur That. Handel und Industrie werden freilich leiden, aber durch Hinzögern einer unvermeidlichen Sache wird nichts gebessert. Wir verhehlen uns keineswegs, daß der Krieg unsägliches Elend mit sich führen wird, aber wir sehen keinen Ausweg, da vieljähriger Druck, Mißachtung alles Rechts so viel Zündstoff gehäuft, daß eine friedliche Lösung unmöglich scheint. — Nicht der Handel allein ist gelähmt; bis in die kleinsten Geschäfte erstreckt sich die Störung und ein Aufgebot der Landwehr wird das Übel noch vermehren, Viele werden ihrem Erwerbe, ihrer Familie entrissen. Wir erwarten, wir vertrauen, daß die Militärbehörden bei Einzelnen, bei Familienvätern, Gewerbtreibenden billige Rücksichten eintreten lassen werden, damit nicht durch das Aufgebot, durch das sofortige und frühzeitige Einziehen von Gewerbtreibenden, von Familienvätern, während andere zu Hause bleiben, deren Geschäfte ruinirt, fleißige Familien ohne Noth an den Bettelstab gebracht werden. Ein Tischlermeister, der ein Paar Gesellen und Lehrlinge beschäftigt, kauft im Winter Holz gegen terminweise Zahlung. Er ist der Artillerie landwehrpflichtig. Obgleich er schon im 11. Jahre dient, erhält er am Sonntag, nachdem er 8 Tage vorher auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, Marschordre zum Mittwoch, weil er unglücklicherweise ein Avancirter ist, woran es fehlt. Seine Gesellen sind entlassen, sie müssen wandern, seine Lehrlinge sind brodlos, denn kein Meister will sie in diesem Augenblick, die angefangene Arbeit muß unvollendet liegen bleiben. Was aber macht der Tischlermeister mit seiner Familie, die er bei gedrücktem Geschäft eben nur ernährte? Wer treibt seine ausstehenden Forderungen ein und wer bezahlt sie ihm? Was macht er mit seinem angekauften Holzvorrath und ist er zur Zahlung, da der Kauf unter ganz andern Bedingungen und Voraussetzungen geschlossen wurde, verpflichtet? —

So trefflich unser Landwehrinstitut auch sein mag, so drückend wird es in solchen Fällen für Einzelne. Geschickte, thätige, fleißige Menschen werden ihrem Gewerbe und ihrer Familie entrissen, sie werden, wenn nicht billige Rücksichten genommen werden, ruinirt, der Wohlstand vieler Familien wird untergraben. Das

Digitized by Google

aber können wir wohl mit Recht verlangen, daß die jüngere Generation, die Entbehrlicheren, ohne eigenes Gewerbe, ohne Familie zuerst zu den Waffen gerufen werden, daß nicht mehr ganz junge Familienväter, die ein selbstständiges Gewerbe in einem gewissen Umfange treiben, nicht zuerst, wo die Mehrzahl noch zu Hause bleiben darf, ihren Familien entrissen werde. Jetzt, so lange noch kein allgemeines Aufgebot der Landwehr erfolgt ist, ist ein Herausreißen Einzelner aus ihrem Erwerbe offenbar eine Ungerechtigkeit gegen den Einzelnen und wer entschädigt den Einzelnen für die aus so plötzlicher Einberufung entstehenden Verluste? Wenn die Militärbehörden Einzelne ihrem Berufe, ihrem Erwerbe, ihren Familien entreißen können, während Tausende wehrpflichtiger Menschen, die entbehrt werden können, nicht einberufen werden, dann ist der Bürger Wohl und Wehe in die Hände der Militärbehörden gelegt. So lange kein allgemeines Aufgebot der Landwehr erfolgt, erwarten und verlangen wir, daß die Militärbehörden den einzelnen Bürgern, gewerbtreibenden Familienvätern Zeit lassen, ihre Geschäfte zu ordnen. So lange keine allgemeine Einberufung angeordnet, verlangen wir, daß die Behörden bei der Einziehung Einzelner mit Vorsicht und Umsicht, mit Beachtung der bürgerlichen Verhältnisse verfahren.

Berichte.

†† **Stargard**, den 28. März.

Pommern wird nicht selten die preußische Vendée genannt, weil diese Provinz sich durch besondere Anhänglichkeit an das Königshaus sowie durch konservative Gesinnung auf dem politischen und kirchlichen Gebiete bemerkbar gemacht haben soll. Nach den unglücklichen Schlachten von Jena und Auerstädt verzagte allerdings unsere Provinz nicht, die heldenmüthige Vertheidigung Colbergs so wie der Heldenmuth des aus Pommern gebildeten Schillschen Freikorps bewiesen, daß man die Sache des Königs und des Vaterlandes bis aufs äußerste vertheidigen wollte. Eine gleiche Gesinnung bewies Pommern in den Jahren 1813, 14 u. 15, noch in der letzten Schlacht bei Belle Alliance trugen unsere Landsleute wesentlich zur Entscheidung des Tages bei. Während darauf unter der Regierung des vorigen Königs aus anderen Provinzen Preußens Petitionen und Addressen abgingen, um die Erfüllung jener im Unglücke gegebenen Versprechungen zu erreichen, die eine landständische Verfassung in Aussicht stellten, schwieg Pommern, und sein Schweigen galt als eine Folge seiner royalistischen Gesinnung. Nur auf dem kirchlichen Gebiete zeigten sich einige Gegenden der Provinz bereit, gegen die Einführung der Union rücksichtslos anzukämpfen und nach Kräften die frühere konfessionelle Scheidung der lutherischen und reformirten Kirche aufrecht zu erhalten. Dieser Unionsstreit hat sich bekanntlich bis jetzt fortgesetzt und im vorigen Jahre zur Bildung mehrerer altlutherischen Gemeinden geführt. Seit dem Jahre 1840 jedoch fing es auch in politischer Hinsicht in unserer Provinz zu tagen an. Auf den pommerschen Landtagen bildete sich unter der Führung des Grafen Schwerin eine Fraction von Männern, die auf dem politischen und kirchlichen Boden den Fortschritt erstrebte und in der Hauptstadt der Provinz hielten es Magistrat und Stadtverordnete endlich für ihre Pflicht, durch Petitionen bekannten Inhalts im Jahre 1846 ein Zeugniß ihrer Gesinnung abzulegen. Da trat der erste preußische Landtag zusammen, man war gespannt, wie Pommern seine angeblich royalistischen Gesinnungen bethätigen würde. Als Hauptvertreter dieser Richtung galt v. Thadden-Trieglaff, aber Jeder weiß, wie er seine Kommittenten, die Anhänger des konservativen Standpunktes vertreten hat. Man lachte ihn aus und jemehr er sich echauffirte, um sich und sein Prinzip bemerkbar zu machen, je mehr erregte er das unauslöschliche Gelächter der Versammlung; er galt für den Don Quixote des Landtags. Schwerin trat an die Spitze der Pommerschen Abgeordneten, seine ständische Wirksamkeit erfreute sich in der Provinz im Allgemeinen einer

Digitized by Google

großen Anerkennung, wenngleich seine Vermittelungsversuche nicht ohne Mißtrauen betrachtet wurden. Das für die Fürsten Europas so verhängnißvolle Jahr 1848 begann. Vom Süden Europas zog ein Ungewitter furchtbar für die Fürsten und segensreich für die Völker herauf, die Posaune des Gerichts verkündigte mit schrecklichem Tone den Anhängern der Reaktion ihr Urtheil, sie flohen oder versprachen ihre gänzliche Bekehrung. „Heut lebst du, heut bekehre dich, eh morgen kommt, kann's ändern sich" war der Text, über welchen die Völker Deutschlands zu ihren Fürsten sprachen und das Lied, „das Volk steht auf der Sturm bricht los" die Losung, mit welcher jene Bußpredigt in verschiedenen Variationen begleitet wurde. Auch unser König erkannte, wenn auch zu spät die Aufgabe der Zeit und des Augenblicks, er reichte seinem Volke die Hand, er gewährte was nothwendig war. Das morsche Gebäude des Militär- und Beamtenstaates wurde in seinen Grundsäulen erschüttert, aber der Schutt des alten Gebäudes ist noch nicht bei Seite geschafft, unter ihm vegetirt noch manches Ungeziefer, das behaglich und gemüthlich gehaust hatte. Und Pommern — wie nahm es diese Veränderung der staatlichen Dinge auf? Mein Posten als Correspondent des Wächters am hiesigen Orte erlaubt mir nur über den Eindruck zu berichten, welchen die Berliner Ereignisse in einem Theile von Hinter-Pommern und in Stargard hervorbrachten. Einen Theil der royalistisch Gesinnten adligen Gutsbesitzer liefen die Thränen über die Wangen, als sie die Proklamation des konstitutionellen Königs erfuhren. Die fabelhaftesten Gerüchte sprengte man aus, um die neuesten Schritte des Königs als durch Gewalt erzwungen darzustellen. Aus der Gegend von Regenwalde und Plate eilten zwei Deputirte nach Stettin, um den Oberpräsidenten v. Bonin zu veranlassen, die Provinzialstände zusammenzuberufen und eine Loyalitätsadresse zu veranlassen, wenn der König als Gefangner die Konstitution verliehen hätte. Sie wurden über den Stand der Sache aufgeklärt und suchten sich und ihre Kommittenten zu beruhigen. Was wird von Thadden thun? fragten die Frommen Er war augenblicklich auf einer Reise nach dem Rhein von Hause abwesend, aber doch nicht unthätig, da er in der Kajüte eines Dampfschiffes auf dem Rhein einem Verkündiger der deutschen Republik mit Hülfe eines rheinischen Landmannes aus der Thüre warf. Hr. v. Wolden bei Belgard übernahm inzwischen Thaddens bisherige Führung der Ultraroyalisten. Er durcheilte mit Kourirpferden die Fluren von Hinterpommern, um einen Landsturm gegen die tapfern berliner Bürger auf die Beine zu bringen, er forderte wie Peter von Amiens zu einem Kreuzzuge gegen die Berliner auf. Man lachte ihn aus. Aber auch in unserer Nähe erhob sich ein Kämpfer für die gefährdete Sache des Vaterlandes. Der Landrath des Saatziger Kreises Hr. v. Waldow beabsichtigte eine royalistische Addresse gegen die Konzessionen des Königs loszulassen, und hatte zugleich sich erkundt, so ging die Sage, von Pöbel zu reden, der in Berlin die neueste Geschichte Preußens zu Wege gebracht haben sollte. Hr. v. Waldow befand sich gerade am hiesigen Orte, wo man seine Verdienste um die ehemaligen Stargarder Wettrennen und die glücklich besestigten Parforcejagden zu würdigen und zu schätzen weiß. Er erschien auf dem Markte. Die Bürger umringten ihn, „nieder mit dem Landrathe" riefen die Einen, „Sie sind uns als Landrath aufgedrungen", schreien die Andern und der Ritter des rothen Adlerordens konnte nur mit Mühe zu Fuß das Thor der Stadt erreichen. Die Bürger Stargards waren glücklich über die Ereignisse der Hauptstadt und Hr. v. Waldow am wenigsten der Mann, der sähig gewesen wäre, ihnen ihre Freude durch eine unzeitige Demonstration zu verkümmern. Aus unserer Stadt ist sämmtliches Militär mit Ausnahme des Landwehrstammes ausgerückt und die Bürger verrichten jetzt den Wachdienst. Zuerst zog die wackere Schützengilde auf Posten, darauf die übrigen Bürger. Der Zopf unserer Beamten machte sich leider bei dieser Gelegenheit einmal wieder sehr bemerkbar. Die Herren von der Generalkommission und dem Stadtgerichte wollten nämlich eine eigene Schutzkommission bilden; aber einige Bürger protestirten mit Recht hiergegen, „weil sie diesen Herren das Geld zu ihrem Unterhalte verdienen müßten, so fänden sie es durchaus nicht in der Ordnung, daß sie nicht mit ihnen gemeinsam den Wachdienst verrichten wollten. Die Bürger wären die Wohlthäter der Beamten". Seit acht Tagen passiren Polen zum Theil aus der Haft in Berlin entlassen auf der Eisenbahn Stargard. Mehrere Male befanden sich hunderte von Einwohnern auf dem Bahnhofe, um namentlich den amnestirten Reisenden ihre Theilnahme zu bezeigen. Alles trägt die deutschen Reichsfarben, die deutsche Kokarde, als Symbol der Freiheit, deutscher Einheit, nur ein kleiner Theil der Bevölkerung, welcher in diesen Farben in seiner großen Unwissenheit französischen Glauben und antipreußische Gesinnung wittert, raisonnirt gegen den Kokarden-Schwindel

Digitized by Google

Magdeburg, 30. März. Es erfüllt alle Bewohner Magdeburgs und unserer Provinz überhaupt mit innigem Bedauern, daß in dem Augenblicke, wo wir fast von allen Seiten durch die Gefahr eindringlicher Angriffe von außen uns bedroht sehen, in der Aristokratie und Bureaukratie uns hier im Innern ein Feind erwächst, der schlimmer und verderblicher einwirken wird, als jeder andere, wenn ihm nicht frühzeitig eine entschlossene, mannhafte Gegenwehr entgegentritt. Das Junkerthum unserer Provinz, wohl fühlend, daß die neue Gestaltung der Dinge durch den Sturz des Feudalismus und die Wiederherstellung unveräußerlicher Menschenrechte, es seinem Untergange immer näher führe, macht verzweifelte Anstrengungen, dem drohenden Sturze vorzubeugen. Es scheint als ob hier in Magdeburg bei bei einer Zusammenkunft aristokratischer Häuptlinge Plane entworfen, Maßregeln verabredet worden seien, um reaktionäre Bewegungen vorzubereiten. Verbrecherische Aufforderungen kreisen unter dem Landvolke, dem sie von pflichtvergessenen Landräthen und pietistischen Pfarrern, die gleichfalls das Ende ihrer heuchlerischen Herrschaft mit Schrecken herannahen sehen, aufgedrungen werden, und regen dasselbe zu allerhand gewaltthätigen Schritten auf, wovon wir täglich die traurige Kunde bekommen. Gestern hatte diese aristokratische Faktion eine kleine Broschure aufregenden Inhalts drucken lassen. Man hatte heimlich die ganze Nacht daran gedruckt; da erhielten die Mitglieder der Schutz-Commission Kunde davon, bemächtigten sich derselben und vernichteten sie. Das Junkerthum, im Civil wie im Militair, ist, wer möchte es nach solchen Vorgängen noch leugnen — des Vaterlandes gefährlichster Feind. (Köln. Ztg.)

Stettin. (Die Kontrerevolutionäre und ein Pöbelexceß) Die Pöbelexcesse gegen die Liberalen in Elbing lehren uns, wie leicht die rohen Massen aufzuhetzen sind, sie beweisen, wessen der Fanatismus des Servilismus fähig ist. Die konservative, loyale Zeitung für Preußen ist ehrlich genug zu gestehen, daß das Volk in Elbing »von Männern aus den höheren Ständen (gegen die Liberalen) aufgewiegelt worden, von Männern, die sich sonst ihrer Hingebung für König und Vaterland rühmten!« Dasselbe traurige Schauspiel bietet uns Hinterpommern, dasselbe haben wir hier in Stettin zu beklagen — Man mag über den verzweifelten Katzenjammer dieser Reaktionäre, die zur Kontrerevolution bereit scheinen, lachen. Indeß so ganz gleichgültig sind diese Aufhetzereien in Hinterpommern denn doch nicht, weil bedeutende Männer dabei hinter dem Vorhange stehen. Die Fäden reichen bis in das eben abgetretene Ministerium. Uhden, der Exminister, weilt in Hinterpommern, des Herrn v. Wolden bekannter Aufruf an die Pommern ist im Bureau des 4. Ulanen-Regiments in Treptow in vielen Exemplaren abgeschrieben und durch Militär verbreitet worden, ein Aufruf, den abzudrucken die Königl. Regierung in Köslin geradezu untersagt hat. Diesen Aufwiegeleien und einzelnen Excessen gegenüber ist die Unthätigkeit einzelner städtischer Behörden, so wie der Provinzialbehörde auffallend. Der große Haufe der ungebildeten Masse findet sich durch diesen Mangel an Energie in seinem ungesetzlichen Treiben bestärkt, indem die Behörden es anscheinend gar nicht wagen gegen Eigenmächtigkeiten, Ungesetzlichkeiten, gegen — Kokardenabreißer einzuschreiten. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat doch wenigstens eine freilich eigenthümliche Proklamation erlassen, in der er von einer Besorgniß erregenden »Clique« (in Berlin) spricht, während in einzelnen Provinzen, namentlich in Hinterpommern und hier in Stettin sich Besorgniß erregende »Cliquenbilden. Der durch Frau Fama sehr entstellte Exceß auf der Kupfermühle bei Stettin verdient wegen der dabei betheiligten Personen gewiß besondere Beachtung.

Am 3. März Nachmittags gehen drei Vormittags angekommene Mitglieder des Berliner Studentenkorps mit ihren Farben und mit Schleppsäbeln bewaffnet in Gesellschaft einiger Freunde, hiesiger Referendare, nach dem Langen Garten, um dort — Kegel zu schieben. Auf Kupfermühle werden sie, namentlich Stud. Herr Meyer von einem aus der Gastwirthschaft »Prinz von Preußen« heraustretenden angetrunkenen Schneider Stangenwald mit dem Zuruf angefallen: »Ihr seid Russen!, — Russen seid Ihr! Ihr wollt hier Unruhen machen! Ich bin ein braver Pommer und Ihr dürft keine Säbel tragen; ich will es nicht leiden!« — wobei der Schneider bald nach dem Säbel, bald nach den Kleidungsstücken, bald nach dem Gesicht des Herrn Meyer greift. Durch gütliches Zureden giebt sich der Angetrunkene zufrieden, erneuert aber seine Angriffe, seine Schimpfworte, seine Hohnreden, obgleich Herr Meyer so nachgiebig ist und sich durch seine Karte legitimiren will. Endlich der fortwährenden Insulten überdrüssig, fordert Herr Meyer den Angreifenden auf, ihm zum Ortsvorsteher zu folgen, worauf der Schneider wüthend auf Herrn Meyer zuspringt, ihn packt mit dem Ruf: »zum

Digitized by Google

Ortsvorstand!« Der lange dauernde Skandal hatte indeß einen Haufen Volks versammelt. Die von dem Schneider Verhöhnten sehen sich plötzlich von einer Masse Menschen umringt, die auf sie einstürmen Vergebens bittet man zum Ortsvorsteher mitzukommen, während der Stud. Herr Schirrmacher den Haufen noch einmal vergebens zur Vernunft zu bringen sucht, stürzt der Zimmermeister Lange auf Herrn Meyer zu und entreißt ihm den Säbel, worauf Hr. Schirrmacher den seinigen, um die Leute zuberuhigen, freiwillig an den Nagelschmidt Schreck abgiebt. Jetzt wird mit den Säbeln auf die wehrlosen Studenten losgegangen, die sich in den Timmschen Gasthof zu flüchten suchen, wo ihnen der Eintritt von einem Herrn, der den Orden pour le merite trägt, mit den Worten: »Hier sei man in Pommern, nicht in Berlin,« verweigert wird. Der Ortsvorsteher war indeß herbeigekommen, dem der Ref Hr. Mehls die Sache auseinandersetzt. Unterdeß greift der Schneider den Ref. Hrn. Fließ an und zerreißt ihm den Frack. Hr. Fließ entfernt sich, um den dort stationirten Gendarm aufzusuchen, worauf der Schneider Stangenwald auf den Ref. Mehls mit den Worten zustürzt: „Der mit dem Bart ist auch dabei gewesen und muß auch etwas abhaben,“ wobei er Hrn. Mehls die Klappe vom Frack reißt. Zugleich erhält Herr Referend. Mehls vom Zimmermeister Lange ein Paar Säbelhiebe über den Kopf, wodurch Hr. M. den Hut verliert. Der Ortsvorsteher, mit dem Hr. M. eben spricht, ermahnt zur Ruhe; vergebens, — auch er wird insultirt. Plötzlich fassen drei Kerle Hrn. M. bei den Haaren und suchen ihn niederzuziehen, so daß er sich nur mit äußerster Kraftanstrengung wieder frei machen kann. Hr. Ref. Mehls sucht sich durch die Flucht zu retten, aber, verfolgt, sieht er hinter sich jenen schon erwähnten Herrn, geschmückt mit dem Orden pour le merite, wie sich später herausstellte, der Landschaftsrath und Rittmeister a. D. von Petersdorff, der mit den Worten: „Wir brauchen hier keine Aufwiegler, haut die Hunde nieder!« die Leute anfeuert. In Folge dieser Aufforderung erhielt Hr. Ref. Mehls einen Hieb in die Hüfte, der scharf geführt durch die Watte des Rocks dringt und gleich darauf noch zwei flache Hiebe über den Kopf, bis er endlich in einem Hause Aufnahme und Schutz findet. Herr Ref. Mehls hat also fünf Säbelhiebe erhalten; einige an Kopf und Gesicht, einen scharfen in die linke Seite. So endete die Reise zu einer — Kegelpartie, bei der den Herrn Ref. Fließ und Mehls die Kleider zerrissen, sie selbst, ohne irgend eine Veranlassung, blutig geschlagen wurden, während den verhöhnten und mißhandelten Studenten nur die Kleider zerrissen sind, und die zur Gesellschaft gehörigen Herren Ref. Krüger, Ref. Schmidt und Dr. Meyer sich glücklich durch die Flucht retteten. Von dem Zimmermstr. Lange ist es bekannt, daß er sich gern bei Schlägereien betheiligt, wir, aber ein Mann, wie Hr. v. Petersdorff sich so vergessen kann, wie er, in seinem blinden Fanatismus hiesige Oberlandesgerichts-Referendarien für Aufwiegler erklärend, rufen kann: Haut die Hunde nieder! ist unbegreiflich. Noch mehr, nach Versicherungen glaubwürdiger Augenzeugen, hat Hr. v. P. nicht bloß zum Schlagen ermuntert und mit erhobenem Stock dazu angeeifert, sondern selbst mitgeschlagen. Viel Ehre, großen Ruhm und besondere Meriten hat sich Herr v. P. in diesem unrühmlichen und seiner unwürdigen Kampf jedenfalls nicht erworben. Beachtenswerth ist dabei noch, daß einige bei diesem Straßentumult betheiligte Führer der Bügerwehr auf Kupfermühle sein sollen. Wir erwarten von der Unbefangenheit des Gerichts, daß sämmtliche Tumultuanten ohne Rücksicht auf ihren Stand beurtheilt und der Strafe verfallen werden. Eine bloße Ehrenerklärung Seitens des Hrn. v. Petersdorff genügt nicht, da hier mehr als eine Privatbeleidigung vorliegt. Herr v. Petersdorff hat, wie andere, die Ruhe, den Frieden auf öffentlicher Straße gestört, wofür er, wenn er auch Edelmann, Ritter des Ordens pour le merite, Landschaftsrath u. mehr dgl. ebensogut strafwürdig ist, wie jeder andere. — Zum Schluß noch eine Frage: Jeder Biedermann wird den von der Uebermacht Angegriffenen, den Verwundeten gern eine Zufluchtsstätte gewähren. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit. Von Frauen und Männern ist aber denen, die sich in das Kaffeehaus des Herrn Timm flüchten wollten, dieser Zufluchtsort versperrt, der Eintritt verweigert. Steht des Herrn Timm Kaffeehaus nur abgedankten Offizieren und dgl. Personen offen?

Wahlgesetzentwurf. Am Schlusse des Blattes geht uns noch der Entwurf des Wahlgesetzes zu. Ein offenbarer Mangel und ein großer Fehler ist es, daß man erst nach Jahresfrist, nachdem man ein Jahr an einem Ort gewohnt, stimmberechtigter Urwähler wird. Darin liegt gar kein Sinn und Verstand; warum soll derjenige, der von Stettin nach Grabow zieht, oder umgekehrt, dafür mit einjährigen Verlust seines Stimmrechts bestraft werden? — Die vielbesprochenen Ur-

Digitized by Google

wahlen werden in dem Entwurf wieder nicht zur Wahrheit, denn nach dem bisherigen Begriff von Urwahlen haben die Wähler selbst eben die Abgeordneten zu wählen. Wenn aber die Wähler erst einen »Wahlmann« wählen sollen, so wird es ihnen, wie bisher, ziemlich gleichgültig sein, wen sie schicken. Nach vielem Gerede von der breiten Grundlage werden nicht die Wähler die Abgeordneten wählen, sondern deren Beauftragte, die Wahlmänner, und so werden die Urwahlen, auf die wir hofften, wieder eine Täuschung werden, und wir sind dadurch wieder um eine Hoffnung ärmer geworden. Daß es aber eine ganz andere Sache, daß es das politische Selbstbewußtsein fördert, und hebt, wenn jeder Wähler selbst seine Stimme für den Abgeordneten abgiebt, liegt auf der Hand. Ebenso klar ist es, daß das Selbstgefühl und die Theilnahme erstickt werden muß, wenn die Wähler nur einen Wahlmann zu ernennen, ihr gutes Recht nur durch einen Bevollmächtigten auszuüben haben. Immer also noch Halbheiten! — So lange die Landräthe aus den Rittergutsbesitzern von den Rittergutsbesitzern gewählt werden, ist es bedenklich, diesen die Leitung der Wahl zu übergeben. Wenn eine so wichtige Handelsstadt wie Stettin nur einen Abgeordneten wählen kann, wie bisher, so mögten sich auch dagegen Bedenken erheben.

Stettin. Wie ein Staatsbeamter einem Juden antwortet, wenn er an Bezahlung einer Schuld erinnert wird.

Herr Regierungs-Sekr. Kempen schreibt buchstäblich dem Kaufmann Herrn Joseph d. d. Stettin den 4. März 1848.

Der Klugheit und ihres eigenen Vortheils wegen, möchte es gerathen sein in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen durch ein artiges bescheidenes Betragen jede Veranlassung zu vermeiden wodurch die Verfolgungen, wie sie in andern Ländern jetzt statt finden und auch in unserer Nähe ausgebrochen sind, auch in unserer Stadt hervorgerufen werden könnten *). Wodurch Sie sich und Ihren Leuten einen schlechten Dienst erweisen möchten. Hierbei erfolgen 4 Thlr. gegen Verabfolgung des Kleides und einer quittirten Rechnung.

*) Doch nicht durch Mahnbriefe.

Köln, 26. März. Vorgestern fand hier eine sehr zahlreiche Versammlung von Soldaten aller hier anwesenden Truppengattungen statt, um die auch im Militärwesen dringend nöthigen Reformen zu berathen. Man vereinigte sich schließlich über folgende Anträge, welche in einer dem Kommandanten der 15. Division einzureichenden, in sehr gemäßigter Sprache abgefaßten Petition gestellt werden sollen: Abschaffung der bestehenden Kriegsartikel; Abschaffung der Anreden mit »Du« und »Er«; Abschaffung des Parade-Exercirens und Vermehrung der Schieß- und Felddienst-Übungen; Einführung des Geschwornen-Gerichts mit Öffentlichkeit und Mündlichkeit für alle militärischen Vergehen und Verbrechen.

Stettin. Ists ein Schreckschuß? Am vergangenen Sonntage verkündigte jubelnd ein hiesiger Militair in einem vor dem Thore gelegenen Kaffeehause die Heldenthat eines Kommandeurs in Köln; es wurde der uns allen wohl bekannte Obrist Engels bezeichnet, wie derselbe mit seiner Garnison ausgezogen — Bomben und Granaten in die Stadt habe werfen lassen, und den dann knieend um Gnade bittenden Bürgern die Antwort ertheilt habe: »ich wollte euch nur zeigen, daß ich das Dächerabdecken auch verstehe«. Arm in Arm zogen darauf die Bürger und Soldaten in die Stadt zurück! — Es geht doch nichts über die Wahrheit! Wer Lust hat hieran Reflexionen zu knüpfen, mag es. Mehrere Bürger.

Anfrage: Haben die hohen Militärbehörden, die Regiments- und Kompagniechefs kein Mittel in Händen, den übermüthigen Korporalston Einzelner, dem Bürger gegenüber, in die gehörigen Schranken zu weisen? Ziemt es sich, ist es gesetzlich erlaubt, daß Männer aus den sogenannten gebildeten Ständen, Staatskostgänger, die weniger gebildeten Klassen gegen die bestehende Ordnung aufregen, förmlich aufhetzen?

Erklärung.

Eine Bemerkung in der letzten Nummer des Bürgerblattes ist dahin mißverstanden, daß der Unterzeichnete beabsichtige hier in Stettin eine Zeitung auf Aktien zu gründen und bei einem zu diesem Behufe zusammengetretenen Committee betheiligt sei. Das ist nicht der Fall und beseht wirklich in geheimnißvolles Dunkel gehüllt ein solches Committee, so hat es wenigstens in seiner Allweisheit nicht für nöthig gefunden hiesige Journalisten zu seinen Berathungen hinzuzuziehen. Der Unterzeichnete ist bei keinem derartigen Zeitungsprojekte betheiligt und hält dafür, daß eine Zeitung sich nicht aus dem Boden stampfen läßt und daß Stettin (schon wegen seiner geographischen Lage) und die Provinz Pommern der Entwickelung und dem Gedeihen einer nennenswerthen politischen Zeitung durchaus nicht günstig und geeignet erscheinen. W. Lüders.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

Wochenschrift

für öffentliches Leben der deutschen Ostseeländer.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 5.

Inhalt: Spruch. An die Altmärker und Magdeburger. Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands. Der Repräsentativstaat und die Volksschule. Schwarz-roth-gold und ein Minister von ehedem. Schwarz-roth-gold. Aus Hinterpommern. Herr von Vincke. Die Landwehr. Die Aufhebung der Mahlsteuer. Die Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes. An die Bewohner Pasewalks. Postalisches. Berichte.

Spruch.

Laßt dem Britten seine Insel, eine Wunderperl im Meer,
Segelschiffe kreisen lustig, rasche Möven um sie her.
Laßt dem Iren seines Eilands wildumrauschten grünen Schild,
Laßt dem Schweizer seine Berge, dem Lombarden sein Gefild!

Frei gehorche dem Hispanier seiner Gaue stolze Zahl,
Laßt dem Franken seine Fluren bis zum Thal von Ronceval!
Wo Magyarenstämme hausen, der Magyare herrsche frei,
Auf den Slaven drücke ferner nicht verhaßte Sklaverei!

Wo sich Griechenblut erhalten, heb' es stolz sein herrlich Haupt,
Zu dem alten Kranz mit neuen Lorbeerzweigen reich umlaubt!
Ungehindert sei der Skythe, der sein Steppenreich durchzieht —
Und so herrsche denn auch, Deutscher, überall wo deutsch' Gebiet!

An die Altmärker und Magdeburger.

Man hat Euch, besonders Euch Landbewohner, an die ich vorzugsweise meine Worte richte, gegen die Berliner, gegen die neue Ordnung der Dinge, gegen die junge Freiheit, gegen das konstitutionelle Königthum aufzuregen versucht. Gegen die Berlin r. Und doch verdanken wir es dem Heldenmuth der Berliner, daß Preußen frei geworden, daß eine den König umgebende volksfeindliche scheinheilige Partei, aus Beamten, Junkern und Pfaffen bestehend, gestürzt, daß des Volkes Wünsche zu des Königs Ohr dringen können. Wir verdanken es dem heldenmüthigen Widerstande der Berliner, daß des Volkes Wünsche und gerechte Forderungen Erhörung gefunden und für die Folge Erhörung finden werden. Die Macht des Beamtenthums ist durch die Berliner Revolution gestürzt; der Einfluß, das Übergewicht, die Privilegien des Junkerthums, der Obskuranten, Pfaffen und anderer Dunkelmänner sind vernichtet. Eine aus Junkern, Beamten und pietistischen Geistlichen bestehende Partei, eine Faktion, versucht es, um das Verlorene wieder zu gewinnen, Euch, Altmärker und Magdeburger, in ihrem Interesse zu täuschen, Euch hinters Licht zu führen, damit Ihr für sie die Kastanien aus dem Feuer holt. Die Greuel des

Digitized by Google

Bürgerkrieges fürchten diese Menschen nicht, wenn nur ihr Einfluß, ihre Macht, ihre Privilegien erhalten werden.

Altmärker, Magdeburger! Hört nicht auf diese Propheten, die Euch verleiten wollen falsche Götzen anzubeten. Durch die neue Ordnung der Dinge, durch die Verheißungen Eures Königs werdet ihr d'e Einrichtungen und Gesetze, die Ihr während der Fremdherrschaft kennen, schätzen und lieben gelernt, Gesetze, die das Junkerthum, die Vorrechte der Gutsherren vernichteten, wiedererhalten. Daher die Wuth der Junker und ihrer Bundesgenossen.

Durch den Tilsiter Frieden von Preußen abgerissen, gehörten die Altmark, Magdeburg und Halberstadt von 1807 bis 1813 zum neugebildeten Königreich Westphahlen, durch dessen Konstitution Euch die Gleichheit vor dem Gesetze und andere freisinnige Institutionen verliehen wurden, die nach Auflösung dieses Königreichs auf Betreiben des Adels und einer Beamtenclique Euch wieder entrissen sind. Ihr werdet jetzt wieder erhalten, was Ihr schon zur Zeit der Fremdherrschaft besaßet und mehr noch.

Zu jener Zeit, während der französisch-westphälischen Herrschaft, Altmärker und Magdeburger, war die Gleichheit vor dem Gesetz in Euren Gauen eine Wahrheit geworden. Damals bestand bei Euch Gleichheit vor dem Gesetz ohne Rücksicht auf Stand, Geburt oder Glaubensbekenntniß in Wahrheit und Wirklichkeit. Freie Ausübung des Gottesdienstes aller Religionsparteien war Euch durch die Konstitution gesichert. Aller Ständeunterschied, alle Vorrechte und Privilegien der Städte, einzelner Familien und Personen, so wie die Leibeigenschaft — die Ihr übrigens, ehrenwerthe Bauern, Nachkommen des alten freiheitsstolzen Sachsenstammes, nie unter euch aufkommen lassen, — waren durch die Konstitution aufgehoben. Damals war das Gerichtsverfahren bei Euch öffentlich und mündlich — in peinlichen Anklagen sprachen Geschworene das Schuldig, wie in der Vorzeit, ehe des Adels Herrschsucht und der Juristen Schreiblust und Rechtsdeutelei Euch rechtsunkundig und rechtsunmündig gemacht. Denn in der Vorzeit, bis ins 17te Jahrhundert, saßen Eure Vorfahren, Altmärker und Magdeburger, als freie Bauern im Dorf- und Landgericht se bst zu Gericht. Noch im J. 1560 ist in Dähre in der Altmark „fürm Kirchhofe üblicher Weise; Gericht gehalten nach altem Herkommen; durch Schultheißen und gemeine Pauren ist erkannt und gesprochen." Nach der Gerichtsordnung zu Erxleben vom J. 1629 werden die Bauern, die als „Geschworne" im hochnothpeinlichen Halsgericht fungiren, von dem vorsitzenden Richter angeredet: „Ihr Herren Schöppen!" Die Geschwornengerichte sind also nicht, wie man Euch hat einreden wollen, eine Erfindung der französischen Revolution.

Alle Steuerbefreiungen wurden im Königreich Westphalen aufgehoben, eine für Alle gleiche Besteuerung und eine allgemeine Grundsteuer wurde eingeführt; die Rittergüter, die Geistlichen, die bis dahin von der Grundsteuer und den Gemeindelasten ohne einen rechtlichen Grund befreit gewesen waren, die sich faktisch die Freiheit von der Grundsteuer und von den Gemeindelasten erschlichen hatten, wurden zur Grundsteuer und zu den Gemeindelasten herbeigezogen. Durch Artikel 14 der westphälischen Konstitution wurden alle Vorrechte des Adels und dessen Befreiung von irgend einer öffentlichen Last aufgehoben. Die obrigkeitlichen Rechte der Gutsherren, die gutsherrliche Polizeigewalt, die Patrimonialgerichtsbarkeit — alle Einrichtungen, wodurch die Gutsherren Eure geborne Herren von Gottesgnaden, durch welche ihr zu deren Unterthanen herabgewürdigt wurdet — ebenso der crimirte Gerichtsstand des Adels, der Beamten und der Geistlichkeit waren aufgehoben. Mit innerm Grimm, tiefgekränkt, äußerte damals der hochfahrende Dünkel des Junkerthums: Nun sind wir nichts mehr als Bauern! den Bauern in Allem gleichgestellt.

Digitized by Google

Der Code Napoleon, das französische Gesetzbuch, das Produkt der gesunden Vernunft seiner Zeit, und damit ein bündiges, einfaches und klares Gesetzbuch, das von der Gleichheit vor dem Gesetze ausgeht, das keinen Adel, keine adlichen Vorrechte, keinen Ständeunterschied, keine bevorrechteten Religionsgesellschaften kennt, das sich um die Religion der Einzelnen, als Privatangelegenheit jedes Einzelnen, gar nicht kümmert, wurde bei Euch eingeführt.

Wie nach dem Code Napoleon kein Vorrang eines Grundstücks vor einem andern bestehen soll, so war auch das ganze gutsherrlich-bäuerliche Verhältniß (tous les droits seigneriaux) gänzlich mit einem Schlage und mit seinen Folgen, den daraus hergeleiteten Frohndiensten, vernichtet. Mit der Gutsherrlichkeit fielen die unbestimmten und ungemessenen Dienste und alle Leistungen, welche die Gutsherren und deren Richter früher durch gutsherrliche Gewalt erzwungen.

Entlassen aus der Unterthänigkeit, befreit von der Bevormundung Eurer bisherigen Herren, von mancherlei durch die Feder während des papiernen Faustrechts erzwungenen Diensten und Abgaben, gefiel es Euch, daß der Edelmann mit Euch Bauern vor dem nächsten Friedensrichter Recht nehmen, Euch dort zu Recht stehen mußte. Das Bewußtsein der gleichen Berechtigung, völliger Gleichheit vor dem Gesetze kräftigte Euch. Wenn der Adel und die altpreußische Beamtengrobheit Euch bis dahin niedergedrückt hatten, so fühltet Ihr Euch jetzt erhoben; wenn der Schulze und der Bauer bisher von Adel und Beamten nur mit „Er" angeredet waren, so redeten damals die höchsten Beamten den Schulzen wie den geringsten Bauer in ihren Verfügungen mit den Worten: „Mein Herr" an. Dadurch wurde Euer Selbstgefühl, Euer Stolz, freier Männer schönste Zierde, gehoben; Ihr Bauern fühltet, daß Ihr Herren, daß Ihr freie Männer geworden; die Junker aber knirschten, daß nun sogar der Bauer ein Herr geworden.

Ungeachtet des vielen Guten der westphälischen Verfassung, die Euch zu freien, gleichberechtigten Staatsbürgern erhob, Euch dem gutsherrlichen Druck entriß, verjährtes Unrecht vernichtete, obgleich Euch die klare und einfache Gesetzgebung, das kurze und rasche Prozeßverfahren zusagte, obgleich Ihr, Altmärker und Magdeburger, dem neuen Regiment so viel zu verdanken hattet, dennoch war Euer Herz und Eure Liebe bei Eurem angestammten Könige. Von Euch, Bauern und Bürger, wurde im Königreich Westphalen der Geburtstag des Königs von Preußen gefeiert, während ein Theil des begüterten Adels am westphälischen Hofe in Kassel schwelgte, begierig nach Ämtern, Ehren und Würden schnappte, um die Gunst des neuen Herrschers buhlte, zu Rittern des Ordens der westphälischen Krone, zu westphälischen Grafen und Baronen sich erheben ließ! Einige freilich, wir dürfen es nicht verhehlen, einige, die zum Theil Nichts ihr eigen nannten, als ihren Degen, verschmähten den westphälischen Dienst, erhoben sich 1809 gegen den aufgezwungenen Herrscher.

Der Aufruf des Königs von Preußen vom 3. Febr. 1813 wurde auch von Euch, im Königreich Westphalen gehört. Eure Söhne, zum westphälischen Kriegsdienst einberufen, gingen in Schaaren über die Elbe — zu den Preußen. Die Barbaren des Ostens, die ersten Kosaken, die Euch gelegentlich mit Kantschuhieben mißhandelten, wurden als Boten der Befreiung von der Fremdherrschaft freudig von Euch begrüßt. Mit Jubel wurden die ersten „Schwarten," die Lützower, die bei Euch erschienen, empfangen. Eure Jugend ging unter „de Schwarten." Mit Lützows wilder, verwegener Schaar focht sie gegen Frankreich, gegen das Königreich Westphalen, zu dessen Unterthanen sie gehörte. Andere haben schon vor dem Umsturz des westphälischen Königreichs in der kurmärkischen Landwehr unter Preußens Fahnen gekämpft, bis die Vertreibung der Franzosen allgemeine Erhebung und Bewaffnung gestattete.

Digitized by Google

Und was war der Lohn Eurer Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus, Eurer Treue, Eurer Tapferkeit?

Kaum war der gemeinsame Feind aus den Grenzen geschlagen, die Fremdherrschaft gestürzt, so erhob sich eine aus Adel und Beamten bestehende Reaktion gegen die bei Euch in voller Kraft stehende Gesetzgebung, wie gegen die preußische der Jahre 1807—12. Die Reaktion des Junkerthums suchte im Bunde mit einer herrschsüchtigen Beamtenkaste Alles wo möglich in den Zustand von 1806 zurückzuschieben. Der Staatskanzler Hardenberg, der von einzelnen Edelleuten ein Hochverräther genannt wurde, dem man den Prozeß machen müsse, der geköpft zu werden verdiene, verlor an Einfluß und Macht. Ohne eine andere Stimme als die einiger Junker zu hören, ohne die Bewohner zu befragen, wurde das Allg. Landrecht wieder eingeführt; die Patrimonialgerichtsbarkeit, der eximirte Gerichtsstand, die Vorrechte des Adels wurden wieder hergestellt. Die Gleichheit vor dem Gesetz war verschwunden, die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, die Geschwornengerichte wurden aufgehoben.

Dabei beruhigte sich das Junkerthum noch nicht; es suchte allmählig ein Vorrecht nach dem andern zurück zu erhalten, sich von allgemeinen Lasten zu befreien und Euch unter gutsherrliche Obervormundschaft zurück zu führen, indem es auf sogenannten heimlich auf adlichen Schlössern abgehaltenen Adels- oder Rittertagen Zweifel und Bedenken gegen die bestehende Gesetzgebung erhob und durch seinen Einfluß in den höhern Regionen des Staats geltend zu machen wußte.

Die deutschen Ostseeprovinzen Russlands.

Deutsche Kraft, deutsche Kaufleute, als sie noch mit dem Schwert umgürtet die Welt durchzogen, haben am finnischen Meerbusen deutsche Städte gegründet, der Orden der deutschen Schwertritter unterwarf sich das umliegende Land. In Deutschland ist es vergessen, daß diese Lande bis zum Jahre 1561 als ein wenn auch nur im lockeren Verbande mit dem deutschen Reiche stehender Föderativstaat dastanden. Die jetzigen Herzogthümer Liv-, Esth- und Kurland und die Provinz Ösel bildeten Einen deutschen Staat, durch „gemeine Landtage" und gemeinsame Stände, „gemeine geistliche und weltliche Stände, Städte, Ritterschaft und Gemeine der Lande zu Livland" verbunden. Als die Moskowiter 1558 unter Iwan dem Grausamen verheerend gegen Livland vordrangen, riefen Livlands Stände zweimal vergeblich die Hülfe des deutschen Reichs an; vergeblich wurde von den pommerschen Gesandten auf dem Reichstage zu Speier den deutschen Reichsständen die Gefahr, in der diese Lande schwebten, dringend ans Herz gelegt. Die deutschen Reichsstände waren taub gegen die Klagen der Bedrängten, gleichgültig gegen des Reichs Ehre. Das gequälte, vielfach gedrückte Land konnte sich allein gegen den Andrang der wilden russischen Horden nicht schützen, der machtlose deutsche Kaiser konnte nicht helfen. Mit Widerstreben folgte das Land dem Rathe seines Kaisers, sich an Schweden, Dänemark oder Polen zu wenden. Wie Straßburg, so gingen auch die Herzogthümer Ehstland, Livland und Kurland dem deutschen Reiche ohne Schwertschlag verloren.

Gedrängt und bedroht von den Moskowitern, vom deutschen Reich verlassen, unterwarfen sich die esthländischen Stände durch Vertrag schwedischer Oberhoheit, Livlands Stände erkannten 1561, nachdem die Bedingungen festgestellt, des Kö-

Digitized by Google

nigs von Polen Oberhoheit. Durch Vertrag, nachdem des Landes Rechte anerkannt, Erhaltung der protestantischen Religion zugesichert, erkannten sie den König von Polen als ihren Oberherrn. Später trat auch Livland als selbstständiger Staat durch Vertrag unter Schwedens Oberhoheit. Durch Akkord und Kapitulationspunkte, geschlossen zwischen Ritter und Landschaft Livlands, mit Rußland, in denen wiederholt Erhaltung der Landesprivilegien, Erhaltung des deutschen Rechts, des protestantischen Glaubens zugesichert wurde, ist Livland endlich, um dasselbe „von der schwedischen Dienstbarkeit zu befreien," dem Czaaren „unterwürfig und subjekt" geworden.

Unter festen Bedingungen durch einen im Nystädter Frieden bestätigten Vertrag haben Livlands Stände sich Rußlands Oberhoheit unterworfen. Diese Verträge sind vielfach verletzt, das Recht dieser Lande, das Deutschthum und der Protestantismus sind gleich sehr bedroht, denn der russische Despotismus duldet keine Besonderheit, strebt nach Einheit in Kirche und Staat.

Wie die deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein durch Dänemark bedroht und gedrückt sind, so Rußlands deutsche Herzogthümer und der Protestantismus durch das Russenthum. Mit List und Gewalt kämpft Rußland gegen den Protestantismus, gegen die Landesprivilegien und gegen das Deutschthum. Möglich, daß bei einer allgemeinen Schilderhebung gegen Rußland diese deutschen Herzogthümer in Folge vielfacher Verletzung der Landesprivilegien dem Czaar der Moskowiter den Vertrag und den Gehorsam kündigen. Durch einen freilich alten Landtagsrezeß (aus dem Jahre 1472) ist das Recht des offenen Widerstandes gegen den Landesherrn, wenn er des Landes Freiheiten verletzen sollte, ausdrücklich anerkannt. In einem solchen Falle sollen alle Unterthanen als ihres Eides und ihrer Huldigung entbunden angesehen werden. Bei dem offen vorliegenden Streben Rußlands, die deutschen Herzogthümer zu russificiren, kann die im Lande, namentlich in den Städten, herrschende deutsche Bevölkerung Erhaltung deutschen Rechts und des protestantischen Glaubens nur durch eine Wiedervereinigung mit Deutschland, von dem sich ihre Vorfahren nur mit Widerstreben getrennt, gesichert sehen.

Der Repräsentativstaat und die Volksschule.

(Aus dem in Darmstadt erscheinenden Rheinischen Volksblatt.)

Der Repräsentativstaat beruht auf der Bildung seiner Bürger. Ohne diese Bildung bleibt derselbe ein Unding. Die Konstitution ist der Vertrag zwischen Fürst und Volk, der die Rechte beider Theile feststellt. Dieselbe wird nur dann zur Wahrheit, wenn einerseits der Fürst dem Volk die ihm gebührenden Rechte unverkümmert zugesteht, und anderseits das Volk diese Rechte kennt, und zum Wohle Aller zu gebrauchen versteht. Ohne Bildung aber wird die größere Masse des Volkes niemals zum Bewußtsein dieser Rechte gelangen, noch viel weniger dieselben gebrauchen lernen. Was nützt z. B. dem Volk die Freiheit der Presse, wenn dasselbe nicht liest? Was das Recht der Association und freien Rede, wenn es gedankenarm, und darum wortarm ist? Was wird aus dem Institut der Schwurgerichte, wenn den Geschworenen alle Intelligenz abgeht? Wie kann von Freiheit und Gleichstellung der Kulten die Rede sein, wenn noch Obskurantismus die Geister umnebelt und Intoleranz an die Stelle der Bruderliebe tritt? Diese Rechte und Freiheiten sind aber die Grundpfeiler des Verfassungsstaates. Dieselben erringt sich aber dauernd nur ein gebildetes Volk: darum ohne allgemeine

Digitized by Google

Bildung aller Bürger kein freier, konstitutioneller Staat. — Der Bestand desselben beruht auf der Harmonie der beiden Staatsgewalten. Überwiegt die Macht des Fürsten, so neigt sich der Staat mehr und mehr zum Absolutismus, endlich zur Despotie hin; überwiegt die Macht des Volkes, des rohen und ungebildeten Volkes, so ist der Anarchie der Weg geöffnet. Durch eine zeitgemäße, alle Volksklassen durchdringende Bildung allein kann das Gleichgewicht erhalten werden. Nur ein gebildetes Volk, das sich seiner Rechte vollkommen bewußt ist, wird dieselben auch zu fordern, zu erringen, zu gebrauchen und zu schützen wissen, ohne daß es das Staatsschiff der Gefahr aussetzt, an den Klippen der Anarchie zu scheitern. Darum ist es die höchste und wichtigste Aufgabe der gesetzgebenden und vollziehenden Staatsgewalten, dem Verfassungsstaat ein sicheres Fundament durch eine tüchtige, den Institutionen desselben vollkommen entsprechende Volksbildung zu geben. Diese Bildung hat die Volksschule, d. h. die Schule für die Masse des Volks, zu ertheilen. Dieselbe ist darum ein Institut des Staats, mit dem sich an Wichtigkeit nicht leicht ein anderes vergleichen läßt.

Diese Wichtigkeit der Volksschule hat man seit einem halben Jahrhundert in allen civilisirten Staaten allgemein anerkannt. Selbst in den absoluten Monarchien hat man derselben einige Aufmerksamkeit zugewendet. Allein so verschieden die Principien des absoluten und konstitutionellen Staates sind, so verschieden müssen auch die Principien des Volkserziehungswesens in denselben sein. Wo man nach dem bekannten Grundsatz Ludwigs XIV.: „der Staat bin ich!" regiert, da darf die Volksschule kein Institut zur Aufklärung sein. Dieselbe hat mit dem Denken nichts zu schaffen, darf ihre Zöglinge nicht zum Bewußtsein ihrer Menschenrechte bringen, sie nicht zu freien Bürgern heranbilden. Ihre Aufgabe ist nur: das Volk zum unbedingten Gehorsam zu dressiren, es für die Entbehrungen der ihm vorenthaltenen irdischen Glücksgüter schon frühzeitig mit dem Lohn eines bessern Jenseits zu trösten. Darum unbedingte Subordination der Volksschule unter die Kirche, als die Stütze des Absolutismus; Subordination des Volkslehrers unter den Klerus. Darum das Licht der Aufklärung höchstens in der schwächsten homöopathischen Verdünnung, dafür aber einen Wust unverständlicher Glaubenssätze und mystischer Dogmen. Darum hier Erniedrigung des Volksbildners zum Diener des Geistlichen, zum Handlanger des Obskurantismus, zum servilen Werkzeug des Absolutismus.

Schwarz, Roth, Gold und ein Minister von ehedem.

(Aus Hinterpommern eingesandt.)

Auf der Wartburg brannten die Oktoberfeuer; Jünglinge aus dem Kampfgewirr zu den stillen Freistätten der Wissenschaft heimgekehrt, reichten sich die Hand und schwuren, das Vaterland, das befreite, auch einig, stark und glücklich zu machen. Aus dem Staube zogen sie das deutsche Reichspannier:

Roth wie die Liebe sei der Brüder Zeichen,
Treu wie das Gold, der Sinn, der uns durchdringt,
Und daß wir nie, im Tode selbst nicht weichen,
Sei schwarz das Band, das unsre Brust umschlingt!

Da trat ein kecker Bursch hervor und sprach:

In der Hauptstadt lebt ein Männlein, das gefällt mir nicht. Andere Menschenkinder sammeln Blüthen, das Männlein hat alle Scherengesetze zusam-

Digitized by Google

mengesucht und zu einem Strauß gewunden. Der Strauß gefällt mir nicht; ins Feuer damit!

Beifall jubelte die Schaar aber das Männlein zürnte und — es saß im Rath des Königs. Es blies dem Könige, der gut aber ängstlich war, ein, an jedem schwarzrothgoldenen Bande hinge ein Dolch, auf seine Brust gezückt; Fürst Mitternacht reichte dienstwillig die Hand und die große Demagogenjagd begann.

Wandre von den Silbergestaden des Belt bis zu den Traubengeländen des Bodensees, frage in jedem Hause nach und wenn du einen findest, der den Mann liebt — doch nein, einen solchen kannst du nicht finden! — wenn du Einen findest, der ihn nicht haßt, so bringe schnell dem Mann die Kunde, damit er erleichtert sterbe. Aber ich glaube, du findest auch den nicht.

An manch hohes Schloß wirst du kommen; sein Herr erfreut sich des Besitzes nicht. „Ich hatte einen Sohn" spricht er, „einen einzigen, der Stolz, die Hoffnung meines Alters. Im frohen Kreise hob er das Glas auf ein einiges Deutschland; die Schergen des Ministers suchten ihn; er floh, kämpfte für das auferstandene Griechenland; in der Maina bleichen seine Gebeine. Mein Geschlecht verschwindet von der Erde wie dieser Tropfen der an meiner grauen Wimper hängt. Wehe über den Mann, der mir das gethan!"

An manch verfallnes Hüttchen wirst du kommen; an der Thüre kauert ein Weib, den Irrsinn im Blick. „Ich hatte einen Sohn" spricht sie „einen einzigen, reich an herrlichen Gaben. Ich darbte, hungerte, ihn auf der hohen Schule zu erhalten. Da warfen sie ihn in den Kerker. Er saß ein Jahr. Weißt du Wanderer, was es sagt, ein Jahr im Kerker? vom Frühling Nichts wissen, als durch die Schwalbe, die sich an das Gitter klammert, vom Winter Nichts als durch den Frost, der die Knie schüttelt? Er saß zehn Jahr. Da gab ihm die Verzweiflung Kraft, er brach die Eisenstäbe, wagte den Sprung; zerschmettert fiel er auf die Quadern."

Und was verbrach denn Euer Sohn, armes Weib?

„Er trug ein schwarzrothgoldnes Band und ein Minister konnte das Band nicht leiden; aber den Mann will ich hassen auf dem Todtbett, will ihn und kostet es meine Seligkeit, noch jenseits hassen!" —

Und erlag der Mann unter der Wucht seiner Schuld? bereute, sühnte er? O nein! Fort und fort schmiedete er schon mit zitternden Händen an dem Rüstzeug des Despotismus. Gab es eine schmähliche Sache zu vertheidigen, ungerufen war er da.

Die Rechtsgelehrten wollten berathen, wie dem ganzen Vaterlande ein Gesetz, ein Recht zu geben sei, und laden durch alle Blätter dazu ein; die Regierung untersagte den Besuch der Versammlung, weil ein altes Edikt die geheimen Gesellschaften verböte. Die Presse und jeder Unbefangene fragte: aber ist denn die Versammlung eine geheime Gesellschaft? — Flugs schrieb der Mann ein dickes Buch und bewies gründlich, mit dem Verbot sei es doch in Ordnung.

Zwei edle, freigesinnte Männer deutschen Stammes, Männer, die jetzt das Schicksal der Fürsten wägen, kamen, einen Freund zu besuchen; die Polizei verwies sie gleich Landstreichern, ohne Gründe; ein Schrei der Entrüstung erhob sich über das verletzte Völkerrecht. — Der Mann bewies aus hundert Römischen und Französischen Autoren, die Polizei habe sehr wohl gethan. „Das Recht zu reisen," sagt er, „sei kein wohlerworbenes Recht, weil kein specieller Erwerbsgrund dafür nachzuweisen." Man sollte glauben, einen Mandarinen des himmlischen Reiches reden zu hören; ein Wunder, daß der Mann nicht auch für das Recht zu athmen, nach der Erwerbsurkunde fragt!

Digitized by Google

Ein unerhörtes Gesetz traf wie ein Blitzstrahl die Unabhängigkeit der Richter, in ihr das ganze Volk; ein wackrer Kämpe für Recht und Freiheit sprach es aus, daß der Richter nur dem Gesetz und Gott verantwortlich, nicht ein Spielball der Ministerlaune sein dürfe. — Gleich erhob der Mann seine Stimme und der kreischende Zorn verrieth, was der Welt ein Geheimniß war, seine Vaterschaft zu dem Gesetz.

Wir haben es, Dank sei dem Himmel, nicht zu fürchten; aber sollte der Mann je wieder einen Finger an die Gesetzgebung legen, so würde das ganze Volk sich wie Ein Mann erheben in dem Rufe:

Hinweg mit ihm! werft ihn zu den Todten!

Anm. der Red. Das Sündenregister ließe sich leicht noch vervollständigen, denn jede freie, volksthümliche Regung in Deutschland bekämpfte dieser »preußische Staatsmann« mit der Feder. Er schrieb im Interesse und für die Vorrechte des mecklenburgischen Adels und für die Gültigkeit des dänischen Königsgesetzes in Schleswig!!!

Schwarz-roth-gold.

In Danzig haben die Sackträger die alten deutschen Reichsfarben, das Zeichen deutscher Einheit, nicht anerkennen wollen. Auch bei uns in Stettin sind diese Farben keineswegs in den untern und in allen Regionen anerkannt, obgleich sie der König trägt und das Heer die schwarz-roth-goldene Kokarde aufgesteckt. Von der Postverwaltung ist sie neuerdings, von der Steuer- und Eisenbahnverwaltung aber noch nicht anerkannt, noch nicht für ebenbürtig mit der preußischen erklärt, was keineswegs so unbedeutend, unwichtig und gleichgültig ist, wie es scheinen mögte. In den untern und untersten Regionen ist es überall in den Köpfen sehr dunkel, auch in denen der Beamten, wozu sich auch Nachtwächter und Bahnwärter rechnen; letztere schon deshalb, weil sie eine Uniform tragen. In diesen Kreisen nun giebt es gewaltige Politiker von der konservativen Race und wir haben mehrmals Gelegenheit gehabt zu hören, wie ein Bahnwärter, mit der preuß. Kokarde an der Mütze, unverhohlen seinen Haß gegen die Träger der dreifarbigen Kokarde in groben und großen Redensarten freien Lauf läßt, was er unterlassen würde, wenn er sie ebenfalls anstecken müßte. Überhaupt entwickelt sich in dem großen Heere der Beamten bis zu den Nachtwächtern und Bahnwärtern herab ein konservatives Element, weil sie durch jede Bewegung am Gehalt oder an der — Pension zu verlieren fürchten.

* * *

Vorstehende Zeilen waren schon niedergeschrieben, ehe uns die Stettiner Ztg. vom Montag 10. April zuging. Diese Zeitung hat sich zum Organ einer reaktionären Partei aufgeworfen, die loyaler und konservativer sein will als Sr. Maj. Minister, als der König selbst, einer Partei, die den Sturz des Absolutismus, unter dessen Regiment sie, ihre Vettern, ihre Gesinnungsgenossen sich so wohl befanden, nicht verschmerzen kann. Montags trat die Stettiner Landwehr zusammen und die Montagsnummer jenes Blattes bringt ein Gedicht, überschrieben: „die pommersche Landwehr 1848," worin folgende erbauliche Herzensergießungen vorkommen:

Und die des Landes Ruhe stören,
Mit leeren Worten das Volk bethören;
Wenn sie uns fallen in die Hand,
Da schützt sie kein dreifarbig Band:

Digitized by Google

Wir faſſen ſie. Hurrah!
Die pommerſche Landwehr iſt da.

Schafft erſt die deutſche Einigkeit:
Dann ſtehn auch wir für ſie bereit.
Bis dahin gilt im Pommerland
Das Schwarz, Roth, Gold als eitler Tand,
Ohn' allen Werth, Hurrah!
Die pommerſche Landwehr iſt da.

Was iſt der Sinn der Worte: „wenn ſie uns fallen in die Hand;“ heißt es nicht die Landwehr, deren ſchöner Beruf „Vertheidigung des Vaterlandes bei einem ausbrechenden Kriege,“ nicht aber brudermörderiſcher Bürgerkrieg, nicht ein Kokardenkrieg gegen Mitbürger, — zu Eigenmächtigkeiten und Gewaltthätigkeiten aufreizen? Heißt das nicht an die Brutalität, an die rohe Gewalt appelliren?

Will die Stettiner Ztg. in Harmonie mit den Danziger Sackträgern die ſchwarz-roth-goldne Kokarde nicht anerkennen, ſo läßt ſich gegen eine ſolche Geiſtesgemeinſchaft nichts einwenden. Jeder nach ſeinem Geſchmack und wir haben nichts dagegen, wenn ſich die Stettiner Ztg. mit den Sackträgern in Danzig auf denſelben Standpunkt ſtellt, aber mit gebührender Achtung gegen die Anordnungen Sr. Maj., darum bitten wir das ultrakonſervative, ultraroyaliſtiſche Organ.

Der König ſagt in dem Aufruf „an Mein Volk und an die deutſche Nation“: „Ich habe heute die alten deutſchen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutſchen Reichs geſtellt. Preußen geht fortan in Deutſchland auf.“ Der König hat befohlen, daß das Heer neben der preußiſchen, die deutſche, die ſchwarz-roth-goldne Kokarde aufſtecke. Iſt es dieſen königlichen Erklärungen und Befehlen gegenüber nicht eine Unverſchämtheit, wenn die Stettiner Ztg. der pommerſchen Landwehr die Worte in den Mund legt: „Schwarz-roth-gold ſei eitler Tand, ohne allen Werth.“ Liegt in dieſen Worten des loyalen Blatts nicht eine Aufreizung zu Mißvergnügen, ein unehrerbietiger (die Würde des Throns gefährdender) Tadel, eine Herabwürdigung der Anordnungen Sr. Majeſtät? Will die Stettiner Ztg. die pommerſche Landwehr zur Inſubordination verleiten? Was ſoll es heißen, wenn die Stettiner Ztg. die pommerſche Landwehr ſagen und ſingen läßt: die Kokarde, die das Heer nach Sr. Maj. Befehl tragen ſoll ſei „eitler Tand, ohn' allen Werth.“

Aus Hinterpommern.

Von allen Seiten, von Stadt und Land höre ich, ſehe ich die deutſche Kokarde und ihre Träger bedroht von — Pommern. Man reißt erſtere ab und verfolgt letztere mit Hohn, Steinwürfen und dergl.

Was denkt man dabei? — Will Pommern nicht deutſch, will es nur pommerſch ſein? — Heraus mit der Sprache, die Zeit iſt da, wo ſich die Schafe von den Böcken ſcheiden. — Will es deutſch ſein, ſo zeige es auch deutſche Geſinnung, ſo achte es das Zeichen deutſcher Geſinnung. Unter allen Umſtänden bedenke es, daß es in den deutſchen Farben, die auch von ſeinem Könige getragenen ſchmäht und beflecke nicht unbedingt ſeinen loyalen Ruf.

Vernünftige Leute! ſagt es denen die es nicht wiſſen, daß deutſche Farben und preußiſche Farben nicht feindliche ſind, nicht feindliche ſein dürfen für den preußiſchen, für den pommerſchen Patrioten!

Digitized by Google

Eigentlich müßten es die Verwaltungsbehörden, hohe und niedere, sagen, und so lange wiederholen, bis man es überall verstanden hat; denn ihre Sache ist es, den Geist der obersten Regierung zu verbreiten und walten zu machen, bis an die äußerste Grenze ihres Wirkungskreises. Oder verlangt der jetzige Geist der preußischen Regierung die innige Verbindung Preußens mit Deutschland und die Anerkennung thatsächlicher Verbindung der Stämme deutschen Volkes nicht? —

Mir ist nicht bekannt, daß eine hinterpommersche Behörde sich der bedrohten deutschen Kokarde erbarmt hätte *).

Bei den Sammlungen für die am 18. und 19. März d. J. in Berlin Gefallenen haben sich Verwaltungsbeamte Hinterpommerns verhältnißmäßig auch wenig betheiligt. Solches Verhalten leitet den großen Haufen irre. Es scheint noch an Instruktion von Seiten der konstitutionellen Ministerien zu fehlen; freilich steht dieselbe in den Zeitereignissen geschrieben, und wir haben mit Freude erfahren, daß auch hohe Beamte Hinterpommerns diese Schrift zu lesen verstehen. !!

Herr von Vincke.

Ein Theil der Liberalen und die Spießbürger bewunderten Herrn v. Vincke wegen seiner kecken Opposition auf dem Ver. Landtage, die allerdings viel dazu beigetragen hat, vielen andern die Zungen zu lösen. Dieses Verdienst des Herrn v. Vincke verkennen wir keineswegs, aber es war ein gewaltiger Irrthum, ein Beweis von politischer Unschuld und Unwissenheit, wenn man Herrn v. Vincke als einen Mann des Volks, der Freiheit pries, ihn zu einem Führer der Liberalen stempelte, da Herr v. Vincke sein Mißbehagen gegen die Liberalen offen aussprach, dem Liberalismus mitunter mit der Faust ins Auge schlug, was ihm die Mehrheit der Liberalen gar nicht übel nahm. Dabei war Herr v. Vincke sehr aufgebracht, daß die Regierung, durch das „Geschrei der Presse" veranlaßt, ein Einkommensteuergesetz vorlegte, denn um das Geschrei der Presse habe sich die Regierung nicht zu kümmern, „so lange es geborne Räthe der Krone giebt, als Vertreter ständischer Interessen des Landes." Herr v. Vincke hat eine sehr hohe Meinung von den „wohlerworbenen" Rechten der Stände, eine sehr geringe von dem angebornen Rechte des Volks und über die Presse denkt und urtheilt er, wie ein ganz gewöhnlicher Landjunker, wie er sich denn überhaupt nicht zur Idee des modernen Staats erhoben hat. Er steckt noch tief im mittelalterlichen Staat und nur der politische Unverstand, der noch nicht zu unterscheiden gelernt hat, kann den Mann, der von seiner aparten Standesehre einen so hohen Begriff hegt, der noch nicht über den Ständestaat hinaus ist, für einen Liberalen halten. Herr v. Vincke hat sich noch nicht auf den Standpunkt des modernen Staats und der modernen Gesellschaft erhoben, wo es nur gleiche Staatsbürger mit gleichen politischen Rechten und eine Allen gemeine staatsbürgerliche Ehre giebt. Durchdrungen von seiner aparten Standesehre vertheidigte Herr v. Vincke, wie Graf Schwerin, in dem Bescholtenheitsgesetz die speciale Ehrenhaftigkeit, indem er mit seinen Sympathieen noch im mittelalterlichen Ständestaat wurzelt und die Fortdauer des Ständeunterschiedes und ein besonderes ständisches Bewußtsein voraussetzt, ja für nothwendig und unentbehrlich hält.

*) Anm. der Red. Auch in Vorpommern ist, so viel wir wissen, von den Behörden für die bedrohte deutsche Kokarde nichts geschehen.

Digitized by Google

Der Nimbus, der Herrn v. Vincke umgab, fällt. Er soll ein anderer geworden sein, meinen die politischen Kannengießer. Nein, Herr v. Vincke ist derselbe geblieben, ist geblieben, was er war und immer sein wird, nur die Zeit und der Staat sind andere geworden, die Ereignisse und das Volk sind dem Ritter par excellence über den Kopf gewachsen. Herr v. Vincke, der Vertreter der Standesinteressen, wohlerworbener ständischer Rechte, befindet sich nicht nur häufig, wie viele seiner Standesgenossen, in der Lage, persönliche Bemerkungen machen zu müssen, er befindet sich jetzt in der Lage gegen die Freiheit, gegen die dem Volke gewährten Konzessionen zu opponiren. Herr v. Vincke, der nur Standesrechte kennt, der von Volksrechten keinen Begriff hat, der immer noch auf seinem ständischen „Rechtsboden" sich umhertummelt und umhertaumelt, kämpft gegen das Urrecht freier Männer sich zu versammeln, er fürchtet sich vor — Volksversammlungen! — Natürlich, denn Volksversammlungen werden von dem wohlerworbenen Standesvorrecht des Herrn v. Vincke gar nicht Notiz nehmen. — Herr v. Vincke hat sich selbst sein Urtheil gesprochen. Er verkennt den Geist unseres Volks und, wie der Abg. v. Beckerath sehr treffend bemerkt: „wer friedliche Volksversammlungen fürchtet, der fürchtet das Volk selbst." Der Herrn v. Vincke mittelalterliche Ansichten über historische Berechtigungen und Vorrechte, seine Faseleien vom Rechtsboden haben sich überlebt. Herr v. Vincke wird zu den Antiquitäten gehören, und der Entwickelung der Dinge nur hinderlich werden.

Die Landwehr.

In der dritten Sitzung des Ver. Landtags am 5. April äußerte der stellvertretende Herr Kriegsminister v. Reyher: daß, um Ruhe und Ordnung, wo sie gestört, wieder herzustellen, die kommandirenden Generale autorisirt sind, über die Linientruppen zu disponiren, daß sie aber auch die Befugniß haben, wo es ihrem Ermessen nach erforderlich scheint, die Landwehr einzuberufen, um die Unruhen zu unterdrücken und Personen und Eigenthum zu schützen.

Entschieden protestiren wir gegen die Ansicht, daß es Aufgabe und Bestimmung des Militärs, Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten, daß Ruhe und Ordnung durch Militärgewalt aufrecht erhalten werden sollen. Das ist Sache der Bürgergarden, die zu diesem Zweck schleunigst überall formirt werden mögen. Die jüngste Revolution sollte uns doch belehrt haben, wohin es führt, wenn „Ruhe und Ordnung," wie man sagt, durch das Militär erhalten werden soll.

Nach den Worten des Herrn Kriegsministers ist es sogar dem Ermessen der kommandirenden Generale überlassen, wenn es ihnen erforderlich scheint, die Landwehr einzuberufen, um Unruhen zu unterdrücken! Indeß ist diese Befugniß, wodurch das Wohl und Wehe der Bürger, die zufällig landwehrpflichtig, von dem Ermessen oder der Revolutionsangst eines kommandirenden Generals abhängig wird, durchaus nicht gesetzlich gerechtfertigt. Das Gesetz vom 3. Septbr. 1814, betreffend die allgemeine Verpflichtung zum Kriegsdienste, macht, um durch diese allgemeine Verpflichtung „im Frieden" Wissenschaften und Gewerbe nicht zu stören, verschiedene Abstufungen und bestimmt ausdrücklich:

Die Landwehr ersten Aufgebots ist bei **entstehendem Kriege** zur Unterstützung des stehenden Heeres bestimmt; sie dient gleich diesem **im Kriege;** im Frieden ist sie dagegen in ihre Heimath entlassen.

Digitized by Google

Ebenso erklärt die Landwehrordnung vom 21. Nov. 1815 ganz deutlich, daß die Landwehr nur dann versammelt sein soll, wenn ein **feindlicher** Anfall oder die eigene Ausbildung es nothwendig macht; sie tritt nur bei ausbrechendem Kriege und bei den jährlichen Übungen zusammen.

Diese gesetzliche Bestimmungen über Aufgabe und Zweck der Landwehr scheinen dem Herrn Kriegsminister nicht bekannt gewesen zu sein, als er die kommandirenden Generale ermächtigte, die Landwehr einzuberufen, um Unruhen im Innern zu unterdrücken, wovon kein Wort in den die Landwehr betreffenden Gesetzen steht, was also auch durchaus nicht Bestimmung der Landwehr sein kann.

Wenn in dem absoluten Staat willkürlich, nach Gutdünken der Minister regiert wird, so kann in dem konstitutionellen Staate durch verantwortliche Minister nur gesetzlich, nicht eigenmächtig regiert werden. Die Einberufung der Landwehr greift aber so tief, so störend in die bürgerlichen und gewerblichen Verhältnisse vieler Tausende ein, daß sie nicht dem Belieben eines Generals überlassen werden darf, daß sie nur bei entstehendem Kriege, wenn ein feindlicher Anfall es nothwendig macht, gerechtfertigt scheint.

Die Aufhebung der Mahlsteuer.

Noch immer halbe Maßregeln! denn eine solche scheint uns die einseitige Aufhebung der Mahlsteuer zu sein, deren Aufhören von dem Belieben der „verfassungsmäßigen Vertreter" der einzelnen Städte, von dem Belieben und Gutbefinden der städtischen Behörden abhängig gemacht wird. Die verfassungsmäßige Vertretung der Städte ist aber, wie wir das in Nr. 3 des stettiner Bürgerblatts ausführlich auseinandergesetzt, sehr mangelhaft, indem bei der Theilung der Einwohner in Bürger und Schutzverwandte, wobei die letzteren ganz mundtodt, ein großer Theil der städtischen Einwohner und deren Interesse gar nicht vertreten erscheint. Gerade diejenigen Klassen, die bei Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und durch den freien Verkehr gewinnen würden, sind gegenwärtig sehr gering in den städtischen Behörden vertreten, desto mehr diejenigen, die durch die Mahl- und Schlachtsteuer ein Monopol auf die Versorgung der Einwohner mit Brod und Fleisch erhalten haben. In vielen Fällen werden die städtischen Behörden, die ja häufig gar nicht mit der öffentlichen Meinung Schritt halten, gar nicht geneigt sein, die Mahlsteuer mit einem Zuschlage auf eine direkte Kommunalsteuer zu vertauschen, oder gar erst eine solche zu erfinden, was Kopfbrechen macht und Mühe verursacht. Sie werden um so weniger dazu geneigt sein, da ihnen bisher durch einen Zuschlag auf die Mahlsteuer eine bequeme Gelegenheit geboten war, einen Theil der Kommunalsteuern zu erheben. Deshalb eben haben viele städtische Behörden und Vertreter der Städte sich für Beibehaltung der Mahl- und Schlachtsteuer ausgesprochen, um so auf bequeme Weise, durch Zuschlag zu der Staatssteuer, die Kommunalbedürfnisse zu decken.

Ferner erscheint die Aufhebung der Mahlsteuer darum eine halbe Maßregel, weil sie die Schlachtsteuer stehen läßt, wobei man von der Ansicht auszugehen scheint, Brod, Kartoffeln und Salz genügten als tägliche Nahrung. Indeß ist das Salz, bei dem bestehenden Salzmonopol und durch die hohe Salzsteuer so theuer, daß Menschen und Vieh in Preußen, wie bekannt, weniger Salz genießen, als die Erhaltung der Gesundheit erfordert. Endlich genügen auch Brod, Kar-

Digitized by Google

toffeln und Salz als Nahrungsmittel nicht. Fleisch muß hinzukommen, wenn der Mensch arbeiten und mit den Arbeitern anderer Nationen konkurriren soll.

Durch einseitige Aufhebung der Mahlsteuer bleiben die Zollbarrieren im Innern bestehen, wird der freie Verkehr und die Fleischkonsumtion nach wie vor gehindert und dadurch zugleich die Fleischproduktion niedergehalten und Ackerbau und Viehzucht benachtheiligt. Denn, wie wir schon mehrfach hervorgehoben, ist nach den Untersuchungen und Behauptungen landwirthschaftlicher Vereine, namhafter landwirthschaftlicher Autoritäten, unsere Schlachtsteuer ein Haupthinderniß einer gedeihlichen Entwickelung der Rindviehzucht. Nicht bloß im Interesse der arbeitenden Klassen in den Städten, auch im Interesse der Landwirthschaft ist die Aufhebung der Schlachtsteuer wünschenswerth.

Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes.

Wir haben schon im Märzheft des Stettiner Bürgerblatts nachgewiesen, wie unzweckmäßig, nachtheilig und ungerecht es sei, gewisse Klassen der Gesellschaft, namentlich die Gewerbtreibenden, zu zwingen, ein besonderes Stadtbürgerrecht sich zu erkaufen. Wir behaupteten, daß es sich nicht rechtfertigen lasse, von weniger bemittelten Handwerkern in dem Augenblicke, wo sie sich etabliren und also nothwendig Geld gebrauchen, eine nach Umständen bedeutende Summe von ihnen zu erpressen, während andere Klassen und selbst einzelne Gewerbtreibende, z. B. Ärzte, Advokaten, Literaten von dieser Abgabe befreit sind. Wir haben dabei darauf hingedeutet, wie durch die Höhe der Bürgerrechtsgelder viele und bedeutende Kräfte von der Theilnahme am Gemeindeleben zurückgehalten würden, wir haben nachgewiesen, daß der hohe Satz des Bürgerrechts in Stettin eine Ausnahme vom Gesetz sei. Wir finden daher den in der Sitzung der Stettiner Stadtv. v. 4. April von Hrn. Trieß gestellten Antrag auf Herabsetzung des Bürgerrechtsgeldes von 20 auf 5 Thaler ganz zeitgemäß, wiewohl die Stettiner Ztg., die sich nun einmal gar nicht in die Zeit finden kann und gegen jeden zeitgemäßen Vorschlag anzubellen für gut findet, gewaltig darüber lamentirt. Was die Stettiner Ztg. gegen den Antrag vorbringt, ist so miserabel, daß es keiner weitern Widerlegung bedarf; so gering auch nach zahlreich vorliegenden Beweisen das Begriffsvermögen der Stettiner Ztg., so sollte sie doch so viel einzusehen und zu begreifen vermögen, daß es bei einer Staatsverfassung auf breitester Grundlage mit allgemeinem Wahlrecht eine Absurdität, wenn der Staatsbürger sich das Recht, am Gemeindeleben in Stettin Theil zu nehmen, d. h. um Stadtverordnete mitwählen zu können, mit 20 Thaler erkaufen soll. Wir sind der Meinung, daß, wenn es mit der Gleichheit und mit dem allgemeinen freien Staatsbürgerthum in Preußen Ernst werden soll, jeder derartige Lokalzopf abgeschnitten, jede derartige Privatbesteuerung, die dem Staatsbürger die Theilnahme am Gemeindeleben vertheuert und verkümmert, ganz aufhören, ganz wegfallen muß. Die städtischen Behörden werden der Welt beweisen, daß sie ihre Zeit, daß sie begriffen, was eine Staatsverfassung auf breitester Grundlage bedeutet, wenn sie mit gutem Beispiele vorangehen, wenn sie die Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes ganz aufheben. Die ohnmächtigen Redensarten der Stettiner Ztg. werden die Entwickelung der Menschheit, den Gang der Weltgeschichte nicht aufhalten. Es kommt nur darauf an, ob Stettin die Ehre haben will, zuerst und freiwillig die-

Digitized by Google

sen Handel mit dem Gemeindebürgerrecht aufgegeben zu haben. Die Ausdehnung des Stadt- und Gemeindebürgerrechts auf alle in einer Stadt wohnenden Staatsbürger ist eine unabweisbare Nothwendigkeit, wenn die Staatsverfassung auf breitester Grundlage nach jeder Seite hin eine Wahrheit werden soll. Auf Einwilligung oder Zustimmung der Stettiner Ztg. kommt es bei einem solchen in der Natur der Sache, durch den wahrhaft freien Staat bedingten Akt gar nicht an. Die Eintheilung in Bürger und Schutzverwandte, das Erbtheil der Vergangenheit wird aufhören und Tit. III. §. 17. der Städteordnung muß einfach dahin abgeändert werden:

> Das Bürgerrecht besitzt jeder großjährige Mann, der sich in einer Stadt niedergelassen und nicht durch ein Straferkenntniß seine öffentlichen Rechte eingebüßt hat.

An die Bewohner Pasewalks.

Ein Bürger Pasewalks, dem Anscheine nach ein Geistlicher, hat eine öffentliche Ansprache an Pasewalks Bewohner drucken lassen, „um auf die Größe des von Gott erhaltenen Geschenks, auf die Bedeutung desselben und auf das Bedürfniß der Zeit hinzuweisen.“ Da Vermeidung alles Aufregenden, nach seiner Meinung, zu den Bedürfnissen der Zeit gehört, so hat er die Ansprache drucken lassen und im patriotischen Interesse die Mittheilung von Mund zu Mund sich versagt. Den Druck finden wir ganz zweckmäßig, aber darauf müssen wir den Pasewalker Bürger aufmerksam machen, daß uns das Recht der Versammlung gegeben ist, damit wir es benutzen, Mund gegen Mund uns auszusprechen, damit wir nicht wieder einschlafen. Wir lassen aus der Ansprache, die abgesehen von dem hier ganz unpassenden Kanzelton und von theologischem Beigeschmack, ganz zweckmäßig, einige Stellen folgen:

Eine Nacht hat Jahrhunderte zur Reife gebracht, vergessen gemacht alle trübe Zeiten des Zwanges jeglicher Art, das Morgenroth der Freiheit ist angebrochen, das Bewußtsein der Berechtigung ist erwacht! des Lichts und des Rechts. Wir stehen entfesselt von allen Banden, uns angelegt von schleppender Entwickelung längst vergangener Jahrhunderte, unterhalten allein durch lästige Vorurtheile; wir sehen das große Werk der vor Jahrtausenden durch den Gekreuzigten angebahnten Befreiung der Welt, dessen Vollendung einem Luther nicht ganz gelingen wollte, seinem glorreichen Ziele entgegen eilen.

Fallen sehen wir die Schranken, welche die alte Zeit durch Bevorzugung bürgerlicher Stände und konfessioneller Unterschiede zog, sechszehn Millionen stehen zu Allem, was ihre Vereinigung den Einzelnen bieten kann, gleichberechtigt da, das Wohl Aller ist die Aufgabe für Alle; und diesem hehren Zweck schlägt in der Brust unseres angestammten Königs ein großes Herz entgegen, dessen Pulse, außer die Stunde der Vereinigung der weiten, deutschen Mutererde zu Einem schönen Ganzen, dessen Glanz der Aufschwung der Geister eines großen Volkes, gut geleitete Gesammtkräfte und die Trefflichkeit unseres Heeres verbürgen. Genießen wir unser schönes Vaterland, dessen Kinder zelotischer Eifer es zu meiden nie mehr zwingen möge, genießen wir die Zeit im Fortschritt unserer gewerblichen Entwickelung, deren Aufschwung beginnen muß, wo die Vereinigung der ganzen deutschen Nation zu diesem Zweck den Lohn der vereinten Thätigkeit verbürgt.

Zeigen wir unsere Reife für die Zeit durch außerordentliches Wirken, Jeder in seinem Beruf, vertrauend auf den Schutz der Gesetze, bewacht von Vertretern eigner, freier Wahl, welche es sich zur ersten Aufgabe machen, alle Härten aus dem Verhältniß der Befehlenden und Gehorchenden, der Ordner und Geordneten, der Obrigkeiten und Regierten zu entfernen, und das ganze Volk in Eine Familie von für Einen großen Zweck, die allgemeine Wohlfahrt, vereinigten Gliedern zu machen. Das Erkenntniß unserer Bedürfnisse wird dabei verbürgt durch die Freiheit des Worts — der Presse. Jede Beschwerde des Einzelnen und der Gesammtheit darf ohne Furcht gesagt werden; ist sie begründet, darf der Leidende

Digitized by Google

der Abstellung versichert sein, und kein Unrecht, keine Bedrückung darf mit der Hoffnung vortreten, dem Alles durchdringenden Ankläger, der öffentlichen Meinung und ihrer Schwester, der Presse, zu entgehen.

Mitbürger! Brüder! Groß ist die Zeit! — Die Schätze Peru's sind zu gering, unserer Geschichte die Nacht vom 18. zum 19. abzukaufen, der schöne Kampf ist keine Waffenthat allein, nicht der Sturm der Kartätschen gegen die unbewehrte Brust, des Kriegers gegen den Bürger, gewaffnet durch sein Recht, — es ist der Kampf der alten Zeit, mit ihrem ganzen Anhang verrosteter Ueberbleibsel finsterer Jahrhunderte, mit ihren Vorurtheilen der Fürsten und Völker, mit ihrer Verfinsterungssucht und Unduldsamkeit, mit Allem, was Böses je geboren worden — — gegen Gottes ewigen Willen: der Gleichberechtigung aller Menschen zur Vervollkommnung aller ihrer inneren und äußeren Zustände. — — Diesen Kampf der Entscheidung wurden wir Preußen berufen, ihn glorreich zu kämpfen durch unsere Brüder im Heer, durch unsere Brüder ihnen gegenüber. Sie haben diesem Ruf Folge geleistet, und wie sie es gethan, steht mit goldenen Lettern im ewigen Buch der Weltgeschichte.

Postalisches.

Die Bewegung unter den Post-Beamten seit der wieder frei athmenden Presse ist bei der in Aussicht stehenden freien Staatsform eine allgemeine; das Verlangen nach Reformen, wie sie die Zeitverhältnisse erheischen, nach Abschaffung der vielen Mißbräuche, der Willkür und des Nepotismus in der Postverwaltung ein tief gefühltes. Jeder Post-Beamte, dem das Gedeihen des Instituts und das Wohl seiner Kollegen am Herzen liegt, möge in den Bewegungen der Zeit die Mahnung erkennen, mit seinen Wünschen und Beschwerden ohne Rückhalt an die Oeffentlichkeit zu appelliren. Die Post-Verwaltung wird durch das Andrängen nach Reformen, das aus ihrem Schooße hervorgeht, zur Erkenntniß geführt werden, daß die jetzigen Zustände ganz unhaltbar geworden, daß die Zeiten bureaukratischer Eigenmächtigkeiten vorüber sind. Darum muthig auf das gemeinschaftliche Ziel losgesteuert. Benutzen die Postbeamten die wirksamste Waffe, die ihnen zu Gebote steht — die Anführung von Thatsachen, so kann ihr Streben kein erfolgloses sein. Vorläufig zwei Beispiele.

Ein Postbeamter in einer größeren Provinzialstadt, der das Malheur hat, nicht die Gunst eines gewissen höheren, einflußreichen Postbeamten zu genießen, läßt sich bei seiner Dienstführung einige Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen. Das General-Postamt sendet einen Kommissarius, eine Kreatur des bureaukratischen Despotismus, zur Untersuchung an den Wohnort des betreffenden Beamten ab. Der Kommissarius nimmt die üblichen Protokolle auf, berichtet und reist nach einigen Tagen wieder ab. Bald darauf erscheint denn auch ein Dekret des General-Post-Amts, kraft dessen der angeschuldigte Beamte zur Bezahlung der Untersuchungskosten verurtheilt wird. Diese betrugen nicht weniger als 43 Thlr. Obwohl der Kommissarius die ganze Reise mit der Eisenbahn zurückgelegt hatte, so waren von ihm dennoch für die ganze Tour 2 Pferde Extrapost liquidirt worden, ein Recht, das zwar jedem Kommissarius des General-Post-Amts zusteht, das aber unter diesen Umständen sehr zweifelhaft ist und gewiß von keinem Ehrenmanne in Anspruch genommen werden wird, wenn es darauf abgesehen ist die Taschen eines gedrückten Beamten zu leeren. Der angeschuldigte Beamte, ein Familienvater, weigerte sich diese Summe zu bezahlen. Das General-Post-Amt fand es wahrscheinlich nicht rathsam, die an dem Mann ausgeübte grausame Härte noch weiter zu treiben; es stand vorläufig von der Vollziehung seines Beschlusses ab und bewilligte demselben nach kurzer Zeit eine Gratifikation von dem Betrage

Digitized by Google

der liquidirten Untersuchungskosten, zu deren Deckung besagte Gratifikation dann ohne Weiteres verwendet wurde.

Ebenfalls in einer größeren Provinzialstadt giebt es einen Post-Beamten, der zwar ein seinen Dienstjahren angemessenes fixirtes Gehalt bezieht, aber außerdem noch eine persönliche Zulage von 200 Thlr. und da er Kassenführer ist, noch etwa 500 Thlr. an Emolumenten jährlich, so daß der Mann sein Einkommen auf 1500 Thlr. jährlich etwa berechnen kann. Ihm gegenüber sitzen und plackeu sich Jahr aus Jahr ein mehrere an Dienstjahren bei weitem ältere Post-Beamte mit einem Gehalt von 500 bis 750 Thlr. Alle sind Familienväter. Fragt man nun nach der Ursache dieser ungleichen Vertheilung der Gehälter, so ist die Antwort leicht. Jener 1500 Thlr. Mann hat nicht etwa eminente Verdienste, zeichnet sich nicht etwa durch eine Alles absorbirende Thätigkeit aus, nein bewahre, sein einziges Verdienst ist, daß er die Gunst eines gewissen höheren, einflußreichen Post-Beamten zu erlangen gewußt hat, und unter diesem Schirm und Hort bläht sich der Mann und behandelt seine Mitarbeiter mit fast lächerlichem Hochmuth.

Berichte.

Paris, 24. März.

Die öffentlichen Nachrichten über das Projekt einer bewaffneten Invasion in Deutschland erfordern zur Ehre der deutschen hier lebenden Arbeiter eine bestimmte Unterscheidung der einzelnen hierbei bezeichneten Elemente. Es ist vor allem nicht wahr, daß der deutsche Arbeiterklubb in Paris mit jenem abenteuerlichen „Freischaaren-Zug" in der geringsten Beziehung steht. Der deutsche Arbeiterklubb gehört zu einem wohlorganisirten Verein in sehr bestimmter positiver Richtung, der sich nie im Rausch plötzlicher und nur für die Gedankenlosigkeit unerwarteter Ereignisse zu unbestimmten bramarbasirenden Wüthereien verleiten lassen konnte; grade in seiner bestimmten wohlbewußten Richtung war es diesem Verein allein möglich, seit Jahren einen Anschluß verschiedener Arbeiterklubbs in England, Belgien, Schweiz, Oberitalien, Holland und selbst Skandinavien zu bewirken und so eine große, immer mehr erstarkende Vereinigung zu schaffen, und er wird nunmehr auch in Deutschland diese seine bestimmte, positive Richtung gegenüber den herrschenden Klassen zum öffentlichen Ausdruck bringen, da ihm jetzt auch dort das freie Associationsrecht und die Preßfreiheit endlich gerechte Waffen gegen das Vorurtheil und die Verleumdung bieten. Wo ihm in diesem Augenblick dergestalt die Verhältnisse einen Boden für die thätige und nicht ausbleibende Verbreitung seiner Tendenzen bieten, muß daher auch die Absicht des hiesigen Arbeiterklubbs in Bezug auf Deutschland mehr als je die Entwicklung der inneren Zustände Deutschlands sein. Das Projekt einer bewaffneten Invasion in Deutschland vom Auslande her ist dagegen das Gespinnst einiger abenteuerlichen Köpfe, die von der jüngsten Bewegung kaum das oberflächlichste Verständniß erhalten haben, deren Gedanken grade bis an die Verträge von 1815 und die plumpe Verwirrung der alten Demagogie reichen, und denen die in neuerer Zeit zum Bewußtsein gekommenen Bedürfnisse vollkommen spanisch erscheinen; ein Gesichtspunkt, von dem es denn freilich als höchst zeitgemäßes und voraussichtiges Benehmen erscheinen muß, wenn der Präsident der neuen deutschen Freischärler, Herwegh grade bei dem Ausbruch der hiesigen Revolution nach Spanien reisen wollte. Die ganze Entstehung jenes Invasionsplanes zeigt aber weiter, daß der deutsche Arbeiterklubb nicht nur principiell mit jener abgeschmackten Expedition der demagogischen „Zehntausend" nichts gemein hat, sondern daß er auch offen den Häuptern und Werkzeugen derselben entgegengetreten ist

(Trierſche Ztg.)

Digitized by Google

Leipzig.

Es finden bei uns jetzt große Arbeiterversammlungen statt, bei denen die Liberalen die Mühe der Leitung übernommen haben, freilich in anderer Absicht, als den Arbeiter zu emancipiren. Jene hassen ja die soziale Freiheit, die eben keine liberale ist; sie wollen den Arbeiter vor dem Kommunismus, ihrem furchtbarsten Feinde, gnädigst bewahren. Bis jetzt haben sie Erfolg gehabt, über 300 Mitglieder des Gesellenvereins haben Hrn. Blum ihre Zustimmung durch einen silbernen Pokal zu erkennen gegeben. Was will man mehr! Der Gesellenverein zählt wohl über 500 Mitglieder. Um Ihnen einen Begriff von der Engbrüstigkeit seiner Statuten zu geben, ziehe ich einige Punkte aus. Andern als Gewerbtreibenden ist der Zutritt nicht gestattet, nur jeder »wohlgesittete« Gesell kann aufgenommen werden, wenn er ein von seinem dermaligen Meister oder Prinzipale ausgestelltes Zeugniß beibringt, und über solche Aufnahme entscheiden der Vorstand und der Ausschuß des Kunst- und Gewerbe-Vereins, dessen »Vice-Dirigent« zugleich Direktor der zweiten Sektion ist, welcher wiederum achtzehn stellvertretende Vorsteher jenes Vereins als Vorstand zur Seite hat. Außerdem wählen die Mitglieder jährlich 12 Kandidaten aus ihrer Mitte, aus denen der Vorstand sechs Personen zu einem Ausschuß wählt, der sich aber nur auf Veranlassung des Vorstandes und im Verein mit demselben versammeln darf, und über alle Angelegenheiten, die eine besondere Berathung nöthig machen, mit zuzuziehen ist. Die Vorsteher wählen Sekretaire und Kassirer. Der vierteljährliche Beitrag ist zwei Neugroschen, bei der Aufnahme werden 5 Neugr. entrichtet. Montags finden alle vierzehn Tage die Versammlungen statt. Eine Bibliothek und eine Modellsammlung dienen den Mitgliedern des Gesellenvereins zur Benutzung. Als Zweck desselben ist schon früher »Gesittung der Theilnehmer, Anregung des technischen Genies oder Talents und möglichste Vorbereitung industrieller Ideen, Erfindungen und Erzeugnisse« angegeben worden.

Aus Alledem geht hervor, daß die Wirksamkeit des Vereins nur von dem guten Willen der Spießbürger abhängt. Der gute Wille der Arbeiter läßt sich von einigen der liberalen Partei ergebenen Gesellen, wie Skrobak, zu einer ziemlich lächerlichen antikommunistischen Wuth fanatisiren. Es gilt einen Kampf gegen diese Spießbürger und die aristokratische Färbung des ganzen Vereins. Komisch sieht sich's mit an, wie sie sich bemühen, ihre Wirksamkeit zu vergrößern; aber das Mißtrauen der Arbeiter dürfte ihnen bald über den Kopf wachsen und in den Liberalen Schutzherren die gefährlichsten Feinde erblicken, deren gleißnerischer Fürsorge sie sich gänzlich entziehen müssen, wenn sie überhaupt frei werden wollen.

Unter Leitung der Liberalen halten die Arbeiter jetzt große Versammlungen, die sie zu etwas Höherem wenigstens anregen. Die Liberalen, welche die Interessen der Arbeiter und Meister gern vermitteln möchten, schmieden sich eine Waffe, die man später gegen sie selbst kehren wird; denn der Arbeiter kann nur durch sich selbst sein Recht erhalten. Bei entschiedenem Handeln allein ist es möglich, das Selbstbewußtsein der Arbeiter zu kräftigen und sie auf sich selbst zu verweisen, statt daß sie von Andern Trost und Hülfe verlangen. Mögen sie dem so plötzlich barmherzigen Bürgerthum keck ins Auge schauen; dann werden sie seine Falschheit würdigen, welche die Arbeiter blos für sein Interesse benutzt.

Das erste demokratische Blatt ist so eben hier unter dem Titel: »Der Volksfreund« erschienen. Er will die Rechte des Volks, erklärt sich aufs Entschiedenste gegen jeden Stand, gegen jede Aristokratie. Sein Motto ist: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Unsere Bürger jubeln über die halbe Konzession des Königs. Der Ernst unserer Lage verlangt zwar Zerstreuung, aber diese Zerstreuung wird nicht von eitlen Lobreden, Toasten und jener täglichen Selbstberäucherung erreicht, welche das Erbübel unserer Liberalen ist, die sich damit selbst herabwürdigen. Wo das Volk siegt, da heißt es in ihren pomphaften Berichten ein Sieg der Bürger, während sich die Bürger größtentheils ins Mauseloch verkriechen. Der französischen Revolution und dem bewußtlosen Volksbedürfniß verdanken wir die neue Bewegung. Die Liberalen trieben das Volk in den Kampf, oder lieber zu Straßentumulten, und benutzten die französische Revolution als Popanz für die Könige, damit sich diese nicht weigerten, die ersehnten politischen Rechte, die uns Demokraten auch vortheilhaft sind, zu gewähren. Weiter gingen sie nicht, als Gewährung zu verlangen; das alte Regiment hat zwar einen Stoß bekommen, aber die Feigen wollen nicht zu weit gehen.

Halle, den 29. März 1848.

Der Sturm der Zeit hat in den letzten Tagen eine solche Menge von Ereignissen, und einen Umschwung der Dinge herbeigeführt, daß eine Stadt wie Halle, die bisher an der Spitze der religiösen Bewegung stand,

Digitized by Google

nothwendig auch in politischer Beziehung nicht zurückbleiben durfte. Wenn wir Hallenser auch nicht unmittelbar zum Sturze des alten Systems beigetragen haben, mittelbar aber gewiß.

Nachdem von Seiten der beiden hiesigen freien Gemeinden eine Adresse an den König, um Anerkennung und Gewährung vollkommener Religions- und Geistesfreiheit überhaupt verfaßt, und den Gemeinden zu Nordhausen und Halberstadt zur Unterschrift und Beförderung zugeschickt war, wurde auch von Seiten der städtischen Behörden, die von der Bürgerversammlung dazu aufgefordert waren, eine Adresse mit den bekannten Forderungen an den König abgeschickt. Eine Ergebeneis-Adresse, welche von der hiesigen Muckerparthei ausgehend, die Adresse der städtischen Behörden beim Könige entkräften sollte, erregte in der Bürgerversammlung allgemeinen, lauten Unwillen. Nun! nach den Vorgängen der letzten Tage ist diese Partei moralisch vernichtet; die Indifferenten aber und die Halben sind endlich aus dem Schlafe aufgerüttelt worden.

In der letzten Bürgerversammlung, die seit der Pariser Katastrophe ungewöhnlich stark besucht ist, wurden wieder 2 Adressen, eine nach Wien, die andere nach Berlin, — worin den Bürgern dieser Städte für den bewiesenen Muth gedankt, und die gänzliche Zustimmung zu ihren Thaten ausgesprochen wird, — berathen und angenommen; es wurden ferner alle die Wünsche, welche man in Folge der Berliner Ereignisse gewissermaßen als schon erfüllt betrachtet, zusammengefaßt, um sie dem nächsten Landtage vorzulegen, worin auch, von Schreiber dieses angeregt, die Wiederherstellung von Polen aufgenommen war; und endlich wurde ein Komitée ernannt, um Beiträge für die Hinterbliebenen der in Berlin für das Vaterland Gefallenen entgegen zu nehmen. — Mittwoch den 22 fuhren 500 Bürger und Studenten nach Berlin, um dem Leichenbegängnisse beizuwohnen, kamen aber leider zu spät. Sie zogen jedoch in Reihe und Glied durch die Straßen, wo sie überall von den Bürgern und Wachen begrüßt wurden, bis vor das Schloß des Königs, dankten diesem durch einige Abgeordnete für die verheißene freisinnige Konstitution, und zerstreuten sich dann. Einer Scene an jenem Abend will ich noch erwähnen, die allen denen, die ihr beiwohnten, unvergeßlich sein wird. Einige Hallenser und Halberstädter zogen in das Polen-Kasino, wo einer von den Anwesenden, der zu dem Berliner Polen-Komitée gehörte, eine überaus ergreifende, herrliche Rede hielt, worauf die beiden Wislicenus von Halle und Halberstadt antworteten. Der Eindruck war ein großartiger: alle Anwesenden fielen einander um den Hals und küßten sich; wir schieden mit der Versicherung von ihnen, daß ihre Sache auch die unsrige, ja des gesammten deutschen Vaterlandes wäre. Denn ohne ein freies, starkes, einiges Polen kein einiges, starkes, freies Deutschland.

Sonntag den 26. war hier die erste Volksversammlung, welche ungefähr 8000 Köpfe stark, eine musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrte. Dieselbe war von der freien Gemeinde ausgegangen, welche seit den Februar-Ereignissen gleichsam ein politischer Klubb geworden ist; als Gegenstände der Besprechung waren Volksbewaffnung und Wahlreform angekündigt. Aengstliche Gemüther fürchteten, daß durch eine solche Versammlung in der jetzigen stürmischen Zeit Tumult entstehen könnte, und waren sehr entrüstet über die Urheber. Doch ihre Furcht wurde zu Schanden; trotzdem, und vielleicht gerade deswegen, daß kein Polizeimann oder Gendarm zu sehen war, fand die Versammlung, welcher der Diakonus Hasemann präsidirte, und die aus Leuten aller Klassen bestand, in größter Ordnung statt, so daß die beiden Gegenstände der Besprechung sehr bald zu einem Resultate führten. Bewaffnet sollen alle Bürger und Schutzverwandte werden, die sich bei der Schutz-Kommission dazu melden; Wähler und wählbar soll jeder dispositionsfähige Mann sein. Beide Beschlüsse haben die Stadt-Behörden auch zu den ihrigen gemacht. — Zu den in Frankfurt stattfindenden Berathungen über ein deutsches Parlament sind von hier G. A. Wislicenus und Professor Duncker eingeladen.

Wahrlich, es ist jetzt eine erhebende Zeit für den Vaterlandsfreund! hoffen wir, daß der Genius des deutschen Volkes, der, ein Prometheus, bisher an die russische Politik gekettet, sich nun frei und selbstständig für immer aufschwingen, und Deutschland neue Bahnen brechen wird. Fr. Stein.

× **Greifswald**, den 8. April.

Die freudige Nachricht, daß der Wächter sich in eine Wochenschrift umgeändert hat, erweckte sofort den Entschluß in mir, für den Wächter zu schreiben. Wäre derselbe eine Monatsschrift geblieben, es hätte mich nichts dazu bewegen können, auch nur einen Gedanken in ihm auszusprechen. Ein Seufzer, der sich der Brust entwindet, erstarrt zu einem höhnenden Bilde, sehen wir ihn nach einem Monat; die Farben sind nach einem Monat längst zerflossen und verblichen, mit denen wir den Augenblick der Gegenwart

Digitized by Google

schildern; die große Zeit schüttelt ihr frisches, schillerndes Gewand, die Blumen, die hernieder fallen, sind nach vier Wochen längst verwelkt. Auch eine Woche ist lang! Der Wächter ist die einzige Zunge weit und breit um uns her, welche die treue und wahre Sprache des so lange gekränkten und stummen Volkes redet; es ist gierig nach diesen Klängen und eine Woche ist eine lange, lange Zeit. — Wir halten fest an dem Versprechen, wonach der Wächter täglich sein Auge aufschlagen und umher schauen soll im Lande des guten, biedern aber furchtbar vernachlässigten pommerschen Volkes.

Er wird tagtäglich genug zu sehen haben und wenn er weiß, daß er für ein armes, tief danieder liegendes Volk, das so lange gebüßt hat, was es niemals verschuldet, seine Sehkraft verwendet, dann wird ein süßer, reicher Lohn ihm nicht fehlen.

Es ist nicht nutzlos, was für die Rechte des Volkes gethan und gesprochen wird; auch in Pommern ist es nicht nutzlos. Die einfache, nie zu widerlegende Wahrheit, daß jeder Mensch menschlich wohlig leben muß, wenn das Staats gebäude, das eben gezimmert wird, und mag es mit noch so vielen Freiheiten ausgestattet sein, — eine sichere Wohnung für uns alle sein soll, diese Wahrheit, die jedem menschlich fühlenden, nicht im Uebergenuß verderbten Herzen keine friedliche und ruhige Stunde läßt, hat eine so unmittelbare und eindringliche Macht, daß sie in Pommern nicht minder klar verstanden und gefühlt wird, als in Frankreich. Soviel haben wir errungen, daß wir auf das Thor unseres Hauses „Freiheit“ schreiben dürfen, aber so lange wir nicht „Wohlhabenheit“ hinzusetzen können, so lange bleibt die schrankenloseste Freiheit eine Lüge, die uns alle schamroth machen soll. Mehr als in irgend einem Gaue des Deutschen Landes thut bei uns Bildung noth und es sollte sich kein Professor selbstgefällig auf sein Katheder setzen, so lange die Masse des Volkes in Stadt und auf dem Lande aller der Mittel entbehrt, durch die es über seine Lage und seine Rechte aufgeklärt werden könnte. Aber leider wissen wir längst, was von den deutschen Katheder-helden zu erwarten ist. Könnten sie die Zeit der Windstille wieder herauf beschwören, gewiß, es würde jeder 100 mittelalterliche Pergamentrollen, ohne aufzustehen, durchstöbern. Beranger, der alte, schwache, liebenswürdige Greis, ist ein Deutscher Professor geworden, ihm ist die stille, bescheidene Zurückgezogenheit lieber als die wogende Luft der Republik —: es ist süß mit ruhigem Auge aus der friedlichen Stube hinaus in den rosigen Morgen der jungen Welt zu blicken; aber es kostet die Stunden eines nutzlosen Schwärmers und es ist einst vielleicht bitter, ignorirt zu werden.

Unsere Stadt ist in diesen goldenen Tagen nicht unthätig; das Volk erhebt sich aus seiner all zu langen Ruhe auch ohne die Hülfe der sogenannten Gelehrten. Die Bürger schaaren sich zusammen, gründen Vereine zur Besprechung politischer Fragen, gründen einen Lesezirkel und so oft es an der Zeit ist, gehen sie zusammen zu einer Volksversammlung. Bei letztern bethätigen sich auch unsere Studenten und obwohl noch vor Kurzem der akademische Senat ein Todesurtheil gegen diese Missethäter und unreifen Weltenstürmer zu verhängen nicht übele Lust hatte, lassen sie sich doch nicht von dieser Thätigkeit abhalten. In einer solchen Versammlung, die dieser Tage statt fand, vereinigte man sich zu einem Proteste gegen den Akt des Landtags, wodurch derselbe die provisorische Wahl der Deputirten für das deutsche Parlament vornahm; sodann gegen die gemeinschaftlichen Schritte des Ministeriums und des Landtags, Mittel zur Unterstützung des Handels zu beschaffen; auch wurde die Ueberzeugung darin niedergelegt, daß es ungerecht sei, die aus öffentlichen Mitteln Unterstützten ihres Staatsbürgerthums zu berauben. Endlich wurde der Wunsch ausgedrückt, daß bei der Wahl der Deputirten für die bevorstehende Nationalversammlung Großjährigkeit hinreichen möge, um wählbar und wahlfähig zu sein. Der Protest wurde dem Ministerium übersandt. An demselben betheiligten sich natürlich nicht alle Bewohner unserer Stadt, indeß ist nicht schwer zu errathen, welche Klasse sich fern hielt. —

Bublitz in Hinterpommern.

(Tumult.) Der O. L.-G.-Assessor Herr Wiesner in Bublitz hatte am 26. März d. J. in seinem Wohnorte eine Sammlung für die Wittwen und Waisen der in Berlin gefallenen Freiheitskämpfer, einschließlich der Soldaten eröffnet. Dieser rühmenswerthe Akt der Menschen- und Nächstenliebe ist benutzt worden, in Bublitz Mißvergnügen zu erregen, das sich Freitag den 29 März in einem Tumult Luft machte. Mehr als 100 Menschen — Bürger sollen es gewesen sein — rotten sich auf dem Markte zusammen, ziehen auf das Rathhaus und verlangen stürmisch, mit Verwüstung und Blutvergießen drohend, von dem Bürgermeister Wesenberg ihre Beiträge zu jener Sammlung des O.-L.-G.-Assessor Wiesner zurück, weil das Geld für die Feinde des Königs bestimmt sei!! Herr Wiesner, der sich in dem Augenblick auf einem benachbarten

Digitized by Google

Gute befindet, eilt nach Bublitz zurück und erklärt dem Bürgermeister, daß er Jedermann, der es verlange, seinen Beitrag zurückgeben wolle. Nach der Versicherung des Bürgermeister ist dies bekannt gemacht, aber nur eine einzige Person hat ihren Beitrag von Herrn Assessor Wiesner wirklich zurückverlangt.

Was hat man von diesem Tumult und von den Bürgern in Bublitz zu denken, vorausgesetzt, daß sich wirklich Bürger dabei betheiligt haben, was ja der Herr Bürgermeister wissen muß, da er in dem keinen Bublitz Bürger und Nichtbürger wohl kennen wird.

Bereitwillig sind 61 Rtl. 19 Sgr. 4 Pf. zusammengebracht, was für Bublitz gewiß viel ist, da sich überdies Bürgermeister und Rath (mit einer Ausnahme), Geistlichkeit und Schule bei dieser Sammlung nicht betheiligt haben. Woher, von wem, von welcher Seite ist nun den Bürgern in Bublitz plötzlich die Meinung beigebracht: die Sammlung sei für die Feinde des Königs bestimmt; eine Sammlung, zu der sie erst so bereitwillig beigesteuert hatten. Das ist, mit Fallstaff zu reden, eine wohlaufzuwerfende Frage, die Bürgermeister und Rath in Bublitz zunächst zu beantworten haben. Wunder geschehen heute nicht mehr, eine überirdische Offenbarung kann also nicht statt gefunden haben. Wer also hat den Bürgern in Bublitz diese verkehrte Ansicht eingeredet? — Dem Herrn Regierungs-Präsidenten Fritsche scheint der Grund der Mißstimmung darin zu liegen, „daß der militärischen Treue und dem Gehorsam der von ihren Oberen in den Kampf geführten Truppen (in der Aufforderung zur Sammlung) nicht rühmlich genug erwähnt worden ist", indeß, abgesehen davon, ob jene Aufforderung der passende Ort zu dergleichen, wie ist diese Einsicht und die Mißstimmung darüber mit einem Male, plötzlich, den Bublitzern gleichsam über Nacht, im Schlafe gekommen, nachdem sie anfangs ruhig und freiwillig ihren Beitrag gezahlt? Erklärt mir diesen Widerspruch. Nebenbei erscheinen die Bublitzer als ziemlich charakterschwache, leichtgläubige, leicht verführbare, lenksame Menschen. Was sie heute gethan, ist ihnen Morgen wieder leid. Heute steuern sie freiwillig zu einer milden Sammlung, — morgen verlangen sie ihren Beitrag unter Drohungen zurück und als Jedem der Beitrag zurückgegeben werden soll, findet sich ein Einziger, der ihn wirklich zurücknimmt. Dies Schwanken, durch das sich die Bublitzer lächerlich machen würden, wäre der Gegenstand nicht zu ernst, beweist klar und deutlich, daß die Aufregung eine künstlich hervorgerufene. Bürgerliche Eintracht und Ordnung sind auf diese Weise in Bublitz gestört. Ob die zur Erhaltung derselben zunächst Verpflichteten ihre Schuldigkeit gethan, können wir nicht beurtheilen, daß aber setzen wir voraus, daß von dieser Seite Ruhestörungen nicht unvorsichtig Vorschub geleistet ist.

Um ferneren Ausbrüchen von blindem Fanatismus in Hinterpommern vorzubeugen, wäre eine Aufforderung der hohen vorgesetzten Behörden wünschenswerth! indeß scheint es dem Herrn Regierungs-Präsidenten Fritsche in Köslin nicht nöthig irgend eine öffentliche Ermahnung zur Ruhe zu erlassen, weil eine solche schädlich wirkt, ein auffallender Beweis von geringem Vertrauen zu dem Einfluß und der Amtsautorität der Behörden. Ebenso hat der Herr Präsident die Annahme und Absendung der für die Wittwen und Waisen der Gefallenen veranstalteten Sammlung abgelehnt.

Regenwalde, den 9. April.

Heute fand hier ebenfalls ein Trauergottesdienst für die in Berlin Gefallenen Statt; d. h. der hiesige Superintendent eröffnete nach der Predigt und den übrigen üblichen Danksagungen und Verkündigungen der Gemeinde, daß ihn das Konsistorium zu diesem Trauergottesdienste veranlaßt habe, worauf er dann einige Worte dieser Art sprach, und allein vornämlich das ruhmwürdige Benehmen des Militairs hervorhob — Sie! Ueber diese Art und Weise, den Wünschen einer ganzen Gemeinde nachzukommen, herrscht eine allgemeine Entrüstung, und es verlautet daß die Stadtverordneten-Versammlung in einer noch Vormittags abgehaltenen Sitzung beschlossen habe, wiederholt einen anderen ordentlichen Trauergottesdienst von einem anderen Prediger veranstaltet zu verlangen, und überhaupt die Besetzung dieser Stelle durch einen andern weniger zelottischen und der Gemeinde wohlgefälligeren Mann zu beantragen. — v. Bülow-Cummerow ist Patron der hiesigen Kirche! Auch das Patronatsrecht gebört zu den Vorrechten, deren Abschaffung Recht und Billigkeit gebieterisch verlangen, denn es ist doch wahrlich traurig, daß eine Person befugt ist einer ganzen Gemeinde von über 3000 Seelen einen Seelsorger zu bestimmen, der oft nicht die Liebe und das Vertrauen seiner Pfarrkinder besitzt. — Dem Vernehmen nach wollen hier mehrere Bürger auf Oeffentlichkeit der hiesigen Stadtverordnetenversammlungen antragen. — Gottlob! die Indifferenz beginnt ja auch hier einem regeren Interesse für die bürgerlichen Angelegenheiten zu weichen! —

Digitized by Google

In Polzin sollen ebenfalls Unruhen der Arbeiterklasse stattgefunden haben und von dem dortigen Apotheker von den Tumultuanten 50 Thlr. erpreßt worden sein. Das freilich kein schätzenswerther Beitrag zu den Bestrebungen nach freierer Verfassung, aber ein neuer Fingerzeig für die Arbeitsgeber dem Arbeiter einen verhältnißmäßigeren Antheil am Gewinne einzuräumen. Wenn es der ländliche Arbeiter nicht zu einem höheren Verdienste als 5 — 7½ Silbergroschen täglich bringen kann, dann sind solche Uebergriffe über die Grenzen der gesellschaftlichen Ordnung nicht allzusehr zu verwundern. Es ist dies aber auch eine neue dringende Aufforderung an alle Gebildeten des Volkes, und insbesondere an die Geistlichkeit, die untere Volksklasse über das, was die Bewegung der Gegenwart erstrebt aufzuklären, und Aufrufe, wie die des würdigen Pastors Danhauer in Stramehl bei Labes werden daher gewiß von jedem, der den kräftigen Fortschritt in den Grenzen der Ruhe und Ordnung liebt, mit freudiger Anerkennung begrüßt werden.

Danzig.

(Konstitutioneller Klub.) Eine von Kaufleuten und Fabrikanten, von Räthen aller Art, von Justiz-, Kommerzien- und Regierungsräthen unterzeichnete Aufforderung, mit einem politischen Glaubensbekenntniß begleitet und durch die öffentlichen Blätter zur allgemeinen Kunde gebracht, berief zur Gründung eines konstitutionellen Klubs in Danzig auf Dienstag 4. April. Gegen 1500 Einwohner hatten sich in Folge dieser Aufforderung am Abend des 4. April in dem Hotel du Nord versammelt. Viele Gesinnungsgenossen mußten zurückkehren, weil die überfüllten Räume nicht mehr Personen fassen konnten. Der Verein konstituirte sich ohne mit langweiligen und unbedeutenden Redensarten viel Zeit zu verlieren, indem er das von dem provisorischen Komitée bekannt gemachte Glaubensbekenntniß annahm und es jedem Gesinnungsgenossen, der beitreten wollte, überließ, sich zu einem monatlichen Beitrag — sei er auch noch so klein — zu verpflichten. Dann ging man zu Thaten über. Zwei Adressen, an den Minister Präsidenten Camphausen und an die Abgeordneten deutscher Nation in Frankfurt, wurden beschlossen. Eine dritte von Herrn v Rottenburg beantragte an sämmtliche Städte und Ortschaften Westpreußens, um die Bewohner deutscher und polnischer Zunge über die in Danzig, der Hauptstadt Westpreußens, herrschende Gesinnung zu unterrichten, fand zwar in der Versammlung Beifall, doch schien der vorgelegte Entwurf der Versammlung nicht geeignet. Das Komitée wurde mit Abfassung dieser Adresse beauftragt, die nicht nur durch die Danziger Zeitung, sondern durch einen besondern deutschen und polnischen Abdruck gerade unter den Bewohnern der Städte und des Landes, für die sie bestimmt ist, verbreitet werden soll.—Solches hat der konstitutionelle Klub der Hauptstadt Westpreußens in seiner ersten Sitzung am 4. April vollbracht und was hat man in der Hauptstadt Pommerns unterdeß gethan und vollbracht? Man hat es nach vielen leeren, langweiligen, überflüssigen Redensarten bis zu einem konstitutionellen Klub gebracht.

Stettin.

(Bürgerverein. Politischer Klub.) Was wir längst vorausgesagt, was nothwendig geschehen mußte, ist geschehen. Der Stettiner Bürgerverein ist am Donnerstag voriger Woche still und lautlos verschieden, und ohne Sang und Klang, ohne daß ein Schmerzensruf laut geworden, zu Grabe getragen. Der Stettiner Bürgerverein ist verschieden, weil er — ein alter abgelebter Greis — in der neuen Zeit nicht zu leben wußte, weil er nichts zu leben hatte, — weil ihm kein Gegenstand zur Berathung vorlag! Aus Mangel an Theilnahme ist er dem geistigen Hungertode erlegen.

Dieser Todesfall in einer Zeit, wo an andern Orten, auch hier im Osten, in Danzig, Elbing, Greifswald ꝛc, Bürgerversammlungen, Volksversammlungen entstehen, durch die junge Freiheit hervorgerufen, bezeichnet recht schlagend den tiefen Standpunkt des politischen Bewußtseins, die niedrige Stufe politischer Bildung der Stettiner, die in ihrem Bürgerverein keine Gelehrten haben wollten, und ihren Bürgerverein, weil es an Stoff zur Diskussion fehlt, auflösen. Die Weltgeschichte ist spurlos an diesem Verein vorübergegangen, denn gerade jetzt ist es Zeit sich zu vereinen, sich zu versammeln, wo so Vieles sich neugestalten soll, jetzt, nachdem Preußen aufgehört hat, ein Polizeistaat zu sein.

Die Minister des Königs wollen und dürfen nicht mehr eigenmächtig, nach Willkür, sondern nur unter Beirath, Mitwirkung und Zustimmung der Nation regieren Dazu ist erforderlich, daß die Nation in ihren verschiedenen Kreisen sich frei ausspreche, daß sich jeder klar mache, was und wie es zu erstreben. Die Preßfreiheit und das natürliche Recht freier Männer sich zu versammeln, um sich zu berathen, sich zu besprechen, sich zu vereinigen ist der preußischen Nation gewährt. Der Bürgerverein hat mit diesen Gewäh-

Digitized by Google

rungen nichts anzufangen gewußt und er hat Recht daran gethan sich aufzulösen.

Anders denkt der Nordklub, der sich in diesen Tagen in einen politischen Klub umgestaltet, nachdem die entgegenstehenden Bedenklichkeiten beseitigt. Die erste zu diesem Zwecke veranstaltete Generalversammlung des Nordklubs eröffnete Herr Dr. Stahr mit einem sehr gediegenen Vortrage. Gegen die Umwandlung oder vielmehr gegen die Berechtigung durch Beschluß der Majorität den bisherigen Zeitungsklub in einen politischen Klub, nicht gegen die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit eines politischen Klubs, stimmte eine Minorität von 20 Mitgliedern, die indeß der Mehrzahl nach, wie gesagt, nur formelle Bedenken hatte. Diese mögen mehrere der anwesenden Mitglieder getheilt haben, die aber nach der von Herrn v Eisenhart erhobenen Opposition gegen den Vorschlag, und nachdem Herr Dr. Zacharia durch unermüdliches Reden und Wiederergreifen des Wortes die Hörer ermüdet hatte, ihre Bedenken nicht geltend machen wollten. In einer zweiten Generalversammlung Montag am 10. April tritt man sich über das Programm. Mit wichtiger Miene stritt man über Unerhebliches, das Wohl und Wehe Stettins schien gefährdet und auf dem Spiele zu stehen bei Annahme des von Herrn Dr. Stahr proponierten Elberfelder, das durch 5 in Vorschlag gebrachte Amendements verbessert werden sollte. Indeß wurde der ursprüngliche Vorschlag des Hrn. Dr. Stahr:

1. Begründung der konstitutionellen Monarchie und Fortbildung der konstitutionellen Verfassung, beides im Sinne der dem Wesen dieser Verfassung nach möglichen Volksberechtigung;
2. Erstrebung eines in sich und nach außen einigen Deutschlands;

mit 47 gegen 24 Stimmen angenommen. Der Stettiner Liberalismus der Vergangenheit, aus der Zeit des Polizeistaats, schauderte über das Wort „Volksberechtigung," das zu Verdächtigungen veranlassen würde, während die Erstrebung der Einheit Deutschlands, dem Stettiner, wie Bewußtsein der Pommern überhaupt fremd, eine unbekannte Größe, Mißdeutungen und Befremden hervorrufen werde.

Ref. hält die eilige Umgestaltung des Nordklubs in einen politischen Klub nicht gerechtfertigt. Manches Mitglied des Nordklubs wird es heute noch nicht wissen, daß er Mitglied eines politischen Klubs geworden. Er hält die Umgestaltung des Nordklubs in einen konstitutionellen Klub überdieß für einen Mißgriff. Er hat dessenungeachtet nicht gegen den einmal gestellten Antrag gestimmt, weil man im politischen Leben seine Ansichten in unbedeutenden Dingen denen seiner politischen Freunde unterordnen muß, weil er, überzeugt von der Nothwendigkeit eines politischen Klubs in Stettin, dessen Begründung nicht verzögert wissen wollte. Nicht zu billigen ist es, daß man das Publikum mit solchen Anträgen gleichsam überfällt, wünschenswerth ist es, daß man sich mehr daran gewöhnt, durch die Presse mit dergleichen Vorschlägen in die Oeffentlichkeit hinauszutreten. Ein Mißgriff ist es, daß man die Gründung eines politischen Klubs in Stettin in die geschlossenen Räume des Nordklubs verlegt, daß man einen politischen Klub nur für die gewissermaßen (freilich wider ihren Willen) exklusive Gesellschaft des Nordklubs gestiftet, für diejenigen, die jährlich 4 Rtlr. zahlen können.

In Danzig war die erste Sitzung des konstitutionellen Klubs von ca. 1500 Personen besucht; in Stettin, wo man sich in die geheiligten Hallen einer geschlossenen Gesellschaft zurückgezogen, um einen politischen Klub zu konstituiren, waren bei der Abstimmung 71 Personen zugegen, die gewöhnlichen Stammgäste des Nordklubs: von dem Handelsstande war verhältnißmäßig wenig zu sehen, von „Bürger und Meister", von der großen Schaar der Commis gar nichts. Offenbar ist es ein Uebelstand, wenn der politische Klub nur die Stammgäste des Nordklubs umfaßt; ein Beitrag von 4 Thlr. jährlich muß aber Männer aus jenen Regionen, wo politische Aufklärung und geistige Anregung besonders nothwendig, zurückschrecken. Die Folge wird sein, daß der Nordklub einen politischen Klub für die sogenannte gute Gesellschaft d. h. für diejenigen, die jährlich 4 Thlr. zahlen, bildet, daß aber für Minderbegüterte andere, wohlfeilere politische Vereine entstehen; eine Spaltung, die beklagenswerth, die bei der im Nordklub vorhandenen Intelligenz, die den übrigen Vereinen entzogen ist, nachtheilig auf die Entwickelung des politischen Bewußtseins in Stettin einwirken muß. Indem sich der Nordklub absperrt, werden andere auf den Mittelstand Einfluß zu gewinnen suchen. Dagegen ist nur ein Ausweg: der Nordklub konstituire schleunigst eine **besondere politische Sektion** mit sehr geringem Beitrag, so daß der Eintritt Jedermann möglich wird.

Nachträglich erfahren wir, daß am 13. c. in der Heiligengeiststraße im Wachtlerschen Hause eine Besprechung zur Gründung eines Vereins zur Unterhaltung und Belehrung, angeregt durch Herrn Th. H. Schröder und Herrn Buchhalter Hesse Statt gefunden. Es soll jeder großjährige unbescholtene Staatsbürger Mitglied werden können. Ueber die

Digitized by Google

Richtung dieses zugründenden Vereins scheint man noch nicht im Klaren zu sein, oder man will damit zurückhalten; die Einladung zu der Versammlung ließ darüber ungewiß.

(Die Stettiner Zeitung in ihrer tiefsten Erniedrigung.) Mitunter kann man auf die Stettiner Zeitung den Fidelvers anwenden:

Der Affe gar possirlich ist,
Zumal wenn er vom Apfel frißt.

Die Stettiner Zeitung übernimmt mitunter die Rolle der komischen Person z. B. wenn sie ganz ernsthaft andeutet, die Berliner hätten durch die jüngsten Ereignisse die Achtung und Liebe im deutschen Norden und Süden eingebüßt. Muß man nicht lachen, wenn die Stettinerin in einer ihrer Kapucinaden ihren Lesern, auf deren Einfalt bauend, vorreden will: »Freiheit und Nationalität« seien schönklingende Worte, welche die Jesui en im Munde führten, »Volkssouveränität« sei ein allbekanntes Jesuitenschild. Dergleichen Verdächtigungen, Verdrehungen und Entstellungen sind — weil zu plump — nur lächerlich, nicht aber gefährlich. — Unverschämt aber wird die Stettinerin, wenn sie sich zum Organ Pommerns aufwirft und die Rückkehr des Prinzen von Preußen nach Stettin verlangt Eine Taktlosigkeit, eine Provokation, die in Stettin allgemein nur laut gemißbilligt wird, da jeder Vernünftige einsehen muß, daß die Person Sr. Königl. Hoheit nicht eher wieder in die Tagesdebatte hineingezerrt werde, bis Narben verharrscht, Mißverständnisse aufgeklärt. Aber die Stettiner Zeitung (es versteht sich, daß sie für die Eingesandt, die sie abdruckt, mit verantwortlich ist) gefällt sich darin, die Drachensaat des Unfriedens, des Mißtrauens zu säen, die Einheit Deutschlands zu verhöhnen, den Werth der eben errungenen Güter zu verdächtigen, das Erwachen des bürgerlichen Selbstbewußtseins, das Gefühl der bürgerlichen Mündigkeit zu verspotten, das was die Besseren und Edleren des Volkes lieben und achten, in den Koth zu treten. Sie tischt ihren Lesern die konfusen Träume eines Dr. Meinhold auf, der sich über die deutsche Kokarde, über das »Gesetzmacher-Handwerk der Meister und Gesellen lustig macht, der die verwegenen Buben »stottern«, die Legitimisten in seinen Fieberphantasien von »todtschlagen, sengen und brennen« reden läßt und darin Recht hat, daß er, der Dr. Meinhold zum Gesetzgeber nicht taugt. Wie wenig Anklang dergleichen von Lakaiengesinnung zeugende Phantasiestücke bei dem gesunden Sinn der Stettiner finden, sehen wir aus der einfachen und würdigen Replik des Zimmermeisters Herrn Naumann. Empörend aber ist die Gesinnung, die unserer Landwehr in dem pommerschen Landwehrliede in den Worten:

»Wenn sie uns fallen in die Hand,
Da schützt sie kein dreifarbig Band,«

so wie die Verhöhnung Königlicher Anordnungen als »eitler Tand« in den Mund gelegt wird.

(Stadtverordnetenwahlen.) Die jüngsten Stadtverordnetenwahlen haben, wofür schon die bisherige Zusammensetzung der Stadtv. spricht, den unzweifelhaften Beweis geliefert, daß das liberale Element in hiesiger Bürgerschaft vorherrscht. Die Konservativen in Staat und Kirche sind nicht wiedergewählt, weil ihre politischen und religiösen Ansichten mit der überwiegenden Mehrzahl der Wähler disharmoniren. Auch Herr Brehmer ist nicht wiedergewählt. Aus Ueberzeugung bekämpfen wir des Herrn Brehmer politische und religiöse Ueberzeugungen, Ansichten und Grundsätze. Unser Kampf gegen die von Herrn Brehmer vertretenen Prinzipien darf uns nicht abhalten, des Herrn Brehmer Bemühungen und Verdienste für das Gemeinwohl anzuerkennen, Herrn Brehmer, der den Muth hat, eine eigene, der Mehrzahl seiner Mitbürger mißfällige Ueberzeugung offen auszusprechen — was nicht jedermann wagt — persönlich zu achten. Hr. Brehmer hat sich redlich bemüht, seine Ansichten und Grundsätze zur Anerkennung und Geltung zu bringen, er hat es nicht gescheut, in die Höhlen des Jammers, in die Gemächer des Unglücks zu dringen, er hat mit rühmenswerthem Eifer, mit anerkennenswerther Thätigkeit seinen Verpflichtungen als Stadtverordneter zu entsprechen gesucht. Sein Eifer, seine Thätigkeit für das Wohl seiner Mitbürger, für das, was er für das Richtige und Wahre erkannt, sein uneigennütziges Streben, dem Gemeinwesen zu dienen, zu nützen, verdienen Anerkennung und Dank. Wir triumphiren nicht schadenfroh über Hrn. Brehmers Fall; im Gegentheil wünschen wir, daß Alle mit derselben Bereitwilligkeit den beschwerlichen zeitraubenden Verpflichtungen eines Stadtverordneten zu entsprechen suchen.

(Schwarz-roth-gold von der Kanzel herab in den Bann gethan.) In der Kirche zu Frauendorf bei Stettin donnert der Geistliche von der Kanzel herab gegen die neue Zeit und die junge Freiheit und erklärt den Bauern die Farben des von Sr. Majestät aufgepflanzten deutschen Reichsbanners dahin: Schwarz bedeute die Trauer, die über sie kommen werde, roth das Blut, das man vergießen werde und golden bedeute das Geld,

Digitized by Google

das man ihnen, den Bauern, abnehmen werde. Indeß sollen die Bauern, von den Worten und Wirken ihres Geistlichen nicht sonderlich erbaut, sich sehr ungläubig zeigen und das neue Evangelium ihres Seelenhirten mit Mißtrauen aufnehmen.

(Glaubenseifer.) Es ist nicht mehr Zeit, sagt die Spenersche, daß die Kultusminister den Geistlichen, Lehrern und Beamten die Glaubensbekenntnisse abnehmen, nicht mehr Zeit, die Regierungsorgane in den Debatten über die Trinität und die »Höllenfahrt« hineinzuziehen. es wird vielleicht nicht wieder vorkommen, daß der Kultusminister einen Kommissar nach einer Provinzial-Hauptstadt (nach Stettin) abschickt, um die sämmtlichen Lehrer eines Gymnasii über ihre Rechtgläubigkeit examiniren zu lassen und sie als Rationalisten vom Amte suspendirt! — es wird vielleicht nie wieder vorkommen, (und käme es vor, so wären wir des Genusses freier Institutionen nicht werth) daß Anstalten getroffen werden, der Schule statt der wissenschaftlichen die religiöse Bildung aufzupfropfen. So weit die Spenersche. Doch ist etwas der Art zur Erhaltung des des wahren, des rechten Glaubens vorgekommen, und zwar hier in Stettin, wo Herr Regierungs-Schulrath Giesebrecht von dem Herrn Direktor Hasselbach noch kürzlich verlangte, daß der Religionsunterricht in den untern Klassen des hiesigen Gymnasii den bisherigen Lehrern abgenommen und einem von dem Schulrath vorgeschlagenen angehenden Kandidaten, als mehr und besser dazu befähigt, überwiesen werde. Das heißt, die Lehrer absichtlich bei ihren Schülern diskreditiren.

(Eingesandt.) Die groben Mißbräuche, welche der jetzige interimistische Ober-Aufseher, sogenannte »Inspektor,« der frühere Feldwebel Köhne sich gegen die Gefangenen erlaubt, verdienen gewiß eine Rüge. Vor Kurzem ließ derselbe einem Gefangenen aus eigener Machtvollkommenheit und ohne weitere Anfrage bei den vorgesetzten Behörden gethan zu haben, 5 Peitschenhiebe deshalb appliciren, weil er in der Zelle desselben einen Bleistift fand. Ist es nicht empörend, dergl an Jemand ausgeübt zu sehen, der noch im Besitz der Ehrenrechte des Bürgers steht? Die Frivolität dieses Feldwebels geht so weit, daß nach einem Verweise des hochgeachteten Kriminalrichters, Land- u. Stadtger-Raths Nobiling: es sei unschicklich, mit brennender Pfeife in die Zellen der Gefangenen zu gehen, derselbe sich gegen die andern Aufseher äußerte: »Was will denn so ein Mann? ich bin Magistratsbeamter und was ist er denn mehr?« Derselbe hat dem Magistrat sogar die Proposition gestellt, daß wenn ein ihm mißfälliger Aufseher nicht entlassen würde, er gehen würde; welch ein Unglück für die Stadt! Möchten doch dergl Beamte sofort entlassen werden; dies die Bitte an einen Wohllöbl. Magistrat.

Der „Wächter an der Ostsee“ erscheint jetzt wöchentlich einmal, und ist durch alle löbl. Buchhandlungen und kgl. preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pro Semester zu beziehen.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T Bagmihl) in Stettin,
große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

Wochenschrift

für öffentliches Leben der deutschen Ostseeländer.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 6.

Inhalt: Die Wahlen. Wen müssen wir nicht wählen? Wen müssen wir zur Frankfurter Versammlung wählen? An die Wähler des Stolper Kreises. Posen und Polen. Berichte.

Die Wahlen.

Als die dritte französische Revolution begann, am 22. Febr., schrieb ein Sohn des Pommerlandes, Arnold Ruge, ein Seher in die Zukunft, im prophetischen Geiste einen „politischen Brief an die Deutschen," worin er seinen deutschen Mitbürgern zuruft: „Der neue Geist, der unabwendbar über Euch kommt, wird selbst die schwierigen und widerhaarigen Formen Deutschlands in seinen Dienst nehmen. Die einzelnen Staaten werden sehr bald eine unglaubliche Liebenswürdigkeit und Verjüngungsfähigkeit an den Tag legen, weil in allen so viel junge Leute, die gute Gedanken in Petto haben. Dann aber, nach der Verjüngung, wenn wir erst jeden Preußen als Bruder umarmen können, ohne uns zu fürchten, daß er uns statt in die Rathsversammlung in den Bürgergehorsam führt, dann wird ein allerliebster deutscher Bund entstehen. Aber jetzt, meine verehrten Mitbürger, ist es noch nicht an der Zeit, die altdeutschen Preußen und die noch älter deutschen Oesterreicher sind noch zu weit zurück, und Ihr wißt, daß auf sie Alles ankommt; man muß ihnen Zeit lassen sich zu sammeln und zu besinnen. Unterdessen wirken die Ereignisse zu einer gesunden Ansicht der Dinge. Die Oesterreicher befinden sich in einer bedrängten Lage und werden die alte Soldaten- und Polizeiherrschaft nicht lange mehr bezahlen können. Es ist daher zu vermuthen, daß sie in sich gehen, ehe sie zu Grunde gehen. Und die Preußen sind ja so intelligent, daß sie gewiß die weisesten Pläne schon im Kopfe haben, um aus all ihren Verlegenheiten herauszukommen. Sie haben Krakau den Oesterreichern geschenkt. Sie haben Schlesien einer Idee geopfert. Ja, und im äußersten Fall, wenn das deutsche Vaterland, das sie mit Hingebung lieben, nicht anders gerettet werden könnte, sie würden sich selbst abschaffen."

Wunderbar schnell ist geschehen, was Ruge, der biedere Pommer, verkündete. Die alte Soldaten- und Polizeiherrschaft ist in ganz Deutschland gestürzt, denn die Idee des Jahrhunderts ist unwiderstehlich, ist mächtiger, als Kanonen und Bajonette. Durch den Sturm der Revolution ist der Despotismus gestürzt, gestürzt durch das Volk. Die freie Staatsform ist auch dem deutschen Volke gesichert. Preußen geht fortan in Deutschland auf. Die Zeit, den deutschen Bund zu reformiren, ist da. Die Radikalreform beginnt in ganz Deutschland. Wir sollen Abgeordnete wählen für die konstituirende preußische Nationalversammlung und für das deutsche Volksparlament in Frankfurt. Wir, die wir noch weit zurück sein sollen, haben

Digitized by Google

wenig Zeit uns zu sammeln, uns zu besinnen. Desto eifriger müssen wir, damit wir nicht zurückbleiben, die kurze Zeit benutzen, um durch die Presse, durch Wahlmanifeste und in Volksversammlungen darüber zur Klarheit zu kommen, was die deutsche Nation erstrebt, was wir wollen und wen wir zu wählen haben. Benutzen wir das Recht der Versammlung, der Vereinigung.

Durch unsere Abgeordnete wird Preußens, wird Deutschlands künftige Verfassung in Berlin und in Frankfurt festgestellt werden. Beide Versammlungen sind konstituirende; ihre Bestimmung ist nicht Berathung und Vertretung von Lokal- und Provinzialinteressen, sondern Feststellung der zum Wohl Preußens, zum Wohl des gesammten Deutschlands nothwendigen Verfassung auf breitester Grundlage. Der Bau wird nur dann von Dauer sein, wenn er wirklich auf breiter Grundlage ruht, denn der unerschütterliche Pfeiler jedes Thrones ist der Wille wirklich freier Menschen. Die Versammlung in Frankfurt ist für die Gestaltung unserer Zukunft ebenso wichtig, wie die in Berlin. Wir dürfen nicht sagen, wie gesagt ist: wählen wir, die Bewohner einer Handelsstadt, für Berlin einen Kaufmann, für Frankfurt ist ein Jurist gut genug, denn Stettiner oder Pasewalker Lokalinteressen kommen zunächst nicht in Betracht. Wir müssen den Lokalbürgerrock ausziehen, von dem Stande absehen und für Berlin wie für Frankfurt allemal die Tüchtigsten wählen, die herauszufinden Aufgabe der Wahlmänner. Hüten wir uns aber bei den Wahlen vor den Wölfen in Schafskleidern, vor den heuchlerischen Pharisäern, die nicht müde werden, die Zeit und die errungenen Güter zu verdächtigen, zu verketzern, die die Freiheit und die zeitgemäße Entwickelung nicht aufrichtig wollen, die als Götzendiener des Absolutismus den Fortschritt fürchten, und die Gefahr einer „Republik" als Popanz gebrauchen, um uns Furcht einzujagen. Hüten wir uns vor den Absolutisten, vor den Ultraroyalisten, vor den Muckern, die sämmtlich kein Herz für des Volkes Rechte haben. Hüten wir uns vor den Anhängern des Patrimonialstaates, des Feudalwesens, denen die gleiche Berechtigung Aller ein Greuel, die mit Bestürzung sehen, daß ihr Reich, ihre Herrschaft, ihre Gewalt zu Ende geht. — Wirken wir auf die bisher bevormundete Masse. Für seine Ueberzeugung, für die Freiheit Propaganda zu machen, ist jedes redlichen Mannes Pflicht.

Wen dürfen wir nicht wählen?

Mancher Stock-Aristokrat und Ultraroyalist bejammert noch heute, „daß nicht mehr Bomben und Granaten unter die Canaille geschmettert sind; daß nicht das Militair, nachdem es aus der Stadt gezogen, dieselbe mit Sturm genommen und dem Erdboden gleich gemacht habe." Sie preisen es als einen Akt der Gnade, daß Berlin nicht in Trümmern liegt, sie knirschen wuthentbrannt über den Sieg der Freiheit. Solche Menschen, unfähig ihre Zeit und das Volk zu verstehen, die offenen und entschiedenen Feinde, wie die heimlichen Gegner der „Konstitution", die ihren Widerwillen gegen die so eben errungene Freiheit offen aussprechen, sind des Vertrauens ihrer Mitbürger unwürdig. Wie groß aber der Haß und in welchen Regionen er sich findet, welche Männer wir also nicht wählen dürfen, darüber belehrt uns eine Mittheilung des Herrn Pastor Pfeiffer in Adamsdorf in der Stargarder Bürgerzeitung:

„Von Berlin zurückgekehrt höre ich, daß ein übertriebenes Gerücht von einem mich persönlich betreffenden Vorfall in hiesiger Gegend verbreitet wird; ich sehe

mich daher veranlaßt, denselben der Wahrheit gemäß, hiermit der Oeffentlichkeit zu übergeben."

„Als die erste dunkle Kunde von den blutigen Ereignissen in Berlin zu mir drang, begab ich mich sogleich in großer Sorge um die Meinigen dorthin. Im Bahnhof zu Dölitz angekommen, trat ich in das dortige Passagierzimmer. Nicht lange nachher kommen die Herren v. Osten auf Schönow, v. Winterfeld auf Trampe mit dem Banhofinspektor herein. Ihr Gespräch, an dem ich keinen Theil nehmen mochte, wendete sich auf die Nachrichten aus Berlin, und als von den Hunderten der Gefallenen gesprochen wurde, äußerte einer: Das sind noch lange nicht genug, wenn's nur die Rechten sind. Darauf fragten sie mich, ob ich nichts Bestimmteres erfahren. „Leider", erwiederte ich, „ist allerdings viel Blut vergossen, was wohl hätte vermieden werden können." „Ja wohl," meinte Herr v. Osten, „wenn man nicht so lange gewartet und früher mit Kartätschen auf den Pöbel geschossen hätte!" „Oder vielmehr," antwortete ich, aufs Höchste indignirt, „wenn man die Konzessionen früher gemacht hätte, früher auf die Wünsche des Volks gehört, die man jetzt doch bewilligt hat; wenn man dem Lande die Konstitution, die man früher in der Zeit der Gefahr für nothwendig erkannt und versprochen hatte, rechtzeitig gegeben, und sie ihm nicht von Jahr zu Jahr vorenthalten hätte." Darauf nun nahm Herr v. Osten eine heroische Stellung ein und fragte wüthend: „Wünschen sie auch eine Konstitution?" — „Ich wünsche sie nicht nur," war meine Antwort, „sondern weiß auch, daß wir sie über Nacht bekommen haben." „Herr!" rief nun der Edelmann, „so sind sie ein Hundsfott, wie Jeder, der eine Konstitution verlangt. Das sind Alles Kerle, die nichts besitzen, und die todtgeschlagen werden müssen. Sie sind auch so ein Kerl, der nichts besitzt. Die Pfaffen müssen zuerst ran, müssen alle zuerst todtgeschlagen werden. Die größeren Städte müssen mit Kanonen niedergeschossen werden; sie sind der Krebsschaden unsers Landes, weil sich da Armuth und Gesindel sammelt." Ich entgegnete ihm nur, daß ich ihm seine Privatansicht in Betreff meiner Person gern überließe, mich selbst aber eigentlich zu den Pfaffen nicht zählen könnte, mir also auch vielleicht das Leben noch geschenkt werden dürfte. Allerdings besitze ich kein äußeres Hab' und Gut; aber es giebt einen höheren Besitz als diesen materiellen, die Intelligenz, und in dieser Beziehung gestehe ich offen, daß ich lieber der Prediger Pfeiffer in Adamsdorf bin, als der Herr v. Osten auf Schönow. — Uebrigens überlasse ich jene Aeußerung in Betreff meiner und meines Standes jedem Einsichtsvollen und Gebildeten zur Beurtheilung. Was aber würde aus dem Zustande unseres Landes werden, was aus aller Civilisation, wenn jene mittelalterliche Ansicht dieser Herren zur Herrschaft gelangte? Wohin sollten die Armen flüchten, deren einziges Verbrechen ist, nichts zu besitzen; ja selbst der Bürgerstand, durch ehrenvollen Fleiß im Handel und Gewerbe jetzt so blühend, hätte unausbleiblich seine Vernichtung zu erwarten; seine Städte sollen ja niedergeschossen und verbrannt werden."

Wen müssen wir zur Frankfurter Versammlung wählen?*)

Lauter neue Menschen, keinen Einzigen aus der alten despotischen Wirthschaft. Hütet euch vor den Beamten, sie können nicht frei denken, sie können nicht frei sein wollen.

*) Gilt natürlich auch für die Wahlen zur Berliner Versammlung.

Digitized by Google

Hütet euch vor den Professoren; unter den Beamten sind sie die allerschädlichsten, sie haben die Knechtschaft in ein System gebracht, sie sind aus Doctrin und Ueberzeugung für alle Unvernunft. Sie können die gegenwärtige Zeit unmöglich begreifen; sie müßten ja Alles vergessen, was sie gelernt und gelehrt haben.

Hütet euch vor den Advokaten. Sie sind gewohnt, selbst den Teufel zu vertheidigen, wenn er sie bezahlt, und sie sind verderbt durch ihre küchenlateinische Aberweisheit, oder sie sind keine Advokaten mehr.

Hütet euch vor den Geistlichen. Ihr Amt ist nicht von dieser Welt: sie werden selten zu brauchen sein.

Wählt lauter Männer des Volks. Scheut euch nicht, sie aus dem Volke selbst zu nehmen. Seht darauf, daß sie nicht zu alt sind. Das Alter ist die schlimmste Krankheit, und selbst die ehrwürdigsten Alten, wie Jahn, Arndt, Welcker, sind unfähig, sich unserer großen Zeit ganz und kühn hinzugeben.

Wählt Niemand, der sich nicht zu dem souverainen Parlament und zu seinem permanenten Ausschuß ausdrücklich verpflichtet; denn dies ist der Hauptpunkt, aus dem alles Andere von selbst folgt.

In Ansehung Alles dessen, was ein so konstituirtes Deutschland zum Gesetz erheben muß, stimmen wir überein mit dem, was in Frankfurt als die Rechte des deutschen Volks von einer Anzahl unserer Freunde proklamirt wurde. Wir wiederholen es:

»Sicherheit des Eigenthums und der Person, Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle ohne Unterschied der Geburt, des Standes und des Glaubens ist das Ziel, nach welchem das deutsche Volk strebt. Die Mittel zu demselben zu gelangen, sind:

1) Aufhebung der stehenden Soldatenheere und Verschmelzung derselben mit der Bürgerwehr zum Behufe der Bildung einer wahren, alle waffenfähigen Männer umfassenden Volkswehr

2) Aufhebung der stehenden Heere von Beamten und Ersetzung durch eine wohlfeile Regierung, welche aus freigewählten Volksmännern besteht.

3) Abschaffung der stehenden Heere von Abgaben, welche an dem Marke des Volkes zehren, insbesondere aller derjenigen Abgaben, welche den innern Verkehr Deutschlands hemmen, Binnenzölle und Schiffahrtsabgaben, welche die Landwirthschaft drücken, Zehnten, Gülten, Frohnden u. s. w., welche die Gewerbe belasten, Gewerbsteuer, Accise u. s. w. und Ersetzen derselben a) durch eine Einkommens- und Vermögenssteuer, bei welcher der nothwendige Lebensunterhalt frei von allen Abgaben verbleibt; b) durch einen an den Grenzen Deutschlands zum Schutze seines Handels, seiner Industrie und seiner Landwirthschaft erhobenen Zoll.

4) Abschaffung aller Vorrechte, welchen Namen dieselben tragen mögen, insbesondere des Adels, der Privilegien des Reichthums (Census) und der bevorzugten Gerichtsstände, und Ersetzung derselben durch ein allgemeines Staatsbürgerrecht.

5) Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden und Ersetzung durch ein, auf der Grundlage der Selbstverwaltung ruhendes Gemeindegesetz.

6) Aufhebung aller Klöster und klösterlichen Einrichtungen.

7) Auflösung des Bundes, welcher bisher bestand zwischen Kirche und Staat und Kirche und Schule, und Ersetzung desselben durch: a) die Grundsätze der gleichen Berechtigung aller Glaubensbekenntnisse, der ungeschmälerten Glaubens- und Gewissensfreiheit, des freien Associationsrechts, der Selbstverwaltung der Gemeinden und namentlich des Rechts derselben, ihre Geistlichen, Lehrer und Bürgermeister frei zu wählen; b) Besserstellung des Lehrerstandes; c) Abschaffung des Schulgeldes und der Stolgebühren.

8) Preßfreiheit in ihrer weitesten Ausdehnung.

9) Abschaffung der geheimen und schriftlichen Inquisitionsgerichte und Ersetzung derselben durch öffentlich und mündlich gepflogene Schwurgerichte.

10) Abschaffung der Hunderte von Beschränkungen der persönlichen Freiheit der Deutschen der verschiedenen Stände, und gleichmäßige Sicherstellung derselben durch ein besonderes Gesetz (Habeas corpus-Akte im ausgedehntesten Sinne des Worts), welches insbesondere auch das Vereins- oder Versammlungsrecht des Volkes feststellt.

Digitized by Google

11) Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, Hebung des Handels, des Gewerbstandes und der Landwirthschaft. — Die bisherigen ungeheuern Civillisten, Appanagen, die unverdienten und zu hohen Besoldungen und Pensionen, die mannigfaltigen Stiftungen und die jetzt brach liegenden Besitzungen vieler Körperschaften, sowie die Domainen des Landes bieten hierzu reiche Mittel.

12) Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital vermittelst eines besondern Arbeiter-Ministeriums, welches dem Wucher steuert, die Arbeit schützt und derselben namentlich einen Antheil an dem Arbeitsgewinne sichert.

13) Abschaffung der tausendfältig unter einander abweichenden Gesetze des Privatrechts, Strafrechts, des Prozesses, des Kirchenrechts und des Staatsrechts, in Sachen der Münze, des Maaßes, des Gewichts, der Eisenbahnen u. s. w. und Ersetzung derselben durch Gesetze, welche dem Geiste unserer Zeit entspringend, die innere Einheit Deutschlands in geistiger und materieller Beziehung gleichmäßig wie seine Freiheit feststellen.

14) Einheit Deutschlands durch das Parlament und seinen Ausschuß.

Arnold Ruge.

An die Wähler des Stolper Kreises.

(Als fliegendes Blatt vertheilt.)

Der Stolper Kreis, mit Einschluß der Stadt, enthält beinahe 70,000 Einwohner; darunter befinden sich ungefähr 16,000 majorenne Männer. Von diesen sind 161 Gutsbesitzer, 2000 ungefähr wohnen in der Stadt, theils als Bürger, theils als Schutzverwandte, die übrigen auf dem Lande. Bisher schickten die 161 Gutsbesitzer einen Abgeordneten zum Landtage, die Bürger einen und die Bauern zusammen mit andern Kreisen auch einen. Aus der ganzen Provinz Pommern schickten die Gutsbesitzer 24 Abgeordnete, die Bürger 16, die bäuerlichen Eigenthümer 8. Die Gutsbesitzer richteten also auf dem Landtage gerade so viel aus, als die Bürger und Bauern zusammen. Für die Uebrigen, also für die Schutzverwandten in der Stadt und für alle Landbewohner, außer den Bauern, war Niemand auf dem Landtage, der ihre Rechte vertrat. Bisher war dies Verhältniß weniger nachtheilig, weil der Landtag nur einen Rath zu geben hatte, den der König verwerfen konnte, wenn er ihn schlecht und nicht zum allgemeinen Besten fand.

Das wird von jetzt ab anders sein, der neue Landtag, welcher in Berlin zusammen treten soll, wird ein- für allemal bestimmen, wie künftig die Gesetze abgefaßt werden und ob die alten Steuern, welche jetzt unbillig vertheilt sind, bleiben sollen oder nicht. An den Beschlüssen dieses Landtages kann auch der König nichts ändern. Deshalb hält es der König aber für ungerecht, daß die paar hundert Gutsbesitzer der Provinz eben so viel Abgeordnete zum Landtage schicken, wie die vielen tausend Bürger und Bauern und daß die übrigen Einwohner Niemanden haben, der für sie spricht. Er hat daher befohlen, daß nicht die einzelnen Stände ihre Abgeordneten schicken, sondern daß alle Einwohner eines jeden Kreises ohne Rücksicht auf den Stand, also Gutsbesitzer, Bauern, Bürger, Soldaten, Beamte, Tagelöhner und Knechte, gemeinschaftlich die Landtags-Abgeordneten wählen sollen und zwar der Kreis mit der Stadt Stolp zusammen zwei. Weil es aber nicht ausführbar ist, die ganze männliche Bevölkerung an einem Orte zu versammeln, so sollen zunächst in jeder Gemeinde von mindestens 300 Seelen alle großjährigen Männer, die sich seit 6 Monaten oder länger in derselben aufhalten, am 1. Mai d. J. zusammentreten und aus ihrer Mitte einen Wahlmann wählen. In dieser Versammlung hat Jeder gleiche Rechte, er mag sein was er will, Jeder kann seine Stimme abgeben, Jeder kann gewählt werden.

Digitized by Google

Die auf diese Weise gewählten Wahlmänner (die in unserm Kreise 140 bis 150 betragen werden) versammeln sich am 8. Mai in Stolp und ernennen nach Stimmenmehrheit die beiden Abgeordneten.

Gleichzeitig damit wird aber noch eine andere Wahl Statt finden. Alle Deutschen Völker, die früher so viele blutige Kriege gegeneinander führten, wollen nämlich, daß künftig unter ihnen ein ewiger Friede bestehen, daß die Preußen, die Oesterreicher, die Sachsen, die Baiern und wie sie alle heißen, wie Brüder einer großen Familie nebeneinander leben und soviel wie möglich Alles auf gleiche Weise einrichten wollen, damit wir mächtig gegen fremde Völker sind und uns in jedem deutschen Staate wie zu Hause fühlen. Wie dies ins Werk zu richten, darüber wird eine Versammlung in Frankfurt am Main berathen (die deutsche Nationalversammlung oder das Frankfurter Parlament) und dazu wählt unsere Provinz 15 Abgeordnete ebenso wie die Abgeordneten zum Preußischen Landtage, das heißt, jede Gemeinde erwählt am 1. Mai einen Wahlmann und die Wahlmänner erwählen am 8. Mai die Abgeordneten.

Wenn Euch nun Euer Bestes am Herzen liegt, wenn Ihr der Königlichen Wohlthat theilhaftig werden wollt, so werdet Ihr wünschen, daß solche Männer zu Abgeordneten sowohl nach Frankfurt als nach Berlin gewählt werden, die nicht bloß für ihre Standesgenossen streiten, (wenn dies geschähe, so würde Alles beim Alten bleiben, ja noch schlimmer werden als sonst) sondern solche, die auch für Eure Stimme ein Ohr, auch für Eure Leiden ein Herz, auch für Eure Wünsche ein Wort haben. Soll das aber in Erfüllung gehen, so müßt Ihr die Wahl der Wahlmänner, als eine überaus ernste, wichtige, ja als eine heilige Sache betrachten; sie betrifft nicht Euch allein, sondern auch Eure Kinder und Kindeskinder.

Fragt Ihr aber, wie Ihr am richtigsten verfahren sollt, so ist die Antwort einfach die:

> Wenn Ihr nicht schon längst zu dem guten Willen und zu den Einsichten einer bestimmten Person ein ganz besonderes und gegründetes Vertrauen hegt, so könnt Ihr nicht besser thun, als einen Eures gleichen zum Wahlmann zu machen. Von Eures gleichen könnt Ihr am sichersten erwarten, daß er zu Eurer Zufriedenheit den Abgeordneten wählen wird.

Das möge Jeder bedenken, es vorher reiflich überlegen, mit seinen Nachbarn bereden und in der Versammlung am 1. Mai unverzagt aussprechen, wen er zum Wählmann haben will! Stolp, den 12. April 1848.

(Unterschriften.)

Polen und Polen.

Man zögert und verliert die kostbare Zeit. Unterdessen werden die polnischen Bauern, mißtrauisch und feindlich wie sie gegen die Deutschen gesinnt sind, immer schwieriger; der Kampf mit dem Militair und gegen die Deutschen bricht herein, wenn nichts für die Bewegung und den Konflikt geschieht; die Russen ziehen ihre Kräfte zusammen, und das polnische und deutsche Unglück bricht zugleich herein, d. h. Preußen wird fechten müssen, nachdem die Polen geknebelt sind. Wenn es beabsichtigt wird, Polen noch einmal zu Grunde gehen zu lassen, so ist Deutschland noch immer mit Rußland alliirt. Wenn man aus Fahrlässigkeit den

Digitized by Google

Augenblick verſtreichen läßt, der Europa von der Laſt der Barbaren verſtreichen läßt, der Europa von der Laſt der Barbaren befreien kann, ſo begeht man einen Fehler, der ſchlimmer als die ruſſiſche Allianz iſt, man verſäumt den Sieg, den man in Händen hat, um ihn ſpäter zu ſuchen, wo er vielleicht nicht mehr zu finden iſt. Die Polen brauchen unſere ganze Sympathie. Es iſt nothwendig, daß die deutſchen Bevölkerungen ihre Regierungen bei dem großen Schritt der Wiederherſtellung Polens unterſtützen und zu dieſem Zweck ſich berathen und vereinigen. Die beſtehenden Klubbs und Vereine haben keine dringendere Aufgabe, als die polniſche Angelegenheit, die uns die Invaſion der Ruſſen erſparen kann. In Breslau wurde auch in einer Volksverſammlung einſtimmig folgender Beſchluß angenommen: die verantwortlichen Miniſter zu bitten 1) daß Poſen gänzlich frei gegeben werde; 2) mit Oeſtreich zu unterhandeln, daß auch Galizien freigegeben werde; 3) daß General von Williſen an die Stelle des Herrn von Rohr trete; 4) daß ein Obſervationskorps an die ruſſiſche Grenze geſendet werde; 5) das zum Kampfe ſich erhebende Polen mit Geld und Waffen zu unterſtützen, und 6) daß die urſprünglich deutſchen Provinzen Kur-, Liv- und Eſthland von Rußland zurückgefordert werden.

Durch Polen und den von da aus vielleicht weiter ſich entzündenden Aufſtand, der ſich möglicherweiſe über Volhynien, Podolien und die Ukraine, der ſich bis Moskau und über Lithauen nach den Oſtſeeprovinzen erſtrecken könnte, ſoll Rußland beſchäftigt werden. Rußland hat für ſich ſeine Barbarei, die Plünderungsſucht ſeiner Horden, die Zähigkeit ſeiner Maſſen, denen es immer neue nachſenden kann; gegen ſich aber hat es die Begeiſterung und den Fanatismus der Nationen, gegen ſich hat der Kaiſer die Zukunft ſeines eigenen Reiches! — Man war ſchon in der glücklichſten Stimmung für Polen. Man freute ſich, mit Ehren die Frucht einer alten *ererbten Sünde*, die ſo viel Unheil über uns gebracht hat, loswerden zu können, das Herz des heldenmüthigen Volkes ſchlägt für die Helden der polniſchen Nationalität. Daß die demokratiſche Partei diesmal die *Initiative* der polniſchen Erhebung ergreift, war eine bedeutende Bürgſchaft mehr für das Gelingen des Planes. Aber über Nacht kamen Bedenklichkeiten: die Oſt- und Weſtpreußen fürchten den erſten Angriff und die Verheerung ihrer Provinz; *die Deutſchen* in Poſen, nämlich Bromberg und die Netzkreiſe von Chodziesen und Czarnekau *proteſtiren*, die Polen verlangen Geld und Waffen, während man ſie für reich und von Frankreich unterſtützt gehalten hatte. Das ruſſiſche Polen ſelbſt ſcheint demoraliſirt. —

Die Furcht der Oſtpreußen, ſo viel iſt einleuchtend, kann bei der Wichtigkeit der Frage nicht maßgebend ſein. Denn Preußen kann in kürzeſter Zeit an ſeinen öſtlichen Grenzen ſo viel Truppen (Linie und Landwehr) zuſammenziehen, als Rußland an ſeinen Grenzen ſtehen hat. Beſiegt können wir nicht werden! Durch Polens Sieg und Wiederauferſtehung würde das verarmte Oſtpreußen neue Quellen des Reichthums entſpringen ſehen. Polen, als Ackerbauland, müßte für Freihandel und freie Schifffahrt ſein, und dadurch könnte z. B. *Danzig*, eine Größe erreichen, wie ſie Antwerpen kaum im Mittelalter gehabt hat.

Digitized by Google

Berichte.

Breslau.

(Demokratisch-konstitutioneller Klub) Durch die gemeinsame Ueberzeugung zusammengeführt, daß die konstitutionelle Monarchie hinlängliche Garantie für die gegenwärtige Entwickelung der Volksfreiheit und des Volksglückes bietet, wenn der Thron von demokratischen Institutionen umgeben ist, hat sich hier ein Verein unter dem Namen »demokratisch-konstitutioneller Klub« gebildet. In der Ueberzeugung ferner, daß in der konstitutionellen Monarchie nur dann etwas Sicheres gebildet werden kann, wenn man es ehrlich mit derselben meint und wenn die Freiheit dem ganzen Volke zu Theil wird, die Selbstregierung auf das ganze Volk übergeht, hat sich der Klub über das nachstehende Programm vereinigt. Keine frühere politische Meinung ist Hinderniß der Aufnahme in den Klub. Wer aber seine Theilnahme an ihm erklärt, bekennt sich in vollem Umfange zu den Grundsätzen seines Programms, und muß ihnen treu bleiben.

Programm. 1) Wir wollen an der Gründung und Aufrechterhaltung der demokratisch-konstitutionellen Monarchie ehrlich und mit Hingebung arbeiten. 2) Wir finden diealeinige Garantie für die Verwirklichung unseres Zweckes in der konsequenten Durchführung der Selbstregierung. Wir fordern also für den Staat Gesetze, welche der Ausdruck des Volkswillens sind, und die Gewähr, daß der Volkswille Gesetzeskraft erlange; für die Leitung der allgemeinen Staatsangelegenheiten Männer, welche sich dem Volkswillen mit Ueberzeugung hingeben, und für die Gemeinden und Gesellschaften freie und selbstständige Ordnung ihrer Angelegenheiten ohne Einmischung des Staats. Wir wollen die Unverletzlichkeit des Königs, aber verantwortliche Minister. 3) Vertrauend auf die Verheißungen des Königs, wollen wir sie durch eine vollständige, direkt gewählte Vertretung des gesammten Volkes in einem ungetheilten Körper verwirklicht sehen, und halten alle bis zur Volksvertretung ergangenen, oder noch ergehenden Gesetze, welche die neue Gestaltung des Staates und der Regierung betreffen, für provisorische. 4) Wir wollen Gleichheit vor dem Gesetz für Alle, keine vom Zufalle der Geburt abhängigen Rechte und Privilegien; gleiche Wahlfähigkeit und Wählbarkeit zur Volksvertretung für alle selbstständigen Bürger; freies Vereinigungs-, freies Versammlungsrecht; freies Wort und vollständige Freiheit der Presse; Schutz der persönlichen Freiheit; Nationalbewaffnung, Verminderung und endliche Abschaffung des stehenden Heeres; Pensionen nur bei wirklicher und unverschuldeter Dienstunfähigkeit und nur in einer dem Bedürfniß entsprechenden Höhe; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, Schwurgerichte in Strafsachen, Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes; Entfesselung des Grund und Bodens von Feudallasten, persönlicher Dienstbarkeit und ausschließlichen Jagdrechten, Abschaffung der Lehne, Fideikommisse, Erbzinse und Erbpächte mit Entschädigung der Berechtigten in den geeigneten Fällen. Wir wollen ferner: keine herrschende Kirche; gleiche Rechte für alle Religionsbekenntnisse; Lehr- und Lernfreiheit ohne Einfluß der Kirche; Volksunterricht auf Kosten des Staats, damit Fähigkeiten, wo sie sich finden, sich ungehindert entwickeln, geistige Bildung das ganze Volk durchdringen und das politische Bewußtsein kräftigen möge. Wir wollen endlich gleiche Berechtigung der Arbeit, der Intelligenz und des Kapitals, Freiheit für die Thätigkeit des Einzelnen, aber Sicherung des Arbeiters durch gerechte Verwerthung seiner Kräfte und Ausgleichung auseinandergehender Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber auf dem Wege freier Vereinigung. 5) Wir werden die Freiheit der Wahlen überwachen, werden zu Volksvertretern und Aemtern Personen vorschlagen, deren Fähigkeit und redliche Gesinnung wir erkannt, und für ihre Wahl durch Wort Schrift zu wirken suchen; wir werden den Nepotismus, die Intrigue, die Korruption und Stellenjägerei bekämpfen. 6) Wir werden endlich unsere Vereinigung auflösen, wenn wir in der Konstitution die Möglichkeit der Garantie für Wahrheit, Freiheit und Volksglück nicht mehr finden.

(Aus der Niederlausitz.) Der Teufel sendet seine Getreuen aus. Die Schwarzröcke, so z. B. der in G. bei S., donnern auf der Kanzel vom gefangenen Könige, von erzwungenen, nicht verbindlichen Gesetzen, die unter dem Dolche des Proletariats entstanden, von Pöbel- und Judenherrschaft, und wiegeln den Bauer auf. Die Junker erheben und verschwören sich. Sie machen ihren verdummten Bauern das Gleiche weiß, und neulich hat sogar ein Baron B. auf W. bei Luckau in offenem Postwagen wuthschäumend rodomontirt, „er habe den Plebs in Berlin zu Skandal verhetzt, er wolle

Digitized by Google

jetzt auf dem Lande dasselbe thun, und dem Bürgervack (!) eine Suppe einbrocken, die so roth, wie die Berliner werden solle." — Unsere Junker haben neulich bei dem Erzjunker in M getagt; da soll Possirliches zu Markte gebracht worden sein. Man müßte über die neuen Kreuzzüge lachen, wenn es wenn es nicht so verteufelt böse gemeint wäre. Jedenfalls muß man diese Umtriebe der Wachsamkeit der richterlichen Behörden denunciren.

Greifswald.

In einer sonst ganz trefflichen Korrespondenz der Börsen-Nachrichten aus Greifswald kommt der Greifswalder Zopf — den die Greifswalder im allgemeinen in den jüngsten Tagen abgeschnitten — ganz unvermerkt zum Vorschein. Da steht geschrieben: »Der ausgezeichnetste Bürger unserer Stadt ist unstreitig der Bäckermeister W.« Warum soll denn die Welt nicht den Namen des Ehrenmannes erfahren? Heraus damit! Jetzt ist es nicht an der Zeit, geheimnißvoll auf jemanden mit dem Finger zu zeigen; namentlich die Ehrenmänner, die wollen wir kennen lernen. Ferner: »Zwei unserer Freischärler F.. und v. d. R. haben sich als tüchtige Redner in zahllosen Volks- und Bürgerversammlungen gezeigt.« Warum sollen wir die Namen dieser »tüchtigen Redner« nicht erfahren! Warum so geheimnißvoll? Wie nun verehrteste Geheimnißvoller, wenn wir Ihnen etwas in die Karten kucken und Ihre Geheimnisse ausplaudern? Der eine Redner heißt JMMDT und den andern werden wir auch noch herausspioniren, so wie den Namen des Bäckermeisters und dann lassen wir beide Namen mit großen Buchstaben im Wächter abdrucken. Was hilft Ihnen da Ihr geheimnißvolles Wesen?

Anklam.

(Der konstitutionelle Klub) Wenn selbst in Pommern der Völkerfrühling Eingang und Beifall gefunden hat, so ist dies gewiß der deutlichste Beweis, daß das deutsche Volk reif ist für die erkämpfte Freiheit, reif für die Segnungen der neuen Staatsform; daß man fühlt es sei würdig die Sklavenketten des Absolutismus länger zu tragen, unwürdig sich durch das schnöde Bevormundungs-System der Büreaukratie ferner leiten und gängeln zu lassen. — Seit dem 19. März ist das preuß. Volk majoren. Von diesem Tage ab datirt sich seine junge Freiheit, seine Mannbarkeit. — Pommerns politisches Bewußtsein repräsentirte bis jetzt dessen Adelsaristokratie Der von dieser Kaste beherrschte Bürger- und Bauernstand war entweder gänzlich indifferent gegen jedes politische und soziale Leben, oder ertheilte auch das Glaubensbekenntniß seiner gnädigen Patrone. Was Wunder, wenu dieses Glaubensbekenntniß »stock-konservativ aussah« und die Träger desselben dem ancien regime huldigten. Dies ist anders geworden. Der Geist der Freiheit hat seine Wanderung angetreten, und findet überall bei allen Völkern die lebhafte Theilnahme. Auch bei uns Pommern ist er eingekehrt; wird hier aber die größte Mühe haben, uns nach langer Knechtschaft von den Banden der geistlosen Indifferenz und von dem Einfluß der privilegirten Landesvertreter zu befreien.

In dem eben ausgesprochenen Sinne, recht kräftig zu wirken, hat sich in unsern Mauern ein Verein, »konstitutioneller Klub« gebildet, der in allen Klassen die lebhafteste Theilnahme findet. Sein Statut lautet wörtlich: Im Geiste des konstitutionellen Königsthums, zur Förderung eines regen, politischen, öffentlichen Lebens, bilden die Unterzeichneten einen konstitutionellen Klub Sie preisen den heldenmüthigen Märzkampf, erkennen in dem Sturze des absoluten Systems den Beginn einer hoffnungsreichen Zukunft, und wünschen, daß gleichgesinnte Männer, namentlich aus dem ehrenhaften Bürger- und Handwerkerstande sich ihnen mit brüderlichem Vertrauen zugesellen mögen.«

Als Basis der neuen Freiheit anerkennen die Mitglieder des Vereins also ausdrücklich den Märzkampf. Diese Klausel war nothwendig, weil sich hier unter Leitung eines Staatsbeamten, der seine Sympathien für die alte Regierungsform hinlänglich dokumentirt hat, ein zweiter Verein zu bilden anfängt, der zwar ebenfalls Konstitution, Preßfreiheit und die tausend anvern schönen Früchte des Volkskampfes in Besitz nehmen will, doch — nur auf gesetzlichem Wege. Wir denken, wir haben uns unsere Freiheit auch nur auf diesem Wege errungen; indem wir direkt an das älteste, als das Naturgesetz, appellirt haben, das jedem Menschen als frei schafft und nicht will, daß er durch die Willkür seiner hochgebornen Nebenmenschen in seinen Rechten geschmälert werde. Dies wollen jene Herren eben nicht gelten lassen, sie beharren eigensinnig auf ihrem: moriamur pro rege nostro!

Freitag, den 14. d. M hielten die Mitglieder des konstitutionellen Klubs ihre erste Zusammenkunft im Hellwigschen Saale. Nachdem der Land- und Stadtgerichts-Rath Reiche nochmals das Statut vorgelesen, und durch einige Bemerkungen näher motivirt hatte, wurde zur Wahl der Präsidenten geschritten. Diese fiel mit großer Stimmenmehrheit auf den Special-Commissarius Hrn.

Digitized by Google

Kammer-Gerichts-Assessor Gaede. Zum Vice Präsidenten wurde der Possiseretair Hr. Ulrich erwählt, beide Männer, die unsere volle Achtung verdienen und wohl fähig sind, uns das Ziel unseres Strebens erreichen zu lassen Hierauf betrat der Präsident der Versammlung die Rednerbühne und hielt in kräftigen Worten den ersten Vortrag. Ich will mich bemühen, diesen so treu als möglich wiederzugeben; Sie werden hieraus am besten den Zweck und das Streben der Versammelten erkennen können.

Meine Herren! Ich danke ihnen aufrichtig für das Vertrauen, das Sie mir so eben als Leiter unserer gemeinsamen Angelegenheiten geschenkt haben. Ich will mich bemühen, mich dieses Zutrauens würdig zu zeigen; indem ich Alles thun werde, um unter ihrer Mithülfe das Werk zu vollenden.

Als wir vor 30 Jahren dem Rufe unserer Pflicht und der Stimme unseres Königs freudig folgten, um unser Vaterland von dem Drucke der Fremdherrschaft zu befreien, wurden uns Zusicherungen und Versprechungen gemacht, die unser Recht für immerdar verbürgten. Man hat sie uns nicht gehalten. Auch nicht der Sohn unseres hochseligen Königs; denn das Patent vom 3. Februar 1847 wird man doch nicht dafür nehmen wollen. Das Volk war reif, längst reif für die ihm verheißenen Freiheiten, und so hat es sich denn im klaren Bewußtsein seines Rechts seine Freiheit endlich selbst erkämpft. Den Märztagen verdanken wir das Recht das wir hier soeben ausüben; das Recht der Berathung über öffentliche Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen. Früher m. H. war das nicht der Fall Es mußte die polizeiliche Erlaubniß zu solchen Versammlungen nachgesucht werden, und selten wurde sie uns ertheilt. Früher gab man uns Gesetze nach Willkür. Kein Mensch aus dem Volke berieth sie; ob sie gut oder schlecht seien, ob sie das Wohl der Einwohner förderten oder hinderten, gleichviel, sie wurden mit aller Strenge durchgeführt, und hatten einige vernünftige Gedanken und wagten diese durch die Presse laut werden zu lassen, so wurden sie vom Censor gestrichen. Alle diese Schranken sind nun aber mit einem Male von unsern Brüdern niedergerissen! wir sind wieder neue Menschen geworden!

Man hat uns den Vorwurf gemacht; wir hätten die Agentur für die Republik übernommen. Man thut uns Unrecht. Im Gegentheil, wir erkennen jetzt deutlicher als je die Nothwendigkeit einer konstitutionellen Staatsform an. Für diese die Sympathien unserer Brüder zu erwecken und diese so zu wahren ächten Staatsbürgern zu bilden, ist ein Hauptzweck unserer Vereinigung. Dies m. H. ist aber nicht so leicht, wie es auf den ersten Augenblick scheinen mag. Das größte Hemmniß für unser Wirken besteht in der Reaktion. Die Bureaukraten können sich mit der neuen Wendung des Geschicks nicht recht einverstanden erklären. Sie verlieren die Herrschaft über das Volk. Die Grundbesitzer hatten bisher zu überwiegende Vortheile. Polizei, Patrimonialgerichtsbarkeit, Jagd-Rechte u. s. w. hatte sich Alles in der Person des großen Grundbesitzers konzentrirt. Dies meine Herren darf nicht sein. Sie müssen ihre Vorrechte jetzt aufgeben und gehen deshalb zur Reaktion über. Die Kapitalisten wollen ebenfalls mit den begonnenen Reformen nicht zufrieden sein; sei es aus Furcht vor dem Kommunismus, den sie jetzt als unausbleiblich betrachten, oder indem sie mit Recht annehmen, daß sie jetzt zu größern Abgaben an den Staat herangezogen werden. Endlich m. H. bilden in religiöser Hinsicht die Intoleranten wegen Gleichstellung aller Bekenntnisse, einen Hauptkern der Reaction. Noch nie haben sich im preuß. Staate soviel religiöse Sekten gebildet, als unter dem Ministerium Eichhorn. Sie wollen lieber an Alles Andere glauben, als an die Autorität ihres eigenen Gewissens.

Am Schluß dieses mit vielem Applaus aufgenommenen Vortrags berührte der Redner noch als wesentliche Erfordernisse einer kräftigen, freisinnigen Verfassung Folgendes,

Gleichheit vor dem Gesetz, Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, Geschwornengerichte, Gleichheit aller religiösen Bekenntnisse, und Gleichheit der Besteuerung jedermanns Steuerkräften angemessen; Freiheit des Handelns, unter Beobachtung der Gesetze; Ordnung in der Gemeinschaft und Fortschritt. In der nächsten Versammlung, die Donnerstag den 20. d. in demselben Lokale stattfindet, wird der Justiz-Commissarius v. Höwel über das Wahlgesetz einen Vortrag halten, außerdem wird ein Geschäfts-Reglement berathen werden.

Anklam, 19. April.

Heute findet hier die erste öffentliche Stadtversitzung statt Neben dem konstitutionellen Klub hat sich auch hier ein antikonstitutioneller Verein unter Führung des Assessor Wendt gebildet, dessen Mitglieder mit großem Eifer ihre Ansicht als die allein seligmachende an den Mann zu bringen suchen, was die Konstitutionellen natürlich veranlassen muß, für ihre Ansichten mit demselben Eifer zu wirken.

Digitized by Google

Regenwalde, den 16. April

Die Bezirkseintheilung und Ernennung der Wahlkommissarien Behufs der Wahlen für den nächsten Landtag ist in dem hiesigen Kreise bereits erfolgt, und man kann aus den Namen der Wahlkommissarien so ziemlich auf das Ergebniß der Wahlen schließen. Von den 67 Wahlkommissarien des platten Landes gehören circa 48 der streng conservativen, etwa 5 der liberalen Partei an und der Rest hat gar keine Farbe. Es fragt sich nun nur noch, was für Wahlmänner die Städte aufstellen werden. Die Partei des Fortschrittes richtet ihre Augen auf den Justizrath v. Bothmer auf Carow, die andere nennt bald v. Bülow-Cummerow, bald den Landschaftsrath v. Hagen. — In unserm guten Hinterpommern wird der Liberalismus wohl nur wenig Vertreter finden. — Der konstitutionelle Klub in Berlin hatte für die hiesige Stadt einen Agenten ernannt, welcher hierorts Versammlungen beabsichtigte. Leider war die getroffene Wahl nicht eben eine glückliche gewesen, und Demonstrationen nicht eben erfreulicher Art haben dies Projekt schon im Entstehen erstickt. — In Plathe regt sich in dieser Beziehung ein recht erfreuliches Leben, aber das liebe Regenwalde ist nach einigen mühsamen Lebenszeichen wieder in eine ziemlich stumpfe Apathie versunken In die wenigen Geister, die sich noch über den urgroßväterlichen Schlendrian erheben, ist kein einiges Zusammenwirken zu bringen Man räsonnirt stellenweis ganz vernünftig und freisinnig, aber das ist auch alles, und „der Zopf der hängt doch hinten". — Die hiesige landwirthschaftliche Akademie dürfte gleichfalls unter den bestehenden Wirren leiden. Es wäre wahrlich zu bedauern, wenn das Interesse des Gouvernements für dieselbe erkalten sollte, denn jedenfalls ist sie mit Hohenheim die beste in Deutschland; und wenn schon der Name Sprengel eine Bürgschaft für die agronomische Tüchtigkeit derselben bietet, so ist namentlich auch der Lehrstuhl der Chemie und der des Wiesenbaues auf eine Art besetzt, wie sie wenig andere Lehranstalten dieser Gattung bieten dürften — Selbst das Landwirthschaftsrecht und die Nationalökonomie ist seit einem halben Jahre in den Kreis der Vorlesungen gezogen, und damit jedenfalls einem Bedürfnisse abgeholfen, welches sich bei der Ausbildung der Landwirthe bereits fühlbar genug herausgestellt hat und bei dem neuen Aufschwunge des Staatslebens immer fühlbarer herausstellen wird. — Zu bedauern ist, daß die finanziellen Verhältnisse der Akademie bis jetzt immer noch das hohe Honorar von 15 Friedrichsd'or pro Semester nöthig machen, und es ist sehr zu wünschen, daß das Gouvernement die Vorschläge und und Anträge, welche der Oekonomierath Dr. Sprengel ihm bezüglich der Herabsetzung des Honorars gemacht hat, einzugehen im Stande sei. An dem guten Willen darf man wohl nicht zweifeln, denn man weiß höheren Ortes sehr wohl die Verdienste Sprengel's um die Ausbildung der Landwirthe durch die Akademie zu würdigen, und erkennet auch sehr wohl, wie durchaus gebieterisch die Zeit eine rationelle Bildung der praktischen Landwirthe fordert. —

Eine tägliche Personenpost-Verbindung zwischen hier und Schiefelbein wäre auch nicht wenig wünschenswerth, denn jetzt returnirt die Schiefelbeiner Post mit der nach Lades, wohin eigentlich fast gar kein Personenverkehr stattfindet, und die auf diesen Touren gebrauchten Postwagen sind der Art, daß wohl nur in sehr dringenden Fällen ein Passagier seinen Körper ihnen anvertrauen mag. —

Die hiesige Bürgerwehr ist nun auch neu organisirt, aber man hat für gut befunden, alle Nichtbürger, wenn sie auch Bewohner oder sogenannte Schutzverwandte der Stadt sind, davon auszuschließen, und dadurch dem Institute einen exclusiven Character gegeben, der es eben nicht sehr beliebt machen wird. — Das ist ein rechter Großvaterzopf! — Wie verlautet, so soll indeß der Bitte der gebildeten Schutzverwandten um Mitaufnahme großmüthig nachgegeben werden. Ob sich solche Patrioten finden werden?

Die Polenfrage beschäftigt hier auch viele Köpfe, und da kommen allerdings wunderliche Ansichten zum Vorschein. Doch davon nächstens ein Näheres.

Stettin.

Konstitutioneller Klub. Sitzung vom 17. April. Vorsitzender Hr. Dr. Pleßner. Hr. Kaufm. Hollefreud spricht über den Zweck des Klubs, der Weiterbildung und Belehrung der Theilnehmer und praktische Wirksamkeit nach außen bezwecke. Das Spießbürgerthum hiesiger Stadt verbiete dem Klub als solcher offensibel nach außen aufzutreten. Die Wahlfrage beschäftige zunächst die Einwohner. Zwei Deputirte nach Berlin und nach Frankfurt seien zu wählen. Zwei Ansichten ständen sich gegenüber, die eine wolle, daß man einen Kaufmann nach Berlin schicke, die andere einen Rechtsgelehrten. Um beide zu vereinigen, und da Stettin eine Handelsstadt, möge man einen Kaufmann nach Berlin, einen Rechtsgelehrten nach Frankfurt schicken. Der Redner schlug dann vor, Wahlcommitees zu bilden, und fordert

Digitized by Google

schließlich auf, zu berathen, wer nach Berlin, wer nach Frankfurt zu wählen sei.

Hr. Ob.-Landesger.-Rath Koßmann: Der vorige Redner gerathe in Widerspruch mit sich, wenn er meint, der Klub solle gleichsam hinter den Koulissen agitiren und doch auch die Debatten in den Volksversammlungen leiten. Ob Kaufmann, ob Jurist sei gleichgültig. Eine tüchtige Gesinnung und zwar die konstitutionell-demokratische sei dem Deputirten nöthig; die einzelnen Standesinteressen müßten in einander aufgehen. Herr Direktor Hasselbach stimmt dem vorigen Redner in Bezug auf das, was zu einem Deputirten qualificire bei. Der Klub dürfe aber nicht heimlich wirken wollen, er müsse öffentlich durch Belehrung auf die Wähler zu wirken suchen. Der Klub dürfe sich nicht auf die Stadt beschränken, er müsse vornämlich auch die Provinz ins Auge fassen, dort sei die Unwissenheit gar leicht zu reaktionären Maßregeln zu verleiten. Man möge den Oberpräsidenten ersuchen, einen populären Wahlkatechismus vertheilen zu lassen und die Geistlichen veranlassen, das Volk über die Wahlen zu belehren.

Kfm. Hr. Stahlberg: Etwa 100 Kaufleute, von der Ansicht ausgehend, daß der Hr. Oberpräsident mit der neuen Bewegung nicht mitgehen wolle, hätten deswegen eine Adresse an den Minister des Innern aufgesetzt. Gegen diese habe sich an der Börse von einer Seite Widerspruch erhoben. Man habe sich darauf dahin geeinigt, diese Adresse dem Hrn. Oberpräsidenten mitzutheilen und ihn aufzufordern, eine Proklamation zu erlassen, und darin sein politisches Glaubensbekenntniß öffentlich darzulegen. Den damit beauftragten Deputirten habe der Hr. Oberpräsident geantwortet: Bereits sechsmal sei mit dem Regierungskollegium berathen, ob eine Proklamation zu erlassen. Diese sei indeß nicht zweckmäßig erachtet, denn das Volk aufzuklären, sei Sache der Presse; sein politisches Glaubensbekenntniß habe er schon dadurch abgelegt, daß er mit der Kokarde am Hut umhergegangen. (Große Heiterkeit in der Versammlung.)

Hr. Justiz-Komm. Triest: Schon in 14 Tagen sei die Wahl, deshalb sei es nicht rathsam sich an die Behörden zu wenden, deren Langsamkeit ja bekannt. (Vielseitige Zustimmung. Eine Stimme: Die würden erst wieder sechsmal berathen und dann nichts beschließen). Der Klub selbst möge gedruckte Aufrufe an die Urwähler erlassen. Zunächst seien vernünftige Wahlmänner zu wählen. Kurz vor dem Wahltage möge man eine Versammlung der Wähler nach dem Schützenhause berufen.

Hr. Stahlberg: Der Saal des Schützenhauses fasse nur 4—500 Personen, deshalb lieber kleinere Versammlungen in den einzelnen Bezirken.

Der Antrag des Hrn Direktor Hasselbach durch Vertheilung gedruckter Aufrufe auf die Provinz zu wirken, wurde mit großer Majorität, fast einstimmig angenommen.

Die Versammlung entschied sich ferner dahin, daß vor der Wahl der Wahlmänner die Diskussion nicht auf die zu wählenden Deputirten zu richten sei. Dagegen erklärt sie sich für die Bildung von Wahlkommittees in jedem Wahlbezirke zur Berathung über die Wahlmänner und für Berufung einer Volksversammlung zur Erläuterung des Wahlgesetzes.

Eine Zuschrift des Berliner konstitutionellen Klubs wurde verlesen und auf Vorschlag des Herrn Triest der Ausschuß beauftragt, sich im Allgemeinen mit dem genannten Klub in Berlin in Verbindung zu setzen.

Dann wurde berathen, ob der Klub seine Sitzungen öffentlich halten solle oder nicht. Nachdem Hr. Stahlberg und Hr. Oberlehrer Kleinforge für die Oeffentlichkeit gesprochen, schlug Hr. Triest vor, in jeder Woche eine öffentliche und eine Privatsitzung abzuhalten. Bei den öffentlichen Sitzungen sei es denjenigen, welche nicht zum Klub gehörten, indeß einen möglichst kleinen Beitrag etwa 5 Sgr. vierteljährlich zahlen, gestattet, ebenfalls zu sprechen. Hr. Referend. Wißmann erhebt sich gegen die öffentlichen Sitzungen, da der Klub selbst erst anfange sich zu bilden und noch nicht gehörig konsolidirt sei. Hr Dir. Hasselbach erklärt sich gegen das Zahlen von Beiträgen Seitens der außerordentlichen Mitglieder. Hr. Wellmann schlägt unentgeldliche Vertheilung von Karten vor, dagegen Aufstellung einer Büchse für freiwillige Beiträge. Hr Reg.-Rath Zitelmann verlangt unbedingte Oeffentlichkeit aller Verhandlungen, wenn der Vorstand nicht eine Ausnahme für nöthig halte und erklärt sich gegen Geldbeiträge Seitens des Publikums. Hr. Dr. Schulz, Ref. Mehls und Dr. Stahlberg sprechen für Oeffentlichkeit. Hr. Dir. Hasselbach: der Vorstand mag entscheiden, wem aus dem Publikum das Wort zu gestatten. Hr. Prof. Bonitz bestreitet die Berechtigung des Vorstandes, nach seinem Gutdünken Männern aus dem Publikum das Wort zu gestatten, was zu Eigenmächtigkeiten führen würde. Hr. Triest sprach nochmals für Erhebung eines kleinen Eintrittsgeldes, da der Schützensaal jedesmal 10 Thlr. koste und die Klubkasse diese Ausgabe nicht tragen könne. Der Antrag des Ref. Wißmann gegen Oeffentlichkeit wurde verworfen und entschied sich die Versammlung dafür, daß in der Woche eine öffentliche und eine geschlossene Sitzung

Digitized by Google

(in der Beschlüsse zu fassen) gehalten werde, daß Nichtmitglieder des Klubs an der Debatte Theil nehmen dürfen, ohne daß eine Zahlung eines Beitrags zur Klubkasse Statt finde. Doch aber sollen Karten ausgegeben werden gegen ein bestimmtes Eintrittsgeld und zwar für eine einmalige Theinahme.

(Der politische Klub und ein pommerscher konstitutioneller Centralverein.) Auch liberale Männer können schlechte Politiker, schlechte Staats- und Finanzmänner sein, aus purem Liberalismus. Natürlich sind die Mitglieder des k. Klubs liberale und konstitutionell gesinnte Männer, aber es sind viele schlechte Politiker, schlechte Finanziers darunter. Es ist kein Staatsgeheimniß, daß die Finanzen des Klubs nicht gerade blühend, daß sich dann und wann ein Deficit findet, und daß bisher die Ausgaben nur eben gedeckt wurden. Soll allwöchentlich eine öffentliche Versammlung im Schützenhause gehalten werden, so vermehren sich die Ausgaben ganz ungemein. Woher das Geld nehmen, wenn der Klub sich nicht möglichst ausbreiten will. Wenn er auch den Beitrag der Mitglieder verdoppeln und auf 8 Thlr. erhöhen wollte, so würde das doch nicht ausreichen, denn ein politischer Klub braucht viel, sehr viel Geld, wenn er etwas ausrichten, wenn er auf die Provinz wirken will. Ein politischer Klub, der auf das Volk Einfluß gewinnen will, darf sich nicht auf das, was man die höheren, die gebildeteren Stände nennt, beschränken. Ein politischer Klub, aus ein Paar Hundert Kaufleuten und Beamten bestehend, wird nie von Einfluß sein, wenn er nicht zunächst den Mittelstand, die Handwerker, für sich zu gewinnen weiß. Jetzt ist der Klub ein Zwitter, ein Zeitungs- und ein politischer Klub und die Zulassung von Nichtmitgliedern, die halbe Oeffentlichkeit sind halbe Maßregeln. In den öffentlichen Sitzungen soll nur geredet, nur in den geschlossenen darf beschlossen werden. Die Mitglieder wollen sich also für ihre 4 Thlr., die sie jährlich zahlen, das Privilegium bewahren, allein Beschlüsse fassen zu können; — eine Zurücksetzung, die sich das Publikum, wenn es etwas zum Selbstbewußtsein gekommen, nicht gefallen lassen wird, die das Publikum gleichgültig gegen den Klub machen muß. Will man Nichtmitglieder zulassen, so müssen sie auch mit beschließen. Eine solche Versammlung ist aber eigentlich keine „Klubsitzung" sondern eine vom Klub veranlaßte Volksversammlung und wenn eine solche vom Klub veranstaltete Volksversammlung im Geiste des Klubs Beschlüsse faßt, so ist das gar kein Unglück. Nur nicht ängstlich! Zunächst würde der Klub seine Zwittergestalt aufgeben und sich als besonderer politischer Klub gestalten müssen, dessen Mitglieder einen Thaler zahlen, denn nur das hat für die Menschen Werth, was etwas kostet. Die Herabsetzung des Beitrags auf 1 Thlr. würde den Beitritt ungemein erleichtern und dem politischen, von dem Zeitungsklub getrennten Klub viele neue Mitglieder zuführen. Der Klub steht ganz anders da, wenn er statt 200 Mitglieder deren 2000 zählt. Sein Einfluß ist weit größer, er hat weit mehr Kräfte und Mittel. Geld ist nothwendig, nochmals Geld und abermals Geld. Wir haben so und so viel Tausend Pfund ausgegeben, sagte die Anticornlawleague, aber wir müssen noch mehr Broschüren drucken lassen, noch mehr Versammlungen veranstalten, noch mehr Petitionen veranlassen, wir müssen die öffentliche Meinung noch mehr bearbeiten und für unsern Zweck gewinnen; wir brauchen noch 50,000 Pfund, wir brauchen noch 100,000 Pfund, eine Kleinigkeit für einen so großen Zweck, denn die Zukunft einer großen Nation steht auf dem Spiele: Auch bei uns steht die Zukunft einer großen Nation auf dem Spiele. Wir müssen durch alle gesetzlichen Mittel die öffentliche Meinung in unserer nächsten Umgebung, und in der Provinz für die neu errungene Freiheit, für die konstitutionelle Monarchie zu gewinnen suchen. Wir müssen Volksversammlungen hier und in der Provinz veranstalten, fort und fort kleine Druckschriften als Apostel der Freiheit in die Provinz senden und sie für einige Pfennige verkaufen lassen. Was dem Bauer geschenkt wird, von dem nimmt er an, daß es nicht viel werth sei. Aber wir brauchen viel, sehr viel Geld, und ein konstitutioneller Klub in Stettin genügt nicht. Wirken wir also für Einrichtung konstitutioneller Klubs in der Provinz, die mit dem konst. Klub in Stettin für denselben Zweck arbeiten. Einheit giebt Kraft und Macht. Darum, wie sich in Breslau bereits ein „schlesischer konstitutioneller Centralverein" gebildet, eine Vereinigung der pommerschen Klubs gleicher Tendenz zu einem **„pommerscheu konstitutionellen Centralverein,"** damit jeder Zersplitterung der Kräfte vorgebeugt und ein gemeinschaftliches Wirken angebahnt werde.

(Konstitutioneller Verein.) Dieser Verein darf nicht mit dem konstitutionellen Klub verwechselt werden, wie er denn auch kein Klub sein will, weil „Klub ein gehässiger Name". Die Mitglieder dieses Vereins, aus Ultraroyalisten, Absolutisten und sonstigen Anhängern des alten Regiments bestehend, „trauen der Freiheit nicht", wie sie sagen, und wollen „den jetzigen Zuständen Zuständen nicht zujauchzen". Sie finden

Digitized by Google

sich, weil es nicht anders geht, nothgedrungen in das Unglück einer konstitutionellen Monarchie. Getreu den Prinzipien des gestürzten Ministeriums, das nur den guten Schein zu wahren, liberal und volksfreundlich zu scheinen suchte, will dieser Verein konstitutionell gesinnt scheinen, während die meisten Mitglieder aufrichtige Anhänger des Absolutismus in Staat und Kirche, weshalb der Verein sich **antikonstitutioneller Verein** nennen sollte.

(Freihandelsverein.) Warum schweigt der Freihandelsverein jetzt, wo es an der Zeit wäre zu reden — und kräftig zu reden? in einer Zeit, wo einzelne Schutzzöllner als die wahren Volksfreunde gefeiert werden und für gewisse Interessen die Initiative bei der Regierung ergreifen. Gerade jetzt wäre es Pflicht, auf populäre Weise auseinanderzusetzen, daß die Vertheuerung der Konsumtion und der Produktion durch indirekte Steuern dem Volke nicht wahrhaft hilft, daß sie vielmehr ein Abgrund ist, der immer mehr verschlingt. — Daß ein Freihandelsverein auf dem Papiere existirt, genügt nicht. Einige Monate sind seit seiner Gründung verflossen, ohne daß er irgend ein Lebenszeichen gegeben hat. Als in der konstituirenden Versammlung vorgeschlagen, wöchentlich einmal zusammenkommen, wurde dieser Vorschlag durch Hrn. Konsul Gutike damit beseitigt: die Zeit des Vorstandes werde dadurch zu sehr in Anspruch genommen. Indeß, wem es Ernst ist, für eine Idee zu wirken, der wird auch Zeit dazu haben und wer sie nicht hat, der lasse sich nicht in den Vorstand wählen, der scheide aus dem Vorstande aus.

Erste Arbeiter-Versammlung auf dem Exerzierplatz vor dem Berliner Thore am 19. April. Abends 7 Uhr

Zunächst veranlaßt von dem hiesigen Handwerkerverein eröffnete ein Mitglied desselben Hr. Ernst von einer Droschke herab, die als Tribune diente, die Debatte mit einigen kurzen und treffenden Worten über den Zweck der Versammlung: Die Arbeiter über das Wahlgesetz und die bevorstehenden Wahlen aufzuklären. Er bat in wohlgesetzter Rede die politisch höher Gebildeten, die anwesenden Arbeiter zu belehren. Der kurze Vortrag des Herrn Ernst berechtigt zu der erfreulichen Hoffnung, daß auch unter unsern Handwerkern Redner erstehen werden. Von den Anwesenden schien Niemand auf einen derartigen Vortrag gefaßt und dazu vorbereitet. So bestiegen denn unvorbereitet die anwesenden Lehrer, die Herren Jungklaas und Kleinsorge nach einander die Droschke, um von dort herab über die Wahlen zu sprechen. Sie erwarben sich durch ihre Vorträge wohlverdienten Dank und Anerkennung. Nach ihnen bestieg, obgleich ein großer Theil der Versammlung Hrn. Stadtrath Sternberg zu hören verlangte, Hr. Gruenhagen die Droschke, um über Dinge zu sprechen, die nicht zur Sache gehörten. Den Sinn der Rede, die übrigens mit beliebten Schlagworten versehen, viel Beifall fand, vermochten wir nicht zu fassen, da die bisher ruhige Versammlung zu unruhig wurde. So war denn durch Herrn Grünhagen die Debatte auf ein dem Zweck der Versammlung ganz fremdes Gebiet geleitet und verlangte der darauf folgende Redner, ein Arbeiter: Errichtung eines Arbeiterkomtoirs, dessen Einrichtung und Zweck uns leider nicht klar geworden.*) Die sehr gemischte Versammlung, aus einigen tausend Personen aller Klassen bestehend, wurde erst gegen den Schluß unruhig. Der Versuch einiger Mucker und Servilen die Arbeiter aufzuhetzen, der beliebte Popanz der fremden Emissäre, fand bei dem gesunden Sinn der Arbeiter keinen Anklang. Mit Gesang zog man in die Stadt zurück. Wir halten Gesang auf der Straße durchaus nicht für unanständig, aber die ruheliegenden Philister werden Zeter und Wehe schreien, wenn sie durch Gesang in ihrer Ruhe gestört werden. — Durch das Abschweifen vom Zweck sind die Arbeiter wenig über die Wahlen aufgeklärt, was in andern Versammlungen nachzuholen ist. Dabei würden die arbeitenden Klassen zugleich durch Vergleiche der jüngsten Vergangenheit mit der Gegenwart auf das aufmerksam zu machen sein, was wir Alle durch die Revolution gewonnen, wie wir uns jetzt frei versammeln, berathen und vereinigen dürfen — eine Folge der Revolution; wie jetzt — eine Folge der Revolution — alle volljährigen unbescholtenen Männer an die Wahlen der Abgeordneten Theil nehmen ꝛc. — An den pommerschen Provinzial-Patriotismus zu appelliren scheint unzweckmäßig. Nicht als Pommern, sondern als Preußen, als Deutsche, als Menschen sollen die Arbeiter, gleich andern gebildeten Menschen denken und fühlen lernen. Der engbegrenzte Provinzial-Patriotismus muß dem National-Patriotismus weichen.

*) Wir sind gerne bereit, aus dem Munde der Arbeiter Mittheilungen über Einrichtung und Zweck des Arbeitercomtoirs entgegenzunehmen und zu veröffentlichen.

Digitized by Google

(Volksverein.) Am Donnerstag Abend konstituirte sich unter Vorsitz des Dr. Scharlau im Schützenhause ein Volksverein. In den provisorischen Ausschuß wurden außer Dr. Scharlau gewählt: die Herren Kfm. Gribel, Buchhalter Hesse, Kfm. Karkutsch, Literat Lüders, Zimmermeister Naumann, Dr. Patzschke, Kaufmann Schröder, Schuhmacher Schulz, Dr. Stahr. Gegen einen monatlichen Beitrag von 2½ Sgr. steht der Verein jedem Staatsbürger offen, dessen Herz warm schlägt für bürgerliche Freiheit, deren Anziehungskraft so mächtig auf Jedermann wirkt, einige unverbesserliche Sklavenseelen, Mucker und Pietisten abgerechnet, auf die der Volksverein nicht rechnet. Eine Petition, die von einem Theil der Kaufmannschaft veranlaßt, schon an der Börse cirkulirt hatte, in der das Ministerium gebeten wird, thatkräftige, der konstitutionellen Monarchie aufrichtig ergebene Männer zu Präsidenten und Vicepräsidenten der Verwaltungsbehörden zu ernennen, wurde in dem Volksvereine verlesen und zahlreich unterschrieben. Dann wurde der von dem konstitutionellen Klub ausgehende Aufruf an die Bewohner Pommerns verlesen; er fand sowohl wegen der darin ausgesprochenen Gesinnung, als auch wegen der populären Sprache allgemeinen Beifall, und erboten sich mehrere Mitglieder für Verbreitung desselben möglichst zu wirken. Das Streben des Volksvereins muß als ein sehr tüchtiges und anerkennenswertes mit lebhafter Freude begrüßt werden. Der Volksverein will sich durch Belehrung und Besprechung über die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers aufklären, er will seines Theiles dazu beitragen, daß der Staat wieder ein Gemeinwesen werde, d. h. ein Allen gemeinschaftliches theures Gut; er will lernen nicht bloß, was der Bürger thun darf, sondern auch was er thun soll, um durch das Bewußtsein einer Gemeinschaft von Gesinnungsgenossen getragen, hiernach zu handeln. Zugleich aber ist der Volksverein auf dem Wege einem wesentlichen Bedürfnisse in unserer Stadt abzuhelfen, dem nämlich, daß auch die eigentlichen Arbeiter durch Theilnahme an demselben Gelegenheit erhalten, sich über ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger zu belehren und aufzuklären. Denn wenn irgend wo, so thut es in diesen Kreisen Noth: nur ein klarer Kopf, der die so einfachen Wahrheiten eines geordneten freien Staatslebens begriffen hat, wird die bethörenden, nebelhaften Vorspiegelungen von Tollköpfen, welche überschwengliche Hoffnungen von Glückseligkeit erregen und dieselben nur durch Zerstörung und Verbrechen zu befriedigen verstehen, in ihrer Nichtigkeit durchschauen, mit derselben ruhigen Ueberlegung aber auch Versuche zurückweisen, welche die frühere Bevormundung zurückführen wollen. Zu diesem Ziele scheint der Volksverein, wie gesagt, schon einige Schritte gethan zu haben, einmal indem er sich einen so glücklich gewählten Namen beilegte, und dann den Beitrag so niedrig stellte, daß auch Unbemittelte denselben werden aufbringen können. Die nächste Versammlung soll am Sonnabend den 22. c., Abends 8 Uhr, im kleinen Schützensaale zur Besprechung über die bevorstehenden Wahlen Statt finden.

Stettin, 22. April.

Daß Stettin, die Hauptstadt der Provinz, vorangehe, kann man nicht behaupten, in andern Orten der Provinz zeigt sich theilweise weit mehr Eifer und Lebendigkeit. Ueber Greifswald haben wir schon in der vorigen Nummer berichtet, über Stralsund schweigen unsere Berichterstatter. In Pasewalk erschien ein Aufruf (H 5. d. W.) Zu Stolp klärte der Magistrat gleich nach den Berliner Märztagen durch eine populair gefaßte gedruckte Ansprache das Publikum auf über die Ursachen der Revolution und über die Rechte, die das Volk dadurch errungen. In Stettin, wo Beamte und Behörden im Ueberfluß, geschah nichts der Art, weil es an Talent, Geschick und Neigung fehlt, zum Volke zu reden, und die Revolution mit ihren Konsequenzen offen anzuerkennen. Schon am 12. April wurde von Stolp aus ein gedruckter Aufruf „an die Wähler des Stolper Kreises“ vertheilt In Stettin wird jetzt erst der konstitutionelle Klub zwei Aufrufe der Art, vom Justizkomm. Trieß und vom Reg.-Rath Zitelmann verfaßt, in der Stadt vertheilen und in die Provinz versenden. Die wahren Freunde der konstitutionellen Monarchie in der Provinz werden für schleunige Verbreitung dieser Aufrufe thätig sein. — Der konstitutionelle Klub in Köslin zählt 400, der in Stettin noch nicht 300 Mitglieder. — Auf Charfreitag Abend war eine freie Versammlung im Hotel du Nord veranstaltet, um über die Wahlen zu berathen, und zwar deshalb, so wurde gesagt, „weil mit dem konstitutionellen Klub doch nichts anzufangen sei,“ d. h. wohl: weil der konst. Klub nicht aus den Bedenklichkeiten, aus den Rücksichten, aus dem langsamen Tritt des besonnenen und gemäßigten Fortschritts herauskann, weil er zu viel alten Stettiner Liberalismus geladen, der sich in die neue Zeit und in die junge Freiheit, in den Geschwindmarsch noch nicht hineinfinden kann. — Nachdem Hr. Dr. Pleßner den Zweck der Versammlung auseinandergesetzt, wurde Hr.

Digitized by Google

Eisenbahndirektor Zenke durch Acclamation zum Vorsitzenden erwählt. Nach diversen Reden, die zum Theil gar nicht zur Sache gehörten, und nachdem Hr. Stadtrath Sternberg darauf aufmerksam gemacht hatte, daß bei der Wahl für Berlin und Franffurt von Standesrücksichten im allgemeinen und um so weniger nicht die Rede sein könne, da beide Versammlungen konstituirende, einigte man sich dahin, die Herren Landrath v. Puttkammer, O.-L.G.-Rath Kosmann, Stadtrath Sternberg, Syndikus Gierke als Kandidaten für Berlin, für Frankfurt den O.-L.-G.Rath Graf Schweinitz und Syndikus Gierke als Kandidaten vorzuschlagen. Von den in der Versammlung anwesenden Herren erklärten sich Hr. O.-L.-G.-Rath Kosmann und St. R. Sternberg für die Souverkuitkät des Volks, dem Sternberg noch hinzufügte, wie er von der Nothwendigkeit direkter Wahlen, eines Einkammersystems überzeugt sei. Von den nicht anwesenden in Vorschlag gebrachten Wahlkandidaten erwartet man, daß sie Gelegenheit finden werden, sich über ihr politisches Glaubensbekenntniß näher auszusprechen Die in dieser Versammlung aufgestellten Wahlkandidaten werden Sonnabend Abend auch im Stettiner Volksverein in Vorschlag gebracht werden.

(Bürgerwehr.) Es ist ein eigen Ding mit dem Fortschritt. Die meißten unserer Stettiner wünschen ihn, sie hangen jedoch nur zu sehr an dem Alten, Hergebrachten und können sich schwer von dem abgetragenen Rock, der ihnen so bequem saß, trennen. Sie hatten ja genug gethan, wenn sie die Stadtverordneten gewählt, diese konnten dann weiter wirken, und stockte es in ihrem Geschäfte nicht, das heißt: fehlte es ihnen täglich nicht an dem gehörigen Essen und Trinken, so ließen sie Gott und ihren Magistrat das Uebrige thun. Daher wird es ihnen jetzt sauer, sich in die neuen Verhältnisse zu fügen, bald fehlt es hier, bald fehlt es dort, und statt wirksam die Hand nun mit ans Werk zu legen, lassen sie sich wieder gehen und in die Enge treiben. — Dies hat sich in den letzten Tagen recht glänzend in unserer Bürgerwehr gezeigt. Der Ernst und die Würde dieser trefflichen Institution scheint nicht allein von vielen Bürgern, sondern auch selbst von den Behörden verkannt zu sein. Hier sie darzulegen ist gewiß nicht der Ort, aber das soll wenigstens der Zweck dieser Worte sein, unsere Mitbürger zur thätigen Theilnahme an dieser segensreichen Einrichtung aufzufordern. — Begreifen kann man nur nicht, wie von einigen Hauptleuten, namentlich von einem Herrn Stadtrath, im Auftrage des Magistrats, das Exerciren der Bürger mit einem schweren Interdikt, kriminalischer Untersuchung, bedroht worden ist Was heißt das?! — Wenn überhaupt Bürgerwehr eingeführt ist, nun so ist doch gewiß nothwendig, daß auch in diese eine Ordnung gebracht werde; dies kann aber nur geschehen, wenn das Ganze sowohl als die einzelnen Theile desselben in sich und nach außen geregelt und abgeschlossen werden, und dazu gehört, fern von allem Kamaschendienst und jeder Spielerei (wozu Referent die vorgeschlagene Tracht, Blousen und runde Hüte mit Feder und die sehr kleinen Gewehre, welche von gar keinem Nutzen sind, rechnet) eine gewisse Uebung in der Haltung und den Waffen. Deshalb unser Vorschlag dahin, sich vor Allem gehörig und zwar aus sich selber zu organisiren, tüchtige Männer, und daran haben wir keinen Mangel, an die Spitze zu stellen, sich jedoch durchaus nicht durch eine vom Magistrat willkürlich erwählte Kommission leiten und gängeln zu lassen, sondern selbstthätig wirksam zu sein; ferner sich fleißig in den Waffen zu üben trotz aller Verbote, die in dieser Beziehung gar keinen Sinn haben und ganz unhaltbar in sich selber zerfallen müssen, überhaupt dem Indifferentismus zu entsagen, kräftig in dieser verhängnißvollen Zeit zu handeln, und in Ordnung den Fortschritt weiter zu befördern.

Berichtigung

In dem „Eingesandt in No. 5 ist von dem Einsender der Arbeitshausinspektor Hr. Köhn genannt worden, der gar nicht gemeint ist; ein Irrthum, den die Red. nicht verschuldet.

Der „Wächter an der Ostsee" erscheint jetzt wöchentlich einmal, und ist durch alle löbl. Buchhandlungen und kgl. preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pro Semester zu beziehen.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin, große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

Wochenschrift

für öffentliches Leben der deutschen Ostseeländer.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. **№ 7.**

Inhalt: Die Wahlen. Eine Stimme aus Hinterpommern über die Wahlen. Der nachtheilige Einfluß der Gefängnißindustrie in Pommern. Einiges wider stehende Heere. Ueber Reform des Schulwesens. Der Stettiner Volksverein. Der Stettiner Handwerkerverein. Berichte.

☞ Der Wächter an der Ostsee, der zweimal wöchentlich, Mittwochs und Sonntags ½ oder 1 Bogen stark erscheint, wird im halbjährlichen Abonnement für 1 Thlr. 10 Sgr. durch jede Buchhandlung und durch sämmtliche preußische Postanstalten geliefert. **Für Stettin beträgt das Abonnement für das Quartal vom 1. April bis zum letzten Juni 20 Sgr., wofür das Blatt den Abonnenten frei ins Haus geliefert wird.** Vom 1. Juli ab wird das Blatt täglich ausgegeben.

Die Wahlen.

Der Deutsche war bis vor Kurzem vorzugsweise ein theologischer Mensch, der sich mehr um den Himmel und seine Privatseligkeit als um irdische Angelegenheiten und um das allgemeine, öffentliche Wohl, um das Gemeinwesen, den Staat, die res publica, kümmerte. Unsere Volksversammlungen, wie die in Köthen ꝛc., waren wesentlich und ausschließlich theologische, wo Theologen mit vieler Gemüthlichkeit lichtfreundlich religiöse Angelegenheiten behandelten. Das ist anders, der Deutsche ist plötzlich ein politischer Mensch geworden und auf dem besten Wege den alten theologischen Zopf abzuschneiden, — den Theologen auszuziehen, Mensch und Staatsbürger zu werden. Die Theologen rühren sich freilich und werden das Recht der freien Versammlung auch für die Theologie auszubeuten suchen, aber sie werden die Erfahrung machen, daß ihr Reich nicht von dieser Welt. Ein freies Volk, das sich zu einem öffentlichen, politischen Leben erhoben, das sich mit dem öffentlichen, mit dem Gemeinwohl Aller, mit der res publica beschäftigt, hat nicht Zeit für theologische Unterhaltungen; das Jenseits tritt hinter das Diesseits zurück und der sonst so beliebte Magdeburgische lichtfreundliche Kohl, jetzt wieder aufgewärmt, wird dem Volke nicht mehr munden, weil in einer zum politischen Bewußtsein erwachten Nation die Privatseligkeit als eine Privatangelegenheit nicht mehr von so großer Bedeutung erscheinen wird.

Gegenwärtig sind es die Wahlen, welche die öffentliche Aufmerksamkeit ausschließlich in Anspruch nehmen und die Gemüther beschäftigen. Selbst in die von

Digitized by Google

Natur langſamen und ſchwerfälligen, ſonſt aber kräftigen und tüchtigen Pommern, die in der Politik auf der letzten Bank ſitzen ſollen, iſt eine Beweglichkeit, eine Regſamkeit gekommen, die zuletzt ſogar den konſtitutionellen Klub in Stettin anſtecken und mit fortreißen dürfte, was gewiß viel bedeuten will.

Wen wählen wir? ſo fragen Alle. Wen ſchicken wir nach Berlin, wen nach Frankfurt? Das ſind allerdings Fragen von der größten Bedeutung, denn in beiden geſetzgebenden Verſammlungen, in Berlin ſoll die Zukunft Preußens, in Frankfurt die der geſammten deutſchen Nation durch eine neue Verfaſſung feſtgeſtellt werden. In Stettin ſcheint man die Aufmerkſamkeit vorzugsweiſe auf Berlin zu richten und die Frankfurter Verſammlung für weniger wichtig, für weniger bedeutend zu halten. Das kann nur die politiſche Kurzſichtigkeit, die nur bis Berlin ſieht, deren Blick nicht bis Frankfurt reicht, die ſich zu der Idee der deutſchen Einheit noch nicht erheben kann, denn nicht bloß einig ſoll Deutſchland ſein, ſondern Eins ſoll es werden, die Einigkeit ſoll die Einheit erzeugen. Preußen ſoll fortan in Deutſchland aufgehen. Da iſt es nöthig, daß Stettin, daß Pommern, daß die deutſchen Oſtſeeländer durch entſchiedene, tüchtige, freiſinnige Männer, die die Forderungen der Zeit erkannt und begriffen, nicht blos in Berlin ſondern auch in Frankfurt im deutſchen Volksparlamente vertreten werden.

Wiederholt hat man in Stettin die Frage aufgeworfen, ob man einen Kaufmann oder einen Juriſten zu wählen habe, wiederholt iſt man von einer Seite darauf zurückgekommen, daß Stettin, eine Handelsſtadt, einen Kaufmann nach Berlin zu ſchicken habe. Ob Kaufmann, ob Juriſt, das iſt eine ganz untergeordnete Frage; allemal die Tüchtigſten ſind zu wählen. Von den Juriſten ſagt der Staatsanwalt v. Kirchmann, daß ſie „durch das poſitive Geſetz zu Würmern geworden, die nur von dem faulen Holze leben; von dem geſunden ſich abwendend, iſt es nur das Kranke, in dem ſie niſten und weben.“ Die Juriſten, d. h. die Stockjuriſten, Leute die nur Juriſten und darum nicht mehr Menſchen ſind, dürften gerade nicht vorzugsweiſe zu empfehlen ſein. Auch Hegel äußert, daß die „Advokaten“ zu Geſetzgebern wenig geeignet, weil ſie von dem poſitiven Geſetz in der Regel ſo erfüllt, daß ſie der Verwirklichung der Grundſätze des vernünftigen Rechts und des allgemeinen Wohls in geſetzgebenden Verſammlungen häufig hindernd entgegentreten *). — Warum nun aber eine Handelsſtadt gerade Kaufleute wählen ſoll, iſt uns unbegreiflich und nur ein Beweis, daß man noch nicht aus dem mittelalterlichen Ständeſtaat heraus iſt, ſich in das Weſen der modernen Volksrepräſentation noch nicht hineingelebt hat. „Das Parlament,“ ſagte Burke, als Repräſentant von Briſtol ſeinen Wählern, „das Parlament iſt kein Geſandtenkongreß verſchiedener und feindſeliger Staaten, deren Intereſſen ein jeder als Agent und Sachwalter vertreten müßte, ſondern es iſt die berathende Verſammlung einer Nation mit einem Intereſſe, dem des Ganzen. Hier dürfen alſo keine örtlichen Anſichten oder Vorurtheile leiten, ſondern nur das allgemeine Beſte. Ihr wählt allerdings ein Glied; habt ihr es aber einmal gewählt, dann iſt es nicht ein Glied von Briſtol, ſondern vom Parlament.“

Behaupten wollen: ein Stettiner Kaufmann müſſe Stettins Abgeordneter und Vertreter ſein, heißt nichts anderes als: die Intereſſen des Stettiner Handelsſtandes ſeien in der Verſammlung allein zu vertreten. Daſſelbe können die Handwerker und der Arbeiterſtand Stettins mit eben demſelben Recht, wie der Handels-

*) Wie leicht Juriſten zu Subtilitätenkrämereien ſich verleiten laſſen, wie ſie aus dem Formellen nicht heraus, von dem Rechtsboden nicht herunter können, erfahren wir in Stettin zum Ueberdruß im ſogenannten konſt. Klub.

Digitized by Google

stand, verlangen und wir würden dann in den alten Ständestaat, den wir uns etwa vom Halse geschafft, zurücksinken. Es kommt bei der Wahl überhaupt gar nicht darauf an, daß jemand da angesessen sei, wo er gewählt wird. Die größten englischen Staatsmänner, die größten englischen Parlamentsredner wurden von Grafschaften ins Parlament geschickt, wo sie *nicht* wohnten, von Grafschaften und Orten, die einen Stolz darin setzten, dem *Talent* eine politische Laufbahn zu eröffnen. Nur die Engherzigkeit kann verlangen, daß man aus einem Ort oder gar aus einem *Stande* wählen soll.

Es scheint uns sogar unpolitisch, wenn einige Kaufleute bei der Wahlfrage immer den Kaufmannsstand und damit Standesinteressen vorschieben. Eine Krämerpolitik, die offenbar gegen etwaige Kandidaten des Handelsstandes einnehmen muß. Tüchtige Männer, politische Charaktere muß man wählen, unbekümmert um den kaufmännischen Lehrbrief. Wir wissen sehr wohl, daß in der Stettiner Kaufmannschaft freisinnige Elemente vorherrschen, daß sich die Mehrzahl mit Entschiedenheit der Bewegung angeschlossen, daß die eigentliche bewegende Kraft und die Partei des Fortschritts, des entschiedenen kräftigen Liberalismus ihren Hauptsitz in der Kaufmannschaft hat, daß das „*junge* Stettin" eigentlich vorzugsweise aus Kaufleuten besteht. Aber ob talentvolle Männer darunter, wie sie in Berlin und Frankfurt erforderlich, die mit Ernst und Ausdauer sich zu dieser Würde vorbereitet, hervorragende politische Charaktere mit dem Talent der Rede begabt, davon wissen alle diejenigen nichts, welche die Börse, die Versammlungen der Kaufmannschaft und die Abendhalle der Kaufmannschaft nicht besuchen dürfen, nicht besuchen können. Die Kaufmannschaft hat sich abgeschlossen, hat sich in ihren Kreisen bewegt, hat unter sich Karte gespielt und Kegel geschoben und sie kann nicht verlangen, daß man mit blindem Vertrauen ihr entgegenkomme, denn die Zeit des Vertrauens ist vorüber. Sind bedeutende Männer darunter, die Beruf und Befähigung zum *Volksvertreter* in sich fühlen, so mögen sie hervortreten, so mögen sie dem Volke sich zeigen, dem Volke und den Wahlmännern des Volkes sagen, daß sie des *Volkes* Rechte und Interessen und *wie* sie diese vertreten wollen und sie werden, wenn sie tüchtig befunden, wenn sie des *Volkes* Interesse, *nicht Standes*interesse vertreten wollen, gewählt werden. Die speciellen Interessen des Handelsstandes finden nicht in der Nationalversammlung, sondern in den Handelskammern ihre Vertretung.

Daß die Wahlkandidaten dem Volke, den Urwählern und den von diesen gewählten Wahlmännern in Volksversammlungen, wie das in England der Fall ist, sich vorstellen und hier ihr *politisches Glaubensbekenntniß* ablegen, ist unerläßlich und nothwendig. Ein freies Volk will wissen, wes Glaubens seine Abgeordneten, seine Vertreter; es vertraut nicht blind; man will sehen und hören, wie der Abgeordnete, dem man seine Stimme geben soll, — denkt, wie er spricht. In England, in dem Lande der „Erbweisheit", halten es Männer aus dem ältesten Adel, aus den ersten und reichsten Häusern, nicht unter ihrer Würde in öffentlichen Volksversammlungen sich dem Volke als Wahlkandidaten vorzustellen, ihr politisches Glaubensbekenntniß abzulegen, um des Volkes Gunst und Beifall sich zu bewerben. In dem freien England hält es Niemand, und sei er noch so hochgeboren oder noch so hochgestellt, für unangemessen und seiner Stellung für unwürdig um die Achtung rechtschaffener Männer, um die Anerkennung und den Beifall des Volks öffentlich sich zu bewerben.

Dem Beispiele Englands folgt man auch bei uns, nicht blos in Berlin, sondern auch in Stettin. Wie in vorbereitenden Wahlversammlungen Wahlkandidaten vorgeschlagen werden, so treten diese Kandidaten offen in Versammlungen und

Digitized by Google

Vereinen auf, um ihr politisches Glaubensbekenntniß abzulegen, zu sagen, was man von ihnen zu erwarten, wofür sie stimmen und sprechen werden. So muß es sein. So ziemt es sich für ein Volk, das der Freiheit würdig sein will.

Eine Stimme aus Hinterpommern über die Wahlen.

Hinterpommern ist als der Hauptsitz der Reaktion verschrieen; nur in den Städten — aber nicht in allen — zeigt sich Theilnahme für die errungenen Güter; mit Bewußtsein und aus inniger Überzeuguug, mit Entschiedenheit sind aber auch hier nur wenige, vorzugsweise einige jüngere Beamte liberal. Einige dieser entschiedenen Liberalen Hinterpommerns sind bereits in diesen Blättern aufgetreten. Die überwiegende Mehrzahl des Adels und der Geistlichkeit, mit wenigen Ausnahmen, neigen als entschiedene Absolutisten offen zur Reaktion, ja zur Contrerevolution. Um so erfreulichee ist es, wenn unter dem Adel Hinterpommerns einmal ein vernünftiger Mann auftritt, seine Stimme erhebt und zum Volke verständig spricht. Hr. v. Kleist-Warnin sagt im Pommerschen Volksblatt von dem letzten Verein. Landtage: »Seine fast einhellige Entschiedenheit, bei allen Abstimmungen, in den Gesetzvorlagen, sein taktvolles Zusammenwirken aller frühern, sich entgegenstehenden Partheien, sein unbedingtes Eingehen auf die neuen, den frühern so schroff entgegenstehenden Zustände unserer jungen Verfassung, hat uns die Nothwendigkeit gezeigt, daß wir uns der letztern ebenfalls enge anschließen, daß wir vereint und verbrüdert, jeden Schmerz, jedes bange Gefühl um manche mit uns gebornen, alt und grau gewordenen, jetzt zu Grabe getragenen Zustände, auf ewig, nicht allein unterdrücken, sondern ebenfalls in die Tiefen der Vergessenheit begraben müssen.

Der Landtag, bei seiner jetzigen Zusammenberufung, eigentlich ein Auskunftsmittel, für die Verlegenheit, eiu letzter Hoffnuugspunkt für schon halb aufgegebene Wünsche und Erwartungen, hatte diesmal eine sehr schwierige Mission zu erfüllen. Seine schiefe Stellung, dem befreiten Lande, dem freien Gedanken und der freien Presse gegenüber, wider die viele seiner Mitglieder früher, als gegen Erbfeinde der Menschheit, in verblendetem Konservatismus und in absolutistischem Servilismus ankämpften, wurde höchstens durch einen Redner aus unserer Provinz zur lebendigen Anschauung gebracht, außerdem war seine Haltung musterhaft.

Wir wollen durchaus die große Lehre beherzigen, daß einem selbstständigen, freien Volke, mit einer freien Verfassung, selbst im bewegtesten Sturm der Zeit, weder Gängelbänder noch Ketten angelegt werden dürfen, um es auf der Bahn des Rechts und der Sitte zu erhalten. In der That, eine beruhigende Lehre, für unsere allzuängstlichen, allzukonservativen Männer, die bei unserer jetzigen Verfassung des Himmels Strafgericht und seinen Einsturz befürchten.

Wir befinden uns jetzt auf der so gefährlichen Schwelle des Übergangs, aus einem finstern Systeme in das vom hellen Sonnenschein erwärmte, erleuchtete. Wie der Gefangene, nach langer, finsterer Haft, die Strahlen des ihm begrüßenden Lichtes nicht ohne Schmerz ertragen kann, — so blendet und verwirrt uns das politische Uebermaß von Freiheit, und wir wissen nicht, wohin wir uns, mit der Hand vor den Augen, zuerst bergend wenden sollen. — Der 2te Landtag belehrt uns am besten über das von uns einzuschlagende Benehmen. — Wir sollen unsere ganze Hoffnung, unser ganzes Vertrauen auf den neu zu wählenden, verfassungsmäßigen Reichstag setzen, von ihm die Berathung und Ausführung der uns noththuenden Gesetze erwarten und überzeugt sein, daß durch ihn vollständige Garan-

Digitized by Google

ticen für alle unsere Wünsche — geistige wie materielle — in seinen eignen Elementen geboten sind.

Um inzwischen den Reichstag der Lösung solcher großartigen Aufgabe fähig und gewachsen zu sehen, ist es jetzt an uns, die am 1. und 8. Mai stattfindenden Wahlen gewissenhaft, treu und mit Einsicht vorzunehmen. — Wir dürfen uns in der Ausführung unserer Staatsbürgerpflichten als Wähler nicht lässig zeigen, wir sollen und müssen aber auch die Wahl selbst nach der innigsten Ueberzeugung nur auf gesinnungstüchtige, vorurtheilsfreie, unbestechliche, einsichtsvolle Männer richten, auf Männer, deren ganzes Leben uns Bürgschaft giebt, für die redliche Erfüllung ihrer erhabenen Mission. Sehen wir dabei von allen kleinlichen Privatrücksichten ab, lassen wir uns nicht durch äußern Prunk, durch bombastische Versprechungen und Reden, durch Vorspiegelung etwa in Aussicht zu stellender Vortheile u. dergl. verleiten, oder unser eigenes gesundes Urtheil gefangen nehmen. Unser Gefühl für Recht, das in jedes Menschen Brust wohnt, sei allein unsere Leiterin. Von Vertretung der Stände kann und soll nicht mehr, nur von der Vertretung aller Klassen der Gesellschaft die Rede sein.

Wir haben bei der Wahl der Wahlmänner darauf zu sehen, daß solche zu diesem Ehrenamte gelangen, die ohne alle Befangenheit und ohne Vorurtheil im Stande sind, den würdigsten Vertreter aus der Zahl der Wahlkandidaten heraus zu finden.

Die Wahlmänner nun, welche am 8. Mai für den Umfang jedes Kreises, einen, beziehungsweise zwei Abgeordnete und eben so viel Stellvertreter zu wählen haben, dürfen bei ihrer Wahl keine zu engen Grenzen ziehen. Sie können, nach dem Willen des Gesetzes, nicht allein außerhalb ihres Kreises, sondern auch außerhalb ihrer Provinz, im ganzen weiten Vaterlande, den ihnen am geeignetsten scheinenden Kandidaten zu ihrem Vertreter erwählen und sind in dieser Beziehung durchaus nicht gebunden. Wenn wir es nun auch für zweckmäßig halten müssen, nicht zu weit auszugreifen, namentlich nicht in andere Provinzen, damit unsere Vertreter auch die provinziellen Wünsche, Bedürfnisse und Gebrechen gehörig kennen und ihre Gewährung und Abhülfe veranlassen können, so möchten wir doch auch keine zu engherzige Rücksicht bei der Wahl vertreten sehen. Nicht die Stadt, die und jene Gegend des platten Landes, sondern ganz Pommern soll und muß uns die Kandidaten zu unsern Vertretern hergeben und ganz Pommern ist reich an Männern im schönsten Sinne des Wortes. Endlich ist noch zu bemerken, daß sich wahrscheinlich Kandidaten zu den Abgeordneten bei den verschiedenen Wählerkreisen entweder schriftlich oder persönlich melden, daß sie vielleicht kurze schriftliche, oder mündliche Vorträge, über ihr politisches Glaubensbekenntniß ablegen werden. Ist nun auch jede Diskussion, bei dem Wahlgeschäfte selbst, gesetzlich nicht zulässig, so hat das Gesetz doch nirgends die Abgabe einer Erklärung über die politische Richtung ꝛc. der Wahlkandidaten verboten und es wäre daher sehr zu wünschen, daß sich nichts allein recht viele Wahlkandidaten melden, sondern daß sie der Wählerkörperschaft auch ihr Geschäft dadurch erleichtern möchten, daß sie in kurzen Worten, ihre politische Richtung, ihr Wollen und ihr Wünschen mittheilten.

Der nachtheilige Einfluß der Gefängnißindustrie in Pommern.

Unbestreitbar und anerkannte Thatsache ist es, daß der freie Arbeiter nicht mit dem vom Staate unterhaltenen Sträfling konkurriren kann. Einige Erwerbs-

Digitized by Google

zweige, wie die Verfertigung von Goldleisten, die Teppichweberei sind der freien Arbeit ganz und gar entzogen und ein Monopol der Zuchthausindustrie geworden, die in vielen andern Gewerben den Lohn herunterdrückt und so dazu beiträgt, Gewerbtreibende allmählig an den Bettelstab zu bringen. Daher allgemeine Verstimmung der arbeitenden Klassen gegen die Zuchthäuser, die sich in Zeitz, in Worbis und anderweitig in Tumulten Luft machte. Die Zuchthäuser wurden erstürmt, die Sträflinge befreit und die Webestühle vernichtet. Die Wuth des Volks übte Rache an den Brodverderbern, an den Webestühlen, sie befreiete Sträflinge nicht aus Liebe zu den Sträflingen, sondern deshalb, wie die Zerstörung des Arbeitszeuges deutlich zeigt, weil die Gefangenen dem freien Arbeiter Brod und Arbeit nahmen.

Unmöglich läßt es sich rechtfertigen, daß der Staat durch die Zuchthausindustrie, indem er die Arbeitskraft der Sträflinge einzelnen Unternehmern verpachtet, dazu beiträgt, den Lohn der freien Arbeit, die Preise der Waaren herabzudrücken; unmöglich läßt es sich rechtfertigen, daß der Staat auf diese Weise, durch die Zuchthäuser, die Bürger, freie und ehrliche Arbeiter, brod- und arbeitslos macht, oder zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit und damit zur allmäligen Verarmung einzelner Gewerbtreibenden mitwirkt. Die städtischen Behörden in Berlin haben deshalb von dem Ministerium die sofortige Aufhebung der bisherigen Zuchthausindustrie erbeten. Auch in Pommern müssen die durch die Zuchthausindustrie Benachtheiligten oder vielmehr deren Vertreter, die städtischen Behörden, eifrig und mit Nachdruck die Aufhebung der verderblichen, brod- und arbeitraubenden Zuchthausindustrie beantragen.

In zwei Städten, in Greifenhagen und Prenzlau, ist die Warpweberei durch die Zuchthaussträflinge in Naugard ruinirt worden. In Greifenhagen ist eine früher blühende Fabrik, die mitunter 100 Menschen beschäftigte, fast auf Null reducirt. Wenn in einem kleinen Orte 100 Menschen brodlos werden, ihre Arbeit verlieren, so ist das ein Unglück für den ganzen Ort, weil es an Gelegenheit zu anderweitiger Beschäftigung fehlt. In Prenzlau sind 10—12 Meister, wovon einige auf 15 Stühlen arbeiten ließen, also bis 40 Personen beschäftigten, (die durch das Färben der Garne Beschäftigten nicht mitgerechnet,) durch die Zuchthauswarpweberei in Naugard ruinirt. Einer Masse Seiler wird Brod und Arbeit genommen, weil durch die Zuchthaussträflinge in Naugard viele Seilerwaaren verfertigt werden. Andere Sträflinge werden als Tischler, als Cigarrenarbeiter beschäftigt, wodurch den freien Arbeitern Arbeit und Verdienst geraubt wird. Ebenso geht es den Brettschneidern. Denn wenn die Zuchthausindustrie den Fuß Bretter um einen Pfennig billiger liefert, als es dem freien Arbeiter, der Frau und Kind ernähren, an Staat und Kirche, an Gemeinde und Schule Abgaben zahlen soll, möglich ist, so werden die Brettschneider der Umgegend durch die Zuchthaussträflinge brodlos, oder sie müssen zu einem so niedrigen Preise arbeiten, daß sie allmählig verarmen, wo sie der Gemeinde zur Last fallen und sich glücklich schätzen, wenn sie ein Armen- und Arbeitshaus aufnimmt. So geht es mit vielen Gewerben, denn die Zuchthausindustrie pfuscht in alle hinein.

Eine den Forderungen der Humanität entsprechende Radikalreform unseres gesammten Gefängniß- und Zuchthauswesens ist eine Nothwendigkeit. Der Abhülfe des hier gerügten Uebelstandes darf indeß nicht bis zu jener Radikalreform verschoben werden. Im Interesse der gedrückten Arbeiter ist die sofortige Aufhebung der Zuchthausindustrie, die zur Vermehrung der Armuth außerhalb der Zuchthäuser wesentlich beiträgt, dringend nothwendig. Eine zweckmäßige Verwendung der Arbeitskräfte der Sträflinge dürfte nicht so schwierig sein, als sie scheint;

Digitized by Google

das beginnende Frühjahr weist auf Feld- und Gartenbau hin, bei dem auch Sträflinge eine den freien Arbeiter nicht beeinträchtigende Beschäftigung finden könnten. Wie unsere Strafanstalten aufzuheben, in Ackerbau- und Verbrecherkolonieen zu verwandeln, das heute auseinanderzusetzen würde zu weit führen. Augenblicklich könnten vielleicht Militäreffekten durch Sträflinge angefertigt werden. Vorerst ist dahin zu wirken, daß der Staat die mit den einzelnen Unternehmern abgeschlossenen Kontrakte gegen entsprechende Entschädigung aufhebt, damit die in den Gefängnissen und Zuchthäusern bisher betriebene Industrie den freien Arbeitern wieder zufalle, damit der durch die Zuchthausindustrie vermehrten Arbeitslosigkeit entgegengearbeitet werde.

Hat die Naugarder Zuchthausindustrie noch keinen Tumult hervorgerufen, weil die dadurch Benachtheiligten zerstreut und entfernt wohnen, so ist doch der nachtheilige Einfluß derselben unzweifelhaft. Die städtischen Behörden sind im Interesse der dadurch benachtheiligten Einwohner berechtigt und verpflichtet, bei dem überall hervortretenden Nothstande für schleunige Aufhebung der Zuchthausindustrie zu wirken und deshalb unmittelbar bei den hohen Ministerien Anträge zu stellen, da Eingaben bei den Provinzialbehörden die Ausführung nur verzögern würden. Das bisherige Schweigen über den nachtheiligen Einfluß der Naugarder Anstalt muß der irrigen Vermuthung Raum geben, daß sie den Gewerbebetrieb und die freie Arbeit nicht belästige, nicht beeinträchtige. Darum ist es Pflicht derjenigen städtischen Behörden, deren Bewohner durch die Naugarder Anstalt leiden, — zu reden, dem Ministerium offen und unumwunden das Uebel aufzudecken.

Einiges wider stehende Heere.

Das Brüsseler Atelier, seit Neujahr Avenir getauft, eines der empfehlenswerthesten und entschiedensten Blätter, behandelt diese Frage von den verschiedensten Seiten, wovon einige der Beachtung in Deutschland werth schienen.

Obgleich die Ersparnisse fordernden Petitionen, welche mit Unterschriften bedeckt werden, etwas spät einlaufen, so werden sie doch um nichts weniger Früchte tragen, und die Regierung wird sehr bald dieselben in Erwägung nehmen müssen, denn es giebt Nothwendigkeiten, welche nicht umgangen werden können.

Wer behauptet, daß es die Würde eines Landes verlangt, eine achtbare Stellung einzunehmen, der irrt gewaltig. Die Anhänger der Reformen haben es in den Kammern erörtert; sie haben hervorgehoben, daß ein Land, vorzüglich ein neutrales Land, seine Würde nicht in Paradeanstalten, sondern in das Wohl seiner Bürger setzen muß, und Jedermann weiß, wie sehr Belgien in diesem Punkte elend ist.

Die Furcht vor einem fremden Einfall, wenn das Land entwaffnet, ist reine Chimäre; vorausgesetzt, daß es möglich ist, was sehr unwahrscheinlich außer bei einem allgemeinen europäischen Kriege, warum sollte Belgien, was sich auch auf Deutschland anwenden läßt, nicht in der Vaterlandsliebe seiner Kinder die Vortheile finden, die ein stehendes Heer ihm bieten könnte, ohne die Lasten desselben zu fühlen? Wenn wir in der Geschichte nachsehen, finden wir da nicht Epochen, wo rasch geschaffene Heere dem Feinde sich entgegenstellten? Hat im Beginn der französischen Revolution Frankreich nicht in einigen Tagen eine furchtbare Armee Freiwilliger in die Waffen gerufen, welche aus bloßer Vaterlandsliebe gegen vier-

Digitized by Google

zehn kriegsgewohnte Armeen den Angreifern ihre Kühnheit bereuen ließen? Sollte was in Frankreich möglich, in Belgien (oder in Deutschland) unmöglich sein? Wenn wir uns übrigens bei tieferem Eingehen nach dem wahren Nerv des Kriegs umsehen, so kann man mit einem berühmten General entgegnen: Geld ist's zum ersten, Geld zum zweiten, Geld zum dritten Mal. Was thut ihr mit euerm Heere in Zeiten der Gefahr, wenn ihr es nicht bezahlen könnt? Wird es nicht unnütz werden? Nun das ist die unvermeidliche Folge des Laufes der Dinge; wenn ihr die Ausgaben nicht verringert, so werdet ihr endlich das großartige so theuer erhaltene Institut unnütz machen. Wer anders bei dem öffentlichen Elend urtheilt, der will die Augen nicht dem Lichte öffnen, der läugnet das Offenbare. Die wiederholten Forderungen lauten fast einstimmig; das Volk hat daran Theil nehmen wollen; darf sich das Volk in der That nicht als den Theil betrachten, der bei den ökonomischen Reformen am meisten interessirt ist? Seine Stimme sammt der Stimme der glücklicheren Klassen wird deshalb um so stärker schallen; hier führt das Volk seine eigene Sache; es hat ein Recht dazu; es hat dies begriffen, und es wäre zu wünschen, daß alle Regierungen begriffen, daß bei den Leiden des Volkes Alles in Gefahr steht und das Bestehende wankt.

Ueber Reform des Schulwesens.

(Aus dem in Darmstadt erscheinenden Rheinischen Volksblatt.)

In einer Zeit, wo sich die socialen Verhältnisse des ganzen gebildeten Europa's wie mit einem Zauberschlage umzugestalten scheinen, wo alle Stände und Lebensrichtungen sich neue angemessenere Bahnen der Entwickelung zu brechen suchen, dürfen die Interessen der Volksbildung am wenigsten unbesprochen bleiben. Zwar sind Erziehung und Unterricht höchst zarte, geistige Verhältnisse, welche weder das Getümmel des Krieges, noch den Aufschwung der Leidenschaften ertragen, und man könnte darum der Meinung sein: die neue Gestaltung solcher friedlichen Geschäfte müsse auf ruhige, in keiner Weise bedrohte Zeiten vertagt werden. Sofern unter diesem Satze die wirkliche Ausführung ins Einzelne, die Verarbeitung ins Leben, in die Gemüther verstanden wird, kann derselbe nicht bestritten werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die bewegten Wogen der gegenwärtigen Zeit einer totalen Umgestaltung mit zahlreichen kostspieligen Schöpfungen auf dem Gebiete des Schulwesens nicht günstig sind. Ganz anders verhält es sich dagegen mit einer Revision der Grundlagen der bisherigen Einrichtungen, mit der Abschaffung von Mißbräuchen, welche von Sachverständigen und Wohlwollenden längst verurtheilt waren, aber gleichwohl in dem Organismus der deutschen Staaten geduldet wurden, weil sie gewissen Ansichten des herrschenden Systems entsprachen und weil es bequem ist, sich solcher Fragen, welche man nicht zu beantworten versteht, lieber zu entschlagen, als sie Verständigeren vorzulegen. Ist aber nicht die rechte Zeit, *jetzt, wo neue Grundlagen der Freiheiten des Volkes berathen und beschlossen werden, auch neue festere Grundlagen der Volksbildung zu berathen?* Bedingt nicht Eines das Andere? und wird nicht, wenn jetzt nicht Alles allseitig erwägt wird, vielleicht ein Hinderniß für freie geistige Entwickelung wieder auf Jahrzehende hinaus gepflanzt? Nein, *jetzt*, wo die Presse frei, wo die Gemüther empfänglich sind, *muß geredet, müssen* Ueberzeugungen geschaffen werden, aus welchen dann neue Schöpfungen der Volksbildung erwachsen können.

Digitized by Google

Der Stettiner Volksverein.

Das neue politische Leben im Staate führt das Bedürfniß nach gegenseitigem Austausch der Ansichten, nach gegenseitiger Belehrung und Besprechung über die wichtigen Fragen der Zeit herbei. So haben sich hier in Stettin in kurzer Zeit schon zwei Vereine gebildet und am Donnerstag ist ein dritter Verein zusammengetreten, der den Namen: Volksverein zur gegenseitigen Belehrung und zur Förderung des Volkswohls und der Volksrechte im Sinne der konstitutionellen Monarchie führen wird. Der Zutritt ist jedem volljährigen oder doch wenigstens selbstständigen Manne gestattet, welches Standes er auch sei, denn es ist Grundsatz daß Rang und Stand, so nothwendig sie auch im Leben sind, nicht mit in die Versammlung gebracht werden, sondern daß diese aus gleichständigen Männern, nämlich aus: Bürgern bestehe, aus Staatsbürgern oder Staats-Angehörigen, die einen Sinn für das Wohl des Staats und seiner Einrichtungen haben, die den freien Entwickelungen desselben fördernd zur Hand gehen. Es ist der Wunsch, daß die bisher politisch vernachlässigten Stände der Gesellschaft, die Arbeiter, recht zahlreich sich einfinden mögen um diejenige Belehrung zu finden, die nöthig ist um die Bestrebungen der jetzigen Zeit zu unterstützen und das Ganze zu dem erwünschten Ziele zu führen, das uns alle befriedigen wird. Es soll vorzugsweise diesen Männern der menschlichen Gesellschaft die Ueberzeugung werden, wie sehr man sich bemüht ihr Geschick auf alle Weise zu bessern, damit sie vollen Theil haben an den Wohlthaten des Staatslebens, denn nur so allein können sie selbstfördernd herangezogen werden. Ein Jeder ist berechtigt seine Ansichten und Beobachtungen über alle Gegenstände der Berathung darzulegen und ein Jeder der Gesellschaft hat ein gleiches Recht in derselben. Möge diese Gesellschaft im Kleinen das sein, was der Staat im Großen ist, eine Gesellschaft von Bürgern, denen das Gesetz das Höchste ist, die das Gesetz in sich haben. Wer das Gesetz, welches fortan das Volk durch seine Vertreter macht, welches ihm also nicht aufgedrungen, sondern das aus dem Volksleben und Volksbewußtsein hervorgegangen ist, also den Bedürfnissen desselben entspricht, achtet, der wird auch keine Rechtsverletzungen gegen seine Nebenmenschen, vor allen keine Gewaltthat begehen. Auf dem Wege der Gesetzlichkeit ist alles zu erlangen und Recht wird Recht bleiben so lange die Welt steht. In der ersten Versammlung wurde der Vorstand vorläufig bis zum 1. Mai gewählt, der Zweck und Name der Gesellschaft bestimmt, der Beitrag auf 2½ Sgr. pro Monat festgestellt, damit auch dem Unbemittelten die Theilnahme nicht versagt sei. In der zweiten Versammlung, die schon recht zahlreich von Arbeitern besucht war, in der übrigens alle Stände vertreten waren, setzte der Vorsitzende der Gesellschaft, die Vortheile auseinander, die durch die neuen Bestimmungen des Königs dem Volke erwüchsen, stellte die Grundsätze fest, die man bei der Wahl der Wahlmänner zu berathen habe und was die Abgeordneten in Berlin und Frankfurt zu berathen haben würden. Es wurden von einem andern Mitgliede der Gesellschaft einige praktische Regeln bei der Wahl selbst angegeben und den Gegenwärtigen das Wichtige der Wahl vorgestellt. Der Herr Landrath v. Puttkammer den schon viele Stimmen als Abgeordneten in Aussicht stellen, wurde ersucht sein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen; er that dies mit der größten Freimüthigkeit, indem er seine Ansichten über die vom Könige gemachten Verheißungen, sowie über die Volks-Souverainität und das Zwei-Kammersystem entwickelte. Diesem Redner folgte der Oberlandes-Gerichtsrath Coßmann und beiden Männern wurde der höchste Beifall zu Theil. Mann kann sich nur Glück wünschen, solche Männer zu Deputirten für Frankfurt und Berlin zu erhalten, da sie gewiß unserem Pommern alle Ehre machen müssen.

Digitized by Google

Handwerker-Verein zu Stettin.

Der bisherige Gesellenverein zu Stettin hat sich in einen Handwerkerverein umgestaltet und folgende Statuten angenommen:

§. 1. Zweck des Vereins ist gegenseitige Belehrung und Unterhaltung. §. 2. Mitglieder des Vereins sind: a. solche, die ein Gewerbe selbstständig betreiben. b. Gewerbegehülfen. Solche, die den unter a. und b. genannten Ständen zwar nicht angehören, die aber Willens sind, die Zwecke des Vereins durch Lehre ꝛc. zu fördern. § 3. Ueber die Aufnahme in den Verein entscheidet der Vorstand mit einfacher Stimmenmehrheit. Gründe für die Ablehnung eines Aufnahmegesuchs hat der Vorstand nur dem Vereine anzugeben. Jedem vom Vorstande Abgewiesenen bleibt die Appellation an den Verein. §. 4. Jedes Mitglied zahlt ein Eintrittsgeld und einen monatlichen Beitrag; ersteres wird vorläufig auf 2½ Sgr. für jeden Gewerbegehülfen und auf 10 Sgr für jedes andere Mitglied festgesetzt. Der monatliche Beitrag soll vorläufig 5 Sgr. für jedes Mitglied betragen. §. 5. Ausschließungen von Mitgliedern aus dem Vereine können nur durch einen Beschluß des Vereins erfolgen, und genügt dazu die einfache Majorität der versammelten Mitglieder. Soll der Verein über solche Fälle beschließen, so ist dies demselben in der vorhergehenden Versammlung anzuzeigen. §. 6. Der Vorstand soll aus neun Mitgliedern bestehen, worunter vier aus dem Stande der Gehülfen sein müssen und eines aus dem Stande der lehrenden Mitglieder. Außerdem werden drei Stellvertreter gewählt, unter denen einer aus dem Stande der Gehülfen und einer lehrendes Mitglied sein muß. §. 7. Die Geschäfte vertheilt der Vorstand unter sich nach eigenem Ermessen. §. 8. Der Vorstand, mit Ausschluß des lehrenden Mitgliedes, scheidet halbjährlich zur Hälfte aus, (das erstemal durch das Loos), und findet die Wahl der neuen Vorstandsmitglieder in einer zu Ostern und Michaelis abzuhaltenden Generalversammlung statt, wobei Wiederwahl erlaubt ist. Das lehrende Mitglied wird jährlich neu gewählt, doch kann auch bei diesem eine Wiederwahl stattfinden. §. 9. Abänderungen dieses Statuts bleiben vorbehalten, doch können solche nur von einer Generalversammlung beschlossen werden."

Möge denn der neugebildete Handwerkerverein nicht nur bei den Handwerkern, bei Meistern und Gehülfen, sondern auch bei andern Klassen der Gesellschaft Anklang und Theilnahme finden und auf diese Weise der Standesdünkel mehr und mehr ausgerottet, eine Verschmelzung der verschiedenen Klassen der Gesellschaft angebahnt werden. Es ist eine ganz verkehrte Ansicht, wenn man meint, die Aufgabe der Handwerker-Vereine sei mit etwas Schulmeisterei, mit Nachhülfe im Lesen, Beten, im Briefschreiben und dergl. erfüllt. Der junge Handwerker soll sich auch als Bürger und Mensch, als Glied eines großen Gemeinwesens fühlen lernen, sich seiner Rechte und Pflichten bewußt werden. Die Mittheilung von Kenntnissen und Fertigkeiten genügt nicht; der künftige Staatsbürger und die gesellige Seite sind ins Auge zu fassen. Die Geselligkeit ist zu veredeln, das Menschenthum, die Menschenwürde zur Geltung zu bringen, was nur möglich durch ein Zusammentreten von Menschen aus verschiedenen Klassen der Gesellschaft, durch Abstreifen des Vorurtheils und Ständedünkels.

Berichte.

Stettin.

(Konstitutioneller Klub im Hause des Herrn Tincauzer.) Auf Montag 24. April war eine öffentliche Versammlung des konst. Klubs im Schützenhause angesetzt, wo unter Vorsitz des Herrn Dr. Pleßner zur Berathung kam:

1. Der Bericht des Ausschusses über die neuesten von ihm gefaßten Beschlusse;
2. Antrag auf unbeschränkte Oeffentlichkeit der einen in jeder Woche abzuhaltenden Versammlung;
3. Antrag auf Ernennung eines Ausschusses zur Prüfung ob und in welcher

Digitized by Google

Weise der Klub sich bei den Wahlen zu betheiligen habe;

4. Antrag auf Ernennung eines Ausschusses zur Erforschung und Begutachtung der für Organisation der Bürgerwehr getroffenen Maßregeln.

Der Antrag sub No. 3 klingt für einen konst. Klub gewiß höchst naiv; er ist indeß durch einen frühern ablehnenden Beschluß nothwendig geworden — und doch ist die Zeit, bloß um konstitutioneller Klub zu spielen ohne Ernst daraus zu machen, viel zu ernst.

Der Antrag auf unbedingte Oeffentlichkeit wurde mit möglichster Ausführlichkeit und Gründlichkeit beleuchtet und besprochen, denn immer noch glaubte dieser und jener — obgleich fast Alle über die Sache einverstanden — sein Licht, seine Weisheit in einer Rede leuchten lassen und der darüber natürlich erstaunten Versammlung verkünden zu müssen, daß er mit dem vorigen geehrten Redner zwar ganz einverstanden, aber.... Deutsche Pedanten sind unermüdlich und unerschöpflich in breiten Worten. Die Versammlung entschied sich einstimmig für unbedingte Oeffentlichkeit der Klubverhandlungen in der Weise, daß für die Zuhörer ein besonderer Platz ermittelt werde und diese nicht mitsprechen und mitstimmen dürften, was sich eigentlich von selbst verstehet, da es sonst keine Klubsitzung, sondern eine Volksversammlung sein würde. — Ein Antrag, der konst. Klub solle sich dem Volksverein anschließen fand keine Unterstützung, dagegen wurde der vom Reg.-Rath Zitelmann gestellte Antrag, eine Adresse, einen Zuruf an den Volksverein zu erlassen fast einstimmig angenommen, nachdem, wie sich von selbst versteht, einige Amendements gestellt — »nie ohne dieses!« sagt Nante. Welcher Art diese mitunter, dafür ein Beispiel. Hr. Prof Bonitz beantragte: der an den Volksverein zu erlassende Zuruf solle nicht durch die Presse verbffentlicht, sondern dem Verein von dem Klub zugesandt werden. Da sich das Letztere von selbst versteht, der Abdruck eines solchen ungefährlichen Aktenstückes, da wir die Censur glücklich losgeworden, auf keine Art und Weise verhindert oder verboten werden kann, so weiß man nicht, was man sich bei dem Antrage Vernünftiges denken soll und wie man solche Anträge überhaupt stellen, mit solchen Bemerkungen die Zeit vertrödeln und für dergleichen die Aufmerksamkeit einer großen Versammlung verständiger Männer in Anspruch nehmen kann. — Als man auch noch darüber weitläufig und langweilig werden wollte, wo der Redner in den künftigen öffentlichen Versammlungen stehen sollte, riß der Versammlung der Geduldfaden, nachdem einer der Herrn Stahlberg geäußert: in sechs Sitzungen beschäftige man sich schon mit den Aeußerlichen; der Klub habe noch gar nichts gethan, man solle doch endlich zur Hauptsache kommen. Die Herren Stahlberg, der Doctor und der Kaufmann äußerten sich beide verschiedenemale in diesem Sinne, wer von beiden dies oder jenes Wort, — ein Wort zur rechten Zeit — gesprochen, ist gleichgültig. Man scheint des langsamen, formellen Ganges endlich überdrüssig zu werden. So wurde der Ausschuß von der Versammlung ohne weiteres beauftragt, auf die Wahlen im konstitutionellen Sinn einzuwirken. Das preußische Beamtenthum, mit Inbegriff der Lehrer, ist so an die Bevormundung und daran gewöhnt, Alles durch Instruktionen zu regeln und zu leiten, daß wir uns nicht wundern, wenn vorgeschlagen wurde, dem Ausschusse zu diesem Behufe eine besondere Instruktion zu ertheilen. Indeß die Versammlung war nicht vom preußischen Beamtengeist durchweht, sie war der Meinung, der Ausschuß werde die beste Instruktion in sich selber, im eigenen Kopfe finden. Die jüngern Beamten sind theilweise in dieser Beziehung wahrhaft fürchterliche Menschen, indem sie sich mit jugendlichem Eifer auf Nebendinge werfen und beweisen wollen, daß sie schon zu regieren gelernt haben. Sie haben daher immer Reglements, Instruktionen, oder Deputationen und Kommissionen im Kopfe, die sich mit Formalitäten befassen und Instruktionen entwerfen sollen. Natürlich, denn wenn der konst. Klub ohne Geschäftsinstruktion, dann würde die Welt und das konst. Königthum untergehen und die Republik — die in den Augen Vieler gleichbedeutend mit Anarchie — wäre da. Also ja recht viele Instruktionen, Reglements, damit der Geist und die Thatkraft in spanische Stiefel geschnürt und gefesselt werde. Einige Mitglieder und Gäste fanden sich durch die Verhandlungen so weng angezogen, daß sie die Sitzung vor dem Schluß verließen. Doch kam zuletzt das Beste, ein Vortrag des Herrn Syndikus Gierke über die von einer Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten berathenen Organisation der Bürgerwehr. — Der konst. Klub ist ein ächt deutscher Klub, dem der deutsche Gelehrtenzopf und deutsche Pedanterie nicht fehlen. Es ist ein kleiner allerliebster Regensburger Reichstag en miniature. Dieser Regensburger Reichstag saß und rathschlagte, als die Franzosen Straßburg wegnahmen. Er wurde nie mit leeren Berathungen fertig. Er setzte Tallerand in einer sehr gründlichen, gelehrten und langen Denkschrift auseinander und bewies aus der

Digitized by Google

goldenen Bulle, daß Hannover nicht zu England, sondern zum H. R. R. deutscher Nation gehöre. Die Franzosen besetzten, trotz dieser Denkschrift, Hannover, woran sie niemand hinderte, weil der Deutsche an die Gegenwehr gar nicht gedacht hatte.

(Die erste Arbeiterversammlung und die Erklärung.) Die Philister, die Furchtsamen, die überall Unglück wittern, können sich noch immer nicht darin finden, daß in Stettin eine Arbeiterversammlung Statt gefunden und jammern über die Unvorsichtigkeit, die eine solche veranlaßt. Indeß durch die Revolution haben die Stettiner Arbeiter ebensogut wie die Berliner das Recht erhalten, sich zu versammeln, und wie in dieser ersten Arbeiterversammlung, so werden die Stettiner Arbeiter auch in den folgenden den Aengstlichen und Furchtsamen beweisen, daß sie sich ruhig berathen, ruhig über ihre Angelegenheiten in großen Versammlungen besprechen können, ohne die öffentliche Ordnung zu stören. Einmal erfordert es die Ehre der Stettiner Arbeiter, daß die Ruhe, d. h. die Debatte, die Verhandlungen in solchen Versammlungen nicht durch Geschrei, Unterbrechungen u. dergl gestört werde, — die Stettiner Arbeiter haben, ihrer eigenen Ehre, ihres guten Rufes wegen darüber zu wachen, daß, wie in andern großen Städten, die Ruhe, die Verhandlung nicht gestört wird, daß auch sie der Freiheit und des Rechts, die beide auf den Straßen Berlins erkämpft, würdig sind. Man kann sich, wo Tausende versammelt sind, nur dann verständigen über das, was Noth thut, wenn Alle in der Versammlung dem Sprecher ruhig zuhören und eine gewisse parlamentarische Ordnung aufrecht erhalten wird. Soll also der Zweck solcher Versammlung erreicht werden, so muß die Versammlung selbst über Erhaltung der Ordnung wachen.

Das ist auch in der ersten Stettiner Arbeiterversammlung im Allgemeinen geschehen und darum ist sie eine uns so erfreuliche, was sie nicht Allen zu sein scheint. Namentlich wird sie in einer „Erklärung," die von den Mitgliedern des Vorstandes des hiesigen Handwerkervereins unterzeichnet ist, — eine Erklärung, die in Bezug auf ein Individuum von Anmaßung, Eitelkeit und Selbstüberhebung strotzt — eine „in den Resultaten so wenig erfreuliche" genannt. Wenn sie auch nicht eine außerordentlich, eine sehr, eine über alle Erwartung erfreuliche, so begreifen wir doch nicht, warum sie eine „wenig erfreuliche" sein soll. Das wird uns der Vorstand erst beweisen müssen. Freilich Herr Eicksen sagts, aber dennoch hat die Versammlung, nach unserer Meinung, als erster, freilich übereilter Versuch, ganz erfreuliche Resultate gehabt. Der „unterzeichnete Vorstand" weist die Betheiligung des Handwerkervereins an diese „ihm unbegreiflichen Angelegenheiten" zurück. Was ist denn nun eigentlich und wem ist etwas unbegreiflich? Dem Vorstande d. h. Herrn Eicksen. Nur Hrn. Eicksen kann es unbegreiflich sein, daß man im Lokale des Handwerkervereins sich über eine zu veranstaltende Arbeiterversammlung bespricht, ohne des Hrn. E. Erlaubniß einzuholen; denjenigen Mitgliedern des Vorstandes, die die Versammlung eingeleitet und die erforderlichen Schritte gethan, kann ihr eigenes Werk doch unmöglich „unbegreiflich" sein. Uns ist „unbegreiflich", wie diese Herren eine so impertinente Erklärung, durch die sie sich selbst hinter die Ohren schlagen, haben mit unterzeichnen können. — Aus der Erklärung erhellt, daß eine Majestätsbeleidigung gegen Hrn. Eicksen vorliegt, denn „namentlich mit Hrn. Eicksen" hätte man die Sache erst besprechen müssen. Das ist nicht geschehen, und daher das Zetergeschrei, das Hr. E. erhebt, das er den Vorstand mitunterzeichnen läßt, was uns vom Vorstande wieder „unbegreiflich" ist. Wenn Hr. E. vielleicht in dem bisherigen Gesellenverein als Gesellenkönig fungirte, so ist er doch nicht, wie sich jeder aus den Statuten überzeugen wird, König des Handwerkervereins, da es eine solche Würde in diesem nicht giebt, so daß es unbegreiflich, warum man die Sache „namentlich mit Hrn. Eicksen" besprechen müsse. Schreiber dieses, ein Mitglied des Handwerkervereins, wünscht zuwissen und aus den Statuten nachgewiesen zu sehen, warum, wenn ein Paar Mitglieder des Handwerkervereins eine Arbeiterversammlung außerhalb des Lokals berufen, dies erst „namentlich mit Hrn. Eicksen" besprochen werden müsse — In der Erklärung wird endlich wegwerfend und mit Geringschätzung „eines Herrn Maron" gedacht, in einer Weise, die, wo nicht ungeschliffen, doch unschicklich. Ref. erwartet, daß der Vorstand des Handwerkervereins in seinen öffentlichen Erklärungen die Gränzen des Anstandes und der Schicklichkeit beobachtet, sich von absichtlichen Verletzungen fern hält; was nicht der Fall, wenn er mit vornehmer Geringschätzung auf andere herabsehend, von „einem Hrn. Maron" spricht. — Unbegreiflich ist uns endlich noch des Herrn Thissen Rolle, der die gegen ihn erhobene Beschuldigung: Namen, wie die des Hrn. Stadtrath Sternberg, vorgeschoben und gemißbraucht zu haben, zu entkräften hat, wenn er es vermag.

(Zweite Versammlung des Stettiner Volksvereins Sonnabend den 28 April.) Der Vorsitzende, Hr. Dr. Scharlau

Digitized by Google

eröffnete die Verhandlungen mit einer Auseinandersetzung dessen, was durch die Berliner Revolution erreicht, wie wir namentlich das Recht erlangt, uns zu versammeln ꝛc. Die Vorlesung des Statuts wurde ausgesetzt, da die Erörterung der Wahlen wichtiger schien, wogegen, da der Verein in zwei vorhergehenden Sitzungen sich schon constituirt, heute noch über die Statuten streiten zu wollen, um so mehr als Zeitvergeudung erscheinen müßte, da eine große Zahl von Gästen, die den Volksverein mit ihrem Besuch erfreueten, doch nicht füglich berechtigt erachtet werden konnte, über das Statut eines schon bestehenden Vereins zu sprechen, mit abzustimmen. — Nachdem über Bedeutung und Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen gesprochen, wo Stettin mit dem Randower Kreise gemeinschaftlich drei Abgeordnete für Berlin, einen Abgeordneten und einen Stellvertreter für Frankfurt zu wählen, nachdem die Nothwendigkeit auseinandergesetzt war, sich über die zu wählenden Abgeordneten zur constituirenden, d. h. zur gesetzgebenden Nationalversammlung in Berlin und zum deutschen gesetzgebenden Volksparlament in Frankfurt zu verständigen, weshalb geeignete Wahlkandidaten in Vorschlag zu bringen seien, wurde darauf hingewiesen, wie in einer im Hotel du Nord am vorigen Abend abgehaltenen, etwa 80 Personen starken Versammlung (die keineswegs, wie in den Börsen-Nachr. geschehen, mit dem ehemaligen Nordklub, dem jetzigen konstitutionellen Klub zu verwechseln) die Herren Landrath v. Puttkammer mit 57 Stimmen, Oberlandesgerichtsrath Kosmann mit 49, Stadtrath Sternberg und Syndikus Gierke jeder mit 44 Stimmen als Wahlkandidaten für Berlin; Oberlandesgerichtsrath Graf Schweinitz als Wahlkandidat für Frankfurt aufgestellt seien. Der Landrath v. Puttkammer stellte sich der Versammlung als Wahlkandidat vor, indem er sein politisches Glaubensbekenntniß dahin formulirte, daß er schon immer, schon früher ein Anhänger der konstitutionellen Monarchie, (d. h. einer gesetzlich geordneteten Staatsform, in der die Rechte des Königs und des Volks durch das Grundgesetz, die Verfassung, die Konstitution, genau bestimmt und gesetzlich festgestellt) gewesen und nicht erst seit Kurzem geworden sei. Er werde dahin wirken, daß die verheißenen Rechte dem Volke in der Verfassungsurkunde geschert würden, er werde für Preßfreiheit, für Sicherstellung der persönlichen Freiheiten durch ein Gesetz, durch eine Habeas Korpusakte stimmen, — für freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht, für eine allgemeine Bürgerwehr mit freier Wahl der Führer, er werde für gleiche Berechtigung aller Staatsbürger stimmen, (er sei immer für Denk- und Gewissensfreiheit gewesen und habe immer in diesem Sinne gestimmt). Er sei für Schwurgerichte (deren Nothwendigkeit er auseinandersetzte), für Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonial- und Dominialpolizei, für Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und für eine freisinnige Landgemeindeordnung, die er schon immer und auch auf dem ersten ver. Landtage beantragt. Direkte Wahlen halte er für unausführbar, er werde in diesem Punkte mit dem Ministerium stimmen, von dessen Freisinn, Rechtlichkeit und Tüchtigkeit man nach dem Wirken der Minister, die Mitglieder der früheren Opposition, überzeugt sein könne stimmen. Er werde um so mehr mit dem gegenwärtigen Ministerium stimmen, da er dafür halte, daß ein anders nach andern Prinzipien handelndes oder aus andern Persönlichkeiten bestehendes Ministerium gegenwärtig eine Unmöglichkeit, daß es unmöglich die gegenwärtigen Minister durch andere zu ersetzen. Er werde daher, damit das volksfreundlich gesinnte Ministerium dem Lande erhalten und damit der Ausbau der Verfassung dem Volke gesichert und mit Besonnenheit ausgeführt werde mit dem Ministerium stimmen. Die Frage über ein Ein- oder Zweikammersystem halte er für unbedeutend und werde er auch hier mit dem gegenwärtigen Ministerium gehen. Die Hauptsache wäre, daß der Volkskammer das Steuerbewilligungsrecht allein zustände. Uebrigens bekannte sich Hr. v. Puttkammer zu dem Prinzip der Volkssouveränität als einer natürlichen Consequenz der konst. Monarchie.

Hr. v. Puttkammer, dessen Vortrag mehrmals durch lauten Beifall unterbrochen wurde, glaubte versichern zu können, daß die überwiegende Mehrzahl der Wahlmänner des Randower Kreises, wenn die Stadt Stettin einen vom Kreise aufgestellten Wahlkandidaten wähle, sich für ein oder zwei von Stettin aufgestellte liberale Kandidaten entscheiden werde; er glaubte, daß eine Vereinigung der Wähler Stettins mit dem Randower Kreise leicht durchzuführen sein werde, insofern Stettin nur entschieden freisinnige volksfreundliche Wahlkandidaten in Vorschlag bringe, denn nur diese würden bei den Wahlmännern des Randowschen Kreises Unterstützung finden. (Donnernder Beifall der Versammlung.)

Hr. O.-L.-G.-R. Kosmann, der schon am vorigen Abend sich in seinem politischen Glaubens-Bekenntniß dahin ausgesprochen, daß er dem Prinzip der Volkssouveränität huldige, erklärte der Versammlung,

Digitized by Google

daß er Beruf und Befähigung in sich fühle, daß Mandat zu übernehmen, wenn das Vertrauen seiner Mitbürger ihn zum Abgeordneten berufe. Leider habe der bisherige Mangel eines öffentlichen Lebens ihm wenig Gelegenheit gegeben, sich gegen seine Mitbürger auszusprechen, mit diesen vertraut, bekannt und von ihnen erkannt zu werden. Mit tiefer Bekümmerniß habe ihn das nun gestürzte System, das uns so lange disponirt, erfüllt, mit Knirschen habe er damals 1844 das Gesetz gelesen, das die Unabhängigkeit des preuß. Richterstandes vernichtet. Er sei der jungen konst. Monarchie aufrichtig ergeben. Er hoffe, daß man seinen Worten Glauben schenken werde, denn als ein ehrlicher, streng rechtlicher Mann glaube er wenigstens bekannt zu sein. (Beifall und zustimmendes Ja, ja!) — Die Herren Stadtrath Sternberg und Syndikus Gierke waren durch eine plötzlich für diesen Abend zusammenberufene Magistratssitzung verhindert, in dem Volksverein zu erscheinen und sich der Versammlung vorzustellen, was beide ausdrücklich erklären ließen. — Ob dem O.-L.-G.-R. Graf Schweinitz die ehrenhafte Berücksichtigung, die seine Mitbürger ihm schenken, nicht rechtzeitig bekannt geworden, oder ob er keinen Beruf in sich fühlt, dieser ehrenvollen Aufforderung nachzukommen, müssen wir dahin gestellt sein lassen. Daß er es unter seiner Würde halten sollte, den Urwählern im Volksverein sich vorzustellen, können und dürfen wir nicht annehmen, da wir mit Charakter und Gesinnung des Hrn. Graf Schweinitz nicht bekannt, also nicht berechtigt, ein Urtheil über ihn abzugeben. Darum aber ist es nothwendig, daß er hinaustrete in die Oeffentlichkeit, daß er seinen Mitbürgern sich zeige.

In Stettin entwickelt sich eine sehr erfreuliche Theilnahme am politischen Leben. — Ueberall werden Vorversammlungen gehalten, um sich über die Wahlmänner zu berathen, das Volk über das Wahlgesetz und den Werth der errungenen Freiheit, der gewährten Rechte aufzuklären. In Oberwiek fand Montag früh eine von dem Kaufm. Hrn. Stahlberg veranstaltete Volksversammlung Statt, Nachmittags waren Stadtrath Eichstädt, Dr. Patzschke und Dr. Scharlau in Torney thätig, wo die ferneren Vorberathungen der Lehrer Hr Stoltenburg leiten wird. In diesen Vorberathungen scheinen die wahren, die wirklichen Liberalen über die Absolutisten und Mucker, über die Scheinkonstitutionellen, die es mit der Freiheit und mit den Rechten des Volks nicht ehrlich meinen, das Uebergewicht zu haben. Im Passauer Wahlbezirk fand ein royalistisch gesinnter Schulmonarch wider sein Erwarten so wenig Anklang, daß er verdrießlich, in seinen Erwartungen getäuscht, sich — entfernte. Anders steht die Sache auf Kupfermühle, wo vornehme Leute wohnen, die rufen: „Schlagt sie nieder!“ — die dem Volke vorreden, das ist ein Umsturz alles Bestehenden; wir werden dabei unser hohes Gehalt und unsere großen Pensionen verlieren und dann — können wir Euch nicht bezahlen. Hier residirt der Royalismus des Geldbeutels. Eine Versammlung, die kürzlich Statt fand, erklärten Herr Kriegsrath Dannert und Consorten für eine ungesetzliche Winkelversammlung (!!!), weil sie nicht dazu berufen. Es ist indeß Niemand verpflichtet, Hrn Dannert und Genossen zu einer nicht amtlichen Versammlung zu berufen Hr. Dannert legte Protest ein, entfernte sich, kehrte aber zurück, als man sich um seinen Protest nicht kümmerte. Ein ehemaliger Pblitzer-Bürgermeister, ein großer Politiker, ein sehr weiser Staatsmann, las bei mangelnder Redefertigkeit sein vier Seiten langes politisches Glaubensbekenntniß ab, was sehr erbaulich und sehr rührend anzuhören gewesen sein soll. Nur immer so fortgefahren; Ihr werdet gewiß — ausgelacht werden.

* * *

Ueberall zu sein, ist dem Herausgeber nicht möglich. Er bittet daher politische Freunde, die Freunde der vom Wächter vertretenen Prinzipien um Mittheilungen und Mitwirkung.

(Militär.) Es verbreitet sich in Stettin das Gerücht: dem Militär wäre untersagt, über Politik öffentlich sich zu äußern, zu sprechen. Mögen unangemessene Äußerungen Einzelner im Sinn und Geist des begrabenen Korporalssystems, das die Forderungen des Volks mit Kartätschen beantworten will, zu diesem Parolebefehl Veranlassung gegeben haben, verkennen wir die gute Absicht nicht, so müssen wir doch dagegen protestiren, daß man den Soldaten verbieten will, öffentlich über Politik zu sprechen, weil diese Maßregel durchaus unvereinbar mit einem wahrhaft freien Staatsleben. Das Recht der freien Meinungsäußerung, natürlich mit Bescheidenheit, ohne bramarbasirende Anmaßung, ohne Säbelgeklirr, darf Niemanden verkümmert werden, auch dem Soldaten nicht. Der Soldat hat aufgehört ein Staatssklave zu sein, auch er hat durch den Barrikadenkampf die Rechte eines freien Mannes erworben.

(Der konstitutionelle Klub und der Stettiner Volksverein.) Es ist vorgeschlagen, der konst. Klub möge sich dem Volksverein anschließen. So gut

Digitized by Google

gemeint der Vorschlag, so schmeichelhaft er für den Volksverein, so dankens- und anerkennenswerth die gute Absicht, so würde doch durch ein solches Anschließen in corpore die Tendenz des Volksvereins gefährdet scheinen. Nach den bisherigen Thaten des konst. Klubs wäre es ein Unglück für den Volksverein, wenn durch den Zutritt des konst. Klubs die in diesem herrschende Gesetzgebungs-Instruktions- und Reglementsmachersucht, der gelehrte Zopf in den Volksverein verpflanzt werden sollte. Der Volksverein weiß sich ohne viele und lange Instruktionen zu behelfen, will und wird hoffentlich nie die Zeit mit Nebendingen vertrödeln. Haben wir Geist und Tendenz des Volksvereins richtig aufgefaßt, so sehnt sich derselbe nicht nach Gesetz- und Reglementsmachern. Dagegen wird er sich durch den Beitritt intelligenter Männer, die Schick und Blick für das praktische Leben, ein Herz für das Volk, sittliche Erhebung zu wirken bereit sind, gekräftigt und gestärkt fühlen. —

(Tumult.) Am Sonnabend Abend war von dem Magistrate Revolution angesagt, aus der aber nichts geworden. Das hängt so zusammen: Nach einigen wollten die Gesellen wegen ihrer Lade, nach andern die Arbeiter Revolution spielen. Entweder haben sich einige Spaßvögel einen unzeitigen Scherz erlaubt oder einige Unverständige in ihrem Uebermuthe dergleichen geäußert. Wenn dergleichen ernstlich gemeint ist, wird man es Tage vorher öffentlich verkündigen? Dennoch bemächtigte sich die Revolutionsangst vieler Bürger, da die jetzt grassirende Gespensterfurcht eine ansteckende Krankheit. Der Schmiedemeister Herr Dreyer wußte als Wortführer der Revolution fürchtenden Bürger durch seiner Rede Kraft dem Magistrat so in Revolutionsangst zu jagen, daß dieser, obgleich der Herr Oberbürgermeister mit ungewohnter und Herr Stadtrath Sternberg mit bekannter Energie widersprachen, in seiner Weisheit befahl, daß die Bürgerwehr um 7 Uhr zusammentreten und die Revolution erwarten solle. Diese ließ indeß die Bürgerwehr einige Stunden warten und kam gar nicht zum Vorschein, obgleich auch der Magistrat zu ihrem Empfange auf dem Rathhause versammelt war. Es ist jedenfalls ein ungeheurer Mißgriff, wenn man Furcht zeigt und eines Gespenstes wegen, einer Möglichkeit wegen, einige Stunden lang die Bürger unter dem Gewehr stehen läßt. Einmal kommen die, die man so voreilig fürchtet, auf den Wahn, daß sie wirklich eine Macht, wirklich zu fürchten seien; ferner werden andere den Spaß wiederholen, die Leute grauslich machen und die Bürger, unnütz kommandirt, werden des Wehrstandes überdrüssig und vielleicht dann, wenn sie öfter gefoppt, nicht erscheinen, wenn es einmal nöthig sein sollte.

Stettin, 24. April.

(Versammlung in der Oberwiek) Heute Vormittag fand die von mir und den Vorstehern der Ober- und Unterwiek anberaumte Volksversammlung im Freien statt.

Von der Ansicht ausgehend, daß man insbesondere den Arbeitern erst eine Uebersicht der Ereignisse geben müsse, ehe man ein reges Interesse für die Wahl erwarten könne, bemühte ich mich, im volksthümlichsten Ausdruck den Versammelten die großen Ereignisse zu erklären, indem ich meinen Vortrag mit den Versprechungen des hochseeligen Königs in den glorreichen Zeiten der Befreiungskriege beginnend weiterhin nachwies, welche Rechte nunmehr dem Volke bereits eingeräumt seien.

An die Aufzählung dieser Rechte, die ich durch faßliche Beispiele zu erläutern suchte, knüpfte ich endlich den Vortrag über die Wichtigkeit der Wahl. Mit warmem Herzen für die Sache des Volkes schilderte ich den Anwesenden die Wichtigkeit des Errungenen, hob ihr Selbstgefühl, erweckte ihre Theilnahme für die Sache, und hatte die große Freude, in jedem Blicke den Wiederklang meiner eigenen Empfindungen zu lesen.

Ich forderte die Anwesenden dringend auf, einen Ausschuß aus ihrer Mitte zu erwählen, der mit ihm und andern Mitbürgern im engern Kreise berathen und Wahlmänner vorschlagen könne.

Nachdem der spezielle Zweck der Versammlung erledigt war, forderte ich diejenigen aus der Versammlung, welche etwas zu sprechen wünschten, auf, die Rednerbühne zu besteigen, indem es gewiß allen Versammelten erwünscht sein würde, auch Stimmen aus dem Volke zu hören. — Ein Arbeiter sprach hierauf seine Klagen über den Zuzug fremder, d. h. nicht zur Stadt gehöriger Arbeiter aus, die den Verdienst der hiesigen Arbeiter schmälern, und stellte den Antrag, selbige, namentlich aber die Ausländer zu verweisen. Ein zweiter Arbeiter klagte über die Erhöhung der Miethen in jetziger Zeit, ein Dritter wollte ein Gesuch an alle Arbeitgeber, namentlich aber an die Kaufleute gerichtet wissen, der Art: daß letztere vorzugsweise die verheiratheten Arbeiter beschäftigen möchten, da die unverheiratheten eher sich behelfen könnten, auch in der Fremde Brod fänden.

Herr Burghardt suchte darauf namentlich mit Bezug auf den Druck, der augenblicklich auf Handel und Gewerbe laste — darzuthun, wie nun jeder gutgesinnte Staatsbürger gerade in jetziger Zeit jede unbillige Forderung an die Arbeitgeber vermeiden müßte, da letztere selber

Digitized by Google

jetzt nichts verdienten; die Zeiten würden hoffentlich bald wieder besser werden, der Handel würde dann mehr blühen als zuvor, und mit ihm Gewerbe und Arbeit; die besten Männer des Volks sollten ja jetzt versammelt werden, um eben insbesondere über das Wohl der Arbeiter zu berathen — darum hätten letztere also um so mehr die Verpflichtung, tüchtige Männer auszuwählen.

Schließlich sprach ich mich in Betreff des Antrags des ersten Arbeiters dahin aus, daß man den Wahlspruch festhalten müsse:

„Was du nicht willst, das man dir thu,
„Das füg auch keinem Andern zu,

daß es übrigens zweckmäßiger, einen Ausschuß aus den Arbeitern zu wählen, der mit Männern, die für das Wohl der Ersteren ein offenes Herz haben, zusammenträte und dergleichen Klagen nach gehöriger Prüfung in gesetzlicher, geordneter Weise vor die Behörde brächten; ich selber bot meine Mitwirkung zu diesem Zwecke an, und bat die Hausbesitzer die Miethen nicht zu erhöhen, und empfahl verheiratheten Arbeitern besondere Berücksichtigung mit der Bemerkung, daß die unverheiratheten Arbeiter doch auch leben wollten, oft Mutter, Schwester ꝛc. zu ernähren hätten, — Alle aber so hoffe ich zu Gott, — wenn der Friede und die Ruhe erst wieder hergestellt sei — Brod finden würden.

Schließlich machte ich die Anwesenden darauf aufmerksam, daß das Samenkorn jetzt ja erst in die Erde gelegt werden solle, daß wir ja erst gute Gesetze machen wollen — dann möge man mit Muth und Ausdauer harren — die Saat werde nicht ausbleiben. Ein alter Krieger brachte das Wohl des Königs aus, worin Alle einstimmten. Die Versammlung bot den Anblick der würdigsten Ruhe dar, mancher kräftige Händedruck wurde gewechselt.

P. J. Stahlberg.

(Erklärung.) Es hat mehrseitig Befremden erregt, daß wir Herrn Konsul Gutike unter den in einer Versammlung im Hotel du Nord aufgestellten Wahlkandidaten nicht genannt. Indeß haben wir nicht alle aufgeführt, die vorgeschlagen wurden und die zum Theil nur sehr wenig Stimmen für sich hatten, sondern nur diejenigen vier Herren, die für Berlin die meisten Stimmen hätten. Mit Hrn. Konsul Gutike eine Ausnahme zu machen, etwa weil er ein Kaufmann, fanden wir um so weniger Veranlassung, da Hr. G. ausdrücklich erklärte, daß seine Verpflichtungen gegen eine Versicherungsgesellschaft ihm eine längere Abwesenheit von Stettin nicht gestatteten. Wie wir hören hat er dies nur auf Frankfurt bezogen, was indeß in der Sache gar nichts ändert. Denn wenn Hr. G. wegen einer Versicherungsgesellschaft nicht Zeit hat nach Frankfurt zu gehen, so wird ihm auch die Zeit für Berlin fehlen, wenn man nicht annehmen will, daß Hr. G von Berlin aus leichter nach Stettin kommen könnte, als von Frankfurt, um seine Privatgeschäfte zu besorgen. Indeß dergl Rücksichten auf Privatgeschäfte können durchaus nicht maßgebend sein. Dann würde Stettin einen Abgeordneten haben, der seiner Privatangelegenheiten wegen häufig da, wo er hingehört „fehlt". Wir haben durchaus keine specielle Verpflichtung, speciell die Interessen der hiesigen Kaufmannschaft zu vertreten, dennoch werden wir diese und die Interessen des Handels im Allgemeinen stets, getreu dem Beruf eines unabhängigen Publicisten nach Kräften und unserer Ueberzeugung gemäß wahrzunehmen und zu verfechten suchen, aber das Interesse des Handwerker-, des Arbeiterstandes ist uns ebenso wichtig, wie wir überhaupt nur dem Gesammtwohl, dem Gemeinwohl unsere Kräfte widmen, nicht aber speciellen Standesinteressen.

Stettiner Volksverein. Mittwoch Abend 8 Uhr im Schützenhause. Berathung über die Wahlen. Eintritt gegen Einzeichnung in die Mitgliederliste und gegen Lösung einer für den Monat gültigen Karte für 2½ Sgr. am Eingange.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin,
große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

Wochenschrift

für öffentliches Leben der deutschen Ostseeländer.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 8.

Sonnabend den 29. April.

Inhalt: Was vor Allem thut Noth? Warum liegen Handel und Gewerbe darnieder und was hindert ihren Aufschwung. Nehmt Euch in Acht. Was wir wollen. Die Stettiner Wahlkandidaten. Über die Einkommensteuer. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

☞ Der Wächter an der Ostsee, der zweimal wöchentlich, Mittwochs und Sonntags ½ oder 1 Bogen stark erscheint, wird im halbjährlichen Abonnement für 1 Thlr. 10 Sgr. durch jede Buchhandlung und durch sämmtliche preußische Postanstalten geliefert. **Für Stettin beträgt das Abonnement für das Quartal vom 1. April bis zum letzten Juni 20 Sgr., wofür das Blatt den Abonnenten frei ins Haus geliefert wird.** Vom 1. Juli ab wird der Wächter sich in eine täglich erscheinende pommersche konstitutionelle Zeitung verwandeln.

Was vor Allem thut Noth?

Vertrauen in die Freiheit, in die neue Ordnung, die auf die Souveränität des Volkes gegründet ist. Habt Vertrauen zur Freiheit, schließt euch der neuen Ordnung aufrichtig und mit Entschiedenheit an und das Vaterland ist gerettet, die Freiheit ist gesichert, Wohlstand und Zufriedenheit werden wiederkehren. Habt Vertrauen zur Freiheit, ihr Bürger, und seht nicht hinter jedem feurigen, entschiedenen Wort Gefahren für die Ordnung.

Das unumschränkte d. h. das absolute Königthum, wo der Wille des Königs in letzter Instanz Gesetz war, wo die Minister nur Diener des Königs, wo die Beamten das Volk nach Befehlen aus den Schreibstuben regierten, wo Regierungen und Landräthe die Gemeinden bevormundeten, — ist gefallen und das konstitutionelle d. h. das auf eine die Volksrechte sichernde Verfassung sich stützende Königthum ist an die Stelle getreten. Die allgemeinen Grundzüge einer Verfassung auf breitester Grundlage sind veröffentlicht. Diese Verfassung soll durch eine aus dem ganzen Volke gewählte Nationalvertretung, durch eine konstituirende d. h. durch eine gesetzgebende Nationalversammlung festgestellt werden. Zu diesem Behufe treten die Abgeordneten zusammen, die von allen großjährigen Staatsbürgern gewählt werden, aber leider nicht durch direkte, d. h. durch unmittelbare Wahlen, sondern durch indirekte, indem sich das Volk erst Wahlmänner wählen

Digitized by Google

muß, die als des Volkes Vormünder dann die Abgeordneten wählen. Des Königs Wille ist fortan nicht mehr Gesetz, sondern nur das, was des Volkes Abgeordnete beschließen, was die von Euch erwählten Abgeordneten, was die Edelsten und Besten des Volkes durch einen Beschluß zum Gesetz erheben. Die Minister sind nicht mehr des Königs Diener, sondern den Vertretern der Nation, den vom Volke, von Euch erwählten Abgeordneten verantwortliche Staatsbeamte, die, wenn sie sich gegen das Gesetz, gegen die von Euern Vertretern festzustellende Verfassungsurkunde etwas zu thun erlauben, von Euern Abgeordneten in den Anklagestand versetzt, als Staatsverbrecher, als Landes- und Hochverräther bestraft werden können. Bisher waren es nur Männer aus dem Volke, Männer, die für des Volkes Recht und Freiheit glühten, welche als Hoch- und Landesverräther bestraft, auf die Festungen geschickt wurden; jetzt können auch die Staatsbeamten, selbst die Minister, als Landesverräther auf die Festung kommen, wenn sie das Landesgrundgesetz, die von Euern Vertretern festgestellte Verfassungsurkunde, des Volkes Rechte verletzen, dessen Freiheit gefährden. Bisher konnten die Minister Steuern und Abgaben nach Willkür ausschreiben und diese Steuern waren und sind sehr ungerecht vertheilt, denn das ist weltbekannt, daß sie weit mehr auf dem sogenannten gemeinen Mann lasten, während der wohlhabende und reiche Mann verhältnißmäßig sehr wenig Steuern zahlt. Jetzt werden Eure Abgeordneten die Abgaben bewilligen, den Staatshaushalt kontrolliren, und dahin sehen, daß nicht mehr so viel Faullenzer und Müßiggänger als Staatskostgänger mit hohem Gehalt und Pension auf des Volkes Kosten, aus Euern Taschen leben. Eure Abgeordneten haben die Verpflichtung dahin zu sehen, darauf zu halten, daß nicht zu viel Abgaben erhoben werden, nicht mehr, als unumgänglich nothwendig zur Erhaltung des Staates und dahin zu wirken, daß diese Abgaben gerecht, d. h. nach jedermanns Beitragsfähigkeit, nach jedermanns Einkommen, nachdem jemand arm, bemittelt, wohlhabend, reich oder sehr reich, erhoben werden. Die ungerechten Grundsteuerbefreiungen, was den Gutsbesitzern nicht gefällt, werden aufhören, wie es die Gerechtigkeit und die gesunde Vernunft verlangen. Die Presse ist frei, d. h. jeder kann schreiben und drucken lassen was wahr ist, was er zu verantworten gedenkt; das Volk hat das Recht sich zu versammeln, sich zu vereinigen, um über seine Angelegenheiten zu berathen, was früher die Polizei nicht leiden wollte, weil sie Eure, des Volkes Kraft und Einsicht fürchtete, weil die Polizei, die Regierung und die Minister kein gutes Gewissen hatten, denn die Minister betrogen das Volk um seine Freiheit, um sein Recht und um sein Geld. Jetzt werden alle Staatsangehörige ohne Rücksicht auf Geburt, Stand und Glauben gleiche Rechte haben, mit Ausnahme der Armengenossen, die keine staatsbürgerlichen Rechte d. h. kein Wahlrecht besitzen sollen. Alle Vorrechte, die Patrimonialgerichtsbarkeit, die gutsherrliche Polizeigewalt, wodurch die Landbewohner zu Unterthanen eines Gutsherrn herabgewürdigt wurden, werden aufhören. Aus der Gleichheit vor dem Gesetz, aus der gleichen Besteuerung folgt, daß die Gutsherren zu den Gemeindelasten, von denen sie bisher befreit waren, ihrem Besitz angemessen, mitsteuern. Die Herrschaft der Beamten, d. h. die Bureaukratie, die Schreibstubenregierung, wird und muß beseitigt werden. Oeffentlich und mündlich wird das Recht gehandhabt werden vor den Augen des Volks, und Männer aus dem Volke werden als Geschworne Recht sprechen. Das Volk, welches durch das allgemeine Wahlrecht an der Gesetzgebung Theil nimmt, wird und muß auch seine Gemeindeangelegenheiten selbstständig ordnen; die Selbstverwaltung der Gemeinden, der Kreise wird und muß erfolgen, das Vielregieren wird und muß aufhören und das auf Kosten des Volkes lebende Beamtenheer wird ebenso verringert werden, wie das durch eine Volksbewaffnung bei uns, wie in Nordamerika,

Digitized by Google

in der Schweiz überflüssige Kriegsheer, wenn die Barbaren des Ostens, die Russen, in einem letzten entscheidendem Kampfe erst nach Asien zurückgewiesen sind. Dieser Kampf muß gekämpft werden, damit der Völkerfriede und eine allgemeine Entwaffnung möglich werden.

Das unumschränkte, das absolute Königthum, das Königthum von Gottes Gnaden und die Beamtenherrschaft gingen davon aus, daß das Volk unmündig, seine eigenen Angelegenheiten zu verwalten unfähig und deshalb durch eine große Zahl von Beamten, natürlich auf seine, des Volkes Kosten, bevormundet werden müsse. Das konstitutionelle Königthum, d. h. dasjenige Königthum, wo des Volkes Rechte durch eine Verfassung, durch ein Grundgesetz festgestellt, des Volkes Rechte und Freiheit gegen die Eingriffe, gegen die Herrschsucht der Beamten gesichert sind, das konstitutonelle Königthum mit breitester Grundlage, wie es uns verheißen ist, mit demokratischen, d. h. volksfreundlichen Einrichtungen stellt als Grundsatz auf: die Mündigkeit, die Selbständigkeit und die Selbstverwaltug des Volks.

Die Souveränität des Volks ist fortan die Grundlage des Staates. Die Souveränität oder die Herrschaft des Volkes heißt natürlich nicht, daß nun Jeder, ohne sich um Gesetz und Recht zu kümmern, Alles thun oder lassen kann, was er will, sondern das heißt: das Volk ist die Quelle aller Macht, das Volk, das durch die von ihm gewählten Abgeordneten bestimmt, was Gesetz und Recht sein soll und was nicht. Nur wer ausdrücklich, ehrlich und offen sein politisches Glaubensbekenntniß dahin ablegt, daß er sich zu dem Glauben an die Souveränität des Volkes bekenne, darf als Abgeordneter gewählt werden. Denn wer sich zu diesem Glauben nicht bekennen kann, nicht bekennen will, von dem ist anzunehmen, daß er das Volk um sein Recht, um seine Freiheit betrügen wird.

Nur der neuen Ordnung, der Freiheit, der Volkssouveränität aufrichtig ergebene Männer sind fähig und und würdig an dem Ausbau der Verfassung auf breitester Grundlage Theil zu nehmen. Nur diejenigen, die ein Herz für des Volkes Freiheit und Recht haben, werden bei der Feststeßung der Verfassung für des Volkes Recht und dafür wirken, daß die Verfassung auf breitester Grundlage eine Wahrheit werde. Damit das neue Staatsgebäude, die Verfassung auf breitester Grundlage, schnell und sicher aufgeführt werden könne, muß ein Jeder, dem es Ernst ist um den Wohlstand der Nation, um die Bildung und Freiheit Aller, des ganzen Volkes, Vertrauen zeigen zur neuen Ordnung der Dinge, zur Freiheit, und dies Vertrauen durch Wort und That bekunden. Die Männer, die sich zu Vereinen zusammenthun und dabei sagen: „wir trauen der Freiheit nicht", wie Herr Direktor Scheibert und Genossen in Stettin sie fördern die Freiheit, die Ordnung nicht, die fördern das Vertrauen in den Bestand der Dinge nicht; sie und diejenigen, die immer Feuer schreien, sind, ohne daß sie es sein wollen, ohne daß sie es beabsichtigen, die eigentlichen, die wahren Unruhestifter. Diejenigen sind die Unruhestifter, die immer Unruhe, Tumult fürchten, und andern Leuten mit dem Popanz „Republik" „Anarchie" Furcht einjagen. Seien wir keine Kinder, fürchtenwir, freie Männer nichts als die Schande — Sklaven zu sein.

Diejenigen, sagen wir, die immerfort die neue Ordnung verdachtigen, verketzern, dem Volke Furcht vor Anarchie d. h. vor einem ganz gesetzlosen Zustande einflößen und dadurch zur Stockung der Geschäfte und aller Gewerbe beitragen, sind die eigentlichen Unruhestifter. Sie werden zu Volks- Landes- und Hochverräthern, indem sie vor der Revolution und vor den Barrikadenkämpfen zurückbeben, diese verläumden, verfluchen und dabei in ihrer politischen Rohheit und Unwissenheit die geheiligte Person des Königs, den Namen ihres Herr-Gottes, immer

Digitized by Google

in die Debatte ziehen, da doch der König, der konstitutionelle König ganz aus derselben entfernt bleiben sollte, weil nicht ER sondern die Minister verantwortlich. Die frommen Bibelhelden befolgen nicht das Gebet: Du sollst den Namen des Herrn deines Gottes nicht unnütz im Munde führen.

Der Sprung von dem unbeschränkten, absoluten Königthum, wo des Königs Wille Gesetz war, bis zu dem verfassungsmäßigen Königsthum, wo der König nur unter Mitwirkung und Zustimmung des Volks durch verantwortliche Minister regiert, ist eine so gewaltige Veränderung, daß sie mit Recht eine Revolution d. h. eine Staatsumwälzung genannt wird. Diese Revolution, sie war eine Nothwendigkeit, da die vorigen Minister, fromme Betbrüder, kein Herz hatten für des Volkes heilige Rechte, für dessen Freiheit, kein Ohr für des Volkes Wünsche und gerechte Forderungen. Diese Revolution, diese Barrikadenkämpfe, wir können, dürfen und müssen sie preisen. Auf der einen Seite das Volk, das für die Idee des Jahrhunderts in die Schranke tritt, für sein gutes Recht kämpft, auf der andern Seite ein Heer, das Unmuth im Herzen, gehorsam, seinem Eide getreu, gegen seine Brüder kämpft. Blut ist in diesem Bruderkampfe vergossen, dennoch dürfen wir uns und die Revolution glücklich preisen, wenn damit erreicht ist, was die Zeit verlangt, wenn des Volkes Freiheit und Rechte nunmehr gesichert sind. Schlagen wir das große Buch der Geschichte auf, so sehen wir daß andere Völker die Freiheit und einen gesetzmäßigen Zustand nur durch vieljährige innere Kämpfe, in denen Ströme von Blut vergossen wurden, sich errungen, daß Tausende aus dem Volke, daß Könige das Schaffot besteigen mußten. Engländer und Franzosen haben sich die Freiheit nur errungen, indem der Boden durch Ströme von Bürgerblut gedüngt wurde. Glücklich sind wir zu preisen, wenn bei uns der Kampf um die Freiheit in einer Märznacht für immer entschieden ist. Darum, damit nicht innerere Unruhen des Volkes Kräfte aufreiben, damit die Furien des Bürgerkrieges nicht abermals entfesselt werden, habt Vertrauen in die Freiheit, schließt euch der neuen Ordnung aufrichtig und entschieden an, indem ihr, was unbestreitbare Thatsache, die Souveränität des Volkes anerkennt. Damit nicht ein zweiter Umsturz, eine zweite Revolution herbeigeführt werde, die blutiger enden würde als die erste, vertraut der Freiheit, dem freien Volke, wirkt für eine Verfassung auf, breitester Grundlage, denn nur eine solche, die volle und gleiche Berechtigung für Alle, die Freiheit für Alle anerkennt, wird von Dauer Gleiche Freiheit für Alle! so will es die Zeit, deren Forderungen kein Sterblicher je ungestraft sich widersetzt hat.

Warum liegen Handel und Gewerbe darnieder und wer hindert ihren Aufschwung?

Der Handel und die Gewerbe liegen arg darnieder; Bankerotte folgen auf Bankerotte; Fabrikanten und Unternehmer aller Art, Eisenbahnen u. s. w. stellen einer nach dem andern ihre Arbeiten ein und vermehren die Erwerbslosigkeit.

Woher rührt diese befremdende und beunruhigende Erscheinung? Wer trägt die Schuld? Die Schuld tragen die, welche kein Vertrauen haben zur Freiheit, welche in jeder Regung des Volkes Mord und Plünderung und Empörung sehen, welche Freiheit und Anarchie für gleichbedeutend halten. Durch den Schrecken, welcher die Börsenmänner ergriff, sind die Staatspapiere, Aktien und

Digitized by Google

dergl. fürchterlich gefallen; die großen Kapitalisten haben ihr Geld an sich gezogen; sie vergraben es lieber und verzichten auf die Zinsen, als daß sie es dem Verkehr übergeben, weil sie da thörichter Weise das ganze Kapital zu verlieren glauben.

Dieses allgemeine Mißtrauen, diese allgemeine Furcht sind die hauptsächlichste Quelle der Geldklemme, der Stockung aller Gewerbe. Ist dieses beseitigt, so wird das Geld wiederkehren, so werden die Gewerbe sich neu beleben; denn wo sollte das Geld geblieben sein, wenn es nicht auf unnatürliche Weise dem Verkehr entzogen wäre?

Wer hindert am meisten die Wiederkehr des Vertrauens und den Aufschwung der Gewerbe?

Das thun diejenigen, welche Tag und Nacht nach Ruhe und Ordnung schreien, als wenn ihnen das Messer an der Kehle säße, als wenn das ganze Land in Flammen stände! Das thun diejenigen, welche Freiheit und Gesetz stets im Munde führen und jede noch so gesetzliche Lebensäußerung des Volkes mit Gewalt unterdrücken möchten! Das thun diejenigen, welche jede von der ihrigen abweichende politische Meinung mit Gewalt, statt mit Gründen widerlegen möchten! Das sind diejenigen, welche mitten in der Nacht ganz Berlin allarmiren, weil ein Muthwilliger ihnen aufgebunden hat, das Schloß sollte gestürmt werden *). Das sind diejenigen, welche zitternd vor Angst den Anzug eines mordenden und plündernden Bauernhaufens melden, wenn sie drei Handwerksburschen am Wege haben liegen sehen! Das sind mit einem Worte die, welche aus Feigherzigkeit oder aus bösem Willen Alles furchtbar übertreiben und aus jeder Mücke einen Elephanten machen. Solche thörichte und unsinnige Gerüchte finden immer hie und da Glauben und halten die ohnehin ängstlichen, mißtrauischen Gemüther ab, Vertrauen in die neue Ordnung der Dinge zu fassen!

Mit den Leuten, welche sich nur aus Aengstlichkeit, aus Unkunde so kindisch und thöricht geberden, könnte man sich leicht verständigen; sie würden sich bald überzeugen, daß ihre Befürchtungen durchaus unbegründet sind. Es giebt aber unter denen, welche stets Gesetz, Ruhe und Ordnung im Munde führen, auch Menschen, welche mit Vorbedacht dergleichen unsinnige, verläumderische Gerüchte erfinden und Ausbreiten, um die Aengstlichen zu schrecken und sie gegen die ihnen mißfälligen politischen Meinungen aufzuhetzen. Das sind diejenigen, welche zwar die Maske eines Volksfreundes vorhängen, welche aber nicht die Freiheit des Volkes wollen, sondern nur die Freiheit des hohen und reichen Bürgerstandes. Das sind diejenigen, welche dem Volke einzureden suchen, die Handelsstockung und das Mißtrauen käme nur daher, daß dieser oder jener zu weit ginge, daß der oder jener Republikaner sei **); das sind diejenigen, welche sich nicht schämen auszubreiten, daß jeder der ihre Ansichten nicht theilt, der nicht so engherzig ist wie sie, der die Freiheit für Alle will und nicht blos für einen Stand, daß Jeder von diesen nur auf Umsturz aller Verhältnisse, auf Raub und Mord sinne! Das sind diejenigen, welche stets mit der Behauptung fertig sind, wer die Republik wolle, der wolle auch Anarchie und Morden und Brennen; Das sei Alles einerlei! Das sind diejenigen, welche niederträchtig genug sind, gegen ihre politischen Gegner die abscheulichsten Lügen und Verläumdungen zu erfinden und zu verbrei-

*) Das sind diejenigen in Stettin, welche den Magistrat und die Bürgerwehr allarmiren, weil ein Spaßvogel ihnen aufgebunden, die Gesellen wollten Revolution spielen.

**) Das sind diejenigen in Stettin und Kupfermühle, welche dem Volke einzureden suchen, ein Umsturz alles Bestehenden werde folgen, durch den sie ihr Gehalt, ihre Pensionen verlieren würden.

Digitized by Google

ten. Das sind diejenigen, denen kein Mittel zu schlecht und zu gemein, keine Lüge zu dumm ist, um einen wahren Freund des Volkes, der ihren Interessen im Wege steht, beim Volke anzuschwärzen und zu verläumden! Diese Menschen, welche die Freiheit nur für ihre Meinung, für ihr Interesse ausbeuten wollen, sind die wahren Feinde der Ruhe, des Gesetzes, der Freiheit! Das sind die gefährlichsten Feinde des Volkes, weil sie die Wiederkehr des Vertrauens, des Muthes am meisten hindern! Möge das Volk sich vor ihnen hüten.

(Westphälisches Dampfboot.)

Nehmt Euch in Acht!

(Aus Hinterpommern.)

Bisher hat uns ein Ministerium regiert, welches dem Lande über sein Thun und Lassen keine Rechenschaft abgab; es konnte schalten, wie's ihm gefiel. Nebenbei hatten wir Landstände und Kreisverordnete, welche theils ebenfalls eigenmächtig handeln, theils rathen und bitten durften. Aber sie waren keine Erwählte des Volks, sondern sie bestanden auf den Kreistagen aus sämmtlichen Rittergutsbesitzern, aus den Bürgermeistern und aus einem Paar Dorfschulzen, und auf den Landtagen gemeinhin zur Hälfte aus Rittergutsbesitzern und zur Hälfte aus Städtern und Dorfbewohnern, immer jedoch nur aus solchen, die ein Grundstück oder Gut seit zehn Jahren ununterbrochen besaßen. Die große Masse, das unangesessene Volk war also gar nicht vertreten; nirgend konnte es mitsprechen, es mußte nehmen und geben, wie's ihm geboten wurde. Und dadurch ist das Volk tief verletzt und heruntergekommen. Es ist verletzt, weil ein Jeder, der dem Staate dient, und steuert, ein unbestreitbares Recht hat, an der Regierung des Staats und an der Steuerauflage Theil zu nehmen; es ist herabgekommen, weil die ritterlichen Stände hauptsächlich nur ihre sogenannten Rechte und Privilegien im Auge hatten, weil sie, im Reichthume schwelgend, verhältnißmäßig weniger steuerten als der arme Mann, und weil sie nichts thaten, damit auch der Arbeiter, ihre hauptsächlichste Stütze, sich seines Lebens erfreuen könne. Und das Ministerium gebot, eben was es wollte, es hörte auf die selten volksthümlichen Bitten der Stände nur, wenn es ihm paßte oder die Noth am größten war. Die Steuer des gemeinen Mannes blieb daher nach wie vor hart, sein Tagelohn war nicht erhöht, nach wie vor konnte er nur im Schweiße seines Angesichts sein Brod essen, nach wie vor wurde er in Unmündigkeit, in Unterthänigkeit erhalten: und nebenbei beglückte man das Land mit pietistischen Gesetzen, mit Verordnungen, die dem vernünftigen Volkswillen geradezu Hohn sprachen. Dies Ministerium war daher mit Recht ein unverantwortliches, wie es sich selbst nannte.

Doch es ist eine neue Zeit angebrochen. Der ungerechten Geringschätzung des Volks, der Unterdrückung und der willkürlichen Gesetzgebung und Besteuerung ist ein schnelles Ende bereitet worden: die Geld- und Privilegienherrschaft hat aufgehört. Wir haben jetzt ein Ministerium, welches nur thun darf, was das Volk gut heißt; und das Volk soll nun bestimmen, wie und nach welchen Gesetzen es gerichtet werden, welche Steuern es zahlen muß, und wie dieselben zu vertheilen sind. Aber, wie einleuchtend, das ganze Volk, 16 Millionen stark, kann an dieser Gesetzgebung unmittelbar nicht Theil nehmen, es muß nach uralter Sitte Abgeordnete wählen, welche für dasselbe berathen und schaffen. Und zu dieser Wahl sind zwei Termine auf den 1sten und 8ten Mai d. J. in ganz Preußen angesetzt. In dem

Digitized by Google

erſten wird je aus 500 Seelen von allen majorennen unbeſcholtenen Staatsbürgern alſo auch von den Bauern, Tagelöhnern und Knechten, ein Mann ernannt; in dem letztern werden die ſolchergeſtalt im ganzen Kreiſe Gewählten zuſammentreten und für den Kreis Einen, enthält er aber über 50,000 Seelen, Zwei, auch mehrere beſtimmen, welche mit den übrigen gleicherweiſe im ganzen Staat Erwählten in Berlin die neue Verfaſſung herſtellen ſollen.

Ferner ſoll jetzt das Wohl von ganz Deutſchland, das bisher nur ſcheinbar zuſammenhing, in ſich uneinig und ſchwach war, in Frankfurt a. M. berathen, es ſoll dort, wie ehemals, eng verbunden im Innern und nach Außen ſtark gemacht werden. Und zu dieſem glorreichen Werke müſſen wiederum Männer ernannt und in gleicher Weiſe am 1ſten und, wenn nicht auch am 8ten, am 10. May d. J. gewählt werden.

Mitbürger, Brüder in Stadt und Land!

Ein wichtiges, heiliges Recht, welches unſere Urahnen beſaßen, uns aber ſeit einer Ewigkeit entriſſen iſt, haben wir zurückerhalten: wir ſollen jetzt wiederum mitſprechen und mitregieren. Ihr Alle werdet daher fühlen, daß das Werk, welches wir jetzt auszuführen im Begriffe ſind, das zunächſt die Wahl der Wähler und die Wahl der Deputirten die größte Vorſicht erfordert. Denn von dieſem Schritte hängt unſere ganze Zukunft ab. Und Ihr insbeſondere habt darüber zu entſcheiden, was aus uns Allen, was aus unſern Enkeln werden ſoll: Ihr habt zu beſtimmen, ob Ihr möglichſt erleichtert werdet von den Laſten und Steuern, welche Euern Erwerb bis jetzt gehemmt, und Euch ſtets zu dem kläglichen Flehen: „Unſer täglich Brod gieb uns heute!“ gezwungen haben; Ihr habt zu entſcheiden, ob Ihr fernerhin noch unter der Fuchtel der „Herren“ und der Reichen ſeufzen wollt oder nicht. Denn Ihr bildet den größten Theil der Urwähler, Ihr alſo werdet die meiſten Deputirten nach Berlin und Frankfurt ſchicken.

Alſo, wenn ihr wahre bürgerliche Freiheit, wenn ihr gerechte Beſteuerung und Geſetzgebung, wenn ihr ein einiges, feſtes Deutſchland erſtreben, wenn Ihr Euern Kindern eine Saat, die Weizen ſtatt des ſo lange zu unſerem Elende gewonnenen Unkrautes trägt, hinterlaſſen wollt: ſo prüfet wohl die Verhältniſſe, die Denkungsart und die Thaten derjenigen, welche Ihr etwa wählen möchtet, oder die ſich Euch als Wahlmänner empfehlen; beherzigt, daß die Seelen Derer, welche in den Tagen des 18. und 19. März in Berlin für die von uns heiß erſehnte Freiheit ihr Leben geopfert auf Euch herabblicken, daß Eure Nachkommen ſtreng zu Gericht ſitzen werden über Euer jetziges Verhalten. E. R. M.

Was wir wollen.

Von der Saar. Anfangs Mai wird eine Verſammlung in Frankfurt die künftige Verfaſſung von ganz Deutſchland und bald darauf eine andere Verſammlung in Berlin das beſondere Intereſſe des preußiſchen Volkes berathen. Jeder Bürger hat bei Wahl der Deputirten zu dieſen Verſammlungen ſeine Stimme zu geben. Von der Charakterfeſtigkeit, der Entſchiedenheit und ganz beſonders von den Kenntniſſen der einzelnen Deputirten hängt gewaltig viel für unſere Zukunft ab. Wir müſſen uns daher baldmöglichſt nach Männern umſehen, denen wir einen ſo gewichtigen Auftrag ertheilen wollen. Natürlich kann nur vom Intereſſe des ganzen Landes, nicht einzelner Gemeinen die Rede ſein.

Digitized by Google

Wir sind der Meinung, daß wenn eine andauernde Ordnung im Staate eingeführt werden soll, jeder Mensch sich selbst und seinen Nebenmenschen alles das gewähren müsse, was vernünftiger und gerechter Weise gefordert werden kann. Der Staat stellt wiederum einen Menschen vor, welcher gegen andere Staaten, seine Nebenmenschen, in derselben Weise handelt. Wir verlangen also:

1. daß Deutschland sich in die Angelegenheiten fremder Nationen durchaus nicht einmische, vielmehr jeder Nationalität, namentlich der polnischen, zu ihrem Rechte verhelfe. Wenn das allerwärts geschieht, so werden wir keine stehenden Heere mehr brauchen, denn nach Außen haben wir dann keine Feinde, im Innern aber hält die Bürgergarde Ordnung. Letztere kostet gar nichts, das gegenwärtige Heer kostet aber mehr als die Hälfte aller Steuern und Einnahmen des Staats. Diese Hälfte wird künftig, wenigstens zum allergrößten Theile, gespart werden können, denn wir haben nur ein Lehrbataillon nöthig um den Unterricht zu ertheilen. Als Vorbild führen wir Nordamerika an, welches Reich größer als ganz Europa ist; das regelmäßig bezahlte Heer betrug hier 1844, im Frieden, sage und schreibe 8616 Mann, welche an der Landesgrenze gegen die wilden Völker postirt waren. — Wenn ein einzelner Mensch 37 Köpfe zu ernähren hätte, so müßten seine übrigen Glieder nothwendig die Auszehrung bekommen. Deutschland hat die Auszehrung, es ist aber noch zu helfen. Unsere 37 Fürsten haben bisher jährlich 57 Millionen Thaler für sich gebraucht, während der letzte König von Frankreich, welches fast eben so groß wie Deutschland ist, nur 18 Millionen Franken oder etwa 4½ Millionen Thaler nöthig hatte, und dabei besser als Einer der Herren zu spielen wußte und während der Präsident von Nordamerika nur 25,000 Dollars oder etwa dreiunddreißig Tausend Thaler erhält. Denken wir nun, das jedes unserer 37 Häupter noch die erste und zweite Kammer hätte, so müßte dem Volke nothwendig alles Blut, das heißt aller Verdienst nach dem Kopfe gehen; der Hungertyphus, Raserei, und zuletzt der Tod wären die unvermeidliche Folge. Diesem müssen wir zuvorkommen, und verlangen daher:

2. unsere Deputirten sollen an alle deutschen Fürsten den Antrag richten, daß sie doch gefälligst ihre Gewalt in die Hände des Volkes niederlegen möchten, damit dieses sich ein einziges Oberhaupt wähle. — Während wir die Erfüllung dieser Hoffnung der Zeit und dem aufgeklärten Sinne unserer Fürsten, überlassen, wollen wir unseren besonderen Staat, Preußen, für sich ins Auge fassen und sehen, ob uns an seinen bisherigen Einrichtungen noch etwas zu wünschen übrig bleibt. Ganz oben nehmen wir sogleich wahr, daß unser Haupt noch voll von vielen Zöpfen hängt. Das ist zu altfränkisch. Die Zöpfe hängen meist im Osten, doch sind einige auch wieder nach Westen herübergewachsen. Wir meinen damit: die Frohnden, wo der gemeine Mann arbeiten muß ohne Lohn, und die Zehnten, wo er säen muß ohne zu ärnten; ebenso die Vorrechte gewisser Stände, wonach nur diese gutbesoldete Stellen erhalten, der gemeine Mann aber nur Unteroffizier und Nachtwächter werden kann.

3. Jeder Mensch soll nur die Vorrechte behalten, welche ihm die Natur gegeben hat, wie Kraft und Verstand, dadurch wird die Ungleichheit schon weit beschränkter; im Staate soll jeder Bürger gleichberechtigt und gleichverpflichtet sein.

4. Wenn das Volk die natürlichen Rechte des freien Menschen wiedererlangt hat, und ihm die drückenden Lasten abgenommen sind, muß es auf den Gedanken kommen, daß Alles, was man selbst thut, am besten gethan ist. Einmal ist dies am wohlfeilsten, dann hat man auch Niemanden Vorwürfe zu machen. Wir verlangen nun:

Digitized by Google

5. die constituirende Versammlung soll den Staat so einrichten, daß man so wenig als möglich Beamte braucht, und alle Beamte sollen vom Volke gewählt werden und zwar auf Kündigung.

Durch Gewährung der vorstehenden fünf Forderungen werden unsers Erachtens die dringendsten und geregtesten Wünsche des Volkes erfüllt. Die Steuern können natürlich erst nach Beschränkung der Ausgaben vermindert werden. Mit letzterer muß man anfangen. Das Volk wird sich wie eine Sprungfeder von selbst heben, sobald man den Druck entfernt; alle künstlichen Mittel sind auf die Dauer eben so gefährlich als unnütz.

Die Stettiner Wahlkandidaten.

Die Presse hat nicht nur das Recht, sie hat auch die Verpflichtung über die Wahlkandidaten, über diejenigen, die sich um die Würde eines Volksvertreters bewerben, die Volkswürdenträger werden wollen, nach Kräften und so weit es ihr irgend möglich, ihr Urtheil unbefangen abzugeben, und das Volk, wie die vom Volke mit der Wahl beauftragten Wahlmänner nach bestem Wissen darauf aufmerksam zu machen, was von diesem oder jenem Wahlkandidaten zu erwarten, ob und wie er des Volkes Rechte und Freiheit zu vertreten bemüht sein werde, durchdrungen von der Souveränität des Volks, die eine natürliche Konsequenz der konst. Monarchie auf breitester Grundlage; die Presse hat das Matertal vorzulegen, zu sammeln, anzudeuten, inwiefern ein Wahlkandidat ein entschieden konstitutionell gesinnter Mann, oder ob er nur ein scheinheiliger Konstitutioneller, der von Grund des Herzens und in Wahrheit servil, als Scheinkonstitutioneller des Volkes Freiheit und Recht varrathen dürfte. Die Entscheidung in letzter Instanz liegt in den Händen der Wahlmänner, die von den Urwählern mit der Wahl beauftragt, in deren Namen wähen und ihrem Gewissen so wie den Urwählern, wenn auch nicht rechtlich, doch moralisch für die Wahlen nach Berlin und Frankfurt verantwortlich sind, für die Wahlen zu Versammlungen, die von der größten Bedeutung für uns Alle, für Pommern, für ganz Preußen, für ganz Deutschland, denn dort soll die künftige Verfassung Preußens, die künftige Verfassung Deutschlands festgestellt, Preußens und Deutschlands Zukunft entschieden werden.

Von den Stettiner Wahlkandidaten nennen wir zuerst den

Landrath von Puttkammer,

dessen bisherige parlamentarische Laufbahn uns die meisten Anhaltspunkte bietet. Wenn Herr von Puttkammer, ein Mitglied der Ritterschaft, in einer aus kaum 80 Personen bestehenden Versammlung, die über die Wahlkandidaten rathschlagte, die meisten, 59 Stimmen für sich hatte, so spricht das für Hrn. v. P., wie für die Unbefangenheit und Unparteilichkeit der in Rede stehenden bürgerlichen Versammlung, die ohne engherzige Rücksichten, ohne kleinliche Standesvorurtheile, über die Mauern Stettins hinausstehend, dem ihre Stimme gab, den sie für den Tüchtigsten hielt. Hoffen wir, daß ganz Stettin dieselbe Unbefangenheit zeige, hoffen wir, daß Urwähler und Wahlmänner des Randowschen Kreises von demselben Geiste durchdrungen sind, und das Verdienst, das Talent da anerkennen, wo es sich findet, hoffen wir, daß Stettin und der Randowsche Kreis treu zusammenstehen, einig unter sich, die freisinnigsten und tüchtigsten Männer, ohne Rücksicht auf Stadt und Land, wählen und zur Nationalversammlung nach Berlin, zum deutschen Volksparlament nach Frankfurt senden.

Digitized by Google

Des Hr. v. P. Jugend fällt in die Zeit der Unterdrückung, der tiefsten Erniedrigung Deutschlands, als Deutschlands glorreiche Erhebung vorbereitet wurde. Auf das offene Herz, auf das für alles Edle und Schöne, für die Idee der Freiheit so leicht empfängliche Gemüth der Jugend einzuwirken, machten sich damals viele Bieder- und Ehrenmänner zur Aufgabe. Neben Jahn, Friesen wird besonders Dr. Kühnau, der bei Hagelsberg den Tod der Helden starb, als ein solcher genannt und gefeiert, der in Berlin die Jugend für Recht, Freiheit und Vaterland zu begeistern wußte. Puttkammer war des edlen Kühnau Schüler. Durch Kühnau wurde Hr. v. P. als Jüngling darauf hingeführt, das Heil des Vaterlandes in der Entwickelung der Volkskraft, der bürgerlichen, gewerblichen und staatlichen Freiheit zu suchen, durch Kühnau lernte er Standesvorrechte geringschätzen, politische und religiöse Vorurtheile verachten und Deutschlands Einheit, für die Kühnau schwärmte, lieben und ersehnen. Wie Kühnau, folgte Hr. v. P., damals 16 Jahr alt, dem Rufe des Vaterlandes. In drei Feldzügen hat er für des Vaterlandes Freiheit und Selbstständigkeit gekämpft. Aber die Freiheit, für die so viel Blut geflossen, für die so Viele freudig in den Tod gegangen, die Freiheit in vollem Umfange wurde dem Volke nicht zu Theil. Es war nur eine Befreiung von des Auslandes Druck, die Unfreiheit im Innern blieb. Kaum war der Feind aus den Grenzen geschlagen, so erhob sich eine aus Beamten, Junkern und Pfaffen bestehende Reaktion, die Einfluß und Macht zu gewinnen wußte, die das Volk in Schlaf zu lullen und die Erfüllung der dem Volke gemachten Verheißungen zu hintertreiben, die glorreiche Stein-Hardenbergische Gesetzgebung der Jahre 1807—12 zu untergraben sich bemühte. Hr. v. Puttkammer war ein erklärter und entschiedener Gegner dieser reaktionären Bestrebungen.

Seit 1830 finden wir Hrn. v. Puttkammer als Abgeordneten der Ritterschaft auf Pommerns Provinzial Landtagen. Haben die Pommerschen Provinzial-Landtage nicht an der Spitze des Fortschritts gestanden, so sind sie doch reaktionären Bestrebungen und Gelüsten immer entgegengetreten. Hr. v. Puttkammer hat seine Gesinnung nie verhehlt, seine Überzeugung immer offen und ohne Rückhalt ausgesprochen. Er ist dem Banner der Freiheit als Mann treu geblieben. Als ritterschaftlicher Abgeordneter auf den pommerschen Provinzial-Landtagen stand er stets auf der Seite des Fortschritts und der freiheitlichen Entwickelung. Er beantragte die Aufhebung des veralteten Kultur- und gemeinschädlichen Lehnwesens. Er kämpfte auf den Provinzial Landtagen für Erhaltung der freisinnigen agrarischen Gesetzgebung aus der Stein-Hardenbergschen Periode. Dem 7. Prov.-Landtage war ein Gesetzentwurf, betreffend die bäuerliche Erbfolge vorgelegt, das die Dispositionsfreiheit der Bauern, die Freiheit der Bauern über ihr Eigenthum zu verfügen, beschränken wollte. Der Gesetzentwurf war ein Machwerk des Präsidenten Lette, der damals im Dienst der Reaktion arbeitete, der gegenwärtig seit der Revolution unter die Liberalen gegangen. Jenes Machwerk des Herrn Lette bezweckte den Bauernstand hinsichts der Erbfolge unter ein Ausnahmegesetz zu stellen, er wollte im Bauernstande — Majorate einführen! Puttkammer trat für die Freiheit in die Schranken; er war Referent über die betreffende Proposition; der Gesetzentwurf wurde einstimmig von dem Pommerschen Prov.-Landtage abgelehnt. — Dem 9. Prov.-Landtage wurde ein Gesetzentwurf, betreffend die Fideikommisse vorgelegt, welches die Freiheit beschränkend das berühmte Ges. v. 9. Okt. 1807, den Grundstein unserer jetzigen Agrargesetzgebung abermals bedrohte. Hr. v. Puttkammer war, als Direktor der vorberathenden Abtheilung, welche auf Verwerfung der Proposition antrug, ein entschiedener Gegner dieses Gesetzentwurfs.

Digitized by Google

Ausgehend von dem Grundsatze, daß die Bildung des Volks der Grundstein der Freiheit, daß ohne Bildung die Selbstverwaltung des Volks nicht möglich, daß die Schule für das öffentliche Leben vorbereiten und erziehen müsse, hat Herr v. Puttkammer mit Graf Schwerin auf den Prov. Landtagen für Verbesserung der Lage der Schullehrer gesprochen und gestimmt, für Hebung des Volksschulwesens durch den Staat, auf Kosten des Staats, durch Zuschüsse aus der Staatskasse, damit die Lehrer, gegen Hunger und Kummer geschützt, dem Staate gute Bürger erziehen können.

Als wahrer entschiedener Freund der Denk- und Gewissensfreiheit in allen Consequenzen hat Hr. v. Puttkammer die Emancipation der Juden stets als einen Akt der Nothwendigkeit und der Gerechtigkeit anerkannt, für Ertheilung staatsbürgerlicher Rechte an die Juden, für völlige Gleichstellung derselben auf dem Ver. Landtage gesprochen und bei allen Abstimmungen in diesem Sinn gestimmt. Auch in den andern Fragen hat Hr. v. P. auf dem Ver. Landt. im liberalen Sinne gesprochen und mit der Opposition gestimmt, noch am 23. Juni 1847, in einer Frage, wo Graf Schwerin von der Opposition abfiel, gegen das damalige Ministerium und für Aufrechthaltung des Gesetzes vom 17. Jan. 1820 gekämpft. Hr. v. P. hat freilich gegen das vorgelegte Einkommensteuergesetz gestimmt, weil er den Landtag, so lange ihm nicht Einsicht in den Staatshaushalt gewährt sei, nicht für berechtigt hielt, Steuern zu bewilligen, also nicht weil er ein Gegner der Einkommensteuer, die er für gerecht und nothwendig hält.

Herr v. Puttkammer hat im Stettiner Volksverein offen und unumwunden sein politisches Glaubensbekenntniß abgelegt, (Wächter No. 7. S. 229). Wie er nicht erst ein Liberaler von gestern, wie er es immer gewesen, hat er für die gleiche Berechtigung Aller für Aufhebung des Feudalwesens, für Schwurgerichte sich ausgesprochen, offen und unumwunden zu dem Glauben an die Souveränität des Volkes als einer natürlichen Consequenz des neuen konstitutionellen Königthums sich bekannt. Er hat sich als ministerieller Wahlkandidat vorgestellt indem er, ein Mitglied der frühern Opposition, deren Führer Camphausen, Auerswald und Hansemann jetzt ins Ministerium und an die Spitze der Geschäfte getreten seien, das Ministerium unterstützen werde, da er mit den Ansichten und Grundsätzen der gegenwärtigen Minister, wahrhaft freisinniger Männer, die er zu seinen politischen Freunden zähle, im Allgemeinen harmonire und da er es für seine, für eines jeden Vaterlandsfreundes Pflicht halte das gegenwärtige Ministerium zu unterstützen, weil ein anderes Ministerium für jetzt eine Unmöglichkeit, der Rücktritt des gegenwärtigen Ministeriums die errungene Freiheit gefährden, zu Anarchie und Bürgerkrieg führen könne.

Der Oberlandesgerichtsrath Kosmann

ist der Fahne der Freiheit, zu der er ebenfalls als Jüngling geschworen, im Leben treu geblieben. Als Mann sieht er die Idee der deutschen Einheit, für die er als Jüngling gelitten, siegreich und triumphirend durch ganz Deutschland. In Berlin, hoch auf des Schlosses Zinnen, flattert das schwarz-roth-goldene Banner, der Repräsentant der deutschen Einheit. Vor 24 Jahren wurde Kosman, weil er ein schwarz-roth-goldenes Band getragen, weil er Deutschlands Einheit und für des deutschen Volkes Freiheit begeistert, mit vielen hundert Jünglingen bestraft, indem ihm in Halle der Rath sich zu entfernen, das consilium abeundi, ertheilt wurde. Der Mann, dessen Scharfblick, dessen Rechtskunde und Rechtssinn, dessen Bürgertugend in Stettin allgemein bekannt, der hochgeachtet in der öffentlichen Meinung dasteht, mußte wie hundert andere um die Erlaubniß bitten, seine Studien fortsetzen zu dürfen und seine Zulassung zum Staatsdienste als einen Akt der

Digitized by Google

Gnade betrachten, weil er an des deutschen Volkes Einheit geglaubt, für des deutschen Volkes Freiheit begeistert gewesen, was in den Augen der frühern Machthaber ein Verbrechen war. Wie andre war auch Kosmann kein jugendlicher Schwärmer; ein praktischer, natürlicher Verstand, gepaart mit jenem den Berlinern eigenthümlichen Witz haben ihn nie die ruhige Besonnenheit verlieren lassen. Er ist nicht, wie so viele Andere ein Apostat geworden; er ist der Freiheit von Jugend an treu geblieben, weil er durch ruhige Ueberzeugung für sie gewonnen. Auch Kosmann hat sich in seinem politischen Glaubensbekenntniß dahin ausgesprochen: daß er von dem Prinzip der Volkssouveränität ausgehe und daran festhalten werde. Dagegen hat ein anderer Wahlkandidat

der Stadtsyndikus Gierke

zu dem Glauben an die Souveränität des Volkes sich nicht bekannt, was wir von einem aufrichtig und in Wahrheit konstitutionell gesinnten Mann nicht begreifen. Der bisherige einzige Souverän ist gestürzt, das Königthum von Gottes Gnaden ist aufgegangen in das konstitutionelle Königthum, das sich auf die mit dem Volke, mit dieser souveränen Macht, vereinbarte Verfassung stützt. Die Verfassung ist nicht ein Akt der königlichen Gnade, wie die Absolutisten und Scheinkonstitutionellen wollen, sie ist kein Geschenk des Königs von Gottes Gnaden, sondern sie wird durch König und Volk, durch die Abgeordneten des Volks, berathen und durch König und Volk, d. h. durch dessen Vertreter, in letzter Instanz festgestellt, weil fortan nach dem Sturz des absoluten Königthums die höchste Gewalt und Macht als in König und Volk vereint gedacht werden muß, was man damit ausdrückt, wenn man sagt: das Volk ist souverän, d. h. das Volk wird fortan nicht mehr durch einen König von Gottes Gnaden nach Willkür regiert werden, sondern durch einen König, der durch die vom Volk mit beschlossene und vollzogene Verfassung und nach dieser regiert. Die Sache ist so einfach und klar, daß wir denjenigen, der dies Hauptdogma der Volkssouveränität, auf die sich das konstitutionelle Königthum stützt, bestreitet, nicht für einen wirklichen Konstitutionellen halten können, sondern für einen Anhänger des absoluten, des Königthums von Gottes Gnaden erklären müssen, oder für einen Anhänger einer dem Scheine nach konstitutionellen Verfassung, wie es deren bisher in Deutschland so viele gab, über deren Werthlosigkeit für das Volk wir denn doch jetzt wohl aufgeklärt sein sollten.

In England steht das Dogma, daß das Volk die einzig rechtliche Quelle aller Macht sei, so fest, daß es Niemand bestreitet, Es ist ein im englischen Staatsrecht allgemein anerkannter Grundsatz, daß die höchste Gewalt im König, Ober- und Unterhaus vereinigt ist. Halten wir fest an dem Grundsatze der Souveränität; denn wird irgend ein göttliches Recht ferner statuirt, dann wird die sklavische Lehre vom leidenden Gehorsam bald wieder Raum gewinnen.

Bei der Ansicht des Herrn Syndikus Gierke über die Souveränität des Volkes, bei der geringen Meinung, die er offenbar von den Rechten des Volkes hat, dürfen wir uns nicht wundern, wenn er es nicht für angemessen hält, ein politisches Glaubensbekenntniß vor dem Volke, vor den Urwählern abzulegen, wie er im Stettiner Volksverein erklärte. In England halten es die Großen des Reichs nicht unter ihrer Würde, bei den Wahlen sich schlichten Handwerksleuten vorzustellen, ihre Gesinnung auszusprechen und um ihre Unterstützung zu bitten, weil sie überzeugt sind von der Souveränität des Volks. Dort sind die Wahlen öffentlich und unbeschreiblich ist die Theilnahme des ganzen Volks an diesen Wahlversammlungen, wo jeder Wahlkandidat zum Volke sprechen, über seine politischen Gesinnungen, sein Betragen und Verhalten in diesem oder jenen Falle Auskunft zu geben sich nicht weigert.

Digitized by Google

Der Stadtrath Sternberg

hat keinen Anstand genommen, sein Glaubensbekenntniß im Stettiner Volksverein und in einer andern Versammlung abzulegen. Er sprach ungefähr Folgendes:

Er fühle ganz die Schwierigkeit, jetzt ein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen, da die bisher gebräuchlichen politischen Parteinamen nicht mehr gebraucht werden dürfen, wenn man nicht mißverstanden werden oder unklar bleiben wolle, denn seit 4 Wochen nenne sich jeder beispielsweise einen Liberalen, der vorher in jedem Liberalen einen erklärten politischen Gegner gesehen habe. Ja selbst die politischen Grundbegriffe unterliegen einer verschiedenen Auffassung und wenn auch Alle darin übereinstimmten, daß sie die Freiheit wollten, so dächte Jeder etwas anderes unter Freiheit. Das gesammte Streben der Völker in den letzten Bewegungen sei auf das Erringen dieser Freiheit gerichtet gewesen, er, der Redner, nehme Theil an diesem Streben und wolle die Freiheit deshalb, weil sie ein nothwendiges unveräußerliches Recht des Menschen als eines sittlichen Wesens sei. Der Mensch als ein sittliches Wesen, d. h. ein Wesen begabt mit Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung habe das Recht einen Willen zu haben und dies sei die Freiheit. Diese Freiheit müsse ganz erstrebt werden. In politischer Beziehung nehme er sie in Anspruch für die physische sowohl als die geistige Persönlichkeit im Menschen. Er verlange also zunächst Schutz der persönlichen Freiheit. Kein Mensch dürfe seiner Freiheit anders beraubt werden, als wenn er einen unsittlichen (unfreien) Willen durch Begehung einer unsittlichen Handlung denuncirt habe. Es fehle uns hier bis jetzt an einem Gesetze, welches vor Willkür sichere und die Engländer schon lange in der Habeas Korpus-Akte besäßen.

Er verlange ferner Schutz für Preß-, Rede-, Glaubens- und Gewissensfreiheit. Er wolle die Freiheit auch unbeschränkt und unverkürzt in nationalökonomischer und socialer Beziehung und stimme für Handels- und Gewerbefreiheit.

Diese Freiheit wolle man sich nun jetzt sichern, indem man ein konstitutionelles K. an die Stelle des absoluten setze. Man möge aber gar nicht glauben, daß mit Formation einer Verfassung nun Alles gethan sei und daß man dann den anf 4 Wochen unterbrochenen 33jährigen Schlaf fortsetzen könne. Wolle man die Freiheit, so dürfe man nicht schlafen, es komme wohl das Glück aber nicht die Freiheit im Schlafe. Diese wolle errungen sein, und wenn sie errungen sei, stets gepflegt und geschützt sein. Die Freiheit sei abhold der Bequemlichkeit, es gäbe nichts Bequemeres als die absolute Monarchie oder die Despotie, man zahle seine Steuern von denen ein Beamten- und Soldatenheer besoldet werde und bleibe verschont mit jeder Selbstthätigkeit; im freien Staate dagegen müsse der Bürger seine Angelegenheiten und sogar die Muskete selbst in die schwielige Hand nehmen. Dafür aber gebe es im freien Staate Männer, im unfreien nur Diener; dafür könne der freie Mann des freien Staates aber auch andern Nationen gegenübertreten ohne die Röthe der Schaam auf den Wangen, und mitsprechen über die Interessen der Völker. — Diese ganze und volle Freiheit sei also zu erstreben und werde von ihm (dem Redner) erstrebt werden in jedem Kreise in dem zu wirken er berufen sein werde.

Der Redner, welcher mit einer sehr belegten Stimme zu kämpfen hatte, brach hier ab und nahm erst später auf eine Interpellation des Hrn. Lüders das Wort wieder um einige Fragen der Zeit zu berühren und um auch hier seinen politischen Standpunkt anzugeben.

Er sei für das Einkammersystem, sagte er, und theile die Besorgnisse nicht, welche andere daraus schöpften. Die Kammer sei das Organ des Volkswillens und diesen Volkswillen wolle er nicht durch eine 2te Kammer entstellt oder

Digitized by Google

verkümmert sehen. Die meisten Anhänger des Zweikammersystems wollten auch keine Kammer der Aristokratie, sondern sähen im Zweikammersystem nur eine Garantie gegen übereilte Beschlüsse der Volkskammer. Diese Garantie könne aber gegeben werden, ohne daß man nöthig habe, die Volkskammer durch eine andere zu bevormunden, diese Garantie müsse in dem Geschäftsreglement der Kammer gegeben werden. Das Geschäftsreglement für das Britische Unterhaus schreibe vor, daß jede Bill dreimal verlesen, berathen und angenommen werden müsse, bevor sie als Gesetzvorschlag des Hauses gelte. Nun werde doch Niemand behaupten können, daß ein solcher vom Hause ausgegangener Vorschlag ein übereilter sein und dem Hause durch Ueberraschung oder Ueberrumpelung gewissermaßen abgepreßt sei.

Sodann zu dem Wahlsystem übergehend, erklärte sich der Redner für directe Wahlen. Es gebe, sagte er, kein Recht, welches ungeschickter sei durch einen Bevollmächtigten geübt zu werden, als das höchste, das wichtigste politische Recht des Staatsbürgers, das Recht seinen Vertreter zu wählen. Ein aus der Wahl bevollmächtigter Wahlmänner hervorgegangener Deputirter, werde nie beanspruchen können, ein Mann des Volks zu sein und den Volkswillen zu repräsentiren.

In Sternberg haben wir einen entschieden und bestimmt ausgeprägten politischen Character, ohne politische Halbheit. Sternberg ist ein entschieden und konsequent liberaler Mann, wie wenig andre in Stettin, ein aufrichtiger und wahrer Freund des Volkes und der Freiheit, zu dessen Wahl, sei es hier, sei es anderswo, sich Volk, Freiheit und Vaterland nur Glück wünschen können; denn Sternberg besitzt in hohem Grade, was bei einem Abgeordneten besonders zu schätzen: einen felsenfesten Charakter, Ueberzeugungstreue.

Ueber die Einkommensteuer.

Provozirt von dem Kaufmann Herrn Picht, habe ich in der letzten Sitzung des Volksvereins die feste Erklärung abgegeben;

daß ich, im Falle meiner Wahl zum Abgeordneten Stettins und des Randowschen Kreises, wenn das Ministerium eine Einkommensteuer vorschlagen sollte, dafür stimmen wolle.

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Erklärung meine Wahl gefährden könne, weil die mehrsten reichen und wohlhabenden Leute hier und im Kreise Gegner der Einkommensteuer und dabei einflußreich seien. Ich habe mir diese für mich ungünstige Lage der Dinge schon in dem Augenblicke, als ich meine Erklärung abgab, nicht verhehlt; dies hat mich aber nicht abhalten können, mich ganz offen auszusprechen, sollte mir auch die heißersehnte höchste Ehre: Volksvertreter zu werden, hierdurch entgehen.

Schon lange bin ich von der aus meiner amtlichen Stellung gewonnenen Ueberzeugung durchdrungen und habe mich bereits vor dem ersten vereinigten Landtage vielfach darüber geäußert, daß unser Steuersystem nicht auf vollkommener Gerechtigkeit beruhe, zu sehr auf die ärmeren Klassen drücke und einer durchgreifenden Aenderung nach dem Grundsatze bedürfe, daß die Steuerlast nach der Steuerfähigkeit bemessen werde.

Der dem ersten vereinigten Landtage vorgelegte Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Einführung der Einkommensteuer entsprach meinen Ansichten zwar nicht ganz, ich würde indessen doch dafür gestimmt haben, wenn mich nicht andere Gründe, über welche ich mich bereits mehrfach — auch

Digitized by Google

vorgestern im Volksverein — mündlich und in meinen Betrachtungen über den ersten vereinigten Landtag schriftlich erklärt habe, davon abgehalten hätten.

Diese Gründe bestehen theils nicht mehr, theils würden sie mich nicht abhalten, für eine von dem jetzigen volksfreundlichen Ministerium, dessen treuer Anhänger ich bin, vorgeschlagene, nur die wohlhabenden Klassen treffende Einkommensteuer zu stimmen. Daß sie vorgeschlagen werden wird, dafür bürgen die Namen: Camphausen, Auerswald, Hansemann, deren Reden über diesen Gegenstand ich nachzulesen empfehle.

Die reichen und wohlhabenden Klassen der Nation müssen die Einkommensteuer aber sowohl aus Humanität, als aus Klugheit übernehmen, denn sie zahlen hierdurch nur eine Assekuranzprämie für ihr Eigenthum. Widerstreben sie dieser Nothwendigkeit, so graben sie sich selbst ihr Grab.

Mögen sie dies, mögen sie die edeln Worte beherzigen, die der jetzige Ministerpräsident, Herr Camphausen, hierüber im ersten vereinigten Landtage sprach und die nach dem kompetenten Urtheile des Herrn v. Vincke zu den besten gehören, die im weißen Saale gesprochen worden sind. Herr Camphausen sagte bei Vertheidigung der Einkommensteuer über die soziale Seite der Frage:

„Wie dunkel und verwirrt auch die Begriffe seien, welche sich an die Schlagworte unserer Zeit anknüpfen, an die Worte: Pauperismus, Proletariat, Kommunismus, Sozialismus, Organisation der Arbeit, — das wird niemand leugnen, daß auf dem tiefsten Grunde dieser wogenden Oberfläche eine Wahrheit liege, die Wahrheit nämlich, daß der Mensch der lebt, auch das Recht habe zu leben, und daß dieses Recht von der Gesellschaft in einem erweiterten Umfange anzuerkennen sei.

Dieselbe Idee, die einst die Sklaverei als ein Unrecht verurtheilt hat, dieselbe Idee, die später die Leibeigenschaft als ein Unrecht verurtheilt hat, dieselbe Idee bringt weiter, und wir sehen sie thätig in den meisten Gesetzgebungsgewalten, Europas und in dem Geiste des Volkes. Mir ist der Gesetzentwurf der Regierung willkommen als ein Ausfluß dieser Idee, als ein sozialer Fortschritt. Er erzielt die größere Verbreitung der Anerkenntniß, daß die Besitzenden die Pflicht haben, für die Besitzlosen Vieles zu thun, er ergiebt die größere Anerkennung der Besitzlosen, daß die Besitzenden bereit seien, Opfer für sie zu bringen.

Es ist der Beruf der Gesetzgebung unserer Zeit, die Härten des Lebens anzuerkennen und zu mildern."

Heil dem Lande, welches an der Spitze seiner Verwaltung einen solchen Mann besitzt; er oder keiner wird das Staatsschiff durch die brausende Brandung in den sichern Hafen führen.

Stettin, den 28. April 1848.

Der Landrath
von Puttkammer.

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Zwei Männer, Gervinus und Dahlmann sollten wohl unter keinen Umständen in der deutschen Nationalversammlung fehlen; dennoch ist es zweifelhaft, ob sie in ihrer Heimath, Heidelberg nnd Bonn, gewählt werden. Gervinus wird unzweifelhaft die sehr starke Partei der Republikaner in Baden, welche ihn als ihren mächtigen Gegner tödtlich haßt, gegen sich haben, und gegen Dahlmann soll bereits eine mächtige reaktionäre Parthei unter Leitung des Prof. Walter in

Digitized by Google

Bonn thätig sein. Alle aufrichtigen Freunde der konst. Monarchie müßten es innig beklagen, wenn jene beiden Zierden Deutschlands nicht wieder gewählt würden.

Wie wäre es, wenn wir Pommern unsern deutschen Sinn dadurch bewährten, daß wir Gervinus, den treuen deutschen Mann und Redakteur der weitverbreiteten Heidelberger Deutschen Zeitung, in unserm zehnten, Dahlmann, den Mann des preußischen Vertrauens, im elften Wahlbezirk wählten? Wir würden unserm Vaterlande hierdurch vielleicht einen großen Dienst leisten, uns aber jedenfalls als ächte Söhne Deutschlands zeigen.

Bei den Wahlen würden wir bestimmen, daß, wenn jene Männer bereits in andern Wahlbezirken gewählt sein und die Wahl angenommen haben sollten, die von uns für sie gewählten Stellvertreter als Abgeordnete einzurücken hätten; wir würden dann für sie noch zweite Stellvertreter zu wählen haben.

Mögten alle Wahlmänner Stettins und des Randower Kreises, ferner die mit uns wählenden Männer des Greifenhagener Kreises sich diesen meinen Vorschlag ans Herz gelegt sein lassen und kompetente Stimmen sich bald hierüber äußern.

Stettin, den 28. April 1849. Der Landrath v. Puttkammer.

Bestellungen und Pränumeration mit 20 Sgr. pr. Quartal nehmen an: die Herren Fabian, Schulzenstraße, Kaselow, Frauenstraße 718, Reichenbecher, Kupfermühle, Stahlberg, Oberwiek 56, Stoltenburg, Tornei.

An die Stettiner Abonnenten wird Sonnabend Nachmittag noch ein Extrablatt ausgegeben werden: Berichte aus der Provinz und Referate über die Verhandlungen des konstitutionellen Klubs und des Volksvereins in Stettin enthaltend, die im Hauptblatt nicht mehr Raum fanden.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin, große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Extrablatt

zu

No. 8 des Wächter an der Ostsee.

Sonnabend den 29. April 1848.

Berichte.

Greifswald.

Giebt es eine Angelegenheit, welche billigerweise die eifrigste Betheiligung aller Bürger in Anspruch zu nehmen berechtigt ist, so sind es gewiß die bevorstehenden Wahlen. Und dafür ist leider hier noch herzlich wenig geschehen! Noch ist bei uns kein Kandidat als solcher öffentlich aufgetreten, hat, wie unerläßlich, sein politisches Glaubensbekenntniß abgelegt oder in Kluds, Versammlungen, Zeitungen frei und offen um die Stimmen seiner Mitbürger sich beworben

Eine unerklärliche Bescheidenheit entweder, eine jungfräuliche politische Verschämtheit oder die Angst auf der andern Seite verschmäht zu werden und unberücksichtigt zu bleiben, scheint selbst die Männer zu leiten, welche vom letzten Landtage zu Gesandten der Frankfurter Versammlung gewählt wurden. Beide haben doch damals die nöthigen Schritte gethan, um die Wahl auf sich zu lenken. Einer von ihnen scheuete sogar die Reisekosten nicht, um sich persönlich in Berlin zu präsentiren.

Hat etwa die Annullirung dieser Wahlen sie so entmuthigt?

Oder fühlten sie, daß es ein Anderes sei sich den ständischen Deputirten, ein Anderes dem Volke zu empfehlen? Sind sie vielleicht zu der richtigen Erkenntniß gekommen, daß man vorher etwas Ersprießliches und Bedeutendes für das Gemeinwohl gethan oder doch wenigstens Herz und Sinn für's Volk offen und unzweideutig an den Tag gelegt haben müsse, ehe man mit Erfolg öffentlich aufzutreten wagen könne? Wie es mir scheint, glauben überhaupt alle Kandidaten unserer Stadt in der Stille und durch ihre guten Freunde und Klubgenossen am besten für sich wirken zu können. Die Urwähler bleiben von ihnen in ihrer Gesammtheit unberücksichtigt; es kommt alles nach ihrer Ansicht darauf an, zunächst auf die Wahl von ihnen wohlgewogenen oder wenigstens unentschiedenen Wahlmännern zu influiren. Mit diesen meinen sie leicht fertig werden zu können. Ich glaube stark, die Herren handeln nach falschen Maximen. —

Aufrichtig gesagt sind unsere Bürger in einiger Verlegenheit.

Die Mehrzahl schwankt und weiß nicht welchen Mann sie zu ihrem Vertreter erkiesen soll

Ein Mann, welcher unbedingt vor allen Gelehrten die größte Popularität in G. besitzt, ein Mann der Wissenschaft und der That, ausgestattet mit dem eminentsten Rednertalente, politisch vollkommen freisinnig, Professor Barthold ist fern.

Die Wahlen sind nah, ist er geneigt seine Stadt vertreten zu wollen, erachtet er sich für befähigt dazu und möchte er mit Freuden die allerdings bedeutende Verantwortlichkeit dafür auf seine Schultern nehmen, so kehre er heim, veröffentliche sein politisches Kredo und trete frei und unbefangen als Kandidat auf. Mit Sicherheit kann er, soviel mir bekannt, auf die Stimmen eines höchst bedeutenden und einflußreichen Theils der hiesigen entschiednen Bürger rechnen.

Geschieht dies nicht, so hat, wie ich erfahren, ein Auswärtiger, falls er als Kandidat auftritt, ungählige Stimmen für sich Es ist Dr. Engelbrecht in Stralsund, dessen rastlose, jahrelang fortgesetzten Bemühungen eine vernünftige Reform der entsetzlich jämmerlichen Stralsunder Stadtverfassung durchzusetzen, hoffentlich bald mit günstigem Erfolge gekrönt werden. Ein trefflicher jüngst in No. 92 der Voss Ztg veröffentlichter Artikel, in welchem die furchtbarsten, schreiendsten Mißbräuche schonungslos und unerbittlich aufgedeckt wurden, hat seit Kurzem wieder die allgemeine Aufmerksamkeit auf diesen ausgezeichneten Mann gelenkt. Man weiß, daß er politisch und religiös höchst freisinnig ist, man bewundert und schätzt seine Anstrengungen um so mehr und hat von vorne herein ein um so größeres Zutrauen zu ihm, als man bis jetzt hier ebenfalls mit einer städtischen Verfassung zu kämpfen hatte, die, was Bevormundung, Beschränkung und Druck der Bürger anbelangt, der Stralsunder nichts nachgab und der man sich um jeden Preis entledigen möchte.

Soviel von den Wahlen. Bemerken will

Digitized by Google

ich noch, daß man Seitens Gutgesinnter darauf hinzuwirken gedenkt, Urwählerversammlungen der 12 Bezirke G's, so oft es noch vor dem Wahltage thunlich, zu gemeinsamen Besprechung zu veranstalten und desfallsige Einladungen zu veranlassen.

Der „konstitutionelle Klub" setzt eifrig seine rhetorischen Uebungen und Deklamationen fort. Für heute Abend ist eine Debatte über Wahlgesetze und Wahlen annoncirt. Hauptredner sind Professoren und Beamte, die aus ihrer exklusiven Vornehmigkeit noch immer nicht herauskommen können und wollen. Der Titelzopf ist im Klub glücklich gefallen — nur hin und wieder — höchst ergötzlich, entwischt noch ein anderhalbzölliger Titel einem oder dem andern Redner. Der Präsident, wie natürlich auch Professor, ist ein sehr reizbarer empfindlicher Mann, der ziemlich bissig alle diejenigen Unglücklichen anfährt, welche noch nicht, wie es gebührt und geziemt, mit dem parlamentarischen Takte vertraut sind. — Schönrednerei scheint Hauptaufgabe des Klubs, man scheut sich sogar vor Abstimmung nach geendigter Debatte; von Thaten habe ich noch nichts gespürt, darum rufe ich ihm die bekannten Worte zu:

„Der Worte sind genug gewechselt,
Laßt uns auch endlich Thaten sehn".

Stettin.

Konstitutioneller Klub. Donnerstag 27. Vorsitzender O.-L.-G.-R. Kosmann, der in der vorigen Versammlung auf drei Monate gewählt ist. Nachdem sich die Versammlung dahin entschieden, daß der Präsident als solcher nicht an der Debatte Theil nehmen könne, wurde das Geschäftsreglement angenommen, der vom Reg.-Rath Zitelmann verfaßte Zuruf an den Stettiner Volksverein verlesen und einstimmig angenommen. Ein Antrag: vergleichende Vorträge über die verschiedenen Verfassungen zu veranstalten, wodurch der Klub die Sorge für die Belehrung seiner Mitglieder übernehmen würde, wurde als etwas „schulmeisterlich" bezeichnet und beseitigt.

Ref. v. Radeke beantragt: Ernennung einer Kommission zur Begutachtung ob der Klub zur Erreichung seines Zieles, auf die Provinz und in noch größeren Kreisen Einfluß, ja sogar eine Stimmrecht zu erlangen nicht nothwendig eine Zeitung zu seinem Organe zu gewinnen suchen müsse, ob und in welcher Weise dies auszuführen sei." Herr Altvater meint: der Klub soll es der Presse überlassen, von den Verhandlungen desselben den ihr angemessenen Gebrauch zu machen (wie ja geschieht) und erbietet sich die Referate in seine Zeitung aufzunehmen. Der von Herrn v. Radeke gestellte Antrag wird angenommen und zur Begutachtung desselben eine aus den Herren Dr. Pleßner, v. Radeke und Kaufmann Stahlberg bestehende Kommission ernannt. Der Regierungsrath Zitelmann beantragt in Bezug auf die in der Stadtv.-Versammlung über die Bürgerwehr gefaßten Beschlüsse: der Klub möge diesen Beschlüssen entgegentreten, den Magistrat bitten, auf den Beschluß der Stadtverordneten nicht einzugehen, sondern denselben an die Stadtv. zurückgehen lassen. Er spricht gegen die Theilung der Staatsbürger in Stadtbürger und Schutzverwandte, als eine ganz unzeitgemäße, er spricht dagegen, daß die Bürger gezwungen, die Schutzverwandten nur berechtigt sein sollten. Er hebt das Mißliche der Zwangspflicht hervor. Der Bürgerwehrdienst müsse eine Ehre kein Zwang sein. Hr. v. Radeke spricht für den Antrag. Der gute Wille sei die Hauptsache. Zwang würde die Bürger bald unlustig machen und dadurch würden die andern ebenfalls die Lust verlieren und endlich würde das ganze Institut kraftlos werden. Uebrigens entstehe durch diese Unterscheidung eine Spaltung der Staatsbürger. Hr. Stahlberg (Kfm.) äußert: die Debatte der Stadtverordneten über die Bürgerwehr habe ihn wenig befriedigt und seinen Erwartungen durch nicht entsprochen. Er erklärt sich gegen eine Zwangsverbindlichkeit der Bürger Ebenso Herr v. Eisenhardt; der freie Gehorsam müsse die Bürgerwehr zusammenhalten. Hr. Riedel (?) führt an, der Schutzverwandte müsse sich erst durch zwei Bürger rekognosciren lassen, ehe er in die Bürgerwehr aufgenommen werde. Prof. Bonitz bezweifelt das Recht der Stadtverordneten den Bürgern eine solche Verbindlichkeit als Zwang aufzulegen und weis't auf die gesetzlichen Grundzüge einer allgemeinen Volksbewaffnung hin. Die von mehreren Rednern vielseitig angegriffenen Stadtverordneten vertheidigt Herr Just.-Comm. Triest. Er sei als Mitglied der Commission für das Prinzip der Freiwilligkeit gewesen. Die Stadtv. hätten nach der St.-O. das Recht zu derartigen Beschlüssen und die Bürger seien zu städtischen Diensten verpflichtet, die Schutzverwandten nicht. Magistrat und Stadtverordnete könnten von den Bürgern Dienste verlangen, sie dazu verpflichten, nicht aber die Schutzverwandten. Er für seine Person halte an dem Prinzip der Freiwilligkeit fest und beantrage, daß der Klub in diesem Sinne eine Adresse an den Magistrat beschließen möge. Der freie Wille sei eine bessere Wehr als der Zwang; eben die über den Wehrdienst unzufriedenen Bürger machen Skandal, sie

Digitized by Google

seken die Tumultuanten. Reg.-Rath Zitelmann: Das Mißtrauen der Begüterten gegen die Arbeiter sei der eigentliche Grund zu dieser Zwangspflicht, wie aus allen Ecken hervorleuchte. Das Mißtrauen müsse schwinden, ein gegenseitiges Vertrauen aufgehen. Einstimmig wird der Antrag angenommen: an den Magistrat eine Adresse zu erlassen und sich darin gegen den Beschluß der Stadtv zu erklären, um Aufrechthaltung des Prinzips der Freiwilligkeit zu bitten und übernimmt Hr. Reg.-Rath Zitelmann die Anfertigung der Adresse Namens des Klubs.

Hr. J.-C. Trieß beantragt Berathung über die Uniformirung der Bürgerwehr und spricht für die Zweckmäßigkeit derselben. Hr. Landrath v. Puttkammer führt an, daß nach einem Gesetz v. 1830 Tagelöhner und Gymnasiasten von der Bürgerwehr ausgeschlossen wären. Hr. v. Eisendart erklärt sich für eine Bürgerwehr auf breitester Grundlage und deshalb gegen Uniformirung derselben. Kaufmann Hr. Stahlberg spricht gegen die Uniformirung, da auf diese Weise der Zwiespalt zwischen reich und arm gewiß nicht gehoben werde; man müsse die Furcht und Angst vor dem sogenannten Proletariat fallen lassen; man müsse die weniger Gebildeten nicht fürchten; der Gebildetere habe immer ein moralisches Uebergewicht über den weniger Gebildeten. Das werden wir nur haben und ausüben können, wenn die weniger Gebildeten mit uns in Reihe und Glied stehen. Wir müssen die weniger Gebildeten nicht von uns zurückstoßen, indem wir sie von uns ausschließen, wir müssen sie zu uns heranziehen und dadurch in uns aufgehen lassen. (Bravo!) Der Klub sprach sich gegen die Uniformirung der Bürgerwehr aus und wurden von den Vorsitzenden zu Mitgliedern einer Commission für die Bürgerwehrangelegenheiten Hrn. v. Eisendart, Dr. Stahlberg, Reg.-Rath Zitelmann ernannt.

Will der konst. Klub auf eigne Gefahr und Rechnung eine Zeitung gründen, so läßt sich dagegen nichts einwenden; er sollte aber jeder Redaktion dasselbe Recht auf seine Verhandlungen einräumen, Niemanden bevorzugen, Niemandem ein Privilegium ertheilen. Es wäre wenigstens wunderbar, wenn ein konst. Klub einen neu uniformirten „politischen Kannegießer" protegiren, sich in ein neu angestrichenes „Stettiner Plauderstübchen" retiriren wollte.

Volksverein den 26. April. Aus dem politischen Bewußtsein, das überall und in allen Schichten unsrer Mitbürger wach geworden, ließ sich wohl die Sympathie voraussehen, die der Verein finden würde. Mehr als 150 neue Mitglieder hatten ihre Namen an diesem Abende in der Liste des Volksvereins verzeichnet.

Nachdem der Vorsitzende, Hr Dr. Scharlau, einige einleitende Bemerkungen über Zweck des Instituts gegeben hatte, entwickelte Hr. Stadtrath Sternberg, einer unserer Wahlkandidaten für Berlin, diejenigen politischen Ansichten, die ihn bei den Landtagsverhandlungen leiten würden.

Er sei, sagte er, für die konstitutionelle Monarchie, bequem freilich sei das absolute Königthum, in dem der Bürger in Denkfaulheit und Lethargie versinke und verdumme, wo er die Steuern zahle, die man ihm aufzulegen für gut gefunden, ohne mühsam ihrer Verwendung folgen zu müssen, aber unwürdig sei diese Regierungsform des Mannes, unwürdig der geistigen Kraft, die er entwickeln könne; er sei ferner für ein Einkammersystem, als derjenigen konst. Form, die den Forderungen der Zeit am besten entspräche.

Darauf nahm Hr. Syndikus Gierke, auch einer unserer Wahlkandidaten, das Wort. Nicht das politische Glaubensbekenntniß, das er selbst ablege, nicht die Form, die man gefällig dieser oder jener Partei anzupassen vermöchte, seien der wahre, unfehlbare Maßstab für Fähigkeit und Werth, das ganze Leben vielmehr sei es, und die Meinung der Mitbürger, die hieraus geflossen; mit bestimmten, scharf begrenzten politischen Ansichten gleichsam bewaffnet und ausgerüstet, dürfte der Abgeordnete nicht an seine Mission gehen, er könne leicht zur Täuschung der Unfehlbarkeit gelangen, und sich hartnäckig dem Resultate einer überzeugenden Diskussion verschließen; man wolle ihm also nicht zumuthen, mit einer allseitig fertigen politischen Ansicht aufzuwarten, nur eine Ueberzeugung wolle er hier aussprechen: „die Nothwendigkeit eines Zweikammersystems." Es müsse, meinte der Redner, der Wall der Ruhe und Ueberlegung dem stürmischen Anlauf einer begeisterten Volkskammer gegenüber aufgeworfen werden; hierin liege die Bedingung einer sichern Garantie; in einer konst Monarchie (wo gleichsam ein Kontraktsverhältniß zwischen Regierung und Volk bestehe), müsse selbstredend der König, das Haupt der Regierung, Rechte haben, das Recht z. B. Krieg und Frieden zu bestimmen, das Recht der Begnadigung u. s. w. Litterat Lüders: Solche allgemeinen Redensarten seien durchaus ungenügend. Man müsse ganz bestimmt wissen, wie der Wahlkandidat über einzelne Fragen, z. B. über Volkssouveränität, über direkte oder indirekte Wahlen, über ein Ein-

Digitized by Google

oder Zweikammersystem denke, wie er stimmen werde. Er bat daher, sich bestimmt über einige Fragen zu entscheiden, wie es in England, dem Lande der „Erbweisheit" der Fall sei. Hr. Gierke lehnte die Zumuthung „ein Examen bestehen zu müssen" vorweg entschieden ab; worauf sich Hr. Lüders an Hrn. Stadtrath Sternberg wandte, der es nicht unter seiner Würde halten werde, dem Volksverein bestimmte Auskunft über sich und sein künftiges politisches Verhalten in Bezug auf direkte oder indirekte Wahlen, Volkssouveränität zu geben. Hr. Sternberg war zu Aufklärungen bereit, die, wie er meinte, seine Mandanten von ihm zu fordern gegründetes Recht hätten. Er entwickelte demnächst seine Ansicht über Volkssouveränität, und erklärte sich gegen die Einkommensteuer, als eine Maßregel, die wie sie gedacht ist, weder ausführbar noch gerecht ist. Er sei nicht für eine Einkommensteuer, sondern mit Wegfall aller übrigen Steuern für eine Auskommensteuer. Auf Interpellation des Kaufm. Hrn. Picht, daß es wünschenswerth sei zu hören, wie die Herren Kandidaten über die Einkommensteuer dächten, motivirte Hr. Landrath v. Puttkammer demnächst sein, diese Maßregel negirendes Votum auf dem vorjährigen Landtage durch die Lage der Sache. Er sei überzeugt, daß die Regierung eine Provosition wegen der Einkommensteuer dem Landtage vorlegen werde, da früher die Herren Camphausen und Hansemann dieselbe befürwortet hätten und daß er selbst sie jetzt unterstützen würde, da jene Maßregel nicht mehr mit den damals bestehenden Hindernissen zu kämpfen hätte. Hr. OLG.-R. Kosmann bewies an einem sehr treffenden Beispiele die Unzweckmäßigkeit und Ungerechtigkeit der Steuergesetze in ihrer heutigen Gestalt und folgert hieraus ihre nothwendige Umbildung; er könne nicht die neue Form dieser Gesetze angeben, allein die Regierung werde gewiß den neuen Weg in ihrer Provosition anbahnen, und das Plenum der Deputirten eine neue bessere Gestalt für diese Gesetze finden.

Die interessanteste Seite der Unterhaltung gewährte dem Ref. Herr Reg.-R. Zitelmann durch einen höchst gemüthlichen und volksthümlichen Vortrag über die Geschichte mancher Steuerverhältnisse. Die Weise der Darstellung ist dem Charakter eines Volksvereins so angepaßt, trotz des Humors der Darstellung lernt man den finstern Geist der Willkührherrschaft verachten. Diese Form ist es, der sich das Herz des Volkes leichter erchließt, und unter der harmlosesten Gestalt, dringen die ernstesten Lehren in seine Brust. Ref., der dem Erzähler zunächst saß, hat kein Wort seines belehrenden Vortrags verloren und in diesem Sinn fortzuwirken, kann nur der allseitigste Wunsch sein, den die Mitglieder dieses Vereins dem Hrn Z. entgegentragen. *) Demnächst sprach Hr. Hesse einige Worte zu Gunsten der Wahl eines Arbeiters als Abgeordneten für Berlin. Hr. Schuhm.-Meister Schulz eiferte gegen das System der unbeschränkten Gewerbe-Freiheit, als das Mittel, den Arbeiter zu vernichten; er verlange geprüfte Meister, wie man geprüfte Advokaten habe, eine Konkurrenz, die als wohlthuende Konsequenz der Gewerbefreiheit angesprochen werde, könne er als solche nicht gelten lassen, sie verderbe vielmehr den Lohn und die Arbeit. Hr. Reg.-Rath Zitelmann wollte jedoch in der Freiheit keine halbe Maßregel gelten lassen: in einem freien Staate könne man Beschränkungen in diesem Sinne nicht dulden: auf gleiche Weise griff Hr Lüders den Vorschlag dieser Beschränkung an. Man müsse die Freiheit überall und in allen Konsequenzen wollen. Das Volk, nicht das Examen verbürge eine Befähigung. In England und Amerika sei es das Volk und nicht die Fakultät, die den Staatsmann prüfe. England und Nord-Amerika seien so groß und mächtig geworden, weil sie der Freiheit überall, auch der Gewerbefreiheit huldigten. England und Nord-Amerika hatten die größten Advokaten und Staatsmänner, die nie ein Examen gemacht. Diese Debatte bildete den Schluß der Sitzung. Dr. W.

*) Anm. d. Red. Hr. Reg.-Rath Zitelmanns Reden, durch Klarheit, Ruhe, Schärfe, gepaart mit Humor, fließen aus dem Herzen und sprechen zu dem Herzen. Hr. Zitelmann dürfte unter unsern Volksrednern einer der Ersten werden und würde gewiß durch seine Herzlichkeit und Innigkeit Einfluß auf das Volk üben. Wir wünschen ihn in unserm Volksverein wie in Volksversammlungen recht häufig zu hören.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin,
große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

Wochenschrift

für öffentliches Leben der deutschen Ostseeländer.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 9.

Sonnabend den 3. Mai.

Inhalt: Stettiner! Die Wahlen noch einmal. Die Stettiner Wahlkandidaten. Ein Wahlkandidat aus Hinterpommern. Zur Wahlfrage. Berichte.

Stettiner!

Der Tag der uns Allen ein Tag der Freude, ein heiliger Tag sein sollte, der erste Festtag der politischen Freiheit einer großen Nation, der Tag, an dem das freigewordene, das souveräne Volk in Preußen seine Bevollmächtigten für die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung in Berlin und für das deutsche Volksparlament in Frankfurt wählte, dieser für jeden seiner staatsbürgerlichen Rechte, seiner Menschenwürde sich bewußten, für jeden politisch gebildeten Menschen heilige Tag ist durch einen Akt der rohen Gewalt entheiligt. Das Eigenthum ist gefährdet, das Eigenthum Eurer Mitbürger ist durch rohe Brutalität zerstört und — geraubt worden. In den Straßen Berlins wogte der Kampf; die Furie des Bürgerkriegs war entfesselt, das Volk kämpfte gegen des Königs Soldaten; Gesetz und Ordnung waren aufgelöst, aber das Volk kämpfte für die Idee des Jahrhunderts, für seine Freiheit und sein Recht. In diesem Kampf, in diesem gesetzlosen Zustand wurde das Eigenthum geschont und Berlin zählt 10,000 Diebe unter seinen Einwohnern! Bei uns wird mitten im tiefsten Frieden, an dem Tage wo Preußens Bürger zum erstenmale als freie Männer ihr Wahlrecht üben, absichtlich, nach einem ruhig und wohlüberlegten Plane ein Angriff auf das — Eigenthum ausgeführt! — Das sind die Folgen des Aufhetzens gegen die Freiheit; das ist der erste gewaltsame Akt der Reaktion gegen die Freiheit, die auch die Gewerbefreiheit in sich schließt. Das sind die Folgen unüberlegter, gedankenloser Deklamationen gegen die Freiheit, gegen die glorreiche Gesetzgebung, die ein neues Preußen unter dem Druck der Fremdherrschaft und in der Zeit der tiefsten Erniedrigung erschuf durch Entfesselung jeglicher Kraft, durch Freiheit des Verkehrs und der Gewerbe. Der finstere Geist der Reaktion hat auch das Verlangen nach Zunftzwang und Gewerbebann heraufbeschworen.

Die Wahlen hatten sämmtliche Staatsbürger Stettins, die Urwähler, in den Wahllokalen der einzelnen Bezirke vereinigt, festlich flatterte von den Dächern und aus den Fenstern das Banner der deutschen Einheit und Freiheit; in wohlgeordneten Zügen ziehen die Gesellen mehrer Gewerke mit Fahnen durch die Straßen der Stadt. Man freut sich dessen, weil man einen Festzug zu sehen glaubt, durch den die Gesellen den Wahltag feiern, ihre Freude, ihre Theilnahme an dem neuerwachten politischen Leben bekunden wollen. Indeß werden von

Digitized by Google

dem Zuge einige Schilder bedroht und plötzlich dringt in die Wahlversammlungen der Ruf: Tumult! die Gesellen revoltiren! Allen unerwartet war ein Theil des aus vielen Hunderten bestehenden Zuges gewaltsam in ein Möbelmagazin gedrungen und hatte hier, während der übrige Theil vor dem Hause aufgestellt war, mit kannibalischer Wuth sämmtliche Möbel zertrümmert. Dann erstürmte ein Theil ein Kleidermagazin, zerriß die Kleider, warf sie auf die Straße, wo sich einzelne Liebhaber fanden, während mehrere hunderte von Gesellen vor dem angegriffenen Hause aufgepflanzt standen. Zehn Mann der Bürgerwehr, die sich in der Eile zusammengefunden, erscheinen und ohne sich zu bedenken, dringen diese Ehrenmänner, wie Helden, mit Heroismus auf die Uebermacht ein, mit den seit den Tagen von Großbeeren und Dennewitz weltgeschichtlichen pommerschen Kolbenschlägen, denn »dat flucht beter«. Kühnheit und Entschlossenheit sind immer des Sieges gewiß. Erschreckt durch die kräftigen Kolbenschläge weniger Bürgerwehrmänner ergreifen die Feigen, die an Zerstören und Zertrümmern Freude finden, die Flucht. Die Namen dieser Ehrenmänner, die den ersten Strauß unserer noch so wenig und so schlecht organisirten Bürgerwehr so rühmlich und muthvoll durchgefochten, sind, uns nicht bekannt geworden, nur der Briefträger Kaufmann als ein solcher genannt, der, in das Gedränge verwickelt, mit seiner Brieftasche tapfer gefochten und eine Fahne als Siegestrophäe erobert hat.

Es ist kein durch zufällige Umstände herbeigeführter Tumult, es ist ein beabsichtigter, von einem wohlorganisirten Zuge unternommener Eingriff in das Eigenthum hiesiger Bürger, bei dem auch diejenigen Meister leiden, die in jenem Magazin Arbeiten aufgestellt haben. Die Stadt hat die Verpflichtung übernommen, vermittelst der Bürgerwehr die Ordnung zu erhalten, das Eigenthum zu schützen. Sie hat damit zugleich die Verpflichtung übernommen die Beschädigten zu entschädigen, den Verlust zu ersetzen. Die Stadt, die Bürger bezahlen die Kosten für das Vergnügen, das sich die Gesellen gemacht.

Es wird von mehreren Seiten bezweifelt, daß die Gesellen aus eigenem Antriebe gehandelt. Wer aber sind die Emissäre? Von wem und durch wen sind die Gesellen aufgehetzt?

Einzelne Mitglieder der Bürgerwehr haben sich mit Ruhm bedeckt. Doch ist eine festere Organisation, das Einexerciren der Bürgerwehr dringend nothwendig, damit sie wohl eingeübt, das Eigenthum mit Kraft und Nachdruck zu schützen befähigt sei, und damit sie bei ähnlichen Ueberfällen rasch ins Gewehr trete, muß der Generalmarsch sie zusammenberufen.

Die Wahlen noch einmal.

Ein neues Staatsgebäude soll durch die vom Volke erwählten Vertreter in Berlin und Frankfurt aufgeführt werden. Die Wichtigkeit der Wahlen für die Gestaltung der neuen Verfassug, für unsere ganze Zukunft ist jedermann einleuchtend. Die Rechte des Volks sollen in jenen gesetzgebenden Versammlungen festgestellt, gegen Eingriffe sicher gestellt werden. Bedenkt, daß eine einflußreiche und mächtige Rückschrittspartei nichts unversucht lassen wird, so viel wie möglich, von dem alten Plunder zu retten, die Rechte des Volks, die Freiheit Aller zu verkümmern; bedenkt, daß nur eine konstitutionelle Verfassung auf breitester d. h. demokratischer Grundlage, mit voller Berechtigung des Volks, von Dauer sein wird. In beide gesetzgebende Versammlungen müssen selbstständige, charakterfeste vorur-

Digitized by Google

theilsfreie, vielseitig gebildete, der Ordnung der Dinge aufrichtig und treu ergebene Männer gewählt werden. Rechtskundige dürfen nicht fehlen, wiewohl Juristen nicht gerade vorzugsweise zu berücksichtigen sind, weil sie, wie wir schon gesagt, zu viel positives Recht im Kopfe haben und dadurch der Verwirklichung des vernünftigen Rechts häufig hindernd in den Weg treten. Vertreter von Sonderinteressen, als Agenten eines Standes dürfen nicht gewählt werden, wo nicht Sonderinteressen berathen, sondern des ganzen Volkes Rechte festgestellt werden sollen, nur das Gesammtwohl Aller in Betracht kommt.

Es kommt vor Allem darauf an, entschiedene, muthige, entschlossene, der neuen Ordnung aufrichtig ergebene charakterfeste Männer zu wählen. Kenntnisse und Talent genügen nicht, Charakter ist die Hauptsache. Darum wählt keinen Deserteur, keine Ueberläufer ins Heer der Liberalen, jetzt wo liberal zu sein eine so leichte Sache. Nirgend ist Unredlichkeit und Schwanken gefährlicher als im politischen Leben, denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt, vermehrt die Bewegung. Darum wählt feste, männliche Charaktere, die den Muth einer eigenen Meinung haben, die nicht die Farben wechseln nach dem Wehen des Windes, die der Revolution d. h. der Umgestaltung der Dinge aufrichtig und bis in ihre Consequenzen ergeben sind, deren Leben Bürgschaft bietet, deren Thaten übereinstimmen mit den Worten. Es fehlt nicht an Renegaten, nicht an Maulpatrioten, die sich dem Volke aufdringen möchten, die für Alles sich begeistern und immer mit dem Strome zu schwimmen wissen. Hat sich doch unbegreiflicher Weise der konstitutionelle Klub in Berlin dadurch blamirt, daß er solche Ueberläufer, die dabei noch obendrein ganz unbedeutende Menschen, in seine Kandidatenliste aufgenommen. Darum wachet, damit Ihr nicht in Anfechtung fallet, denn die Intriguanten beginnen ihr Spiel.

Die Stettiner Wahl-Kandidaten.

Es handelt sich nicht um Freund oder Vetterschaften, um einzelne Persönlichkeiten sondern um Grundsätze und darum, in wem sich diese Grundsätze verkörpert, durch wen sie in Berlin und Frankfurt zur Anerkennung und Geltung zu bringen sind. Die Freundschaft, Rücksichten auf einzelne Personen müssen schweigen, wo es sich um das Wohl des Ganzen handelt, wo es darauf ankommt, die Würdigsten zu Vertretern zu wählen.

Die Stettiner Wahlkandidaten, soweit wir sie kürzlich aufführten und sie uns bekannt geworden, haben schon das für sich, daß ihr früheres politisches Leben makellos, daß sie immer unter der Fahne des Fortschritts gekämpft. Namentlich ist dies von Herrn v. Puttkammer bekannt, der sich mit Freimüthigkeit und Energie den Bestrebungen der Reaktion widersetzte. In Folge seines Referats über das dem 7 pommerschen Prov. Landtage vorgelegte bäuerliche Erbfolgegesetz wurde, dasselbe einstimmig verworfen. Seine Kritik des Entwurfs war überdies eine so scharfe, die Mängel desselben schonungslos aufdeckend, daß man Bedenken trug, sie abzudrucken. Durch sein Referat wurde Hr. v. Puttkammer entschieden mißliebig. Des Hrn. v. Puttkammer entschiedenes Auftreten gegen die reaktionären Bestrebungen, welche die glorreiche agrarische Gesetzgebung untergraben, die Freiheit der Bauern beschränken wollte, sein Kämpfen für die Freiheit und Selbstständigkeit der Bauern, obgleich er ritterschaftlicher Abgeordneter, seine wiederholten Bemühungen und Anträge für eine von dem Prinzip der Selbstverwaltung ausgehende, die Volkskraft stählende, das Selbstbewußtsein weckende Landgemeindeordnung und seine Erklärung, daß er für eine Einkommensteuer stimmen

Digitized by Google

werde, sichern ihm die Stimmen der Landgemeinden, wie die Juden dem Vertheidiger unbedingter und völliger Judenemancipation zu besonderm Dank verpflichtet sind, zu einem Dank, der sich nicht bloß mit leicht unterschriebenen Dankadressen begnügt. Als Vertheidiger unbeschränkter Denk- und Gewissensfreiheit hat er auf die Unterstützung aller derer zu rechnen, die eine Trennung des Staats, eine Emancipation des Staats von der Kirche erstreben. Wie er die Bauernfreiheit nicht beschränkt wissen will, so hat er, als Verfechter des freien Verkehrs auch die Freihandelsmänner für sich.*) Wir können unmöglich glauben, wie versichert wird, daß einige Reiche in der Stadt und einige Gutsbesitzer auf dem Lande deswegen gegen die Wahl des Hrn. v. Puttkammer weil er für die Einkommensteuer sich erklärt hat. Hrn. v. Puttkammer nicht wählen, weil er für die Einkommensteuer, wäre eine zu große Blamage für Stettin und den Randowschen Kreis.

Der gegenwärtige Minister-Präsident sagte auf dem Ver.-Landtage: Die Einkommensteuer sei ein „socialer Fortschritt" gegen den anzukämpfen Stettin und dem Randower Kreise nicht geziemen würde. Die Einkommensteuer ist Hrn Kamphausen nicht nur eine Folge der politischen Bildung, sondern auch „das Mittel, sie zu vermehren"; die Richtigkeit dieser Ansicht ist nicht zu bestreiten, so daß, wer gegen die Einkommensteuer auch gegen die Mittel, die so nothwendige politische Bildung des Volks zu vermehren; ein Schimpf, den sich Stettin und der Randower Kreis unmöglich aufladen können, wobei wir noch daran erinnern wollen, daß die Consumtionssteuer eine Erfindung der Despotie, daß die Einführung der Consumtionssteuern in Deutschland mit der Entstehung der unbeschränkten Fürstenmacht zusammenfällt, daß das freie Nordamerika keine Verzehrungssteuern kennt. Wir wollen hier nicht mit Hansemann auf die Gefahren hinweisen, die entstehen dürften »aus Vernachlässigung der Interessen der untern Klassen«, mit Diergardt »auf die traurigen Folgen, wenn keine Rücksichten auf die unbemittelten Klassen genommen werden«. Die Einkommensteuer ist die Steuer der Oeffentlichkeit und der Gerechtigkeit, ein Mittel die politische Bildung zu fördern; sie ist die Steuer, welche die öffentliche Meinung fordert und welche die Philantropie und die Klugheit empfehlen und der Ver. Landtag ist wegen keines Beschlusses so hart und so vielfach getadelt, als deswegen, weil er die Einkommensteuer verworfen. Noch einmal: Jemanden deswegen nicht wählen wollen, weil er für die Einkommensteuer wäre eine ungeheure Blamage.

Dasselbe Verhältniß ist bei Hrn. Stadtr. Sternberg der Fall, der, wenn er für eine Auskommensteuer natürlich auch für die Einkommensteuer ist. Auch Sternberg ist, was wir auf desfalls ergangene Anfragen ausdrücklich erklären, nicht erst ein Liberaler von gestern, wie das von einem so fest ausgeprägten bestimmten, entschiedenen Charakter sich von selbst versteht. Wenn wir vorhin den Charakter zur Hauptsache machten, so empfiehlt sich, abgesehen von andern löblichen Eigenschaften, Herr Sternberg vorzugsweise. Ob man aber in Stettin schon so weit vorgeschritten, daß man politische Charaktere, unabhängige und selbstständige Männer gerecht zu würdigen weiß, ist eine andere Frage, die wir nach unsern Beobachtungen bezweifeln mögten.

*) Herr v. Puttkammer hat auch das für sich, daß er in zwei besondern Druckschriften: »an die Bewohner des Randower Kreises« (14 S.) und »die gemeinschaftlichen Wahlen der Stadt Stettin und des Randowschen Kreises« der Oeffentlichkeit gehuldigt und sich den Wählern vorgestellt hat. Beide Druckschriften werden zum Besten der Hinterbliebenen von Landwehrmännern verkauft.

Digitized by Google

Wir berichten über andere Wahlkandidaten wenig oder gar nichts, weil uns nur wenig oder gar nichts bestimmtes von ihrem politischen Glauben und Leben bekannt geworden ist. Da wir die Stettiner Zeitung aus guten Gründen*) nicht regelmäßig lesen, erfahren wir erst jetzt, daß Hr. Zitelmann auf Jasenitz dort als Wahlkandidat genannt ist. Wie der Name Zitelmann überhaupt schon einen guten Klang hat, so gehört der in Rede stehende unstreitig zu den intelligentesten Gutsbesitzern der Provinz. Wir zweifeln nicht, daß Hr. Z. der neuen Ordnung aufrichtig ergeben, sind aber außer Stande Spezialitäten anzuführen.

Damit sich die Stimmen nicht zersplittern, ist ein festes Zusammenhalten der liberalen Wahlmänner und eine Vorversammlung zur Berathung und Verständigung durchaus nothwendig. Ebenso zweckmäßig und nothwendig ist aber, um um eine Zersplitterung der liberalen Wahlmänner vorzubeugen, eine Verständigung der liberalen Wahlkandidaten, wenn deren mehr vorhanden, als erforderlich, und, wie zu erwarten, von der Gegenpartei andere Wahlkandidaten bevorzugt werden sollten. Um das Zersplittern der Stimmen zu verhindern, damit die Kraft der Partei nicht gebrochen werde, ist das freiwillige Zurücktreten der Kandidaten derselben Partei bei Parlamentswahlen allgemeine Sitte. Es würde eine ganz unpolitische Maßregel sein, wenn die liberalen Kandidaten sich unter einander bekämpfen wollten, wenn einer den andern zu verdrängen suchte, wenn durch einen solchen Kampf politischer Freunde ein Kandidat der Gegenpartei siegte.

Schließlich erklären wir und wir hoffen, daß alle Zeitungs- und Journalredaktionen wie Kalenderherausgeber damit einverstanden sein und dieselbe Erklärung abgeben werden: daß wir unsere Stimme nur denjenigen Kandidaten geben, die sich verpflichten für Aufhebung des Kalender- und Zeitungsstempels und für Ermäßigung des ganz unverantwortlich hohen Postaufschlages zu wirken, da beide Steuern, die Stempelsteuer auf Kalender und Zeitungen und der hohe Postaufschlag, die kräftige Entwickelung der Tagespresse, die doch der gewaltigste Hebel der politischen Bildung, hindern und hemmen, wie wir ein andermal auseinandersetzen werden.

Ein Wahlkandidat aus Hinterpommern.

Wir können es uns nicht versagen Hrn. v. Kleist-Warnin noch einmal redend einzuführen, indem wir aus einer Ansprache die er im „Pomm. Volksbl." veröffentlicht, Folgendes mittheilen:

1. Eine fast noch nie gekannte Regsamkeit, vorzugsweise in den Städten, ein erwachtes, politisches Selbstbewußtsein, das richtig geleitet herrliche Früchte bringen wird, zeigte sich zuerst. Diese Leitung muß aber aus der Mitte des Volkes selbst, nicht etwa von sich berufen fühlenden Egoisten, von Männern die nur zu leiten und zu gebieten gewohnt sind, hervorgehen. Jeder, der klaren Verstand, ein deutsches Herz und Liebe zum Vaterlande hat, trete dreist auf die Tribüne, erhebe dreist seine Stimme; er wird mehr wirken und zum Guten wirken, als bombastischer Gelehrtenkram, oder büreaukratischer Eigendünkel, hinter welchen sich oft selbsüchtige Zwecke verstecken.

---

*) Wir lesen die Stettiner Zeitung nicht regelmäßig, aus Gesundheitsrücksichten, weil sie zu — aufregend.

Digitized by Google

2. Neben dieser Regsamkeit gewahrt man aber auch oft Gleichgültigkeit, Indifferentismus, mit einem Worte den alten deutschen Michel. — Schädlicher, als er, ist

3. die allzugroße Bangigkeit, die Verzagtheit, ja, die Feigheit, welche wir hier und da erblicken. Sie entzieht nicht allein direkt dem Nationalreichthum der Intelligenz manche Kräfte, sondern sie ist es auch, welche, als eine Seuche, sich vieler schwachen Gemüther bemächtigt und diese entweder zur Thatenlosigkeit, zum Zurückziehen von aller Theilnahme an der politischen Wiedergeburt des Vaterlandes oder zu Reaktionsversuchen verleitet.

4. Herrscht hier und da unter den Landleuten, zu welchen nur selten und dann immer entstellte Nachrichten von den Begebenheiten der Weltereignisse gelangen, der irrige Wahn, als solle und müsse ein jeder von ihnen, ein Eigenthum erhalten. Dies sei, glauben sie, der alleinige Zweck, weshalb man sie an den Urwahlen Theil nehmen läßt. Solche irrigen Ansichten können uns Verlegenheit bereiten, während sie, den falsch Unterrichteten, die Unannehmlichkeit der bittern Enttäuschung vorbereiten, sie auch eigentlich zur Ausführung eines ganz freien, unbefangenen Votums bei der Wahl unfähig machen.

5. Endlich gewahrt man hier und da unter den gebildeten Schichten der Gesellschaft immer noch ein egoistisches, selbstsüchtiges Streben, ein Verlangen, ein heimliches Gelüste nach der Macht, zur Macht. — Viele sind in dem ganz irrigen Wahn befangen, als ob es ihnen noch gelingen könnte, eine allzukonservative Majorität in die Nationalversammlung zu bringen und dadurch noch manches wieder zu erobern, was bereits verloren ist. Viele haben nur ihren kleinen Ehrgeiz im Auge und wünschen, daß dieser durch ihre Wahl zum Abgeordneten, befriedigt werde. Fragen sie aber ihr politisches Gefühl, fassen sie sich an den Puls ihres politischen Glaubensbekenntnisses, — so schweigt ersteres ganz, während letzterer in seinen Schlägen einer in seinem Räderwerk verrosteten Dorfuhr zu vergleichen ist, deren Gang vom jedesmaligen Wetter abhängig bleibt. Diese Leute schaden dem herrlichen Zwecke mehr, als man glaubt. Zu feige, oder zu stolz, oder zu dumm, um offen und ehrlich hinzutreten und ihren Wunsch auszusprechen, verstecken sie sich hinter den Rücken braver, befähigter Männer, verketzern deren Gesinnungen, verkleinern ihre Fähigkeiten und entziehen ihnen im Geheimen manche Meinung, manche Stimme, die ihnen sonst gehört hätte, hoffend, durch die Verringerung ihrer befähigten Nebenbuhler, ihre Chancen zur Wahl steigen zu sehen. —

* * *

Mit Bezug auf das, was wir in No. 7 aus der Feder des Hrn. v. Kleist-Warnin mittheilten, empfehlen wir Hrn. v. Kleist den Liberalen seines Kreises, Hinterpommerns, auf das Nachdrücklichste. Je dunkler die Nacht, die auf Hinterpommerns Adel lastet, desto erfreulicher und ehrenwerther ist sein offenes Auftreten für die konst. Monarchie. Er hat, mit richtigem Blick die Idee des Jahrhunderts, erkannt, sie in sich aufgenommen; er hat mit der Vergangenheit gebrochen, er hat sich dem „freien Volke" angeschlossen; er hat es offen ausgesprochen, daß nur von einer freien Verfassung, von einer Vertretung aller Klassen der Gesellschaft die Rede sein dürfe; er hat, wie wenige seiner Standesgenossen Hinterpommerns, die Forderungen der Zeit begriffen.

Wählt v. Kleist-Warnin, ihr Hinterpommern!

Digitized by Google

Zur Wahlfrage.

Es ist von verschiedenen Seiten geäußert worden, daß Stettin, als eine so bedeutende Handelsstadt, einen Kaufmann nach Berlin zur Vereinbarung über die Preußische Verfassung abordnen müsse, während es nach Frankfurt am Main zur Deutschen Nationalversammlung einen Beamten, namentlich einen Juristen senden könne.

Da nun Stettin mit dem Randower Kreise zusammen drei Abgeordnete für Berlin, einen für Frankfurt zu wählen hat, so möge mir die Bemerkung gestattet sein, daß grade die wichtigsten Handelsfragen in Frankfurt werden entschieden werden, z. B. ob Handelsfreiheit oder Schutz- und Differenzialzölle die Handelspolitik Deutschlands sein sollen; ferner wird selbst die Sundzollfrage wahrscheinlich dort zur Verhandlung kommen.

Bei den Berathungen in Berlin wird man immer an die zu Frankfurt gebunden sein.

Gewiß wird Jeder, der die Ehre hat, den Randower Kreis und Stettin zu vertreten, es sich zur Pflicht machen, dessen Handelsinteressen, welche mit denen des Landes zusammenfallen, nach Kräften wahr- und die dazu dienenden Belehrungen und Materialien von der verehrlichen Kaufmannschaft entgegenzunehmen; so auch ich.

Als bekannt darf ich voraussetzen, daß ich ein Freund der Handelsfreiheit und ein alter Gegner des Sundzolls bin, welcher aufgehoben werden muß. Schon mehrfach habe ich in diesem Sinne im Pommerschen Provinzial-Landtage gestimmt, in dessen Akten sich viele werthvolle Data zur Sundzollfrage finden.

Ich hoffe, daß dieselbe jetzt ihre definitive Erledigung finden wird.

Stettin, den 1. Mai 1848.

Der Landrath von Puttkammer.

Berichte.

Leipzig.

Der plötzliche Verkehr, in welchem unsere Liberalen mit dem Arbeiter traten, war aus keinem andern Grunde möglich, als dem der Klugheit jener Herren, die uns jetzt um jeden Preis einen deutschen Kaiser aufheften wollen und ganz vortreffliche Polizeidienste leisten (sieht Mathy's Heldenthat), gebot, auch die untersten Klassen für ihre Demonstrationen — zu weiterem können sie's nicht bringen! — zu benutzen. Die Arbeiter waren natürlich so dumm der Redlichkeit ihrer Absichten zu vertrauen; der Fuchspelz war ihnen zu ungewohnt. Unsere Arbeiter glaubten an eine Vermittelung zwischen Kapital und Arbeit, doch sie schlugen unmittelbar darauf mit ihren Forderungen erhöhten Lohnes und verkürzter Arbeitszeit dem plötzlich so freundlichen Kapital ins Gesicht. Sie wußten sich nicht anders zu helfen, sie kannten das alleinige Recht der Arbeit nicht: Sie denken, jetzt gehts einmal nicht ohne Kapital also fordern wir mehr Geld für unsere Arbeit. Die Arbeit wird aber nur abgefunden, nicht gelohnt. Gelohnt wird sie erst mit dem vollem Ertrag. Die Arbeiter fahren fort ihre allgemeinen wie ihre besondern Interessen zu berathen; sie haben um ein Arbeiterministerium angehalten, worin ihnen der Minister des Innern, Oberländer jedoch zuvorgekommen ist. Am 10 April bildete sich hier ein demokratischer Verein, der sich mit den Demokraten der übrigen deutschen Landestheile in Verbindung setzt und die soziale Freiheit erringen will. Am 17. April hielt er die erste öffentliche Sitzung, die von einer großen Anzahl besucht war. Die Partei des Kapitals wagte nur Einer zu ergreifen, der seinen Eifer höhnisch Luft machte. Als näch-

Digitized by Google

ster Zweck des Vereins wurde angeführt: Erweckung und Stärkung des republikanischen Geistes, um die Herzen und die Einsicht auf die Staatsform selbst vorzubereiten. Wir Demokraten haben unsere Verbindung mit Berlin, Frankfurt a. M, Mannheim, Stuttgart, Breslau, Mainz bewerkstelligt, um unserem Wirken größere Einheit und mit der Zeit größern Nachdruck zu gewähren. Hier sind die Liberalen äußerst thätig die Unzweckmäßigkeit der Republik den Leuten plausibel zu machen. Unser Verkehr ist total niedergedrückt. Man kann sich keine Vorstellung machen, was für Lügen die deutsche Allg. erfindet, um die Republik zu verdächtigen.

Stargard, den 28. April.

Vorgestern fand hier ein kleiner Krawall Statt, der das Heranziehen einer Abtheilung Soldaten aus Stettin veranlaßte. Die jetzige Störung des Handels und der Gewerbe gab bereits seit einiger Zeit Handwerkern Veranlassung, über den Grund des gestörten Gewerbbetriebes und dessen Abhülfe sich klar zu werden. Der Vorgang der Hauptstadt schien in dieser Hinsicht maßgebend gewesen zu sein. Gestern bildeten sich auf dem Markte — es war gerade Markttag — einzelne Gruppen, deren jede in lebhaften Besprechungen sich vertiefte und die die Noth des Handwerkerstandes namentlich in lebhaften Worten schilderte. Folgende Handwerker waren namentlich als Sprecher thätig:

1) die Schuhmacher waren ungehalten über eine hier etablirte Kalauer Stiefel-Niederlage und zwei Pfandleihen; jene verkaufe ein Paar Halbstiefeln zu 1 Thlr. 5 Sgr. und diese lasse in Versatz gegebene und verfallene Stiefeln so billig ab, daß der Schuhmacher, welcher Leder und Arbeit bezahle, seine Familie ehrlich ernähren und die Abgaben entrichten wolle, nicht dabei bestehen könne. Jene Stiefel-Niederlage müsse eingehen und die Pfandleihe nicht mehr versetzte oder verfallene Stiefeln ablassen;
2) die Nagelschmiede und Schlosser führten Klage, daß in den Läden Nägel, Schlösser, Beschläge jeder Art so billig zu haben wären, daß man lieber den Kaufmann als den Handwerker aufsuche, der auch leben wolle. In den kleineru Städten würde die Schlosser- und Nagelschmiedearbeit zu Spott- und Schleuderpreisen gearbeitet, weil dort die Bedürfnisse jeder Art bescheidener und geringer wären. Ein hiesiger Kaufmann halte sich sogar einen eigenen Schlossergesellen, und nähme Schlosserarbeit in Entrepriſe;
3) die Hutmacher klagten, in allen Tuchläden und Modemagazinen verkaufe man Hüte, die nicht in der Stadt gearbeitet wären. Die feinere Hutmacherarbeit würde hierdurch ihnen entzogen und man habe deshalb kein Brod, weil bereits die früher besuchten Jahrmärkte der kleineren Städte durch die überall entstehenden Modemagazine keine Einnahme gewährten. Der Verkauf von Filzschuhen beschränke sich nur auf den Winter. Die Kaufleute müßten daher gar keine Hüte oder nur in der Stadt gearbeitete verkaufen;
4) die Schneider jammerten über die Kleidermagazine, die ihnen einen Kunden nach dem andern entzögen; dieselben seien zu schließen;
5) die Tischler führten gleiche Beschwerde gegen die Möbelmagazine;
6) die Gerber zogen gegen die Juden zu Felde, die die auf dem Lande aufgekauften Felle mit Vortheil an die Gerber wieder verkauften. Der Landmann fände es bereits beschwerlich, selber mit der Waare zur Stadt zu kommen und dies sei um so schlimmer, da man mit demselben oft vortheilhaft gehandelt habe. Die Felljuden seien anzuhalten, künftig den Fellaufkauf nur in den Städten aber nicht auf den Dörfern zu betreiben;
7) Die Schlächter erklärten unter starken Gesticulationen, ihre Kollegen aus den kleinen Städten, die dort nur wenig Abgaben entrichten und namentlich Kälber sehr billig ankauften, dürften keines Falls weiter den hiesigen Wochenmarkt mit ihrem wohlfeilen Fleische besuchen. Hiesige Schlächter brächten nicht ihre Waare auf die kleinern Städte, also sollte auch hier kein Fleisch von fremden Personen verkauft werden. Man wolle sich künftig an die Thore stellen um nöthigen Falls Wagen mit Fleisch den Eingang verwehren;
8) die Schwarzbäcker beschwerten sich, daß von den Dörfern und kleinern Städten fast jeden Wochenmarkttag 13 Wagen mit Brod kämen, welches reißenden Absatz fände. Wenn dies nicht aufhöre, so gingen die Stargarder Bäcker zu Grunde. Die alte gute Sitte könne nicht dringend genug wieder empfohlen werden, nach welcher jede bürgerliche Familie ihren selbst gesäuerten Teig zum Ofen des Bäckers getragen habe.

Alle Handwerker waren darüber einig, das Handwerk habe keinen goldenen Boden mehr und die zum Theil von ihnen angegebenen despotischen Mittel sollten denselben wieder herzustellen. Einzelne Abtheilungen

Digitized by Google

von Gesellen, die noch den 4. Feiertag genossen, zogen zugleich mit verschiedenen Exklamationen durch die Straßen und kurz vor 2 Uhr befand sich ein ansehnlicher Haufe von Personen der arbeitenden Klasse auf dem Markte, die auf tumultuarische Weise gegen zusammengetretene Schützen loszubrechen Miene machten. Ein heruntergekommener Bürger vertheilte ein Brod unter eine Gruppe und meinte, auch hier müßten die Pfänder unter 5 Thaler wie in Berlin zurückgegeben werden. Als man darauf gegen die zusammengetretenen Schützen vorgehen wollte, wurde Generalmarsch geschlagen, jedoch begaben sich die meisten Bürger nicht auf ihren Sammelplatz, sondern auf den Markt, um zu sehen, was los wäre. Ein Haufe von Arbeitern begab sich zu einer Pfandleihe, jedoch zog man sich zurück, als deren Inhaber einiges Geld abgegeben hatte. Benachbarte Bürger schützten darauf die Pfandleihe. Nachdem der Haufe noch einem hiesigen Bürger, der die oben angegebene Brodvertheilung als Mittel zur weiteren Aufregung gerügt, mit Geschrei verfolgt hatte, und mehrere der Hauptschreier arretirt worden waren, verlief sich die Menge. In der Nacht um 11½ Uhr ertönte der Ruf Feuer, es brannte in einem Tapetenladen; jedoch wurde man des Feuers sogleich Herr. Die durch den Oberbürgermeister requirirte Abtheilung Soldaten traf gestern hier ein, und wird dieselbe bis nach Beendigung des Wahltages hier bleiben. Diese Nacht brannte es schon wieder, 2 Häuser wurden vom Feuer verzehrt.

Regenwalde, den 25. April.

Die Wahlumtriebe zum 1. und 8. Mai bieten selbst hier ein interessantes Schauspiel dar. Eine Masse von Flugblättern und Aufsätzen in den Kreisblättern überschütten förmlich unsere Gegend, und man muß sich auf der Straße ordentlich die Taschen zuhalten, damit man nicht ganze Ballen von bedrucktem Papier hineingestopft bekommt. Das Meiste dieser Art ist ohne den geringsten Werth, nur zwei solcher Aufsätze muß ich ausnehmen. Beide stehen sich feindlich gegenüber und repräsentiren am vollständigsten die Parteien, von denen sie ausgegangen sind.

Dasjenige mit der Ueberschrift „Nehmt Euch in Acht" und unterzeichnet E. R. M. schwingt die liberal schwarz-roth-goldene Fahne, wendet sich zuvörderst an die Arbeiterklasse und fordert diese auf, auf ihrer Hut zu sein, sich durch die Machinationen der Reaktionspartei nicht irren zu lassen und zu bedenken, daß es jetzt ihre Schuld sein würde, bliebe ihre Lage im Staate die bisher gedrückte. Der Aufsatz ist in populärer Sprache abgefaßt, körnigen, wenngleich von Einseitigkeit nicht ganz freien Inhaltes und verdient wohl überall beherzigt zu werden. Das andere Flugblatt hat wieder den „berühmten Publicisten" v. Bülow-Cummerow zum Verfasser. Es liefert wiederholt den Beweis, daß dieser Mann von »europäischem Rufe« vielleicht alle Feinheiten der Kabinetspolitik kennen mag, aber das Volk wahr und wahrhaftig nicht kennet, und eben in dieser schmählichen Unkenntniß durch sein Geschreibe mehr aufreizt als beruhigt. Sein Aufsatz trägt klar und deutlich die lebende Todesangst der Besitzaristokratie an der Stirn und das Thaddensche „Menschenfleisch" ist das traurige Gespenst, das ihm seine alten Tage verbittert, und ihn zu Schritten verleitet, die ihn hier um alle erschriebene Popularität bringen müssen. Im Vaterlande gilt der Prophet nichts. Das ist ein altes Sprüchwort voll weiser Wahrheit, und während man sich vielleicht überall durch den liberalen Mantel des Herrn v. Bülow-Cummerow täuschen läßt, bemerkt man hier sehr wohl das Fuchsschwänzlein, welches ihm aus den Falten des Mäntelchen hervorguckt. — Unter dem ancien regime konnte derselbe leicht für liberal gelten, jetzt wo die hemmenden Schranken gefallen sind, muß er in eine ganz andere Kathegorie geworfen werden. Er wirbt um die Stimmen zu dem Frankfurter Mandat Nun dort, wo ein Gervinus, Jordan, Welcker, Blum und andere wirken, würde er gewiß — unschädlich sein.

Welche Angst hier der Landadel vor den sogenannten Litteraten hat, geht sehr deutlich daraus hervor, daß ein sonst sehr achtungswerther Landedelmann sogar einem hiesigen Barbier den Auftrag ertheilt hat, dahin zu wirken, daß ja kein Litterat oder Gelehrter gewählt werde. — Nun, wär' der Gedanke nicht so herzlich dumm, man wär' versucht ihn ganz gescheut zu nennen. — Solch Treiben öffnet aber selbst dem Indifferentesten die Augen, und hier weiß man die dunkeln Pläne solcher Geister sehr wohl zu würdigen.

Stettin.

(Öffentliche Stadtverordnetenversammlung vom 29. April 1848.) Nachdem am 25. April in der öffentlichen Stadtverordneten-Versammlung der Beschluß gefaßt war, zu der neu zu errichtenden Bürgerwehr jeden Schutzverwandten, sofern er durch Bürger als ehrenhaft rekognoscirt wäre, zuzulassen, und ihm die Bewaffnung unentgeldlich zu geben, — ein Prinzip, welches offen aussprach, daß man die Scheidung einerseits der Bürger und Schutzverwandten als veraltet anerkannte, anderseits auch die zwi-

Digitized by Google

schen Armen und Reichen aus der Bürgerwehr entfernt wissen und dem Armen den Eintritt in die Bürgerwehr durch die Kosten die Selbstuniformirung indirekt nicht unmöglich machen wollte, — nach einem solchen, durchaus zeitgemäßen Beschlusse, erhob sich die fieberhafteste Angst in einigen Stadtverordnetenherzen, daß man nun seinen Feinden den Dolch in die Hand gedrückt und alles verloren habe — Diese zitternden Gemüther, welche in der öffentlichen Versammlung, beherrscht von der moralischen Macht des Publikums, nicht gewagt hatten, kleinmüthig zu werden, beantragten daher schleunigst zur nochmaligen Berathung der Sache, eine geheime Sitzung; — Sie fand den 28. April statt, wurde aber glücklicherweise durch den energischen Protest der liberalen Stadtverordneten wieder aufgehoben und auf den 29. April eine 2te öffentliche Sitzung anberaumt. —

Nachdem das projektirte Statut noch einmal vom Kaufmann Meister als Referenten vorgelesen war, und die 2 ersten §§. unverändert angenommen waren, wurde über den §. 3 der Magistratsvorlage, welcher sich dahin ausspricht, daß den Bürgern auch die Feuerwache allein anvertraut werden solle, die Debatte eröffnet.

Von Seiten des Prinzips der Bürgerwehr, den Soldatenstand da, wo es sich um bürgerliche Angelegenheiten allein handelt, entbehrlich zu machen, wurde namentlich von Hrn. Justiz-Komm. Triest und Saunier dafür gesprochen, daß die Bürgerwehr allein wenigstens vorzüglich bei Feuerwache den Dienst zu leisten habe; dagegen waren aus Gründen der Zweckmäßigkeit und dafür, daß dem Militär als dem mehr disciplinirten und schulleren die vorzügliche Sorge der Feuerwache obliegen müsse, die Herren Wiesenthal, Piest und J. Schulz, und der Beschluß ging dahin, daß die Bürgerwehr sich bei entstehendem Feuer dem Militär anschließen solle.

Man kann auf den §., welcher die eigentliche Ursache der heutigen Sitzung war, und hierbei beantragte Hr. Meister, indem er die Versammlung durch die Kosten, welche die Armirung der Stadt machen würde, erschreckte (er gab sie auf 60—80,000 Thlr. an, wofür also, das Gewehr zu 6—8 Thlr. berechnet, 6—8000 Bürger bewaffnet wären) den Eintritt in die Bürgerwehr von der Bezahlung der Equipirung und Armirung abhängen zu lassen. Hr. Gutike wollte dem Bürger, welcher eines Zwangspflicht zum Eintritt in die Bürgerwehr habe, die Bewaffnung unentgeldlich, dem nur berechtigten nicht verpflichteten Schutzverwandten dagegen gegen Bezahlung verabfolgt wissen. War hiermit schon genügend die Absicht, dem Armen den Eintritt durch die Kosten unmöglich zu machen, bevorwortet, so trat nunmehr Kaufm. Hr. Schmidt entschieden damit hervor, daß man übereilt in voriger Sitzung den Zutritt sämmtlicher Schutzverwandten beschlossen, und damit dem feindlichen Proletarier das Schwert in die Hand gedrückt habe. Er wollte daher nur Bürger bewaffnet wissen. Nachdem entschieden über das Bedenkliche einer Volksbewaffnung zumal in jetziger Zeit von Herrn J. Schulz und Piest gesprochen war, wobei besonders der letzte Redner zuerst eine moralische Hebung der Arbeiterklasse durch Heranziehen in die bessere Gesellschaft verlangt, ehe man ihr die Waffen gäbe, verlas Herr Meister ein Anschreiben des konstitutionellen Klubs, worin den Stadtverordneten aus Gründen des Prinzips und der Billigkeit angerathen und sie gebeten waren die Freiheit des Eintritts in die Bürgerwehr nach keiner Seite hin zu beschränken. Hieran knüpfend, beantragte die liberale Partei, namentlich Wiesenthal, Lüderitz und Saunier unbegrenzte Freiheit des Eintritts, namentlich hob Saunier hervor, wie wenig es den jetzt angenommenen Prinzipien des Staats entsprechen würde, wenn man die alten unseligen Trennungen der Bürger wieder hervorrufen würde. —

Hiergegen trat das Stettiner Zeitungs-Prinzip auf, repräsentirt durch Hrn. Effenbart, welcher unter großem Gelächter des Publikums etwas von zu befürchtenden Freischaaren ahnen ließ, (denn was er eigentlich sagen wollte, ist uns nicht klar geworden,) indem er es für unpassend erklärte, daß das Anschreiben des konstitutionellen Klubs hier vorgelesen sei, bemerkte er, die Ideen von Freiheit und Gleichheit, die Hr. Saunier entwickelt, paßten gar nicht hieher (erneutes Gelächter des Publikums). Der Herr Vorsteher wies den Vorwurf, daß das Verlesen des Anschreibens des Klubs unpassend sei, kräftig und schlagend damit zurück, daß alles, was an die Stadtverordneten adressirt sei, auch denselben bekannt gemacht werden müsse. Hr. Eicksen wies darauf nach, daß in Sachsen und Kurhessen gänzliche Freiheit für den Eintritt in die Nationalbewaffnung stattfinde, Justiz-Komm. Zitelmann, daß man sich durch Heranziehen aller Schutzverwandten den Feind zum Freunde mache. Endlich erörterte Hr. Justiz-Komm. Triest in einem längeren Vortrage die ganze Angelegenheit nach allen Seiten, und er war es, der zuerst hervorhob, was uns höchst wichtig erscheint, daß die Ideen der Volksbewaffnung nicht allein das Ruhehalten, sondern darin zugleich ausgesprochen sein, daß das Volk seine Mündigkeit erhalten

Digitized by Google

habe; daher Freiheit des Eintritts, auch für Bürger keine Zwangspflicht; die Ordnung und Ehrenhaftigkeit in der Bürgerwehr könne durch ein Sittengericht mit Strafbefugniß erhalten werden. Hr J. Schulz beantragte darauf, die Bürgerkompagnien um ihre Meinung zu befragen, worüber auch ohne Diskussion sofort abgestimmt wurde Nur durch Trieff's, Wiesenthal's und Sternberg's energisches Auftreten gelang es, die Versammlung von dieser Inkompetenzerklärung, (welche im Publikum mehrfachen Beifall fand) abzubringen, worauf J. Schulz seinen Antrag zurücknog. Die Beschlüsse, welche nun gefaßt wurden, gingen dahin:

1) daß auch Schutzverwandte in die Bürgerwehr aufgenommen werden sollten; (35 Stimmen gegen 23)
2) daß auch für die Bürger keine Zwangspflicht zum Eintritt bestehe. (31 — 26.)
3) daß jeder Wehrmann die Kosten der Armirung selbst tragen müsse. (Nur 3 Stadtverordnete hatten hiergegen gestimmt.)

Wir glauben, daß der Beschluß ad 3 den eigentlichen Werth des ersten Beschlusses gänzlich aufhebt, da er indirekt die unbemittelten vom Eintritt ausschließt. Läßt sich auch nicht leugnen, daß die Ausgabe für die Waffen der Stadtkasse schwer geworden wäre, so wäre es doch unendlich viel werthvoller für die Stadt nicht blos, sondern für den Staat gewesen, wenn man sich durch diese Ausgabe eine Klasse Menschen zu Freunden der Ordnung geschaffen hätte, welche sich jetzt als faktisch unberechtigt und ausgeschlossen bald erkennen wird, und, mögen wir unwahre Propheten sein, leichtlich größere Opfer verlangen und erhalten möchte. — S.

Volksverein Sonnabend den 29. April. Einleitend verlas der Vorsitzende Herr Dr. Scharlau folgenden an den Verein gerichteten Zuruf des konst. Klubs (s. Anlage). Hr. Lüders beantragte mit Erfolg eine entsprechende Gegenadresse. Demnächst berichtete Hr. Hesse über die Stadtverordneten-Debatten desselben Tages, die Wehrverpflichtung und Berechtigung betreffend. Er theilte mit, wie es nur den Bemühungen des Hen. Stadtr. Sternberg (Magistrats-Kommissarius) gelungen sei, einen Beschluß zum Nachtheile der sogen. Schutzverwandten abzuwenden. Eine Petition um Auflösung des Stadtverordneten-Kollegiums wurde als illegal und nicht gerechtfertigt verworfen. — Was Hr. Naumann über die Einkommensteuer vorbrachte, fand Hr. Altvater nicht ganz richtig und den Vorschlag die Papiere der Rentiers stempeln zu lassen, hielt er nicht für ausführbar. In England sei die Angabe Sache der Freiwilligkeit, dieser müsse es überlassen bleiben. Hr. Wiesenthal: die Einkommensteuer könne nur auf der Sittlichkeit des Volkes beruhen. Hr. Naumann brachte die Frage über Gewerbefreiheit aufs Neue in Anregung; er verlange gewrüfte Meister; die „studirten Leute" allein seien es, die Gewerbefreiheit wollten, während der Handwerker sich durch sie beeinträchtigt sehe. Nachdem von den Herren Kfm. Müller, Altvater, Lüders und andern für Gewerbefreiheit, von Hrn. Schulz gegen dieselbe gesprochen, entwickelte Hr Seilermeister Frank: er müsse sich immer und immer gegen Beschränkung der Gewerbefreiheit erklären; gegen das Auftauchen einer großen Konkurrenz könne sich der tüchtige Handwerker schützen, und die schlechte Arbeit richte sich selbst; nicht die Verflichtungen zu Baarzahlungen, noch diejenige, den Arbeiter seiner Stadt den anderer Städte vorzuziehen, könnten den Handwerker schützen, das sicherste Mittel der Arbeiter in sich selbst zu erstarken, sei die Association; man müsse Absatz im Auslande suchen, und die einzige gefährliche Konkurrenz sei die Zuchthausindustrie; sie sei das Verderben vieler Handwerker in Pommern. Kfm. Müller: die Schneider müßten das Geschäft mehr kaufmännisch einrichten, wie es in England der Fall sei. Hr. Altvater: das Handwerk müsse kaufmännisch betrieben werden und allgemeine Wechselfähigkeit eintreten, die auch dem Handwerker Kredit verschaffen werde. In der Association fand er etwas Bedenkliches (?). Hr. Naumann bezweifelt, daß die Handwerker durch Wechselfähigkeit emporkommen würden, da er wenig Kredit finden werde. Hr. Seilermeister Francke: auf die Arbeit müsse ein Vorschuß gegeben werden, deshalb seien Magazine zu errichten. Eine Kommission erhielt den Auftrag, die Angelegenheit der Zuchthaus-Industrie zu bearbeiten.

Den Schluß der Sitzung bildeten Debatten über Vorschläge von Erhöhungen der Branntwein- und Verminderungen der — Malzsteuer. Dr. W.

Werthe Herren und Brüder!

Ein neues Morgenroth ist erschienen. Es gilt den vollen Tag heraufzubringen, es gilt an der Stelle der versunkenen Herrlichkeit eine neue, auf Vernunft und Gerechtigkeit gegründete Ordnung zu verschaffen. Sie haben, werthe Herren, sich die schöne Aufgabe gestellt, durch freie offne Rede von Angesicht zu Angesicht, sich und Andre über Ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger aufzuklären; Sie wollen die großen politischen Wahrheiten unsrer Zeit zum klaren

Digitized by Google

Bewußtsein des Volks erheben, — und Sie haben mit frischem Muth, thätig und hoffnungsvoll Ihr Werk begonnen.

Wir, theure Herren, streben, wiewohl in andrer Form, nach einem gleichen Ziele. Auch wir wollen, daß der Staat wieder ein Gemeingut werden soll, daß die junge Freiheit, die noch mit manchen Gefahren zu kämpfen hat, sich ausbilde und befestige, im Bewußtsein des Volkes.

So vereint uns im Geiste eine und dieselbe gute Sache, lassen Sie uns entschieden und männlich dafür handeln! Nicht mit Groll zurück in die Vergangenheit, vorwärts lassen Sie freudig uns schauen. Die Oeffentlichkeit sei die Lebensluft, in der wir athmen, und volle rücksichtslose Wahrheit das Panier, um das wir mit ächter Deutscher Gesinnung uns schaaren, dem aufgehenden Gestirne das Antlitz zugewendet.

Es drängt uns, Ihnen, werthe Männer des »Volksvereins« einen treu gemeinten Bruder- und Freundesgruß zuzurufen, einen heiteren, fröhlichen »Guenmorgen!« nach dunkler, wolkenschwerer Nacht. Schütteln wir uns die Hände! Der Tag liegt vor uns, wohlan! Stettin, den 27. April 1848.

Der constitutionelle Klub.

Kosmann, O.-L.-G.-Rath Sternberg, Stadtrath. P. J. Stahlberg. Kühne.

(Die Wahlen.) Man erzählt sich Wunderdinge von einer eigenthümlichen Wahlbeherrschung im Luisenbezirk, wo förmlich auf Kommando gewählt ist, indem einzelne Stimmzähler die Namen derer genannt haben, die gewählt werden sollen, z. B. »Jetzt ist Dreyer dran«. Dort soll auch eine Ungesetzlichkeit vorgekommen sein. Das Gesetz bestimmt, daß jeder Stimmzettel, der nicht klar und deutlich einen Wahlmann bezeichnet, als ungültig zurückgelegt werde. Mehr als 200 Stimmzettel enthielten den Namen von Bagenski, ohne genauere Bezeichnung, so daß nicht zu ermitteln, wer von den Herren von Bagenski gemeint sei. Alle diese unklaren Stimmzettel sind gesetzlich ungültig und es war somit derjenige gewählt, der die meisten zweifelfreien Stimmen für sich hatte; statt dessen wurde eine neue Wahl beliebt.

An Eine Wohllöbl. Kommission der Gas-Bau-Werke hierselbst. Aus authentischer Quelle haben wir erfahren, daß eine Wohllöbl. Kommission beabsichtigt, die alten Laternen, welche in der Stadt zur Beleuchtung nicht mehr verwandt werden, der Oberwyck zuzustellen.

Ob Eine Wohllöbl. Kommission von der Ansicht ausgegangen ist, daß diese alten Laternen für die Oberwyck gut genug seien, oder ob Wohldieselbe vielleicht glaubt, daß zu viel Licht der Oberwyck nachtheilig sein dürfte, wissen wir nicht; finden uns aber zu der Erklärung veranlaßt

daß wir bei der gleichmäßigen Belastung mit städtischen Abgaben auf einen gleichmäßigen Antheil an den durch diese Abgaben erzielten Verbesserungen des Gemeingutes der Stadt einen gerechten Antheil zu haben glauben und daß wir

deshalb höflichst bitten

auch in der Oberwyck neue Laternen anbringen zu lassen

Gleichzeitig bitten wir

das ohnehin schlechte, nunmehr durch Einlegung der Gasröhren ganz verdorbene Straßenpflaster ausbessern zu lassen.

Stettin, d. 28. April 1848.

Im besondern Auftrage der Oberwyckschen Bürgerschaft. P. J. Stahlberg. H. Crepin.

Der beklagenswerthe Tumult am Wahltage ist von den Reaktionären und Ultrakonservativen benutzt worden, um einen höchst achtungsvollen Mann, einen Wahlkandidaten der liberalen Partei, den Stadtr. Sternberg auf plumpe Weise zu verdächtigen und in Mißkredit zu bringen. Allen Jesuiten auch den politischen ist jedes Mittel, das zum Ziele führt willkommen und so hat man sich nicht geschämt, die abenteuerlichsten Gerüchte auszusprengen, wie: Sternberg stehe draußen vor der Stadt an der Spitze von 600 Schneidergesellen, mit denen er in die Stadt dringen wolle!!! — Betrübend ist es, daß viele Bürger die ruhige Besonnenheit so sehr verloren, daß sie die plumpe Intrigue gar nicht durchschauen, und absichtlichen Verdächtigungen, handgreiflichen Entstellungen willig ihr Ohr leihen.

Die Herren Wahlmärner Stettins und des Randower Kreises, so weit diese Einladung zu Ihrer Kenntniß gelangt, ersuchen wir hierdurch ergebenst: sich zu einer ersten Vorberathung über die Wahlen Donnerstag, den 4. d. M., Abends 6 Uhr, im Saale der Friedrich-Wilhelms-Schule gefälligst einfinden zu wollen.

Stettin, den 2. Mai 1848.

Wartenberg. von Puttkammer.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin, große Wollweberstraße, Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

Wochenschrift

für öffentliches Leben der deutschen Ostseeländer.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 10.

Sonnabend den 6. Mai.

Inhalt: Die deutsche Flotte. An die Wahlmänner. Unpoetische Betrachtungen. Berichte. Stettine Wahlkandidaten.

Der Wächter wird von jetzt ab wöchentlich viermal: Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend in Stettin ausgegeben.

Die deutsche Flotte.

Die deutsche Nation, wie die freieste so die mächtigste der Christenheit ehe des Volkes Kraft durch Adel, Beamte und Fürsten, vermöge der eindringenden Lehren des römischen Rechts gebrochen, war als auch seefahrende die erste Nation. Die Deutschen an den Gestaden der Ostsee wurden selbst vom Auslande, von den seefahrenden Venetianern als des Seekriegs kundigste Männer gepriesen. Den Ruhm kühner unverzagter Seemänner haben sich die Bewohner der deutschen Ostseeküste bis auf unsere Zeit bewahrt. Unter schwedischer Flagge haben deutsche Schiffer aus Pommern, vom Dars und Zingst, der Heimath eines kühnen Seemännergeschlechts, den Sieg bei Svenskasund mit entschieden. Auf englischen Schiffen haben deutsche Seemänner von den Gestaden der Ostsee ruhmreich bei Trafalgar gefochten. Noch heute leben von den heimgekehrten Seehelden einige „Mariniers" auf dem meklenburgischen Fischlande. — Eine Seemacht wird nicht durch Kabinetsordre geschaffen, sondern durch des Volkes Kraft, in den großen Tagen der Entwickelung der Nationalkraft, des Selbstbewußtseins. Nur Völker, die frei zu sein Muth und Kraft besitzen, werden auf dem Meere mächtig. In dem Kampf um Freiheit und Selbstständigkeit entstand die englische und holländische Kriegsflotte, aus der Handelsflotte wuchs Englands und Hollands Seemacht empor. Auf denn in diesen großen Tagen der Wiedergeburt! Auf ihr kühnen Seemänner, die ihr in des Sturmes Toben gewohnt seid, dem Tode ruhig und besonnen ins Auge zu schauen, die ihr Furcht und Gefahren nicht kennt! Zeigt, daß der alte Muth in der Brust nicht erstorben, daß ihr würdige Söhne tapferer Väter! Habt ihr keine Kriegsschiffe, so nehmt sie, Tod und Gefahren verachtend, wo sie sind! Unvergänglicher Ruhm harrt Eurer und der Dank der gesammten Nation, die Euern Heldenmuth zu preisen, zu belohnen wissen wird.

Digitized by Google

An die Wahlmänner.

Ihr habt eine hohe, ernste, heilige Mission übernommen; Ihr seid von den Urwählern beauftragt des Volkes Vertreter zu wählen. Seid wach! Laßt Euch nicht einreden, es sei nun schon Alles geschehen, die Freiheit sei für immer gesichert. Nein, sie soll erst jetzt durch die von Euch erwählten Vertreter für immer gegen jeden Eingriff gesichert werden. Trauet nicht den Leuten, die sich nicht offen und entschieden mit ganzer Kraft der neuen Ordnung anschließen; trauet den Leuten nicht, welche die Freiheit fürchten, welche eine Reaktion d. h. eine Wiederkehr des alten Polizeistaats wünschen, das Volk um sein Recht und seine Freiheit betrügen möchten, die sich nicht schämen, die nicht müde werden, achtungswerthe, loyal und konstitutionell gesinnte Männer, aufrichtige Freunde der Freiheit und der Rechte des Volks zu verdächtigen, und Ehrenmänner bei dem Volke als „Republikaner" zu brandmarken suchen.

Ihr habt des Volkes Geschick und Zukunft in der Hand. Seid umsichtig und wachsam!

Wählt Niemanden zum Vertreter des Volkes, von dem Ihr Euch nicht überzeugt, daß er die ganze und volle Berechtigung des Volkes, sich nach alt und urdeutschem Brauch seine Gesetze selbst zu geben, anerkannt! Denn wie kann der des Volkes Recht und Freiheit vertreten, der an des Volkes Berechtigung zweifelt, der das Volk zu willenlosen Unterthanen einer von Gott gesetzten Obrigkeit herabwürdigt. Die Lehre von der unbeschränkten Fürstenmacht, vom unbedingten Gehorsam ist eine ausländische Erfindung, die erst mit dem römischem Recht nach Deutschland gekommen. Der Wahlspruch unserer Vorfahren war: „wo wir nicht mitrathen, da wir nicht mitthaten" und bis ins 16. Jahrhundert hinein huldigte man den Fürsten erst dann, wenn sie feierlich des Landes Rechte und Privelegien bestätigt.

Wählt nur mit Vorsicht Beamte, die selten frei denken, unbefangen urtheilen, die so leicht, wie die Erfahrung lehrt, für die Regierung stimmen, selbst wenn deren Maßregeln gegen das Volk und dessen Rechte gerichtet sind. Darum seid vorsichtig in Betreff der Beamten und der Männer, die plötzlich über Nacht ihre Farbe gewechselt und zu den Liberalen übergegangen. Prüfet, ob sie wahre Freunde des Volks oder ob sie nur mit dem Strome schwimmen, um eine Carriere zu machen. Hütet Euch vor der Katheder-, vor der doctrinairen Professorenweisheit.

Wählt keine alte Männer! so ehrwürdig das Alter, so weiß es sich doch selten in die Zeit zu finden, den raschen Pulsschlag der Gegenwart zu würdigen. Unsere Zeit ist eine andere als die, wo jene ehrwürdigen Alten in voller Mannskraft dastanden; erleuchten können jene uns nicht mehr, denn

„Es rufen andre Fahnen und Gedanken
Und andere Götter uns zum Kampf".

Wählt Männer, die offen und frei vor dem Volke hingetreten und gesagt, weß Glaubens sie sind. Laßt Euch dabei nicht durch leere Worte und Redensarten bethören, denn Ihr müßt wissen, wem Ihr Eure Stimme gebt; Ihr müßt wissen, wenn die Wahl nicht ein Griff in den Glückstopf sein soll, wie der Mann, den Ihr zum Vertreter des Volkes erwählt, den Ihr zum Volkswürdenträger ernennt, denkt, wie er handeln, wie er in diesem oder jenem Falle sprechen oder stimmen wird; ob er für ein Ein- oder Zweikammersystem, ob er für direkte oder indirekte Wahlen stimmen wird; ob er an die Souveränität des Volkes glaubt oder nicht; ob er ein Freihändler oder ein Schutzzöllner, ob er für eine auf dem Grundsatz der Beitragsfähigkeit beruhende Einkommensteuer oder für Verzeh-

Digitized by Google

rungssteuern, die des Volkes Mark und Geldbeutel schon aufgezehrt haben. — Wenn Euch Jemand sagt: er würde sich nach den Umständen richten, wie die Gelegenheit es bringt, stimmen, oder: die Regierung werde schon passende Vorschläge in Betreff der Steuern machen, er könne sich darüber jetzt nicht aussprechen, so wählt solche nicht, denn das sind Leute, die mit dem Strome schwimmen wollen, die unter Umständen des Volkes Recht und Freiheit opfern und verrathen würden. Wer Abgeordneter, wer Stellvertreter werden will, der muß auch über die zweckmäßigste Besteurung nachgedacht, sich für ein Prinzip entschieden haben und das Volk will wissen, wie er über die Besteuerung denkt. Wollen die Herren nicht mit der Sprache heraus, dann wählt sie nicht. Das alte Blindekuhspiel muß endlich aufhören.

Laßt Euch nicht von schönen Redensarten und glatten Worten bethören, wählt ehrliche Männer, die Euch nicht betrügen, die sich aber auch nicht von vertrauungsvollen Redensarten einnehmen lassen.

Wählt erprobte und unabhängige Männer von selbstständigem Charakter, denn nur diese, nicht aber politische Wetterfahnen, sind der Ehre würdig, Vertreter des Volkes zu sein — Männer, die ein Herz für das Volk und den Muth haben, die Rechte des Volkes, die Freiheit für Alle geltend zu machen. Dem Volke, der Weltgeschichte seid ihr für Eure Wahlen verantwortlich.

Unpoetische Betrachtungen

bei Durchsicht des mit F. H. G. Gr. unterzeichneten Aufsatzes in Nr. 65 der Stettiner Zeitung vom 3. Mai d. J.

Es giebt einen Vogel mit einem Zopf,
Der schreit beständig Wiedehopf,
Wiedehopf, Wiedehopf! —
Was hat der Vogel dies immer zu schrein? —
Er will in sein altes Nest hinein,
Mit Schwanz und Kopf! —

Da hat er schon viel Jahre lang
Gehauset in hergebrachtem Stank
So süß und dumm;
Da war's so warm und rabenschwarz,
Da kroch für den Schnabel auf faulem Harz
Nahrhaftes Gewürm herum.

Hier lagen Körnchen und dort ein Blatt,
Hier saßen Schneckchen, fett und glatt,
Mistkäferchen auch dabei, —
Das Leben war ihm da keine Qual,
S'ging alles hübsch nach Regel und Zahl; —
O, sel'ge Trödelei! —

Da kam ein Adler in mächtigem Flug,
Der ihm das Nest in Trümmer schlug
Nebst Mus und Brei.
Ins Grüne mußte er da hinein,
In Licht und Luft und Sonnenschein, —
Drob sein Geschrei!

»Ach altes, angestammtes Nest,
Wie ist mir in dir so wohl gewest
So wonniglich,
S'ging Alles so still und gehorsam her
Und stank es auch etwas, ich roch's nicht mehr,
Ich roch — nur mich! —

Dies wilde Leben in Feld und Wald,
Das hole der Teufel nur alsobald,
Der's hergebracht,
Ich will und muß in mein Nest zurück,
In's uralt hergebrachte Glück —
— In Stank und Nacht!« —

Sollt' dieses arme Vögelein
Vielleicht ein kleines Grasmückchen sein? —
Das arme Kind! —
Ihr andern Vögel habt doch Verstand,
Zeigt ihm als liebes Vaterland
Russia geschwind.

Da kann er leben still und wohl,
Schnabeliren alten Sauerkohl
In süßer Ruh;
Da hat er Dunst und Nebel frei
Und allergehorsamste Sclaverei,
Die Knute dazu!

Digitized by Google

Berichte.

Stettin, den 3. Mai.

Herr Herrmann Graßmann beklagte sich in der Nummer 63 der Stettiner Zeitung über Wahlumtriebe, deutet auf Vorgänge in einzelnen Bezirken hin und fordert die Männer „des gemäßigten Fortschrittes" zu größerer Thätigkeit auf, um ihre heilsamen Zwecke durchzusetzen.

Zur Ehre der Wahrheit wollen wir diese Anschuldigung etwas näher betrachten. Aus einem Bezirke z. B. erfährt man Folgendes:

Ein Mann von anerkannt liberaler Richtung, der vor nicht langer Zeit fast ein Opfer jenes lichtscheuen Dämons geworden wäre, welcher sich unter dem heiligen Mantel des Christenthums auch in die Schulanstalten einzuschleichen begann und unsere Jugend schon im Feinen zu vergiften drohte, — dieser Mann, den noch ganz kürzlich die allgemeine Liebe und Achtung der Stadt öffentlich gefeiert hat, — berief mehrere Freunde und Bekannte zusammen, um mit ihnen zu berathen, ob auch in diesem Bezirke, wie es in vielen anderen zur Abkürzung des Wahlgeschäftes bereits geschehen war, eine Vorwahl-Versammlung nützlich erscheine.

Daß der Einberufende zu dieser ersten Berathung nur Freunde und Bekannte einlud, deren politischen Standpunkt er für den seinigen hielt, liegt wohl in der Natur der Sache und wird hoffentlich auch von Herrn Hermann Graßmann nicht können verdächtigt werden.

In dieser ersten Besprechung entschied man sich nun für eine Vorwahl-Versammlung, war aber zugleich einig darüber, daß zu der Versammlung jeder Urwähler ohne Unterschied einzuladen sei und daß zur Feststellung der darin zu beobachtenden Ordnung vorher nochmals ein engerer Kreis sich versammeln möge, in welchem insbesondere auch die Männer einer entgegengesetzten politischen Richtung vertreten sein müßten.

Ein solcher Kreis trat zusammen und die erhebliche Mehrheit desselben bestand anscheinend aus Männern, welche sich zu der Richtung des geachteten Mannes, der sie zusammenberufen hatte, nicht bekennen.

Die Geschäftsordnung wurde beschlossen, die Aufstellung von Wahlkandidaten aber nicht beliebt.

Dies ist die eine Seite der von Herrn Graßmann sogenannten Wahlumtriebe in diesem Bezirke, — die „Graßmannsche **ungemäßigte** Fortschritts-Seite". Betrachten wir nun auch die andere, die tugendhafte „Graßmannsche **gemäßigte** Fortschritts-Seite".

Die Männer, für welche Herr Herrm. Graßmann die Bezeichnung „des gemäßigten Fortschritts" in Anspruch nimmt, hatten sich die Sache viel kürzer und einfacher gemacht. Erweislich eireulirten nehmlich schon die Namen von fünf Kandidaten und sie waren also mit der Hauptsache fertig.

Ob nun diesen Männern des „Graßmannschen gemäßigten Fortschritts" durch eine höhere Eingebung die Namen der fünf Kandidaten übertommen, vielleicht gar von einem hülfreichen Dämon auf ihre Zettel geschrieben sind, — oder ob wirklich auch unter diesen Männern des gemäßigten Fortschritts menschliche Berathungen und Verabredungen vorher stattgefunden haben, — das möge der Entscheidung des Herrn Herrm. Graßmann anheimgestellt bleiben.

In der großen Vorversammlung selbst haben die Männer „des gemäßigten Fortschritts" offen um Stimmen geworben; — bei denen, welche nach ihrer Ansicht nicht orthographisch schreiben konnten, darauf gesehen, daß **ihr** Name auf den Wahlzetteln richtig geschrieben werde; — sie haben ferner diejenigen, welche gar nicht schreiben konnten, mit bereitwilligster Beihülfe die Wahlzettel ganz und insonders auch ihre eigenen Namen darauf geschrieben; — sie haben endlich einer großen Anzahl Anderer anheimgestellt, sich nach diesem Muster gleiche Wahlzettel schreiben zu lassen.

Das Ergebniß dieser „Unthätigkeit, Verzagtheit und unzeitigen Verschönlichkeit", welche Herr Herrm. Graßmann bei der Partei „des gemäßigten Fortschrittes" so wahr und rührend beklagt, — bestand nun in der That darin, daß eine große Menge von Wahlzetteln genau übereinstimmte und daß die hauptsächlichsten Kandidaten der Männer „des gemäßigten Fortschrittes" durchgesetzt waren.

O, tugendhafte, lammfromme Unthätigkeit, die jedenfalls einer Graßmannschen Ansporнung bedarf, um aus ihrem Schlummer zu erwachen?

Was hinterher bei der Wahl selbst in dem einen Bezirke, von dem wir hier sprechen, geschehen ist, wie man sich verabredet und vereinigt hat, wie man über Wahlen, welche an sich gesetzlich gültig waren, hinweggehüpft ist, — ja wie man angeblich sogar auf Kommando hat wählen lassen, — das Alles wird in einem, für die unthätigen, verzagten, nach Versöhnung und Frieden lechzenden Männer „des Graßmannschen gemäßigten

Digitized by Google

Fortschrittes" hoffentlich sehr erfreulichen Lichte bei den Protestationen zur Sprache kommen, welche — wie wir hören — bereits eingelegt sind. —

Bei solcher Sachlage fehlte wirklich nur Eins noch: — nur Eins that noch Noth: — daß nämlich die tugendhaften Männer „des gemäßigten Fortschrittes" ihre eigene Unthätigkeit beklagen und die Gegenpartei der Wahlumtriebe beschuldigen! —

Auch diesem Mangel hat Herr Herrm. Graßmann in dem Eingangs erwähnten Artikel glanzvoll abgeholfen. —

Und jetzt zum Schlusse auch nur noch Eins. —

Herr Herrm. Graßmann beklagt sich in seinem Aufsatze in Nummer 63 der Stettiner Zeitung bitter über die Thätigkeit der Gegenpartei und fordert die Partei seines gemäßigten Fortschrittes, die er als versunken in Trägheit und Schlummer darstellt, zu größter Thätigkeit auf, um ihre Zwecke durchzusetzen.

Ei, — ei — Herr Graßmann; — was also für die Gegenpartei schändlich ist, das ist für die, — wer wollte darin zweifeln, — gewiß sehr tugendhaften Zwecke Ihrer Partei lobenswerth? —

Sollten sie wirklich annehmen, daß der Zweck die Mittel heilige? — doch nein, — wir können sie unmöglich für einen Schüler des Ignaz Loyola halten! —

Du aber, heiliger Ignaz, — blicke, — wo du dich eben befinden magst, — aus dem Himmel oder aus der Hölle segnend auf die Bestrebungen solcher Männer, welche — (in majorem dei gloriam) deine Grundsätze nicht veralten lassen und das sündige, von verruchtem Freiheitsschwindel ergriffene Volk unter die liebliche Vormundschaft des Pfaffenthums unter die heilsame Schulmeisterzuchtruthe und zum blinden, allein selig machenden Gehorsam zurückzuführen nach besten Kräften sich abmühen. x.

(Die Wahl im Luisenbezirk.) Die gemäßigte Fortschrittspartei ist unthätig, sie denkt in ihrer Ehrenhaftigkeit nicht an Wahlumtriebe, aber leider wird sie dadurch das ganze Feld verlieren, denn die Fortschrittspartei à tout prix ist rastlos thätig in Umtrieben, und hat schon die Stimmen für ihre Kandidaten erworben. So ungefähr eifert Herr H. Graßmann, der sich selbst zur gemäßigten Fortschrittspartei zählt, in der Stettiner Zeitung.

Die Wahl im Louisenbezirk mag dies etwas näher beleuchten. Aus der Abstimmung in der Vorversammlung ergab sich, daß die Herren Dreyer, Wilsnach, Lenke die größte Stimmenzahl erhalten hatten; dem Unbefangenen konnte es daher nicht gerade wunderbar vorkommen, daß diese drei Herren in der angegebenen Reihenfolge zu Wahlmännern gewählt wurden. Es folgten in der Vorwahlliste die Hrn. Deplanque, Hasselbach, Zachariae, Petersen, Bierke. Es mußte schon etwas auffallen, als man bemerkte, daß eine große, in sich geschlossene Partei diese Herren sämmtlich überging, auf Herrn Rhades lossteuerte und diesen als Wahlmann durchbrachte. Das größte Erstaunen aber folgte, als nun diese ganze Partei ein unmäßig langes Salto mortale über die nach der Wahlliste nun folgenden Herren Bahr, Picht, Kasten, Schlutow, Wachenbusen, hinweg bis zu Hrn. Pauli machte, von welchem ein Uneingeweihter bisher kein Wort gehört hatte. Wie löst sich dies Räthsel?! Es circulirten im Saale eine große Zahl geschriebener Zettel, worauf nur die Namen der fünf gewählten Herren standen. Es wurde der Name des zu Wählenden ohne Umstände, sogar von einem der verpflichteten Stimmzähler bei Austheilung der Zettel selbst gleichsam als Parole zugerufen. Es waren also unschuldige Wahlumtriebe vorgefallen. Aber von welcher Partei? An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Die politische Farbe der gewählten Herren ist so gut bekannt, wie die der übersprungenen, von Hrn Deplanque wurde sogar gesagt, er sei ein Republikaner!!! —

Es bleibt also die Alternative übrig, entweder hatte der Aufruf des Hrn. Graßmann bei der gemäßigten Partei Anklang gefunden oder Hr. Graßmann hat sich unnütz ereifert und Eulen nach Athen getragen. Oder sollte ein drittes möglich sein, nämlich, daß die gemäßigte Partei hinter dem Schilde der Unthätigkeit in aller Stille operirt hat? Nun mag sich mancher Ehrenmann dagegen ereifern, daß solche Sachen vorkommen, und dies mit der Redlichkeit unverträglich halten. Wir unsrerseits und wir bekennen uns freudig zu der Partei, zu der Hr. Graßmann nicht gehört, halten Wahlumtriebe nicht allein für zulässig, sondern auch durchaus für nöthig. Jedoch sei dies wohl verstanden! Wir billigen nicht solche Wahlumtriebe, wodurch dem Wähler nur ein Name aufgedrängt wird, den er nicht einmal kennt, den er also ohne politischen Sinn aufschreibt, wie ein Papagoy, der auswendig gelernte Wörter herschreit, wir billigen nicht Wahlumtriebe, bei welchen die amtliche Autorität des Umtreibenden benutzt wird, wie z. B. dies bei den Soldaten nicht schwer nachzuweisen sein würde; dies Alles läuft auf Verdummung der Menge hinaus, die noch keinen politischen Sinn hat, da unsre Freiheit noch zu jung ist.

Digitized by Google

Wir glauben aber, daß es Zeit sei für jeden Mann, arm und reich, Partei zu nehmen, entschieden auf einer Seite zu stehen, und sich nicht mehr als Material so simpler und plumper Wahlumtriebe herzugeben.

Dies allein darf der Zweck aller Wahlumtriebe sein, die Unentschiedenen entschieden zu machen, die Unwissenden zu Wissenden, die Energielosen zu Energischen; Partei zu sein galt einst als unehrenhaft; jetzt ist das Umgekehrte eingetreten, der parteilose ist der unpatriotische. Deshalb bearbeitet die Masse, macht aus dem Fleisch Geist, entehrt die Wähler nicht so, daß ihr ihnen bloß Namen vorplappert, sondern gebt ihnen Gelegenheit, die Parteien zu kennen und sich danach zu entscheiden. Dies kann nur die Oeffentlichkeit; wer sich von dieser ausschließt, der zeigt, daß er wünscht, den unbelebten Rohstoff zu konserviren, damit er zu jener plumpen Bearbeitung, wie wir gesehen, brauchbar ist. S.

Eine Vorversammlung der Wahlmänner Stettins und des Randowschen Kreises, die am Donnerstag Abend im Saale der FriedrichWilhelmsschule abgehalten wurde, war eine sehr aufgeregte, ohne sonderliche Resultate. Nach einer unerquicklichen Diskussion zwischen dem Landrath v. Puttkammer und dem Oberbürgermeister Wartenberg, wurden Kandidaten vorgeschlagen, woran in Stettin ein wahrer Ueberfluß, indem Viele in ihrer politischen Unschuld, unbekannt mit den hohen Anforderungen, die man an einen Volksvertreter zu stellen, den ersten besten ihrer Freunde, Vetter und Gevatter vorschlagen und durch Vergrößerung der Kandidatenliste ins Unendliche ein Meisterstück politischer Klugheit zu vollbringen glauben. Nachdem diverse unbekannte Größen und zweideutige politische Charaktere vorgeschlagen, Herr Justizrath Krause viel über Morgen- und Abendröthe gesprochen, auch der »einfache Bürger« Herr Moritz in seiner Weise geredet, ergriff Herr O.L.G.-Rath Rosmann das Wort. Seiner Rede Kraft wirkte so gewaltig und außerordentlich, daß der Hr. Oberbürgermeister auf und — davonging. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, worunter Hr. Hauptmann Pauli sehr freisinnige Ansichten entwickelt haben soll, nachdem Hr. Konsul Gutike die Geduld der Versammlung durch einen langen Vortrag ermüdete, nachdem der politische Unverstand und der Egoismus wieder auf Vertretung von Standes- und Sonderinteressen zurückgekommen, entwickelte der Schuhmachermstr. Hr. Schulz in einem allgemein ansprechenden Vortrage wie jetzt nicht von Vertretung der Sonderinteressen die Rede sein könne. Wir hätten jetzt einen Bau, zu dem wir die Balken aus allen Winkeln zusammentragen, daß man nicht Alles mit einem Male erreichen könne. Jetzt sei zunächst die Verfassung festzustellen, die andern Angelegenheiten würden später abgehandelt werden. Ohne ein Resultat, ohne eine Vereinbarung über die zu wählenden Vertreter ging die Versammlung auseinander. — Beiläufig wollen wir bemerken, daß man in einer andern Vorversammlung, wo drei Abgeordnete und drei Stellvertreter für Berlin vorgeschlagen wurden, sich auf Stettins Bewohner beschränkte, wobei man von der Ansicht ausgegangen scheint, der Randowsche Kreis habe gar keine politische Größe, keine politische Charaktere — eine Taktlosigkeit, die sich leicht strafen dürfte.

(Zuschrift des konstitutionellen Klubs an die Stadtverordneten-Versammlung in Betreff der Bürgerwehr. *)

Hochgeehrte Herren!

Sie wollen, so verlautet es, durch nachträglichen Beschluß die Schutzverwandten dieser Stadt von der Berechtigung zum Eintritt in die Bürgerwehr gänzlich ausschließen. Dem Berufe folgend, welchen der konst. Klub sich gegeben, — wir dürfen ihn als bekannt voraussehen — gestatten wir uns durch diese Vorstellung der obigen Maßnahme entgegenzutreten, weil sie unsers Erachtens die Gerechtigkeit verletzt, weil sie wider das Prinzip der Volksbewaffnung, dieser ersten Frucht der neu erblühenden staatsbürgerlichen Freiheit, verstößt.

Gegen wen will denn die Stadt sich waffnen? Sie will sich waffnen gegen ihre Feinde, die Feinde der Ordnung und der Gesetzlichkeit. Sind das die Schutzverwandten, und sind nur die Bürger im alten Sinne des Worts ihre Freunde? Hochgeehrte Herren! Sie werden das nicht behaupten, Sie werden diesen unglückseligen Unterschied zwischen Bürgerthum und Nichtbürgerthum in demselben Augenblicke, wo sich die Meinung des ganzen Volkes, ja der ganzen civilisirten Welt für die politische Gleichstellung aller Staatsbürger auf das Entschiedenste ausspricht, nicht aufs Neue besiegeln wollen. Sie berufen sich auf die noch bestehende Verfassung der Städte, auf die Geschichte selbst. Aber, hochgeehrte Herren! die Städteordnung ging im Jahre 1808 aus den damaligen Zeitverhältnissen hervor, und der Stand der Volksbil-

*) Verfaßt vom Reg.-Rath Zitelmann, vorgetragen in der öffentlichen Sitzung am 29. April

dung war vor 40 Jahren ein andrer, als er jetzt ist. Und die Geschichte? Nun wohl! sie zeigt uns, daß jene Bevorrechtung des Bürgerthums früherhin noch größer war, aber sie zeigt uns auch, daß das exclusive Bürgerthum wie jede verschlossene Kaste allmählig mehr und mehr den Boden verloren hat, daß es seinem baldigen Falle sicherer entgegen geht, weil es im Bewußtsein des Volks keine Wurzeln mehr findet.

Laden sie nicht den Vorwurf auf sich, daß die ewigen Wahrheiten der Geschichte Ihnen verschlossen geblieben sind. Was wollen Sie thun, hochgeehrte Herren? Sie wollen eine Klasse der Einwohner gegen die andere bewaffnen, Sie wollen die Untersten von der Ehrenpflicht ausschließen, für das Wohl der Stadt, für Recht und Gesetz mit Gut und Blut einzustehen? Das verbietet schon die Klugheit; denn indem Sie einen Feind sich schaffen, wo sie einen Freund gewinnen sollten, beschwören Sie gerade die Gefahr herauf, der Sie begegnen wollen. Sie würden gegen sich den Kampf herausfordern, den das Soldatenthum eben erst zu erleiden gehabt hat, und der Sieg möchte leicht auf Seite derjenigen sein, deren Rechte Sie aus unbegründetem Mißtrauen beschränkten.

Fassen sie den gefürchteten Beschluß nicht, hochgeehrte Herren! und noch mehr, heben Sie auch den wieder auf, zu welchem Sie sich in Ihrer öffentlichen Sitzung am 25. d. M. veranlaßt gesehen haben. Indem Sie den freiwilligen Beitritt zur Bürgerwehr den Schutzverwandten gestatten, dem Bürger aber die Pflicht dazu auferlegen, bestätigen Sie ja wieder jenen unheilvollen Unterschied, sei es offen gesagt: zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse, rufen Sie den tiefen Zwiespalt wach, der die Gesellschaft zu vernichten droht, — und es ist doch die vornehmste Aufgabe unserer Zeit, eben diesen Zwiespalt zu versöhnen, und die bedauerliche Kluft auszufüllen, welche, ein Ueberrest vergangener Zeiten, jene Klassen von einander trennt.

Die Bürgerwehrpflicht, hochgeehrte Herren! darf überhaupt keine Zwangspflicht sein. Die imposante Macht der Bürgerwehr beruht zum größten Theil in dem moralischen Gewicht, welches sie dadurch empfängt, daß in ihr die festgeschlossene Menge aller Gutgesinnten sich darstellt. Der freiwillige Beitritt ist zugleich die Erklärung, daß man Gesetz und geordnete Freiheit will; der gezwungene gewährt diese Sicherheit nicht, und führt vielleicht gerade ihre Widersacher in ihre Reihen. Der Eintritt in die Bürgerwehr muß und wird Ehrensache werden. Nur dann kann sie ihre wahre Bedeutung erlangen, und innerlich und äußerlich eine kräftige und lebendige Wirksamkeit entfalten, nur dann wird die Stadt in den Tagen der Gefahr, keiner fremden Hülfe bedürftig, sich vertrauensvoll und sicher dem Schutze ihrer wohlgesinnten Einwohner übergeben können.

Der konstitutionelle Klub.
(Folgen die Unterschriften.)

(Stettiner Gefängnißbarbarei.) Das Gefängnißwesen hiesiger Stadt hat uns schon öfter zu unerfreulichen Betrachtungen Veranlassung gegeben. Weil der Gefangene in einem unfreien Zustande, um so mehr ist es Pflicht der Presse sich bei Mißhandlungen seiner anzunehmen. Hr. Grünhagen ist auf vage Anschuldigungen hin verhaftet, die Polizei hat sich hier ganz besonders eifrig erwiesen und auf leere Reden einem Staatsbürger seiner Freiheit beraubt. Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß gar kein gesetzlicher Grund zu Hrn. Grünhagens Verhaftung vorliegt. Wenn die Polizei jedem unsinnigen Gerücht, jedem Verläumder Gehör giebt und darauf verhaftet, dann kann jedes Ehrenmannes Freiheit stündlich durch Schurken, Verläumder, faule Tagediebe gefährdet werden. Herr Grünhagen ist nicht nur verhaftet, er ist im Gefängniß barbarisch behandelt. Der Gefängnißinspektor Krohne hat ihn auf eine Maitraze niederwerfen lassen und ihn aus eigener Machtvollkommenheit Bart und Haupthaar kurz abschneiden lassen. Wie soll man diesen Akt der Gewalt, der Barbarei bezeichnen? Ist der Gefangene, ist der nur vorläufig Verhaftete ganz und gar der Willkür des sogenannten Inspektors Preis gegeben?

Anm. Wie wir hören ist der Inspektor seiner Funktionen bereits enthoben.

(Der Gesellenumult). Der Unverstand macht es dem Magistrat, namentlich dem Herrn Oberbürgermeister zum Vorwurf, daß er den Umzug der Gesellen gestattet habe. Wie würde man aber geschrien haben, wenn er ihn untersagt hätte! Dem Magistrat, resp. dem Herrn Oberbürgermeister ist deswegen, weil er den Zug gestattete, durchaus kein Vorwurf zu machen. Er vertraute der Freiheit, der Ordnungsliebe, der guten Gesinnung, den Versprechungen der Gesellen. Daß er hintergangen, daß diese ihr Wort gebrochen, daraus ist dem Magistrat kein Vorwurf zu machen, denn er konnte und mußte den Worten künftiger „Bürger und Meister" Glauben schenken. Er vertraute dem Ehrgefühl künftiger „Bürger und Meister"; daß diese durch Gelderpressungen und Eingriffe in das Eigenthum sich beschimpfen, würden konnte er unmöglich voraussetzen.

Digitized by Google

(Freihandelsverein). Ist denn die Gründung des Stettiner Freihandelsvereins eine bloße Komödie gewesen? Hat er denn gar keine Zeit etwas für seine Zwecke, für die Verbreitung vernünftiger Grundsätze zu thun? Sieht und hört er denn nicht, wie man vor seiner Thür gegen die Freiheit agitirt? wird er denn nicht in dem gegenwärtigen Völker- und Freiheitsfrühling aus seinem langen Winterschlafe erwachen?

Greifswald.

Das Liedekesche Sparsystem soll auf Anregung des Magistrats, dem wir dafür danken, auch hier ins Leben treten. Der „Greif", ein norddeutsches Volksblatt, Wochenschrift, redig. v. Kand. Bartholdi u verl. v. Buchhänd. Th. Kunike (Preis hier vierteljährlich 15 Sgr., auswärt 20 Sgr.) erscheint vom nächsten Sonnabend an und werden Probenummern gratis geliefert. Der Prospektus verspricht alles Mögliche, das Blatt soll entsetzlich vielseitig werden. Ich besorge nur sehr, daß der geringe Umfang des „Greifs" ein Bogen wöchentlich, einer so stark prononcirten, vielseitigen Thätigkeit bedeutende Schwierigkeiten in den Weg legen möchte an die weder Verleger noch Redakteur gedacht zu haben scheinen Ihr Motto scheint aus dem Prolog zu Göthes Faust entlehnt zu sein: „Wer Vieles bringt, wird Allen etwas bringen." Im Publikum meint man allgemein, es werde wohl eine Professoren- und Geheimrathszeitung in verjüngtem Maßstabe werden, welche schwerlich so leicht sich das Zutrauen des Volks erwerben möchte.

So eben fordert eine Bekanntmachung des Magistrats alle männlichen Einwohner auf, sofern sie das 20ste Jahr erreicht und die Ehrenrechte nicht verloren haben, an einer Bürgerwehr sich zu betheiligen, deren Organisirung dem Senator Kanngießer übertragen ist.

Stettiner Wahlkandidaten.

An einem umheimlichen Ort, den wir ungern nennen, in der Stettiner Zeitung, war Prof. Giesebrecht als Abgeordneter für Frankfurt in Vorschlag gebracht. Herr Prof. Giesebrecht der keinen Beruf zum Gesetzmachen in sich fühl, hat diese Ehre auf eine Weise abgelehnt, welche die allgmeine Achtung gegen ihn nur vermehren kann. — Hr. Reg. Assessor Dannappel hat sich durch ein geschickt abgefaßtes, auf die Stimmung der ländlichen Bevölkerung klug berechnetes Manifest, in welchem er Servitutablösungen ꝛc. Einziehung des Kirchen- uud Pfarr-Vermögens zur Gemeindekasse verheißt, den Landgemeinden als Kandidat vorgestellt.

Eine nichtswürdige Intrigue hat auf niederträchtige Weise einen andern Kandidaten, den Stadtr. Sternberg zu verläumden, durch die unsinnigsten Beschuldigungen zu diskreditiren versucht, um seine Wahl unmöglich zu machen. Die Intrigue ist so plump angelegt, daß wenig Scharfblick dazu gehört, sie zu durchschauen. Wir vertrauen den Wahlmännern, daß sie im wogenden Sturm wilder Leidenschaft den Kopf, die ruhige Besonnenheit nicht verlieren, ihre Urtheilskraft nicht gefangen nehmen lassen, Verläumdern kein Gehör schenken werden. Sternberg fallen lassen, weil die Dunkelmänner ihn verketzern, heißt gegen den heiligen Geist der Wahrheit und Gerechtigkeit sündigen.

Unmöglich können wir jeden einlaufenden Brief sofort beantworten; wir bitten unsere geehrten Mitarbeiter unser Schweigen mit überhäuften Arbeiten für die Öffentlichkeit zu entschuldigen, so daß zu Privatkorrespondenzen wenig Zeit bleibt. Namentlich bitten wir die Greifswalder Herren wegen einer Antwort nicht — ungestüm zu werden.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (F. T. Bagmihl) in Stettin,
große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 11.

Dienstag den 9. Mai.

Inhalt: Die Wahlen. Polen. An die Mitglieder des Stettiner Volksvereins. Berichte aus Berlin, Greifswald, Bublitz, Stettin. An unsere Abonnenten.

Der Wächter wird von jetzt ab wöchentlich viermal: Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend in Stettin ausgegeben.

Die Wahlen.

Angst und Schrecken gehen durch die Welt, weil so viele Tagelöhner, ja Nachtwächter und Lumpensammler Wahlmänner geworden! Die Freiheit taugt nichts; schon ruft man, in dem Wahne die Bürgertugend sitze im Geldbeutel, nach einem Census, damit nur Leute mitreden können, die etwas haben. Rührend sind die Klagen der Gutsherren, die ihr Herz in den Börs. Nachr. ausschütten. Die Presse ist natürlich an dem Unglück, daß die Gutsherren durchgefallen, allein Schuld; sie hat „das Vertrauen der Dorfseinwohner zu ihren Gutsherren" untergraben. Knebelt sie wieder!

Indeß muß das Vertrauen denn doch nicht so gar groß gewesen sein, wenn ein Blättchen Papier es vernichten kann. Ob die Wahlen überall so ausgefallen, wie in denjenigen Landestheilen, wo der große Grundbesitz, in seinem Gefolge ein Heer Besitzloser, vorwiegt, ist noch nicht entschieden. In Münster sind freilich viel Geistliche gewählt, in Krefeld hat Beckerath wenig Aussicht gewählt zu werden, aber das fast ganz katholische Düsseldorf wird wahrscheinlich einen Protestanten und einen Juden wählen. In Trier hat die Volkspartei einen entschiedenen Sieg erfochten. „Das Volk, versichert die Triersche Ztg., hat sich ein glänzendes Zeugniß seiner Reife zur Betheiligung am staatlichen Leben ausgestellte"*).

Darf es überraschen, daß da Tagelöhner gewählt, wo sie die Majorität bilden und ist das Unglück so groß, daß man Zeter und Wehe über das Wahlgesetz schreien muß? — Unstreitig sind viele Guts- und Polizeiherren wahre Väter ihrer Untergebenen, ihrer „Unterthanen" gewesen, aufrichtig für das leibliche und geistige Wohl ihrer Untergebenen besorgt. Aber die Besten von ihnen sagten doch gar häufig zu ihren Leuten: Ihr müßt selig werden, oder der Teufel soll Euch holen, d. h. Ihr müßt glücklich werden auf die von mir, euerm Herrn erfundene und vorgeschriebene Weise. Graf Schlieffen-Sandow z. B. zwingt seine Leute (natürlich

*) Nur in einem Wahlbezirk ist in Trier die Ordnung gestört worden; dort bestand die große Mehrzahl der Urwähler aus — Militär. „Hr. Heis, erzählt die Trier'sche Ztg., der eben im Begriff stand, die meisten Stimmen als Wahlmann zu erhalten, ist von Ulanen-, Infanterie- und Artillerie-Unteroffizieren auf brutale Weise aus dem Wahllokale entfernt worden. Gemeine Soldaten, Infanteristen, Ulanen und Artilleristen führten Hrn. Heis im Triumph wieder in die Versammlung zurück, und bewiesen so, daß wenigstens sie die Wahlfreiheit und die Gesinnung zu achten verstehen."

Digitized by Google

in beſter Abſicht) zu ſparen; er dekretirt für ſeine Leute aus gutsherrlicher Machtvollkommenheit einen — Sparzwang. Als geborne Polizei- und Gerichtsherren, vielfach bevorrechtet, durch Bildung und Wohlſtand bevorzugt, betrachteten ſich die Gutsherren hoch erhaben über das gemeine Volk, als deſſen natürliche Vormünder und „gnädige Herren". Eine gleiche Berechtigung Aller wieſen ſelbſt diejenigen, die ihren Rotteck geleſen und deshalb ſehr liberale Männer waren, mit Entrüſtung und als unmöglich zurück. Die gleiche Berechtigung iſt da, das Volk iſt mündig geworden und es fühlt ſich mündig, es glaubt durch Männer aus ſeiner Mitte ſeine Intereſſen beſſer geſichert, als durch ſeine bisherigen Vormünder und Herren. Ob das gerade „nur Wahlen der Rohheit", wie in den Börſ. Nachr. zu leſen, iſt denn doch noch zu bezweifeln.

Dabei und dies iſt nicht zu überſehen, weil es uns einen tiefen Blick eröffnet in unſere von Landräthen geführte Kreisverwaltung, von Landräthen die durch Gutsherren aus Gutsherren gewählt ſind, ſollen viele Urwahlen ungeſetzlich ſein. „In vielen Kreiſen, leſen wir in den B. N. iſt bei Zuſammenlegungen nicht die Vollzahl erreicht. Namentlich in den Dominien nicht. Man hat geglaubt konſervativere Wahlen zu bekommen. Jetzt rächt ſich, daß man, wo bäuerliche Grundbeſitzer ſich fanden, die Wahlbezirke bis zu 800 Seelen zuſammenlegte, um ihnen auch nur einen Wahlmann zuzugeſtehen, in den Dominien ſich aber mit 300 und 400 Seelen begnügte, um ihnen einen Wahlmann widergeſetzlich zuzuwenden", in der Vorausſetzung, daß die Unterthanen den „gnädigen Herrn" wählen würden. Das war ein Irrthum, denn „das Vertrauen zu den Gutsherren iſt in ſeinen Grundfeſten erſchüttert worden" — durch ein Stück Papier, durch die Worte: „wählet nicht Euern Gutsherrn oder Pfarrer." Unzweifelhaft iſt das Vertrauen ſehr ſchwach geweſen, jedenfalls wird es größer werden, wenn die Gutsherren den „gnädigen Herrn" ausziehen, wenn ſie, nicht mehr Vormünder des „gemeinen Mannes", ſondern dieſen als gleichberechtigt, frei und dispoſitionsfähig anerkennen, wenn ſie nicht mehr geſetzlich bevorrechtet, wenn die Gleichheit vor dem Geſetz eine Wahrheit geworden.

Uns erſcheint die Zukunft noch nicht ſo dunkel. Eine Verſammlung von Wahlmännern vorzugsweiſe aus der gefürchteten Tagelöhnerkaſte, die in Tantow abgehalten, hat bewieſen, daß dieſe Männer der geſunden Vernunft keineswegs unzugänglich. Verbannen wir Furcht und Mißtrauen, treten wir den weniger gebildeten, den beſitzloſen Klaſſen offen und mit Vertrauen entgegen, denn Vertrauen erweckt Vertrauen. Wirken wir vor Allem für Bildung, für geiſtige und ſittliche Erhebung des Volkes; betrachten wir uns nicht als deſſen wohlmeinende Väter und Vormünder, zeigen wir uns als aufrichtige Freunde, des gleichberechtigten Volks, der Freiheit, der gleichen Berechtigung Aller.

Polen.

Faedrelandet meint, wenn Dänemark nur noch eine Weile ausharre, werde die Hülfe nicht ausbleiben. Woher anders kann die Hülfe, auf die Faedrelandet rechnet, kommen, als aus dem Oſten. Unterdeß liegen ſich Deutſche und Polen, in Folge des Zauberſyſtems, in Poſen in den Haaren, ſtatt gemeinſchaftlich gegen die Barbaren des Oſtens zu kämpfen. Der Krieg mit Rußland iſt über kurz oder lang unvermeidlich. Den Ruſſen gegenüber iſt Geſchwindigkeit die Hauptſache. Wir aber laſſen ihnen Zeit Streitkräfte zu ſammeln, aus fernen Gegenden heranziehen. Wollen wir etwa einen Winterfeldzug gegen Rußland unternehmen? Die

Digitized by Google

alte ächt deutsche Unentschlossenheit und Langsamkeit wird uns auch hier Unheil bringen, denn die Lösung der Polenfrage duldet keinen Aufschub.

Polen muß wiederhergestellt werden, nicht das Polen von 1772 sondern das Polen, das polnisch spricht und polnisch sein will, wo die Bevölkerung polnisch spricht und sich für ein selbstständiges Polenreich erklärt. Der Polen Feind ist auch unser Feind, der Feind unsers Handels, unserer Bildung, unserer Freiheit. Die ehrliche Politik ist die allein nützliche, denn der Gewinn ist unberechenbar, wenn wir ein freies Polen zwischen Rußland und Deutschland stellen, wenn wir dem stockenden Handel und unserer gedrückten Industrie das, was sie bedarf, was sie verlangt, einen neuen nnd unermeßlichen Absatz in die großen Räume des Polenreichs verschaffen. Aber es handelt sich um ein Höheres, um die Gerechtigkeit, es gilt ein altes Unrecht, die Sünden der Väter wieder gut zu machen. — Der Kampf mit Rußland ist unvermeidlich, je länger wir ihn hinausschieben, desto länger leiden wir unter dem statusquo und verlieren die Sympathie — der Polen mehr und mehr.

Dies war unsere Ansicht der Dinge vor acht Tagen; der Abdruck dieser Zeilen wurde verhindert, da die Wahlen den beschränkten Raum und unsere Zeit in Anspruch nahmen. Unterdeß haben die Zustände in Posen sich wesentlich verschlimmert, offener Bürgerkrieg ist entbrannt — nicht ohne der Minister Schuld. Deutschland weckte in den Polen Hoffnungen; unverhohlen sympathisirte und fraternisirte man im Rausche der Befreiung mit den Polen. Zu den Waffen! rief man den Polen zu, die Stunde Eurer Befreiung hat geschlagen, das Deutsche Volk wird das Unrecht, das an Euch begangen, sühnen. Tausende folgten dem Rufe, mitten ungehindert durch das verbrüderte Deutschland herbei zu des Vaterlandes Befreiung. Plötzlich ändert sich die Scene, die Unentschlossenheit der Minister hat Alles verdorben, einen Freund und Bundesgenossen in einen Feind verwandelt — aus Furcht vor Rußland, „weil man in den hohen und höchsten Kreisen eine blinde und sinnlose Furcht vor Rußland hegt."

Wir haben immer und schon früher — ausgehend von dem Grundsatze, daß im Interesse unseres Wohlstandes, im Interesse der Civilisation unsere Grenze nach Osten offen werden müsse dem Handel und dem freien Verkehr, offen den Ideen der Freiheit und der Civilisation, offen der Wahrheit und der Humanität — aus Gründen der Klugheit, der Nützlichkeit, der Humanität und der Gerechtigkeit, aus Gründen der Moral und der Politik für Wiederherstellung eines freien und selbstständigen Polen uns erklärt. Was wir seit Jahren gehofft, gewünscht, ersehnt was unser, des deutschen Volkes, insonderheit der deutschen Ostseeprovinzen eigenes Interesse gebot, schien erfüllt; die Stunde der Befreiung Polens schien geschlagen zu haben. — Wir haben uns geirrt. Unsere Minister, anerkannte Ehrenmänner, tüchtige Geschäftsmänner, wackere Führer einer freisinnigen Opposition sind keine Staatsmänner mit großartigem politischen Blick. Wir bezweifeln nicht, daß die Minister der freien Entwickelung aufrichtig ergebene Ehrenmänner, aber wir bestreiten, daß sie die Gefahren, die unserer Freiheit aus der Behandlung der Polenfrage erwachsen, richtig erkannt. Wir sind mit der „Reform" einverstanden, wenn sie sagt: „Leider fehlt es unsern Staatsmännern entschieden an hoher politischer Einsicht, an Genie und Energie. Sonst hätten sie längst begriffen, daß die polnische Frage von **brennender Dringlichkeit** ist; sie hätten einsehen müssen, daß Rußland Anstalten trifft, Polen unter der Fahne des Panslavismus zu fanatisiren. Rußlands friedliche Miene, Rußlands militärische Unbeholfenheit, Rußlands feine Politik, Alles spricht dafür. Endlich werden wir uns entscheiden müssen zwischen der „heiligen Allianz", die in der That noch heute be-

Digitized by Google

steht, und der französischen Völkerverbrüderung, welche die Hoffnung unserer Zukunft ist. Polens Vernichtung oder Polens Auferstehung ist das Schiboleth jenes oder dieses Bündnisses. Die Nationalitätsfrage unserer Zeit ist die Frage des Volksthums und der Freiheit überhaupt. Darum kann Polen nur auferstehen als Demokratie und durch unsere Demokratie; und wir können nicht frei werden, so lange wir noch Unterdrücker sind!"

Wollen wir frei und der Freiheit würdig sein, so müssen wir vor Allem gerecht sein. Dem freien deutschen Volke, das in Schleswig das deutsche Element gegen dänische Eingriffe schützt, ziemt es nicht Italien zu knechten, Polen zu unterdrücken und im Dienst der „heiligen Allianz" gegen Frankreich zu marschiren.

An die Mitglieder des Stettiner Volksvereins.

Ob wir bürgerliche Kleider tragen
Ob uns schmücken Stern und Ordensband,
Rothe, blaue oder gelbe Kragen
Ob uns Degen oder Stock bekannt;
Ob wir uns mit Scheer und Pfriemen plagen —
Was da sei auch immer unser Stand:
Das thut nichts dazu — der Kern alleine
Nicht die Schaale gilt im Volksvereine!

Ob wir Fürsten, Pöbel oder Bauern
Ob wir Herr, ob Diener oder Knecht,
Ob wir hinter goldtapzierten Mauern
Oder in der Hütte klein und schlecht
Vom Kap'tale zehren, ob vom sauern
Schweiße, wie's ein Gott uns auferlegt:
Das thut nichts — uns gilt nicht Rang noch Titel —
Nur der „Mensch" — und trägt er auch den Kittel!

Ob wir Christen oder Juden heißen
Ob wir Lutheraner oder nicht —
Das thut nichts — wie wir den Schöpfer preisen
Handeln wir nur treu nach Recht und Pflicht!
Weg mit Frömmeln, weg mit Heucheln, Gleißen!
Brav und ehrlich — Wahrheit im Gesicht —!
Das thut viel — nicht unser Glauben, Beten,
Unser Thun allein kann von uns reden!

Ob wir für die Welt was Tücht'ges schaffen
Ob wir rüstig etwas Neues bau'n
Und nicht träumerisch blos die Welt begaffen
Das gewohnte Alte nur verdau'n;
Ob wir Kraft und Muth zusammenraffen
Blindlings uns dem Zufall nur vertrau'n;
Das thut viel dazu — nicht hohle Träume,
Nur die Thaten treiben frische Keime!

Ob geschäftig wir die Arme renken
Unermüdlich ohne Rast und Ruh,
Ob wir unsern Geist dem Lichte lenken
Und der Wahrheit und dem Rechte zu,
Nicht, des freien Mann's unwürdig, denken:
„Gott wird's geben — schlaf' o schlafe Du!" —
Das thut viel — da blüht der Freiheit Segen
Wo sich Kopf und Hände freudig regen!

Drum ihr Bürger alle und ihr Brüder
Thun wir denn dazu nach rechter Art,
Alle eines Bundes enge Glieder
Bau'n wir denn am Bau der Gegenwart!
Und des großen Werkes große Hüter:
Freiheit sei's mit dem Gesetz gepaart!
„Freiheit und Gesetz" — das nur alleine
Sei der Wahlspruch in dem Volksvereine!

H. Keil.

Berichte.

Berlin.

Hier ist ein „deutsches Committee zur Wiederherstellung Polens" gebildet, das unter dem Titel: „Freischaar für Polen" ein zweimal wöchentlich erscheinendes Organ mit dem Motto: Noch ist Polen nicht verloren! sich geschaffen. In demselben heißt es: „Das preuß. Kabinet ist dem von den Kaisern von Oesterreich und Rußland abgeschlossenen Schutzbündniß, worin sich diese beide Monarchen den Besitz der ihnen gegenwärtig angehörenden Länder- und Volkstheile zusichern, nicht beigetreten. Der europäische Krieg ist unvermeidlich. Der Krieg zwischen Frankreich und Rußland ist jetzt nicht mehr zu vermeiden, nachdem Lamartine den zurückgewiesenen Polen erklärt, daß es Frankreichs Wille, Polen wieder herzustellen. Was kann Deutschland jetzt thun? Gestattet es den Franzosen den Durchzug nicht so hat es entschieden Krieg mit Frankreich, Rußland zum Bundesgenossen. Die heilige Allianz ist her-

Digitized by Google

gestellt, das russische Reich hart an die deutsche Grenze vorgerückt, Deutschland der Kriegsschauplatz und seine Zukunft in der Gnade des Siegers." Was kann Deutschland jetzt thun? Es darf sich die Ehre: **Wiederhersteller Polens** zu heißen, nicht durch Frankreich rauben lassen, es muß Frankreich zuvorkommen. Das ist der einzige, der deutschen Nation, der Civilisation und der Freiheit würdige Weg

Greifswald.

Eine freiwillige Bürgerwehr organisirt sich, in welche jeder über 20 J. alte Einwohner, der die Ehrenrechte nicht verloren hat, eintreten kann. Da wir eben keine „Fanatiker der Ruhe" sind, so freuen wir uns recht innig über das rege öffentliche Leben und den lebhaften Sinn für volksthümliche und staatliche Entwickelung, welcher sich hier in der letzten Zeit durch Gründung verschiedener Vereine an den Tag gelegt hat. Mögen sie eine recht segensreiche Wirksamkeit haben, und namentlich jetzt zu einem erwünschten Ausfall der Wahlen durch allgemeine Verständigung das Ihrige beitragen. — Der „constitutionelle Klub" hieselbst zählt gegenwärtig etwa 250 Mitglieder. Er hielt am 15ten d. M. seine erste öffentliche Sitzung, nachdem in zwei vorbereitenden Sitzungen die Statuten berathen und die nöthigen Beamten erwählt waren. Mitglied wird Jeder, welcher die Statuten unterzeichnet; der Beitrag jedes Mitgliedes zur Deckung der nothwendigen Kosten beträgt monatlich 2½ Sgr.; Zuhörer erhalten unentgeltlich Eintrittskarten, so weit der Raum es gestattet.— Die erste Thätigkeit des Clubs nach außen hin bestand auf den Vorschlag des Geh. Raths Beseler in Erhöhung einer Subscription zur Unterstützung der von hier nach Schleswig abgegangenen Freischaar, wobei man rasch zu einem erfreulichen Resultat gelangte. In der ersten öffentlichen Sitzung hielt der Sprecher einen ausführlichen Vortrag 1) über das provisorische Gesetz wegen Aufhebung der Mahlsteuer in den Städten, und 2) über Preußens jetzige finanzielle Lage. Es kam dabei natürlich auch die Einkommensteuer zur Sprache. Die Discussion über diese Gegenstände wurde in der zweiten Sitzung am 19ten fortgesetzt, in welcher nach Beendigung jener der Geh. Rath Beseler in einem Vortrage über die verschiedenen Staatsformen und die constitutionelle Monarchie insbesondere die letzere Staatsverfassung als die germanischer Sitte und Gesinnung von alters her entsprechendst nachwies. — In der letzten Sitzung am 26sten machte der Ober-Landes-Gerichts Rath von Mühlenfels einige interessante Mittheilungen über seine kürzlich gemachten Reisen nach Frankfurt a. M. und Straßburg, woselbst er mit Herwegh zusammengekommen, der zu seinem Vorhaben, mit bewaffneter Hand die Grenze Deutschlands zu überschreiten, durch falsche Nachrichten und Vorstellungen von den Zuständen im Vaterlande verleitet worden. — Es wurde ferner von demselben Redner die Sicherung unserer Küsten in dem gegenwärtigen Kriege mit Dänemark besprochen und stellte er als das geeignetste Mittel hiezu die schleunige Erbauung von Kanonenschaluppen hin, eine Idee, die schon bei vielen sachkundigen und zum Theil sehr hochgestellten Personen lebhaften Anklang gefunden. Es bildete sich im Klub sofort eine Commission zu weiterer Betreibung der Sache, und wurde beschlossen, sowohl eine Aufforderung zu patriotischen Beiträgen für diesen Zweck ergehen zu lassen, als auch im Klub selbst eine Subscription dafür zu eröffnen. Hierauf wurde über die bevorstehenden Wahlen verhandelt und es wurden einige dahin gehörige praktische Fragen erörtert. — Von dem „Volksverein" und dem „Bürgerverein" hieselbst hoffen wir unsern Lesern nächstens nähere Nachrichten geben zu können. —

(Greif.)

♂ Greifswald, den 3. Mai.

„Wo sind wir denn? Wir sind da angekommen,
Wo wir einst abgestoßen von dem Strand."

Abschied v. Rhein. Zeitung, März 1843.

♂ Wäre es denn wahr, daß das Schiff der Revolution, welches die stürmische Märznacht hinausgetrieben in die wogende See, mit vollen Segeln zurücklenkt in den Hafen, wo es so lange Jahre an schweren Ueberketten angeschmiedet lag? Das Bild ist trübe, seine Umrisse haben sich mit Schmerz in unsere Seele eingezeichnet, aber wir waren dabei im Zustande des klarsten Wachens, nicht gedrückt vom Alp gespenstischer Träume. Die Nacht ging zu Ende, ein glühender Morgenstrahl erhellte unsere Welt, wir harrten des schönsten Tages — nun ist er grau und düster, denn Massen von Wolken stiegen auf und verhüllen die Sonne der Freiheit. Welch eine günstige Beleuchtung für all die Halbheit und Mittelmäßigkeit, den Hochmuth und Unverstand, die Unwissenheit und Schwachheit, die Heuchelei und Schlechtigkeit, die sich nun breit machen in deutschen Landen! Wie ist es, ihr Herren, habt ihr nicht auch ein Plätzchen für uns, von dem aus man euch abkonterfeien kann? da hier einige Striche zu Federzeichnungen aus dieser Stadt, so gut sie sich eben machen ließen in dem Gedränge und Getöse und bei dem schlechten, zweifelhaften Lichte. — Die Hand zittert uns nicht, wenn sie zuerst nieder-

Digitized by Google

schreibt das Bedauern und die Entrüstung über den hiesigen Geist und die hiesigen Zustände. Wir hatten einen Augenblick bessere Hoffnungen gehabt, aber es ist Greifswald eben nur das Spiegelbild der Misere (ein unvergleichliches Wort!) die jetzt die Oberfläche unserer ganzen deutschen Welt einnimmt. Auch hier das ungeschwächte Erbtheil der vergangenen Schmach: diese Philisterhaftigkeit und Verkommenheit, dieser Hochmuth der Bourgeoisie; Dünkel, Einfalt und Engherzigkeit der Gelehrtenkaste. Nichtbeachtung oder Zurückweisung des geistig furchtbar vernachlässigten, aber drängenden Volkes; vorhandene aber zerstreute Keime zu besseren Gestalten und Gestaltungen. Sehen wir uns um in dieser schönen Gegend! — Der Höhenmesser unserer politischen Bildung ist der „konstitutionelle Klub" Er bietet alle Schattirungen dar: alte Sünder, ergraut in der vernichteten Knechtung; junge, entschiedene Männer, die, vereinzelt wie jene, sich herausarbeiten müssen aus dem traurigen Gemisch von Halbheit, Schwäche und Dünkel, welche den Schwerpunkt des konst. Klubs bilden. Die hervorragendsten Persönlichkeiten sind einige Beamte und Professoren, Leute, „welche die Unfreiheit in ein System gebracht haben." Doktrinäre, Genossen der Hofräthe in Heidelberg. Ehrenwerthe und liebenswürdige Persönlichkeit der Einzelnen kümmert uns nicht, hier, wo man des ganzen Mannes bedarf. Zu den Füßen der hohen Meister sitzt mit verklärtem Gesicht die „erbgesessene" Philisterschaft. Man trägt Eulen nach Athen. Ein großer Nationalökonom beweist in langer, sehr langer Rede die Vortrefflichkeit der Schlacht- und Mahlsteuer. Der berühmte Germanist Beseler will über Republik und Monarchie sprechen, gedenkt aber jener kaum und empfiehlt warm die konstitutionelle Monarchie Englands; die Freiheit ist etwas rein Germanisches, von den Romanen haben wir nur den Despotismus erhalten. »Allons enfans de la patrie!« ist kein Ton da für diese neue Franzosenfresserei? — In der Bürgerschaft viel schlummernde Kräfte, was aber jetzt zur Erscheinung kommt, ist zum großen Theil das getreue Abbild der Lächerlichkeiten Berlins und anderer Hauptsitze der Bourgeoisie. Auch an Rohheiten fehlt es nicht, so wenig gegen das niedere Volk, das man mit Ehrlichkeit und Umsicht so leicht leiten könnte, wie gegen Studirende, die, verlassen von den hohen Herren und ihrer Weisheit, allein bei dem Volke stehen bleiben, das sich nun einmal versammeln und hören will. Verband sich nun zuerst bei Einzelnen der entschiedene Wille mit der Kraft und dem Geiste, Einfluß auf die Volksversammlungen zu üben, wie dies bei den Herren von der Rahmer und Imandt, die nach Schleswig zogen, der Fall war, so fehlte bei einigen jüngeren Studirenden, die nach ihnen ihren Eifer für die Sache bekundeten, jener Wille entschieden nicht und wenn ihnen ein Vorwurf gemacht werden konnte, so war es der eines Mangels an nöthigen Takte und unerläßlicher Umsicht, die aber am allerwenigsten Menschen besitzen, welche Verläumdungen und Rohheiten als Waffen schärfen gegen Ansichten, die ihrer Beschränktheit und ihrer Selbstsucht allerdings feindlich entgegenstehen. Findet doch selbst die Abschaffung der alten, einfach gesagt sehr schlechten Stadtverfassung noch viele Gegner und die Partei der in dieser Beziehung entschieden Fortschreitenden, bei der ein sehr strebsamer und braver Mann, der Bäckermeister Wallis, die erste Stelle einnimmt, hat viele und harte Kämpfe, um der Städteordnung von 1808, die immer die Grundlage aller Gemeindeverfassungen bleiben wird, Eingang zu verschaffen. — Ueber die Bürgerwehr, über den neubegründeten Volksverein halten wir unser Urtheil noch zurück, ebenso über die ersten Erzeugnisse unserer Greifswalder publicistischen Litteratur, deren eines: „der Greif, ein norddeutsches Volksblatt" uns nur in der ersten Nummer vorliegt, das andere, eine Flugschrift von dem hiesigen Herrn Advokaten Lenz, eben erst ausgegeben wurde. „Der Greif" scheint eine Art Organ des konstitutionellen Klubs werden zu wollen, die Flugschrift ist im Geiste der reinsten Demokratie verfaßt. Sie wird viel Widerspruch finden bei unseren konstitutionellen Ministerkandidaten, „Kaisernarren", künftigen liberalen Schönrednern in der ersten oder zweiten Kammer und bei ihrem großen Schweif, für welche Art Leute eine goldene Zeit hervorzubrechen scheint, nachdem es sich wohl entschieden hat, daß unser März nur ein Juli war Und England, das Vorbild einer konstitutionellen Monarchie, es lebt ja noch; mit Pathos verkündete neulich der Geheime-Rath Beseler, daß sich 150,000 freie Engländer als Konstabler hätten einschreiben lassen, um dem Unfug der Chartisten entgegenzutreten. Aber „die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit" — und jene Engländer wissen es sicher recht wohl, daß es nicht die „Freiheit für Alle" ist, die sie nach dem weißen Stabe greifen läßt.

Bublitz.

Die Aufrufe des konst. Clubs sind vertheilt und wird ihre höchst angemessene Fassung nicht ohne Erfolg sein. Man ist seit wenigen Tagen hier am Orte und ringsum empfänglicher geworden, es haben sich Parteien ge-

Digitized by Google

bildet, die alte und die neue Zeit treten sich in Gesinnung, Wort und That entschieden gegenüber, und, mit inniger Freude sage ich es: die neue Zeit gewinnt in Bublitz und Umgegend täglich, stündlich mehr Terrain. Es hat sich nach einigen Ruheübrungen hier ein Sicherheitsverein gebildet, und den wegen der Sammlung für die Hinterbliebenen der Berliner Märzkämpfer bedrohten O.-L.-G.-Assessor Wiesner zum Anführer gewählt. Am 25sten April; Morgens fand auf dem bei der Stadt gelegenen Burgwalle eine Volksversammlung statt in welcher drei Redner, der hiesige Dr. Pachur, der Zimmermeister Tragnitz und der Assessor Wiesner das Volk — gewiß 400 Köpfe und drüber — über die Unterschiede der Vergangenheit und Gegenwart, namentlich über die Urwahlen und die Pflichten der Urwähler zu belehren suchten. Beifall begleitete die Redner. Seitdem haben täglich in der Stadt an verschiedenen Orten kleinere Versammlungen stattgefunden. Die Reaction macht sich in Schimpfreden, Drohungen und dergleichen Luft, ein schwarzes Brett bei unserm Kirchengebäude dient als Pasquino. Die Stimmung ist entschieden gegen die Geistlichkeit, mit richtigem Takt auch gegen Beamte und leider aus Vorurtheil gegen Juden. Wenn die ersten Wahlen auch wirklich nicht ganz zufriedenstellend ausfallen sollten, so verspreche ich mir doch von der Zukunft mehr, falls das Publikum auf dem neubetretenen Pfade fortschreitet. ✕

Stettin.

Die zweite Vorversammlung der Wahlmänner Stettins und des Randowschen Kreises, am Sonntage im Saale der Friedrich Wilhelms Schule abgehalten, war schon durch die vollständige Vertretung des Kreises imposanter als die erste und befriedigte durch die durchgehends würdevolle Haltung in hohem Grade, wenn sie auch kein bestimmtes Resultat erzielte. — Es wurden zu Kandidaten vorgeschlagen: die Herren Louis Fretzdorff, Prof. Giesebrecht, J.-K. Triest, Landrath v. Köller, Banquier Wiesenthal, Syndikus Gierke, Reg.-Rath Zitelmann, Eisenbahndirektor Zenke, Graf Schwerin, Rittergutsbesitzer Rodbertus, Kaufmann Brumm und Wundermann aus Garz. — Hr Kfm. Stahlberg begrüßte die Kreismänner, dankte ihnen für ihr Entgegenkommen und ermahnte sie zum Anschluß an die Stettiner Wahlmänner. Hr. Schulz sprach abermals gegen die Vertretung der Sonderinteressen. Herr v. Puttkammer stellte zum Muster den Landtag auf, der aus getrennten Ständen hervorgegangen, doch im Anstreben des Gesammtwohls sich einigte; nachdem er von der Wahl des Hrn. v. Köller abrieth, charakterisirte er seine Stellung zum Ministerium, seine Sympathie für dasselbe, die sich in Opposition verwandeln würde, wenn es sein System änderte und forderte die Kreiswahlmänner zur gesetzlichen Ordnung auf, indem er berichtete, daß ein Kreiswachtmann wegen ungesetzlichen Verfahrens in Verhaft genommen sei. Hr. Konsul Schillow vertheidigte Hrn. v. Köller und fordert den Grafen Schweinitz zu sprechen auf. Hr. J.-K. Triest überwindet die Bescheidenheit, schlägt sich zum Deputirten vor. Er will ein freies Volk, eine starke Krone, eine konst. Monarchie, eine Volkskammer, aber eine getheilte. Hr. Synd. Gierke findet in seiner Begeisterung und im Vertrauen, daß sich für ihn ausspricht, Ersatz für den Mangel an bisheriger politischer Thätigkeit, bittet die Landbewohner, keine Wunder zu verlangen und schließt von Applaus begleitet — Hr. Graf Schweinitz hält politische Glaubensbekenntnisse für unnütz und gefährlich. Hr. Dr. Stahlberg fordert Hrn. O.-L.-G.-R. Kosmann auf, den Beruf eines Deputirten zu bezeichnen, Hr. Kosmann thut's mit gewohnter Gewandtheit, Fülle und wundervoller Ruhe, die ihm viele Herzen und großen Beifall gewann. Hr. Direktor Scheibert nimmt sich mit Wärme Giesebrechts an; er nennt ihn wahr und klar, vor dessen hellem Geistesblick sich das Verdorgenste enthüllt. H. Fretzdorff empfiehlt praktische Männer, weil der Staat bisher aus Unkenntniß das Wohl des Landes untergraben. Nachdem noch die Herren Zitelmann, Kfm. Müller, Gutike (aber kurz!) gesprochen und Hr. Moritz etwas bemerkte, bringt Hr. Dr. Meisel in einer Rede die Bitte vor an die Wahlmänner und künftigen Deputirten um Bekämpfung des Glaubenshasses. Sie wird mit dem entschiedensten Beifall aufgenommen, Somit schloß die Versammlung. Die Abendversammlung im Weidemannschen Lokale muß ich mit Stillschweigen übergehen, wenn ich sie nicht geißeln soll. Sie hat den widerlichsten Eindruck auf lange Zeit zurückgelassen.

4

Wünsche hinsichts des Volksvereins. In der letzten Sitzung des Volksvereins am Sonnabend 6. Mai stellten sich noch manche Mängel heraus. Zunächst müssen wir dem Vorsitzenden den Vorwurf machen, daß er die Debatte nicht sorgfältig genug hegte, indem er theils litt, daß dieselbe auch ein ganz andres Feld abschweifte, theils sich selbst wiederholt in die Diskussion einmischte. Letzteres aber ist unparlamentarisch. Der

Digitized by Google

Präsident hat nur das letzte Wort in der Debatte; sonst muß er sich unparteiisch zeigen, mit gleicher Vorliebe die eine wie die andere Ansicht resumiren und zur Frage stellen. Der Präsident ist der Richter, welcher die Versammlung verhört: er muß Alles anwenden, von ihr so viel wie möglich zu erfahren. Je mehr ihm das gelingt, desto besser versteht er seine Sache. Er selber aber stehe außer der Verhandlung, er stehe über ihr, damit er nicht in Gefahr komme, durch sein Wort Anderen dasselbe abzuschneiden. Es ist ferner zu wünschen, daß eine geregelte Tagesordnung das feststelle, was besprochen werden soll, damit die Versammlung nicht in die Unannehmlichkeit versetzt werde, ex abrupto Vorschläge zu machen. Schließlich ist dringend zu wünschen, daß sich mehr die Bürger und andere Männer aus dem Volke des Wortes bemächtigen. Mit wenigen Ausnahmen waren es wieder nur die sogenannten Gelehrten, welche die Debatte führten. Mögen die Einen immer weniger ihren Vortheil benutzen, mögen die Anderen mehr und mehr hervortreten und uns, wenn auch nicht mit feingewobenen Reden, doch mit ihrem gesunden, lauteren, kernigen Worte zu Hülfe kommen!

K.

(Eingesandt.) Einsender hat den Versammlungen des Volksvereins stets beigewohnt und ist seines Wissens nur eine Kommission in Betreff der Zuchthausindustrie in diesen Versammlungen niedergesetzt. Es überraschte daher, als der Vorsitzende in der Sonnabendsitzung von einer Kommission sprach, die über Gewerbefreiheit einen Bericht erstatten wolle. Aus welchen Mitgliedern besteht diese Kommission? Wer hat sie berufen und beauftragt? Unmöglich dürfen solche Kommissionen aus eigner Machtvollkommenheit zusammentreten und die Versammlung in ihrem Geschmack belehren. Am allerwenigsten wünschen wir mit Belehrungen im Privatinteresse einzelner überfallen zu werden.

Anfrage. Am 2. Febr. constituirte sich in Stettin ein Freihandelsverein. Drei Monate sind seitdem vergangen, ohne daß man irgend etwas von dem Wirken desselben im Publikum erfahren hat. Was ist der Zweck des Vereins? Wie und auf welche Weise sucht er zu wirken oder hat der Vorstand noch gar keine Zeit gefunden irgend etwas für die Zwecke des Vereins zu thun?

Aus Neuvorpommern.

Wir haben unter dem gestürzten Regiment bemerkt, daß Beamte aller Art aus den mittleren und westlichen Provinzen, wenn sie nicht füglich in ihren Stellen bleiben konnten, nach — Posen geschickt wurden. Was anderswo nicht gut gebraucht werden konnte, war, wenn es sonst nicht an Connexionen fehlte für Posen gut genug. Gegenwärtig sind zu unserer Verwunderung zwei Präsidenten, die am Rhein unmöglich geworden, nach Frankfurt und — Stralsund versetzt. Ist denn für Pommern gut genug, was sich am Rhein nicht halten kann?

An unsere Abonnenten.

Von mehreren Seiten gehen Klagen bei uns ein, daß einzelne Nummern des Blattes durch die Postämter sehr spät geliefert werden. So war ein Exemplar, das schon am 14. April hier expedirt war, am 28. noch nicht in Bublitz eingetroffen. Ebenso klagen „mehrere Abonnenten" in Putbus, daß ihnen das Blatt immer spät, oft drei Tage später „als zum richtigen Termin, zu Händen kommt." Wir bedauern diesen langsamen Gang und bitten sich deshalb bei den betreffenden Postämtern zu beschweren, da hier die einzelnen Nummern Mittwochs und Sonnabends immer pünktlich expedirt werden. Wir werden unserer Seits bemüht sein den Wünschen unserer unbekannten Abonnenten in Putbus möglichst zu entsprechen. Unsere hiesigen Abonnenten bitten wir uns jede Unregelmäßigkeit bei der Ablieferung gefälligst sofort anzeigen zu wollen.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin,
große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 12.

Mittwoch den 10. Mai.

Inhalt: Polen und die deutsche Freiheit. Die Stettiner Wahlen. Berichte aus Greifswald, Posen, Stettin. Verzeichniß der pommerschen Abgeordneten für Berlin.

Polen und die deutsche Freiheit.

»Deutsche Brüder, habt Acht! ruft die Reform. Die Reaktion spielt in diesem Augenblicke ihr großes Spiel, Rußland ist der Feind der Freiheit, unser Feind, aber mit ihm thun die Kabinette schön, gegen ihn sind die Grenzen unbesetzt; Frankreich ist der Vorkämpfer der Freiheit, ohne seine Erhebung hätten wir selbst das wenige noch nicht, was wir uns selbst errungen haben; seid Ihr es müde, die Freiheit zu genießen, so zieht zum Kampfe gegen die Franzosen, wohin alle Armeecorps des deutschen Bundes sich wenden, seid Ihr aber entschlossen, die Freiheit zu behaupten, ihrer in vollster Ausdehnung Euch werth zu machen, so schließt Euer Ohr den russischen Söldnern, die Euch gegen Frankreich hetzen mögten und fordert immer und immer: Herstellung Polens, Kampf gegen Rußland!«

Deutsche Brüder habt Acht! rufen auch wir. Schon ist es den Gegnern der Freiheit, die auch Gegner der Polen, gelungen, durch Verdächtigungen Deutschlands Sympathien für das unglückliche Volk der Polen abzustumpfen, und dadurch Rußland und dem asiatischen Despotismus in die Hände zu arbeiten. Unsere Bierstubenpolitiker und die sonstigen politischen Kannengießer sehen immer nur das alte aristokratische Polen, sie begreifen in ihrem Pfahlbürgerpatriotismus nicht, daß Polen nicht wiederherstellen, nichts anders ist, als die Freiheit und die Civilisation, die Kultur und den Wohlstand Deutschlands in Frage stellen. Die Philister hören und begreifen nicht, daß unser eigenes Interesse, unser Handel und unsere Industrie Polens Wiederherstellung verlangen, was wir schon so oft nachgewiesen, was in diesen Tagen wieder den Börs. Nachr. aus Königsberg geschrieben wird. »Nur ein freier Seehandel und ein freier Geschäftsverkehr mit Polen, schleunigst herbeigeführt durch einen hier im höchsten Grade populären Krieg gegen Rußland oder durch friedliche Unterhandlung, können diese Provinzen vor Anarchie und gänzlicher Verarmung bewahren!!! (Hört!) Ein solch freier Verkehr mit dem ganzen, großen Polenreich würde auch den Berliner, den deutschen wie den schlesischen Fabriken einen neuen, lange nicht gekannten Aufschwung geben. (Hört!!!) Mögte unsere gegenwärtige Regierung ihren Blick fest auf Rußland und Polen richten, dann würde uns bald geholfen sein.« Hört Niemand diese Seufzer?

Indeß ist durch die Unentschlossenheit, durch die halben Maßregeln der Regierung, durch die Unfähigkeit der Beamten und Generale aus der alten Schule Alles verdorben, durch die Fehler der Deutschen und durch den Fanatismus der Polen ist der beiderseitige Haß so wild angefacht, daß ein Vernichtungskampf be-

Digitized by Google

gonnen hat, in welchem Sieger zu bleiben uns weder Ehre noch Vortheil bringen kann. Schon erwarten die Polen nichts mehr von Deutschland, schon richten sie ihre Blicke auf Rußland, dessen schlaue Politik leicht die Sache der Polen zu der seinigen machen kann. Schon setzt Polen seine Hoffnung auf Rußland, das selbst der Freiheit scheinbar Vorschub leisten wird, wenn es sein endliches Ziel, Knechtung der Völker dadurch erreichen kann. Das unnatürliche für uns, für unsern Handel, für unsere Industrie, für den Wohlstand unseres Volkes unheilvolle, für unsere Freiheit gefährliche Bündniß zwischen Rußland und Polen muß Deutschland verhindern indem es Polens Wiederherstellung proklamirt, indem es im eigenen Interesse der Väter Unrecht sühnt, indem es, wie es einem fremden Volke geziemt, gerecht zu sein sich bestrebt.

Durch Polens Wiederherstellung, durch Entstehen eines freien, selbstständigen von Rußland unabhängigen Polenreichs würden Handel und Industrie der deutschen Ostseeprovinzen, des gesammten Deutschlands mehr gewinnen, als durch Aufhebung des Sundzolls. Rußland hat die völkerrechtlichen Wiener Traktaten in Betreff Polens seit Jahren verletzt, es hat durch seine Grenzsperre den in jenen Traktaten verheißenen freien Verkehr **vernichtet**, es hat, indem es jene Traktaten gebrochen, seit Jahren eine durchaus feindselige Politik gegen Preußen befolgt, Handel und Wohlstand der preuß. Ostseeprovinzen **ruinirt**. Warum schweigt der **Handelsstand der Ostseeprovinzen** jetzt, wo es zu reden, laut zu reden Pflicht ist, warum erhebt er nicht seine Stimme um das von den Netzen der Reaktion umsponnene Ministerium über die wahren Interessen der Ostseeprovinzen aufzuklären?? Unser ist die Schuld, legen wir die Hände jetzt in den Schooß, schweigen wir jetzt — wenn ferner der russische Doppeladler an unserer Grenze den freien Verkehr mit Polen uns verbietet, unsern Handel fesselt, unsern Wohlstand mehr und mehr vernichtet, unsere Kraft lähmt, unsere junge Freiheit bedroht. Damit die deutsche Freiheit gedeihen und zur Wahrheit werden kann, muß die »heilige Allianz« der Kabinette gegen die Völker aufhören, muß Polens Selbstständigkeit wiederhergestellt werden. Damit unsere Freiheit nicht ferner gefährdet und in Frage gestellt werde, damit der bewaffnete Friede einer allgemeinen Entwaffnung der Völker weiche, damit der lange Traum des Czaaren, der Traum vom Panslavismus nicht zur furchtbaren Wirklichkeit werde, muß ein freies und selbstständiges Polen als Bollwerk gegen asiatischen Despotismus wiederhergestellt werden.

Die Stettiner Wahlen.

So wären denn auch unsere Wahlen für die Berliner konstituirende Versammlung beendet; sieben Tage dauerte es, dieses Werk zu schaffen, und siehe als es fertig war, gefiel es Keinem. Keine Richtung hat den Sieg davon getragen außer der farblosen Halbheit. Wer trägt denn nun die Schuld daran? wir alle, besonders aber die liberale Parthei, der es an Allem, an Einigkeit, an Entschiedenheit, an Geschicklichkeit, vorzüglich aber an echtem Sinn für die Freiheit fehlte. Die erste Wahl, die eine große Majorität für sich hat, hatte einen Mann von allgemeiner Beliebtheit, von entschiedenem Talent, von großer Denk- und ziemlicher Rednergabe getroffen, ob einen Charakter, besonders ob einen politischen Charakter, das wissen wir zwar alle nicht, denn er hat weder eine politische Laufbahn hinter sich, noch hat er es der Mühe werth gehalten, seine Denkweise über die Tagesfragen seinen Kommittenten vorzulegen. Vielleicht dürfte dies seine fer-

Digitized by Google

nere Wirksamkeit nicht wenig erschweren, vielleicht dürfte dies bald die Vorwürfe der einen oder der anderen hervorrufen, die in ihren maßlosen und entgegengesetzten Hoffnungen auf ihn sich getäuscht sehen werden. Die zweite Wahl, die viel größere Schwierigkeiten bot, da die Wahlmänner aus dem Kaufmannsstande schon hier alle Kräfte aufboten, um einen Kaufmann durchzubringen, fiel auf einen Deputirten, der als der gemäßigt liberalen Partei angehörend, sich eng an das bestehende Ministerium anzuschließen gedenkt. Bei der dritten Wahl schlug die Sache um, der Partikularismus der Kaufleute, der gar zu sehr noch nach dem Zopfthum schmeckt, machte es sich zur Ehrensache einen Kaufmann durchzubringen; den Liberalen unter ihnen lag nichts daran, gehörte der Gewählte auch ihrer Richtung nicht an, den Schwärmern für die Handelsfreiheit nichts, war der Gewählte auch bisher ein Gegner, ein Freund der Differentialzölle; er war und blieb doch ein Kaufmann. Es wurde dies auch durchgekämpft einestheils mit Hülfe der Freunde der Reaction, die dieser Spaltung sich nicht wenig freuten, anderentheils mit Hülfe des Mißtrauens, das man klüglich in den Gewerbtreibenden gegen die Beamten anregte, bei welchem Manöver sich hauptsächlich ein Makler auszeichnete. Kurz die Wahl ging durch, und wurde mit einem schallenden Bravo von Seiten der Kaufleute empfangen! Hoffen wir, sie sei eine glückliche gewesen, und der von der Kaufmannschaft Erwählte werde die Interesse des **Volkes** nicht über denen seiner Kommittenten vergessen. Ob er es thun wird, wissen wir nicht, wir kennen seine politische Richtung nicht, können sie nicht einmal vermuthen, denn bisher haben wir ihn nicht als einen politischen Charakter, nur als einen solchen, der andere Gleichberechtigte in einem wenig höflichen Tone anzufahren weiß, kennen gelernt. Waren nun die alten ständischen Reminiscenzen geweckt, hatten die Kaufleute einen Kaufmann gewählt, was war natürlicher, als daß nun die Handwerker einen Handwerker, die Arbeiter einen Arbeiter verlangten, und als sie ihre Standesgenossen nicht durchbringen konnten, erzürnt die Wahlversammlung verließen. Es bildete sich eine geschlossene Phalanx von etwas über 40 Stimmen um einen Gewerbtreibenden aus Garz, dessen Gesinnungen, Richtung und Talent uns völlig unbekannt sind, und von nun an zeigte sich, daß unsern Liberalen der Sinn für die Freiheit eben so abgeht wie ihren Gegnern. Anstatt den Handwerker als einen Gleichberechtigten anzuerkennen, und seine Wahl zu unterstützen, wenn er ihnen sonst geeignet erschien, oder ihm einen andern tüchtigen, gediegenen und talentvollen Handwerker entgegenzustellen, wie wir einen solchen unter andern an dem Schuhmachermeister Hrn. Schultz hierorts haben, schien man zu glauben, die Freiheit und die Volksvertretung passe nur für die Personen aus den gebildeten Ständen, ja es sei sogar besser, selbst Männern von der entgegengesetzten Farbe seine Stimme zu geben, als daß man es erleben sollte, daß auch einmal ein Mann mit schwieliger Faust aber tüchtiger Gesinnung Deputirter, oder hier gar nur Stellvertreter eines Deputirten werde. Zuerst brachte persönliche Eitelkeit oder Lust sich einem Freunde oder Bekannten gefällig zu erweisen, eine Menge Kandidaten aufs Brett, so kam Zersplitterung in die Reihen der Liberalen, und als durch engere und engere Wahlen die Zahl der Bewerber sich minderte, so wurde es wie oben gemeldet, man wählte lieber den Kandidaten der Gegner, der ja doch den Rathstitel führt und sich immer in guter Gesellschaft bewegt, als den Handwerker, der vielleicht ein derbes Wort spricht, und verdarb sich so anstatt einer Wahl, die bei der Unterstützung der Anhänger jenes Handwerkers vielleicht nicht passend ausgefallen wäre, nunmehr drei. Der letzte Kandidat, ein Kaufmann von liberalen Gesinnungen, nicht geringer Weitschweifigkeit, und von großer Lust allen entscheidenden Schritten die Spitze abzubrechen, sonst aber von

Digitized by Google

gefälligen Umgangsformen wurde von Liberalen und Conservativen unterstützt, warlich keine besondere Empfehlung für ihn. So sind die Wahlen der Hauptstadt Pommerns, des Anhäufungsplatzes der politischen Intelligenz, der Provinz verdorben, verdorben durch die, die da nicht wissen, der Unterschied der Stände sei endlich aufgehoben, man sei endlich etwas mehr als Kaufmann oder Handwerker oder Jurist, man sei Staatsbürger und die Freiheit sei erkämpft, nicht von denen, die Glacéhandschuhe tragen und sogenannte Gebildete, Männer der guten Gesellschaft sind, und auch nicht für diese allein, sondern einzig für das gesammte Volk, in dem aller und jeder gleichberechtigt ist. Warlich wir wollen nicht die Herrschaft der Bajonnette und des grünen Tisches mit der Herrschaft der sich selbst so nennenden Gebildeten vertauscht haben, und wir verschmähen eben so die Bevormundung durch diese als durch jene. ⸸

Berichte.

†§. Greifswald. Mai.

Der Greifswalder Volksverein. Ursprünglich war er zum „Bürgerverein" bestimmt. Aber der Mensch denkt, Gott lenkt. Man beabsichtigte einen Vereinigungspunkt für alle diejenigen Bürger zu gründen, welche das Bedürfniß fühlten Communalangelegenheiten mit einander zu besprechen. Politische und soziale Fragen waren zwar von vornherein nicht ausgeschlossen, aber doch, wie es scheint, mit Absicht in den Hintergrund verwiesen.

Hauptsache blieb, um es offen zu sagen, baldige Einführung der Städteordnung von 1808. Diese sollte durch consequente und unermüdliche Anwendung aller gesetzlichen Mittel durchgesetzt werden, ein sehr billiger und erklärlicher Wunsch, bedenkt man wie unzeitgemäß und kläglich die bestehende Greifswalder städtische Verfassung, erwägt man wie starrsinnig bis jetzt der Magistrat sich gegen alle beantragten Reformen sträubte und der Fortschrittspartei selbst die geringsten Concessionen beharrlich verweigerte. Ein „Bürgerverein," der zwar nicht ausschließlich aus Bürgern bestehe, diesen jedoch die Oberhand sichern sollte, schien um so ersprießlicher und unentbehrlicher als von einer zwar nicht geordneten und festgegliederten, immerhin aber doch durch ihre gesellschaftliche Stellung und ihr Vermögen sehr einflußreichen andern Bürgerpartei entgegentreten wollte, welche entweder hartnäckig auf den alten städtischen Schlendrian bestand und ihn mit Haut und Haaren trotz seiner Mumienhaftigkeit erhalten wissen wollte, oder doch nur unbedeutende Zugeständnisse vom Magistrate verlangte. Außerdem fand sich noch eine große Menge von Bürgern, die sich vollständig indifferent in Bezug auf jede städtische Reform erhielt.

Diesen Lauen und Flauen konnte man am besten durch Gründung eines „Bürgervereins" imponiren, auf die leichteste und wirksamste Weise sie aus ihrer Theilnamlosigkeit aufstacheln Liebhaber des alte Schlendrians aus Ueberzeug waren ebenfalls durch einen Verein um so leichter von ihren Vorurtheilen zurückzubringen.

Diejenigen, welche trotz besserer Einsicht jeder Reform aus Rücksicht auf ihre persönliche Interessen und aus Furcht Opfer bringen zu müssen, abhold waren, konnte man wirksamer in geschlossener Schaar bekämpfen, außerdem die bedeutendste Macht der Gegenwart, die öffentliche Meinung für sich gewinnen.

Den hiesigen Studirenden traute man unbedingt zu wenig Interesse für Communalangelegenheiten zu. Man glaubte wohl mit Recht befürchten zu müssen, daß sie, sobald es nur möglich, die rein politischen Fragen in den Vordergrund ziehen würden, besorgte so, daß die Besprechung der städtischen allein selig machenden Interessen darunter litte, ängstigte sich schon im Voraus, daß nicht bloß ihr geistiger Einfluß sondern auch ihr numerischer bei der Abstimmung das Uebergewicht hätte. Kurz so mochte es gekommen sein, daß zwar Literaten (ein etwas relativer Ausdruck) zur Theilnahme aufgefordert und wirkliche Mitglieder werden sollten, man aber Studirende keineswegs unter sie begriff und zwar diese gern zu Mitgliedern, jedoch nur zu außerordentlichen ohne Stimmrecht creiren wollte.

Führer und Leiter, Seele dieser ganzen vorwärtsstrebenden Bürgerpartei war der Bäckermeister Wallis.

Sein Herz schlägt warm, innig und er war gewiß von vorn herein nicht gewollt den „Bürgerverein" nach Durchsetzung der

Digitized by Google

städtischen Reformen sich engherzig verknöchern und verspießbürgern zu lassen. Er theilte keineswegs die Angst und die Besorgnisse seiner Mitbürger, vertraute der Gesinnungstüchtigkeit der freisinnigen Studirenden, aber er war diesmal trotz seines Einflusses überstimmt — und hatte Rücksichten zu nehmen.

Ihm lag und zwar mit Recht viel daran zunächst den Plan durchzusetzen, welchem er Jahre hindurch, begeistert und zur uneigentlich Zeit, Kräfte nnd Geld geopfert hatte. Bevor die Städteverfassung von 1808 vom Ministerium und der Bürgerschaft gebilligt und eingeführt war, schien ihm keine sichere Bürgschaft für das Gelingen seiner Bemühungen um Hebung der niedern Volksklassen vorhanden zu sein. Es war und blieb sein „ceterum censeo". Anzuerkennen ist es jedoch mit Recht, daß, wie es den begeisterten und überzeugenden Reden des Stud. Imand nnd Stud. Sperling, des Doktor Kopfstädt und Anderer gelungen war, die versammelten Bürger von der Einseitigkeit der ihnen vorgelesenen interimistischen Statuten zu überzeugen, diese Redner dargethan hatten, wie nachtheilig und unzeitgemäß öffentliches Ausschließungen einzelner Stände werden müßten, er sich nicht lange sperrte und zierte, nicht beleidigt und verletzt zurücktrat, vielmehr im Gegentheil bemüht war den nun in einen „Volksverein" umgewandelten „Bürgerververein" nach allen Kräften zu organisiren.

Herr Wallis, dessen entschiedenes Talent eine große Versammlung verständig zu leiten, gewiß selbst seine ärgsten Feinde — und deren Zahl Legio — nicht in Abrede zu stellen ist, ward durch Acclamation zum Vorsitzenden erwählt Er steht jetzt an der Spitze eines Commités von 14 Mitgliedern, welche aus den verschiedenen Ständen gleichmäßig zusammengesetzt, die Geschäfte und die Leitung des Vereins für ein Vierteljahr übernommen haben. Regelmäßige Zusammenkunft an jedem Freitag von Abends 8 bis 10 Uhr. Der vierteljährliche im Voraus zu bezahlende Beitrag, welcher ganz Unbemittelten vom Comité erlassen werden kann, beträgt bis jetzt 3 Sgr.

Die Zahl der Mitglieder beläuft sich momentan auf ungefähr 220, ist aber fortdauernd im Zunehmen begriffen.

Was auch die Gegner des Vereins für Verläumdungen in Bezug auf denselben vorbringen mögen, er hat bisiezt ungemein dazu beigetragen die Ruhe und Ordnung unserer Stadt aufrecht zu erhalten, gewiß mehr als die Bürgergarde oder jetzige Bürgerwehr welche sich, was einzelne Mitglieder anbelangt, leider zu unverzeihlichen Verletzungen gegen Theilnehmer des Vereins hat verleiten lassen. Ueber diese Conflicte später ein Ausführlicheres. Ein ausgezeichneter Redner, der sich in kurzer Zeit durch sein bedeutendes Talent und seine Energie für die gute Sache eine ungemeine Popularität gewonnen hat, dem es aber natürlich auch an erbitterten Feinden nicht fehlt, die sogar durch anonyme Briefe sein Leben bedrohten ist der Stud. Ph. Sperling. Ueber ihn, über die Statuten des Vereins, die Wirksamkeit desselben durch Wort und That, Hindernisse, Anfeindungen, Vorurtheile, auf welche man stieß, bald ein Mehreres.

Posen.

Die „Oderzeitung" (No. 100) schildert in einem Artikel, „die preuß. Büreaukratie und Soldateska im Großherzogthum" überschrieben, „wie man eine Nation, deren Schicksale und Leiden Mitleiden erregen sollte, wie man die armen Polen zur Verzweiflung bringt," ein Artikel, auf den wir diejenigen verweisen, die in dieser Sache mitsprechen wollen. „Das Blut, das jetzt vergossen wird, ruft die Oderzeitung, komme über die, welche 30,000 Bajonnette herbeiriefen, um sich für ihre klägliche Furcht, die sie Anfangs bewiesen, an einem unschuldigen Volk zu rächen. — Warum forderte ein preuß. General vom 2. Armeekorps die bewaffnete Mannschaften des Mogilnoer Kreises auf, unter den Waffen zu bleiben, da sie bald gegen Rußland würden mitziehen müssen? Warum lobte er ihren Enthusiasmus und rief: „Kinder, wenn ihr so bleibt, dann treiben wir die Russen bis an den Ural!" — — Mußten die Polen überrascht werden von der plötzlichen Sinnesänderung, von dem gehässigen und perfiden Hervortreten der Juden und Deutschen, so war dies noch weit mehr von dem Benehmen des preuß. Militärs der Fall." Wir übergehen die einzelnen Greuelscenen, die man in der Oderzeitung nachlesen mag, wir unterlassen es, wie dort, ausführlich mitzutheilen, wie man Wehrlose niederschießt, weil es „verfluchte Pollacken", wie man die Polen zwingt, ihre Kokarde zu — essen. „Wie sehr die Pommern, fährt die Oderzeitung fort, die Religion der Polen achten, geht daraus hervor, daß sie die Heiligenstatuen zur Verhöhnung schwarz anstreichen. Eine solche That erbittert das Volk, das nun einmal streng katholisch ist, mehr als Raub und Meuchelmord. Man droht, die Geistlichen zu hängen, obwohl sie gerade mit wenigen Ausnahmen das Band mit den Deutschen und Juden zu befestigen suchten. Die pommersche Kavallerie füttert ihre Pferde mit Weizen, als wenn es am nöthigen

Digitized by Google

Hafer fehlte; die Kaufleute müssen ihre Cigarren- und Liqueurvorräthe ohne Bezahlung hingeben; was man nicht mit fortführen kann, wird vernichtet; Soldaten des 14. Regts ließen dem Brennereipächter Jankiewicz zu Kruchowo sämmtlichen Spiritus auslaufen — Wenn nun der Pole sich an seinem Leben, seiner Nationalität, seiner Religion, seinem Eigenthum bedroht und angegriffen sieht, ist es ein Wunder, daß er an Allem verzweifelnd, Gleiches mit Gleichem zu vergelten sucht? Man mache den Menschen nicht durch Qualen zum Thier und er wird sich nicht wie ein Thier benehmen. Warum sträubt sich die Bromberger Regierung, die Konvention, welche der Königl. Kommissarius W. mit den polnischen Truppen abgeschlossen, anzuerkennen? Warum weist sie durch ihre Landräthe die polnischen Kreiskommissarien, welche W. einführen will, zurück? — Es wird im Großherzogthum die Ruhe nicht hergestellt werden, ehe nicht die Häupter der Büreaukratie entfernt sind, ehe nicht Männer die Zügel der Verwaltung und der Militärmacht in die Hände gegeben sind, welche ihre Zeit begreifen und ihrem Könige bessere Dienste zu leisten verstehen." — Wir fürchten, es ist auch hier „zu spät."

Stettin.

Volksverein. Sitzung vom 6. Mai. Hr. Oberlehrer Stahr mißbilligt die Art der Rüge gegen einzelne Redner dieses Vereins in einer Ztg.*) Hr. Dr. Scharlau berichtet über das Mißtrauen, das der Volksverein als ein republikanischer hie und da erweckt, ein Mißtrauen, das aus den vorberathenden Versammlungen der Vorstandsmitglieder, die als „geheim" verschrieen werden, fließe; er beklagt ferner die schlechten Resultate der Wahlen, da auf dem Lande zumehrst Tagelöhner und Büdner als Wahlmänner gewählt seien, und die auch event. auf Deputirte aus diesem Stande für die constituirende Versammlung fallen dürften; es könne dies für die Folge vermieden werden durch einen andern Wahlmodus, durch Wiedereinführung eines, wenn auch geringen Census (!). — Hr Lüders will nicht überall von gleichen Wahlresultaten gehört haben und nichts von einem Census wissen, wogegen Hr. Altvater dieselben Resultate durch seine Korrespondenten als bestätigt angiebt. — Hr. Frank sucht den Grund so schlechter Resultate in der politischen Unwissenheit der Landbewohner und im Mangel belehrender Einwirkung auf diese durch Prediger und Gutsbesitzer. Hr. Gutsbesitzer Zitelman weist diesen Vorwurf zurück, er habe sich allerdings die Mühe genommen, doch ohne jeglichen Erfolg. — Hr. Prof. Schmidt, der von der belehrenden Tendenz dieses Vereins so vieles erwarten hat, bedauert, daß die Arbeiter, die so zahlreich der ersten Versammlung beigewohnt, sich ganz zurückgezogen hätten. Wenn der Beitrag ein Hinderniß sei, müsse man Vorschläge machen, dem abzuhelfen, um diese Leute heranzuziehen; es sei vielleicht eine Kommission zu ernennen, um die Zahlungsunfähigkeit Einzelner zu prüfen, und diese gratis aufzunehmen. Hr. Märker billigt diesen Vorschlag nicht; es verlehe das Ehrgefühl dieser Leute, wenn man ihnen allein einen freien Zutritt gestatten wolle, er proponire, jedem einen beliebigen Beitrag zu überlassen, so werde sich das minus der Arbeiter durch das plus der übrigen ausgleichen; der Vorschlag wird angenommen. Hr. Kühne wünscht die Frage über die Ursache der Wahlresultate festgehalten, und findet sie in dem vollständigen Mangel politischen Bewußtseins; Belehrung und Aufklärung werden endlich andere bessere Resultate gewinnen lassen, nicht aber ein Census. Hr Candidat Friedrichs unterstützt entschieden diese Ansicht, und beweist wie in Frankreich (wo nirgend ein Arbeiter gewählt) das politische Bewußtsein alles bedinge. Belehrungen durch Klubs, die überall wie Netze gleichsam die Landbewohner umspinnen müßten, würden bald das politische Bewußtsein wecken; der Census wäre eine Verkürzung der gewonnenen Freiheit. — Dagegen will Dr. Scharlau keine unbeschränkte Freiheit in der Gesellschaft gelten lassen; (wer beanspruchte die?!), und knüpft daran die Wohlthaten (!) eines mäßigen Census, etwa wie derselbe in Norwegen oder Belgien besteht. Von der politischen Bildung der Franzosen hält Hr. Dr. Scharlau nicht viel, weil sie, wie er auf seinen Reisen bemerkt, schlecht in der Geographie bewandert und nicht wüßten, was Jupiter gewesen. Hr. Lüders will die Schulmeisterweisheit nicht als Maßstab der politischen Bildung gelten lassen. Hr. Mantey spricht wider den Census; ein geistiger Census, wenn dafür eine Form denkbar, könnte maaßgebend sein, ein materieller, ein Geld-Census sei ein Verbrechen an der Menschheit. Hr. Prof. Schmidt breitet sich, (wie uns scheint, sehr unzeitig) über ein besser zu gestaltendes Verhältniß zwischen Bürger und Soldaten aus, durch Dankadressen wegen der Siege in Schleswig und Polen*). Hr Kühne bekämpft dies Bestreben als ein unreifes,

*) Andere mißbilligen, daß man im Verein sich auf eine Polemik gegen Zeitungsartikel einläßt.

*) Anm. d. Red. In Posen wüthet der Bürgerkrieg. Ist es da Zeit Dankadressen zu erlassen?

Digitized by Google

und wünscht diese Angelegenheit ruhen zu laßen. Hr. Dr. Scharlau versuchte schließlich zu beweisen, wie leicht der Staat in den Besitz von 40 Millionen Thalern gelangen könne; durch Ausgabe von Domainenpfandbriefen. Hr. Lüders wendet dagegen ein, daß die Domänen schon verpfändet, was Hr. Dr. Scharlau als Hinderniß nicht gelten lassen will. Endlich beschließt die Versammlung ohne weitere Debatte Damen als Zuhörerinnen auf der Tribune zuzulassen. Die nächste Sitzung wird uns die definitive Wahl eines Vorstandes bringen. Dr. W.

(Zur Verständigung.) Was der Aufsatz in der Stettiner Zeitung No. 67, überschrieben „Früher und jetzt" bezweckt, ist mir nicht klar geworden. Der Herr Verfasser desselben und seine zahlreichen Unterzeichner wollen nicht das Unmögliche, sie wollen nicht den Rückschritt, sie mißbilligen nicht das Streben nach Freiheit während der gegestürzten Regierung.

Es ist schmälig einen Gefallenen, Ueberwundenen zu verunglimpfen, es ist aber erlaubt, wenn man sich dazu berufen glaubt, ihn unparteiisch zu beurtheilen, zu prüfen, zu richten. Aber wer ist es, der so unwürdig die vorige Regierung angegriffen, der so verblendet alle ihre zahlreichen Verdienste verkennen konnte? Sie war es ja, die uns zur wahren Freiheit leitete, indem sie uns derselben würdig machte. Aber das war ihr großer Fehler, daß sie uns auf dem Wege aufhalten wollte, worauf sie uns selbst geleitet hatte — Man nenne uns jenen Verblendeten und übergebe ihn dem Urtheil aller Verständigen und Wohlgesinnten. Den geehrten Herrn Verfasser des oben gedachten Aufsatzes und seine Herren Mitunterzeichner mögen wir verzeihen, aber der Angriff auf den Autor eines gedruckten Aufrufs zur Belehrung über die Wahlen ist durchaus verfehlt, beruht nur auf einem Mißverständniß. Dasselbe ist nach der Erklärung des Herrn Verfassers für die untern Klassen des Landvolks bestimmt, was man im Auge behalten muß. Es kam darauf an, sich aufs klarste, verständlichste, kurz, bündig und fließend, mit einem Worte populär auszudrücken. Das ist aber eine schwere Kunst, die nicht Jedem zu Gebote steht. Hierbei kommt es, wie bei aller Kunst, mehr auf die Feder als auf die Materie an, und wenn man sein Ziel nicht verfehlen will, so darf man die Worte nicht allzu steif und ängstlich wählen. — Unser Aufruf hat sowohl hier als in dem sonst als reaktionär so verschrieenen Hinterpommern den lebhaftesten Beifall gefunden Der Autor nennt das Verfahren unserer Könige und ihrer Minister willkürlich, weil sie ihren Völkern keine Stimme über ihre eigenen Angelegenheiten zugestanden. Darum ist kein Anstoß zu nehmen, so wenig als an dem sonstigen Inhalt des Aufsatzes, wenn man die Bestimmung desselben berücksichtigt. — Dergleichen sich wiederholende Angriffe und Verdächtigungen erzeugen zuletzt Erbitterung und aus politischen Feinden werden persönliche. — Wenn sich schwere Gewitter aufgethürmt haben, wenn alle Anzeichen eines nahen schweren Sturmes vorhanden sind, dann wird der Schiffer die Mannschaft zum einträchtigen Handeln ermahnen. Matthias.

(Zwei neue Mitarbeiter am Wächter.) Es stärmt uns so viel Material zu, daß wir, obgleich die Bogenzahl kürzlich verdoppelt ist, eine weitere Vergrößerung werden eintreten lassen müssen, — wenn die Kosten gedeckt sind Ganz unerwartet haben sich uns zwei neue Mitarbeiter aufgedrungen, die wir unsern Lesern in Nachstehendem präsentiren. Hr Hermann Graßmann verlangt auf Grund des Preßgesetzes kostenfreie Aufnahme nachstehender Erklärung.

„In Nr. 10 dieses Blattes (p. 268 und 269) haben zwei Mitarbeiter sich nicht entblödet, Beschimpfungen und Schmähungen der niedrigsten Art gegen uns auszustoßen. Da es sowohl unserer Neigung als unserer Ehre widerstreitet, auf ein so unwürdiges Geschimpf einzugehen, und wir vielmehr der Meinung sind, daß wer mit Koth um sich wirft, nur sich selbst damit besudelt, so möge hier im Interesse der Leser statt einer Entgegnung die Erklärung Platz finden, daß die benannten Artikel ein Netz von Verwirrungen, absichtlichen oder unabsichtlichen Entstellungen und groben Unwahrheiten bilden Sollte übrigens Hr. Lüders oder einer seiner Mitarbeiter es wagen, die eben ausgesprochenen Beschuldigungen gegen seine Blätter als unwahr oder übertrieben zu bestreiten, so behalten wir uns vor, die aktenmäßigen und thatsächlichen Beweise für unsere Behauptungen in diesen Blättern zu veröffentlichen. Hermann Graßmann.

Robert Graßmann."

Es giebt Menschen, die sich selbst vernichten, wenn sie die Feder ergreifen. Die Graßmänner dringen bei uns ein, das Gesetz in der Hand, um uns unter dem Schutze des Gesetzes in unserm eigenen Hause Unverschämtheiten zu sagen Ein Mangel an Takt, eine Verletzung des Hausrechts, die sich ein gebildeter, feinfühlender Mann nicht erlauben würde, die aber die Graßmänner besser charakterisirt, als lange Entgegnungen, zu denen sich die Red. um so weniger herbei-

Digitized by Google

lassen kann, da sie ihre Zeit nicht auf solche Weise vergeuden mag.

Angenehme Gäste sind uns diese Graßmänner gerade nicht. Wollen sie aber zu ihrer Selbstvernichtung den Wächter mit benutzen und zur allgemeinen Belustigung des Publikums darin auftreten, so mag es sein — insofern Raum da ist.

* * *

Im Auftrage des deutschen National-Komitee zu Soldin ist uns ein Aufruf zugegangen, dessen Veröffentlichung wir ablehnen müssen. Andere Zusendungen, von Christen und Juden, von Betheiligten und Nichtbetheiligten ausgehend, verlangen sofortige Aufhebung der Zuchthausindustrie ohne Entschädigung der jetzigen Unternehmer. Den Einsendern fehlt es offenbar an Rechtsbegriffen. Wir können dergleichen terroristische Gewaltmaßregeln nicht befürworten.

Desfallsigen Wünschen entgegenkommend, um Stettiner Zustände mehr berücksichtigen zu können, haben wir ohne Erhöhung des Abonnements, die Bogenzahl **verdoppelt**, obgleich wir verhältnißmäßig wenig Abonnenten in Stettin haben. Wir haben uns neuerdings vorzugsweise mit Stettin beschäftigt, wir sind aber der Majorität unserer Abonnenten (außerhalb Pommern) Rücksichten schuldig. Um das uns reichlich zufließende Material über Stettiner Verhältnisse einigermaßen bewältigen zu können, würden wir eine weitere Vergrößerung eintreten lassen, wenn durch Vermehrung der **Abonnenten** die **Kosten** gedeckt werden.

Den Verf. des Artikels „zur Verbrecherfrage" bitten wir um gefällige Wohnungsangabe.

Verzeichnis der Pommerschen Abgeordneten für Berlin.

	Abgeordnete.	Stellvertreter.
Stettin.	Synd. Gierke.	Justizrath Krause.
	Landrath v. Puttkammer.	Landrath a. D. v. Köller.
	Kaufmann Fretzdorff.	Konsul Gutike.
Greifswald.	Prof. u. Dir. Baumstark.	O.-Appell.G.Rath v. Zerbst.
Cöslin.	Seifenfabr. Maager, Stadt-	Kaufm. Vogel in Cöslin.
(Kr. Fürstenthum.)	verordn. Vorst. in Colberg.	Zimmermstr. Tragnitz in Bublitz.
	Teske, Einwohner aus Gust.	Apotheker Körner in Stargard.
Stargard.	O.L.G.Rath u. Rittergutsbes.	
(Kr. Saatzig.)	v. Wangenheim.	
Naugard.	Bauer Frommelt.	N. N., Schneider.
Stolp.	O.L.G.Assessor Bucher.	Schmid Magdsig in Reitz.
	Lehrer Moldenhauer in Stojetin.	v. Stojentin.

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumerationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (F. T. Bagmihl) in Stettin, große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 13.

Freitag den 12. Mai.

Inhalt: Die Polnische Sache. Der Stettiner Volksverein. Berichte aus Halle, Stolpe, Anclam, Regenwalde, Stettin.

Die Polnische Sache.

I.

Die Polnische Angelegenheit hat eine Wendung genommen, die von denen, die klarer sahen und sich der Beistimmung der gäng und geben Ansicht unwillig enthielten, im Voraus erwartet werden konnte. Alle gesetzliche Ordnung ist gelöst, das Morden hat begonnen und das zu reorganisirende Großherzogthum ist ein Blutteich geworden.

Dies Blut, was vergossen worden ist, sowie das, was noch wird vergossen werden müssen, das unselige Elend was über die Polen hereingebrochen ist, das furchtbare Unglück, das als rächende Vergeltung nothwendig über kurz oder lang Deutschland dafür heimsuchen wird, ist durch die kurzsichtige muthlose Halbheit der Regierung, durch die fanatische Beschränktheit pfahlbürgerlicher Auffassung einer großen schwierigen politischen Sachlage verschuldet worden. Die Frage ist einmal: Was ist geschehen, und welches waren die Folgen? sodann, was mußte geschehen und welches wären alsdann die Folgen gewesen? Das schonungslose Sondiren der Wunde, das rücksichtslose Aussprechen der begangenen Unklugheit wird geeignet sein, das Entsetzen und die polternde Entrüstung der Philister hervorzubringen. Ganz natürlich: das Entsetzen ist der Begriff des Philisters; dafür ist es aber auch eine Ehre, ihn in einen solchen Zustand versetzt zu haben. Wir wollen unser Möglichstes thun um diese Ehre zu verdienen.

Nach der verhängnißvollen Nacht vom 18. zum 19. März schlug auch für die gefangenen Polen die Stunde der Erlösung. Sie wurden auf den Wunsch des Volkes durch die Gnade des Königs befreit. Der unendliche Jubel über diese ehrenhafte That bei Polen und Deutschen, der das philisterhafte Nasenrümpfen der „Besonnenheit," im Rausche der Freude übersah, oder mit gebührender Verachtung behandelte, galt weniger den einzelnen befreiten Individuen, er galt der durchschlagend ehrlichen Aufrichtung eines erhebenden Symbols: mit der Befreiung der in Berlin gefangenen Polen war die Freiheit, war die nationale Selbstständigkeit Polens von der preußischen Regierung ausgesprochen, war das ihnen angethane Unrecht zurückgenommen, war die vollständigste Genugthuung für den geschichtlichen, bis auf die jüngste Zeit fortgeführten Frevel verheißen worden. Wenn der Befreiungsvorgang der Polen, die wegen „Hochverraths" im Kerker schmachteten und dazu in einem öffentlichen Gericht verurtheit waren, nicht diesen Sinn hatte, so war ihre Befreiung entweder ein Verbrechen, oder ein Theatercoup. Jeder vernünftige Mensch mußte dem Symbol diese Idee unterlegen; die Polen thaten es, und wenn die Befreier selbst, wir meinen, wenn die Regierung sich

Digitized by Google

nicht bis zu jener in die Augen springenden Deutung erhoben hat, wenn sie wirklich so kurzsichtig gewesen ist, sich vorzustellen, jener Act werde als ein hingeworfener Beschwichtigungsbissen, als ein niederschlagendes Pulver, von dem Polnischen Volke eingenommen werden, worauf es sich denn ganz ruhig und still auf das Faulkissen der „Reorganisation" hinstrecken werde, — wer will dann auf die Polen den ersten Stein dafür werfen, daß sie vernünftiger auslegten als die preußische Regierung, daß sie sich mit Entzücken an diesem Vorgange und den Nachrichten, die durch die Befreiten zu ihnen kamen, berauschten? Das was ein niederschlagendes Beruhigungspulver werden sollte, war ein aufregender Feuerwein geworden.

Den Polen war eine nationale Reorganisation verheißen. Was heißt das? Ich weiß es nicht, und niemand weiß es recht. Bis zum 6. April war kein Zweifel, daß ein Begriff bei dem Worte sei, und welcher dieser Begriff ist, erhellt aus der Proclamation des General-Majors Willisen vom 6. April. Konnte eine solche Verheißung, deren Namen schon den Character einer verunglückten büreaukratischen Nachgeburt ins helle Licht stellt, dem Polnischen Volke genügen? Ja! vielleicht in der Zeit des tiefsten Friedens. Aber konnte man in der Zeit der beispiellosesten, ungeheuersten vulkanischen Aufregung, deren Wellen donnernd über ganz Europa dahinrollen, konnte man in dieser Zeit von einem unglücklichen, verbitterten, bildungsverwahrlosten, von den dicken Schädeln der Pfaffen beherrschten Volke, von einem Volke, das zum Zerrbilde seiner selbst geworden ist, auch nur erwarten, daß es sich diese todtgeborne langweilige büreaukratische Halbheit einer „Reorganisations-Kommission" gefallen lassen würde? Daß es anstatt mit der augenblicklichen Erfüllung der gerechtesten Forderungen mit dem geduldigen Wartensollen noch mehrere Jahre sich zufrieden geben würde. Wahrlich! das kann man wohl Deutschen bieten, die sich bekanntlich auf's Warten verstehen, aber nicht Polen, nicht einem lebhaften, fieberhaft bewegten und, was das wichtigste ist, der Begeisterung fähigen Volke. Und dennoch thaten die Polen das Möglichste, das Unerhörteste, sie thaten es, weil sie dem Generalmajor v. Willisen vertrauten, der für sie ein Herz hatte, und der deshalb von den „deutschen Brüdern" in Posen als Landesverräther bezeichnet ward und in Proclamationen und andern von den Juden und Landräthen ausgegangenen Schandlibellen seinen würdigen Namen beschimpfen lassen mußte. Leset dieses Mannes Vertheidigung, und leset sie ohne Rührung, wenn ihr könnt! Nun! er wird sich zu trösten wissen. Vielleicht beruft ihn die eiserne Noth der kommenden Zeit an die Spitze des Kriegsministeriums, wenn es gelten wird „das Vaterland zu retten".

Das Schicksal von Willisens Sendung ist bekannt. Die erbärmliche Feigheit des um „Militair" wimmernden Pfahlbürgerthums, der deutschen Beamten und Pfeffersäcke einerseits, der büreaukratische und militairhierarchische Hochmuth andererseits, der in Willisens exceptioneller Stellung seine Würde gefährdet sah, vereitelten die Bestrebungen des edlen Mannes zum größten Theil. Die Polen wollten, daß mit der Reorganisation mit der nationalen Bewaffnung Ernst gemacht werde. Sie erhoben sich laut gegen die lässige Trägheit, gegen diese bekanntermaßen erbitternde vis inertiae, als sie sahen, daß die Maßregeln der Colomb und Beurmann mehr vermochten, als Willisens Anstrengungen. Daneben konnte es denn auch nicht fehlen, daß auch unbillige, übertriebene Forderungen, Wiederherstellung des alten polnischen Territoriums, Westpreußens Abtretung u. s. f. gestellt wurden. Da kam ein Entsetzen über die „deutschen Brüder." Was! schrien sie, ihr wollt 500,000 Deutsche, 700,000 Polen, aufgeklärte Leute den Halbbarbaren, vermögende Besitzer faulen Bettlern opfern. Schützt uns, und schickt uns ums Himmelswil-

Digitized by Google

len etwas „Militair.“ Wozu das Geschrei? Es war die feige Furcht, die ihnen den Angstruf entpreßte. Hatten doch die Polen bis dahin nur vereinzelte, bei der allgemeinen Aufregung natürliche Excesse begangen, und zu gleicher Zeit die ernstesten Anstrengungen gemacht, keinen Deutschen zu nahe zu treten. Ein paar zertrümmerte Fenster, ein paar abgerissene Adler aber wollen wenig besagen. (Siehe Allg. Preuß. Ztg. No. 100.) Aber die begeisterte Auferstehung, die Erhebung des Volks, jagte den Deutschen Schrecken ein, aus den für ihre Geldsäcke zitternden polnischen Juden wurden plötzlich deutsche Patrioten, aus den um ihre Stellen besorgten Landräthen Schreier und Hemmschuhe der Polnischen Freiheit. Und dennoch mußte man den „deutschen Brüdern“ nicht zurufen: ihr sagt, daß ihr zahlreich, daß ihr reich, daß ihr intelligent seid, daß ihr die Bauern auf eurer Seite habt, — Nun wenn ihr diese Vortheile alle habt, was fürchtet ihr — wehrt euch!

Statt dessen wimmerten „die Brüder“ nach „Militair.“ O freilich, es war auch wirklich nöthig geworden. Die Aufregung steigerte sich von Tage zu Tage das Land insurgirte sich, und ward eine Blutpfütze. Woher dies alles? Man wollte die Polen nicht freigeben, sondern sie reorganisiren, oder, man wollte das Kind nicht beim rechten Namen nennen, der dem Czaren unangenehm geklungen haben würde, weil man den Krieg mit Rußland fürchtete. Man wird diesen Krieg haben. Als nun ernstlich reorganisirt werden sollte, jammerten die deutschen Brüder, es würden, falls man den Polen willfahre, ihnen die Köpfe abgeschnitten werden. Man that den Polen den Willen nicht, und den deutschen Brüdern sowohl als auch vielen unserer geliebten Jugend werden die Köpfe abgeschnitten. Immer tiefer und tiefer geht der Weg durch Blut. Das sind die Folgen der Halbheit, der Feigheit, des Unglaubens an die Idee, an die göttliche Macht der Freiheit.

Was mußte geschehen? Es mußte nach der Befreiung der Gefangenen in Berlin ihnen sowie der ganzen Welt verkündigt werden: Polen, ihr seid von Stund an frei, frei und unabhängig, ihr hört auf Preußen zu sein, ihr werdet binnen einem Monat selbstständige Polen. Die Selbstständigkeit eures Staates garantiren wir euch, wir werden uns mit euch für euch schlagen, wenn es nöthig werden sollte. Dafür verlangen wir aber, daß ihr den unbilligen Ansprüchen (sie würden sie sicherlich gar nicht gemacht haben) entsagt, daß ihr die Gebietstheile mit überwiegend deutscher Bevölkerung Deutschland einverleibt und die darin wohnenden Polen deutsche Vollbürger werden laßt. Dafür fallen euch die im überwiegend polnisch bewohnten Gebietstheile bleibenden Deutschen zu, sie werden polnische Vollbürger und wir vertrauen sie eurem Edelmuthe. Sie sind ohnehin in Russisch-Polen die besten Russen; es wird keine Noth haben, sie werden bei euch gute Polen werden. Sie können bei euch Bürger werden, ihr seid es lange genug bei uns gewesen. Und eine solche Sprache, die ganze, klare, volle Freiheit, sollte verbunden mit den Ereignissen in Berlin und ihrer blitzschnell alle Herzen durchzuckenden Mähre, auf die Polen ohne Einfluß geblieben sein? Es wäre zu erwarten gewesen, daß die Antwort auch hierauf, auf ein volles, gerades, ehrliches, allgemein verständliches Wort, Mord und Brand gewesen wäre? Nein, ich glaube es nicht, und wenn das Wort zur Bestialität selbst geredet worden wäre. Dieser ganze Schritt war gerecht, war gut, war klug. Und gesetzt das Unmögliche: es hätte ganz dieselben Folgen gehabt, die wir jetzt mit Schaudern erleben, so hätten wir uns sagen können: mag kommen, was da wolle, wir haben wohl gehandelt. —

Digitized by Google

Jetzt aber sind wir an einem Vernichtungskriege angekommen. Freilich! wir werden sie wohl auslöschen »die kleine Kerze«, aber es ist ein Macbethsgräuel, durch welchen unsere Jugend hingeopfert wird. — □.

Der Stettiner Volksverein.

(Verspätet.)

In einem freien Staat muß Alles, was in die Oeffentlichkeit hinaustritt, sich der Kritik unterwerfen, die Minister sind davon ebensowenig ausgeschlossen als die Männer aus dem Volke. So werden denn auch einige Bemerkungen über den Stettiner Volksverein, wozu Ref. ausdrücklich veranlaßt ist, verstattet sein. Wir wollen nicht sagen, daß Viele durch die Verhandlungen in der letzten Sitzung nicht befriedigt, wohl aber hören wir, daß Viele die Behandlung anderer Gegenstände erwartet hatten. Der bevorstehende erste Akt unserer Mündigkeit und der Souveränetät des Volks, die Wahlen, erregt das allgemeine und tiefste Interesse. Die Wahlfrage sollte vor Allem auch in einem Volksverein behandelt werden, da von deren Lösung so viel abhängt. Darüber will der denkende Theil des Volkes Belehrung. Darum scheint es ein Mißgriff, wenn man kurz vor den Wahlen die Zeit dazu benutzt, ein Steckenpferd zu reiten, gegen die Gewerbefreiheit zu donnern, sie Gewerbefrechheit zu nennen, im Interesse der Meister Beschränkungen und Meisterprüfungen zu befürworten. Der Gegenstand ist schon so vielfach von dem Standpunkt der Meister und von dem der Freiheit besprochen, daß wenn man nicht neue Ideen vorzubringen hat, man wohl Anstand nehmen sollte, in diesem Augenblick darauf zurückzukommen. Unrichtig ist es, daß die „Studirten" für die Gewerbefreiheit; im Gegentheil sind es nur die Meister, die gegen die Freiheit, die Meisterprüfungen als einen Schutz verlangen, der da, wo er besteht den Verfall des Handwerks nicht aufgehalten hat. Die Antipathie gegen »Studirte« ist eine Epidemie, die in einem gesunden Gesellschaftsorganismus nicht um sich greifen sollte. Sie ist um so unbegreiflicher wo »Studirte« zeigen, daß sie in und mit dem Volke leben und nichts sein wollen, als pure Menschen. — Die Salzsteuer als unbedeutend darstellen wollen, möchte vergebliches Bemühen sein, da es bekannt ist, daß Menschen und Vieh in Preußen der hohen Steuerwegen weniger Salz consumiren als erforderlich und daß sie vorzugsweise die ärmere Klasse belastet. Ebenso erregt es Befremden, daß man im Volksverein kurz vor der Wahl sich damit beschäftigt gegen den Branntweinsdrachen zu Felde zu ziehen und jetzt in der Zeit der Neugestaltung, der Wiedergeburt Deutschlands, sich mit solchen alten Gespenstern beschäftigt, die für politische Wiederbelebung, die jetzt die Tagesparole, ganz unbedeutend. Schlimm ist es, wenn wir unsere Freiheit dazu benutzen wollen, dem Volke mehr Steuern aufzulegen und auf Beschränkungen sinnen, vor einer Ungerechtigkeit nicht zurückschrecken, wenn wir nur unsern Willen durchsetzen. Es ist hier nicht der Ort das Ungerechte der jetzigen Branntweinsteuer auseinanderzusetzen. Wahre Sittlichkeit wird durch eine hohe Branntweinsteuer nicht erzwungen; sie ist überhaupt kein Produkt des Zwanges, der Unfreiheit. Ein armes, rohes, ungebildetes, und unfreies Volk ertränkt seinen Kummer und Schmerz in Branntwein, kennt nur die Fuselbegeisterung; ein gebildetes und freies Volk kennt andere Genüsse und wenig ist gewonnen, wenn der Bierteufel einzieht, wo man den Branntweinteufel ausgetrieben. — Wo Brod und Salz, Fleisch, Bier, Branntwein, Kaffe, kurz alle Bedürfnisse der ärmeren Klasse schwer besteuert werden (während der Reiche verhältnißmäßig wenig bezahlt) wo nur Wasser und

Digitized by Google

Luft steuerfrei, da muß die arbeitende Klasse verarmen. Wo die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse, wie in Nordamerika, wo keine Verzehrungssteuern aufgelegt werden dürfen, steuerfrei sind, da ist das Volk, namentlich die arbeitende und gewerbetreibende Klasse unendlich besser daran als in Europa, wo diese Verzehrungssteuern das Mark des Volks aufgezehrt haben. Nicht mit Unrecht widerstrebten unsere Vorfahren der Einführung der Verzehrungssteuern und mit prophetischem Seherblick klagten Pommerns Stände, daß sie den Tag erleben müssen, auf welchem das äußerste Verderben ihres Vaterlandes eingeführt werden solle.

Berichte.

Halle, den 28. April.

(Konstitutioneller Klub. Volksverein. Handwerkerverein.) Die Bewegung der Jetztzeit hat auch in hiesiger Stadt zwei politische Klubs hervorgerufen, die kaum zusammengetreten, sich schon feindlich gegenüberstehen. Der konstitutionelle Klub besteht aus Professoren, Fabrikanten, überhaupt aus dem höhern Bürgerstande, und wird daher auch wenig Einfluß auf das Volk ausüben, zumal da seine Sitzungen nicht öffentlich sind. Aus ihm hervorgegangen sind als Kandidaten nach Frankfurt und Berlin die Professoren Roß und Burmeister und der Diakonus Hasemann. Der Volksverein hält im Gegensatze zu dem konstitutionellen Klub seine Sitzungen öffentlich, und stützt sich mehr auf das eigentliche Volk, d. h den Arbeiterstand. Bei seiner ersten öffentlichen Sitzung, die ungefähr v. 1000 Menschen besucht war, versuchte die konstitutionelle Partei ihn mit einem Schlage zu vernichten, indem Hasemann, noch ehe Wislicenus in seiner Eröffnungsrede den Zweck des Vereins auseinandergesetzt hatte, ums Wort bat und während einer augenblicklichen Pause die Frage stellte: „In welchem Gegensatze befindet sich der Volksverein zu dem konstitutionellen Klub? huldigt er der absoluten Monarchie, oder stimmt er in gerader Linie für die Republik? Denn ist er monarchisch konstitutionell, so kann er sich uns anschließen; wenn nicht, so bitte ich mir Auskunft aus über die Frage, ob derselbe aufrührerische, wühlerische Tendenzen verfolgt.“ Darauf erhob sich ein solcher Tumult von Seiten der konstitutionellen Partei, daß eine geraume Zeit kein Mensch zu Worte kommen konnte. Als sich der Sturm etwas gelegt hatte, gab das Vereinsmitglied Pösche die nöthigen Aufklärungen, indem er darauf hinwies, daß die Form der Verwaltung für den Verein jetzt eine Nebensache sei; die Hauptsache wäre, dem Volke Einsicht in seine Rechte zu verschaffen, damit es dieselben bewahren und gebrauchen lernte, und der Gegensatz zu dem konstitutionellen Klub bestände darin, daß dieser auf aristokratischen, der Volksverein hingegen auf demokratischen Elementen beruhe. Ebenso wies der zufällig anwesende Dr. Kutscheit aus Berlin, der wie er selbst sagte, dem dortigen konstitutionellen Klub angehört, sehr entschieden das Ungehörige der Fragen Hasemanns nach. Letzterer hat übrigens durch seine plumpe Anklage und den dadurch künstlich hervorgerufenen Sturm seine mühsam errungene Popularität eingebüßt, und noch dazu den konstitutionellen Klub kompromittirt, so daß ihn dieser wohl als Abgeordneten fallen lassen wird. Die Professoren Roß und Burmeister haben sich nie um das Volk gekümmert, und ein vierter Kandidat, der noch aufgetreten ist, kündigt sich als Stillstandsmann an, so daß keiner der bisher aufgetretenen Kandidaten die Sache des Volks zu vertreten im Stande.

Die Männer, welche vor Allen würdig sind, Halle zu vertreten, weil sie vor Allen Gesinnung zeigten, als dieselbe noch ein Verbrechen war, sind der Professor Duncker und Wislicenus. Hoffentlich werden diese Ehrenmänner sich noch als Kandidaten präsentiren; die Wähler der Stadt Halle mögen dann beweisen, daß sie Gesinnung zu ehren wissen, und mögen um so eher bei der Wahl nach Frankfurt Rücksicht auf Wislicen nehmen, als derselbe, eingeladen als ein Mann des Volks von Robert Blum im Namen und mit Vollmacht des Siebener-Ausschusses, dem vorberathenden Parlamente in Frankfurt schon beigewohnt hat. Der Handwerkerverein hat sich unabhängig von den früheren Statuten, die ein ganzes Jahr vergeblich auf Bestätigung gewartet haben, am 17. April konstituirt, und dieselben auf den freisinnigsten Grundlagen errichtet, so daß ihm ein fröhliches Gedeihn nicht fehlen wird. Von Zeit zu Zeit werde ich Ihnen über seine Wirksamkeit Bericht erstatten.

Digitized by Google

† † Stolp, den 7. Mai 1848.

Auch hier fand am verwichenen Donnerstage (den 4.) eine vorberathende Versammlung der Wahlmänner statt, welche zugleich Veranlassung ward, daß einige Kandidaten zur Abgeordneten-Wahl sich vorstellten, von denen der bisherige Abg. der Ritterschaft v. Gottberg, und der O.L.G.-Assessor Bucher vorzugsweise zu erwähnen sind. Zum Sprecher wählte die Versammlung den L.- und St.-G.-Director Walter, welcher über den Zweck der Versammlung einige einleitende Worte sprach und demnächst das Verzeichniß und die Reihenfolge der Redner aufstellte.

Der erste Redner war ein Herr v. Stojentin, der Sproß eines alten Geschlechtes, welcher, aus dem Offizierstande ausgeschieden, bisher mit mechanischen Künsten namentlich mit Winkelschriftstellerei sich beschäftigte und in den letzten Wochen in den kassubischen Dörfern Volksversammlungen abgehalten hat, in denen er, mit einem schwarz-roth-gelb angestrichenen Hut bekleidet, es hauptsächlich auf die Leichtgläubigkeit der Tagelöhner abgesehen, indem er x Morgen Acker als die erste Frucht der jungen Freiheit ihnen verheißen. Stojentin ist ein schöner Mann mit mächtigem Barte, äußerlich zum Agitator wie geschaffen, nur fehlt es innerlich. Seinem Komödiantenthum setzte er am Donnerstag dadurch die Krone auf, daß er an seinem Hut noch einen Zettel mit den Worten: „Wahlmann für Berlin und Frankfurt" angebracht und sich mit einer Cohors von Kassuben umgeben hatte, mit denen er in die Stadt einzog. Seine in leidenschaftlichem Tone gehaltene Rede in der Versammlung der Wahlmänner handelte zunächst nur von seiner eigenen werthen Person, namentlich von dem ihm noch beiwohnenden Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte, welche man nach den über ihn bekannten Antecedentien in Zweifel gezogen hatte. Die Unvorsichtigkeit, die er dadurch beging, daß er abzulesen versuchte, bereitete seiner Rede ein baldiges Ende. Es näherte sich plötzlich ein Steinsetzer Müller mit den Worten: „Ein freier Mann muß auch frei reden!" der Tribüne, entriß dem Redner das Concept und damit auch den Faden der Rede, welchen er nicht wieder aufzufinden vermochte. Auf den demnächst die Rednerbühne betretenden Prediger der hiesigen Altstadt, Schmidthals, welcher zur Besonnenheit und Ordnung ermahnte und eine Schilderung von den Erfordernissen eines Abgeordneten, wie er sein müsse, entwarf, folgte nunmehr der O.-L.-G.-Assessor Bucher. Derselbe legte sein Glaubensbekenntniß dahin ab, daß er ein starkes mit Schranken umgebenes Königthum wolle, stark nicht durch Beamte und Soldaten, auch nicht durch privilegirte Stände, sondern stark durch das Vertrauen. Als Schranken führte er an: eine entscheidende Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung (zwei Kammern durch Wahl — suspensives Veto.) Der Redner ging sodann auf die Mängel in der bisherigen Verwaltung über, insbesondere der Steuer- und Gemeindeverfassung, der geheimen Justiz mit privilegirten Gerichtsständen, der Kirchen-Verfassung, bei welcher er Presbyterien und Trennung der Kirche vom Staat für allein ersprießlich erachte. Zuletzt sprach der Redner von der Volksbewaffnung. Die Rede machte auf die Versammlung, welche der Mehrzahl nach aus Tagelöhnern bestand, einen so lebhaften Eindruck, daß, als er die Rednerbühne verlassen, er noch einmal auftreten und seinen Namen nennen mußte. — Ihm folgte ein Landmann, welcher in plattdeutscher Sprache seine Herzenswünsche dahin aussprach: Seine Königliche Hoheit (soll heißen: Se. Majestät) möchte gebeten werden, den kleinen Leuten ein Eigenthum (Grundbesitz) zu geben.

Bis hieher hatte die Versammlung einen ziemlich ruhigen Charakter. Als aber nunmehr der Kreis-Chirurgus Bauer auftrat und zur Versöhnung der besitzenden und arbeitenden Klassen sich die Bemerkung erlaubte, daß einzelne Gutsherren wahre Väter ihrer Leute seien, erhob sich ein solcher Tumult, daß der Redner abtreten mußte. Diese Stimmung vermochte auch ein Landmann durch eine Rede in Tractätchenstil über ägyptische Knechtschaft, die Wasserflüsse Babylons u. dgl. nicht zu ändern. Man hörte ihn so wenig mit Geduld an, als seinen Nachfolger, Prediger Hill aus Sagerih. Dieser konnte nicht umhin, einen Ausfall auf die glänzende Rede des Ass. Bucher zu machen, indem er meinte, zum Abgeordneten gehöre nicht blos eine Kenntniß der Staatswissenschaften, sondern, daß man Gott im Herzen trage; von oben müsse die Erleuchtung kommen, Menschenwissen sei Stückwerk. Diese allgemeinen Redensarten wurden noch ruhig angehört; als der Redner sich aber die Bemerkung erlaubte, daß alle Menschen nicht gleich sein könnten, und daß, wenn Gott dies gewollt, er dies längst so eingerichtet haben würde, rief plötzlich eine Stimme: „Aber nu hett bei det im Willen." Allgemeines Bravo, nicht lendenwollender Tumult; der Redner mußte abtreten.

Ebenso naiv wie die ebenerwähnte Bemerkung war der Wunsch, welchen ein Invalide, Büdner Rahn aus Rihow darauf aussprach. Er bat nemlich, daß der Landtag dafür sorgen wolle, daß jeder Büdner in seinem Dorfe Weide für eine Kuh und zwei Schaafe

Digitized by Google

bekomme, damit die armen Leute sich Strümpfe und „Händschkens“ (Handschuhe) stricken könnten. Ein anderer Landmann schlug vor, Friedrich Wilhelm den Vierten zu wählen; der würde Alles am besten einrichten. Die Geduld der Versammlung war durch diese Wünsche fast erschöpft und man gab zu verstehen, andere Redner nicht mehr hören zu wollen.

Es war daher eine schwere Aufgabe für den Gutsbesitzer von Gottberg, jetzt zum Worte zu gelangen und wurde das Schwierige durch seine Eigenschaft als Edelmann noch erhöht. Mit den energischen Worten: er mache nicht Anspruch etwas besseres zu sein, als der Tagelöhner, aber doch ebensoviel, erkämpfte er sich den Platz auf der Rednerbühne und hielt eine recht wackere Ansprache, in welcher er sich zugleich als Kandidat vorstellte. Als er sich aber auch der Stadt durch die Verfechtung des Freihandels empfehlen wollte und von dem Getreidehandel der Gutsbesitzer sprach, ward er von einem Tagelöhner unterbrochen, welcher es für sehr vortheilhaft erachtete, wenn der Gutsbesitzer sein Korn nicht absetzen könne, da dann „die armen Lüde keenen Leinsaamen to eten brukten.“ Ihm folgte der Gutsbesitzer Baron von Courbière aus W. Plassow, welcher die Versammlung ermahnte, sie möchte nicht zu viel vom Gutsbesitzer verlangen und wenn sie keinen Gutsbesitzer wählen wollten, so möchten sie einen Kaufmann, einen Gewerbtreibenden, allenfalls einen Tagelöhner wählen, aber sonst Niemanden. Von den übrigen Rednern zeichnete sich noch ein Lehrer Moldenhauer aus Stojentin aus, welcher durch seine, die Leiden der kleinen Leute auf dem Lande berührende Rede sich viel Beifall erwarb. Die Versammlung schloß mit einem allgemeinen Tumult hauptsächlich dadurch herbeigeführt, daß der Prediger Schmidthals einige der Mehrheit mißliebige Kandidaten in Vorschlag brachte. —

§. Anclam.

In der ersten öffentlichen Stadtv.-Sitzung wurde vorgeschlagen die schleunige Baggerung von „Elve und Bock“ zu beantragen. Seit Jahren haben unzählige Petitionen die Ausführung nicht zu erwirken vermogt, obgleich auf Sr. Maj. Befehl eine örtliche Untersuchung durch Hrn. Reg Baurath Scabell zu Stettin vorgenommen und die Ausführung der Baggerung von der Königl. Regierung zu Stettin verheißen ist. Jahre sind indeß vergangen, ohne daß etwas geschehen und zweifelt man hier, daß der Hr. Reg. Rath Scabell Berichte die Nothwendigkeit der schleunigen Ausbaggerung herausgestellt; deshalb wurde vorgeschlagen, in dem gedachten Wiederholungsgesuche den Antrag zu stellen 1) bei Berathung über diesen Gegenstand Herrn R. R. Scabell zu exkludiren, weil derselbe unser Vertrauen nicht hat; und 2) den Antrag nicht allein von dem Magistrat, den Stadtv. und der Kaufmannschaft, sondern von der ganzen Einwohnerschaft ausgehen zu lassen, da nicht die Kaufmannschaft allein, sondern jeder Stand und jeder Einwohner dabei betheiligt ist. — Dieser Petition werden sich hoffentlich Tausende aus den Nachbarstädten Demmin, Jarmen und Gützkow, die ebenfalls durch die Versperrung der Wasserstraße leiden, anschließen, weshalb vorgeschlagen, daß Commissarien der vier Städte zur Abfassung der Petition zusammentreten. Unser Buchhändler Hr. Dietze, Mitglied des hiesigen konst. Klubs, macht öffentlich bekannt, daß alle politische Broschüren bei ihm zu haben „nur keine Schmähschriften“. Die Staatscensur sind wir los, nun dringen sich uns die Buchhändler als Vormünder und als Censoren auf. Ein Beginnen, das entweder unverschämt oder unverständig. Von dem Buchhändler verlangen wir, daß er unsere Aufträge ausführe, nicht aber, daß er sich zum Censor und Kritiker unserer Lektüre aufwerfe, was ebenso wenig des Buchhändlers Sache wie die Entscheidung darüber, ob eine Schrift eine Schmähschrift sei oder nicht.

Δ Regenwalde

Den 26. April. — Gestern Vormittag fand hier auf dem Schützenplatze eine Volksversammlung Statt, in welcher die Aufrufe des konstitutionellen Klubs in Stettin verlesen wurden. Gleich darauf trat ein Commitee, bestehend aus hiesigen Literaten, Bürgern und Arbeitern, zusammen, stiftete einen konstitutionellen Verein, dessen erste öffentliche Sitzung noch am gestrigen Abend 8 Uhr in der Behausung des Kaufmann Hrn Kempe stattfand.

Zum Leiter der Verhandlungen wurde der Rathmann Herr Tiegs junior ernannt. Die einleitende Rede hielt der hiesige Docent für Nationalökonomie und Landwirthschaftsrecht, Dr. Kretschmer. Derselbe gab in kurzen Worten eine historische Uebersicht unserer Staatsverfassung in den letzten 50 Jahren, der Bedeutung der jetzigen Zeitfragen, ermahnte zu Einigkeit und Gesetzlichkeit im Handeln und warnte vornämlich vor einseitiger, feindseliger Opposition der einzelnen Gesellschaftsklassen. — Der Bürgermeister Rackwitz erörterte sodann die Formalitäten des bevorstehenden Wahlaktes, worauf der erste Redner nochmals das Wort nahm, den Begriff des Wortes Preßfreiheit verdeutlichte, und sodann einiges über die Aenderung des Steuersystems sprach, vornehmlich dabei

Digitized by Google

auf die auch hier schon Wurzel fassende kommunistische Idee einer Theilung des Besitzes zur Sprache brachte, die praktische Unhaltbarkeit und Ungerechtigkeit derselben auseinandersetzte, und von übertriebenen Wünschen und Forderungen abmahnte. Der übrige Theil des Abends verstrich in lebhafter Diskussionen über das Vorgetragene. — Es war eine sehr erfreuliche Genugthuung für alle Volksfreunde, zu sehen, mit welcher Ruhe und Einsicht die Versammlung bis in den untersten Schichten sich bewegte, und es wäre dieser Abend eine herrliche Lehrstunde für die gewesen, die noch an dem gesunden tüchtigen Sinne des Volkes zweifeln, und meinen, Vernunft und freies überzeugungstüchtiges Wort finde bei dem kleinen Handwerker und dem Tagarbeiter keinen guten Ort. Vertrauet nur dem Volke, ihr Vornehmen und Reichen, dann wird es auch euch vertrauen.

Stettin.

Stadtv.-Versammlung, den 9. Mai 1848. Antrag des Möbelhändlers Hrn. Lindenberg auf Erstattung des ihm durch den neulichen Exceß der Tischlergesellen verursachten Schadens. Wenngleich man der Ansicht war, daß eine rechtliche Verpflichtung der Commune zum Schadenersatz nicht bestehe, so wurde doch mit großer Wärme von mehreren Seiten dafür gesprochen, daß man aus Gründen der Billigkeit dem Hrn. Lindenberg seinen Schaden ersetzen müsse. Hr. Lindenberg hatte denselben auf 1200 Rthlr. 25 Sgr. 6 Pf. angegeben, und man beschloß, einer Commission die Taxirung des Schadens zu überweisen, jedoch um sofort zu helfen, dem Beschädigten 500 Rthlr. jetzt auszahlen zu lassen. Ein Antrag des Hrn. Trieß, die eventuelle Ersatzverbindlichkeit der Commune für alle, bei Tumulten zugefügten Schäden zu beschließen, wurde als noch nicht gehörig vorbereitet, an den Magistrat verwiesen. Hr. Meister referirt sodann noch einmal über die Bürgerwehr, jedoch diesmal nur darüber, daß sie organisirt sei, und vorläufig so bleiben solle wie sie sei. Interessant war der Vortrag des Hrn. Trieß über die Mahlsteuer. Nach einer vom Magistrat nach den Jahren 1844, 45, 46 aufgemachten Berechnung bringt die Mahlsteuer jährlich 69,920 Rthlr. ein. Nach Abzug des ⅓, was der Staat vorläufig aufgiebt, würden somit 51,667 Rthlr. durch eine direkte Steuer aufzubringen sein, wenn man die Mahlsteuer aufgäbe, während, wenn man sie beibehielte 17,962 Rthlr. für die arbeitende Klasse verwendet werden würden. Zur Aufbringung der 51,667 Rthlr. sollten die direkten Portionen in zunehmendem Verhältniß vergrößert werden, so daß z. B. die halbe auf eine ganze, und 40 Portionen auf 120 erhöht würden. In Berücksichtigung dieser Verhältnisse wurde einstimmig beschlossen, die Mahlsteuer beizubehalten — Schließlich wurde ein Antrag der Zimmer- und Maurergesellen, ihren Lohn zu erhöhen, ohne bedeutenden Einspruch dahin angenommen, daß der Tagelohn für den Winter auf 17½ Sgr., für den Sommer auf 20 Sgr. für die Kämmereiarbeiten festgesetzt werden solle. Man ging dabei von der Ansicht aus, daß, da beide Gewerke im Winter wenig verdienen könnten, der bisherige Lohnsatz zu niedrig sei, daß man ferner auch beiden Gewerken ein Zeichen der Anerkennung für ihr bisheriges gesetzmäßiges Verfahren geben müsse Der Magistrat theilte hiebei mit, daß man den Tischlern auf ihren Antrag, den Lohn zu erhöhen, geantwortet habe, sie hätten sich durch die begangenen Excesse solcher Bewilligungen unwürdig gemacht. Der Antrag auf Verminderung der Arbeitszeit wurde abgewiesen. S.

Druckfehler. In No. 12. S. 282 Z. 10 von oben ist statt „fremden" zu lesen „freiem Volke."

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumerationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin, große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 14.

Sonnabend den 13. Mai.

Inhalt: Zur Charakteristik unserer Militairverhältnisse. Die Bourgeoisie und das Volk. Über Volksbewaffnung. Die Schuldhaft. Aufruf an die Deutschen zur Befreiung der Polen. Berliner Nationallied aus dem Jahre 1831. Berichte aus Regenwalde, Cöslin.

Zur Charakteristik unserer Militairverhältnisse.

Der Ingenieur-Offizier Hr. Bluhm unterschrieb am 19. April als Mitglied des konst. Klubs in Stettin eine von diesem ausgehende, vom Reg.-Rath Hrn. Zitelmann verfaßte Proklamation an die Bewohner Pommerns, worin diese über die jetzigen Verhältnisse belehrt wurden. Am 4. Mai wurde Herrn Bluhm von seinem Vorgesetzten eröffnet, daß eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet, jene Proklamation dem Kriegsministerium eingeschickt sei und daß er eine Bestrafung zu erwarten habe. Vergebens berief sich Hr. Bluhm auf Associationsfreiheit, Preßfreiheit ꝛc. Es wurde ihm ein Ministerialrescript vom 27. April d. J. vorgehalten, wonach kein Offizier sich bei einem politischen Akt betheiligen dürfe. Am 11. Mai Nachmittags wurde Hrn. Bluhm plötzlich eröffnet, daß er nach der Festung Graudenz versetzt sei, wohin er sich unverzüglich zu verfügen habe. Nur mit Mühe gelang es Hrn. Bluhm, zur Ordnung seiner Angelegenheiten, einen 24stündigen Aufschub dieser Strafversetzung auszuwirken. Herr Bluhm hat sich durch hohe wissenschaftliche Bildung, verbunden mit liebenswürdiger Anspruchslosigkeit hier allgemeine Achtung erworben und war überdies, irren wir nicht, zu mehreren Berathungen hiesiger Kaufleute, Schiffs-Rheder und Schiffskapitaine hinzugezogen. Jedenfalls sieht man Herrn Bluhm ungern auf diese Art von hier scheiden.

Dem einfachsten Begriffsvermögen ist es einleuchtend, wenn das Militair sich nicht bei einem „politischen Akt" betheiligen soll und darf, daß Militairpersonen dann weder als Urwähler, noch als Wahlmänner fungiren, noch auf Kommando stimmen dürfen, denn das eben sind „politische Akte," in weit höherem Grade als eine Unterschrift unter eine ganz unverfängliche Proklamation, die, wie jedem Unbefangenen einleuchtend, weder aufregend noch aufreizend nur Belehrung bezweckt.

Wir glaubten, die Zeit, wo das Recht und die Freiheit der Staatsbürger von Ministerialrescripten abhängig, sei begraben. Wir haben uns geirrt.

Die Bourgeoisie und das Volk.

Ein Wort zur Verständigung.

Unsere Zeit hat so viel mit wirklichen Feinden zu kämpfen, daß ein Kampf mit eingebildeten ein Ueberfluß wäre. Die wahren Gegensätze sind so groß, daß es unnöthig ist, sich mit falschen oder übertriebenen zu quälen. Aus dem Wort-

Digitized by Google

wechsel zweier Freunde kann unter falschen Voraussetzungen eine tödtliche Feindschaft entspringen, und ähnliches kann unter Umständen zwischen verschiedenen Klassen der Gesellschaft geschehen, die, wenn sie natürliche Klassen sind, von Natur die Bestimmung haben, Freunde zu sein.

Welche Bewandtniß hat es mit dem Gegensatz und der Feindschaft zwischen Bourgeoisie und Volk? — Wie viele Irrthümer, wie viele verkehrte Begriffe drängen sich in diesen beiden Worten zusammen!

Das Wort „Bourgeoisie" ist ein unangenehmer fremder Ausdruck, den wir hoffentlich bald wieder loswerden. Uebersetzen läßt er sich nicht. Die Franzosen machen den Gegensatz von Citoyen und Bourgeois; wir können ihn zwar annähernd aber nicht genügend durch Staatsbürger und Stadtbürger wiedergeben, wir können für Stadtbürger auch „Spießbürger, Geldbürger, Bürgeraristokraten" sagen und in der Schweiz unterscheidet man hie und da nicht übel „Bürger" und „Burger". Citoyen ist der Mensch mit der edlen Richtung auf das Gemeinwohl der Gesellschaft; Bourgeois ist er mit der engherzigen Beschränkung auf die eigene Person, oder den kleinen Kreis der Familie, der Vettern, der Ortsgemeinde. Der Unterschied in also hauptsächlich ein Unterschied der geistigen Richtung, ein Unterschied der Gesinnung. Ein Citoyen ist ein Patriot, ein Republikaner; — ein Bourgeois ist ein Egoist, ein Mensch von beschränkter, kleinlicher, eigennütziger Gesinnung, ein Mensch, der in Ermangelung eines geistigen Kraftgefühls, seine Ehre auf den Geldsack gründet, mag dieser groß oder noch so klein sein. Wenn man also Bourgeoisie durch Geldaristokratie übersetzt hat, so muß man das letzte Wort nicht falsch verstehen. Man kann mit einer Million ein Patriot, und mit sechs Kreuztrn ein Bourgeois sein. Demungeachtet bildet ein gewisser Geldadel den Kern und die Kraft der Bourgeoisie uud der übrige Theil der Klasse besteht hauptsächlich aus denen, die sich für den Abfall seines Ueberflusses an diesen anschließen. So treten Künstler, Gelehrte, Staatsbeamtete, welche in Berücksichtigung eines für ihre Neigung nicht zureichenden Einkommens einen Platz an der Tafel der Geldmenschen suchen, zu der Bourgeoisie. Es ist die Gemeinschaft in der Gemeinheit, das stille Einverständniß einer niedrigen Gesinnung, welche sie auf diese Seite führt.

Unter der Bourgeoisie also verstehen wir nicht einen Stand, nicht einen Kreis von bürgerlichen Beschäftigungen, nicht der Menschen, welche sich in einem geordneten auf Wohlstand gegründeten bürgerlichen Leben wohl befinden, — sondern die Menschenklasse, welche in dem engherzigen, selbstsüchtigen, niedrigen Bestreben zusammenhält, aus den Vortheilen des zufälligen Besitzes und des vom Zufall geregelten Erwerbes ein Vorrecht zu machen, die größere Masse des Volkes von diesen Vortheilen auszuschließen, — kurz die gesellschaftliche Ordnung, die früher auf die Ungleichheit der Geburt gegründet war, nun auf die Ungleichheit der zufälligen Glücksgüter zu gründen. Die Bourgeoisie ist die Aristokratie der Glückspilze und des Ungeziefers, welches sich auf ihnen nährt, — und wer sich nicht sagen muß, daß er zu diesen gehört, der kann, er sei reich oder arm, er habe diese oder jene Beschäftigung, er wohne in der Stadt oder auf dem Lande, er sei Bürger oder Bauer, der Schimpf des Wortes nicht treffen. Ein guter Bürger ist niemals ein Bourgeois.

Der Bourgeoisie steht, nachdem der Geburtsadel keine Bedeutung mehr hat, das sogenannte „Volk" gegenüber. — Das „Volk"? — Wie ist es doch gekom-

Digitized by Google

men, daß das schöne Wort einen so einseitigen Sinn erhalten hat? — Wie ist es gekommen, daß man unter dem „Volk" nur eine Volksklasse versteht? —

Aristokraten aller Art, von brutalen Königen herab bis zu dem niedrigen Rang aufgeblasener Heidelberger Hofräthe, verstehen unter dem Volke den „Pöbel," das „Gesindel," die „Canaille," — eine Menschenklasse, von der sie mehr zu wissen scheinen als wir, denn uns ist sie noch nicht vorgekommen. Wir kennen nur eine Klasse der Gesellschaft, die im Schweiße ihres Angesichts für alle jene unnützen schädliche Herren arbeitet; — die mit dem kleinsten Maße Lohnes vorlieb nimmt und an Genuß des Lebens kaum zu denken wagt; — die ihre geistigen Kräfte unter dem Drucke des Jochs verkümmern sieht, und die doch noch geistige Kräfte hat; — die nicht erzogen wird, und die doch jene Herren durch ihre edle Gesinnung beschämt; — die fast nichts zu opfern übrig hat, und die doch mehr opfert als die Vornehmen; die viel zu rächen hat, und die sich doch nicht rächt — eine Klasse der Gesellschaft, die, weil sie der Träger aller Volkstugenden ist, auch mit Recht den Ehrennamen des Volkes trägt, der ihr gebühret, so lange die Schlechten etwas Besseres sein wollen als die Guten. Dieses „Volk" trägt allerdings unsere Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Ihm weihen wir unsere Kraft; zu ihm zu gehören ist unser Stolz. — Aber wir bilden damit eine Kaste, wie die Bourgeoisie. — Das Volk ist die Nation; und nur der gehört nicht dazu, welcher sich selbst durch den thörigten Sondergeist des Eigennutzes und der Eitelkeit davon ausscheidet. Zum Volke gehört jeder gute Bürger!

Julius Fröbel.

Ueber Volksbewaffnung.

Unser Heer ist zwar auch aus dem Volke hervorgegangen, aber man hat es durch eine Ausnahmestellung von demselben zu trennen gewußt, man hat den Geist desselben durch eine pedantische Erziehung erstickt, durch die sogenannte Disziplin einen blinden Gehorsam erzwungen und aus freien Menschen willenlose Werkzeuge des Despotismus gemacht. Um solches zu bewerkstelligen, war es nothwendig mit einem großen Aufwand von Kosten dem Lande für lange Zeit nützliche Arbeitskräfte zu entziehen. Einer gut organisirten Volksbewaffnung ist es allein möglich, diesen Uebelstand vollständig zu beseitigen. Vielen erscheint freilich die gänzliche Aufhebung der stehenden Heere noch als eine Unmöglichkeit, sie halten dieselbe wenigstens zur Führung auswärtiger Kriege für unentbehrlich. Aber auch abgesehen davon, daß ein Krieg unter freien Völkern gewiß stets zu den größten Seltenheiten gehören wird, so möchten wir jene Zweifler doch fragen: wer im vorigen Jahrhundert die französische Republik rettete, als ganz Europa mit seinen kriegsgewohnten Truppen auf dieselbe einstürmte, das Heer oder das Volk? — das Volk war es allein, das undisziplinirte, unexerzirte, aber für die Erhaltung seiner Freiheit begeisterte Volk. Auch unser Volk wird für die Freiheit jederzeit in die Schranken treten, um sie zu erobern und zu erhalten; was wir bedürfen, sind nur Instruktoren, die dasselbe mit dem Gebrauch der Waffen vertraut machen, und Offiziere, die es im Felde zu führen verstehen. Die geringe Zeit, deren es bedarf, um Jeden mit dem Gebrauch der Waffen vertraut zu machen, findet sich am Ende leicht, ohne ihn ganz und gar seiner gewöhnlichen Lebensthätigkeit zu entziehen; ein Milizsystem, so wie es die Schweiz z. B. hat, nimmt den Einzelnen lange nicht so sehr in Anspruch, als bei uns die Dienstpflicht für das stehende Heer und die Landwehr; und doch stellte die Schweiz in 14 Tagen 100,000

Digitized by Google

schlagfertige Truppen! Die Offiziere sollten vor Allem das Vertrauen derer genießen, welche sie führen sollen; sie müssen daher aus freier Wahl derselben hervorgehen. Die Schule der Offiziere ist der Krieg, mehr als die Schule; den meisten und tüchtigsten Generalen Napoleons fehlte die theoretische Kriegsbildung, sie waren als gemeine Soldaten in die Revolutionsarmee eingetreten. Ein tüchtiger General wird nicht erzogen, er wird geboren, es bedarf dazu des Genies, und das kann sich nur im Felde zeigen. Aber man kann ja festsetzen, wie es jetzt schon in der Schweiz ist, daß jeder, der auf eine Offizierstelle Anspruch macht, eine Kriegsschule besucht haben muß. Ohne Zweifel werden die meisten Offiziere unseres stehenden Heeres unfähig sein zur Führung einer Revolutionsarmee. Ihrem Geiste ist zu früh die Zwangsjacke angelegt.

Die Bürgergarde, welche jetzt in den meisten Städten gebildet ist, hat mit einer Volksbewaffnung nur sehr entfernte Aehnlichkeit. Nicht zum Schutz der Freiheit, sondern zum Schutz des Eigenthums ist sie an den meisten Orten zusammengetreten, d. h. bei Licht besehen, zur Unterdrückung jeder der Bourgeoisie feindlichen Meinung. Sie verrichtet den Dienst der Polizei mit der größten Aengstlichkeit und nicht selten mit größerer Härte; sie ermüdet sich unnütz durch Wacht- und Patrouillendienst, und macht es den arbeitenden Klassen dadurch unmöglich, sich daran zu betheiligen. Auch liebt sie durchgängig nur solche in ihren Reihen, welche etwas haben und schließt den wackeren Arbeiter gern aus, während sie die Anhänger des alten Regiments, Polizisten und Büreaukraten, mit offenen Armen unter ihre Mitglieder aufnimmt. Der geflüchtete Paderborner Adel thut leidenschaftlich Bürgergardendienste. Die Bürgergarde ist bereits der Heerd der Reaktion geworden; es ist die höchste Zeit, daß sie aufgelöst und durch wahre Volksbewaffnung ersetzt werde. (Westph. Dampfboot.)

Die Schuldhaft.

Am 10. März veröffentlichte der Moniteur folgendes Dekret:

„Die provisorische Regierung der Republik — in Erwägung, daß die persönliche Verhaftung von Schuldnern, Ueberbleibsel der römischen Gesetzgebung, welche die Personen den Sachen gleichstellte, mit unserem öffentlichen neuen Recht unverträglich ist; in Erwägung ferner, daß, wenn die Rechte der Gläubiger den Schutz des Gesetzes verdienen, sie doch nicht durch Mittel geschützt werden dürfen, welche die Vernunft und die Menschlichkeit empören, daß die Unredlichkeit und der Betrug ihre Unterdrückung im Strafgesetze finden, und daß eine Verletzung der Menschenwürde in dieser Veranschlagung liegt, welche aus der Freiheit der Bürger ein gesetzmäßiges Aequivalent für eine Geldschuld macht — verfügt: In allen Fällen, wo das Gesetz die persönliche Verhaftung als Mittel für den Gläubiger die Bezahlung einer Geldschuld zu erlangen, autorisirt, soll die Anwendung dieser Maßregel aufhören, bis die National-Versammlung definitiv über die körperliche Verhaftung beschlossen haben wird."

Wir haben uns schon früher gegen die Verletzung der Menschenwürde durch die Schuldhaft mehremale ausgesprochen, wir halten es mit der Würde der Menschen, mit der Freiheit der Bürger unvereinbar, daß jemand einer Geldschuld wegen über die Person, über die Freiheit eines Bürgers verfügen kann, weshalb wir das Dekret der französischen Regierung mehr als es bisher geschehen, der Beachtung und Nachfolge in Deutschland empfehlen.

Digitized by Google

Aufruf an die Deutschen zur Befreiung der Polen.

Befreite deutsche Männer! Wir haben im März das System der Unterdrückung gestürzt, demokratische Staaten sich selbst regierender Völker sollen nun gegründet werden, die Revolution im Innern ist gemacht; aber sie ist verloren, wenn die äußere Politik nicht die Politik unserer Revolution wird. Unsre Freiheit im Innern wird gegründet werden, wenn wir uns nach Außen mit ihren Feinden verbünden. Dieses Bündniß besteht noch. Krakau ist bombardirt worden, die Posener Polen werden verfolgt, die russischen Heere stehen an der Grenze, der russische General Rüdiger stellt sich nach wie vor zur Disposition des Commandanten von Krakau; der österreichische General Castiglione beruft sich auf den russischen General Rüdiger; die Erklärungen Preußens lassen uns keinen Zweifel übrig, daß die Eroberung Preußisch-Polens behauptet werden soll; die Constitution der österreichischen slavisch-deutschen Staaten, welche soeben publicirt wurde, schließt Galizien ausdrücklich ein, die Wiedereroberung Italiens wird von der österreichischen Regierung mit aller Kraft versucht; und schon erhebt mitten unter Euch, deutschen Männern, die Ihr Euch kaum zur Freiheit hindurchgekämpft, der alte blinde Nationalhaß seine Stimme und schreit: unterjocht Italien, züchtigt die polnischen Aufrührer! Wir sagen, daß alte Bündniß zur Unterjochung der Völker, jene unheilige Allianz der drei nordischen Mächte besteht noch, die Thatsachen beweisen es sprechend; es besteht nicht nur, es handelt, es handelt nicht nur, es zieht siegreich gegen alle freien Regungen im Süden und im Osten zu Felde. Und Ihr, befreite Deutsche, Ihr wolltet Euren ehrenvoll wiederhergestellten Namen beflecken und Haß gegen die Polen und Italiener predigen? Selbst wenn die Polen und die Italiener Euch haßten, weil Ihr sie noch nicht freigegeben habt, wolltet Ihr sie darum in der Knechtschaft zurückbehalten? Ihr wolltet es vergessen, daß ein Sklavenbesitzer kein freier, sondern ein roher Mensch ist? Ihr wolltet noch einmal Eure Freiheit zu Hause vergessen und versäumen, und mit Oesterreich und mit Rußland zur Unterjochung Polens und Italiens ins Feld ziehen? Ihr wolltet den größten Gedanken unsers Jahrhunderts, die Freundschaft der befreiten Völker, verkennen? Thut es nicht! Ihr würdet mit dem Untergange Polens und Italiens selber zu Grunde gehen. Ihr hättet kein Princip, wenn Ihr die Befreiung unserer polnischen und italienischen Brüder aufgäbet, keinen edlen Gedanken, der die Welt für Euch gewönne, wenn Ihr gegen die Unterdrückten zu Felde zöget und der Republik, die sie befreien will, den Krieg erklärtet, Ihr wäret verloren und erdrückt zwischen dem rohen Despotismus des Nordens und dem enthusiastischen jungen Freistaat der Franzosen. Thut es nicht! Wählt nicht die Allianz mit dem Despotismus, greift in Euren Busen und folgt Eurem edlen Herzen; erhebt Euch mit einem Schrei des Entsetzens über das Attentat der Reaction, welche Polen und Italien von Neuem unter ihr eisernes Joch beugen will. Habt den Muth der Freiheit und den schönen Ehrgeiz, keines Tyrannen Freund zu sein. Deutsche Männer! Deutsch ist jetzt die Gerechtigkeit, deutsch ist die Volksfreiheit, deutsch ist die Verbrüderung mit den befreiten Völkern, mit den Franzosen, mit den Italienern und mit denen, die wir zusammen aus ihren Ketten noch befreien müssen. Seid also nicht darin deutsch, daß Ihr gegen die andern Völker Euch zum Haß erhitzt, sondern darin, daß Ihr die Liebe zur Freiheit, die jene beseelt, in Eure Sprache, in Eure eigne Begeisterung übersetzt. Die dringende Noth, der drohende Ausbruch gegen die Polen hat in unserer Stadt einige freigesinnte Männer zusammengeführt, um die große Sache unserer glorreichen Zeit, die Verbrüderung der Völker vor dem engherzigen Nationalhaß zu retten, vor der Zwietracht der Herren und der Sklaven, die aus den Zeiten der despotischen Eroberer stammt und nun noch einmal in unserer Mitte laut werden will. Schließt Euch an uns an! Wir Deutsche wollen den Polen beistehen; wir haben sie unterjocht, wir müssen sie jetzt befreien; und wir können es. Wir können jetzt laut unsere Wünsche und unsern ernsten Willen verkündigen; und es ist nichts nöthig als diese Verkündigung, um Europa zu retten und die Verwüstung eines Krieges, in dem die Barbaren unserer Bundesgenossen wären, von unsern Fluren fern zu halten. Die befreiten Polen werden die Freunde der Deutschen sein und das Recht und die Freiheit der deutschen Nation weder verletzen wollen, noch verletzen können. Die Unterjochung der Völker existirt nicht mehr, sobald der Despotismus in seinem letzten Schlupfwinkel besiegt ist. Also schließt Euch an und erhebt mit uns Eure Stimme; ruft einmüthig aus: Deutschland will mit der französischen Republik und mit allen freien Männern in Europa, ja mit einer großen Partei selbst in Rußland **die Wiederherstellung Polens und die Befreiung dieser heroischen Nation**. Schließt Euch an! ruft es mit uns, und die Mauren dieses neuen Jericho der Tyrannei, sie stürzen vor Eurer Stimme. Das Polencomité in Leipzig.

Arnold Ruge, Präsident. Schanz, Secr.

Digitized by Google

Berliner Nationallied aus dem Jahre 1831.

Chor.

Dieſen Kuß den Moskowiten,
Deren Naſen ſind ſo ſchmuck;
Rom mit ſeinen Jeſuiten
Nehme dieſen Händedruck!

Jarke.

Züchtig mit geb.ugtem Nacken
Treten fromm wir zum Altar,
Uns am Buſen ruhn Koſaken
Und im Weihrauch ſteht der Zar!
Seit das Reich der Jagellonen
Fromm wir unter uns zerſtückt,
Sind verſchmolzen unſre Kronen,
Weil uns gleiche Tugend ſchmückt.

Chor.

Seit Mongolen und Berliner
Umgewälzet jenes Reich,
Lachen wir der Jacobiner,
Denen wir an Thaten gleich.

Ancillon.

Wer mit Frankreich abgeſchloſſen
Einen Bund, begeht Verrath,
Doch Kirgiſen als Genoſſen
Wählen, welche deutſche That!
Unſre Reiche ſind wie Schweſtern,
Schon vermiſcht ſich Mir und Dir,
Beide ſind wir ja von geſtern,
Alle Völker haſſen wir.

Chor.

Wo ein Reſt der alten Größe
Noch ſich regt und kommt zu Tag,
Tödten unſre Rippenſtöße,
Ach, der Pulſe letzten Schlag.

Generalſtabsoffizier.

Zehnmalhunderttauſend Knuten
Hau'n im Nothfall tüchtig ein,
Und Europa wird verbluten,
Wird unendlich ruhig ſein!
Unterthänigkeit erwarte
Jeder Herrſcher wie der Zar,
Ausgenommen Bonaparte,
Weil er nicht von Adel war.

Chor.

Schon in Moskau's Racheflammen
Ward zu Staub der größte Thron,
Aſien rafft ſich nun zuſammen
Mächt'ger als Napoleon.

Eine heimliche Stimme.

Seine Herrſchaft war vergänglich,
War geknüpft an ihn allein:
Unabwendbar, überſchwänglich
Wird des Mogul ſeine ſein!
Da er nichts thut als erobern,
Wird er uns nicht überſehn,
Gerne wird er ſeinen Lobern
Eine kleine Kette drehn.

Chor.

Ach, wir ſchwelgen im Genuſſe,
Daß bereits zu dieſer Friſt
Jener vielgeliebte Ruſſe
Unſer nächſter Nachbar iſt.

Stägemann.

Schmied' er uns ein Joch von Eiſen,
Wir gehorchen i!m geſchwind,
Wollen aller Welt beweiſen,
Daß wir keine Polen ſind!
Möcht' er doch in kalte Steppen
Bannen uns, wir nehmen's an,
Möcht er unſre Kinder ſchleppen
Nach dem fernen Aſtrachan!

Chor.

Möcht' er uns mit Hunden hetzen,
Wir ertragen's voll Geduld:
Einem Zar ſich widerſetzen,
Welch' Verbrechen, welche Schuld!

Hofdemagog.

Für verſtandlos mögen Gecken
Uns verſchrei't und unſern Sand,
Fremden Speichel aufzulecken
Braucht man nicht ſo viel Verſtand.
Als den Spucknapf ſeiner Gnaden
Leerte mein beredter Mund,
Kniff den Zar ich in die Waden,
Denn ich bin und bleib' ein Hund.

Chor.

Dieſen Kuß den Moskowiten,
Deren Naſen ſind ſo ſchmuck;
Rom mit ſeinen Jeſuiten
Nehme dieſen Händedruck!

Graf Platen.

Digitized by Google

Berichte.

Regenwalde.

Ein reactionäres Monstrum! Der hiesigen Stadtverordnetenversammlung ist nachstehendes Curiosum zugegangen, welches die unsinnigen Reactionsbestrebungen gewisser Dunkelmänner so recht deutlich darlegt, glücklicher Weise aber auch hier fast überall nur ein verächtliches Lächeln hervorgerufen hat. —

„An die Herren Stadtverordneten in Regenwalde.

Berlin, den 15. April 1848.

Die hiesige Spenersche Zeitung vom 14. d. M. enthält die Mittheilung, daß Ihr Herr Stadtpfarrer sich geweigert hat einen Trauergottesdienst für die Gefallenen zu veranstalten und daß sie dagegen eine Erleuchtung der Stadt bewerkstelligten, an welcher der obscurante Herr nicht Theil nahm, ohne daß demselben etwas Böses widerfahren wäre. — Auf diese Anzeige erlaube ich mir im Namen vieler Gleichgesinnten, Ihnen eine kleine Auseinandersetzung hiermit vorzulegen. Sie befinden sich nämlich, meine Herren, sehr im Irrthume, wenn Sie glauben, daß die Thaten vom 18. März hier von allen Bürgern gutgeheißen werden, und daß wir Alle diesen 18. als den glorreichsten Tag Preußens preisen. Nein meine Herren, und nochmals nein, hier denken Tausende wie Ihr würdiger Pfarrer, daß dieser Tag Preußens Geschichte ewig schändet, und daß das vergossene Blut laut uns anklagen wird vor Gottes Thron. Alles (?) war ja schon am 18. von des Königs Majestät bewilligt, als der Pöbel (sic!), von fremden Aufwieglern gehetzt, sich immer mehr dem Militair näherte und laute Drohungen ausstieß. — Im Anfange war es nur ein Straßenkrawall, die politischen Folgen ergaben sich erst später. Überhaupt müssen sie einen Unterschied zwischen Bürger und Pöbel machen. Der besitzende Bürger zog sich still in seine Wohnung zurück, der Pöbel aber und die Fremden, die Geld austheilten, führten auf der Straße das Wort. Kein Gutgesinnter wagte es, den Barrikaden hemmend in den Weg zu treten, wäre der Anfang von einem Muthigen gemacht, vielleicht von einem Prediger, er hätte viel Unterstützung schnell gefunden und nicht so Blutiges wäre entstanden. Wer hat denn eigentlich Preßfreiheit, Volksbewaffnung u. s. w. verlangt? Man antwortet: das Volk, die Bürger Falsch! ich will es Ihnen sagen. Die Litteraten, die Polen, die Studenten, die Fremden und dann das ganze Gesindel, das immer mitschreit, so wie einer den Anfang macht. Glauben sie auch nicht, daß hier die Bürger gern den Dienst thun, dürfte jeder sein Gewehr wieder abgeben und den Dienst quittiren, es sähe schlimm mit der Mannschaft aus. Was soll auch der Kaufmann, der Handwerker für Interesse haben Posten zu stehen? Wachen zu thun? Was die Studenten betrifft und andere Laffen, denen macht es freilich Vergnügen mit rasselndem Säbel durch die Straßen zu ziehen, warum sollten sie auch studiren? Der Theologe kann Gottes Wort immer später nach seinem Interesse deuten, der Jurist wird immer einen Rechtsgrund finden; was doch jetzt durch die Presse bewiesen wird, welche die Mörder „unserer theuren Todten unsere Brüder" nennt, und an heiligster Stätte für sie betet — Man betet für diese Ehemänner, die Frau und Kind verließen um auf der Straße gegen die Obrigkeit sich auflehnend die gerechte Strafe zu finden. Hatten sie ihrem Weibe nicht Treue gelobt, und sie verließen sie, ohne doch das Ende des Ganzen zu kennen und zu wissen, daß die hinterbliebene Familie vom Staat erhalten werde. Hatten sie ihrem Könige nicht Treue geschworen, und sie kämpften gegen seine Soldaten, ihre eigenen Landeskinder! O der Schmach! Und aus welchem Grunde kämpften sie? War es ein heiliger Krieg, waren die Angreifer Türken? — Was war ihnen bedroht? — Würde man fragen, welche Antwort erhielte man? Ich weiß es nicht! — Hätte jeder seine Pflicht erfüllt und wäre ruhig vom Schloßplatz nach Hause gegangen, oder noch besser, wäre gar nicht hingegangen, wahrlich es stünde besser mit uns, denn die großen Güter, mit so theurem Blute erkauft, wie die Presse sagt, sind noch nirgends wahrzunehmen, und werden auch wohl schwerlich erscheinen Wie mußte unserem theuren Könige das Herz bluten, mit welchen Empfindungen sah er die Bahren der Mörder bei sich vorbeitragen, der Mörder, die seine armen unschuldigen Soldaten so meuchlerisch umgebracht hatten? Das war der glorreiche, ruhmvolle Tag in der preußischen Geschichte. O die Schmach, die Schande ist gar nicht wieder abzuwaschen. — Oder bin ich blind, und kenne ich nicht, was Recht und Unrecht ist Oft frag ich mich selbst so und werde irre, was so viele Männer loben, tadle ich, wo so viele von Tapferkeit und Heldenmuth sprechen, finde ich Blutdurst und Gottlosigkeit. Wo ist Recht, wo ist Wahrheit? Doch braucht jeder nur der Stimme im Innern zu folgen, sollte ihm die nicht das Rechte zeigen? — Die Addressen aus Pommern an den König, erregen hier eine große Freude (?) sie zeigen doch deutlich, daß es noch viele Preußenherzen giebt, die es redlich mit ihrem an-

Digitized by Google

gestammten Könige, mit ihrem Vaterlande meinen (???). Warum, meine Herren, haben Sie den Namen Ihres würdigen Pfarrers in den Zeitungen verschwiegen, ich hätte ihm gern meine Hochachtung für seinen Muth gezollt, solche Männer hätte ich in meiner Nähe gesehen, am sogenannten glorreichen 18. Ich ersuche Sie höflichst in meinem und der Meinigen Namen dem werthen Manne die volle Anerkennung seiner schönen Handlung darzubringen, wir Alle hätten in seiner Stelle wohl eben so gehandelt, aber mit den Wölfen muß man heulen. — Hier weht von allen Häusern die große dreifarbige Fahne, alles trägt solche Kokarden, im Herzen denkt aber doch jeder, d. h. wohl die Mehrzahl, ächt Preußisch. Wenn sie mir nicht zürnen, daß ich so dreist war, Ihnen meine Gesinnungen so offen darzulegen, so bitte ich ergebenst, lassen Sie gefälligst ein Wörtlein als Antwort in der Haude und Spenerschen Zeitung für uns treugesinnte in der Mordstadt (!) Berlin einrücken, wir werden dann erkennen, daß auch im fernen Pommerlande ächt vaterländische Herzen für König und Reich schlagen. Bitte nochmals unsere Grüße dem werthgeschätzten Herrn Pfarrer, er hat hier viele, sehr viele Gleichgesinnte. Glauben sie auch nicht, daß Eigennutz mich so sprechen läßt, ich stehe mit dem Hofe in durchaus keiner Verbindung, bin kein Angestellter, kein Beamter, sondern ein schlichter, junger Bürger der Stadt Berlin, der aber auf diese Würde seit 4 Wochen nicht mehr stolz ist. Bitte meinen Freimuth nicht übel zu nehmen, möge der gütige Himmel Sie Alle in seinen gnädigen Schutz nehmen! Nochmals Antwort bittend

verbleibe ich hochachtungsvoll

Schill zu Jasa.

Köslin.

In der Hendeßschen Offizin wurde vor kurzem die Vervielfältigung eines in der Stettiner Zeitung mitgetheilten Gedichtes „die Pommersche Landwehr 1848“ bestellt, um es an die Landwehrmänner des hiesigen Bataillons zu vertheilen. — Die ersten Verse (Strophen) desselben enthalten in einer offenbar zu kühnen Herausforderung der Russen und Polen, der Dänen und Franzosen und der deutschen Republikaner obendrein, eine ans Lächerliche grenzende Ueberschätzung des eigenen Werthes und der eignen Kraft, so bewährt und tüchtig sie auch sind: Schlimmer und von ernsterer Art ist der Umstand, daß die fünfte Strophe jenes Gedichts (?) nicht nur die jämmerlichste, zopfthümliche Engherzigkeit, sondern auch die unbesonnenste, nichtswürdigste Aufreizung zum Ungehorsam gegen den König — den Gott segne — predigt. In jener Strophe heißt es zunächst: „Schafft erst die deutsche Einigkeit Dann stehn auch wir für sie bereit“; ich sollte aber meinen es wäre rühmlicher und eines braven Preußen überhaupt wie eines treuen Pommern insbesondere würdiger, dem Könige, der mit dem edelsten Eifer jene Einheit zu schaffen trachtet, dabei redlich zu helfen, als nur so hinterher erst, wenn sie fertig ist, sich mit sehr unzeitiger Großmuth zu ihrem Protector aufzuwerfen. Denn diejenigen Leute, welche mächtig genug waren das allerdings schwierige Werk der deutschen Einheit und Einigkeit zu „schaffen“, die werden dann wohl auch das viel leichtere vermögen „dafür zu stehen.“ — Und welche Schmach für uns, wenn uns dann weiter nichts übrig bleibt, als uns pflichtschuldigst bei ihnen zu bedanken für die Segnungen, welche jenes große, erhabene Werk auch über uns ausströmen wird. —

An verwegene Tollheit — oder sagen wir lieber an beklagenswerthe Dummheit — grenzt es aber, wenn es nun weiter heißt:

„Bis dahin gilt in Pommerland
Das Schwarz, Roth, Gold als eitler Tand,
Ohn allen Werth, Hurrah;
Die Pommersche Landwehr ist da.“

Wie, trägt nicht der König selber jene Farben? — Hat er sich nicht öffentlich das deutsche Banner vortragen lassen, zum Zeichen daß er kräftig und redlich die Einheit Deutschlands, die seit Jahrhunderten ersehnte, fördern will? — Hat er nicht all' seinem Heer befohlen die deutsche Kokarde aufzustecken um jedermänniglich zu erinnern an sein großes, königliches Wort: „Preußen muß fortan aufgehen in Deutschland“?! Bensemann.

Erklärung. Anonyme Einsendungen können nicht berücksichtigt werden. Wer nicht den Muth hat, der Red. seinen Namen zu nennen, spare die Dinte. Aus dunkelm Versteck Unverschämtheiten in die Welt zu schicken ist kein Heldenstück. — Der Artikel in No. 12 über die Stettiner Wahlen ist weder von der Red. verfaßt, noch veranlaßt, sondern von einem bei der Wahl betheiligten Wahlmanne ausgegangen, dem die Red. Unbefangenheit und Urtheilskraft zuzutrauen Ursache hat. Wenn der unbekannte Berichtigungsmann verlangt, wir sollten „genauere Erkundigungen“ einziehen, so ist das eine kindlich naive Forderung. Bei wem? Etwa bei dieser unbekannten Größe? Ist die Wahrheit bei ihm Pfund oder Scheffelweise zu haben?

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. № 15 & 16.

Dienstag den 16. Mai.

Inhalt: Protest gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen. Die verantwortlichen Minister. Wühler und Wühlereien. Die Polenfrage. The King cannot do wrong. Noch immer eine evangelische Landeskirche. Die Reform des Militairs. Ueber die Landwehr. Zur Charakteristik unserer Militairverhältnisse. Berichte.

Protest gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen.

Der konstitutionelle Klub in Stettin beschloß in seiner Sitzung am Montag einen Protest gegen die unzeitige, vom Ministerium schlecht motivirte Zurückberufung des Prinzen von Preußen. Eine derartige Manifestation erschien um so dringender und nothwendiger, da aus Stettin und der Provinz Pommern eine Petition für die Zurückberufung des Prinzen von Preußen eingereicht. Ein gänzliches Schweigen würde als Zustimmung gedeutet und jene Petition leicht als Ausdruck der öffentlichen Meinung der Provinz untergeschoben werden. Deshalb ist es nothwendig, daß alle diejenigen Klubs, Vereine ꝛc., die eine solche, die Ruhe des Landes bedrohende Maßregel nicht übereilt sehen wollen, sich unumwunden öffentlich aussprechen, damit die Wünsche jener Bittsteller, die sich schmeicheln der Prinz werde in Stettin residiren und hier „viel Geld verzehren", nicht als Wunsch der gesammten Provinz Pommern erscheinen.

Ein am Schluß aus Greifswald eingehender Artikel gegen die Zurückberufung muß für die nächste Nummer zurückgelegt werden.

Die verantwortlichen Minister.

Als die Führer der bisherigen Opposition mit der Verwaltung der Geschäfte beauftragt wurden billigten alle Parteien diese Wahl. Indeß hat das Ministerium Camphausen-Hansemann seiner Mission keineswegs genügt, gerechten Erwartungen nicht entsprochen. Die Führer der Opposition, tüchtige Geschäftsmänner, aber keine Staatsmänner, zeigen sich unfähig das Staatsschiff durch die brausenden Wogen der Zeit zu führen. Hervorgegangen aus dem Volke durch die Revolution, Diener des Volkes, haben sie es versäumt, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, diese zu leiten und mit der alten Beamten- und Polizeiwirthschaft entschieden zu brechen, weil es ihnen an Energie und Thatkraft, an Vertrauen zur neuen Ordnung der Dinge und an Vertrauen zum Volke fehlt. Die so nöthige Umbildung der Verwaltungsbehörden unterblieb, der souveräne Beamtenstaat wurde von den Ministern erhalten, die durchdrungen scheinen »von der alten Gewohnheit des Gehorsams«. Man beschäftigt sich mit der Verfassung der evangelischen Landeskirche, mit Ausweisung von Schneidergesellen und Schriftsetzern, die man hinterher als ungerechtfertigt und ungesetzlich zurücknehmen muß, man verbietet die »gefährlichen« Volksversammlungen im Freien und erklärt hinterher alle Volksversamm-

Digitized by Google

lungen für gefährlich. Ueberall halbe Maßregeln und nirgends ein entschiedenes Eingehen auf die Forderungen der Zeit und auf die Wünsche des Volks.

Wenn irgend ein Krieg populär in Deutschland, populär bei allen civilisirten Völkern, so war es der gegen Rußland, gegen das vom Czaren repräsentirte Prinzip des asiatischen Despotismus. Gegen das kleine Dänemark hat man den Krieg gewagt, Deutsche und Dänen, stammverwandte Völker stehen gegen einander in Waffen, während wir durch die unverantwortliche Rath- und Thatlosigkeit, durch die Angst und Furcht des verantwortlichen Ministeriums vor Rußland Krieg mit Polen haben und Schweden gegen uns in die Schranken tritt, Schweden, unser natürlicher Bundesgenoß, dessen Volk von hundertjährigem Russenhaß glüht, das Finnlands Verlust nimmermehr verschmerzen wird. Hätten die Minister den Muth gehabt und den ernsten Willen gezeigt gegen Rußland energisch aufzutreten, nimmer sähen wir Schweden gegen uns, Schweden, wo Abneigung und Haß gegen Rußland so groß und allgemein, daß vor einigen Jahren des damaligen Kronprinzen Oskar Sohn, der junge Herzog von Upland bei einem Festmahl ein russenfeindliches Lied mitgesungen. Selbst das dänische Volk ist einer Alliance mit Rußland, das offenkundig nach der Herrschaft in der Ostsee strebt, durchaus abgeneigt.

Im Innern die alte Polizei- und Beamtenwirthschaft, die »Gewohnheit des Gehorsams«, nach Außen Halbheit und Unentschlossenheit.

Das Volk wird, ruft die Reform, Rechenschaft fordern für die Politik, die Ihr bis heute befolgt habt: nicht die verblendeten Deutschen in Polen, die Ihr belehren mußtet, daß Freiheit die Freiheit für Alle ist, noch weniger die getäuschten Polen, die Ihr noch länger mit Hoffnungen nähren wolltet und deren edle Begeisterung nur Euer diplomatisches Treiben in wilden Fanatismus verwandelt hat, nicht sie, Euch selbst trifft die Schuld, wenn Rußland einerseits seine Sklavenhorden ins Herz von Deutschland schickt, wenn andererseits Frankreich den Bruch mit Oesterreich vollendet und einem geknechteten Volke zu Hülfe eilt. Wir wollen die Ruhe und den Frieden, Eure Politik giebt uns die Anarchie und einen Vernichtungskrieg. Wir könnten durch eine Freiheitserklärung Polens, das Werk der Reorganisation in Posen zum Heile von Deutschland vollenden; wir konnten die Polen zum Bollwerk der deutschen Freiheit, zu Brüdern des deutschen Volkes machen. Ihr aber habt der öffentlichen Stimme Hohn gesprochen, ihr habt gemeint, mit halben Maßregeln, mit leeren Phrasen ein erwachtes Volk in den Schlaf zu wiegen.

Ganz Deutschland schaudert bei dem Gedanken, daß Deutsche von Neuem Henker der Freiheit werden. Aber ganz Deutschland protestirt gegen die Rolle, die das preußische Ministerium die Deutschen in Posen spielen läßt. Nicht Preußen allein, ganz Deutschland fordert, daß redliche energische, Schritte geschehen, damit dem Blutvergießen ein Ende gemacht, damit der Friede der Völker, die sich verbrüdern wollen, gesichert werde. Jetzt gilt es, keinen Augenblick zu verlieren. Kein Vertrösten mehr auf die Versammlung in Frankfurt oder Berlin, denn jede Stunde ist kostbar, denn jeder Tag bringt neue und größere Gefahren über das Vaterland. Aber das Zutrauen, das wir in den Polen erwecken müssen, darf gegenwärtig nicht blos in Erklärungen liegen, es muß durch Thaten begründet sein.

Auch die Aachener Ztg. kann kein rechtes Zutrauen zu dem Kabinet fassen. Alles was wir bisher sehen, sagt sie, ist nichts als Halbes, nichts als Zögern und Zaudern. Welchen Widerstand die neue Gestaltung finde, zeigen die sich immer wiederholenden Gerüchte, daß diejenigen Männer, welche den Fortschritt vertreten, ihre Entlassung zu nehmen drohen. — Also eine Spaltung im Ministerium. „Wir wissen es wohl, versichert die Reform, daß nicht alle Glieder des Berliner Kabinets von gleicher Verblendung erfaßt sind, wir wissen es, daß sie vom Könige die

Digitized by Google

Rückberufung der Truppen und die der Generale Colomb und Steinäcker gefordert haben" und dennoch, trotz der verweigernden Antwort, ſind die Miniſter an der Spitze der Verwaltung geblieben.

Kurz wir haben, ganz abgeſehen von der unzeitigen Zurückberufung des Prinzen von Preußen ein in ſich uneiniges, ein gehorſames, die Majeſtät des Volkes verkennendes Miniſterium.

Wühler und Wühlereien.

Seit der Weltveränderung durch die Märztage treibt ſich auf der wüſten Oberfläche der leidenſchaftlichen Darſtellung, der Diffamation, der politiſchen Verdächtigung und Verketzerung ein Ausdruck herum, der eben ſo häßlich und wiederwärtig klingt, als die durch ihn bezeichnete Sache entſetzlich und Schrecken erregend ſein ſoll. Wir meinen: wühlen, oder beſſer, die Perſon, das Genre der Wühler und ihr Geſchäft die „Wühlereien". Du biſt ein Wühler, das klingt ſtark; nun ſage ich aber mit zerſchmetternder Vollſtändigkeit: du biſt, oder man nennt dich „einen republikaniſchen Wühler" — da brauſt die Orgel der Verläumdung und Anklage aus allen Regiſterpfeifen, die Trompeten erſchallen, und die Mauern von Jerichow fallen ein. Weder Charakter, noch Tugend, nicht der ruhige Zuſammenhang, nicht die Gleichmäßigkeit und Beſtändigkeit deiner politiſchen Vergangenheit, nicht die lauteſten Verſicherungen ja nicht die offenſten Beweiſe vom Gegentheil können dich davor ſchützen, als dämoniſcher Nekromant, als politiſcher Hexenkünſtler geächtet zu werden; denn;

„wer in dieſen Leumund fällt,
der iſt nicht mehr zu retten."

Wer iſt nun der republikaniſche Wühler? Nicht Hecker und Struve, die zum Schwert griffen und die Republik offen proclamirten, nicht die Franzoſen, welche ſie einrichteten, ſondern diejenigen Leute, welche ſie im geheimen, verſchwöreriſch oder ſonſt wie herbeizuführen beabſichtigen ſollen. Es ſind diejenigen, bei denen man ſich eines ſolchen-Beſtrebens um einen inquiſitorialen Ausdruck zugebrauchen, wohl „verſehen" zu können meint, es ſind diejenigen, von denen man *argwöhnt*, *vermuthet*, ſie ſeien übel auf das Königthum zu ſprechen, während ſie nichts wollen, als die konſtitutionelle Monarchie mit allen ihren Konſequenzen, während ſie die wirkliche politiſche Freiheit erſtreben, und nur die Komödie oder gar die Parodie derſelben von der Hand weiſen. Um es deutlich zu ſagen: *Die feige Furcht vor der Freiheit, die Unfreiheit, durch die Märztage in der Regierung geſtürzt, ſetzt ſich im Volke fort.* Dieſe feige Furcht hält ſich nicht an den offenen Ausdruck des Worts und der That, ſondern treibt ſich wie ſonſt in dem trüben Qualm der „Geſinnungsverdächtigung," der Meinung und des Argwohns herum. Dieſe feige Furcht vor der Freiheit ſehnt ſich nach den Fleiſchtöpfen der „Ruhe und Ordnung", und wenn dieſe Ruhe und Ordnung auch eine Eichhorn-Thileſche wäre. Dieſe feige Furcht zerdrückt über die Erinnerung an den zu Grabe getragenen Polizeiſtaat eine pfahlbürgerliche Wehmuthsthräne; dieſe feige Furcht erhebt ſich zu den wunderlichſten Vergleichungen zwiſchen „früher und jetzt" dieſe feige Furcht wird ſelbſt unverſchämt und, nach einer pſychologiſch unbezweifelten Wahrnehmung, bis auf einen gewiſſen Grad kühn. In dieſem letzten und erhabenſten Stadium ihres Weſens ſchwingt ſie ſich zu der Verdächtigung und Verläumdung von Perſonen auf, welche das konſtitutionelle Syſtem freier auffaſſen, (gegen welche Verläumdung der brave Oberpräſident Pinder in der

Digitized by Google

Allg. Preuß. Zeitung vor Kurzem öffentlich warnte) in diesem Stadium fabrizirt sie „republikanische Wühler."

Sollte die Furcht des Philisters aber ganz ohne Grund sein? muß nicht jede, auch die thörigste Furcht einen Popanz haben? Allerdings ist ein solcher Grund vorhanden: Die politische Wiedergeburt der Nation treibt oft aus ihren dunkelsten Regionen Männer ans Licht, welche in sich die Kühnheit und den Beruf fühlen, Leiter des Volkes, d. h. Demagogen zu werden — im guten Sinne. Es hilft nichts, ihr Leute, ihr müßt euch an die Demagogie und an die Demagogen gewöhnen! Das sind keine „Aufwiegler," sondern das sind Leute, welche die von ihnen nicht erst hervorgebrachte Bewegung leiten, lenken, ihrer Trübheit einen vernünftigen Ausdruck geben, und ihre Uebergriffe zügeln wollen. Das muthigste Roß wird erst durch den Zügeln etwas für den Reiter. Ihr müßt die alte Studentendemagogie, die Herren von Kamptz und Tzschoppe, ihre Albernheit und Thorheit vergessen; nur der harten Strafe, welche diese alte Demogogie erlitt, könnt ihr zuweilen gedenken, das wird heilsam sein. —

Und nun die Wühler und die Wühlereien? Gebraucht, ich bitte euch, einen geschmackvolleren Ausdruck für diese Dinge. Er wird uns mehr Ehre machen. Offen gesagt, ich traue es euch nicht zu, daß ihr den Hamletschen Maulwurf dabei im Sinne hattet, als ihr den Gedanken eurer Furcht formulirtet, als ihr das Kind der dysenterisch erregten Eingeweide tauftet. Als ihr mit Entsetzen ausrieft: seht sie wühlen, diese republ. Wühler! da begriffet ihr, (oder ich müßte euren Formensinn sehr unterschätzen) das zu erstrebende Gemeinwesen als Mist, und diejenigen die um seine Konstituirung sich mühen, als die lieben erdaufwühlenden Thiere. Pfui! wie kann man so politisiren!

Doch Gott sei Dank! Vor dem Popanz der Sache und der Geschmacklosigkeit der Benennung rettet uns dies Mal noch der gutartig lächelnde Scherz. Er hat die Sache in seine gnädige Obhut genommen, als er im Gegensatze zu dem republikanischen Wühlern — die monarchistischen Heuler geboren werden ließ. Schlagender kann der Unsinn beider Extreme nicht bezeichnet werden, schlagender nicht ihr Verhalten zur Wahrheit und zur Wirklichkeit. Die Wühler, welche nach der Republik wühlen, die sie nicht gewinnen sollen sind, ebenso lächerlich, als die monarchischen Heuler, welche um die Monarchie heulen, die sie nicht verlieren sollen. —

Die Polenfrage.

Unsere Ansichten sind häufig nicht die des deutschen Pfahlbürgerthums und der Bierstubenpolitiker. Auch in der Polenfrage harmoniren wir mit vielen „deutschen Brüdern" in nächster Nähe nicht, die aus ihren Träumen durch die Donner der russischen Kanonen etwas unsanft geweckt werden dürften. Dagegen stimmt das große Organ des Bourgeoisliberalismus, die Kölnische Ztg., die kürzlich auch in einem Artikel, gegen die von Oesterreich projektirte Knechtung der Italiener die Sache der Freiheit vertrat, mit uns überein.. Sie, die kürzlich Mieroslawski als den würdigsten Reorganisator von Posen bezeichnete, will nicht von der Vergangenheit, nur von der Zukunft sprechen. Nach jener traurigen Erfahrung, sagt die Köln. Ztg., die wir mit der unglückseligen „Anbahnung der Reorganisation" gemacht haben, führen uns nur entschiedene Mittel zum Ziele. Wir müssen wünschen, daß man die Anbahnung endlich verläßt und zur Reorganisation übergeht.

Digitized by Google

Ein durchgängiger Wechsel der handelnden Personen wird dazu die erste Bedingung sein. Wir gestehen, es hat uns unbegreiflich geschienen, wie man so entschieden polenfeindliche Charaktere, wie den General Steinäcker, in Stellungen belassen konnte, von denen aus jede Erhebung Polens so leicht zu verhindern war. Die Reorganisation mit Shrapnells versuchen, ist jedenfalls ein seltsamer und etwas gewagter Versuch.

Preußen wird überhaupt endlich bestimmt erklären müssen, wie es Polen, wie es Rußland gegenüberstehe. Die nächste Vergangenheit hat gezeigt, daß man an seiner Absicht gerade da zweifelte, wo jeder Zweifel die Absicht vereiteln und die blutigsten Folgen haben mußte. Jene lächerliche Politik, in welcher das Schweigen als eine besondere Erfindung der höchsten Staatsweisheit galt, ist nun doch einmal unwiederbringlich dahin. Eine Regierung, die sich ihres guten Willens und ihrer Stärke bewußt ist, darf in so gewichtigster Lebensfrage für die Völker der Macht der öffentlichen Meinung vertrauen. Man sage den Polen: Wir wollen ein polnisches Königreich gründen — aus jenen Landestheilen des Großherzogthumes, welche der polnischen Sprache gehören —, wir wollen ein polnisches Heer organisiren, und Polen wird dann unser sein.

Vor allen Dingen aber — man sage ihnen: Wir scheuen den Krieg gegen Rußland nicht.

Rußland hat sich in geheimnißvolles Schweigen gehüllt. Wo es gesprochen hat nach jenen ersten Zornesworten, die es in das erschütterte Europa warf, da hat es von Frieden gesprochen. Aber umsonst! Wie sehr auch die Gränze zu einer chinesischen Mauer geworden ist, wie sorglich auch bisweilen Nachrichten über die russische Friedensliebe in die deutsche Presse gestreut werden: wir wissen es dennoch — Rußland rüstet, und es wird sprechen, wenn seine Rüstungen beendet sind. Nach seiner Gränze rückt Bataillon auf Bataillon, und wer der Feind ist, gegen den sie ziehen, darüber wird Deutschland sich keinen Täuschungen hingeben.

Was thut nun Preußen, um diesem Ungewitter zu begegnen, das unaufhaltsam über uns hereinbrechen wird? Noch hat unsere Regierung der öffentlichen Meinung gegenüber keine Sylbe gesprochen, noch deckt kein Heer unsere östliche Gränze, noch liegen wehrlos unsere Küsten, unsere Häfen da. Wir begreifen es nicht, woher Preußen dieses Gefühl seiner Sicherheit kommt. Wir haben keine Festungen im Osten — die alte Entente cordiale Friedrich Wilhelm's III. hatte uns die Hände gelähmt —, wir haben uns die Polen verfeindet, wir haben kein Heer, und so erwarten wir den russischen Ueberfall.

Aber noch mehr als das. Es gilt nicht mehr, den Kampf zu vermeiden, denn keine menschliche Kraft wird ihn aufzuhalten vermögen; es gilt nur noch, wer ihn beginnen soll. Es gilt nur, ob wir Rußland die Zeit lassen wollen, seine Heere von dem fernsten Norden und Süden an unserer Gränze zu concentriren. Wir fürchten eine Stunde, wo wir unseren Lesern die Schreckenskunde zu bringen haben, daß der Osten unseres Vaterlandes wehrlos in die Hände der Russen gefallen ist. Das Unglück von Schleswig ist uns noch in deutlicher Erinnerung: wir hatten da wieder zu erobern, wo wir vertheidigen sollten.

Freilich, der erste Kanonenschuß am Niemen wird ein furchtbares Echo in Deutschland finden. Man muß jene Zornesgluth kennen, welche im östlichen Deutschland in jeder Brust lodert, um zu wissen, wie man in diesen Kampf gehen würde. Es wird eine Zeit der Begeisterung, der höchsten Aufopferung kommen, wie in den Tagen, wo wir die Fremdherrschaft gebrochen.

Und nicht allein unsere Interessen vertheidigen wir. Wir stehen auf der Vorhut von Europa, und das gesammte Europa hat nur noch Einen Feind. Alle

Digitized by Google

jene kleine Eiferſüchteleien der Staaten, deren Entwickelung bisher die Geſchichte war, ſind verſchwunden vor dem Einen Gedanken, daß Rußland der Feind Aller iſt, ſo lange ſie die Freiheit wollen, und daß Europa nicht ſicher iſt, ſo lange der ruſſiſche Despotismus noch lauernd, wie das Raubthier ſeinen Feind, die Gränzen der geſitteten Welt umkreiſ't.

The king cannot do wrong.

Eine theologiſch-politiſche Parallele.

Von **David Fr. Strauß.**

Man pflegt den oben ſtehenden Satz, der König kann nicht unrecht thun, die konſtitutionelle Fiction zu nennen. In England, ſeiner Heimath, iſt er Wahrheit. Freilich nur inſofern hier der König eigentlich nichts thun kann. — Le roi règne, mais il ne gouverne pas — unter dieſer Form hatte Frankreich ſich jenen Grundſatz angeeignet; aber Ludwig Philipp gouvernirte auch, und das in noch ganz anderem Sinne, als Karl X. und Ludwig XVI. ſich in die Verwaltung gemiſcht hatten: und weil Mittel und Ergebniſſe ſeines Gouvernements der Nation immer mehr mißfielen, machte ſie ſeiner Verwaltung und ſeiner Regierung miteinander ein Ende. Hier, auf franzöſiſchem Boden, hatte ſich demnach der eingewanderte Satz, die Unterſcheidung eines unverletzlichen, weil unſchädlichen, Herrſchers von der verantwortlichen Regierung, wiederholt als eine Täuſchung ausgewieſen, deren Fortſetzung die Führer der Nation nur dadurch abſchneiden zu können glaubten, daß ſie die Stelle eines Herrſchers ganz eingehen ließen. — Auch in einigen deutſchen Verfaſſungen ſteht: der König (resp. Herzog u. ſ. f.) iſt heilig und unverletzlich; ſeine Miniſter ſind verantwortlich — doch ſchon der Umſtand, daß deutſche Miniſterwechſel (etliche neueſte Ausnahmen in Einem Bundesſtaate abgerechnet) regelmäßig vom Throne, nicht von den Kammern, auszugehen pflegen, beweist, daß die Miniſterverantwortlichkeit, damit aber jene ganze Unterſcheidung, auf welcher die konſtitutionelle Monarchie beruht, bei uns bis jetzt noch weniger als eine Fiction, ein bloßer Buchſtabe iſt, um den ſich zu kümmern Niemand der Mühe werth achtet. Von den beiden Hauptſtaaten Deutſchlands nicht einmal zu reden, welche bis auf dieſen Tag den obigen Spruch in dem plumpen Ernſte verſtehen, als müßte Alles, was vom Thron ausgeht, ſchon um deßwillen gut und tadellos ſein.

Unſre weſtlichen Nachbarn haben ſich geregt (und wie!): wir müßten nicht mehr die Deutſchen von 1789 und 1830 ſein, wenn wir uns jetzt nicht auch regen wollten. Sie ſind in Einem Tage an ein Ziel gerannt, das man noch ein Jahrhundert entfernt glauben konnte. Werden wir ſo ſchnell gehen wie ſie? werden wir uns überhaupt ihre Art, die Gebrechen des beſtehenden Staats zu heilen zum Muſter nehmen? Sie erſcheint radikal: aber ob ſie gründlich iſt? ſie ſieht gefährlich aus: doch wenn ſie nur hilft. Darüber kann erſt der ſpäte Erfolg entſcheiden; einſtweilen wird der Deutſche thun, was ſeiner Natur gemäß iſt. Natur- und ſtammverwandt ſind wir den Engländern; der deutſche Hauskater iſt — wer ſollte es glauben? — der leibliche Vetter des engliſchen Löwen. Indeſſen das Gefüge der britiſchen Staatsverfaſſung iſt ein ſo eigenthümliches, ſo feſt gegründet in der Zuſammenſetzung und Entwicklungsgeſchichte des engliſchen Volks, und von dieſer iſt die des deutſchen ſo verſchieden, daß, was für das eine, ſich darum noch nicht auch für das andere der beiden Völker ſchicken muß. Im

Digitized by Google

Gegentheil hat die Entwickelung des deutſchen Volks inſofern eher Aehnlichkeit mit der des franzöſiſchen, als es ſich nicht, wie das engliſche, Recht um Recht in allmähligem Stufengang errungen hat, ſondern, wie den Franzoſen vor ihrer erſten Revolution, waren uns noch bis heute oder geſtern alle weſentlichen Rechte eines freien Volkes vorenthalten: es fragt ſich, ob wir uns in engliſcher Weiſe begnügen werden, unſre Herrſcher, nach einem apokryphiſchen Ausdruck des alten Hegel, zum Tüpfelchen auf dem i zu machen, oder, wie die heutigen Franzoſen, zum griechiſchen ι zurückkehren, das bekanntlich gar kein Pünktchen hat?

Ich glaube das Letztere nicht; ich halte die Tupfen und Tüpfelchen bei uns vorerſt noch für ſicher. — Warum? — Aus allerlei Gründen. — Die wären? — Z. B. die deutſche Gründlichkeit. Auguſts bekannte Deviſe iſt von jeher auch die unſrige geweſen, obwohl wir nicht ganz ebenſo gute Geſchäfte, als der ſchlaue Kaiſer, dabei gemacht haben. — Das ſind allgemeine Redensarten; einen beſtimmten Grund! — Ich ſchäme mich faſt, ihn auszuſprechen; er klingt ſo altmodiſch: es iſt ein theologiſcher. — Ein theologiſcher Grund für eine politiſche Muthmaßung? — Nun ja, weil wir Deutſchen ein theologiſch-politiſches Volk ſind und bleiben. Iſt der Engländer politiſch frei trotz ſeiner religiöſen Unfreiheit: ſo kann es der Deutſche nur werden, ſo weit er ſich religiös und theologiſch emancipirt hat. Nichts kann im Körper der deutſchen Nation vor ſich gehen, das ſich nicht in ſeinem religiöſen Pulsſchlage reflectirte. Die deutſche Theologie iſt das Wetterglas der deutſchen Politik: dieſes Wetterglas aber ſteht jetzt accurat auf der Linie, welche der wahrhaft konſtitutionellen Monarchie, oder dem vorſtehenden engliſchen Grundſatz entſpricht.

Vor zehn, zwölf Jahren ſah es in dieſer Hinſicht bedenklicher bei uns aus. Eine radikale Kritik machte Miene, für dasjenige, was ihr in den Evangelien anſtößig war, mitunter den Herrn ſelbſt verantwortlich zu machen. Für die Proben jüdiſcher Befangenheit, für die falſchen Schriftauslegungen und die ſchwärmeriſchen Hoffnungen, welche ihm in manchen Stellen der evangeliſchen Geſchichte in den Mund gelegt werden, ſollte er ſelbſt einſtehen; er ſollte haben irren und fehlen können wie ein anderer Menſch. Aber dieſe radikalen Stimmen blieben vereinzelt; ſie waren nicht der Ausdruck des religiöſen Standpunkts der deutſchen Nation. Doch aber war und iſt andererſeits auch das nicht mehr ihr Standpunkt, allen Anſprüchen der Bibel, oder auch nur des neuen Teſtaments, ſich ohne Weiteres zu fügen. Nein, man fand und findet ſich merklich beſchwert durch manche Schriftſtellen, man weist in immer weitern Kreiſen die Anmuthung zurück, alle ihre Erzählungen als geſchichtliche, alle ihre Lehrſätze als Glaubenswahrheiten anzuerkennen. Ja, ſogar an manchen Reden Jeſu ſelbſt hat der lichtfreundliche deutſche Bibelleſer erhebliche Ausſtellungen zu machen. Da leſen wir im Evangelium (ich bediene mich der Worte des Hauptſprechers dieſer Richtung) als einen Ausſpruch Jeſu: Wahrlich, dieſes Geſchlecht wird nicht vergehen, bis dieß Alles — nämlich ſeine ſichtbare Wiederkunft — geſchehn. Nun aber iſt jenes Geſchlecht vergangen, und noch viele andere Geſchlechter darnach bis heute, und eine ſolche Wiederkunft iſt nicht erfolgt; was bleibt alſo übrig, als zu ſagen: da haben die Jünger, wie es ihnen bei ſeinen Lebzeiten oft geſchah, Jeſum auch noch lange nach ſeinem Scheiden fortwährend falſch verſtanden? Denn daß er ſelbſt — ſetzt Uhlich hinzu — daß er, der ſo klar ſehende, ſich getäuſcht habe, das wird man doch nicht annehmen wollen? — Gewiß nicht; ſo lange es gewiß iſt: the king cannot do wrong.

Doch nicht allein der ſchönredende Führer der proteſtantiſchen Freunde, auch die gründliche Wiſſenſchaft in der heutigen Theologie, wie ſie durch die neuere

Digitized by Google

Tübinger Schule vertreten ist, hält sich auf demselben Standpunkte. Kein Welcker und Hecker in der badischen, kein Uhland und Römer in der würtembergischen Ständekammer können das System ihrer Regierungen gründlicher und allseitiger angreifen, als Baur und seine Schule die Glaubwürdigkeit der Evangelisten; aber bei diesen, als gleichsam den verantwortlichen Ministern, bleibt man stehen; den Herrn selbst mischt man so wenig in die Debatte, als jene Kammerredner ihren König und Großherzog. Wir haben es vermieden — sagt ein Kritiker dieser Schule in solchem Zusammenhang — über die Person Christi genauere Bestimmungen aufzustellen, da in unsern Evangelien großentheils nur der Reflex vorliegt, den die Persönlichkeit Jesu bei der Gemeinde hervorbrachte, ein direkter Rückschluß aber von der Denkweise der Apostel auf die Person Christi nicht begründet ist. — Gewiß wäre es unparlamentarisch von den mißliebigen Gesinnungen eines Ministeriums aus die Absichten des Regenten verdächtigen zu wollen; im Gegentheil ist von diesen in dubio stets das Beste vorauszusetzen, wie von Jesu jene Kritik zwar nicht mit protestantischer Freundlichkeit Infallibilität, doch so viel voraussetzt, daß die Vergeistigung des Judenthums und namentlich des Messiasbegriffs von ihm selbst ausgegangen sei.

Niemand weiß besser als der Schreiber dieser Zeilen, wie wohlbegründet in der Sache selbst diese Zurückhaltung der Kritik ist. Wie in einer Zwiebel zeigt sich ja in den Evangelien, wenn eine Schale abgelöst ist, was sofort als Kern erscheint, sogleich als eine neue Schale; immer haben wir es nur mit Vorstellungen dieser oder jener Personen und Kreise über Jesum zu thun: was er selber war, das steht hinter den evangelischen Berichten, wie das Kantische Ding an sich hinter den Erscheinungen. Aber eben, daß jene Kritik keine ernstliche Anstalt macht, hinter dieses Ding an sich zu kommen; daß sie nicht s. z. s. von Kant zu Fichte fortschreitet; daß sie befriedigt ist in der Beschäftigung mit Hüllen und Schalen; daß sie der letzten Frage ausweicht, was denn nun also von Jesu zu halten, und ob er ferner an der Spitze unsres inneren Lebens zu belassen sei: das eben ist das ächt Konstitutionelle an der jetzt herrschenden theologischen Kritik. Und so lange die deutsche Theologie, selbst auf ihrer äußersten Linken, so gut konstitutionell ist, so lange wird die deutsche Politik nicht republikanisch werden — dieß ist es, was man, zur Beruhigung angefochtener Gemüther, mit diesen Zeilen hat andeuten wollen. Jahrb. der Gegenw.

Noch immer eine evangelische Landeskirche?

Der Entwurf einer Verordnung die künftige Verfassung der evangelischen Kirche betreffend ist vom preuß. Kultusministerium veröffentlicht worden, um einer »vielseitigen öffentlichen Kritik« unterworfen zu werden. Die »Reform« sagt darüber:

Wir wollen deutlich sein. Das Wort der Revolution hieß auf dem Gebiete der Intelligenz die Trennung der Kirche vom Staat. Hat die Regierung die Einsicht, dies Wort zu erfassen, und hat sie den Willen, es wirklich zu machen? Dies ist die erste Frage, die wir stellen, wenn ein Entwurf auf diesem Gebiete uns von der Regierung entgegenkommt. Begreift die Regierung ferner, daß die Trennung von Kirche und Staat soviel als Indifferenz des Staates gegen die Kirche ist? Dies ist die zweite Frage, auf welche wir eine bejahende Antwort fordern, wenn eine Verständigung zwischen der Regierung und der Kritik erwartet wird. Indifferenz des Staates gegen die Kirche — wir wollen zu keiner Mißdeutung Anlaß geben — bedeutet in unserem Sinne nun freilich nicht, daß sich

Digitized by Google

der Staat um das äußere Verhalten der Kirche nicht kümmere, daß er die die materielle Existenz derselben, durch welche sie mit den anderen Instituten des Staates in Verbindung steht, nicht kontroliren dürfe. Aber sie schließt entschieden den Begriff der Anerkennung einer besondern Kirche, sei es die evangelische oder katholische oder jüdische, aus; sie weiß weder von einer Landeskirche noch von einer Geistlichkeit, die im Solde der Regierung steht. Kirche ist mit anderen Worten dem Staate nur die bürgerliche Existenz einer bestimmten Religionserscheinung. Die Religion selbst ist dem Staate etwas Fremdes, von seinem Bereiche auf alle Weise Getrenntes. Die Trennung der Kirche vom Staat ist also nur eine Fiction, wenn sich die Regierung zum Vormund der einen oder der andern Religion, zum Schutze des einen oder des andern Glaubens macht. Das Amt des Staates ist nicht, die Religion über die Humanität, die sein ausschließliches Ziel zu setzen, sondern der Humanität sich unterzuordnen. Die Besonderheit aller Religionen muß in der Allgemeinheit des Begriffes der Humanität verschwinden. Der Staat begeht eine Immoralität, wenn er die vereinzelte Erscheinnng einer Religion fixirt, wenn er sie durch besondere Institutionen zu erhalten, statt sie allmälig in die höhere Einheit aufzulösen sucht. Was also von der Regierung geschieht, um der einen oder der anderen Kirche Vorschub zu leisten, ist gegen den Begriff der Trennung von Kirche und Staat, ist gegen den Begriff der Parteilosigkeit, die eine Regierung in Dingen des Glaubens vor Allem zu wahren hat. Es handelt sich folglich nicht darum, ob wir eine Verordnung, die in jenem Sinne der Absonderung erlassen wird, für mehr oder minder verderblich halten, sondern nur darum, daß jede es ist, die in dem alten Systeme verharrt. Es handelt sich darum nicht, ob wir mit „Vorschlägen oder Äußerungen" einen Entwurf dieser Art zu corrigiren haben, sondern nur darum, daß er einfach verworfen und auf die schiefe und gefährliche Richtung hingewiesen wird, die über lang oder kurz einen neuen Umsturz nothwendig macht. Von diesem Standpunkte aus ist also der ministerielle Entwurf zu prüfen. Macht er den Begriff der Trennung von Kirche und Staat zur Wahrheit oder umgeht er ihn, sei es auf diesem oder jenem Wege? Hilft er den Weg der Zukunft ebnen, nachdem ihn die Revolution gezeigt, oder perpetuirt er die alte Zeit, indem er ihr Gewand nur wechselt? Die Antwort ist unschwer."

Der Entwurf geht von der Überzeugung aus, daß die „evangelische Kirche des Landes" ihre Verfassung nicht durch das „bestehende Regiment" sondern aus sich selbst erbauen solle. Nach §. 12. bleibt es der Landessynode vorbehalten, „denjenigen Gemeinden, welche das gegenwärtige Regiment der Landeskirche nicht anerkennen, die Theilnahme an ihren Berathungen und Beschlüssen zu gewähren." Die Regierung beschäftigt sich also mit der „evangelischen Kirche des Landes", es giebt noch eine „Landeskirche" noch ein „Regiment" dieser Landeskirche, die andern die Theilnahme gewähren kann, womit die Ausschließung nicht aufgehoben. Wer den geistigen Kämpfen dieser Zeit im theologischen Deutschland gefolgt ist, dem muß dieser Entwurf ganz überflüssig scheinen, der sich noch dadurch charakterisirt, daß er die Superintendenten und Pfarrer als Sachverständige, die am besten wissen, worin das Wesen des evangelischen Glaubens besteht, zu gebornen Deputirten der „Landeskirche" macht. — Gänzliche Trennung des Staats und der Schule von der Kirche, das ist die Losung.

Digitized by Google

Die Reform des Militairs.

Eine wichtige Frage, die bisher von unsern Publicisten vernachlässigt wurde, ist unstreitig die Reform des Militairs. Ein großer Theil der Summen, welche im Frieden für die Erhaltung großer Armeen verausgabt werden, ist immer verschwendet. Das stehende Heer rettet niemals im Kriege. Daher kommt es, daß die elendesten Auswüchse des Militairwesens, nämlich die falsche Soldatenehre, der Offizierübermuth, das Junkerthum der Garden, der Kamaschendienst, die ehrengerichtliche und disciplinarische Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die übertriebene Disciplin selbst, nur im Müssiggang des Friedens aufkommen, während im Kriege das Heer volksthümlich und das Volk bewaffnet wird. Gegenwärtig findet noch der falsche altpreußische Nationalismus und das erlogene nationale Point d'honneur, welches in Eroberung und Unterdrückung einen Ruhm sieht, seinen Stützpunkt in der Armee, wenigstens noch in den Offizieren. Zum Glück fällt die Landwehr, zwischen Volk nnd Heer eingekeilt, freiwillig dem Volke zu, und die gemeinen Soldaten, auch des stehenden Heeres, empfinden schon alle Proletarierwehen mit, soviel auch das vorige Regiment dafür gethan hatte, die Landwehr zu militairisiren, um den gemeinen Soldaten durch Schnaps und die königlich preußische Religion zu fanatisiren. — Nun ist die Bürgerwehr, als drittes Element, zu den bisherigen beiden Arten der Bewaffnung, hinzugetreten. Die Bürgerwehr soll und will nichts Anderes, als die Ordnung im Inneren erhalten, die Ordnung nach Unten und nach Oben, die Ordnung des Gesetzes, aber auch die Ordnung des Rechts. Sie ist das Volk selbst, nicht mehr in bloßer Repräsentation durch die Rede, das Volk in der That und für die That. Neben dieser Bürgerwehr, wenn sie anders einen Sinn haben, eine Wahrheit sein soll, darf dem stehenden Heer nicht mehr gesagt werden, wie geschah, daß es da sei für Aufrechthaltung der Ordnung im Innern, daß es von den Bürgern ernährt werde, um die Bürger todt zu schießen. Wenn die Bürger für sich selbst nicht mehr stark genug sind, so hört der freie Staat von selbst auf! — Aber die Existenz der Bürgerwehr muß auch zur Folge haben, daß das zweite Aufgebot der Landwehr mit ihr verschmolzen werde, daß die Pflichten des Staatsbürgers rationell vereinfacht werden, um strenger erfüllt zu werden. Dann mag der eigentliche Landwehrdienst, als Kriegsschule, auf das Wesentliche beschränkt werden, um nicht länger nöthige Arbeitskräfte dem Volkswohlstande zu entziehen. Und das stehende Heer bilde die Cadres für den militairischen Unterricht, und für die Bedürfnisse der Grenzbesetzung und der Vertheidigung nach Außen. Ist unsere Bürgerwehr erst Nationalgarde, und unsre Armee gleichfalls Volksbewaffnung, so wird die eigene Wahl der Führer, dieser heiße Wunsch aller denkenden Soldaten, keinen Anstand mehr haben, er wird im Interesse der Gesammtheit erfüllt werden müssen. „Das Volk weiß zu wählen", sagte Machiavelli. Mit allen diesen Reformen werden werden uns wohl die Franzosen vorangehen. Und dann wehe den Zurückgebliebenen! Wir riskiren ja ohnedies den Krieg mit Frankreich, wenn unsere Minister nicht entschieden mit der verkappten russischen Parthei brechen, und je mehr wir ihn riskiren, das will sagen, je russischer wir sind, desto mehr haben wir ihn zu fürchten. Russisch ist es zum Beispiel, wenn das allgemein gewährte Petitionsrecht den Soldaten verkümmert wird, denen am Rhein ihr Commandeur bedeutete, daß alle Petitionen der Truppen an das Ministerium immer noch, so lange die früheren Verordnungen noch nicht aufgehoben wären, nur durch die vorgesetzten Officiere an dasselbe gelangen könnten. Die Officiere sind also immer noch Richter in eigener Sache, nach Verordnungen, denen

Digitized by Google

alle innere Rechtskraft abgeht. Die Errungenschaften der deutschen Revolution sollen für das Militair nicht gelten; soll das erst eine für sich machen?!

Ueber die Landwehr.

Man hat Preußen stets gelobt, daß es seine Hauptmacht in einem Institute besitze, welches verhältnißmäßig wenig Kosten verursache und dabei dem Staate von außerordentlichem Werthe sei. Dieses Institut heißt Landwehr. Die Grundidee desselben, daß nämlich der Bürger das ganze Jahr über, nachdem er vorher seine militärische Ausbildung erhalten, seinen bürgerlichen Beschäftigungen obliegen kann, und nur an einzelnen Tagen des Jahres erscheint, um mit seinen Kameraden einige nothwendige Waffenübungen vorzunehmen, verdient gewiß alle Anerkennung. Die Officiere, welche die Truppen einübten, waren wiederum keine Leute von Fach, sondern auch sie gehörten dem Bürgerstande an, aber dennoch hörte man stets von Seiten der höhern Linienoffiziere die schmeichelhaftesten Anreden an die Landwehr, wenn dieselbe zum Schlusse ihrer kurzen militärischen Übungszeit Manöver oder Paraden ausführte. Man sprach von der musterhaften Haltung der Truppen, von ihren gelungenen Evolutionen und ihrer guten Führung während der Übungszeit. Es gab Generale, welche bei solchen Gelegenheiten über den Parademarsch in Kolonnen ganz in Verzückung geriethen. Eines setzte indessen im Stillen doch oft den Herren Stabsofficieren böses Blut, daß nämlich die »Leute« nicht mehr den rechten Begriff von Subordination bewahrt hatten, und man sah es gern, wenn die Herren Landwehrofficiere einen »ächt militärischen« Geist zeigten. Die Officiercorps wurden nach und nach in eine aristokratische Richtung gebracht, und wir haben es erlebt, daß einzelne unserer Landeskinder, welche kurz vorher noch reine Volksmänner waren, von einer Landwehrübung mit den wunderlichsten Ideen über den Officierstand zu uns zurückkehrten. Die meisten Menschen haben ihre schwachen Seiten und die wenigsten sind so characterstark, daß sie nicht von einer Auszeichnung, welche besticht, ohne zu ehren, verblendet würden. Hat es doch schon Officiere gegeben, welche ihr Leben lang es nicht vergessen konnten, daß auf irgend einem Manöver ein Prinz sie fragte: »Wie heißen Sie? Bei welchem Regiment? — danke Ihnen!« Ein Orden ist im Stande, selbst einen Mann von Einsicht und Geist aus dem Sattel zu heben. Wenn uns der Zufall oder unsere Verdienste an die Spitze Anderer stellt, so ist es gewiß ehrenvoll, wenn wir auf diesem Platze uns die Zuneigung derjenigen erwerben, an deren Spitze wir stehen, und eine Auszeichnung für unsere wohlerworbenen Verdienste wird dann unser Herz erheben und unsern Muth stärken; wenn wir aber in dieser Stellung nur das Auge auf Gleichgestellte und Höhergestellte richten, dann beweisen wir, daß unser Character an Schwäche leidet, und daß die Eitelkeit die Göttin ist, auf deren Altar wir opfern. Ein junges Mädchen wird erst eitel im Umgange mit ihren Freundinnen. In ihrem Umgange liegt entweder der Keim zu einer zukünftigen ehrbaren Hausfrau oder zu einer verführerischen Coquette. Wir haben selbst Landwehrofficiere die Überzeugung aussprechen hören, in ihrem Officiersgewande könnten sie unmöglich jene Orte besuchen, welche sie in ihrem bürgerlichen Rocke ohne Anstand frequentiren. Sie fanden es unschicklich einer Theatervorstellung im Parterre beizuwohnen, im Falle sie den Waffenrock trügen; als bürgerliche Person besuchten sie aber niemals einen andern Platz. Ihr bürgerlicher Stand ernährte sie, verschaffte ihnen Achtung vor der Welt, und dennoch waren sie im Stande, ihn

Digitized by Google

so sehr zu erniedrigen und zu demüthigen; es waren Leute der Intelligenz, die ihre vollständige Bildung auf Gymnasien und Hochschulen genossen hatten, es waren Söhne des Volkes, die selbst bei gewissen Gelegenheiten es bewiesen, daß sie das Volk liebten, und dennoch konnten sie solche Äußerungen thun! So gefährlich sind die Wirkungen des Umgangs. Leute, die sich im täglichen Umgange mit den Vornamen Joseph, Michel, Franz u. s. w. anredeten, riefen sich bei Diners und Soupers »Kamerad« zu, weil der gegenübersitzende Linienofficier so eben auch »Herr Kamerad" sie angeredet hatt. »Hoher Sinn liegt oft im kind'schen Spiel!« — Unsere Zeit wird Männer hervorbringen und wenn es nöthig werden sollte, daß das Land zur Wehre greift, dann wird diese neue Landwehr eine andere Physiognomie erhalten als die bisherige, — Niemand wird mehr eine besondere Ehre darin suchen mit Schärpe und gezogenem Degen beim Klange der Musik vor der Fahne einher durch die Straßen zu marschiren; aber es werden Helden erscheinen, welche die Fahne der Freiheit mit ihrer Brust schützen und eine lebendige Barrikade bilden, wenn es gemietheten Söldnern einfallen sollte, diese Fahne zu erobern, um sie in den Staub zu treten. (Trierſche Ztg.)

Zur Charakteriſtik unſerer Militärverhältniſſe.

Das Offizierkorps des 2. (Köslíner) Bat. 9 Landw.-Inf.-Regts. wollte in das pomm. Volksbl. einen Proteſt gegen das berüchtigte pomm. Landwehrlied inseriren lassen, iſt daran jedoch, wie Hr. v. Loeper in No. 37 des pomm. Volksbl. berichtet, durch ein Reſkr. des kommandirenden Generals v. Wrangel verhindert, welches Bezug nehmend auf eine K. O. aus dem J. 1845 den Offizieren derartige Veröffentlichungen verbietet. Jener Proteſt beginnt:

„Vor unſerm Abmarſch aus Cöslin wurde dort ein beſonderer Abdruck des in der Stettiner Zeitung erſchienenen Gedichts „Die pommerſche Landwehr 1848" beſorgt. Man wollte dasſelbe unter der Mannſchaft unſers Bataillons verbreiten. Dieſe Idee fand jedoch ſofort Widerſpruch und die Ausführung unterblieb. Damit ſchien uns damals die Sache abgethan zu ſein. Inzwiſchen haben darüber in und außerhalb der Preſſe lebhafte Erörterungen Statt gehabt. In dieſer Diskuſſion ſcheint vor Allen die Landwehr ſelbſt berufen mit zu ſprechen und zu ſtimmen, beſonders in der Frage:

ob das qu. Gedicht wirklich die Geſinnung der Landwehr ausdrückt, wie es vorgiebt?

Gewiß nicht. Für uns wenigſtens können wir einſtehen. Uns hat es mit nicht geringerem Unwillen erfüllt, wie unſere Freunde in Cöslin*).

Jener Ausſpruch:

»Schafft erſt die deutſche Einigkeit
Dann ſtehn auch wir für ſie bereit«

iſt ebenſo unwahr, wie unſerer unwürdig. Unwahr, denn die deutſche Einigkeit harrt nicht erſt ihres Schöpfers, ſie iſt ſchon geſchaffen, ſie lebt in den Herzen von Millionen; unwürdig, weil es des freien Mannes unwürdig iſt, zuzuſehn den großen Bewegungen der Zeit, anſtatt Partei zu nehmen, für oder wider. Daß es

*) Anm. d. Red. d. W. Das in Köslin erſcheinende pomm. Volksbl. brachte zwei Artikel gegen das Landwehrlied. Die Köslíner Halle der vereinigten Land- und Stadtbewohner hat den Verf. der beiden Artikel durch Ständchen ihren Dank und ſomit zugleich ihre Mißbilligung des von der Stettiner Ztg. veröffentlichten pomm. Landwehrliedes ausgeſprochen.

Digitized by Google

dem Verfasser aber mit dem bloßen Zusehn auch nicht Ernst ist, zeigen die folgenden Verse:

„Bis dahin gilt in Pommerland
Das Schwarz, Roth, Gold als eitler Tand,
Ohn allen Werth, Hurra,
Die pommersche Landwehr ist da."

Der Landwehrmann soll also die deutschen Farben nicht blos als etwas Gleichgültiges, sondern als etwas Verächtliches ansehn. Der Verfasser will die Landwehr nicht neutral, sondern feindlich stimmen gegen die Sache Deutschlands und seine Farben; der deutschen Einigkeit, statt sie zu fördern, entgegenzuwirken ist sein Zweck. Es geht durch das Gedicht also eine entschieden reaktionaire Tendenz, berechnet auf den beschränkten Gesichtskreis eines Theils unserer Landsleute und auf das Mißtrauen, mit dem sie alles Neue aufzunehmen gewohnt sind. Dies Mißtrauen soll genährt werden, um es benutzen zu können. Wie leicht dies ist, zeigen die Vorfälle in Aachen und anderen Orten. Indessen können unsere Mitbürger unbesorgt sein. Wir werden derartige Reaktionsgelüste, woher sie auch kommen mögen, stets abweisen und unsere Mannschaften, statt sie irre zu leiten, aufzuklären suchen über die wahre Bedeutung jener Farben, welche uns nicht blos deshalb theuer sind, weil unser König sie trägt und weil auch das Heer den Befehl erhalten hat, sie zu tragen, sondern weil sie das Symbol sind, an das unsere schönsten Hoffnungen sich knüpfen. Dies unsere Ansicht über das Gedicht selbst."

In das Bereich der Strafversetzungen, die den Geist unserer Militärverwaltung charakterisiren und beweisen, daß er ganz derselbe, wie unter dem ancien regime, gehört folgende Thatsache. Die Triersche Ztg. berichtet aus Aachen: Lieutenant v. Adamsky, der in das Comite eines hier gegründeten liberalen Bürgervereins gewählt war wegen seiner männlichen Gesinnungstreue und seiner schmucklosen aber doch viel Eindruck machenden Redeweise, hat eben die Ordre bekommen, sich schleunigst zu seiner Garnisn nach Deutz zurück zu verfügen. Er war bisher als Adjutant bei der Landwehr kommandirt und hatte dieses Kommando ungefähr ein Jahr versehen, während derartige Kommando's in der Regel vier Jahre dauern. v. Adamsky gehört seiner Geburt nach den polnisch-preußischen Besitzungen an. — Da haben Sie noch immer die alte Militärwirthschaft. Man ist darüber sehr erbittert, und wird diese Gesinnung wahrscheinlich durch eine Demonstration bei seinem Abgang ausdrücken.*)

Berichte.

§ Greifswald, Mai.

Der in einer früheren Nummer des „Wächters" dem nicht namhaft gemachten Sprecher des constitutionellen Clubs zu Theil gewordene Vorwurf der Empfindlichkeit und Bissigkeit ist keineswegs auf Hrn. Director Baumstark, vielmehr auf Hrn. Professor Plank zu beziehen. Hr. Plant, Stellvertreter des Sprechers früher, trat mitunter in verletzender Weise gegen die einzelnen Mitglieder auf. In letzterer Zeit scheint er sich jedoch gebessert, sein Unrecht zur Genüge eingesehen zu haben und so liegt die Besorgniß wohl fern, daß er, gegenwärtig zu B's Nachfolger in der Präsidentur ernannt, wieder in die alte Unart verfalle. Der Berichterstatter hatte die Chargen beider Herren verwechselt, gesteht hiemit seinen Irrthum ein, (der übrigens kein absichtlicher war) und bemerkt noch, daß Hr. Baumstark stets in höchst humaner und tactvoller Weise die Debatten zu lenken suchte. Aber eine neue Rüge kann er nicht unterdrücken. Zwei

*) Anm d. Red. d. W. Eine Adresse dem ehrenwerthen Offizierkorps des Bataillons.

Digitized by Google

der Secretaire des Clubs, Hr. Assessor Caswar und Senator Kannengießer lasen bisher das Protokoll des Clubs in höchst nachlässiger Weise vor. Ihr Vortrag ist so schnell und trotz ihres sonst trefflichen Organs so undeutlich und unverständlich, daß man trotz der gespanntesten Aufmerksamkeit ihnen weder zu folgen vermag noch Alles, was sie vorbringen, versteht. Mögen sie sich bessern!

Regenwalde, den 13. Mai

Der gestrige Tag ist hier ein Tag der Furcht und Aufregung gewesen. Früh um 9 Uhr traf die Nachricht ein, daß Schiefelbein alarmirt worden sei, da ein Corps Polen bei Dramburg senge und brenne und sich nach Schiefelbein durchzuschlagen beabsichtige, um das dortige Landwehrzeughaus fortzunehmen. Die widersinnigsten Gerüchte werden geglaubt, also auch dieses. Bei dem Kaufmann Kempe waren eine Menge Personen zur Bildung eines konstitutionellen Vereines für den Kreis Regenwalde (für die Stadt Regenwalde besteht bereits einer) versammelt, und man war eben mit der Berathung über die Statuten beschäftigt, als eingehende Briefe und andere Nachrichten die Polen schon bei Dober erscheinen ließen und die Versammlung im Nu auseinander sprengten. Der Magistrat fertigte sofort eine Estafette nach Labes an den Landrath ab, um von ihm authentische Nachrichten zu erbitten; doch noch ehe diese zurückkam, traf eine Ordre von Schiefelbein ein, welche die Landwehrleute sofort einbeorderte, langte eine Extrapost von Schiefelbein an, die nach Stettin flüchtende Offizierdamen brachte, welche die Polen schon von dem Schiefelbeiner Kirchthurme gesehen hatten, und diese Nachrichten alle brachten die ganze Bevölkerung auf die Beine, obgleich die von dem Landrathe zurückkehrende Estafette verkündete, daß kein Grund zu einer Gefahr vorläge. — Die Plather Landwehrmänner zogen mit Musik durch die Stadt, die Regenwalder Landwehr folgte gleich darauf mit Klang und Sang, die Bürgerwehr trat zusammen, und ängstliche Damen sprachen schon von Flucht; kurz es war ein Durcheinander, das sich schwer beschreiben läßt. Der Kaufmann Kempe ergriff das beste Mittel Gewißheit zu verschaffen; er ließ anspannen und jagte nach Dober zu, um sich mit eigenen Augen zu überzeugen. Mittlerweile trafen Personen ein, welche verkündeten: Rbrenberg stehe in Flammen, die vorliegenden Dörfer seien schon niedergebrannt, jedoch sei es zweifelhaft, ob die Norddrenner Polen oder einheimische Insurgentenbanden seien. — Endlich um 9½ Uhr Abends kam Herr Kempe zurück, und die Polen- und Insurgentenhaufen waren sich prügelnde Haufen entlassener Chausseearbeiter geworden, während deren Privatvergnügen in Rbrenberg ein Feuer entstanden sein sollte. — Uebrigens soll bis Freienwalde hin alles in Ruhe sein, und kein Pole gesehen werden. — Man ging ruhig schlafen. Sic transit gloria mundi. — Wie die Wahlen für Berlin und Frankfurt hier ausgefallen sind, ist schon bekannt. Die fürchtenden Besitzseelen sehen schon die Anarchie von allen Seiten hereinbrechen, und wundern sich nun gewiß mächtig, wenn sie lesen, wie im Ganzen die Wahlen ausgefallen sind, und daß im Grunde nur wenige Personen aus der untersten Volksklasse zu Deputirten erwählt wurden. Aber die ultrakonservativen Schreier können sich immer noch nicht beruhigen, und da sie die Sache nicht mehr ändern können, ihr eigenes unkluges Handeln aber nicht anklagen mögen, so beeifern sie sich der liberalen Parthei alles in die Schuhe zu schieben. Namentlich richtet sich diese conservative Wuth gegen den Verfasser des Aufsatzes »Rehmt Euch in Acht«, welcher letztere als Flugblatt erschien, gegen den Landrichter Misch, und das hiesige Kreisblatt brachte bereits die schmutzigsten Angriffe gegen ihn, die sich sogar nicht entblödeten, die Gemeinheit ihrer Waffen mit Bibelstellen aufzuputzen. Bei dem hiesigen Kreisblatte soll übrigens eine eigenthümliche konservative und ausschließende Censur im Gange sein; doch darüber ein Näheres, wenn sich mehr Gewißheit herausgestellt hat.

Dr. Kretschmer.

Nachschrift der Red. Wie die Gespensterseher vor Kurzem überall Emissäre erblickten, so sieht feige Angst und Furcht heute überall brennende deutsche Städte und sengende, brennende und raubende Polen. Wahre Teufelskerle, diese Polen, die überall und nirgends, auf deren Kosten das Ausschneidemesser gehandhabt und gewaltig gelogen wird. Hier hält man einen zur Unterhaltung, aus Privatvergnügen sich prügelnden Haufen von Chausseearbeitern für heranziehende Polen, dort wird, durch das Vergrößerungsglas der Furcht, ein zufällig im Feuer aufgehender Schaafstall zu einer von den Polen in Brand gesteckten deutschen Stadt. Die ganze Neumark bis zur Oder wurde allarmirt, die Sturmglocke in den Dörfern gezogen und der Landsturm rückte den Polen entgegen. So auch in einigen Theilen von Pommern; in der Gegend von Pyritz und aus dem Amte Marienfließ ist man gen Jakobshagen gezogen, um die sengenden und brennenden Polen zu massacriren. Ganz natürlich, denn bis nach Stettin kamen versprengte Flüchtlinge, die eben nur noch den Krallen der heranziehenden Polen entgangen waren, die von den

Digitized by Google

Polen angesteckte deutsche Städte, wie Friedeberg, hatten brennen sehen. Die „deutschen Brüder" und die Behörden riefen nach Hülfe. Auf diesen Hülferuf wird zum Schutz der „deutschen Brüder" in der Neumark von Stettin mit der Eisenbahn rasch Militair nach Arnswalde geschickt und siehe da — nirgends von raubenden, sengenden und brennenden Polen eine Spur. Alles ist nur das Gebilde einer lebhaft aufgeregten Phantasie des deutschen Michel oder ein wohlfeiler Witz, ein sehr unzeitiger Scherz, den man sich mit der Leichtgläubigkeit des Publikums erlaubt, indem man Komddienschreibern Stoff liefert.

§ Anclam.

§ Der hiesige konst. Klub hat mancherlei Aufechtungen zu bestehen. Seine Gegner machen ihrem gedrückten Herzen in dem hiesigen Volksblatt Luft, dessen Redakteur, der Buchhändler Dietze, laut Erklärung den Dank des Publikums zu verdienen glaubt, wenn er die Spalten seines Blatts Artikeln aller Richtungen öffnet, wobei er neutral angesehen zu werden hofft. Niemand dürfe ihn anfeinden, wenn er in seinem Blatte Artikel fände, die ihm nicht gefallen, deren Widerlegung er aber gern aufnimmt. Auf diese Weise sucht es die Redaktion allen Parteien Recht zu machen, indem sie »gern« Widerlegungen aufnimmt, um es mit Niemandem zu verderben. Was von einer solchen allparteiischen Unparteilichkeit zu halten, sagt uns mit großer Naivität das Volksblatt in derselben Nummer in folgenden Worten: »Der weise Solon machte es in seinen Gesetzen Niemanden zum Verbrechen, einer bestimmten Partei anzugehören; Strafe traf nur den, der in bewegter Zeit keine Partei ergriff.« — Der weise Solon würde die neutrale Redaktion des Volksbl bestrafen.

Stettin.

Volksverein. Sitzung vom 13. Mai. Die plötzliche Versetzung des Lieutenant Bluhm, die nach den in der vorigen Nummer mitgetheilten Thatsachen als eine Strafversetzung erscheint, veranlaßte eine Debatte über die Stellung des Militärs. Man beschloß bei dem Ministerium einen Protest gegen die Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte des Militärs einzureichen. Dann folgte ein Referat der Kommission, die zur Untersuchung der Zuchthausindustrie niedergesetzt war, eine Debatte über dieselbe und wurde zur weitern Untersuchung eine neue Kommission niedergesetzt zu weiteren Berichten. Die Zuchthausindustrie scheint das Steckenpferd des Volksvereins zu sein, bei dessen Reiten er schwerlich vorwärts kommen dürfte. — Mit Unrecht hat man in dem Volksverein republikanische Tendenzen gewittert, er hat gar keine politische Tendenz, nicht einmal eine demokratische, wie der Name erwarten lassen sollte.

Die »Aach. Ztg.« sagt in einem größeren Aufsatze: Von der politischen Reaktion fürchte sie nicht; anders verhält es sich freilich mit der sozialen Reaktion. Diese existirt wirklich und zählt zu ihren Anhängern den größten Theil der sogenannten Philister, Zitterer und Pfahlbürger. Diese sind dem politischen Umschwunge nicht abhold, aber sie zittern für ihren Besitz, wenn nicht bald wieder Ruhe, Vertrauen und Kredit wiederkehren; sie fürchten für ihr Leben, wenn der unterdrückte Arbeiter sich gewaltsam erheben und das Regiment in die Hände nehmen sollte. Viele von ihnen sind von ihren vermeintlichen Freiheitsideen allerdings zurückgekommen und würden eine geordnete Knutung der jetzigen Unordnung in der That vorziehen. So gefährlich diese Reaktionaire der unaufhaltsam fortschreitenden sozialen Reform auch sein mögen, weil diese eben ein integrirender Theil der allgemeinen Freiheit ist, so sind sie doch unläugbar von großem Nachtheile, weil sie ihr Besitzthum dem Handel und Verkehr entziehen, weil sie mit ihrer Angst die Schwachen anstecken und die Böswilligen ermuthigen. Sie wittern überall Kommunismus, sehen in der Republik nur Anarchie und halten deswegen, so lange nicht Ruhe und Vertrauen sich einstellen, ihre Kissen verschlossen. Das einzige und sichere Mittel, diese gefährliche Reaktion zu bewältigen, ist die wiederkehrende Ordnung und das Vermeiden jeder Wühlerei, sowohl in politischer als socialer Beziehung.

(Eine Stettiner Bürger- oder Volkshalle.) Unsere Damenwelt ist mit dem gegenwärtigen Stande und der neuen Ordnung der Dinge sehr unzufrieden und wünscht die gute alte Zeit zurück, wo die Männer, die gegenwärtig bald in diese bald in jene Versammlung laufen, hübsch zu Hause blieben. Mit der Freiheit, meinen unsere Damen, sei es nichts, weil ihnen ihre Männer dabei abhänden kämen; wenn aber Alles am politischen Leben Theil nehmen, sich für das öffentliche Leben interessiren solle, warum denn sie ausgeschlossen seien. Der Volksverein hält es für unpassend, das weibliche Geschlecht von dem öffentlichen Leben ganz auszuschließen. Es fehlt aber an Lokalen mit Tribunen, auf denen die Zuhörerinnen Platz nehmen könnten; es fehlt überhaupt an Lokalen zu größeren Versammlungen in Stettin. Dieser Mangel wird immer fühl-

Digitized by Google

barer, das Bedürfniß immer größer werden, je mehr das öffentliche Leben sich entwickelt. Sollte es nicht zweckmäßig sein, auf Aktien eine zu dergleichen Versammlungen geeignete Halle zu erbauen?

Eingesandt. Wie man Post-Inspektor wird. In der Stadt S. hatte ein Postsekretair mehrere Jahre in dem Büreau des Amtsvorstehers gearbeitet, und sich auf dieser Stelle durch Arroganz gegen seine Kollegen, durch zuweilen gelungene Versuche den Amtsvorsteher zu beherrschen, bemerklich gemacht. Der Mann hatte weder Charakter noch Gesinnung. Seine Moral bildete eine sehr beträchtliche Dosis hier und da eingesogener Standesvorurtheile. Ohne eigentliche Fähigkeiten zu besitzen, ohne einen richtigen Ueberblick über alle Verhältnisse des Postdienstes zu haben, war es ihm doch gelungen, durch die Länge der Zeit sich eine gewisse Geschäftsroutine anzueignen Den Mangel der Befähigung ersetzte bei ihm ein hoher Grad von Zuversicht, wie sie bei Leuten ohne alle Begabung oft zu finden ist. Es leuchtet ein, daß ein solcher Mann bei seinen Kollegen nicht beliebt sein, daß er ebenso wenig die Achtung und das Wohlwollen seines nächsten Vorgesetzten besitzen konnte. Ein Dekret der Postbehörde berief ihn nach Berlin, um ihn, wie es in demselben hieß, wieder im praktischen Postdienste zu beschäftigen, damit er diesem nicht entwöhnt würde. Kaum hatte er seinen neuen Dienst angetreten, bei dessen Ausübung beiläufig gesagt von vorn herein schon einige faux pas zu Tage kamen, wie sie nicht leicht einem Beamten verziehen werden, als sich die Dinge plötzlich änderten. Sein Vater, ein früherer Post-Beamte und ein wohlhabender Mann, der in engen Verbindungen mit einem gewissen höheren Postbeamten steht, kommt nach Berlin gereis't und veranstaltet ein großes Mittagessen zu Ehren dieses höheren Post-Beamten. Nach der Tafel fahren beide in einer Equipage mit 2 schönen Fuchspferden bespannt spazieren. Die Pferde erregen das Wohlgefallen des höheren Post-Beamten und anderen Tags stehen sie in dessen Stall — Niemand wußte, von wannen sie gekommen waren Die Postwelt aber erfuhr bald darauf die Ernennung des besagten Post-Sekretairs zum Post-Inspector mit einer Gehaltserhöhung von 400 Rtl. Zur Charakteristik dieses Mannes diene noch folgendes Kuriosum. Ein Zeitungs-Artikel über Postangelegenheiten war von einem Postkondukteur auf mehreren Postämtern seines Kurses den Beamten zur Einsicht vorgelegt worden. Besagter Post-Inspector erhält davon Kunde und macht dem Kondukteur etwa diese Vorstellung: Er müsse ihm sein Verfahren durchaus verweisen, es sei gar nicht hübsch von ihm, daß er hier in P, wo Alles so ruhig wäre, dergleichen Artikel zu verbreiten suche Er solle auf seiner Hut sein, in konstitutionellen Staaten wäre das mit dem Beamten ganz anders, da könnten die Kondukteure gleich fortgejagt werden.

Stettin.

(Eingesandt.) Befremdend und als ein großer Mangel von Gemeinsinn erscheint es, daß sich mehrere der ersten Häuser des hiesigen Platzes bei der Zeichnung für die Errichtung von Kanonenbooten mit so geringen Summen betheiligen; so daß einzelne Handwerker größere Summen zeichnen als große Kaufherren.

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumerationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 17.

Freitag den 19. Mai.

Inhalt: Der Prinz von Preußen und die öffentliche Meinung. Die Pommern und der Prinz von Preußen. Die Minister. Berichte: Greifswald, Stettin.

Der Prinz von Preußen und die öffentliche Meinung.

Wir haben es vermieden die Person des Prinzen von Preußen in die Debatte zu ziehen. Aber wahr sind des Dichters Worte: es kann der Beste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Die unaufhörlichen, unermüdlichen „Wühlereien" unserer Gegner, der „monarchischen Heuler", die jüngsten Thaten des Ministerium Camphausen zwingen uns, unser Schweigen zu brechen. Damit die öffentliche Meinung erkennt, damit nicht die Wünsche einer nie ruhenden Faktion als Ausdruck der öffentlichen Meinung der Stadt Stettin, der Provinz Pommern ausgegeben werden, wird es Pflicht über Dinge zu reden, deren Erörterung wir nicht provocirt haben. Bei den fortdauernden Provokationen wäre längeres Schweigen Feigheit, Pflichtvergessenheit, denn es würde scheinen, daß ganz Pommern einstimme in die maaß- und sinnlosen Wünsche jener „Heuler."

Was das konstitutionell gesinnte Volk, die liberale Presse in weiser Mäßigung so diskret verschwiegen, das haben die Minister, die der konstituirenden Versammlung die Sorge für die Rückkehr des Prinzen bei den Bestimmungen über das Königthum überlassen mußten, indiskret in die Debatte gezerrt. Die Minister haben, durch jenes diskrete Schweigen irregeleitet über die Stimmung des Volks, durch die Umtriebe einer reaktionären Faktion verführt, der Nationalversammlung vorgegriffen, die Nation alarmirt durch einen in Wahrheit unverantwortlichen, unpolitischen Schritt. Sie rechtfertigen ihr herausforderndes Benehmen durch die Wünsche, die ihnen aus den Provinzen zugegangen, durch zusammengebettelte Petitionen einer Faktion, die von Verständigen ignorirt wurden, weil man vernarbte Wunden nicht wieder aufreißen, rücksichtsvoll Niemanden kränken wollte. Dies diskrete Schweigen, — der Taktlosigkeit, den Umtrieben jener Faktion gegenüber — ist als Zustimmung gedeutet worden und jetzt berufen sich die Minister auf die Stimmung der Provinzen, die sich doch keineswegs allgemein in diesem Sinne kund gegeben.

„Berlin soll an Pommern ausgeliefert werden" ruft die Reform. Pommern gilt als Hauptsitz der Reaktion, eine Ehre, die es der Thätigkeit einer an Zahl und Intelligenz unbedeutenden Partei verdankt, während der pommersche Liberalismus bei seiner bekannten Apathie jedes entschiedene Auftreten scheut. Keineswegs drängt die gesammte Provinz auf die sofortige Rückkehr des Prinzen. Einzelne Kreistagsschlüsse sind durchaus nicht maßgebend, da hier der große privilegirte Grundbesitz, das Junkerthum, dessen Herrschaft durch eine Verfassung auf breitester Grundlage gestürzt wird, das Uebergewicht haben. Ebenso wenig sind es die Unterschriften einfacher Handwerker, die zum Theil durch die Ansicht der Prinz

Digitized by Google

werde in Stettin residiren und hier viel Geld verzehren, also durch sehr materielle Rücksichten gewonnen sind.

Daß Pommern, die großen Grundbesitzer, die Aristokratie keineswegs alles politischen Takts baar und ledig, daß man nicht allgemein und halsstarrig auf Rückkehr des Prinzen dringt, sehen wir aus dem Beschluß der Belgarder Kreisstände. Sie haben sich auf einem Kreistage allerdings zu einer Ergebenheitsadresse vereinigt, aber mit großer Majorität entschied sich die Versammlung gegen den von einem Mitgliede gestellten Antrag, die Zurückberufung des Prinzen zu beantragen und zwar:

1) weil nirgends offiziell bekannt, welche Motive den Prinzen zur Abreise nach England bewogen. War es, wie zu erwarten, lediglich der freie Wille des Prinzen, das Land auf kürzere oder längere Zeit zu verlassen, so würde ein Antrag auf dessen Zurückberufung eine Voreiligkeit, eine Beschränkung des freien Willens des Prinzen involvirt haben. War es eine augenblickliche Nothwendigkeit, eine Vorsichtsmaaßregel, oder sonst eine Folge des neuen Zustandes der Dinge, so konnte die Belgarder Kreis-Versammlung sich nicht für competent halten, den gestellten Antrag zur Ausführung zu bringen. 2) Weil die Versammlung sich selbst sagte, daß eine Manifestation der beregten Art, wenn sie überhaupt wünschenswerth oder nothwendig erscheine, nicht von Einem Kreise, sondern mindestens von der ganzen Provinz geschehen müsse, um ihr auch den Character einer großartigen und erfolgreichen Einheit des Volkswillens zu unterbreiten. 3) Weil die Versammlung auch nicht der bevorstehenden National-Versammlung vorgreifen wollte und endlich 4) weil man, bei etwaiger unrichtiger Wahl der, über diesen zarten Gegenand zu entscheidenden Staatsgewalt, möglicherweise Verlegenheiten bereiten könne, die zu vermeiden als Pflicht erscheint.

Wie hier haben auch in andern Kreisen die Wünsche einzelner Privilegirter selbst bei der Mehrzahl ihrer Genossen durchaus keinen Anklang gefunden. So viel Takt haben freilich nicht alle Pommern bewiesen; die mit der gegenwärtigen Ordnung Unzufriedenen haben kein Bedenken getragen Verlegenheiten zu bereiten, der Nationalversammlung vorzugreifen. Sie haben die Minister verführt zu einem Schritt, der Aufregung erzeugen mußte.

Dabei hat das Ministerinm die Revolution vollständig ignorirt, ja verleugnet. Es spricht von einem ersten Unterthan, von Rechten, welche der König der Volksvertretung „einzuräumen entschlossen" ist und stellt sich damit auf den Standpunkt des historischen Königthums von Gottes Gnaden, das aus eigener Machtvollkommenheit dem Volke Rechte abrat, während doch nicht mehr von allergnädigst bewilligten, verliehenen und eingeräumten Rechten die Rede sein kann. Das Ministerium verleugnet die Revolution, aus der es hervorgegangen, die Souveränität des Volks.

Mit demselben Rechte, mit dem diejenigen, die mit der sofortigen Rückkehr des Prinzen, mit den Grundsätzen des Ministeriums einverstanden, ihre Zustimmung aussprechen, mit demselben Rechte haben diejenigen, die entgegengesetzter Meinung sind, ihre Mißbilligung auszusprechen. Dies ist sogar Pflicht, denn nur, wenn alle auf gesetzlichem Wege ihre Ansichten über die Maaßnahme der Regierung aussprechen, kann erkannt werden, was die öffentliche Meinnng eigentlich will.

Die Pommern und der Prinz von Preußen.

Mit lebhafter Indignation haben wir in einer früheren Nummer der Vossischen Zeitung einen Artikel gelesen, welcher unterzeichnet war „Für die Pommern Arndt", durch welche Unterschrift jenes Subject in wunderbar dreister Weise sich zum Stimmführer der Pommern aufwerfen zu wollen scheint. — Der Name Arndt hat einen guten Klang, daß jener aber nicht der deutsche Arndt ist, welcher auch aus Pommern stammt, dafür zeugen die Worte selbst. —

Digitized by Google

In dem bezeichneten Artikel ist das angeblich lebhafte Verlangen der Pommern ausgesprochen, den Prinzen von Preußen, weil er — ohne unsere Schuld — den Titel eines Statthalters von Pommern hat, aus seiner angeblich freiwilligen Verbannung nach Preußen zurückzubitten. —

Wenn Einsender auch nicht in Abrede stellen will, daß es in Pommern Manche geben mag, die solchem Wunsche beipflichten, namentlich vielleicht solche Wolden's und Pseudo-Pommern an anderen Orten, die einen Kreuzzug gegen die Berliner vergeblich predigten in gänzlicher Verkennung der Ereignisse vom 18. und 19. März — so kennt doch Einsender sehr zahlreiche Ansichten politisch Gebildeter in Stettin, Greifswald und Stralsund, welche gegen eine solche übermüthige und gesinnungslose Bevormundung entschieden Protest einlegen, und wir halten uns überzeugt darin die Meinung der großen Majorität der Bewohner Pommerns insbesonders der Constitutionellen auszusprechen. Von den Gründen, welche gegen eine solche jetzige Zurückberufung des Prinzen von Preußen vorliegen, erlaubt sich Einsender nur einige zu berühren, indem er darauf hindeutet, daß der Prinz von Preußen, abgesehen von seiner vielseitigen Tüchtigkeit,

1) ein Mann von den entschiedensten conservativen aristocratischen und absolutistischen Grundsätzen ist, welcher die Nothwendigkeit der Forderungen der Gegenwart nicht einsehen oder nicht anerkennen will;
2) daß derselbe wegen dieses seines Charakters durchaus unpopulär ist; —
3) daß ein Bedürfniß zu seiner Einholung, nachdem er einmal dem Vaterlande den Rücken gewendet hat, in keiner Weise *jetzt* vorhanden ist. —

Die Belege für diese Gründe hat der genannte Prinz zur Zeit der Constituirung und der Verhandlungen des ersten vereinigten Landtages, wie auch in den letztverflossenen Monaten zur Genüge selbst geliefert, und ist es wohl die ziemlich allgemeine Ansicht, daß, wenn überhaupt eine Reaktion noch möglich sein sollte, diese durch den Prinzen oder in dem Prinzen am ersten ihre Begründung finden würde. — Die Partei des Prinzen von Preußen besteht nur aus Einigen seiner Blutsverwandten, aus der krassen Aristocratie des Adels und des Grundbesitzes und einem Theile der Armee,*) weil er deren Interesse ausschließlich in seinem Charakter zu vertreten scheint. Wo bleiben nun die übrigen 14¾ Millionen Preußen? In wie fern aber insbesondere die Stellung des Prinzen von Preußen, als Statthalter von Pommern seine Zurückberufung begründen soll, ist gar nicht zu ersehen. — Wir haben einen uns bekannten Herzog in unserm hochherzigen Könige; von dem Statthalter wissen wir Nichts und scheint der Prinz selbst um seine Statthalterschaft wenig sich gekümmert zu haben. Es war lediglich ein Titel; ein Bedürfniß für eine solche Stellvertretung dürfte auch bisher nicht vorgelegen haben, eben so wenig wie zu der Generalgouverneurstelle von Neuvorpommern und Rügen, welche der reiche und durchlauchtige Fürst von Putbus mit 6000 thlr. Gehalt schon seit langer Zeit einnimmt und noch bezieht.**) Im Gegentheil dürfte es der jetzigen Zeit sehr angemessen sein, wo wir unser verarbeitetes Silber, wo jeder Patriot freiwillige Gaben, — ohne Staatsschuldscheine dafür zu nehmen — auf dem Altar unseres lieben Vaterlandes legt; ich sage, es dürfte jetzt endlich die Zeit gekommen sein, wo Sinekuren abgeschafft werden, und wo Jeder es für eine Ehre hält dem Staat d. h. seinen Mitbürgern nützlich zu sein, und von der Nation nicht mehr dafür an-

*) Bei der Erstürmung des Danewirke soll die tapfere Garde dem Prinzen von Preußen ein Hoch gebracht haben, doch sind die Gelehrten noch uneinig, ob dies durch Insinuation oder aus Enthusiasmus hervorgerufen worden ist.

**) In Nr. 18 der Sundine ist Se. Durchlaucht schon von H. v. Alfers wiederholt aufgefordert worden, das Wohl und die Lage des Staats gnädigst zu bedenken.

Digitized by Google

nimmt, als zu seines Leibes und Lebens Nothdurft erforderlich ist. — Aristides mußte auf Staatskosten beerdigt werden. — Es würde dadurch der Staat größer, die Steuern würden bedeutend geringer werden.

Angenommen jedoch, es wäre unsers Pommerns Wunsch und Vortheil, daß unser Statthalter zurückberufen werde, so wird doch jeder ächte Pommer sein Interesse dem allgemeinen Wohl und Willen unterordnen, und bitten wir: Gott gebe Einigkeit und beschütze uns vor separatistischen Tendenzen! — Es dürften also weder Gründe der Nothwendigkeit noch der Nützlichkeit für Zurückberufung des Prinzen von Preußen vorliegen. Das Einzige, was die Nation zu einem solchen wichtigen Schritt bestimmen könnte, wäre dieß: daß es der innige Wunsch unsers Königs ist, dem nachzukommen unsere Pflicht ist, sobald keine Gefahr für unsern constitutionellen Staat daraus erwachsen kann. Möge der talentvolle Prinz in seiner aristokratischen Umgebung auch den hohen Rechten des Volkes seine Aufmerksamkeit widmen und dann zurückkehren wie Camillus zur Zeit der Gefahr seine Mitbürger von der Knechtschaft zu erretten! *)

Greifswald. K.

Die Minister.

Noch ist kein Jahr verflossen, daß man den Landständen zurief: „zwischen uns sei Wahrheit," und doch verschloß die Regierung der Wahrheit nicht nur beide Ohren, sondern sie unterdrückte sie auch durch die strengste Censur und Willkür, aber jetzt ist es an uns der Regierung zuzurufen „zwischen uns sei Wahrheit," und darum wollen wir sie offen aussprechen. — Der von Frankreich herüberwehende republikanische Sirokko schien unsere Minister noch in Aachen und Cöln mit seinen demokratischen Ideen zu inficiren, doch schon scheinen sie von der Hofluft verpestet, und gleich vielen Tropengewächsen, die nach Norden versetzt, dort verkümmern, scheint die demokratische Gesinnung jener Herren jetzt zu einer Mumie eingeschrumpft zu sein. — Eine kleine Schaar von Emigranten aus Berlin, die Crême der aristokratischen und pietistischen Partei hat sich nach Potsdam zurückgezogen, diese verbreitet dort ein Miasma, das die Nachbarstadt Berlin in ein fortwährendes Fieber (der Aufregung) versetzt, ein Miasma, in welchem unsere mit dem Frühling emporkeimende Freiheit bald dahinsiechen dürfte, denn der jüngste Schritt des Ministeriums giebt mehr als alle früheren den Beleg wie sehr es schon von dieser Pestluft angesteckt ist. Es würde uns hier zu weit führen, wollten wir die unzähligen Fehlgriffe, die zögernde Politik, die halben Maaßregeln (wir erinnern nur an Schleswig und Posen) beleuchten, bleiben wir blos bei der Zurückberufung des Prinzen von Preußen stehen, ein Schritt der dem Ganzen die Krone aufsetzt, der dem Ministerium noch den letzten Rest von Popularität raubt, den es bis jetzt besaß, denn daß unsere Minister keine Staatsmänner sind, haben sie ja in 6 Wochen, mehr als wir wünschen, gezeigt. Hervorgegangen aus der Revolution negirte dieses Ministerium diese Revolution und ihre Konsequenzen, durch Anerkennung des früheren Zustandes, durch Beibehaltung der ganzen alten morschen Büreaukratie, durch Versetzung mißliebiger freisinniger Offiziere, durch Zusammenberufung der Landstände, durch Vornahme der frankfurter Wahlen von den Letztern, durch Bevormundung des Volkes bei den Wahlen, (Stufenwahlen durch Wahlmänner) durch Spielen einer Doppelrolle, indem seine Politik gleich dem Januskopfe als

*) Die Redaction der Vossischen Zeitung wird gebeten, diese Zeilen in ihr Blatt aufzunehmen. —

Digitized by Google

geheime Haus- und Kabinetspolitik an das alte Regiment, und die vorgesteckte Larve der Verantwortlichkeit an die neue Zeit erinnert. — Wo hat sich denn das Ministerium bis jetzt stark bewiesen? war es stark, wenn es galt unsere Rechte und Freiheiten fortzuentwickeln? Stark hat es sich gezeigt wo es galt diese Fortentwickelung zu hemmen, stark war es als Hr. v. Minutoli ein Attentat auf das Assoziationsrecht auszuüben wagte; ja es muß sich sehr stark fühlen, wenn es wagen darf ohne auf die Stimme von ganz Berlin und der meisten Provinzen zu hören (eine kleine Fraktion in der Politik Unzurechnungsfähiger schließen wir hier aus) einen Akt der Willkür zu begehen, der die Flamme der Revolution von Neuem anzufachen droht. —

Schon lange vor dem Regierungsantritt des jetzigen Königs war der Prinz Wilhelm als der entschiedenste Gegner einer freien Bewegung im Volke, als entschiedener Militairdespot, kurz als das verkörperte Prinzip bekannt; eben so bekannt war es, daß sein ältester Sohn streng nach diesen Grundsätzen erzogen wurde; häufige Besuche in Petersburg ließen auf eine große Zuneigung zum kaiserlichen Schwager, und manche Anekdoten auf eine Aehnlichkeit mit diesem in Gesinnung und Benehmen schließen. Bei jedem Volksauflauf und bei manchen andern Gelegenheiten machte der Unwille des Volkes sich gegen diesen Prinzen Luft, und traf gewöhnlich nur die prächtigen Spiegelscheiben seines frühern Palais; das furchtbare Blutvergießen in der Nacht vom 18. zum 19. März ward ihm zugeschrieben, und die hunderte von Barrikaden, die wir von Neuem plötzlich in der Nacht vom 21. zum 22. März errichten sahen, entstanden durch die vielleicht nicht unbegründete Besorgniß, daß der Prinz die Hauptstadt überrumpeln wolle. — Nennen wir die Dinge beim rechten Namen; der Prinz entfloh nach England, und das Volk wurde fast acht Tage über sein Schicksal in Ungewißheit gelassen. Warum blieb der Thronfolger nicht auf dem heimischen Boden wenn er sich unschuldig fühlte und die neue Bahn, die der König betreten, billigte? warum verschmähte er es dem Volke den Wahn zu nehmen, wenn es ein Wahn war? Auch das Ministerium that nichts um die öffentliche Meinung, wenn sie irre geleitet, zu corrigiren, sondern bereits wieder in die sonstige alte Politik der Lüge und List einlenkend, ließ den Prinzen in England eine „hohe Mission" erfüllen!

Noch ist die furchtbare Wunde, die man den Bewohnern Berlins geschlagen, nicht verharrscht, noch sind die gefallenen Opfer eines „Mißverständnisses", das 20 Stunden unterhalten wurde, nicht vermodert, ja kaum sind sie erkaltet; noch zeigt so manches Haus in Berlin die Spuren der Kartätschen womit die „väterliche Regierung" die „lieben Berliner" begrüßt, und das Ministerium reißt die Wunde von Neuem auf, bietet allem diesem Hohn, und nachdem es lange genug Ruhe und Versöhnung gepredigt, fordert es jetzt alle Parteileidenschaften heraus und wirft der Nation den Fehdehandschuh hin, doch die Nation wird den Handschuh aufnehmen und das Ministerium für seine unverantwortlichen Handlungen verantwortlich machen. —

Nur das Volk, d. h. dessen Vertretung, die Nationalversammlung, war zu einem solchen Schritt berechtigt; noch hat der Prinz von Preußen nicht das Vertrauen der Nation wieder erlangt, noch hat er nicht den kleinsten Schritt dazu gethan, noch gilt er uns als der gefährlichste Feind unserer Freiheit, und ehe unsere Verfassung nicht entworfen und befestigt ist, und ehe dem Volke nicht so viel Rechte zuerkannt sind, daß es ganz gleichgültig wer auf dem Throne sitzt, halten wir die Zurückkunft des Prinzen von Preußen für ein Unglück, das uns entweder dem Terrorismus oder der Republik in die Arme wirft

Philalethes.

Digitized by Google

Berichte.

δ Greifswald, den 15. Mai.

„Der 8. und 10. Mai, eine politische Schicksalstragödie" — ging über viele neuerrichtete Bretter, die auch eine Welt bedeuten; auf vielen soll dies Stück den Charakter eines Lustspiels gehabt haben, und wir lassen uns davon gern überzeugen, wir wissen, der Schluß wenigstens, war ein heiterer. In unserer Stadt sind die Meinungen getheilt, wie sie dies allerdings auch in den meisten Wahlorten als Ausdruck der verschiedenen Standpunkte der dort Betheiligten sein werden. Hier sah man meist heitere Gesichter, die sich sogar zur Rührung verklärten, als der Held des Spiels am Schlusse einen bei solchen Zuschauern mühelosen Angriff auf deren einfachen, arglosen Sinn machte; wir lachten auch mit, aber es giebt ein Lachen, das wir uns von keinem Gegner wünschen; vielleicht wird es einst ein heiteres, fröhliches, dann — lachen wir allein und „wer zuletzt lacht, lacht am besten." — Die hiesigen Wahlen sind durch die Blätter auch weiterhin bekannt geworden und wir würden uns nicht damit rühmen, wenn wir es nicht für unsere Pflicht erachteten, öffentlich Verwahrung einzulegen gegen die etwa auftauchende Meinung, als genössen unsere Vertreter hier ein unbedingtes, allseitiges Vertrauen. Wir würden den Schmerz und den Unmuth nicht haben, diese Männer als Mitarbeiter an einer weltgeschichtlichen Aufgabe auftreten zu sehen, wäre die politische Bildung am Orte und in der Gegend eine bessere. — Betreffend den Abgeordneten zum Volks-Bundestage in Frankfurt, den Professor und Geheimen Justizrath Beseler, so kann sehr kurz gesagt werden, daß Niemand das Tüchtige und Ehrenwerthe seines Privatcharakters nur im Entferntesten angreifen will; dennoch ist seine Wahl eine sehr unglückliche. Beseler hat — allgemein behauptet man dies — entschieden aristokratische oder wenn man will patrizische Neigungen, er wird in Frankfurt für einen Kaiser und alles Mögliche stimmen, was verwirklicht neues und schweres Unglück über Deutschland bringen muß. Der berühmte Germanist wird seine Gegner finden, ein Arnold Ruge schlägt zehn solche Leute aus den sehr hölzernen Pallisaden ihres „historischen" Standpunktes heraus. Glück auf! — Entschieden ändern sich die Handhaben zu einer Beurtheilung des Mannes, dem die Ehre wurde, von hier aus als Vertreter zu dem neuen Landtage in Berlin gewählt zu werden. Der Professor und Direktor der staats- und landwirthschaftlichen Akademie zu Eldena, Herr Baumstark, darf sich nicht der Anerkennung rühmen, die Herrn Beseler auch von den Gegnern seiner Principien nicht versagt wird. Man kennt seine Wirksamkeit als Leiter jener Anstalt, die auf dem Punkte ist, mehr Lehrer, als Schüler zu haben; man kennt die persönlichen Antipathien, die er dort sehr oft gegen sich hervorrief; die seit jeher ihm wohl durchgehend feindliche Stimmung der Studirenden; man weiß, daß vielseitiges Mißtrauen gegen ihn in anderen Kreisen herrscht und daß nur seine Klugheit Schuld sein soll, daß man sein selbstsüchtiges Treiben nicht bestimmter zeichnen kann. Beseler war immer in Opposition mit dem gestürzten Regiment, freilich eine Opposition, die ihn nicht vor dem „geheimen Rath" bewahrte, aber doch verhindert haben soll, daß er in das Ministerium berufen wurde — Baumstark war immer ein bereitwilliger und eifriger Anhänger der absoluten Regierung, er hat nicht schweigend nur seine Pflicht erfüllt, er hat es nie gezeigt, daß man auf ihn zählen könne, wenn andere Tage kämen. Nun sie da sind, gehört er natürlich zu den klugen Leuten, die da rufen: le roi est mort, vive le roi! Ob das aber doch nicht unklug ist? Wir werden sehen! — Seine Wahl ist jetzt kein Zeugniß für ihn. Vielleicht giebt es schon Leute, die es bereuen, ihm ihre Stimme gegeben zu haben, den sie ebenso obenhin kennen, wie die Forderungen der Zeit überhaupt. Sie hatten zu dieser Reue den besten Anlaß in der Sitzung des „constitutionellen Clubbs" am 13. d. M. Die angeregte Frage über Ein- und Zweikammersystem legte den Grundstein zur späteren „Unmöglichkeit" dieses Mannes, wenn anders eine allgemeine politische Reife hier möglich sein soll. Man fordere kein Protokoll über einen Vortrag, der sich in nichts bewegte, als in breitgetretenen, durch die Wissenschaft und die Geschichte der Gegenwart längst überwundenen Doktrinen. Nothwendigkeit einer ersten Kammer zur Vertretung der „ungeheuer unabhängigen" (sic!) großen Grundbesitzer, der Universitäten (guten Morgen, Herr Professor!) u. s. w., u. s. w., zur Opposition gegen republikanische Gelüste und sonstiger aufgewühlter Kohl, dabei aber „um's himmelswillen" keine Verdächtigung als Reaktionäre — um des Himmels Willen, Herr, denken Sie, wir seien blind und sehen den Pferdefuß nicht? Auch Ihr Secundant, der Professor Baier — mit Schmerz sah man sich in diesem Manne, auf den man immer zählte,

Digitized by Google

getäuscht*) — war sehr unglücklich mit all seinen philosophischen Versuchen, seinen Ausfällen gegen die „blauen Theorien", seinen „organischen" Bemühungen. Der Mann ist noch „Unterthan", was er bleiben mag, wenn es ihm Vergnügen macht; er will — „wahrlich so ist's, 's ist wahrhaftig so"! — die erste Kammer unter Anderem die Repräsentantin der Reaktion sein lassen, damit man diese immer vor Augen habe und sich er besser vor ihr hüte. Geehrter Herr Unterthan, warum tragen sie nicht eine Handschelle, um so immer auf der Wacht zu sein gegen die Sklaverei? Oder paßt das Beispiel der Unterthanenschaft wegen nicht? — Heute noch ein Wort gegen ein Schreiben im „Wächter", das von einem andern Berichterstatter herrührt. Der sittliche Ernst, den unsere große Sache erfordert, muß sich entschieden gegen Uebertreibungen und Ueberhebungen auch der eigenen oder einer verwandten Partei wenden. Eine Uebertreibung, eine lächerliche Uebertreibung ist es, wenn ein Studiosus Sperling ein „eminentes Rednertalent" oder dergl genannt wird. Er thut seine Pflicht, verficht mit Eifer seine Ueberzeugung und die ärmlichen Verläumdungen, die Rohheiten, die von einigen Bürgern neulich gegen ihn versucht wurden und auf die wir aus Rücksicht nicht namentlich (mit Namensnennung) eingehen wollen, gereichen ihm nur zur Ehre. Aber es kann seinem Rufe hier nur schaden, wenn man solche Urtheile über ihn in die Welt bringt, deren Nichtigkeit er selbst am besten fühlen wird, wenn er einsieht, daß er noch einiger Zeit und Anstrengung bedarf, um ein „eminenter Redner" und ein Parteiführer zu werden.

Stettin

Konst. Klub. Dinstag, den 16. Mai. Vorsitzender Stadtrath Sternberg. Von der Generalversammlung am vorigen Abend war (mit Rücksicht auf die von hier und aus Pommern abgegangenen Petitionen für) ein Protest gegen die unzeitige und schlecht motivirte Zurückberufung des Prinzen von Preußen Seitens der Minister beschlossen und einer Commission die Abfassung desselben und Vorlage für den Dinstag Abend übertragen. — Die heutige Debatte begann mit einem Streit: ob die gestrige Versammlung zu diesem Beschluß berechtigt gewesen, was von den mit jenem Beschlusse Unzufriedenen bestritten wurde. Den Beschluß vom vorigen Tage umzustoßen war nicht möglich, und so kam es endlich zur Verlesung des nachstehenden Entwurfs der Commission:

An ein hohes Ministerium.

Ein hohes Staatsministerium hat am 10 d. M. Sr. Maj. dem Könige die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, Königl. Hoheit, vorgeschlagen, und bei diesem Vorschlage, gegenüber dem dagegen erhobenen Widerspruche eines Theils der Bevölkerung der Hauptstadt Berlin aus wichtigen Gründen verharren zu müssen geglaubt. Der konstitutionelle Klub Stettins, der sich die Mitverwirklichung der Freiheit in der konstitutionellen Monarchie zur Aufgabe gestellt hat, hält es für seine Pflicht, den Erwartungen einer konstitutionellen Regierung entsprechend, derselben seine Meinung über diese Maaßregel eines hohen Ministeriums auf geordnetem Wege auszusprechen. Demgemäß fühlt er sich zu der Erklärung gedrungen, daß er die Zurückberufung Sr. K. Hoheit, des Prinzen von Preußen im gegenwärtigen Augenblicke nicht für eine Maaßregel halten kann, durch welche die von einem hohen Ministerium in der motivirten Erklärung desselben vom 13. d. M. aufgestellten Zwecke: Bürgschaft für die Zukunft des Vaterlandes, Kraft des Staats, Einigkeit zwischen Thron und Volk, mit unfraglicher Sicherheit erreicht werden dürften. Vielmehr bekennt sich der Klub zu der Ueberzeugung: daß nur durch die Stimme des Volks, und demgemäß durch den Ruf der konstituirenden National-Versammlung in Berlin zu Wege gebrachte Heimkehr des Prinzen, dem Vaterlande die vorhin bezeichneten Erfolge unfraglich gesichert haben würde.

Der konstitutionelle Klub.

Nach einer langen Debatte wurde der nachstehende von J. C Trieft vorgelegte Protest von der Versammlung angenommen:

Ein hohes Ministerium begehrt die Meinung des Volkes: ob schon jetzt die Rückkehr des Prinzen von Preußen wünschenswerth sei. Wir gestatten es uns daher, es auszusprechen, daß auch in Stettin Viele und namentlich der unterzeichnete konst Klub der Ansicht sind die Rückkehr des Prinzen von Preußen sei für jetzt noch zu früh und nicht eher zu wünschen als bis die Nationalversammlung sich dafür ausgesprochen hat.

* * *

Während andere politische Vereine und Klubs eifrig und thätig wirken, ist von den Thaten des konst. Klubs in Stettin wenig zu berichten. Der Klub ist so unthätig, daß Hr. Dr. Stahr äußerte: er sei vollständig überzeugt von der Nullität des Klubs, der

*) Anm. d. Red. Wir gestehen, auch wir haben uns in Herrn Professor Baier, den wir sehr hochgestellt, gänzlich geirrt; er ist nichts als ein — Professor, deren gesunde Vernunft so leicht durch die Dünste und Nebel verdustert wird.

Digitized by Google

Klub sei eine Null; eine Ansicht, die keinen Widerspruch in der Versammlung fand. Bei jedem Schritt, den der Klub thun will, wird er aufgehalten, gehemmt durch das Bleigewicht der Bedenken und Rücksichten — In der heutigen Sitzung kamen Ansichten vor, die bei Mitgliedern eines konst. Klubs billig befremden müssen. Es wurde unter andern behauptet, es sei nicht konstitutionell, dergleichen dem Ministerium einzureichen, der Protest gehöre vor die Nationalversammlung, was offenbar eine Beschränkung des Petitions- und Beschwerderechts auf ein Ministerium sein würde. In England, der Heimath des modernen Konstitutionalismus, werden den Ministern, dem Parlamente und dem Könige Adressen, Petitionen und Beschwerde überreicht. Das Recht der Bitte und Beschwerde in diesem Umfange gehört zu den Geburtsrechten eines jeden Engländers. Nach Art. 21 der belgischen Konstitution hat Jeder das Recht Bittschriften von einer oder mehreren Personen unterzeichnet bei öffentlichen Behörden einzureichen — Gegen den vorgelegten Protest wurde protestirt, weil er einen Tadel des Ministeriums enthalte! Dem wurde entgegnet, daß es schon unter dem nun begrabenen System gestattet gewesen Regierungsmaßregeln zu tadeln und zwar mit hoher obrigkeitlicher Approbation durch die Censur. — Wenn es nicht mehr oder gegenwärtig nicht erlaubt sein soll, Regierungsmaßregeln zu tadeln, so muß man an die Unfehlbarkeit der Minister glauben. Es kann überhaupt nicht Aufgabe und Zweck eines konst. Klubs sein, ein bestimmtes Ministerium — etwa die Jesuiten des Papstthums — zu stützen, noch dazu ein Ministerium Camphausen, das auf den Standpunkt des historischen Königthums von Gottes Gnaden zurückgesunken ist.

Die Hamburger beginnen mit patriotischem Eifer die Errichtung einer deutschen Flotte Sie haben in wenigen Tagen 300,000 Mark Banko (105,000 Thaler zusammengebracht. Segelschiffe und Dampfschiffe werden bewaffnet; schweres Geschütz, Sechzigpfünder und Dreißigpfünder, ist angeschaft, und vor diesem tüchtigen vereinten Streben, werden die wenigen Kriegsschiffe, welche das kleine Dänemark in die Nordsee senden kann, bald das Weite suchen müssen. — Wie steht es dagegen in der Ostsee? Wie steht es in Stettin, dessen Hafen seit Wochen von einer einzigen Fregatte völlig gesperrt ist? — Haben wir in Stettin, in Wolgast in Danzig, in Pillau nicht große Segel- und Dampfschiffe? Haben wir keine tapferen Seeleute, keine vaterlandsliebenden Männer? Haben wir überhaupt keine Mittel und Kräfte, die stark genug sind, um die drei oder vier Fregatten und Briggs der Dänen zu verjagen, welche unserem Handel so große Verluste bereiten?! — Eine Fregatte von fünf oder sechs bewaffneten Fahrzeugen und Dampfern angegriffen, kann unmöglich Stand halten. In Hamburg ist der Handel kaum bedroht und sofort erwacht der Muth selbst die Bedrohung nicht zu dulden: in Stettin ist der Handel vernichtet, dennoch aber hören wir nicht, daß es zu entschlossenen vereinten Widerstand kommt. — In dem republikanischen Hamburg hilft sich der Gemeingeist, bei uns scheint man warten zu wollen, was die Regierung thut — Aber diese Zeit ist vorüber. Ein freies Volk muß selbst Hand ans Werk legen, es muß sich selbst zu helfen suchen. — Die Noth hat England zu einer Flotte gebracht: die Noth Amerika mächtig zur See gemacht. — Heraus denn mit Schiffen und Waffen! nur der Gemeingeist kann Hülfe bringen! — (Nat.-Ztg.)

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumerationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 18.

Sonnabend den 20. Mai.

Inhalt: Patriotische Revue der deutschen Tugenden. Zwei Kammern oder eine? Berichte: Stolpe, Anclam, Stettin.

Patriotische Revue der deutschen Tugenden.

I.

Wir haben eine Revolution gehabt und athmen dennoch nicht frei. Die Mehrzahl bangt vor der Freiheit, und es wird kommen, daß wir sanft und allmählig, versehen mit dem Kappzaume, in den alten Zwangsstall eines allerdings etwas erweiterten Polizeistaates zurückkehren. Fortwährend halten uns die Begünstiger und Förderer dieses Manoevers unsre alte deutsche Ruhe, „Gründlichkeit" und „Besonnenheit" vor. „Deutsches Volk," sagen sie, „überstürze dich nicht, denke an deine alten Tugenden, du gehst zu hastig, du übereilst dich, du wirst dich ins Verderben stürzen." Nun! ich sehe nichts, ich sehe viel Geschrei und wenig Wolle, ich sehe kein Malayisches Tollrennen, ich sehe den alten Schneckengang der Dinge, das ist alles. Aber, beim Himmel! wenn ich die Leute betrachte, die uns zur „Ruhe" und „Besonnenheit" ermahnen, wenn ich von diesen selben Leuten fortwährend das Gedudel von den großen alten deutschen Tugenden höre, so wird mein Argwohn rege. Ich muß mir sagen, daß es mit diesen Tugenden Wind ist, daß eine thörichte Selbstüberschätzung in dieser Hinsicht Mode geworden, und daß es hohe Zeit ist, daß dieses bannale Gerede, diese nationalzopfige Verlogenheit aufhöre, um einer wahrhaften Selbstkenntniß und einer ruhigen unaffektirten Würde Platz zu machen. Die Sache ist diese:

Wie Leporello im Don Juan das aufgerollte Liebesregister seines Herrn auf dem Theater hin- und herschwenkt, so breitet der Deutsche fortwährend die Musterkarte seiner ihm erb- und eigenthümlichen Tugenden aus. Muß man nicht bis zum Ekel hören und lesen von: deutschem Gemüthe, deutscher Treue, deutschem Fleiß, deutschem Muth, deutscher Besonnenheit, deutscher Gründlichkeit, deutscher Bescheidenheit u. a. m.? Der Arm erlahmt einem, diese Deutschheiten alle zu registriren. Das sind die Tugenden, welche der Deutsche in seine domaniale Erbpacht genommen hat, und die er andern Nationen nur unter wesentlichen Einschränkungen zugesteht.

Nun aber lehrt die Erfahrung: je tiefer ein Volk gesunken ist, desto mehr spreizt es sich auf, je unsolider der Charakter, desto solider will er scheinen, je beschränkter sein Wesen, desto eingebildeter der Mann. Die versteinerten Chinesen halten sich für das größte Volk der Erde, und schelten die übrigen Völker rothhaarige Barbaren. Die alten Juden, das fanatischste, schönheits- und menschenfeindlichste Geschlecht, das je die Erde bewohnte, hielt sich für das auserwählte Volk Gottes! Die Juden mögen mir nicht übel nehmen, was ich sagen will. Es soll sie nicht treffen; es giebt für mich weder Juden noch Christen, sondern nur jü-

Digitized by Google

dische, christliche ꝛc. Deutsche, ich sehe bei beiden mehr nach dem Menschen, der Jude und der Christ sind mir gleichgültig.

Was ich aber auf dem Herzen habe, ist dies: dies alte Judenbewußtsein, das auserwählte, trefflichste Volk, meinetwegen auch das Volk Gottes zu sein (Gott verläßt keinen Deutschen) ist auf die Deutschen übergangen. Die Deutschen sind die Juden der neuen Zeit. Daß es uns nicht so ergehe, wie es einst jenen erging. Es sieht ziemlich darnach aus. Es ist der borniertesse, frevelhafteste Hochmuth, der fortwährend die Besitztitel von Tugenden usurpirt, die ihm abgehen, es ist der kläglichste Banquerott an diesen Eigenschaften, welchen der Banquerottirer nicht eingestehen will, und deshalb genöthigt ist zu rufen: er besitze erst recht und er allein diese Dinge. Ja! es ist wahr, das erste erbittert, aber das zweite flößt dem Patrioten Besorgnisse ein. Es ist nicht wahr, daß die Deutschen mehr Gemüth haben als die Franzosen; der gemüthliche Deutsche hat unzählige Male den, der sich für ihn opferte, feige im Stiche gelassen, und er ist noch jetzt lässig, dem zu helfen, der für ihn arbeitet. Was sagen die schwarz-roth-goldenen Fahnen auf den Häusern, aus den Fenstern, was sagen diese Farben selbst an den Helmen der preußischen Soldaten? Sie sagen: **das sind dieselben Farben, die unsere Jugend in den Kerker geführt hat, das ist der „Kaiser" und das „Reich", für welches unsere Jugend noch vor kurzem in den Festungen und öden Citadellmauern schmachtete**, während ihre Väter, während alle Welt dünkelhaft und verächtlich oder hochmüthig bemitleidend „auf die dummen Jungen" herabsah. Hier ist der Kelch trübe und bitter; mit Schaam müssen wir uns bekennen: **es giebt kein Volk wie das deutsche, das seine Jugend verrathen hat.** Es hilft nichts, das hat es gethan! Es hat seine Jugend verrathen. Wo ist denn da das Gemüth?

Statt des Gemüths besaß und besitzt der Deutsche alten Styls die Gemüthlichkeit, d. h. die Gefühlsseligkeit einer trüben Innerlichkeit, einer engbrüstigen Genügsamkeit mit dem leidlich Erträglichen, das Großthun mit der Erbärmlichkeit des Hinterstübchens, ein erbittertes Verhalten gegen alle große, farbenreiche Entfaltung des Daseins. Vermöge dieser Gemüthlichkeit pries der „alte" Student seine cynische Rohheit, die er der Schönheit gegenüber stellte —

Sieht ihm das Hemde zu den Hosen hinaus
Ei! was macht der flotte Bursch sich daraus u. s. w.

vermöge dieser Gemüthlichkeit heißt es:

Mir ist in der Welt nichts lieber
Als mein Stübchen, wo ich bin;
Denn ich sehe ꝛc.

Es ist nicht wahr, daß die Deutschen treuer sind, als andere Nationen des großen, schönen Völkergartens der Erde. Die Geschichte lehrt, daß sie unzählige Male untreu gewesen, untreu ihren größten Rettern und Helden. Ihre Treulosigkeit und ihr Unglaube an die Idee ist weltbekannt; nur die Hundetreue der Knechtschaft haben sie am längsten bewahrt. Sie sind in Rußland russischer als die Russen, sie sind es, die heute in Böhmen, dnrch ihre feige, unpatriotische Ueberläuferei zu den Czechen die schwache Partei derselben verstärken. Freilich jetzt haben wir auch eine Revolution, weil die Franzosen eine gehabt haben, und Ehre sei den wackern Berliner Kämpfern! Aber wie kläglich tönt schon jetzt das feige Gewimmer und der Jammer, mit die nirgends erheblich gestörte „Ruhe und Ordnung!" Und wie stand es denn noch vor dem Februar? Während ganz Europa sich frei machte, während selbst die armen geknechteten Italiener ihre Ketten zu den Füßen ihrer Tyrannen schleuderten, wo die wackern Palermitaner sich die Frei-

Digitized by Google

heit mit ihrem Blute erkämpften, wo Neapel, Sardinien, Toscana Konstitution, Preßfreiheit, öffentliche Gerichte durch ihren Muth erhielten, wo die Lombarden, von 100,000 Oestr. Bajonetten umdrängt, lieber Cigarren und Lotto opferten, als daß sie gar nichts thaten um ihre Zwingherrn zu ärgern — da jubelten nun diese Münchener deutschen Bierbrüder, daß es ihnen gelungen war, eine armselige Tänzerin zu verjagen, die der Adel deshalb anfeindete, weil er bisher mit inländischem Gewächs für die höchsten Bedürfnisse dort wie überall zu sorgen gewohnt gewesen war. O der Schmach über das Elend! Und da will man uns vorleiern von deutschem Muth, deutscher Treue? Ich glaube, diese Wörter sollen das Gegentheil sagen von dem, was sie bedeuten. Der Exminister v. Savigny, Erfinder der „Misverständnisse", ward immer nach seiner Aussage mißverstanden, gerade wenn er am klarsten verstanden worden war. Der vereinigte Landtag von 47 sprach bis zum Ekel von „Vertrauen" und immer wieder Vertrauen, während man in praxi mit der schweifwedelnsten Verbeugung der Regierung die politischen Rechte wie ein Schnupftuch aus der Tasche ziehen wollte, während man nicht vertraute, während man sich um die Wette einander belog. Doch ich sprach von dem patriotischen Muth. Da haben wir den der deutschen Brüder in Posen. Doch ich will von ihm schweigen. —

Der deutsche Fleiß ist lange genug eine Stubenhockerei gewesen, ein sklavisches Bemühen um Zwecklosigkeiten, ja oft die permanente Zwecklosigkeit selbst. Dieser Fleiß hat dicke Pfaffen und wohlbeleibte Professoren, er hat den Staatshämorrhoidarius unvergeßlichen Andenkens, daneben aber den Arbeiter mit schwieligen Händen und hungrigen Magen hervorgebracht. Wo sind denn die Werke des deutschen Fleißes? Wo sind die prachtvollen Volkstheater, wo die Bäder für das Volk, wo die Volkshallen, wo die Flotte, um die jetzt bei arm und reich gebettelt werden muß, wo die Spazierhallen, wohl geschützt gegen des Winters Rauhheit, wo die schönen Brunnen auf freien Plätzen — doch wohin versteige ich mich, wo sind auch nur die Wohnungen für das Volk, das arbeitsmüde, erschöpft und hungrig in dumpfen, feuchten, luft- und lichtarmen Kellern und Erdgeschossen lebt?! Es lebt, und ist noch glücklich darin zu leben. Das Volk, der wahre Menschensohn, hat nicht wo er sein Haupt hinlege. Wenn wir an die Theater, die Cirque, die Bäder, die Volkshallen, die Tempel kleiner Provinzialstädte des Alterthums, wenn wir an ihre Cloakenbauten denken, deren Reste noch jetzt unsere Bewunderung erregen, dann muß die hochgepriesene christliche Welt, die sich in unsern Städten die Nase zuhält, sich vor den alten Heiden schämen, dann wollen wir ihn getrost einpacken unsern deutschen Fleiß, dann wollen wir ganz sachte den Mund halten, wenn von deutschen Domen die Rede ist, die überall nicht die erhabenen Grundgedanken heidnischer Herrlichkeit, sondern den todten, mathematischen Schematismus energischer, aber barbarischer Handwerker verrathen — dann wollen wir sie ansehen, diese langweiligen, trübseligen Straßenregistraturen, Familienkasten, vulgo Wohnhäuser genannt. Und in diesem Dasein, in diesen Umgebungen, in diesen Straßen und Bauten, welche zum Theil durch ihr Aeußeres so recht das sich auf sich selbst beschränkende Pfahlbürgerthum, die verrotteste und verstockteste Absonderungssucht als ihren offenbarsten Ausdruck zeigen — befinden wir uns noch wohl, rühmen uns des Gemeinsinns und des Fleißes. Bei Gott! An dem, womit wir uns begnügen, ist die Größe unseres Verlustes zu ermessen. Fort mit diesem deutschen Tugendgebudel, das uns vielleicht noch ein halbes Jahrhundert wieder einschläfert! Wir ermangeln alle noch gar sehr des Ruhmes, den wir vor dem Muthe der Freiheit haben sollen. Gott schütze Deutschland!

□

Digitized by Google

Zwei Kammern oder eine?

Darüber werden in nächster Zeit unsere Abgeordneten in Berlin und Frankfurt zu entscheiden haben. Wie muß ihre Entscheidung im Interesse des Volkes ausfallen? — Unsere Antwort ist: dem Interesse des Volkes entspricht allein die Vereinigung aller seiner Vertreter in Einer Kammer, während das Zweikammersystem nur eines von den tausend Mitteln und Mittelchen ist, zu denen die Reaktionäre ihre Zuflucht nehmen, um der Bewegung einen Hemmschuh anzulegen und die volle Verwirklichung der Herrschaft des Volkes zu hindern. Doch viele sind auch für das Zweikammersystem eingenommen, weil sie es in den meisten Verfassungen, der englischen, der französischen vor der letzten Revolution und selbst der nordamerikanischen, wiederfinden; um seine Wirkungen haben sie sich nicht bekümmert, nehmen es als eine unvermeidliche Nothwendigkeit hin, und bieten, ohne es zu wollen, den Reaktionären eine willkommene Stütze für ihre volksfeindlichen Pläne. Ihnen mögen besonders folgende Betrachtungen gelten. Die ersten Kammern in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten sind auf verschiedene Weise zusammengesetzt, so daß wir darin alle Verschiedenheiten repräsentirt finden, welche in ihrer Bildung stattfinden können. Im Hause der Lords ist gewöhnlich der große Grundbesitz vertreten, während im Unterhause der kleinere Grundbesitzer und der große Kapitalist, der Kaufmann und Fabrikherr sitzen. Die beiden Kammern repräsentiren also nicht das Volk, sondern zwei verschiedene Klassen der Gesellschaft, deren Interessen sich geradezu entgegenstehen, und also zu einem beständigen Kampfe unter einander Veranlassung geben. Zweimal war es nahe daran, daß dieser Kampf innerhalb der Kammern einen Aufstand außerhalb derselben hervorgerufen hätte, das erste Mal bei der Reformbill, das andere Mal bei Aufhebung der Kornzölle. Die Reformbill sollte ein schlechtes Wahlgesetz, das nur den Interessen der hohen Aristokratie günstig war, durch ein besseres ersetzen. Natürlich sperrten sich die Lords mit allen Kräften dagegen, verwarfen die Reformbill, und nur durch einen sogenannten Pairsschub, d. h. durch die Ernennung einer Menge neuer Pairs, war es möglich, ihren Widerstand ohne Anwendung weiterer Gewaltmittel zu brechen. Durch die Aufhebung der Kornzölle ist die Macht der englischen Lords vollständig gebrochen, indem dadurch der Länderwerth bedeutend herabgedrückt und die bis dahin stattgehabte künstliche Steigerung ihrer Einnahme aufgehoben ist. Die Kammer der Lords wagte es nicht einmal mehr, die Annahme des Gesetzes zu verweigern. — Während in England die Pairswürde erblich ist, war sie in Frankreich nur an die Person geknüpft. Ludwig Philipp belohnte seine treuesten Anhänger damit; die Pairskammer bildete den Sammelpunkt der ärgsten Feinde aller Freiheit und Aufklärung. Wäre die zweite Kammer nicht selbst schon schlecht genug gewesen, hätte diese wirklich das Interesse des Volkes vertreten, dann würde sie in der Pairskammer ein bedeutendes Gegengewicht gefunden haben. So war es nicht nöthig, die kleine Zahl der Wähler, die damals in Frankreich existirte, hing zu eng mit dem bestehenden System zusammen, war zu sehr korrumpirt und verdorben, als daß die Pairskammer ihr noch hätte entgegenzutreten brauchen. Die Verhandlungen der Pairskammer waren durchaus bedeutungslos; man las sie nur mit demselben Interesse, wie man etwa einer Komödie zusieht. Die Revolution hat das Alles hinweggeräumt. — In den vereinigten Staaten und in Belgien gehen beide Kammern, die der Senatoren wie der Repräsentanten aus der freien Wahl des Volkes hervor; die Senatoren werden auf 6, die Repräsentanten auf 2 Jahre gewählt, jene müssen wenigstens 30, diese 25 Jahr alt sein. Wozu sollen wir aber, nach dem das Volk seine besten

Digitized by Google

und einsichtsvollsten Männer zu seinen Vertretern gewählt hat, diese wieder von einander sondern, wozu Spaltungen hervorrufen, wo noch keine existiren? Wir wollen keine Vertretung von Klassen und Ständen, wir wollen die Vertretung des ganzen Volkes. Das Interesse der Einzelnen muß dem Interesse des Ganzen weichen; aber weil die Reaktionäre das nicht wollen, weil ihnen die Sonderinteressen ihrer Klasse (sei es des Adels, des Beamten oder des Geldbeutels) höher stehen, deshalb wollen sie die Trennung der Vertreter in zwei Kammern. An Zahl geringer werden sie unterliegen, gelingt es ihnen nicht, durch diese Trennung der Minorität eine eben so große Macht beizulegen, als der Majorität. Doch ich hoffe das Beispiel des Vereinigten Landtages wird nicht vergessen sein, wo es dem kleinen Häuflein mediatisirter Fürsten und anderer Standesherren möglich war, selbst Petitionen, die von der großen Majorität der Deputirten angenommen waren, den Weg zum Throne zu versperren. Die Reaktionäre befolgen überall die Regel, daß man am leichtesten zur Herrschaft gelangt, wenn es gelingt, die Gegner (also hier das Volk) unter einander zu entzweien; aber das Volk hat die Augen offen, und wird jedem Betrug, jeder Kränkung seiner Rechte energisch entgegen treten. (Westph. Dampfb.)

Berichte.

Stolp, den 15. Mai 1848.

(Constitutioneller Klub. Der v. Zanthierische Staat.) Nachdem ein früherer Versuch des Justiz-Commissarius Drews hierselbst einen constitutionellen Klub zu stiften, mißlungen, hat sich ein solcher nunmehr Bahn gebrochen und seine Statuten verdffentlicht. Derselbe kommt jedenfalls post festum, da der so wichtige Anfangspunkt unsers constitutionellen Lebens, die Wahlen vorüber ist. Dennoch will man diese politische Spätgeburt mit den Wahlen in eine innere Verbindung bringen. Es geht nämlich das Gerücht, daß die hiesigen Abgeordneten-Wahlen für Berlin und Frankfurt das Werk „einer gewissen Parthei" seien (wie ein Anonymus in der Ostseezeitung sich ausdrückt) und dieser Umstand sei es eben, welcher den constitutionellen Klub, den man todtgeboren glaubte, so schnell in das Leben gerufen habe, indem er für ähnliche Vorkommnisse eine solche Rolle für sich vindiciren wolle.

Der constitutionelle Klub, welcher den Wahlspruch des Berliner const. Klubs im Wesentlichen auch zu dem seinigen gemacht hat, bezweckt „die sozialen und politischen „Fragen des Tages mit freier Rede in parlamentarischer Form zu erörtern und nach „dem Resultate dieser Besprechungen durch „Wort und That nach Innen und Außen „zu wirken — dies Alles innerhalb der Gränzen der constitutionellen Monarchie und „der Idee eines einigen Deutschland bei „selbstständiger innerer Entwickelung der „Einzelstaaten."

Der Klub wünscht „alle Klassen der Gesellschaft in sich vertreten zu sehen, scheint es bei seiner Constituirung indessen mit diesem Wunsche nicht ganz aufrichtig gemeint zu haben, oder — er hat unpolitisch gehandelt; denn das aus sieben Mitgliedern bestehende Comité desselben enthält nur Studirte und Beamte, keinen Kaufmann, keinen Gewerbtreibenden, obschon unsere Stadt an gebildeten, volksthümlichen Männern aus diesen Ständen gerade keinen Mangel hat. Warum also ein Comité bestehend aus einem Justizcommissarius, einem Gerichtsdirector, einem praktischen Arzte, einem Prediger, einem Postcommissarius und einem Rentmeister? Ja, wollte man auch von dem Titel und dem Berufe der genannten Personen absehen: dem Volke stehen kaum zwei von ihnen nahe

Die Sitzungen des Klubs sind geheim; außer den Mitgliedern dürfen nur Gäste Theil nehmen, welche von einem Mitgliede eingeführt werden und dies auch nur zu den ordentlichen Versammlungen und wenn das Comité es nicht für nöthig halten sollte, den Fremdenbesuch für gewisse Fälle auszuschließen.

Bedingung der Aufnahme ist: Großjährigkeit. Ein Mitglied des Klubs muß den Aufzunehmenden vorschlagen und durch die Ballottage muß Zweidrittel-Majorität für die Aufnahme sich ergeben. Zur Aus-

Digitized by Google

schließung eines Mitgliedes gehört dagegen — merkwürdiger Weise nur einfache Stimmen-Mehrheit.(!!!) —

Das alte gute Stolper Wochenblatt, welches bisher außer Annoncen nur Anekdoten und „wahre Geschichten" ohne Ende brachte und mit einer allegorischen Vignette geschmückt war, welche zu entziffern kein Sterblicher sich je die Mühe gegeben, trägt seit Kurzem den deutschen Reichsadler, erscheint wöchentlich zweimal und bringt leitende Artikel über Tages-Ereignisse aus der Feder jüngerer Juristen (Just.-Comm]. Drews, Assessoren Bucher und Mühell) des Apothekers Otto u. A. Ein Artikel des Assessor Bucher über „Constitution oder Verfassung" hat auch bereits in dem aus der Ostseezeitung hinlänglich bekannten Herrn von Zanthier einen Widersacher gefunden, welcher in einem von historischen Datis und logischen(?) Floskeln strotzenden Artikel es über sich genommen nachzuweisen, daß Verfassung und Constitution zwei heterogene Dinge seien und sich fernerweit bemüht, auf dem Grundbesitze und der Gemeineverfassung eine Staatsgebäude aufzuführen, wie es sein müsse. Der Verfasser, welcher bei Gelegenheit eines Protestes gegen die wegen Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit von der Regierung gemachten Vorschläge bereits dieselben Ansichten ausgesprochen, hat nicht umhin gekonnt, dies Lieblingskind seiner Muße noch einem größeren Publikum vorzutragen. Es ist ihm indessen damit so gegangen, wie dem großen Hegel, an welchen sein Staatsgebäude vielfach erinnert; man hat ihn nicht verstanden. Einzelnes aber, was man zu erfassen vermag, wird man ihm niemals zugeben, so z. B. daß verantwortliche Minister eine Albernheit seien, daß Capital, Arbeit, Capacitäten nicht am Regimente Theil nehmen dürften, weil ein zufällig hergekommener Mensch, dessen Existenz **nur** auf Kopf, Hand, oder Tasche beruhe, unmöglich dazu berechtigt sein könne. Auch erfährt man durch diesen Artikel zum ersten Male, daß der Gutsherr vor seinem (?) Dorfe als historischer Wächter stehe und dasselbe wider die von allen Seiten andringende Büreaukratie bisher geschützt habe. An Invectiven auf die Büreaukratie fehlt es in dem Artikel allerdings nicht, aber Gott bewahre uns vor dem Zanthierschen Staate und seiner Aristokratie des Grundbesitzes!!!

†§ Anclam

(Wahlen; Bürgerwehr; der konstit. Klub und das politische Philisterium.) Gottlob! daß unser Bürger in Ruhe kömmt. Es war wahrlich die höchste Zeit, denn die ewigen Versammlungen, Sitzungen und Vorberathungen zu den Wahlen ꝛc. hatten ihm schon dermaßen den Kopf verdreht, — wenn er es noch nicht früher war — daß ihm jegliche Lust zu weitern politischen Ausflügen verschwand. Wozu das auch Alles? War das doch früher bedeutend besser, wo unser Spießer bequem hinter seinem Seidel sitzen konnte, sich mit Bettern und Gevattern über den Abdel Kader und Schamyl unterhalten, unbekümmert über seine höchstwichtigen eigenen Angelegenheiten, die er für Geld und gute Worte gern seinen gnädigen Vorgesetzten zu regeln überließ. Ich denke aber, später soll's noch besser werden, wenn dieser träge Philister erst in einen kräftigen Staatsbürger umgeformt sein wird, wenn er Vergnügen daran findet, in seinen eignen Angelegenheiten mitzurathen. Unsere Wahlen sind beendet. Das Resultat haben wir vorausgesehen. Die Mehrzahl der Wahlmänner in unserm Kreise bestand aus Arbeitern und Handwerkern. Dies ist natürlich. In Frankreich wurden fast zu gleicher Zeit mit uns die hervorragendsten Männer der Nation in die Volksversammlung berufen; dies ist ebenfalls natürlich. Dies sind Männer, die das ganze, unbedingte Vertrauen ihrer Committenten genießen, die Beweise ihres Patriotismus hinlänglich an den Tag gelegt haben, die sich in ihren Urtheilen durch engherzigen Egoismus nicht beschränken lassen, die auch im Bettler einen Menschen ehren, die die ganze Nation als ihre eigne Familie betrachten, deren Wohl zu fördern ihr innigster, wärmster Wunsch ist. Und bei uns? Nun, wie es war, wir wissen es Alle. Der Bürger in Preußen konnte kein Zutrauen zu seinen früheren Abgeordneten haben. Wo seine heiligsten Rechte so lange auf so schnöde Weise mit Füßen getreten waren, konnte er unmöglich abermals sein Heil versuchen. „Hilf dir selbst, und Gott wird dir helfen!" ward bei ihm zur Wahrheit Einen bessern und glänzenderen Commentar für die Mündigkeit des Volkes, dann aber auch gegen das bisherige System seiner Vertretung kann es so leicht nicht geben.

Für Berlin wurde am 8. d. M. unser allgemein geachtete Bürgermeister Kirstein mit 79 Stimmen unter 57 Wahlmänner für den Anclamer Kreis gewählt. Einen Würdigeren konnte die Wahl nicht treffen. Er ist ein Mann von anerkannt liberalen Gesinnungen. Sein Ersatzmann ist der Postsecretair Ulrich, einer der Vorsteher unsers constit. Klubs. In der Minorität blieb der Minister Graf von Schwerin mit 18 Stimmen. Zur Wahl eines Deputirten nach Frankfurt a. M. hatten sich am 10. d. M. die Wahl-

Digitized by Google

männer des Ueckermünder, Demminer und Anclamer Kreises hier versammelt. Jeder Kreis brachte seinen eigenen Abgeordneten mit. Die Demminer wollten Herrn Rodbertus-Jagezow, die Ueckermünder Hrn. Stadtgerichts-Director Wiebcker und endlich die Anclamer ihren geseierten Grafen von Schwerin. Nach hartnäckigem Kampf haben die Ueckermünder gesiegt. Herr Stadtgerichts-Director Wiebcker ist zum Abgeordneten, Herr v. Bülow-Rieth zum Stellvertreter gewählt. Es thut mir Leid, Ihnen nichts Näheres über die politischen Gesinnungen unsers Frankfurter Deputirten berichten zu können; das on dit schildert ihn als einen aufrichtigen Freihändler. Seit meinem letzten Bericht hat sich auch hier in Anclam eine Bürgerwehr organisirt; Commandeur derselben ist Oberst-Lieutenant Hohmann.

Ob unser const. Klub noch lebt? Ja, gewiß! er ist grade jetzt in seiner besten Entwickelung. Einige scheinheilige gleißnerische Liberale — auf diesen Namen machen schlechterdings jetzt Alle Anspruch; — bemühen sich zwar, ihm sein Grab zu graben; allein dies will wenig sagen; sie bezeigen dadurch eben, daß sie engherzige Philister sind, welche die neue Zeit nicht begreifen, sich in die mächtig emporstrebende Freiheit nicht finden können. Solche Leute sind von jeher lästig und hinderlich, aber durchaus nicht einflußreich genug gewesen, um die einmal gerechte Sache auch halten zu können. Wie sollten sie dies auch! Zu geistlos und ohnmächtig, um sich der fruchtbaren Gegenwart entschieden hinzugeben, zu feig und charakterlos, um sich als Jünger das ancien régime offen zu bekennen, scheinen sie keinen andern Zweck zu haben, als das Vereinigungsmittel dieser beiden Extreme zu bilden. Daß sie dadurch mehr schaden, als nutzen, versteht sich von selbst. Unsern const. Klub wollen Leute dieser Art nun aber um jeden Preis aufgelöst wissen, und da sie es durch geistige Waffen nicht vermögen, so hören wir, will man es durch einen genialen Coup, so einen kleinen, gewaltsamen Handstreich versuchen. Zu ihrer eigenen Ehre wollen wir glauben, daß dies die Erfindung irgend eines losen Schäkers gewesen sein muß, die Aeußerung scheint uns zu absurd. Wahr aber ist es, daß sie die Handlungen des Klubs auf jede Art und Weise zu verdächtigen suchen, wahr, daß sie ihre Ohnmacht durch ihr wildes verworrenes Geschrei, durch ihre mannigfachen, possierlichen Manöver wider denselben kundgeben, wahr, daß der Name Klubist bei ihnen eben so viel gilt als Hochverräther und Revolutionär, wahr, daß ihre Familien den Umgang mit denen der Klubisten fliehen müssen, wahr, daß sie die Wahlen der Klubisten zu Wahlmännern am 1. Mai durch Mittel, die man wahrlich nicht ehrenhaft nennen kann, zu hintertreiben suchten, wahr ist es denn auch, daß unsere Gutsbesitzer die ganze Schuld, weshalb sie nicht zu Wahlmännern resp. Abgeordneten gewählt sind, auf den Klub schieben, weil dieser das Volk, durch einige Proclamationen über die Bedeutung der Wahlen aufzuklären gesucht hat, und endlich ist es nicht minder wahr, daß alle diese Machinationen von den Mitgliedern des Klubs nur durch ein mitleidiges Lächeln, durch ein: „o sancta simplicitas!" beantwortet worden. Fragen sie mich nicht, was denn diese Leute so sehr gegen den const. Klub erbittert; ich weiß es nicht, weil unsere Gegner es selbst nicht wissen. Die Tendenzen des Klubs sind nichts weniger als hochverrätherischer oder revolutionärer Natur, sie haben nur den löblichen Zweck: den alten Menschen in einen neuen umzuformen, aus dem verdummten, indifferenten Spießbürger einen kräftigen, gesinnungstüchtigen Staatsbürger zu machen. Die Statuten dieses Vereines lassen nichts zu wünschen übrig. Jeder, wer auch nicht Mitglied, hat freien, unbedingten Zutritt zu den Versammlungen, und damit sich auch der ärmere Mann betheiligen könne, wird der Beitrag einen Silbergroschen für den Monat nicht übersteigen. Neben den politischen Fragen wird sich der Klub von jetzt ab auch mit den materiellen und socialen beschäftigen, so daß jeder Anwesende, mag ihn sein Bewußtsein zu einem »Gelehrten« oder »Ungelehrten«-stempeln, gleichviel, profitiren wird. Ueber die Wirksamkeit der const. Klubs ehestens ein Näheres.

Stettin.

Volksverein. Der Stettiner Volksverein hat in seiner Sitzung vom 18. Mai folgenden Protest beschlossen:

Hohes Staatsministerium.

Ein Erlaß des Kriegsministers vom 27. April verbietet den Offizieren und Soldaten der preuß. Armee die allgemeinen Staatseinrichtungen in den Kreis ihrer Berathungen zu ziehen. In Folge dessen sind mehrere Offiziere bestraft, einer unserer Mitbürger, der Ingenieur-Lieutenant Bluhm, welchen man während dem nach Graudenz versetzt hat, ist mit unnachsichtlicher Strafe bedroht worden, weil er eine vom konstitutionellen Klub ausgegangene Proklamation als Mitglied unterzeichnet hat. Der Volksverein in Stettin sieht in dieser Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte des Militairs einen

Digitized by Google

ungesetzlichen Akt ministerieller Willkühr, einen Frevel an den Rechten des gesammten Volks; er bittet deshalb ein Königl. hohes Ministerium das Kriegsministerium zu der Zurücknahme dieses Erlasses, so wie namentlich zu der Erklärung veranlassen zu wollen, daß über Herrn Bluhm die gegen alles Recht angedrohte Strafe nicht verhängt werden solle.

(Eingesandt.) Der Schreiber dieses, ein Berliner, traf am Dienstag, d. 16. d. M. Vormittags in einem Verkaufslokale in der Reifschlägerstraße mit einem Polizei-Commissarius (wie ich nachher erfuhr war es der Polizei-Commissarius Hellmann) zusammen; das Gespräch, welches der Besitzer des Lokales und Hr. H. führten, während ich bis jetzt stummer Theilnehmer war, kam auch auf die bedauerlichen Unruhen vom 1. Mai, wobei Hr. H. sehr wichtig äußerte: »Hier unten in der Nähe des Polizei-Bureau dürfe es Niemand wagen zu revoltiren.« Na, sagte ich, die Leute (die Tumultuanten) werden sich grade für das bischen Polizei-Bureau fürchten. »Ja, rief Hr. H., da müssen sie Respect haben.« Sie müssen wohl, wenn sie aber nun doch nicht haben, z. B. am 1. Mai? »Na, dann wird's ihnen beigebracht.« Solch Haufen Menschen wird sich von dem bischen Polizei-Bureau wahrlich keinen allzu großen Respect beibringen lassen. »Sie sind gewiß ein Berliner?« fuhr mich Hr. H. an. Ja, der bin ich. »Na, das höre ich schon an Ihrer Schnauze!« Wie, an meiner Schnauze!? »Ja, an Ihrer Schnauze!« Mein Herr, ich bitte Sie nicht grob zu werden, und reden Sie hier nicht von Schnauze. »Was wollen Sie! Sie dummer Junge!« mit diesen Worten packte mich Hr. H. bei der Gurgel und drückte mich an die Wand. Was wollen Sie von mir, lassen Sie mich im Augenblick los!! — Dies geschah auch nach Verlauf einer Minute, jedoch nur, um mich desto bequemer ausschimpfen zu können, als: dummer Junge, Esel, Schafskopf u. s. w. u. s. w. Diese Ehrenbezeigung verbat ich mir natürlich, was zur Folge hatte, daß Hr. H. mich abermals an der Kehle packte, mich derb schüttelte (was ich mir ohne Sträuben gefallen lassen mußte) und mich zu arretiren drohte; hiermit zeigte ich mich ganz einverstanden. »Wenn Sie nicht im Guten mitgehen wollen, so werde ich Sie durch Gewalt zwingen!« sprudelte Hr. H.« O, sagte ich, damit bin ich ja ganz zufrieden, ich will sehr gern mitgehen. »Kommen Sie gleich mit« schrie Hr. H., packte mich am Rockkragen und zerriß denselben Gut, erwiderte ich, wir wollen aber erst so lange warten, bis die Leute (welche sich inzwischen vor der Ladenthür gesammelt hatten) fort sind. Hiermit erklärte sich Hr. H. einverstanden und fing nun an, seiner Wuth dadurch freien Lauf zu lassen, daß er mir wider meinen Willen verschiedene Titel gab, als: dummer Junge, Schafskopf, Revolutionair, Volksaufwiegler, u. A. m. Nun erzählte mir Hr. H. auch: er sei »königlicher Beamter,« und ich dürfe ihm als solchen gar nicht widersprechen, sondern müsse mir Alles von ihm gefallen lassen.« Ich antwortete nur: ist gut. — Als sich Hr. H. etwas beruhigt hatte, erzählte er, daß sie (die Polizisten) jetzt die Stützen wären, welche den Staat aufrecht erhielten, wenn sie jetzt nicht wären, so würde es bald keinen preußischen Staat mehr geben und noch mehrere solche Geschichten. Zugleich gab Hr H. sein Mißfallen über die Konstitution, Bürgerwehr ꝛc. zu erkennen; dies ist nun zwar nach den konstitutionellen Gesetzen keine Sünde, aber war wohl hier der Revolutionair Hr. H. oder ich? — Nach Verlauf einer Viertelstunde ging Hr. H. ruhig nach Hause, ohne mich zu arretiren, wozu er doch, seiner Meinung nach, vollkommenes Recht zu haben schien. Theodor Köhler.

Berichtigung. In No. 17 ist Seite 228 Spalte 1 Z. 13 von oben zu lesen statt „auf ein Ministerium: auf ein Minimum" und Zeile 5 von unten: „ein bestimmtes Ministerium — etwa wie die Jesuiten das Papstthum."

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumerationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße Nr. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 19.

Dienstag den 23. Mai.

Inhalt: Ein fliegendes Blatt für unsere deutsche Politik. Der Bundestag und sein geheimes Protokoll vom 4. Mai d. J. Der deutsche Reichstag. Das deutsche Reichstagsblatt und die russische Frage. Berichte: Berlin, Regenwalde, Stettin.

Ein fliegendes Blatt für unsere deutsche Politik.

Also „Feinde ringsum"! Die Skandinaven thun sich zusammen gegen Deutschland. Schweden opfert seinen Haß gegen Rußland, Schweden das uns einst aus der Knechtschaft des Papstes befreien half. Das ist der Norden. Im Osten lauert das Raubthier, das die Civilisation umkreist, wie der Wolf die Hürde, Rußland; und sein vorgeschobener Posten, Polen mit den Schrapnells der Reorganisation im Leibe, liegt knirschend am Boden und stöhnt Deutschland Verwünschungen zu! Im Süden liegt die Riesin Austria darniedergestreckt, wir sehen, wie der bereits im Todesröcheln liegende Staat noch krampfhaft die eiserne Faust um Italien ballt, als wollte er es auch im Tode noch nicht lassen. Was erndtest du davon, mein Deutschland? was anders, als den Haß eines Volkes, dem du, dem die ganze Menschheit unendlich viel verdankt, zu dessen Freiheit die ganze Menschheit mitwirken sollte, damit eines der herrlichsten Gewächse in dem Gottesgarten der Europäischen Völker, in diesem Paradiese der Welt, zum Blühen kommen kann. Zu dem Haß der Italiener gesellt sich bereits schon die Verachtung, ein noch schlimmerer Feind als der Haß. Täusche dich nicht Deutschland, was Oesterreich thut, kommt auf deine Rechnung. Die Italiener formuliren ihren Haß als allgemeinen Deutschenhaß, sie haben Recht darin. Die Völker handeln und fühlen nach dem edlen Impuls des Allgemeinen, sie scheiden nicht, sie splittern nicht, sie fassen diese Acte nicht als vereinzeltes Thun eines vereinzelten Volksstammes, sie sagen: Deutschland ist zu säumig Polen zu lassen, Deutschland will die Zwingherrschaft in Italien nicht aufgeben. Und sie haben Recht. Im Westen richtet das französische Volk zum zweiten Male die Republik auf. Es ist das eine Auge Europa's, welche Nation ist bestimmt, das andere zu werden? Will denn die unselige Verblendung von dem Franzosenhasse noch immer nicht lassen? Sagt was ihr wollt, tadelt, mäkelt, bringt eure „Besonnenheiten" in Haufen zu Markte, verketzert und verdammt die Fehler dieses heißblütigen, elastisch beweglichen Volkes, ja! ich weiß es, dieser widerborstige falsche Patriotismus der Rohheit und Unbildung wird noch eine Zeit lang die Meinung dieser armen ideenungläubigen, begeisterungslosen Volksmassen irre leiten; aber lange kann und wird das nicht der Fall sein. Wir werden es begreifen und anerkennen, daß Frankreich seit 50 Jahren die Vorhut der Civilisation ist; da Frankreich an die Idee glaubt und wir nicht. Frankreich hat mit seinem aufgesteckten Panier der Freiheit und Gleichheit, das ihr so oft verhöhnt und bemäkelt, die Welt erschüttert, es hat sein Blut für uns vergossen, es hat seine Experimente für uns mitgemacht, jetzt hat es Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verkündet, und — mit dem Julithrone krachten alle Fürstenthrone Europa's! O, so glaubt doch an die Idee, und hört auf immer

Digitized by Google

von „Phrasen" zu reden. Ich sage euch, diese Phrasen sind die größte, die einzige Wahrheit der Zukunft, sie kommen von Gott! — Die Franzosen lassen uns vorläufig in Ruhe, sie hassen uns nicht, sie verachten uns nicht, sie wollen uns zur Wahrheit, zur Freiheit kommen lassen. Dies, daß sie uns nicht hassen, nicht verachten, verdanken wir ihrer Bildung und ihrer Freiheit, deren Hort ein Lamartine ist, der „Poet", der „Phantast", der „Phrasenmacher"; aber die Phrasen, welche der Mann bei einigen Gelegenheiten gemacht hat, haben Frankreich, haben Europa gerettet. So handeln jetzt die Franzosen — werden wir aber fortfahren, auf dem betretenen Wege zu wandeln, werden wir in diesem altjüdischen Unglauben an die ewige Macht der Idee uns ferner verstocken, so wird der Zorn Europas über uns hereinbrechen. England im Nord-Westen endlich liebt uns nicht, es liebt unseren Reichthum, unsere Mittel, es beeiferſüchtelt bereits unsere ohnehin noch sehr dunkle Zukunft.

So haben wir also Feinde nach allen Seiten der Kompaßrose? Woher kommt das? Unsere ganze Umwälzungsepoche zeigt noch keine Spur von Plastik, sie gewinnt (weil alle Welt verzagt ist) keine befreite, und in dieser Freiheit schöne Gestalt, sie scheint ein gährendes Durcheinander unvereinbarer Elemente, in denen eins das andere verschlingt, eins das andere vernichtet, bis nichts als die Schlacken des rohsten Materialismus übrig bleiben. Das ist schlimm, wenn es so ist; indessen das werden wir ertragen können, wir sind zähe, unsere Zähigkeit ist unsere größte Tugend, wir behalten denn doch noch ein Dasein übrig. Aber wenn aus unserer ganzen Bewegung kein einziger großer Gedanke auftaucht, der die Sympathieen der Europäischen Völker für sich gewinnt, wenn wir es wagen sollten, die uns von Westen her im heiligen Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gebotene Hand zurückzustoßen, dann sind wir verloren; dann wird die Fluth des Europäischen Völkerzornes über uns hereinbrechen und unserem Unglauben und Dünkel ein jähes Ende bereiten. Darum ergeht an Dich, Volksparlament in Frankfurt mein Zuruf: Erlaß im Nahmen des deutschen Volks an Europa ein Manifest. Lamartine konnte es, du wirst es auch können. Verkündige vor aller Welt den Europäischen Völkern, daß die deutsche Nation Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in ihr Herzblut umwandeln wird, daß sie aber die Idee dieses beglückenden Symbols, die von keinem Volke allein ganz verwirklicht werden kann, auf die ihr ureigenthümliche Weise mit ins Leben führen wird. Bringe durch deinen Ausspruch und durch deine Anordnung Polen und Italien die Freiheit und den Frieden. Wage es einmal mit der „Phrase", mit dem Symbole, und — sprichst Du das große Wort aus, deutsches Volk, erhebst Du mit begeistert das Banner der Zukunft, so werden die Stürme des Hasses sich ruhig betten, und Du wirst, anstatt des krämerhaften Inselvolks, mit Frankreich zusammen die Zügel des Weltregiments führen.

Dr. Karl Stahr.

Der Bundestag und sein geheimes Protokoll vom 4. Mai d. J.

„Sie haben nichts gelernt, und nichts vergessen" rief man den Bourbonen zu, nachdem sie durch die Bajonette der Verbündeten auf den Thron Frankreichs zurückgeführt worden waren; er hat viel gelernt und Alles vergessen, müssen wir dem Bundestage jetzt zurufen, nachdem wir das geheime Protokoll desselben vom 4. Mai d. J. zu Gesicht bekommen. Dieser sogenannte Bundestag, dieses Conglomerat von Metternichschen Creaturen und kurzsichtigen Fürstendienern, von dessen Exi-

Digitized by Google

stenz die rohe Volksmasse kaum etwas wußte, und der nur durch die famosen Karlsbader Beschlüsse, durch die Demagogenriecherei, und durch den drückendsten Censur- und Gewissenszwang einige Lebenszeichen von sich gab, wurde zuerst durch die furchtbaren von Italien und Frankreich ausgehenden Erdbeben aus dem 33jährigen Winterschlaf aufgerüttelt, und das erste Zeichen seines Erwachens war jenes denkwürdige Manifest vom 1. März, worin der Bundestag erklärte: Deutschland müsse auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt. Also erst jetzt kam der Bundestag zu der Ueberzeugung, daß die deutsche Nation noch nicht die ihr gebührende Stellnng den übrigen Nationen Europas gegenüber einnehme? was berechtigte gerade aber diese Behörde, in einer Zeit, wo der Ruf nach einem einigen Deutschland von der Weichsel bis zum Rhein, von der Ost- und Nordsee bis zu den Alpen drang, was berechtigte, fragen wir, den Bundestag der deutschen Nation ein solches testimonium paupertatis auszustellen? war es denn nicht gerade der Bundestag, der stets der volksthümlichen Entwickelung einzelner deutscher Staaten hemmend in den Weg trat? war es nicht der Bundestag, hinter den der Despotismus auch des kleinsten deutschen Fürsten sich verschanzen konnte, wenn das Volk seine Rechte zu wahren suchte? war es nicht wieder der Bundestag, der unter dem Einflusse Metternichs stets nur ein Spielball der Politik der Großmächte Europas war, welche, eingedenk des römischen „divide et impera" eben so eifersüchtig auf ein einiges mächtiges Deutschland als auf eine einige Schweiz oder ein einiges Italien waren? — Schon sahen wir das letzte Todesröcheln dieser entnervten altersschwachen Behörde, schon glaubten wir sie verenden zu sehen, nachdem das Vorparlament zusammengetreten und die 17 Vertrauensmänner den Verfassungsentwurf dem 56er Ausschuß vorgelegt, da streckt plötzlich der Bundestag seine Polypenarme von Neuem über die deutschen Völker aus, und liefert uns den Beweis, daß er gleich dem Salamander, der seine abgeschnittenen Gliedmaßen stets wieder erneuert, nicht eher sterben kann, bis man dem Rumpf den Todesstoß gegeben. —

Wir wollen in Kurzem die wichtigsten Stellen jenes Denkwürdigen geheimen Protokolls vom 4. Mai d. J. anführen und beleuchten.

> Verhalten sich die Regierungen ganz unthätig, heißt es gleich zu Anfange des Protokolls, so ist vorauszusehen, daß die berathende Versammlung eine „rein konstituirende" sein, und den Regierungen eine Konstitution octroyiren, wenigstens dies zu thun versuchen werde, auch den mächtigsten gegenüber".

Wir müssen dem Bundestag Gerechtigkeit wiederfahren lassen, er scheint die Stimmung des deutschen Volks, die Bedeutung des deutschen Parlaments zu kennen; er traut ihm den Muth zu es werde die Konstitution auch den mächtigsten Regierungen gegenüber octroyiren. Der Bundestag kennt also die Revolution, aus der das deutsche Parlament hervorgegangen sehr wohl, aber er fürchtet das Parlament könne auf diesem Boden beharren, es könne ein „Constituirendes" sein. —

Im weitern Verlaufe des Protokolls heißt es, daß wenn die Regierungen nicht im Stande sein sollten mit einem ihnen genehmen Verfassungsentwurf hervorzutreten, ihre Rechte und Interessen sich noch wahren ließen, wenn sie die geeigneten Organe der Nationversammlung gegenüber zu stellen vermöchten. — Sehen wir nun welch saubere Mittel der Bundestag zur Erreichung dieses letztern Zweckes vorschlägt. Eine Ministerbank d. h. Regierungskommission würde das Parlament nicht zulassen,

> „handelten die Regierungen deshalb nicht vorsichtiger, heißt es daher weiter, wenn sie zu bewirken suchten, daß die Männer ihres Vertrauens in die

Digitized by Google

Nationalversammlung gewählt würden, oder wenn sie diese Männer in den Reihen der gewählten Abgeordneten suchten um — ohne ihnen einen offiziellen Charakter beizulegen — mit ihnen sich zu verständigen ꝛc. ꝛc.

Wer denkt nicht hierbei an die Wahlumtriebe, die von der gestürzten Regierung in Frankreich exercirt wurden, welche den Ruf nach Wahlreform, die Reformbanqueets, und endlich den Sturz Louis Philipps zur Folge hatten! — Welch niedrige jämmerliche Rolle vindicirt hier der Bundestag den Regierungen! jeder einzelne Gesandte am Bundestage müßte des Hochverraths angeklagt werden seiner Regierung solch verwerfliche Rolle zuzumuthen; also die Regierungen sollten dahin wirken, daß in die Nationalversammlung nur Männer kommen, die ihr Vertrauen besitzen, und da, wie wir wissen, solche Männer, als Diener des Absolutismus, nur selten zugleich auch das Vertrauen des Volkes genießen, so sollen die Regierungen also Wahlumtriebe machen, um à tout prix ihren Candidaten durchzusetzen! Oder heißt es ferner, sie sollen diese Männer ihres Vertrauens — ohne ihnen einen offiziellen Charakter beizulegen — in den Reihen der Abgeordneten selbst suchen und sich mit ihnen verständigen. So scheint denn also dem Bundestag kein Mittel zu schlecht, um nur seinen Zweck zu erreichen; auch in diesem Passus erkennen wir Loyolas gelehrige Schüler, und wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten, der Bundestag fordere die Regierung geradezu auf, sich Spione in der Nationalversammlung zu schaffen. Der Deputirte hat sich nämlich mit keinem andern zu verständigen als mit seinen Commitenten, verständigt er sich mit der Regierung, so kann er dies nur offiziell, sonst ist er Regierungskommissar und er hört auf Deputirter zu sein. — Wenn er aber, wie es hier heißt, nicht offiziell also nicht als Regierungskommissar sondern als Deputirter mit der Regierung verhandelt, so verräth er entweder seine Committenten oder die Regierung, oder beide zugleich und er ist ein Verräther. —

„Es ist wohl nicht denkbar, daß die Regierungen beabsichtigen, die Nationalversammlung ganz frei gewähren zu lassen, und ruhig abzuwarten, welche Verfassung von derselben werde zu Stande gebracht werden — in der Hoffnung, daß die Versammlung das beendigte Werk nicht als bindendes Gesetz sogleich dekretiren und promulgiren, sondern zunächst den Regierungen, als Vertragsentwurf zu resp. weitern Verhandlungen vorlegen werde. Dies wird voraussichtlich nicht geschehen, sondern es ist zu erwarwarten, daß die Versammlung das ihr nun einmal eingeräumte und fortwährend zu gefährlichen Konsequenzen ausgebeutet werden, Prädikat „konstituirende" wird realisiren und folgeweise in eine förmliche Verhandlung und vertragsweise Vereinbarung mit den Regierungen sich nicht wird einlassen wollen."

Wie soll nun der Bundestag aus diesem Dilemma herauskommen, wenn „es nicht denkbar ist, daß die Regierungen das Parlament werden ganz frei gewähren lassen" und dieses dessenungeachtet sich als eine „konstituirende Versammlung" erklären und sich auf keine „Vereinbarung" mit den Regierungen wird einlassen wollen? Wir sehen es klar, es handelt sich hier nicht mehr um einen Prinzipienkampf, sondern es handelt sich bloß noch darum, ob das Volk von der Krone als Allmosen alleruntertheinigst einige Konzessionen in Empfang nehmen soll, oder ob im Gegentheil dem Volke das Recht zusteht, seine eigenen Rechte der Krone gegenüber sich selbst zu wahren und zu stipuliren. — Um nun nicht an dieser Klippe zu scheitern schlägt der Bundestag vor, daß die Regierungen, noch vor dem Zusammentritt des Parlaments eine Bundescentral- — resp. Exekutivbehörde bilde, die der Nationalversammlung gegenüber zu treten und mit ihr Namens der Regie-

Digitized by Google

rungen zu verkehren habe. Aus frühern und spätern Protokollen des Bundestags geht hervor, daß die Exekutivbehörde aus einer österreichischen, einem preußischen und einem andern deutschen Prinzen oder Fürsten bestehen soll. — Sollte es nicht gelingen diese fragliche Behörde zu Stande zu bringen, so sollten die Regierungen eine Kommission von 3 bis 5 Mitgliedern unverzüglich bestellen, „um eine einseitliche Leitung in die Verhältnisse der Nationalversammlung zu bringen."

„Jene Kommission würde die formelle Vermittelung zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung übernehmen, und je nach den Umständen die geeignetesten Maßregeln zur Wahrung der Regierungsinteressen vornehmen."

Wir enthalten uns einer weitern Erörterung der zuletzt angeführten Stellen des Protokolls, es ist zu deutlich, als daß man den Sinn erst zwischen den Zeilen lesen sollte, und wo Thatsachen sprechen, bedarf es keiner weitern Worte. Sollte die früher beabsichtigte Zusammenziehung eines imposanten Bundesheeres bei Bamberg trotz der friedlichen Gesinnung Frankreichs Deutschland gegenüber, vielleicht mit eine der „geeigneten Maßregeln zur Wahrung der Regierungsinteressen sein?

Dies Protokoll, das Allen Regierungen zur Kenntnißnahme mitgetheilt worden, hat auch bereits seine herrlichen Früchte getragen; in Wien erschien bald darauf ein Verfassungsentwurf, der eine Revolution herbeizuführen drohte, und schon vor der Ausführung zurückgenommen werden mußte; unsere Minister sprachen schon nicht mehr von einer „konstituirenden" Nationalversammlung für Preußen, sondern von einer „Vereinbarung" der Staatsverfassung und von den Rechten, die des Königs Majestät der Volksvertretung „einzuräumen" entschlossen sind. (Staats-Anzeiger vom 11. Mai). Nach unserer Ansicht kann aber von einer Vereinbarung gar keine Rede sein, das Volk hat ausschließlich die gesetzgebende die Regierung ausschließlich die exekutive Gewalt. — Möchten die Regierungen doch endlich zu der Ueberzeugung gelangen, daß nur durch ein aufrichtiges Anschließen an das Volk, nur durch die freieste Verfassung auf demokratischer Basis sich der von ihnen heraufbeschworne Sturm beschwichtigen läßt, und daß wir nur vor neuen gewaltigen Revolutionen bewahrt werden, im Innern Ruhe, Ordnung und Achtung vor dem Gesetz, nach Außen hin Kraft, Achtung und Einigkeit erlangen können, wenn die Regierungen nicht von Neuem stets das Feuerschüren und eine den Freiheiten des Volks feindselige Politik einschlagen. —

Zwei Bundestags-Gesandte haben jenes Protokoll mit tadelnden Bemerkungen ihren Regierungen zugeschickt und nachdem es durch Indiskretion bekannt geworden war, erklärte Blum im 56er Ausschuß „Deutschland sei durch jenen Bundesbeschluß in Gefahr gebracht," und viele Mitglieder stellten den Antrag: Der Ausschluß solle bei der drohenden Gefahr und der sich im Bunde kund gebenden Reaktion sofort einen Aufruf erlassen, damit die Parlamentsmitglieder ungesäumt in Frankfurt eintreffen. Philalethes.

Der deutsche Reichstag.

Was wird uns der frankfurter Reichstag bringen, das Kaiserthum oder die Republik mit einer Präsidentschaft über gekrönte Häupter oder gar Nichts? Und wenn nun die „Kaisernarren" in der Majorität, Deutschland mit einem Kaiser beglücken, mit einem „selbstgewählten Oberhaupt", wie wird da die Stellung der 37 Specialoberhäupter? Tritt ein Theil von ihnen ganz ab, oder treten sie sämmtlich

Digitized by Google

einen Theil ihrer Hoheitsrechte an den Kaiser ab oder tritt Niemand Nichts ab?

Dem Bundestage sind von verschiedenen Regierungen 17 von den Regierungen ernannte nicht vom Volke gewählte „Vertrauensmänner" beigegeben. Diese Vertrauensmänner von Regierungswegen, diese Regierungs-Vertrauensmänner, gründlich deutsche Gelehrte und wirkliche kaiserliche Confusionsräthe, haben einen Entwurf eines deutschen Grundgesetzes zu Stande gebracht, der die Souveränität des Volks nicht anerkennt und Deutschland mit einem Erbkaiser beglücken will. Der Reichstag soll bestehen aus einem Oberhause, das die regierenden Fürsten oder deren Stellvertreter und wählbare Reichsräthe mit „bewährten Verdiensten" bilden und aus einem Unterhause, gebildet von den Abgeordneten des Volks.

Die Regierungs Vertrauensmänner haben unsere Zeit nicht begriffen und ihr Entwurf zu einem Reichsgrundgesetz im alten Styl, das Produkt gründlicher mittelalterlicher Studien, ein Werk Dahlmanns, entspricht den Forderungen der Zeit eben so wenig, wie das von Dahlmann ausgearbeitete hannöversche Staatsgrundgesetz, wodurch Dahlmann unbeschadet seiner sonstigen Verdienste, genügend dargethan, daß er, der große Historiker, zum Gesetzmachen nicht taugt.

Die Vertrauensmänner haben sich durch diesen Entwurf, der in praxi ganz unbrauchbar, gründlich blamirt. Ein gleiches fürchten wir vom Frankfurter Parlament. Man wird viel von der Einheit Deutschlands reden, aber man wird nicht darüber einig werden, worin diese Einheit bestehen soll und die Kaiserträume nicht ausführbar finden. Bei der so sehr verschiedenen politischen Bildung des deutschen Volks und der aus demselben hervorgegangenen Abgeordneten, bei dem Lokalpatriotismus und den Sonderinteressen der einzelnen Staaten werden die Herren sehr uneins auseinander gehen. Deutschland wird sich ohne Kaiser wie bisher forthelfen müssen.

Das deutsche Reichstagsblatt und die russische Frage.

So lange der Reichstag dauert, erscheint in Frankfurt täglich und zwar eine Stunde nach der Sitzung ein „deutsches Reichstagsblatt", das nach Blums Versicherung in der Einleitung (in Nr. 1) ein Organ der Partei des entschiedensten Fortschritts, der muthigsten Freiheitsbestrebung sein will. In dieser Einleitung sagt Robert Blum, der, wie alle Freunde der Freiheit, gegen Rußland die Waffen gewendet wissen will:

Es droht uns innere Spaltung und äußerer Krieg. In Oestreich ist Metternich verjagt, aber sein dämonisch finsterer Geist wandert sichtbar noch durch die Räume der Burg. Oestreich erkennt die Freiheitsberechtigung Italiens nicht an und verschwendet Gut und Blut an die Wiedergewinnung einer doch unhaltbaren Herrschaft; es zerschmettert die unglücklichen nach Wiederbelebung ringenden Polen im Bombardement von Krakau und vernichtet so den natürlichen Bundesgenossen, der ihm gegen den Panslavismus, den Verbündeten des Russenthums, in seinem eigenen Schooße zur Seite stand. — Preußen wird den Traum einer europäischen Großmacht kaum fahren lassen und schwerlich auf die Rolle verzichten wollen, das „fünfte Rad" am Wagen der europäischen Staatenmaschine sein zu wollen. Rußland steht wie ein geharnischter Riese in unserm Osten; es ist unser Feind, weil er der Feind der Freiheit ist; es ist unversöhnbarer Feind der Freiheit, weil seine Größe auf Knechtschaft seiner Millionen beruht. Jeden Augenblick kann der Czaar den Fanatismus der Barbarei anrufen zum Kreuzzuge gegen die Bildung und die Freiheit des Westens. Es giebt keinen gesicherten Freiheitszustand in Europa, so lange Rußlands Macht und Einfluß nicht ge-

Digitized by Google

brochen ist, ein Krieg mit Rußland ist die Lebensbedingung, die Lust für den Athem unserer Freiheit. Aber auch Preußen vernichtet uns unsere Bundesgenossen, die Polen, im blutigen, ungerechtfertigten, von einer treulosen Politik muthwillig herbeigeführten Kampfe.

Gewährt uns unser Wehrzustand Schutz gegen diese Gefahren? Leider müssen wir antworten: Nein. Langsam und träg geht die allgemeine Volksbewaffnung von Statten, und es scheint, als ob man sie hin und wieder lieber ganz unterließ; unser Heer aber hat nicht die Stellung, die es haben sollte. Fern sei es, das Mißtrauen zu nähren, welches gegen das Heer in ganz Deutschland besteht, aber man verhehle sich auch nur nicht, daß es besteht, gestärkt durch eine große Zahl von Gewaltthaten, zu denen der Soldat gezwungen wurde, die nicht seine Schuld aber sein Unglück sind. Dazu ist die Revolution bis jetzt am Soldaten erfolglos vorüber gegangen; der Einzelne mag sie verstanden und mit Begeisterung ergriffen haben, aber das ganze Heer steht noch unter den Obern, welche das gestürzte System ihm gegeben und zu seinen Zwecken sich gesucht hat. Das ist ein unnatürlicher Zustand, dessen Beseitigung dringend nöthig ist. — Auch in der Verwendung des Heeres waltet eine unbegreifliche Politik, Massen auf Massen werden im Südwesten und Westen **(und in der Nähe des Reichstages!)** angehäuft, wo ein freies Volk nur Versicherungen der Liebe, des Friedens und der Völkerverbrüderung gegeben und bis jetzt nichts gethan hat, was diesen Versicherungen widerspricht; an die Gefahren im Osten scheint man gar nicht zu denken, oder nicht denken zu wollen.

Berichte.

Berlin.

Das Ministerium scheint bei der Zurückberufung des Thronfolgers nur die Macht der alten Reaktion ins Auge gefaßt zu haben; und diese mit ihren starr absolutistischen Gelüsten ist freilich, so weit wir das Ergebniß der Wahlen übersehen, gebrochen; aber sie wird, den Umständen gemäß, verjüngt, in früheren Liberalen neu erstehen. Diese sind meistens so naiv in ihrem Verständniß unserer politischen Gegenwart, daß sie sich noch immer für entschieden liberal halten, daß sie kaum ahnen, von dem liberalen Standpunkt auf die Reaktion zurückgedrängt zu sein, um hinfort nun Hand in Hand mit dieser gehen zu können. Die Minister dagegen, welche die Rückberufung des Prinzen betrieben, verkennen ohne Zweifel die Stellung der politischen Parteien nicht: sie wissen, daß ihre Partei, die der alten Liberalen in dem Prinzen und dessen Anhängern eine Verstärkung finden wird. Sie sollen aber auch bedenken, daß diese Verstärkung ihnen Verpflichtungen auferlegen wird, für welche der Beistand zu theuer erkauft sein möchte. Wenn wir nicht irren, so wird zu jenen Verpflichtungen auch die gehören, den Polen in ihrem Befreiungsversuch keinen Beistand zu gewähren, d. h. die nationale Knechtschaft derselben fester zu begründen. Wir fürchten sogar, daß darüber unsere Diplomatie schon mit der russischen und österreichischen einig geworden ist, bevor die Zurückberufung des Prinzen erfolgte. Sonst wissen wir nicht das Gefühl von Sicherheit zu erklären, aus welcher man Truppen nach den südwestlichen Grenzen Deutschlands entsendet. Die republikanischen Bewegungen in Baden geben dazu keine genügende Veranlassung. Sie sind auch zu geringfügig, als daß Frankreich sich veranlaßt sehen sollte, sie mit Waffengewalt zu unterstützen. Aber Frankreich wird seine Sympathien für Polen nicht verläugnen, Frankreich wird die Freiheit Polens fordern; und die deutschen Liberalen werden den Krieg mit dem republikanischen Frankreich jenem mit dem despotischen Rußland vorziehen; sie werden lieber in Gemeinschaft mit Rußland Polen knechten, als in Gemeinschaft mit Frankreich Polen befreien wollen. Sie treiben ein gewagtes Spiel! Täglich wird die Masse des Volkes lebendiger von dem Bewußtsein durchdrungen, daß Frankreich die Wege sucht, auf denen die menschliche Gesittung zu ihrer schönsten Blüthe, zu ihrem reinsten Wirken herangeführt

Digitized by Google

werden soll, und daß es ein Verbrechen an der Menschheit wäre, diese Arbeit zu stören. Eben so tief greift aber auch die Ueberzeugung, daß Rußland, der Repräsentant einer hassenswürdigen Sklaverei, nur Entsittlichung und Entartung der bessern menschlichen Natur auf jeden Boden verpflanzt, wohin es seinen herrschgierigen Arm ausstreckt. Glaubt Ihr, daß unser Volk da lange wählen kann, gegen wen es seine Waffen zu kehren hat? —

Regenwalde, den 18. Mai.

Gestern fand die 2. öffentliche Sitzung des hiesigen städtischen konstitutionellen Vereines statt. Der Sekretair machte der Versammlung zuerst die Mittheilung dessen, was auf dem am 12. d. M. zusammengetretenen Regenwalder konstitutionellen Kreisvereine verhandelt worden war, sodann entwickelte ein Redner die jetzige Kriegsfrage. Er gab zuvörderst eine historische Auseinandersetzung der Lage der Herzogthümer Schleswig und Holstein zu Dänemark, die Ursache des Krieges, und sprach schließlich die Hoffnung aus, daß Dänemark die Sache nicht bis auf's Aeußerste treiben werde. Sodann ging er auf die polnische Sache über, diese Frage ebenfalls historisch entwickelnd, und hierbei auf das Traurige des Bürgerkrieges hinweisend, indem bei solchen Verhältnissen auf keiner Seite Ruhm und Ehre zu erwerben sei. — Der Sekretair nahm aus diesem Vortrage Gelegenheit, der Versammlung eine historische und geographische Uebersicht der Hauptnationalitäten Europas zu geben, die Bedeutung des Ausdrucks „Panslavismus" zu erörtern und die Bestrebungen Rußlands in dieser Beziehung, und seine eben deshalb Gefahr drohende Stellung dem germanischen Volksstamme gegenüber darzulegen. Er machte darauf aufmerksam, wie mißlich der Mangel an schlagfertigen Truppen an der preußisch-russischen Grenze Seitens Preußen unter solchen Umständen sei, und bat zuletzt die Versammlung in ihrem Urtheile über die Polen und ihre jetzigen Bestrebungen nicht voreilig zu urtheilen. — Er könne, so führte er namentlich an, und werde die übertriebenen Gerüchte über die angeblich von den Polen verübten Grausamkeiten niemals glauben. Ein 10jähriger Aufenthalt in der Provinz Posen, wo er mit allen Schichten der Bevölkerung in unmittelbarer Berührung sowohl im Geschäfts- als Gesellschaftsleben gekommen sei, habe ihn den Geist sowohl der polnischen als deutschen und jüdischen Bevölkerung, den Stolz und Druck des Beamtenthums und die grelle Färbung des Militairgeistes dort zu genau kennen gelehrt, als daß er nicht mit Mißtrauen den Wuthschrei der dortigen Deutschen und Juden vernehmen sollte, und daher hinter mancher Verketzerung der Polen in den Zeitungsartikeln eine tiefere nicht eben sehr lautere Planmäßigkeit erblicken müsse. Er sei kein blinder Freund der Polen, denn der germanische Charakter sei dem slavischen zu heterogen, als daß je eine innige Befreundung zwischen denselben stattfinden könne; aber das Gefühl der Polen müsse er achten, wenn er auch vielleicht die Mittel, die sie zur Erreichung ihres Zweckes, Wiederherstellung ihrer freien Nationalität, nicht immer billigen könne. — Schließlich kam die Rede auf die Noth der arbeitenden Klassen und die trübe Aussicht für die nächste Zukunft, und man fühlte leider, daß bei dem Mangel an Kredit und Kapitalien und der furchtbaren Ebbe in den Staatskassen eine Abhülfe selbst im kleineren Kreise fast zu den Unmöglichkeiten gehöre. —

Gestern Nachmittag hielt die hiesige Bürgerwehr, die durch Gewehre von Colberg aus bewaffnet ist, eine Uebung. — So wunderbar auch ihr Aufzug dem an militärische Uniformität und Puppendressur gewöhnten preußischen Auge erscheinen mochte, so war doch nicht zu verkennen, daß bei richtiger Behandlung und einiger tactischen Uebung dieses Corps eine ganz achtunggebietende Macht für den auf sie berechneten Bezirk werden könne. — Nur hüte man sich vor dem Vergeuden der Zeit und Lust dazu in unnützen Spielereien.

Stettin.

Von hier ist eine Dankadresse an das Ministerium abgegangen. Sie ist unterzeichnet A. von 88 hohen Beamten und Militärs, von 155 Subalternbeamten, von 76 Lehrern, Geistlichen und Pietisten in Sa. 319; B. von 72 Kaufleuten, Maklern, Krämern, Handlungsgehülfen, die von Obigen sub A abhängig; C von 103 Bürgern, größtentheils mit obigen zusammenwohnend. Ueber die Art, wie man Unterschriften zu dergleichen Adressen sammelt, courliren wunderliche Gerüchte; daß man von Polizeiwegen zum Unterschreiben aufgefordert wird, bezweifeln wir indeß.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 20.

Mittwoch den 24. Mai.

Inhalt: Das Verfassungsgesetz für den preußischen Staat. Die Polen und die Freiheit. Aufruf an das deutsche Volk. Berichte: Breslau, Regenwalde, Stargard, Anclam.

Das Verfassungsgesetz für den preußischen Staat.

Als de Potter den Entwurf des belgischen Staatsgrundgesetzes vorlesen hörte, sagte er: „Für so Winziges lohnte es sich nicht der Mühe so viel Blut zu vergießen.“ Der Entwurf des preuß. Staatsgrundgesetzes, das man nur „Verfassungsgesetz“ benennt, bietet weniger als das belgische Staatsgrundgesetz. Es ist eine nach Art des Johann Ballhorn verbesserte Ausgabe der belgischen Konstitution mit wesentlichen Fehlern, Mängeln und Verschlechterungen. Obgleich die einzelnen Bestimmungen, wie sich mit leichter Mühe nachweisen läßt, nur aus dem belgischen Staatsgrundgesetz abgeschrieben sind, so enthält der vorliegende Entwurf doch weit weniger, läßt Vieles ganz unbestimmt, was dort aufgenommen und genau bestimmt ist, wie wir das in dem nächsten Artikel weiter durch Vergleichungen und Zusammenstellungen nachweisen werden. Für heute nur dieses. Wie Belgien dem Zweikammersystem huldigt, so auch unser Entwurf, aber mit einigen wesentlichen Unterschieden. Die meisten Bestimmungen über die erste Kammer sind aus dem belgischen Staatsgrundgesetz wörtlich abgeschrieben nur ist Art. 53 weggeblieben, der bestimmt:

> Die Mitglieder des Senats werden nach Verhältniß der Bevölkerung einer jeden Provinz durch dieselben Bürger *gewählt*, welche die Mitglieder der Repräsentantenkammer wählen.

Dagegen ist Anderes aus eigener Erfindung eingeflickt. Denn nach dem preuß. Entwurf soll die erste Kammer außer den in dieselbe gewählten Mitgliedern bestehen: 1) aus den Prinzen des Königl. Hauses (während in Belgien nur der muthmaßliche Thronerbe Senator ist) und 2) aus höchstens 60 vom Könige ernannten Mitgliedern, die das ihnen verliehene Recht an die Erstgebornen *vererben*!! Also eine erbliche Herrenkammer, Volksvertreter von Gottes Gnaden und durch die Geburt! Das Recht erlischt, wenn der Erbe ein reines Einkommen von 8000 Rthlr. jährlich nicht nachzuweisen vermag. Offenbar wird durch Einführung der erblichen Pairswürde, des Erstgeburtsrechts §. 4. des Entwurfs: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich“ zur Unwahrheit. Schließlich noch die Bemerkung, daß dieser preußische Entwurf von der Ansicht ausgeht, daß in Preußen, in dem Staate der Intelligenz, die Staatsbürger fünf Jahre später zu Verstand kommen als die Belgier, was für uns, für die Bewohner Preußens, nicht besonders schmeichelhaft klingt. Um in Belgien in die zweite Kammer gewählt werden zu können muß man 25 Jahr alt sein, für einen Preußen genügt das nach diesem Entwurf nicht, in Preußen soll man das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben. Die Schwaben sollen freilich erst mit dem 40. Jahre klug werden.

Digitized by Google

Die Polen und die Freiheit.

Despotismus und Selbstsucht sagen: bekümmert euch nur um das, was euch angeht; Edelmuth und Freiheit sagen: bekümmert euch auch um das, was euch nicht angeht. Die französische Nation spricht die Sprache der Freiheit, sie will die Italiener nicht länger durch Oesterreich geknechtet wissen, sie will Polen nicht länger durch die heilige Alliance der Kabinette, die gegen die Freiheit der Völker geschlossen wurde, unterdrückt sehen. Sie verlangt unmittelbares und unverzügliches Einschreiten für Italien und Polen. Oesterreich und Rußland haben sich den Besitz ihrer Länder garantirt. Ein allgemeiner Krieg ist unvermeidlich und neutral zu bleiben unmöglich. Ein Bündniß Preußens, der deutschen Nation mit Frankreich verlangen die Freiheit und die Civilisation. Der denkende und gebildete Theil der deutschen Nation verlangt eine Alliance mit dem französischen Volke, eine Alliance, nicht geschlossen im Namen der heiligen Dreifaltigkeit zur Knechtung der Völker, sondern geschlossen im Namen der Freiheit zur Befreiung der Völker, zum Schutz der Kultur und Civilisation. So allgemein ist das Verlangen nach einer Verbrüderung der civilisirten Völker, daß selbst die Köln. Ztg., das Hauptorgan der deutschen Bourgeoisie, Partei ergreift für die große Verbrüderung und Befreiung der Nationen, für die auch wir immer gekämpft und kämpfen werden, so lange es noch erlaubt ist. „Es giebt nur ein Mittel, um der Barbarei inmitten der Gesittung ein Ende zu machen, ruft die Kölnische, dem alten Systeme auf einmal den Gnadenstoß zu versetzen; die gesitteten Nationen des Festlandes müssen in Europa aufgehen, sich mit einander feierlich verbrüdern."

Unsere internationalen Angelegenheiten, fährt die Köln. Z. fort, sind bis jetzt in den Händen vornehmer Tagediebe gewesen, die man Diplomaten nannte — meistens Leute ohne Herz und ohne Kopf, die glänzend davon lebten, daß sie ohne unser Wollen, ohne unser Wissen unsere Vollmachten führten, die Völker einander entfremdeten, sie von einander trennten, um sie desto besser zu beherrschen." Die Diplomaten, die Staatsmänner der alten Schule, deren Bestreben nur dahin ging die Völker gemeinschaftlich zu knechten, kennen nur Alliancen der Kabinette, sie haben kein Herz und keinen Sinn für eine Verbrüderung der Völker, weil sie kein Herz für das Volk und dessen Rechte haben, kein Herz für die Menschheit und deren Entwickelung.

Die Diplomatie fürchtet die Verbrüderung der Völker, sie schaudert bei dem Gedanken an eine Alliance mit dem französischen Volke, an eine Verbindung des deutschen Volks mit einer Republik!!! Sie haßt die Freiheit, sie ist erzogen in der Furcht des Herrn, sie fürchtet das Kabinet von Petersburg, Rußland, mit dem sie harmonirt, zu erzürnen. Die Diplomatie und die Reaktion wünschen eine Alliance, eine Verbindung der Kabinette mit Rußland gegen die Freiheit der Völker. Indeß wagen es die verantwortlichen preußischen Minister in unverantwortlicher Verblendung, in ihrer Gewohnheit des Gehorsams, unterthänig der Reaktion, ein Bündniß mit Rußland gegen Frankreich zu schließen, so haben wir Bürgerkrieg in Deutschland, denn eine Alliance des preuß. und russischen Kabinets gegen die französische Nation ist nichts anders als eine Verbindung, eine Verschwörung gegen die Freiheit der Völker. Einige Junker, einige wahnsinnige Reaktionäre und vielleicht die Fuselregion in einer weniger gebildeten Provinz mögen sich nach der russischen Knute sehnen, die unermeßliche Mehrheit der deutschen Nation haßt die Barbaren des Ostens. Oft haben wir aus dem Munde der Bauern gehört: Lieber zehn Franzosen als Feinde im Lande, denn einen Russen als Freund. Das Volk hat einen richtigen Takt. Es haßt die Roheit und die

Digitized by Google

Barbarei, die Knute und den Kantschuh. Das civilirte deutsche Volk haßt die Barbaren des Ostens, die immer Branntwein verlangen und nie genug Branntwein bekommen. Noch ist Polen nicht verloren!

Preußen hat den Ruhm Wiederhersteller Polens zu sein, verschmäht; ein unverantwortlicher Mißgriff. Hätte das Ministerium den Muth und die Klugheit gehabt das Banner der Freiheit in Polen aufzupflanzen und Rußland den Krieg erklärt, weil Rußland die Traktaten gebrochen, weil es seit vielen Jahren eine durchaus feindselige Politik gegen Preußen, gegen dessen Handel und Wohlstand befolgt, so sähen wir Polen nicht gegen uns in Waffen, sondern das unermeßliche Polenreich für uns. Dann hätten wir die Sympathieen der ganzen civilisirten Welt für uns, dann hätte sich das Deutschthum in den russ. Ostseeprovinzen, dann hätte sich die edle ungarische Nation, dann hätte sich das von Jahrhunderte altem Russenhaß glühende Schweden gegen Rußland erhoben, dann sähen wir unsere Häfen nicht durch dänische Kriegsschiffe gesperrt, sondern durch unsern Bundesgenossen geschützt und eine allgemeine Entwaffnung der Völker wäre möglich geworden.

Aber die Polen, rufen unsere Bierstubenpolitiker, die Polen sind ein undankbares, ein unruhiges Volk, sie wissen und verdienen nicht frei zu sein. So der Hochmuth der deutschen Bierstubenpolitiker, dem zu einem höhern Standpunkt sich aufzuschwingen, unmöglich. Wahrlich, wir haben den Polen keine Gelegenheit gegeben, die Tugend der Dankbarkeit zu üben. Seit den Tagen des großen Kurfürsten hat Preußen in unglaublicher Verblendung gegen Polen eine feindselige, ja oft eine hinterlistige Politik geübt. Die Polen sind eine des Enthusiasmus, der Hingebung fähige, sie sind eine dankbare Nation. Sie haben, weil sie von Frankreich Wiederherstellung hofften, in unzähligen Schlachten für Frankreich ihr Blut verspritzt, in Italien, Spanien und auf St. Domingo.

„Aber die Polen seind ein unruhiges Volk" ruft der Philister. Einmal ist jeder Herr im eigenen Hause. Was kümmert es uns, wenn sie zu Hause unruhig, sich untereinander in die Haare gerathen. Sind wir, die Deutschen und resp. die Preußen, die Polizeidiener Europas, die überall auf Ruhe und Ordnung zu halten haben? Beinahe scheint es so, denn deswegen zogen wir 1792 gegen Frankreich, deswegen rückten wir 1793 in Polen ein, um „Verbreitung französischer Grundsätze" zu verhindern, d. h. um die Völker bewegende Idee der Freiheit und Gleichheit, die damals im polnischen Volke erwachte, zu unterdrücken. Wer hatte Preußen damals das Recht gegeben als Polizeidiener in Polen zu fungiren? Was hatte sich Preußen um die „französischen Grundsätze", um deren Verbreitung in Polen, zu kümmern? — Es war die Furcht vor Ideen, die Furcht vor „französischen Grundsätzen", die das damalige preuß. Kabinet gegen die Polen beherrschte. Damals wie heute. Die verantwortlichen Minister der konstitutionellen Monarchie fürchten das demokratische Polen, die polnische Republik!

Unsere Bierstubenpolitiker träumen freilich noch immer von dem aristokratischen Polen, sie ahnen nichts von jener gewaltigen Revolution der Geister, die der polnischen Bewegung zu Grunde liegt, die sogar in das russische Volk gedrungen ist und in Moskau die Fahne der Freiheit aufpflanzen wird. Sie wissen nicht, daß der galizische Adel, wie der ungarische, urch die nichtswürdige Politik des österreichischen Kabinets verhindert wurde, die Bauern zu befreien, daß man dem Grundeigenthümer verbot den polnischen Bauer zu emancipiren, um getreu dem Grundsatze: divide et impera, die Knechtschaft zu verewigen. Der Zweck war: Uneinigkeit unter die verschiedenen Schichten der Gesellschaft zu säen, um desto leichter das polnische Element vernichten zu können. „Ihr wißt es vielleicht nicht, Völker Europa's! heißt es in dem Manifest des Krakauer Nationalcomité, was das Wort Emanci-

Digitized by Google

pation in Polen zu bedeuten hat und denkt wohl, man verstehe darunter die Aufhebung der Unterthänigkeit und Ertheilung der persönlichen Freiheit? Nein, es handelt sich hier um die Ueberlassung von Grund und Boden an zwei Drittel der Einwohner der polnischen Lande, um ihnen eben dadurch die unbeschränkte Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte und Pflichten möglich zu machen. Das Krakauer Manifest von 1846 hat dem polnischen Bauer Grundeigenthum zugesichert. Die Gutsbesitzer Galiziens haben diesen Schritt bereits größtentheils gethan nnd Alle in ganz Polen sind bereit, dasselbe zu thun."

Noch einmal: wie 1793 fürchtet man auch heute Verbreitung französischer Grundsätze in Polen, das Erstehen eines demokratischen Polen. Soll und muß Polen deshalb geopfert werden und an Rußland geschmiedet bleiben, weil es mit der Freiheit Ernst machen und die Sünden der Väter wieder gut machen will? — Nimmermehr! Die Befreiung, die Wiederherstellung Polens ist eine Nothwendigkeit wenn des deutschen Volkes Freiheit gesichert werden soll gegen den Andrang des asiatischen Despotismus. Jeder Schuß eines österreichischen oder preußischen Soldaten, der das Herz eines Polen trifft, nützt Rußland, fördert die Pläne der Reaktion. Gerechtigkeit ist die einzige, eines freien Volkes würdige Politik. Die Wiederherstellung Polens ist nicht nur gerecht, sie ist klug und nützlich; sie ist vortheilhaft für uns.

Aufruf an das deutsche Volk.

Das Montagskränzchen zu Frankfurt a. M. hat sich in einen deutschen Volksverein umgestaltet und folgenden Aufruf an das deutsche Volk erlassen:

Deutsche, Brüder!

Die Freiheit ist auch von unserm Volke im Sturme erobert worden: aber so oft ist es leichter, eine Eroberung zu machen, als sie festzuhalten. Deutsches Volk, besinne Dich, wie oft Du den Garten der Freiheit mit Deinem Herzblute getränkt hast; wie oft Du in kindlichem, gläubigem Vertrauen auf seine Früchte gehofft, und wie oft er Dir Disteln nnd Dornen getragen hat für die erwartete Frucht. Auch jetzt liegt das Land wohlbereitet vor deinen Füßen, und Du hast Deinen Willen, Deine Forderungen eingestreut als die Samenkörner deines künftigen Glücks. Wache, daß sie keimen und aufgehen; daß sie wachsen und gedeihen; daß Deine Enkel Dich segnen mögen ob Deiner Hände Arbeit: wache, daß kein Frost aus Norden, kein Giftdauch aus Süden über Deine Frühlingssaat hereinbricht; daß Dich nicht der Fluch der Nachwelt trifft. Die Schergen der Gewalt, deren Händen Du Dich kaum entwunden hast, sie sind thätig in allen Gestalten, Dir das Netz wieder über die befreiten Glieder zu werfen, und Du, Du scheinst müde schon von der ungewohnten Freiheitsarbeit; Du scheinst Deinen Rausch der Freiheit unter ihrem Schilde ausschlafen zu wollen: Deutsches Volk, o schlafe nicht! Sei wachsam und gerüstet und mache Front nach zwei Seiten hin! Die Anarchie hat an Deine Pforten geschlagen. Sie, an und für sich, war Dir wenig gefährlich: Du hast sie in Deiner jungen Freiheitslust erdrückt. Aber die Reaktion hat sich an ihre Fersen geheftet. Die Reaktion bedient sich jeder anarchischen Schilderhebung als des besten Mittels zu ihren Zwecken, in ihrer Hand wird jede anarchische Schilderhebung das Messer, die kaum geborne Freiheit zu ermorden.

Das ist der augenblickliche Zustand unseres Vaterlandes. Gefahren drohen ihm von Innen und von Außen; seiner Gegenwart, seiner ganzen Zukunft drohet Gefahr. Männer des Volks, da ergehet der Ruf an Euch, auf der Wache zu stehen und nicht zu dulden, daß unser Volk wieder in den Todesschlaf der Knechtschaft eingelullt werde! Männer des Volks, da ergeht der Ruf an Euch, die Vorposten, welche ihr bisher besetzt gehalten, nicht zu verlassen; für die Freiheit Eures Volkes fortzuarbeiten und zu ringen; mit der Freiheit Eures Volkes zu stehen oder zu fallen.

Und diesen Ruf, wer erhebt ihn, werdet Ihr fragen? Wir wollen Euch antworten auf Eure Frage. Diesen Ruf erhebt ein Verein von Männern, welcher, unter unscheinbarem Namen, lange schon als die Nacht der Schmach noch die Augen unseres Volkes deckte, in dem Freiheitskampfe thätig gewesen ist in der einzigen Richtung, wo er damals möglich

Digitized by Google

war, auf dem religiösen Gebiete. Der Kampf für die Freiheit aber, er ist nur Einer; er ist überall derselbe, er mag geschlagen werden, auf welchem Felde es auch sei. Angefeindet und gelästert, sind wir stark geblieben und treu, und wir durften, als derselbe Kampf auf dem politischen Felde begann, da nicht zurückbleiben, und wir haben es nicht gethan. Wir sind, wie alle unsere Mitstreiter für die religiöse Freiheit, in die Reihen der Kämpfer für die politische Freiheit eingetreten. Wir haben uns in Wort und That für unser Volk erhoben, und unsere Losung heißt:

Freiheit, Einheit, Ordnung und Recht!

Unter diesem Banner haben wir uns geschaart; unter ihm sind wir ausgezogen gegen jede Gefahr, welche drohte; unter ihm wollen wir weiter streiten, von ihm nicht lassen in Glück oder Noth. Es ergeht unser Ruf an alle Gleichgesinnten im Vaterlande zu gemeinsamer Thätigkeit. Es ergeht unser Ruf an alle Vereine, welche zu demselben Zwecke schon zusammengetreten sind, sich enge an einander zu schließen; an alle Vaterlandsfreunde, solche Vereine zu bilden, wo sie noch nicht bestehen. Das Volk darf nicht mehr vereinzelt stehen wider geschlossene, wohlorganisirte Gegner: es muß auch seine Colonnen schließen, seine Vertheidigung und seinen Angriff regeln. Es muß die Waffen, welche es sich erstritten hat, die freie Presse, die freie Rede, das freie Vereinigungsrecht, geordnet, überlegt, und in Uebereinstimmung gebrauchen, damit sie auch als Waffen wirken und nicht zum leeren Spielzeuge herabsinken. Das wollen wir: dazu aufzufordern ist der Zweck unseres Aufrufs. Zeiget die Einheit des Volkes nicht blos nach Außen; zeiget sie vorerst und vor Allem in Innern. Zeiget sie in der Einheit Eures Willens, in der Einheit Eurer Mittel und die Einheit der Wirkung wird gewaltig und unwiderstehlich sein. Sammelt Euch, bildet Euch zu Vereinen; keine Stadt kein Dorf soll ohne einen solchen Verein sein. Diese Vereine alle treten in Verbindung unter einander und richten ihre Wirksamkeit auf dasselbe Ziel. Dies Ziel ist unser gemeinschaftlicher Feind, er mag kommen, woher er will, aus den Regionen, welche sich die oberen zu nennen pflegen, und welche mit Reaktionsgelüsten schwanger gehen; oder aus denen, welche unter dem Deckmantel neuer Gestaltungen die Gesetzlosigkeit über unser Volk heraufbeschwören; oder aus denen, welche die Völker verdummen, um sie für ihre Sonderzwecke auszubeuten, oder aus denen endlich, welche aus Ruheliebe und Genussesfreude gleichgültig sind gegen jede Erhebung, die da bedeckt sind mit dem schlimmsten Sumpfe unter allen, mit dem Sumpfe des kalten, herzlosen Indifferentismus. Gegen alle solche muß sich die Spitze unseres Kampfes wenden: denn alle, alle, in ihrem gesetzlosen Treiben, in ihren Rückschrittsgelüsten, in ihren Verdummungsbestrebungen, in ihrer stumpfsinnigen Gleichgültigkeit, alle gefährden das Wohl des Volkes; alle sind Verächter und Feinde des Volkes. Ihnen allen rufen wir unsern Wahlspruch zu und unter ihm werden wir siegen:

Es lebe die Freiheit, die Einheit, die Ordnung; es lebe das Recht!

Frankfurt am Main, den 9. Mai 1848.

Vorläufige Satzungen des allgemeinen deutschen Volksvereins.

Die Vorschläge, welche das Montagskränzchen zu Frankfurt am Main in Folge des heutigen Aufrufs seinen deutschen Mitbürgern macht sind folgende: 1) In jeder größern Stadt Deutschlands bilde sich ein Verein, (etwa unter dem Namen „deutscher Volksverein“), der als der Hauptverein zu betrachten sei für gleiche Vereine, die sich in den kleineren umliegenden Städten und Ortschaften bilden. 2) Die kleineren oder Zweig-Vereine stehen in ununterbrochener Verbindung mit den Hauptvereinen, während letztere noch unter sich in Verbindung stehen. 3) Die Hauptvereine wählen einen geschäftsführenden Centralverein. 4) Alle Vereine bilden zusammen den allgemeinen deutschen Volksverein, dessen einzige Losung ist und bleiben soll: „Freiheit, Einheit, Ordnung und Recht!“ 5) Die Hauptzwecke dieses allgemeinen Volksvereins sind namentlich: a. Behauptung der wahren Volkssouveränetät b Erhaltung der Einheit und Brüderlichkeit im deutschen Volke. c. Erhaltung und Fortbildung der dem deutschen Volke gebührenden Freiheitsrechte. d. Ueberwachung und Bekämpfung aller freiheitsfeindlichen Bestrebungen. e Berufung von Volksversammlungen; Belehrung des Volks über seine wahren Bedürfnisse und Rechte, sowie Aufklärung desselben über ungerechte und unbillige Forderungen und Wünsche. f. Förderung der Jugenderziehung im Geiste der Freiheit und der deutschen Einheit. g. Mitwirkung für die Unverletzlichkeit des vaterländischen Bodens. 6) Alle Hauptvereine Deutschlands treten zur Förderung ihrer Zwecke in Verbindung untereinander durch Briefwechsel oder durch mündliche Besprechung. 7. Der Centralverein hat, so oft es nöthig erscheint, eine Hauptversammlung zu berufen,

Digitized by Google

in welcher jeder Hauptverein durch Abgeordnete vertreten wird. 8. Jeder Verein gründe, zum Behufe der schriftlichen Mittheilungen, eine besondere Geschäftsführung. Sollte ein Bericht, eine Aufforderung, oder eine sonstige Mittheilung schnell an alle Vereine zu fördern sein so bediene man sich der Presse. 9) Jeder Verein halte wöchentlich mindestens eine Zusammenkunft, auch wenn nichts Dringendes vorliegt. 10. Zur dauernden Erhaltung des allgemeinen deutschen Volksvereins ist es nöthig, daß jeder Verein von seinen Mitgliedern einen mäßigen Beitrag erhebe. 11) Aus den, durch diese Beiträge gebildeten Vereinskassen sind alle Ausgaben der Vereine zu bestreiten. **Nachbemerkungen.** Der Verein tritt mit deutschen Vereinen außerhalb des Vaterlandes in Verbindung, wenn sie es wünschen. Wir erbieten uns vorläufig die Geschäftsführung zu übernehmen, und die Beitrittsanmeldungen der Vereine zu empfangen, bis eine Hauptversammlung die endgültigen Bestimmungen trifft. Daß unter den jetzigen Umständen und Zeitverhältnissen eine möglichst schnelle Organisation der Vereine höchst wünschenswerth ist, bedarf keiner weitern Erinnerung!

Berichte.

Breslau, 11. Mai.

Gestern wurde eine großartige Polenversetzung von hier angeordnet. Die Angehörigen des Königreichs sollen zwischen der Weser und der Elbe in offene Depots kommen, die Mittellosen militairischen Sold erhalten, die Bemittelten wohnen können wo sie wollen Bei dem angekündigten großen Siege begreift man diese Härte gegen Hundert arme Emigranten nicht. Sie erregte hier laute Mißbilligung, und veranlaßte die soeben gewählten Abgeordneten für Frankfurt und Berlin, welche eine Aenderung der deutschen Politik in der polnischen Frage wünschen, zu einer Eingabe an den Ministerpräsidenten Camphausen in Berlin, die morgen abgeht. Wir theilen das Aktenstück mit!

„Excellenz! Im Großherzogthum Posen haben die unglücklichsten Verwickelungen aus dem ursprünglichen Aufschwunge für die nationale Befreiung und Wiederherstellung Polens einen Racenkrieg erzeugt. in dem wir Deutsche leider die traurige Rolle spielen, Bundesgenossen der russischen Interessen und Unterdrücker eines unterjochten, zerrissenen Volkes zu sein.

Der Racenhaß ist das größte Hinderniß der Freiheit; er hat uns bereits in die Reaktion gestürzt und wenn Rußland seinem Theile von Polen die mindesten Concessionen macht, wie es den Anschein hat, daß es geschehen werde, so steht Deutschland vor der Welt grausamer und unmenschlicher da als Rußland; die preußischen Bajonette werden die verzweifelten Polen den Russen in die Arme treiben.

Wir haben keine andere Stärke, als die Freundschaft der freien Völker und die Macht der großen Prinzipien, für die sich Europa einmüthig erhoben hat.

Die Unterzeichneten glauben diese Wahrheit in ihrer Eigenschaft als erwählte Abgeordnete des Volkes unter so verhängnißvollen Umständen, wie die gegenwärtigen ausdrücken zu müssen. Sie möchten das Vaterland vor der Schande eines russischen Bündnisses und vor dem Unglück eines Rachekrieges der umwohnenden Völker bewahren.

Vielleicht ist es jetzt noch möglich, vielleicht ist es in zwei Wochen für immer unmöglich, die Sympathie der langunterdrückten Polen wiederzugewinnen und den Haß der in der Freiheit mit uns verbündeten Franzosen zu vermeiden.

Wir wünschen die große Politik der Emancipation, wir halten den Augenblick für neue Alliancen im Sinne der Fortsetzung der europäischen Bewegung nach Osten für günstig, wir halten die große Politik der Befreiung aller Nationalitäten Europa's für die einzige Rettung. Für diese Politik Excellenz suchen wir das preußische Ministerium schon jetzt zu gewinnen, und wir werden alle unsere Kräfte anstrengen, um sie in der Frankfurter und in der Berliner Versammlung zur Anerkennung zu bringen.

Ew. Excellenz würden den Wünschen der deutschen Nation entsprechen und die Macht der öffentlichen Meinung für Preußen wiedergewinnen, wenn das Ministerium schleunigst die Initiative zu einem Bündniß mit Frankreich ergriffe, um ein freies und starkes Polen wiederherzustellen.

Dr. Arnold Ruge, Abgeordneter nach Frankfurt. Dr. Moritz Elsner, Abgeordneter. Dr. Ottomar Behnsch, Abgeordneter. Dr. Julius Stein, Abgeordneten-Stellvertreter. Dr. Nees von Esenbeck, Abgeordneten-Stellvertreter. Plücker, Abgeordneten-Stellvertreter. Graf Reichenbach, Abgeordneter.

Digitized by Google

Δ Regenwalde, den 21. Mai.

Heute war die 2. Versammlung des hiesigen constitutionellen Vereins für Land und Stadt, welche das letzte Mal durch die Polengerüchte unterbrochen worden war. — Auf dieser Versammlung, die fast nur von adlichen Gutsbesitzern des Regenwalder und einiger angrenzender Kreise, mehreren Pächtern und ein Paar Predigern, dagegen nur von wenigen Städtern und von Niemand aus dem mittleren Bürgerstande und der untern Volksklasse besucht war, und den als Repräsentanten der in hiesiger Gegend allgemein herrschenden politischen Ansicht anzunehmen man sich wohl hüten muß, trat das ultra conservative, um nicht zu sagen reactionäre Element, schon mit größerer Entschiedenheit hervor. — Es wurden drei Adressen berathen und durch Mehrzahl der Stimmen angenommen, nämlich eine Anerkennungsadresse an das Ministerium für die, namentlich in der Frage wegen des Prinzen von Preußen, bewiesene Festigkeit, dann eine zur Rückkehr einladende Adresse an den Prinzen von Preußen, und endlich eine Adresse an die jetzt zusammentretende Nationalversammlung. Da alle drei Adressen in den Berliner Zeitungen erscheinen werden, so erspare ich mir die nähere Mittheilung des Inhaltes; nur so viel kann ich versichern, daß dieselben von einem, freilich dem kleineren, Theile der Versammlung entschieden gemißbilligt, nicht mit unterschrieben wurden und daher keineswegs als die Willensäußerung der ganzen Versammlung anzusehen sind. — Wäre nicht der gebildetere Theil der hiesigen Bevölkerung der Meinung, die Zeit solcher Adressen sei für den Augenblick vorüber, und die heut Beschlossenen schwerlich von einiger Wirkung, es würde dieser Schritt eines Theiles des constitutionellen Vereines gewiß eine energische öffentliche Protestation der nicht consentirenden Mitglieder, des hiesigen städtischen constitutionellen Vereins und Vieler Anderer zur Folge haben. —

Es herrscht unter den Leuten eine originelle Ansicht über den Begriff des Wortes „Besitz", die zwar nicht direct ausgesprochen wird, die aber durch alle rethorische Floskeln deutlich durchschimmert. Der Bauer, der Eigenkäthner, der kleinere Stadtbürger gehört nach dieser Ansicht eigentlich nicht in diese Besitzcathegorie, sondern nur der größere Gutsbesitzer, vornehmlich der Rittergutsbesitzer, der aristokratisch gesinnte Pächter u. dergl. Diese Klasse ist bei den Urwahlen in hiesiger Gegend allerdings nicht besonders fortgekommen und darüber ist nun die Wuth entsetzlich, man schlüge am liebsten mit Fäusten drein. — Man kann das Vertrauensfactum der hiesigen Bevölkerung einmal nicht fortleugnen, und man versucht nun, an den Wahlen wegen einzeln vorgekommener höchst indifferenter Formfehler zu rütteln. Nun ja an der Form kleben wir noch ächt militairisch, und kann man mit dem Geiste nicht fertig werden, dann verkriecht man sich recht zahm unter die büreaukratischen Fittige der Form. Doch ganz fest steht, daß gelänge es, die hiesigen Wahlen zu annulliren, die neuen für die Aristokratie noch schlimmer ausfallen würden. — Man schreit hier über die Umtriebe der Demokraten, man deckt aber den Mantel christlicher Liebe und stiller Verschwiegenheit über die Umtriebe der Aristokraten, von denen doch auch recht hübsche Anecdoten feststehen. Aber eine Furcht durchzitternde Wuth herrscht in diesen egelusiven Kreisen gegen die Litteraten. Man hält diese Herren, da man sie zu begreifen außer Stande ist, für leibhaftige Teufel, die verderbendes Feuer statt der Worte ausspeien. — Nun ländlich, sittlich! — Ich bin fest überzeugt die Aristokratie Hinterpommerns blickt recht sehnsüchtig nach der russischen Knute, wenn auch der dritte Schlag auf ihren eigenen Rücken träfe, der Plebs und die Litteraten würden dann hoffentlich doch mit zwei Drittheilen regulirt, und das eine Drittheil würde dann durch die alten beglaubten Pergamente und Wappenschilder weniger fühlbar gemacht, oder mit klingendem Courant aufgefangen. — „Halt still, Bauer, 's dauert nit lang und thut nit weh."

† Stargard.

Im hiesigen Bezirk war wegen Doppelwahl eine neue Wahl für Frankfurt nothwendig geworden. Obwohl man von einer Seite sich bemühte, Bülow-Cummerow mit Erfolg als Kandidaten auf die Wahl zu bringen, so stand diesem vor allem entgegen, daß Bülow sich noch den 19. offen als einen Aristokraten dokumentirt hatte, der sogar den Ministern den Vorwurf gemacht, sie überstürzten sich in Zugeständnissen. Aus diesem Grunde war es nur mit Mühe gelungen, denselben als Stellvertreter im Dramburger Kreise für Frankfurt durchzubringen und Stargard konnte nicht berufen sein, den aristokratischen Gesinnungen dieses Mannes bei einer Wahl den geringsten Vorschub zu leisten. Die städtischen Wähler entschieden sich der Mehrzahl nach für den Oberlandesgerichts-Rath v. Schweinitz zu Stettin, wurden jedoch dadurch wieder zweifelhaft, daß am Morgen des Wahltages der Oberlandesgerichts-Rath v. Mühlenfels zu Greifswald ihnen ehrend vorgeschlagen wurde, der bereits in der Zeit der Unterdrückung für Deutschlands Einheit gekämpft und gelitten hatte. Die

Digitized by Google

Wahlmänner waren dagegen nach einer andern Seite hin bearbeitet worden. Der Administrator Butke zu Mellen im Dienste des Hofmarschals Massow zu Berlin suchte für den Prinzen von Preußen als Statthalter von Pommern Stimmen zu werben, indem er hervorhob, daß nach einem ihm vom Hofmarschal Massow zugegangenen Schreiben die Erwählung des Prinzen bei Hofe einen erfreulichen Eindruck machen würde. Städtische Wahlmänner riethen wohlmeinend von einer solchen Demonstration ab, da dem Prinzen es nicht angenehm sein könne, in einem Wahlkampfe ausgestochen zu werden. Zugleich habe derselbe persönlich kein Bekenntniß seiner politischen Bekehrung von sich gegeben und seine frühere Gesinnung böte keine Garantie für eine volksthümliche Vertretung der deutschen Interessen dar. Pommern sei außerdem als ein zweites Böotien in Deutschland verschrieen, in Stettin sei sogar um die Zurückberufung des Prinzen zu einer Zeit petionirt worden, wo man vom Ministerium noch nicht einmal erfahren habe, daß derselbe eine politische Wiedergeburt in sich durchgemacht und deshalb müsse die alte Hauptstadt Pommerns Nichts thun, was irgend wie ihrem guten Rufe schaden könne. Bei der ersten Abstimmung erhielt trotz dem der Prinz von 108 Stimmen 29, Schweinitz 26, der Gymnasialdirektor Freese 30, v. Mühlenfels 6 Stimmen; bei der zweiten Abstimmung der Prinz 36, Schweinitz 26, Freese 45 Stimmen. Hierauf kam der Prinz und der Direktor Freese auf die engere Wahl und es erhielt ersterer 47, letzterer 61 Stimmen. Bei der Abstimmung waren zwei Stimmzettel für ungültig erklärt. Als Stellvertreter wählte man den Justizrath Barkow.

§ Anclam.

Die Redaktion unseres Volksblattes hat sich neutral erklärt; wie diese Neutralität zu verstehen und welchen finstern Mächten das Volksbl. verfallen ist, darüber kann kein Zweifel sein. Der leibhaftige †† Gottseibeiuns! regiert in demselben. Unser Volksbl. hat die wichtige Entdeckung gemacht, daß man „radikalerseits" deswegen gegen den Prinzen von Preußen Abneigung zu verbreiten sucht, um die Ordnung in der Thronfolge zu verwirren, um dann in dem „rathlosen, anarchischen Hin- und Schwerschwanken der Gemüther das Darbieten der Republik d. h. der eisernsten Despotie der Massen oder vielmehr ihrer Führer, erfolgreicher zu machen." Ferner: „nach den Grundsätzen der heiligen Alliance" heißt nach dem Volksbl. „in christlicher Gerechtigkeit und Ehrlichkeit regieren wollen." Da es diesem † „nicht viel Vergnügen macht, sich in öffentliches Aussprechen über die politischen Bewegungen der Zeit einzulassen", da es den Lesern des Volksbl. noch weniger Vergnügen macht, etwas von ihm zu lesen und da solche Confusionsräthe die Verwirrung nur vermehren, so hoffen wir, daß unser † sich künftig nicht mehr öffentlich, sondern heimlich über die politischen Bewegungen, die er nicht begreift, aussprechen wird.

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumerationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird. Vom 1. Juli ab erscheint der Wächter in verändertem Format täglich.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 21.

Freitag den 26. Mai.

Inhalt: Das Verfassungsgesetz für den preußischen Staat. Reaktion und Reaktionäre. Der deutsche Michel. Berichte: Lauenburg, Stettin.

Das Verfassungsgesetz für den preussischen Staat.

II.

Die erbliche Pairie, die uns der Entwurf bietet, diese Verbesserung der belgischen Konstitution im Geschmack einer vergangenen Zeit überrascht, — befremdet indeß weniger, wenn man sich erinnert, daß Hr. Hansemann, der Abgeordnete, ungeachtet seiner Vorliebe für die belgische Verfassung „seit Jahren die Ueberzeugung geäußert, daß für Preußens Verfassung eine auf alte Geschlechter (!!!) gegründete Aristokratie einen wesentlichen Theil in der Verfassung einnehmen möge," weil „die neuen Elemente unserer sozialen Verhältnisse vollkommen demokratischer Natur sind", denen Hr. Hansemann „als Gegengewicht ein kräftiges (!?) auf sein Recht stolzes (!) Haus" entgegensetzen mögte, „was die ältern Geschlechter vertrete und die Rechte verwahre, die Rechte der Krone, wenn die Demokratie zu weit gehen will, die Rechte des Volks, wenn die Räthe der Krone Erlasse vorschlagen, wodurch die Rechte des Volkes gekränkt werden." (Rede des Abg. Hansemann in der Adreßdebatte des ersten ver. Landtags). Im Ministerium selbst also haben wir die „festgewurzelte Liebe für das Mittelalter" zu suchen, von der die Börsen-Nachrichten in No. 62 reden. Jene Rede giebt uns Aufschluß über Zweck, Bestimmung und Zusammensetzung des Oberhauses, das, namentlich der 60 erblichen Pairs, welche die „alten Geschlechter vertreten", eine Art Bewahranstalt, ein Pupillenkollegium bilden soll, das des unmündigen Volks Rechte „verwahrt" und zugleich darüber wacht, daß sein Mündel nicht ungebührliche Ansprüche macht. Indeß nicht blos bei Geldfragen, auch bei Verfassungsfragen „hört die Gemüthlichkeit auf"; das frei und mündig gewordene Volk wird eines so zusammengestoppelten Oberhauses nicht bedürfen, das Volk selbst wird Kraft, Geschick und Talent genug besitzen seine Rechte zu wahren. Traurig, wenn die Krone sich auf eine so morsche Krücke, wie dieses Oberhaus, stützen will. „Der Wille freier Menschen ist der unerschütterliche Pfeiler jedes Thrones", sagte der Reichsfreiherr v. Stein. — Nebenbei wird durch das Erstgeburtsrecht und den beliebten Census für die Herrenkammer, durch die besondere Vertretung der „alten Geschlechter" und der reichen Leute mit großem Einkommen, die verheißene Gleichheit vor dem Gesetz eine Unwahrheit.

„Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich" lautet §. 4., eine Bestimmung, die Art. 6 der belgischen Verfassung entnommen, der so lautet:

„Es giebt in dem Staate schlechthin keinen Unterschied der Stände (also keine besondere Vertretung der alten Geschlechter, keine Erstgeburtsrechte, keine adlichen Privilegien.) Die Belgier sind vor dem Gesetze gleich: nur sie allein können bürgerliche und militärische Aemter bekleiden, mit Vorbehalt der besonderen

Digitized by Google

Ausnahmen, welche in besondern Fällen, durch ein Gesetz angeordnet werden können."

Da die belgische Verfassung die Grundlage geworden, auf welche die Verfasser dieses Entwurfs unsere Verfassung erbauen wollen, so hätten wir gewünscht, daß diese Bestimmungen beibehalten wären, da der preußische Staat, namentlich das Heer, seit langer Zeit als eine Versorgungsanstalt für den Adel der übrigen deutschen Länder und für nachgeborne Prinzen kleiner deutscher Fürstenhäuser betrachtet wird, die denn hinterher mit hohen Pensionen, Sinekuren, Gouverneurstellen ꝛc. mit hohem Gehalt bedacht werden. Abgesehen von der „deutschen Adelskette" von den „Adelsreunionen" und dergleichen mißglückten Versuchen des deutschen Adels sich als geschlossene Erbkaste dem Volke gegenüberzustellen, darf das preußische Heer nicht länger eine Versorgungsanstalt, eine Zufluchtsstätte für den Adel kleiner deutscher Fürstenthümer sein. Unter den bestehenden Verhältnissen wäre es wichtig gewesen, wenn, wie in Belgien, eine desfallsige Bestimmung, die diesen Mißbrauch für immer aufhebt, in das Staatsgrundgesetz aufgenommen wäre, da gar kein Grund vorliegt, daß unser Volksheer, die Söhne unserer Bürger und Bauern vorzugsweise durch den Adel, znm Theil aus Meklenburg, Hannover, Anhalt ꝛc. kommend, kommandirt werden müssen.

Der §. 5. des Entw. beginnt wie Art. 7 der belgischen Verfassung, aber der Schluß lautet anders und ist in unserm Entwurf zum Theil weggeblieben. Dort heißt es:

„Niemand kann anders verhaftet werden, als in Kraft einer richterlichen mit Gründen versehenen Verfügung, die im Augenblick der Verhaftung oder spätestens binnen 24 Stunden eröffnet werden muß."

Der Unterschied ist wesentlich und bedeutend und gefährlich für die persönliche Freiheit. §. 6. des Entw. ist gleich Art. 10. der belg. Verf., §. 7. gleich Art. 9., §. 8. gleich Art. 11., §. 9. gleich Art. 12. Dagegen fehlen in dem preuß. Entw. Art. 9. der belgischen Verfassungsurkunde, der bestimmt: „Keine Strafe kann anders als in Kraft des Gesetzes bestimmt und angewendet werden" und Art. 13. „der bürgerliche Tod ist abgeschafft und kann nicht wieder eingeführt werden."

In den §§. 15., 16., 17. des preuß. Entwurfs ist uns hinsichts des Versammlungs-, Vereins- und Petitionsrechts wörtlich dasselbe gewährt, was die belg. Verf. in Art. 19., 20. und 21 enthält, aber natürlich nicht mehr, denn das wäre für uns zu viel. Versammlungen im Freien sind auch bei uns wie in Belgien, von der Erlaubniß der Obrigkeit abhängig; so weit wie die Engländer haben wir es also mit dem Versammlungsrecht noch nicht gebracht. Wie in Belgien sollen auch bei uns, nur „verfassungsmäßige Behörden allein Bittschriften im gemeinschaftlichen Namen einreichen" und Corporationen, die in dem belg. Ges. nicht erwähnt sind.

Der Art. 22. der belg. Verf. bestimmt: „das Briefgeheimniß ist unverletzlich". Dem ist in dem preuß. Entw. in §. 18. angehängt: „Ausnahmen davon (die das belg. Staatsgrundgesetz nicht kennt) können nur auf Grund von Gesetzen und nur zum Zweck eines gerichtlichen Strafverfahrens oder in Kriegsfällen angeordnet werden", von wem bleibt dahin gestellt.

Hinsichts der Freiheit und Gleichheit der Glaubensbekenntnisses enthält der preußische Entwurf zum Theil wirklich das, was die belg. Verf. gewährt, aber im Ganzen bedeutend weniger, indem die Trennung des Staats von der Kirche nicht beliebt worden, der so wichtige Art. 15 der belg. Verf.

„Niemand kann genöthigt werden auf irgend eine Weise an den Handlungen oder Ceremonien eines Gottesdienstes Theil zu nehmen oder die Ruhetage desselben zu beobachten,

Digitized by Google

ist fortgeblieben. Sollen in Preußen die Protestanten ferner von Polizeiwegen gezwungen werden die Festtage der Katholiken, die Juden den Sonntag der Christen zu heiligen — sollen die Gesetze über Sabbathschändung, die verschiedenen Kabinetsordres, die „polizeilichen Bestimmungen über die äußere Heiligung der Sonn- und Festtage" über die „Entweihung" derselben beibehalten werden; soll die Polizei ferner die „äußere Heilighaltung" (K.-O. vom 7. Februar 1837) durch „Strafverbote" erzwingen können; sind die Staatsbürger ferner genöthigt durch Ableistung eines kirchlichen Eides eine religiöse Ceremonie mitzumachen, die für viele ganz bedeutungslos geworden, so kann von wahrer Denk-, Glaubens und Gewissensfreiheit in Preußen noch nicht die Rede sein. Wir haben dann nur den Schein von Glaubensfreiheit. Weil wir den Glauben, die Religion, jedes Einzelnen Ueberzeugung hoch und heilig gehalten wissen wollen, eben darum wollen wir, daß man nicht durch die Polizei, durch „Strafverbote" zu einer scheinheiligen pharisäischen bloß „äußeren Heilighaltung" von der das Herz nichts weiß, daß man nicht zur Ableistung eines religiösen Eides gezwungen werden kann.

Aus Art. 16 der belg. Verf. ist in den vorliegenden preuß. Entwurf in §. 11. übergangen: der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen bleibt ungehindert ꝛc.; dagegen ist weggeblieben, was in der Quelle, in Art. 16 der belg. Verfassung steht „der Staat hat kein Recht auf die Ernennung oder Einsetzung der Diener irgend einer Gottesverehrung einzuwirken," und mit Recht, denn thut er es, so ergreift er Partei in dem Gewirr religiöser Meinungen. Dies Weglassen befremdet, da wir schon aus dem Erlassen des Kultusministers von einem „Kirchenregiment" von einer „Landeskirche" und deren Ausbau erfahren haben.

Ferner ist es aus Art. 16. der belg. Verf. weggeblieben: die bürgerliche Trauung muß immer der priesterlichen Einsegnung vorhergehen," eine Bestimmung, die auch in der preuß. Rheinprovinz in voller gesetzlicher Kraft besteht, wodurch die Geistlichkeit aller weltlichen, aller polizeilichen Funktionen überhoben, wodurch die kirchliche Einsegnung der Ehe dem freien Ermessen anheimgegeben wird, wo nicht polizeilicher Zwang, sondern das religiöse Bedürfniß das Brautpaar zum Traualtar treibt. Wir verlangen, daß §. 4. des Entwurfs: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich" zur Wahrheit werde, was nicht der Fall, wenn am Rhein die Civilehe, bei uns zwangsweise die kirchliche Einsegnung der Ehe geboten ist; die Ehe ist ein „weltlich Geschäft", wie Luther bemerkt, darum muß jede Ehe vor der Civilbehörde abgeschlossen werden, und die kirchliche Einsegnung zu verlangen dem freien Willen überlassen bleiben, damit religiöse Gebräuche nicht ferner geboten und erzwungen und dadurch entheiligt werden, daß geistliche und weltliche Dinge unter einander gemischt sind. „Die Hochachtung für die Religion, sagt der preußische Staatsprokurator Perrot, kann sich nicht verkehrter kund geben, als wenn man Zweige der Staatsverwaltung den Dienern der Kirche als solchen in die Hände geben (resp. darin lassen) will. Dadurch wird das Weltliche verworren und das Himmlische verunreinigt." Indem man jene Bestimmung weggelassen, scheint man nicht der Meinung zu sein, die der preuß. Landgerichtspräsident Artois schon vor Jahren aussprach: daß es dem preuß. Staate zum Ruhme gereichen würde, die Lehren gesunder Vernunft auf die Ehe in ihrem ganzen Umfange anzuwenden; dem Staate die ihm gebührenden Rechte zurückzugeben, sofort zu verfügen: daß vor dem Gesetze die Ehe bloß nach bürgerlichen Prinzipien behandelt werde.

Sehr dürftig und mangelhaft sind aus Art. 18 der belg. Verf. die Bestimmungen über die Presse exerpirt. Der §. 14 des Entw. bestimmt freilich, wie

Digitized by Google

die belg. Verf.: die Presse ist frei, die Censur bleibt für immer aufgehoben. Der Art. 18 der belg. Verfassung aber enthält weit mehr, denn er erklärt ausdrücklich:

> Niemals kann man den Verfassern, Verlegern oder Druckern eine Gewährleistung (cautionnement) verlangt werden. Wenn der Verfasser bekannt und in Belgien ansässig ist, so kann gegen den Verleger, Drucker oder Verbreiter einer Schrift keine gerichtliche Verfolgung statt finden."

Durch die belg. Verfassungsurkunde, durch das Staatsgrundgesetz sind die Bürgschaften, die Cautionen für immer aufgehoben, Drucker und Verleger außer Verantwortung gestellt; der preuß. Entwurf schweigt darüber, weil er es mit der Freiheit der Presse nicht ehrlich meint, weil er freie Hand behalten möchte, um der Presse gelegentlich durch hohe Cautionen einige Daumschrauben aufsetzen, einige Aderlasse verschreiben, um gelegentlich Drucker und Verleger vielleicht auch die ebenso unschuldigen Buchbinder bestrafen zu können. Das naive Vertrauen auf die gutmüthige Einfalt der konstituirenden Nationalversammlung ist sehr groß. Als besonders betheiligt bei diesem §. und weil wir etwas von der Sache verstehen, stellen wir folgendes Amendement:

> Wenn der Verfasser bekannt ist, darf gegen Drucker, Verleger oder Verbreiter einer Schrift keine gerichtliche oder polizeiliche Verfolgung stattfinden. Jede Bürgschaft, jede Caution, die **Kalender-** und **Zeitungsstempel,** so wie jede sonstige Besteuerung der Presse, der geistigen Produkte derselben sind für immer aufgehoben.

Reaktion und Reaktionaire.

Der Deutsche liebt gründlich zu sein, er läßt sich nicht gern mit einem Worte abspeisen, er will auch dessen innersten Kern erfassen, und freut sich einen Gegenstand zu haben, über den er grübeln kann, sollte er auch das Handeln darüber vergessen. Als Deutscher theile auch ich diese Nationaltugend, nach den einen, diesen Nationalfehler nach den andern. Es geht mir lange im Kopf herum: was ist denn eigentlich Reaktion, ist es wahr, daß wir dieselbe zu fürchten haben, daß sie uns ferner und auch jetzt schon bedroht, oder haben diejenigen Recht, die da sagen, ihr seid Sonntagskinder und seht Gespenster, wo andre ruhiger Gesinnte kaum Geister sehen, indem ihr den und jenen für einen Reaktionair, diese und jene Maßregel für eine reaktionaire haltet. Die Frage: was ist Reaktion? dürfte sich so beantworten lassen, Reaktion ist das thätige Bestreben, Zustände, die früher bestanden haben, nunmehr aber weder eine faktische noch rechtliche Geltung haben, wieder herbei zu führen; so war z. B. das Streben der Legitimisten in Frankreich nach 1830 ein reaktionaires, so war das Bestreben der autonomischen Ritterschaft am Rhein, die die Zustände vor 1806, das Bestreben des Ministerium Eichhorn, das die religiösen Zustände unter dem Ministerium Wöllner, das Bestreben des Bischof Arnoldi, welches die religiösen Zustände des Mittelalters heraufbeschwören wollten, reaktionaire. Daß es nun bei uns Personen giebt, welche die alten Zustände, d. h. die Zustände vor dem März d. J., ja sogar solche, die die Zustände vor 1806 herbeiwünschen und heranfehnen, dürfte Niemand, wohl auch die Betheiligten selbst nicht, läugnen. Das sind aber nur höchst unschuldige, reaktionaire Gelüste, die Reaktion selbst besteht, wie schon das Wort ausdrückt in Handlungen; die Reaktionaire wünschen nicht blos den frühern Zustand herbei, nein sie suchen ihn herbeizuführen. Giebt es solche Reaktionaire bei uns? Zur Lösung dieser Frage ist es nothwendig, den wesentlichen Unterschied zwischen früher und jetzt, die Grundideen der neuen Zeit hervorzuheben, und nachzusehen, welcher Mittel bedient sich gewöhn-

Digitized by Google

lich die Reaktion, auf welche Weise operirt sie. Wie es bei allen, die einem bestehenden Zustande entgegentreten, zwei Richtungen giebt, die eine raschere, thatkräftige, unbesonnene, die den gewaltsamen Umsturz des Bestehenden will, und die andere, die auf sogenannte legale Weise wirken will, in der Schweiz die brutalen und legalen Radikalen, unter den Chartisten in England die Gewaltmänner und ihre Gegner, so auch unter den Reaktionairen, den Contrerevolutionairen, die den früheren Zustand mit Gewalt herbeiführen wollen, und deren Mittel Aufstand und Bürgerkrieg ist, und die eigentlichen Reaktionaire, die mehr friedliche, unscheinbare, vom Gesetz nicht erreichbare Mittel vorziehen. Nehmen wir zur Erläuterung unsrer Behauptung Beispiele aus der Weltgeschichte: als die Juden durch die Wüste zogen, sehnten sich viele nach den Fleischtöpfen Egyptens, sie hatten die Freiheit herzlich satt und bangten sich zurück nach der lieben, ruhigen, friedlichen Knechtschaft. Das waren die reaktionär Gesinnten, hätten sich unter ihnen Männer gefunden, die ihren Worten Thaten hätten folgen lassen, die sich gegen Moses empört, und das Volk zurückgeführt hätten, so wären dies Contrerevolutionaire gewesen. Wären aber unter ihnen so etwelche Kluge gewesen, die da gesagt hätten, traut euren Führern nicht, die wollen euch nicht nach Kanaan, sondern wer weiß wohin führen, wir wollen euch führen, wir wissen den besten, den bequemsten Weg, die gemächliche Heerstraße, und hätten diese auf mancherlei Umwegen und Kreuz- und Querzügen die Juden dann endlich wieder an das rothe Meer und unter die Zuchtruthe Pharaos geführt, so wäre das der echte Schlag Reaktionaire gewesen. Ein andres Beispiel. Die Reformation galt bekanntlich und gilt noch den eifrigen Katholiken als eine Revolution, sie verdammen die Aufklärung und die Wissenschaften als die Mutter alles Uebels. Die ketzerrichtenden Dominikaner und ihre Henkersknechte, Herzog Alba an der Spitze, das waren die Contrerevolutionaire, die Loyoliten aber, die den Namen Jesu mißbrauchten, und die durch List und Verschmitztheit ihr Ziel zu erreichen suchten, das waren die Reaktionaire jener Zeit. Wenden wir jenes auf unsre Zeit an, so zeigt es sich, daß es uns an Contrerevolutionairen nicht fehlt, um Namen anzuführen, so sind es die Herren v. Wolden, der oder die Verfasser der Schulenburgschen Adresse, die Vertheidiger und Begünstiger solcher Adressen, die da offen und mit dürren Worten die Contrerevolution und den Bürgerkrieg predigen, wie dies manch ehrenwerther Mitarbeiter der Stettiner Privilegirten thut. Nun das sind doch offne Gegner, sie zu fürchten fällt niemand ein, ihr Gebahren ist sogar heiter; vor ihnen sich zu hüten, ist auch nicht eben nöthig. Anders und wichtiger, viel wichtiger sind die Reaktionaire, die wenn auch nicht grade zahlreich, so doch geschickt und unermüdlich vorwärts gehen, wo sie die Macht in Händen haben, die neuen Gesetze unerfüllt lassen, durch Drehen und Deuteln dieselben zu umgehen suchen, wo sie diese nicht haben, den Schein und die Maske des Konstitutionalismus annehmen, um der Konstitution erst recht Gruben und Schlingen bereiten zu können, die gegen die wahrhaft Konstitutionellen Verdächtigung und Verläumdung, Bezüchtigung der Wühlerei, des Eigennutzes, der Herrschaft werfen, die von denen sagen, die die Konstitution als Wahrheit sehen wollen: das sind Republikaner, die von denen, die gegen Pfaffenherrschaft und Glaubenszwang auftreten, sagen: das sind Atheisten. Beiläufig bemerkt, vor 15 Jahren und länger hießen die Liberalen Demagogen, vor einigen Jahren bis vor kurzem schmähten sie sie Kommunisten, obgleich der größte Theil von denen, die das Wort brauchten, jetzt noch nicht einmal weiß, was Kommunismus heißt. Jetzt ist Republikaner das Schiboleth, das man den Gegnern anzuheften und sie damit zu verdächtigen sucht. Daneben höre ich den Vorwurf, das sind Jungen und Nichtshabende, die die Freiheit wollen. Der Vorwurf wenigstens ist nicht

Digitized by Google

mehr jung, ich z. B. habe ihn schon vor 20 Jahren gehört, aber es scheint irgend ein Naturspiel vorgegangen zu sein, die Jungen und Freiheitsschwärmer vom Jahre 30 sind im Jahre 48 auch noch jung und ihrer Jugend wegen haben sie nicht das Recht mitzureden. Kurz es ist die Reaktion thätig, sehr thätig, sie ist thätig nach oben, indem sie Ministerien und Behörden umgarnt, sie ist thätig nach unten, indem sie im Volke Mißtrauen gegen seine Vorkämpfer und Abneigung gegen die Errungenschaften der neuen Zeit zu erwecken sucht. Sie ist daher um so schärfer ins Auge zu fassen in allen ihren Windungen und Zickzackzügen, soll nicht alles das wieder verloren gehen, was wir durch 33jährige Mühen errungen haben, und der Staat, wenn er durch gewaltsame Beruhigungsmittel äußerlich und scheinbar zur Ruhe gekommen sein wird, in krampfhafte Zuckungen und Auflösung verfallen. Um nicht zu breit und damit langweilig zu werden, will ich mir auf später den Unterschied zwischen den Grundideen der frühern und der jetzigen Zeit, und die Betrachtung einiger Maßnahmen, die ich als reaktionair bezeichnen muß, vorbehalten. ⸸.

Der deutsche Michel.

Als der Ruf der Freiheit jenseits des Rheines erscholl, als Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit die Grundsäulen der neuen Staatsverfassung geworden waren, erwachte auch der deutsche Michel aus seinem Todesschlummer, in welchen er durch lange Knechtschaft gefallen war, er schüttelte die Ketten, welche ihn noch im jetzigen Augenblicke drücken, strengte sich an, und zog in kurzem Laufe den Wagen der Freiheit aus dem Moraste, in welchem er seit 1815 stecken geblieben war, bis zur Mitte eines Bergabhanges, allwo ihm Despotie, Aristokratie und Bourgeoisie Halt geboten, unter dem Vorgeben, der Wagen der Freiheit, aus zu grünem Holze gezimmert, vertrage noch nicht die trockene Luft der Ebene, im Grunde aber nur, weil jene drei unheimliche Mächte befürchten, sie möchten auf dem weiten Raume, wo sie sich bisher auf Kosten des deutschen Michels erlustirten, den festen Fuß verlieren. Dieser strengt nun, seinen breiten Rücken gegen den Freiheitswagen stemmend, alle seine Kräfte an, damit derselbe nicht, nach dem Gesetze der Schwere, wieder hinabrolle in die Finsterniß, nicht gewahrend, daß hinter seinem Rücken die drei Mächte von oben Instrumente und Maschinen anlegen, um mit vereinten Kräften Wagen und Person aufs Neue in den Abgrund zu stürzen, damit er, wo möglich in Ewigkeit nicht mehr erblickt werde. Das ist die Reaction. Mitglieder derselben sind Diejenigen, welche früher dem Absolutismus huldigend, sich jetzt in die deutschen Farben gesteckt haben, und den Michel, dem es ohnehin an nachhaltiger Energie gebricht, fortwährend zur Geduld ermahnen, im Grunde nur, damit die reactionären Bestrebungen sich sammeln, damit die diplomatischen Teufelskünste wieder spielen, damit die erschütterte und verblüffte Gewalt der Fürsten aufs Neue sich befestigen, und dieselben nach wie vor ihr Wesen treiben können. Bis hieher sind diese fein angelegten Umtriebe, die wie ein unsichtbares Spinngewebe den freien Blick des leichtgläubigen Deutschen verfinstern, trefflich gelungen. — Nachdem das Volk in Wien, in Berlin und in München für die Erlangung der Freiheit sein Blut verspritzt, die Despotie gedemüthigt und zu Concessionen gezwungen hatte, haben sich schnell Aristokraten und Bourgeois zusammengefunden, welche Hand in Hand mit den Fürsten den mit Volksblut gedüngten Boden der Freiheit für sich in Anspruch nehmen, um da zu ärnten, wo sie nicht gesäet. Man wird zum Scheine einige Brocken von dem Tische der Freiheit für die danach Hungernden herabfallen

Digitized by Google

lassen, und das leicht zufrieden gestellte deutsche Volk wird sich damit begnügen. — Damit die Dinge sich in dieser Weise gestalten sollen, hat man den zur Leiche gewordenen Bundestag wieder belebt, und während im Vorparlament das deutsche Volk souverän erklärt wurde, scheute sich doch die Majorität desselben, die Sache beim Namen zu nennen, wohl nicht aus dem vorgeschobenen Grunde, weil ein Theil des deutschen Volkes aus blinder Ehrfurcht vor den Herrschern einen Abscheu vor der eigenen Souveränität hat, als vielmehr aus dem wahren, weil eben diese Majorität bei der einzuführenden neuen Ordnung der Dinge ihrem Egoismus zu fröhnen, Fürstendiener zu werden gedenkt. Aus diesem Grunde denn hat sie der Souveränität des Volkes die Souveränität der Fürsten als Gegengewicht entgegen gesetzt. Ferner folgt daraus, daß das Volk sich selbst keine Gesetze, an welche auch die Fürsten gebunden sind, geben könne, sondern daß es mit diesen unterhandeln und sie zu bewegen suchen müsse, Verträge mit ihm zu schließen. Wenn erstere nun dazu keine Lust verspüren, oder nach der bisherigen Manier der Fürsten die Lust verspüren, die mit dem Volke eingegangenen Verträge nicht zu halten, so läßt sich leicht voraussehen, wer, da nur bei den Fürsten physische und materielle Macht concentrirt ist, sie folglich stets die Mittel zur Corruption in Händen haben, die Oberhand behält. Aus diesem Gebräu des Doctrinarismus wird also dem deutschen Volke schwerlich Heil erblühen.

Berichte.

Lauenburg, in Pommern.

(Eine Krähwinkelei und Protest gegen Bürgerwehrparaden). Die Wahl des Landraths v. Selchow zum Deputirten für Frankfurt hatte einige Bedientenseelen gewaltig exaltirt. Durch Generalmarsch wurde die Bürgerwehr zusammenberufen und dem allergnädigsten Herrn Landrath in Parade vorgeführt. Dieser Generalmarsch zu einer Parade vor dem Herrn Landrath, diese Harlekinade gefällt den Lauenburgern nicht. Als vernünftige Männer meinen sie; Zweck der Bürgerwehr sei nicht zu paradiren, sich zu Demonstrationen gebrauchen zu lassen, die ihren persönlichen und politischen Gesinnungen nicht entspreche. Dem Commando der Bürgerwehr ist folgender Protest eingereicht: Die Bürgerwehr hat sich nach dem wörtlichen Inhalte ihrer Statuten zu dem Zwecke gebildet, einen Schutz für die Sicherheit der Person und des Eigenthums zu gewähren und die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig hat sich jeder einzelne Bürgerwehrmann statutarisch verpflichtet, den Befehlen seiner Vorgesetzten unweigerlich Folge zu leisten.

Die Unterzeichneten sind bei Uebernahme dieser Verpflichtung und Unterschrift der Statuten von der Voraussetzung geleitet worden, daß alle Befehle nur im Sinne des Eingangs gedachten Zweckes erlassen werden würden.

Heute indessen ist die Bürgerwehr allarmirt, um sich zu einer Parade vor dem Herrn Landrath v. Selchow gebrauchen zu lassen, und das demselben gebrachte Lebehoch zu verstärken. Wenn auch sonst die Unterzeichneten den ertheilten Befehlen stets pünktlichen Gehorsam freudig geleistet, und dies auch ferner thun wollen, falls die Bestimmungen der Statuten nicht überschritten werden, so konnte dies doch heute nur mit innerem Widerstreben geschehen. Abgesehen davon, ob dieses ganze Unternehmen den Beifall des Herrn Landraths haben mag, ist der Grund, welcher diese außerordentliche Parade hervorrief, den Unterzeichneten nicht mitgetheilt worden, und es bleibt nur eine Muthmaßung, daß die heutige Wahl des Herrn Landraths zum Deputirten für Frankfurt bei einzelnen Personen den Wunsch hervorgerufen habe, ihre Anhänglichkeit für den Gewählten mit möglichstem Prunk öffentlich zur Schau zu tragen. Wenn aber Einzelne sich gedrungen fühlten, ihrem gepreßten Herzen auf diese Weise Luft zu machen, so können wir ihnen doch nicht die Befugniß zugestehen, andere Personen durch Commando zu Handlungen und Aeußerungen zu veranlassen, die nicht nur ihren Gefühlen widerstreben, sondern diese sogar verletzen. Nach Obigem sehen wir uns veranlaßt, folgenden Antrag zu stellen: „es möge in den

Digitized by Google

Statuten der Bürgerwehr die Bestimmung aufgenommen werden, daß dieselbe zu dergleichen Paradeaufzügen fernerhin nicht verwendet, oder aber wenigstens jedem einzelnen Bürgerwehrmanne freigestellt werde, ob er sich denselben anschließen wolle, oder nicht."

Stettin.

Die gegen unsere März-Revolution gerichteten Schmähartikel, welche seit einiger Zeit besonders in der Königl. privilegirten Stettiner Zeitung erschienen — so wie nicht minder die von einigen reaktionair Gesinnten an Se. Majestät den König und das Staats-Ministerium gestellten Petitionen wegen Zurückberufung des Prinzen von Preußen können in Berlin und an andern Orten des Staates den Gedanken erwecken, daß ein solches heimliches Treiben wirklich und zwar um so mehr der Ausdruck von ganz Pommern sei, als unsere reaktionairen Wühler bei vielen Gelegenheiten schamlos genug sind ihre anfregenden Demonstrationen geradezu als den Ausdruck aller treuen Pommern darzulegen.

Zur Ehre Pommerns sei es hier jedoch gesagt, daß jenes sinnlose Treiben, nur aus den Köpfen einer geringen Anzahl verstockter und mit sich selbst im Widerspruch stehender Individuen entsprungen ist, welche zwar unsere glorreiche März-Revolution schamlos als einen verruchten Gräuel schildern, die Errungenschaften und Vortheile derselben aber dennoch genießen und ausbeuten wollen.

Müßte ein solches jesuitisches Treiben, mit Rücksicht auf den kräftig gesunden Sinn des Volkes nicht vielmehr Mitleid als Unwillen erwecken, so würden wir jener wühlerischen Parthei zu bedenken geben, daß verstecktes Beharren in ihrer bisherigen Richtung, nur zu allgemeinem Verderben führen kann.

Viele Freunde des Fortschrittes.

Berichtigung des Artikels über den Protest des constitutionellen Clubs in No. 83 der Königl. priv. Stettiner Zeitung.

1) Dem const. Club ist es nie eingefallen, seine Meinung für die Volksstimme auszugeben.
2) Der von 10,000 Mitbürgern unterzeichnete Wunsch um Rückkehr des Prinzen ist mit Unrecht als Stimme der Provinz Pommern bezeichnet worden, da die Provinz über 1,000,000 Einwohner zählt.
3) Heißt es: der const. Cl. will das Ministerium die Meinung des Volkes hören lassen, nicht: dem Ministerio

Einer, der den const. Club und die deutsche Sprache kennt.

Der Freihandelsverein, den man selig im Herrn entschlafen und todt glaubte, giebt plötzlich ein Lebenszeichen von sich. Er wird am Montag eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung berathen, in der die Bitte ausgesprochen, bei der Reichsvollverfassung die Prinzipien des freien Verkehrs zu Grunde zu legen. Werden andere Ostseeplätze nicht ein Gleiches thun.

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumerationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird. Vom 1. Juli ab erscheint der Wächter in verändertem Format täglich.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. №. 22.

Sonnabend den 27. Mai.

Inhalt: Das Verfassungsgesetz für den preußischen Staat. Die Polen und das Ministerium. Die Kreistage. Auch in der Höflichkeit ist ein Fortschritt nothwendig. König und Papst. Berichte: Berlin, Stargard, Stettin.

Das Verfassungsgesetz für den preussischen Staat.

III.

Weiter nachzuweisen, wie die einzelnen Paragraphen des Entwurfs aus der belgischen Verfassungsurkunde abgeschrieben, ist eine die Leser ermüdende, zu unangenehme Arbeit, wiewohl der Nachweis leicht zu führen sein würde. So z. B. ist in dem Tit. Vom Könige der §. 24., der dem Könige das Recht ertheilt Krieg zu erklären, Frieden und Handelsverträge zu schließen, wörtlich aus Art. 68. der belg. Verf. entlehnt; so die andern Bestimmungen über Zusammenberufung und Auflösung der Kammern. So entspricht §. 26.: „dem Könige steht die Verleihung des Adels, der Orden und anderer Auszeichnungen zu" dem Art. 75. der belg. Verf., wonach der König der Belgier „das Recht hat Adelstitel zu verleihen, **ohne je irgend ein Vorrecht daran knüpfen zu können"**, eine Bestimmung, die in dem preußischen Entwurf, natürlich nicht ohne Absicht, weggelassen ist. Wenn §. 4. „alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich" nicht eine bloße Redensart sein soll, so versteht es sich freilich von selbst, daß alle Vorrechte des Adels fallen müssen, daß der Adel aufhört „der erste Stand im Staate" zu sein. Wenn es irgend Absicht, jenen §. zur Wahrheit zu machen, wiewohl die Bestimmungen über die Herrenkammer dem widersprechen, warum ist denn die Bestimmung „ohne irgend ein Vorrecht" beim Abschreiben weggeblieben, und da Adel ohne Vorrechte ein überflüssiger, Vielen unter Umständen sogar ein lästiger Luxusartikel, wozu ihn verleihen, durch Verleihung vermehren, da gar kein Mangel daran, wie die Rangliste der Armee beweist. Auch der König der Belgier kann Orden verleihen, aber, wohl zu merken, „militärische, unter Beobachtung der in dieser Hinsicht in dem Gesetz enthaltenen Vorschriften," eine Bestimmung, die für Preußen überflüssig erachtet worden. Aber nicht nur Adel und Orden, sondern auch „andere Auszeichnungen" sollen verliehen werden. Orden sind, für den Krieg etwa ausgenommen, eitler, überflüssiger, freier Männer unwürdiger Tand. Freie Nationen haben wenig oder gar keine Orden, desto mehr despotische Staaten, wo Orden als Bestechungsmittel gebraucht und als Beweis der Fürstengunst geschätzt werden. Als der Sittlichkeit, der Bürgertugend gefährlich haben Republiken häufig die Annahme von Orden untersagt. Ob Adel, Orden und „andere Auszeichnungen" für Verdienste um den Staat oder rein nach persönlichem Belieben, als Belohnung für Verdienste um den Monarchen verliehen werden sollen, darüber schweigt der Entwurf.

Die gleiche Berechtigung Aller ist die Tagesparole des Jahrhunderts. Sie ist eine unabweisliche Forderung und Wiederkehr der vielersehnten „Ruhe und Ord-

Digitized by Google

nung" nur zu hoffen durch offene, ehrliche und unumwundene Anerkennung derselben ohne irgend eine Hinterthür. Mit Hinterthüren aber ist der Entwurf reichlich versehen. Das meiste, was uns an Freiheit und an Rechten zugesichert wird, soll ja erst hinterher gesetzlich festgestellt werden. Die gleiche Berechtigung Aller wird durch die besondere Vertretung einer Geburtsaristokratie, der alten Geschlechter, der Bureaukratie und des Geldsacks in der ersten Kammer untergraben. Diese erste Kammer ist ebenfalls ein ganz überflüssiger Luxusartikel, ein dem Volkswillen angelegter Kappzaum, ein gefährlicher Hemmschuh, ein „Gegengewicht" das bald zu leicht befunden werden, das keineswegs zur Wiederkehr der Ruhe, zur Befestigung der neuen Ordnung beitragen dürfte.

Der Entwurf ist nur ein Abklatsch der belg. Verfassungsurkunde, mit einer sehr bedenklichen und überflüssigen mittelalterlich-aristokratischen Zugabe, mit wesentlichen Auslassungen. Ueber Volksbewaffnung und Bürgerwehr, über die Ergänzung der Armee enthält der Entwurf kein Wort, während in Belgien über die Anzahl der zur Ergänzung der Armee erforderlichen Mannschaft alljährlich von den Kammern berathen wird. Das Gesetz, welches diese Ergänzung bestimmt ist in Belgien nur für ein Jahr gültig, wenn es nicht wieder erneuert wird. (Art. 119.) Ist nicht das Recht und die Freiheit, der Wohlstand der Bürger gefährdet, wenn der Kriegsminister so viel Mannschaft und so oft es ihm beliebt zum Dienst beordern kann? Der König besetzt alle Stellen im Heere, während schon die Landwehrordnung von 1815 die Wahl der Offiziere verheißt. Ebenso schweigt der Entwurf über die bei Neugestaltung der Provinzial-, Kreis- und Gemeindeordnungen zu befolgenden Grundsätze, worüber die belg. Verf. ein eigenes Kapitel enthält. Dies Schweigen ist um so auffallender und unverzeihlicher, da diese Verhältnisse einer Radikalreform dringend bedürfen, die Anwendung, die Verwirklichung des Prinzips der Revolution, der gleichen Berechtigung Aller hier vor Allem rasch durchzuführen ist. Will man etwa gutsherrliche Rechte konserviren, die Landgemeinden unter Bevormundungen der Gutsherren erhalten, die freie Selbstbestimmung und Selbstverwaltuug hier nicht gelten lassen?

Die belg. Verfassung spricht offen und unumwunden die Trennung des Staats von der Kirche aus. Sie geht von dem Grundsatze aus: der Staat als solcher hat keine Religion, ein Grundsatz, der nicht nur in Belgien und Frankreich, sondern auch in Holland und Nordamerika durchgeführt ist, wo überall mehr wahre Religiosität zu finden, als da, wo die Polizei für Erhaltung der Religion thätig ist. Der preuß. Entwurf schweigt über Trennung von Kirche und Staat, die auch die Emancipation der Schule von der Kirche in sich schließt.

Es sind indeß noch ganz andere Dinge übergangen, die in der belg. Verf.-Urkunde zu lesen, die mit abzuschreiben so leicht gewesen wäre. Der dritte Titel der belg. V.-U., der „von der Staatsgewalt" handelt, ist in dem preuß. Entwurf als überflüssig ganz und gar ausgelassen und so fehlt zufällig auch die offene Anerkennung der Souveränetät des Volks, die das belg. Staatsgrundgesetz ausspricht, indem es Art. 25 erklärt:

„Alle Staatsgewalt geht von der Nation aus".

Der Entwurf des Ministeriums, das ganz auf den Standpunkt des Königthums von Gottes Gnaden zurückgesunken, ignorirt die Revolution vollständig, indem er von der Ansicht ausgeht, daß dem Volke aus königlicher Machtvollkommenheit einige Rechte allergnädigst bewilligt werden, indem, wie die Thronrede sagt „dem Volke eine ausgedehnte Theilnahme an den Angelegenheiten des Staates" zugewiesen wird. Die „Angelegenheiten des Staates" sind aber des Volkes eigenste Angelegenheiten und freie Selbstbestimmung über die Form der Verfassung eine

Digitized by Google

nothwendige Konsequenz der Revolution, der Souveränetät des Volkes. Schon darum, abgesehen von den großen Fehlern und Mängeln dieses Entwurfs, schon deswegen, weil die Minister die Revolution durch diesen Entwurf vollständig ignoriren, weil sie den Entwurf als ein Geschenk hinstellen, das die Vertreter der Nation anzunehmen berufen sind, hat die Nationalversammlung, wenn sie sich sonst ihrer Würde und des Rechts der Nation bewußt, von der Idee der Souveränetät des Volkes durchdrungen ist, den Entwurf in Bausch und Bogen zu verwerfen; denn die Nationalversammlung ist nicht, wie der ver. Landtag, nach Berlin befohlen worden, sondern kraft des souveränen Volks ist sie da. Will man das Königthum von Gottes Gnaden nicht wieder herstellen, will man die Revolution und die Souveränetät des Volkes nicht verleugnen, will man nicht wieder auf den Standpunkt des beschränkten Unterthanenverstandes hinabsteigen und sich der angeblich von Gott eingesetzten Obrigkeit wieder unterwerfen, so entwirft und beschließt die konstituirende Nationalversammlung die Verfassung und der König nimmt sie an, denn in einem wirklich und wahrhaft souveränen Volke geht alle Staatsgewalt von dem Volke aus.

Die Polen und das Ministerium.

Als wir diesen freilich kleinen, unscheinbaren und unbedeutenden Wart- und Wachtthurm der Freiheit an den Gestaden der Ostsee unter der alten Polizeiherrschaft errichteten, machten wir es uns zur besonderen Aufgabe den im Osten drohenden Despotismus zu bekämpfen. Wir haben lange vor den Märztagen wiederholt darauf hingewiesen, daß Polens Wiederherstellung eine Nothwendigkeit, ein Akt der Gerechtigkeit, daß ein freies und selbstständiges Polen die beste Vormauer gegen asiatischen Despotismus, daß der preußischen Ostseeprovinzen Handel, Industrie und Wohlstand durch Polens Unselbstständigkeit gefährdet, ja ruinirt sei. Das Petersburger Kabinet hat viele Jahre hindurch in Betreff Polens eine durchaus feindselige, eine traktatenwidrige Politik gegen Preußen und dessen Handel befolgt, die im Namen der heiligen Dreifaltigkeit geschlossenen völkerrechtlichen Wiener Verträge zum Ruin des Handels und des Wohlstandes der preußischen Grenzprovinzen vielfach gebrochen bis auf diese Stunde. Auf die Befolgung der Wiener Verträge zu dringen hatte Preußen in seinem Interesse das Recht und die Pflicht. Wenn das geführte Regiment bei der bestehenden Alliance der Kabinette gegen die Freiheit der Völker nicht Muth und Kraft in sich fühlte, jene Verträge geltend zu machen, so mußten wir es von einem Ministerium erwarten, das aus der Revolution hervorgegangen. Nach der Befreiung der gefangenen und verurtheilten Polen, nachdem den Polen gestattet war sich zu bewaffnen, schien es unzweifelhaft, daß Preußen sich berufen fühle, Wiederhersteller eines freien und selbstständigen Polen zu sein, um so mehr, da die Nothwendigkeit eines solchen Schritts und die von Rußland drohende Gefahr den Männern, die an die Spitze der Geschäfte berufen wurden, sehr wohl bekannt war. Am 18. Juni 1847 in der Sitzung des Ver. Landtages, sagte der Abg. von Aachen, Hr. Hansemann:

Die Provinz Preußen ist — ich darf es aussprechen — gewissermaßen das Opfer politischer Konstellationen gewesen, die nach meiner Ueberzeugung, wenn nicht ein Europäisches Unglück, doch wenigstens sehr gefahrvoll für unsern Staat sind. Holland hat den Handel für das hinter ihm liegende Land Jahre lang fast ausschließlich sich zu erhalten gewußt und dadurch einen großen Wohlstand sich erworben. Die Provinz Preußen ist unglücklich im Vergleich gegen Holland gewesen. Das hinter ihr liegende Land, auf welches ihre Ge-

Digitized by Google

werde und ihr Handel vorzugsweise angewiesen waren, ist in Folge politischer Ereignisse ihr genommen worden, und so leidet diese Provinz unter den ungünstigsten Verhältnissen, welche hieraus entstehen. Aber hiezu gesellt sich noch ein höherer Grund: durch jene politischen Konstellationen, welche ich nach meiner Ueberzeugung als ein Unglück bezeichne, ist ein Zwischenreich untergegangen, das eine Stütze der Unabhängigkeit der Völker von Mitteleuropa war, und gerade dieser Umstand ist für uns höchst gefährlich."

Schon früher bei der Adreßdebatte hatte der Abgeordnete von Aachen gesagt: „Wahrheit habe ich mir zur Pflicht gemacht und so spreche ich es unumwunden aus: Preußen ist allerdings in einer unter gewissen Eventualitäten bedenklichen Lage, und lassen Sie es uns wohl begreifen, wir müssen uns stärken. Diese bedenkliche Lage will ich Ihnen nur in zwei Momenten hervorheben. Wir haben mächtige Nationen zu Nachbarn. Auf der einen Seite eine Nation, die darnach ringt, mit eiserner Konsequenz eine große Nationalität von vielen Millionen zu begründen und deren Eroberungen seit hundert Jahren ungeheuer gewesen sind."

Die ungeheuren Eroberungen sind noch nicht beendigt. Rußland strebt unverkennbar nach dem Besitz der Provinz Preußen und nach er Herrschaft in der Ostsee. Preußen befindet sich, wie der Abgeordnete von Aachen versicherte, was hoffentlich der Minister noch nicht vergessen haben wird, in einer bedenklichen Lage", seitdem „ein Zwischenreich untergegangen, das eine Stütze der Unabhängigkeit der Völker" war, ein „Umstand für uns höchst gefährlich."

Unmöglich kann diese „bedenkliche Lage" mit ihren „höchst gefährlichen Umständen", in ihrem Gefolge ein Aushungerungs- und Auszehrungssystem, ein bewaffneter Friede, der unsere Kräfte aufreibt, ewig dauern. Die erste That der äußern Politik eines aus der Revolution hervorgegangenen Ministeriums mußte sein: Preußen, ganz Deutschland dieser „bedenklichen Lage" zu entreißen, Preußen zu „stärken", wie der Abgeordnete Hansemann sagt — durch Wiederherstellung jenes Zwischenreichs, das eine Stütze der Unabhängigkeit der Völker", eine Wiederherstellung, die nicht nur klug und gerecht, sondern auch nützlich und vortheilhafter für Handel, Industrie und Wohlstand der östlichen Provinzen gewesen wäre als die noch sehr zweifelhafte Aufhebung des Sundzolls. Durch das Zaubersystem, durch die Halbheit, durch die unverantwortliche Politik der Minister sind die Polen, die durch die geographische Lage ihres Landes unsere Bundesgenossen in politischer und kommerzieller Beziehung, unsere Feinde geworden. Die Greuel, die dort begangen, das Blut der Polen, das Blut unserer Jugend, das in einem nutzlosen Kampfe verspritzt ist, klagen das Ministerium an, das die Interessen Preußens, die Interessen der Freiheit aus Furcht vor Rußland, von der Reaktion umgarnt, geopfert hat.

Die Kreistage.

Bei dem bevorstehenden Zusammentritt der Nationalversammlung dürfte es nicht unnöthig erscheinen auf ein Institut aufmerksam zu machen, welches durch seine Zusammensetzung und die dadurch an dasselbe gerufenen Elemente nicht nur sich schon längst überlebt hat, sondern auch in den neu erkämpften und mehr zu befestigenden Organismus des Staates wie die Faust aufs Auge paßt. Dies sind unsere Kreistage. Bekanntlich bestehen dieselben aus sämmtlichen Rittergutsbesitzern des Kreises aus wenigen Deputirten der Städte und aus noch wenigeren der übrigen Landgemeinden. — Man muß Mitglied eines solchen Kreistages gewesen sein, um ein klares Bild von dem Geiste desselben zu haben, um das exclusiv aristokratische, das gänzlich unorganisch Stabile desselben würdigen zu können. Hier herrschen nicht Stände, sondern vielmehr ein Stand, und ob dieser nun gerade immer die

Digitized by Google

höhere Intelligenz enthält, das dürfte denn doch in vielen Fällen mehr als zweifelhaft sein. — Soll aber der Organismus eines Staates ein dauernder und wohlthätiger sein, so muß die Ordnung und Einwirkung der Elemente die sich an seiner Spitze kund giebt, bis an die äußersten Enden der Radien dieses Mittelpunktes ins Leben treten, sonst schwebt das ganze Staatsgebäude ohne Fundament gleichsam in der Luft. Eine ordentliche konstitutionelle Monarchie fußt aber auf einer wahren Volksvertretung nicht auf einer Kastenvertretung und wenn der Volkswille sich in der Centralisation der Vertretung ohne den Beigeschmack der abschließenden Ständeinteresse aussprechen darf und soll, so muß dieser Nervus rerum, der das Gebäude als großes Ganze belebt auch in den kleineren das Ganze bildenden Theilen in Thätigkeit treten, weil sonst die Hauptbedingung eines guten Staatsorganismus, die Einheit verloren geht. — In ähnlicher Art, wie die künftigen Landtage müssen also auch die Kreistage gebildet werden, und werden jener Urwahlen zu Grunde gelegt, so muß dies auch bei dieser geschehen. Ja selbst wenn die Urwahlen zu den Landtagen nach geographischer Bevölkerung durch stufenförmige Wahlen modifizirt werden müßten, (warum?) so darf dies doch in den kleineren Bezirken, welche die Kreistage umfassen, nicht stattfinden, weil hier das räumliche Bevölkerungsverhältniß nicht störend einwirken kann. So wie bis jetzt die Kreisversammlungen zusammengesetzt waren, sind sie alles Andere nur nicht eine Repräsentation der Willensmeinung der Bevölkerung des Kreises und außer dem Rittergutsbesitzer betrachtet der übrige Theil der Kreise diese Versammlung mit so gleichgültigem Auge, daß, ist erst unsere büreaukratische Bevormundung ganz abgeschafft, (noch wehrt sie sich hartnäckig) die jetzigen Kreisversammlungen höchstens noch Dinerassociationen vorstellen können; mögen diese Herren dann allein über ihren eigenen Säckel, nicht auch über den unsrigen disponiren. — Es ist doch noch entsetzlich viel alter Sauerteig fortzuschaffen!

Dr. Kretschmer.

Auch in der Höflichkeit ist ein Fortschritt nothwendig.

Schon einmal, unter der Herrschaft der seligen Censur, machten wir darauf aufmerksam, daß auch in der Höflichkeit ein Fortschritt nothwendig sei. Wir kommen darauf zurück, da trotz der Revolution der Beamtendünkel und die Beamtengrobheit geblieben sind was sie waren, unerträglich. Die altpreußische Beamtengrobheit ist bekanntlich eine ganz besondere, sehr verrufene Art der Grobheit, die schon viel böses Blut gemacht hat, namentlich in den ehemals französischen, westphälischen und sächsischen Landestheilen in den ersten Jahren nach der preußischen Besitznahme. Diese preußische Eigenthümlichkeit erregte damals in jenen Gegenden, wo man gewohnt war, von Beamten höflich behandelt zu werden, viel Unzufriedenheit. Es war damals in den Zeitungen, ehe diese durch die Karlsbader Beschlüsse geknebelt wurden, viel die Rede von der Grobheit der neuen Beamten aus Altpreußen. Die Leute wollten durchaus von den Beamten höflich behandelt sein. Diese beriefen sich auf den altpreußischen Brauch, oder, wie der Reg.-Rath Grävell, daß sie aus Pommern seien, wiewohl Niemand bekannt, daß die Pommern auf die Grobheit besonders priveligirt sind. Kurz die alte verrufene Beamtengrobheit hat sich in zahlreichen einzelnen Exemplaren bis auf den heutigen Tag in Preußen erhalten, weniger in den höheren Kreisen als in den mittleren und untern. In den Regionen der Landräthe und Bürgermeister beginnt sie schon,

Digitized by Google

diese Beamtengrobheit, und sie wird immer größer in den untern Regionen der Polizeidiener, Nachtwächter und Bahnwärter. Je tiefer man sich nach oben hin bückt, desto brutaler ist man nach unten und gegen das Volk. Je kleiner und lumpiger das Nest, desto größer der Beamtendünkel und die sprichwörtlich gewordene Grobheit der Bürgermeister in kleinen Städten gegen die Handwerksburschen ist bekannt. Zehn Staatsminister und zwanzig Präsidenten zusammen und gemeinschaftlich können nicht so viel Talent zur Grobheit gegen einen armen Handwerksburschen entwickeln, als so ein allergnädigster Herr Landrath, so ein Bürgermeister oder Stadtsekretair in einem Krähwinkel. Von dem noch größeren Talent der Rathsdiener wollen wir weiter gar nicht reden, eben so wenig von den vielen Donnerwettern auf den Exerzierplätzen, wo die Blüthe der Nation häufig mit kuriosen Ehrennamen belegt wird.

Da gegenwärtig alle Privilegien und Vorrechte aufhören, so müssen auch die Beamten, incl. Unteroffiziere ihre alten Privilegien auf die Grobheit fahren lassen, so schwer es ihnen auch ankommen mag höflich zu werden. Sie müssen den alten Adam ausziehen, sich in das Ungewohnte finden. Um denjenigen, die bisher von der Grobheit Gebrauch machten, ihr Geschick zu erleichtern, schlagen wir vor, daß den Beamten (nicht blos den Postbeamten, wie Jahn in seinem deutschen Volksthum empfiehlt) sondern allen Beamten in den mittlern und untern Regionen, denn in den höheren ist es unnöthig, **Unterricht in der Höflichkeit** ertheilt werde. Das Volk, auf dessen Kosten die Beamten leben, hat durchaus das Recht zu verlangen, daß Beamte — Staats-, Communal- wie Eisenbahnbeamte — wenigstens höflich sind. Daß diese Generalklausel an jede Bestallung angehängt werde, kann das steuerzahlende Volk mit Recht verlangen. Also etwas Höflichkeit — gegen jedermann, auch gegen Handwerksbursche.

König und Papst.

König Friedrich II von Preußen schrieb, als Rom den Kreuzzug gegen ihn predigte: »Der Papst und die Mönche werden ein Ende nehmen. Man wird dem Papste eine Pension aussetzen, und die katholischen Mächte werden keinen Statthalter Christi mehr anerkennen (?) Jede Macht wird in ihrem eigenen Lande einen Patriarchen ernennen und Nationalkoncilien zusammenberufen (?) Jede Regierung, die sich zur Säkularisation entschließt, wird die Philosophie lieben, und die Schriften verbreiten, die den Volksaberglauben und falschen Religionseifer in's rechte Licht stellen. Ich verlange weder Geld noch Segen von den katholischen Priestern. Welche Verbrechen der Fanatismus in der Religion bewirkt hat, wissen wir. So lange die Fürsten theologische Fesseln tragen, so lange wird die Wahrheit die Völker nicht erleuchten, die Weisen werden nur im Stillen wirken. Frömmlinge erregen schreckliche Stürme gegen die, welche sie Ungläubige nennen« u. s. w. Seit dies geschrieben wurde, sind 70 Jahre verflossen; und auf welchem Punkte stehen wir jetzt? Wie lange wird es noch dauern, bis der Staat sich entschließt, als solcher keine Religion zu haben.

Digitized by Google

Berichte.

Berlin.

In den ersten Sitzungen der konstituirenden Versammlung soll der Antrag gestellt werden: wegen der Polensache das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, und zwar aus folgenden Gründen: 1) hat das Ministerium dem Könige den inconstitutionellen Rath ertheilt, eine administrative und politische Theilung des Großherzogthums Posen vorzunehmen, und zwar: a) ohne eine freie Abstimmung der dabei interessirten Landestheile viritim vornehmen zu lassen, was doch einzig und allein maßgebend sein konnte; b) ohne die bestimmt abgegebene Erklärung des bis jetzt einzig und allein dazu berechtigt gewesenen Provinziallandtags im mindesten beachtet zu haben; c) ohne auch das Votum der zur konstituirenden Versammlung gewählten Abgeordneten abgewartet zu haben. 2) hat das Ministerium dem Könige den Rath ertheilt, sein am 24 März gegebenes Wort insofern zurückzunehmen, daß es sich nicht mehr um eine nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen als solchem, sondern nur um die eines kleinen Theiles davon (kaum ⅛) handelt. 3) hat das Ministerium keinen Anstand genommen, durch diesen Schritt sowohl auf die constitutionelle Krone Preußens, als auch auf das edle und eben wiedergeborne Volk der Deutschen die Schmach einer neuen Theilung Polens zu wälzen, eine Schmach, die um so verletzender ist, da dieses Unrecht nicht mehr an einem selbstständig dastehenden und fremden Nachbarvolke verübt worden, — wie es im vorigen Jahrhunderte der Fall war, — sondern an einem zu Boden geworfenen, das, nachdem es lange gekränkt worden, bei der Wiedergeburt Deutschlands von demselben als Brudervolk anerkannt wurde. 4) hat das Ministerium zum Behuf der Durchsetzung des eben erwähnten Schrittes sich einer künstlichen und hinterlistigen Agitation im Großherzogthum Posen theils direkt, theils indirekt schuldig gemacht: a) indem es dieser Agitation, welche keine Mittel scheute, um die öffentliche Meinung gegen die polnischen Unterthanen aufzuhetzen, im Sinne einer reaktionären Partei, welche die verbürgte Reorganisation mit aller Gewalt zu hintertreiben suchte, — Gehör gab; b) indem es diese Partei, welche alle Aemter bis zu den untersten herab verwaltet, und die mit gesteigerter Wuth im Geiste des gestürzten Systems gegen die polnische Nationalität auftritt — frei schalten und walten ließ, und hierdurch die Reaktion geradezu legalisirte; indem es die besonnenen Vorstellungen nicht blos der Nationalpolen, sondern auch der wahrhaft deutsch gesinnten Deutschen überhörte, und hierdurch die Eintracht der beiden Nationalitäten störte. 5) hat das Ministerium sowohl durch dies alles, als durch die angewandten halben Maßregeln, überhaupt durch sein schwankendes und unentschiedenes Auftreten den greuelhaften Bürgerkrieg zum größten Theil verschuldet, wenn nicht absichtlich, diplomatischer Beziehungen halber, durch Zurücknahme der gegebenen Versprechungen hervorgerufen. 6) hat das Ministerium durch den an der polnischen Sache im Großherzogthum Posen verübten Verrath die Freiheit Preußens und Deutschlands gefährdet, indem es die Sympathien eines ganzen Volkes, welches im gegebenen Falle der mächtigste Bundesgenosse Deutschlands gegen den russischen Panslawismus zu werden bestimmt war, und zwar in einer so wichtigen Zeit, wie es die gegenwärtige ist, in unbegreiflicher Beschränktheit durch unerhörte Greuelthaten des Militärs für immer erstickt hat.

Berlin. Die alten Weiber beiderlei Geschlechts wollen es sich nun einmal durchaus nicht ausreden lassen, daß die Revolution in Berlin nur mit Hülfe fremder Aufwiegler und fremden Geldes gemacht worden sei. Mit der wichtigsten Miene erzählen sie sich, daß man acht Tage vorher schon in Paris, oder Gott weiß wo, gewußt habe, es werde am 18 März blutig in Berlin hergehen und an den Fingern rechnen sie es aus, daß es auch gar nicht anders möglich gewesen sei, als mittelst einer gräßlichen Verschwörung, bei der Franzosen, Polen, Juden, Italiener, wenn nicht gar auch Türken und Chinesen, sich die Hände gereicht hätten. — Sagt man dagegen, es sei so natürlich, wie möglich, hergegangen, denn fünf Tage lang sei das Volk in Berlin den ärgsten Brutalitäten der Soldaten ausgesetzt gewesen, die niedergesäbelt und geschossen hätten, was ihnen vorgekommen, bis die äußerste Wuth alle Herzen erfüllte und das Maß so voll war, daß es nur eines geringen Anlasses bedurfte um überzulaufen, so schütteln sie ungläubig die Köpfe und meinen: es sei ja aber alles vorüber gewesen, man habe nicht den geringsten Anlaß mehr zu einer Revolution gehabt. — Jetzt nun haben Sie wieder einen neuen Grund für die große Verschwörung. Am 15. brach der Kommunistensturm in Paris aus und an demselben Tage war in Berlin die Demonstration gegen das Ministerium. Nun, wer darin nicht den Zusammenhang

Digitized by Google

der Propaganda sieht, die ganz Europa mit blutigen Fingern überspannt, der will durchaus blind sein! — Aber die Kommunisten wollten am 13. ihren Streich ausführen und nur der Zufall verhinderte ihn. — Alles wahr! doch sagt den alten Weibern, was ihr wollt, sie bleiben bei ihrem Glauben. Wie wäre es denn möglich, daß die Berliner den rasenden Einfall der Wiener hätten nachäffen können. O Berlin, du Stadt der Treue und der Ruhe: Mochte niedergesäbelt werden, wer da wollte, wenn nur nicht die verdammten Franzosen und Polen gewesen wären!

(N.-Ztg.)

† Stargard

Als der O.L.G.-Rath Kosmann die hier auf ihn gefallene Wahl für Frankfurt ablehnte, lenkte er die Aufmerksamkeit der hiesigen Wahlmänner auf Herrn Stadtrath Sternberg in Stettin und empfahl ihn aufs Nachdrücklichste. Indeß wurde die Wahl des Herrn Sternberg durch die Thätigkeit einer bekannten Partei, die sich der Verketzerung und Verdächtigung nicht schämt, hintertrieben. Damit möglichst viel Mittelgut und möglichst wenig Männer von Charakter und entschieden liberaler Gesinnung gewählt würden, bemühte sich ein bekannter „einfacher Bürger" aus Stettin den Stargarder Wahlmännern Nasen zu drehen. Er scheute die Mühen und die Kosten einer Reise von Stettin nach Stargard nicht um als „einfacher Bürger" und großer Volksredner gegen den Stadtrath Sternberg zu agitiren, zu verbreiten, daß St ein höchst gefährlicher „Republikaner" sei. Bei den wunderlichen Begriffen, die man sich hier zu Lande von einem Republikaner macht, und da es Herr Stadtrath Sternberg nicht der Mühe werth hielt, diesen Verdächtigungen entgegenzutreten, gelang es den eifrigen Machinationen des „einfachen Bürgers" die Wahlmänner gegen Hrn. Sternberg einzunehmen.

Stettin.

Ein Protest. Die Zeitungshalle (No. 119) enthält einen Protest eines Deutschen, des O.L.G.-Assessors Fischer, wider die Wahl von Wahlmännern und eines Deputirten für den Bezirk von Posen zur deutschen Nationalversammlung der von einem deutschen Beamten verfaßt, besondere Beachtung verdient. Hier spricht ein deutscher Beamter über die deutsche Beamten- und Militärwirthschaft in Posen, über „Bewegungen, die nach Deutschland nur entstellt hinübergedrungen sind, durch amtliche Berichte entstellt." Weiter heißt es in diesem Protest: „Wir haben hier noch dieselben Behörden (einzelne Personen bilden höchst ehrenwerthe Ausnahmen) deren Wirksamkeit der Oberpräsident Flottwell in seinem famosen durch den Druck verbffentlichten Bericht v. 15. März 1841 beschrieben hat .... Deutsche Offiziere und Beamte höre ich entsetzt fragen, ob diese Rohheit des erbitterten, ungebildeten Deutschen, diese viehische Mordlust, die selbst den besiegten Feind noch zu quälen sucht, ein Theil des deutschen Wesens sei." Der Verf. will nicht durch „unmoralische Mittel den Polen die Rechte rauben, die ihnen als alten Bewohnern dieses Landes gebühren." — Indessen werden die gefangenen Polen, an Hand und Ohr gebrandmarkt entlassen. Ein in den Annalen civilisirter Völker unerhörtes Verfahren.

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumerationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird. Vom 1. Juli ab erscheint der Wächter in verändertem Format täglich.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 23.

Dienstag den 30. Mai.

Inhalt: Das stehende Heer, die Landwehr und das Kriegsministerium. Reaktion und Reaktionaire. Berichte über den Verfassungsentwurf aus Berlin und Stettin.

Das stehende Heer, die Landwehr und das Kriegsministerium.

Ausgehend von der Ansicht „in einer gesetzmäßig geordneten Bewaffnung der Nation" liege die „sicherste Bürgschaft für einen dauernden Frieden" verpflichtete das Gesetz v. 3. Sept. 1814 jeden Eingebornen „zur Vertheidigung des Vaterlandes." Damit diese allgemeine Verpflichtung im Frieden nicht störe, wurden hinsichts der Dienstzeit und der Dienstleistungen Abstufungen eingeführt. Die „bewaffnete Macht" soll bestehen a. aus dem stehenden Heere b. der Landwehr ersten und zweiten Aufgebots. Von der stehenden Armee wird gesagt: sie ist „beständig bereit ins Feld zu rücken, sie ist die Hauptbildungsschule der ganzen Nation für den Krieg." In diesem Grundgesetz „betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst" ist überall nicht die Rede davon, daß die „bewaffnete Macht", bestehend aus dem stehenden Heer und der Landwehr, verpflichtet sei Ruhe und Ordnu gim Innern aufrecht zu erhalten. Das Gesetz, das jeden Eingebornen zum Wehrdienste verpflichtet, denkt es sich gar nicht als möglich, daß die bewaffnete Macht dazu bestimmt sei Ruhe und Ordnung zu erhalten, herzustellen, die Funktionen von Polizeisoldaten zu üben. Durchweht von dem großen Geiste jener Zeit spricht es nur von einer allgemeinen Verpflichtung zum Kriegsdienste, verpflichtet es die Eingebornen, welche die bewaffnete Macht bilden, nur „zur Vertheidigung des Vaterlandes."

Wird die bewaffnete Macht, die gesammte Armee, in der das stehende Heer, „die Hauptbildungsschule der ganzen Nation für den Krieg" zu andern Zwecken verwendet, so ist das diesem Grundgesetze entgegen. Wenn daher in einer von dem Kriegsminister Graf Canitz unterzeichneten Proklamation „an die Armee" vom 1. Mai gesagt wird:

> Aber nicht allein nach außen ruft Euch die Pflicht, sondern Euer Arm soll auch dienen, um im Innern die Ordnung zu wahren, dem Gesetz Achtung und Gehorsam zu sichern, und unsere Verfassung aufrecht zu erhalten,

so sind dies Ansichten, die mit der dem Gesetz über die allgemeine Verpflichtung zum Kriegsdienste zu Grunde liegenden, klar in demselben ausgesprochenen Idee von der Bestimmung des Heeres in direktem Widerspruch stehen; abgesehen davon, daß es mit einer Verfassung, mit Gesetzen, die durch eine zum größern Theile aus jungen Burschen bestehenden Armee aufrecht erhalten werden soll, sehr schlecht bestellt sein muß. Gesetz und Verfassung müssen durch sich selbst, durch ihren innern Werth, durch das Vertrauen und die Liebe der Bürger sich aufrecht erhalten, nicht durch Soldaten, die größtentheils noch nicht einmal im Besitz der staatsbürgerlichen Rechte.

Digitized by Google

Auch der stellvertretende Kriegsminister Herr v. Reyher äußerte in der dritten Sitzung des letzten Ver. Landtags, ohne deswegen irgendwie interpellirt zu werden: daß, um Ruhe und Ordnung, wo sie gestört, wieder herzustellen, die kommandirenden Generale autorisirt sind, über die Linientruppen zu disponiren, daß sie aber auch die Befugniß haben, wo es ihrem Ermessen nach erforderlich erscheint, die Landwehr einzuberufen, um die Unruhen zu unterdrücken und Personen und Eigenthum zu schützen. Davon aber, daß die Landwehr verpflichtet sei, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, Unruhen zu unterdrücken, daß die Landwehr nach dem Gutdünken eines kommandirenden Generals ihrem Gewerbe, ihrer Familie entrissen werden könne, daß ihre Einberufung von der Revolutionsangst eines kommandirenden Generals abhängig, steht kein Wort in dem Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste und in der allein Maß gebenden Landwehrordnung.

Nach dem Gesetz vom 3. Sept. 1814 ist die Landwehr „bei entstehendem Kriege zur Unterstützung des stehenden Heeres bestimmt"; und die Landwehrordnung vom 21. Nov. 1815 erklärt ausdrücklich, daß die Landwehr „nur dann versammelt wird, „wenn ein feindlicher Anfall es nothwendig macht. Sie tritt nur bei ausbrechendem Kriege und bei jährlichen Übungen zusammen."

Mit diesen klaren gesetzlichen Bestimmungen stehen jene Proklamation, kriegsministerielle Worte und Thaten in Widerspruch. Das stehende Heer, das nach dem Gesetze „beständig bereit ins Feld zu rücken," ist größtentheils noch nicht ins Feld gerückt, wird zum Theil in Garnisonen und Cantonnirungsquartieren um Berlin, in den kleinen Städten der Mark festgehalten, während ein Theil der Landwehr, bereits mobil gemacht, den heimischen Heerd, Weib und Kind verlassen hat und ins Feld gerückt ist, aber nur ein Theil der Landwehr, z. B. die pommersche, wobei wieder, wie es scheint, ein Bataillon einige Wochen früher einberufen ist, als das andere.

Einmal begreifen wir nicht, warum die Landwehr schon ins Feld rücken, Weib und Kind, so wie den Verdienst, das Gewerbe im Stich lassen muß, während ein großer Theil des stehenden Heeres zu Hause bei den Frauen oder um Berlin bleibt. Dann liegt in dieser partiellen Einberufung der Landwehr in einzelnen Provinzen, während sie in andern ruhig zu Hause bleibt, offenbar eine empfindliche Prägravation, die von den betheiligten Familien um so mehr empfunden wird, je weniger die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel einleuchtet.

Die Mobilmachung der Landwehr greift so tief und so nachtheilig in die bürgerlichen Verhältnisse ein, daß sie nur durch die dringendste Nothwendigkeit gerechtfertigt werden kann, die nicht vorhanden zu sein scheint, so lange der größte Theil des Heeres noch nicht ins Feld gerückt ist. Jedenfalls müssen die Rechte der Bürger auch in dieser Beziehung durch die Verfassungsurkunde gegen Willkür gesichert sein, damit nicht freie Bürger durch die Wehrpflicht zu Staatssklaven werden.

Reaktion und Reaktionaire.

II.

Anknüpfend an einen frühern Artikel haben wir nun zu erklären, welches ist der Zustand, der jetzt weder faktische noch rechtliche Geltung hat, und den die Reaktion wieder herbeizuführen gedenkt? Es läßt sich hierauf ganz einfach antworten, der Zustand der Unfreiheit und der Zustand der Ungleichheit. Noch vor wenig Jahren spielte der beschränkte Unterthanenverstand eine bedeutende Rolle, man glaubte das Volk sei weder durch Einsicht noch durch Charakter irgend wie befähigt, seine Geschicke selbst zu regeln, dies könne nur den Behörden bleiben. Man

Digitized by Google

sagte: Alles für, Nichts durch das Volk, und mancher handelte, als sei sein Wahlspruch: Nichts für, und nichts durch das Volk. Das war das Dogma der alleinseligmachenden Büreaukratie. Sie trieb ihre prächtigsten Schößlinge, und umrankte erstickend Alles, was noch einiges eigne Leben zeigte; so wurde durch Ministerialrescripte die Städteordnung beschnitten und bezwackt, so wurde die Selbstständigkeit der Richter, der Lehrer, der Geistlichkeit in Frage gestellt, das Petitionsrecht beschränkt, und waren denn doch Petitionen gekommen, wurden sie mit ausweichenden Worten abgespeist. Natürlich konnte ein solches Regime freie Aeußerungen des Volkswillen nicht dulden, an Associationsrecht, an Versammlungsrecht, an ein Recht der freien Presse war gar nicht zu denken. Wie konnte man auch diese Rechte gewähren, da man nur von einigen Böswilligen und Schreiern und einem leicht verführbaren Pöbel, vom Volke aber gar nichts wußte. Fanden sich unter den Beamten Männer, die nicht ganz sich der ministeriellen Willkür beugten, so wurden sie so lange gemaßregelt, bis man sie aus dem Amte hatte oder bis sie still geworden waren, so Abegg, Simon, Pfeiffer, Crelinger und unzählige andre. Dies war die Unfreiheit. Das zweite Prinzip der vergangenen Zeit war die Ungleichheit. Politische und sociale Rechte waren ungleich vertheilt, je nachdem man der oder jener Konfession angehörte, je nachdem man zu diesem oder jenem Stande gerechnet wurde. Die Rittergutsbesitzer galten auf Provinzial- und vereinigten Landtagen grade soviel als Bürger und Bauern zusammen, die nicht mit Grundbesitz Angesessenen, die Schutzverwandten und die arbeitende Klasse galten gar nichts; sie konnten weder Deputirte wählen noch gewählt werden, aber Steuern mußten sie doch bezahlen und alle andere Lasten tragen; ja einzelne bevorzugte Stände theilten nicht einmal alle Lasten, wohl aber hatten sie ein größeres Maaß politischer Rechte. Auf den Kreistagen wählten die Rittergutsbesitzer allein den Landrath, bei Geldfragen und andern Angelegenheiten hatte jeder Rittergutsbesitzer eine Stimme, jede Stadt auch nur eine, so daß ein Rittergutsbesitzer gerade so viel galt, als etwa 3000 Bürger, oder was dasselbe sagen will, jeder Rittergutsbesitzer 3000 mal so viel werth war, als ein Bürger. Ja die einzelnen Stände hatten verschiedenes Gericht, selbst verschiedenes Recht, das Stadtgericht, das für den schlichten Bürger gut genug war, war lange nicht gut genug für den Beamten und Adlichen, die nur beim Oberlandesgericht verklagt werden konnten. Wenn ein Bürger dem andern eine Ohrfeige gab, so mußte der Verletzte selbst im Injurienprozeß klagen, und konnte er den Vorgang nicht beweisen, die Kosten tragen; schimpfte aber ein Bürger einen Adlichen, so übernahm der Staat die Klage im fiskalischen Prozeß, und stand auch für die Kosten ein. Ja es war ein gar großer Unterschied, wenn ein Bürger gegen einen andern Bürger ein Schimpfwort brauchte oder wenn er sich dessen gegen einen Adlichen oder gegen eine andere eximirte Person bediente. Das war die Ungleichheit; auch sie ist gefallen, wir kennen nicht mehr Vorrechte, sondern Rechte. Daß nun so mancher der früher Begünstigten die alte Zeit zurückwünscht, die Zeit, wo er über Glauben und Gewissen, über Thun und Handeln anderer herrschen konnte, daß er deshalb die Errungenschaften der neuen Zeit, die Mitbetheiligung des Volkes an der Gesetzgebung, die freie Presse, das Vereinigungs- und Associationsrecht haßt, ist zu natürlich, als daß man sich darüber wundern sollte: aber daß diese den alten Zustand wieder herbeiführen wollen, und zwar weil sie die Gewalt scheuen, und durch Ueberzeugung für Trug und Unwahrheit nicht zu wirken vermögen, durch Hinterlist und Intrigue, das ist es, was ihnen zum ewigen Vorwurf gereicht, und was Jeder, der es mit seinem Vaterlande treu und redlich meint, zur unausgesetzten Aufmerksamkeit anspornen muß. (Schluß folgt.)

Digitized by Google

Berichte.

Berlin.

Der Entwurf zum Preuß. Verfassungsgesetz ist eine Schmach, weil er das Volk und den Geist unserer Tage verhöhnt, indem er auf die Dummheiten des Volks spekulirt. Auf solche Garantien der Volksrechte, auf solche Freiheiten wollen die Könige schwören! Nur wenige Züge aus diesem Jammerbilde mögen genügen. Gesetz und Recht treten noch als zwei ganz getrennte Sphären auf; vor jenem sollen alle Staatsbürger gleich sein, zu diesem ist der Besitz eine Bedingung. Nichts ist positiv für völlig frei erklärt, nicht einmal der Unterricht, zu Allem wird das Gesetz Beschränkungen zu machen haben (§. 5, 6, 8, 10, 13, 14, 15, 16, 18). Petitionen dürfen nur von Korporationen ausgehen. — Von einem verantwortlichen Ministerium ist klüglich nicht die Rede, wohl aber von verantwortlichen Ministern; die Regierungsakte bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines (wohlweislich nicht groß gedruckt!) Ministers; vom Veto ist nichts gesagt, wohl aber, daß der König mit den Kammern die gesetzgebende Gewalt hat. Ein volksverrätherischer Minister, von der zweiten Kammer angeklagt, kann von der ersten freigesprochen werden, und wird er dies nicht, so genügt doch der Antrag einer Kammer auf Begnadigung oder Strafmilderung. Was will dies Alles aber sagen gegen die Blasphemie des Volkes, daß notorisch kein die Verfassung änderndes Gesetz durchgehen kann. Denn zur Annahme eines solchen ist die Stimmenmehrheit von mindestens zwei Drittheilen in jeder Kammer nöthig; fehlt diese in der ersten Kammer, so ist es mithin, wenn auch in der zweiten Kammer einstimmig angenommen, durchgefallen. Nun besteht aber die erste Kammer aus 60 Kreaturen des Königs, den Prinzen des Königl. Hauses, die man, gering berechnet, auf 16 Mann anschlagen kann; es fehlen also noch 6 Männer, um jedes Gesetz durchfallen zu lassen. Diese 6 werden aber unter den 180, 2500 Thlr. Einnahme habenden Volksmännern, Staatsbeamten, Oberbürgermeistern und Akademikern nicht schwer zu finden sein. — 8000 Thlr, bis der Enkel das Kapital durchgebracht hat, und 2500 Thlr. reine Einnahme — welche Summen! Was für Gebote können jetzt auf dem konstitutionellen Markte gestellt werden! 40 Jahre sollen die Volksmänner, 18 Jahre die Prinzen haben — welche Erbweisheit!

Während der Minister v. Gagern „im Namen des souveränen Volkes" das deutsche Parlament eröffnet, berufen die preußischen Minister die Volksvertretung nur „zur Vereinbarung" und „Erklärung" über eine octroiirte Verfassung. Dort ist das deutsche Volk souverän, hier soll es in den alten Fesseln schmachten! — Früher spielte man ein umgekehrtes Spiel: da behaupteten die Fürsten ihre Souveränität beim Bundestage, wenn dieselbe in ihrer eigenen Hauptstadt gefährdet war. Jetzt ist das Spiel verändert, aber Spiel ist Spiel, und das Volk wird nicht mehr mit sich spielen lassen; das Volk erklärt diese Volksvertreterversammlung für eine konstituirende, und ob auch die Minister 60,000 Mann um Berlin sammeln und die pommersche Landwehr (aus Stargard) vor unseren Thoren aufstellen, ob sie auch drohen, ihren Landtag nach Stettin zu verlegen, — die erste konstituirende Versammlung Preußens wird in Berlin abgehalten werden. Dies Recht der Hauptstadt ist seit dem 18. März zur geschichtlichen Nothwendigkeit geworden — Die neue preußische Verfassung ist nicht um ein Haar besser, als die bisherige mit dem vereinten Landtage. Das Veto ist selbstredend darin, und statt der Herrenkurie der großen Grundherren ist eine Geldaristokratie im Werke, wie sie noch in keinem Lande in keiner Verfassungsurkunde so unverschämt, so schamlos dastand. — Was ist es weiter? „Zwei rheinische Kaufleute", so wird dereinst die Geschichte erzählen, gelangten durch die formelle Opposition eines erheuchelten Liberalismus in bedrängten Zeiten an die Spitze des preußischen Staates; sie sahen von ihrem Standpunkte aus in den krampfhaft ringenden Strebungen des Volkslebens Nichts als einen Streit der Stände um die Beherrschung materieller Interessen. Demnach benutzen sie den Hof, den König, die Prätorianer und die Partei, ferner Alle, welche das Volk fürchteten und aus Angst und Bequemlichkeit der Gewalt wichen, dazu, die bisher herrschende Aristokratie der Grundbesitzer durch die Plutokratie des Bankiers zu verdrängen. Zeugniß davon legen die §§. 38 und 39 jenes berüchtigten preußischen Verfassungsgesetzes ab. Jene Männer täuschten sich über die Reife des erwachten Volksbewußtseins. Daß sie, als Minister den Monarchismus (durch eigenmächtige Zurückberufung des Prinzen von Preußen und durch Drängen der königlichen Person in den Vordergrund) compromittiren, ruinirte zwar diesen, aber halb der Geldpartei, die sie heimlich fördern wollten, nicht auf, denn das Geldwesen war schon in seiner Auflösung begriffen, das Geld war bankerott, der Besitz rasch wechselnd ohne Kredit,

Digitized by Google

die Arbeit sollte zu Ehren kommen; wenn sie auch nicht in jenem ministeriellen Project anerkannt oder garantirt war, so wurde ihre welthistorische Bedeutung doch schon von den besseren Köpfen erkannt und ausgesprochen. Nur die wahnwitzige Verblendung, wie sie freilich in Revolutionszeiten die untergehende Partei gewöhnlich berückt, konnte damals die Anhänger des Thrones vermögen, sich mit den Geldmännern zu verbünden, um doppelt verrathen zu werden?" — — — So ungefähr würden die Historiker der Zukunft die heutige Zeit schildern. Sie würden sagen: „Wien und Berlin gingen parallel; Wien ging voran, weil dort die Extreme sich schroffer gegenüberstanden, Berlin war langsamer enttäuscht; der Verfassungsentwurf, mit den wiederholten Täuschungen der Regierung, öffnete beiden Bevölkerungen die Augen.

(Reform.)

Δ **Berlin**, den 28 Mai.

Die National-Versammlung ist berufen und beisammen, der dringendste Wunsch des Volkes erfüllt. Aber welchen Charakter wird dieselbe tragen, welche Resultate werden aus ihr hervorgehen? lautet nichts desto weniger die weitere besorgte Frage, die nicht nur hier in der Hauptstadt, sondern gewiß im ganzen Lande gestellt wird. Ich will versuchen, sie zu beantworten, so viel dies bis jetzt möglich ist. Die Versammlung trägt, weil sie aus indirecten Wahlen hervorgegangen ist, einen durchaus gemischten, heterogenen und daher auch in sich uneinigen und unruhigen Charakter. Die Parteien waren noch nicht in sich gesondert, als die Wahlen geschahen und es ist daher an den meisten Orten eine schlechte Vermittelung der Extreme versucht werden, die, so ist zu fürchten, der Versammlung den Charakter der Unentschiedenheit und Halbheit geben wird. Die Radikalen werden jedoch Alles versuchen, was in ihren Kräften steht, diesen Mißstand aufzuheben, um die noch Schwankenden zu bewegen, sich der großen Pflicht, die ihnen obliegt, bewußt zu werden. Denn nur Entschiedenheit kann uns retten, und eine feste Regierung kann bald die Stockung beseitigen, in die Handel und Gewerbe, wie alle Verwaltungszweige gerathen sind, indem sie durch das Princip der Freiheit Ruhe und Ordnung schaff', die einzig und allein wi derkehren können, wenn der Freiheit genug gethan. Es muß Jeder einsehen, daß die Befreiung Polens und Italiens die ersten Hauptbedingungen der Wiederherstellung des europäischen Friedens sind. Sobald dies Ziel erreicht ist, wird auch der Handel wieder seinen Markt finden, die Gewerbe werden wieder aufblühen und der Kredit sich wieder herstellen. Auf das engste ist aber hiermit natürlich die Befriedigung des Freiheitsgeistes im Innern verbunden. Nur die Erfüllung der gegebenen Verheißungen, nur die wirkliche Gestaltung der demokratischen Verfassung kann das Land zufriedenstellen. Das Ministerium Camphausen hat aber bisher weder die eine noch die andere Forderung zu erfüllen gewußt, es hat weder in seiner äußern Politik, noch in seiner Verwaltung bewiesen daß es die Aufgabe der Zeit begriffen hat, deßhalb verlangt das Volk seinen Rücktritt, und die National-Versammlung wird hoffentlich wenigstens so viel Energie entwickeln, dies zu bewirken. Der ministerielle Verfassungsentwurf muß und wird verworfen werden. Man fabelt zwar allerlei von einer Abdankung des Königs in diesem Fall und der damit zusammenhängenden Rückkehr des Prinzen von Preußen. Es glaubt indessen kein Verständiger daran, und geschähe es, so wird dieser Umstand doch wahrlich kein Hinderniß sein, das Princip der Revolution aufrecht zu erhalten und fortzuführen. Fehlt es doch der königlichen Familie nicht an Prinzen!

Die Katzenmusiken sind noch immer an der Tagesordnung. Vorzüglich wird der General Aschoff damit bedacht, der allen Kredit bei dem Volke verloren hat. Man verlangt einen wirklich bürgerlich gesinnten Anführer der Bürgerwehr, keinen Anhänger des alten Systems.

Ein Theil der Landwehr, die der Hofschauspieler Schneider, ein bekannter Komiker des Royalismus, zu gewinnen gewußt hat, will den Prinzen von Preußen einholen. Man fürchtet aber, daß ihr dies schlecht bekommen werde. Herr Schneider ist bereits sehr gründlich deshalb mit Katzenmusiken belohnt worden.

Der Prinz soll übermorgen kommen. Rings um Berlin liegt Militair in hellen Haufen. Man spricht von 60,000 Mann. Wir wollen wünschen, daß es zu keinem Konflikt komme Die National-Versammlung, will ich noch hinzufügen, wird in den nächsten 8 Tagen wohl noch kein allgemeines Interesse darbieten, da sie sich zuerst über ihre Geschäftsordnung zu berathen hat. Der einzig bemerkenswerthe Beschluß, den sie bis jetzt gefaßt hat, ist der, den verhafteten Abgeordneten des Trierschen Landbezirks Baldenaire nicht einzuberufen, da sie nur den Grundsatz befolgen will, die Abgeordneten während der Dauer der Sitzungen vor gerichtlichen Verfolgungen zu schützen. Hätte sie ihre Souveränetät erkannt, so würde sie dieselben auch von dem Augenblick ihrer Wahl an schützen und wie von Parissus, dem Abgeordneten Naumburgs beantragt wurde, Baldenaire's Berufung sofort dekretirt haben.

Digitized by Google

Die Radikalen mußten aber diesen Antrag fallen lassen, da sie sahen, daß er nicht durchzubringen war. Die Zahl der Stimmen, auf welche die Radikalen bisher sicher zu rechnen haben, beläuft sich etwa nur auf 50. Bei den Hauptfragen wird aber sicherlich die rheinisch-katholische Partei zu ihnen übertreten.

Stettin.

Konst. Klub.-Sitzung v. 27. Mai Vorsitzender Kfm. Stahlberg. Tagesordnung: Berathung des Verfassungsentwurfs Das Gutachten der zur Vorberathung des Entwurfs niedergesetzten Kommission, (vom Ref. Dr. K Stahr vorgelesen) lautet:

Der Kommission schien es zuerst unumgänglich nothwendig, die Frage zu beantworten, ob der vorliegende Verfassungsentwurf, ohne näheres Eingehen in etwaige einzelne Unzweckmäßigkeiten und Mängel, dennoch im Allgemeinen angenommen zu werden verdiente. Sie ward somit zu einer allgemeinen Charakteristik des Entwurfs geführt, aus welcher sich die Antwort auf die eben berührte Frage zu ergeben hatte. Diese Antwort fiel dahin aus: die Kommission erklärt mit überwiegender an Einstimmigkeit grenzender Majorität, den Verfassungsentwurf wegen seines Inhaltes für nicht annehmbar und verwirft ihn, indem — 1) derselbe aufs neue das von der preuß. Regierung geübte Schaukelsystem durch allerlei Unbestimmtheiten, Verfänglichkeiten, Vorbehalte, Ausnahmefälle ꝛc. dokumentirt — indem ferner in ihm durch ein Gewebe von Scheinfreiheiten die natürlichen und der Nation schon zugesicherten Rechte wiederum in Frage gestellt werden. Die Kommission vermißte die aus schöpferischer Kraft hervorgehenden, großen und durchgreifenden Gedanken in dem Entwurfe, und eine angestellte Vergleichung desselben vorerst auch nur mit dem belgischen Staatsgrundgesetze ließ in dem ersteren fast überall die unselbstständige nicht selten mißlungene Kopie erkennen. Es erschien somit der Entwurf ein künstlich gemachter, einer fremden Nationalität abgeborgter und mußte er in dieser Eigenschaft alles aus der Eigenthümlichkeit stammenden Werthes entbehren. 2) Ein nicht minder wichtiger Grund seiner Verwerfung im Allgemeinen erschien der überwiegenden Majorität der Kommission in dem zu liegen, was der Entwurf nicht enthält, also in seiner Unvollständigkeit. Die Kommission bemerkte, daß der Entwurf nicht einmal alles das enthielte, was des Königs Majestät am 22 März bei Gelegenheit einer in Berlin erschienenen Deputation der Stadt Breslau in Aussicht gestellt und dem Volke zugesichert habe, wie z. B. die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Dominalpolizeigewalt.

Eine nur in zwei Mitgliedern der Kommission bestehenden Minorität nahm noch einen weiteren Grund gegen die Zulässigkeit des Entwurfes aus der Art seines Entstehens, aus seinem Ursprunge her. Derselben schien der Entwurf aus einem gänzlichen Verkennen der jetzt bestehenden Verhältnisse hervorgegangen zu sein. Sie glaubte den Standpunkt von zwei paciscirenden, sich gegenüberstehen, den Partheien, die sich über ihre gegenseitigen Rechte zu vereinbaren hätten, die Partheien von Volk und Krone verwerfen undarin eine ministerielle Negation der Revolution erkennen zu müssen Mit dem Sturze des absoluten Königthums durch die Revolution sei auch das historische Verhältniß von zwei paciscirenden Partheien im Staate gefallen, die Nationalversammlung gemäß dem Volkswillen und seiner jeden fremden außer ihm liegenden Faktor ausschließenden Natur lediglich Konstituante.

Nach diesem durch die vorstehenden Gründe motivirten Urtheile über den Verfassungsentwurf konnte die Kommission von der weitern Diskussion desselben eigentlich schon abstehen.

Sie konnte geltend machen, daß bei so bewandten Umständen dem Auftrage genügt und ein ferneres Eingehen in die Einzelheiten des Entwurfs eigentlich überflüssig sei.

Dessen ungeachtet aber glaube die Kommission im Sinne und Interesse der sie Beauftragenden zu verfahren, wenn sie den Entwurf dennoch auch im Einzelnen eine Prüfung unterwürfe. Einmal darum, weil so am besten sich die Richtigkeit des allgemeinen Urtheils über den Entwurf bewährte, und dann, weil der Entwurf Materien wie Bestimmungen enthält, die in keiner Verfassungsurkunde fehlen dürfen, und deren Form daher jeder Zeit einer Untersuchung und Diskussion unterliegen wird.

* * *

Bei der Prüfung des Einzelnen gab nun sogleich der Eingang des Entwurfes zu einer erheblichen Ausstellung Veranlassung. Es schien nämlich der Kommission der Grundgedanke einer auf breiten demokratischen Grundlagen aufgeführten Verfassung nicht nur zu fehlen, sondern es gewann auch den Anschein, als werde diesem Grundgedanken auch durch die Eingangsworte des Verfassungsentwurfes geradezu widersprochen. Während der Grundgedanke einer auf den breitesten demokratischen Grundlagen aufgeführten Verfassung der Kommission nur darin zu bestehen schien, das gedagt würde: „Der Volkswille soll die einzige und alleinige Quelle

Digitized by Google

aller Rechte im Gemeinwesen sein" wird im Eingange des Entwurfes von „Unterthanen" gesprochen, wird die Benennung des Königthums von Gottes Gnaden beibehalten und dadurch der eben angeführte Grundgedanke negirt. Nicht mit Fug entfernte sich hier der Entwurf von seinem Original, der belgischen Verfassung, welche dem demokratischen Grundgedanken entsprechend, alle Rechte im Gemeinwesen aus dem Willen der Nation entspringen läßt. In §. 25. der genannten Verfassung heißt es: Alle Rechte gehen vom Volke aus, — und §. 79. ebendaselbst enthält die Bestimmung: vom Todestage des Königs an und bis zur Eidesleistung seines Nachfolgers auf dem Throne, oder des Regenten werden die konstitutionellen Gewalten des Königs von dem Ministerrathe und unter seiner Verantwortlichkeit im Namen des belgischen Volkes ausgeübt.

Tit. I. Tit. II. §. I. bis 9. incl. sind von der Kommission als zulässig anerkannt worden — Es bleibt §. 5. Das Gutachten der Kommission fügt hinzu: insbesondere darf außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That niemand anders verhaftet werden, als in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls, welcher im Augenblicke der Verhaftung oder spätestens binnen 24 Stunden bekannt gemacht werden muß. — Gründe: ohne den Zusatz erscheint der Kommission die rein polizeiliche Willkür sanktionirt zu werden. Durch den Zusatz dagegen wird der Verhaftete in den Stand gesetzt, alle Mittel zu seiner Vertheidigung frühzeitig aufbieten zu können.

Die Kommission beantragt den Wegfall des §. 10., und schlägt dagegen vor: Staat und Kirche sind getrennt. Die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Glaubensbekenntnisse. Allen Staatsbürgern ist die Freiheit öffentlicher gemeinsamer Religionsübung gestattet, soweit dadurch weder ein Strafgesetz übertreten, noch die öffentliche Sicherheit, die Ordnung oder Sittlichkeit verletzt oder gefährdet wird. — Gründe: die Kommission hielt es für nothwendig, daß vor der Specifirung der einzelnen Fälle ausgesprochen würde, der leitende allgemeine Gedanke, wegen der möglichen Konsequenzen desselben, die, wenn der allgemeine Gedanke nicht ausgesprochen wird, leicht in Frage gestellt werden könnten. Sie fügt hinzu öffentlich, denn nicht blos die gemeinsame sondern auch die öffentliche Religionsübung schien für die Freiheit des Staatsbürgers nothwendig. — §. 11. und 12. werden gestrichen. Die genannten §§. beschränken den im §. 10. an die Spitze gestellten Satz; und zwar deshalb, weil sie nur einige Folgerungen aus demselben angeben, während die Kommission alle Folgerungen, die sich naturgemäß aus ihm ableiten lassen, verlangt. Dafür tritt ein §. 11, wie folgt: Es giebt keine bevorzugte Landeskirche, noch sonstige bevorzugte Kirche; vielmehr sind alle Religionsgesellschaften gleich berechtigt. Die bürgerlichen Rechte der Religionsgesellschaften werden nach den Landesgesetzen beurtheilt. Gründe: durch rechtlich bevorzugte Religionsgesellschaften wird das Prinzip der Gleichberechtigung aller Staatsbürger gefährdet. Ferner muß jede Religionsgesellschaft auch die durch das Gesetz bestimmten Rechte jeder andern Gesellschaft haben

§. 12. Zur Gültigkeit der bürgerlichen Ehe ist die priesterliche Einsegnung nicht erforderlich. Gründe: der vorliegende §. ist eigentlich Folgerung des allgemeinen Gedankens in §. 10., verdient aber seiner Wichtigkeit wegen eine specielle Anführung.

§. 13. lautet im Gutachten: die Freiheit des Unterrichts ist unbeschränkt. Gründe: die Kommission konnte keine gesetzlichen Beschränkungen des Unterrichts anerkennen.

§. 14 im Gutachten: die Presse ist frei. Ueber den Misbrauch und die Bestrafung derselben entscheidet der Richter nach dem Gesetz. Gründe: für die Auslassung der Worte des Entwurfs sprach der Umstand, daß im Entwurf die Möglichkeit anderweitiger Beschränkung der Presse durch Kaution Intelligenzzwang. Stempel u. s. f. bleibt. — Die Kommission hielt es für unumgänglich nothwendig, daß dem Richter zuerst die gesetzliche Entscheidung darüber obliege, ob ein Preßvergehen begangen sei oder nicht. Der Entwurf hingegen spricht nur von der Bestrafung eines Preßvergehens während er für die Konstatirung eines Preßvergehens der polizeilichen Willkür einen Zugang eröffnet.

§. 15 im Gutachten: alle Staatsbürger sind berechtigt sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Gründe: die im Entwurf hinzugesetzte Beschränkung des Versammlungsrechts, wonach Versammlungen unter freiem Himmel von der Ortspolizeibehörde genehmigt werden müssen — hat die Kommission als Präventivmaßregel verworfen.

Die §. 16. und 17. sind angenommen, dagegen lautet §. 18. im Gutachten: das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Ausnahmen davon können nur auf Grund von Gesetzen und nur in einem gerichtlichen Kriminalverfahren und in Kriegsfällen angeordnet werden. Gründe: durch die Fassung des Entwurfes und vorzugsweise in den Worten „zum Zwecke" ist nicht nur dem Präven-

Digitized by Google

tivsystem, sondern auch dem Spioniren Thür und Thor geöffnet.

§. 19 im Gutachten: alle Preußen sind wehrpflichtig; den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz.

Bevor zur Diskussion des Entwurfs geschritten wird, beantragt Dr. Meyer: „eine mit Gründen versehene Petition an die Nationalversammlung zu richten, worin sie gebeten werde, den Verfassungsentwurf von vorn herein zu verwerfen." Für den Antrag sprechen Reg.-Rath Fellechner, Hr. Mantey, Dr. Brunnemann, der ausführte: die Nationalversammlung sei aus der Revolution hervorgegangen und habe eine Verfassung auf Grund des ihr vom Volke übertragenen Mandats zu errichten, nicht aber sich nur einem vom Ministerio untergebretteten Verfassungsentwurf anzuschließen. Gegen eine sofortige Abfassung einer solchen Petition: Dr. Meisel, Reg.-Rath Zitelmann; gegen den Antrag überhaupt: Ref Pfeil; „es seien immer noch zwei Faktoren der Gewalt vorhanden, der König und das Volk; das absolute Königthum, nicht das Königthum überhaupt sei gestürzt;" J.-C. Triest; „da bei Verwerfung des Entwurfs doch ein neuer abzufassen sei und dieser, bei der bunten Zusammensetzung der Versammlung, durch eine aus ihr zu ernennende Kommission möglicherweise noch viel unvortheilhafter ausfallen könne." Der dahin formulirte Antrag: Will die Versammlung, daß schon jetzt (vor der Diskussion des Entwurfs) eine mit Gründen versehene Petition an die Nationalversammlung dahin gerichtet werde:

den Verfassungsentwurf von vorn herein zu verwerfen, sich als constituirende Versammlung zu erklären und aus sich heraus durch eine Kommission einen Entwurf schaffen zu lassen

erhält nicht die Majorität. Es wird zur Diskussion des Kommissionsberichts übergegangen. Dr. Meyer tritt der Ansicht der Kommission in Betreff der Einleitung des Entwurfs bei und setzt auseinander, daß von einer „Vereinbarung" nicht die Rede sein könne. J.-C. Triest, von der irrthümlichen Ansicht ausgehend die Kommission habe beantragt, die Worte „von Gottes Gnaden" zu streichen, spricht für Beibehaltung derselben. Das Kommissionsgutachten hatte diesen Antrag nicht gestellt. Indeß beantragte in Folge dieser Erörterung Ref Schmidt: bei der Nationalversammlung zu befürworten, die Worte „von Gottes Gnaden" zu streichen. Dr. K. Stahr und Dr. Scharlau sprachen für den Antrag und wurde die Frage: ob die Versammlung die Beibehaltung der Worte „von Gottes Gnaden" für angemessen erachte, einstimmig verneint. — Die Worte für „für Unsere getreuen Unterthanen" erregten mannigfache Bedenken. Nachdem Dr. K. Stahr nachgewiesen, wie das Wort „getreu" aus der Zeit der Gefolgschaften stammend, für unsere Zustände ganz unpassend, nachdem J.-C. Triest für Beibehaltung des Wortes „Unterthan" gesprochen, da Unterthan nicht gleichbedeutend mit dem französischen sujet, entschied sich die Versammlung für den Wegfall der Worte: „Unsere getreue Unterthanen" und substituirte statt derselben „alle Staatsbürger." —

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumerationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird. Vom 1. Juli ab erscheint der Wächter in verändertem Format täglich.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 24.

Mittwoch den 31. Mai.

Inhalt: Abänderungsvorschläge zum Verfassungsentwurf. Reaktion und Reaktionaire. Kirche und Staat. Berichte: aus Leipzig, Berlin, Stolpe, Stettin.

Abänderungsvorschläge zum Verfassungsentwurf.

Der Abgeordnete Euler aus Düsseldorf hat folgende Abänderungsvorschläge zu dem ministeriellen Entwurfe eines Verfassungsgesetzes für den preußischen Staat vertheilen lassen. — Statt §. 32. Das Gesetz bestimmt die Civilliste für die ganze Dauer einer jeden Regierung. — Statt §. 33. Die Minister können wegen einer durch eine Amtshandlung begangenen Gesetzverletzung durch einen Beschluß der einen oder anderen Abtheilung der Volkskammer in Anklagestand versetzt werden. Ueber solche Anklagen entscheidet als Gerichtshof die ganze Volkskammer. Die näheren Bestimmungen bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten. Zu Titel V. Von der Kammer. Statt §. 36. Alle Gewalten gehen vom Volke aus. Die gesetzgebende Gewalt wird durch eine Volkskammer in zwei Abtheilungen ausgeübt. Die authentische Auslegung der Gesetze steht nur der gesetzgebenden Gewalt zu. Jede Abtheilung hat das Recht, Untersuchungen einzuleiten. Die Uebereinstimmung beider Abtheilungen ist zu jedem Gesetz erforderlich. Jeder Gesetzesvorschlag muß zuerst der zweiten Abtheilung vorgelegt werden, welche ihn nach erfolgter Annahme der ersten Abtheilung überweist. Ist derselbe Vorschlag zwei Mal von der ersten Abtheilung zurückgewiesen worden, so tritt die ganze Volkskammer zusammen und entscheidet durch eine Majorität von zwei Drittheilen. Zwischen jeder solchen Berathung müssen wenigstens fünf Tage liegen. Ist der Gesetzesvorschlag durch die Genehmigung beider Abtheilungen zum Beschlusse geworden, so gelangt dieser an den König, welcher ihn im Falle der Zustimmung mit seiner Unterschrift versieht und dadurch zum Gesetz erhebt. Verweigert der König seine Zustimmung, so darf der Beschluß während der ganzen Dauer der Versammlung dem Könige nicht mehr vorgelegt werden. Ebenso kann der König demselben Beschlusse bei der nächsten Versammlung seine Zustimmung versagen; erfolgt aber die Vorlage zum dritten Male, so wird der Beschluß auch ohne königliche Sanktion zum Gesetze. — Statt §. 37. Dem Könige, sowie jeder Abtheilung der Volkskammer steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. — Statt §§. 38. und 39. Jeder Preuße, der den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat, ist in dem ganzen Bereiche des Staats zum Volksvertreter wählbar, jedoch nur für die erste Abtheilung mit vollendetem vierzigsten, für die zweite Abtheilung mit vollendetem dreißigsten Jahre. Die erste Abtheilung soll halb so viel Mitglieder erhalten als die zweite. — §. 39. Jeder Preuße, welcher das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen und richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln

Digitized by Google

Armenunterstützung bezieht. — Statt §. 40. Sämmtliche Volksvertreter werden auf vier Jahre gewählt. — Statt §. 41. Die Zahl der Volksvertreter und sonstige die Wahl betreffende Anordnungen werden durch das Wahlgesetz bestimmt. — §. 44. fällt weg. — Statt §. 61. Sämmtliche Volksvertreter erhalten eine durch das Gesetz festzustellende Entschädigung. — §. 76. fällt weg. — Statt §. 80. Bis zum Erlaß eines neuen Wahlgesetzes bleiben die §§. 1 — 12. des Wahlgesetzes vom 8. April 1848 in Kraft.

Reaktion und Reaktionaire.

III.

Fragen wir nun, ist die Reaktion thätig, gewinnt sie Boden in der Regierung? so müssen wir unbedingt mit Ja antworten, und als einen Beleg führen wir den kriegsministeriellen Erlaß vom 27. April, und die Bestätigung desselben durch den nunmehr zur Berathung kommenden Verfassungsentwurf an. Während die Grundlagen für die preußische Verfassung das Vereinigungs- und das Versammlungsrecht für alle Staatsbürger anerkennen, und somit selbstredend alle entgegenstehenden ältern Verfügungen aufheben, verbietet der Kriegsminister dem Heere und zwar Offizieren und Soldaten die Betheiligung an Versammlungen, die Betheiligung an Adressen. Diejenigen, die sich an Adressen im liberalen Sinn betheiligen, werden bedroht und bestraft, während denjenigen, die sich an reaktionären Adressen betheiligen nicht das Geringste gesagt wird. Und womit rechtfertigt man solche Schritte? mit dem Worte Disciplin, auf dem Prinzen wie Referendare gleich dem Fürst von Reuß-Schleiz-Lobenstein herumreiten, ohne zu erwägen, daß sie hiemit gradeswegs in das Heerlager der Reaktion hineinreiten. Die Disciplin ist das zusammenhaltende Band für solche Armeen, die weder aus dem Volke hervorgegangen sind, noch in diesem irgend wie wurzeln, die somit eine eiserne Zuchtruthe bedürfen, um von Gewaltthätigkeiten abgehalten zu werden, so die geworbenen Heere aus dem vorigen Jahrhundert, so diejenigen Heere, die ein blindes Werkzeug in den Händen derer sein sollen, die sie benutzen wollen, einmal um dynastischen Gelüsten, etwa Eroberungsgelüsten zu genügen, ein andresmal um das nach Freiheit ringende Volk niederzudrücken. Weiß man denn nicht, welches die bestdisciplinirte Armee Europas ist? Einstimmig antwortet man die russische. Bei dieser ist es am besten gelungen, das bischen Geist aus dem Individuum herauszudrillen, und eine Maschine herzustellen, die den Winken der Führer ebenso gedankenlos gehorcht, als wäre sie aus Holz und Eisen, anstatt aus Menschen zusammengesetzt. Dieses ist aber der Zustand, den manche so gar sehr heranwünschen, mag dann das Volk seiner Rechte sich bewußt sein, mögen seine Vorkämpfer sich weder in den Schlaf singen noch in den Schlaf schrecken lassen; was schadet es, eine Compagnie Grenadiere zerstreut wie am 18. Brumaire jede gesetzgebende Versammlung, und eine solche Compagnie zu finden, hat ja bei gehöriger Disciplin der Truppen keine Schwierigkeit. Wohl sind manche, die diesen Gedanken nicht im Hinterhalt haben, und dennoch die Disciplin für Kern und Seele der Armee halten; ihnen ist zuzurufen, ihr habt die Geschichte von 1806 — 15 vergessen; die bestdisciplinirte Armee von der Welt wurde von der Davoustschen Löffelgarde, (die Zeitgenossen jenes Krieges werden sich sehr wohl dieser Truppen, ihres äußerlich unmilitairischen Ansehens, und ihres Mangels an Disciplin entsinnen) vollständig geworfen, und erst als man erkannte ein anderes sei Kern und Angelpunkt der Armee, die Begeisterung, die Gesinnung, als man erkannte es komme nicht darauf

Digitized by Google

an, ein schlagfertiges schön geschliffenes und schartenfreies Schwert, sondern vielmehr Männer zu bekommen, die es brauchen und bis zum Tode nicht lassen wollen, erst dann gelang es, die kriegsgeübten Schaaren Napoleons zu besiegen. Vergleiche man doch die Armee von 1813 und die von 1806 in Beziehung auf Disciplin und frage, welche hierin den Vorzug verdiene. Will man aber die Armee, die nur das unter den Waffen sich befindende Volk ist, von aller Theilnahme an Volksangelegenheiten ausschließen; will man die Soldaten sollen weder Berathungen noch Beschließungen beiwohnen, und sie so absichtlich unaufgeklärt und untheilnehmend lassen, damit die Disciplin nicht leide, so will man den Zustand von 1806 und früher herbeiführen; man will die Armee zu einem willenlosen Werkzeug in den Händen der Obern machen, das blindlings dahin schlägt, wohin es befohlen wird, kurz man will einen Zustand herbeiführen, der sowohl der Reorganisation der Armee, wie sie durch Scharnhorst vollführt ist, als den die Jetztzeit beherrschenden Ideen vollständig widerspricht, und der schon vor 40 Jahren morsch in sich zusammengesunken ist, man will mit einem Worte die Reaction. Dr. Pleßner.

Kirche und Staat.

Wir dürfen nicht über den socialen Fragen die religiösen aus unserem Gedächtniß streichen. Bei dem Zusammentritt des deutschen Parlaments und der konstituirenden Versammlung in Preußen, wird es um so nothwendiger die Punkte einzeln hervorzuheben, um welche der Kampf der deutschen Revolutionen gefochten ward. Es hat in den letzten Tagen geschienen, als ob die religiöse Frage beseitigt, die Gleichstellung aller Bekenntnisse hat bei Vielen die Ansicht erweckt, als ob sie bereits erledigt sei. Vergessen wir aber nicht, daß diese Frage ein unterscheidendes Merkmal der Revolution in Deutschland ist. Gestatten wir nicht dem Augenblicke, welcher vor Allem freilich die Beseitigung der materiellen Noth zur Aufgabe macht, daß er uns für die nächste Zukunft unvorbereitet oder gar in der schlechten Weise genügsam lasse. Wir haben in Deutschland nicht blos, wie es in Frankreich geschah, eine Revolution der politischen und socialen Interessen gemacht, wir haben nicht minder, ja wir haben vorzüglich um die Interessen des Geistes gekämpft, und unser Antheil an ihrer Entwickelung ist gegenwärtig ein anderer, und selbst ein höherer, als der der romanischen Völker. Wir können hoffen, daß die sociale Lage sich schneller, als im Nachbarstaate, verbessern wird, behalten wir daher den Ausgangspunkt der deutschen Bewegung nicht weniger im Auge, erachten wir das Verdummungssystem der vergangenen Zeit nicht für so gleichgültig und für so erloschen, daß wir mit seinem Sturze auch jedes Vorurtheil von den vielen, die mit ihm geflissentlich genährt und erzogen wurden mit einem Male verschwunden glauben. Die Revolution hat uns die Pflicht gegeben, den vollen Anspruch der Intelligenz nicht weniger als den der socialen Lage geltend zu machen. Es heißt nun auch auf dem Gebiete des Geistes das Errungene wahren und sichern, und ganz besonders auf dem Gebiete des Geistes, denn dieser ist es allein, der die Wohlfahrt der Völker dauernd begründen kann. Die Trennung von Kirche und Staat ist das Losungswort für die geistigen Fragen geworden. Was aber noththut, das ist schon jetzt ein mögliches Mißverständniß aufzuheben und klar und deutlich auszusprechen, was jede Intelligenz unter Trennung von Kirche und Staat zu begreifen hat.

Die Kirche ist die Gemeinschaft der Menschen auf dem Boden des Glaubens. Der Staat ist die Gemeinschaft der Menschen auf dem Boden der Vernunft.

Digitized by Google

Weil aber der Glaube nothwendig ein mannigfacher, so ist die Gemeinschaft in der Kirche nur ein Schein und in der Wahrheit die Trennung; weil die Vernunft dagegen in allen Menschen dieselbe, so ist die Gemeinschaft im Staate die wirkliche, die alleinige Einheit. Was gab dem Staate die Möglichkeit, sich mit dem Elemente, das ihm direct widerspricht, so lange verbunden zu halten? Es war die trügerische Lehre, daß die Moral ein Ausfluß der Religionen sei, es war das Streben der Tyrannen und aller Freiheitsfeinde, durch diese Lehre Theilung und Zwietracht unter die Menschen zu bringen und folglich die Knechtschaft zu befestigen. Jetzt, da die Menschen sich brüderlich die Hände reichen, jetzt hat sich die Menschheit davon durchdrungen gezeigt, daß die Moral, die Basis des Staates, nur in der Vernunft begründet ist, ja daß die Moral nur darum moralisch, d. h. die Menschen verbindend ist, weil sie vernünftig, dann aber unmoralisch, d. h. die Menschen trennend, wenn sie speziell die religiöse ist.

Was ist nun unmittelbare Folge dieser Wahrheit? Nicht etwa blos, daß sich der Staat verstehe, alle Bekenntnisse vor dem Gesetze und vor dem politische Rechte gleichzustellen. Denn wer gleichstellt übt eine Macht, der erregt eine Meinung, als dürfe, als könne er unter Umständen auch ein anderes thun. Dem Staate, der über das Reich des Glaubens keine Macht besitzt, diese zugestehen, das hieße sich an der Vernunft versündigen, das hieße, im besten Falle das Gute zum Spiele des Zufalls, die Wahrheit zum Werke der Willkür machen. Und dieser Widerspruch ist keineswegs nur theoretischer Art. Es ist kein abstrakter Meinungsstreit, den wir nur künstlich ins Leben rufen.

Der Staat muß die Bekenntnisse ignoriren. Derselbe Staat, der die Bekenntnisse gleichstellt, stellt auch die Geistlichen dieser Bekenntnisse an. Er zwingt demnach eine Minorität des Volkes zum Unterhalte von Aemtern, an deren Bestehen das Volk als solches nicht im entferntesten betheiligt ist, er zwingt die Majorität zu einer Ungerechtigkeit, die ihrerseits die Wurzel alles Unglücks ist. Derselbe Staat, der die Bekenntnisse gleichstellt, setzt ferner nothwendig ein Bekenntniß und zwar ein positives Glaubensbekenntniß voraus; er macht es seinen einzelnen Gliedern zur Bedingung ihrer politischen Existenz, daß sie zu einer konstitutionellen Kirche gehören. Daher auch die Gesetze über den Austritt aus der Kirche, wie wir an einem Beispiel noch in den letzten Tagen zu unserem Erstaunen sahen. Die Heuchelei wird wieder von neuem auf indirecte Weise erzeugt. Denn verkennen wir doch nicht länger, daß Viele nur darum bei einem bestimmten Glauben verharren, weil ihnen das Bekenntniß eines andern Glaubens ohne Lüge nicht möglich ist, daß also der Zufall der Naturnothwendigkeit dann zum wirklichen, unlogischen Gesetze des Geistes wird.

Der Schluß ist einfach: Die Trennung von Kirche und Staat muß eine absolute sein. Ihr praktischer Ausdruck ist aber keineswegs die Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse, sondern vielmehr die Indifferenz des Staates gegen dieselbe. Und als die nächste praktische Forderung bezeichnen wir daher 1) daß fernerhin der Staat aus keinerlei Grunde nach einem religiösen Bekenntniß frage, und 2) daß er die Anstellung der Geistlichen von seiner Befugniß ausgeschlossen, dieselbe vielmehr als eine ausschließliche Angelegenheit der Gemeinden selber erkläre. Wir geben zu, daß transitorische Bestimmungen zweckmäßig sind, damit der Uebergang in die neue Lage auch auf die privaten Interessen mögliche Rücksicht nehme. Das Prinzip aber muß unverzüglich anerkannt werden und seine Verwirklichung darf nicht in zu weite Ferne gerückt sein.

Digitized by Google

Berichte.

Leipzig.

Der hiesige demokratische Verein hat folgende Adresse an die deutsche Nationalversammlung gerichtet:

„Es war zu erwarten, daß die deutsche Bundesversammlung dem erwachten Volksgeiste gegenüber, ihre moralische Ohnmacht anerkennend, sich aller Mitwirkung bei der Wiedergeburt Deutschlands als eines selbstständigen Staates enthalten werde. Die ersten Tage der deutschen Umwälzung schienen diese Erwartung zu rechtfertigen. Mit tiefer, gerechter Entrüstung aber haben wir die volksfeindlichen Pläne vernommen, die durch das in der Bundestagssitzung vom 4. Mai vorgetragene Promemoria enthüllt worden sind; haben wir vernommen, wie Regierungen in trügerischer List die Nationalversammlung durch ihre eigenen Mitglieder zu vergiften beabsichtigten, wie den Vertretern des deutschen Volkes die Vollmacht abgesprochen wird, die ihnen das Volk gegeben hat, über seine Verfassung zu beschließen. Wir erklären hiermit auf das Feierlichste Angesichts der Nationalversammlung, Angesichts des deutschen Volkes: Die Souveränetät steht allein beim Volke. Das souveräne deutsche Volk beschließt durch seine Vertreter in der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. über seine Verfassung Jenes Promemoria tastet die Souveränetät des deutschen Volkes an, wir fordern daher die constituirende deutsche Nationalversammlung auf, ihr Recht zu wahren; wir werden zu ihr stehen mit Gut und Blut, so lange sie das Recht des Volkes wahrt. Vertreter des deutschen Volkes! Das Recht des deutschen Volkes ist in Gefahr. Männer, die das Vertrauen der Fürsten haben, weil sie nicht das Vertrauen des Volkes haben, die gegen das Volk taub sind, weil sie den Fürsten ergeben sind, wollen dem deutschen Volke nach einem Verfassungsentwurfe zu den 34 Fürsten noch einen Fürsten geben, zu den 34 drükkenden Civilisten noch eine 35ste aufbürden. Läßt sich eine Regierungsform, die uns an den Rand des Verderbens und zur Vernichtung alles geselligen Verkehrs gebracht hat, noch länger erhalten? Nein! Und die Februarrevolution hat mit der Stimme des Volkes wiederholt und mächtiger als je mit Nein! geantwortet. Wir sind der Meinung, daß Eine Volkskammer mit einer aus ihr selbst gewählten obersten Behörde zur Vertretung und Verwaltung Deutschlands hinreiche; wir wollen unsere Angelegenheiten selbst verwalten; wollen die Demokratie, die Herrschaft des Volks! Vertreter der deutschen Nation! Vom Volke geht die Macht aus, die ihr habt; das Volk wird Rechenschaft von Euch fordern. Die Verfassung, die ihr beschließt, sie sichere die Herrschaft des Volkes!

ℑ Berlin.

Berlin bot in diesen Tagen ein ähnliches Bild dar wie in den letzten Tagen vor der Revolution am 18. März, nur daß jetzt die agirenden Personen andere waren. Wie damals von den Militärbehörden darauf hingearbeitet wurde den Zwiespalt zwischen Civil und Militär zu vergrößern, so waren in diesen Tagen die Reaktionäre bemüht, Zwistigkeiten zwischen Bürgern und der Arbeiterklasse zu säen. Der alte Satz divide et impera wurde auch hier zu Grunde gelegt und die Aristokratie und Compagnie war auf dem besten Wege zu ihrem Ziele zu gelangen, wenn nicht der gesunde Takt der Arbeiter und Bürger dieses jesuitische Treiben der Reaktionäre bemerkt und eingesehen hätte. Auch hier waren nämlich die Katzenmusiken Mode geworden, die in verschiedenen Ausgaben von lamentoso bis fortissime sich laut machten, und an sich ganz unschuldiger Natur, dennoch von den Reaktionären benutzt wurden, um durch sie Zwiespalt unter Berlins Einwohner zu bringen. Das Glück war diesen Leuten darin günstig, daß der Chef der Bürgerwehr, Gen. v. Aschof, zugleich Kommandant Berlins ist, der sich sonst gerade nicht als Liberalen gezeigt hatte, nun aber in diesen Tagen seine Maske fallen ließ, und durch sein ganzes Verfahren sich als eifrigen Anhänger der Reaktion zeigte. Die unschuldigen Katzenmusiken waren mit einem Male „schrecklicher Unfug, der Schlägereien, Verwundungen und Eigenthumsverletzungen herbeiführte" (hört, hört!!), welchen die Bürger mit aller Gewalt unterdrücken sollten, die nun Tag und Nacht ohne Ruhe noch mehr geplagt wie die Soldaten vor der Revolution mit bloßen Illusionen, die in dem Kopfe des Herrn v. Aschof und Geistesverwandter entsprangen, zu kämpfen hatten. Daß dadurch endlich eine Erbitterung bei den Bürgern erwachte, ist nothwendige Folge; allein das arme Völkchen war nur die Katze, die die heißen Kastanien für Hrn. v. A. und die Reaktionäre holen sollte. Denn diese Leute freuten sich herzlich darüber, immer mehr die Bürger zu entflammen gegen diejenigen, die sie vermeintlich in ihrer Ruhe, also auch in ihrer Gesundheit störten, um das sogenannte Volk wiederum gegen die Bürger aufzuhetzen

Digitized by Google

Wäre es ihnen mit dem Bruche vollkommen gelungen, dann hätten wir vielleicht ein ähnliches Beispiel wie Mainz gehabt, den Bürgern wären die Waffen genommen, Militair und Polizei an ihre Stelle getreten und wir würden in den alten Schmutz wieder zurückgestoßen sein. Allein der Krug geht so lange zu Wasser bis er bricht, so auch hier; das Volk erwachte, man erkannte das Treiben der im Dunkel schleichenden Wichte, man sah ein, wie man hinters Licht geführt worden war, und das Spiel dieser lieben Leute hatte ein Ende. Jetzt ist Einigkeit der Wahlspruch, der von Mund zu Mund klingt, und diesmal ist er nicht bloße Redensart, sondern jeder fühlt, daß alle dahin wirken müssen, um den Attentaten der Reaktionäre gegen unsere junge Freiheit standhaft entgegen zu treten. Mag das Blut auch noch so unwillig wallen über dieses oder jenes Ereigniß, das sich in der nächsten Zeit ergeben sollte, das Volk Berlins wird einig bleiben, um mit vereinter Kraft den Bestrebungen der Reaktion entgegen zu arbeiten, es wird jetzt lieber die Faust in der Tasche machen als sie gegen einander kehren, und sollten alle friedlichen Petitionen und Demonstrationen nichts helfen, nun dann kommt die Hand aus der Tasche und wehe denen, die dann ihr entgegen kommen. — Daß General Aschof ferner nicht mehr Chef der Bürgerwehr sein kann, liegt auf der Hand, von allen Seiten dringt man in ihn, diese Stelle niederzulegen Wenn er auch sich bis jetzt noch nicht erklärt hat, so kann und wird er doch nicht bleiben.

Stolp, den 27. Mai 1848.

(Konstitutioneller Klub.) Der unter dem 10. d. M. hierselbst gegründete „konstitutionelle Klub" scheint einem frühzeitigen Ende entgegenzugehen; nicht als ob es unserer Stadt an Elementen gebräche, das politische Leben zu organisiren, sondern, weil die Art und Weise, wie der konstitutionelle Klub diese Aufgabe zu lösen versucht hat, von Hause aus eine verfehlte war. Als ersten Mißgriff erwähnte ich in meinem letzten Berichte bereits die Zusammensetzung des Comité's aus völlig antidemokratischen Bestandtheilen Ein fernerer Mißgriff liegt in der Ballotage. Will der Klub mehr sein als ein Extrakt der „ersten" Gesellschaft, welche allwöchentlich einmal zusammenkommt und kannegießert, will er, wie die Statuten sagen, durch Wort und That nach Innen und Außen wirken, so mußten die verschlossenen Thüren selbstredend wegfallen. Letzteres hat das Comité hinterher auch selbst eingesehen und folgende Erklärung verbffentlicht: „Der konstitutionelle „Klub hat bei seinem Zusammentreten in „der Ballotage ein Mittel zur Abwehr un„gehöriger (?) sein eigenes Wirken störender „Elemente gesucht." (Man soll hierbei an handgreifliche Demonstrationen durch Blousenmänner gedacht haben.) „Namentlich lag ihm „daran, ein wühlerisches*) Treiben von sich „fern zu halten, seine Rednerbühne nicht zum „Tummelplatz des leeren oder gar feilen (!) „Geschwätzes (!!!) werden zu lassen, nicht „Verwirrung statt Aufklärung, Zerwürfniß „statt Einigung zu verbreiten Vielleicht (?) „ist er in seiner Besorgniß zu weit gegangen. „Mit Bedauern bringt er jetzt in Erfahrung, „daß die Ballotage in der angenommenen „Weise auch bei Ehrenmännern Bedenken er„regt hat und tüchtige Kräfte dem Gemein„wirken zu entziehen droht. — Es kann nicht „Absicht des Klubs sein, aus Starrsinn mißliebige (Zugeständniß!) Maaßregeln festhalten zu wollen und das Comité hat daher „beschlossen, in der nächsten Versammlung „eine Abänderung des betreffenden Theiles „der Statuten vorzuschlagen."

Die verheißene Versammlung hat denn auch am 24. d. Statt gefunden, der Beschluß ist indessen dahin ausgefallen, daß es bei der Ballotage verbleibe, wobei die das aristokratische Element der Versammlung hinlänglich dokumentirende Aeußerung eines Mitgliedes: „Ballotage sei nothwendig, damit man gewiß „sein könne, sich unter Gebildeten zu bewegen" von besonderem Gewichte gewesen sein soll. — In derselben außerordentlichen Versammlung ward auch der übrige Inhalt der vielfach angegriffenen Statuten von Neuem zur Berathung gezogen, deren Ergebniß (hört! hört!) das war, daß das Einschreibegeld von 15 Sgr auf 10 Sgr. der monatliche Beitrag von 5 Sgr. auf 2½ Sgr. herabgesetzt wurde. Dagegen ward die Bestimmung: daß eine Majorität von ⅔ über die Aufnahme und einfache Stimmenmehrheit über die Exklusion zu entscheiden habe, für so überaus weise und gerecht erachtet, daß das Fortbestehen derselben nicht einmal in Frage gestellt wurde.

Die Wirksamkeit des Klubs nach Außen betreffend, so hat die gute Vossische das von demselben dirte Vertrauensvotum für das Ministerium Camphausen in der bekannten Zurückberufungsangelegenheit bereits zur Kenntniß gebracht. Der constitutionelle Klub sieht in dem Schritte des Staatsministeriums, durch welchen dem Staate der erste Bürger, unserer Provinz der Statthalter, dem Heere ein verehrter Führer wiedergegeben werde, ebenso einen unerläßlichen Akt der Gerechtig-

*) Man vergl. No. 15. und 16. des „Wächters", S. 307.

keit (?) als das wirksamste Mittel gegen (?) trügerische Hoffnungen der Reaktion. Der Klub will einem „erregten Theile der Bevölkerung Berlins niemals das Recht zugestehen, den Willen des preußischen Volkes zu vertreten", begeht aber denselben Fehler, welchen er an andern rügt. Denn durch die Veröffentlichung seiner Adresse legt er jedenfalls dieser eine Wichtigkeit bei, als vertrete sein Beschluß die hiesige allgemeine Stimmung, was keineswegs, der Fall ist. Wir sehen hier gar keinen Grund, den Prinzen zurückzurufen, sondern erwarten, daß, wenn sein Vaterland ihm mehr am Herzen liegt, als seine unaufgeklärte hohe Mission und er es mit seinem Gewissen vereinbar erachtet die Krone von Preußen zu tragen, daß unter diesen Voraussetzungen der Prinz von selbst und zur rechten Zeit sich einstellen werde. Das dem widersprechende Vertrauensvotum des konstitutionellen Klubs ist daher in Bezug auf ihn selbst ein Mißtrauensvotum geworden und hat vollends jegliche Sympathie für denselben bei den aufrichtigen Freunden der konstitutionellen Monarchie erstickt. Seine Vollblütigkeit wird ihm einen Schlaganfall zuziehen, die aristokratische Larve wird fallen und des Pudels Bern wird sich in seiner ganzen Nichtigkeit offenbaren. —

Stettin.

Volksverein. In der letzten Sitzung wurde abermals über die Gewerbefreiheit debattirt, und deren Beschränkung im Interesse der Meister von einigen Meistern verlangt. Neue Ideen kamen dabei nicht zum Vorschein; nicht etwa unsere sonstige Gesetzgebung, die so schlecht und mangelhaft, daß sie eine Revolution hervorgerufen, nicht etwa Mangel an Intelligenz, Kredit und Kapital, Mangel an guten Gesetzen, an Freiheit sondern die Freiheit selbst soll an allem Unglück Schuld sein. Mit einem Meisterstück, mit einem Verbot, Lehrlinge vom Lande anzunehmen ꝛc. mit solchen armseligen Mitteln hofft man die kranke Zeit zu heilen. Neu war nur die Bemerkung, daß die Gewerbefreiheit an dem Verfall, an dem Ruin der Provinz Preußen Schuld sei. Bisher galt die Ansicht, daß Mangel an Verkehrsfreiheit, Mangel an Absatz und Ausfuhr in Folge der russisch-polnischen Grenzsperre die Ursache des Verfalls. Wir haben speciell von Danzig nachgewiesen, wie durch diese Grenzsperre mehre Industriezweige ganz eingegangen, wie andere, wenn ihnen nicht durch Wiederherstellung eines freien und selbstständigen Polens der alte Markt in Polen eröffnet werde, mit dem Untergange bedroht seien — eine Ansicht, die auch das Danziger Bürgerblatt theilt, wie denn allgemein in der Provinz Preußen die Grenzsperre als Ursache der Leiden angesehen wird. — Diejenigen, die geglaubt hatten, der Verfassungsentwurf, der die Interessen Aller berührt, werde zur Diskussion kommen, fanden sich getäuscht. Dieser für das gesammte Volk so hochwichtige Gegenstand kam nicht zur Erörterung. Wir verkennen die Wichtigkeit der Gewerbefrage keineswegs, aber wir halten es für etwas selbstsüchtig, wenn man sich immer mit seinen Angelegenheiten in den Vordergrund drängt und dadurch die Besprechung anderer Dinge hindert. Das Wichtigste ist für den Augenblick, daß wir uns über Umfang und Bedeutung der politischen Rechte klar werden, daß dem Volke die ihm gebührenden Rechte gesichert werden. Am Schluß der Sitzung beantragte Hr. Dr. W. Stahr, der Verein möge dem Stadtrath Sternberg, der in neuerer Zeit vielfach verleumdet sei, einen Beweis der Anerkennung geben und dadurch die Verketzerungen zurückweisen. Der Antrag fand die allgemeinste und lebhafteste Unterstützung und wurde sofort aus der Mitte der Versammlung eine Deputation erwählt und an Herrn Stadtrath Sternberg abgeordnet, der sich die ganze Versammlung in einem langen Zuge anschloß.

Aufruf: Ein schmerzliches Gefühl, wie es die Brust des thatkräftigen Mannes bewegt, wenn seine wehrlose Hand ihn vor den Angriffen und Demüthigungen seiner Feinde nicht zu schützen vermag, durchbebt jetzt die deutschen Uferstaaten von der Memel bis zur Ems. — Vor unseren Flüssen und Häfen lauert der Däne, friedliche Kauffahrer mit reicher Ladung werden seine leichte Beute, Handel und Gewerbe stocken mit der gelähmten Schiffahrt, die Quelle des Wohlstandes und des Unterhalts für Tausende von Familien versiegt, und in ohnmächtigem Zorn müssen wir dem Unabwendbaren uns fügen, da wir der Mittel zur Vertreibung und Züchtigung unseres Gegners auf dem ihm heimischen Elemente gänzlich entbehren. — Der Traum einer Kriegsflotte hat das Vaterland während seines langen Friedenschlummers oft lebhaft aufgeregt, allein es blieb eben nur ein Gebilde der Phantasie, und erst jetzt nachdem welterschütternde Ereignisse hereingebrochen, wird die dringende Nothwendigkeit der sofortigen Beschaffung einer Seewehr gegen jetzige und künftige Feinde allgemeiner anerkannt. Abgesehen von den Maßregeln, die Seitens der Regierungen zur Förderung der Angelegenheiten getroffen werden mögen, ist es gewiß eine schöne Aufgabe für alle Bewohner deutscher Lande, den längstgehegten Traum zu verwirklichen, selbstständig die Anfänge der vaterländischen Flotte zu bilden, und zu den erforderlichen Mitteln, selbst in kleinen Scherf-

Digitized by Google

lein, nach Kräften beizusteuren. — Auch in unsrer Stadt haben reichliche Sammlungen stattgefunden, und bereits in Angriff genommen ist der Bau von zwei Kanonen-Jollen, die hoffentlich binnen einigen Wochen fertig und dem Staat zur Verwendung überwiesen sein werden. Von der Ueberzeugung geleitet, daß nicht die Seeküste allein die Wimpel unserer Flotte mit Stolz begrüßen wird, und daß wirklich Großes nur durch allgemeinere Betheiligung erstrebt werden kann, ergeht von dem unterzeichneten Comité die dringende Bitte an Stadt und Land, nah und fern, durch weitere Beiträge die gute Sache unterstützen und den ferneren Bau auch von größern Kriegsfahrzeugen möglich machen zu wollen. — Die hiesige Ritterschaftliche Privat-Bank von Pommern hat sich freundlichst erboten die Verwaltung der eingehenden Gelder zu übernehmen, und werden die im Inlande sich für diese Sammlungen Verwendenden höflichst ersucht, der genannten Bank die Erträge ihrer Bemühungen auf passendstem Wege zukommen zu lassen. — Ueber die Verwendung der eingehenden Gaben, den Fortgang des Schiffsbaues und die weiteren thunlichen Maßnahmen wird durch die öffentlichen Blätter getreu berichtet werden. Stettin, den 27. May 1847 Das Comité für den Bau von Kriegsfahrzeugen zur deutschen Flotte. F E. Christen. C. Hellwig. L Karkutsch. Lenz, Ingenieur-Major. G. Sturm. Ernst Wegener L. Weidner.

Die Greifswalder Korrespondenten der Börsen-Nachr. und des Wächter haben sich die Ungnade der Greifswalder Professorenwelt zugezogen. Englische Minister lassen sich die schärfsten Kritiken gefallen, sie wissen, daß sie, indem sie in die Oeffentlichkeit heraustreten, sich dem öffentlichen Urtheil Preis geben, während Deutsche, namentlich Greifswalder Universitätsprofessoren, weil sie auf ihrem Katheder unantastbar, in jeder Kritik sogleich Majestätsbeleidigungen „abgeschmackte Verdächtigungen" und „Verläumdungen" finden. Hr. Prof. Baier läßt uns eine lange „Berichtigung" einer Greifswalder Korrespondenz in No. 17 des Wächter zugehen, aus der wir Folgendes ausheben: „Was ich unter Anderm zur Vertheidigung des Zweikammer-Systems in jener Sitzung des Clubs vom 13ten d. M. sagte, war ungefähr Folgendes: „die erste Kammer aus der Wahl des Volkes hervorgegangen, aus selbstständigen unabhängigen Männern, seien es Grundbesitzer, Fabrikherren, tüchtige Mitglieder großer Corporationen, Collegien und Universitäten u. s. w. – zusammengesetzt, sei keineswegs blos eine Stütze des Königthums und der Regierung, sondern ebenso dieser gegenüber, wie im Gegensatz zu Partheitendenzen aristokratischer und reaktionairer Art, ein Schutz der gesetzmäßig geordneten nationalen Freiheit. Um der Freiheit des ganzen Volkes willen sei ich für eine erste Kammer. Sollten etwa aristokratische Gelüste gegen die Freiheit des Volkes hervortreten in der ersten Kammer, so habe man diese nicht zu fürchten, da die zweite Kammer ja dann ihren Feind sich gegenüber habe und ihn bekämpfen könne u. s w." Dieser Auszug mag genügen, da ein Theil der Berichtigung wegen höchst unangemessener Ausdrüke gegen unsere Korrespondenten sich nicht zur Mittheilung eignet. Hr. Prof. Baier ist offenbar in sehr übler Laune und in sehr gereizter Stimmung gewesen; „nicht ohne inneres Wiedersträuben" hat er diese Berichtigung geschrieben, in der er nebenher die „anonymen Helden" in den Börs. Nachr. und im Wächter der „Verleumdung" beschuldigt, ohne seine Anschuldigung, wie es Pflicht des Anklägers, zu beweisen. Wunderbar scheint uns die Erbitterung des Hr. Prof. gegen „anonyme Korrespondenten" gegen „anonyme Helden", da er, wie wir beweisen können, kein unbedingter Gegner der Anonymität. Bei der Achtung, die wir den Verdiensten des Hr. Prof. Baier zollen, bei der ehrenden Anerkennung seines Strebens, die unsere Greifswalder Korrespondenten früher offen ausgesprochen (Hr Prof. Baier füllt mit wahrhaft großem Verdienst und voller Würde seinen Platz als Docent der theologischen Fakultät; W. 1847 H. 8 S. 503), bedauern wir es aufrichtig, daß Hr. Prof. Baier sich und seine Kollegen so leicht verletzt findet. — Unsere Greifswalder Korrespondenten, die wir unmöglich in unserem eignen Blatte in der von Hr. Prof Baier beliebten Weise angreifen lassen können, wollen etwas vorsichtig sein u bedenken, daß Professoren, bisher nur gewöhnt zu kritisiren, nicht aber kritisirt zu werden, Kritik und Widerspruch nicht gut ertragen können und sich erinnern wie die Göttinger und andere zusammenfuhren als die Krtiik der Deutschen Jahrbücher ihrer Blöße zeigte.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. №. 25.

Freitag, den 2. Juni.

Inhalt: Deutschland nach innen und nach außen. Kann die Pädagogik noch ferner Dienstmagd der Theologie sein? Der Zeitungsstempel. Berichte: aus Stettin, Coblenz, Posen.

Deutschland nach innen und nach außen.

I.

Die Reaktionäre aller Farben erheben täglich ihr betäubendes Geschrei: Ruhe! Ruhe! Ruhe um jeden Preis, das ist der Anfang und das Ende ihrer politischen Weisheit. Das Geschrei ist kindisch; es zeigt, was von der politischen Weisheit dieser Leute zu halten ist. Kein Mensch ist gegenwärtig ruhig; die Bewegung hat die ganze Welt ergriffen; sie wird sich nicht eher legen, bis sie ihr Ziel, die Freiheit, erreicht hat. Wo Bewegung ist, da kann keine Ruhe sein: beides sind Gegensätze, die sich ausschließen. Nicht die Ruhe ist das, worauf es gegenwärtig ankommt; wer möchte das Unmögliche wollen? Das, worauf es jetzt ankommt, ist der Friede, die Ordnung in der Bewegung. Der Friede, die Ordnung in der Bewegung können nur dann erhalten werden, wenn der Geist, dessen Athem die Bewegung hervorgerufen hat und wach erhält, vollständig anerkannt wird. Dieser Geist aber ist der Geist der Freiheit, der Freiheit für Alle, der Demokratie. Das Volk hat sich aller Orten erhoben, um die Bevorrechtungen zu stürzen, welche der allgemeinen Menschenwürde Hohn sprechen, um die gleiche Berechtigung Aller zu Allem zu verwirklichen. Wer die Sache der Demokratie fördert, der fördert den Frieden und die Ordnung in der Bewegung; denn er hilft sie befriedigend lösen. Wer sich aber der demokratischen Entwickelung entgegenstemmt, der fördert den Unfrieden und die Unordnung; denn er versucht die Bewegung gewaltsam zu brechen und zu unterdrücken. Die Forderungen eines bis in seine tiefsten Tiefen aufgeregten Volkes lassen sich aber nicht unterdrücken; sie lassen sich höchstens aufhalten und dann sind eben neue Stürme unvermeidlich, um die künstlich geschaffenen Hindernisse zu beseitigen. — Von welcher Seite tritt man der demokratischen Richtung der Zeit, den Forderungen des deutschen Volkes am entschiedensten entgegen? Von Seiten der meisten deutschen Regierungen, der alten sowohl, wie der neuen, und von Seiten des alten abgestandenen Bundestages trotz des Beisitzes der s. g. Vertrauensmänner. Das preußische und das badische Ministerium haben die schnellsten Fortschritte auf dieser gefährlichen, die Ordnung gefährdenden Bahn gemacht.

Des gepriesenen liberalen Ministeriums neuste Maaßregel ist: Zurückberufung des Prinzen v. Preußen! Und wie «delikat» dieses bürgerliche Ministerium ist, wahrhaftig, viel delikater beinahe, als die hohe Diplomatie. Nach seinem Antrage ist der Prinz nicht durch die Revolution aus Berlin vertrieben; Gott bewahre, er befindet sich nur in Folge einer diplomatischen Sendung in England und die Rückkehr wird ihm nicht gestatet, nein, er wird darum gebeten! Na-

Digitized by Google

türlich; denn wir haben keine Revolution gemacht; uns sind nur aus freiem Antriebe (NB. als die Kanonen es nicht mehr halten konnten) einige Zugeständnisse gemacht. Sagt mir nur, ihr Herren Minister, wen haltet ihr für so dumm, daß er sich durch eine so plumpe, abgeschmckte Heuchelei täuschen ließe? Oder habt ihr sie nur für euch, zu eurer eignen Beruhigung bestimmt? Solche Maaßregeln, die erbittern. Wollt ihr das Volk nochmals herausfordern? Habt auch ihr Nichts gelernt und Nichts vergessen? Wer weiß, ob der Zurücknahme dieser wahnsinnigen Maaßregel nicht schon das verhängnißvolle »Zu spät« entgegengedonnert? Wer hat dannn den Frieden und die Ordnung gestört? — Ich könnte Bogen voll schreiben, wollte ich alle die Reaktionsversuche notiren, welche man an allen Ecken und Enden des kaum befreiten Vaterlandes schon jetzt wieder mit frecher Stirne versucht. So viel ist gewiß, daß gerade diese Reaktionsversuche das Mißtrauen wach erhalten und damit den Handel und Wandel lähmen, weil jeder vernünftige Mensch, dem nicht ein Ministerportefeuille den Blick umnebelt hat, einsieht, daß auf diesem Wege ein neues blutigeres Zusammenstoßen der Reaktian und des Volkes unvermeidlich ist. Der Friede, die Ordnung in der Bewegung kann nur erhalten werden, wenn die Regierungen sich offen den Grundsätzen der Demokratie anschließen, wenn sie offen die Souveränität des Volkes anerkennen. Das Volk will jetzt seine Rechte, seine Freiheit gesichert wissen. Jeder Versuch, die Bewegung zu unterdrücken, ist eine offenbare Herausforderung zu neuen gewaltsamen Erhebungen. Die eigentlichen Aufrührer, das sind jetzt die Raktionäre! Derselbe Grundsatz gilt für die äußere Politik Deutschlands; die Anerkennug der Demokratie, die Wiederherstellung der unterdrückten Nationen, die Verbrüderung der befreiten Völker auf demokratischer Grundlage müssen auch hier die Richtschuur des Handelns bilden.

Kann die Pädagogik noch ferner Dienstmagd der Theologie sein?

„Nach ewigen, ehernen,
Großen Gesetzen
Müssen wir Alle
Unseres Daseins
Kreise vollenden."
Göthe.

Nur der Humanismus macht wahrhaft frei und sittlich; denn Theologie ist Theologie, sei sie rationale oder orthodoxe. Beide gehen im Grunde von denselben Principien aus und unterscheiden sich nur dadurch, daß letztere diese Principien bis zur äußersten Consequenz verfolgt, während erstere sich mit halben Resultaten begnügt. Beide sind dualistisch: sie unterscheiden z. B: ein doppeltes Leben, ein diesseitiges und ein jenseitiges, eine doppelte gesellschaftliche Verbindung, Staat und Kirche, eine doppelte Zeit, eine heilige und eine profane; beide sind speculativ: sie gehen mit ihren Lehren über das Erkennbare hinaus, begeben sich also in das Reich des Unwirklichen, Imaginären: beide sind egoistisch und daher unsittlich: das Höchste, was sie zu erreichen beabsichtigen, ist die Privatseligkeit. In dieser Welt „unlösbarer Räthsel, unsäglicher Drangsale" in der die Tugend vielfach in Gefahr kömmt, gilt als Kampfpreis „das ewige H.eil;" die Sittlichkeit ist somit nicht auf sich selbst gestellt, sondern von Lohn und Strafe von egoistischen Principien abhängig. Beide sind unfrei: sie sprechen zwar von „Freiheit des Denkens, der Wissenschaft"; aber diese Freiheit ist nur eine Freiheit innerhalb gewisser, von außen gesetzter Schranken, also keine Freiheit. Der Ra-

Digitized by Google

tionalismus ist demnach im Orthodoxismus mit gerichtet; und wir haben kein theologisches System auszuschließen, wäre es auch das des Herrn Rupp in Königsberg.

Das Objekt der Erziehung ist der Mensch; es fragt sich daher zunächst, was die Theologie über das Wesen des Menschen lehrt.

Sie nennt den Menschen „einen elenden Erdenwurm;" und dieser Ausdruck schon läßt schließen, daß sie ihn nicht besonders günstig beurtheilt. So ist's denn in der That! Sie sieht in dem Menschen Nichts, als ein sowohl intellektuell als moralisch; kurz durch und durch untüchtiges, ohnmächtiges Wesen. Das ist hart aber sie kann nicht anders! Ist nämlich der Mensch kein in Sünden empfangenes als Sünder gebornes und im Sündenwust fortdauerndes, sondern vielmehr ein Wesen, dessen Geist sich selbst zum Sittengesetz entfaltet; ist ferner das Wissen des Menschen nicht elendes „Stückwerk" sondern ein Etwas, daß sich zu einer immer größern Macht über die rohe Materie entwickelt: so ist das große Drama des Erlösungswerkes offenbar vergebens aufgeführt worden; denn einerseits hat das Blut des Gottmenschen alsdann Nichts rein zu waschen und andererseits bedarf der Mensch der Hülfe nicht, welche ihm die Theologie, um ihn von den Mängeln und Schlacken der Materie zu befreien, durch eine supernaturale Macht verheißt. Dies haben auch die Theologen (i. e. die ächten) aller Zeiten erkannt, Augustinus predigte den Grundsatz von der gänzlichen Unfähigkeit des Menschen zum Guten; Luther that dasselbe und behauptete, daß nur ein besonderer Gnadenakt Gottes die Höllenstrafen lindern könne; und Melanchthon überantwortete mit einer ihm allerdings schmerzlichen Consequenz die, ihm durch seine klassischen Studien liebgewordenen Heiden der Verdammniß. Wir haben nun aber zu fragen, in welchem Verhältniß dieses Prinzip zu Erziehung und Unterricht steht. Die Antwort ist einfach die, daß sich darauf gar kein Erziehungs und Unterrichtssystem gründen läßt. Denn Erziehung und Unterricht setzen nothwendig in dem Zöglinge eine, für das Wahre, Gute und Schöne zu bildende Kraft voraus; jenes Prinzip will aber von einer solchen Kraft im Menschen Nichts wissen. So viel wir uns also auch bemühen mögen, unser Zögling ist und bleibt „ein elender Sünder"; ja noch mehr: wir werden die Verworfenheit und Strafwürdigkeit des Armen durch unsere Arbeit nur noch größer machen. Oeffnen wir ihm die Pforten der Wissenschaft: so wird er sich bald überzeugen, daß der Mensch aus „eigener Vernunft und Kraft" doch etwas kann, ja daß die Behauptung von der Beschränktheit und Endlichkeit des, doch ins Unendliche fortschreitenden, das Unendliche denkenden, also selbst unendlichen Menschengeistes Nichts ist, als „das Produkt einer Täuschung". Damit ist er aber zu der Theologie in den entschiedensten Gegensatz getreten, und diese muß das Verdammungsurtheil über ihn aussprechen.

Die bisherige Verbindung zwischen Theologie und Pädagogik ist demnach nicht länger haltbar. Aber die Theologie weiß sehr wohl, daß sie Alles verloren hat, wenn die Leitung der Jugend ihren Händen entrissen wird; sie darf daher ihr Oberhoheitsrecht um keinen Preis fahren lassen. Wie ist dasselbe aber aufrecht zu erhalten? Ihr Prinzip, das fühlt sie, ist abgenutzt; sie durchsäuert es daher mit dem Neuen und glaubt nun, verjüngt dazustehen. „Füllet man aber Most in alte Schläuche?" Vergebens also ist diese Mühe! Göthe sagt:

„Alles, was entsteht,
Ist werth, daß es zu Grunde geht."

Ja nach einem großen, unwandelbaren Naturgesetze wird die ewige Entwickelung durch eine fortdauernde Zerstörung, durch eine sich immer wiederholende Vernichtung bedingt. Nur aus dem vermoderten Saamenkorne steigt ein junges Leben

Digitized by Google

empor; so hat auch das Menschengeschlecht nur durch Vernichtung und Zerstörung hindurch den heutigen Standpunkt in der Entwickelung erreichen können und wird sich nur unter Vollziehung jenes Gesetzes auf einen noch höhern zu erheben vermögen. Zwischen einem alten und einem neuen Prinzip ist also kein Vertrag, keine Vermittelung möglich; das alte Prinzip muß weichen.

Nehmen wir nun von einem solchen, zwischen Theologie und Pädagogik angestellten Vermittelungsversuche nähere Kenntniß!

Der „geheime Schulrath und Professor Dr. Karl Justus Blochmann" vindicirt in seinem „Heinrich Pestalozzi" dem Menschen außer „einem tiefinwohnenden Keime zur Sünde eine Fülle göttlicher Anlagen" und läßt ihn nur so lange unfähig zum Guten sein, „bis der Sohn ihn frei gemacht und jede Tücke des Herzens hinweggenommen hat."

Der „tief inwohnende Keim zur Sünde," sowie die übernatürliche Einwirkung des Sohnes sind theologische Theorien; aber „die Fülle göttlicher Anlagen" ist eine moderne Zuthat, eine der Wissenschaft gemachte Konzession. Was nützt es aber Herrn Blochmann, aus zwei himmelweit verschiedenen Prinzipien ein Ragout zu bereiten, so daß nun Natürliches und Uebernatürliches wie eine chaotische Masse durcheinanderströmen? Kann ihm ein nur einigermaßen zur Klarheit Gekommener darin beistimmen, daß der Mensch einerseits sein Heil von den Einwirkungen einer supernaturalen Macht zu erwarten habe und andererseits natürlichen Entwickelungsgesetzen unterworfen sei? — Nein, nein! Herr Blochmann, wir sind nachgerade wenigstens so weit gekommen, Entweder — Oder sagen zu können.

Der Mensch wird weder als Sünder noch als Tugendheld geboren. Die neue Psychologie zeigt, daß er bei seiner Geburt nur im Besitze sämmtlicher Urvermögen ist, welche bestimmte Grade der Reizempfänglichkeit, Lebendigkit und Kräftigkeit zeigen. Alles hängt nun von der Erregung dieser Urvermögen ab, indem jede derselben „eine Spur zurückläßt im Innern (in der unbewußten Substanz) unseres Seelenseins."*) Auf Grund dieser Spuren bilden sich nun weiter nach bestimmten Gesetzen Begriffe, Urtheile, Gefühle, Antriebe u. s. w. Sehen sie da, Herr Blochmann, die Lösung des Räthsels! Mit derselben Nothwendigkeit mit welcher der nicht unterstützte Körper die ihm von der Anziehungskraft der Erde vorgeschriebene Bahn durchläuft, muß auch der Mensch den Antrieben folgen, welche durch die Erregungen in ihm hervorgerufen wurden. Die krampfhaften Erregungen sind es also, und nicht „ein tief inwohnender Keim zur Sünde," wodurch die Sünde, das Verbrechen erzeugt wird. O, beklagenswerther Irrthum! Nachdem der Mensch durch die Erziehung, resp. durch unvernünftige sociale Zustände verwahrlost, soll ihm das Böse von Adam her angeerbt sein.

Fort mit dieser Ansicht, die unsere Thatkraft lähmt, indem sie uns träge harren läßt, daß „der Sohn die Tücke des Herzens hinwegnehme." An uns ist es, sittliche Größen zu bilden, den Organismus des Individuums und der Gesellschaft so zu gestalten, daß die schwarzen Flecken der Sünde verschwinden.

Die Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen vom 11. Dezember 1845 bestimmt in den §. §. 33 und 35, daß die Anordnungen über das Innere des Schulwesens (Unterweisung, Lehrmethode, Befolgung des Lehrplans u.

---

*) Beneke Erziehungs und Unterrichtslehre Bd. I. S. 49. desselben Lehrbuch der Psychologie S. 56.

Digitized by Google

ſ. w.) und die Aufſicht über die Amtsführung der Lehrer zu den Obliegenheiten des Pfarrers als Lokalinſpectors der Schule gehören," und daß, „in der Regel die Superintendenten, Erzprieſter und Dekane das Amt eines Kreisſchulinſpectors zu verwalten haben."

Die Schulordnung hat alſo die Leitung des Elementarſchulweſens in den Händen der Theologen belaſſen. Seit jener Zeit haben wir aber manchen Schritt vorwärts gethan, der wichtigſte liegt in dem Geſetz vom 30. März 1847, durch welches Jedem geſtattet iſt, ſich von der Theologie zu emancipiren. Ganz abgeſehen von der, oben nachgewieſenen Unfähigkeit, zur Leitung der Jugenderziehung, gehört es ſchon zu den Conſequenzen dieſes Geſetzes, die Geiſtlichkeit von den Schulen fern zu halten, ſowie überhaupt jeden Dogmatismus aus dem Jugendunterricht zu verbannen. Denn da es erlaubt iſt, anti-theologiſch geſinnt zu ſein, ſo kann von den Eltern auch nicht gefordert werden, ihre Kinder theologiſch erziehen zu laſſen; im Gegentheil haben Eltern das Recht, zu verlangen, ihre Kinder nicht mit Sachen zu behelligen, an die ſie ſelbſt nicht mehr glauben, die nach ihrer Ueberzeugung der intellektuellen und moraliſchen Entwickelung nur hinderlich werden können. In Nordamerika ſind dieſe Forderungen bereits verwirklicht, indem die Theologen den dortigen Schulen ſo fern ſtehen, als die Juriſten und Mediziner den unſrigen; auch wird dort nur ein, von jedem Dogmatismus unabhängiger Unterricht in der Moral ertheilt. Möchte man bei uns dieſem Beiſpiele bald folgen!

Der Zeitungsſtempel.

Die Preſſe iſt der gewaltigſte Hebel der Volksbildung; um ſo unverzeihlicher iſt es, daß ſie nicht die Berückſichtigung, die Erleichterung gefunden, die ſie verdient, daß ihrer Entwickelung, ihrem Gedeihen in Preußen entgegenſtehende Hinderniſſe noch nicht weggeräumt ſind. Noch wird ein hoher Portoaufſchlag erhoben, noch beſteht der Inſertionszwang und der Zeitungsſtempel. Der Staat benutzt das wichtigſte, einflußreichſte Mittel der Volksbildung, die Preſſe, als Finanzquelle; er beſteuert, indem er einen Zeitungsſtempel erhebt, die Verbreitung der politiſchen Bildung, was im Polizeiſtaat nicht auffällt, was aber mit den Prinzipien des freien Staats unvereinbar. Indem der Staat eine Steuer von den Zeitungen erhebt, beſteuert er das Leſen der Zeitungen. Was kann man ſich dabei Vernünftiges denken? Gehört das Leſen von Zeitungen zu den Luxusartikeln? Keineswegs. Die Zeitung iſt jedem politiſchen Menſchen, ſie iſt jedem Geſchäftsmanne, bis zum Käſekrämer, ein unentbehrliches Bedürfniß.

Iſt es nun ſchon unverzeihlich und unverantwortlich in einem freien Staate die Verbreitung politiſcher Bildung zu erſchweren und zu verhindern, indem man Zeitungen beſonders beſteuert und dadurch vertheuert, ſo iſt die Art und Weiſe, wie der Zeitungsſtempel erhoben wird, eine himmelſchreiende Ungerechtigkeit.

Jede politiſche Zeitung zahlt für jedes Exemplar jährlich eine Stempelſteuer von 1 Rthlr., eine ausländiſche 1½ Rthlr., ein Schutzzoll, deſſen die inländiſche Preſſe nicht bedarf. Der Betrag dieſer Stempelſteuer iſt für die größte und für die kleinſte politiſche Zeitung ganz derſelbe und das iſt eine durch nichts zu rechtfertigende Ungerechtigkeit, die das Aufkommen kleinerer Blätter unmöglich macht, das Entſtehen einer wohlfeilen Volkspreſſe verhindert. Eine Zeitung, die in einer Provinzialſtadt, für die Bedürfniſſe der Provinz und das Volk berechnet, wöchentlich dreimal oder ſechsmal einen halben Bogen ſtark erſcheint — zahlt jährlich einen Thaler Stempel, eben ſo viel, wie eine Zeitung, die im größten Folio-

Digitized by Google

format mit einer Unzahl von Beilagen wöchentlich siebenmal ausgegeben wird. Eine Zeitung, die für 4 Rthlr. verkauft wird, zahlt dieselbe Stempelsteuer, wie eine andere, die 8 Rthlr. am Druckort kostet. Von der kleinen Zeitung erhebt der Staat ein Viertel des Verkaufspreises als Stempel, von der großen nur ein Achtel. Der Staat nimmt dem kleinen Zeitungsschreiber 100 Rthlr. Steuer von 400 Rthlr. des Verkaufspreises, dem großen eben so viel von 800 Rthlr. Ist das gerecht, ist das billig? Ist es zu verantworten, zu entschuldigen, daß der Eine von seiner weit geringeren Einnahme noch einmal so viel Steuer zahlt, als der Andere von einer weit größeren Einnahme?

Durch diese Bestimmungen über den Zeitungsstempel, häufig auch durch Ermäßigung des gesetzlichen Porto, werden die großen Zeitungen in den großen Städten bevorzugt, indem sie verhältnißmäßig weniger Steuer und einen geringeren Portoaufschlag zahlen als die Provinzialzeitungen, deren Wirkungskreis und Absatz weit beschränkter, deren Preis weit niedriger. Diese Stempelabgabe drückt die kleinen Zeitungen, sie erschwert das Entstehen derselben, sie kann bei einer illiberalen Auslegung die ganze kleine Presse, die Volkspresse ruiniren, da die kleinen Blätter bei niedrigem Preise und geringem Absatz Zeitungsstempel nicht tragen können.

Durch den Stempel ist der Regierung, den Behörden, der Bureaukratie Macht und Gewalt gegeben, die ganze kleine Presse, die Volksblätter, zu unterdrücken, da bei der Wohlfeilheit derselben, bei einem Preise der häufig mit dem Portozuschlage 2 bis 2½ Rthlr. jährlich nicht übersteigt, die Stempelabgabe die Hälfte des Preises beträgt. Daß wir keine leeren Befürchtungen aussprechen, daß es den Behörden möglich durch illiberale Auslegung des Stempelgesetzes die Volkspresse, die Volksblätter zu unterdrücken, lehrt uns die jüngste Geschichte der Presse. Das westphälische Dampfboot nimmt Abschied von dem Leser und hört mitten im Quartal auf zu erscheinen, weil der Provinzial-Steuerdirektor von Westphalen plötzlich verlangt das Dampfboot müsse den Zeitungsstempel tragen, weil es zweimal wöchentlich erscheine und einzelne politische Tagesfragen in besondern Artikeln bespreche. Einmal ist es eine durch nichts zu rechtfertigende Ungerechtigkeit, die sich der Staat am allerwenigsten zu Schulden kommen lassen sollte, wenn ein Blatt, wie das westphälische Dampfboot, das für 2½ Rthlr. jährlich durch die Post debitirt wird, denselben Stempel, einen Thaler jährlich tragen soll, wie die Kölner Zeitung, oder wie der preuß. Staatsanzeiger, der 8 Rthlr. jährlich kostet. Dann aber ist es reine Willkür ein Blatt deswegen für eine politische Zeitung und somit für stempelpflichtig zu erklären, weil es zweimal wöchentlich erscheint und einzelne politische Tagesfragen bespricht, da dann literarische, Handels, ja Modezeitungen und eine große Zahl von Volksblättern ebenfalls politische Zeitungen und stempelpflichtig sein würden. Diese bisher unerhörte Auslegung und Anwendung des Stempelgesetzes auf ein Blatt, wie das westphälische Dampfboot, das gar keine Tagesneuigkeiten, gar keine Zeitungsberichte liefert, zeigt deutlich, daß man die Tendenz des Blattes verfolgt, daß man in der Stempelabgabe ein Mittel besitzt mißliebige Organe zum Schweigen zu bringen, die Volkspresse zu vernichten. Wem es Ernst ist mit der Bildung des Volkes, wer die Presse nicht, wie die Beamten, für eine überflüssige und schädliche Ruhestörung hält, wer die Presse als eine geistige Macht, als den gewaltigsten Hebel der Volksbildung erkannt hat, dessen Pflicht ist es für die Aufhebung des Zeitungsstempels zu wirken. Eine Verwaltung, der des Volkes Freiheit und Recht heilig, die die geistige Erhebung des Volkes will, wird die Presse, den sichersten Schirm gegen Despotie und Willkür, das gewaltigste Bildungsmittel nicht durch einen Zeitungsstempel unterdrücken und vernichten wollen.

Digitized by Google

In Betracht, daß der preuß. Zeitungsstempel, der auf den Umfang und Preis, auf den Werth des Gegenstandes, von dem er erhoben wird, gar nicht Rücksicht nimmt, eine offenbar ungerechte Abgabe, welche eine für die politische Bildung der Nation so ungemein wichtige wohlfeile Volks- und Provinzialpresse nicht aufkommen läßt — erwarten wir sofortige Aufhebung desselben. Wir erwarten, daß die Vertreter der Nation in Berlin und Frankfurt, überzeugt von der Wichtigkeit der Kalender und Zeitungen als allgemeiner Bildungsmittel jede fernere Besteuerung der Geistesprodukte einer freien und civilisirten Nation für unwürdig erklären, daß sie die Tagespresse von dem Steuerdruck des Polizeistaates für immer befreien, daß sie durch das deutsche Reichs- „wie durch das preuß. Staatsgrundgesetz dekretiren werden: die Kalender- und Zeitungsstempel sind für immer aufgehoben, denn Gedanken sind zollfrei.

Berichte.

Stettin, den 30. Mai.

Konstitutioneller Klub. Vorsitzender Kaufmann Stahlberg. Tagesordnung: Berathung über den Verfassungsentwurf. — Es wird ein Aufruf zu Beiträgen für den Bau einer deutschen Flotte verlesen und ein Antrag des Hrn. J. C. Triest: es möge der Klub 1) durch seine Mitglieder eine Hauskollekte für die deutsche Flotte veranstalten 2) den Oberpräsidenten ersuchen in der Provinz eine Sammlung zu veranstalten, jedoch nicht in dem gewöhnlichen büreaukratischen Wege. Hr. Triest motivirt den Antrag, Herr Kühne will durch eine Proklamation zu niedrigen Beiträgen, die einen Groschen nicht überstiegen, auffordern. Hr. Schmidt beantragt: der Kultusminister möge aufgefordert werden eine Kirchenkollekte zu veranstalten. Die Herren Reg.-Rath Zitelmann, Bredow, Maron, Meyer sprechen theils gegen eine Hauskollekte, theils gegen eine Kirchenkollekte. — Bei der Abstimmung wurde des Triest Antrag etwas abgeändert, und der des Hrn. Schmidt angenommen. —

Es wird zur Tagesordnung geschritten, das Gutachten der Kommission verlesen und dann die Berathung des Entwurfs fortgesetzt. Gegen Beibehaltung des §. 3 erhebt sich J. C. Triest, der eine Einschaltung vorschlägt, die von der Versammlung verworfen wird. Zu §. 5 hat das Gutachten der Kommission den Zusatz vorgeschlagen „ins besondere darf außer dem Fall der Ergreifung auf frischer That niemand anders als in Kraft eines mit Gründen versehenen richterlichen Befehls verhaftet werden, der ihm sofort oder spätestens 24 Stunden nach der Verhaftung publicirt werden muß." J. C. Triest schlägt vor, es solle in dem §. statt in den gesetzlich „bestimmten" heißen in den „gesetzlich zu bestimmenden" Fällen, sei erst die ganze Gesetzgebung und Rechtspflege geändert, dann habe er gegen die von der Kommission vorgeschlagenen Fassung nichts einzuwenden. Hr. Dr. Schultze hält den Zusatz der Kommission für nöthig. Hr. Dr. Meyer spricht für die Verschmelzung des Zusatzes und des Antrags. Nach einer ermüdenden Debatte wurden Zusatz und Antrag angenommen.

(Zeitungsschreiber.) Unter den unfreiwilligen Komikern Deutschlands nehmen die Stettiner Zeitungsschreiber einen der ersten Plätze ein. Einer der gewaltigsten Schreier, eine der spaßhaftesten Figuren unter diesen ist ein — großes J. übrigens ein sehr kleines Licht. Das hohle Pathos dieses J. streift häufig, wenn es die „Pommern Alle", zu deren Wortführer es sich aufwirft, haranguirt, — ans Lächerliche. In knabenhafter Unwissenheit, gepaart mit schulmeisterlichem Dünkel und maaßloser Arroganz spricht das J über Alles mit einem gewaltigen Wortschwall ab, denn „wo Begriffe fehlen, da stellt zu rechter Zeit ein Wort sich ein" Man traut seinen Augen nicht, wenn dieses J in No. 87 der Stettiner Ztg. den Verfassungsentwurf für „den liberalsten, den Europa kennt," erklärt. Ist denn dieses J. Unwissenheit so groß oder spekulirt das J. auf die Leichtgläubigkeit und Unwissenheit der Leser der Stettiner Ztg? Gewöhnlich spricht das J. nur im Namen der Pommern, hier aber im Namen Europas; der Verfassungsentwurf ist der liberalste, den Europa kennt, weil er der liberalste, den das J. kennt!! So etwas mag man Schulknaben erzählen, dergleichen aber den Lesern der Stettiner Ztg. vorreden wollen, heißt deren Urtheilskraft in Zweifel ziehen, sie beleidigen. Es steht natürlich der Lakaiengesinnung frei, selbst die allerschlechteste Verfassung für die allerbeste zu erklären, aber sie spreche dann nicht in dünkelhafter Anmaßung im Namen Europas. — Endlich

Digitized by Google

will das F. „nach der pommerschen Weise ein Liedlein singen, das soll verständlich klingen", etwa im Tone des berüchtigten pommerschen Landwehrliedes der Stettiner Ztg, gegen dessen Tendenz einzelne Offizierkorps der Landwehr protestirten, dessen Vertheilung an die Wehrmänner, z. B. von dem Major Grützmacher untersagt wurde.

Δ Stettin.

Der konstitutionelle Klub entwickelt bei dem Streben einiger Mitglieder nach etwas Popularität einen köstlichen Humor. Damit er doch einmal eine patriotische That begehe, so ungefähr beginnt der Antrag für eine Hauskollekte zum Besten der deutschen Flotte, beschließt er nicht nur diese, sondern auch eine Petition an das Kultusministerium um eine Kirchenkollekte!! Dabei geht er bei Berathung des Verfassungsentwurfs so gründlich zu Werke, daß er schon bis §. 5 gekommen und wahrscheinlich Michaelis seine Berathungen über diesen Gegenstand beendet haben wird. Die Kommission hatte als Zusatz zu § 5. eine die persönliche Freiheit der Staatsbürger sichernde Bestimmung vorgeschlagen, wobei sie offenbar von der Ueberzeugung ausgegangen, daß diese Bestimmung — die Habeaskorpusakte — so wichtig, daß sie in das Staatsgrundgesetz gehöre. Die Debatten darüber und die Einwendungen dagegen erregten so wenig Interesse, daß am Schlusse der Debatte die Hälfte der Versammlung den Saal bereits verlassen hatte. Eine schweigende und doch redende Kritik.

Stettin.

Volksverein. In der Versammlung am Mittwoch wurde auf Antrag des Dr. Brunnemann ein Protest gegen den Verfassungsentwurf und ein Anschluß an den Berliner Verein zur Wahrung der Volksrechte beschlossen. Schon früher war, wie wir hören bei dem Vorstande der Antrag gestellt; den von dem Volksverein in Frankfurt ausgehenden (in No. 20. d. Bl. abgedruckten Aufruf zur Bildung eines allgemeinen deutschen Volksvereins zu verlesen und zu berathen. Der Vorstand soll diesen Antrag als unpassend zurückgewiesen haben. Wir zweifeln, daß der Vorstand, der doch nur der Verwaltungsausschuß, nicht aber der Vormund, das Pavillenkollegium des Vereins sein soll, zu dieser Abweisung befugt, daß der Volksverein selbst darüber zu entscheiden habe, ob er sich einem allgemeinen deutschen Volksverein anschließen will oder nicht.

Coblenz, 24. Mai.

Gestern Abends hatte am hiesigen Orte eine Versammlung statt, welche zum Zwecke hatte, hier, wie es an anderen Orten, namentlich Frankfurt, Köln und Elberfeld, bereits geschehen, einen Verein zu bilden, welcher, die Volkssouveränität und die bürgerliche Freiheit als Hauptprincip annehmend, in Verbindung mit anderen derartigen Vereinen dahin streben soll, eine moralische Macht zu gründen, welche stark genug ist, mit Erfolg auf der einen Seite der Anarchie, auf der andern aber auch der Reaktion, wo es nöthig sein wird, entgegen zu treten und auf diese Weise die neue Errungenschaft zu sichern und in allen ihren Consequenzen ins Leben zu führen. Die Gründung des Vereins wurde beschlossen und eine Commission gewählt, welche die Statuten entwerfen und in der nächsten Versammlung zur Berathung und Festsetzung vorlegen soll.

Posen

Nach der Kölner Zeitung war das Material, mit dem man im Großherzogthume die Gefangenen brandmarkte, eine Höllensteinauflösung. Das Ministerium soll befohlen haben, daß man mit diesem barbarischen Maßregeln einhalte. In Posen treffen ununterbrochen Gefangenentransporte unter militärischer Bedeckung ein. Uebrigens soll nicht nur im Posener „konstitutionellen Club", in dem sich die reactionäre Partei der alten Bureaukratie stets in den Vodergrund drängt, und in der Volksversammlung Uneinigkeit ausbrechen, sondern auch außerhalb beider unter den gewerbtreibenden Bürgern überhaupt eine den Juden und Beamten feindlich gegenübertretende Partei sich zu bilden anfangen, die leicht dem Verlauf der Ereignisse eine bessere Wendung geben könnte. Wir haben uns schon lange gewundert, wie die vernünftigen Bewohner Posens das Treiben des sogenanten deutschen Comités so ruhig mit ansehen konnten.

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumrationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird. Vom 1. Juli ab erscheint der Wächter in verändertem Format täglich.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. №. 26.

Sonnabend, den 3. Juni.

Inhalt: Der Verfassungsentwurf. Das Zeitungsporto. Deutschland nach innen und nach außen. Berichte: aus Berlin, Elbing, Frankfurt a. d. O., Stettin, Barth, Leipzig, Chemnitz.

Der Verfassungsentwurf.

Von allen Seiten erheben sich Stimmen gegen den Verfassungsentwurf, der Niemanden befriedigt, Niemanden für sich hat als die Stettiner Ztg., die den Entwurf als den „liberalsten, den Europa kennt" bewundert. Daß die Stettiner Ztg. die öffentliche Meinung in Stettin nicht repräsentirt, daß man in Stettin nicht allgemein für den Verfassungsentwurf eingenommen, beweisen die Verhandlungen des konst. Klubs und des Volksvereins. In dem Volksverein wurde als ein Mangel des Entwurfs hervorgehoben, daß er über die Regalien, über das Bank- und und Salzmonopol, über das Bergwerksrecht nichts enthalte, was um so bedenklicher, da diese Regalien die gewerbliche Entwickelung behindern, die Industrie drücken. Indeß erklärt

§. 83. „Alle durch das gegenwärtige Verfassungsgesetz nicht berührten Gesetze und Rechtsnormen (?) bleiben in voller Kraft,"

d. h. es bleibt hinsichts der Regalien Alles beim Alten. Daß in einem Staatsgrundgesetze Bestimmungen über die Regalien und sonstigen fiskalischen Rechte fehlen, ist jedenfalls ein Mangel. Da in dem Entwurf von den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen nicht die Rede, so bleiben die gutsherrliche Polizei, die sonstigen Gesetze und Rechtsnormen „in voller Kraft".

Durch §. 83. wird endlich der Krone die gesetzgebende Gewalt in Bezug auf alle Gegenstände vorbehalten, welche im Entwurf nicht speciell enthalten und aufgegeben sind. Denn wenn auch in §. 36. und 37. die gesetzgebende Gewalt und das Recht zu Gesetzesvorschlägen dem Könige und den beiden Kammern gemeinschaftlich beigelegt wird, so ist darin doch nicht klar und deutlich ausgesprochen, daß diese gemeinschaftliche gesetzgebende Gewalt sich über alle Gegenstände erstrecken soll. Sehen wir den Titel, der von der Finanzverwaltung handelt genauer an, so beschränkt sich der dem Volke verliehene Antheil an der Gesetzgebung auf das Steuerbewilligungsrecht und die Festsetzung der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts. Wie steht es nun mit den Monopolen und Regalien, und andern Dingen, z. B. mit der „Prinzessinsteuer", mit der Civilliste, mit dem Münzregale, wovon in dem Entwurf nicht die Rede wohl aber in den darin unberührt gelassenen „Gesetzen und Rechtsnormen"; die diese Gegenstände, so wie die hohen Gehälter und Pensionen der alleinigen Disposition des Staatsoberhauptes anheimgeben, während nach der belgischen Verfassung der König das Münzrecht nach Maßgabe der Gesetze ausübt, die Civilliste auf die Dauer der Regierungszeit eines jeden Königs festgestellt wird und Art. 114. ausdrücklich bestimmt: Kein Ruhegehalt, kein Geschenk auf Kosten der Staatskasse kann anders, als in Kraft eines Gesetzes bewilligt werden.

Digitized by Google

Das Zeitungsporto.

Wenn wir in der politischen Bildung, namentlich in den Provinzen, noch so sehr zurück sind, so ist das die nothwendige Folge des bis jetzt geltenden Systems der Bevormundung, der Censur, der Polizeiwirthschaft, wodurch es den „Unterthanen" des Polizeistaates unmöglich wurde sich politische Bildung anzuschaffen. Die Censur ist freilich aufgehoben, aber viele die Presse hemmende Schranken sind nicht weggeräumt. Neben dem Zeitungsstempel wird in Preußen die Lektüre der Zeitungen und Journale in den Provinzen durch einen hohen Portoaufschlag bedeutend vertheuert, die Verbreitung politischer Bildung, die Aufklärung, die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten in der Provinz ungemein dadurch gehindert. Der alte Polizeistaat behandelte die Tagespresse als eine ergiebige Finanzquelle, aus der er durch Insertionszwang, Zeitungsstempel und hohen Portoaufschlag so viel als möglich herauszupressen suchte. Der Staat machte das Versenden der Zeitungen und Journale zu einem lukrativen Geschäft, bei dem sich eine Menge von Mißbräuchen und Begünstigungen eingeschlichen hat.

Das Regulativ über die Verwaltung des Zeitungswesens vom 15. Decbr. 1821, das für inländische Zeitschriften ein Porto von 4 Pfennigen für den ganzen, von 2½ Pf. für den halben Druckbogen und von 1½ Pf. für den ganzen, 1 Pf. für den halben Bogen Beilage festsetzt, erklärt mit großer Naivetät: „den Berliner Zeitungsverlegern wird nachgegeben, die Portopflichtigkeit jedes einzelnen Exemplars mit 2 Rthlr. jährlich bei der Postkasse abzulösen, die Staatszeitung entrichtet dagegen für jedes Exemplar nur 1 Rthlr. 15 Sgr."

Man begreift nicht, mit welchem rechtlichen Grunde gerade die Berliner, die löschpapierne Vossische und Consorten so gegen die in den Provinzen erscheinenden Zeitungen bevorzugt sein sollen. Freilich ist der Portoansatz so hoch, daß er nach dem Buchstaben des Gesetzes ausgeführt, den Preis der Zeitungen verdoppeln oder die Presse erdrücken würde.*) Dieser Umstand und die an einem Orte gewährte Erleichterung führte zu weitern Begünstigungen, indem jeder Eigenthümer einer Zeitschrift geltend zu machen suchte, daß er nur für das gemeine Beste wirke, was aber der gesammten Presse Aufgabe.

Da das Prinzip der Begünstigung und Bevorzugung in dem Portoregulativ offen anerkannt war, konnte es nicht fehlen, daß weitere Begünstigungen eintreten, daß Tendenz, Richtung und Haltung der einzelnen Blätter bei der Portoermäßigung berücksichtigt und die dem gerade herrschenden Regierungssistem wohlgefälligen Zeitschriften besonders begünstigt wur den, wie das schon die Begünstigung der Berliner Zeitungen beweist, die, weil sie das Volk in der alten Dummheit zu erhalten suchten, vom Polizeistaate besonders begünstigt erscheinen. Wie nun bei dem Briefporto Antiquitätenkrämer und fromme Vereine, Bibel-, Heiden- und Judenbekehrungsgesellschaften sich besondere Begünstigung zu erfreuen hatten, so bei dem Zeitschriftenporto die frommen und loyalen Zeitschriften, die das Volk in der Dummheit und dem alten Knechtssinn zu erhalten strebten.

Wie die Handels- und sonstige Korrespondenz das Porto für die Heiden- und Judenbekehrungskorrespondenz mit tragen mußte, so mußte die freisinnige politische Presse für die fromme und gute Presse mit bezahlen und zwar um so mehr da die Post noch einen Ueberschuß an die Staatskasse abliefern muß. Eine allgemeine Portoermäßigung würde keinen Ausfall geben, wenn man, wie es recht und billig,

*) Die Vossische würde bei 310 Bogen als Hauptblatt, 310 ganzen und 310 halben Bogen Beilagen circa 5½ Rthlr. Portoaufschlag zu zahlen haben, während sie nur 2 Rthlr. zahlt.

Digitized by Google

alle diese Portofreiheiten aufheben wollte. Durch Aufhebung dieser Begünstigung würde der durch eine Ermäßigung des Brief- und Zeitungsportos entstehende Ausfall gedeckt und diese Ermäßigung selbst ohne erhebliche Einbuße für die Staatskasse möglich werden, da in Folge der Ermäßigung die Korrespondenz und der Absatz der Zeitungen sich bedeutend vermehren würden. —

Eine fernere Bevorzugung und Begünstigung der großen Blätter, den kleinen gegenüber, der Residenzzeitungen gegen die Provinzialzeitungen ist mit der Gerechtigkeit und mit der verheißenen Gleichheit vor dem Gesetz unvereinbar. Daß aber eine umfassende Reduktion des Postaufschlags nothwendig, wenn der Portoaufschlag nicht die Presse ruiniren und die Worte: „Die Presse ist frei" nicht zur Täuschung werden sollen, kann nicht bestritten werden, da es gegenwärtig ganz von dem Belieben des General-Postamts abhängig ist durch Erhebung des gesetzlichen Porto ein Blatt zu unterdrücken und da häufige Portoermäßigungen Seitens des General-Postamtes diesem selbst gerecht und billig und die Erhebung des gesetzlichen Porto's unausführbar erscheinen, wie wir das sogleich näher nachweisen wollen, indem wir durch einige Specialitäten langweilig werden müssen.

Für auswärtige Zeitungen d. h. für Zeitungen, die außerhalb Preußen erscheinen ist der Zeitungsstempel und die Postprovision höher als für inländische, Bestimmungen, die wegfallen müssen, wenn die deutsche Einheit eine Wahrheit werden soll. So kam es, daß die „Reform", die in Leipzig erscheint, und dort 6 Thlr. kostet, durch den sächsischen Postaufschlag von 1 Thlr., durch den preußischen von 5 Thlr. und durch den preußischen Stempel von 1 Thlr. 10 Sgr., den Lesern in Preußen um mehr als das Doppelte des ursprünglichen Preises vertheuert und von den preußischen Postämtern für 13 Thlr. 10 Sgr. debitirt wurde. Ein Preis, der bei dem bescheidenen Umfang der „Reform" ein Bogen täglich, während die Vossische mindestens 2½ Bogen stark erscheint, enorm ist und die Verbreitung der „Reform" in Preußen wesentlich erschweren und verhindern mußte. Das hat auch der Herr Generalpostmeister anerkannt, indeß „so lange die in Aussicht stehende Regulirung der Zeitungsprovisionssätze nicht allgemein durchgeführt werden kann, heißt es in einer Verfügung desselben v. 20. Mai, ist es nicht thunlich, eine erhebliche Ermäßigung der Provision für den Debit der „Reform" durch die preuß. Postanstalten und die damit zusammenhängende Ermäßigung des Absatzpreises eintreten zu lassen." Es ist jedoch nach Verhältniß ähnlicher Blätter die Provision von 5 Thlr. auf 2 Thlr. 20 Sgr. herabgesetzt worden.

Wir verkennen des Herrn General-Postmeisters Bereitwilligkeit den harten Druck des Portoregulativs so viel als möglich zu mildern, nicht im mindesten. Indeß ist der Zuschlag der für Versendung der „Reform" in Preußen erhoben wird immer noch höher als der für die Vossische, die jährlich circa 780 Bogen liefert und dafür nur 2 Thlr. zahlt, während die Reform für circa 300 Bogen schon 2 Thlr. 20 zahlen muß. Andere Blätter, die täglich einige Bogen stark erscheinen, zahlen gar nur 1 Thlr. 10 Sgr. Damit alle diese Begünstigungen und Bevorzugungen, die den weniger Bevorzugten eine Concurrenz unmöglich machen, endlich aufhören, ist eine schleunige Regulirung und Reduktion der Provisionssätze eine Nothwendigkeit, da sonst neu entstehende Blätter unmöglich mit den alten Privilegirten concurriren können.

Ist der Portozuschlag in Preußen hoch, so ist er häufig in kleinen deutschen Staaten, die in diesem Punkte Unglaubliches leisten, noch viel höher. Die deutsche Viel- und Kleinstaaterei zeigt sich auch hier nachtheilig. Dabei scheint man von dem Grundsatze auszugehen: je kleiner der Staat, desto höher der Postaufschlag. Der Wächter z. B. der als Monatsschrift für 2 Thlr. 20 Sgr. durch sämmtliche

Digitized by Google

preußische Postanstalten geliefert wurde, wobei die Post eine Provision von 16 Sgr. sich berechnete, kostete in Meklenburg-Schwerin durch die Post bezogen 4 Thlr., in dem weit kleineren Meklenburg-Strelitz aber 4 Thlr. 8 Sgr., woraus zu ersehen, daß der Postaufschlag in Meklenburg doppelt so hoch als in Preußen und daß er in dem kleineren Strelitz höher als in Schwerin.

Möge denn das deutsche Parlament diesen Wirrwarr, dieser Willkür in der Erhebung des Postaufschlages ein Ende machen und auch darin eine Einheit herbeiführen, indem es sich zu einem niedrigen, gemeinsamen deutschen Zeitungsporto einigt, damit Deutschland in dieser Beziehung nicht länger gegen andere Staaten, wo die Zeitungen als allgemeines politisches Bildungsmittel für einen sehr billigen Preis befördert werden, zurückstehe. England, Frankreich, Belgien, Holland, Schweden und Norwegen haben Bedeutung und Werth der Zeitungen für die politische Bildung der Nation und für den Verkehr längst anerkannt. Soll das Volk bei uns nicht länger in der Dummheit erhalten werden, soll der Ideenverkehr nicht länger gehemmt und erschwert werden, soll politische Bildung in die Massen des Volks dringen, dann darf die Lectüre der Zeitungen nicht ferner durch einen hohen Postaufschlag, durch Zeitungsstempel so vertheuert werden, daß es dem größten Theil der Nation unmöglich wird, sich politische Bildung anzueignen, dann muß der Postaufschlag auf ein Minimum reducirt werden. Preußen hat als „Staat der Intelligenz" um so mehr die Verpflichtung voranzugehen, damit „die wohlthätige Einwirkung des Postwesens auf die Beförderung des Verkehrs und Verbreitung der Wissenschaften" von der ein Reskr. des General-Postmeisters vom 9. Juni 1842 spricht, nicht ferner verhindert werde, da die Post schon nach dem Landrecht eine „Anstalt zum allgemeinen Besten".

Deutschland nach innen und nach außen.

II.

Die Politik, welche nur die Interessen der einzelnen Fürstenfamilien im Auge hatte und die Rechte der Völker für Nichts achtete, ist für immer gerichtet. An die Stelle der dynastischen Politik tritt jetzt die Politik der Völker. Sie allein kann den allgemeinen Weltfrieden aufrecht erhalten, wenn es noch möglich ist, wenn es noch nicht »zu spät« ist. Es gibt für das befreite demokratische Deutschland kein passenderes, ja kein mögliches anderes Bündniß, als das mit dem demokratischen Frankreich. Mir fehlt hier der Raum, um die Nothwendigkeit dieses Bündnisses im Einzelnen nachzuweisen. Darum hier nur so viel. Soll Deutschland isolirt bleiben, soll es sich eigensinnig von allen anderen Völkern absondern? Das wird Niemand wollen. Soll es ein Bündniß mit England schließen? Englands »Erbweisheit sonder Gleichen« besteht hauptsächlich darin, alle ihm befreundeten Länder zu Gunsten seines Handels und seiner Industrie auszubeuten. Der Preis seines Bündnisses würden Handelsverträge sein, unter denen unser Handel, unsere Industrie erliegen müßten. Jedenfalls würde es Dänemark den Sundzoll sichern wollen, weil dieser schwer und drückend auf unserem Handel und unserer Schiffahrt lastet. Also auch das geht nicht. Soll es das Bündniß mit Rußland erneuern oder dasselbe, wenn ein solches, wie behauptet wird, zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland noch besteht, aufrecht erhalten? Welcher freie Deutsche möchte dazu seine Stimme geben? Welcher freie Deutsche erröthet nicht schon lange darüber, daß wir bis vor Kurzem mit dem Kosackenkaiser Hand in Hand gingen? Soll Deutschland dem russischen Tyrannen den Weg über die Gräber Polens bahnen zum Kampfe gegen die europäische Civilisation?

Digitized by Google

Schmach und Schande über den Verräther an allen Errungenschaften des Vaterlandes, der Freiheit und der Civilisation, der einem russischen Bündnisse das Wort reden könnte! Also noch einmal: Es ist kein anderes Bündniß möglich, als ein Bündniß mit Frankreich. Die Eroberungsgelüste des alten Frankreich's sind todt. Deutschland und Frankreich haben sich achten gelernt. Verbunden sind sie der Hort der Bildung und der Freiheit der Völker! — Um dieses Bündniß, auf dem das Glück der civilisirten Welt beruht, herzustellen, muß Deutschland nach Kräften dazu beizutragen, den bisdahin unterdrückten Nationalitäten zu ihrem Rechte zu verhelfen. Es muß also zuerst Schleswig-Holstein, welches deutsch ist und deutsch bleiben will, von den Dänen befreien, welche seine Nationalität unterdrücken wollen. Es versteht sich von selbst, daß die Dänen für ihren Uebermuth gezüchtigt werden, daß sie die Kriegskosten bezahlen und auf den seeräuberischen Sundzoll verzichten müssen. Deutschland muß energische Maaßregeln zur Wiederherstellung Polens ergreifen; Oesterreich und Preußen müssen auf ihre ungerecht erworbenen polnischen Landestheile verzichten. In Polen sind bedauerliche Fehler von beiden Seiten gemacht. Oesterreich machte eigentlich gar keine Konzessionen, es berief sich auf Rußlands Hülfe!! Preußen, statt die Nothwendigkeit der Wiederherstellung offen anzuerkennen, ergriff halbe Maaßregeln, die Niemand befriedigten. Die Polen waffneten; sie sollten die Waffen niederlegen, man weiß nicht recht, warum, wenn es mit der Reorganisation Ernst war. Nun denn, Preußen oder vielmehr der in den Generalen Colomb und Steinäcker personifizirte militärische Hochmuth hat die Genugthuung gehabt, die Polen zur Niederlegung der Waffen zu zwingen. Daß dieser Triumph mit niedergebrannten Städten, mit Tausend Leichen erkauft ist, scheint sie in ihrem Siegesrausche nicht zu stören. Werfen wir denn einen Schleier über das blutige Zwischenspiel! Machen wir Ernst mit der Wiederherstellung Polens! Lassen wir die Polen sich rüsten zum entscheidenden Kampfe mit Rußland! Helfen wir ihnen dazu nach Kräften und rüsten wir uns, damit wir, wenn es nöthig ist, die russischen Barbaren mit blutigen Köpfen in ihre Steppen zurückwerfen können. Deutschland muß endlich Oesterreich zwingen, den verwüstenden Krieg gegen Italien aufzugeben. Oesterreich muß dem Zuge des Jahrhunderts weichen, es muß auf seine ungerechte Herrschaft über Italien verzichten. Lange genug hat es dasselbe schmachvoll geknechtet; aber jetzt haben sich die Italiener löwenkühn für ihre Freiheit erhoben, fast mit den bloßen Händen haben sie Radetzky's kriegsgeübte Schaaren aus Mailand herausgeschlagen: — jetzt muß ihre Nationalität wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Und sagt ihr mir, die betreffenden Regierungen können doch unmöglich auf so umfassende Länderstrecken verzichten, so sage ich euch: Deutschland's Ehre erlaubt es nicht, daß freie Deutsche auf fremder Erde die Büttel der Freiheit spielen, was die geknechteten Deutschen zur Schande des deutschen Namens so lange thaten. Auf diesen Grundlagen kann der allgemeine Weltfrieden gesichert werden. Und kann er es nicht mehr, so wird der Kampf wenigstens ein ehrenvoller sein, ein Kampf für die Freiheit und die Bildung gegen die Tyrannei und Barbarei. Er wird nur von kurzer Dauer sein und nachdem die Stürme verrauscht sind, wird ein ruhmvoller, segensreicher und dauernder Frieden die freien Völker umschlingen. Dann ist Raum für die Freiheit auf Erden!

(Westpf. Dampfboot)

Digitized by Google

Berichte.

Berlin.

Ob der neue Landtag seiner Aufgabe gewachsen ist? ob er von den schwer erkämpften Volksrechten Nichts vergeben wird? — ob er seine Souveränität begreifen wird? — Wir wagen noch nicht zu urtheilen. Eine seiner wichtigsten Aufgaben wird übrigens diese Versammlung schon durch ihr bloßes Dasein lösen, nämlich die zurückgebliebenen Provinzen zu der neuen Bewegung heranzuziehen. Ein Theil der alten Provinzen ist seit den Befreiungskriegen nicht zurückgeblieben, nein zurückgegangen; die deutschen Posener arbeiten, aus Furcht vor den großmüthigen Sympathien der Hauptstadt, der russificirenden Reaktion in die Hände, ja sie laden direct die Russen ins Land — und so droht uns ein gewaltig hemmender Bruch! Jene Kreise, die seit 34 Jahren fast alle ihre politische Bildung nur durch den Landrath und den Präsidenten bezogen haben, möchten viel lieber das gewohnte Joch weiter tragen, als daß sie sich eine *scheinbare* Supremätie Berlins gefallen ließen, welche um so demüthigender für sie ist, als sie nur auf der höheren Bildung, der stärkeren Erregtheit, der Thatkraft und Opferlust eines großen Theiles der Berliner Bevölkerung beruht. Die ganze Masse jener reactionären Adressen aus den Provinzen; in welchen die Vossische Zeitung schwelgt, hat keine andere Bedeutung, als den Neid, das Mißtrauen und eine gewisse bäurische Scheu vor dem Neuen. Lebus, Pasewalk, Treuenbriezen, Demmin, Wirsitz, Perleberg und Chodziesen, so weit der »constitutionelle Clubb« seine Flaggen sendet, alle diese Nester zusammen machen *quantitativ* noch nicht den vierten Theil der Berliner Bevölkerung aus und kommen in intellectueller Hinsicht neben Berlin gar nicht in Betracht. In Revolutionszeiten muß die Hauptstadt vorangehen, weil sie auch vorzugsweise zu Opfern berufen ist. Man mag ihr in edler Nacheiferung dieses Loos beneiden, aber es gehässig ihr mißgönnen, das können nur kleine Seelen! Dennoch hat der ganze Streit der Provinzen um ihren lieben Prinzen von Preußen keinen andern Sinn, als eben diese Mißgunst, welche das Ministerium so geschäftig auszubeuten sucht. Natürlich möchten *Stettin* und *Potsdam* gern die Residenz, *Brandenburg* den Landtag, *Frankfurt* a. d. O. die Universität von Berlin wegnehmen, sie theilen sich schon in diese Schätze, — aber Berlin bliebe immer die Hauptstadt und vieleicht um so mehr, als es ohne Residenz und ohne Hof auszukommen lernen und lehren würde. Aber es ist bekannt, daß der Prinz von Preußen — trotz aller zärtlichen Protestitationen von heute — niemals beliebt war, selbst bei dem Militär, selbst bei seinen Garden nicht, die seine brüske Strenge und pedantische Härte hundertmal choquirt hat. Jetzt aber sieht die ganze Reaktion, die Reaktion der Tendenzen und die der Stimmungen, liebend auf ihn, als ihren stärksten Halt, ihre letzte Stütze. Wäre das Ministerium kühn vorangegangen, so hätte dieser Zwist und die Wichtigkeit, welche man der Rückkehr des Prinzen beilegt, nur Lächerliches? so aber muß man von allen Seiten mißtrauen. Namentlich hat die kleinliche Pfiffigkeit der Minister überall verletzt; da wurden die *Stände* und die *Provinzen* aufeinander gehetzt; der Hof hatte mehr Einfluß auf die Bestimmungen des Cabinets, als die öffentliche Meinung. Kurz, das divide et impera und die anderen Maximen einer kurzsichtigen Regierungskunst haben Preußen in einen chaotischen Zustand geworfen, welcher die Einigung durch die Intelligenz, und die Autorität des neuen Landtags zum höchsten Bedürfniß macht. Die preußischen Volksvertreter müssen in diesem Sinne den Boden erst für die deutsche Einheit düngen. Wenn nur nicht fünf Achtel der preußischen Volksvertretung aus Beamten bestünden!

Elbing.

Die hiesigen Anzeigen sagen über den Verfassungsentwurf: „Unsere Besorgnisse sind weit übertroffen worden. Schon hören wir im Geiste den Ruf der Entrüstung, der durch Deutschland geht, über diesen Plan zu einem Grundgesetz, welches Preußen mit dem übrigen Deutschland vereinigen, Preußen fähig machen soll, an die Spitze Deutschlands zu treten; und welches fast dazu gemacht zu sein scheint, um diesen heiligen Zweck zu hintertreiben. — Für heute beschränken wir uns darauf, Titel 5. „Von den Kammern" etwas näher zu beleuchten Was soll also die erste Kammer repräsentiren? Mit Hinzufügung eines Bischen Beamten- und Gelehrten-Aristokratie, nichts anderes, als den nackten, kahlen Geldsack. Oder hätte man es vielleicht herauskalkulirt, daß hinter den 8000 Rthlr. Einkommen (warum denn gerade 8000, warum nicht 10 oder 12, oder 6 oder 4 Tausend?) sich die hohe Geburtsaristokratie bequem verstecken ließe? — Von allen Aristokratieen, von allem Vorrecht nimmt man gerade Das, welches gar nichts zu verteten im Stande ist, als nur sich selbst, in lediglich einzelnen Individualitäten; man will im Staate dem Fluch der Zeit, dem Selbstzweck des Geldes, die Hälfte der Volksrepräsentation zutheilen?

Digitized by Google

warum? weil das Geld Geld, und viel Geld viel Geld ist? — Gab es denn in dem Begriffsvermögen der Herren Minister keine andre leitende Idee bei der Schaffung eines Oberhauses als das Preußische Courant? —

Aber wir fragen ferner: wie will diese erste Kammer, die offenbar ein zusammengewürfeltes Werk des Zufalls, nur deswegen da weil eine erste Kammer da sein soll, die ohne alle Basis in der Luft schwebt, — wie will sie im Stande sein, der zweiten Kammer, der eigentlichen Volksvertretung gegenüber, sich geltend zu machen? Sie besitzt keinerlei Artt der Berechtigung von der Nation: sie vertritt keinerlei Interessen der Nation: sie vertritt nur sich selbst, und nicht einmal sich selbst, sondern nur die Geldsäcke ihrer Mitglieder. Das erste Zusammentreten einer so gebildeten Repräsentation muß gleich die vollständige Nichtigkeit der auf diese Art zugeschnittenen ersten Kammer darthun, ein unvermeidlicher Zwiespalt würde die unmittelbare Folge sein, und die weitern Folgen — mögen wir hier weiter nicht anführen. Nur Das sei erwähnt: Kann eine erste Kammer nicht auf einer naturgemäßen, festen, im Volksbewußtsein begründeten Basis erbaut werden, so muß über kurz oder lang entweder sie fallen oder die Verfassung selbst.

Von dem §. 41., welcher die Gestaltung der zweiten Kammer in drei Zeilen bespricht und uns lediglich erzählt, daß dieselbe aus gewählten Mitgliedern bestehen soll, deren Zahl durch das Wahlgesetz bestimmt werden wird, kann man, besonders im Hinblick auf den §. 80. der den „Erlaß“ (!!) eines neuen Wahlgesetzes der Zukunft anheimgiebt („Bis zum Erlaß eines neuen Wahlgesetzes bleiben für die Wahlen zur zweiten Kammer die §§. 1 — 12 des Wahlgesetzes vom 8. April 1848 in Kraft“) kann sagen, daß er einzig und beispiellos in der Geschichte der Landesverfassungen dasteht. Was konnte es denn Wichtigeres geben, als das Wahlgesetz; und eben dieses wird — vielleicht in Zukunft einmal „erlassen“ (!!) werden.

Hoffen wir, daß die konstituirende Versammlung diesen Verfassungs-Entwurf gründlich verwerfen werde!

Frankfurt a. d. O.

(Demokratischer Verein.) Die hiesige Stadt hatte bis in die neueste Zeit Vertrauen zu dem Ministerium. Die Prinzenfrage aber und der Konstitutionsentwurf haben dies Vertrauen bei Vielen vernichtet und die Bildung eines demokratischen Vereins hervorgerufen. Provisorischer Sprecher ist der talentvolle Volksschullehrer Linke. Der Verein wird mit Energie alle reaktionären Tendenzen bekämpfen und die Verfassung auf den verheißenen breitesten Grundlagen ins Leben zu rufen suchen. Der Verein fürchtet die Revolutionen nicht, wenn die Umstände sie hervorrufen; der Verein erschrickt nicht vor dem Namen Republik; der Verein will aber eine konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage d. h. Alles für das Volk, Alles durch das Volk. (Z.-H.)

Stettin, den 2. Juni.

In der heutigen Sitzung des konst. Klubs beantragte Hr. Dr. Stahr: Nach Zeitungsnachrichten beziehe der Fürst von Putbus als Generalgouverneur von Neuvorpommern und Rügen einen Gehalt von 3000, nach andern von 4, 5 ja 6000 Rthlr. Die Stelle eines General-Gouverneurs von Neuvorpommern und Rügen habe weder eine civile noch militärische Bedeutung, sie sei faktisch eine Sinekure. Ohne die Verdienste seiner Durchlaucht um den Staat unterschätzen zu wollen, da ihm dieselben durchaus nicht bekannt, fühle er sich dennoch zu der Behauptung gedrungen, daß fortan und zumal in den heutigen bedrängten Zeiten kein Staatsbürger in dem Besitz einer Sinekure sein dürfe. Er stelle deshalb den Antrag:

1) Der konst. Klub möge sich durch Absendung einer Deputation an den Oberpräsidenten v. Bonin über die amtliche Wirksamkeit eines General-Gouverneurs von Neuvorpommern und Rügen unterrichten
2) Im Fall sich ergebe, daß jenes Amt eine Sinekure oder eine mit Gehalt verbundene Titularauszeichnung sei, möge der Klub Se. Durchlaucht bitten den Gehalt für den Bau einer deutschen Flotte auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen.

Reg.-Rath Zitelmann beantragt, daß selbst, wenn eine unbedeutende Mühwaltung mit jenem Amte verbunden sei, der Klub dem Fürsten v. Putbus obige Bitte vortragen möge.

Der Antrag des Dr. Stahr und der des R.-R. Zitelmann wurden angenommen, und dann in der Berathung des Verfassungsentwurfs fortgefahren.

Barth, den 30. Mai.

Gestern wurde auch hier im politischen Klub eine Adresse für die Zurückberufung des Prinzen von Preußen vorgetragen, die aber nicht einmal ruhig angehört wurde. Eine zweite wurde vom hiesigen Kreislandrath zu demselben Zwecke zur Unterschrift vorgelegt. Sie war etwas besser abgefaßt, aber der größte Theil der Gesellschaft erklärte sich dagegen, von 70 anwesenden Mitgliedern unterschrieben nur 9. Heute gingen einige hiesige Bürger mit der genannten Adresse von Haus zu Haus um Unterschriften zu sammeln, was ihnen denn auch theilweise gelungen ist. —

Digitized by Google

Sind aber solche Adressen, die theils von Leuten unterschrieben werden, die gar nicht wissen was sie unterschreiben, Stimmen des Volks? Und kann es dem Ministerio wie dem Prinzen von Preußen angenehm sein, wenn auf diese Weise Stimmen für sie gesammelt werden? Die Volksvertreter sind zusammen getreten, was die beschließen soll uns recht sein.

G.

Leipzig.

Die Arbeitervereine zu Leipzig, Dresden und Chemnitz haben folgenden Protest erlassen:

„Mit blutigen Opfern haben unsere Brüder die Freiheit errungen, welche auch wir freudig mit unserem Blute zu schützen bereit sind. Aber das Höchste was wir erreichten, ist ausgesprochen in dem Worte: „Majestät des Volks". Vermöge dieser Errungenschaft haben wir die Männer unseres Vertrauens nach Frankfurt gesandt, um dort im Namen und Auftrage der ganzen Nation die Gesetze festzustellen, nach denen wir fortan zu leben uns entschlossen haben. In Ansehung nun, daß der Wille des ganzen Volkes durch Nichts beschränkt sein, daß neben oder wohl gar über demselben keine andere Macht bestehen darf, erklären wir sächsische Arbeitervereine hiermit, daß wir in Hinsicht auf allgemein deutsche Angelegenheiten keine andere Behörde mehr anerkennen, als allein das souveräne Parlament; wir sprechen dem Bundestage nach seinem frevelhaften Attentat wodurch er unser Parlament zu einem nur berathenden herabwürdigen wollte, das Recht ab, ferner zu existiren. Wir stellen uns ganz zur Verfügung der constituirenden Nationalversammlung, von welcher wir erwarten, daß sie dem Willen des Volkes Geltung verschaffe. — Aus demselben Grunde aber verwahren wir uns gegen die Einsetzung eines erblichen Kaiserthums. Wir wollen weder zu den vielen Millionen, welche jährlich die Civillisten hinwegnehmen, noch mehrere Millionen hinzufügen, noch wollen wir, wie so oft in früheren Jahrhunderten, sehen, daß des Volkes Einheit durch Fürsteninteresse zerstört wird. Wir wollen weder einen mächtigen, folglich gefährlichen, noch einen machtlosen, folglich überflüssigen Kaiser an die Spitze des Volkes stellen. — Endlich verwahren wir uns mit derselben Entschiedenheit gegen ein Zweikammersystem. Das eine vom Volk erwählte Parlament darf von der, ihm von seinen Urwählern übertragenen Macht Nichts, auch nicht das mindeste vergeben; es muß dieselbe, sobald seine Geschäfte beendet sind, behufs neuer Wahlen in die Hand des Volkes zurückgeben, und das Volk wird sie unverkürzt wiederverlangen. Deshalb protestiren wir auf das Allerentschiedenste gegen jede Geltendmachung der aufgehobenen Geburts und Standesrechte, gegen jede Errichtung einer „ersten" oder „Fürstenkammer" wenn derselben ein größeres Recht zustehen soll, als das der Bitte und der berathenden Stimme. — Wir legen daher hiermit der hohen konstituirenden Versammlung, als der allein giltigen allgemein deutschen Behörde, das Versprechen ab, daß wir sie mit allen unseren Kräften in ihren Bestrebungen zur Aufrechthaltung der Volkssouveränetät unterstützen, und daß wir, wenn irgend eine Macht es wagen sollte, ihr Gewalt entgegenzusetzen, freudig selbst unser Leben zum Schutze der Freiheit auf das Spiel setzen wollen. Die Arbeitervereine zu Dresden, Leipzig und Chemnitz."

Chemnitz, den 26. Mai.

Heute Morgen war der hier als Deputirter einiger sächsischen Arbeitervereine anwesende Drechslergeselle Büttner aus dem Gasthofe durch einen Polizeidiener auf die Rathsstube gebracht; man forderte ihm seine Legitimation und Papiere ab, beschuldigte ihn, sowohl in der gestrigen Arbeiterversammlung als auch nachher an einigen öffentlichen Orten Reden von nichts weniger als verföhnendem Charakter geführt zu haben; man führte solche Reden, obwohl gänzlich entstellt, an, weigerte sich aber die Denunzianten zu nennen. Man inquirirte nach den Zwecken, über deren Verfolgung Hr. Büttner in der Versammlung sich ausgesprochen habe; man durchstöberte alle Papiere und Briefe Büttner's, nahm dieselben in ein anderes Zimmer und bedeutete ihn, trotzdem daß er seine Aufenthaltskarte aus Leipzig vorgelegt und sich behufs der Legitimation auf die Herren Kiesselhausen und Kirbach berufen hatte, sofort die Stadt zu verlassen. Kaum bewilligte man ihm eine Stunde Frist, obwohl er gebeten hatte, ihm wenigstens bis zum Abgange der Mittagspost den Aufenthalt zu gestatten Das ist ja ganz wie unter dem alten System.

Nachschrift der Red. d Wächter. Irren wir nicht, so ist Herr Büttner ein Stettiner, der Gründer des hiesigen Gesellenvereins und derselbe, dem im vorigen Jahre als Mitglied des Danziger Gesellenvereins für die beste Beantwortung einer Preisaufgabe der erste Preis zuerkannt wurde.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 27 & 28.

Mittwoch, den 7. Juni.

Inhalt: Freiheit und Nationalität und die patriotischen Blätter. Der Verfassungsentwurf und das Steuerbewilligungsrecht. Die Verantwortlichkeit der Minister. Die Emancipation der Schule. Aufforderung. An die Pommern. Berichte.

Freiheit und Nationalität und die „patriotischen Blätter."

Es werden vom 1. Juli d. J. ab in Stettin „patriotische Blätter" unter der Leitung von 12 achtbaren Männern erscheinen. Der Prospektus dazu liegt vor uns, und enthalten sie das, was sie in ihren Kreis ziehen zu wollen, ankündigen: räsonnirende Artikel zur Feststellung des Urtheils über die Ereignisse der Gegenwart; Kritiken der zu erwartenden Gesetze; Beobachtungen über die Entwickelung des Handels, des Finanzunterrichts (?) und Heerwesens, der Marine, der socialen Frage in Deutschland, so wie über die Stellung Deutschlands zum Auslande; Charakteristiken hervorragender Persönlichkeiten; Schilderungen großer Zeitmomente; sowie der veränderten Sitte und Weltanschauung u. s. f. — enthalten sie dies alles, sage ich, und ist das Räsonnement treffend, die Kritik scharf, die Beobachtung werthvoll, so wird das ein ganz hübscher Patriotismus werden.

Es ist in diesen vielversprechenden Blättern ein Punkt enthalten, der uns unklar scheint. Er ist wichtig genug, um ihn zu besprechen. Die Blätter werden patriotische heißen. Es war zu erwarten, daß sie nicht bloß so heißen, sondern auch in der That patriotisch sein wollen. Wir wenden uns daher an die nähere Entwickelung des Prospektus, der uns den Patriotismus näher als Hebung und Kräftigung des deutschen Nationalgefühls bestimmt. Dies ist offenbar ein schöner Zweck; aber das sonderbare Verhältniß, in welches derselbe hier zu dem kurz vorher angegebenen Zwecke der patriotischen Blätter rückt, läßt ihn uns als überflüssig ja als verdächtig erscheinen. Wir müssen uns über diesen Punkt verständigen.

Prospektus sagt: Wir wollen die ganze Freiheit, gleiche Berechtigung aller und eine durch alle Schichten des Staatsorganismus gegliederte Selbstregierung in gesetzlichen und zwar konstitutionellen Formen, *aber wir wollen auch*, daß das deutsche Nationalgefühl erhöht und gekräftigt werde. Also — *ihr wollt das eine, aber ihr wollt auch das andere, ihr wollt durchaus zwei Dinge, nicht eines nur, ihr wollt das erste, so werthvoll es scheint, nicht ohne das zweite.* So ist es, und ich denke, ich habe euch richtig verstanden. — Ihr müßt es mir nicht übel nehmen, Leute, ihr macht euch ganz unnütze Noth. Glaubt mir: wenn ihr das eine wollt, so wollt ihr auch das andere, und habt ihr das erste, so werdet ihr auch unfehlbar das zweite haben. Denkt euch den Fall: So und soviel Millionen Menschen, die in einem Staatsverbande leben, haben die *ganze* Freiheit, haben gleiche Berechtigung aller, haben eine durch alle Schichten des Staatsorganismus gegliederte Regierung und zum Ueberfluß noch gar in gesetzlichen Formen, so müßten sie doch wahrhaftig keine Menschen, sondern Strohmänner und Tröpfe sein, wenn ihnen das nicht ein hohes, kräftiges Selbstgefühl gäbe. Eine Nation, die zur ganzen Freiheit kommt, eine Nation, die

Digitized by Google

sich als ein bis in die fernsten Theile hin gegliederter Staatsorganismus nach außen hin darstellt, die wird auch honett von sich denken, die wird sich fühlen, das hat gar keine Noth. Der Tausend! ganz freie Menschen u. s. f. die sich die Selbstregierung Punkt für Punkt schaffen, die werden, selbst wenn sie ihre Geschäfte noch ziemlich schlecht machen, selbst schon in dem herzhaften Streben darnach, ihre Brust geschwellt fühlen. Der Mensch wächst mit seinen Zwecken, die Nationen thun das auch. „Wir sind honette Leute, wir sind Teufelskerle", werden sie sagen, „komme uns einer an den Wagen gerannt, wir werden ihn heimleuchten." Euer zweites, das ihr auch wollt, ist ja Begleitung und Folge des ersten, wozu setzt ihr also das Nationalgefühl der ganzen Freiheit ꝛc. entgegen. Ich will ein Diner von 24 Gängen, Tischweine, Dessertweine; aber ich will auch mein Sättigungsgefühl erhöhen und kräftigen. Wie komisch!

Ist also das Nationalgefühl in der ganzen Freiheit, in der gleichen Berechtigung aller u. s. f. nicht schon latent, so ist es zunächst noch ohne alle Bestimmtheit. Was kann es denn sein, als ein Gefühl, das vor der Hand in Ermangelung einer besseren Bestimmung, nach dem bestimmt wird, der es hat, also nach seinem Subjekte. Dies ist aber völlig unzureichend. Wenn ich ein Gefühl respektiren soll, so muß ich seinen Inhalt wissen, ich muß wissen, was gefühlt wird; es ist nicht genug, daß ich weiß, wer das Gefühl hat.

Darüber giebt das Nationalgefühl des Prospektus, das sich als aparte Besonderheit hinstellt und mir seine Anerkennung dadurch abnöthigt, daß es mir ein kompaktes Subjekt als Inhaber, die Nation nennt, keinen Aufschluß. Und diese trübe Kaprice soll erhöht und gekräftigt werden, nachdem die Anerkennung in Pausch und Bogen vorhergegangen? Eine wunderliche Zumuthung, die ich höchstens einer hübschen jungen Frau mir zu machen gestatten will.

Doch wir thun dem Prospektus vielleicht Unrecht. Er enthält noch eine weitere Explikation des Nationalgefühls p. exc. und deren Erörterung ist ebenso nothwendig als interessant. Prospektus sagt weiter:

„Wir werden daher dagegen protestiren, wenn unverbesserliche Anhänger des alten Systems die gewonnene Freiheit verkümmern, oder wenn eigensinnige Minoritäten ihre Staatstheorien dem deutschen Volke, wohl gar mit fremder Hülfe aufdrängen wollen, aber ebenso auch dagegen ankämpfen, wenn großmüthige Freiheitshelden aus mißverstandener Begeisterung für eine allgemeine Freiheit die Erreichung eines so großartigen Zwecks mit der Aufopferung einiger hunderttausend Deutschen nicht zu theuer erkauft wähnen."

Dies ist ein verfänglicher Passus, wir müssen ihm durchaus näher treten. — Die patriotischen Blätter, wenn wir richtig auslegen, wollen die absolute Monarchie nicht, sie wollen auch nicht die Republik à la Hecker und Struve, gegen beides werden sie protestiren. Gut! So weit sie protestiren, haben sie es mit der Verwirklichung der ganzen Freiheit und der andern oben erwähnten Dinge zu thun, der Protest kommt auf der einen Seite zu stehen. Dasjenige aber, wogegen sie ankämpfen, die „mißverstandene" Begeisterung großmüthiger Freiheitshelden, die Erreichung der allgemeinen Freiheit mit Aufopferung der hunderttausend Deutschen, diese dem Nationalgefühl widerstrebenden Dinge nehmen auf der andern Seite Platz. Nun, der Seitenblick, den die allgemeine Freiheit erhält, ist verächtlich genug; aber ist denn die Verachtung auch eine verdiente? Die Allgemeinheit der Freiheit ist die einzige vernunftgemäße Form derselben. Wollt ihr denn allein frei sein, wollt ihr denn nicht, daß es die andern Nationen auch seien? Wollt ihr nicht, nun so habt ihr eine freie Nation und den Rest bildet die Unfreiheit der Barbaren altgriechischen Styls. Das Allgemeine kommt nur durch das Besondere zum Bestehen, sonst ist es leer und nichtig. Die allgemeine Freiheit der Nationen wird sich erfüllen, wenn jede für sich frei zu werden trach-

Digitized by Google

tet, d. h. wenn eine jede das für sich gerade thut, was ihr für euch zu thun feierlich versprecht. Und dieser Gedanke sollte eine misverstandene Begeisterung sein? Bei der Begeisterung giebt es überhaupt gar keine Mißverständnisse, der Begeisterte mißversteht nicht, wie der Prospekt meint, sondern er wird gewöhnlich mißverstanden. In der Begeisterung, in diesem feurigen Glühen der Idee, ist von Verstehen und Mißverstehen nicht mehr die Rede, vielmehr ist die sich mißverstehende Begeisterung ein ziemlich unverständlicher Ausdruck. Er scheint aus einer Stylmäßigung, aus einer Redaktionsbesonnenheit hervorgegangen zu sein, und es wäre besser gewesen, wenn der Prospektus den erhebenden Gedanken der allgemeinen Freiheit geradezu ein unverständiges Delirium genannt hätte.

Der Prospektus wird den großen Gedanken der Menschheit nicht aus der Welt schaffen. Damit die Menschheit aber frei werde, müssen die Nationen frei werden. In der Art wie sie sich an diesem Akte einzeln betheiligen, wird sich auch ihre Nationalität und ihre Besonderheit, die euch so sehr am Herzen liegt, bestimmen. Für diesen großen Zweck, wird es nicht ohne Beschränkungen, wird es nicht ohne Opfer abgehen. In jeder Gemeinschaft, in der elendesten Kasinogesellschaft muß das Individuum einen Theil seiner Freiheit opfern, damit ein leidlich gutes Ganze herauskomme. Ebenso wird es in der Verwirklichung der wahren Freiheit, welches nur die allgemeine ist, nicht ohne Opfer abgehen. Ja, es könnte sein, daß sogar ganze Völkerindividuen, wenn sie sich zu national d. h. zu widerborstig zeigen, darüber von dem Schauplatze der Geschichte abtreten mußten, wie das den Juden passirt ist, die von ihrem Nationalgefühl ein Lied singen können. Gefällt es dem Weltgeiste, sich für die Verwirklichung der allgemeinen Freiheit mit einigen hunderttausend Deutschen zufrieden zu geben, so dürfte leicht alle Welt ausrufen: Gott, wie genügsam! Das ganze Nebeneinander der Volksindividuen in der Geschichte wird nur dann klar, wenn ihre Entwickelung und Bewegung als ein Streben nach diesem großen Ziele gefaßt wird. Aus ihm wird ihre Freude und ihr Leid, werden ihre Gewinne und Verluste, werden alle ihre Schicksale verständlich. Sonst ist die Geschichte ein fourmillantes wüstes Durcheinander. Nein es ist unmöglich, daß ich diesen Gedanken aufgeben und dafür mich mit dem Patriotismus des Prospektus, mit dem mir völlig unverständlichen Zwölfmännerpatriotismus begnügen soll. Wir haben oft gespöttelt über die plumpe Form des Patriotismus, wenn die geknechteten Nationalen vor den Februartagen dieses heiligen Jahres, riefen: „wir lassen uns kein Dorf nehmen," ebenso lächerlich ist es heute zu erklären: wir lassen uns keinen Deutschen nehmen. Beim Himmel! wenn es darauf ankommt, den Zwecken zu dienen, die ich für vernünftig und groß halte, dann schaffe ich mich selbst ab, dann lasse ich mich nehmen, und alle diejenigen, die mit mir gleichgesinnt sind, lassen sich auch nehmen, und kein Prospekt der Welt wird im Stande sein uns zu halten. Wir laufen fort und lassen euch in eurer trübseligen Duselei sitzen. —

Indessen nichts für ungut, meine Herren! Ihr wißt ohne Zweifel, daß Bedenken, wie die eben geäußerten in der Welt sind, ihr waret auf den Widerspruch gefaßt, und werdet ihn nicht übel nehmen. Den alten Tic des Nationalgefühls, das der Freiheit nicht immanent, und doch etwas apartes sein und auch wieder kein „engherziger sich selbst vernichtender Patriotismus sein soll," — bei Seite gesetzt, finde ich den Prospektus gut. □.

Der Verfassungsentwurf und das Steuerbewilligungsrecht.

Eine besondere Beachtung verdient die Art der Steuergesetzgebung, die der Verfassungsentwurf in Aussicht stellt. Die gesetzgebende Gewalt wird nach §. 36.

Digitized by Google

gemeinschaftlich durch den König und beide Kammern ausgeübt, die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich, auch zu jedem Steuergesetze. Von einem besondern Steuerbewilligungsrecht ist in dem Verfassungsentwurf gar nicht die Rede. In diesem Punkte ist der Entwurf sehr dunkel und unbestimmt, während die belg. Verf.-Urk. sehr deutlich und bestimmt sagt Art. 111.: „Die Auflagen zum Nutzen des Staates unterliegen der jährlichen Bewilligung. Die Gesetze, welche diese Auflagen bestimmen, haben, wenn sie nicht wieder erneuert werden, nur für ein Jahr Gültigkeit.“ Diese wichtige Bestimmung fehlt in dem Entwurf; es wird darin nur gesagt, daß der Staatshaushalt jährlich durch ein Gesetz festgestellt werde, nach Bestimmungen, die aus Art. 115. der belg. Verf. entlehnt ist. Es befremdet, daß jener Art. der belg. Verf., der von einer jährlichen Steuerbewilligung spricht, aus dem Entwurf ganz weggeblieben ist. Je genauer man den Entwurf ansieht, desto mehr Hinterthüren.

Das Recht Steuern zu bewilligen ist durch den Entwurf stillschweigend den drei gesetzgebenden Gewalten zugetheilt. Das ist ein sehr bedenklicher, ein für die Freiheit und die Taschen des Volks sehr gefährlicher Umstand, diese Bekleidung der drei gesetzgebenden Gewalten mit dem Recht Steuern zu bewilligen. „Der Unterschied zwischen Besteuerungsrecht und Gesetzgebung ist wesentlich nöthig zur Freiheit, sagte der ältere Pitt. Die Krone, fährt er fort, die Pairs sind, als mitgesetzgebende Gewalten den Gemeinen völlig gleich. Wäre das Besteuerungsrecht blos ein Stück der Gesetzgebung, so hätten die Krone und die Pairs eben die Befugniß Steuern und Abgaben anzuordnen, als die Gemeinen. Das Recht Steuern und Abgaben zu fordern ist weder ein Recht der ausübenden noch der gesetzgebenden Gewalt. Steuern und Abgaben sind blos freiwillige Gaben und Bewilligungen der Gemeinen. An der Gesetzgebung nehmen alle drei Stände des Reichs (nach dem englischen Staatsrecht der König, die Lords und die Gemeinen) Antheil; aber die Miteinstimmung der Pairs und der Krone zu einer Steuer ist eine bloße Formalität.“

So Pitt in jener berühmten Rede, in der er behauptete, die höchste regierende und gesetzgebende Macht des Königreichs habe auch die gesetzgebende Macht in Amerika, aber sie habe nicht das Recht Amerika zu besteuern, den Amerikanern „ihr Geld aus ihren Taschen zu nehmen, wenn sie nicht eingewilligt haben.“ Ebenso äußerte sich Lord Camden, einer der größten englischen Rechtsgelehrten. „Besteuerung und Repräsentation sind unzertrennlich.“

In dem Lande der Erbweisheit übt das Unterhaus, als Repräsentant der Gemeinen, das Steuerbewilligungsrecht. Die Steuerbills des Unterhauses gehen an das Oberhaus, werden von diesem sanctionirt, ohne daß von den Lords etwas verändert werden darf. Der König nimmt sie an und dankt den Gemeinen für die zum öffentlichen Dienst bewilligten Subsidien. Das Recht Steuern zu bewilligen steht nur dem Unterhause zu. In Nordamerika müssen alle Gesetzvorschläge zur Ausschreibung von Steuern von der Repräsentantenkammer ausgehen, aber der Senat kann sich durch Amendements, wie bei den übrigen Gesetzvorschlägen betheiligen. Die Möglichkeit, die Gefahr, daß sich der Senat durch Geldbewilligungen der Krone zu empfehlen suche, ist dort nicht vorhanden.

Durch das Recht der Selbstbesteuerung, dessen sich das englische Volk erfreut, ist nicht nur das Eigenthum der Bürger gegen Eingriffe der Krone gesichert, es ist zugleich ein Schirm und Schutz seiner religiösen und politischen Freiheit, aber nur dadurch, daß nicht mehr als eine Versammlung, die der Volksvertreter, die Steuern für den öffentlichen Dienst bewilligt. Das Recht der Steuerbewilligung hat nur dann diese Wirkung, bemerkt De Lolme sehr treffend, wenn es von einer

Digitized by Google

einzigen Versammlung ausgeübt wird, „da verschiedene Parlamente oder Stände, um sich dem Könige durch größere Bereitwilligkeit zu empfehlen, leicht mit einander in Bewilligungen wetteifern. Inzwischen kommt der König bald dahin, als eine Schuldigkeit eine Gabe zu fordern, die er sicher ist zu erhalten." Die Geschichte der Steuergesetzgebung in Deutschland liefert von dieser Bereitwilligkeit der einzelnen Stände Steuern zu bewilligen, um sich gelegentlich auf Kosten ihrer Mitstände Vorrechte, Privilegien und Steuerbefreiungen zu erschleichen sehr erbauliche und lehrreiche Beispiele.

Was läßt sich aber hinsichts der Steuergesetzgebung von einer ersten Kammer erwarten, die aus den Prinzen des königlichen Hauses, aus 60 vom Könige ernannten Mitgliedern besteht, welche wenigstens die Bagatelle von 8000 Thlr. jährlicher Einkünfte haben! der Rest besteht aus Leuten, die 40 Jahr alt und mindestens 2500 Thlr. jährliches Einkommen besitzen! „Man bringe dieser Korporation einen Gesetzvorschlag, in welchem es sich um ein vernünftiges Steuersystem handelt, bemerkt die Trierſche Ztg., man spreche in diesem Gesetzesvorschlage von der progressiven Besteuerung, und wenn man ihr auch stundenlang Vernunft gepredigt, so wird sie schwerlich einsehen, daß Leute von 2500 Thlr. resp. 8000 Thlr. jährlichen Einkommens verhältnißmäßig mehr Steuern zahlen müssen, wie der Schreiner, der Schuster, der Schlosser ꝛc., wie die Legionen von Handwerkern, die ihre Existenz der Kraft des Armes verdanken." Jede vernünftige Steuergesetzgebung wird unmöglich, wenn die Einwilligung einer so zusammengesetzten ersten Kammer erforderlich ist. Indeß werden laut §. 82 die bestehenden Steuern und Abgaben fort erhoben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden, d. h. es bleibt vorläufig hinsichts der Steuern Alles beim Alten.

Die Verantwortlichkeit der Minister.

Die Minister werden vom Könige gewählt, denn dieser hat nicht allein nach §. 22 den Oberbefehl über das Heer und das Recht, alle Stellen in demselben zu besetzen, sondern nach §. 23 gebührt ihm auch die Besetzung aller Staatsämter. Nach §. 25 hat der König das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann dies Recht nur „auf Antrag von einer Kammer ausgeübt werden." Man sagt dem Volk, „die Minister sind verantwortlich, der König selbst kann sie nicht aus eigener Machtvollkommenheit begnadigen!" — Was kannst du mehr verlangen! Wahrhaftig, eine Konstitution, die sich gewaschen hat! Hintendrein heißt es aber: der König kann in dem Falle, daß eine Kammer den Antrag stellt, einen Minister begnadigen. Warum sagt man denn nicht gradezu: wenn die erste Kammer den Antrag stellt? — wozu diese Plänkeleien, die wie Gerechtigkeit aussehen sollen und weiter nichts als diplomatische Kniffe sind? Sollen die Gesetze in Betreff der Strafen, welche pflichtvergessene Minister treffen, blos geschaffen sein, um sie in dem Momente der Anwendung in Begnadigungsdekrete zu verwandeln? „Wir wollen nicht von Gnade leben!" sprach einst Hansemann von der Tribune herab, und sein Wort schallte donnernd durch alle Provinzen unseres Staates, und heute steht dieser nämliche Hansemann mit 7 andern Ministern an der Seite des Thrones und alle 8 legen Preußen das Modell eines verantwortlichen Ministers vor, das so geformt ist, daß, wenn wirklich nach ihm unsere verantwortlichen Minister geschaffen würden, kein Mensch im ganzen Staate ungestrafter Willkür und Unterdrückung ausüben könnte, als grade sie. Wenn ein Minister ein Gesetz verletzte, stände es der zweiten Kam-

Digitized by Google

mer zwar zu, die Anklage gegen ihn zu erheben, die Verurtheilung wäre aber in der Hand der Prinzen des königl. Hauses, ferner in jener von Staatsbürgern, welche mindestens 8000 Thlr. jährlich beziehen und vom Könige als Volksvertreter (!!) gewählt sind, und endlich in die Hand von Leuten gelegt, welche mindestens 2500 Thlr. jährliche Einkünfte haben! Sieht es nicht aus, als ob die Mitglieder dieser Kammer eine einzige große Familie bildeten, deren Bruderliebe die gewöhnliche übersteigt, weil die politische Existenz des Einzelnen durch die Existenz der ganzen Korporation bedingt ist — außerdem müssen alle Mitglieder, selbst wenn sie nicht mit dem Könige verwandt, noch auch von ihm als Volksvertreter (!!) gewählt wurden, das lebhafteste Interesse haben, den Wünschen des Königs zu entsprechen — seine Wünsche können sogar durchweg nur identisch mit den ihrigen sein — und nun denke man sich den Fall, daß ein Minister, welcher seine Stellung dem Könige zu verdanken hat und von ihm jeden Augenblick in Gnaden entlassen werden kann, ein Verbrechen, eine Verletzung des Gesetzes sich zu Schulden kommen läßt — die zweite Kammer klagt den Minister an — wird dann die erste Kammer unparteiisch urtheilen? — Und wenn sie wirklich das Gesetz nicht umgehen könnte, wird sie es unterlassen, den Antrag auf Begnadigung beim Könige zu stellen? Wenn der Volksmann Hansemann sagte: „wir wollen nicht von Gnade leben!" so hätte es der Minister Hansemann auch sagen sollen, oder ignorirt es der Minister Hansemann, daß in verständig organisirten Staaten die Größe der Verantwortlichkeit mit der Wichtigkeit der Stellung wachsen muß? Wenn eine Pairskammer wie jene vom Verfassungsgesetzentwurf bezeichnete die Verurtheilung eines Ministers ausspricht, dann gehört in der That ein bedeutendes Maaß von Schuld dazu, denn es ist ein altes Sprichwort: „eine Krähe hackt der andern nicht die Augen aus."

Die Emancipation der Schule.

Der Direktor des Gymnasiums zu Hamm, der als Pädagog und Mensch gleich ausgezeichnete und oft verketzerte und denunzirte Dr. Friedrich Kapp hat in einer kleinen Broschüre einen „Aufruf zur Umgestaltung der deutschen National-Erziehung" erlassen, der bei allen denen, welche den gewaltigen Geist der Zeit begriffen haben, den größten Anklang finden wird. Er will zunächst den Unterricht von allen bevormundenden Einflüssen frei wissen. Er verlangt Befreiung des deutschen Lehrerstandes von den Fesseln der Geistlichkeit und die volle, unentgeltliche Bildung für Alle, weil nur auf diese Art das Volk für die Segnungen der Freiheit gründlich sich heranbilden könne. Man hat bisher — beginnt er — unter dem Scheine der Intelligenz die Intelligenz selbst gewaltsam auf ein beliebiges Maß zurückführen wollen. Eine solche Brutalität darf nicht wieder vorkommen. Sie hat am meisten im Gebiete des Volksunterrichts geschadet. Die überraschten, die bestürzten Völker verstehen den Gruß der Freiheit nicht mehr, der Mutter und zugleich der Tochter menschlicher Bildung. Soll aber die unfrei gewordene Bildung wieder frei werden und wahrhaft befreiend wirken, so muß sich der gesammte deutsche Lehrstand durch den einfachen Akt seines allordnenden Willens selbst erst befreien und somit zur vollen Würde und Ehre eines, den andern bei der Staatsarbeit betheiligten ebenbürtigen, allgemeinem Standes sich selbst erheben. Diese Ebenbürtigkeit und Allgemeinheit aber geht ihm ab, so lange er noch in allen Stufen seiner Wirksamkeit von Mitgliedern anderer Stände geleitet, beaufsichtigt und vertreten wird. Der Lehrstand fordert daher, das die Volksschulen von der ausschließlichen Leitung der niedern Geistlichkeit, daß die Gymnasien,

Digitized by Google

Schullehrer-Seminarien, höheren Bürger- und Berufsschulen aller Art von der Mitbeaufsichtigung der höhern Geistlichkeit, daß die Universitäten von den Glaubensgerichten ihrer eignen theologischen Fakultäten, und daß das gesammte Unterrichtswesen in den höhern und höchsten Stellen von der Mitbesorgung der Juristen und Verwaltungsbeamten emanzipirt werde. Oder ich frage, würden sich die genannten Stände solche Bevormundung, solche Einflüsse, solche Verdächtigungen auch von unserer Seite gefallen lassen?" Kapp will, daß die Organe der Leitung des Lehrstandes von dem untersten Schulaufseher bis zum Unterrichtsminister nur aus ihm selber genommen und zu diesem Behufe das Unterrichtsministerium von dem der geistlichen Angelegenheiten getrennt werde. Ist diese äußere Gliederung durchgeführt, meint er, wird sich die innere von selbst machen. Die erste Pflicht des Staats ist es alsdann, das Reich des Zufalls, also der Gnade, immer mehr und mehr zu beschränken. Entreiße er die zarten Menschheit sogleich nach ihrer Geburt und weiterhin dem Elend, der Rohheit, der Gemeinheit, der leiblichen und sittlichen Verkrüppelung und dem Verbrechen. Bilde er sie zu Menschen und lasse er sie nicht als Bestien köpfen oder verhungern. Die Volksschulen, die Gymnasien, die Schullehrer-Seminarien, die höhern Bürger- und Berufsschulen, die Universitäten, die Akademie der Wissenschaften soll der Staat zu diesem Zwecke umgestalten und benutzen, alle diese Anstalten sollen die gesammte Kultur der Welt spiegeln und umfassen. „Vor allem aber werde ein nach und nach das gesammte Volk umfassendes System der Turnkunst und der Gesangbildung im größten Style aufgebaut, damit die Gesundheit, die Heiterkeit, die Wehrhaftigkeit und Schönheit des Volks mit seiner Versittlichung Hand in Hand gehe, und somit die Grundbedingungen edler und erhebender Volksfeste in großen, von der bildenden Kunst geschmückten öffentlichen Räumen und Plätzen gewonnen werden". Schließlich fordert der Verfasser zu einem sofortigen gemeinsamen, pädagogischen und staatspädagogischen Feldzuge gegen die furchtbare Macht der — näher von ihm bezeichneten — Vorurtheile und ihrer Konsequenz auf, „welche bisher den Frieden, der nur durch sie in zwei blutende Hälften gespaltenen Völker und der Einzelnen gestört, ihren Wohlstand untergraben und alle ruhige Bildung zurückgedrängt haben. Damit nicht eine Zeit wiederkehre, wie die seit 33 Jahren, wo schon noch während der Befreiungskriege die verblaßte Romantik zum Fenster hineinsah und als hungernde Restauration sich an unsern Tisch setzte; damit nicht die ungeheuerliche Erscheinung widerkehre, daß ein ganzes Zeitalter, wie in den Jahrhunderten der Hexenprozesse, wahnsinnig ist, während die täglichen Menschen ganz verständig ihre Geschäfte treiben und sich Essen und Trinken vortrefflich schmecken lassen."

Das Ministerium Camphausen.

Das verantwortliche Ministerium des konstitutionellen Preußens arbeitet noch immer mit denselben Kräften, mit denen seine absoluten Vorgänger die büreaukratische Staatsmaschiene gedreht haben, mit den Ministerial- und Provinzial-Kollegien. Diese Elemente sind aber mit seinen jetzigen Lebensbedingungen unvereinbar. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß der konstitutionelle Minister einen größern Despotismus über seine Beamten ausüben, ihre Selbstständigkeit absorbiren muß. Soll er die Verantwortlichkeit seiner Handlungen tragen, so darf er nur mit Leuten seiner Gesinnung arbeiten, mit Leuten, die seine Ideen willig und unverkümmert in das Staatsleben einführen. Unsere Ministerien sind zwar auch nur Bureaus, aber in kollegialischer Form: sie arbeiten nicht nur in ihren Sessionen schwerfällig, sondern der Rath, das Votum eines höheren Ministerialbeamten ist wie die

Digitized by Google

Petition eines frühern Landtages, dem Minister gegenüber eine Macht. Wir müssen zuvörderst hier nach dem Beispiele anderer konstitutioneller Staaten reformiren — Organe des Ministers in sogenannten Staatssekretären und Commis auffinden, die den weitschweifigen Geschäftsgang erleichtern, das System in seiner vollen Konsequenz repräsentiren. Dazu kommt eine Betrachtung von mehr augenblicklicher praktischer Bedeutung. Gerade diese Spitzen des gestürzten Systems sind der lebendigste Ausdruck desselben gewesen: sie verdanken ihre Stellung entweder der Anciennität oder der besondern Anhänglichkeit an jene alten Regierungsgrundsätze: sie und die Präsidenten der Provinzialkollegien sind durch Verknöcherung oder Gesinnung mit denselben am innigsten verwachsen. Wie will man von ihnen zuerst eine kräftige Umgestaltung auf ganz neuen Grundlagen erwarten oder nur verlangen, von ihnen, die den Gedanken der Zeit von dem entferntesten Platze aus am letzten und undeutlichsten gehört haben?

Ein noch mächtigeres Gegengewicht finden wir in den Regierungskollegien, diesen Ausgeburten des Bevormundungssystems, mit dem der patrimoniale Staat seine rechtlosen Kinder beglückte. Sie haben für sich ein entscheidendes Stimmrecht, das häufig theils hindernd, theils aufhebend den Absichten des Kabinets entgegen tritt. Sie sind nur ihr eigenes Organ, eine eigene abgeschlossene Persönlichkeit. In den Zeiten des Absolutismus ein Hemmschuh der Ministerialwillkür, nach Art der alten Parlamente in Frankreich, kehrt sich ihr Widerstand in den Zeiten der Revolution, der Herrschaft der Freiheit gegen die Freiheit: sie sind kein Prinzip, sondern nur eine Opposition. Eine Verantwortlichkeit ist aber nur denkbar für eigene Thaten, nicht für die Anderer, für die des Gegners. Hier gilt es also vor Allem eine schleunige radikale Umänderung, damit die alten widerstrebenden Stoffe aus dem Staatskörper schleunigst ausgeschieden und die neuen belebenden Säfte zu rascher Circulation gebracht werden. Bei der freien Presse, bei einer wahren Volksvertretung, bei unbeschränktem Petitionsrecht ist die Garantie, welche der absolute Staat in der Berathung und der Opposition der Beamten finden mußte überflüssig. Vor allem sind daher die Regierungs-Kollegien und was damit zusammenhängt, das Zwitter-Institut der Landräthe aufzuheben, von dem Niemand weiß, wo darin die Vertretung des Volkes anfängt und das Organ der Regierung aufhört. Es mußten sofort Kommissarien, vertraut mit dem Geiste der neuen Regierung, die Umgestaltung dieser Behörden zu Organen des Kabinets, zu Präfecturen und ihren Verzweigungen übertragen und von ihnen an Ort und Stelle geprüft werden, welche Elemente im Schooße der alten Behörden für die neue Ordnung tauglich seien. Ihre Grenze und Beschränkung findet diese Organisation in der größten Ausdehnung der Autonomie der Gemeinden, der Assoziationen. Hätte das Kabinet die eben so nahe liegenden als unvermeidlichen Gedanken rasch, ganz und kräftig durchgeführt, es hätte viel Zeit und Vorwürfe gespart, viele Halbheiten vermieden, viele Wirksamkeit gewonnen. Freilich werden dabei manche Interessen verletzt, es wird mit einem eisernen Besen ausgekehrt werden müssen; wer aber alle Interessen schonen will, rettet zuletzt keines.

Weniger als in der Verwaltnng sind diese Grundsätze in der Justizpflege ausführbar und dringlich: hier steht das unantastbare Prinzip der Inamovibilität des Richters durchgreifenden persönlichen Reformen theilweise und für den Augenblick entgegen, hier ist die Aufhebung der Kollegialverfassung nicht geboten, hier ist das Eingreifen des Richters in das politische Leben weniger nothwendig. Vieles wird schon dadurch erreicht werden können, daß dem Richterstande eine vernünftigere Stellung durch die Gesetzgebung angewiesen wird. Und doch ist es gerade der Justizminister, dessen Thätigkeit in unserm Sinne wir den andern Mitgliedern

Digitized by Google

des Kabinets gegenüber lobend anerkennen müssen, der — wie uns scheint — allein begreift, was uns für den Augenblick noth thut — der Radikalismus!
(Nat.-Ztg.)

Aufforderung.

Die Zeitungshalle, die Ostseezeitung, ja selbst die liebe Vossische Zeitung bringen fast in jeder Nummer entwürdigende Berichte über das Benehmen der preußischen Truppen, vornämlich der pommerschen und märkischen Landwehr, in den unglücklichen Gegenden des Großherzogthums Posen vor das Forum der Oeffentlichkeit, und schildern das Auftreten der dortigen Beamtenkaste, der künstlich und durch den schmutzigsten Materialismus aufgereizten Deutschthümler und der Juden mit Farben, die, wenn sie auch nur einige Wahrheit enthalten, die Brust jedes Ehrenmannes mit der tiefsten Verachtung gegen dies bestialische Treiben erfüllen müssen. Viele dieser Berichte sind mit bekannten Namen, z. B. des Oberlandesgerichts-Assessor Fischer, des Regierungs Assessor Szumann, des reformirten Predigers Cassius, des Oberlandesgerichts-Assessor Emil Jamcki, unterzeichnet, und die Berliner Deputation beruft sich über die Bucker Ereignisse auf das Zeugniß des dortigen Bürgermeisters, ein anderer Bericht aus Neustadt bei P. auf die Lieutenants v. Kettler und v. Winterfeldt! Was ist diesen Anklagen entgegengesetzt? — Nichts, gar nichts, als höchstens gemeine Schimpfreden! — Was soll ein Ehrenmann davon denken? — Was soll man zu der Landwehr sagen? — Jeder, der nur ein Paar Wochen dem Soldatenstande angehört hat, fragt sich erstaunt, ob es Wahrheit sei, daß bei ernstlichem Willen der kommandirenden Offiziere solche Zügellosigkeit stattfinden kann? Was würde ein Blücher, ein Gneisenau, ein Schill und alle die ehrenwerthen Führer des Preußischen Heeres und Preußens glorreichste, leider sehr, sehr rasch vergessener Zeit, zu solchen Soldaten sagen? Wie würde unser eisenfester Wrangel dort handeln? — Hat man denn keine Kugeln mehr, um auf dem Sandhügel des Standrechtes solcher Disciplin ihr Recht angedeihen zu lassen? — Jene Berichte schänden den preußischen Namen vor dem ganzen civilisirten Europa, ja vor asiatischen Horden und amerikanischen Kannibalen! — Jeder Preuße, ja jeder Mann von Ehre muß nun nach gerade fordern, daß jenes, jede Gesittung brandmarkende Treiben aufhöre, und das Geschehene mit unnachsichtlicher Strenge bestraft werde, oder daß, sind jene Berichte lügenhaft, die Unwahrheit erwiesen, und die Verbreiter derselben zur öffentlichen Rechenschaft gezogen werden. — Demnach fordern wir hiermit öffentlich die Führer der Truppen im Großherzogthum Posen, namentlich den General v. Colomb, auf, sich Angesichts des erstaunten Europas zu rechtfertigen, und, wenn sie es können, die Unwahrheit jener Anklagen nachzuweisen. Wir fordern die Behörden des Großherzogthums auf, den niederschmetternden Vorwurf der „infernalen, Talleyrand-Metternichschen Intrigue“ von sich abzuwälzen, und zwar beweisend, denn gar mancher, der die Verhältnisse im Großherzogthum kennt, ist sehr geneigt, den Angaben eines Fischer, Cassius, v. Szumann unbedingten Glauben zu schenken.

Wir fordern das verantwortliche Ministerium im Angesichte Europas auf, vor dem Volke, dem sie mit verantwortlich sind, wahrhaft und öffentlich die Vorfälle im Großherzogthum Posen zu erklären und zu rechtfertigen, oder wir müssen mit denen einstimmen, die es der Unfähigkeit, wenn nicht gar des bösen Willens beschuldigen.

Digitized by Google

Wir fordern endlich die Nationalversammlung in Berlin hiermit feierlichst auf, auch der polnischen Staatsbrüder im Großherzogthum Posen zu gedenken, und sind ihre Leiden wahr, sie zu schützen gegen eine mehr als bestialische Willkühr! — Nicht ein Einzelner, sondern ganz Europa sitzt hier zu Gericht.

A. Z.

Alle unpartheiische Zeitschriften werden gebeten diese Aufforderung in ihre Spalten aufzunehmen.

Mitbürger in der Provinz Pommern.

Die Völker sind mündig geworden. Sie wollen nicht mehr, daß ihre heiligsten, ihre sozialen und politischen Interessen in den Händen von Männern ruhen, denen dieselben fremd, im günstigsten Falle nur gleichgültig sind; sie wollen damit nur solche Männer betrauen, deren ehrenwerthe Gesinnung und gediegene Befähigung sie kennen, nur solchen Männern, die sie aus ihrer Mitte gewählt, mit einem Worte — sie wollen dem großen Prinzip der Selbst-Regierung Anerkennung und Geltung verschaffen. Die Fürsten können nur äußerst schwer sich zu diesem Völker-Prinzipe herbeilassen, sie wollen die mächtige Bewegung der Zeit hindern, dem rollenden Rade des Schicksals Stillstand gebieten und siehe! es wird die Revolution. Mitbürger! Auch wir haben den Beweis unserer Mündigkeit mit unserem Blute sühnen müssen: durch die Revolution vom 18. und 19. März. Ihr habt sie anerkannt, diese Revolution, indem Ihr unserm Muthe Achtung gezollt und überall, von nah und fern, Dankopfer dargebracht für unsere Verwundeten und für die Wittwen und Waisen der ganzen Nation. Mitbürger! Ich erinnere Euch an unsere Vorfahren, die gestorben sind für Freiheit und Recht, an unsere Väter vom J. 1813, die jedes Opfer gebracht, die ihr Letztes, ihr Alles gewagt, und mit fester, oft schmerzhafter Beharrlichkeit und Geduld herbe, blutige Wunden ertrugen; die entflammt und aneinandergekettet durch den Enthusiasmus für die Idee der gelobten Freiheit vorwärts, immer vorwärts stürmten, bis die fremde Zwingherrschaft vernichtet und Fürst und Volk gerettet waren. Diese unsere Väter vom J. 1813 haben uns ein theures Vermächtniß hinterlassen, das sie mit ihrem Blute geschrieben und mit ihrem Tode besiegelt haben: das Vermächtniß der konstitutionellen Verfassung, und dieses Vermächtniß haben wir für uns Alle, die wir Eines Stammes, Einer Sprache sind und Einem Fürstenhause angehören, am 18. und 19. März erbrochen und uns in den Besitz unseres heiligsten Erbtheils: der constitutionellen Verfassung gesetzt. Unser König, der seinem Volke mit treuer, ererbter Liebe zugethan, der sich nicht besinnt, wenn es gilt, der Wohlfahrt desselben ein Opfer zu bringen, hat uns auf den breitesten Grundlagen im Besitz anerkannt. — Und jetzt, nachdem wir die selbstsüchtigen Beamten-, Militär- und die erbärmliche Polizei-Chikane vernichtet, nachdem wir endlich errungen, was uns seit 33 Jahren gelobt war, und worin wir mit landesväterlichem Vertrauen bestätigt worden sind — jetzt will man uns das heilige, große Gut: das Recht der Selbst-Verfassung, der Selbst-Regierung schmälern, verkümmern, ja möglicherweise entreißen. Wohl wissend, daß ein Volk unwiderstehlich und unbesiegbar ist, und einen mächtigen, wunderbaren Talisman besitzt im kräftigen Bewußtsein des Gemeinsinns und der brüderlichen Einheit, scheut sich die Reaktion nicht, durch Arglist und Heimtücke, durch Frechheit und Schamlosigkeit, durch gleisnerische Lüge und niederträchtige Verläumdung alles Vertrauen zwischen uns zu untergraben, um den sich

Digitized by Google

entwickelnden allgemeinen Bruderſinn, der uns Alle Eins macht im Geiſt und in der Wahrheit, im Keime zu vergiften und zu erſticken. Jedoch, Brüder! unſere Väter in der Provinz haben uns geſagt, als wir noch harmloſe Knaben waren: Trau, ſchau, wem?! Daher fort mit dem gehäſſigen Mißtrauen, fort mit den feindſeligen Proteſten, fort, fort die Zwietracht und Zerwürfniß, der Hader und Haß. Vereint haben wir geharrt und geduldet, vereint gekämpft und geblutet, vereint unſeren Werth und unſere Kraft kennen gelernt, vereint wollen wir auch die feigen, verrätheriſchen Machinationen mit entſchiedener Verachtung zurückweiſen und vereint das große Stich- und Zauberwort unſeres Jahrhunderts: Bruderſinn zu unſerem Schutz- und Trutzbanner erklären, unter welchem ſich ein Geiſt der Aufklärung und Bildung regt, und unſer gemeinſames deutſches Vaterland wahrhaft Eins wird an Leib und Seele, an Geſinnung und Fortſchritt.

Dr. Spiekermann, Pommer.

Berichte.

† § Berlin, den 5. Juni.

So iſt denn die erſte Todtenfeier unſerer Revolution vorüber; ſie hat eine höhere Bedeutung als manche, namentlich in der Ferne, glauben mögen. Nachdem ſchon von vielen Seiten das Anathema über die Opfer einer eigennützigen und durch und durch verderbten Politik gerufen worden war, ohne daß die Vertheidiger der Revolution im Gefühle ihrer ernſten Aufgabe Zeit und Neigung gehabt hätten ſolchen Klaffern zu erwidern, ſind ſie nun geſtern feierlich widerlegt worden; ſie können jetzt ſehen, daß es keineswegs Einzelne und Wenige in unſerer Stadt ſind, welche jenen Opfern ſich Dank bewußt fühlen, ſondern, daß eben ſo viele daſtehen, um von der ſo theuer erkauften Freiheit nicht zu laſſen, und ſollten ſie ſelbſt die nächſten Opfer ſein. Die Initiative hatten dieſesmal die Studenten ergriffen, auch ſie waren, wenn auch ſonſt wie die ganze Stadt in politiſchen Fragen getheilt, in dieſer einig geweſen; von ihnen waren alle Einladungen zum Zuge ausgegangen, auch die an die Nationalverſammlung an dieſe freilich zu ſpät und mit einem Formfehler, weshalb darüber keine Debatte eröffnet und kein Beſchluß gefaßt werden konnte. Dennoch waren über hundert Abgeordnete, mitgegangen, von denſelben Abgeordneten deren Ruhe hier gefährdet ſein ſollte, und die über die gottvergeſſenen Berliner zu Rathe ſitzen ſollten. Heute hört man darüber nur zwei Urtheile Erſtens werden die feierliche Erhabenheit des Zuges, ſein impoſantes Anſehen und die Größe deſſelben bewundert, denn man ſchätzt ihn mäßig auf 40,000 Menſchen; ſodann aber ſind wieder einmal diejenigen geſchlagen, welche abſichtlich oder unabſichtlich immer nur fürchten, die noch geſtern Mittag ſtrömenden Regen als deus ex machina erbaten, und die heute nicht nur das Thörichte ihrer kindiſchen Angſt zugeſtehen ſondern auch anerkennen müſſen, daß das Volk ſich ſelbſt überlaſſen am beſten die Ordnung aufrecht erhält, dieſes ſelbe Volk, in deſſen feierlichem Zuge geſtern die beſchimpften und verſchrieenen „Arbeiter aus den Rehbergen" ihre Fahne trugen, woran ſich ein langer Zug, „brodloſer Arbeiter" gleichfalls durch eine geſchenkte Fahne auszeichnete, wo ſogar ein Zug Kinder und Damen folgten.

Nach einer Mittheilung des Premier-Miniſters in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wird der Prinz von Preußen bereits morgen oder übermorgen in der Mitte der Seinigen ſein; ein Antrag des Abgeordneten für Deutſch-Krone, des Juſtizrath Hartmann aus Jaſtrow, betreffend die Rückkehr des Prinzen, iſt in eine Interpellation verwandelt, welche der Miniſter-Präſident morgen beantworten wird, und welche dahin geht: das hohe Miniſterium möge eine offene Erklärung über die Urſachen abgeben, welche den Prinzen nach England führten und dort feſthielten.

Köln, 28. Mai.

Die Maßregeln gegen Officire, deren Geſinnungen nicht dem Willen der hohen und höchſten Vorgeſetzten entſprechen, dauern noch immer fort Gegen den Lieutenant von Beuſt I. vom 17. Infanterie-Regiment iſt neuerdings ein ehrengerichtlicher Prozeß eingeleitet worden wegen Anſichten, die er in Briefen an den Lieutenant a. D. Anneke geäußert hat. Dieſe Briefe waren bei A confiſeirt und von der kölniſchen Juſtizbehörde an Beuſt's Vorgeſetzte geſchickt worden. Ge-

Digitized by Google

gen die Lieutenannts Wülfing, Bernigau, Faltin und Mithak vom 25. Regiment hat man eine ehrengerichtliche Untersuchung auf den Antrag vieler ihrer Kameraden angestellt, weil sie vor längerer Zeit ihrem Regiments-Kommandeur bei Gelegenheit einer geharnischten Rede desselben über die Treue erklärt hatten, sie würden sich nicht dazu mißbrauchen lassen, auf das Volk zu schießen, welches nur seine gerechten Forderungen durchsetzen wolle, sondern zurücktreten, wenn man derartiges von ihnen verlangen sollte. Der Pr.-Lieut. Steinhard von der Artill.-Brig. ist von Deutz nach Torgau versetzt worden, nachdem er erst im vorigen Jahre die weite Reise von Erfurt nach Deutz mit seiner Familie gemacht hatte, weil — er Präsident eines Officier kluds vor dem bekannten kriegsministeriellen Erlaß war, und weil er sich um die Wahlen im Sinne des konstitutionellen Liberalismus mit Eifer gekümmert hat, — Bei einem Bataillon des 16 Regiments haben sich die Unteroffiziere alle schwarz und weiße Bänder ins Knopfloch geknüpft, mit welchem Schmuck sie heute zur Parole erschienen. Bei einer Compagnie dieses Bataillons hat jeder Soldat fortwährend 20 scharfe Patronen in Händen. – Dem Regierungspräsidenten von Wittgenstein ist in der vorigen Nacht eine Katzenmusik gebracht worden, die ganz ruhig abgelaufen ist. Veranlassung dazu soll die Entlassung einer großen Anzahl von Arbeitern und die Einberufung der Reserven sein, für welche man eben so wenig einen Grund einzusehen vermag, als für die Armirung unserer Festungswerke.

(Düss. Ztg.)

Trier.

Als wir den preuß Konstitutionsentwurf zu Gesicht bekamen, konnten wir uns nur wundern, daß das Ministerium es unternimmt, durch Vorlage dieses Entwurfs die Geschichte der drei letzverflossenen Monate vollständig zu leugnen und dem Streben des ganzen deutschen Volkes, das demokratische Institutionen haben will, seine Pygmäenarbeit in den Weg zu legen. — Die Staatsgewalt (höchste Gewalt, Souveränität) ist das Recht, die Mittel zu dem Zweck des Staats zu wählen Diese Wahl (die Ausübung der Staatsgewalt) war in Preußen, obgleich längst sehr in Frage gestellt, am 18. März noch der physischen Person des Königs anvertraut. Diese Staatsgewalt ist in der Nacht vom 18. auf den 19 März zu Grabe getragen worden. Das preußische Volk hat 33 Jahre der geistigen Knechtschaft ausdauernd gekämpft gegen eine Staatsgewalt, welche hartnäckig darauf bestand, daß durch die Büreaukratie, unterstützt durch Militärgewalt, die Mittel zum Zweck des Staats gefunden werden müßten. Es mußte endlich dieser Kampf mit den Waffen in der Hand entschieden werden, und am 19. März war es klar, daß das Volk gesiegt hatte. Die Staatsgewalt (Souveränität) war in der Nacht vom 18. auf dem 19. März von der physischen Person des Königs auf eine moralische Person, auf das ganze Volk, faktisch übergegangen. Die Rathgeber des absoluten Königs wurden entlassen, weil das souveräne Volk es verlangte; der von dem absoluten Könige im Februar 1847 geschaffene Rath der Stände wurde von dem souveränen Volke abgeschafft. Der Prinz von Preußen hat sich am 19. März vor dem souverän gewordenen Volke auf heimlichen Wegen geflüchtet, Bodelschwingh und Compagnie, die gepriesenen Stützen des absoluten Königthums, sind nach allen vier Winden auseinander geflohen, der König selbst hat in Person vor den Barrikadenhelden, welche den Militärdespotismus und die Bureaukratie sterbend besiegt hatten, mit entblößtem Haupte seine Achtung bezeugt. Wer wagt es noch Angesichts dieser Thatsachen zu leugnen, daß das Volk nunmehr der Souverän geworden war? Es sind die Herren Minister, welche es leugnen — für sie schließt die jüngste Geschichte des preußischen Staats mit dem 18. März, und deswegen ist in der Botschaft vom 20. Mai von den am 18. März gegebenen Verheißungen die Rede, von den Verheißungen des absoluten Königthumes. Wenn auch die nach Berlin berufenen Vertreter des preußischen Volkes die Errungenschaften des 19. März vergessen haben könnten. dann senke deine Fackel, Genius des preußischen Volkes! Die Fürstenverträge von 1815 hatten uns mit Euch, heldenmüthige Vorkämpfer gegen fremden Despotismus, in eine lose formale Verbindung gebracht, die Freiheitsschlacht Berlins gegen innere Despotie hat dieser Verbindung die geistige Weihe gegeben! Wir reichen seit dem 19. März dem preußischen Volke mit Wärme die deutsche Bruderhand, weil wir die Heldenthat Berlins für die That des ganzen Volkes erkennen. Auch dies ist eine Errungenschaft des 19. März, preußische, deutsche Brüder! die wir behaupten wollen zum Heile des großen einigen Vaterlandes! (Trier. Ztg.)

Magdeburg.

Die „Elbzeitung" sagt über den Verfassungsentwurf: Alle Berichte stimmen darin überein, daß die Eröffnungsscene sehr kühl war. Und der Entwurf? Er kühlt noch mehr ab, er ist wie Eis, das auch seine Umgebung gerinnen macht. Der Entwurf macht das Zweikammersystem zum Grundstein der preußischen Verfassung. Das wahre konstitutionelle Prinzip streitet damit; der praktische Gegengrund ist, daß noch Niemand eine stichhaltige Idee, wie eine erste Kammer für unsere Zeit zusammenzusetzen sei, hat vor-

Digitized by Google

bringen können, da sowohl Adel, als Reichthum, als Sonderinteressen zur Grundlage dieser ersten Kammer zu machen, mit dem Wesen unserer Zeit nicht übereinstimmt, und derartige Versuche sich nur als Flickwerke bekunden. Sehen wir nur auf die Art der Zusammensetzung der ersten Kammer, welche den Entwurf zu Tage bringt. Da finden wir alle möglichen Momente in kleinen Portionen zusammengeschüttet: 1. königliche Wahl, 2. Volkswahl, 3. Reichthum, 4. Erblichkeit, 5. Kapacität, 6. Alter. Vergebens schauen wir uns nach einem bestimmten Prinzip, vergebens nach einer Idee um, welche dem Ganzen zu Grunde läge. Doch nein! Einen leitenden Gedanken erkennen wir, und der ist — der Reichthum, das Kapital. Die Wahl von Seiten des Königs ist gebunden durch 8000 Thlr. jährliches, reines Einkommen, die Erblichkeit gebunden durch dieselbe Summe, die Wahl des Volkes ist gebunden durch 2500 Thlr. Einkommen oder durch einen Census von 300 Thlr. Die Kapacität ist allerdings daran nicht gebunden, sie ist aber so beschränkt (auf die Mitglieder der Obergerichte, die Mitglieder der Akademie der Wissenschaft zu Berlin und die Oberbürgermeister), und wiederum gar nicht nothwendig, da diese Wahl dem Volke (nicht dem Könige für sein Viertel) nur freisteht, daß sie freilich nicht beschränkter sein könnte. Demnach ist der leitende Gedanke der Reichthum, und diesem sind einige Rudera anderer Momente, der Erblichkeit, des Alters, der Kapacität, beigemischt, ohne Allen innern Zusammenhang. Wo ist aber dieser Reichthum nun zu finden? Es ist wiederum kein einheitliches Interesse dafür aufzufinden, denn dieser Reichthum ist eben so sehr bei dem Gutsbesitzer wie bei dem Kaufmann, bei den höheren Beamten (in ihrem Gehalt) wie beim Fabrikanten zu finden. Es ist also ganz zufällig, wie diese erste Kammer aus den Reichen zusammengesetzt sein würde, folglich keine Idee, kein Prinzip, sondern der noch ganz unbestimmte und rohe Werth des Reichthums an sich, wie dieser durch seine Masse Gewicht hat, nicht wie er sich in seiner Anwendung nützlich macht. Hatte denn der, welcher diese Paragraphe 38 und 39 niedergeschrieben, gar kein pochendes Herz, gar keinen Pulsschlag für das Bedürfniß der Zeit, für die Noth des Volkes, für die Befriedigung des Vaterlandes gehabt? Wir glauben demnach uns nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß es keine Partei giebt, die hiermit zufrieden und einverstanden sein wird, von der reaktionairsten bis radikalsten; wir trauen allen Parteien so viel vernünftigen Inhalt und so viel Einsicht zu, um ein solches Gemisch aus den entlegensten Momenten für unzulässig und schädlich, für unhaltbar zu erkennen. Die Elbzeitung irrt. Die Stettiner Ztg. ist mit dem Entwurf zufrieden und das J., dieser große Politikus, singt unermüdlich Lobpsalmen auf denselben ab.

Magdeburg.

† Die feindselige Stimmung, die man gegen die Berliner hervorzurufen sich bemüht, gab hier Veranlassung in einer zahlreich besuchten Volksversammlung eine Adresse »an das Berliner Volk« zu beschließen, indem man richtig erkannte, daß die Schmähungen gegen die Berliner nur der Reaktion in die Hände arbeiten. Die Unterzeichner der Adresse danken den Berlinern, den »Vorkämpfern unserer Freiheit,« sie fordern sie auf fest zu beharren auf dem Wege der Freiheit, unerschrocken das Recht unseres Volkes zu vertheidigen. »Wir haben es für eine heilige Pflicht gehalten, sagen sie, diese Adresse an Euch zu richten, um Euch zu zeigen, daß hier viele Herzen schlagen, die vollkommen das erkennen, was Ihr gethan, den Bann zu brechen, der unser Volk so lange gefangen hielt.« Es ist eine Adresse, zu der weder durch einen Landrath, noch durch Raths- oder Polizeidiener Unterschriften gesammelt, die nur von einigen jüngern Beamten, von einigen Geistlichen, darunter Duton, aber von vielen Kaufleuten und Handwerkern, von dem Kern der hiesiger Bürgerschaft unterzeichnet ist.

Frankfurt.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß in der Nationalversammlung eine Fraction herrscht, welche sich die Aufgabe gestellt hat, durch endloses Hinausschieben, Ablehnen, Ueberschreien, die außer ihr herrschenden Stimmen zu unterdrücken, die Energie der ihr nicht Affilirten zu ermüden und die Kraft derselben zu lähmen. Hat man im Willen das Streben nach friedlicher Ausgleichung zur Gewalt zu provociren? Will man gleich dem Verfahren in Mannheim und Mainz auch hier Unruhen erzwingen, um die ohnehin schon ultraloyale Nationalversammlung unter den Einfluß der Bajonnette zu stellen? Oder aber fühlt man seine Schwäche schon so sehr, daß man jede Frage von Wichtigkeit zu umgehen sucht? Es scheint fast, denn eine andere Frage von Wichtigkeit, die heute auf Dringlichkeit drang, scheiterte gleichfalls an dem Indifferentismus der Versammlung. Der Abgeordnete Limburgs hegt Skrupel, sich einer Versammlung einzuverleiben, die sein lange von Deutschland getrenntes Wahlland noch als zu Deutschland gehörig anerkenne. Es sei Gefahr im Verzuge, bemerkt Stedt-

Digitized by Google

mann, welcher in dieser Angelegenheit das Wort ergriffen, denn Limburg könne sonst leicht wie Polen eine andere Hand ergreifen, die sich ihm darbiete. Aber was kümmert dies die phlegmatische Versammlung, sie lehnt ab und ab und ab, sie will vor allen Dingen auf ihren deutschen Kaiser kommen und doch hält sie sich noch nicht für legitim constituirt. Fragen Sie mich nun, was man denn eigentlich treibt, so kann ich Ihnen nur entgegnen daß man einzig und allein bis jetzt zu dem Ende zusammengekommen ist, um zu verschieben und darbietende Gelegenheiten zu nützlicher, ja dringender Beschäftigung abzulehnen! Gott segne ihre Thätigkeit, mager wird dieselbe wohl Niemanden machen Ich fange an zu fürchten, die alte Definition des deutschen Menschen, er sei ein sinnlich vernünftiges Wesen, ist so zu emendiren; er ist ein unvernünftiger Philister, der von Sinnen ist.

§ Stettin.

Volksverein, den 3. Juni. Vorlegung und Annahme der Adresse an die Nationalversammlung in Berlin, in welcher gegen den Verfassungsentwurf protestirt wird. Dr. Scharlau theilt darauf das durch einen schlichten, einfachen Bürger gelöste Problem mit, durch die Veränderung unseres Münzwesens die Verbesserung der socialen Zustände zu erreichen. Der Kreuzer ist die Losung des einigen Deutschlands. Die Versammlung nahm mit Humor dies Projekt des Hrn A. Moritz auf. Ein aus Frankfurt eingegangener und verlesener Aufruf zur Bildung von Vereinen, die Rechte des Volks zu wahren, giebt Veranlassung, über die Erreichung dieses Zieles, namentlich durch die Erzielung eines einigen Deutschlands zu reden. Diese Aufgabe sei bei den verschiedenen materiellen Bedürfnissen in Nord- und Süddeutschland keine leichte, außerdem ständen 34 Fürsten derselben entgegen. Das Volk wäre jedoch endlich mündig geworden, es würde alle Hindernisse, welche die Einheit hemmten, beseitigen. Dies könnte um so eher geschehen, wenn der Gedanke sich Bahn bräche, daß die Fürsten des Volkes wegen, aber nicht das Volk der Fürsten wegen vorhanden wäre. Eine wirklich freisinnige Verfassung sei deshalb nothwendig. Die Berathung des preußischen Verfassungsentwurfes jedoch wäre überflüssig, obwohl von der andern Seite geltend gemacht wurde, derselbe enthalte viel Gutes, man müsse alles prüfen und das Beste behalten. Man kam darauf noch einmal auf die Erreichung eines einigen, starken Deutschlands zurück, Preußen müsse in Deutschland aufgehen und letzteres sich mit Frankreich verbünden. An dieser Debatte nahmen Theil die Herren Dr. Meyer, Altvater, Mantey, Luedecke, Schultz, Th. Schmidt und Marquard. Zum Schlusse sprach Hr. Th. Schmidt über die Nothwendigkeit, den Offizierstand des stehenden Heeres volksthümlicher zu gestalten und die bisherige Bevorzugung des Adels bei Erwerbung von Officierstellen zu beseitigen. Der letzte Gegenstand soll in der folgenden Versammlung noch einmal aufgenommen werden.

Die Versammlung war sehr zahlreich, jedoch beweist ein Theil der Mitglieder noch immer, daß es ihm an politischer Toleranz mangelt. Es müssen die Redner, welche den Muth haben, eine eigene Ueberzeugung auszusprechen, eben so gut gehört werden, wie diejenigen, welche die Ansichten der Gesammtheit der Mitglieder vertreten. Eine gründliche Diskussion verlangt eine verschiedene Auffassung des vorliegenden Gegenstandes und die Versammlung ist nur dann sicher, durch Schlagwörter u. Kraftausdrücke nicht überrumpelt zu werden, wenn sie sogar dazu aufmuntert, abweichende Ansichten zu hören. (??) Es steht ja in der Hand des Präsidenten, durch Abschluß der Debatten die parlamentarische Diskussion zu schützen, falls die Redner dieser Oppositionspartei sich nach irgend einer Seite hin verirren sollten. In den beiden letzten Sitzungen schienen die Herren Patschke und Th. Schmidt den Anfang zu machen, gegen die Sympathieen der Gesellschaft anzukämpfen und ihre Ansichten geltend zu machen, wenn sie auch voraussehen, daß sie hierdurch keine Lorbeeren pflücken würden. Möge sich niemand abschrecken lassen, seine Ansichten geltend zu machen, wenn er auch auf Widerspruch stoßen sollte. Nur im Kampf ist Leben!

Nachschrift d. Red. Gewiß muß jeder seine Ansicht geltend machen. Wenn aber jemand Opposition macht, um Opposition zu machen, so ist das eine Komödie. Diese haben aber die genannten Herren gar nicht aufführen wollen, sie haben „ihre Ansichten geltend zu machen" gesucht.

Stettin

(Eine Petition ruhiger und besonnener Männer.) Eine hier colportirte, mit einem Begleitschreiben des Herrn Justizrath Krause versehene „Stimme ruhiger und besonnener Vaterlandsfreunde" wünscht, daß die Nationalversammlung sich nicht zu einer konstituirenden erheben, daß sie eine Vereinbarungsversammlung bleiben möge, daß sie den vorgelegten Verfassungsentwurf den Berathungen zu Grunde legen und das „vorgeschlagene Zweikammersystem" beibehalten wolle

Digitized by Google

Zu dieser letzten Bitte leitet die „ruhigen und besonnenen Vaterlandsfreunde" neben der eigenen Ueberzeugung die warnende Lehre der Geschichte, daß eine Kammer in konstitutionellen Monarchieen den Staatsorganismus gänzlich zerstöre und stets zur Revolution und Anarchie führe. Das klingt erschrecklich, Schauder erregend. Indeß die „ruhigen und besonnenen Vaterlandsfreunde" scheinen schlechte historische Studien gemacht zu haben. Schon Kurhessen zeigt das irrige und wirrige ihrer Behauptung, denn Kurhessen ist eine konstitutionelle Monarchie mit einer Kammer. Niemand hat bisher davon gehört, daß diese eine Kammer in Kurhessen „zur Revolution und Anarchie" geführt. Es ist das eine funkelnagelneue Entdeckung dieser „ruhigen und besonnenen Vaterlandsfreunde", die etwas mit Gespensterfurcht geplagt zu sein scheinen. — Zur Vermeidung von Irrthümern und damit Stettin nicht falsch beurtheilt werde, erinnern wir daran, daß neben dieser Petition „ruhiger und besonnener Vaterlandsfreunde" für den Verfassungsentwurf, für das „vorgeschlagene Zweikammersystem", eine andere im entgegengesetzten Sinne gegen den vorgelegten Entwurf im Stettiner Volksverein beschlossen wurde, die mit mehreren hundert Unterschriften bedeckt ist. Da Ruhe und Besonnenheit nicht an einzelne Personen, etwas an die Unterzeichner der ersten Petition besonders in Erbpacht ausgethan sondern in Stettin, wie in Norddeutschland allgemein und weitverbreitete Eigenschaften sind, so ist auch die Petition des Volksvereins von Volksfreunden unterzeichnet, die mit vollem Recht „ruhig und besonnen" zu nennen sind. Sie verschmähen es nur diese Eigenschaften besonders für sich selbst in Anspruch zu nehmen, sich selbstgefällig damit zu brüsten, eingedenk des Sprichworts: Eigenlob stinkt. Bekanntlich zählt auch der hiesige konst. Klub viele „ruhige und besonnenen Vaterlandsfreunde" zu seinen Mitgliedern. Ja, so viel wir wissen, sind sie Alle ruhig, besonnen und Vaterlandsfreunde Diese berathen gegenwärtig den Verfassungsentwurf und werden wenn sie mit ihren Berathungen noch vor dem Schluß der Nationalversammlung fertig werden sollten, sich ebenfalls gegen den Verfassungsentwurf, gegen das Vereinbarungsprinzip und gegen das „vorgeschlagene Zweikammersystem" aussprechen. — So wird denn, insofern nicht mit den Worten „ruhig und besonnen" ein besonderer, geheimnißvoller, freimaurerischer Begriff verbunden werden soll, der nur auf die Unterzeichner der ersten Petition anwendbar, die überwiegende Majorität der „ruhigen und besonnenen Vaterlandsfreunde" in Stettin sich gegen den Entwurf, gegen das vorgeschlagene Zweikammersystem aussprechen, worauf wir zur Vermeidung von Irrthümern und Mißverständnissen aufmerksam machen, damit man nicht auswärts glaube, ganz Stettin sei aller politischen Bildung, alles politischen Bewußtseins bar und ledig.

Stettin, 1. Juni.

(Herr F. in Stettin.) Ein fruchtbares Jahr; Volksrechte schießen wie die Pilze aus der Erde. Uhrwahlen. Vereine, Clubbs, Tabackrauchen im Thiergarten, Bürgerwehr, friedliche Versammlungen im Freien, wenn die Polizei Nichts dagegen hat, Zeitungen kann herausgeben, wer will und Artikel schreiben, wer sich der Gefahr aussetzen mag, auf Mißbrauch der Presse incriminirt zu werden So ist auch in Stettin eine neue Zeitung aufgetaucht und ein neuer Literat, der aber für die alte Stettinische privilegirte wirkt. Herr F. ist ein junger, keineswegs blaßer Mann aus Pommern, trägt, so weit wir ihn kennen, eine Brille, besucht den Logengarten und schreibt wöchentlich seine 3 bis 4 Artikel für die Effenbartsche, unbeschadet seiner Wirksamkeit als Mädchen-Lehrer, Familienvater und Staatsbürger. Vielleicht ist Herr F auch Bürgerwehrmann. Ob er sich bei Unterzeichnungen für die deutsche Flotte betheiligt hat, wissen wir nicht Wie alles Große und Schöne auf Erden, hat man auch diese Artikel des Herrn F verschiedentlich getadelt und bekrittelt. Wir haben darüber Urtheile gehört, die durchaus nicht schmeichelhaft waren: man wollte aus diesen Artikeln Hornirthelt, Unverschämtheit und noch manche andere edle Eigenschaft des Herrn Verfassers herauslesen. Wir sind anderer Meinung, uns gefallen diese Artikel nicht übel, vielleicht weil wir sie von einem andern Standpunkte aus beurtheilen. Wir halten sie nämlich für deutsche Stylübungen, für Uebungen im aufreizenden Styl Wir müssen sie daher loben, so bald wir nachweisen können, daß Herr F. dieses sein Ziel nicht verfehlt. Herr F hat die Intention die Bestrebungen der Demokraten, welche nur den Willen des Volkes als die einzige und alleinige Quelle aller Rechte im Gemeinwesen gelten lassen wollen, zu verdächtigen und seine Landsleute, die Pommern gegen diese Partei aufzureizen. Obwol auch wir zur demokratischen Partei geschworen haben, so müssen wir doch vor Herrn F. den Hut abziehen, was auch immer geschieht so oft wir ihm begegnen, denn die Verdächtigungen der Demokraten, die Aufreizungen gegen dieselben sind ihm vielfach gelungen. Herr F. hat also nicht ungeschickt manövrirt. Ehre, wem Ehre gebührt. Herr F. weiß nämlich auf eine allerliebste Weise gewisse Stichwörter mit Begriffen,

Digitized by Google

die er verdächtigen will, zu verbinden. Die Demokraten will er verdächtigen, deßhalb sagt er: das Einkammersystem sei ihre Erfindung und setzt immer zu dem Einkammersystem den Königsmord als die nothwendige Folge daraus demselben. Ganz nach den Regeln der Reventlawschen Memnotechnik. Hört nun ein gesundes Pommerherz oder ein Urpommer, an die Herr F. fortwährend recurrirt, das Wort Demokrat, so denkt er zugleich am Einkammersystem und sofort fällt ihm der Königsmord ein, und Auflodert die Flamme unendlichen Hasses, denn wir wollen keinen Königsmord So weit mußten wir die Artikel des Herrn F loben, als sie geschickt genug waren, um die intendirte Aufwiegelung der Pommern gegen die demokratische Partei zu bewirken. Anders ist es mit den Mitteln, durch die er die Aufwiegelung zu Stande bringt. Da kommt es ihm auf eine Lüge nicht an. Das interimistische Wahlgesetz gefällt Herrn F. nicht, es hat schon jetzt die wunderlichsten Resultate geliefert, und wenn es bestehen bleibt, was Gott verhüte, wird es noch viel ärgere Dinge hervorbringen Deßhalb haben die Demokraten oder die Anarchie und die Clubbwirthschaft, was Herrn F. Eins ist, dieses Wahlgesetz hervorgebracht, deßhalb müßt, Ihr Pommern alle, wiederum einen ehrlichen, offenen Kampf gegen die Demokraten führen, und Gott wird uns den Sieg verleiben. Das Wahlgesetz ist aber vom Ministerio ausgegangen und durch den Vereinigten Landtag sanctionirt worden, Herr F. hat also den Thatbestand verdreht aus Unwissenheit oder aus Böswilligkeit, wissen wir nicht Der Zweck heiligt zwar das Mittel, aber dieses Mittel, welches Herr F. gewählt hat, möchte ihm leicht gefährlich werden können. Dem Ministerio könnte die Aufforderung des Herrn F. an die Pommern, sich um ihn zu schaaren und gegen die Urheber des Wahlgesetzes zu streiten, mißlicherweise nicht gefallen und Herr Camphausen könnte deßhalb leicht Herrn F. die Bekanntschaft des Staatsanwaltes verschaffen wollen, — doch ist Herr Camphausen wol jetzt anderweitig zu sehr beschäftigt, als daß er auf Herrn F. reflectiren sollte. Eine Unwahrheit hat sich Herr F. hierin erlaubt, daß es aus Böswilligkeit geschehen sei, glauben wir nicht, denn Herr F. ist ein ehrenwerther Mann, und ehrenwerthe Männer sind sie alle. Noch könnte man in Zweifel sein, wen eigentlich Herr F. gegen die Regierung ins Feld führen wird. Alle Urpommern? So viel Achtung wir vor dem Feldherrntalent des Herrn F. haben, das er in seiner Schule bewiesen hat, als er seinen Schülerinnen auseinandersetzte, auf welche Weise sich Stettin am Besten von der Blokade seines Hafens befreien könnte, dieser Aufgabe dürfte Herr F. doch nicht gewachsen sein. Wir meinen, er würde besser thun es vorläufig mit seiner weiblichen Avantgarde zu versuchen und das Gros der Armee den Herren von Thadden und Wolden zu überlassen. Auch Berlins wegen wäre es uns lieb, wenn Herr F. auf unsern Vorschlag einginge und seine Schülerinnen ins Feuer führte. Das arme Berlin hat in dieser langweiligen, interesselosen Zeit so wenig zu seinem Vergnügen, daß ihm der Spaß Herrn F. an der Spitze dieses neuen Amazonenzuges zu sehen, wol zu gönnen wäre.

Dr. C. B.

(Eingesandt.) Der Polizei-Kommissarius Schultz hat am Himmelfahrtstage durch schriftliche Aufforderung und unter Androhung von Strafe einen hiesigen Bürger aufs Polizei-Büreau citirt, um gegen denselben eine durchaus unmotivirte Untersuchung vorzunehmen. Da auf dem Polizei-Büreau kein, dem ꝛc. Schultz erwünschtes Resultat zu erzielen war, nöthigte er den erwähnten Bürger, zum Zweck einer besseren Inquirirung, in ein anderes Haus zu folgen, ohne jedoch zu einem andern Ergebnisse zu gelangen.

Ist der Polizei-Commissarius Schultz gesetzlich ermächtigt, am Festtage einen hiesigen Bürger überhaupt zu behelligen, und nach welchem Paragraphen des Gesetzes? Oder ist das vorerwähnte Verfahren Subalternen-Beamten-Willkür?

Der ꝛc. Schultz wird mit seiner Aufklärung hierüber hoffentlich nicht warten lassen.

Ein Bürger.

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumrationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird. Vom 1. Juli ab erscheint der Wächter in verändertem Format täglich.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 29 & 30.

Sonnabend, den 10. Juni.

Inhalt: Die Berliner und die Provinzen, nebst Dankadresse an die Berliner. Wie die Reaktionäre Hinterpommerns mit Glanz durchfallen. Motivirtes Manifest der radikal-demokratischen Partei in der konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. Der Zug der Pommern nach Berlin. Keine Beamte als Volksvertreter. Berichte: aus Berlin, Greifswald, Stettin.

Die Berliner und die Provinzen.

Als die Donner der Freiheit durch die Welt rollten, als die deutschen Volksstämme aus langem und tiefem Schlafe erwachten, als sogar Wien, seiner Aufgabe als Hauptstadt, als Brenn- und Mittelpunkt der Volkskraft sich bewußt, sich erhoben, sich und Oesterreich die Freiheit errungen, wurden uns noch die alten Wiegenlieder vorgesungen. Der Geist der Zeit schien spurlos an uns vorüberzugehen. Aengstlich und beklommen sahen wir auf Berlin, den „Sitz der Intelligenz". Wir fühlten, daß Berlin berufen wie verpflichtet für uns zu handeln, daß in dem Volke Berlins die Entscheidung liege. Schon sprach man mit Verachtung von den Berliner Weißbierphilistern, von den Berliner Maulhelden, die nur schlechte Witze zu machen verständen. Berlin blieb ruhig. Preußen schien ein großer Sarg der Freiheit; Selbstgefühl, Selbstbewußtsein schien erstickt, die Volkskraft erstorben. — Des Volkes Wünsche und gerechte Forderungen sollten abermals vertagt werden. Da erwachte Berlin; es zeigte sich seiner Aufgabe bewußt, es zeigte Talent für die Freiheit. Es erhob sich in voller Kraft; es kämpfte für uns den Kampf der Freiheit.

Diese Erhebung der Berliner, der Barrikadenkampf erfüllte mit Bewunderung und Staunen. Die Provinzen jubelten und priesen die heldenmüthigen Barrikadenkämpfer. Bestürzt und verblüfft standen die Anhänger des alten Patrimonial- u. Polizeistaats von Gottes Gnaden da. Die Revolution war in ihren Augen nur ein „Pöbelexceß," durch fremde Emissäre", Polen und Franzosen, durch Fünffrankenstücke hervorgerufen. Geld regiert die Welt, dachten sie und weil sie selbst für Geld feil und jeder Aufopferung für eine Idee unfähig, setzten sie diese Feilheit und die Unfähigkeit sich einer Idee hinzugeben, zu opfern auch bei dem Berliner Volk, bei dem „Pöbel" voraus, wobei sie, sonst wahre Franzosen- nnd Polenfresser, der französischen Nation Großmuth und Hochherzigkeit genug zutrauten, sie werde sich die Verwirklichung der Freiheit in Berlin, in Preußen Geld kosten lassen.

Gern bereit aber zu schwach zur Contrerevolution begnügte man sich gegen die Berliner zu deklamiren, den Michel in der Provinz gegen die Hauptstadt aufzureizen, die Märzhelden zu verunglimpfen, die That Berlins herabzuwürdigen. Das Unkengeschrei der Reaktion gegen die Barrikadenkämpfer wurde immer unverschämter und betäubender, den Sinn des Volks, ehrbarer Bürger umnebelnd. Unaufhörlich wurde Michel durch seine Vormünder von Gottes Gnaden, deren Regiment durch die Revolution vernichtet, im reaktionären Sinn bearbeitet und gegen die Berliner aufgestachelt. Drei das Volk bevormundende und regierende Gewalten, die Beamten, die Pfaffen und die Gutsherren sahen durch die Revolution und

Digitized by Google

ihre Konsequenzen ihre Herrschaft bedroht und gestürzt und das Volk mündig gesprochen. Die Wahlen ergaben wie gering das Vertrauen des Volks zu seinen bisherigen Vormündern, namentlich zu den durch Geburt und Geldsack Privilegirten. Alles wurde aufgeboten Michel gegen die Urheber dieses Umsturzes, gegen den Umsturz selbst und gegen seine eigene Mündigkeit einzunehmen. Prinzenverlangende Adressen, Dankadressen an das Ministerium wurden von Landräthen, Bürgermeistern und sonstigen Beamten, von Kreisständen, die um ihr Leben besorgt, geschmiedet und mit zusammengebettelten Unterschriften zum Besten der Tante Voß gedruckt. Jedes Kräwinkel eiferte mit den andern im Adressenschmieden. Fast schien es, als wenn Michel die alte Polizeiwirthschaft ungern verloren. Bisher von aller Welt bevormundet, schrie Michel: er wolle sich von den Berlinern nicht bevormunden lassen; er gestehe den Berlinern das Recht nicht zu — —

Michel fühlte sich, er sprach von dem Rechte mitzureden. Gut. Das Recht ist ihm zugestanden und soll ihm nicht genommen werden. Aber wie die Prinzenverlanger und Consorten so haben auch die Berliner das Recht mitzureden und das Recht den papiernen Demonstrationen in der Tante Voß gegenüber Demonstrationen zu machen. Am allerwenigsten aber dürfen die Kräwinkler verlangen, daß Berlin sich ihnen unterordne, daß ihre Bornirtheit, ihr Eigenwille dominire, daß die Intelligenz des blauen Ländchens zwischen Stolp und Danzig oder aus dem altmärkischen „Hans Jochenswinkel" den Ton angebe und im Staate zur Geltung komme. Unmöglich kann Preußen von der Hundetürkei aus und nach den dort etwa beliebten Begriffen und anerkannten Prinzipien regiert werden. Wir protestiren entschieden gegen das Regiment der Kräwinkler. Die großen Städte bilden Sammelpunkte der Intelligenz und Kraft; sie sind die natürlichen Vorkämpfer. Berlin hat nicht nur das Recht, es hat die Pflicht, das, was es mit den Waffen in der Hand erkämpft, mit dem Blute seiner Söhne errungen sich und dem gesammten Volke zu erhalten. Die Berliner sind verpflichtet darüber zu wachen, daß die Freiheit und die Rechte, die sie dem Volke erkämpft, dem Volke bleiben. Sie sind die gebornen Wächter unserer Freiheit.

Ueberzeugt, daß durch die sinnlosen Anfeindungen und Schmähungen, die gegen die Berliner erhoben worden, nur den Plänen der Reaktion in die Hände gearbeitet werde, durchdrungen von Achtung für die Barrikadenkämpfer, für die Helden des März, für die Vorkämpfer unserer Freiheit, denen wir verdanken, was wir besitzen, die Volkssouveränetät, das unverjährbare Recht der freien Selbstbestimmung, beschloß der Stettiner Volksverein folgende:

Dankadresse an die Berliner.

Männer Berlins! Ihr habt es nicht gescheut, Euer Leben für uns am 18. März einzusetzen, um uns die Freiheit zu erringen, die unsere Herzen so heiß ersehnten! Männer Berlins! Ihr habt, nicht achtend Eures materiellen Wohles, die junge Freiheit geschützt, gewahrt gegen jeglichen Angriff! Ihr waret dazu berufen, weil Ihr die Freiheit uns erkämpft habt, Ihr waret dazu berufen als Bewohner der Hauptstadt. Vielfach ist dies in den Provinzen verkannt worden, ja es hat selbst nicht an einzelnen Stimmen gefehlt, die Euch deshalb geschmäht, Euer Thun in thörichter Verblendung oder schmählicher Bosheit begeifert haben. Auch unsere Vaterstadt Stettin hat sich leider davon nicht frei erhalten. Deshalb hält der Volksverein zu Stettin es für seine heilige Pflicht feierlich und öffentlich zu erklären, daß seine Mitglieder die aufrichtigste Hochachtung vor Eurem Thun empfinden; daß sie Euch die Bruderhand reichen zu Allem, was Ihr für nothwendig zur Wahrung der jungen Freiheit erachtet; daß sie gleich den braven Thüringern und Magdeburgern nie säumen werden, so es Noth thut, Euch darin mit der That zu unterstützen. Anm. Eine ähnliche Adresse hat der Stettiner Klub beschlossen.

Digitized by Google

Wie die Reaktionäre Hinterpommerns mit Glanz durchfallen.

Wir hören von einem von Köslin ausgehenden Aufruf an die „preußischen Brüder" und von der großen Blamage, die sich die Herren Aufrufer zugezogen haben, indem dieser Aufruf bei vernünftigen Menschen nicht den mindesten Anklang findet, sondern nur Indignation erzeugt. Ein Exemplar hatte sich in den politischen Klub nach Barth verirrt. Der Aufruf erregte beim Verlesen so großen Unwillen, daß er nicht einmal ruhig angehört wurde. Ein anderes Exemplar hat die städtischen Behörden in Schönebeck*) zu einem Protest veranlaßt. Ja der Abgeordnete des Fürstenthumer Kreises, Stadtv.-Vorsteher Maager aus Kolberg, dem die Ehre zugedacht war, dies Produkt Pommerns dem Minister-Präsidenten zu überreichen, weist dies Gesuch mit Entrüstung zurück. Das ist viel Pech! Wir haben das Machwerk noch nicht zu Gesicht bekommen. Der „pommersche Bote" berichtet darüber aus Kolberg, besonders lehreich in Bezug auf das Unterschriftensammeln:

Die Herren v. Kleist-Warnin und Consorten haben unterm 23. Mai in Cöslin einen „Posaunenton" an das preußische Volk erlassen, welcher, wie ähnliche Machwerke, sich in den niedrigsten Schimpfreden gegen die Berliner Freiheitskämpfer ergeht; sie „ekelerregender Pöbelhaftigkeit" zeiht, und nach ähnlichen aristokratischen Schmeicheleien, alle Gleichgesinnten im Lande auffruft, sich zu „wappnen", um eventualiter „in der Gesammtheit des Volks" nach Berlin zu ziehen. Als letzter „Zweck und Ziel" wird unverholen „die Vertilgung eines zweiten Paris aus dem Preußischen Vaterlande" ausgesprochen. Vorher jedoch soll dies, von Widersprüchen, Unwahrheiten und Lächerlichkeiten zusammengesetzte Produkt gekränkten Hochmuths mit möglichst vielen Unterschriften bedeckt, an unsern Abgeordneten für Berlin, St.-V.-V. Maager aus Colberg, übersandt und durch denselben „als ein untrügliches Pfand des Volkswillens" dem Minister-Präsidenten übergeben werden. —

Wenn es auch kein Geheimniß ist, auf welche Art dergleichen Unterschriften zusammengebracht werden; (diesmal sagte man den Bauern: Maager aus Berlin hat geschrieben, Ihr sollt dies nur ganz geschwinde unterschreiben, es hat größte Eil) so ist doch bei dieser Gelegenheit der Name unsers verehrten Volksvertreters zu gröblich gemißbraucht, um darüber schweigen zu dürfen. Derselbe hat nämlich erst am 25. Mai durch nachstehende Zuschrift erfahren, welche Ehre ihm zugedacht, und daß sein Name bereits ohne sein Wissen in gedruckten Proklamationen als Protektor derselben genannt war.

*) Die städtischen Behörden in Schönebeck erklären: In der entschiedenen Ueberzeugung, daß die Errungenschaften unserer großen, wenn auch noch getrübten Gegenwart nur dann unser freies Eigenthum werden, und zu unserm dauernden Heile gereichen können, wenn an dem Baume unserer Freiheit, deren junge Wurzeln in den Herzen unserer Mitbürgen ihren kräftigen Boden erst zu finden beginnen, Niemand zu rütteln wagt, weisen wir mit Entrüstung alle wühlerischen, aber eben so entschieden auch alle reactonäre Bestrebungen zurück. Diesem Bekenntnisse getreu können wir dem, von Cöslin am 23sten dies. Mts. aus an die „Preußischen Brüder" ergangenen Aufrufe nicht allein nicht die bei uns in Antrag gebrachte Zustimmung gewähren, sondern verwahren uns auch hiermit ausdrücklich gegen die, neben anerkennungswerther Kundgebung echt vaterländischer Gesinnung, darin ausgesprochene Verleugnung der Mäßigtage, so wie gegen die offen dargelegte Anreizung zum Bürgerkriege. Eben so bestimmt müssen wir die Anmaßung: die etwa einlaufenden Unterschriften zu diesem Aufrufe als „ein untrügliches Pfand des Volkswillens" erachten zu wollen, zurückweisen; indem wir den gesetzlichen Ausdruck dieses Volkswillens nur in den Beschlüssen der Nationalversammlung zu Berlin anzuerkennen vermögen.

Digitized by Google

An den Abgeordneten der National-Versammlung Herrn Maager Wohlgeb. zu Berlin.

Ew. Wohlgeb. werden aus der beigefügten Proklamation gefälligst ersehen, daß heute ein allgemeiner Aufruf an das gesammte preußische Volk zur endlichen Abgabe seiner Stimme in den Lebensfragen des Tages erlassen ist. Sie werden ferner daraus entnehmen, daß die Unterzeichneten Sie, als den Mann bezeichnet haben, der die mit Unterschriften versehenen Proklamationen, wenn sie in Berlin eingehen, in Empfang nehmen, sie sammeln und sie demnächst dem Hrn. Ministerpräsidenten Camphausen übergeben wollen. Ferner haben die Unterzeichneten Ihnen noch die Beschwerde zugemuthet, täglich des Abends, nach Eingang neuer Proklamationen das Resultat etwa mit folgenden Worten in den beiden Zeitungen, der „Vossischen und Haude- und Spenerschen" inseriren zu lassen:

„Es sind heute (10) Proklamationen des Preuß. Volkes mit (1000) Unterschriften bedeckt eingegangen."

Wir wissen, daß wir Ihrem bekannten Patriotismus in Bitte der Erledigung unserer Wünsche nicht zu viel zugemuthet haben, Sie werden alle patriotischen Preußischen Brüder dadurch herzlich verpflichten. Es versteht sich von selbst, daß Ew. Wohlgeb. sich bei Ihren anderweitigen vielen Geschäften der Hülfe einiger Männer bei Ausführung unserer Bitte bedienen wollen und daß wir Ihnen sämmtliche aufzulaufenden Kosten dankbar erstatten werden. Etwanige Rückfragen in dieser Sache wollen Sie an Hrn. C. G. Hendeß in Cöslin gefälligst richten. Cöslin, den 22. Mai 1848.

Ew. Wohlgeb. ergebenste

gez. v. Kleist-Warnin. v. Borwitz-Borntin. v. Lettow-Klenzin. Steffenhagen-Balfanz. v. Treskow auf Pobanz. C. G. Hendeß. J. H. Schmidt. Hildebrand. J. K. Naumann, Justizrath. Wehrenberg, Brauer. W. Brendel, Fleischermeister. F. Fuchs, Scharfrichtereibes. Tesmar, Justizrath. Stryck, Stadt-Syndikus.

Antwort des Herrn Maager.*)

Berlin, den 28. Mai 1848.

Ew. Hochwohlgeb. erwiedere ich auf das mir zugegangene Schreiben vom 22. Mai, daß ich den mir zugetheilten Auftrag der Herren v. Kleist-Warnin ꝛc. hiermit zurückweise, und erlaube ich mir, Ihnen meine Gründe einfach und klar, wie es einem schlichten Handwerker und Bürger geziemt, mitzutheilen.

Gleich Ihnen stellte ich mir die Verhältnisse in Berlin ganz anders vor. In Berlin angelangt, sah ich zu meiner großen Verwunderung überall strenge Ordnung und Gesetzlichkeit, gehandhabt von Bürgern im schlichten Alltagsrock, mit der Waffe in der Hand. Rührend war es mir, wie ich hier Hand in Hand Reiche und Arme, Kaufleute, Handwerker und Beamte, die gesetzliche Ordnung mit nie gekannter Höflichkeit aufrecht erhalten sah.

Noch mehr aber war ich erfreut, als am Dienstag Morgen um 10 Uhr Se. Majestät der König die Parade der ganzen Berliner Bürgerwehr abhielt; als das imposante Bürgerwehr-Heer von fast 30,000 Mann, mit dem größten Enthusiasmus seinen Herrscher empfing; als ich sah, mit welcher Herzlichkeit der geliebte Monarch seine getreuen Bürger besichtigte, seine Zufriedenheit mit ihren militärischen Leistungen und seinen Dank für die Opfer, die sie dem Vaterlande brächten, aussprach. — Bei einem solchen Geiste bedarf es wahrlich Ihrer Proklamationen nicht, und ich glaube, Ihnen so wenig, als dem gesammten Vaterlande einen Dienst durch die verlangte Bekanntmachung zu erweisen, **besonders da sich die Provinz Pommern durch die Proklamation des Hrn. v. Wolden ꝛc. schon in der öffentlichen Meinung sehr geschadet hat.**

Außerdem meine Herren, halte ich es für eine Gewissenssache, für das Wohl meines, über Alles geliebten Vaterlandes hier meine ganze Kraft anzuwenden, benutze daher jeden Augenblick Zeit, mich in der Verfassungsfrage auszubilden, um im Stande zu sein, aus den Verfassungen anderer Länder das Beste zu entnehmen und aus eigener Ueberzeugung das hinzuzufügen, was ich für meines Vaterlandes Heil erkenne.

Streng will ich nach meiner eigenen Ueberzeugung handeln, für den kleinsten, ärmsten Mitbruder, dem Gott so manche Entbehrung auferlegt, ebenso sorgen, wie für den Wohlhabenden, und alles thun, ein gesundes Ganze, wo König und Volk, wie Vater und Kind, einig und glücklich leben, herzustellen.

Ich will mir nicht durch Annahme Ihrer Proklamation die Hände binden lassen, irgend einer Partei anzugehören; sondern ich will frei und unabhängig dastehen, und das was ich für das Beste halte, durchzusetzen mich bestreben; dazu bin ich hergesandt! —

Anm. d. Red. d. W. Wird mit Autorisation und auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Maager der Oeffentlichkeit übergeben, gleichsam als Protest gegen dergleichen ungebührliche und unverschämte Zumuthungen.

Digitized by Google

Wenn Sie aber am Schlusse Ihrer Proklamation Ihre Absicht, auf Berlin zu marschiren, aussprechen, so würde ich Sie doch, als ächter Pommer und Freund des Vaterlandes, bitten, dieses ja nicht zu veröffentlichen, da durch die vielen hier lebenden Pommern die Persönlichkeiten der Unterzeichneten des an mich gerichteten Schreibens einzeln genugsam bekannt sind, um nur zu dem herbesten Spotte über einige jener Helden Veranlassung zu geben. — (gez.) A. Maager.

Motivirtes Manifest

der radikal-demokratischen Partei in der konstituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main.

„Wer die majestas populi an den Cäsar abtritt, verräth ganz einfach das Volk an den Cäsar"

Geleitet von der Ansicht, daß es nützlich und nöthig ist, sich ohne Rückhalt auszusprechen, überzeugt von der Lebenskraft und Fortwirkung der radikal-demokratischen Principien, aus denen die große europäische Umwälzung von 1848 hervorgegangen ist, sprechen wir es hiermit vor dem ganzen Volke scharf und entschieden aus, was wir für die Aufgabe der Partei halten, die beim Volke wirklich das unumschränkte Selbstregiment erhalten (conserviren) will.

1. Wir wollen im Innern die vollständige Verwirklichung der demokratischen Staatsform. Ihr Zweck ist die Befreiung jedes Einzelnen. Wir wollen nach Außen die Emancipation und Selbstregierung aller Völker. Alle Eroberungs- und Unterdrückungsgelüste der Deutschen gegen ihre Nachbaren und nichtdeutsche Staatsgenossen sollen aufhören. Die europäischen Völker sind im Begriff, sich zu freien Staaten frei zu vereinigen. Wir finden hierin die wahre Bedeutung der Nationalität und erwarten, es werde in nicht gar ferner Zeit kein anderes Völkerrecht geben, als die Dekrete eines souveränen Congresses freier Nationen, die weder um die Grenzen des Landes, noch um die Vortheile des Handels sich entzweien, sondern in einer allgemeinen Föderation sich vereinigen. — In der Vereinigung Freier und Gleicher, oder in der Föderation, finden wir die einzig mögliche Lösung der Aufgabe, Einheit und Freiheit in Deutschland (und in Europa) herzustellen. Wir wollen das nordamerikanische Föderativsystem. Wenn wir also die Einheit der souveränen deutschen Nation wollen, so wollen wir nichts Anderes, als die Vereinigung ihrer Abgeordneten in der Nationalversammlung und in dem verantwortlichen Regierungsausschuß derselben. Diese Einheit Deutschlands ist bereits vorhanden. Die Einheit Deutschlands ist nicht die Vereinigung der verschiedenen Domänen in eine Domäne: sie ist vielmehr die Einheit des deutschen Volkes durch die Vereinigung seiner Abgeordneten im souveränen Parlament hier zu Frankfurt am Main. In dieser Vereinigung sehen wir zugleich seine Freiheit; wenn wir die Freiheit des Volkes wollen, so wollen wir seine vollkommene unumschränkte Selbstregierung durch seine Urversammlungen und durch seine Abgeordneten. Der unumschränkte Wille oder die Souveränetät des Volkes kann wohl durch Abgeordnete und durch Regierungsausschüsse, durch Geschworne im Gericht, durch Kriegsheere im Felde ausgeübt, aber nie an eine Person oder an eine erste Kammer abgetreten werden. Wie die Einheit, so ist auch die Freiheit des Volkes in diesem Augenblick factisch schon vorhanden. Der Volkswille hat die Nationalversammlung vereinigt. Weiß nun diese Versammlung, daß sie souverän ist und bleiben muß, und führt sie diejenige Constituirung Deutschlands, welche aus diesen beiden Grundsätzen folgt, ernstlich und praktisch, durch die ebendig wirkenden Staatsgewalten herbei, so begründet sie die Freiheit, sie

Digitized by Google

verwandelt die ungeordnete Freiheit in eine geordnete. Dies ist eine große positiv revolutionäre Arbeit. So verstehen wir unsere Aufgabe. Die Nationalversammlung hat den Auftrag, das souveräne Volk zu constituiren, also es mit solchen Organen seines Willens zu versehen, welche die Souveränität für alle Zeiten beim Volk erhalten. Diese Organe sind 1) die Volksvertretung in der Nationalversammlung, welche aus dem Volke durch directe Wahl hervorgeht und nach Erlöschung ihres Mandates ins Volk zurücktritt; 2) der Vollziehungsausschuß oder der Präsident und sein Ministerium, welche aus der Nationalversammlung hervorgehen, ihr verantwortlich sind, und wenn sie die Mehrheit in ihr verlieren, wieder in die Versammlung zurücktreten. Jede andere Form der Freiheit enthält, einen Verstoß gegen die Volkssouveränität. Nur in der freigewählten Versammlung der Volksabgeordneten und in der Regierung, die aus ihr hervorgeht, kann der unumschränkte Wille des freien Volkes verwirklicht werden. Beschlösse z. B. das souveräne Volk durch seine Vertreter, die hier beisammen sind, seine Einheit, glaubte aber zu dem Zwecke einen erblichen König von Deutschland wählen zu müssen, so wäre das keine Vereinigung des freien Volkes, sondern eine Vereinigung aller Fürstenhüte unter Einen Königshut. Aber nicht die Fürsten unter Einen Hut zu bringen ist die Aufgabe; die Aufgabe ist, das Volk zu vereinigen und zwar ohne es zu unterjochen, also das freie Volk, welches jetzt faktisch souverän ist, unverkürzt bei dieser Souveränität zu erhalten. Es wäre ein Verrath an sich selbst, wenn ein Volk in dem Augenblick, wo es durch Revolution und Anarchie die Souveränität faktisch in die Hand hat, eine lex regia, ein Königsgesetz machte, und dadurch die Souveränität an einen König verschenkte. Die Thorheit eines solchen Verfahrens ist nicht ohne Beispiel. Wir werden die Dänen nicht nachahmen.

Aber, sagen die Konstitutionellen, wir werden einen **konstitutionellen deutschen König** machen. Abgesehen davon, daß die Könige nur **gezeugt**, nicht **gewählt** zu werden pflegen, ist der **konstitutionelle König** einfach der Rest des **absoluten**, und dieser Rest ist durch die demokratische Revolution von 1848 so zusammengeschwunden, daß die Volkssouveränität unser faktischer Zustand, der König also kein Souverän mehr, sondern in Wahrheit nur noch ein Staatsdiener mit sehr beschränkten Funktionen ist. Er hat für die Ernennung des Premierministers und für die Erzeugung seines Nachfolgers zu sorgen. Die Weisheit, welche dem Despotismus nur diese beiden Sinecuren übrig läßt, ist sehr weise, und wir bewundern sie gewiß hinlänglich, wir werden die Bewunderung noch steigern, wenn wir es erleben, daß sie sich durchsetzt; aber in dem Gesammtstaate Deutschland, wo (wie in der Gesammtheit von Europa) gar kein Herr vorhanden ist, finden wir uns außer Stande, jenen Rest des Herrenthums zu erschaffen. Der konstitutionelle König ist der abgenutzte absolute; sollen wir deutsche nun im Jahre 1848 hier in Frankfurt das Problem lösen, wie man einen abgetragenen Hut macht, ohne ihn vorher abzutragen? Wir hoffen es nicht. — Was bleibt also übrig? Der souveräne Congreß oder, daß man gar keinen König macht, sondern nur den verantwortlichen Ministerpräsidenten und seinen verantwortlichen Ministerrath, oder einen verantwortlichen Vollziehungsausschuß mit einem verantwortlichen Reichskanzler an der Spitze. — Die Weisen sagen dagegen: das ist zwar richtig, aber unpraktisch, weil das Volk nicht logisch denkt, sondern confuse Vorstellungen hat. Diese Volksvertreter, die sich schmeicheln praktisch zu sein, weil sie die Confusion, nicht die Auflösung der Confusion vertreten, irren sich; sie sind die Unpraktischen; jeder Mensch ist froh, seine Confusion loszuwerden. Wenn er sie hat, will er sie nur so lange behalten, als er sie nicht kennt. Also lehrt das Volk nur richtig denken, es wird Euch danken. Es ist auch völlig unwahr, daß die Gemüthsbewegung und der In-

Digitized by Google

ſtinkt des Volks nicht radikal wären, im Gegentheil, alle Folgerungen der demokratiſchen Revolutionen von 1848 werden überall mit unerbittlicher Strenge gezogen werden; und wir gehören nicht zu Denen, die dies nicht ſchon heute verlangten, wenn es auch erſt morgen durchzuſetzen wäre. Die gefliſſentliche Mäßigung der Vernunft, deren ſich die Unentſchiedenen rühmen, entſpringt aus dem Mißtrauen in die Bewegung, die uns hervorgebracht hat. Es iſt wahr, in dieſem Augenblicke ſtockt die Befreiung der europäiſchen Menſchheit. An der Grenze Rußlands ſteht die Revolution ſtill. Aber daraus folgt nur, daß die ſlawiſche Befreiungsfrage die Lebensfrage der Revolution iſt. Der Sturz des Despotismus in Polen und Rußland, ſowie bei allen ſlawiſchen Stämmen iſt die Vernichtung ſeiner letzten Zuflucht in Europa; und nur ſo iſt auch die Befreiung Deutſchlands zu ſichern. Wir würden der Reaktion und der brutalen Gewalt erliegen, wenn die Verſchwörung unſerer inneren Feinde mit dem ruſſiſchen Militairdespotismus gelänge. — Wir wollen daher die heilige Allianz der Völker. Wir gehen mit den Franzoſen, mit den Italienern, mit den demokratiſchen Slawen; wir wollen gleichzeitig mit der Wiedergeburt Deutſchlands die Wiedergeburt Polens und Italiens. Die franzöſiſche Republik bietet uns die Hand, wir nehmen ſie mit Freuden an.

II. Um die Wiedergeburt Deutſchlands ins Werk zu richten, wollen wir kraft der Souveränität des deutſchen Volkes durch die conſtituirende Nationalverſammlung diejenige Verfaſſung einführen, welche die Nationalſouveränität nicht wieder aufgiebt, ſondern für immer ſichert. Wir wollen deshalb: 1, Eine immer auf drei Jahre gewählte Nationalverſammlung für den Geſammtſtaat Deutſchland, gewählt ohne Cenſus und durch direkte Wahlen. 2, Einen Vollziehungsausſchuß, welcher durch einen verantwortlichen Präſidenten und ſein verantwortliches Miniſterium gebildet und durch die jedesmalige Mehrheit der Verſammlnng aus ihrer Mitte gewählt wird. Jede neu gewählte Nationalverſammlung entſcheidet daher von Neuem über ihren Vollziehungsausſchuß. 3, Wir verlangen, daß mit der Feſtſtellung der Verkündigung der Volksrechte oder der deutſchen magna charta begonnen und der Verfaſſungsausſchuß mit der ſofortigen Vorlage dieſer Volksrechte beauftragt werde. 4, Wir nehmen die Geſtaltung Deutſchlands ſeit dem März 1848 **als Thatſache** an und ſind der Anſicht, daß die politiſche Lage, in der wir Deutſche uns gegenwärtig befinden, folgende iſt: die einzelnen deutſchen Staaten treten durch die Vereinigung aller deutſchen Abgeordneten in der Nationalverſammlung zu **Einem Föderativſtaat** zuſammen und geben dadurch ſoviel von ihrer Souveränität auf, als die Nationalverſammlung zur Bildung des ſouveränen Geſammtſtaates für nöthig erachtet. 5, Die einzelnen Staaten ſind ungehindert wie die freien Reichsſtädte, Republiken, oder, wie die übrigen Staaten, conſtitutionelle Monarchien zu ſein; jedoch wird durch die Volksrechte, welche die Nationalverſammlung proklamirt, derjenige Grad von Volksfreiheit feſtgeſetzt, welcher unter allen Umſtänden dem Volke gewährt werden muß. 6) Zu der definitiven Conſtituirung des Geſammtſtaates iſt keine weitere Zuſtimmung der einzelnen Staaten erforderlich, als die, welche bereits in dem Zuſammentritt der ſouveränen conſtituirenden Nationalverſammlung liegt. Die Verſammlung vereinigt jetzt noch alle Staatsgewalten des Geſammtſtaates in ſich und hat dieſe verſchiedenen Gewalten und politiſchen Lebensformen, die ſie zu **beſchließen** berufen iſt, auch ſofort in Wirkſamkeit zu ſetzen und die innere und äußere Politik des Geſammtſtaates zu handhaben.

Digitized by Google

Der Zug der Pommern nach Berlin.

Herr von Wolden hat durch einen Anfruf die „Stände Pommerns: Ritterschaft, Städte und Landgemeinden, erstere in Person, letztere durch Abgeordnete (legitimirt durch Beglaubigung von Seiten der Magistrate, Ortsbehörden oder 300 Unterzeichnungen) eingeladen, sich am 18. Juni Morgens 6 Uhr in Stettin zu versammeln, um nach Potsdam zu ziehen und wegen Rückkehr Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen, dem Könige und den erlauchten Statthalter Pommerns ihren Dank darzubringen. — Diese Fahrt nach Potsdam, zu der sich die Herrn schon am Abend vorher in Stettin einfinden werden, wird, wenn sich viele Theilnehmer finden, den Stettiner Gastwirthen angenehm und willkommen sein. Wir begreifen freilich nicht, wer Hrn. von Wolden bevollmächtigt, diese Anordnungen zu treffen und diktatorisch zu bestimmen, daß die Ritterschaft „in Person" sich einzufinden, Stadt- und Landgemeinden durch Abgeordnete vertreten werden sollen. Aus dem Dekrete des Hrn. v. Wolden erhellt nicht, nach welchem Wahlmodus die Abgeordneten der Städte- und Landgemeinden zu wählen, wer die Wahl dieser improvisirten Abgeordneten zu leiten. Den Abgeordneten der Städte- und Landgemeinden wird von Stettin nach Potsdam und zurück huldreichst freie Fahrt gewährt, was armen Schluckern sehr willkommen sein wird. Aber von wem wird die freie Fahrt gewährt, von der Eisenbahnverwaltung, oder von Herrn von Wolden aus eigenen, oder aus öffentlichen oder aus geheimen Fonds? Wir bedauern nur, daß in diesen heißen Tagen, wo es viel Durst geben wird, nicht auch freie Zeche gewährt ist. Dann würde die Gesellschaft jedenfalls sehr zahlreich geworden sein. Doch wir wollen Niemanden das Vergnügen umsonst einmal nach Potsdam zu reisen verderben und wünschen Allen eine glückliche Reise.

Keine Beamte als Volksvertreter.

Die Unverträglichkeit des Deputirtencharakters mit gewissen anderen Beschäftigungen und namentlich mit den Funktionen eines Beamten muß so bald als möglich in der konstituirenden Versammlung erörtert und für die Zukunft festgestellt werden. Für die Zukunft nächster Versammlungen, denn wir sprechen von dem geregelten Zustande unseres Staatslebens und wir wollen zunächst noch der Begeisterung der Gegenwart Vertrauen schenken, und ihr die Garantien überlassen, da wir vorläufig jedes Uebergewicht persönlichen Eigennutzes über die Interessen des Landes für unmöglich halten. Die Klugheit einer Regierung aber, die sich befestigen will, erfordert nicht minder, als der Begriff einer demokratischen Volksvertretung, eine schleunige Lösung dieser Frage, denn, wie auch die Form einer Regierung beschaffen sei, im demokratischen Staate ist ihre höchste Klugheit die Gerechtigkeit und ihre höchste Kraft die Tugend der Volksrepräsentation. Im demokratischen Staate existirt keine Einwirkung der exekutiven Gewalt auf die Legislation durch Ordensverleihungen, Amtsanstellungen und Ertheilung von Sinekuren. Wir wissen wohl, was man in gewissen Kreisen sich unter einer Konstitution auf breitester demokratischer Grundlage denkt, und wie man sie dem Volke zu bieten vermeint. Uns beschäftigt aber nur das Volk selbst und wir verachten den ohnmächtigen Versuch, der die Rechte desselben nicht anerkennen will.

Um von den Aemtern selbst zu reden, so bemerken wir, daß der demokratische Staat allein solche kennt, deren Verwaltung dem Volke nothwendig ist. Darum gerade steht unsere Ueberzeugung fest, daß, wie die Pflichten eines Volksvertreters mit denen des Beamten, ebenso diese auch mit jenen schlechterdings un-

Digitized by Google

vereinbar sind. Ein Amt beansprucht die ununterbrochene Thätigkeit dessen, der es bekleidet. Entweder leidet es also, wenn es sechs Monate und vielleicht länger nicht verwaltet wird, dann muß es seine Rechte geltend machen, oder es leidet nicht, dann ist es überflüssig und muß unterdrückt werden. Eine Stellvertretung ist offenbar unmöglich, denn unter dem dauernden Wechsel kann nimmer die Pflichterfüllung eine genügende sein. Man könnte meinen, die Hauptstadt, in welcher die Volksvertretung ihren Sitz hat, ließe zu Gunsten der Beamten, die in ihr wohnen, eine Ausnahme zu. Der Schein von Wahrheit, den diese Ansicht für sich hat, ist aber offenbar ein falscher, wenn wir bedenken, daß die Zeit, die ein Amt erfordert, und das ungetheilte geistige Interesse, das ihm gewidmet wird, sein vorzüglicher Anspruch ist. In welcher Weise möchte wohl ein Deputirter ein richterliches oder administratives Amt selbst in Berlin versehen, wenn er am Tage in den Sitzungen der Kammer und am Abende in den Kommissionen thätig ist?

Eine Gesetzgebung also, die das wahre Interesse des Volkes im Auge hat, muß jene Spuren aus einem früheren Regime, aus dem Regime der Gunstbezeigungen, der Häufung an Aemtern und Sinekuren von Grund aus vernichten. Die geistigen und materiellen Interessen des Volkes verlangen dies in gleichem Maaße. Das Volk aber ist wachsam und eifersüchtig auf die Behauptung seines vollen Rechtes. Und es kennt nur ein Recht, das Recht seiner Wohlfahrt. Es hat jetzt nicht zu unterhandeln und zu bitten, sondern zu bestimmen und zu fordern. Es will die Wahrheit der Demokratie zu seinem ersten und zu einem unverbrüchlichen Gesetze machen.

Der gewöhnliche und beliebte Einwurf gegen die Unverträglichkeit der Deputirten- und Beamtenwürde wird nicht anstehen, sich dahin zu erklären, daß die Kenntnisse und die Erfahrungen der Beamten den Berathungen der Kammer durchaus erforderlich sind, daß um der Belehrung willen, welche diese von den Beamten zu erwarten hat, die Anwesenheit derselben nicht nur nicht zu verhindern, sondern selbst zu wünschen sei. Wir haben das Gewicht dieser Entgegnung auch keineswegs für leicht erachtet, wir haben auch nicht von den Debatten abstrahirt, die namentlich in den letzten Regierungsjahren Louis Philipp's sich fast in jeder Session der französischen Kammer über dies Thema erhoben; wir fragen nur, ob der Vortheil, der allerdings durch die Unterstützung der Beamtengelehrsamkeit der Volksvertretung geboten wird, nur auf Kosten aller Grundprinzipien eines demokratischen Staates, nur auf Kosten selbst der nothwendigen Disciplin, der Ordnung, nach welcher doch unaufhörlich gejammert wird, zu erreichen ist. Auf Kosten der Disciplin und der Ordnung, sagen wir, denn es ist bisher vielleicht nicht reiflich genug erwogen worden, daß der Beamte, der außerhalb der Kammer die Befehle des Ministers zu vollziehen hat, innerhalb dieser den Minister, seinen Vorgesetzten, ja der Soldat seinen General zur Rede stellen, ohne Rücksicht tadeln und kritisiren darf. Es ist vielleicht nicht reiflich genug erwogen, daß diese Nothwendigkeit des parlamentarischen Lebens, verbunden mit dem bestehenden Mißverhältnisse, die Bande der wahren Ordnung lockern und, wie das konstitutionelle Regime es in anderen Staaten bewiesen hat, entweder die Freiheit des Deputirten lähmen, oder der Grund einer unausbleiblichen Korruption, die Nahrung aller egoistischen Zwecke, der Hebel einer wahren, vielleicht der gefährlichsten aller Anarchien werden muß.

Es leuchtet zuförderst ein, daß sich zu allen Zeiten patriotische Männer finden werden, die lieber auf ihr Amt als auf die höchste Ehre eines Staatsbürgers verzichten werden. Zu allen Zeiten wird das Volk die Möglichkeit haben auf solche Männer mit vollstem Vertrauen und mit einer begründeten Hingebung zu blicken.

Digitized by Google

Geſetzt aber auch, ihre Anzahl wäre nicht hinreichend, um in allen Fragen der Geſetzgebung — was ohnehin auch bei den jetzt beſtehenden Verhältniſſen vorkommen muß — die Volksvertretung aufklären zu können, ſo bemerken wir erſtlich, daß zunächſt die Miniſter da ſind, welche die Pflicht haben, die nöthigen Aufſchlüſſe zu ertheilen, zweitens aber, daß ein Geſetz die Miniſter und die Kammern ermächtigen kann, gelehrte und erfahrene Männer zu den Berathungen herbeizuziehen, welche — natürlich ohne Stimmrecht — an der Debatte Theil nehmen und die Anſicht der Volksvertreter durch ihre Mittheilungen und ihre Kenntniſſe erweitern und ergänzen dürfen. Schon auf dem Landtage des abſoluten Regimes beſtand dieſe Einrichtung zu Gunſten der Regierung; ſie wird in der demokratiſchen Verfaſſung zugleich ein Recht der Kammer werden müſſen, damit den Auserwählten der Miniſter die Vertrauensmänner der Deputirten im erforderlichen Falle das nothwendige Gegengewicht halten können. Und dieſes Geſetz kann um ſo weniger Bedenken erregen, als ſeine Nothwendigkeit ſelbſt heute dringend iſt, als ſelbſt heute, da mehr als die Hälfte Volksvertreter dem Stande der Beamten zugehört, dennoch Bedürfniſſe in der Geſetzgebung ſich werden fühlbar machen, denen die Einſicht derſelben nicht überall genügen kann.

Das demokratiſche Princip alſo, welches fordert, daß nur ſolche Aemter beſtehen, die dem Volke nothwendig ſind und daß ſolche Aemter folglich auf ununterbrochene Weiſe und ohne Theilung der geiſtigen Intereſſen verwaltet werden, für das demokratiſche Princip, welches die Häufung der Aemter aus dieſem Grunde für eine Ungerechtigkeit erklärt, das demokratiſche Princip, welches die Volksvertretung für heilig und ſelbſt von der Möglichkeit einer Verdächtigung fern halten will — dieſes Princip kann nicht unterhandeln mit ſelbſtſüchtigen Zwecken, mit Intereſſen, die gewiſſen Beſtrebungen augenblicklich allerdings günſtig, dem Volke aber gewiß verderblich ſind. Dies Princip bewegt ſich aber auch nicht in leeren Abſtraktionen, denn es weiſ't auf den Weg hin, welcher der gerade Weg der Vernunft und nicht der Schleichweg konſtitutioneller Sophismen iſt.

Wir ſprachen von den Miniſtern, die, obſchon Beamte, nicht nur an den Verhandlungen der Kammer theilzunehmen, ſondern, wie es in der Natur ihres Urſprungs liegt, auch abzuſtimmen berechtigt ſein müſſen. Die Nothwendigkeit dieſer Ausnahme bedarf ebenſo wenig eines Kommentares, als die Zulaſſung ſolcher Beamten, die nicht activ, ſondern disponibel ſind, einer beſonderen Begründung. Das Princip, daß alle Staatsbürger gleich berechtigt ſind und nur im Widerſtreite ihrer Pflichten das Amt der Verwaltung mit dem Amte der Volksvertretung unvereinbar iſt, dieſer Grundſatz der Gerechtigkeit, der keinen Staatsbürger beeinträchtigt, weil er das Intereſſe des Volkes ausdrückt, wird überhaupt in den ſeltenen Fällen, die einen Zweifel erregen könnten, entſcheidend ſein.

Ein Land, das eine demokratiſche Verfaſſung auf breiteſter Grundlage mit der That zu verwirklichen im Begriffe ſteht, Frankreich, hat ſchon das Beiſpiel in einem Geſetze gegeben, das die Grundſätze, die wir angedeutet, ins Leben ſetzt. Aber auch das kleine konſtitutionelle Belgien iſt nicht zurückgeblieben. Es hat ſelbſt dadurch ein Recht auf unſere Anerkennung ſich erworben, daß es die Würde des Deputirtencharakters noch mit einer feſteren Wehr gegen jede Berührung des Verdachtes zu umgeben ſucht. Das belgiſche Geſetz über die Inkompatibilitäten legt nämlich jedem Deputirten die Beſchränkung auf, nicht früher als ein Jahr nach ſeinem Austritte aus der Kammer ein Amt übernehmen zu können. Dieſes Feingefühl der Volksehre gebietet die unbedingteſte Hochachtung. Wir zweifeln nicht, daß unſere Abgeordneten in gleichem Maße von demſelben durchdrungen ſind und mit dem Erlaß eines betreffenden Geſetzes es bald bethätigen werden. (Ref.)

Digitized by Google

Berichte.

§ † **Berlin**, den 6. Juni.

In den bisher stattgehabten Debatten der National-Versammlung haben wir genügende Gelegenheit gehabt den Charakter unseres Ministeriums zu studiren; die Männer desselben sind den Grundsätzen durchaus treu geblieben, welche sie auf dem vereinigten Landtage anerkannten. (??) Durchaus liberal in der Administration treten sie nach und nach mit Maßregeln hervor, deren Vorbereitung, wenn schon früher bekannt, gewiß einen höchst günstigen Einfluß geübt hätten; wir rechnen hierher die Aufhebung des Schutzgeldes auf den Domänen, der Patrimonial- und Polizei-Gerichtsbarkeit, des Jagdrechts und der geheimen Konduitenlisten u. s. w. Ebenso befriedigend sind die Erklärungen über die Willkührlichkeiten preußischer Beamten im Großherzogthum Posen, die der Minister des Innern mehremale strenge zu rügen versprochen hat. Wenn nun auch diese Richtung, die bis jetzt hauptsächlich Gelegenheit gehabt hat, herauszutreten, den Ministern wie in der Kammer so auch im Lande manchen Beifallsruf einbringt, so befestigt sich namentlich in der National-Versammlung die Meinung immermehr, daß die Minister die Fragen der höhern Politik nicht überdauern werden, da sie einmal den Ausspruch Niebuhrs zu sehr zu beherzigen scheinen, daß die Freiheit eigentlich mehr in der Verwaltung als in der Verfassung liege, und da sie zweitens die größte Schwäche in der auswärtigen Politik zeigen. Von der Linken werden Hansemann und Bornemann als die Pfeiler des nächsten, so wie der erste als die Seele des jetzigen Ministeriums bezeichnet, weshalb sie auch beschlossen haben soll, nur die Soireen dieser beiden Minister zu besuchen. Indessen befindet sich der Finanzminister in einer schlimmen Lage, denn nach seiner Erklärung hat die freiwillige Steuer bis jetzt etwa 1 Mill eingebracht, und verspricht wenig Aussicht für die Zukunft; die Darlehnskassen aber werden schon in sehr kurzer Zeit ihre großen Nachtheile offenbaren, die wir leider sobald nicht zu verwinden hoffen dürfen. So nimmt denn Hr. Hansemann seine Zuflucht zu einer Zwangsanleihe, allein wer die Geschichte der Finanzen kennt, der wird ihm (wie er sich wahrscheinlich selbst) sagen können, welcher Erfolg von dieser äußersten Maßregel zu erwarten ist; was dann noch kommen soll ist schwer zu sagen. Die Rede des Premier-Ministers über die Ursache der Reise des Prinzen von Preußen nach England findet wegen ihren Gediegenheit großen Beifall, auch hier müssen wir, wie schon oben bedauern, daß nicht dieselbe Antwort schon früher dem dringenden Fordern des Landes gegeben; es hätte eben so wenig als jetzt den Prinzen damals entehrt, wenn wir erfuhren, daß er der großen Aufregung auf den Wunsch des Königs gewichen, nachdem dieser seine Bitte um einen bestimmten Auftrag nach England gewillfahrt hatte

Unsere Ecken- und Straßenliteratur wird immer industrieller, wobei die Erscheinung eigenthümlich ist, daß die meisten Plakate ohne Namen die freisinnigen Bestrebungen verdächtigen, wogegen diese gewöhnlich unverkappt auftreten. So wird heute hier „die Republik" ausgerufen, als deren Verfasser sich J. Hoppe nennt, und worin das Wesen und der Charakter der Republik in populärem Gesprächston belehrend auseinandergesetzt werden. An ruhigen Belehrungen hat es aber auch bis jetzt sehr gefehlt, wenn von beiden Seiten auf diese Weise gekämpft wird, so dürfte viel Bitterkeit gespart werden.

Berlin.

(Der Prinz von Preußen in der National-Versammlung.) In der heutigen Sitzung um 1½ Uhr erschien der Prinz von Preußen in der Kammer, wider alles Erwarten in Militair-Uniform: er nahm stillschweigend seinen Platz auf der Rechten, während der Abgeordnete D'Este in seiner Rede über einen Protest aus Tilsit fortfuhr, der heute eingereicht sich scharf gegen den Verfassungs-Entwurf und für ungeschmälerte Aufrechthaltung der Volksrechte aussprach. Der Redner wurde aber bald vom Präsidenten mit dem Bemerken unterbrochen, daß der Abgeordnete für Wirsitz für einige Worte um Gehör bitte, es wurde ihm gewährt und der Prinz sprach in folgender Weise von der Rednertribüne: Er danke zunächst für das Vertrauen, welches ihn hierher berufen habe; er heiße die Versammlung willkommen und mache sie, Männer aus allen Ständen und Provinzen, auf den Ernst des Werkes aufmerksam, zu dem sie hier beisammen säßen. Der König habe sie und ihn berufen, sich mit ihm über die konstitutionelle Monarchie zu vereinbaren; diese sei die Staatsform des künftigen Preußens, er werde ihr seine ganze Kraft widmen, wie er es auch der alten Monarchie gethan; das Wohl und Heil des Vaterlandes seien wie immer, so auch jetzt sein Streben, „mein Charakter liegt offen vor ihnen da." (Nachdem der Abgeordnete das letztere Thema noch in weniger zusammenhängender

Weise ausgeführt, schloß er seine Rede also:). „Ich bin verhindert ihren Versammlungen regelmäßig beizuwohnen, ich ersuche daher den Präsidenten meinen Stellvertreter einzuberufen und hoffe, daß ihr Werk von Heil und Segen gekrönt sein wird."

Als der Prinz unter allgemeinem Schweigen einige Stufen der Tribüne herabzusteigen begann, erhoben sich auf der äußersten Rechten einige kleinlaute Bravos, die ein sehr starkes Zischen der Linken ganz übertäubte Er verließ sogleich den Saal, die Versammlung setzte die unterbrochene Debatte fort.

Draußen (der Prinz war von der Hinterseite des Gebäudes vorgefahren, da der Fahrweg vorn für Fußgänger gesperrt ist) erhob sich wie beim Aussteigen, so auch bei der Rückkehr des Prinzen ein Hurrah-Ruf der dort etwa 50 Köpfe stark versammelten Menge; indessen wurde auch gezischt, was andere verhindern wollten. Darüber entstand, als der Prinz fort war Lärm, man wollte bezahlte Hurrahrufer gesehen haben und begann diese zu verfolgen.

Der Prinz sah etwas blässer als sonst aus, sprach aber den ersten Theil seiner Rede zusammenhängend und mit sonorer Stimme.

Anm. Die Vossische und Spenersche sprechen nur von endlosem Jubel; sie scheinen auf dem einen Ohre etwas schwerhörig zu sein. Nach einer Korrespondenz der B.-N. waren die Hurrahrufer „Gardeoffiziere in Civil". Einer derselben schlägt einem Zischer mit der Faust ins Gesicht und läuft davon, als sich der umstehende Volkshaufe gegen den Ruhestörer erhebt. Der Held, der sich auf die Geschwindigkeit seiner Füße verläßt, wird auf der Schloßbrücke ergriffen. Das Volk, voller Achtung vor dem Gesetz, verschmäht es sich selbst Recht zu schaffen. Es führt den Friedensstörer, der ausgeschlagen hat, auf die Schloßwache und übergiebt ihn der Bürgerwehr, gegen die er sich als der Lieutenant des Kaiser-Franz-Grenadier-Regiments von Schlabrendorf ausgewiesen hat. Ist das Gesetz, wonach kein Offizier in Civilkleidern gehen darf aufgehoben, nnd ist es mit der Offizierehre verträglich Stänkereien und Straßen prügeleien anzufangen?

♂ Greifswald. 2 Juni

Größeres hat in Deutschland noch nie auf dem Spiele gestanden. Wir haben in gewisser Beziehung tabula rasa; es liegt an uns, das „anzubahnen", was die hochherzigen Franzosen mit Energie in Angriff genommen haben: die vollendetste Gestaltung der Menschheit aus der Vernunft. Aber der Deutsche ist zu gründlich, er muß doch alle die Tollheiten und unseligen Dinge, die von schlechten Reaktionären, hochmüthigen und überweisen Professoren und ähnlichen Leuten beliebt werden, kennen lernen — und es scheint, als wenn ihm Berlin und Frankfurt dazu die schönste Gelegenheit bieten werden. Natürlich entspricht seine auswärtige Politik der innern. Italien „duellirt" sich sehr interessant mit Oesterreich — Polen, nun das muß doch erst „reorganisirt" und durch preußische Unterofficire humanisirt werden, ehe an seine Befreiung zu denken ist. Aber ich sage euch, Polen ist von nun an das böse Gewissen Deutschlands; sein Name wird allen freien Männern noch lange Schmerz und Kummer wach rufen. Es war uns ein Trost, seine Sache mit Wärme hier vertheidigen zu hören, wo wir auf eine allgemeine Parteinahme für das unglückliche Land verzichtet hatten. Im const. Klub wurde Polens Recht mit Wärme und überzeugender Kraft von vielen Seiten verfochten, nachdem der Professor Pütter, dessen Name und Persönlichkeit nur Heiterkeit zu erregen pflegt, in einem Vortrage allerlei seltsames Zeug darüber vorgebracht hatte. Er war allerdings nicht durchaus gegen Polens Selbstständigkeit, verbarricadirte sich aber theilweise hinter Völkerrecht und Verträge. Eine Darlegung seiner Ausführungen ist hier weder nothig noch möglich; genug man ging ihm überall zu Leibe und am Ende des Gefechts proklamirte Prof. Matthias mit edler Begeisterung und unter verdientem Beifall noch einmal das schon von vielen Vorkämpfern behauptete neue Völkerrecht, das die Revolution geschaffen. — Den wohlthuenden Eindruck dieser Sitzung trübte wieder sehr eine folgende, in der die sociale Frage zur Sprache kam. Wer wüßte nicht, daß es hier eine neue Welt zu entdecken gilt! Aber es war Niemand, der auch nur das Holz zu den Schiffen zu fällen verstanden hätte. Bei den „Gebildeten" schien Unlust oder vollständige Unkenntniß der Nationalökonomie vorzuherrschen, während einige Handwerker sehr keck auftraten, aber mit trauriger Unwissenheit und, wie man behauptete, mit verwerflicher Selbstsucht. Ein Grauen überfällt uns bei dem Gedanken, wie hier auch nur angefangen werden soll. — Der „ritterliche" Prinz rumort auch in unserer Stadt. Der Volksverein schickte einen Protest gegen ihn, oder vielmehr und sehr charakteristisch gegen seine unbedingte Nothwendigkeit, an die Minister; die Berliner Zeitungshalle brachte ihn an die Oeffentlichkeit Hierauf Entsetzen, zum Theil „tiefe Betrübniß" aller bewußten und unbewußten Reaktionäre; Gegenadressen, Vertrauensvotum an die Minister und die edle Vossin, allwo man die Namen der prinzlichen Partei finden kann. Dritter Akt:

Digitized by Google

Große Entrüstung unter der Bürgerschaft, heftige Debatten, sehr scharfe Aeußerungen gegen die Anmaßung der Prinzlichen und Ministeriellen, die durch ihre Adresse den Geist der Stadt ausdrücken zu wollen schienen, Erklärung im Sinne der ersten Adresse und Verhöffentlichung derselben durch die Presse; Kritik: Unläugbare Blamage der Vossiden (die sie selbst zu fühlen scheinen) und damit verbundene Demaskirung Zweideutiger; ehrendes Zeugniß für einen großen Theil der Bürger und Bewohner dieser Stadt, und Berechtigung zur Hoffnung auf das Erwachen eines guten Geistes, der in aller Zukunft kräftig und entschieden die öffentliche Meinung des gebildeten Deutschlands mit Pommern versöhnen hilft.

Stettin.

Konstitutinoeller Klub. Oeffentliche Sitzung vom 6. Juni. Vorsitzender Kaufmann Stahlberg. Eine an den Kultusminister Graf von Schwerin gerichtete Petition in Betreff der Kirchenkollekte für die deutsche Flotte wird von Hrn. Kand. Friedrichs verlesen. Hr. Dr. Brunnemann beantragt die Anredeformel und Kurialien umzuändern in: „Herr Staatsminister," den Schluß als überflüssig wegzulassen. Der Antrag des Hrn. Dr. Brunnemann wird angenommen, der des Hrn. Dr. Meyer den Hrn. Minister um eine Kirchenkollekte vier Sonntage hintereinander, zu bitten, verworfen, nachdem Herr Schmidt bemerkt, daß dies dem Kirchengebrauche wiedersproche. — Auf Anfrage einer Deputation hatte der Herr Ober-Präsident erklärt, daß ihm nicht bekannt sei wieviel Gehalt der Fürst von Putbus als General-Gouverneur von Neuvorpommern oder als Kanzler der Universität Greifswald beziehe.*) Der Oberpräsident empfiehlt in Betreff der deutschen Flotte an den Patriotismus des Fürsten von Putbus zu appelliren. Dr. Meyer spricht dagegen, Dr. Schultz will daß zuvor Erkundigungen von der Regierung zu Stralsund oder von dem Ministerio eingezogen werden, aus welchem Grunde der Fürst einen Gehalt beziehe. Reg.-Rath Zitelmann beantragt: unter allen Umständen, der Fürst möge einen Gehalt beziehen, wofür oder woher er wolle, sofort einen Aufruf an ihn zu erlassen, sich an seinen Patriotismus zu wendn. Eine Aufforderung, ein Gesetz gegen Thierquälerei zu veranlassen wird verworfen, da eins gegen Menschenquälerei nothwendiger sei.

Es wird in der Berathung des Verfassungsentwurfs fortgefahren; §. 11 und 12 des Entwurfs werden verlesen und das Gutachten der Kommission dahin lautend: „§ 11 und 12 des Entwurfs werden gestrichen. Die genannten §§. beschränken den im §. 10 an die Spitze gestellten Satz: Staat und Kirche sind getrennt; und zwar deshalb, weil sie nur einige Folgerungen aus demselben angeben, während die Kommission alle Folgerungen, die sich naturgemäß aus ihm ableiten lassen, verlangt. Dafür tritt ein §. 11 wie folgt: Es giebt keine bevorzugte Landeskirche, noch sonstige bevorzugte Kirche; vielmehr sind alle Religionsgesellschaften gleich berechtigt. Die bürgerlichen Rechte der Religionsgesellschaften werden nach den Landesgesetzen beurtheilt: Gründe, durch rechtlich bevorzugte Religionsgesellschaften wird das Prinzip der Gleichberechtigung aller Staatsbürger gefährdet. Ferner muß jede Religionsgesellschaft auch die durch das Gesetz bestimmten Rechte jeder andern Gesellschaft haben. §. 12. Zur Gültigkeit der bürgerlichen Ehe ist die priesterliche Einsegnung nicht erforderlich. Gründe: der vorliegende § ist eigentlich Folgerung des allgemeinen Gedankens in § 10. Staat und Kirche sind getrennt, verdient aber seiner Wichtigkeit wegen eine specielle Anführung."

Hr. Kühne ist der Ansicht, daß die §§ des Entwurfs größere Rechte gewährten, als die von der Kommission vorgeschlagenen und beantragt §. 11 zu lassen wie er ist. Dr. Brunnemann vertheidigt das Gutachten der Kommission. Stadtr. Sternberg erklärt §. 11 und 12 des Entw. für überflüssig, nicht minder aber die von der Kommission substituirten, da das allgemeine Prinzip schon genügend ausgesprochen. Die Bestimmung über die Civilehe gehöre gar nicht in die Verfassungsurkunde. Dr Schultz vertheidigt den Kommissionsantrag noch einmal ausführlich, ebenso Dr. Brunnemann, da mit einer Landeskirche unvermeidlich ein Pfaffenthum verbunden sei. Er spricht für freies Associationsrecht in kirchlichen Angelegenheiten, für freie Wahl der Geistlichen durch die Gemeinden. Der zu §. 11 und 12 von der Kommission gestellte oben angeführte Antrag wird angenommen und die Sitzung geschlossen.

Oeffentliche Sitzung v. 8. Juni. Vorsitzender Stadtr. Sternberg. — Ein vom Kfm. Stahlberg ausgehender Antrag: der Klub möge eine Adresse an das Volk von Berlin erlassen und damit aussprechen, daß er der Berliner heldenmüthige und uneigennützige

*) Anm. d. Red. Die Geschäfte eines General-Gouverneurs für Neuvorpommern können gar nicht so unbedeutend sein, denn nach dem Jahrbuch der Provinz Pommern wird auch noch ein Gouvernements-Sekretair besoldet. Oder ist auch diese Stelle eine Sinekure.

Digitized by Google

Aufopferung für die Freiheit anerkenne, wird nach einigen Zwischenreden angenommen, die Abfassung der Adresse einer Kommission überwiesen, nachdem Hr. Nobiling beantragt in die Adresse die Anerkennung der Revolution ausdrücklich aufzunehmen, im Gegensatz zu denen, welche den Kampf des 18. u 19. März als Straßenkrawall bezeichnen. Die Adresse soll dem demokratischen Klub in Berlin übersandt, in 1000 Exemplaren abgezogen und durch Maueranschlag in Berlin zur allgemeinen Kunde gebracht werden. —

Berathung des Verf.-Entw. Das Kommissionsgutachten zu § 13 lautet: „Die Freiheit des Unterrichts ist unbeschränkt" Gründe: die Kommission konnte keine gesetzlichen Beschränkungen des Unterrichts anerkennen. — Ref. Veil spricht gegen den Antrag der Kommission, für eine Staatskontrolle durch Prüfung der Lehrer. Dr. Pleßner schließt sich diesem an. Er verweist auf Frankreich und Belgien, wo die Jesuiten sich beinahe des gesammten Volksunterrichts bemächtigt hätten. Unbeschränkte Lehrfreiheit will er erst dann eintreten lassen, wenn der Staat das ganze Unterrichtswesen in seine Hand genommen. Diesem schließt sich Herr Schmidt an, der auf die Umtriebe der Jesuiten in Amerika in den letzten 15 Jahren verweist. Dr. Brunnemann vertheidigt das Kommissionsgutachten. Er will keine Beschränkungen gelten lassen, sondern freie Konkurrenz. Hr. Naron fürchtet die Jesuiten nicht, wohl aber die Staatskontrolle, da die Regierung häufig Partei ergreifen werde. Dr. Meisel: Die Eltern müssen verpflichtet werden ihre Kinder unterrichten zu lassen. Die Herren Kühne und Pfeil sprechen gegen die Unterrichtsfreiheit, Tassen für freie Konkurrenz, Lüders beantragt als Zusatz: die Schule ist Staatsanstalt, der Unterricht ist frei für jeden, der ihn benutzen will. Dagegen sprechen: Hr. Schmidt: der Unterricht habe für die Eltern keinen Werth, wenn er ihnen nichts koste: Dr. Brunnemann: der Einfluß des Staats habe sich als nachtheilig erwiesen, die Wirksamkeit der Schule gelähmt. Reg.-Rath Zitelmann weist nach, welche Früchte die bisherige Beengung der Lehrfreiheit hervorgebracht, wie die Schule durch Begünstigung des Pietismus gefährdet gewesen. Die Unterrichtsfrage sei eine sociale Frage. Er spricht für die Unterrichtsfreiheit und dafür, daß die Schule Staatsanstalt werde, wenn auch die Kosten sehr bedeutend, damit alle Klassen der Bevölkerung ohne Bezahlung in gleicher Weise unterrichtet werden. Das Gutachten der Kommission: „Die Freiheit des Unterrichts ist unbeschränkt." wird mit dem Zusatze: „die Schule ist Staatsanstalt, der Unterricht für jeden, der ihn benutzen will," angenommen.

Volksverein. Versammlung v. 7. Juni. Der Slavenkongreß in Prag veranlaßte Herrn Prof. Schmidt einen Vortrag über Panslavismus zu halten, die Gefahren, die Deutschland von Seiten des Panslavismus bedrohen, hervorzuheben. Deutschland werde von der einen Seite von den Slaven, auf der andern von den Romanen bedroht. Die romanischen Völker seien untereinander in Sprache, Sitte und Denkweise verwandt, auch durch den Glauben, durch die katholische Religion, mit einander verbunden. Ebenso die Slaven, die freilich in religiöser Beziehung — da sie theils römisch-, theils griechisch-katholisch — getrennt und dadurch machtlos. Das, was sich an Protestantismus finde, stamme von den Deutschen. Der Protestantismus sei eine Eigenthümlichkeit der germanischen Nationen. Durch Sitte, Sprache und Denkweise mit einander verwandt, wären sie durch den Protestantismus untereinander verbunden: der Katholizismus in Deutschland wäre eine Ausnahme. Deutschland stehe allein da, von Allen verlassen. Es müsse sich mit seinen Stammesgenossen, mit seinen Verwandten, mit den Schweizern und Holländern, mit den Skandinaviern und den Engländern verbinden. Die „Einheit des Glaubens" führe die germanische Nationen zusammen. Es frage sich: ob nicht bei der Berliner und Frankfurter Versammlung ein germanischer Völkerbund zu beantragen. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung dem Vortrage des Hrn. Prof. Schmidt, der denselben, Behufs weiterer Diskussion, auf Bitte der Versammlung drucken lassen wird. —

Hr. Dr. Brunnemann beantragt, bei den vielen Schmähungen, die fortwährend gegen die Berliner, gegen die Märzhelden und Barrikadenkämpfer ausgeflossen würden, mögten die Mitglieder des Stettiner Volksvereins den Berlinern danken für die schweren Opfer, die sie der Erkämpfung, der Erhaltung der Freiheit gebracht und noch bringen. Daß eine solche offene und unwundene Anerkennung der Barrikadenkämpfer und der Märzrevolution von Stettie ausgehe, sei um so nothwendiger, da diese vorzugsweise in Stettin, durch die Stettener Ztg. beschimpft würden. Der Redner bat um Entschuldigung, daß er dieser Ztg. in einer so achtbaren und respektablen Versammlung ehrenwerther Männer erwähnt habe. (Donnernder, anhaltender Beifallssturm in der Versammlung). Die von Dr. Brünnemann abgefaßte Dankadresse an das Volk von Berlin, die wir schon

Digitized by Google

mitgetheilt, wird einstimmig angenommen und von den Anwesenden, von einigen Hunderten unterschrieben.

Endlich beschloß man: der Volksverein versammelt sich am zweiten Pfingsttage Nachmittags **drei** Uhr vor dem **Königsthor** um gemeinschaftlich in den Wald bei Remitz zu ziehen. Schließlich wurde die Stettiner Liedertafel ersucht sich diesem Zuge des Volksvereins anzuschließen und wurde die Theilnahme und Mitwirkung bei diesem improvisirten Volksfeste von einigen anwesenden Mitgliedern der Liedertafel freundlichst zugesagt.

(Die Verdächtigungen). Wenn die Börsen-Nachrichten, die entschieden und konsequent das Prinzip des freien Handels vertreten, die ein handelspolitisches, ein kaufmännisches Organ, von den Gutsbesitzern des Belgarder und Dramburger Kreises des „Kommunismus" und „destruktiver Tendenzen" beschuldigt werden, so ist das ein komisches Mißverständniß, das von dem schwachen und unklaren Begriffsvermögen dieser Herren Zeugniß ablegt. Wer die Börsen-Nachrichten des Kommunismus, destruktiver Tendenzen beschuldigt, der beweist damit, daß er nicht weiß, nicht versteht, was er spricht. Solche durch die klarvorliegende Tendenz der Börs. Nachr. in sich selbst zerfallende Anklagen und Beschuldigungen können bei Unbefangenen und Kundigen nur ungemeine Heiterkeit — auf Kosten der Ankläger erwecken. Jetzt kann in dieser bösen Zeit der Beste nicht in Frieden bleiben und so hat man unverantwortlicher Weise der N St Z. „den unverdienten Vorwurf des Radikalismus und der systematischen Opposition gemacht," nachdem man ihr früher vorgeworfen, „sie sei nicht entschieden genug," worin sie keinen Grund sah, von der breiten „Straße der Mitte abzulenken" und dennoch diese furchtbare Anklage. Warum? weil sie sich „vielleicht etwas zu weit ins Treffen gewagt" trifft sie „urplötzlich wieder der Vorwurf des Radikalismus" Das ist zu arg, denn „mögen einzelne Artikel den Schein desselben gehabt haben, so ist eine radikale Richtung doch dieser Ztg stets fern gewesen" Das wird kein Urtheilsfähiger bestreiten. Wenn aber diese Ztg. „den unsinnigen, thörichten Aufwiegeleien der Republikaner" entgegentreten will, so ist der gute Wille immer anzuerkennen, indeß scheint sie etwas an Gespensterfurcht zu leiden und sich ganz unnütze Arbeit zu machen. Uns ist wenigstens von „Republikaner," von deren „unsinnigen, thörichten Aufwiegeleien" in Stettin und in Pommern nichts bekannt geworden, wir haben nur von Aufwiegeleien im reaktionären Sinne gehört. In Stettin gegen „Aufwiegeleien der Republikaner" aufzutreten, gegen Gespenster kämpfen, dürfte eine sehr leichte Aufgabe, sein da es keine derartige Aufwiegeleien giebt, da kein Vernünftiger an Gespenster glaubt. — Die in Stettin in wenigen beschränkten Köpfen, in einzelnen Kreisen beliebte republikanische Gespensterscheu ist wie jede Gespensterfurcht, lächerlich, ja abgeschmackt und thörichter Aberglaube gläubiger Seelen, die an den allmächtigen und unumschränkten Königwie an Gott glauben, die Berechtigung des Volks, die freie Selbstbestimmung wie Teufel Hölle und Fegefeuer fürchten und jeden, der für die Rechte des Volkes kämpft, als Republikaner zu brandmarken suchen. So wurden in offenbarer böswilliger Absicht Männer, die ein Königsthum von Gottes Gnaden anerkennen und „Unterthanen" des Königs von Gottes Gnaden bleiben wollen als Republikaner verdächtigt.

(Stettiner Zeitungsschreiber.) Das J. der Stettiner Ztg., der Don Quixote des Royalismus, setzt zur Belustigung des Publikums seine Kapuziaden gegen die Berliner fort Die Interpellationen, Anträge der Berliner Versammlung sind ihm „einer immer kindischer als der andere"; des Herrn Jungs „Albernheiten" wären, wenn sie nicht so entsetzlich viel Geld kosteten, diesem J. „höchst amusant". „Wir Pommern sind aber zu ernst". Das J. betrachtet sich als Organ der Pommern, als deren Vormund und Hofmeister. „Berlin will durchaus nicht zur Besinnung kommen", fährt das J. fort, denn es bringt den Deputirten der Linken, „welche noch nicht einmal die politischen Kinderschuhe ausgezogen haben" Vivats auf Vivats. „weil sie mit zu den Grädern der Barrikadenhelden ziehen". Das ist allerdings ärgerlich und unverschämt, denn „Wir (d. h das J der Stettiner Ztg., im Namen und aus Vollmacht der „Pommern alle") haben erklärt, wir wollen von den Barrikadenhelden, denen wir unser Denkmal längst gesetzt haben, „schweigen; und nun unterfteht man sich doch noch davon zu reden, den alten Schmutz der Barrikadennacht noch einmal recht gründlich aufzuwühlen!" Das ist um so unverzeihlicher, da „wir" als Schulmeister daran gewöhnt sind, daß unser Wille befolgt werde, daß geschehe, was wir anordnen, daß unsere ganze Klasse auf das achte, was „wir" beschließen.

Der alten Stettiner Ztg. reiht sich die neue, oder vielmehr das W—nn in derselben in würdiger Weise an. Auch hier wird, nur mit etwas mehr Bescheidenheit und nicht im Namen aller Pommern auf die Linke losgeschlagen, wobei es auf Unwahrheiten, auf

Digitized by Google

Verdrehung von Thatsachen gar nicht ankommt, denn es sind ja Radikale oder Demokraten oder gar verkappte Republikaner, für Moral, Sittlichkeit, für die hausbürgerlichen Tugenden ebenso gefährlich wie die verkappten Jesuiten. Solche Bösewichter und Narren, wie die »großmüthigen Freiheitshelden« der Linken, selbst auf Kosten der Wahrheit herabzuwürdigen, ist heilige Pflicht der Stettiner »Patrioten.« — Die »Opposition dieser Versammlung, heißt es in der N. Stett. Ztg., ist völlig ideenlos und findet ihre einzige Aufgabe darin, die Minister fortwährend auf die trockenste und lederste Weise zu interpelliren, wo möglich zu verdrängen; diese Opposition, die den offenen Feinden des Vaterlandes, den vom Schlachtfelde heimkehrenden Polen die Bruderhand reicht und bei jedem Antrage auf Beseitigung des Berliner Straßenunfuges entsetzlich murrt, dabei aber vor »geladenen Kanonen« eine heillose Angst zeigt, bietet uns das widrige Bild des mit herzloser - ohnmächtiger Gepaarten bösen Willens dar. Diese Horde trampelnder und schreiender Jungen ist nichts, als ein bewußtloses Werkzeug in den Händen reagirender und auf die Anarchie spekulirender Jesuiten.« So der geistig verkommene Liberalismus der N. Stett. Ztg. über die Opposition, ein Liberalismus, der die »würdige Opposition« des Ver. Landtags aufs schmerzlichste vermißt, und mit dem frommen Stoßseufzer: »Gott schütze Preußen!« abtritt. Indeß die Horde der Trampeler ist auf der Rechten zu suchen, diese tyrannisirt die Linke. Das Trampeln, die oratio pedestris ist ein Erbstück aus den Zeiten des Ver. Landtags, wo, nach Zeitungs-Nachrichten, die sächsischen, brandenburgischen und schlesischen Junker diese Redeweise, die jetzt von der Rechten angenommen ist, erfunden haben.

Die Linke, die Stettiner Zeitungsschreiber zu verdächtigen, zu verläumden sich bestreben, mit Koth zu bewerfen suchen, diese Linke, mag sie auch in der Minorität sein, zählt Namen unter sich, auf die Deutschland stolz ist, Männer von europäischem Ruf, wie Rees v. Esenbeck, der ein Mann von 74 Jahren, und obgleich ordentlicher Professor an der Universität und hervorragend in zwei Wissenschaften, in der spekulativen Philosophie und der Botanik — in welcher letzteren er eine europäische Autorität erster Größe ist — dennoch von so radikalen Tendenzen wie irgend einer, der von den Arbeitern Breslau's wie auf Händen getragen wird, was bei Professoren selten, dessen Magierblick die Zukunft erspäht. Stettiner »Patrioten«-, Zeitungsschreiber und Schulmeister, die ihr mit eurem Popanz »Patriotismus« Götzendienst treibt, meßt nicht mit einem kleinlichen, kümmerlichen Maßstabe, seid patriotisch, schämt euch, Männer, die zu den Heroen, zu den Edelsten und Besten der Nation gehören, zu verläumden, mit Koth zu bewerfen, weil sie eure politische Gegner, weil sie keine Bedientennaturen, weil sie frei denken und handeln, wie ihre Ueberzeugung ihnen gebietet.

Stettin, 10. Juni. Gestern Abend wurde das Aufschneidemesser einmal wieder recht wacker gehandhabt und tüchtig gelogen. Da waren Bewaffnete in die Nationalversammlung gedrungen, diese auseinander gesprengt, der Minister v. Arnim beinahe aufgehangen, die drei Stettiner Abgeordneten waren davon gelaufen und glücklich mit dem letzten Zuge bei ihren Frauen in Stettin angekommen. — Alles ist erlogen, abscheulich gelogen und keiner unserer Abgeordneten hat in schimpflicher Flucht den Platz verlassen, auf den ihm die Wahl seiner Mitbürger berufen. Warum nun solche Lügen erfinden, aussprengen und dadurch Angst und Besorgniß verbreiten. So weit wir ermitteln können, ist die Quelle dieser Aufschneidereien in dem Eisenbahnpersonale zu suchen. Gehört es etwa mit zu den Funktionen einzelner Beamten, wenn sie von Berlin kommen, die Leichtgläubigkeit zu benutzen, durch Lügen aufzuregen, Angst und Furcht zu verbreiten?

* * *

Anonyme Zusendungen werden unberücksichtigt zurückgelegt.

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumrationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird. Vom 1. Juli ab erscheint der Wächter in verändertem Format täglich.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. № 31.

Dienstag, den 13. Juni.

Inhalt: Die Revolution und die Stettiner Abgeordneten der Berliner Vereinbarungsversammlung. Die Berliner Vereinbarungsversammlung. Der preußische Verfassungsentwurf. Die Minister.

Die Revolution und die Stettiner Abgeordneten der Berliner Vereinbarungsversammlung.

Das Volk hat vollständig mit der Vergangenheit gebrochen. Es hat eine Revolution gemacht, des Volkes Abgeordnete sind zum Neubau einer Verfassung in einer konstituirenden Versammlung in Berlin vereinigt. Diese Versammlung verleugnet ihre Mutter, sie hält es nicht der Mühe werth eine Anerkennung der Revolution auszusprechen. Sie geht auf den Antrag des Abg. Dr. Zachariä zur Tagesordnung über, da es nicht der Ort und die Zeit sei sich in einen Prinzipienkampf zu stürzen. Recht so würdiger, hochgelahrter Doktor; bei Leibe keinen Prinzipienkampf, damit die alte Konfusion und geistlose Schwätzer ferner floriren. Kein Prinzipienkampf, damit wir nicht aus der Konfusion heraus zur Klarheit kommen, uns unserer Konfusion bewußt werden. –

Wir glaubten die Nationalversammlung sei berufen Berlin und die Provinzen auszusöhnen, wir hofften, sie werde Friede und Versöhnung bringen, den Zwiespalt enden, das Vertrauen in die neue Ordnung stärken. Die Revolution ist von der Majorität der Kammer nicht anerkannt! Wir haben keine Revolution gemacht! Dreimal Wehe über Euch! Ihr, die Ihr die Revolution anzuerkennen nicht für nöthig haltet, die Ihr sie bestreitet, — Reaktionäre, Minister und Vereinbarungskommissare provocirt nicht eine zweite Revolution! — Die zweite, wenn sie kommt — und daß sie komme, dafür scheint Ihr sorgen zu wollen — die zweite wird anerkannt werden und die Vereinbarungsflausen werden ein Ende nehmen.

Die Verstimmung, die dieser Beschluß auch in Stettin hervorgerufen, läßt sich schwer beschreiben; um so größer, um so gerechter ist natürlich die der Betheiligten, die entweder Helden der Freiheit und als solche anzuerkennen oder — tumultuirende Hoch- und Landesverräther. Pommern hat das eigene Geschick, daß es sich bei allen großen Tagesfragen durch die Täppigkeit, durch das politische Ungeschick Einzelner gründlich blamirt. Ein Stettiner Liberaler, Dr. Zachariä, Abg. des Kreises Grimmen in Neuvorpommern, war es, der beantragte Behrends Antrag durch die Tagesordnung zu beseitigen.

„Die motivirte Tagesordnung, wie sie durch den Abgeordneten von Grimmen beantragt wurde, sagt die Nationalzeitung, stellt die hohe Bedeutung der Märztage außer Zweifel, erkennt an, daß durch dieselben, aber mit Zustimmung der Krone, die Versammlung berufen worden sei, daß sie sich aber hauptsächlich mit Vereinbarung der Verfassung zu beschäftigen habe Wir appelliren nun an das gesunde, ungetrübte Urtheil aller Vernünftigen, welche Verwandtschaft hat dieses Amendement mit dem ursprünglichen Antrage? Heißt es nicht, den Menschenverstand verhöhnen, wenn man die Behauptung aufstellt, daß darin Alles liege, was der Abg. Berends mit seinem Antrage habe sagen wollen?

Digitized by Google

Wozu aber länger bei diesen Sophismen verweilen; durch die fernere Debatte wird der Unbefangene von selbst über den wahren Sinn dieser motivirten Tagesordnung belehrt werden. Heute kam die Reihe an die Herren Theologen; in der That hatten wir Momente, wo wir zweifelhaft waren, ob wir in der Kirche oder ob wir in der preuß. Nationalversammlung waren."

In Stettin erregt dieser Ausfall der Abstimmung, die Nichtanerkennung, diese Verleugnung der Revolution und der Volkssouveränetät darum eine besondere Verstimmung, weil Stettiner Abgeordnete dabei eine Rolle spielen, die ihren Kommittenten, den Wählern, unerwartet kommt und mit hiesigen Erklärungen vor der Wahl schwer vereinbar ist. Besondern politischen Takt hat freilich Stettin durch seine Abgeordnetenwahlen nicht bekundet. Irgend ein Princip liegt dabei gar nicht zu Grunde. Freundschaftliche, verwandschaftliche und sonstige Anti- und Sympathieen haben den Ausschlag gegeben. Ob vielleicht auch etwas Freimaurerei dabei mitgewirkt und „Bruderliebe", die sich ja jetzt auch in die Politik und in Staatsaffairen einmischt, lassen wir dahin gestellt. Bei der Wahl der Repräsentanten des Stettiner politischen Bewußtseins hat man bewiesen, daß Stettin noch unentschieden hin- und herschwankt, noch in den politischen Kinderschuhen umherläuft. Man hat sich bei der Wahl etwas sehr auf der Mittelstraße gehalten, Männer von allerlei Farben gewählt, aber keinen entschiedenen Mann. Weil man keinen Charakter besitzt, — die Charakterlosigkeit, die Unentschiedenheit, die Unklarheit, die Konfusion fürchtet die Entschiedenheit, fürchtet Männer von Charakter — hat man es vermieden politische Charaktere, Männer die aus der Konfusion heraus, zu einer bestimmten und klaren Anschauung der Dinge gekommen, zu wählen. Die Konfusion, die alte süße Gewohnheit des Daseins, ist den Konfusionären so lieb, daß sie diejenigen, die durch Klarheit und Bestimmtheit befähigt sind aus dem Dusel herauszuhelfen der politischen Einfalt des Spießbürgerthums als Republikaner verdächtigte. Man hat einen Mann gewählt, der vor der Wahl erklärte, ein politisches Glaubensbekenntniß abzulegen habe er nicht nöthig, halte er für überflüssig, man hat einen andern gewählt, von dessen politischem Glauben nichts bekannt, man hat einen Dritten gewählt, der offen die durch die Revolution errungene Souveränetät des Volkes anerkannte. Nach Frankfurt hat man einen Alterthumsforscher geschickt, der es sich verbat auf die Wahlliste gesetzt zu werden, weil er sich in seiner Studirstube wohler fühle als in einer gesetzgebenden Versammlung. Man hat ihn dennoch seinen Büchern und seinen Studien entrissen. Soll das ein Akt der Courtoisie sein, eine Anerkennung eines würdigen und hochverdienten Mannes, so läßt sich nichts dagegen einwenden. Aber wir leben nicht in der Zeit der Courtoisie und in Frankfurt soll Deutschlands Verfassung, Deutschlands Zollgesetzgebung festgestellt werden.

Waren die Erwartungen von den Thaten der Stettiner Abgeordneten sehr gering, so überraschte doch die Abstimmung vom 9. Juni ganz ungemein. Von dem Abgeordneten Gierke, der gegen das Amendement des Dr. Zachariä gegen die motivirte Tagesordnung gestimmt, sagte man: das hätte ich nicht erwartet; wie wohl sich aus dieser Abstimmung noch gar keine weitere Konsequenzen ziehen lassen. Desto mehr befremdete die Abstimmung eines andern Abgeordneten. Man fand sich sogar im konst. Klub so in seinen Erwartungen getäuscht, die Verstimmung war so groß, daß noch am Sonnabend um 10 Uhr Abends eine Klubsitzung improvisirt wurde. Von dem Abg. Fretzdorf wolle man gar nicht reden, denn der sei unverbesserlich. Mohren weiß zu waschen werde kein Vernünftiger unternehmen. Von dem Abg. Zachariä wolle man hier nicht reden.*) Aber unbegreiflich finde

*) Es ist nicht wahr, es ist ein schlechter Witz, es ist eine „böswillige Erfindung" daß der konst. Klub, den Dr. Zachariä in effigie aufhängen will. Man hat nur gesagt: um des Dr Zachariä Thaten wolle man sich nicht kümmern, da er Abg. des Kr. Grimmen sei.

Digitized by Google

man des Abg. v. Puttkammer Abstimmung, der freilich als Wahlkandidat erklärt, daß er mit dem Ministerium stimmen werde, der sich aber offen für die Revolution ausgesprochen und zu dem Glauben an die Souveränetät des Volks bekannt habe. Da seine vorliegende Abstimmung mit seiner hier ausgesprochenen Ueberzeugung schwer vereinbar, beschloß man den Abg. v. Puttkammer um Angabe der Gründe seines Verfahrens zu bitten und wenn er sich nicht zu rechtfertigen vermöge, offen und unumwunden seine Handlungsweise zu mißbilligen.

Allerdings hat der Abg. v. Puttkammer als Wahlkandidat erklärt, daß er ein Anhänger des Ministeriums, daß die gegenwärtigen Minister, die früheren Führer der Oppesition, seine politischen Freunde. Er hat dies erklärt, in der Voraussetzung, daß die Minister ihren früheren Ansichten, der Volksfreiheit, den Prinzipien und Konsequenzen der Revolution treubleiben würden, denn offen und unumwunden hat Hr. v. P. mehrmals in großen Versammlungen, vor vielen hundert Zuhörern die durch die Revolution errungene Sonveränetät des Volkes ausdrücklich anerkannt. Daß er diese seine Ueberzeugung, die Revolution, den Ministern zu Liebe verleugnen werde, war nicht zu erwarten, da er seine Ansicht über die Revolution und ihre Konsequenzen bestimmt ausgesprochen und nur erklärte, daß er in der Frage ob ein Ein- oder ein Zweikammersyßem ꝛc. dem Ministerio sich anschließen werde. Nur in Folge der offenen und unumwundenen Erklärungen, die der Landrath v. Puttkammer abgegeben, ist seine Wahl von Stettin, von Stettinern unterstützt, möglich geworden. Wir selbst haben, wie sich unsere Leser erinnern werden, in dem guten Glauben an des Hrn. v. Puttkammer politische Ueberzeugung, an seinen Glauben an die Revolution und deren Tochter, an die Souveränetät des Volks, seine Wahl aufs eifrigste unterstützt.

Alle die an des Hrn. v. Puttkammer ehrliche Ueberzeugung geglaubt haben, finden sich durch seine Abstimmung schmerzlich berührt und in Zweifel über die wahren und wirklichen Gesinnungen desselben. Es ist doch nicht anzunehmen, daß jemand eine doppelte Religion besitzt, einen doppelten politischen Glauben, einen für die Stettiner und einen andern für die konstituirende Versammlung. Sollte die Hofluft, die Nähe der Minister eine Sinnesänderung bewirkt haben? Wir fürchten es nicht, wir erwarten, daß Herr v. Puttkammer seinem Stettiner Glauben, zu dem er sich im Volksverein und sonst offen bekannt, treu bleiben werde.

Die Berliner Vereinbarungsversammlung.

Wie wenig im Klaren über mehrere der von Herrn Camphausen ihr gütigst eingeräumten Befugnisse die Berliner Konstituante auch noch sein möge — die Befugniß, sich gegenseitig weibliche Langeweile zu verursachen, kann ihren Mitgliedern kein Camphausen absprechen, kein Hansemann wegspotten, so versessen darauf sind die Meisten von ihnen, so frisch und frei, so ohne alle Menschenfurcht, haben sie dieselbe nun schon zwölf kostbare Sitzungen hindurch geübt.

Wie kommt es, daß so viele langweilige Leute in der Versammlung sind? Das kommt einmal von dem anerkannten Mangel parlamentarischer Kapacitäten in unserm Vaterlande, dem nur eben erst allmälig abgeholfen werden kann, seit die Freiheit der öffentlichen Rede uns gewährleistet ist, und das ist bekanntlich noch nicht lange her. Zum Andern aber kommt es von der noch immer nicht genug gewürdigten Mittelmäßigkeit Camphausenscher Wahlgesetzgebung, von der grenzenlos ungebührlichen Vertrauensseligkeit Camphausenscher mitverantwortlicher Landtags-

Digitized by Google

leibgarde. Dieſer zum zweiten Mal vereinigte Landtag, in dem Herr Camphauſen die Eſelsbrücke über die Revolution glücklich entdeckt zu haben vermeint, was war er nach der Revolution? Nichts weiter als eine Verſammlung von ſo und ſo vielen Urwählern, die das Unglück gehabt hatten, vor dem 18. März Landtagsabgeordnete zu ſein. Wenn man dieſen braven Leuten zumuthete, nach dem 18. März als Landſtände ſich zu verſammeln, ſo hatten ſie nur Eins zu thun: ſie, die ſo oft Verabſchiedeten, mußten ſich nun in der größten Geſchwindigkeit und für immer ſelbſt verabſchieden. Das war ihre Pflicht, und ſie haben ſie ihrer Eitelkeit geopfert, ſie haben noch einmal helfen wollen Weltgeſchichte zu machen, und ſie haben nur Komödie geſpielt; der zweite vereinigte Landtag war ein weſenloſer Schaum, ſich ſelbſt ein Grauen, Andern ein Spott. Laßt ſehen, Ihr Herren, was hättet ihr gethan, wärt Ihr in Berlin verſammelt geweſen am 18. März? Ei, Ihr wäret des Eiligſten abgereiſt mit unterſchiedlichen, geheimen Aufträgen, zu Euren fuſeldufft umwehten Ritterſitzen, in die Arme weicher Bürgermeiſterſeſſel oder zarter und liebender Herzoginnen, Gräfinnen und anderer, nur ausnahmsweiſe nicht mit Trauringen verſehener Schönen. Und was hättet Ihr gethan, wäre die Ueberzeugung der Meiſten unter Euch zufällig nicht für allgemeines Wahlrecht geweſen? Es verworfen? So wäre der ſchlummernde Löwe der Revolution wieder aufgeſtanden, und von Einem Schlage ſeines Schweifes, nur ſeines Schweifes, wärt Ihr in alle Winde zerſtoben. Zuckte dieſer Schweif doch ſchon gar bedenklich, als ihn die Nadel Stufenwahl ſtach. Aber leider, der Löwe war zu ſchläfrig und erwachte nicht vollends von dem Nadelſtich; er merkte auch nicht gleich, daß die Nadel vergiftet war. Jetzt wird ers bald merken. Wie? die Revolution ſtellt das natürliche Recht des Menſchen wieder her, und Ihr, ein Raritätenkabinet aus der Zeit von Gottes Gnaden, Ihr maaßt Euch an, ihm niedliche Schubfächerchen dazu zu drechſeln, damit der ungeſchickte Menſch auch nur ja keinen Schaden anrichte! Geht, legt Euch ſchlafen! Sagt an, was iſt denn aus der Periodicität geworden, die Euch Anfangs März huldreichſt gewährt wurde? Sagt an, was wurde aus Euren Wahlen für die deutſche Nationalverſammlung? Ihr ein Wahlgeſetz geben? Das Wahlgeſetz brauchte Euch nicht, es war da mit der Revolution, durch die Revolution, kraft der Revolution; die Revolution hatte es gegeben. Ihr habt geholfen es verſtümmeln, habt Euch Alle, wie Ihr da ſeid, zu achttägigem Mitminiſtern gemacht. Ihr ſeid der Nation mitverantwortlich! Vor Allem aber ſeid ihr verantwortlich, ihr Miniſter ſelbſt, die Einer unter ſoviel Nullen. Ihre Verantwortlichkeit wiegt ſchwer; ſie tyranniſirten das Land, indem ſie aus dem Stufenwahlprincip eine Kabinetsfrage machten, zu einer Zeit wo das Land nur zwiſchen einem ſchlechten Miniſterium in esse und einem ſchlechteren in posse zu wählen hatte. Sie rechneten richtig, wenn ſie ſich darauf verließen, daß nun die große Maſſe, welche zwar die Freiheit, aber noch weit mehr die Ruhe liebt, daß dieſe ſie nun nicht im Stiche laſſen würde. Sie haben denn auch richtig mit einer Nationalverſammlung zu thun die faſt nur Centrum iſt, aus faſt lauter Mittelmäßigkeiten beſteht. Vielleicht iſt es aus dieſem Grunde, daß ſie ſich gar nicht einmal die Mühe gegeben haben, eine miniſterielle Partei gehörig zu organiſiren; ſie ſind ja ſicher, daß ihr einmal mit Erfolg angewandtes Hausmittelchen auch ferner anſchlagen wird; nichts leichter, als aus der erſten beſten Phraſe eine Kabinetsfrage machen; ſo ſpringt das ganze Centrum über den Stock, den Herr Camphauſen vorhält.

Darin liegt aber Gefahr für das Miniſterium und für das Land. Für das Miniſterium, weil es durch die Gefügigkeit der Majorität das Gegengewicht gegen die Einflüſſe verliert, welche es auf die Seite der Reaktion hinabziehen wollen.

Digitized by Google

Für das Land, weil es diese Einflüsse jetzt nur durch eine neue Erhebung zu Gunsten des direkten Wahlprincips wird paralysiren können und weil jede solche Erhebung zu Gunsten des direkten Wahlprincips gleich einem vulkanischen Ausbruch zwar segensreich für die Zukunft, für die Gegenwart aber verderbenbringend ist.

×

Der preußische Verfassungs-Entwurf.

Es fragt sich worüber denn eigentlich, nach der Absicht der Regierung, die berufene Nationalversammlung im Wesentlichen zu entscheiden habe, oder mit andern Worten, welches denn materiell die dem Volke im Entwurfe bewilligten politischen und socialen Rechte seien. Wir antworten hierauf einfach, daß der Entwurf sich ungefähr mit den Zugeständnissen begnügt, welche bereits in der Verordnung vom 6. April 1848 „über einige Grundlagen der preußischen Verfassung" vom Könige gemacht worden sind. Außer der Preßfreiheit (§. 14 des Entwurfs), dem Versammlungs-, Vereinigungs und Petitionsrechte (§. 14—15 das.), der Unabhängigkeit der Justiz und der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, so wie außer den Schwurgerichten in Strafsachen (§. 62 ff.) — erkennt die Verfassung noch an: die Gleichstellung hinsichtlich der bewilligten politischen Rechte, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses (§. 10), endlich die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat (§. 11). Mit Ausnahme des letztern Rechtes ist dies alles bewilligt in der Verordnung vom 6. April, worin gleichfalls der Charakter der Verfassung als ein autokratisch-konstitutioneller angedeutet wird. Die betreffende Bestimmung lautet:

> „§. 6. Den künftigen Vertretern des Volks soll „jedenfalls" zustehen, die Zustimmung zu allen Gesetzen, sowie zur Feststeßung des Staatshaushaltsetats und das Steuerbewilligungsrecht".

Also dies sind die Gegenstände, worüber die Nationalversammlung Beschluß fassen soll! Also, diese wenigen, bereits grundsätzlich angenommenen Gegenstände bedingen die Dringlichkeit, weshalb schon dermalen, bevor die allgemeinen Grundlagen Deutschlands geordnet sind, „in unserem engeren Vaterlande" der öffentliche Rechtszustand festgestellt werden muß. Aber die Nationalversammlung übersehe doch nicht, welch eitles und hohles Werk sie unternimmt, wenigstens wenn sie auf dem Entwurfe fortzubauen geneigt wäre und demselben etwa durch Zusätze Leben und Gehalt einhauchen wollte. Sollte das wohl möglich sein bei einem Machwerke, das noch nicht einmal die sämmtlichen Urrechte und Forderungen des deutschen Volkes anerkennt, welche als das geringste Maß deutscher Volksfreiheit bezeichnet sind, in den Beschlüssen des Frankfurter Vorparlaments vom 31. März bis 4. April. Hieher gehören nämlich: 1. Wahlberechtigung und Wählbarkeit der Abgeordneten im Allgemeinen, ohne allen Census, und zwar mit direkter Wahlart; 2. gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde- und Staatsämtern; 3. Schulunterricht für alle Klassen, Gewerbe und Berufe aus Staatsmitteln; 4. gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft (progressive Einkommensteuer). Wir hegen demnach die Ueberzeugung, daß ein solcher mangelhafter Entwurf, abgesehen davon, daß er auf unrichtiger politischer Basis beruht, keineswegs entspreche den gerechten Anforderungen des Landes und seiner gewissenhaften Vertreter. Ja, wir können uns abermals des bereits angedeuteten Verdachtes nicht erwehren, als wähne oder hoffe die Regierung, es werde der Entwurf in seiner Leichtfertigkeit die gegenwärtige Nationalversammlung ableiten und an dem We-

Digitized by Google

ſen der Sache vorbeiführen. Leichter würde ſich allerdings unterhandeln laſſen mit den ſpäteren Verſammlungen, wobei die komponirte Pairskammer mitthätig ſein wird. Wir fragen die Nationalverſammlung, ob ſie denn, wenn ſie ſelbſt den Entwurf annähme, ein dauerndes Verfaſſungswerk glaube gegründet zu haben. Wir müſſen dies ſehr bezweifeln, wenn wir die Beſtimmung des §. 76 ins Auge nehmen. Dieſelbe ſpricht es klar und deutlich aus, daß künftighin jedes die Verfaſſung abändernde Geſetz durch zwei Drittheile der Hälfte der Abgeordneten jeder Kammer gültig erlaſſen werden könne. Sind das Garantien für die Zukunft? Sichern ſolche Maßregeln den Fortbeſtand und die Ausbildung der Freiheitsprinzipien? Heute beſteht etwa eine Art Konſtitution, morgen bringen aber Zeitumſtände oder der Zufall zwei Kammern zuſammen, wovon zwei Drittel zum goldenen Zeitalter des Abſolutismus zurückkehren wollen. Aus iſt es mit der Konſtitution, aus mit der Freiheit und ihren Lorbeeren. Die nächſte Garantie wäre doch die, daß nur durch eine beſonders berufene Nationalverſammlung, wie die gegenwärtige iſt, die Abänderung einzelner Beſtimmungen und niemals der ganzen Konſtitution beſchloſſen werden könne. Die belgiſche Konſtitution beſtimmt hierüber Folgendes:

Art. 131. Die geſetzgebende Gewalt hat das Recht feſtzuſetzen, es liege der Fall vor, dieſe oder jene konſtitutionelle Beſtimmung einer Prüfung zu unterwerfen. Nach dieſer Entſcheidung tritt ſofort die Auflöſung beider Kammern ein.

Nach Vorſchrift des Geſetzes werden zwei neue berufen, welche mit dem Könige gemeinſchaftlich über die bezügliche Beſtimmung Beſchluß faſſen. In dieſem Falle müſſen in jeder Kammer wenigſtens zwei Drittel der Berathung beiwohnen, und keine Abänderung darf eintreten, wenn ſolche nicht wenigſtens durch zwei Drittel der Stimmen angenommen wird.

Die Miniſter.

Die Miniſter wollen ein Vertrauensvotum. Wofür? Entweder für das, was ſie gethan haben, oder für das, was man von ihnen zu erwarten hat. Was haben ſie gethan? Sehen wir zu. Wir haben einen Miniſter des Auswärtigen. Er hat Spanien anerkennen laſſen und das iſt zu loben, obgleich nur nachgeholt worden, was ſchon vor Jahren hätte geſchehen ſollen. Die franzöſiſche Republik iſt dagegen noch nicht anerkannt und ſtatt deſſen hat man ſich geſcheut, Rußland irgendwie zu verletzen, und die Vermittelung Englands in der deutſchen Frage angerufen. Die deutſchen Staaten haben die däniſchen Schiffe herausgegeben, um ihre Schiffahrt frei zu machen und die ganze Energie Dänemarks hat ſich auf Preußen geworfen. Statt deſto entſchiedener drauf zu ſchlagen, haben wir Englands Vermittelung angerufen, die Vermittelung unſeres ärgſten Feindes, wie ſehr er ſich auch in freundſchaftliche Formen hüllen mag. Wir haben unſern Feldherrn desavouirt, unſere Truppen zurückberufen und dadurch den Uebermuth des Feindes geſteigert. Die Dänen haben ſich nicht um die Vermittelung gekümmert und drauf geſchlagen, denn wir waren weit vom Schuſſe. Aber der Handel will den Frieden? Er will keinen ſchimpflichen Frieden und Stettin ſelbſt, das mehr, wie Jemand bei der Sperre verliert, ſagt: Lieber noch länger leiden, als einen Frieden ſchließen, der den Sundzoll in Kraft läßt. Das iſt unſere auswärtige Politik. Sie iſt ſehr human, ſehr zartfühlend, ſie erklärt die Kaperei für eine Unwürdigkeit, aber ſie nutzt Niemanden.

Der Miniſter des Unterrichts verſpricht die Univerſitäten zu reorganiſiren und fordert die ordentlichen Profeſſoren auf, Vorſchläge dafür zu machen. Die

Digitized by Google

außerordentlichen und die Privatdozenten ſind nicht ebenbürtig und erhalten keine Stimme. Das iſt das demokratiſche Prinzip in dieſer Abtheilung. Das Kriegsminiſterium iſt rüſtiger geweſen. Das Verlangen der jungen Offiziere, das Heer neu zu organiſiren, und dafür eine Kommiſſion einzuſetzen, iſt zwar fruchtlos geblieben. Die Offiziere, welche ſich an Volksverſammlungen betheiligt haben, ſind zwar geſtraft worden, was man in der National-Verſammlung übergangen und ſo dargeſtellt hat. als ob das Militär verlangt habe, in Maſſe ſich verſammeln und Geſetze vorſchreiben zu dürfen. An eine Erſparniß in dem Kriegsbudget iſt zwar bis jetzt nicht gedacht worden. Aber es wäre Unrecht, deshalb das Miniſterium eines Mangels an Thätigkeit zu zeihen. Es war thätig, es hat im Geiſte der Zeit gehandelt. Es hat den Generalen erlaubt, Helme, den Chirurgen, Mützen zu tragen, den Adjutanten, die Schärpen über die Schultern zu werfen. Das iſt jedenfalls ein Fortſchritt, wenn auch der Beutel des Volkes es nicht ſpürt, wenn auch die Armee dadurch nicht volksthümlicher, wenn auch die Stellung der jüngern Kräfte im Heere dadurch nicht beſſer wird. Es bleibt immer ein Fortſchritt und die Nation muß ſehr ungenügſam ſeyn, wenn ſie dies nicht der Regierung zu gute ſchreibt.

Das Miniſterium des Innern hat nicht einmal ſo viel Erlaſſe aufzuweiſen, Hätte es nicht einmal erklärt, die Gutsbeſitzer brauchten nicht Wort zu halten, wenn ſie ihren unwirſchen Bauern den Verzicht auf ihre Feudalrechte verſprochen hätten, ſo wüßten wir kaum, daß es exiſtirte. Ein Geſetz, eine Verordnung iſt weiter von hier aus nicht bekannt geworden. Die Juſtiz hat ſich eben ſo wenig hörbar gemacht, außer durch den Zuruf an ihre Beamten, ſie möchten ſich in ihren Ausgaben nicht einſchränken, wobei ſie doch thun und laſſen können, was ihnen beliebt und mit Recht, denn die Juſtiz iſt gar nicht ſo gut bedacht, daß ſie nicht immer ohnehin an das Sparen denken müßte. Indeß die Bedürfniſſe der Juſtizreform ſtehen feſt, und hier kann deshalb kein Zweifel ſeyn, daß wir nächſtens Geſetze zu erwarten haben, welche die Oeffentlichkeit und die Geſchworenen dem ganzen Lande ſchenken werden. Das proviſoriſche Handelsminiſterium iſt hoffentlich nur ein proviſoriſches.

Bleibt noch der Finanzminiſter. Wir wünſchten, wir könnten ihm mehr beiſtimmen, als den Andern, wir wünſchten es, weil er uns näher ſteht, als die Andern, und weil wir in ſeiner Vergangenheit Grund genug hatten, unſere Erwartungen höher zu ſpannen. Das darf uns aber nicht hindern unſer Bedauern auszuſprechen, daß dieſe Erwartungen bis jetzt nicht befriedigt worden ſind. In dieſem Departement hat allein die größte Thätigkeit geherrſcht, nur daß wir mit dieſer Thätigkeit uns nicht einverſtanden erklären, daß wir darin nicht die Harmonie zwiſchen den Anſichten des frühern Deputirten und des jetzigen Miniſters finden können. Wir verdanken dem Miniſterium die Schöpfung neuer Geldmittel, wofür wir ihm ſehr verpflichtet ſind, aber wir verlangen eine beſſere Anwendung derſelben. Wir billigen es nicht, daß man überhaupt eine einzelne Fabrikation, noch weniger daß man, wie geſchehen, einen einzelnen Gewerbtreibenden von Staatswegen unterſtützt. Wir halten es für unklug, eine freiwillige Anleihe zu verſuchen, nachdem ſchon der erſte Sturm der Begeiſterung ſich gelegt hat. Wir halten es für unangemeſſen, durch Darlehnskaſſen der Induſtrie mit ſchweren Koſten zu Hülfe zu kommen, denn entweder dieſe Kaſſen werden nicht gebraucht, dann liegt das Geld todt, oder ſie werden in Anſpruch genommen, dann geſchieht es beſonders von denen, welche nicht abgeneigt ſind, der Regierung ihr Pfand zu überlaſſen und in dieſem Falle verdirbt der Zwangsverkauf deſſelben noch für die Zukunft den reellen Handel. Die Darlehnskaſſen haben einen Werth, wenn ſie im erſten Au-

Digitized by Google

genblick einer Kriſis kommen und wenn Ausſicht, daß dieſe Kriſe eine kurze Zeit dauert. Sie helfen dann über eine kleine Zeit der Lähmung. Jetzt kommen ſie zu ſpät, und ſchaden nur der Regierung und dem Fabrikanten. Dem Fabrikanten kann nur damit gedient ſeyn, daß er entweder Abſatz für ſeine Produkte oder Ruhe erhält, mit gutimGewiſſen ſeine Arbeit einſtweilen einſtellen zu können. Für Beides aber liegt der einzige Ausweg darin, daß der Staat ſein Geld beſſer verwendet und große, zugleich für ihn ſelbſt fruchtbare Arbeiten unternimmt. Damit allein wird der Induſtrie und den Arbeitern gedient, während jetzt das Geld ganz unſonſt zerſplittert oder brach gelegt wird. Dieſe Anſicht galt auch früher bei der Oppoſition, beſonders wenn ſie die Seehandlung und ihre Wollkäufe angriff, die nur dazu dienen, der Privat-Induſtrie eine neue künſtliche Konkurrenz zu bereiten. Wir wünſchten zu irren, aber wir können uns nicht überzeugen, daß die Oppoſition aufgehört hat, Recht zu haben, ſeitdem ſie nicht mehr Oppoſition iſt.

Ueber Alles ſteht nun freilich noch der Premierminiſter. Aber wir wiſſen blos von ihm, daß er das Erbtheil der früheren Regierung mit dem ganzen Inventar angetreten hat. Er betrachtet ſich nur als Fortſetzung und wir wiſſen nichts Beſonderes von ihm, als daß er früher immer mit ſchöner Begeiſterung für die arbeitenden Klaſſe geſprochen, und ein Geheimniß zu beſitzen behauptet hat, wie ihr zu helfen ſey, ohne daß man ſich um Schutzzölle bemühe. Wie lange er das Geheimniß für ſich zu behalten denkt, wiſſen wir nicht, unſere Arbeiter und unſere Induſtriellen werden vielleicht meinen, es wäre bald Zeit, damit herauszukommen, indeß werden ſie ihren Unterthanen-Verſtand noch im Zaume zu halten haben.

Das waren die Miniſter ſeit drei Monaten. In dieſer Zeit haben ſie ſich politiſch nicht bemerkbar gemacht, außer durch den Verfaſſungs-Entwurf, der ihnen wenig Arbeit verurſacht haben kann und der ſich nur durch die Hinweiſung auf Geſetze auszeichnet, welche noch nicht ans Tageslicht gekommen ſind.

Die Nationalverſammlung mag damit zufrieden ſeyn. Aber wir wiſſen nicht, ob die Zuſtände in Frankreich nur noch den Sommer über von Beſtand ſein werden. Und um ſo mehr wäre es an der Zeit geweſen, bei uns die Nation raſch zu befriedigen und der Aufregung ein Ende zu machen. Die Wühlerei iſt bei uns in der Minorität, aber die gebildete Mehrheit will, daß ihrer Erwartung von der Revolution genügt werde. Sie will an die Stelle des Gebäudes, das umgeſtürzt worden, bald ein neues aufgeführt ſehen, damit ſie ſich wohnlich einrichten könne. Sie will nicht, mit Herrn Camphauſen, daß man nur ein Paar brüchige Steine erſetze, weil ſie weiß, daß ſolch Flickwerk nur zu neuen Riſſen Anlaß giebt und das Wohl des Volkes immer aufs Neue zerſtört. Sie will, was ſie immer gewollt hat, eine wahre Konſtitution auf breiter Baſis.

Wir wollen ſehen, was die Adreßdebatte bringt. Wenn die Miniſter ankündigen, daß ſie nicht müßig geweſen, und daß ſie nächſtens die nöthigen Geſetze im Sinne der Revolution einbringen werden, ſo wollen wir warten, obgleich es eine gänzliche Verkennung ihrer Stellung iſt, daß ſie mit dieſer Verkündigung bis jetzt gezögert haben. Aber wir erwarten auch, daß jeder einzelne Miniſter ſich unumwunden ausſpreche, wie weit er für ſich zu gehen denke, damit, wenn ein Zwieſpalt vorhanden iſt, die Nation erfahre, ob ſie Alle mit gleichem Maaße zu meſſen oder ob ſie ſich für den einen oder den Andern allein zu entſcheiden habe. Dann erſt kann von einem begründeten Vertrauen die Rede ſeyn.

(Aachener Ztg.)

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberſtraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 32.

Mittwoch, den 14. Juni.

Inhalt: Die Nationalversammlung und die Helden des 18. März. Noch einmal Nationalität. Mehrheiten Minderheiten und Volksführer. Die Bureaukratie. Berichte: aus Berlin, Stettin.

Die Nationalversammlung und die Helden des 18. März.

So ist denn der Schlag gefallen, der Schlag, den man so lange von dem Kleinmuthe, der Wortklauberei und Silbenstecherei der Mehrzahl unsrer Deputirten fürchten mußte! Anstatt die Initiative zu ergreifen, und große Principien als Symbole an die Spitze zu stellen, hat man die Revolution verläugnet, aus Feigheit verläugnet, grade wie Petrus den Herrn verläugnete, denn der Deputirten Erlöser, ihr geistiger Herr und Vater ist die Revolution und die glorreiche Märznacht. Was wäre uns Petrus ohne Christus? ein unbekannter jüdischer Fischer, und was wären uns jene Deputirten ohne die Revolution? preußische Geheimräthe, Beiseleschen Andenkens, wenig gekannte und kennenswerthe Prediger, Advokaten, die vielleicht Privatstreitigkeiten recht gut führen, denen zu politischen Männern aber nur eins fehlt, (Schade nur, daß dieses Alles in sich begreift) — der politische Charakter. Darum hieß es: wählt Leute von politischer Bildung; ihr seid verloren, wenn ihr nicht lauter Männer wählt, die Staatsrecht studirt haben, und nun haben wir eine Versammlung von ¾ Juristen! Sie sitzen und berathen über Reglements und Geschäftsordnungen, und haben nicht den Muth an die Geschäfte zu gehen, nicht den Muth die Grundansichten zu bekennen, von denen sie sich bei ihren Geschäften werden leiten lassen. Sie wagen es zu läugnen, daß eine neue Ordung der Dinge seit dem 19. März eingetreten, sie wagen zu behaupten, das konstitutionelle Königthum auf breiter demokratischer Basis sei naturgemäß aus dem absoluten mit Ständen verbrämten hervorgegangen. Wenn ihr denn selbst die Revolution, den plötzlichen und gewaltsamen Umschwung der Dinge verläugnen wollt, was könnt ihr denen entgegnen, die dann sagen, deshalb müssen wir auch so rasch als möglich in den ganz ungerechtfertigt unterbrochenen Gang ruhiger Entwickelung wieder einlenken, und zuerst den Vereinigten Landtag mit vierjähriger Periodicität wieder einberufen? Es gemahnt uns jener Vorgang an die alte Anecdote, wie ein Schullehrer einen Jungen, der oft loser Streiche wegen Strafe erlitten hatte, in der Schule fragte: Junge, wer hat die Welt geschaffen? und dieser weinend antwortete: ach! ich bins gewesen, werde es aber in meinem Leben nicht wieder thun. Ebenso hier; glaubte Jemand, ihr habt eine Revolution gemacht, glaubte Jemand, ihr Konstitutionelle vom 22. März, ihr könntet eine Revolution machen; warum dieses klägliche Gewimmer: es ist keine Revolution gewesen, es waren nur große Ereignisse; mehr noch, es waren große Thaten, aber eure That vom 9. Juni war eine kleine. Wer weiß, ob auf der baldigen Versammlung in Wien nicht Slovaken und Hanaken, Wallachen und Czechen euch beschämen werden; ob nicht das Ohr der vermeintlich im Genußleben

Digitized by Google

versunkenen Wiener feiner hören wird auf die großartigen, auf die berauschenden Melodien des Völkerfrühlings, auf die Ode der Freiheit, die der Sturm über den Gräbern der für eine heilige Sache Gefallenen singt.

Und was sind eure Entschuldigungen? Klein und kleinlich, wie ihr selber seid. Ihr sagt, ist man zu Hause noch so liberal, man komme nach Berlin und sehe die Freiheitshelden, und man wird sich mit Abneigung abwenden. Ihr wollt Gesetzgeber sein für Millionen und könnt die Sache von der Person nicht trennen? euch gefällt die Linke 20, 50, 100 vielleicht von ihr, nicht. Seht ihr nicht die Siebzehn Millionen, die hinter ihnen stehen, und die die Freiheit wollen, seht ihr nicht die kommenden Geschlechter, Kinder und Enkel und Urenkel, die von euch den Staat fest begründet sehen wollen? Diese, eine feste Begründung ist nur durch Anerkennung der unveräußerlichen Menschenrechte möglich. Wohl wissen wir, daß ihr keine Götter seid, aber in euren Händen liegt ein göttlicher Beruf, und wißt ihr nicht, daß Gott die Sonne aufgehen läßt über Gerechte und Ungerechte, obgleich ihm die Ungerechten gewiß nicht gefallen.

Ferner sagt ihr: jene von der Linken treibt nur der Ehrgeiz, sie haschen nach Aemtern. Wißt ihr nicht, daß diese erbärmliche Verdächtigungstaktik eine abgenutzte ist? Wißt ihr nicht mehr, daß Bodelschwingh denselben Vorwurf euren Camphausen's und Hansemanns vor einem Jahre machte? Wirft die Linke, wirft die demokratische Parthei denn euch vor, ihr haschtet nach Aemtern und Orden und ministeriellem Lächeln? Ihr preist die Minister, diese Männer, die schon vor einem Jahre, vielleicht gar schon vor drei Jahren liberal waren. Nun von der Hälfte kennen wir die liberalen Thaten bis jetzt noch nicht; die andern waren liberal, wir geben es zu; haben sie aber auch für das Volk gelitten? Davon wissen wir nichts. Sie waren unabhängige, selbst reiche Männer, die Hofgunst konnte sie nicht erreichen, Aemter waren ihnen nicht zugänglich. Wahrlich da war der Liberalismus billig und wohlfeil, und es war doch schön, für einige Reden, für die man sich kaum einen finstern Blick vom Ministertisch holte, im Triumph heimgeführt zu werden und Ehrengeschenke zu empfangen. Ihre größte That war, daß Sie, denen Lob wie Tadel der Minister gleichgültig sein konnte, es wagten, mißliebig zu werden. Wo stehen nun ihre großen Thaten, wo war Camphausen wo Schwerin am Schlusse des Landtags, was that Auerswald in der damaligen Adreßdebatte? Man jauchzte ihnen zu, es ist wahr, warum aber? weil in einem so komponirten Landtage noch solche Männer sich fanden; unter den Blinden ist ja der Einäugige König.

Auch euch wird man zujauchzen, es ist wahr; aber wir hoffen, es werde Schamröthe eure Wangen bedecken, wenn euch die Woldens und Thaddens zurufen werden: Gutheil meine Brüder! wenn die Stettiner Privilegirte euch löschpapierne Ehrenpforten aufbauen wird, wenn euch jener Publicist, der als Inschrift für den Grabstein der Märzopfer vorschlug: den Vaterlandsverräthern zur ewigen Schande! wenn euch diese die Hand drücken und euch für den erfochtenen Sieg danken. Ihr habt nicht gewagt zu sagen: die Kämpfer des März haben sich wohl verdient gemacht um das Vaterland: von euch dagegen wird das Volk sagen: Die preußische Nationalversammlung hat sich am 9. Juni nicht verdient gemacht um das Vaterland.

Dr. Pleßner.

Noch einmal Nationalität.

Es ist ein unerquickliches Geschäft, sich mit abgethanen Dingen herumzuschlagen, es muß aber dennoch geschehen. Noch vor kurzer Zeit waren die Deutschen

Digitized by Google

ein litterarisches Volk, seine Thaten waren Bücher, seine Unternehmungen, seine Partheien waren litterarisch. Diese Zeit ist dahin. Aber sie hat ihre Früchte getragen, diese Zeit des Denkens, Lernens und Schreibens, sie verhielt sich zu der heutigen Zeit, wie sich das Mittel zum Zweck verhält. Dem Umschwunge der Dinge ist bei uns, wie bei den Franzosen, ein Umschwung der Geister vorhergegangen. Das bedeutendste litterarische Denkmal dieses Umschwunges sind die Rugeschen Jahrbücher. In ihnen hat sich die Metamorphose des deutschen Geistes am lebendigsten vollzogen, und die Wissenschaft gelangte in Verbindung mit der Dichtung zu einer so stolzen, siegreichen Gewißheit über die Natur der höchsten menschlichen Interessen, daß beide, die Philosophie und die Dichtung, die heutige europäische Umwälzung vorhersagen konnten. Ja, bis in die kleinsten Einzelnheiten hinein sind unsere Philosophen und Dichter Propheten gewesen!

Aber die Wissenschaft soll praktisch werden. Es handelt sich nicht mehr darum, die Wahrheit in eine wissenschaftliche Formel zu bringen. Das ist abgemacht. Es handelt sich um die Einführung der gewonnenen Wahrheit in das Leben: die gewonnenen Silberbarren sollen zu kleiner Scheidemünze ausgeprägt, zum Allgemeingut gemacht, die Schwerhörigkeit und Konfusion so wie die widerhaarige Sprödigkeit sollen durch die laute Klarheit des Verstandes und durch des Oel humaner Grundsätze beseitigt und geschmeidigt werden. Eine schwere, aber nothwendige Arbeit. In der Bücherzeit konnte der kultivirte Mensch der litterarischen Konfusion gegenüber ausrufen: guter Freund, das ist abgemacht; das sind antiquirte Gesichtspunkte, diese und jene Dinge sind in der oder jener Litteraturzeitung abgefertigt worden! Aber das reicht heute nicht mehr aus. Die Konfusion begiebt sich in Folge der durch die Wissenschaft errungenen Freiheit heute mit ihren kräftigen Lungen in die staubige Volksversammlung, in den Lärm der Versammlungen unter freiem Himmel oder unter dem Saalplafond, in das frische Leben der demokratischen Klubs und in die anständig gekleideten und mit „Besonnenheit“ diskurrirenden Vereine, sie legt die Postille oder den schweinsledernen Folianten bei Seite, und ruft dem wahrheitshungernden, politisch dürstendem Volke ihre wüsten Interjektionen, ihren methodisirten Unsinn in das reine, empfängliche Ohr. Da gilt kein Berufen auf antiquirte Standpunkte, da gilt es nicht zu feiern. Auf denn an die Arbeit.

Ich will von der Nationalität sprechen. Wir wollen eine Nation werden, wir wollen etwas auf uns halten. Ein vernünftiger, ein guter Vorsatz. Ebenso vernünftig und gut ist es, wenn der Einzelne sich sagt: ich will ein honetter Mensch werden. Dies wird er nicht dadurch, wenn er sich mit seiner Unzulänglichkeit fest hält, nicht dadurch, daß er sich bloß konversirt mit Haut und Haaren, mit Sprache und Ausdruck, mit der Nase und auch à tout prix mit der Warze auf der Nase oder mit dem Muttermal am Arm, sondern dadurch, daß er sich von seinen Dummheiten und Unzulänglichkeiten befreit. *Das zur Vollkommenheit kommende Individuum macht einen Freiheitsakt durch.* Nicht anders die Nation. Die wahre Bedeutung der Nationalitäten besteht in ihrem Streben, sich zu *freien* Staaten *frei* zu vereinigen. In diesem göttlichen, weil wahrhaft menschlichen Acte, *retten* sie nicht bloß, sondern *gewinnen* sie einzig allein ihre wahre Besonderheit. Sie gewinnen dann die Nationaleigenthümlichkeit, zu welcher die Natur sie bestimmt hatte, sie übernehmen alsdann die Rolle, die ihnen unter den übrigen Volksindividuen von dem Weltgeist einzunehmen bestimmt war, mit schöner Stärke, sie kommen aber nicht zum Ziele, wenn sie sich in ihrer Eicheln freffenden Rohheit und sogenannten Ursprünglichkeit konstruiren, wenn sie sich blos als *Race* fassen, und das alleinige und hauptsächliche Gewicht auf das legen, was ihre Schranken bildet, was

Digitized by Google

ihre Naturbestimmtheit ist, was sie bornirt und von andern unterscheidet. Das ist jüdisch oder christlich, was auf dasselbe hinausläuft.

Nur nicht so viel von der Sprache und Sitte u. s. f. radotirt. **Ich will die Sprache des freien Mannes reden.** mir einerlei ob deutsch oder französisch oder englisch. Wüßte ich, daß meine Nation zur Sclaverei bestimmt wäre, ich würde mir den Teufel etwas aus seiner Sprache machen, ich würde sagen: das ist die Sprache der Knechte. Könnte ich keine andere lernen, so würde ich mir eher die Zunge ausreißen, als mit ihr noch länger den ewigen Gedanken der Menschheit schänden und verfälschen. Die Sprache meines Vaterlandes schlechtweg, ohne alle weitere Bestimmung, gilt mir nicht mehr und nicht weniger als der Dreck meines Vaterlandes. Aber es hat damit keine Noth. Werden wir ein freies, ein schönes, ein humanes Volk — und alle fröhlich klopfenden Adern und Arterien sagen mir's: wir werden es — dann werden wir auch unsere Sprache sprechen, und was für eine Sprache! der ganze slavische Osten soll sich noch die Zunge verdrehen, daß er sie nur lernt; denn wenn die Nachtigall singt, so quälen sich nach ihr die Spatzen ab, es ihr gleich zu thun. Von der Sitte zu reden lohnt sich kaum der Mühe, der Sittenkodex der europäischen Völker wenigstens ist heute fast überall derselbe. Nur die geschichtlich zurückgebliebenen Völker, oder besser Stämme sind so unglücklich gewesen, ihre besondere Bizarrerien zu behalten. Ich wünsche, daß sie bald in den geschichtlichen Strom hineingetrieben werden mögen. Wenn die Tyroler werden Deutsche geworden sein, so werden sie noch ebenso gut jodeln als sonst, aber sie werden eine viel bessere Sprache sprechen, und alsdann auch aufhören, das patriotische Asyl für kaiserliche Ausreißer und freiheitsfeindliches Hofgesindel abzugeben. Ich wünsche auch, daß die Pescheräh's, oder die fabelhaften Bewohner des Feuerlandes durch die Humanitätsberührung ihr Wörterbuch vermehren und ihren nationalen Wortbanquerout ablegen mögen. Ja ich habe sogar die Hoffnung, daß die Südseeinsulaner ihre *ureigenthümliche Sitte*, ihre alten Eltern, die ihnen zur Last fallen, aufzuhängen, bald aufgeben werden. *Trachtet am ersten nach dem Reich der Freiheit, so wird euch das andere alles zufallen.*

Wie gelähmt von Erstaunen bin ich daher, wenn ich hören muß, daß ein Professor jüngst gepredigt, wir sollen unsere politischen Alliancen nach der Race machen, und uns an die Norweger, Holländer, Schweden, Engländer und Dänen anschließen. Wir sollen Front machen gegen Slaven und Romanen. Zur Zeit der Völkerwanderung mag dieser Gedanke gut gewesen sein, heute entbehrt er allen Werthes. Aber so tief sitzt dieser noch aus der Restaurationszeit, verblaßten Andenkens, uns eingeimpfte christlich germanische Tic! Das konnte man Fichte'n hingehen lassen, dem edlen Manne; denn er hatte ein Volk vor sich, das selbst das Bewußtsein seiner selbst, als Stamm, als Race verloren hatte, und sich mit dem Vorhandensein von Speise und Trank zufrieden gab, wie der Wurm im Staube. Und dergleichen will man euch heute vorsetzen? Nein, meine Freunde! *Verbünden wir uns mit jenen Nationen, wenn sie Träger der Bildung und Freiheit sind*; sind sie das nicht, dann schließen wir eher mit Negern und Botokuden unsere Verbindung, als mit ihnen, und wären sie auch unsere Geschwisterkinder. Wir haben in Praxi aber keine Wahl mehr übrig. Die halbinsulanische Abgeschlossenheit der Norweger und Schweden, tüchtige Völker, aber Staaten zweiten Ranges, wird uns nicht retten, die Dänen führen mit uns Krieg, weil sie (das ist die Bedeutung der ganzen Affaire) Nationalitätsnarren sind, weil sie sich gegen den überwiegenden Geist Deutschlands thöricht wehren, weil sie ihre Bornirtheit nicht modifiziren lassen wollen. Holland wird uns nichts helfen, trotz

Digitized by Google

seines guten Genèvers und seines ameisenhaften, rühmlichen Fleißes, das »stammverwandte« England, das zur Zeit noch mit der Elle die Welt beherrscht, wird uns nach wie vor ausbeuteln und über unseren Racentic in seiner aus allen Nationalitäten gemischten Sprache plumpe Witze machen. Nun, meine Freunde, wir verbünden uns mit dem Volke, das die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit als Panier aufgesteckt hat, wir verbünden uns mit den Franzosen, in denen der Begriff der freien Menschheit am lebendigsten energirt. Wir verbinden uns mit dem Volke, das einen Lamartine gezeugt hat, und wir werden uns durch diese Verbindung erfrischen. Heirathen wir nicht immer in der Familie, sehen wir uns auch einmal draußen um. Die Slaven, die armen, unfreien Menschen, tappen noch unsichern Fußes und wagen jetzt endlich zum ersten Male, die heilige Schwelle der Geschichte zu betreten. Begrüßen wir freudig diesen großen, rührenden Schritt! Sie sind jetzt in Prag zusammen, sie wollen reden aber sie verstehen sich noch nicht, die Armen, sie müssen vorerst noch deutsch reden, schreibt die Kölnische Zeitung. Ist denn aus Deutschland alle Größe und aller Muth entwichen, müssen wir denn bei diesem freudigen Ereigniß schlechterdings nur unsre Furcht und Feigheit auskramen, muß es heißen: der Deutsche bebt, wenn er ein Volk sich befreien sieht? Nein! so soll es nicht heißen. Sind die Slaven unbändig in erstem Rausche der Freiheit und kehren sie sich gegen uns, die wir doch die Freiheit und Humanität in Europa mitvertreten wollen, dann werden wir sie mit blutigen Köpfen zurückweisen, und die Franzosen werden uns beistehen, ein Bruder im Geiste dem andern. Die preußischen Offiziere in Saarlouis haben laut Zeitungsnachrichten von gestern die französischen Offiziere zu ihrer Tafel gezogen, und man hat unter Gläserklang das verbündete Frankreich und Deutschland hoch leben lassen. Das hat mir gefallen! Selbst die guten Schnauzbärte, denen die Politik des Landwehrmagenschnapses von 1813 mit Fug und Recht lange Zeit in den Eingeweiden lag, werden vernünftig, und ihr wollt euch jetzt die Politik der Racenzüchterei von Professoren vorpredigen lassen, die niemals, auch 1813 nicht politisirt haben! Nein! noch einmal, meine Freunde, es bleibt bei der Nationalität, wie ich sie oben erklärt habe; die Nationalität aber, abgesondert von der Energie der Vereinigung zu freien Staaten, diesen naturwüchsigen, waldursprünglichen Tic, überlassen wir Wolfgang Menzeln, oder dem Apostel der »Urpommern« in der privilegirten Stettiner; die politische Allianz nach Abstammung, Sprache aber ꝛc. wie die dadurch zu fördernde Stärke, den Plantagenbesitzern und Negerzüchtern. —□.

Mehrheiten, Minderheiten und Volksführer.

Es ist nicht lange her, daß man in Deutschland die Herrschaft der Mehrheit im Staat als eine politische Rohheit betrachtete. Mit dem Bewußtsein höherer Bildung sah der theoretische Dünkel Deutschlands auf die Völker herab, die wir nun endlich als unsere Lehrmeister anerkennen müssen — die Schweizer und die Nordamerikaner — bei denen der Wille der Mehrheit das Gesetz des Staates ist. „Nicht auf die Zahl der Menschen," sagte man, „kommt es an, welche eine Meinung haben, sondern auf den Geist und die Tugend, und auf die Güte der Sache." „Die beste Sache," fügte man hinzu, „ist oft durch die geringste Zahl von Bekennern vertreten, und man schien geneigt, daraus sogar den Schluß zu ziehen, daß die Meinung und der Wille der geringsten Zahl — d. h. eines Einzigen — das größte Recht habe: — womit auf überraschende Weise ein neuer theoretischer Stützpunkt für das monarchische Princip gefunden zu sein schien. Seit kurzem

Digitized by Google

hat sich das Blatt gewendet. Die Unterwerfung unter den Willen der Mehrheit wird von allen Rednerbühnen gepredigt, und Monarchisten und Aristokraten geben den Republikanern Unterricht in dieser demokratischen Tugend. Die gute Lehre wäre zu beherzigen, wenn sie sich auf das Gebiet praktischer Beschlüsse beschränken wollte. Wir wollten dann nicht nach der Natur der Beweggründe fragen, durch welche eine so wunderbare Verwandlung früherer Feinde in leidenschaftliche Beschützer der Volksherrschaft bewirkt worden. Wir wollen vergessen, daß bei den Einen der Glaube an den Unverstand der Massen, bei den Andern die Ueberzeugung, daß die wahre Mehrheit nicht zu freier Erklärung ihres Willens kommen werde, bei den dritten die Hoffnung auf die Unbeständigkeit des Volkes die äußerliche Bekehrung hervorgebracht, — wir wollen dies alles übersehen, wenn wir nicht durch eine Thatsache erinnert würden, daß hinter der Bekehrung die alten volksfeindlichen Tücken lauern. Diese eine Thatsache ist die, daß die neugebackenen Demokraten nicht nur die vernünftig praktische, sondern auch die unvernünftig-theoretische Unterwerfung unter die Mehrheit verlangen, daß sie die Forderung aufstellen, man solle nicht nur thun was die Mehrheit will, sondern auch denken und sagen was sie will. Diese Menschen sind und bleiben Sklaven aus Liebhaberei und Spekulation. Das Gefühl ihrer eignen Unwürdigkeit durchdringt ihr ganzes Leben, und aus Speichelleckern der Fürsten sind sie vorübergehende Speichellecker des Volkes geworden, — vorübergehende, — denn der vornehme Speichel schmeckt ihnen im Grunde doch immer besser als der gemeine. Dem Volke aber ist damit nicht gedient. Mit Recht verlangt es zwar, daß bei praktischen Beschlüssen die Minderheit sich der Mehrheit füge; mit Recht erwartet es aber auch von der Minderheit derer, die etwas zur Belehrung und Aufklärung der Massen zu thun vermögen, daß sie unerschrocken und jeder Mehrheit gegenüber ihre Meinung aussprechen, und feste Punkte der Ueberzeugung gründen helfen, an denen das Urtheil der Menge ankern kann. Darum ist das Volk überall dafür, die Redner jeder Partei anzuhören, während die neugebackenen Demokraten und Mehrheitsknechte bei jeder Volksversammlung und in jedem Klub ihren Terrorismus versuchen. Die praktische Herrschaft der Mehrheiten und die theoretische Freiheit der Minderheiten sind zwei große Grundsätze, die in unzertrennlicher Verbindung stehen müssen, wenn die Freiheit eines Volkes keine Lüge sein soll. An der Feindschaft gegen dieses richtige Verhältniß der theoretischen und praktischen Gewalten im Staate erkennt man am sichersten die Feinde der Freiheit. Das alte System drehte das wahre Verhältniß um. In den praktischen Dingen, in welchen die Mehrheit des Volkes herrschen soll, machte es den Willen eines Einzigen, also der kleinsten Minderheit zum Gesetz, und in den theoretischen Dingen, in denen auch die kleinste Minderheit ihre volle Freiheit haben soll, unterdrückte es die Ueberzeugungen von Minderheiten nach dem Maßstabe der Glaubensformen der Mehrheit. Die Freiheitsheuchler unsrer Tage schlagen einen andern Weg ein. Sie erkennen das Recht der Mehrheit an, suchen es aber, während sie zugleich die Meinung der Mehrheit irre zu leiten, niederzuhalten und zu verbergen bemüht sind, auf ein Feld zu lenken, auf dem es nicht gilt, auf das Feld der bloßen Theorie, und leben so der Hoffnung, durch den Mißbrauch des Rechtes das Recht selbst zu Grunde zu richten. Ob etwas wahr, gut, schön ist, kann durch keine Abstimmung, also auch durch keinen Mehrheitsbeschluß entschieden werden, denn selbst die Einstimmigkeit einer Gesellschaft von Menschen ist noch kein Beweis für die Richtigkeit ihrer Meinungen. Nicht wo es sich um theoretische, sondern wo es sich um praktische Fragen handelt, — nicht wo entschieden wird, ob etwas so oder so ist, sondern wo entschieden wird ob etwas so oder so sein soll, — gilt das Recht der Mehrheit. Wenn wir

Digitized by Google

zu zeigen ſuchen, welches für Deutſchland die einzige wünſchenswerthe Staatsform iſt, wenn wir ihre Lobredner ſind, wenn wir dem Volke anrathen, ſie einzuführen, wenn wir ihre Gegner mit allen theoretiſchen Waffen bekämpfen, ſo ſind wir in unſerem Rechte, und wenn wir allein der ganzen deutſchen Nation gegenüberſtänden. Aus dem Rechtsverhältniß der Mehrheiten und Minderheiten entſpringen nun die Rechte und Pflichten der Volksführer, der Männer nämlich, welche ſich theoretiſch oder praktiſch an die Spitze von Parteien ſtellen. Ihre Rechte ſind die einer jeden Minderheit; ihre Pflicht aber iſt es: den leitenden Gedanken oder Partei nach allen Seiten hin zu vertreten, und vor allem dahin zu wirken, daß ihre Partei zur Mehrheit des Volkes wird. Haben ſie dies erreicht, ſo werden aus den Parteimännern Staatsmänner, aus den Führern die Beauftragten und Diener des Volks.

Die Bureaukratie.

Der alte Staat iſt der Idee nach zertrümmert, allein in der Wirklichkeit lebt er noch immer in den abgenutzten Formen fort. Der frühern Organiſation lag das Princip der Bevormundung, der Willkür zu Grunde, jetzt tritt der dritte Gegenſatz der Grundlage der Staatseinrichtungen an ſeine Stelle, — ſtatt des Einzelwillens der Geſammtwille, ſtatt der Bevormundung die Anerkennung der Selbſtſtändigkeit Aller. Es iſt abſolut unmöglich, daß das neue Princip in den alten Formen Geſtalt gewinne, daß die Organe des alten Syſtems ſich ohne Rückhalt, ohne reservatio mentalis in das neue hineinleben könnten. Zwar giebt es Bäume, welche ungeſtört fortwachſen, wenn man ſie mit dem Gipfel, in die Erde ſteckt und die Wurzel nach oben kehrt, zwar giebt es Thiere, die man ohne Schaden umdrehen kann, ſo daß das Aeußere nach Innen, das Innere nach Außen kommt, aber nimmermehr wird ein eingefleiſchter Bureaucrat ſich in ein Organ des Volkswillens umkehren. Darum ſcheue man ſich nicht, von unten auf neu zu bauen. Wir leben ja nicht in einem Zuſtand ungeſtörter Entwickelung, wo die beſtehenden Formen Lebenskraft genug beſitzen, um aus ſich ſelbſt den Bedürfniſſen angemeſſen, ſich ſtets neu umzugeſtalten, ſondern wir leben in der Revolution, d. h. dem Zuſtande der völligen Neuſchaffung, — da müſſen wir nicht aus Rückſichten für das alte Material, aus Furcht, daß wir nicht genug neues hätten, die alten, verfaulten Brocken wieder verwenden wollen. Der büreaukratiſche Schnürleib muß ohne Umſchweife ausgezogen und in den Korb des Lumpenſammlers geworfen werden, denn laſſen wir Alles in den ſeitherigen Händen, ſo wird man ſchon mit bekanntem Geſchick im Geſetze tauſend nie zu verſtopfende Hinterthürchen finden, durch die man den eben hinausgefegten Plunder wieder hineinſchmuggelt; man wird aus den alten Flicken ein weites Mäntelchen zuſammenſtoppeln, das nach und nach zu einer der früheren gleichen Zwangsjacke eingeſchnürt werden kann. Freilich, wenn uns die freie Preſſe und das freie Vereinigungsrecht ungeſtört bleiben, dann wird ſolches Beginnen immer geſtört, ja unmöglich gemacht werden, allein man ſehe nach Mannheim und Mainz, und man wird es nicht mehr für unmöglich halten, daß der Preſſe auf kurze Zeit wieder der alte Maulkorb angelegt werde. Darum trete an die Stelle der Beamtenherrſchaft die völlige Selbſtſtändigkeit der Gemeinden bei innern Angelegenheiten und aus dieſer entwickele ſich von unten nach oben eine freie demokratiſche Verfaſſung mit gewählten Kreis- (Bezirks-) und Provinzialverwaltungsorganen. Nur ſo kann die demokratiſche Grundlage eine Wahrheit werden, im höheren Grade eine Wahrheit wie in Frankreich der Fall iſt, da dort ein freies Gemeindeleben noch weniger vorbereitet iſt als in Deutſchland, und die Centraliſation ihrem Grundgedanken nach der Demokratie widerſpricht.

Digitized by Google

Berichte.

Berlin.

Aus einer Stadt des Großherzogthums Posen erhalte ich folgendes Schreiben: Ich war vor einigen Tagen im Landrathsamte und durch Zufall bekam ich Einsicht folgender landräthlichen Verfügung: „In Folge einer Verfügung der königl. Regierung d. d. 15. d. sollen aller Orten und von allen Individuen, welche sich bei der Insurrection in der Provinz, sei es durch Theilnahme selbst oder durch Demonstrationen betheiligt haben, die Waffen, incl. die Sensen und Piken ausgeliefert werden. Auf Grund dessen bestimme ich für den Anfang, daß die Hrn. Bürgermeister und Distriktskommissarien des ꝛc. Kreises das betheiligte Publikum sowohl durch Ausruf als auch durch Anschlag von dieser Maßregel in Kenntniß setzen, und die Einlieferung aller Arten von Waffen in einr Zeit von 24 Stunden fordern. — Sollten nach dieser Zeit irgend welche verheimlichte Waffen bei Jemandem durch eine angestellte Haussuchung vorgefunden werden, so ist an dem selben eine Strafe von 25 — 50 Peitschenhieben ohne Ansehen der Person sofort zu vollziehen.“ Jetzt erst soll eine anderweite Verfügung von Seiten der Bromberger Regierung ergangen sein, wonach „auf Grund des Gesetzes vom 6. d. M.“ die Prügeleien eingestellt werden sollen, jedoch hat der Landrath verordnet, diese Verfügung geheim zu halten. Wie sie aber befolgt wird, mag folgendes Faktum beweisen In Barein hatte der Geistliche A. am 24. Mai eine Predigt gehalten, worin er auf Befehl des Hauptmannes der dort stationirten Compagnie dem Volke vordemonstrirte, welche Wohlthaten der König und seine Regierung dem Volke angedeihen lasse. Nach der Predigt sprachen sich die Bauern auf dem Markte darüber aus, wie der Geistliche ihnen doch nur Unsinn vorgeschwatzt hätte in Betreff dieser Wohlthaten; er hätte besser gethan, Religion zu predigen und nicht Politik. Sofort wurde der Inhalt dieser Unterredung dem Hauptmanne hinterbracht, welcher auch alsbald die Betreffenden verhaften ließ. und nachdem er ihnen je 25 Prügel hatte aufzählen lassen, nach Hause schickte.

—

Die früheren Minister Eichhorn, Thile, Graf Stolberg sind jetzt in Potsdam und häufig bei der königl. Tafel. Die Herren Exminister sollen sich keineswegs der Zurückgezogenheit und einem Privatleben hingeben Man betet viel und inbrünstig.

Stettin.

„Die Landleute des II. Jerichowschen Kreises, erzählt der Dr. Quehl im Danziger Dampfboot, offeriren dem Ministerium Camphausen ihre „derben bewaffneten Fäuste,“ um selbiges gegen die Demonstrationen der Berliner Pöbelschaaren am Ruder zu erhalten. Das Ministerium hofft aber mit den Berliner Kindern auch ohne Schläge fertig zu werden“ Das ist einer der schlechten und wohlfeilen Witze des Dr. Quehl in Danzig, die er auf Kosten des hochherzigen Berliner Volkes macht. Dr. Quehl macht sich durch sein Geifern gegen Berlin so verdient, daß man, wie ihm sein Gewissen sagt, auch ihn mit einer Katzenmusik belohnen würde, wenn er nicht in Danzig wohnte, daher sein Deklamiren gegen die höchst gefährlichen Katzenmusiken. — Weiß der Dr Quehl nicht, daß die Berliner, herangewachsen zu Männern, sich zu Rittern der Freiheit geschlagen haben? Weiß der Dr. Quehl nicht. daß es einen schreienden und einen schreibenden Pöbel giebt, daß der schreibende Pöbel viel verächtlicher als der schreiende?

—

Auf der vom Volksverein veranlaßten Fußpartie am zweiten Pfingstfeiertage war eine Verstimmung gegen die Berliner Versammlung, weil sie ihre Mutter verleugnet, ganz unverkennbar. Entschieden mißbilligte man die Abstimmung einzelner Stettiner Deputirten, die mit ihren Versicherungen, die sie hier vor ihrer Wahl abgegeben. unvereinbar ist Es wurde eine Adresse an die Nationalversammlung und an den Abg v Puttkamer beantragt, die beide in der nächsten Versammlung vorgelegt werden sollen Unter großem Jubel wurden einige Nummern der Stettiner Zeitung verbrannt, weil diese Zeitung den heiligen Geist der Zeit verleugnet und beschimpft.

(Eingesandt) Das Eisenbahn-Direktorium wird gebeten zur Beförderung des Verkehrs wöchentlich einmal einen Zug frühmorgens nach Stargard abgehen und spät Abends von dort zurückkehren zu lassen Diejenigen, die Geschäfte in Stargard oder Umgegend haben, würden diese dann in einem Tage abmachen können, was jetzt nicht möglich ist.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 33.

Freitag, den 16. Juni.

Inhalt: Sind unsere Abgeordnete Volksvertreter oder Vereinbarungskommissare? Offener Brief an die konstituirende National-Versammlung in Berlin. Der preußische Verfassungsentwurf. Berichte: aus Berlin, Greifswald, Anclam, Koslin, Stettin. Adresse des Stettiner Volksvereins an den Abgeordneten Hrn. v. Puttkammer.

Sind unsere Abgeordnete Volksvertreter oder Vereinbarungskommissare?

Durch den Sturm der Revolution war der Despotismus gestürzt, gestürzt durch das siegreiche Volk in einem 16stündigen Kampfe. Das Volk wollte und verlangte statt des absoluten Königs ein „Königthum, umgeben von demokratischen Institutionen". Das Volk war souverän geworden. Das bisherige Staatsprinzip, das Königthum von Gottes Gnaden war gestürzt durch den Willen und die Kraft des Volkes, und anerkannt, daß alle Macht vom Volke ausgehe. War die Volkssouveränetät die natürliche Konsequenz der Revolution, so war zur Gründung der Verfassung auf breitester Grundlage nach dem Willen der Nation eine von dem ganzen Volke erwählte Nationalversammlung, eine konstituirende Versammlung, die natürliche Konsequenz der Volkssouveränetät. Durch die Revolution war die Souveränetät ein unveräußerliches Eigenthum des Volkes geworden. Die Revolution, die das tapfere, todesmuthige Berliner Volk geschlagen, war eine siegreiche. Das Volk hatte das „historische Recht" besiegt, das Ständewesen über Bord geworfen. Von einem Ver. Landtage, von einer Kurie der drei Stände konnte nicht mehr die Rede sein. Mit der Zusammenberufung und Anerkennung des Ver. Landtags wurde die glorreiche Revolution zum erstenmale verleugnet und zu einem bloßen Straßenkrawall, zu einem aus Mißverständniß entstandenen beklagenswerthen Ereigniß herabgesetzt. Damit wurde stillschweigend die rechtliche Wirksamkeit des neben dem absoluten Königthum weiland bestandenen Ver. Landtags noch anerkannt. Das siegreiche Volk war ohne Mißtrauen, es vertrauete, oft getäuscht, den Verheißungen und Versprechungen, es argwöhnte nicht, daß ihm sein gutes Recht, das es sich erkämpft, seine Souveränetät, durch Sophistereien weggedeutelt werden könne.

Der Ver. Landtag vertrat gewisse privilegirte Stände, den Grundbesitz; er war kein Organ des Volkes. Er war nicht vom souveränen Volke gewählt, nicht bevollmächtigt im Namen des Volkes zu handeln, etwas zu beschließen. Dennoch wurde ihm ein Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung vorgelegt. Der Ver. Landtag sanktionirte im Namen des souveränen Volks das Wahlgesetz, eine Anmaßung. Auf Grund dieses Wahlgesetzes wählte das Volk, nicht ahnend, daß ihm sein Recht, seine Souveränetät geraubt, daß ihm durch das Wort „Vereinbarung" die Souveränetät abgesprochen werden könne und nur von einer Seitens der Krone allergnädigst bewilligten Theilnahme an den Angelegenheiten des Staates die Rede ein solle.

Digitized by Google

Der Unterschied zwischen einer zu einer bloßen Vereinbarung mit der Krone zusammenberufenen Versammlung und einer aus eigener Machtvollkommenheit kraft des Willens der souveränen Nation beschließenden konstituirenden Nationalversammlung mag vom Volke nicht allgemein anerkannt sein. Man mag sich des Unterschiedes erst jetzt deutlich bewußt werden. Gewählt hat es in gutem Glauben an sein Recht, an seine Souveränetät.

Wenn nun jemand sagt, z. B. der Justiz-Kommissar Dr. Zachariä: als Privatperson, als Dr. Zachariä erkenne ich die Revolution vollständig mit ihrer natürlichen Konsequenz, der Volkssouveränetät, an, aber als Abgeordneter des Kreises Grimmen bin ich von meinen Kommittenten nur zu einer „Vereinbarung" gewählt, als Mandatar der Urwähler und Wahlmänner des Kreises Grimmen bin ich kein Vertreter des Volks, sondern ein mit der „Vereinbarung" zur Abschließung eines Geschäfts beauftragter Vereinbarungskommissar, so sind das Sophistereien, wie sie nur eine Advokatenreligion rechtfertigen kann.

Laut §. 10. des famosen Wahlgesetzes sind die Abgeordneten an Aufträge oder Instruktionen nicht gebunden, die Wähler des Kreises Grimmen können also ihrem Abgeordneten nicht aufgetragen haben die Revolution, die Souveränetät des Volks in der Versammlung zu verleugnen, denn dieser hat nur nach seiner eigenen unabhängigen Ueberzeugung zu stimmen. Seine Ueberzeugung hat der Abgeordnete nicht bloß privatim in großen Redensarten in der Provinz, sondern in der Nationalversammlung auszusprechen, zur Geltung zu bringen. Der Abgeordnete muß den Advokaten ausziehen, über den Begriff des Privatrechts hinausgehen, denn die Nationalversammlung ist kein Gesandtenkongreß unabhängiger Staaten, die durch ihre Agenten und Sachwalter dort vertreten werden. Wie der Abgeordnete keine Instruktionen annehmen darf, so darf er sich nicht durch örtliche Vorurtheile und Bedenken leiten lassen, denn er ist nicht gewählt um Lokalansichten, sondern um das allgemeine Beste, um das Gesammtinteresse der Nation nach seiner Ueberzeugung zu wahren und zu vertreten als ein Glied der konstituirenden Nationalversammlung, nicht als Mandatar dieses oder jenes Kreises.

Offener Brief an die konstituirende National-Versammlung in Berlin.

In der Voraussetzung, daß die Nationalversammlung in Berlin nicht bloß eine Vereinbarungskommission, sondern eine konstituirende Versammlung, richten wir an sie die Bitte, daß sie in Betracht der Finanzlage des Staates kraft der ihr von dem Volke aufgetragenen Gewalt beschließe: Alle Sinekuren, die eines General-Gouverneurs von Neuvorpommern, die Gouverneurstellen in den Festungen sind aufgehoben; das mit diesen verbundene Gehalt wird eingezogen, die betreffenden Gouvernementsgebäude werden Schulen und dergleichen gemeinnützigen Anstalten überwiesen. — Es sind aufgehoben: die Domstifte zu Brandenburg, Merseburg und Naumburg und das Kollegiatstift zu Zeitz. Ebenso die Ritterakademie zu Brandenburg und ähnliche überflüssige Institute.

Im J. 1810 wurde das Domstift zu Brandenburg als „mit den Ansichten und Bedürfnissen der Zeit nicht mehr vereinbar" aufgehoben, im J. 1827 aber wurde es restaurirt mit 1 Dechanten, 2 Senioren, 7 Kapitularen und 5 Beamten. Zugleich wurde für den jungen brandenburgischen Adel die Ritterakademie zu Brandenburg wiederhergestellt. Die Domkapitel zu Merseburg und Naumburg sind reiche Stiftungen mit einer großen Zahl hochadlicher Domherren.

Digitized by Google

Große Summen beziehen die noch lebenden Präbendaten der bereits aufgehobenen Dom- und Kollegiatstifter für — gar nichts. Das Staatshandbuch für 1838 weiset allein von den 10 im Reg.-Bez. Magdeburg aufgehobenen Dom- und Kollegiatstiftern noch 90 lebende Präbendaten auf, von denen aber einige mehrere Präbenden, die einzeln oft einige tausend Thaler eintragen, in verschiedenen Stiftern besitzen. Diese Stiftungen wurden durch die westphälische Regierung aufgehoben und eingezogen, die reichen Besitzungen aber verkauft. Später, nach der Wiederbesitznahme durch Preußen, wurden die Präbenden an die Inhaber, mehrentheils reiche Leute, wieder ausgezahlt.

Der preußische Verfassungsentwurf.

II.

Der Tit. II. ist überschrieben: „Von den Rechten der preußischen Staatsbürger." Die §§. 3 und 4 lauten: „Die Bedingungen für die Erwerbung und den Verlust des preußischen Staatsbürgerrechts werden durch das Gesetz bestimmt. — „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich." — In diesen Stellen ist der Ausdruck „Staatsbürger" offenbar gleichbedeutend mit dem bisherigen „preußischer Unterthan" und bezeichnet die Eigenschaft eines „Preußen" überhaupt im Gegensatze zu einem Ausländer. Man scheint insbesondere im §. 3 das Gesetz vom 31. Decbr. 1842 (Gesetz-Samml. S. 15) im Auge gehabt zu haben, welches nämlich von der Erwerbung und dem Verluste der Eigenschaft eines preußischen Unterthanen handelt. Wenn man aber hiermit z. B. die §§. 5 und 7 des Entwurfs vergleicht, so wird man sich davon überzeugen, daß mit dem Ausdruck „Staatsbürger keineswegs durchgängig die Eigenschaft als „Preuße" bezeichnet wird; daß vielmehr damit in diesen Stellen offenbar „jeder Mensch" überhaupt gemeint ist, er sei Preuße oder Ausländer. Diese §§. 5 und 7 lauten nämlich: „Allen Staatsbürgern ist die persönliche Freiheit gewährleistet." — „Kein Staatsbürger darf anders als in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen verhaftet werden." — „Kein Staatsbürger darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden." Völkerrechtlich steht es fest und ist auch in allen preußischen Gesetzen anerkannt, daß Ausländern wie Inländern die persönliche Freiheit nach den gesetzlichen Bestimmungen gesichert ist; daß Ausländer wie Inländer ihrem gesetzlichen Richter nicht entzogen werden dürfen. Was für eine schlechte und leichtfertige Uebersetzung der Art. 7 und 8 der belg. Konstitution! Diese nämlich, außer daß sie noch andere wichtige materielle Zusätze in den bezüglichen Stellen enthalten, drücken sich dahin aus: „die persönliche Freiheit ist einem Jeden gewährleistet." „Keiner kann gegen seinen Willen, seinem gesetzlichen Richter entzogen werden." Auch der Zusatz „gegen seinen Willen" ist in juristischer Hinsicht unerläßlich. Will man nun auch den Ausdruck „Staatsbürger" für „Bürger" und „preußischer Staatsbürger" für „preußischer Bürger" im Allgemeinen gelten lassen, so müßten doch derartige Konfusionen, die wir leider bisher überall in den Gesetzen zu bejammern hatten, schon in den Gesetzes-Vorlagen durchaus vermieden werden.

Zu den §§. 6 und 9. Hausuchungen, Konfiskationsstrafe. — Außer der geschehenen Beseitigung der allgemeinen Vermögens-Konfiskation wäre, nach den Anforderungen der Humanität, auch jedenfalls die Strafe des bürgerlichen Todes abzuschaffen, wie dies im Art. 13 der belgischen Konstitution geschehen ist. Was die Hausuchungen angeht, so wäre die am Rheine noch geltende Bestimmung des Art. 76 der Konstitution vom 13. Dez. 1799 aufzunehmen, wonach

Digitized by Google

sowohl generelle Hausſuchungen, als Hausſuchungen bei Nachtzeit überhaupt unterſagt ſind.

Zu den §§. 10 und 11. Freiheit des Glaubens und der Kulte. — Der §. 10 lautet: „Die Ausübung der ſtaatsbürgerlichen Rechte iſt unabhängig von dem religiöſen Glaubensbekenntniſſe. Allen Staatsbürgern iſt die Freiheit (?) gemeinſamer Religionsübung geſtattet (?), ſoweit dadurch weder ein Strafgeſetz übertreten, noch die öffentliche Sicherheit, die Ordnung oder Sittlichkeit verletzt oder gefährdet wird." Was ſoll das heißen: „Die Ausübung der ſtaatsbürgerlichen Rechte iſt unabhängig von dem religiöſen Glaubensbekenntniſſe? Iſt hier wirklich eine völlige Gleiſtellung der Bekenner aller Kulte ausgeſprochen, oder werden etwa, wie dies in den §§. 3 und 4 der Fall iſt, unter den „ſtaatsbürgerlichen" nur die allgemeinen Rechte der preußiſchen Staatsbürger, im Gegenſatze zu Ausländern, verſtanden? Dann würde es ſchlecht ſtehen um die Emancipation der Juden. Wozu dergleichen Undeutlichkeiten? — Ferner wozu die wiederwärtigen Präventivmaßregeln gegen die Kirchen, wenn das unbeſtreitbare Prinzip ihrer Unabhängigkeit vom Staate anerkannt iſt? Jede Kirche wirkt nur durch Lehre und Beiſpiel zur Beſſerung und Verſittlichung ihrer Bekenner. Ihr ſteht daher als Korporation, mehr als jedem einzelnen Bürger, vorzugsweiſe die Vermuthung der ehrlichen Abſicht zur Seite; es kann mithin bei ihr am Allerwenigſten unterſtellt werden, daß ſie durch ihre Handlungen die öffentliche Sicherheit, die Ordnung oder Sittlichkeit verletzen oder gefährden werde. Fällt ihr dagegen einmal eine ſträfliche Handlung zur Laſt, iſt dieſe nach den Merkmalen des Geſetzes wirklich in die Erſcheinung getreten, nun, dann mag ſie, wie jeder einzelne Bürger, zur ſtrengen, ja zur ſtrengſten Rechenſchaft gezogen werden. Gleich verwerfliche Präventivmaßregeln werden auch nach §. 13 und 14 der Preß- und Lehrfreiheit entgegengeſetzt; und ſoll es überhaupt rückſichtlich der letzteren bei den geſetzlichen Beſchränkungen", d. h. beim Alten verbleiben. — Die Freiheit der Kirche iſt endlich noch inſofern principwidrig beſchränkt, als dem Staate nicht jede Einmiſchung entzogen iſt in Bezug auf Ernennung und Amtsantritt der ſämmtlichen Religionsdiener. Wenngleich der Staat den Religionsdienern Beſoldungen auszahlen mag, ſo hindert dies doch nicht ihre ſelbſtſtändige, unabhängige Stellung. Sie fördern in ihrer Weiſe den Zweck der ſtaatlichen Geſellſchaft. — Konſequente Folge der Trennung von Kirche und Staat iſt übrigens der Uebergang der Kirchenregiſter über Geburt, Heirath und Tod an beſondere Civilſtandsbeamte. In allen dieſen Beziehungen redet uns auch die belgiſche Konſtitution das Wort. Art. 16 und 17.

Berichte.

Berlin.

Hinſichts des Angriffs auf den Miniſter Arnim iſt zu bemerken, daß dies keine politiſche Demonſtration war, ſondern nichts weiter als eine Lektion in der Höflichkeit. Die vor der Singakademie verſammelten Leute waren geſpannt den Ausgang der Verhandlung über Behrends Antrag zu erfahren und befragten darüber einen Herrn. Dieſer, zufällig der Miniſter Arnim, verſetzte: „Was wollt ihr?" ... „Schert euch!" „Was habt ihr hier zu thun? Iſt denn heute Sonntag? Warum ſeid ihr nicht bei eurer Arbeit?" — Der Unwille der Leute über die groben Manieren dieſes Herren wuchs, als ſie erfuhren, daß es ein Miniſter. —

4 Greifswald.

An Herrn Profeſſor Baier. „C'est assez des défauts de ce livre, sans que je présente encore ceux de ma personne à la critique. Si l'on savait, qui je suis, on diroit: „Son livre jure avec son ca-

ractère; il devroit employer son tems à quelque chose de mieux." Les critiques ne manquent jamais ces sortes de reflexions, parcequ'on les peut faire, sans essayer beaucoup son esprit." (Montesquieu, lettres persannes.)

♂ Greifswald, den 14. Juni.

Der Professor Baier todt durch alle pommerschen Blätter gegen unsere harmlose Kritik. Wir folgten ihm eine Strecke, ziehen uns aber jetzt, wo er der Stettiner Zeitung in die Arme sinken zu wollen scheint, auf civilisirtes Terrain zurück und schreiten über den Professor zur Tagesordnung. — Die allgemeine Aufmerksamkeit wird hier in diesen Tagen durch die Entscheidung der schon lange schwebenden Frage über Einführung der Städteordnung von 1808 gefesselt werden. Die Bürgerschaft soll sich durch Abstimmung entscheiden. Das Ergebniß wird als ein durchaus günstiges erwartet, doch soll auch eine nicht unbedeutende Minorität für die alte Verfassung mit einigen Verbesserungen auftreten wollen. Der Fluß der ganzen erfreulichen Bewegung war an den „höchsten Stellen" in einiges Stocken gerathen und es wurde deshalb von den neuvorpommerschen Städten gemeinschaftlich eine Deputation nach Berlin geschickt, die denn dort alle künstlichen Dämme hinweggeräumt zu haben scheint. Von hier aus war ihr der oftgenannte Bäckermeister Wallis beigeordnet, und wir kommen dabei in den Fall, über diesen Mann, der nun einmal ein öffentlicher Charakter geworden ist, ein Urtheil der Oeffentlichkeit zu übergeben, dessen Strenge er sich wird gefallen lassen müssen, da er sie selbst hervorgerufen. Während der Berichterstatter in der Ostsee-Zeitung die übertriebene Bezeichnung des Herrn Wallis als „ausgezeichnetsten Bürger unserer Stadt" sicherlich im Stillen zurückgenommen haben wird, vermögen wir ein früheres Urtheil von unserer Seite, welches jenen „einen braven und strebsamen Mann" nannte, noch aufrecht zu erhalten, ohne jedoch dadurch gehindert zu sein an dem Ausspruch, daß die Strebsamkeit des Herrn W. bis jetzt wenig erfreuliche Ergebnisse gezeitigt hat. Es genügt nicht, nur in den engeren Grenzen eines bürgerlichen Gemeinwesens die Vernunft und alle ihre Forderungen in vernünftigen Einrichtungen verkörpern zu wollen, die mündig gewordene Zeit fordert vernünftige und reife Männer auch für die allgemeinen Verhältnisse des Staates. Aber der politische Horizont des Herrn Wallis ist noch erschrecklich beschränkt, und wir meinen, er hätte sich bedeutend mehr erweitern können in den lehrreichen Monden seit dem März und bei dem Eifer, mit dem auch Herr W. gewiß die öffentlichen Blätter liest, trotz des „schlichten, einfachen Bürgers", den sich derselbe so oft als möglich nennt, eine Bezeichnung, die in dieser Absichtlichkeit nachgerade widerlich wird und hinter der sich nur zu oft der größte Hochmuth zu verbergen pflegt. Herr W. hatte eine vereinigte Adresse des Volks- und Bürgervereins mit dem Auftrage erhalten, dieselbe dem Abgeordneten Baumstark von hier vorzulegen und ihn zu fragen, ob er sie ihrem Inhalte nach (Einkammersystem, Volksbewaffnung, Krieg und Frieden durch die Volksvertreter u. s w.) zu der seinigen machen könne, widrigenfalls sie dem Berliner Abgeordneten Kirchmann zur Ueberreichung an den Landtag abgegeben werden solle. Man machte diese Concession wegen Baumstark auf die Forderungen einiger Bürger hin, der größte Theil der Petenten wollte sofortige Abgabe an Kirchmann, da man Baumstarks inzwischen unzweideutig gewordenes politisches Streben nicht billigte; vielleicht hatte auch er sich rasch geändert, erklärte er doch in den drei Wochen in Berlin „um fünf Jahre älter" geworden zu sein Außerdem sollte Wallis dem demokratischen Klub in Berlin von Seiten des hiesigen Volksvereins, dessen Sprecher er ist, eine ideelle Anschlußerklärung überbringen und er hatte recht hübsch und mit vieler Begeisterung versprochen, den wackeren, vielverketzerten und verläumdeten Demokraten „einen freundlichen pommerschen Gruß" zu sagen. Er hat beide Aufträge nicht erfüllt, alle Erwartungen getäuscht. Er fiel in Berlin sogleich in die Hände von Leuten, „die über Leichenhügel hinweg zur Tagesordnung schreiten" er vergaß die ganz bestimmten Aufträge seiner Kommittenten, beschwichtigte seine Scrupel durch einige Scheingründe und hinterließ dem Abgeordneten ohne alle Bedingungen die erwähnte Petition. Als er mit der Deputation in Angelegenheiten der Städteordnung eine Rundreise bei allerlei Ministern und Geheimräthen machte, wurde er durch deren Humanität, mit der sie ihn immer „zum Sitzen nöthigten" so angenehm berührt, daß er ein vollständiger Freund des Ministeriums wurde, gegen dessen Verfassungsentwurf er kurz vorher in der Heimath in der stärksten Weise sich ausgesprochen hatte, und diese sowie die Führung eines in Berlin wohnenden und wahrscheinlich sehr beschränkten Landsmannes ließen ihn mit den lächerlichsten Vorurtheilen den demokratischen Klub besuchen und eben solche Urtheile, verwirrte und einseitige Auffassungen und arge Verwechselungen waren es, die er dann im Volksverein vortrug und die ihm ernstliches und

Digitized by Google

verdientes Mißfallen zuzogen. Aus der Schonung, mit der Herr von der Nahmer gegen ihn auftrat und die wir ganz billigen, mag er erkennen, daß es sich nicht um Persönlichkeiten, sondern um die gute Sache handelt, und allein für diese ist es, daß dieser Bericht über ihn zur Oeffentlichkeit gelangt — Höchst interessant war die Sitzung des kons. Klubs am 10. d. Der Abg. Baumstark war zum Pfingstfest hierher gekommen und gab in einer längeren Rede ein Bild der konstituirenden Vers. in Berlin und dessen, was bisher in ihr geschehen, oder vielmehr er vervollständigte frühere briefliche Berichte, welche die Empfänger im Klub vorgelesen hatten. War er durch diese schon vollständig charakterisirt, so verwischte jene Rede bei Allen, die nicht seine Genossen sind, die letzten Spuren etwaiger Zweifel und hat den politischen Standpunkt dieses Mannes klar herausgestellt. Wir hören, daß an einem anderen Orte der gedrückte Grundton, die Widersprüche, die Sophistik und die Ungerechtigkeiten, sehr gelind ausgedrückt, in der erwähnten Rede näher beleuchtet werden sollen, hier finde nur eine Stelle der einfache Ausdruck der Entrüstung über den Mann, der in seinen Briefen mit gewohlter Absichtlichkeit von „versteckten Republikanern" in der Nat.-Vers. spricht, während wir dem oft gehörten Urtheil nicht zu widersprechen wagen, daß er einer „versteckten" äußersten Rechten angehört, trotz des feierlichen Protestes, den er gegen die Existenz einer solchen einlegt. Qui s'excuse s'accuse. Die Geschichte wird über die 196 richten, auch über den, der einer der größten Eiferer unter ihnen ist — Bevor Baumstark sprach, schien eine kleine „Linke" im Klub dadurch eine Demonstration gegen sein Verhalten in Berlin wagen zu wollen, daß sie auf die Frage des Sprechers, Prof. Planck (der übrigens sehr ungehörig verfuhr und in der Ausübung seiner Funktion eine Privatbemerkung machte, die ihm als Präsident nicht zusteht) ob B. gehört werden solle, Tagesordnung verlangte. Alle Weisen und Ruheliebenden entsetzten sich darüber, besonders, da unter diesen „Wühlern" viele Studirende waren. Aber es ist wohl gefährlich, sich den Haß der Jugend zuzuziehen; ihr gehört die Zukunft und wenn es die Geschichte ist, die über die Verächter der heiligsten Forderungen richten wird, so wird es unsere jetzige Jugend sein, die sie zu Vollstreckern von vielen ihrer Urtheile wählt. „Wer die Zeit nicht erkennet, den straft die Zeit" sagte der alte Minister Schön.

Anclam, den 11. Juni.

Aufforderung. Es ist in diesen Tagen durch den Boten des Landrath-Amts eine Adresse an die preußische National-Versammlung zur Unterschrift in Umlauf gesetzt, in welcher es wörtlich heißt:

„Zu dieser letzten Bitte" (das vorgeschlagene Zweikammer-System beizubehalten) „leitet uns neben der eigenen Ueberzeugung die warnende Lehre der Geschichte, daß Eine Kammer in konstitutionellen Monarchieen den Staats-Organismus gänzlich zerstört und stets zur Revolution und Anarchie führt."

Der anonyme Verfasser dieser Adresse wird gebeten, die Wahrheit dieser Behauptung durch Thatsachen zu belegen. Im Unterlassungsfalle setzt er sich dem Verdachte aus, daß er absichtlich weniger Unterrichtete zu schrecken und dadurch zur Unterschrift zu verleiten gesucht hat, während er aus dem Wesen des Zweikammer-Systems selbst hergeleitete, für die große Masse freilich weniger verständliche, Gründe für dessen größere Vorzüglichkeit anführen konnte.

E. S.

Köslin.

Eine Bürgerversammlung mit dem Zopf! Hier in dem Hauptquartier der „preußischen Brüder", der pommerschen Junker und Reaktionäre, die jenen bekannten aufregenden und gegen Berlin aufwiegelnden Aufruf erlassen haben, ist eine „Bürgerversammlung" gegründet, die sich nach Art. 1. der Statuten „mit den politischen und socialen Wissenschaften" beschäftigt. Jedermann, der das 21. Lebensjahr zurückgelegt und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, ist zum Eintritt berechtigt. Das ist für Köslin, wo Dienstboten noch immer von lumpigen Zweigroschenkonzerten ausgeschlossen werden, gewiß ein anerkennenswerther Fortschritt. Doch scheint man das Eindringen ungeeigneter Personen in diese „Bürgerversammlung" sehr zu fürchten. Man hat daher das Ballotement, den alten Großvaterzopf, in der jungen Bürgerversammlung beibehalten. Es wird nur in der ersten Monatssitzung eines jeden Vierteljahres aufgenommen durch schriftliche Abstimmung nach unbedingter Mehrheit, nachdem der Name der Aufzunehmenden vier Wochen vor der Abstimmung der Gesellschaft angezeigt worden. Diese so wie die weitläuftigen Bestimmungen über Ausschluß und Entfernung eines Mitgliedes verrathen viel Furcht, daß die Tugend und der gute Ruf der Kösliner Bürgerversammlung durch Eindringen ungeeigneter Persönlichkeiten gefährdet werden könne. Sie verrathen viel Mißtrauen in die eigene Kraft. Die Oeffentlichkeit ist ausgeschlossen; die Sitzungen sind nur für die Gesellschaft und — für deren Gäste! — Bei dem der Bürgerversammlung unverkennbar anklebenden Zopf klingt es naiv, daß

Digitized by Google

sie auf Gründung von Kreisvereinen, Provinzial- und zuletzt eines Landescentralvereins in Berlin hinwirken will. Köslin scheint sich zu großen Dingen berufen zu fühlen! Es heißt denn doch wirklich die Augen gegen den Geist der Zeit dicht verschließen, wenn man meint, ein Bürgerverein dieser Art mit Versammlungen ohne Oeffentlichkeit, mit Ballotement, mit Furcht vor bescholtenen Personen könne noch außerhalb Hinterpommern, ja in Berlin Anklang finden. — Schon in Stettin fragt man in dergleichen Versammlungen und Vereinen beim Eintritt nicht nach einem testimonium morum, kümmert man sich nicht um die Bescholtenheit, hält man sich nicht mit einem langweiligen Ballotement auf. Der Stettiner Freihandelsverein, der älter als die Märzrevolution, geht von dem Grundsatz aus, daß Bescholtenheit nach preußischem Gesetz für ihn nicht maßgebend sein könne, da es möglich und vorgekommen, daß nach preuß. Gesetzen sehr ehrenwerthe Männer für beschalten erklärt würden. Hier, wie im konst. Klub, im Stettiner Volksverein kennt man kein Ballotement, man fühlt sich in Sitte und Tugend so stark, daß man diese und den guten Ruf der Gesellschaft, wenn einmal ein räudiges Schaaf, eine bescholtene Person, den Versammlungen, die öffentlich sind, beiwohnen sollte, nicht im geringsten gefährdet hält.

Stettin.

Konst. Klub. Sitzung v. 13. Juni. Vorsitzender Reg.-Rath Fellechner. Eingegangen war ein Schreiben des konst Vereins in Regenwalde, unterzeichnet vom Präsidenten desselben v. Hagen, begleitet von einer Adresse an die konstituirende Versammlung in Berlin, in der die Versammlung gebeten wird, sich nicht als konstituirende zu betrachten, den Weg der Vereinbarung nicht zu verlassen. Die unterzeichneten Mitglieder des konst. Vereins in R. werden — dies erklären sie auf das Allerentschiedenste, der Versammlung niemals das Recht einräumen, dem Lande einseitig eine Verfassung aufzudringen und mehr dergl. — Der konst. Klub in Stettin beschloß zur Tagesordnung überzugehen, auf die von dem konst. Verein in R. erbetene Weiterverbreitung dieser Adresse nicht einzugehen, das Schreiben ad acta zu legen und es dem Präsidenten des Klubs zu überlassen, ob er darauf antworten wolle oder nicht

Es wird in Berathung des Verfassungsentwurfs mit §. 14 fortgefahren. Das Kommissionsgutachten lautet: Die Presse ist frei, über den Mißbrauch derselben entscheidet der Richter nach dem Gesetz. Ref. Mehls will kein besonderes Preßgesetz, kein Ausnahmegesetz. Er beantragt, der Richter soll nach den allgemeinen Strafgesetzen richten. Dr. Schulz spricht für ein Preßgesetz, da nach den allgemeinen Strafgesetzen alle Betheiligte, also auch Drucker und Verleger bestraft würden. Hr. Kühne beantragt folgende Fassung: Die Presse ist frei; über den Mißbrauch derselben entscheidet das Geschornengericht, die Censur bleibt aufgehoben. Dr. Schulz will die Censur gar nicht und das Geschwornengericht in dem Titel von der richterlichen Gewalt erwähnt wissen. Lüders will in der Verfassungsurkunde bestimmt ausgesprochen sehen, daß alle Beschränkungen der Presse für immer aufgehoben und daß nur gegen die Verfasser verfahren werden dürfe. Er beantragt: Die Presse ist frei, Censur, Kautionen, Stempel, kurz alle Beschränkungen der Presse sind für immer aufgehoben. Drucker, Setzer und Verbreiter sind straflos, wenn der Verfasser zu ermitteln ist; über den Mißbrauch der Presse wird nach dem allgemeinen Strafgesetz entschieden. Das Kommissionsgutachten, Mehls und Lüders Amendement fallen bei der Abstimmung. Die Stimme des Präsidenten giebt die Entscheidung für das Kommissionsgutachten. — Bei der Abstimmung ergiebt sich, daß in der öffentlichen Sitzung im großen Saale des Schützenhauses nur 15 Mitglieder des Klubs gegenwärtig sind. Ungemeine Heiterkeit über diesen Beweis von eifriger und lebendiger Theilnahme der Mitglieder an dem konstitutionellen Leben und Wirken. Die Sitzung wird geschlossen und die Debatte über den verhandelten §. in der nächsten Sitzung wieder aufgenommen werden.

— Schreiben des konst. Klubs in Stettin an den Abg. v. Puttkammer. — Ew. Hochwohlgeboren beehren wir uns ganz ergebenst, die Anzeige zu machen, daß in der so eben geschlossenen Sitzung des konst. Klubs der einstimmige Beschluß gefaßt worden ist, Ew. Hochwohlgeboren die Bitte vorzutragen, daß Sie Sich gefälligst darüber erklären mögten, welche Gründe sie bewogen haben für das Amendement des Dr. Zachariä zu stimmen. Der Klub fühlt sich zu dieser Bitte bewogen, weil er mit der Annahme dieses Amendements sich nicht einverstanden erklären kann und er eine fortdauernde Uebereinstimmung mit Ihnen gehofft hat. Stettin, 10 Juni 1848.

(Katzenmusiken auch in Stettin.) Katzenmusiken sind an und für sich ein höchst unschuldiges Vergnügen, dennoch bei uns in Pommern, nicht aber am Rhein censurwidrig. Der Bürgermeister Dr. Ziemssen in Greifswald wurde bei seiner Rückkehr von dem ersten Ver. Landtage durch eine Art Ständchen überrascht, das man auch eine Katzenmusik nennt. In der Eile hatten sich die guten Greifswalder bei der Wahl der

Digitized by Google

Instrumente vergriffen. Wir wollten unsern Lesern einfach erzählen, wie der Bürgermeister freudig überrascht, sein Haus erleuchtet habe, wie aber ob des gräßlichen Spektakels mit alten Kesseln und dergleichen plötzlich die Lichter erloschen, Dusterniß im Hause, ähnlich der im Kopfe des Bürgermeisters eintrat. Diese einfache und rührende Geschichte wollten wir unsern ehrbaren und schätzenswerthen Lesern erzählen. Aber der Herr Censor machte uns einen Strich durch die Rechnung, einen großen, gewaltigen langen Strich. Eine hochpreisliche Censur in Stettin — Gott habe sie selig und gewähre ihr eine fröhliche Auferstehung am jüngsten Tage — wollte dergleichen nicht statuiren. Sie duldete keine Katzenmusiken in dem Wächter; sie erlaubte nicht zu erzählen wie man in Greifswald einen vom Landtage heimkehrenden Deputirten mit einer Katzenmusik feierlichst begrüßt hatte. Sie erlaubte es nicht, sie strich das Faktum weg aus der Geschichte; für die Stettiner Censur gab es keine Katzenmusiken in Greifswald. Da wir aber schwarz auf weiß die Greifswalder Katzenmusik in Händen hatten und uns nicht berechtigt hielten die Geschichte zu unterdrücken, so schickten wir die Greifswalder Katzenmusik an eine rheinische Ztg. Da ist sie mit königl preußischer Censur, also mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung gedruckt worden. Daraus ist zu ersehen, daß in Stettin etwas censurwidrig sein kann, was in Rheinpreußen nicht censurwidrig ist. Daß aber eine Katzenmusik polizeiwidrig, ist nicht denkbar. Die Katzenmusik ist ein Ständchen und so gut wie dieses, erlaubt; sie ist ein Abdruck des Gefühls, daß eben so wenig wie Lachen oder Weinen in einem freien Staate polizeiwidrig sein darf. Wenn jemand ein Bedürfniß, einen unwiderstehlichen Drang zu Katzenmusiken in sich fühlt so sollte schon aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten die Befriedigung dieses Triebes nicht zu unterdrücken sein. Denn die Folge dürfte sein, daß sich die Neigung zu einer ganz unschädlichen Katzenmusik in einen unwiderstehlichen Trieb zum Fenstereinwerfen, zur Beschädigung fremden Eigenthums verwandelte. Warum die Leute in ihren musikalischen Genüssen und Zerstreuungen stören? — Kürzlich fand hier in Stettin vor dem Hauptquartier der Stettiner Ztg eine musikalische etwas disharmonische Abendunterhaltung statt. Da stürzen einige bewaffnete Bürger aus ihren Häusern auf die Künstler los, die ungeübte und schlechte Musikanten gewesen sein mögen. Das aber berechtigt einzelne Bürgerwehrmänner, nicht mit Schwertern, Stangen, Spießen, Gewehren und Bajonetten über sie herzufallen, das berechtigt die Polizeibeamten nicht, ihr altes „Anschnauzungssystem" zu üben. Die Sache hat eine sehr ernste Seite. Wir bezweifeln und bestreiten, daß die Bürger sammt und sonders Polizeidiener geworden. Darf jeder Bürgerwehrmann nach Gutdünken, wie es ihm einfällt, wenn er es für nothwendig hält, auf eigene Faust von seinen Waffen Gebrauch machen, wie es ihm beliebt, so ist das Anarchie, die zum Bürgerkriege führt. — Da die Beamtengrobheit immer noch die alte, so schlagen wir vor eine Petition an die Minister zu richten, diese zu bitten, daß den Polizeibeamten Unterricht in der Höflichkeit ertheilt werde.

Adreße des Stettiner Volksvereins an den Abgeordneten Herrn v. Putthammer.

Herr Landrath!

Unter uns in der Mitte des Stettiner Volksvereins haben Sie offen ausgesprochen, daß Sie die Revolution anerkennen, daß Sie an die durch die Revolution errungene Souveränetät des Volkes glauben, denn diese sei eine nothwendige und natürliche Konsequenz der Revolution.

Mit diesem Ihrem frei und öffentlich unter uns abgelegten Glaubensbekenntniß steht Ihre Abstimmung vom 9. Juni, die eine Verleugnung der Revolution involvirt, insofern sie deren Anerkennung nicht für nöthig hält, in Widerspruch.

Wir hoffen, daß Sie uns über die Gründe Ihres Verfahrens aufklären werden. Wir erwarten, daß Sie den politischen Grundsätzen, zu denen Sie sich in unserer Mitte bekannten, in Berlin, in der konstitutionellen Versammlung treu bleiben werden. In dieser Voraussetzung haben wir Ihre Wahl nach Kräften unterstützt.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Die

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. № 34.

Sonnabend, den 17. Juni.

Inhalt: Die „jungen Leute" und der Verfassungsentwurf. Das Ministerium und die öffentliche Meinung. Berichte: aus Berlin, Stettin.

Die „jungen Leute" und der Verfassungsentwurf.

„Jugend hat keine Tugend" ist der Wahlspruch der deutschen Philister, der unermeßlichen Schaar deutscher Spießbürger. Getreu diesem Wahlspruch hat keine Nation der Welt ihre Jugend, die Zukunft der Nation, so niederträchtig behandelt, wie die deutsche, die durch ihre Hofkerkermeister und Nachrichter, die Metternich, Kamptz, Tzschoppe, wahnsinnigen Andenkens, die Jugend fesseln und einkerkern ließ.

Namentlich war und ist den „jungen Leuten" verboten sich mit Politik zu beschäftigen. Die Politik betrachten die Philister als ein Erbstück, eine Domäne des weisen Alters. So meinte in Wien die Reaktion, die überall die „verantwortlichen" Ministerren umgarnt und an der reaktionären Leine zur Bestürzung des Volkes tanzen läßt, die Wiener Studenten, diese „jungen Leute" würden durch die Beschäftigung mit der Politik von ihren Studien abgehalten. Man wollte sie deshalb von den militairischen Diensten entbinden, ihnen Ferien geben und sie nach Hause schicken. Das nahmen die Studenten sehr übel, sogar die Wiener Bourgeoisie nahm es übel, besonders aber die Arbeiter der Vorstädte wurden sehr böse. Denn in dem Volke liegt weit mehr Vernunft und richtiger Takt als sich der vornehme Pöbel, Hofschranzen, Staatslakaien und dergleichen Gesindel träumen lassen. Bürger und Arbeiter Wiens wollten sich die Studenten, diese bewaffneten „jungen Leute", nicht nehmen lassen. Thurmhohe Barrikaden entstanden, Alles waffnete sich bis an die Zähne, eine zweite Revolution brach aus und die verantwortlichen Minister machten einen praktischen Kursus des Staatsrechts.

Wie das hochherzige Wiener Volk von der Jugend denkt, wissen wir. Die Wiener machen eine Revolution, wenn man die Studenten, diese „jungen Leute" entwaffnen und in die Ferien schicken will. Bei uns ist Barbarei und Rohheit, gepaart mit engherzigem Neide so groß, daß man in philisterhaftem Hochmuth mit Geringschätzung auf die Jugend sieht, der Jugend, die rasch fertig mit Wort und That, ihre Kraft beneidet. Statt sich der Jugend zu freuen, beschimpft man sie bei uns, weil man noch roh und uncivilisirt, noch nicht kultivirt genug, der Jugend Wesen und Schönheit zu begreifen. In Kupfermühle bei Stettin prügelt das Volk Referendare, die es für Berliner Studenten hält. Das Volk prügelt, weil es von den Reaktionären da draußen, von einem geistig verkommenen, verrotteten Geschlecht gegen die Berliner Studenten aufgehetzt worden. Aber der Tag des Erwachens wird kommen, das Volk wird sich auch bei uns für seine heldenmüthige Jugend begeistern, es wird auch bei uns mit seiner Jugend, mit den Studenten sich verbrüdern. Das Volk wird erwachen, es wird begreifen, daß es von der Reaktion bei der Nase herumgeführt, daß seine Taschen leer geworden,

Digitized by Google

weil es so viel Faullenzer füttern mußte, es wird begreifen, daß es arm geworden, weil es, wie jener Würtemberger sagte, „zu viel Pensionirte im Lande giebt". Das Volk wird erwachen und die Saat, die ihr gesäet habt, ihr Reaktionäre, sie wird auf eurem Rücken aufgehen, das Volk zum Prügeln durch euch aufgehetzt, wird — fürchten wir — zur Veränderung euch durchprügeln.

Wie alle Philister, beschränkte Köpfe und dergleichen Subjekte in Deutschland geringfügig von der Jugend denken, so auch der preuß. Verfassungsentwurf, diese Mißgeburt eines schlecht berathenen verantwortlichen Ministeriums. Nach diesem Entwurf, der den ganzen denkenden und vernünftigen Theil der Nation mit unheimlichen Grauen erfüllt hat, der nur einige Queerköpfe in Stettin für sich hat, besteht die zweite Kammer aus Mitgliedern, welche das 30. Lebensjahr zurückgelegt, die zweite aus wählbaren Mitgliedern, die in das Schwabenalter gekommen, die 40 Jahr alt geworden; die Prinzen des königlichen Hauses treten ein — sobald sie das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben. Wer wird da noch an die Erbweisheit zweifeln?!

Ist es denn aber für die gesammte übrige Jugend der Nation ein so abscheuliches Verbrechen: jung zu sein, daß sie deswegen gleichsam bürgerlich todt erklärt werden muß. Wie soll man es sich erklären, daß die Prinzen mit dem 18. Jahre weise genug für die erste Kammer, während die gesammte übrige Nation in Preußen erst mit dem 30. Jahre für die zweite und für die erste gar erst mit dem 40. Jahre weise genug werden soll, da die Kapacitäten anderer Nationen nicht so alt zu werden brauchen, um wählbar zu sein. Ist man denn in Preußen, vielleicht in Folge des langen Polizei- und Militärregiments so dumm geworden, daß man erst mit 30 resp. 40 Jahren die Weisheitszähne erhält, die andern Nationen früher wachsen?

Warum soll man nicht für die Freiheit, für die Rechte des Volkes, in der Versammlung der souveränen Nation reden dürfen, wenn man sich für die Freiheit todt schießen zu lassen pflichtig ist?? Warum soll jung zu sein, ein Verbrechen sein, das den Menschen unfähig macht zur Würde eines Volksvertreters??

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts widersetzte sich jemand im englischen Unterhause mit außerordentlicher Beredsamkeit den Maßregeln des Ministeriums. H. Walpole, der Bruder des Ministers, im höchsten Grade erbittert über diesen Widerspruch, ergoß die ganze Lauge seines bittern Spottes über den Redner und hob besonders seine Jugend hervor. Das wegen seiner Jugend verspottete Parlamentsmitglied antwortete in folgender Rede, die berühmt geworden wie der Redner:

Sir, das abscheuliche Verbrechen jung zu sein, dessen mich der höchstgeehrte Gentleman mit so viel Geist und Lebensart beschuldigt, will ich weder zu entschuldigen suchen, noch leugnen, sondern mich blos mit dem Wunsche begnügen, daß ich einer von denen sein möge, deren Thorheiten mit ihrer Jugend aufhören und keiner von denen, die alle ihre Erfahrung nicht klüger macht. Sir, ob einem seine Jugend zum gerechten Vorwurf gereichen könne, will ich mir nicht anmaßen zu entscheiden; aber sicherlich das Alter verdient Verachtung, das sich bei so viel Gelegenheiten, die es hatte, nicht besserte, und dem Laster fröhnet, wenn die Leidenschaften sich schon gelegt haben. Der Elende, der die Folgen von tausend begangenen Fehlern sah, dennoch Fehler über Fehler zu machen fortfährt, mit den Jahren nicht klüger, aber wohl hartnäckiger wird, dieser Elende ist sicherlich ein Gegenstand der Verabscheuung oder der Verachtung, und ist nicht würdig, daß sein graues Haupt ihn gegen Verspottung schütze.

So William Pitt, wo nicht Englands größter doch Englands tugendhaftester Staatsmann, der in seinem 27. Jahre ins Parlament gewählt war, denn den Engländern wachsen die Weisheitszähne früher als den Deutschen. Des älteren, des großen Pitt Sohn, der so berühmte jüngere Pitt, war schon in seinem 21. Jahre Parlamentsmitglied und nachdem er durch seine Jungfernrede, vorzüglich durch die tiefen finanziellen Kenntnisse, Erstaunen erregt hatte, war er mit 23

Digitized by Google

Jahren Kanzler der Schatzkammer und mit 24 Jahren erster Minister des britischen Reichs.

Wir haben freilich unter unsern Ministern keinen Pitt; unsere Minister haben nichts von jenen Pitts, von großen Staatsmännern. Sie dürfen, weil sie selbst keinen Pitt unter sich haben, nicht voraussetzen, daß kein Pitt unter uns erzeugt werden könne, daß es unmöglich, daß Männer von 21 Jahren durch ihre Rede Erstaunen erregen. Das voraussetzen ist eine Beleidigung der Nation, die sich kein Minister erlauben sollte.

Die Engländer sind ja unsere Vettern, wie die nationalen Patrioten sagen, unsere „germanischen Brüder." Weshalb sollten sie, die uns ja so nahe verwandt, so viel früher klug nnd parlamentsfähig werden als wir? Kommt das vielleicht daher, weil sie nicht reine Germanen, weil etwas französisches Blut in ihren Adern pulsirt? Klärt uns doch darüber auf, ihr Patrioten, die ihr auf den Rareunterschied so viel gebt, warum das germanische Vollblut in Deutschland so zurück ist.

Offenbar halten uns die Minister für große Einfaltspinsel, die erst in spätern Jahren zu Verstand kommen. Ursprünglich waren die Deutschen gar nicht so dumm und einfältig, wie sie durch Adel, Beamte und Pfaffen geworden sind. Ursprünglich waren die Deutschen sehr vernünftige, verständige Leute, die schon, wie im Schwabenspiegel, in alten Hamburger und Bremischen Statuten, im Braunschweigischen Stadtrecht zu lesen ist, mit dem 18. Jahre verständig und majoren wurden. Da führten die Räthe der Fürsten das römische Recht in Deutschland ein. Das Volk, das bis ins 17. Jahrh. selbst zu Gericht saß, wurde durch Beamte aus dem Gerichte verdrängt. Das Finden des Rechts, das Rechtsprechen, das ursprünglich bei uns, wie noch heute in England, Sache des Volkes war, wurde Sache einer besondern Beamtenkaste. So sind wir denn in Preußen so weit herunter gekommen, daß wir erst mit vollendetem 24. Jahre zu Verstand kommen und majoren werden, während die Franzosen und die Rheinpreußen schon mit dem 21. Jahre volljährig sind, weil sie früher zu Verstand kommen. Auch die Hamburger, bekanntlich sammt und sonders vom ersten Bürgermeister bis zum Nachtwächter Republikaner, lauter Republikaner, werden früher verständig als wir und mit dem 22. Jahre mündig, weil sie sich nicht so viel Beamte aufgeladen, weil die Hamburger, diese gottlosen Republikaner, nie den Gelehrten und Beamten das Regieren und Rechtsprechen allein überlassen haben. Diese Republikaner behelfen sich überall mit wenigen Beamten, weil sie den Staat nicht für eine Versorgungsanstalt der adlichen und bürgerlichen Noblesse halten. So sitzen denn auch in Hamburg heute noch Bürger mit im Gericht. So geht's in Republiken! Da ist der Bürger Alles und der Beamte gar nichts; eine verfluchte Wirthschaft! völlig verkehrte Welt.

In dem Leben der Völker treten Perioden ein, wo sie aus langem Schlafe erwachen, wo sie Riesenschritte machen mit Siebenmeilenstiefeln. Die politische Entwickelung wird Riesenschritte unter uns machen, wir werden so verständig werden wie unsere Vorfahren es waren, wir werden nicht mehr ein halbes Menschenleben unter Vormundschaft stehen, (damit wir uns gewöhnen während unseres ganzen Lebens bevormundet zu werden), wir werden früher majoren werden, wir werden jung zu sein nicht mehr für ein Verbrechen erklären, das jugendliche Talent, die Jugendkraft nicht ferner ächten und von der Nationalversammlung ausschließen. Trotz allen Philistern und Ministern: Es lebe die Jugend! Es leben die „jungen Leute", die Zukunft, der Stolz jeder Nation, die sich selbst achtet, die an ihre Zukunft glaubt.

Digitized by Google

Das Ministerium und die öffentliche Meinung.

(Eingesandt.)

Die Singakademie hat es gehört und der Griffel der Geschichte hat es verzeichnet: Herr Camphausen protestirt aus Leibeskräften gegen jede Parallele zwischen den großen und glorreichen Revolutionen Englands und Frankreichs im 17. und 18. Jahrhundert und die großen und glorreichen Revolutionen Deutschlands im neunzehnten. — Was beweist das? Höchstens, daß Herr Camphausen, der im Code Napoleon gut Bescheid weiß, in der Geschichte weniger bewandert ist; zu wenig, um zu wissen, daß gleiche Ursachen gleiche Wirkungen bedingen und daß die Geschichte ebenso gut wie der Code pénal ein und dasselbe Verbrechen mit einer und derselben Strafe ahndet. Den Muttermörder aber bestraft auch sie mit dem Tode!

Birg darum nur getrost das kahle Haupt, guter Vogel Strauß; die Revolution vergißt ihre Kinder nicht, ob diese sie auch verleugnen; sie galoppirt hinter dir, sie wird dich ereilen und verschlingen. Oder hättest du Anspruch auf Schonung? Laß sehen: auf den Schultern der Revolution gelangtest du zur Macht: als sie dir dann unbequem wurde, gabst du ihr einen Fußtritt. Das war undankbar, Herr Ministerpräsident!

Es war nicht blos undankbar, es war unklug. Von allen Fragen war diese am wenigsten geeignet zur Parteifrage gemacht zu werden: die Spaltung, die Herr Hansemann vermeiden zu wollen vorgab, die hat er eben erst recht hervorgerufen durch seine thörichte Opposition gegen den Behrensschen Antrag. Und der Sieg den die Minister erfochten haben, sieht einer Niederlage gar zu ähnlich als daß sie sich dazu Glück wünschen könnten. Die Debatte wird auf ihren Wunsch vertagt; man läßt ihnen Zeit, ihre Streitkräfte zu mustern und zu organisiren, und siehe, da es zur Entscheidung kommt, haben sie nicht mehr als neunzehn Stimmen Majorität. Ein englisches Ministerium tritt ab, wenn es nur so wenig Uebergewicht hat. Doch dies beiläufig.

Herr Camphausen hat es ganz richtig angegeben: eine Revolution führt zur Republik, zum innern und äußern Kriege und von da zur Diktatur. Was waren denn aber die Märzereignisse? Eine Revolution. — Nein, sagt Herr Camphausen, das waren eben „Märzereignisse". Wir aber, die wir wissen, daß sie eine Revolution waren, wir wissen auch, daß diese noch lange nicht zu Ende ist. Wir wissen, auch ohne daß Herr Camphausen uns sagt, daß sie uns zur Republik, zum innern und äußern Kriege, zur Diktatur führen wird. Das sind Calamitäten, aber sie sind unvermeidlich; was hilft also das Protestiren dagegen? Wollen wir wirklich, wie Dahlmann sagt, die Freiheit zum Weihnachtsgeschenk? Vergessen wir, daß wir büßen müssen für unsere Väter und unsere eigene Sünde, einer ungeheuren Wortbrüchigkeit erlaubt zu haben mehr als dreißig Jahre lang uns zu knechten? Nein, die Freiheit will erkämpft werden; sie fordert von Jedem unter uns schwere Opfer. Aber sie ist auch des Kampfes und der Opfer werth. — Die Diktatur, wenn wir erst bei ihr angelangt sind, wird wenigstens über ein Volk von Gleichen, von einem Berechtigten geübt werden, denn von keinem Andern duldete sie ein solches Volk. Der äußere Krieg thut uns noth, denn ein langer Friede hat uns entnervt; wir waren auf bestem Wege, dem von Osten andrängenden Völkerstrom ohne Kampf weichen zu müssen; unsere Mission ist aber, ihn zurückzudrängen, die Civilisation zu schirmen gegen die Barbaren. Darum auf zum Kriege, zum zweiten Kreuzzuge an das heilige Grab Polens! Auch den Bürgerkrieg brauchen wir, denn anders werden wir die alten Murrköpfe nicht los, die

Digitized by Google

sich zurücksehnen nach den Fleischtöpfen Egyptenlands. Die Republik endlich wird den vielen Ländern und Ländchen deutscher Zunge einen solchen Grad von Flüssigkeit geben, daß sie zu einem in Wahrheit einigen und untheilbaren Deutschland verschmelzen können; auf andere Weise ist die Idee nun doch einmal nicht zu realisiren.

Sehen wir also dem, was kommen wird fest und heiter entgegen; wir sind gewiß, daß es eben so nützlich, als nothwendig ist. ×

Berichte.

Berlin, den 14 Juni.

Den größesten Theil der heutigen Sitzung in der National-Versammlung füllten Debatten über die Vorfälle aus, welche sich am 9 bei der Singakademie ereignet hatten. Wir haben über diese Ereignisse mannigfache Angaben, welche aber das Sachverhältniß nicht klar herausstellen. Der demokratische Klub, welcher es sich zur Aufgabe macht, über alle solche Vorfälle möglichst getreu Protokoll aufzunehmen und dieses wegen der überall zerstreuten großen Anzahl seiner Mitglieder leicht thun kann, hat Folgendes aktenmäßig festgestellt: der Minister Arnim verließ die Singakademie und wurde von den dort versammelten Menschenmasse über das Resultat der Debatte gefragt, über deren eigentliche Bedeutung wie natürlich kein ganz klarer Begriff in der Menge war; Herr v. Arnim erwiderte darauf ungehalten, daß heute nicht Sonntag sei, und daß die Leute lieber an die Arbeit gehen möchten. Man muß gestehen, daß diese Antwort mindestens übereilt war, denn Männer lassen sich nicht gern solche Verweise geben, gleichviel ob sie Minister oder Taglöhner sind, und Herr v. Arnim scheint nach dieser Antwort in der That noch mehr über dem Volke als im Volke zu stehen; dieses ist aber die schlechteste Empfehlung bei unsern Einwohnern, wo gerade die Theilnahme an der Politik den höchsten Grad erreicht hat, und Jedermann das Recht einer Meinung in Anspruch nimmt. In diesem Rechte fanden sich die Fragen gekränkt und drangen bereits auf den Mann ein, der ihnen eine so verletzende Antwort gegeben hatte, als erst einer aus der Masse den Namen und Stand des Ministers ausrief; er ist darauf nach der Universität und von da nach Hause in Sicherheit gebracht worden. Hieraus geht hervor, daß der Angriff nicht dem Minister, sondern einem unhöflichen Manne gegolten hat. Anders war es bei dem Prediger Sydow, dem allerdings sein schon bekannt gewordenes Votum den Hohn des Volks zuzog, welches sich seiner Predigt an den Gräbern der Gefallenen erinnerte, und diese so wenig wie seine Reden als Kandidat für die National-Versammlung mit seiner Abstimmung in Einklang zu bringen wußte. Diese Ereignisse gaben nun heute Stoff zu einer 3ständigen Debatte, welche an und für sich gar keinen Erfolg hatte, denn die Versammlung ging nicht einmal durch Beschluß zur Tagesordnung über, aber wegen einiger Reden interessant und wichtig war, da hier nicht Platz ist darüber ausführlich zu sein, so müssen wir auf die stenographischen Berichte hinweisen und darunter die Auslassungen des Ministeriums, die juristisch ganz entgegengesetzten Urtheile der Staatsanwalte Temme und Kirchmann, die Rede des Abgeordneten Jung und die des Professor Baumstark hervor heben, und empfehlen namentlich die letztere wegen ihrer Originalität den Kommittenten dieses Abgeordneten zu besonderer Beachtung. Das Volk hatte sich auch heute zahlreich vor dem Sitzungssaale eingefunden, und ließ sich trotz eines Polizeiverbotes nicht von Ansammlungen abhalten, und erwartete heute die Erledigung der Frage, welche es schon am 9. in so große Spannung versetzt hatte; seine heutige Demonstration beschränkte sich beim Auseinandergehen der Versammlung auf einige Vivats für die Linke.

Während der Verhandlungen der Nat.-Versammlung aber hatte das Volk auf den Straßen gehandelt, es hatte nämlich die ominösen Gitter beseitigt, welche dem Schlosse zur Befestigung hatten dienen sollen. Einige davon waren bereits eingehängt, aber sie wurden mit fabelhafter Geschwindigkeit trotz ihrer Schwere aus den Angeln gehoben und zusammt den noch in Bereitschaft liegenden Flügeln nach der Universität geschafft, eines, des kürzern Verfahrens halber, in die Spree geworfen; die Studenten wurden aufgefordert die Beute nicht wieder herauszugeben und können sich dabei getrost auf den einmüthigen Schutz des Volkes verlassen, da selbst die Mehrzahl der Bürgerwehr gegen die Vergitterung ist. Die Oberen unserer Miliz allerdings sahen die Sache anders an, wenigstens haben sie den Protesten ihrer Mann-

Digitized by Google

schaft keinen Nachdruck gegeben, und waren Ursache, daß die Allarm-Trompete heute zu wiederholten malen durch die Straßen tönte. In wie weit hiezu auch ein Konflikt zwischen Arbeitern und Bürgerwehr am Brandenburger Thore Anlaß gegeben hat, können wir nicht genau angeben, denn die abenteuerlichsten Gerüchte kreuzen sich von Augenblick zu Augenblick und nur Ueberzeugung aus Augenschein kann berechtigen, sie zu wiederholen oder gar in weiteren Kreisen zu verbreiten.

Den 15.

Wenn Sie die obige Korrespondenz nicht rechtzeitig erhalten haben, so sind die sehr ernsten Ereignisse des gestrigen Abends und der vergangenen Nacht daran Schuld; ich will sie Ihnen so objektiv als möglich berichten, da begreiflicherweise Urtheile jetzt noch voreilig sein müssen.

Ein Theil unserer Bevölkerung aus der arbeitenden Klasse dringt schon seit längerer Zeit auf Bewaffnung, die ihr unter verschiedenen Vorwänden abgeschlagen ist; inzwischen waren diese theils unhaltbar, theils nicht präcise genug um das herrschende Mißtrauen in sein Gegentheil zu verwandeln, und so sammelte sich gestern Abend wieder ein lärmender Haufe vor dem Zeughause, welches Bürgerwehrmannschaft cernirt hatte, um Waffen und den Rückzug des darin aufgestellten Militärs zu verlangen. Das Gedränge mehrte sich auf einer Seite des Gebäudes so sehr, daß einige Wehrmänner des ersten Gliedes von ihren Bajonetten Gebrauch machten, worauf ein Steinhagel und ein Schuß in die Luft vom Volke aus folgte; dieser Schuß soll mit einem ähnlichen aus der Bürgerwehr beantwortet sein, wie auch nun nach einer allgemeinen Versicherung der Hauptmann Benda Feuer kommandirt haben soll, in Folge dessen 4 Schüsse aus dem zweiten Gliede auf das Volk geschahen, die mit den folgenden (etwa 15 an der Zahl) 6 Menschen theils tödteten, theils verwundeten. Ein Moment unbeschreiblicher Wuth und Verwirrung! Bürgerwehrmänner traten in Masse aus den Reihen, herbeieilende wurden entwaffnet, das Volk schrie nach Waffen, Handwerkerkompagnieen, Studenten, Künstler strömten auf den Kampfplatz, Gewehre wurden geladen, Barrikaden erbaut — wer mochte wissen was bevorstand! Wenn es anders einen Dank verdient, daß wir glimpflich aus der Unordnung gekommen sind, so haben wir es nur dem Mangel an Ordnung zu danken, welcher gleich sehr unter den Bewaffneten wie unter den Unbewaffneten fühlbar wurde, denn nirgends zeigte sich ein Kern des Angriffs, es war beiderseits ein blindes Umherrennen, man kannte weder Freund noch Feind, und so blieben alle Unternehmungen erfolglos, weil sie planlos waren. Inzwischen strömten neue Massen nach dem Zeughause, ein weißes Tuch, in das Blut Gefallener getaucht, war die Aufruhrfahne, das Bedrängen der Portale wurde ernstlicher, es blieb erfolglos an den Hauptportalen, zertrümmerte aber ein Seitenportal und eine Kompagnie des Handwerkervereins drang schußfertig in das Gebäude, einem unbekannten Feinde entgegen; dieser war glücklicherweise ungefährlich, denn er bestand nur aus 1 Piket von 25 Mann, meist Freiwilligen des 24. Regiments, welches nur friedlichen Abzug verlangte, der ihm denn auch hernach gewährt worden ist.

Das Volk benutzte seinen Sieg trefflich, denn im Augenblick setzte es sich massenhaft in den Besitz von Waffen, meistentheils neue schöne Perkussionsgewehre, deren Vorhandensein früher geleugnet war, und Zündnadelmusketen; daneben wurden Kugeln, Blei, Pistolen, Säbel erbeutet, oft freilich wegen des großen Andrangs mit Lebensgefahr. Aber auch dieser Akt, dieser Moment des Sieges sollte nicht lange dauern, denn die Handwerkerkompagnie hielt den Posten nicht, neue Bürgerwehr rückte heran, zwar mit weißen Tüchern um die Waffen, aber doch nicht so volksfreundlich gesinnt, daß sie der weitern Selbstbewaffnung nicht Einhalt gethan hätte; dieses geschah theils dadurch, daß sie am Zeughause Spalier bildeten und den Einzelnen ihre Beute wegnahmen, oder durch Patrouillen, welche die Waffen in den Straßen zurückforderten. Bei der erstern Art ist es leider zu Brutalitäten gekommen, da Wehrmannschaften, als sie sich im Besitz des Hauses sahen, die in den obern Räumen Befindlichen zum Theil zu den Fenstern heraustrieben, wobei ernstliche Beschädigungen vorgekommen sind. Inzwischen war auch Militair hinzugezogen, welches das Zeughaus von der Wasserseite her schützte und sich mit der nahe liegenden Kaserne des 24. Regts durch Tiraileure in Verbindung hielt; das übrige Militair wurde aus der Stadt gezogen und befindet sich noch diesen Augenblick (Nachmittags 3 Uhr) vor den Thoren. Allmählig wurde es immer ruhiger in der Stadt. Um 2 Uhr ertönten 5 Kanonenschüsse, woher ist unbekannt, aber jedenfalls außerhalb der Stadt; auch einige Sturmglocken ertönten und verstummten bald, heute früh sind den Küstern die Schlüssel zu den Kirchthürmen abgenommen worden.

Fragen wir nun, an wem war das Handeln in diesem kritischen Momente? Jedenfalls an dem Kommando der Bürgerwehr. Doch der inter. Kommandeur Bleffon erklärte mehreren Deputationen, daß er keine Gewalt mehr über seine Leute habe (ein sehr richtiges

Digitized by Google

Geständniß, welches so lange wahr bleiben wird, als wir nicht einen Kommandeur bekommen, der kräftig und selbstständig nicht nur die Befehle der Regierung ausführt, sondern auch trotz denselben zu handeln weiß), daß er sein Leben auf das Spiel setze, wenn er mit dem Volke verhandele, und endlich, daß er sein Kommando abgebe! Man denke einen solchen Zustand und begreife den ruhigen Ausgang.

Die Nat.-Vers. hält übrigens ruhig ihre Sitzungen; es machte sich in ihr heute die Ansicht geltend, daß sie keines Waffenschutzes bedürfe, daß dieser ihrer unwürdig, und daß nur das Vertrauen des Volks von Berlin ihr einzig möglicher Schutz sei. Ferner erklärte der Premierminister in der heutigen Sitzung, daß die Regierung bereits folgende Maßregeln zum Schutze der Stadt vorbereitet: 1) Einberufung der 3 Bataillone der Berl. Landwehr, damit diese in Verbindung mit der Bürgerwehr die Ordnung aufrecht erhalten helfe; 2) Reorganisation der Bürgerwehr und neue Besetzung des Kommando; 3) eine Schutzwache des Magistrats. Alle drei Maßregeln sollen schon heute in Angriff genommen, theilweise auch ausgeführt werden.

Koblenz

Als eine interessante Erscheinung der Zeit will ich Ihnen mittheilen, daß nach einer in den heutigen hiesigen Blättern enthaltenen Anzeige ein hier lebender preuß. Major a. D. seinen Adel niedergelegt und sich alle Prädikate als Hochwohlgeboren ꝛc. verbeten hat, indem in einem konstitutionellen Staate mit demokratischen Institutionen dergleichen Geburtsvorzüge etwas Lächerliches und Gehässiges hätten und die Deutschen durch die erwähnten Titulaturen dem Auslande gegenüber stets lächerlich gemacht hätten. Unter dem Adel mag dieser Schritt vieles Aufsehen erregen. (O.-P.-Z.)

Stettin.

(Eine Versammlung pommerscher Gutsbesitzer im Hotel de Prusse.) Der politische Humor ist jetzt so selten, wie Lerchenwirbel im Winter, aber, wenn er einmal kommt, deshalb um so angenehmer. Ref. liebte den Thaddenschen Galgenhumor ausnehmend, es war der Narrenhumor über den gesunkenen alten Landtag. Seitdem ist alles so ernst geworden; nur hier in Pommern und besonders in Stettin wirbeln noch mitunter unfreiwillige Humoristen, z. B. die Akteurs der Stettiner Privilegirten, laut und lustig, und die Herren Graßmann haben uns versprochen, einen Theil (?) ihrer neuen Handelszeitung dem Humor zu weihen. — Doch dies ist Alles nur Spaß gegen das, was Ref. am 15. Juni sehen und hören mußte, nämlich eine Versammlung pommerscher Gutsbesitzer im Hotel de Prusse. Etwas komischeres, mehr einen politischen Don Quichotismus bekundendes als diese Versammlung kann es wohl nicht geben. Schade nur, daß ein nüchterner Verstand diese Fülle des Humors verdarb, und die Sache ernst nahm; Hr. v. Heyden-Cartlow hat uns fast die ganze reizende Posse verdorben, welche uns die pommersche Ritterschaft am 15. zum Besten gab. — Ref. war zu Anfang der Versammlung wegen ihrer großen Frequenz genöthigt, vom Vorzimmer aus zu hören, und vernahm hier, wie ein Redner, der ihm später als ein Herr v. Schimmelmann bezeichnet ward, vorschlug,

> an das Ministerium und die Nationalversammlung eine Erklärung zu erlassen, daß, wenn nicht beide sofort Berlin verlassen würden, man hier in Pommern ihre Beschlüsse nicht mehr für bindend erachten würde.

O du gute Stadt Stettin, was hören deine Mauern, du als loyal bekannt, mußt es dulden, daß in dir die höchsten Behörden und die Nationalversammlung desavouirt und geradezu Aufruhr verlangt! Die Versammlung wußte nicht recht, was sie mit diesem Antrage machen sollte, jedoch schien der Umstand, daß, als Hr. v. Schimmelmann sich zum Präsidenten der Versammlung aufwarf, Niemand dagegen auftrat, dafür zu sprechen, daß man dessen Antrag nicht für so übel hielt. Nach einigem Hin- und Herreden traten Redner auf, welche von der Gefahr des Vaterlandes sprachen, die alten Phrasen, Berlin sei nicht Paris, hier sei man in Pommern ꝛc. wiederholten, und aufforderten, ein Centralisationscomite zu errichten, welches im Augenblick der Noth die ritterlichen Wehrmänner zur Pike kommandiren könne. Ein Redner sprach immer vom Minister **von** Camphausen, und versicherte, derselbe habe schon abgedankt; dann kam wieder der Präsident, nahm den Mund voll von Präsidialphrasen, dirigirte und leitete so gründlich und wichtig, und erzählte sogar einiges aus seinem Leben, so daß die Gesellschaft ungeduldig wurde, und der Auflösung nahe war. Jetzt trat Herr v. Heyden auf, wies die übertriebenen Anträge des Schimmelmann als ungesetzlich zurück, und beantragte eine Adresse an das Ministerium, worin demselben die Sympathien Pommerns ausgedrückt, und gebeten werden sollte, den Ruhestörungen in Berlin energisch entgegenzutreten.

Hiegegen erhoben sich wieder andere Redner, welche eine solche Adresse für erfolglos hielten, und sehr deutlich auf die

Digitized by Google

Fäuste anspielten, die man den Ministern anbieten müsse. Besonders ein dicker Herr eroberte schließlich die Tribüne, focht heftig mit den Armen und verlangte ein Centralisations-Comite, welches im Nothfalle zum Losschlagen kommandiren sollte. — Dies ging aber wegen des Geschreies spurlos in die Luft, und man wählte durch Acclamation ein Comite zur Redigirung der Adresse, wobei sich eine Fortschrittspartei gegen die Aufnahme des Herrn von Waldow-Steinhöfel, den berühmten Jäger, auflehnte, welcher schließlich großmüthig der Theilnahme an der Redaktion der Adresse entsagte.

Damit nun aber auch ganz Pommern diese Adresse mit erlasse, so beschloß man, auch noch 2 Stettiner in das Comite aufzunehmen. Anfänglich wollten die Herren den Stettinern die Mühe abnehmen sich ihre Vertreter zu wählen, und sie selbst sogleich ernennen; da dies aber wegen des Tumults nicht ging, so wurde beschlossen, die gewählten Comitemitglieder sollten sich selbst die Vertreter Stettins aussuchen und damit löste sich die Gesellschaft auf. —

Es fragt sich nun, wie die Stettiner diese neue Art von directen Wahlen aufnehmen und welche Vollmacht die gewählten Stettiner mitbringen werden! Doch, was soll man nun noch mehr über allen diesen Unsinn sagen. Berlin und seine Witzblätter sind die einzigen, die einen reellen Vortheil von dieser Ritterversammlung haben. Wir wollen ihr alles Glück wünschen und machen nur noch schließlich auf Herrn v. Schimmelmann als passenden Präsidenten der Nationalversammlung aufmerksam. S.

(Ein Danziger Zeitungsschreiber.) Was wird der große Schreihals, der kleine Dr. Quehl, der als Redakteur der Danziger Zeitung für Handelsfreiheit schwärmt, als Redakteur des Danziger Dampfboots aber mit den Handwerkern Meisterprüfungen befürwortet, der als Organ der Danziger Philister auf die Berliner schimpft, was wird dieser Quehl zu den Dankadressen an die Berliner sagen? Dr. Quehl, der mit den Danziger Spießbürgern sympathisirt, ein großer Politikus für Danzig, ist empört über die Katzenmusiken, die Camphausen, dem „verdienten" Polizei-Präsidenten Minutoli und seinem Freunde, dem Hofkomödianten Schneider, dem bekannten Komiker des Royalismus, gebracht worden. Wie scharfsichtig, wie weitblickend dieser Dr. Quehl doch ist! Wie weiß er die Tagesgeschichten für den Gaumen der Danziger zuzustutzen. Er hat in Danzig die wichtige Entdeckung gemacht, daß in Berlin „Kinder mit unzähligen Bildern und Schriften" einen Hausirhandel betreiben. Er billigt natürlich das Verbot des Polizeipräsidenten, denn Dr. Quehl ist ein tugendhafter Mann. Dr. Quehl, jung an Jahren, spricht schon wie ein alter Philister. „Lange Ruhe, erzählt er seufzend seinen Kollegen, den Philistern in Danzig, können einmal die Berliner nicht mehr ertragen! Nein verehrtester Danziger Zeitungsschreiber, das können die Berliner nicht, weil sie keine Schlafmützen sind. Diese gottlosen Berliner haben den alten Wahlspruch von 1806, den Sie, Herr Zeitungsschreiber in ihrem lieben Danzig so hoch in Ehren halten: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!" ganz vergessen und verlernt. Wenn die Berliner die Danziger Zeitung und das Danziger Dampfboot lesen wollten, würden sie, wir zweifeln nicht im mindesten daran, schon wieder zur Ruhe kommen. Diese beiden Blätter haben durchaus nichts aufregendes; sie sind vielmehr Allen zu empfehlen, die an Schlaflosigkeit leiden. „Kaum, fährt unser geliebte Freund in Christo, der Dr Quehl in seiner Rede gegen Berlin fort, kaum sind sie (die Berliner) über die Rückberufung des Prinzen von Preußen wieder beruhigt, da gehts wieder über die Minister wegen des vorgelegten Verfassungsentwurfs her." Der Danziger Philister, der die Ruhe über alles liebt und sie um jeden Preis will, zeigt sich in seiner ganzen Größe und Glorie, wenn er mit Heroismus gegen „dergleichen Demonstrationen" wie Katzenmusiken auftritt und höchst weise und alklug den Berlinern den Rath giebt: „Ueberlaßt doch der Volksvertretung den Entwurf zu prüfen, das Gute und zweckmäßige zu behalten und das Unzeitgemäße zu entfernen." So ists Recht, so schickt es sich für ehrbare Bürger und Familienväter. Ihr Berliner hört auf den großen Danziger Zeitungsschreiber Dr. Quehl, habt Vertrauen, legt die Hände in den Schooß, haltet das Maul, begebt euch wieder zur Ruhe, denn Ruhe ist und bleibt die erste Bürgerpflicht.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostlee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. № 35.

Dienstag, den 20. Juni.

Inhalt: Adresse an die Berliner. Der Adreßentwurf. Der Volksverein zur Wahrung der Volksrechte. Berlin der erste Schutzwall gegen die Reaktion. Charakteristik der konstituirenden National-Versammlung in Frankfurt. Berichte: aus Berlin, Stettin.

Adresse an die Berliner.

Aus Bublitz in Hinterpommern ist folgende Antwort auf die Ansprache des Berliner Bürgervereins 81sten Bezirks vom 4. Juni 1848 ergangen:

Mitbürger, Brüder in Berlin!

Es sind nicht schlechte Früchte, welche das Gewürm benagt. — Verachtet die Böswilligen, beklagt die Irrenden, welche Euch, preiswürdige Vorkämpfer unserer politischen und socialen Freiheit schmähen; zur Ehre des Vaterlandes schlagt ihre Zahl, ihren Einfluß nicht hoch an; schätzt beides nicht nach der Menge von (theils erschlichenen, theils befohlenen) Unterschriften täuschender Adressen. Nicht Alle, die sich zu Eurem Worte, zu Eurer That bekennen und dafür einzustehen bereit sind, wie wir, rufen es Euch zu. Harret aus auf der Bahn der Ehre und des natürlichen Rechtes, der einzigen, die Euch den Dank der Mit- und Nachwelt und unvergänglichen Lorbeer sichert. Großes habt Ihr errungen. Großes ist zu vollbringen; Alles ist zu sichern. Bublitz in Hinterpommern, am 12. Juni 1848.

(81 Unterschriften.)

Der Adreßentwurf.

Von der aus den Herren Grabow, Wachsmuth, Berends, Baltzer, Zachariä, Baumstark, Philips, Esser, Gierke, Blöm, Dunker, Waldeck, Eisner, Ebelt, Sydow und v. Daniels bestehenden Adreß-Kommission ist der Kammer folgender Adreß-Entwurf vorgelegt worden:

Majestät!

Durchdrungen von dem Ernste der Gegenwart und mit freudiger Hoffnung für die Zukunft des Vaterlandes, haben wir den königlichen Gruß vernommen. — Die Ereignisse, welche in den letzten Monaten Europa tief erschütterten, haben auch Preußen unaufhaltsam in die allgemeine Bewegung gezogen. Insbesondere hat der gewaltsame Zusammenstoß in den Märztagen, den bereits lange Zeit hindurch kundgegebenen Aeußerungen des Volkswillens öffentliche Geltung verschafft. — Aus allgemeiner Volkswahl hervorgegangen haben wir den Beruf zu erfüllen, mit E. M. eine Verfassung festzustellen, welche der Bildungsstufe des preuß., wie des gesammten deutschen Volkes entspricht, und volksthümliche Regierung im Staate, Selbstverwaltung bis hinab in die Gemeinde für immer sichert. Sie wird die gesetzlichen Bestimmungen beseitigen, welche bisher dem Grundsatze der gleichen Berechtigung aller Staats-Angehörigen widerstrebten und einzelnen Ständen besondere Vorrechte

Digitized by Google

verliehen. Sie wird allgemeines Wahlrecht, Freiheit der Person, der Presse und der Rede, das Recht der freien Versammlung und Vereinigung, die Selbstständigkeit jeder Religionsgesellschaft Gewähr leisten. Sie wird eine volksthümliche, für den ganzen Staat gültige, Gesetzgebung und Umbildung des Gerichts- und Heerwesens so wie allgem. Volksbewaffnung ins Leben rufen. — Auf solchen Grundlagen ruhend, wird die Verfassung die Bande dauernd befestigen, welche die ruhmvollen Thaten Hohenzollernscher Fürsten zwischen dem Volke und E. M. Hause geknüpft haben. — Die Gefahren, welche unser engeres Vaterland bei einer längeren Unsicherheit des öffentlichen Rechtszustandes bedrohten, haben es unerläßlich gemacht, daß wir gleichzeitig tagen mit den zu Frankfurt versammelten Vertretern des ganzen deutschen Volkes. Im Einklange mit E. M. stets bewährten Bestrebungen halten auch wir die Einheit Deutschlands als unverrückbares Ziel im Auge und versichern unsere freudigste Mitwirkung zum Anschluß an das Werk, durch welches in Frankfurt die nationale Kräftigung des gesammten Vaterlandes erreicht werden soll. — Der immer weiter um sich greifenden Noth werden Gesetze und Einrichtungen zur Hebung des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues, eine den Kräften des Einzelnen angemessene Besteuerung, Maßregeln zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes entgegentreten und das allgem. Vertrauen wiederherstellen. Die Sorge des Staates für ein den Grundsatz der Lehrfreiheit festhaltendes öffentliches Unterrichtswesen wird die Bildung des gesammten Volkes erhöhen. Die vollständige Darlegung der Finanzlage des Staates und der bisherigen Verwendung der Staatsmittel wird uns in den Stand setzen, zu beurtheilen, in wie weit die Ersparnisse der Vergangenheit den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechen und welche Maßregeln zu ergreifen sein werden, diesen Bedürfnissen zu genügen. — Die von E. M. eingeleitete Reorganisation des Großherzogthums Posen wird den beklagenswerthen Zuständen daselbst und dem Zwiespalte der deutschen und polnischen Bevölkerung ein Ziel setzen. Möge dieser Akt der Gerechtigkeit die Wiederherstellung der nationalen Selbstständigkeit eines so lange unterdrückten Volkes begründen. — Der Kampf an den Nordmarken des deutschen Vaterlandes hat den alten Ruhm der Tapferkeit, Mannszucht und Menschlichkeit unserer Krieger neu bewährt. Wir hegen die zuversichtliche, von den Vertretern des deutschen Volkes getheilte Erwartung, daß die angeknüpften diplomatischen Unterhandlungen die siegreichen Erfolge der Waffen nicht Preis geben werden, daß E. M. Regierung durch eine starke und feste Politik die Ehre Preußens und Deutschlands wahren und unserem Handelsstande Ersatz der vorzugsweise von ihm der deutschen Sache gebrachten Opfer sichern wird. — Wir wünschen dem Lande Glück, daß es E. M. Regierung gelungen, die friedlichen Beziehungen zu den übrigen fremden Mächten ungestört zu erhalten. Wir erkennen an, wie die in aufrichtiger Achtung der nationalen Entwickelungen beruhende Politik des neu umgestalteten westlichen Nachbarstaates hierzu wesentlich beigetragen hat. Je schneller und bestimmter diese nationale Entwickelung in Deutschland zu der lang ersehnten Begründung eines freien und starken Bundesstaats führt, um so sicherer sind die Bürgschaften eines allgemeinen und dauernden Friedens, welcher die civilisirten Staaten in den Stand setzen wird, sich ihrer schönsten Aufgabe, der Förderung der Wohlfahrt, Kultur und Gesittung, mit voller Kraft hinzugeben. —

Digitized by Google

Die Volksvereine zur Wahrung der Volksrechte.

Es sind neuerdings, wo das Bewußtsein des Volkes überall nach entschiedener Gestaltung ringt, vielfach Vereine entstanden, die sich die Erforschung und Wahrung der Interessen des Volkes zum Zwecke gemacht haben. Wir begrüßen diese demokratischen Vereine mit einem freudigen Glück auf! denn sie geben uns die Gewißheit, daß das Volk weiß was es will, daß es endlich zur Feuerprobe eigenen souveränen Handelns überzugehen gedenkt. Es ist nicht genug, daß man Vertreter nach Frankfurt, Berlin u. s. w. gesandt hat, um im Sinne und Geiste des Volkes zu wirken. Das Volk darf nicht blos theilnehmend an dem dort beliebten Gange der Verhandlungen auftreten, es muß in allen Schichten der Gesellschaft selbst Hand anlegen an die Verbesserung seiner leider noch so sehr im Argen liegenden Zustände. Vertreter sind und bleiben eben nichts weiter als Vertreter — ein schwacher Erfolg eigenen Wirkens. Oder sollen wir wieder die Hände in den Schooß legen und abwarten, was unsere Vertreter, unsere Bevollmächtigten für uns zu thun gedenken? Mit dem ewigen Abwarten sind wir gerade in unsere Verhältnisse hineingerathen, hätten wir früher dem Warten entsagt und eigener Kraft vertraut, wahrlich wir wären weiter als wir jetzt sind. Wäre das kategorische Vorwärts aus den Jahren 1807 und 1808, wie es Stein, Hardenberg u. A. damals aussprachen, nach den Jahren 1815 und 1816 vom Volke entschieden hingenommen und adoptirt geworden, der Absolutismus hätte Deutschland nicht sein schändliches Joch auflegen können. Es wäre ihm nicht möglich geworden, sich selbst und sein Dasein als endliches und letztes Ziel an die Stelle des wahren und freien Volkslebens zu stellen, und Deutschland hätte nicht die jammervolle Rolle eines sich selbst nicht bewußten Volkes zur eigenen Schande und zum Spott des Auslandes gespielt. Und nun sollen wir abermals abwarten? Nein! wir sind des Kinderspieles nun endlich satt, wir wollen endlich Männer sein, und wenn unsere Vertreter nicht im Sinne eines souveränen Volkes wirken, so wird letzteres sie desavouiren, und ein Mandat zurückziehen, dessen sie unwürdig befunden worden. Wir werden ihnen hierdurch keineswegs die eigene Wirksamkeit beschränken, aber sie sollen mit uns und wir wollen mit ihnen Hand in Hand gehen, sie sollen wissen, daß unsere Augen fortwährend auf sie gerichtet sind. Hier ist das Feld des Wirkens für die Volksvereine und die ihnen zu Grund liegende Idee. Der Absolutismus hat für die Erziehung des Volkes nichts gethan; was geschehen ist, geschah trotz des Absolutismus, nicht durch ihn. Was unsere Zeit in Handeln und That bewegt, muß in den Volksvereinen zur Besprechung und Klarheit gelangen. Was als Recht erkannt worden, trete durch die Volksversammlungen in das Leben des ganzen deutschen Volkes über. Alle Vereine gleichen Sinnes müssen sich daher fest aneinander anschließen zum gemeinsamen Wirken.

Berlin der erste Schutzwall gegen die Reaktion.

Proteste und Gegenproteste — Adressen und Demonstrationen pro und contra — konstituirende, und berathende Versammlungen in Frankfurt, Berlin, Wiesbaden, Dresden u. s. w. — Konflikte zwischen Militair und Bürgern in Wien, Mainz ꝛc. — wirkliche und muthmaßliche Feinde im Osten, Norden und Westen, und Faktionen im Innern liefern gegenwärtig erbauliche Belege zu der projektirten Einheit Deutschlands. Wohin sollen wir unsere Blicke richten, von welchem Punkte sollen wir Heil und Segen für das Volk erwarten? Von Frankfurt, würde man uns vor Kurzem mit Zuversicht geantwortet haben, heute bereits nicht mehr.

Digitized by Google

„Was hört man denn aus Frankfurt!“ fragen unsere Bauern, und man ist in Verlegenheit um die Antwort; vierzehn Tage Thätigkeit haben uns erst zwei selbstständige Beschlüsse gebracht, die Annahme des Wernerschen Antrages und die Wahl Hrn. von Gagerns zum definitiven Präsidenten. Wenn wir auch die Versammlung deshalb nicht tadeln wollen, denn wir erkennen die Nothwendigkeit, erst das Formelle festzustellen und sich untereinander kennen zu lernen, vollkommen an, so muß man doch darin mit dem Landvolke übereinstimmen, daß sie keinenfalls weniger thun konnte. So lange es bei den Unterlassungssünden bleibt, ist immer nur Zeit verloren, und obgleich dieser Verlust auch geringschätzig anzusehen ist, die Hoffnung auf ein kräftiges Auftreten im Sinne des Volkes, dessen Souveränetät sich übrigens von selbst Anerkennung verschaffen wird, ist dadurch nur hinausgeschoben. Die vereinbarende Versammlung in Berlin hat in einer Woche so ziemlich dieselbe Bahn durchlaufen, auch wurde dort schon ein Versuch gemacht, die neue Preß- und Versammlungsfreiheit ein wenig zu beschneiden; der Abg. Abegg, der trotz seiner Freisinnigkeit etwas Liebhaberei für Polizeisache bewahrt hat, konnte aber vorläufig damit nicht durchkommen. Beiläufig verwahren wir uns noch gegen die Annahme des Abg. Baum stark, daß die Stimmung in den Provinzen mit der Berlins so sehr divergire. Gerade Berlin kann einzig die Vereinigung der westlichen mit den östlichen Provinzen befestigen. Die Stimmung Berlins ist unser erster Schutzwall gegen Reaktion, trete sie nun in der Kammer, oder Seitens der Regierung auf; im Besitz der Preßfreiheit fürchten wir sie nicht, und je kühner und früher sie ihr Haupt erhebt, desto eher wird sie zerschmettert zurücksinken. — Deutschland besitzt eine Masse liberale, nur etwas zu viel berechnende Köpfe, es giebt so viele, die gern durch und durch freisinnig sein mögten, aber den Muth nicht besitzen, die Freiheit in allen ihren Konsequenzen zu wollen; diese Klasse, wozu der größte Theil der Landbewohner gehört, ist es, welche das entschiedenste Gewicht in die Waagschale wirft; sie ist es, welche die bisherigen Schritte der Reaktion möglich machte, und die zukünftigen unmöglich machen wird. Der unsichere schwankende Zustand, welchen die ungewohnte Freiheit nach sich ziehen mußte, die Ungehörigkeiten und Excesse, welche mit unterliefen, schreckte diese Art Leute zurück, sie vermißten schmerzlich die gewohnte Ruhe und verlangten laut einen geregelten Zustand. Dies ermuthigte die Reaktion zu ihren bisherigen Maßregeln. Aber jetzt schütteln sie wieder die Köpfe, und ihr besseres Gefühl wird sie geläutert und gewitzigt dem sogenannten Radikalismus zuführen. — Die Mitglieder der Nationalversammlungen aber mögen bedenken, daß sie nur in Uebereinstimmung mit dem Willen des Volkes handeln können und dürfen.

Charakteristik der konstituirenden Nationalversammlung in Frankfurt.

Das deutsche Unglück ist wieder da. Wir haben gesiegt und nun wissen wir nicht, was wir mit dem Siege anfangen sollen. Die Versammlung ist weit davon entfernt, ihre Stellung benutzen zu wollen, ihre Aufgabe muthig durchzuführen und „einzig und allein zu konstituiren“. Es hat sich eine merkwürdige Furcht vor ihrer eigenen Gefährlichkeit der ehrwürdigen Gesellschaft bemächtigt. Als Mareck eine Proklamation an die Slawen beantragte, nahm man Dahlmanns Erklärung, die halb national, halb territorial ist, ohne Diskussion zu Protokoll. Ueber die polnische und französische Frage möchte man ebenfalls zur Tagesordnung oder zum Protokoll übergehen, und das Protokoll und die Tagesordnung sind die altdeutschen

Digitized by Google

Formalitäten, das Nichtsthun mit dem Schein der größten Anstrengung. Glauben Sie nicht, daß ich bitter und ungerecht bin. O, nein. Diese Männer, die nicht einmal den Muth der gesetzlichen Revolution haben, die in ihre Hand gelegt ist, haben noch viel weniger den Heroismus des Widerstandes gegen die Kontrerevolution, wenn sie auftritt. „Wir sind praktisch", sagen sie, „wir brechen nicht mit dem Bestehenden; wir knüpfen an die Fürsten und Einzelregierungen an: wir „vereinbaren" mit ihnen die Verfassung; ihr seid unpraktisch: ihr wollt Etwas dekretiren, dem Niemand gehorchen wird." Wie heißt das? Es heißt die Herren glauben weder an die Revolution, noch an das Volk, noch an sich, sondern nur an das alte Regiment. Dabei erklären sie sich Alle für unbändig freisinnig, und es gibt eine Masse Aberrepublikaner unter ihnen, die ihre Reden so anfangen: „Ich bin Republikaner, aber ꝛc." Das Aber ist dann entweder das Volk, welches die republikanischen Institutionen nicht will, oder der Fürst, der noch existirt, oder das Amt, das man bekleidet, oder die Absicht, die man hegt, sofort konstitutioneller Minister zu werden, wenn man es nicht schon ist. Diese Aberrepublikaner theilen sich wieder in mehrere Arten: einige sind naiv und ohne alle Politik. Sie wissen nicht, daß jedes Gesetz geschiedter ist, als die Welt, welche es erst erzeugen und empfangen soll. Die Republik ist ein solches Gesetz: die Konsequenz der Ereignisse und die Vernunft der Menschen müssen es gebären, mit Schmerz zur Welt gebären und die Welt schreit in den Wehen; aber das Kind setzt seine Geburt durch. Andere Aberrepublikaner sind Politiker: sie fürchten das Princip verliere von seiner Macht, wenn es rein und klar herausgesagt werde, es sei dann nur „Theorie"; Praxis sei es dagegen, wenn es so unbestimmt und zweideutig gehalten werde, daß man eine große Heerde Einfältiger damit bei der Nase herumführen und die Gegner mit einer imposanten Anzahl schrecken könne. Die Gegner glauben dasselbe und sind wüthend auf diese heimlichen Republikaner, deren Schlauheit sie entsetzlich fürchten. Beide Theile irren sich. Die Schlauheit der Diplomatie ist eben so dumm, als die Schlauheit der Demagogie. Das Volk handelt nicht nach Intriguen, sondern nach klaren Gefühlen und Gedanken. Das Volk und sein Handeln ist aber jetzt die Politik; es ist also eine Thorheit, mit Kniffen und Pfiffen ein Volksführer oder ein Politiker im neuen Styl sein zu wollen. — Die reinen und offenen Republikaner oder die radikalen Demokraten denken so wie ich. Ihrer sind nicht viel. Zunächst haben 19 das Manifest der radikaldemokratischen Partei unterzeichnet; 50 Anhänger dieser neuen undiplomatischen und nichtjesuitischen Politik mag die Versammlung zählen; 150 mögen diplomatisiren und cachiren. Dann kommen die Männer des Centrums. Das sind echte deutsche Männer, die mehr als dreißig Jahre liberal sind, aber die den Zaum und Zügel ihres Herrn, der sie reitet, noch immer fühlen, obgleich sie hier abgezäumt umherlaufen. Sie wiehern nach ihrem Herrn und Reiter und sind unsäglich unglücklich, daß sie ihn nicht beim Namen nennen können. „Wenigstens also," sagen sie, „mögen sich alle Fürsten vereinigen und uns einen oder mehrere Männer herſenden, die uns wider zäumen, zügeln und reiten — Kyrie eleyson!" Diese Denkungsart ist eine furchtbar weitverbreitete. Im Nothfall ist Alles, was nicht unerhört links ist, für diese Bettelweisheit, die sich selbst nicht traut und um nicht zu ersaufen in den Brunnen springt. Gott schütze Deutschland! Es ist mir ziemlich klar, daß die Versammlung sich selbst umringen, den Bundestag, die Souveränität der Könige, Metternich und die Fleischtöpfe Aegyptens wiederherstellen, der ganzen Welt, den Slawen, den Italienern, den Franzosen aus lauter Legitimität den Krieg machen und dann nach Hause gehen wird, um die glorreiche preußische Armee alle diese schwierigen Aufträge ausrichten zu lassen. Die Frage: ob die provisorische Regierung aus der

Digitized by Google

Versammlung gewählt oder oktroyirt werden soll, ist die Feuerprobe. Wir wollen sehen, wie sie gelöst wird. Die Papiere würden gewaltig sinken, wenn der Bundestag siegte; die Versammlung wäre weit über ihre Intentionen hinausgegriffen, wenn die Volkssouveränität siegte. Ein Herr Gumprecht sagte gestern Abend im linken Centrum: „Alle politischen Formen wären ihm gleichgiltig, wenn nur Deutschland Eins würde.“ Als wenn es anders Eins werden könnte, als durch Vereinbarung des deutschen Volks! Und welch ein Politiker, dem alle Formen gleichgiltig sind? Herr Gumprechte subjicirte „Selbstbeherrschung“ des Volks und disputirte gegen Volkssouveränität. Als wenn es eine andere Souveränität gebe als die Selbstbeherrschung oder Selbstregierung! Es sind Männer in der hohen Versammlung, die merkwürdig naiv in politischen Dingen reden und handeln. Wäre nicht die Bewegung so unendlich viel mächtiger als der Zopf, es stünde schlimm um die Menschheit. (Ref.)

Berichte.

ʒ Berlin. (Pommernverein.) In der vorigen Woche hat sich ein Verein der hier anwesenden gebornen Pommern gebildet, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, den Landsleuten in der Provinz über die hiesigen Ereignisse den übertriebenen Gerüchten gegenüber, welche von einer gewissen Partei mit Absicht ausgesprengt werden, wahren Aufschluß zu geben. In der ersten Versammlung wurde die Wahl eines Comitees und des Präsidenten, letzterer in der Person des Dr. Spiekermann, eines hiesigen Arztes, vorgenommen, und über den Namen des Vereins debattirt. Man vereinigte sich endlich dahin, den Verein „Pommernverein für Wahrheit und Recht“ zu nennen, nachdem über verschiedene andere, auch vorgeschlagene Namen lange gesprochen war. Am letzten Sonntage, der zweiten Sitzung, lag ein sehr wichtiges Werk vor die Verständigung mit der Provinz durch eine an die Landsleute abzusendende Adresse anzubahnen und einzuleiten, welche vom Comitee ausgearbeitet, einer sehr zahlreichen Gesellschaft von Pommern aus allen möglichen Klassen vorgelegt wurde. Diese Adresse, die größtentheils auch angenommen wurde, enthält zuerst eine genetische Darstellung der Märzrevolution, hält sich fürs erste ganz objektiv, und legt in sehr faßlicher Form den Landsleuten in der Provinz klar die Ereignisse und deren Bedeutung ans Herz, geht dann im zweiten Theile über zu der Entwicklung des Standpunktes, den der Verein den Landsleuten gegenüber einzunehmen gedenkt, und der als in der konstitutionellen Verfassung begründet, jedem republikanischen Streben eben so entschieden, als den reaktionären Umtrieben entgegen treten will. Die Adresse wird sowohl in Form als auch in Inhalt in der Provinz großen Anklang finden, die unzähligen Gerüchte über Berlin zerstreuen, die Sachlage aufdecken, und das Verständniß der Provinz Pommern, die hier wohl mit Unrecht als furchtbar reaktionär verschrieen, mit der Hauptstadt bewirken. In den nächsten Tagen wird diese Adresse an ihren Bestimmungsort abgehen, die Pommern werden alsdann eine ganz andere Anschauung der Dinge erlangen, und Umtriebe eines Wolden und Consorten werden, wie es ja auch schon geschehen, kein Feld mehr finden, woran sie ihre unlauteren und schlechten Bestrebungen anknüpfen können. — Ueber die fernere Wirksamkeit des Pommernvereins ein Weiteres. —

§ † Berlin, den 18. Juni. Nach so bewegten Stunden dürfte man mit Recht Befürchtungen für neue Exzesse hegen; daß sie gar nicht eingetroffen sind widerlegt am besten die Befürchtung vor aufrührerischen Parteien, die gewiß einen so gespannten Zustand nicht ungenutzt hätten vorübergehen lassen. Berlin bewährt sich auch in der Revolution als die Stadt der kalten Verständigkeit, denn die Leidenschaften herrschten nur einen Augenblick, schon nach wenigen Stunden griff die Ueberlegung Platz, sie sah ein, daß ohne Leid kein Kampf sein könne, und daß die bewaffneten Bürger diesen Feind nicht vorstellen können. Außerdem aber trug jedenfalls der Beschluß der National-Versammlung viel zur Beruhigung, daß sie dem Schutze des Berliner Volkes vertraue und jede bewaffnete Bewachung ihrer unwürdig finde; ebenso befriedigend war der andere wichtige Beschluß, den Antrag des Abgeordneten Waldeck anzunehmen, und eine Kommission zur Bearbeitung eines neuen Verfassungs-Entwurfes einzusetzen. In der That

Digitized by Google

iſt damit noch nicht viel geſchehen, denn wie dieſer Antrag wieder aus der Abtheilung hervorgehen und was die Kommiſſion leiſten wird, ſind zwei andere Fragen; indeſſen ſtieg das Vertrauen zu der Verſammlung dadurch d. h man ſah ſie dem Unwillen der Majorität des Volkes über den miniſteriellen Entwurf Rechnung bringen.

Ein anderes Beruhigungs-Motiv iſt die Niederlegung des interimiſtiſchen Kommandos der Bürgerwehr durch den Major Bleſſon, der den Haß der ganzen Stadt auf ſich geladen hat; an ſeine Stelle haben die Bürgermajore mit Zuſtimmung der Hauptleute und Officiere ein Mann aus ihrer Mitte gewählt, den Seidenwaakenfabrikanten Rimpler, welcher bereits eine Anſprache an die geſammten Einwohner Berlins an die Ecken ſchlagen ließ.

Vervollſtändigen könnte ich meinen Bericht über die Vorfälle des 11. noch ſehr, zu berichtigen habe ich im Ganzen wenig; es iſt jetzt erwieſen, daß nicht Major Benda „Feuer“ kommandirt habe, ja zweifelhaft ob überhaupt zum Feuern kommandirt ſei. Der Staatsanwalt Temme hat über alle Vorfälle bereits Unterſuchung eingeleitet, die vielleicht die Wahrheit enthüllen wird. Die Volksjuſtiz war demnach bei dem Bendaſchen Hauſe übel angebracht, doch wer mag mit der Wuth, dem Rachegefühl rechten!

Berlin.

Das nachfolgende mit dem Poſtſtempel Schlawe verſehene und „An den Zeitungsredacteur Herrn Dr. Prutz Wohlgeboren zu Berlin citiſſime“ adreſſirte Schreiben aus Hinterpommern zeigt die wahre Stimmung der Maſſen in den Provinzen, und noch dazu in dem gelobten Lande der Rückſchrittspartei, in Pommern, ſo naturwahr und lebendig, daß wir es unſern Leſern nicht vorenthalten möchten. Es lautet:

„An die Weſtpreußiſchen Bauern!

Wir Bauern in Hinterpommern haben uns ſehr über die Dreiſtigkeit gefreut, die ihr Bauern in Weſtpreußen gegen die Berliner ausgeſprochen habt. Wir ſtimmen Euch völlig bei. Doch müſſen wir Euch ſagen, daß Ihr in etwas zu groben Ausdrücken ſprecht. Die Berliner haben Volksmuth gezeigt und Einſtimmigkeit bewieſen. Sie haben als Helden die Freiheit mit ihrem Blute beſiegelt. Sie würden jetzt den General Tottleben nicht ſo in Berlin einpaſſiren laſſen, wie es im ſiebenjährigen Kriege geſchah. Wir hoffen jetzt in Pommern, daß mancher Streit und manche drückende Laſt, wodurch uns das Leben erſchwert und verbittert wurde, wird von uns genommen werden. Denn bis jetzt haben uns unſere Gutsherren, Gerichtsherren, Landräthe und Rentmeiſter auch genug gelagt und betrogen. Wir haben immer bezahlen müſſen, und ſie haben es verhurt und verſoffen im Wein. An den Kreistagen kamen ſie zuſammen und wir mußten das Geld zu ihrer fetten Mahlzeit zuſammenbringen. Bei Kommunallaſten mußten wir meiſt Alles thun, ſie beſtellten ſich ihren Acker. Sogar Einlieger und Dienſtboten mußten Schoßgeld bezahlen. Wenn Geldabgaben nach dem Viehſtande gezahlt wurden, dann berechneten ſie anſtatt 2000 Schaafe 500 und ſtatt 120 Haupt Rindvieh 80 Haupt; wir mußten von jeder Klaue bezahlen. Wenn was für die Schulen zu zahlen war, dann gehörten ſie nicht zur Gemeine; ſie waren Freiherren. Die Unzahl von Ackerfläche haben ſie im Beſitz, aber viele von ihnen können dem armen Mann nicht einmal ſeinen Dung zu Kartoffeln ausfahren. Ihr Roggen braucht dreiviertel Jahr zum Wachſen und zum Reifen, aber ſie gudlen ihn mit wenig Mann in ein paar Tagen ab, der Tag hat bei ihnen denn auch 17—18 Arbeitsſtunden und das Tagelohn für den Mann iſt 4 Sgr. In die Kirche gehen ſie auch nicht, weil ihnen da der dicke Bauch leer wird. Wollten wir ſie wegen Ungerechtigkeit verklagen, dann mußten wir vor's Oberlandesgericht und erſt Vorſchuß zahlen, und dann füllten ſie den Gerichtsherren die Taſche und wir wurden der Koſten wegen geplündert. Den Druck des Beſitzloſen wollen wir Euch weiter nicht vorführen. Hier in Pommern ruhet jetzt eine namenloſe Schmach auf dem gemeinen Mann. Viele unſerer Mitmenſchen ſind hier von den Gutsherren geplündert und dann mit Weib und Kind auf die Straße geworfen worden, und haben ohne Obdach unter freiem Himmel zubringen müſſen. Einige von ihnen ſchleppten ſich mit Weib und Kind auf Schubkarren nach Berlin, und von dort ging ihr Recht auch wieder ſo Trepp ab bis zum Ortsrichter, und dann blieb es meiſt ſo wie es war. Bei Euch in Weſtpreußen mag ſo etwas nicht vorgekommen ſein. Wir glauben, daß der Berliner Spectakel viele Uebel ausrotten wird; denn dem Donner pflegt ein Regen und dem Regen der Segen zu folgen. So lieben Brüder in Weſtpreußen, ſo reden die Pommern zu Euch; und nun ein Wörtchen: Es lebe der König! Es lebe die Königin! Es lebe der Prinz von Preußen nebſt den Seinen!! Es lebe das ganze königliche Haus!!! Es lebe die Freiheit! Es lebe Deutſchland! Es leben die Landſtände hoch!! Es lebe (Preußen) das Königreich Preußen! Den Prinzen von Preußen wünſchen wir auch wieder zurück; wir ſind ſchon längſt ſehr böſe darüber geweſen, daß er in das Ausland gegangen iſt; er hätte ja gleich zu uns kom-

Digitized by Google

men können, und wohnen in einer Stadt unter uns; aber er muß doch auch etwas auf seinem Herzen gehabt haben, daß er sich nicht getraute Er soll sehr für die Herren sein und viel auf den Edelmann halten und mitunter auch so grob sein. Kein Glied unserer fürstlichen Familie darf ins Ausland flüchten, wer sich in Berlin nicht sicher glaubt, der komme zu uns, wir werden ihn schützen mit recht echtem Pommernblut; die Westpreußen helfen uns. Sollten die Berliner sich ferner noch ungebührend betragen und von Polenfreiheit reden, und den geplünderten Staatsschatz nicht herausgeben wollen, wie auch den Palast des Prinzen von Preußen ihm nicht freiwillig zur Wohnung einräumen, dann, lieben Westpreußen, dann wollen wir vereint nach Berlin ziehen, den Frommen zum Schutz, den Bösen und Ungehorsamen zum Schrecken, mit dem alten unter General Vorwärts üblichen Schlachtwort: „Brauder det flucht beter" ihnen unsere Pommersche Fäuste zeigen, aber nicht unter General Todleben, sondern unter General Hochdraufleben! — — Es leben die Westpreußischen Bauern hoch! Die Bauern aus Pommern. Pommern, den 23 Mai 1848 Daß Sie dem Aufsatz ja einen Platz vergönnen, Herr Prutzius!"

Stettin.

(Zeitungsstimmen) Ueber des Dr. Zacharid Antrag am 9. Juni zur Tagesordnung überzugehen sagt die Trier'sche Ztg: „Mit 19 Stimmen entschied sich die Rechte für ein absurdes Amendement des Abg. Zacharid, daß, da die Versammlung, nur zur Vereinbarung der Verfassung da sei, sie keine Urtheile zu fällen habe und deshalb zur motivirten Tagesordnung überzugehen sei! Die Nationalversammlung soll also urtheillos sein. Herrlich! — Die „Reform" ruft aus: „Höre es Volk von Preußen! Die Majorität der Versammlung, die Dir erklären sollte, daß nur Deine Souveränität sie ins Leben gerufen hat, sie hat Deine Souveränität geleugnet. Sie hat Dich selbst verleugnet, nachdem sie Reden vernommen, welche die Sittlichkeit Deiner Revolution verurtheilt, also das Andenken Deiner Freiheitshelden gelästert hatten. Keine Revolution sei dagewesen. Keinen Dank verdienen Jene, die für unsere große Zukunft gefallen am 18. und 19. März. Denn das ist der nackte Inhalt jener motivirten Tagesordnung, welche den Antrag des ehrenwerthen Deputirten von Berlin verwerfen ließ. Merke Dir wohl den Namen des Herrn Zachariae, des Erfinders jener Tagesordnung, merke Dir wohl die Namen Hansemann, Sydow, Jonas, Riedel und die Namen der andern Abgeordneten, die deine geheiligten Rechte verläugnet haben!" — Die Neue Rheinische Ztg. äußert: Herr Zachariae hat das Amendement vorgeschlagen, das die Versammlung aus der Klemme retten soll. Das große ministerielle Wort ist gefunden. Es lautet: „Die Versammlung geht, in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der königl. Zustimmung (die selbst ein „Märzereigniß" war, wenn auch kein „großes") den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselbe (um die königl. Zustimmung nämlich) unbestritten ist !!) und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erkennt, Urtheile abzugeben (die Versammlung soll erklären, sie habe kein Urtheil!, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über."

Dieser konfuse, haltlose, nach allen Seiten Bücklinge schneidende Antrag, von dem Herr Zachariae sich schmeichelt, daß „ein Jeder, selbst Herr Berends, Alles darin finden wird, was er nur immer in dem guten Sinne, in welchem der Antrag von ihm gestellt wurde, hat beabsichtigen können," dieser süßsäuerliche Brei, das ist also der „Ausdruck," auf dessen „Basis" das Ministerium Camphausen „steht" und stehen kann.

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumrationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird. Vom 1. Juli ab erscheint der Wachter in verändertem Format täglich.

Druck und Verlag von H. G Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin
große Wollweberstraße No. 854.

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. № 36.

Mittwoch, den 21. Juni.

Inhalt: Pommern und das deutsche Parlament. Die Berliner Presse. Siebente Theilung Polens. Die Heidelberger Hofrathszeitung sagt uns nicht die Wahrheit. Deutsche Nationalversammlung. Die demokratische Partei. Berichte: aus Berlin, Frankfurt a. M.

Pommern und das deutsche Parlament.

Bei dem Ueberfluß an Talent, Energie und Thatkraft im deutschen Parlament scheint es gleichgültig ob 60000 Pommern dort vertreten oder nicht vertreten sind. Von dem Kreise Schlawe in Hinterpommern wurden der Minister Graf Schwerin als Abgeordneter in das deutsche Parlament, der Assessor Wiesner als Stellvertreter gewählt. Graf Schwerin war bis vor einigen Tagen noch in Berlin und soll sich gegenwärtig auf seine Güter zurückgezogen haben, der Assessor Wiesner aber ist gar nicht einberufen worden.

Diese Nichteinberufung des Assessor Wiesner befremdet und ist um so mehr zubeklagen, da Wiesner zu den wenigen Männern der Frankfurter Versammlung gehört haben würde, welche die Forderungen der Zeit erkannt und mit Entschiedenheit aufzutreten Kraft und Talent besitzen. Es ist eine bekannte Taktik der Reaktion, ein vielfach gebrauchter und ziemlich abgenutzter Kunstgriff, radikal und demokratisch gesinnte Männer als Republikaner zu verdächtigen. Auf diese Weise suchte man auch Wiesner's Wahl zu hintertreiben. Wiesner, der angebliche Republikaner, ist dennoch als Stellvertreter gewählt; und mußte man seine Einberufung um so mehr erwarten, da nicht anzunehmen war, daß der Kultusminister Graf Schwerin, bei dem gleichzeitigen Zusammentritt der Berliner Versammlung, seinen Sitz im Frankfurter Parlament einnehmen würde und könne.

Aus dem Nichterscheinen des Grafen Schwerin im Frankfurter Parlament, aus der Nichteinberufung des Stellvertreter Assessor Wiesner sehen wir, daß es gleichgültig ob die Bewohner des Kreises Schlawe dort vertreten werden und daß man Männer, die durch ihre Entschiedenheit unbequem werden können, zu Hause sitzen läßt.

Die Berliner Presse.

Schon oft ist unsere Revolution mit der französischen von 1789 verglichen, Namen und Thatsachen sind übertragen, Analogieen aufgesucht worden, und doch haben beide nur die Aehnlichkeit miteinander, daß sie Revolutionen sind. Den Unterschied in seinem ganzen Umfange auszuführen ist hier nicht der Ort, aber auf eine Seite desselben aufmerksam zu machen, dürfte nicht unfruchtbar sein, nämlich auf das Verhalten der Intelligenz zur Revolution. Wenn im vorigen Jahrhundert Voltaire, Rousseau, die Encyklopädisten, die Physiokraten auf alle Zweige des geselligen Lebens einwirkten, wenn der Streit der Jesuiten und Jansenisten für

Digitized by Google

die Revolution eine Masse Kapacitäten entwickelte, die Parlamente mißliebige Köpfe gegen den ganz entarteten Hof aus Eigennutz in Schutz nahmen, finden wir für alle diese Zustände bei uns nur sehr schwache Aehnlichkeiten, denn der deutsche Bund hatte doch so viel geleitet (Ehre dem Ehre gebührt!) daß er konsequent gegen jede freie Regung zu Felde zog, weil er die Unerbittlichkeit der Consequenz auf der andern Seite auch kannte. Wir tragen die Folge davon! Sehen wir uns nun in unsern National-Versammlungen, unter den Volksleitern, in der Presse, auf dem Theater um — wo sind die eigentlichen Kapacitäten der Zeit? Wenn irgend wo, so müssen wir uns hier in Berlin, wenn wir ehrlich sein wollen, ein geistiges Armuthzeugniß ohne Rückhalt ausstellen. Halten wir namentlich an der Presse fest, so finden wir wohl überall das laut ausgesprochene Bedürfniß nach einem großen, mächtigen Organ der Demokratie, doch ist es bis jetzt noch nicht gelungen eins zu schaffen. Dazu nothwendige Kapitale existiren, auf Publicistik angelegt, nur zweimal, und werden beide male schmählich mißbraucht. Wer sollte wohl an Preßfreiheit, überhaupt an Freiheit und Revolution glauben, wenn er unsere Vossische oder Spenersche Zeitung liest? Jene, bei ihrer ungeheuren Verbreitung, könnte einen höchst wohlthätigen Einfluß ausüben, sie könnte die ewig unveräußerlichen Menschenrechte lehren und in das Praktische übersetzen, sie müßte wenigstens eine Ahnung haben, welche heilige Pflicht die Presse, welche nicht im Solde steht, und sie insbesondere hat, da sie über solche Mittel gebietet, aber diese Ahnung geht ihr sogar ab. Zwar hat sie bisweilen gute, wenn auch sehr zahme Artikel selbst bei höchst wilden Anlässen, doch sie sind wie das Speck in der Proletarierſuppe, das Uebrige ist Spülwasser, ist der Harlequin des Pariser Bettlers. Die Spenersche strebt freilich nach einem Princip, aber über flachen Liberalismus kommt sie nicht hinaus, die Wogen der Weltbewegung trägt sie nicht, sie ist der Nüchterne bei dem Champagner-Gelage. Noch gehört zu den antediluvianischen Zeitungen die Zeitungehalle, sie hat ein Princip, sie ist demokratisch, aber sie hat kein Geld, es arbeiten keine Talente für sie, aus Mangel an beiden wird sie, das revolutionärste Blatt (daß Gott erbarm!) nach der Revolution und durch dieselbe allmälig sterben; sie sucht sich jetzt als Actienzeitung neu zu heben, — doch Berlin liegt nicht in Frankreich. Durch die Revolution wurde die National-Zeitung in's Leben gerufen, aber wehe denen, die ihre Hoffnung auf sie setzten; Zuckerbrod in der Zeit des Eisens ist doch gar zu unverdaulich, sie hat selbst die Revolution nicht begriffen, die Revolution muß sich ihrer schämen, sie hat sie desavocirt. Schaden kann es freilich diesen eigentlichen Bourgeois nicht, welche auf sie Aktien zeichneten, wenn sie um ihre Thälerchen kommen, die Herren müssen lernen, daß der Geist der Weltgeschichte kein Krämergeist ist. Ferner kroch jüngst ein kleiner „Demokrat" aus dem Ei, indeß noch sehr klein und Urtheile über Kinder giebt kein vernünftiger Mensch, denn sie können leicht nach beiden Seiten schief gehen.

Im leichtern Gewande des Witzes traten aber einige Stechfliegen auf, sie erzeugten und beschäftigen eine ganze Anzahl hoffnungsvoller Buchhändler, sie trugen sogar viel zum ganz veränderten Typus unseres Straßenverkehrs bei; doch die davon in fortlaufenden Nummern erscheinen, „die ewige Lampe", „der Kladderadatsch", „der Krakehler", haben sich meist in der Idee ihrer Erfindung und in den ersten Nummern erschöpft, sie werden schaler und schaler. Unter der Legion einzelner Blätter finden sich dann noch gelungene Stücke, namentlich schreibt Isaac Moses Hersch in gutem jüdischen Gargon empfindliche Geißelhiebe.

Wenig konnten wir also vom Fortschritt unserer Presse sagen, aber doch etwas; doch wenn nun eine Schaar gutgesinnter Demokraten gemüthlich beisammen

Digitized by Google

ſitzt, das Herz wird warm, die Phantaſie belebt, der Kehlkopf geſchmeidiger kein Lied können ſie ſingen, die alten Weiſen ſind ihnen zum Ekel, ſie fühlen, daß Muſik ohne Inhalt nicht mehr gemäß, ſie bekommen eine Art Katzenjammer. Und dich du mächtige Thalia hat noch kein göttlicher Saame der Revolution befruchtet, du ſtehſt da als alte Jungfer, man hat ſich an dich gewöhnt, aber du ſchrumpfſt mehr und mehr zuſammen, und auch die Macht der Gewohnheit muß dem Verlangen nach beſſerer Koſt weichen. Alſo 20 Königreiche für Marſeillaiſe, alle Kaiſerreiche für ein revolutionaires Drama!

Warten wir nun ab, was uns das neue Quartal bringen wird, und mögen wir in ihm auch die Provinzen recht rührig finden. Berlin rüſtet ſich zu manchem neuen Produkte, doch ein Vertrauensvotum können wir ihm nicht geben, mag es ſich bewähren, dann ſoll es auch anerkannt werden. Bis jetzt begrüßen wir nur eine Neuigkeit als erfreulich, das iſt die gänzliche Ueberſiedelung der Ruge-Oppenheimſchen „Reform" von Leipzig nach Berlin.

* * *

Die Berliner und Frankfurter Verſammlung, ſo wie unſere Preſſe ſtellen ſich fortwährend Armuthszeugniſſe aus. Die Berliner Zeitungen — die Voſſiſche und Spenerſche, ſind geblieben, was ſie waren, Klatſchſchweſtern, die Zeitungshalle dagegen wird ſich in ein demokratiſches Centralorgan umgeſtalten. Daneben müſſen wir unſere Leſer auf die „Reform", politiſche Ztg. herausgegeben von Ruge und Oppenheim ganz beſonders aufmerkſam machen. — Ein Frankfurter Korreſpondent der Börſ. Nachr. behauptete jüngſt: Arnold Ruge, ſo gewichtig für Freund und Feind, ſei wohl lange in der Oſtſeiſchen Preſſe nicht genannt, ein Vorwurf, der uns nicht trifft. Wir haben die Pommern häufig auf Arnold Ruge, den „biedern Pommern" aufmerkſam gemacht und wünſchen, daß die „Pommern alle" ihres „braven Landsmanns" des Hrn. Ruge politiſche Zeitung „die Reform" recht eifrig leſen mögen.

Siebente Theilung Polens.

Die neue Demarkationslinie des Hrn. v. Pfuel in Poſen iſt ein neuer Raub an Polen. Sie beſchränkt den zu „reorganiſirenden" Theil auf weniger als ein Drittel des ganzen Großherzogthums und ſchlägt den bei weitem größten Theil von Großpolen zum deutſchen Bunde. Nur in einem ſchmalen Streifen längs der ruſſiſchen Gränze ſoll die polniſche Sprache und Nationalität anerkannt werden. Er beſteht aus den Kreiſen Wreſchen und Pleſchen und Theilen der Kreiſe Mogilno, Wongrowiec, Gneſen, Schroda, Schrimm, Koſten, Fraustadt, Kröben, Krotoſchin, Adelnau und Schildberg. Die andere Hälfte dieſer Kreiſe, ſo wie die ganzen Kreiſe: Buk, Poſen, Obornik, Samter, Birnbaum, Meſeritz, Bomſt, Czarnikow, Chodziesen, Wirſitz, Bromberg, Schubin, Inowraclaw werden ohne weiteres durch Dekret des Hrn. v. Pfuel in deutſchen Boden verwandelt. Und dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß ſelbſt in dieſem „deutſchen Bundesgebiet" die Majorität der Einwohner noch polniſch ſpricht.

Die alte Demarkationslinie gab den Polen wenigſtens die Warta zur Gränze. Die neue beſchränkt den zu reorganiſirenden Antheil wieder um ein Viertel. Den Vorwand dazu bietet einerſeits „der Wunſch" des Kriegsminiſters, die Umgegend der Feſtung Poſen in einem Rayon 3—4 Meilen von der Reorganiſation auszuſchließen, andrerſeits das Verlangen verſchiedener Städte, wie Oſtrowo ꝛc., an Deutſchland angeſchloſſen zu werden.

Digitized by Google

Was den Wunsch des Kriegsministers anlangt, so ist er ganz natürlich. Erst raubt man die Stadt und Festung Posen, die zehn Meilen tief im polnischen Lande steckt, dann um im Genuß des Geraubten nicht gestört zu werden, findet man den Raub eines neuen Rayons von drei Meilen wünschenswerth. Dieser Rayon führt wieder zu allerhand kleinen Arrondirungen, und so hat man den besten Anlaß, die deutsche Gränze immer weiter nach der russisch-polnischen vorzuschieben.

Mit den Anschlußgelüsten der „deutschen" Städte steht es folgendermaßen. In ganz Polen bilden Deutsche und Juden den Stamm der gewerb- und handeltreibenden Bürgerschaft; es sind die Nachkommen von Einwanderern, die meist wegen Religionsverfolgungen aus ihrer Heimath geflohen sind. Sie haben mitten im polnischen Gebiete Städte gegründet und seit Jahrhunderten alle Geschicke des polnischen Reiches mitgemacht. Diese Deutsche und Juden, die enorme Minorität im Lande, suchen die momentane Lage des Landes zu benutzen, um sich zur Herrschaft emporzuschwingen. Sie appelliren an ihre Eigenschaft als Deutsche; sie sind ebensowenig Deutsche wie die Deutsch-Amerikaner. Will man sie zu Deutschland schlagen, so unterdrückt man die Sprache und Nationalität von mehr als der halben polnischen Bevölkerung Posens, und gerade desjenigen Theils der Provinz, in welchem die nationale Insurrektion mit der größten Heftigkeit und Energie hervortrat — die Kreise Buk, Samter, Posen, Obornik.

Herr v. Pfuel erklärt, er werde die neue Gränze für definitiv ansehen, sobald das Ministerium sie ratificirt habe. Er spricht weder von der Vereinbarungs-Versammlung, noch von der deutschen Nationalversammlung, die doch auch ein Wort mitzusprechen haben, wo es sich um die Gränzbestimmung Deutschlands handelt. Aber immerhin mag das Ministerium, mögen die Vereinbarer, mag die Frankfurter Versammlung den Beschluß des Herrn Pfuel ratificiren, die Demarkationslinie ist nicht „definitiv," so lange ihn nicht noch zwei andre Mächte ratificirt haben: das deutsche Volk und das polnische Volk. (N. Rhein. Ztg.)

Die Heidelberger Hofrathszeitung sagt uns nicht die Wahrheit.

Die Mrs. Harris unserer königl. privilegirten Mrs. Gamp, die Heidelberger „Deutsche Zeitung", weiht uns in einem übrigens sehr gut stylisirten Leitartikel in das Geheimniß der Gründe ein, aus welchen viele Wahlbezirke im Großherzogthum Baden Abgeordnete mit ausgesprochener republikanischer Tendenz nach Frankfurt gesandt haben.

Wir glaubten bisher, daß absolutistische Wählermehrheiten Absolutisten, konstitutionelle — Anhänger der beschränkten Königsgewalt, republikanische — Republikaner zu ihren Vertretern zu machen pflegen. Hr. Gervinus belehrt uns aber, daß dies keineswegs allgemein der Fall sei, daß z. B. in Baden von einer bedeutenden Zahl von Bezirken Republikaner nur darum gewählt worden, weil Hr. Itzstein, für welchen sich zuerst die Majoritäten entschieden hatten, jene Männer zu den Ersatzwahlen vorgeschlagen. Hr. Itzstein selbst aber danke die so vielfältig auf ihn gefallene Wahl nicht etwa seiner seit dem Vorparlament bekannten, bei den letzten badischen Kammerverhandlungen noch mehr hervorgetretenen und in öffentlichen Reden unumwunden ausgesprochene Vorliebe für republikanische Institutionen; Gott bewahre! — sondern vielmehr seinem fünfundzwanzigjährigen Kampf um die wahre konstitutionelle Freiheit, besonders aber den Anstrengungen seiner Gegner, ihn bei den Wahlen zu verdrängen. Das wäre eine bei Völkern seltene Dankbarkeit, eine wirklich in ihrer Uebertreibung herzerwärmende ritterliche Scene gegen

Digitized by Google

einen Mitbürger! Wie in aller Welt aber kommt es nur, daß ein Volk, welches solcher Dankbarkeit, solcher Pietät fähig ist, dieselbe nicht in gleichem Maße Herrn Welcker gewidmet hat? Hrn. Welcker, welcher doch auch im parlamentarischen Kampf in den Reihen der Opposition ergraut ist und ihr ein unbestrittes viel bedeutenderes Talent geliehen hat als das des Hrn. J. ist! Oder hätten die Gegner des Hrn. W. etwa nichts gethan, seine Kandidaten zu verdrängen, um dadurch gegen sich jenen edlen Unwillen herauszufordern, welcher auch im Parteienkampfe für beide Theile gleiche Sonne und gleichen Wind verlangt?

Nein, die D. Z. sagt nur nicht die Wahrheit. Ein Volk von der politischen Bildung, wie das badische, wählt seine Vertreter nicht mehr nach persönlichen Sympathieen oder Antipathieen. Wo Welckers Anhang unterlag, da war das eine Niederlage des monarchischen, ein Sieg des republikanischen Princips, und wir glauben sehr fest, die Partei des Constitutionalismus, welche in den Nationalversammlungen zu Berlin und Frankfurt noch die Mehrheit hat, würde, falls sich die badische Volkskammer jetzt erneuerte, in derselben die Minderzahl abgeben. Und könnten wir Baden in diesem Falle das Recht bestreiten, sich zur Republik zu constituiren, selbst auf die Gefahr hin, vorläufig eine „süddeutsche Winkelrepublik" (D. Z.) zu bleiben? Wir zweifeln.

Der Reichstag zu Frankfurt läßt die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten entweder fortbestehen oder er hebt dieselbe zu Gunsten eines einigen Deutschlands auf. Läßt er sie fortbestehen, so muß auch jeder der einzelnen Staaten Deutschlands ferner das Recht haben, innerhalb der durch die Reichsverfassung gezogenen Schranken diejenige Verfassung sich selbst zu geben, welche seiner Eigenthümlichkeit am Besten zusagt. Hebt er sie auf, so überhebt er Baden der Mühe, sich zur Republik zu erklären; denn der einzige praktische Zweck eines solchen Schrittes könnte doch nur der sein, mit Hinwegräumung der Einzelsouverainetäten den Anfang zu machen, um das Aufgehen in Deutschland eine Wahrheit werden zu lassen. Mag auch freilich die Erreichung dieses Zweckes auf solche Weise manche Bedenklichkeiten erwecken, mag sie für die übrigen Rheinlande ein gefährliches Beispiel aufzustellen drohen — sie zu verhindern hat seit dem März dieses Jahres das revolutionäre Deutschland kein Recht mehr: Denn endlich wissen wir, daß die Mehrheit Recht hat! X.

Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, 15. Juni. Zuerst erklärt sich die deutsche Nationalversammlung für ziemlich souverän, indem sie den Werner'schen Antrag mit großer Majorität annimmt. Sodann wirft sie die Souveränität wieder von sich, indem sie inkompetent ist, den mit der Krone Dänemark zu schließenden Friedensvertrag zu bestätigen. Gestern Mittag setzte sich dieselbe Versammlung zwischen die beiden Stühle der Souveränität und der Inkompetenz. Als sie dieses equilibristische Kunststück vollbracht hatte, widmete sie sich selbst eine „Beifallsbezeugung." Die Versammlung beschließt nämlich, daß die Bundesversammlung zu veranlassen sei, zum Zweck der Begründung einer deutschen Kriegsmarine die Summe von sechs Millionen Thalern, über deren Verwendung die zu bildende provisorische Centralgewalt der Nationalversammlung verantwortlich sein wird, auf bisher verfassungsmäßigem Wege verfügbar zu machen." Die zu bildende provisorische Centralgewalt wird der Nationalversammlung verantwortlich sein! Das ist höchst souverän und kompetent. Die Centralgewalt selbst, nicht etwa die Minister der Centralgewalt! Verantwortlich der National-

Digitized by Google

verſammlung, dem ſouveränen Volke ſelbſt, keinem Ausſchuſſe, keiner deligirten Behörde! Offenbar ſchlägt die Verſammlung ihre ſchleswig-holſteiniſche Abſtimmung direkt auf den Mund, offenbar erklärt ſie: zur See iſt das Volk ſouverän, zur See hat der Partikularismus aufgehört, zur See giebt es ein einiges Deutſchland: nur zu Lande hat das Geſammtvolk noch nichts zu ſagen, nur zu Lande ſind wir inkompetent. Wenn das ſo fort geht, ſo iſt Deutſchland nächſtens ſouverän zu Fuße, und inkompetent zu Pferde. — Der „zu bildenden" Centralgewalt, dieſes Participium futuri beſchränkt ſofort wieder die Souveränität: denn wie und aus wem wird die Centralgewalt gebildet, in welchem Geiſte, durch und aus der Verſammlung, oder von oben herab? Ferner ſoll „die Bundesverſammlung" veranlaßt werden. Zum erſten Male nennt die konſtituirende Verſammlung jene galvaniſirte „Leiche", zum erſten Male tritt ſie mit einer Behörde in Verbindung, die man bisher gleich einem ſchwarzen Tage nicht zu nennen wagte, die wie das Geſpenſt der Vergangenheit hinter der jungen deutſchen Freiheit her ſchwebte. Es ſind heftige und bedeutſame Proteſte bei der Nationalverſammlung eingelaufen wider die Exiſtenz des Bundestages, der gar keine rechtliche Bedeutung mehr habe: der Beſchluß aber erkennt den Bundestag an, der Beſchluß motivirt nicht einmal die Anſicht der hohen Verſammlung über die einzig mögliche Art und Weiſe, wie jene Behörde noch zu betrachten ſei. Der Bundestag iſt und kann nichts Anderes mehr ſein als die Korporation der Geſandten der einzelnen deutſchen Fürſten und Städte bei der konſtituirenden Nationalverſammlung. Dieſen Geſandten, dieſen Briefträgern ertheilt die Nationalverſammlung Ordres, und ſie haben dieſe Ordres nach Hauſe zu ſchicken. Was der Bundestag früher nicht war, das ſollte jetzt die Nationalverſammlung ſein, die Repräſentation des einigen, ſouveränen deutſchen Volkes. — Dieſes faſt komiſche Schwanken der Nationalverſammlung in Bezug auf ihre Stellung und Rechte wird allem Anſchein nach ſeinen Gipfel erreichen bei der Frage nach der ausübenden Behörde des deutſchen Reiches, und es fragt ſich ſehr, ob wir mehr erhalten als eine „Reform" des alten Bundestages, einen halb von den Fürſten, halb vom Volke ernannten, beſtätigten, genehmigten Vollziehungsrath. Ueber die unglückſelige Vertragstheorie kommen wir diesmal noch nicht hinaus. Ein Organismus, der ſich vertragsmäßig entwickelt! — (Tr. Ztg.)

Die demokratiſche Partei.

Die demokratiſche Partei hat Niederlagen erlitten; die Grundſätze, die ſie im Augenblicke ihres Triumphes proklamirt hat, ſind in Frage geſtellt, das Terrain, das ſie wirklich gewonnen, wird ihr Fuß für Fuß ſtreitig gemacht; ſchon hat ſie viel verloren, und bald wird ſich die Frage bieten, was ihr noch übrig geblieben ſei.

Es kommt uns darauf an, daß die demokratiſche Partei ſich ihrer Stellung bewußt werde. Man wird fragen warum wir uns an eine Partei wenden, warum wir nicht lieber das Ziel der demokratiſchen Beſtrebungen ins Auge faſſen, die Volkswohlfahrt, das Heil aller ohne Unterſchied?

Es iſt dies das Recht und die Gewohnheit des Kampfes, und nur aus dem Kampfe der Parteien, nicht aus ſcheinklugen Kompromiſſen, aus einem erheuchelten Zuſammengehen bei widerſtreitenden Anſichten, Intereſſen und Zwecken kann das Heil der neuen Zeit erwachſen.

Digitized by Google

Wir verlangen von der demokratiſchen Partei, daß ſie ſich ihrer Stellung bewußt werde. Dieſe Forderung entſpringt aus den Erfahrungen der letzten Monate. Die demokratiſche Partei hat ſich viel zu ſehr dem Taumel des erſten Siegesrauſches hingegeben. Trunken vor Freude, daß ſie endlich einmal ihr Prinzip laut und unverholen ausſprechen durfte, bildete ſie ſich ein, daß es nur ſeiner Verkündigung bedürfe, um auch ſofort der Verwirklichung ſicher zu ſein. Ueber dieſe Verkündigung iſt ſie nach ihrem erſten Siege und den Konzeſſionen, die unmittelbar daran geknüpft waren, nicht herausgekommen. Aber während ſie mit ihren Ideen freigebig war und Jeden als Bruder umarmte, der nur nicht gleich Widerſpruch zu erheben wagte, handelten die Andern, denen die Macht gelaſſen oder gegeben war. Und ihre Thätigkeit iſt nicht verächtlich geweſen. Mit ihrem Prinzipe zurückhaltend, das ſie nur ſo weit hervortreten ließen, als es gegen den alten, durch die Revolution umgeworfenen Zuſtand gerichtet war, die Bewegung vorſichtig beſchränkend, wo das Intereſſe des neu zu bildenden Rechtszuſtandes, die Herſtellung der äußern Ordnung als Vorwand dienen konnte, den Freunden der alten Ordnung ſcheinbare Zugeſtändniſſe machend, um ihrer zur Durchführung ihrer Pläne deſto ſicherer zu ſein, dann allmählig ihr eignes politiſches Syſtem in den Grundzügen aufführend, iſt es ihnen gelungen, zwiſchen der demokratiſchen Partei und den Abſolutiſten eine Mittelſtellung zu gewinnen, nach der einen Seite fortſchreitend, nach der andern zurückdrängend, zugleich progreſſiv — gegen den Abſolutismus, reaktionär — gegen die Demokratie.

Das iſt die Partei des beſonnenen, gemäßigten Bürgerthums, von der ſich die Volkspartei in ihrer erſteren Trunkenheit hat überliſten laſſen, bis ihr endlich, als man ſie ſchnöde zurückſtieß, als man ſie als Wühler denunzirte und ihr alle möglichen verwerflichen Tendenzen unterſchob, die Augen aufgegangen ſind, bis ſie gewahrt hat, daß ſie im Grunde nichts erreicht hat, als was die Herren von der Bürgerſchaft mit ihrem wohlverſtandenen Intereſſe für vereinbar halten. Mit ſich ſelbſt in Widerſpruch geſetzt durch ein undemokratiſches Wahlgeſetz, geſchlagen in den Wahlen, ſieht ſie jetzt eine doppelte Vertretung ſich gegenüber, wovon nur das ſchwer zu ſagen iſt, welche von beiden ſich entſchiedener ihren Forderungen entgegenſtemmt. Damit iſt dann freilich ihre Begeiſtrung verraucht und die nüchterne Erkenntniß an die Stelle getreten, daß eine mächtige Reaktion zur Herrſchaft gelangt iſt, und zwar merkwürdiger Weiſe, noch ehe es überhaupt zu einer Aktion im Sinne der Revolution gekommen iſt.

So unzweifelhaft dies Alles iſt, ſo gefährlich wäre es, wenn ſich jetzt die demokratiſche Partei unter dem bittern Gefühle der erſten theilweiſe ſelbſt verſchuldeten Niederlagen beſtimmen ließe, zu jenem unſeligen, dem deutſchen Charakter leider ſo befreundeten Idealismus zurückkehren, vermöge deſſen ein Princip, das nicht ſogleich ins Leben geführt werden kann, der fernen Zukunft anempfohlen, für die Gegenwart aber der harmloſen Bearbeitung der „Denker“ überlaſſen wird.

Wir müſſen direkt warnen vor jenen gleißneriſchen Freunden, die ſich mit dem Princip zwar einverſtanden erklären, aber die Ausführbarkeit bezweifeln, weil die Welt noch nicht reif dafür ſei, die keineswegs gemeint ſind, ſie reif zu machen, vielmehr es vorziehen, in dieſem ſchlechten Erdendaſein ſelber dem allgemeinen Geſchicke der Schlechtigkeit anheimzufallen. Wenn das die Kryptorepublikaner ſind, die der Hofrath Gervinus ſo ſehr fürchtet, ſo ſtimmen wir ihm von Herzen bei; die Leute ſind gefährlich. (N. Rhein. Ztg.)

Digitized by Google

Berichte.

† Berlin.

(Pommernverein.) In der zweiten Sitzung des Pommernvereins Sonntags den 18. Juni wurde beantragt: der Berliner Pommernverein möge sich als besonderes bewaffnetes Pommernkorps in den alten Landesfarben blau und weiß konstituiren. Dieser ganz unzeitgemäße, Zweck und Tendenz des Vereins gefährdende Antrag wird in der nächsten Sonntagsversammlung berathen und wie wir hoffen, verworfen werden. Zweck des Vereins ist es die Landsleute in der Provinz, die Pommern, über die Berliner Zustände aufzuklären; der Verein wird aber ein Sonderbund gegen Berlin und die Berliner, wenn er sich als Pommernverein besonders bewaffnet und uniformirt, er wird — das ist die nothwendige Consequenz — bewußt oder unbewußt ein Werkzeug der Reaktion, der dergleichen Spaltungen der Berliner in Pommern, Sachsen, Westphalen, Schlesier, die sich bald unter einander in die Haare gerathen werden, sehr willkommen sein müssen. Das Unzweckmäßige und Gefährliche einer solchen bewaffneten Sonderbündelei schien die Mehrzahl, als der Antrag gestellt wurde, sehr wohl zu fühlen, da er keineswegs beifällig aufgenommen wurde Wir zweifeln nicht, daß der gute Geist siegen und diesen Partikularismus zurückweisen werde — In dem Pommernverein ist nur stimmfähig, wer in Pommern gezeugt und geboren. Das ist eine schwer zu rechtfertigende, engherzige Beschränkung. Man kann sich sehr für Pommern interessiren, durch vielfache Bande, Jahre langen Aufenthalt mit Pommern verbunden sein, ohne dort geboren zu sein. Warum soll man in Pommern geboren, so zu sagen, ächt spickgänsigt sein, um für Pommerns Aufklärung zu wirken?

Frankfurt a M Warum hat sich das Parlament eigentlich „konstituirende National-Versammlung" genannt? Mit nationalen Vorurtheilen hat es uns bereits den Magen verdorben; aber constituirt hat es nichts. Die große Bedeutung dieses Wortes scheint ihm durchaus fremd zu sein. Nachdem es die Paulskirche doch einmal zum Plauderstübchen herabwürdigte, hätte es ruhig den entsprechenden Namen „Parlament" beibehalten dürfen. In Frankfurt wird geschwätzt aber nicht gehandelt werden. Die Freiheit aber, die wir meinen, wird nicht durch Schwätzen und nicht in Frankfurt proclamirt! Obwohl die Nationalversammlung die Volkssouveränetät pomphaft ausgesprochen hat, und sich als reines aus dem Volkswillen hervorgegangenes Organ anerkennt, verhält sie sich doch inkompetent allen praktischen Fragen gegenüber, bei denen sie Gefahr läuft, irgend einem reaktionären Kabinette auf den Fuß zu treten. Sie wird mit äußerster Vorsicht liberale Grundsätze aufstellen, aber uns nicht die mindeste Garantie für deren praktische Verwirklichung bieten. Waren zur Wahl zwischen drei vorliegenden Geschäftsordnungen und zur Konstituirung von 550 Personen schon 14 Tage erforderlich, so werden Jahrzehnte vorübergehen, bis sich die Nationalversammlung durch etwa 300 in Broschüren und Vorschlägen vorliegende Verfassungsentwürfe, deren Prüfung artikelweise Berathung, Berücksichtigung von etwa 1000 Anträgen und eben so vielen Amendements nebst mehreren 1000 Adressen und Petitionen mit deutscher Gründlichkeit durchgearbeitet hat.

Der Wächter ist durch alle Löbl. Buchhandlungen und Preuß. Postanstalten für 1 Thlr. 10 Sgr. pr. Semester zu beziehen. Für Stettin beträgt der Pränumrationspreis 20 Sgr. pr. Quartal, wofür das Blatt in das Haus geschickt wird. Vom 1. Juli ab erscheint der Wächter in verändertem Format täglich.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 37.

Freitag, den 23. Juni.

Inhalt: Das Ministerium Camphausen ist nicht mehr! Zur Charakteristik des abgetretenen Ministeriums. Ueber Herabsetzung des Militärbudgets und Abschaffung von Sinekuren und Mißbräuchen im preußischen Heere. Berichte: aus Stettin.

Das Ministerium Camphausen ist nicht mehr!

Als diese Nachricht in die heutige Sitzung unserer National-Versammlung so ungeahnet hineinplumpte — wer hätte da die verschiedenen Gefühle schildern mögen, welche in dem ganzen Zuhörerraum frei wurden? Zwar ließ sich dieses Ereigniß erwarten, ungeheure Selbsttäuschung gehörte dazu, es noch lange vertagen zu wollen, aber darum hatte es gerade heute seine eigenthümliche Wirkung, weil kein so ostensibler Grund vorlag, wie dergleichen schon öfter ohne solchen Erfolg vorüber gegangen sind. Das Ministerium Camphausen gehört der Geschichte an; sie wird es richten nach seinem Wirken, seinen Erfolgen, nach seinem Wollen und Können, sie wird die geheimen Materialien benutzen, und weil manche Schleier vor ihr gefallen sein werden, wird sie vielleicht ein milderer Richter sein, sie wird ein gerechterer sein können als wir. Aber die Gegenwart zieht die Minister zur Verantwortung, sie hat ihnen regieren helfen, indem sie sie auf allen ihren Schritten bewachte, ihnen die Bedürfnisse der Zeit, die Wünsche des Volks stets vor Augen hielt; es hatten sich Parteien um das Ministerium gebildet, die einen trauten diesen liberalen Landtags-Deputirten von Hause aus nicht das Genie zu, nach einer Revolution Minister zu sein, die andern schrieen Zeter, wenn man sie verwarf, die Majorität der National-Versammlung hat sich das Pistol von ihnen auf die Brust setzen lassen, die Linke wußte nicht Rath für das unerbittliche Schicksal des Todes. Es wird Rath werden, doch gehört dazu, daß wir klar rückwärts und vorwärts schauen, daß wir genau wissen, was verdorben, was besser zu machen ist.

Herr Camphausen erklärte vor einigen Tagen in der Kammer, daß nur zwei Regierungsweisen möglich gewesen seien: die einer revolutionären Diktatur und die der öffentlichen Meinung mit dem Rest der bestehenden Gesetze. Wir sagen, es war nur eine und zwar nur die erstere möglich, und Herr Camphausen hat das selbst gesagt, denn die öffentliche Meinung trug das Ministerium, den Rest der Gesetze (aber auch nur diesen!) mußte es von selbst achten; daß aber das Ministerium diese einfache Wahrheit nicht hat einsehen wollen, daß es noch diplomatisch schlau von der Vergangenheit eine Brücke herüberzubauen versuchte, daran sogar sein Bischen Popularität wagte, anstatt mit vollen Segeln über das untergegangene, unrettbare Staatsschiff fortzusegeln, ist nicht nur zu seinem Sarge der Hauptnagel gewesen, sondern dieses, und nur dieses, war die Quelle aller Unsicherheit im Lande, der wachsenden Mißstimmung, eines gedrohten (nicht wirklich drohenden, aber darum doch geglaubten) Bürgerkrieges, der Schwäche der Regierung nach Innen und Außen. Dieses Ministerium hat sich erst kürzlich noch gesträubt gegen die förmliche Anerkennung der Revolution durch die National-Versammlung, und

Digitized by Google

drang damit durch, wie mit allen Hauptfragen; es hat in der Kammer keine direkte Niederlage, nicht einmal einen so ernsten Angriff erlitten, als vor dem 22. Mai, und doch tritt es jetzt ab, tritt ab vor Berathung der Adresse, deren Erlaß es zu einer Kabinetsfrage gemacht hatte, worin es für sein Princip fechten wollte. Was wird denn dadurch dokumentirt? Nicht mehr und nicht weniger als die Schwäche des Kabinets, als das Eingeständniß seiner Fehler. Es war nur eine Regierung möglich, wie schon oben gesagt, und dieses war eine radikale, d. h. eine solche, die nicht erst den Landtag einberief, die den Krieg wirklich gegen Dänemark und nicht gegen die nordalbingische Republik führte, die den Polen keine Verheißungen machte, oder diese Verheißungen hielt, die den allein populären Krieg gegen Rußland schnell vorbereitete und durch die Polen zu einer Zeit beginnen ließ, wo der vielfüßige Koloß noch nicht herangekrochen war, die wegen eines Prinzen nicht das ganze Land in Allarm setzte, die nicht durch Unterlassungssünden sich die faule Reaktion der Büreaukratie, mit ihren polizeilichen und militärischen Auswüchsen, über den Kopf wachsen ließ. So konnte das Ministerium regieren, es wäre auch angegriffen worden, aber der einmal stark betretene Pfad hätte mehr Vertrauen erweckt als schwankendes Laviren, und dieses Vertrauen wäre sichtbar und fühlbar geworden in dem bessern Stande der Börse. Warum wollte es aber so nicht regieren? Es hatte nicht den Muth eine Kamarilla niederzuschmettern, welche sich den König nicht ohne den eiteln Flitter des absolutistischen Hofstaates denken konnte, während doch dieser recht eigentlich durch die Märzrevolution gebeugt und nur der König selbst übrig geblieben war, dem seine staatsrechtliche Stelle in unserer Konstitution die National-Versammlung anzuweisen berufen ist, welche aber zu präjudiciren keineswegs die Aufgabe des aus der Revolution hervorgegangenen Ministeriums war. Der Verfassungsentwurf bewies diese Schwäche des Ministeriums unwiderleglich, der Stab war über dasselbe gebrochen.

Und nun, welche Erbschaft bekommen wir? Die Zeit fordert noch ein solch radikales Regiment, doch bei einer aus Afterwahlen hervorgegangenen Repräsentation, bei ungeschmälertem Einfluß jener Beamten, deren höchste Tugend Gesinnungslosigkeit, deren curriculum vitae für die Konduitenlisten erheuchelt war, nach dem kräftigen Wachsthum der Reaktionspartei, ist fast unmöglich ein solches einzusetzen, ja es wird nicht einmal daran gedacht. Männern vom Centrum sind Portefeuilles angeboten, allein sie hüten sich sie anzunehmen, sie thun was Camphausen nicht that, sie stellen Bedingungen und auch diese können nicht erfüllt werden. Es ist also keinem Ministerium mehr möglich bloß mit der öffentlichen Meinung und dem Rest der Gesetze zu regieren, es muß ein Programm haben. Die Schwierigkeit ist nur ein ausführbares zu finden, weshalb wir nur einige Blicke auf den augenblicklichen Stand der Dinge zu werfen brauchen. Die Finanzlage des Staats neigt so sehr zum Bankerotte wie möglich. Die freiwillige Anleihe war eine sanguinische Hoffnung, die Darlehnskassen sind ganz abgesehen von ihrem verderblichen Principe auf zu kurze Störung des Verkehrs angelegt, Zwangsanleihen haben niemals befriedigende Resultate, die eingeführten Ersparnisse in der Administration sind für die jetzige Zeit allein kaum in Betracht zu ziehen. Der dänische Krieg ist verpfuscht, Preußen sieht sich für seine Aufopferung isolirt, und hat noch nicht einmal genügende Auskunft über die Ursachen davon. Unser Verhältniß mit Rußland ist ganz unklar, der reorganisirende General Pfuel geht nach Petersburg, seine Person erweckt kein Vertrauen zu seiner Mission. Die französische Regierung, bedrängt durch eine unbezähmbare Nation wird am Ende zu den Schritten eines Ultimatums in der Polenfrage schreiten müssen, das hier bereits als geschehen angegeben wird, wenigstens höchst wahrscheinlich ist. Wir könnten noch weiter in

Digitized by Google

dieſem Thema fortfahren, doch ſchon das mag genügen um zu zeigen wie wenig lockend die Erbſchaft des Miniſteriums Camphauſen iſt, daß ſich der Künſtler ſchwer finden wird, welcher den von Natur ſo weichen Stoff jetzt noch gut modelliren kann, nachdem er in eine ſo ſchlechte Form gebracht iſt. Ein ſchlechtes Exercitium kann in ein gutes nur umgeſchrieben, nicht umkorrigirt werden. Und ſo wird es auch kommen. Kann unſere National-Verſammlung die unausgeführte Revolution nicht in ſich fortſetzen, ſo muß ſie abermals auf den Straßen gemacht werden, und das iſt der Fluch der Mißachtung einer geweſenen Revolution.

Noch iſt zu berichten, daß die Kammer ſich vorläufig auf acht Tage vertagt hat, um auf ein neues Miniſterium zu warten; iſt bis Montag keines da, ſo tritt ſie suo jure zuſammen. Wir können nur wünſchen, daß dieſe Geduld nicht am unrechten Orte ſei, zu hoffen wagen wir es nicht. Die Verſammlung ließ ſich aus konſtitutionellen Brauche zu dieſer Vertagung herbei, vergaß aber, daß ſie nicht eine aus einer Konſtitution hervorgegangene, regelmäßig zuſammenberufene ſei, ſondern, daß ſie außerordentlich zur Bildung einer Konſtitution zuſammen gekommen iſt, mit einem Worte, daß ſie konſtituirend ſein ſoll, und deshalb kein konſtitutionelles Muſter annehmen darf. Hoppe.

Zur Charakteriſtik des abgetretenen Miniſteriums *).

Die Sitzung vom 17. Juni hat uns von neuem gezeigt, wie ohnmächtig die Autorität dieſes Miniſteriums gegenüber der Verſammlung iſt; ſie hat uns aber auch den wiederholten Beweis geliefert, daß der Abſtand, der den Geiſt dieſes Miniſteriums von dem des Volkes trennt, kein zufälliger, ſondern ein principieller iſt.

Der Antrag des Abg. Riedel ging dahin, daß die Kammer das Geſetz über die Unverletzlichkeit der Deputirten, ſo wie es die Abtheilung gefaßt, ohne Diskuſſion annehmen möge. Es lag dieſem Antrage die unverkennbare Abſicht zu Grunde, daß die Verſammlung ſo ſchleunig als möglich zu der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe ſchreite, daß ſie der Stimmung des Landes, welches bei der Fortdauer der Anarchie weder Ruhe noch Wohlfahrt erlangen kann, endlich die ſchuldige Rechnung trage. Wer opponirte gegen dieſen Antrag, deſſen Bedeutung ſogleich von der ganzen Verſammlung begriffen ward? Einzig und allein das Miniſterium — daſſelbe Miniſterium, welches die Entſcheidung, ob eine Adreſſe an die Krone entworfen werden ſolle, ſogleich und ohne Nachdenken von der Verſammlung kürzlich gefordert hat. Einer leeren konſtitutionellen Form Genüge zu thun, ſich über ſeine Thaten und ſeine künftigen Plane (!) ausſprechen zu können, erſcheint ihm alſo wichtiger, als dem Lande das Zutrauen zu ſeiner Vertretung wiederzugeben, als auf die traurige Spannung Ruhe und Eintracht folgen zu laſſen! Dieſe Zuſammenſtellung iſt charakteriſtiſch genug, als daß ſie einer Erklärung bedürfte. Fügen wir aber hinzu, daß die Kammer dies kleinliche Manoeuvre, das nur für die Hinausſchiebung der Adreßdebatte und für die längere Friſtung der Miniſtereriſtenz gegolten, durchſchaut, und, ohne von dem Pathos des Hrn. Hanſemann berührt zu ſein, auf der Stelle vereitelt hat.

Deutlicher aber trat der Geiſt dieſer Miniſter bei der Debatte über den Antrag des Abg. Rodbertus hervor. Man erinnert ſich noch mit ſchmerzlichem

*) Anm. d. Red. d. W. Wir entnehmen dieſen Artikel, der einen Gegenſtand berührt, der für viele unſerer Leſer von Intereſſe ſein dürfte, der „Reform", zur Notiz für die gutmüthige Befangenheit, die uns tadelt, daß wir uns unterſtanden das Miniſterium zu tadeln.

Digitized by Google

Eindruck der letzten Worte des Herrn v. Arnim, welcher die Frage des Herrn Rodbertus in der Sitzung vom 9. Juni einfach bejahte, die Frage: ob es gegründet sei, daß dänische Schiffe gegenwärtig, da Deutschland mit Dänemark im Kriege ist, ungehindert und ohne Gefahr eines Embargo, in den übrigen deutschen Häfen, außer den preußischen und mecklenburgischen, verkehren können. Man erinnert sich der Entrüstung, welche ein Theil der Versammlung der Antwort des Ministers gegenüber bekundet hat. Wen sollte es nicht auch empören, daß die auswärtige Politik Deutschlands so schmachvoll preisgegeben und die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes den Noten des Londoner und Petersburger Kabinets geopfert wird. Herr Rodbertus verlas nun eine Adresse an die deutsche National-Versammlung in Frankfurt, deren Zweck die Beseitigung jenes unwürdigen Zustandes war, und deren Annahme oder sofortige Discussion er der Versammlung empfahl. Wir glauben, daß nur ein Gefühl sich bei der Verlesung jener Adresse regen konnte — das Gefühl, wie nothwendig es sei, die schleunigsten Schritte zu provociren und wie kein Zweifel darüber herrschen kann, daß die Versammlung in Frankfurt die geeignetste sei, um das bestehende Mißverhältniß aufzuheben.

Diesem Gefühle setzte Herr Camphausen die Betrachtung entgegen, daß es nicht passend wäre, wenn eine Versammlung mit der anderen in unmittelbare Verbindung träte. Er wies auf einen ihm analog scheinenden Fall in der französischen Nationalvertretung hin, in welcher die Absendung einer Adresse an das deutsche Parlament ebenfalls nicht durchgegangen war. Also über dem Zwecke der Eintracht Deutschlands steht, in der Ansicht des Ministeriums, die Beobachtung der diplomatischen Form! Es findet, daß eine solche Adresse, das Gefühl der deutschen Einheit nur stören möchte. Die Herren Diplomaten würden allerdings in großer Bestürzung sein, wenn ihnen klar gemacht würde, daß sie mit ihren verrotteten Formen, mit ihrem Jargon dem Volke sehr überflüssig sind. Wir gestehen aber, daß wir trotz aller Ungläubigkeit uns nicht bis zu dieser Höhe erhoben hätten. Wir gestehen, daß wir es nimmer gedacht, ein Ministerium, das aus der Revolution und aus dem souverainen Willen des Volkes hervorgegangen, würde eine Etiquettenfrage der lächerlichsten Art zu einem Argumente gegen die Wohlfahrt eines freien Volkes machen. Die Berufung auf Frankreich ist aber Niemandem unverständlich, welcher die geheimen Fäden der Kabinette kennt. Auf Frankreich beruft man sich, wenn es gilt, das freie Vereinigungsrecht zu beschränken, auf Frankreich beruft man sich, wenn es gilt das Netz der Diplomatie um die Freiheit der Völker zu spannen. Warum sprecht Ihr nicht von dem freien, republikanischen Frankreich? Warum ist Frankreich nicht euer Ziel, wenn es sich darum handelt, die Sympathieen der Völker zur Basis ihrer Allianzen zu machen? Warum liebäugelt Ihr mit Rußland und beugt Euch vor dem aristokratischen England, von dem Ihr nur die Engherzigkeit der äußeren Politik, nicht aber die demokratischen Institutionen des inneren Lebens kopirt? Glaubt Ihr etwa, daß die Unteroffiziere, die Ihr in Konstabler verkleiden wollt, eine englische Institution uns repräsentiren werden? Mit Rußland genießet Ihr den Kartellvertrag, auf Englands Ansinnen zieht Ihr die Truppen aus Schleswig zurück und gebt den deutschen Handel preis — von Frankreich kennt Ihr nur das Gesetz gegen die Attroupements — das wahrlich doch unter ganz anderen Voraussetzungen, als denen, die uns bestimmen sollen, erlassen ward — nur die Diplomatie des Herrn Lamartine, der bekanntlich der Erfinder jener speciellen Etiquettenfrage ist. Lamartine gefällt Euch. Wie groß wird doch eure Trauer sein, wenn dieser Lamartine — bald nicht mehr der Beistand Euerer diplomatischen Pläne ist — —! Der Aufschluß übrigens, den Herr Camphausen der Kammer gegeben hat, wird hoffentlich nicht ohne Wirkung

Digitized by Google

bleiben. Wir sind überzeugt, daß die Kammer jetzt zumal, da Herr v. Arnim aus dem Ministerium geschieden, erörtern wird, ob wir überhaupt uns ferner noch in dem alten Schlendrian der Diplomatie bewegen werden. Wir halten es eines freien Volkes unwürdig, daß es sich länger noch vor den Mysterien der Cabinette und ihren Intriguen beuge. Die Diplomatie war ein Flecken in der Geschichte der Völker; er muß getilgt werden, wie alle die Flecke, welche der Lug und Trug auf ihre Geschicke geladen hat. Offen und klar muß der Verkehr von Volk zu Volk in der Geschichte der Zukunft sein. Ehrlichkeit ist jetzt unsere beste Politik, sie muß fernerhin die alleinige sein. Das Schauspiel der konstitutionellen Länder, in welchen die Minister nur zwangsweise und unvollständig ihre geheimen Verhandlungen den Vertretern offenbarten, in welchen bald dieser bald jener Vorwand galt, damit die geheimen Schliche verborgen bleiben, dies Schauspiel dürfen wir in seiner unwürdigen Gestalt nicht von neuem durchleben, wenn wir ein freies, von freien Völkern geachtetes Volk zu sein das Bestreben haben.

Wir hoffen, daß der Antrag des Hrn. Rodbertus von neuem aufgenommen und nach seiner wahren Bedeutung behandelt wird. Das Ministerium muß eben erfahren, daß es niemals vermögen wird, auf diplomatischem Wege die Freiheit und Einigkeit Deutschlands zu konfisciren, nachdem seine Macht in Preußen gebrochen war.

Ueber Herabsetzung des Militärbudgets und Abschaffung von Sinekuren und Mißbräuchen im preußischen Heere.

Dieses so furchtbare Thema ist kürzlich auf Einem zu Koblenz bei Hergt erschienenen Druckbogen von Hrn. v. Firks, Major a. D. eben so kurz als gründlich behandelt worden. Hr. v. F. weist nach, daß in 33 Friedensjahren 200 Millionen Thlr. an den Militäretat zu ersparen gewesen wären und bricht in die Worte aus: „Wäre nur $\frac{1}{10}$ oder $\frac{1}{15}$ dieser unnütz vergeudeten 200 Millionen auf Kriegsschiffe verwandt, was für Donnerworte würden wir jetzt mit den Dänen vor Kopenhagen sprechen.“ Dem könnte man noch hinzusetzen, daß wir nicht nur eine Flotte erworben, sondern noch daneben mit den 200 Millionen sämmtliche verzinsliche Staatsschulden bezahlt haben würden. Die Ersparnisse die, ohne die Wehrhaftigkeit des Landes zu mindern, gemacht werden können, schlägt Hr. v. F. auf 13 — 15 Millionen jährlich an, eine Menge derselben können seiner Meinung nach selbst im Kriege, also sogleich eintreten.

Die Einrichtung des Militairwesens hängt wesentlich mit der im Lande eingeführten Staatsverfassung zusammen, beide spiegeln sich in einander ab: die Rechte und Pflichten des Militärs, sein Verhältniß zum Bürger ꝛc. werden in einer Despotie ganz anders, als in einer Demokratie geregelt sein. Die Lehrer der Politik stellen über diese Wechselwirkung der Einrichtung des Militärwesens und der Staatsform vollständige Systeme auf, und wenn wir diese durchgehen, so läßt sich keinen Augenblick verkennen, daß das preußische Militärwesen bisher in hohem Grade der Staatsform der Despotie entsprach. Die zukünftige preußische Militärverfassung wird folgerecht auch der zukünftigen Staatsverfassung entsprechen müssen. Unter den von H. v. F. zum Zwecke von Ersparnissen vorgeschlagenen Veränderungen befinden sich eine große Zahl, die auch im Interesse der neuen Freiheit, und um das Militärwesen mit dieser in Einklang zu setzen gemacht werden müssen, die also von politischer Bedeutung sind. Nur diese wollen wir hier näher herausheben.

Digitized by Google

Der Staat verwendet jährlich 56,674 Rthlr. auf Pflege und für Schulgelder der Militärkinder, außer 80,050 Rthlr. für das Militärwaisenhaus. Hr. v. F. will die erstere Summe auf das Budget des Unterrichtsministeriums gesetzt und bedeutend reduzirt wissen, da der Staat nur für die Kinder der im Dienst gestorbenen Soldaten zu sorgen habe. Der letztern mag es nun wenig geben nach 33jährigem Frieden und so könnte wohl die ganze Summe dem Ministerium des Unterrichts zugewiesen und verwendet werden. Zugleich politisches Interesse hat die Aufhebung dieser Militärschulen aus folgenden Gründen: Die Despotie sondert den Soldaten vom Bürger, des Erstern Kinder gehen in eigene Schulen, in denen ihnen schon frühzeitig beigebracht wird, daß sie von des Königs Gnade leben und nicht zu freien Bürgern bestimmt sind.

Herr v. F. sagt weiter: „Die Stelle eines Generals, als Präses der Generalordenskommission gehört zum Ministerium des königlichen Hauses und kann als Einekure ganz eingehen." Mit dem letzten Satze sind wir ganz einverstanden, nur wünschen wir, daß die ganze Generalordenskommission, die mit 20,948 Rthlr. im Budget von 1847 eingetragen ist, eingehe. Louis Philipp, der bekanntlich ebenso verschwenderisch in Austheilung von Ehrenlegionskreuzen, als sonst sparsam war, war in seinem Leben nicht durch eine Generalordenskommission bei diesen Verleihungen verbeistandet. Wir sind aber überhaupt gegen das Fortbestehen der Verleihung von Orden, wir sehen darin nichts als eine Spekulation auf die Thorheit der Menschen, ein mächtiges Mittel zur Korruption, wahrhafte Verdienste werden in Preußen selten dekorirt, von den Helden der Nacht vom 18. und 19. März ist noch keiner Ritter des rothen Adlerordens geworden.

„Die Militärgeistlichen mit einem Etat von 41,055 Rthlr. sind im Frieden außer in Mainz und Luxemburg ganz überflüssig, da das Militär zur Civilgemeinde seiner Garnison gewiesen werden kann." In Mainz und wahrscheinlich auch in Luxemburg, das sich schon seit 33 Jahren eines protestantischen Landesherrn erfreut, sind protestantische Kirchen, so daß also auch hier keine Militärgeistlichen nöthig sind. Eines Ueberweisens der Garnison zur Civilgemeinde bedarf es nirgends, der Staat mag es dem einzelnen Soldaten überlassen für Befriedigung seines religiösen Bedürfnisses zu sorgen. Das ganze Militärkirchenwesen muß indessen auch noch aus andern, als ökonomischen Gründen aufgehoben werden, es trennt den Soldaten vom Bürger, beschränkt den evangelischen Soldaten in der Freiheit des Glaubens, und verletzt gegen andere Bekenntnisse die Parität.

Das Militärkirchenwesen ist vollständig hierarchisch organisirt, ein Feldprobst an der Spitze, Ober-Divisions- und Garnisonsprediger, alle evangelisch. Noch nicht gar lange ist es her, daß auch katholische Garnisonprediger angestellt worden. Alle Konfessionen sind in diese Hierarchie eingeschachtelt, Trauungen, Taufen ꝛc., die der katholische Militärgeistliche vornimmt, werden in dem evangelischen Kirchenbuche notirt. Früher wurden sogar andersgläubige Soldaten monatlich einmal in den evangelischen Militärgottesdienst kommandirt. Bekanntlich wurde 1817 eine eigene Kirchenagende angefertigt, die sämmtliche protestantische Bekenntnisse in Preußen unter einen Hut bringen sollte. Diese Agende wird am reinsten in den Militärkirchen vollzogen, hier lernt sie bei der allgemeinen Wehrpflicht jeder Lutheraner und Reformirte, früher sogar lernte sie der Katholik kennen, und liefen alle Gefahr, ihr Proselyt zu werden. Zu den Personen, die der Militärkirche angehören, wird außer den eigentlichen Militärs, auch noch die große Anzahl Nichtkombattanten gezählt, Militärhandwerker ꝛc., die sowie die Offiziere sogar auf Lebenszeit von der bürgerlichen Kirchengemeinde, und so auch mehr oder weniger vom Bürgerthume überhaupt getrennt werden.

Digitized by Google

„Die Kadettenkorps sind als unvereinbar mit den heutigen Begriffen ganz abzuschaffen." Ja freilich! Trennung der militärischen Erziehung von der bürgerlichen ist eine Maxime des Despotismus, die Führer eines Volksheeres müssen aus dem Volke selbst hervorgehen; die Führer freier Männer dürfen nicht in antiquirten Standesvorurtheilen erzogen werden. Es ist schon halboffiziell angekündigt worden, daß die Kadettenhäuser aufgehoben und verdienstliche Unteroffiziere zu Offizierstellen befördert werden sollen: Beides erscheint indessen noch unwahrscheinlich.

„Die zweijährige Dienstzeit ist bei der Infanterie auf 1½ Jahr zu verringern, wodurch etwa Eine Million Rthlr. erspart wird." Sollte nicht die Dienstzeit der Infanterie noch mehr verringert werden können? Andere Sachkenner schlagen Ein, ja ein halb Jahr Dienstzeit vor, um einen Infanteristen zur Vertheidigung des Vaterlandes geschickt zu machen. Politisch die Frage entschieden ist es zu wünschen, daß der Soldat möglichst kurze Zeit seinen bürgerlichen Verhältnissen entfremdet werde.

„Die Infanteriesäbel nebst Troddeln fallen als ganz unnütz fort und können als Aushülfe zur Volksbewaffnung dienen." Diese Ersparniß ist neu, ob sie zulässig, wird davon abhangen, ob der Infanterist den Säbel nur als Waffe, nicht aber zu andern Zwecken, z. B. im Bivouak als Messer nöthig hat. Für den Frieden zwischen Soldaten und ihren Mitbürgern wäre die Abschaffung des Seitengewehrs gewiß sehr erwünscht.

„Die Auditeure können von 2 per Division auf 1 herabgesetzt und also 18 erspart werden, da der Soldat künftig nur in rein militärischen Vergehen von Militärgerichten zu verurtheilen ist." Der ausschließliche, auch auf bürgerliche Vergehen ausgedehnte Militärgerichtsstand entspricht einer volksthümlichen Heerverfassung nicht, weil er dazu führt, den Militärstand dem Bürger gegenüber zu isoliren und als Kaste darzustellen. In dieser Beziehung findet sich im Entwurf der preußischen Verfassungsurkunde noch eine bedeutende Lücke." Das Gardekorps als solches ist aufzulösen. Da das Gardekorps jährlich eine halbe Million mehr kostet, so betrüge dieses keine unbedeutende Ersparniß. Die 12 Gardelandwehrbataillone sind aufzulösen und der Provinziallandwehr zu überweisen." Um die Aufhebung des Gardekorps auch politisch zu motiviren und zu zeigen, daß in einem Heere, welches auf eine Verfassungsurkunde zu schwören hat, keine privilegirte Heeresabtheilung zugelassen werden darf, berufen wir uns auf die Ansicht Zachariä's in seinen 40 Büchern vom Staate, der über Zweck und Stellung der Garde sagt: „Jedoch der Despotismus bedarf noch anderer, auf sein Interesse unmittelbar berechneter Mittel, um das Heer in Gehorsam zu halten. Der Zwingherr hat sich z. B. mit einer besonders bevorrechteten Leibwache zu umgeben, beneidet von dem übrigen Heere, eifersüchtig auf ihre Vorrechte, wird eine solche Leibwache gehorchen und dem übrigen Heere gebieten, um sich selbst in ihrer Stellung zu behaupten?"

Aus den mitgetheilten Bruchstücken sieht man, wie sehr Hr. v. F. sich auch um die politische Freiheit der preuß. Staatsbürger verdient machte in einem Augenblick, in welchem er eigentlich nur das Wohl der Steuerpflichtigen im Auge hatte. Wir können nur bedauern, daß die amtliche Thätigkeit des Hrn. Verfassers bereits geendigt ist und wünschen, daß in dem Kriegsministerium recht viele gleichgesinnte Offiziere beschäftigt sein mögen. Endlich empfehlen wir das Schriftchen auf's Angelegentlichste den Volksvertretern, denen es von dem Verfasser auch gewidmet ist.

Digitized by Google

Stettin.

Konstitutioneller Klub. In der Sitzung v. 15. Juni unter Vorsitz des Stadtrath Sternberg wurde eine von der dazu niedergesetzten Kommission an die Berliner verfaßte Adresse verlesen und angenommen.

Der Antrag des Ref. Mehls: „die Nationalversammlung in Frankfurt zu veranlassen, schleunig die nöthigen Schritte zu einem Bündnisse mit Frankreich und Nordamerika zu thun", wurde einer Kommission zur Begutachtung überwiesen und dann in der Debatte über den Verfassungsentwurf fortgefahren.

In der Sitzung am 17 Juni wurde die Antwort des Abg. von Puttkammer auf die Anfrage des Klubs in Betreff der Abstimmung v. 9. Juni verlesen und der Verfassungsentwurf weiter berathen. Ref. Mehls beantragt für § 19: alle Preußen sind wehrpflichtig und wehrberechtigt. Dieser Zusatz wird angenommen. Die von Mehls beantragte Debatte über allgemeine Volksbewaffnung wird verschoben. Herr Mehls hält den § durch sein Amendement noch nicht erledigt. Er erklärt sich gegen ein stehendes preußisches Heer und will nur zur Vertheidigung gegen außen ein deutsches Heer. Im Innern soll allgemeine Volksbewaffnung und allgemeine Wehrberechtigung statt finden. Die Führer sollen nur durch Wahl der Wehrmänner ernannt werden Zu §. 20 verlangt das Kommissionsgutachten: das ganze Ministerium soll verantwortlich sein, wenn auch nur einer contrasignirt habe. Das Kommissionsgutachten vertheidigt Hr. Fellechner, da die Verantwortlichkeit aller Minister eine größere Garantie biete: Hr Mehls stimmt dem bei. Dagegen spricht Dr. Schulz, weil es ungerecht, alle für die Verfügungen einzelner verantwortlich zu machen Hr. Sternberg: Unmöglich können alle Minister für die Handlungen der Einzelnen verantwortlich sein. Will man dies durchaus, so müssen jedesmal alle Minister unterzeichnen. Hr. Fellechner: Die Verordnungen werden von dem betreffenden Minister und dem Minister-Präsidenten unterzeichnet. Letzterer thut es im Namen Aller, folglich müssen auch Alle verantwortlich sein. Der Antrag der Kommission wird verworfen und die Sitzung „aus Mangel an Mitgliedern" aufgehoben.

In der Sitzung vom 20. Juni wurden Schreiben des Abg. Kosmann und des demokratischen Klubs in Berlin verlesen und das Gutachten der Kommission über ein Bündniß mit Frankreich und Nordamerika, so wie ein Schreiben des Dr. Stahr, über diesen Gegenstand, der durch Krankheit verhindert war, den Berathungen der Kommission beizuwohnen. Nach einer längern Debatte wird das Gutachten, das sich für ein Bündniß mit Frankreich und Nordamerika und für eine in diesem Sinne an die Nationalversammlung zu erlassende Adresse ausspricht, angenommen und die Abfassung der Adresse einer Kommission übertragen.

Das Danziger Dampfboot unter Leitung des Dr. Quehl fährt fort die Berliner und die Linke zu verdächtigen. Wir erfahren aus dem Dampfboot: die ebenfalls von Dr. Quehl redigirte Danziger Ztg. enthalte eine „kurze Beleuchtung des verschmitzten Behrens'schen Antrags" Jammerschade daß diese „kurze Beleuchtung" für diese Welt verloren geht, denn die Danziger Ztg. kommt nicht über das Weichbild der Stadt hinaus und so werden wir über diesen „verschmitzten Antrag" nicht aufgeklärt werden, wenn Hr. Dr. Quehl nicht einen besonderen Abdruck davon veranstalten sollte. Besondere Sympathien hegt Hr. Dr. Quehl für seinen würdigen Freund, den Hofschauspieler Schneider, den bekannten Komiker des Royalismus. „Die Berliner Wühler und Hetzer haben, erzählt er, die Fortsetzung des Gastspiels des Herrn Schneider in Hamburg zu verhindern gewußt; eine jämmerliche Bande." Früher sahen die alten Weiber überall fremde Emissäre; jetzt „Berliner Wühler und Hetzer," sogar in Hamburg, um die „Existenz" eines Komddianten zu unterwühlen. — Eine Deputation von Damen überreichte dem Grafen Reichenbach bei dem Zuge nach dem Friedrichshain einen Kranz. Dr. Quehl giebt den Damen den Rath „mit ihren Kränzen etwas vorsichtiger umzugehen, denn Graf Reichenbach huldigt, wie Dr. Quehl entdeckt hat, „dem brutalsten Radikalismus." — Natürlich steht der Berliner demokratische Klub bei dem Danziger Dampfboot sehr schlecht angeschrieben, denn er „fängt an — sehr lächerlich zu werden" d. h. in den Augen des Dr. Quehl in Danzig, worüber sich der demokratische Klub in Berlin wohl zu trösten wissen wird. — Nach einem Berliner Korrespondenten der Hamb. Börsenhalle sind indeß, die Unruhen v. 14., „wie es sich jetzt immer klarer herausstellt, in der Hauptsache von dem demokratischen Klub aus angezettelt." Der Mann schämt sich des Denunciantenhandwerks nicht, dessen Exercitium man doch denen überlassen sollte, deren Pflicht es ist. Offenbar ist der Berliner Korrespondent der demokratischen Partei nicht hold und nun denuncirt er darauf los, ohne verantworten und beweisen zu können. Durch zufällige Umstände kann der Zeughaussturm nebst Zubehör nicht entstanden sein. Er muß angezettelt sein — durch den demokratischen Klub.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. № 38.

Sonnabend, den 24. Juni.

Inhalt: Adresse an die Berliner. Das General-Postamt fragt an, ob der Wächter eine Zeitschrift „politischen Inhalts" sein wolle. Der Sturz des Ministeriums Camphausen. Das Ministerium Camphausen. Die Republikaner in Süddeutschland. Der Gewerbe-Congreß zu Hamburg.

Unter Mitwirkung von Bensey, Buhl, Ed. Cohn, Falkson, Hoppe, Kleinpaul, Meyen, Nauwerck, Pleßner, K. Stahr, Weller, G. A. Wislicenus erscheint vom 1. Juli ab mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, täglich einen halben Bogen stark in gr. 4. mit dem Motto: „Bildung, Freiheit und Wohlstand für Alle"

Der Wächter an der Ostsee.

Demokratisches Organ,

herausgegeben von W. Lüders.

Prospektus und Probenummern sind in nächster Woche durch sämmtliche preuß. Postämter **gratis** zu beziehen.

Abonnementspreis für Stettin vierteljährlich 25 Sgr., für 1 Rthlr. frei ins Haus; auswärts auf allen preuß. Postämtern 1 Rthlr. vierteljährlich. Wir bitten um gefällige schleunige Erneuerung des Abonnements, um die Größe der Auflage bestimmen zu können.

Adresse an die Berliner.

Männer von Berlin!

Von vielen Seiten, leider auch aus unserer Provinz, sind Stimmen laut geworden, welche in unglücklicher Verblendung den großen Kampf des 18. und 19. März zu einer Straßen-Emeute herabwürdigen und die Revolution mit ihren Folgerungen verleugnen wollen. Diesen gegenüber fühlen wir die Verpflichtung zu erklären: „daß wir den Kampf vom 18. und 19. März als das größte und bedeutungsvollste Ereigniß der vaterländischen Geschichte anerkennen, daß wir den todesmuthigen Freiheitskämpfern unsere innigste Verehrung zollen, und daß wir die aus diesem Kampfe hervorgegangene Revolution als eine sittlich gerechtfertigte erachten." Wir haben Euch aber noch Dank zu sagen für die Aufopferung, mit welcher Ihr noch jetzt die schwer erworbene junge Freiheit bewahrt. O, werdet nicht müde in dieser heiligen Pflichterfüllung, unsere Hoffnungen ruhen auf Euch, auf Euch die Zukunft des Vaterlandes, dessen Größe zu gründen Euer Beruf ist. Schützet mit der vollen Würde Eurer Macht Euer und unser schwer erworbenes Recht, mit der Macht, in deren Bewußtsein Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit ruht und seid überzeugt, daß wir Euch in diesem Bestreben angehören für immer.

Der konstitutionelle Klubb in Stettin.

Digitized by Google

Herr Jungklaaß, ein bekannter Komiker des Absolutismus, hat in der Stettiner Ztg. einen fulminanten Artikel gegen diese Adresse des Stettiner Klubs losgelassen. Aufgefordert von „vielen unserer geachtetsten Mitbürgern und mehreren ehrenwerthen Meistern", fordert Hr. Jungklaaß diejenigen Stettiner, welche dieses „Straßenecken-Plakat" verfaßt und dessen Anschlag an die Straßenecken Berlins beschlossen haben, auf, ihre Namen in der Privilegirten Stettiner öffentlich bekannt zu machen. Das würde der Stettiner Privilegirten gewiß angenehm sein, denn sie könnte dabei nur gewinnen, nämlich die Insertionsgelder. Wie kann sich der Stettiner konst. Klub so vergessen und sich mit „Straßenecken-Plakaten" befassen! Wie ungenirt! Aber was hat Hr. Jungklaaß sich darum zu kümmern, wenn der Stettiner Konstitutionelle „Straßenecken-Plakate" beschließt. Möglich, daß Hr. Jungklaaß, Commissionär mehrerer Meister oder als Polizeibeamter fungirt. Das berechtigt ihn noch gar nicht zu dergleichen Aufforderungen. Nach einem bekannten Sprichwort kann ein Narr viel reden, ehe vernünftige Leute ihm antworten.

Das General-Postamt fragt an, ob der Wächter eine Zeitschrift „politischen Inhalts" sein wolle.

Auf Veranlassung des General-Postamtes ist uns von dem Königl. Intelligenzcomtoir in Stettin folgende Anfrage zugegangen:

Ew. Wohlgeboren ersuche ich hierunter gefälligst bemerken zu wollen, ob ihre Zeitschrift „der Wächter an der Ostsee", welche vom 1. Juli ab täglich erscheinen soll, politischen Inhalts sein und von der Steuerbehörde zur Stempelabgabe herangezogen werden wird.

Stettin, 19. Juni 1848. (gez.) Balcke.

Diese Anfrage bezieht sich auf die Festsetzung des Postaufschlags für die Versendung des Blattes und scheint daraus hervorzugehen, daß der Portoaufschlag für eine Zeitschrift „politischen Inhalts" nach einem andern Maßstabe berechnet werden dürfte, als Zeitschriften, die sich mit Belletristik und dergleichen beschäftigen, d. h. daß die Politik von der Postbehörde besonders besteuert werden soll. Ein Verfahren, daß sich schwer rechtfertigen lassen dürfte, denn ein Bogen Papier „politischen Inhalts" fällt nicht schwerer ins Gewicht und macht der Post bei der Versendung nicht mehr Mühe als ein Bogen mit Novellen und Gedichten gedruckt. Ja, diese Gedichte können, da die Zeit der idyllischen Schäferpoesie vorüber, gar leicht ebenfalls in die Politik hinüberstreifen. Eine Gränzlinie zu ziehen, mögte schwer, ja unmöglich sein — denn, um von Handelsblättern, landwirthschaftlichen Zeitschriften nicht zu reden, ist heute jedes Blatt bis zu den Modezeitungen nicht frei von dem Verbrechen sich mit Politik zu beschäftigen.

Ein Irrthum ist es, wenn die Postbehörde voraussetzen sollte, jede Zeitschrift politischen Inhalts könne von der Steuerbehörde zur Stempelabgabe herangezogen werden. Das Gesetz kennt nur einen Zeitungsstempel. Politische Zeitungen zahlen von jedem Exemplar jährlich einen Rtlr. Stempelsteuer. Eine politische Zeitung aber, die ihre Leser mit politischen und unpolitischen Neuigkeiten abfüttert, über Reisen und Jagden hoher Herrschaften, Adel-, Titel- und Ordensverleihungen, über die Ziehung der Lotterie und den Cours der Aktien und Staatspapiere berichtet – Börse und Politik stehen in inniger Wechselbeziehung — will der Wächter vorläufig nicht werden; er begnügt sich ein Volksblatt zu sein und verbittet sich höflichst, ihn unter die politischen Zeitungen einzurangiren. Er protestirt gegen eine solche unfreiwillige Standeserhöhung, die ihm ein Drittel des Abonnements-

Digitized by Google

preiſes rauben würde. Von dem hohen General-Poſtamt aber hofft der Wächter mit Bezug auf ſeinen beſcheidenen Umfang bei Feſtſetzung des Poſtaufſchlags dieſelbe Berückſichtigung zu finden, die andern Organen zu Theil wird. Vorausſetzen, daß der Wächter mit einem höhern Poſtaufſchlage belegt werden könne, weil er radikal, würde eine Beleidigung der Behörde ſein.

Der Sturz des Miniſterium Camphauſen.

Als die Führer der Oppoſition auf dem erſten Ver. Landtage die Leitung der Geſchäfte übernahmen, als Männer aus den Komtoirs an die Spitze des Miniſteriums traten, war Freude und Jubel im Lande. Nur ſie, glaubte man, ſeien geeignet, das Staatsſchiff ſicher durch die wogende Brandung des Sturmes zuführen. Bald aber zeigte ſich, daß der Bourgeoisieliberalismus die Forderungen der Zeit nicht begriffen, und die Bewegung, die ihm das Ruder in die Hand gegeben, nicht richtig erkenne. Das Verläugnen der Revolution war ein Mißgriff. Dabei war das aus ſo heterogenen Elementen zuſammengeſetzte Miniſterium in ſich uneins und ſchwach nach oben wie nach unten, weil es ſich ſcheute zu ſein, was es nur ſein konnte, ſein mußte — ein revolutionäres Miniſterium. Nur wenn es entſchieden mit der Vergangenheit brach und ſich auf den Boden der Revolution ſtellte, konnte es Kraft im Volke finden. Mancherlei Gerüchte, die über den Zwieſpalt des Miniſteriums ins Publikum drangen, konnten kein Vertrauen zu demſelben erwecken. Die Zukunft wird dem abgetretenen Miniſterium Gerechtigkeit widerfahren laſſen. Nur darauf wollen wir aufmerkſam machen, daß einzelne Miniſter mit einzelnen Maßregeln nicht einverſtanden geweſen ſein ſollen, möglich, daß Camphauſen ſich einem andern Willen untergeordnet und ſich ſelbſt geopfert hat. Daß eine Hofkamarilla mächtiger und einflußreicher als der verantwortliche Miniſterpräſident, daran möchte nicht zu zweifeln ſein. Das Gerücht bezeichnet als Veranlaſſung des Zurücktretens: dem Miniſter-Präſidenten ſei eine bei Hofe aus Petersburg eingehende Depeſche vorenthalten worden. Das Gerücht, ſelbſt wenn es unwahr ſein ſollte, zeigt, daß man im Volke an die Möglichkeit glaubt. Auf die eigenthümliche Stellung der verantwortlichen Miniſter wirft folgende Mittheilung, die wir der „Reform" entnehmen, einiges Licht.

„Als am Mittwoch den 14. d. M. der Güterzug auf der Berliner-Hamburger Eiſenbahn von Berlin nach Spandau kam, konnte er ſeine Fahrt nicht fortſetzen, weil der Kommandant von Spandau eine Eiſenbahnſchiene hatte aufnehmen laſſen. Der Kommandant hatte dies auf Grund einer nicht kontraſignirten Kabinets-Ordre gethan, worin auch eine Beſetzung der Bahn mit ſchwerem Geſchütz befohlen war. Der Eiſenbahn-Direktor begab ſich in Folge deſſen nach Potsdam und wurde von dort an den Kriegsminiſter gewieſen; dieſer ertheilte dann am Donnerſtag dem Kommandanten in Spandau den Befehl, die Eiſenbahnſchiene wieder einlegen zu laſſen. Der Perſonenzug vom Donnerſtage wurde dadurch eine ſehr beträchtliche Zeit aufgehalten. — Dieſe Thatſache beweiſt von neuem, daß wir in Wahrheit noch nicht einmal eine konſtitutionelle Monarchie mit einem verantwortlichen Miniſterium haben, daß vielmehr die Reaktion mit ihrer Kamarilla immer weiter um ſich greift, daß das rath- und thatloſe Miniſterium ſich nicht einmal die Macht zu verſchaffen gewußt hat, in deren Beſitz die Miniſterien der abſoluten Monarchie geweſen ſind."

Ein großer, ein unverzeihlicher Fehler war es, daß das Miniſterium mit den alten Beamten fortregieren wollte, mit ſeinen prinzipiellen Feinden. Umgeben, be-

Digitized by Google

dient und berathen von den Beamten, Räthen, Geheimeräthen und wirklichen Geheimenräthen des gestürzten Systems war das Ministerium ein wirklich schlecht berathenes. Wir stimmen in dieser Beziehung ausnahmsweise ganz mit dem überein, was die Nat.-Ztg. sagt: Es ist ein Hauptfehler des bisherigen Kabinets, daß es in dieser Richtung so wenig oder eigentlich Nichts gethan hat. Wir erwarten vor allen Dingen, daß man so schleunig wie möglich an die Umgestaltung der Büreaukratie gehe. Es sind in den obern Zweigen der Verwaltung, sowohl in der Hauptstadt, als auch in den Provinzen die wichtigsten Aemter mit Beamten des frühern freiheitsfeindlichen Systems besetzt; diese Beamten sind nicht allein ungeeignet im Geiste der neuen Zeit zu wirken, viele wenden auch sogar ihre amtliche Autorität an, gegen diesen Geist beharrlich anzukämpfen; sie paralysiren somit die besten Absichten der Centralregierung. Die Regierungs-Präsidenten und Landräthe sind meistens noch dieselben, wie sie uns das Ministerium Bodelschwingh hinterlassen hat; wir erwarten von dem neuen Ministerium, daß es hier mit starkem Arm durchgreifen und die reaktionären Reihen lichten werde.

Sodann hoffen wir von dem neuen Kabinet, daß es in der auswärtigen Politik mehr Energie und Würde zeige, als sein Vorgänger gezeigt hat. Wir haben mit Schmerz sehen müssen, daß das vorige Kabinet nicht die mindesten Anstalten getroffen hat, eine durchgreifende Veränderung in Besetzung der diplomatischen Posten eintreten zu lassen. Es ist unmöglich, daß unsere Beziehungen mit dem Auslande zu ersprießlichen Resultaten führen, wenn unsere Agenten bei den fremden Mächten nicht verstehen, die Politik, welche jetzt bei uns zur Geltung gekommen ist, würdig zu vertreten. Doktrinairs und Salonhelden können uns wenig nützen, die Zeit der Feder-Diplomatie ist vorüber, praktische, freisinnige Staatsmänner, das ist es, was wir brauchen.

Endlich erwarten wir, daß der neue Kriegsminister energische Maßregeln ergreife, um das Land in den Stand zu setzen, auf feindliche Angriffe vorbereitet zu sein. Man hat bisher am Rhein und an der französischen Grenze kriegerische Rüstungen gemacht und dort eine Unmasse von Truppen zusammengezogen. Frankreich will keinen Krieg mit uns, wir wollen keinen mit Frankreich. Im Nothfall sind auch noch andere Bundesstaaten da, um unsre Truppen zu verstärken. Aber von anderer Seite, von der Ostgränze, ist die Gefahr viel näher. Es wird seit einiger Zeit fortwährend von feindlichen Absichten Rußlands gesprochen, man erzählt von Armeen, die an unserer Gränze stehen um ehestens einzurücken. Nun ist bis jetzt nichts geschehen, um unsere östlichen Provinzen gegen einen Ueberfall zu sichern, sie sind fast gänzlich entblößt von Truppen. Langsamkeit und Fahrlässigkeit in dieser Richtung können uns in heilloses Unglück stürzen; es ist die höchste Zeit, daß das Ministerium sich endlich damit beschäftigt.

Das Ministerium Camphausen.

Mit der Niedersetzung einer Kommission zur Umarbeitung des ministeriellen Verfassungsentwurfs ist die Initiative thatsächlich von der „Krone" an die Nationalversammlung gekommen, die nunmehr wirklich den Charakter einer konstituirenden erhalten hat. Darin sich zu fügen, schien den Ministern unmöglich, eben so unmöglich wie die Ausdehnung der Bürger- zu einer Volksbewaffnung. Man wollte die Bürgerwehr selbst bewegen, die Krone um Militär zur Niederhaltung der hauptstädtischen Bewegung anzugehn: man wollte mit einem Worte, wie der Ministerpräsident es neulich selbst freimüthig genug bekannte, in einem total neuen

Digitized by Google

Zustande „mit den alten Mitteln fortregieren", obschon die augenfälligsten Beweise für deren Unzulänglichkeit seit drei Monaten vorliegen. Es ist kein Zweifel, das Ministerium hat, bei aller Redlichkeit seiner Absichten dennoch ganz die Methode des gestürzten Systems befolgt. Es hat sich Schritt vor Schritt von einer Position auf die andere zurückdrängen lassen. Das alte System *glaubte* wenigstens an die Macht, auf die es sich stützte, und diese Macht, das Heer, die Garde hat gezeigt, daß sie dies Vertrauen verdiente. Das Ministerium des 19. März stützte sich auf etwas, an dessen Kraft und Hingebung es selbst nicht glaubte, auf die Bajonette der berliner Bürgerwehr. Es brauchte ein Rohr zur Springstange, um über den Graben der Verlegenheit zu kommen, und mußte erleben, daß das Rohr beim ersten Aufstemmen zerbrach. Napoleon hat gesagt: es ist nicht genug, ein großer Mann zu sein, man muß auch zur rechten Zeit kommen. Das Ministerium des 19. März wäre als Frucht des ersten Vereinigten Landtages im J. 1847 zu rechter Zeit gekommen. Nach der Märzrevolution des Jahres 1848 kam es zu spät. Was der frühere Minister Graf *Arnim* in einer der letzten Sitzungen des zweiten Vereinigten Landtags der Regierung zurief: „In Zeiten der Bewegung müsse eine Regierung, welche dieselbe leiten wolle, *immer der Bewegung voraus sein*" — dies mahnende Wort ist von dem Ministerium Camphausen unbeachtet geblieben. Die Folgen liegen vor Augen. Sie sind bereits Thatsachen geworden, Thatsachen, welche man seit zwei Monaten Schritt vor Schritt kommen sah. Und es ist auch jetzt noch charakteristisch genug, daß das Ministerium diesen Thatsachen gegenüber, immer noch bei der Ansicht verharrte: „der von ihm eingeschlagene Weg sei der allein richtige gewesen, und er habe nur darum *nicht* zum glücklichen Ziele geführt, weil Idealisten und Literaten das Volk verführt hatten". Es sind ganz die alten Pointen des alten Systems, welche hier wiederkehren. Dabei waren aber die Mitglieder des Conseils doch darin einig, daß einer immer die Schuld davon, daß Nichts geschah, oder daß das Rechte nicht durchdrang, auf die Energielosigkeit, den Eigensinn und die Bedenklichkeit des andern schob. *Eine* Energie aber fehlte allen, es war die *gegen die Hofkamarilla und ihre Einflüsse auf die Krone*. Dadurch gab sich das Ministerium den letzten Stoß. Vergebens hatte der Conseilspräsident dem Prinzen von Preußen eine Rede entworfen, welche die Nationalversammlung und das ganze Land befriedigt haben würde. Vier und zwanzig Stunden genügten der Potsdamer Hofkamarilla, den Prinzen und den König umzustimmen, und so vernahm das Ministerium Tags darauf jene Rede des Prinzen von Preußen, welche ihm die Frucht einer Maßregel raubte, an deren Durchsetzung es Ruf und Popularität gesetzt hatte. Das ist eine Thatsache, welche eben so verbürgt ist, als sie beachtet zu werden verdient.

(Brem. Ztg.)

Die Republikaner in Süddeutschland.

Frankfurt. Die Bewegung außerhalb des Parlaments ist weit interessanter und zukunftvoller als der Rechtsboden-Formalismus drinnen. Es gähren und kochen die Elemente des Volksgeistes um mich her, daß man Mühe hat, ein ungetrübtes Urtheil zu behalten. Wer aus Preußen, überhaupt aus dem Norden kommt, und die Umgegend von Mainz und Frankfurt betritt, der ist in eine völlig veränderte Atmosphäre gerückt. Die Stimmung in Mittel- und Süddeutschland ist so gewiß eine *entschieden republikanische*, als die Bauern in Westpreußen ausgemachte Grobiane sind. Wie der Süden dem Norden *constitutionell* vor-

Digitized by Google

aus war, so auch jetzt republikanisch. Preßfreiheit, noch weit mehr aber Associationsrecht und freie mündlich Aeußerung werden hier in größter Ungebundenheit und ohne Störung im Sinne der Republik verwandt. In allen frankfurter Bierhäuser giebt es allabendlich Hoch's auf Hecker; noch mehr, es ist stark die Rede davon, daß Hecker ins Parlament kommt, und ich halte diesen Entschluß nicht geradezu für unmöglich. Man begreift das, wen mann weiß, daß in dem bureaukratisch-steifen, vornehm-langweiligen Darmstadt ein republikanischer Verein von 450 Mitgliedern besteht. Die Deputirten der Linken, welche die Pfingsttage in der Pfalz zubrachten, haben überall nur Einen Wunsch, nur Einen Willen gefunden: das Volk begnügt sich nicht mehr mit der Republik in der Centralgewalt, mit Beseitigung des längst durchgefallenen Kaisers, mit Verfassung „auf breitester Grundlage;" es will die factische Republik, die Republik en detail. Die nächste Zukunft muß zeigen, ob diese ungeheure Bewegung sich noch einmal abdämpfen, noch ein mal zur legalen Opposition herunterstimmen läßt, oder ob wir bald am Ende aller Dinge stehen. Ich vermuthe stark, in zwei Jahren wird man sich in Süddeutschland bei Geschichtschreibern nach der Existenz gewisser privilegirter Stellungen erkundigen.

Wie weit die Republik in Deutschland überhaupt Fortschritte gemacht hat, wie sehr sie besonders mit der Frage des Proletariats identificirt wird, davon gibt der gegenwärtig hier versammelte Congreß von Deputirten der demokratischen Vereine Zeugniß. Gestern Nachmittag, 4 Uhr, fand die erste öffentliche Sitzung unter dem Präsidium Jul. Fröbels im hiesigen „Deutschen Hause" statt. Der große Saal nebst Tribünen war nicht im Stande, die Zahl der herbeieilenden Zuhörer zu fassen. Man begann sofort mit einer Principienfrage, mit einer Erklärung, die an die Spitze aller weiteren Diskussionen gestellt werden sollte. Dr. Gottschalk aus Köln beantragte: „Für Deutschland ist die einzig mögliche Verfassung die demokratische Republik, d. h. eine Republik, in welcher die Gesammtheit die Verantwortlichkeit für die Freiheit und **Wohlfahrt** jedes Einzelnen übernimmt." Die hauptsächlichen Amendements richteten sich gegen das „einzig möglich" und gegen den erklärenden Zusatz, der Vielen zu kühn, zu demokratisch, zu anmaßend, zu kommunistisch erschien. Für „einzig möglich" wurde beliebt „einzig haltbar," was insofern gewiß besser ist, als vor der Hand noch Manches „möglich" ist, auf die Dauer aber sicherlich nur Eine sich herausbilden kann, was dann auch „haltbar" sein wird. Die Amendements gegen die Garantie für Freiheit und Wohlfahrt jedes Einzelnen wurden von Lafaurie und Bamberger gestellt, namentlich von Letzterem gut motivirt: er könne sich zwar den Stolz der Intelligenz denken, wenn man das Arkanum gefunden habe, aber man solle doch auch die Bescheidenheit anerkennen, welche das große Räthsel für noch nicht gelöst erkläre. Lafaurie meinte, die demokratische Republik sei eine solche, welche alle Privilegien und Ausnahmestellungen beseitige, Alle für absolut gleich berechtigt erkläre, und Jedem so nicht nur das Recht, sondern auch die Möglichkeit gewähre, sich seine Freiheit und Wohlfahrt zu sichern. Er opponirte jeglicher socialen Diktatur, wollte die Wohlfahrt auf freies Vereinigungsrecht gründen. Allein die „Initiative des Staates" war trotz des belehrenden Beispiels von Frankreich, trotz des ikarischen Schicksals von L. Blanc zu stark vertreten, als daß die Majorität auf solche Modifikationen eingegangen wäre.. Die Versammlung „beschloß," die Republik nehme die Verantwortlichkeit auf sich. Der fernere Verlauf der Debatte ist hiernach vorauszusehen; man wird sämmtliche Consequenzen der Erklärung ziehen. Repräsentirt die Konferenz wirklich die Demokratie in Deutschland, so gelangen wir früher oder später zu einem Experimente, zur faktischen

Digitized by Google

Erledigung eines Dogmas, das sich durch die Theorie nicht verdrängen lassen zu wollen scheint.

Während die Demokraten im „Deutschen Hause“ die sociale Republik proklamirten, saßen die Aristokraten bei Rothschild und „heulten“ gleich den trauernden Juden. Es soll ein großes Zähneklappern gewesen sein. Es ist indessen noch nichts in der Welt verändert, die junge Freiheit bettelt acht Wochen nach der „Revolution“ bei Rothschild um eine Anleihe, wie es acht Wochen vorher der alte Despotismus gethan. (Tr. Ztg.)

Der Gewerbe-Congreſs zu Hamburg.

Ueber den hier abgehaltenen Gewerbe-Congreß läßt sich wenig Erfreuliches berichten. Derselbe hat eine so reactionäre Farbe getragen, daß er zuletzt zum Spott und Skandal geworden ist. Er hat ein so geringfügiges Resultat gehabt, daß es sich nicht der Mühe verlohnt hat, ihn zu beschicken. Dieser erste Handwerker-Congreß hat gezeigt, daß die Gewerkmeister Norddeutschlands noch weit davon entfernt sind, ihre Zeit zu verstehen, ihre Interessen mit denen der übrigen Bevölkerungsklassen in Einklang zu setzen und in Rücksicht auf das Ganze und um eines freien Prinzips willen veraltete Gerechtsame und Einrichtungen aufzuopfern, sondern daß ihr fast einziges Bestreben auf Vermehrung der schon vorhandenen Beschränkungen des freien Gewerbsbetriebs und des freien Handels in wahrhaft grotteskem Style gerichtet ist. Die Reden des Prof. Winkelblech aus Kassel und des Arbeiters Bisky aus Berlin ausgenommen, welche beide höchst gebildete und erleuchtete Männer mit ihren humanen Ansichten hier durchaus nicht an ihrem Platze waren und sich darauf beschränken mußten, hie und da Einiges zu mildern und an scheinbar differenten Stellen einiges Gute einzustreuen, haben wir nicht einen einzigen fruchtbringenden Gedanken aussprechen gehört, kaum den schwächsten Anklang an das humane Prinzip vernommen, das durch die neuesten Ereignisse zum Durchbruch gekommen ist; wir haben vielmehr Männer vor uns gehabt, deren einzige Triebfeder jener beschränkte Egoismus war, aus welchem die tausend Privilegien des Mittelalters hervorgegangen sind.

Der höchst üble Eindruck, welchen die Verhandlungen des Congresses auf gebildete Zuhörer machten, ward noch verstärkt durch die Anfangs oder vielmehr in der ganzen ersten Hälfte denselben fast beherrschenden Zänkereien der hiesigen Aemter mit der Vereinigung zur Hebung des Gewerbstandes. Die letztere hatte mit einem Lauenburger Verein den Congreß berufen; die hiesigen Aemter und Brüderschaften waren eingeladen, denselben durch Deputirte zu beschicken; aber einige der Herren Amtsmeister, welche für sie nachtheilige Beschlüsse der Versammlung fürchten mochten, suchten die Leitung derselben in ihre Hände zu spielen, sie wenigstens der vorherrschenden Influenzirung durch Männer jener Vereinigung zu entziehen; und es gelang ihnen dies nach sehr erbittertem Kampfe dadurch, daß sie, obwohl die Meinung der überwiegenden Zahl der Zuhörer gegen sich, doch die Richtung der allermeisten Fremden durchaus für sich hatten, und diese, des Streitens überdrüssig, bald einen Terrorismus gegen die sich immer wieder hervordrängenden Mitglieder der Vereinigung und in gewisser Hinsicht gegen alle im unteren Saale Anwesende ausübten.

Digitized by Google

Ein Gewerbe-Parlament soll nach Frankfurt berufen werden; das soll den Herren in Frankfurt imponiren; sie, die nichts verstehen von den Handwerks-Interessen (Schade!), müssen euren reactionärsten Wünschen genügen; euer Wille ist Gesetz. Mögen hier die Anträge des Deputirten von Wismar als einstimmig gebilligte einen Begriff von der Richtung der hier versammelt gewesenen Männer geben, zugleich aber auch zeigen, daß im Interesse der Freiheit und des Fortschrittes unserer Cultur, namentlich auch im Interesse der Handelsfreiheit, ganz davon abzustehen ist, den Handwerkern selbst eine Gesetzgebung über die Gewerbe zu übertragen. 1) Es sollen die Gewerbe den Städten ausschließlich verbleiben. 2) Es soll keine Gewerbefreiheit sein; aber auch kein Zunftzwang, sondern Gewerbe-Ordnung. 3) Die Gewerbtreibenden sollen nur mit ihren eigenen Produkten Handel treiben. 4) Die Kaufleute sollen nur mit auswärtigen Rohprodukten, nicht mit inländischen Fabrikaten handeln. 5) Jeder Gewerbtreibende soll nur ein Gewerbe treiben und mit den Produkten desselben handeln dürfen. 6) Diese Beschlüsse sollten dem Frankfurter Parlament angezeigt werden, und falls sie nicht dessen Genehmigung finden, wollen die Handwerker sie „mit Gut und Blut" durchsetzen. „Ich bin überzeugt, meine Herren, daß dieses Ihrer aller Ansicht ist," sagte jetzt der Präsident Berends aus Magdeburg, und einstimmiges Ja! antwortete ihm. Eben so fand allgemeine Beistimmung der Antrag eines Lauenburger Deputirten, daß im Umkreise von zwei Meilen um jede Stadt kein Handwerker wohnen soll; ferner der Antrag eines Oldenburgers auf Beschränkung der Freizügigkeit und Aufhebung des Hausirhandels. Gegen die Beschränkung der Freizügigkeit sprachen indessen ein Berliner Schuhmacher, Hr. Prof. Winkelblech und Hr. Bisky. An dem Allen war es noch nicht genug; die Geduld des Hamburger intelligenten Publikums mußte auf eine letzte, schlagende Probe gestellt werden, bevor es den Versammlungen ein gewaltsames Ende machte. Ein Geselle aus Altona und einer aus Hamburg machten nach einander Anspruch darauf, daß die Gesellen bei den Wahlen für das Handwerker-Parlament sich so gut wie die Meister mit betheiligten. Die Fremden erhoben hiegegen, nachdem die süßlichen Begütigungs-Versuche, welche Hr. Selenka angestellt hatte, fruchtlos geblieben waren, lärmenden Widerspruch und erdreisteten sich sogar, denjenigen Hamburgern, welche nicht zu den erwählten sechs Hamburgischen Deputirten gehörten, ganz gegen den gefaßten Beschluß, das Mitreden zu verbieten. Dies entschied über das Schicksal der Versammlung. Auch die heftigsten Schläge des Präsidentenhammers vermochten die ruhige Berathung nicht wieder herzustellen. Die Meister durften es nicht versuchen, noch eine öffentliche Versammlung zu halten; sie haben sich in das Schneider-Amtshaus zurückgezogen, um ganz für sich allein ihre Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (F. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Der

Wächter an der Ostsee.

1848. Herausgegeben von W. Lüders. No. 39.

Mittwoch, den 28. Juni.

Inhalt: Die Revolution in Deutschland. Ueber die Wartburgversammlung. Adresse der auf der Wartburg versammelten Studenten. Die Literaten und die Revolution. Gemeindeordnung.

Unter Mitwirkung von Benfey, Buhl, Ed. Cohn, Falkson, Hoppe, Kleinpaul, Meyen, Nauwerck, Pleßner, K. Stahr, Weller, G. A. Wislicenus erscheint vom 1. Juli ab mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, täglich einen halben Bogen stark in gr. 4. mit dem Motto: „Bildung, Freiheit und Wohlstand für Alle"

Der Wächter an der Ostsee.

Demokratisches Organ,

herausgegeben von W. Lüders.

Prospektus und Probenummern sind in nächster Woche durch sämmtliche preuß. Postämter **gratis** zu beziehen.

Abonnementspreis für Stettin vierteljährlich 25 Sgr., für 1 Rthlr. frei ins Haus; auswärts auf allen preuß. Postämtern 1 Rthlr. vierteljährlich. Wir bitten um gefällige schleunige Erneuerung des Abonnements, um die Größe der Auflage bestimmen zu können.

Die Revolution in Deutschland.

Da sitzen sie nun in der alten Kaiserstadt, die Männer des Vertrauens, die Vertreter des deutschen Volkes. Schon klügeln, grübeln nnd reden sie und werden, wir hoffen es, auch recht bald zum Beschließen kommen. — Aber was wird das Resultat ihrer Reden und Arbeiten sein? Wir wissen es nicht, Niemand weiß es. Das nur können wir mit Bestimmtheit erwarten: ein Kaiserlein werden sie uns nimmermehr nach Frankfurt setzen, denn die Mehrzahl der Nation hat ein derartiges Hirngespinst mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Und wird die Reorganisation eines einigen Deutschlands auf anderem Wege möglich sein? — Die Stellung der Nationalvertreter ist eine verzweifelte, trostlose. Mit einer Einheit des Reichs, einer Einheit, die blos auf dem Papier, nicht zugleich auch in dem Herzen eines jeden Deutschen geschrieben steht, mit einem bloßen Verkitten und Verkleistern der Länder und Länderchen unserer großen und kleinen Herren von Gottes Gnaden hat das Volk Nichts, gar Nichts gewonnen. Und was hat es denn an dem, was es bereits nach schweren Kämpfen und theilweise nur mit den Schwertern in der Faust errungen hat? Ist durch die Religionsfreiheit die Macht der Finsterlinge gebrochen, die Macht der falschen Pfaffen, welche jetzt schon wieder Knechtschaft predigen und heuchlerisch dem Absolutismus in die Hände arbeiten, um gemächlich in den Pfründen sitzen zu können? Ist mit der Preßfreiheit den Gepreß-

Digitized by Google

ten, den Gedrückten und Geknechteten schon geholfen, wenn wir ihnen jetzt sagen dürfen: das sind die Schurken, die euch pressen und drücken und knechten? Bist du dadurch schon frei geworden, wenn du dein Elend kennen gelernt hast und diejenigen, die dich niederhalten im Elende? Hast du Bürgschaft für deine Freiheit und für die Freiheit deines Volkes, wenn diejenigen doch immer noch deine Herren sein und bleiben sollen, die dich weiland so väterlich nicht blos an Händen und Füßen banden, nein, die selbst das, was ungreifbar an dir war, die den Geist zu fassen und zu zerdrücken wußten? Kannst du den Räthen und geflissenen Dienern dieser Herren vertrauen, jenen Räthen, die noch vor Kurzem verfolgte Revolution närs waren, aber jetzt, wohlbetitelt und wohlversorgt in die Schaaren der Reactionäre treten? Grade diese sind uns ein schlagender Beweis, daß die erste Phase unserer Revolution bereits fertig vor uns liegt. Was diese sonst so gefeierten Helden unserer Landtage erstreben wollten, das haben wir jetzt. Sie machen jetzt Halt, denn den Meisten von ihnen ist die Revolution bereits über die Köpfe gewachsen. Sie hatten nur nach einzelnen, jetzt bereits errungenen Rechten der Freiheit gestrebt, nicht nach der ganzen ungetheilten Freiheit selber, nach der Freiheit, die als Gesammtgut aller Menschen die großen Ideen der Gleichheit und Brüderlichkeit in sich faßt und zu realisiren sucht. Werden die Nationalvertreter Deutschland in diesem Sinne reorganisiren wollen? Mit andern Worten: werden sie die eigentliche und einzig heilsame Revolution, eine gründliche Umgestaltung aller politischen und socialen Verhältnisse Deutschlands decretiren? — Sie werden es nicht, jetzt noch nicht zu thun wagen.

Dennoch wollen wir nicht verzagen; denn weil wir überzeugt sind, daß unsere Ideen die wahren sind, wissen wir auch, daß sie durchbrechen und zum Siege gelangen müssen. Es wird der Tag kommen, an dem das Volk sich selber hilft, die alten Krebsschäden ausmerzt, die faulen Glieder von sich wirft. Ob es ohne Bürgerkrieg geschehen kann, wagen wir freilich nicht zu behaupten. Es ist nun einmal eine unumstößliche, eine geschichtliche Wahrheit, daß die Dokumente großer Errungenschaften mit dem Märtyrerblute der Bürger besiegelt werden; es ist nun einmal der Fluch der Tyrannei, daß ihre Schergen den Zorn der Geknechteten sühnen müssen durch Blut, denn „die Weltgeschichte ist das Weltgericht"; es ist nun einmal die Folge der Verblendung, daß sich ein Volk im eigenen Blute rein waschen muß von den Sünden der Halbheit, der Feigheit, der Unentschiedenheit, der fluchwürdigen Demuth, mit welcher es seinen Nacken schweigsam und willig unter die Füße seiner Bedrücker legt. Das Wenige, was wir uns bereits ertrotzt haben, was wir wiedereroberten als heilige, unveräußerliche Rechte, es hat der Opfer schon viele gekostet. Noch triefen die Straßen mancher schönen Stadt von dem Blute der Bürger. Aber darum verzage nicht, großes, herrliches Deutschland! — Das Frühroth deines schönsten Tages ist angebrochen. Erwache und dann frisch ans Werk! Erwache, Deutschland! —

Ueber die Wartburgversammlung.

Die deutsche studirende Jugend ist wieder auf der Wartburg versammelt gewesen; aber wie verschieden ist die Versammlung dieses Jahres von der von 1817! Es war damals eine herbstlich trübe Zeit des Absterbens alter Lebensformen, und nur die ersten Ansätze neuer Gestaltungen waren unter den alten Formen verbor-

Digitized by Google

gen, während heute sich die Freiheit gewaltig in der Frühlingsluft dieses Jahres entwickelt. Die Versammlung war die Frucht unserer Revolution und ein getreues Abbild unserer Zustände. Schon äußerlich zeigte sich dies: der altdeutsche romantische Burschenrock wechselte ab mit der radikalen Blouse und mit dem Waffenrocke der Wiener und Schleswig-Holsteiner. Es galt, die Grundsätze der Revolution auf die Universitäten anzuwenden, den alten Plunder zu vernichten und die vernünftige Reorganisation derselben zu beschließen. Die Versammlung hat ihre Aufgabe rüstig vollbracht und erwartet nun von der Nationalversammlung die die Ausführung der Forderungen. Da es sich um Anwendung der Grundsätze der Revolution auf bestimmte Verhältnisse handelte, traten natürlich sogleich Parteibildungen ein: als der große Zug einig die Straßen durchzogen hatte und den Berathungssaal betrat, erhob sich der Ruf: „Hier die Linke! Hier die Rechte!" und bald standen sich zwei kompakte Massen gegenüber. Dieselben parlamentarischen Erscheinungen, welche wir überall beobachten können, zeigten sich hier: die Linke stellte viele und gute Redner, die Rechte viele und gute Lärmmacher; die Redner der Linken waren erfüllt von einer Idee, sie wollten eine Organisation aus der Vernunft heraus; während die Rechte sich an die Einzelheiten des Gegebenen hielt, dies als das Wahre annahm, es sophistisch der neuen Idee gegenüber vertheidigte und nur einige Aenderungen desselben wollte. Trotz alles Sträubens siegte die Partei der Vernunft, der Revolution, wie es anders nicht zu erwarten war. Nun ist wieder ein Stück des Mittelalters feierlich gerichtet und der Vernichtung anheimgegeben. Das bald keine Spur des Mittelalters mehr in unserm Staate sein werde, das verbürgte der Geist dieser Versammlung. Wie gebildet, freiheitsliebend, trotzig und stolz zeigte sich diese Jugend, sowohl in der allgemeinen Versammlung, als in den abgesonderten Parteiberathungen. Die Wiener und Berliner baten stets dringend, sich zu beeilen, da sie möglicherweise schnell von hier abgerufen würden, um zu Hause für die Freiheit zu kämpfen! Sie wollten das Alte so kurz als möglich abmachen, um für das Neue Zeit zu haben. In der Versammlung der Republikaner fand natürlich über die Republik selbst keine Berathung statt, es handelte sich nur um Maßregeln zur Herbeiführung derselben; aber auch dabei zeigte sich die Begeisterung für diese Staatsform und die klare Einsicht in die Erbärmlichkeit jeder andern, welche man heute uns verfertigen will. Die Constitutionellen hingegen sprachen in ihren Versammlungen so unausstehlich altklug, doktrinär und ohne Vertrauen zur Vernunft, als wenn sie mindestens schon alle Professoren oder „Räthe" wären. In der nächsten Zeit wird also diese Klasse von Menschen nicht aussterben, hoffentlich aber wird sie besiegt werden. Das Wartburgfest hat die Gleichen zusammengeführt und hat sie gestärkt durch das Gefühl der Gemeinschaft, welche Alle ergriff, da sich die Söhne der verschiedenen Stämme einig fanden im Bewußtsein der Freiheit und in der Freude des Kampfes um dieselbe. Das erste Wartburgfest ist eine Beute der Reaktion geworden, das zweite wird die Freiheit unter ihren Errungenschaften und Wahrzeichen zählen.

(Reform)

Adressen der auf der Wartburg versammelten Studenten.

Wir geben im Folgenden den Wortlaut der Adresse der auf der Wartburg versammelten Studenten an das Parlament und die Adressen der radikal-demokratischen Partei:

Digitized by Google

I. „An die constituirende Versammlung deutscher Nation. Hohe Versammlung! Das alte System, auf dem unsere staatlichen Verhältnisse beruhten, das System der einseitigen Monarchie und des Particularismus ist gestürzt. Der Grundsatz eines einigen demokratischen Deutschlands ist siegreich an die Stelle getreten. Daraus folgt als nothwendige Consequenz, daß alle nationalen Einrichtungen von den Fesseln des alten Systems befreit und im Geiste des neuen reorganisirt werden müssen. Wir, die Vertreter der deutschen Studentenschaft, erkennen unsern Beruf, eine solche Reform für die deutschen Universitäten zu fordern. Wir treten daher vor die höchste gesetzgebende Gewalt des Vaterlandes und überantworten ihr vertrauensvoll unsere Vorschläge und Wünsche. Zunächst und als Hauptsache beantragen wir, daß jenes Princip der Einheit durch Exterritorialisirung der deutschen Universitäten zur Geltung komme. Die deutschen Universitäten müssen National-Institute werden; sie müssen unmittelbar der Reichsgewalt unterworfen werden. Wie verderblich die Abhängigkeit von dem zufälligen Landesherrn den Hochschulen und der Wissenschaft ist, davon haben wir einen sprechenden Beweis in dem Schicksale der Universität, die, einst die erste unter allen, der Brennpunkt deutscher Intelligenz, durch die verfassungsfeindliche Tyrannei des Landesherrn zum Schatten der frühern Größe herabsank. Wir haben den Beweis in den maßlosen Beschränkungen der Lehrfreiheit, durch welche jede einzelne Staatsregierung die Wissenschaft in die Zwangsjacke theologischer Vorurtheile und des politischen Particularismus einzuschnüren suchte. Gerade die Universitäten bieten einen reichen Stoff für die Geschichte unserer langen politischen Schande. An vielen Orten konnten selbst die entschiedensten Talente nur mit dem Reisepaß einer servilen Gesinnung den mühsamen Weg zum Katheder vollenden. Die Wissenschaft sollte in Bedientenlivree an den Stufen der Throne stehen, um den Launen des jedesmaligen Machthabers zu dienen, um mit schimmernden Theorien die Logik des Absolutismus zu beweisen und der vom 18. Jahrhundert begrabenen Leiche der Orthodoxie ein Auferstehungsfest zu bereiten. Nach solchen Erfahrungen kann man die Wissenschaft nicht länger dem wechselnden Geschick der Einzelstaaten und der wechselnden Begabung ihrer Fürsten anvertrauen. Nur die höchste und am meisten demokratische Macht in Deutschland, die künftige Reichsverweſung, in welcher Form sie sich nur ausspreche, kann in Zukunft ein so erhabenes Amt übernehmen. Gebe man endlich der deutschen Wissenschaft deutsche Universitäten. In Bezug auf die praktische Ausführung glauben wir, daß eine Centralbehörde, etwa ein deutsches Unterrichtsministerium, die obere Leitung aller Universitäten, sowie die Verwaltung der für den Bedarf der Universitäten bewilligten Steuern übernehmen müsse. Im Uebrigen, soweit es sich mit den einheitlichen Bestimmungen verträgt, möge jede Universität ihre Angelegenheiten selbst ordnen, und zwar unter Mitwirkung der Studenten, deren akademisches Bürgerrecht bisher eine leere Phrase war; besonders in Bezug auf die Wahl der Professoren ist den Studirenden eine gewichtige Stimme zu geben. Es versteht sich von selbst, daß durch die Exterritorialisirung der Hochschulen alle jene unwürdigen Indigenatsbeschränkungen wegfallen, insbesondere die Nothwendigkeit, auf einer sogenannten Landesuniversität studirt zu haben, um zum Staatsexamen zugelassen zu werden. Als einen Mißbrauch der bisherigen Universitätsverwaltung erkennen wir die besondere akademische Gerichtsbarkeit. Wenn in mancher Hinsicht diese als ein Privilegium erscheinen kann, so wollen wir gern auf ein Vorrecht verzichten, welches schlecht zu den von uns bekannten demokratischen Grundsätzen stimmen würde. In Wahrheit liegt aber in jener akademischen Gerichtsbarkeit eine Bevormundung und schülermäßige Behandlung für uns; der Universitätsrichter hat eine ungebührliche, nur durch unvollständige und zum Theil sehr schlechte Gesetze

Digitized by Google

beschränkte Gewalt, deren häufiger Mißbrauch sich z. B. darin zeigt, daß geringe polizeiliche Vergehen, die nach gewöhnlichem Gesetz mit einer unbedeutenden Geldbuße, auf den Universitäten mit persönlicher Haft bestraft werden. Da nun von einem solchen Beamten keine andere Appellation als an den Unterrichtsminister gestattet, da dieser selten ein Jurist, zuweilen selbst ein Freund der Tyrannei und Bevormundung ist, so kann der Universitätsrichter ungeahndet und ungestört die gröbsten Untersuchungsfehler und Ungerechtigkeiten begehen, und die vielgepriesene gesetzliche Freiheit hängt für den Studenten lediglich von der Persönlichkeit eines richterlichen Autokraten ab. Wir ersuchen also die hohe Versammlung, uns sobald als möglich von diesem zweideutigen Privilegium zu befreien. Aber auch in ihrer wissenschaftlichen Seite bedürfen unsere Hochschulen eine Reformation. Die vielverlangte Lern- und Lehrfreiheit muß auf bestimmte Gesetze gegründet und geordnet werden. Insbesondere halten wir die alte Fakultätsordnung, die theilweise die verschiedenartigsten Wissenschaften unnatürlich zusammenschachtelt, theils jedem in ihre Abtheilung eingeschriebenen Studenten die Annahme bestimmter Vorlesungen zur Pflicht macht, für unlogisch und mit der Lernfreiheit unverträglich. Ebenso unpassend ist der Gebrauch der lateinischen Sprache bei Prüfungen und Promotionen, wie denn auch diese Unsitte aus einer Zeit stammt, in der die deutsche Sprache von einer unpatriotischen Gelehrtenkaste geächtet war. Um aber die wissenschaftliche Ausbildung Jedem zugänglich zu machen und die Hörsäle auch dem unbemittelten Talent zu öffnen, haben wir uns über folgende Punkte geeinigt, die wir für unabweislich halten, wenn man die Hochschulen zu einem echten Volksinstitut machen will. Die Collegienhonorare sollen wegfallen und eine feste Besoldung der Docenten an die Stelle treten. Der Besuch der Universität soll Jedem, der sich auf derselben ausbilden will, gestattet sein. Alle Examina sollen unentgeltlich und von einer Kommission vorgenommen werden, die von der Universität unabhängig aus theoretisch und praktisch bewährten Männern zusammengesetzt ist. Alle von der Universität während der Studienzeit geforderten Prüfungen fallen weg, insbesondere das philosophicum und der Promotionszwang der Mediciner. Davon ausgenommen sollen die Stipendienexamina sein. Die Benutzung der Universitätsapparate, Institute und Räume soll den Professoren wie den Studenten gleichmäßig zustehen. In diesem Sinne richten wir an die hohe Versammlung vertrauensvoll die Bitte, baldigst einen Ausschuß zur Reformation der deutschen Universitätsverhältnisse zu ernennen. Die Versammlung, welche berufen ist, aus der deutschen Vielheit eine deutsche Einheit zu schaffen, wird unser Streben würdigen, diese langersehnte Einheit auch in unsern Verhältnissen darzustellen. — Die in Eisenach versammelten Vertreter der deutschen Studentenschaft."

II. Die Adresse der Republikaner von der Wartburg an das Parlament lautet:

„Hohe Nationalversammlung! Wir, ein Theil der auf der Wartburg versammelten studirenden Jugend, legen den Vertretern der Nation offen und unumwunden unsere Grundsätze in Betreff der Feststellung der deutschen Verfassung dar, in deren unbedingter Durchführung wir in dieser Zeit der allgemeinen Umwälzung den einzigen Hoffnungsstern einer bessern Zukunft sehen. Wir glauben um so mehr dazu verpflichtet zu sein, als man uns vorzugsweise die gebildete Jugend nennt, und das Urtheil der Wissenschaft in dieser Lebensfrage unseres Volkes ein maßgebendes sein muß. Unsere Stimme wird man um so weniger überhören, als wir im heiligen Kampfe der Freiheit Alles zu opfern stets bereit gewesen sind, und das Volk auf uns sieht, als auf Diejenigen, die überall das Panier der neuen Zeit leuchtend vorangetragen! Die Revolution, in der wir leben und deren Früchte wir

Digitized by Google

uns um keinen Preis verkümmern lassen wollen, hat als Grundlage der Verfassung die Volkssouveränität hingestellt. Diese wollen wir nicht durch ein Kaiserthum vernichtet wissen; wir wollen vielmehr, daß die Eine Volkskammer die einzige gesetzgebende Behörde für Deutschland sei. Wir wollen keine Vereinbarung mit den Fürsten, denn die Nation hat sich selbst aus eigener Kraft geeinigt und wird aus ihren bewährtesten Patrioten schon den Mann finden, der nicht von Gottes Gnaden, sondern frei gewählt ihr Bundesoberhaupt sein wird. Mit Einem Worte: wir wollen die Republik, als die einzige Staatsform, die eines edlen und gebildeten Menschen würdig ist und die als ihr erstes Panier das theuer errungene Kleinod unserer Revolution, die gleiche Berechtigung Aller, obenanstellt. Mit Volkssouveränität und Volksglück ist Fürstensouveränität und Fürstenglück unverträglich: in ihrer Vereinigung erblicken wir vielmehr nur einen unheilbaren Zwiespalt, vor dem zu bewahren wir um jeden Preis dem Volke schuldig zu sein glauben. Wir hegen zu den Vertretern des Volkes die feste Zuversicht, daß sie die Verfassung unseres Vaterlandes auf diesen von uns ausgesprochenen Grundsätzen der Freiheit errichten werden. Noch ist der Würfel nicht gefallen! Noch schwankt die Wage zwischen blutiger Zerrissenheit im Innern und zwischen einer schönen Morgenröthe der Freiheit und Wohlfahrt des Vaterlandes! Vertreter der Nation! hört auf die Stimme Derer, die, wie sie bisher für die Freiheit gekämpft und gelitten, so auch immer dieselbe zu schirmen und ihr Blut für sie zu vergießen bereit sein werden. Wartburg, 15. Juni 1848."

III. An das deutsche Volk und die National-Versammlung zu Frankfurt ist folgende Adresse abgeschickt:

„Wir erklären von der Wartburg dem gesammten deutschen Volke und seiner Nationalversammlung zu Frankfurt, daß wir entschlossen sind, der unverkümmerten Freiheit und Souveränität (d. h. Recht und Machtvollkommenheit) des deutschen Volkes in ihren äußersten Consequenzen unser Schwert, unser Blut und die Waffen des Geistes unser Lebenlang unter allen Wechselfällen des Geschickes zu weihen. Wartburg, den 16. Juni 1848. Gewesene Mitglieder des provisorischen Gesammtausschusses der deutschen Studenten auf der Wartburg."

(Folgen die Unterschriften.)

IV. Die Adresse an Hecker lautet:

„Die deutsche Einheit wurde bestellt zum Henker deutscher Freiheit, das wiedergeborne Vaterland getauft mit dem blutigen Morde seiner ersten Republikaner; und Du selbst, edler Mann, zu dem heute die Jugend Deines Volkes spricht, bist verstoßen von dem Boden, dessen hartes Erdreich Du längst unverdrossen pflügtest; verstoßen zu der Stunde, da die große Ernte gekommen schien — um die goldne Frucht betrogen von Heuchlern und falschen Freunden, welche Dir sonst Huldigungen brachten! — Eine Behörde, aus der Revolution hervorgegangen und berufen, an die Stelle der altersmorsch zerfallenen Bundeseinheit einen Kern demokratischer Gesinnung hinzusetzen, an welchen sich das ganze Volk zu einem festen Körper anschließen sollte, und aus sich von Innen heraus die Schale eines neuen Bundesgesetzes auszuscheiden, sie wagte es, in der Zeit der formellen Auflösung den politischen Kampf des souveränen Einzelstaates zu beheiligen; — anstatt den Geist der Demokratie lauter und rein zu wahren als einheitliche Quelle alles künftigen Nationallebens, wagte sie es, die Macht des Volkes aufzubieten gegen eine Staatsform, welche der echteste Ausfluß eben jenes Quelles ist. — Von den Vertretern der Revolution wurde der Geist der Revolution geleugnet; denn dieser steht auf den niedergerissenen Schranken des Vorrechtes und schaut frei hinaus nach vorwärts; keine neue zwingende Mauer richtet er dem Volksthum auf und garantiert

Digitized by Google

dene alleinſeligmachende Form. — Und ſo falle jede Schuld auf die Verfälſcher der Volksſtimme, auf die Uſurpatoren der Volksmacht. Sie hatten Dich ſchnöde verletzt, in Deinem heiligſten Glauben angegriffen und herausgefordert in Deinen edelſten Abſichten Will man Dich anklagen, ſo fechte man Deinen Hochſinn an, daß er die Niederträchtigkeit nicht früh genug erkannte, wie ſie war. — Du wohnſt, ein Verbannter, im fremden Lande, wenn es anders ein fremderes Land giebt als das Vaterland, welches ſeine Freiheitskämpfer ausſtößt. Hört doch alles Bruderthum da auf, wo die Unterdrückung der heiligſten Mannesüberzeugung durch tyranniſche Uebermacht anfängt! Glaube aber und vertraue der Jugend Deines Volkes. Sollte es die Falſchen gelüſten, welche Dir einſt Judasküſſe gegeben, das Urtheil des Volkes einen Augenblick gefangen zu nehmen, bald wird es ſich entfeſſeln und furchtbar über ſie richten. Die Zwingburgen im neuen Stile werden fallen, und ihre Quadern ſich zum Triumphbogen fügen, durch welchen Du, ein Held der Freiheit, eingeheſt in das Vaterland! —"

(Folgen viele hundert Unterſchriften.)

Gemeindeordnung.

Für die Bewohner des platten Landes, welchem die Wohlthaten der Preßfreiheit nur in ſehr verkleinertem Maße, die der gleich wichtigen Verſammlungsfreiheit faſt gar nicht zu Gute kommen, tritt in Kurzem der wichtigſte Moment ſeit dem Anfange der noch lange nicht beendigten Bewegung ein, der Moment, wo Theilnahmloſigkeit und Indifferentismus hoffentlich allgemein ſchwinden werden, — wir meinen die Vorlage einer neuen Gemeinde-Ordnung an die National-Verſammlung in Berlin. Niemand wird die hohe Wichtigkeit dieſer Frage verkennen, jeder Unbefangene wird zugeben müſſen, daß nur auf der Grundlage einer freien, möglichſt unbeſchränkten Selbſtverwaltung der Gemeinden unſer zukünftiges Staatsleben angebahnt und durchgeführt werden kann, und daß nur auf dieſem Wege eine Betheiligung Aller an der Verwaltung des Staates, mit einem Worte die Volksſouveränität im weiteſten Umfange möglich iſt. Die Landbewohner ſelbſt ſind in dieſem Punkte auch keineswegs gleichgültig; ich habe auf allen bisherigen Verſammlungen wahrzunehmen Gelegenheit gehabt, daß ſich die Geſichter der anweſenden Dorfbewohner erheiterten, ſobald die Sprache darauf kam: ſie haben auch faſt alle einen richtigen Blick in die Verhältniſſe ihrer Gemeinde und wiſſen manchmal die beſten Mittel zur Abhülfe der eingewurzelten Uebelſtände anzugeben. Nothwendig aber iſt es, daß ſie auch jetzt den Entwurf der Gemeindeordnung bei ſeiner Veröffentlichung ſcharf ins Auge faſſen, und dasjenige, was ſie daran auszuſetzen haben, gemeinſchaftlich beſprechen und ihrem Deputirten mittheilen; denn daß dieſe nicht immer im Sinne ihrer Committenten handeln, das hat ſich noch neulich bei dem Berends'ſchen Antrage gezeigt — das hat ſich an demſelben Tage noch deutlicher in Frankfurt gezeigt. Wenn der Entwurf der neuen Gemeindeordnung in dem Geiſte abgefaßt iſt, wie er unſere Miniſter beim Verfaſſungsentwurfe leitete, ſo werden wir Urſache genug haben, ein kräftiges Veto einzulegen.

Digitized by Google

Der Wächter

nimmt in seiner gegenwärtigen Gestalt von seinen Lesern Abschied und erscheint vom 1. Juli ab wöchentlich sechsmal. Probenummern werden durch die Buchhandlungen und durch die Postämter gratis geliefert.

Wir verpflichteten uns beim Beginn des Semesters 18 Bogen, also monatlich drei Bogen zu liefern. Um den Ereignissen folgen, um mitwirken zu können am Neubau unseres Staats und gesellschaftlichen Lebens haben wir seit Anfang April ohne Preiserhöhung wöchentlich zwei Bogen also mehr als das Doppelte von dem geliefert, was unsere Abonnenten zu erwarten und zu fordern berechtigt waren. Die Kosten haben sich dadurch so vermehrt, daß sie durch das Abonnement nicht gedeckt sind. Wir haben Opfer gebracht, um zu thun, was uns Pflicht schien; wir schließen dafür mit einem Deficit ab, in der Erwartung, daß der Wächter in seiner neuen Gestalt die Anerkennung, die Theilnahme und Unterstützung finde, die zu seinem Bestehen nöthig, daß eine Vermehrung der Abonnenten uns für die Opfer, die wir gebracht, entschädige. Wir werden, trotz bitterer Erfahrungen, nicht müde werden, dem Wohle Aller nach Kräften und mit der Entschiedenheit zu dienen, wie sie freien, selbstbewußten Männern, wie sie dem **Wächter der Freiheit** geziemt.

Druck und Verlag von H. G. Effenbarts Erbinn (J. T. Bagmihl) in Stettin.
große Wollweberstraße No. 554.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google